Nationalliberale Correspondenz

Zu beziehen durch die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei Berlin W 66, Wilhelmstr. 46-47. — Fernsprecher für die Redaktion: Amt Zentrum Nr. 5916 u. 5917. Telegramm-Adr.: Nationalliberal Berlin

Im Auftrage der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei herausgegeben von Eduard Spieß

Offizielle Parteikundgebungen werden in durchschossenem Druck veröffentlicht. — Die „N. l. C." erscheint in der Regel wöchentlich sechsmal. — Nachdruck der Artikel ist für Nichtabonnenten verboten

45. Jahrgang | Berlin, Montag den 16. Dezember 1918. | Nr. 238

Aufruf der Deutschen Volkspartei.

Krieg und Umsturz haben Staatsverfassung und Parteiformen gesprengt, neue Parteigebilde treten auf. Wir bekennen uns zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik. Alle Gleichgesinnten fordern wir auf, sich mit uns um das Banner der **Deutschen Volkspartei** zu scharen.

Je schwerer Deutschland unter den vernichtenden Folgen des verlorenen Krieges leidet, um so bewußter stellen wir unsere ganze Politik unter den **nationalen Gedanken**, um so schärfer lehnen wir all diejenigen internationalen Bestrebungen ab, die unseres Volkes Eigenart verwischen und verdunkeln. Die **Reichseinheit** ist uns Grundlage unseres politischen Wirkens, innerhalb der Reichseinheit soll kulturelle Stammesart, unter Ablehnung sowohl zentralistischer Bevormundung wie partikularistischer Sonderbestrebungen, sich frei entfalten können. Wir begrüßen mit voller Zustimmung die von den Deutschen Österreichs gewünschte Vereinigung mit dem Reiche. Wir wünschen eine kulturelle Verbindung mit den **Deutschen im Auslande** und die volle Sicherstellung ihrer Erwerbstätigkeit in allen Ländern. Wir beharren auf unserem Recht auf **kolonisatorische Betätigung** und wir verlangen die Sicherung der **Freiheit der Meere** als wesentliche Grundlagen für den Neuaufbau unserer Wirtschaft. Unter der Bedingung völliger Gleichberechtigung aller Staaten begrüßen auch wir den Gedanken des Völkerbundes.

Wir bekennen uns zu dem demokratischen, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach der Verhältniswahl für beide Geschlechter.

Wir verlangen

völlige Neuordnung des **Auswärtigen Amtes** und unserer ausländischen Vertretungen.

Ein **Volksheer**, umgestaltet nach den Erfahrungen dieses Krieges, aufgebaut auf den Grundsätzen: Gerechtigkeit, Manneszucht, Kameradschaft.

Sicherung der **Freiheit für Wort und Schrift**, für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der Gerichte.

Weiteste **Selbstverwaltung** auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, Kreis und Provinz.

Volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung.

Erhaltung und **Kräftigung eines breiten Mittelstandes** in Industrie, Handel und Handwerk, umfassende Fürsorgeeinrichtungen für den Mittelstand.

Warmherzige Fürsorge und **würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten** und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer durch das Reich auf Grund reichsgesetzlich gewährleisteten Anspruchs.

Sicherung der Stellung der **Beamten, Offiziere** und **Lehrer**, materiell und rechtlich. Anerkennung ihrer Organisationsfreiheit, Errichtung von Beamtenausschüssen.

Wir treten ein für **Kräftigung** und **Nahrung** der

freien Bauern auf eigener Scholle,

wir treten ein für die im Interesse der Volksernährung unbedingt notwendige Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft, für eine **großzügige Siedlungspolitik**; Domänen, Großgrundbesitz, Fideikommisse sind hierzu in ausgiebiger Weise heranzuziehen. Der soziale Aufstieg des Landarbeiters, die Möglichkeit für ihn, zu Eigenbesitz zu gelangen, ist weitgehend zu erleichtern.

Wir verlangen umfassende Unterstützung des **Kleinwohnungswesens**, Beseitigung aller ungesunden Spekulationen in Grund und Boden und soziale Neuordnung des Boden- und Wohnungsrechts.

Wir verlangen **volle Koalitionsfreiheit**, ein neues sozial gestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht, energische Weiterführung der Sozialpolitik, insbesondere auch Ausbau der Frauen-, Wöchnerinnen- und Kinderschutzgesetze, Anerkennung und Einfügung der Berufsverbände in das öffentliche Recht. Die internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist zu erwirken.

Wir halten fest an dem Grundsatze des **Privateigentums** und des **Erbrechts**, wir halten fest an der leitenden Stellung des Unternehmers in seinem Betriebe wie in der Volkswirtschaft, jedoch unter angemessener Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre Ausschüsse und ihre Vertretung. Wir stellen uns in bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches und wirtschaftliches Ziel sehen. Einer Überführung dazu geeigneter Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt sind wir bereit zuzustimmen, sofern dadurch für die Allgemeinheit ein höherer Ertrag und für die Arbeitnehmer bessere Lebensbedingungen geschaffen werden.

Die geschichtlich überkommene

Verbindung von Staat und Kirche darf nicht aufgelöst werden.

Volle Gewissensfreiheit. **Der Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule.** Kein Gewissenszwang für Eltern und Lehrer. Die geistliche Schulaufsicht ist zu beseitigen, die hauptamtliche Fachaufsicht allgemein durchzuführen. Die allgemeine und die Fachbildung sollen gehoben, die höheren Lehranstalten ihres Charakters als Standesschulen entkleidet und alles Berechtigungsunwesen beseitigt werden.

Die gewaltigen finanziellen Anforderungen, die an uns herantreten, werden **Steuern** und wirtschaftliche Maßnahmen verschiedenster Art, auch Monopole notwendig machen. Reichs-Eisenbahnen sind schon um deswillen erforderlich. Wir verlangen, daß in dem Steuersystem eine Reichs-Einkommen- und Erbschaftssteuer, schärfste Erfassung der Kriegsgewinne und eine **Vermögensabgabe** sich befinden. Die Vermögensabgabe muß jedoch in Formen geschehen, die die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbinden.

Die Umwälzung hat der **Frau die Gleichberechtigung** im politischen Leben gebracht. Dieses Recht muß der Frau erhalten bleiben; darüber hinaus fordern wir die Zulassung der Frau zur Vorbildung und zur Ausübung öffentlicher Ämter. Alle privatrechtlichen Härten, die noch zu Ungunsten der Frau bestehen, müssen aufgehoben werden.

Von der derzeitigen Regierung verlangen wir, daß sie endlich energisch für **Ruhe und Ordnung** sorgt. Wir sind bereit, dafür unter der jetzigen Regierungsform mitzuarbeiten und alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung nach diesem Ziele zu unterstützen. Wir verlangen aber die Beseitigung der Eingriffe unberufener Personen in die Tätigkeit der Gerichte, Behörden und Kommunalverwaltungen, in die Koalitions- und Preßfreiheit. Wir verlangen die Beseitigung der Mißwirtschaft und maßlosen Verschleuderung öffentlichen Gutes und öffentlicher Gelder, wir verlangen die **Beseitigung der unverantwortlichen Eingriffe** in das Wirtschaftsleben, die uns mit **Hungersnot, Anarchie** und **Staatsbankerott** bedrohen.

Wir fordern die **Sicherstellung** der **Staats-** und **Kriegsanleihen**, der Sparkasseneinlagen, Bankdepositen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge.

Wir fordern den alsbaldigen Ausbau der bürokratischen Zwangswirtschaft.

Wir verlangen die sofortige Überführung der jetzigen, lediglich auf den Tatsachen der Revolution beruhenden Regierungsgewalt in eine neue Rechtsordnung; wir verlangen daher die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung als verfassungs- und gesetzgebender Körperschaft; ohne deren Zustimmung entbehrt jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage.

Wir verlangen, daß die jetzige Regierung alles daran setzt, **sofort den Frieden** zu erhalten, damit der Neuaufbau des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft schleunigst in Angriff genommen werden kann.

Alle diejenigen, welche bereit sind, nach diesen Grundsätzen und diesen Zielen mit uns zusammen zu arbeiten und sich mit uns zur

Deutschen Volkspartei

zu vereinigen, rufen wir zur Mitarbeit auf; unsere Aufforderung ergeht insbesondere auch an die deutschen Frauen und an die deutsche Jugend, die nun in den Kreis der politisch Vollberechtigten eingetreten sind.

Schließen wir uns zusammen unter der Fahne:

Freiheit und Vaterland!

Albrecht, Karl, Fabrikbesitzer. Arend, Opernsänger. von Behr, Generalkommissionspräsident, Wirkl. Geheimer Oberregierungsrat. Dr. Breiger, Sanitätsrat. Barth, Marg., Schneiderin. Bergmann, Buchdruckereibesitzer. Bräuer, Frau, Generalin Böll, Betriebsleiter. von Borries, Oberstleutnant a. D. von Borries, Major a. D. Butsch, Verlagsbuchhändler. Frau Major Behr. Conrad, Sekretär. Agnes da Costa, Frau. Dieckmann, Hauptmann. von Dewitz, Z., Frau. Prof. Dr. Dührssen, Frauenarzt. Döhn, Kaufmann. Döring, Frau, Bürovorsteherin. Damcke, Alfons, Fabrikant. Damcke, Erwin, Fabrikant. Eichhoff, Rektor und Schriftsteller. Ewest, städt. Lehrer. Fischer, Herm. Kaufmann. von Förster, Kaufmann. Dr. Felber, Direktor am Kali-Syndikat. Fraedrich, Gastwirt. Fischer, Herm., Kaufmann. Fischer, Marg., Stenotypistin. Geerke, Kunstmaler. Dr. Gerlich, Hauptgeschäftsführer. Glaser, Amandus, Direktor. Dr. Gehlhaar, Spezialarzt. Gericke, Oberleutnant. Dr. Gersdorf, Marine-General-Oberarzt a. D. Garbrecht, Röntgentechniker. Grützner, Fabrikant. Girrulat, Kaufmann. Günther, Oberleutnant zur See. Hartisch, Rechnungsrat, Major der Landwehr I. Hackbarth, Adelheid, Buchhalterin. Heyne, Professor. Helm, Kaufmann. Hirche, Laborant. Hoffmann, Joh. Kaufmann. Hoffmann, Georg, Generalsekretär. Hoop, Tischlermeister. Haertel, Oberingenieur., Dr. Hahn, Zahnarzt. Huhn, Fabrikbesitzer. Harting, Luise, Kontoristin. Otto Herbert, Handelsvertreter. Heintze, Ingenieur. Iserhagen, Fabrikbesitzer. Joseph, Bezirksschornsteinfegermeister. Janisch, Kaufmann. Krech, Fabrikbesitzer. Dr. Ernst Kundt. Klein, Fabrikant. Knuth, Marta, Buchhalterin. von Knobelsdorff, Oberleutnant. Kockelmann, Major a. D. Lenz, Frau Major. von Looper, Frau, geb. Freiin von Wangenheim. Lüttges, Rittmeister. Lüders, Paul, Justizrat. Mentze, Kgl. Ökonomierat. Moltentin, Direktor. Müller, Oskar Bürgerschullehrer. Meinert, Lornsen, Hauptlehrer. Meine, Verw.-Inspektor. Dr. Mahrholz, Frau. Dr. Mohr, Oberarzt. Möllmann, Kaufmann. Müller, städt. Steuererheber. Noack, Bildhauer. Neumann, Frida, Frau. Neutze, Geh. Regierungsrat. Otto, Annaliese, stud. agr. Dr. Ostwald, Wilhelm. Geh. Rat, Prof. Oesterwitz, Verlagsbuchhändler und Redakteur. Otto, Robert, Fabrikbesitzer. Plechati, Josef, Fabrikbesitzer. Pötsch, Bernhard, Kunstmaler. Plöcker, Hauptmann und Frau. Dr. Reinmuth, Astronom. Rohde, A., Kaufmann, Moskau. Rüst, Edela, Schriftstellerin. Rohde, F., Oberförster. Rahmlow, Käte, Frau, Redakteurin. Dr. Reimann, R., Generaldirektor. Richter, Geh. Baurat. Rugoczy, Syndikus a. D. Raal, Pfarrer. Riedel, Lehrer und Ingenieur. Dr. Scharff. San.-Rat. Scheerbarth, Ingenieur. Dr. Schint, Ingenieur. Stürzelbecher, Fritz, Landessekretär. Schmidt, August, Prokurist. Schütz, Apotheker. Sturt, Oberleutnant. Stiller, Leutnant z. S. Dr. Sandhop, Medizinalrat. Schloifer, Ingenieur. Schmidt, Rudolf, Lehrer. Steiner, geb. Behrnauer, Frau Major. Dr. Stroscher, Oberstabsarzt a. D. Stäudlein. Schlossermeister. Sonnenburg, Kathar., Kassiererin. Schumacher, Kassenbote. Stief, Kaufmann. Schroeder, Major a. D. Schaefer, M. C., Kaufmann. Subeck, Landwirt. Sturtzel, Frau Feodora. Thimm, Frau Professor. Tschermak, Frau. Dr. Thiele, Chemiker. Dr. Treding, Joh., Frauenarzt. Thierbach, Regierungsbaumeister. Thomas, Frau Regierungsbaumeister. v. Valtier, Landwirt. Weiß, Karl, Chirurgie-Instrumentenmacher. Wagner, Fabrikbes. Weber, Anna, Wirtschafterin. Wolf-Hannier, Lehrer und Schriftsteller. Wiese, Gertrud, Buchhalterin. Weithmann, Frau Geheimrat. Witsch, Gertrud, Frau. v. Wrochem, Gemeindevorsteher. Ziegler, Paul, Lehrer i. R. Zipse, Kaufmann. Zeuske, Ingenieur.

Fabrikbesitzer Anstatt, Bromberg. Gewerkschaftssekr. Baltrusch, Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin. Geheimrat Professor Dr. Bachaus, Berlin. Frau Julie Bassermann, Mannheim. Geh. Kommerzienrat Bartling, Wiesbaden. Verbandsdirektor Bechly Hamburg, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband. Gerichtssekretär Bode, Burgdorf. August Bohn, Gewerkschaftssekretär, Recklinghausen. Dr. Hugo Boettger, Berlin. Generalsekretär Brües, Köln. Generalsekretär Bruno, Hannover. Rechtsanwalt Dr. Burchard, Hamburg. Ludwig Büttemeier, Eisenbahnschaffner und Obmann der organisierten Rangierer und Hilfsschaffner Recklinghausen. Regierungspräsident Dr. v. Campe, Minden. Geheimrat Cleinow, Herausgeber der „Grenzboten", Berlin. Lehrer Dammann, Dachschewern bei Lüneburg. Frau Oehmel, Hamburg. Professor Dr. Dieckmann, Osnabrück. Landwirt Dusche, Isernhagen. Wilhelm Eilbrecht, Eisenbahner und Bezirksvorsitzender, Osnabrück. Peter Fischer, Leiter d. Verbandes d. Post- u. Telegraphenarbeiter Bochum. Rechnungsrat Frentel, Hannover. Frau Milla Fritsch, Königsberg. Geh. Regierungsrat Garnich, Charlottenburg. Malermeister Gohmann, Hannover. Kupferschmiedemeister Göhmann, Osnabrück. Generaldirektor Grau, Stolzenhagen-Kratzwieck. Gewerkschaftssekretär Gutsche, Gewerkschaftsvorsitzender Berlin. Frau Ottilie von Hansemann, Berlin. Landwirt Harte, Velpe. Chefredakteur Dr. Hartmann, Hannover. Theodor Held, Berlin. Landgerichtsdirektor Hettner, Dresden. Geh. Justizrat Hirschberg, Eberswalde. Fräulein Antonie Hoffmann, Berlin. Rektor Hollmann, Lichtenberg. Generalsekretär Dr. Hugo, Schöneberg. Katharine Huwe, Berlin. Fabrikbesitzer Kade, Reinickendorf. Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Kahl, Berlin. Oberlehrer Dr. Käfer, Braunschweig. Stadtsekretär Kleinau, Vorstandsmitglied des Arbeitsausschusses der Beamten- und Lehrerschaft der Stadt Berlin. Kaufmann E. Kowes, Steglitz. Direktor Kronjäger, Lichterfelde. Fabrikant Krutmeyer, Oeynhausen. Fabrikant Kunsemüller, Osnabrück. Handelsschullehrer Kühn, Hohenneuendorf. Bürgermeister Künzer, Posen. Oberlehrerin Frl. Lange, Bielefeld. Regierungsrat Professor Dr. Leidig, Berlin. Dr. Liebreich, Duisburg. Lehrer Lumma, Hermsdorf. Bürgermeister Dr. Marcktz, Lichtenberg. Spediteur F. Mende, Tempelhof. Justizrat Menzel, Dirschau. Landwirt Jakobus Müller, Ostfriesland. Dr. Mittelmann, Stettin. Pastor Meyer, Herford. Justizrat Wilhelm Meyer, Hannover. Eduard Neumann, Eisenbahnschaffner und Verbandsvorsitzender, Berlin. Geh. Kommerzienrat Nithammer, Kribstein. Kurt Ommert, Eisenbahnhandwerker und Bezirksvorsitzender, Saarbrücken. Dr. Ossann, Darmstadt. Dr. med. Offent, Stettin. Geh. Regierungsrat Professor Dr. Peters, Rostock. Frau Margarete Poehlmann, Tilsit. Karl Pricker, Gewerkschaftssekretär, Elberfeld. Geh. Medizinalrat Dr. Rapmund, Minden. Oberpräsident v. Richter, Hannover. Chefredakt. Rippler, Berlin. Justizrat Dr. Rohde, Berlin. Generalsekretär Rose, Hamburg. Kaufmann Salzwedel, Lichtenberg. Justizrat Schlee, Thorn. Karl Schneider, Eisenbahnrottenführer und Verbandsvorsitzender, Vahlhausen-Ruhr. Bergmann Schulte, Dortmund. Handelssyndikus Dr. Sievers, Stolp. Schwester Philippine Stavenhagen, Hamburg. Stadtschulrat Stettiner, Königsberg. Dr. Stresemann, Berlin. Gewerkschaftsvorsitzender Georg Streiter, Mitglied des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Berlin. Oberbürgermeister Struckmann, Hildesheim. Universitätsprofessor Dr. Thaer, Greifswald. Generalmajor z. D. Thelemann, Stettin. Reg.-Rat Dr. Thissen, Berlin. Geheimer Kommerzienrat Dr. Vogel, Dresden. Chefredakteur Wallis, Hildesheim. Gymnasialdirektor Wehrmann, Bochum. Direktor Dr. Wenderoth, Dortmund. Chefredakteur Wyneken, Königsberg.

Das Votum des Zentralvorstandes.

Ein Teil der Presse, dem die Entscheidung des nationalliberalen Zentralvorstandes über den Bestand der Partei unwillkommen ist, versucht, das Abstimmungsergebnis durch falsche und tendenziöse Schlußfolgerungen zu entwerten. So spricht die „Vossische Zeitung" von einer nationalliberalen Sonderpartei, die mit Zufallsmehrheit zustandegekommen sei. Die „Börsenzeitung" behauptet, der Beschluß gebe kein Bild der Stimmung innerhalb der Nationalliberalen Partei, vielmehr stehe die wirkliche Mehrheit der Partei auf dem Boden der Deutsch demokratischen Partei. Wir haben nichts dagegen, wenn die „Börsen-Zeitung" sich mit diesem Glauben trösten will, denn sie wird bald einsehen müssen, daß sie mit ihrer Annahme Unrecht hat. Die Abstimmung des Zentralvorstandes ergibt keinesfalls deswegen ein falsches Bild, weil nur ein Teil der Mitglieder anwesend gewesen ist. Wenn auch im kleineren Kreise spiegelt sich die Gesamtstimmung meist völlig zutreffend wieder, wenn er nicht einseitig zusammengesetzt ist. Kommen die verschiedenen Lager zu Wort, so wird man von ihrem Votum mit ziemlicher Sicherheit auf die Stimmung der Gesamtpartei schließen können. Die einzige Bedingung ist eben, daß nicht ein Teil besonders stark in den Vordergrund tritt.

Um eine gleichmäßige Beschickung des Zentralvorstandes zu ermöglichen, haben die hannoverschen Nationalliberalen eine deutsche Mittelstadt als Ort der Tagung des Zentralvorstandes vorgeschlagen. Hätte man ihren Wunsch erfüllt, dann wäre die Teilnahme größer gewesen. Dadurch, daß der Zentralvorstand in Berlin zusammentrat, erfuhr der Kreis der Teilnehmer unter den gegenwärtigen Umständen eine natürliche Beschränkung. Diese Einschränkung war aber durchaus zu Ungunsten derjenigen Mitglieder, die für die Deutsche Volkspartei eintreten. Denn in Berlin überwiegt stets die demokratische und radikale Richtung in außerordentlich einseitiger Weise. Diese alte Erfahrung ist auch bei der Abstimmung des Zentralvorstandes am Sonntag von neuem befestigt. Man kann deshalb mit Sicherheit sagen, daß die Abstimmungsverhältnisse für den Antrag Dr. Vogel am Sonntag denkbar ungünstig lagen und daß der Zentralvorstand in einer mitteldeutschen Stadt eine ganz andere Mehrheit für den Antrag Dr. Vogel aufgebracht hätte. Das Gegenteil von den mißliebigen Bemerkungen der Vossischen Zeitung und der Börsenzeitung ist also richtig. Es kann nicht von einem Zufallsergebnis, von Restbestand und Sondergruppe die Rede sein. Es ist vielmehr unbestreitbar, daß die Nationalliberale Partei in ihrer Mehrheit an ihrem Fortbestand als Deutsche Volkspartei festhält. Will man die Abstimmung vom Sonntag bemängeln, so kann man nur sagen, daß in Wirklichkeit die nationalliberale Mehrheit für die Deutsche Volkspartei weit größer ist, als der Beschluß des Zentralvorstandes erkennen läßt.

Gedruckt bei Imberg & Lessen G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Dritte Reihe
Die Weimarer Republik

Im Auftrage der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher und Rudolf Morsey

Band 9

Nationalliberalismus in der Weimarer Republik

Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933

Erster Halbband
1918–1925

Droste Verlag Düsseldorf

Nationalliberalismus in der Weimarer Republik

Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933

Bearbeitet
von
Eberhard Kolb und
Ludwig Richter

Erster Halbband
1918–1925

Droste Verlag Düsseldorf

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Nationalliberalismus in der Weimarer Republik :
die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933 /
[im Auftr. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der Politischen Parteien].
Eingeleitet und bearb. von Eberhard Kolb und Ludwig Richter. –
Düsseldorf : Droste 1999
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien : Reihe 3, Die Weimarer Republik ; Bd. 9)
ISBN 3-7700-5219-6

Halbbd. 1. 1918–1925. – 1999

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung,
Wissenschaft und Forschung des Landes
Nordrhein-Westfalen.

Copyright © 1999 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1999
ISBN 3-7700-5219-6

Inhalt

Erster Halbband

Einleitung

I. Von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei 9*

II. Parteiorganisation und Führungsgremien 30*

III. Zur Edition 43*

1. Die Quellen 43*
2. Die Einrichtung der Edition 48*

Verzeichnisse

A. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur 51*

B. Verzeichnis der Abkürzungen und Siglen 63*

C. Verzeichnis der Archivalien 66*

D. Verzeichnis der Dokumente 67*

Dokumente 1918–1925 1

Zweiter Halbband

Verzeichnis der Dokumente 7*

Dokumente 1926–1933 . . . . . 9*

Anhang

Satzungen der Deutschen Volkspartei (1919 und 1921/1924): Synopse . . . 1263

Grundsätze der Deutschen Volkspartei vom 19. Oktober 1919 1273

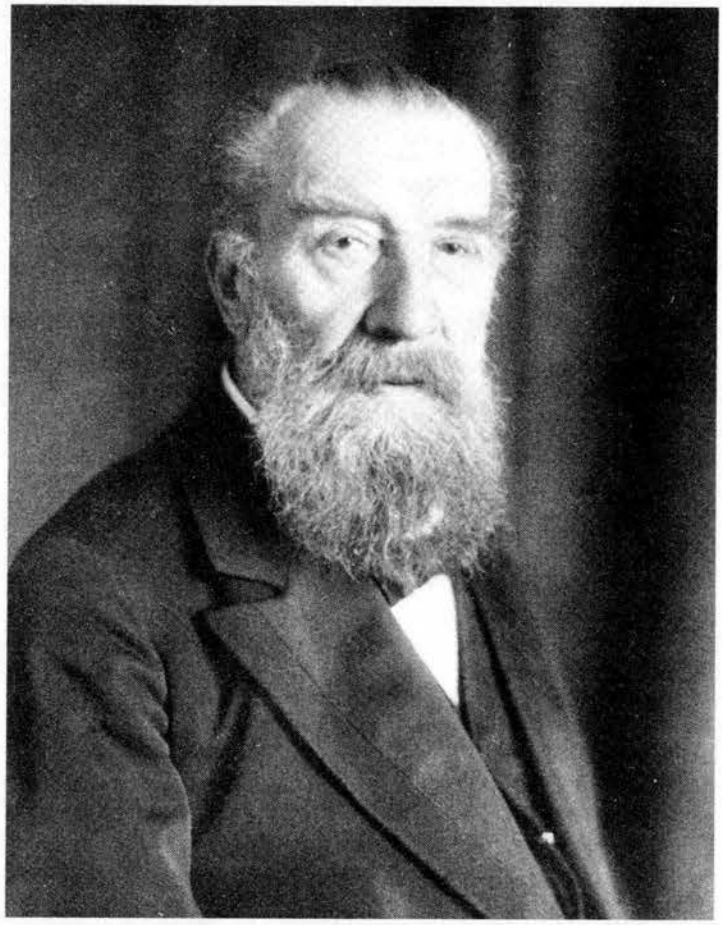
Register 1285

Bildnachweis 1324

Gustav Stresemann
Foto: F. Ziegler, Haag

Einleitung

von
Eberhard Kolb und
Ludwig Richter



Wilhelm Kahl

I. Von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei

Das deutsche Parteiensystem hat während der Revolutionsmonate 1918/19 keine einschneidenden Veränderungen erfahren.[1] Zwar konnte die politische Rechte ihre Zersplitterung durch den Zusammenschluß von Konservativen, Freikonservativen, Christlich-Sozialen und Deutschvölkischen zur Deutschnationalen Volkspartei fürs erste beenden; aber auf der Linken und in der Mitte hielt sich die parteipolitische Neuformierung in engen Grenzen. Auf der Linken blieb es bei der in den Kriegsjahren eingetretenen Aufspaltung der Sozialdemokratie in Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige Sozialdemokraten, neben denen sich um die Jahreswende 1918/19 noch die KPD etablierte. Das Zentrum war nach wie vor die politische Vertretung der deutschen Katholiken, mußte aber die Abspaltung seiner bayerischen Landesorganisation hinnehmen, die sich als selbständige Partei (Bayerische Volkspartei) konstituierte. Und schließlich: Die Liberalen vermochten nicht, ihre seit 1866/67 bestehende parteipolitische Spaltung zu überwinden; die in den November- und Dezemberwochen 1918 unternommenen Bemühungen, eine geeinte liberale Partei zu schaffen, sind gescheitert. Wie vor 1918 mit Fortschritt und Nationalliberalen gab es auch in der Weimarer Republik zwei liberale Parteien, die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die Deutsche Volkspartei (DVP).

Allerdings handelte es sich nicht einfach um eine Weiterexistenz von Fortschrittlicher Volkspartei und Nationalliberaler Partei unter neuem Namen und in Anpassung an die durch Staatsumsturz und Revolution veränderten Rahmenbedingungen. In der Konsequenz der Auseinandersetzungen im liberalen Lager während der November- und Dezemberwochen besaßen die DDP und die DVP ein von den Vorgängerparteien abweichendes Profil, auch wenn sich die Deutsche Volkspartei dezidiert als die Bewahrerin des politischen Erbes der Nationalliberalen verstand. Die rechtsliberale DVP und die linksliberale DDP unterschieden sich voneinander durch einzelne programmatische Schwerpunktsetzungen, durch die politische Ausrichtung ihrer Mitgliedschaft, vor allem aber, zumal in der Anfangsphase der Republik, durch die divergente Grundeinstellung zur neuen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Doch beide liberalen Parteien konkurrierten um das gleiche Wählerpotential, und diese Konkurrenz wurde noch dadurch verschärft, daß die heftigen, mit großer persönlicher Schärfe ausgetragenen Kämpfe zwischen führenden liberalen Politikern in den November- und Dezembertagen auf beiden Seiten tiefe Wunden geschlagen hatten, die nur langsam vernarbten. Die ersten Jahre nach 1918 standen daher im Zeichen der Konfrontation zwischen DDP und DVP.

[1] Siehe dazu die grundlegenden Untersuchungen von Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems, in: ders., Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus, Göttingen 1976, S. 116–157 und Rainer M. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80.

Hat beim Übergang vom Kaiserreich zur Republik eine echte Chance bestanden, die jahrzehntelange parteipolitische Spaltung des deutschen Liberalismus zu überwinden? Und weshalb wurde diese Chance – wenn sie denn bestand – verspielt? Über diese Fragen haben die unmittelbar Beteiligten polemisch gestritten und die Zeitgenossen kontrovers diskutiert, und auch die Forschung, die sich mit der Geschichte der liberalen Parteien in den ersten Jahren der Republik intensiv beschäftigt hat[2], ist zu keinem einhelligen Urteil über die Gründe des Scheiterns der Einigungsbemühungen und die »Schuld«-Anteile einzelner Persönlichkeiten gelangt.

Die Debatte um die verpaßte Möglichkeit einer liberalen Einigung nach dem Ende des Kaiserreichs kann hier nicht weitergeführt werden. Wohl aber bedarf es zum besseren Verständnis des Verlaufs der Frontlinien innerhalb des deutschen Liberalismus der Weimarer Zeit einer genaueren Darlegung, wie und warum es zur Gründung der DVP gekommen ist.

Die in der bisherigen Forschung dominierende Antwort, die Volkspartei sei ausschließlich oder vor allem ein Produkt des persönlichen Ehrgeizes und der politischen Ambitionen Gustav Stresemanns[3], ist eine zu simple Erklärung für das Scheitern der liberalen Einigungsbemühungen. Denn bei dieser weithin üblichen Zentrierung des Gründungsvorgangs auf die Person Stresemanns wird übersehen, daß Stresemann für einen nicht unerheblichen Teil des liberalen Spektrums stand: Nicht wenige Nationalliberale lehnten die programmatischen Kundgebungen der sich in der zweiten Novemberhälfte organisierenden DDP ebenso entschieden ab wie deren Führungsgruppe und wollten dort nicht ihre politische Heimat finden. Des weiteren ist in angemessener Weise zu berücksichtigen, daß die Auseinandersetzungen im liberalen Lager in einer revolutionär aufgewühlten Zeit stattfanden. Die innenpolitische Situation war völlig unübersichtlich, rasch wechselten Lageeinschätzungen, Stimmungen und Zukunftserwartungen; wie die innenpolitische Kräftekonstellation sich gestalten würde, war schwer prognostizierbar. Initiativen, Aktionen und Reaktionen der liberalen Führungszirkel müssen daher sorgfältig im Horizont des gesamtpolitischen Kontextes, gewissermaßen von Tag zu Tag, analysiert werden.

Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte lassen sich bei der parteipolitischen Neuorientierung im deutschen Liberalismus während der November- und Dezemberwochen 1918 drei Phasen unterscheiden. Die erste Phase reichte von den letzten Tagen des Kaiserreichs bis zum 18. November. Wie in den Verhandlungen dieses Tages deutlich wurde, erschien es der Führung der Fortschrittlichen Volkspartei wichtiger,

[2] Siehe die Arbeiten von Günther Fischenberg, Der deutsche Liberalismus und die Entstehung der Weimarer Republik, Diss. phil. Münster 1958; Hartenstein (1962); Regina Gottschalk, Die Linksliberalen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Von der Julikrise 1917 bis zum Bruch der Weimarer Koalition im Juni 1919, Diss. phil. Tübingen 1969; Albertin (1972); Lukkemeyer (1973); Stephan (1973); Bruce B. Frye, Liberal Democrats in the Weimar Republik. The History of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale/Edwardsville 1985; Jones, Liberalism (1985). Neben diesen parteigeschichtlich orientierten Untersuchungen bieten noch die Arbeiten von Turner (1968), Hirsch (1978) und Demm (1990) wichtige Hinweise.

[3] So das nur in Nuancen voneinander abweichende Fazit der Arbeiten von Fischenberg, S. 45 ff.; Hartenstein, S. 45 ff.; Gottschalk, S. 109 ff.; Albertin, S. 65 ff.; Luckemeyer, S. 110 ff.; Demm, S. 266 ff.

sich mit der Demokratengruppe um Theodor Wolff und Alfred Weber, die sich seit dem 9. November in Berlin gebildet hatte, zusammenzuschließen, als mit der Führung der Nationalliberalen zusammenzugehen. In der zweiten Phase vom 18. November bis 3. Dezember bemühte sich die Parteispitze der Nationalliberalen um eine Fortführung der Partei unter neuem Namen (»Deutsche Volkspartei«), ließ sich aber auf weitere Verhandlungen über einen Zusammenschluß mit der am 20. November gegründeten DDP ein. Diese Phase endete am 3. Dezember mit dem Entschluß des Vorsitzenden der Nationalliberalen, Robert Friedberg, die Nationalliberale Partei der DDP anzuschließen – unter Bedingungen, die von zahlreichen Nationalliberalen als »Kapitulation« verstanden und auch so bezeichnet wurden. In der dritten Phase vom 3. bis 15. Dezember formierte sich – nach einem kurzen Moment der Resignation und Unsicherheit – bei Teilen der alten Nationalliberalen Partei der Widerstand gegen Friedbergs Entscheidung. Unter Stresemanns Führung konnten diejenigen Nationalliberalen, die Friedberg nicht in die DDP folgen oder aus dem politischen Leben ausscheiden wollten, auf der letzten Sitzung des nationalliberalen Zentralvorstands einen Beschluß durchsetzen, durch den die DVP als rechtmäßige Nachfolgerin der Nationalliberalen Partei anerkannt wurde; noch am gleichen Tag konstituierte sich die DVP als neue rechtsliberale Partei.

Die hier in knappen Strichen skizzierte Entwicklung soll nun detaillierter nachgezeichnet werden. Abweichend von der bisher in der Forschung dominierenden Betrachtungsweise soll dabei der Blick vor allem auf die Prozeßhaftigkeit des Geschehens gelenkt werden.

Die ersten Bemühungen um Herstellung eines engeren Bündnisses zwischen beiden liberalen Parteien erfolgten bereits in den letzten Oktobertagen 1918, als immer deutlicher wurde, daß das Deutsche Reich angesichts der militärischen Niederlage vor einer umfassenden politischen Neuordnung stand. Schon am 13. Oktober 1918 erklärte der einflußreiche nationalliberale Reichstagsabgeordnete und Präsident des Hansa-Bundes, Jacob Rießer, auf einer Wählerversammlung in Berlin, man werde sich in Zukunft den »Luxus zweier liberaler Parteien« nicht mehr leisten können, und plädierte für ein Wahlbündnis – als Vorstufe zu einer späteren Verschmelzung – von Nationalliberaler Partei und Fortschrittlicher Volkspartei.[4] Diese Bestrebungen wurden vor allem vom Jungliberalen Reichsverband um Bruno Marwitz und von maßgeblichen Abgeordneten des linken Flügels der Nationalliberalen (Johannes Junck, Hartmann von Richthofen) unterstützt, stießen bei der Parteiführung aber zunächst auf Widerstand.[5] In der Sitzung der Reichstagsfraktion am 8. November 1918 stellte Rießer dann jedoch den förmlichen Antrag, in der auf den 17. November

[4] »Vossische Zeitung«, 14. 10. 1918, Nr. 327.

[5] Gustav Stresemann, seit 1917 Vorsitzender der nationalliberalen Reichstagsfraktion und 2. Vorsitzender des Zentralvorstandes, bezeichnete am 16. 10. 1918 in einem für die »Kölnische Zeitung« bestimmten, von dieser aber nicht abgedruckten Artikel »das Bestehen und die Entwicklung einer nach allen Richtungen selbständigen nationalliberalen Partei« als eine »Lebensnotwendigkeit des deutschen Parteilebens«. Bei einer »fortschreitenden Demokratisierung unserer staatlichen Einrichtungen« sei das »große Gewicht einer liberalen Mittelpartei« notwendig, »um einer Massenherrschaft entgegen wirken zu können. Die Fortschrittliche Volkspartei ist leider eine derartige Mittelpartei nicht. Sie ist mehr und mehr in eine gewisse Abhängigkeit von der Sozialdemokratie gekommen [...] Sozialdemokraten und Fortschrittspartei werden in Zukunft vielleicht eine taktische Einheit bilden«, PA NL Stresemann 180. Zu der

anberaumten Zentralvorstandssitzung »einen Ausschuß einzusetzen, der die Frage eines Wahlbündnisses mit der Fortschrittlichen Volkspartei und gegebenenfalls die Frage der Verschmelzung der Nationalliberalen Partei mit der Fortschrittlichen Volkspartei«[6] prüfen sollte.

Die Revolution vom 9. November 1918 zerschlug einerseits diese ersten zaghaften Ansätze zum Zusammengehen der beiden liberalen Parteien; andererseits führten die sich überstürzenden Ereignisse den Führungsspitzen nachdrücklich vor Augen, daß nur ein schnelles und entschlossenes Handeln – ohne die Einschaltung der jeweiligen Parteigremien – dem politischen Liberalismus unter den grundlegend veränderten neuen Bedingungen eine Zukunft verbürgen würde. Noch am 9. November, als die Revolutionsbewegung in Berlin den Staatsumsturz herbeiführte und Kaiser Wilhelm II. abdankte, kam es zu einer Fühlungnahme zwischen Otto Fischbeck, dem Vorsitzenden der Fortschrittlichen Volkspartei, und Gustav Stresemann, dem Vorsitzenden der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Die Initiative dazu ging von Stresemann aus, der am Vorabend vergeblich versucht hatte, den Fraktionsvorsitzenden der Nationalliberalen Partei im preußischen Landtag und Vorsitzenden des nationalliberalen Zentralvorstandes, Robert Friedberg, davon zu überzeugen, in Preußen müsse eine ähnliche Verfassungsreform wie im Reich durchgesetzt werden. Stresemann legte Fischbeck dar, angesichts der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung sei »ein Zusammengehen der beiden liberalen Parteien eine unbedingte Notwendigkeit«, und bat um Einleitung entsprechender Verhandlungen.[7] Die revolutionären Wirren verhinderten jedoch zunächst ein Treffen zwischen Vertretern beider Parteien.

Unabhängig von diesen Bestrebungen versammelte sich am Vormittag des 10. November im Hause des Berliner Nationalökonomen Theodor Vogelstein eine kleine Gruppe von engagierten Demokraten[8], die in einer strikten Linksorientierung die einzige Chance für das liberale Bürgertum erblickten, die zukünftige gesellschaftliche und staatliche Entwicklung zu beeinflussen.[9] Einig war man sich vor allem in der Frage, daß zur Erreichung dieses Hauptziels die beiden bestehenden liberalen

sich daran anschließenden Auseinandersetzung mit dem Chefredakteur der »Kölnischen Zeitung«, Ernst Posse, siehe Hartenstein, S. 10.

[6] Entstehung, S. 3; Wittig, S. 680. Aufgrund der revolutionären Unruhen wurde die vorgesehene Sitzung des Zentralvorstandes am 9.11.1918 auf unbestimmte Zeit verschoben, da die Partei – wie Stresemann Kommerzienrat Wieland (Ulm) am 15.11. mitteilte – »keine Gewähr für den Rücktransport der Herren übernehmen« könne, PA NL Stresemann 187.

[7] Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der NLP vom 22.11.1918 über den Verlauf der Einigungsverhandlungen, BAK R 45 II/1, p. 123. Stresemann nennt in der von ihm verfaßten Broschüre (Entstehung, S. 4) als Ziel der Verhandlungen ein Bündnis oder eine Verschmelzung; vgl. auch Wittig, S. 681; Politische Umschau (verfaßt von Stresemann), in: DS 30 (15.12.1918), S. 818; Albertin, S. 46f.

[8] An diesem ersten Treffen nahmen neben Vogelstein noch teil: Bethusy-Huc, Cassirer, Eßlen, Frankfurter, Gerland, Grünspahn, Hecht, Carbe, Kleefeld, Lindenau, Schacht, Segall und Silberberg, HStASt NL Haußmann 100; siehe dazu auch Nuschke, S. 19f.; Wittig, S. 681; Stephan, S. 14ff.; Albertin, S. 54f.; Demm, S. 256. Die Behauptung Luckemeyers, S. 46, auch Stresemann habe an dieser Besprechung teilgenommen, ist per se höchst unglaubwürdig und wird durch die vorliegenden Quellen nicht gestützt.

[9] Eine ausführliche Darstellung dieser Beratungen bieten Stephan, S. 14f.; Albertin, S. 46ff.; Lukkemeyer, S. 36, 48.

Parteien völlig ungeeignet seien[10], aber auch darüber, daß bei der Gründung einer neuen Partei – denn daß es sich darum handelte, daran zweifelte keiner der Anwesenden – die Unterstützung von weiteren profilierten linksdemokratischen Persönlichkeiten unabdingbar sein werde. Von den in Aussicht genommenen Friedrich Naumann und Georg Gothein, führenden Politikern der Fortschrittlichen Volkspartei, Max Weber, dem angesehenen Soziologen, und Theodor Wolff, dem Chefredakteur des »Berliner Tageblatts«, war jedoch nur letzterer telephonisch erreichbar. Am Nachmittag des 10. November begab sich eine sechsköpfige Delegation (Vogelstein, Gerlach, Frankfurter, Eßlen, Grünspahn, Silberberg) in die Redaktion des »Berliner Tageblatts«, um Wolff dafür zu gewinnen, »die Gründung einer großen demokratischen Partei«[11] in die Hand zu nehmen. Wolff, der bereits am Vortag ein ähnliches Projekt erwogen hatte, akzeptierte den Plan und sagte zu, den Gründungsaufruf für die neue Partei zu verfassen und weitere ihm geeignet erscheinende Persönlichkeiten hinzuzuziehen. Unmittelbar nach dieser Besprechung informierte er über die geplante Neugründung Alfred Weber, wie sein Bruder Max ein bekannter Soziologe, und bat ihn um seine Mitarbeit. Alfred Weber begrüßte das Vorhaben »mit einem Ausbruch von Enthusiasmus«.[12]

Der endgültige Entschluß zur Gründung einer neuen Partei fiel schon am Mittag des 11. November 1918: Alfred Weber und Theodor Wolff, die sich bereits am Vormittag getroffen hatten, begaben sich in Begleitung von Eßlen, Silberberg und Vogelstein zu weiteren Verhandlungen in die Redaktion des »Berliner Tageblatts«. Die Gruppe nahm dann Kontakt zu führenden Fortschrittlern auf, indem man Gothein, Fischbeck und Dernburg um ihre Mitarbeit bat.[13] Daß die eigentlichen Gründungsinitiatoren an erfahrene Parlamentarier aus dem Führungszirkel der Fortschrittlichen Volkspartei herantraten und die Nationalliberale Partei ganz beiseite ließen, kann nicht überraschen. Alfred Weber und Theodor Wolff, auf dem parlamentarischen und parteipolitischen Parkett unerfahren, mußten sich einerseits der Unterstützung führender Parlamentarier versichern, andererseits galt ihnen die Nationalliberale Partei als politisch diskreditiert aufgrund ihrer annexionistischen Einstellung während der Kriegsjahre und der ablehnenden Haltung ihres konservativ orientierten preußischen Flügels in der Frage einer Reform des preußischen Wahlrechts. Gerade das von Theodor Wolff geleitete »Berliner Tageblatt« hatte während des Krieges vehement gegen die »annexionistische« Haltung Stresemanns polemisiert: hier gab es intime Feindschaften.

Stresemann erhielt erste Hinweise auf die beabsichtigte Neugründung einer »Demokratischen Partei« am 12. November. Bruno Marwitz, der Führer der Berliner Jungliberalen, schrieb ihm, wenn die beiden liberalen Parteien nichts täten, sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß »sich eine neue liberale Partei gründet, welche davon ausgeht, daß in weitgehenden Kreisen beider liberaler Parteien der Boden für eine

[10] Der Berliner Rechtsanwalt Richard Frankfurter, einer der führenden Köpfe der Gruppe, formulierte: »Die Rolle der alten bürgerlichen Fortschrittlichen Volkspartei war ausgespielt und die Nationalliberalen waren durch ihre Beziehungen zur Schwerindustrie und zur Vaterlandspartei diskreditiert«, zit. nach: Stephan, S. 15.

[11] Wolff, Tagebücher, S. 650.

[12] Wolff, Marsch, S. 204.

[13] So Gothein in einem Schreiben an Haußmann vom 13.11.1918, HStASt NL Haußmann 103.

Neugründung geschaffen ist«, informierte ihn über im Gang befindliche »positive Vorarbeiten nach dieser Richtung« und plädierte für eine rasche Vereinigung des liberalen Bürgertums.[14] Damit rückten nunmehr Fragen der innerliberalen Einigung in den Mittelpunkt der Überlegungen. Es sprach vieles dafür, daß sich tatsächlich eine große liberale Partei bilden würde. Die Parteiführung der Nationalliberalen wurde in diesen Tagen mit einer Flut von Briefen und Telegrammen überschüttet, aus denen klar hervorging, daß eine überwältigende Mehrheit der Landesorganisationen eine geeinte liberale Partei als Gegengewicht zu den Sozialisten befürwortete.[15]

Auf einer Sitzung der in Berlin anwesenden Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion am Nachmittag des 13. November 1918 kam es indessen zu »lebhaften Auseinandersetzungen über die Verschmelzung«[16], d.h. über einen Zusammenschluß mit der Fortschrittlichen Volkspartei. Umstritten war auch, ob es einzelnen Abgeordneten gestattet werden könne, den Aufruf zu unterzeichnen, der – wie man wußte – von der Gruppe um Theodor Wolff und Alfred Weber vorbereitet wurde. Junck und v. Richthofen gelang es schließlich, die Fraktion davon zu überzeugen, daß die »Bestrebungen des Aufrufs vollkommen im Rahmen der Fraktionsbestrebungen« lägen: »Der Aufruf sei gewissermaßen ein Appell an das Bürgertum, einen Zusammenschluß zu fördern und sei deshalb eine Parallelaktion zu einer etwaigen Besprechung der Fraktionen« von Fortschrittspartei und Nationalliberalen. Obwohl einzelne Passagen des geplanten Aufrufs auch bei v. Richthofen und Junck auf erhebliche Kritik stießen – so vor allem die einleitende Formulierung, das deutsche Volk sei »in einen entsetzensreichen Krieg durch politische Spieler hineingetrieben«[17] worden –, erklärten sich die Anwesenden schließlich damit einverstanden, daß v. Richthofen und Junck den Aufruf unterschrieben. Offensichtlich sah die überwiegende Mehrheit der Nationalliberalen zu diesem Zeitpunkt in der Gruppe um Weber und Wolff kein wirkliches Konkurrenzunternehmen zur geplanten Verschmelzung von Fortschrittlicher Volkspartei und Nationalliberaler Partei, sondern eher eine Ergänzung – wobei zudem die Überlegung eine Rolle gespielt haben dürfte, eine Beteiligung von v. Richthofen und Junck werde auch eine Zurückdrängung des linksdemokratischen Einflusses bedeuten. Stresemann war offensichtlich überrascht über die große Bereitschaft in diesem Führungszirkel der Partei, die Fusion mit der Fortschrittlichen Volkspartei rasch herbeizuführen, während er selbst – zu diesem Zeitpunkt – ein schrittweises Vorgehen (zuerst Wahlbündnis, erst danach Fusion) präferierte. Am 14. November 1918 erkundigte er sich telegraphisch bei zahlreichen Landesorganisationen nach ihrer Haltung[18]; auch die beabsichtigte Einbindung der

[14] BAK R 45 II/1, p. 1.

[15] Siehe dazu die große Zahl von Schreiben und Telegrammen im BAK R 45 II/1 sowie im PA NL Stresemann 180, 187.

[16] PA NL Stresemann 201 (Tagebucheintragung vom 13.11.1918); zum Verlauf der Sitzung siehe auch Entstehung, S. 4; Wittig, S. 681; Albertin, S. 47; Luckemeyer, S. 50.

[17] Entstehung, S. 4.

[18] Siehe seine Telegramme an Hieber (Stuttgart), Osann (Darmstadt), Rose (Hamburg), Rebmann (Karlsruhe), Mittelmann (Stettin), Wyneken (Königsberg), Leidig (Berlin) und Bartels (Magdeburg), PA NL Stresemann 187.

Gruppe um Wolff und Weber in eine große liberale Partei hielt er für eine »Fiktion«.[19]

Am 15. November fand in der Wohnung des nationalliberalen preußischen Landtagsabgeordneten Liepmann die erste offizielle Zusammenkunft von Vertretern der beiden liberalen Parteien statt; seitens der Nationalliberalen nahmen Stresemann, v. Richthofen und List, seitens der Fortschrittlichen Volkspartei Fischbeck, Kanzow, Naumann und Pachnicke teil.[20] In den Verhandlungen erzielte man eine weitgehende Übereinstimmung in zentralen taktischen und grundsätzlichen Fragen: Bei den Wahlen zur Nationalversammlung sollten beide Parteien auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlaufrufs vorgehen; auch auf ein vorläufiges Programm, dessen Grundzüge von Pachnicke und v. Richthofen erarbeitet wurden, einigte man sich schnell; dabei konnte auch in der Frage der Haltung zur künftigen Staatsform eine alle Beteiligten zufriedenstellende Formulierung gefunden werden.[21] Bezüglich der Organisation wurde beschlossen, »ein gemeinschaftliches Büro zu errichten und allmählich die Parteibüros wie auch die Parteiorganisationen in die neue Partei zu überführen«.[22] Bis ein »nach den Wahlen einzuberufender Parteitag die Frage der künftigen Führung löste«, sollten die »bisherigen Vorstände die beiden Parteien gemeinsam führen«.[23] Damit waren auch die Befürchtungen Stresemanns hinsichtlich einer vorschnellen Preisgabe der nationalliberalen Organisation weitgehend ausgeräumt: ein Wahlbündnis und die anschließende Bildung einer liberalen Gesamtpartei waren in greifbare Nähe gerückt. Daß die zwischen beiden liberalen Parteiführungen erzielte Übereinkunft tatsächlich eine sehr weitgehende war, belegt die Meldung, die Pachnicke über den Verlauf der Beratungen im »Berliner Tageblatt« veröffentlichte und die davon sprach, daß »die neue demokratische Partei in kürzester Frist, vielleicht schon in ein bis zwei Tagen, ins Leben gerufen wird«.[24]

Wahrscheinlich wäre es in den folgenden Tagen auch tatsächlich zu einem Zusammenschluß von Fortschrittspartei und Nationalliberaler Partei gekommen, wenn die Unterhändler der Fortschrittlichen Volkspartei nicht darauf bestanden hätten, zuvor noch »mit denjenigen Herren, welche hinter dem demokratischen Aufruf standen,

[19] Ebd., Schreiben an Frau Damann (Charlottenburg) vom 15.11.1918.

[20] Siehe dazu das Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der NLP vom 22.11.1918 über den Verlauf der Einigungsverhandlungen, BAK R 45 II/1, p. 123 sowie Entstehung, S. 5; Wittig, S. 681; Hartenstein, S. 14f.; Stephan, S. 23; Albertin, S. 63.

[21] Das zwischen beiden Parteien vereinbarte vorläufige Programm ist abgedruckt bei: Hermann Pachnicke, Führende Männer im alten und neuen Reich, Berlin 1930, S. 196f. In einer Aktennotiz über ein Gespräch mit Pachnicke hielt Stresemann am 19.7.1922 fest, dieser habe »mit Richthofen eine Formulierung derjenigen Punkte« vorgenommen, »über die man sich damals im engeren Kreise einig gewesen sei, und habe den ersten Punkt so formuliert, daß die neue Partei beabsichtige, auf den Boden der republikanischen Staatsform zu treten«, PA NL Stresemann 247. In einem Schreiben an Fischbeck hatte Stresemann am 11.7.1922 herausgestellt: »Das war der Inbegriff dessen, daß wir unbeschadet der persönlichen Meinung des einzelnen auf dem Boden der republikanischen Staatsform mitarbeiten wollten«, ebd., Nr. 248.

[22] Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der NLP vom 22.11.1918 über den Verlauf der Einigungsverhandlungen, BAK R 45 II/1, p. 123.

[23] Schreiben Stresemanns an Fischbeck vom 11.7.1922, PA NL Stresemann 248.

[24] »Berliner Tageblatt«, 16.11.1918, Nr. 587. Theodor Wolff notierte nach dem erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen am 16.11.1918 erbost in sein Tagebuch: »Die von uns ausgeschlossenen Parlamentarier (wollen) uns das Wasser abgraben«, Wolff, Tagebücher, S. 656.

eine Aussprache zu halten und eventuell ein gemeinsames Vorgehen anzubahnen«.[25] Die Parteispitze der Nationalliberalen hatte gegen eine solche Begegnung nichts einzuwenden; in ihren Augen war es überflüssig, eine neue liberale Partei zu gründen, werde das Ziel des am 16. November veröffentlichten Aufrufs zur Gründung einer »Demokratischen Partei«[26] doch gerade dann erreicht, »wenn die beiden liberalen Parteien sich zu einer Gesamtpartei zusammenschlössen«.[27]

Auf Wunsch von Fischbeck wurde für den 18. November eine Zusammenkunft von zwölf Vertretern der demokratischen Gruppe mit jeweils sechs Delegierten von Fortschrittlicher Volkspartei und Nationalliberaler Partei anberaumt.[28] Obwohl Stresemann durch Georg Bernhard, den Chefredakteur der »Vossischen Zeitung«, informiert worden war, die »neue demokratische Partei«[29] richte heftige Angriffe gegen seine Person, setzte er in die Verhandlungen doch große Hoffnungen. Wie er dem Reichsgeschäftsführer der Nationalliberalen Partei, Otto Hugo, noch vor Beginn der Unterredung mitteilte, könnten die Nationalliberalen »die Belastungsprobe für ein Fernbleiben von der liberalen Einigung« nur schwer tragen: »Ganz Süddeutschland geht uns dann voraussichtlich verloren und gegenüber den anstürmenden demokratischen Massen der Jugendlichen könnten wir zur Bedeutungslosigkeit herabsinken«; der Anschluß an die Konservativen hingegen führe, so Stresemann, mit Sicherheit zur Zertrümmerung der Partei.[30]

Das Treffen vom 18. November 1918, das in »sehr gereizter«[31] Stimmung stattfand, verlief jedoch ganz anders, als Stresemann erwartet hatte. Unausgesprochen galt hier seitens der demokratischen Gruppe das Wort, das Conrad Haußmann Ende September 1918 im Interfraktionellen Ausschuß hinsichtlich einer Regierungsbeteiligung der Nationalliberalen Partei gesprochen hatte: »Nicht belasten mit Stresemann«.[32]

Zu Beginn der Unterredung teilte Fischbeck mit, die beiden liberalen Parteien seien in den letzten Tagen zu einer weitgehenden Übereinkunft gelangt, und forderte die demokratische Gruppe auf, »sich auch ihrerseits der Vereinigung anzuschließen«.[33] Alfred Weber jedoch erklärte in erregten Ausführungen apodiktisch, davon könne keine Rede sein; den überraschten Vertretern der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen gab er zur Kenntnis, die Demokraten hätten sich am Vormittag bereits als eigene Partei konstituiert, hauptsächlich, so Weber, um in der Öffentlichkeit den Verdacht zu vermeiden, mit den beiden kompromittierten und bankrotten

[25] So Fischbeck in seinem Schreiben an Stresemann vom 15.7.1922, PA NL Stresemann 248.
[26] »Berliner Tageblatt«, 16.11.1918, Nr. 587; siehe auch Anm. 35.
[27] Entstehung, S. 5.
[28] Siehe dazu und zum Verlauf des Treffens im Büro des Reichstagspräsidenten Entstehung, S. 5 ff.; Wittig, S. 681; Stephan, S. 24 f.; Demm, S. 656 f.; Albertin, S. 63 f. An den Verhandlungen nahmen seitens der NLP teil: Friedberg, Stresemann, Lucas, Carl August Weber, Junck und v. Richthofen.
[29] PA NL Stresemann 201 (Tagebucheintrag vom 17.11.1918).
[30] Schreiben Stresemanns an Hugo, 18.11.1918, PA NL Stresemann 187.
[31] Wolff, Marsch, S. 209.
[32] Erich Matthias/Rudolf Morsey (Bearb.), Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, II. Teil, Düsseldorf 1959, S. 765.
[33] Entstehung, S. 6.

liberalen Parteien identisch zu sein.[34] Die Einigung über ein Wahlbündnis zwischen Fortschritt und Nationalliberalen sei ohne Wissen und Billigung der demokratischen Partei erfolgt, die sich mit der Hypothek der alten Parteien – insbesondere mit dem »tödlichen« Erbe der Nationalliberalen – nicht belasten wolle. Ein Zusammengehen käme für die neue Partei nur mit solchen Politikern in Frage, die durch ihre frühere Haltung nicht kompromittiert seien und erfordere zudem eine uneingeschränkte Anerkennung des im Aufruf vom 16. November[35] entwickelten Programms.[36] Im Namen der neuen Deutschen Demokratischen Partei stellte Weber dann drei Bedingungen für einen Zusammenschluß: »1. Vorbehaltloses Bekenntnis zum Programm, 2. Volle Parität, 3. Garantien gegen kompromittierte Persönlichkeiten«.[37]

Überrascht von diesen ultimativen Forderungen und von Webers verletzendem Ton protestierten Junck, v. Richthofen und Fischbeck. Ihr Hinweis, der große Erfolg des demokratischen Aufrufs sei hauptsächlich den Namen bekannter Parlamentarier zu verdanken, ging jedoch ebenso ins Leere wie ihre Forderung, jeder der drei Gruppen vier Vorstandssitze zuzuerkennen.[38] Als Vogelstein dann gar noch erklärte, bei einem Zusammenschluß mit der DDP müsse nicht nur der rechte Flügel der Nationalliberalen ausscheiden, sondern »der Schnittpunkt viel weiter nach links gelegt werden«[39], schlug Theodor Wolff eine Verhandlungspause vor.

Während dieser Unterbrechung unternahm Friedberg einen letzten Versuch, die verfahrene Situation zu retten: er schlug der Delegation der Fortschrittlichen Volkspartei vor, »nun sofort zum Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien zu schreiten und es alsdann den Unterzeichnern des Aufrufs zu überlassen, ob sie sich dieser Partei anschließen wollten«.[40] Diesen Vorschlag lehnte Fischbeck jedoch mit dem Argument ab, die Fortschrittliche Volkspartei könne es nicht zulassen, »daß sich zwischen uns und die Sozialdemokratie eine neue Gruppe einschiebt«[41], da sonst die Wähler nicht bei der Partei zu halten seien. Die nationalliberale Delegation nahm daraufhin an den weiteren Beratungen nicht mehr teil, hielt den Kontakt zur Fort-

[34] Selbst Fischbeck, der in engem Kontakt mit Theodor Wolff stand, war von der Parteigründung völlig überrascht, wie er noch am 18. 11. 1918 an Georg Gothein schrieb, BAK NL Gothein 120.

[35] Der von 60 Personen unterzeichnete Aufruf zur Gründung der DDP erschien am 16. 11. 1918 im »Berliner Tageblatt«, Nr. 587; wieder abgedruckt u. a. bei Heilfron, Bd. 1, S. 140 ff.; UuF, Bd. 3, S. 173 ff.; Ritter/Miller, S. 311 ff. Eine ausführliche Analyse des vielbeachteten Aufrufs bieten Stephan, S. 16 f.; Albertin, S. 54 ff.; Demm, S. 257 ff.

[36] Die Notizen, die sich Stresemann während der Sitzung anfertigte, geben den Kern der Weberschen Ausführungen deutlich wieder: »Demokr.-republ. Sammlung mit sozialem Einschlag. Keine hypothek. Belastung durch Erbschaft alter Parteien übernehmen. Alte Parteien bankerott. Partei macht Tore weit auf, wird aber keine Politiker in Führerstellung aufnehmen, die annexionistisch belastet sind [...] Erbschaft n. l. [nationalliberale] Partei tödlich [...] Dem Neuen Bahn geben (und das Alte rausschmeißen)«, PA NL Stresemann 187; siehe dazu auch Stephan, S. 24 f.; Hartenstein, S. 18 f.; Albertin, S. 63 f.

[37] PA NL Stresemann 187; siehe dazu auch Demm, S. 266.

[38] Siehe das Schreiben Fischbecks an Payer vom 18. 11. 1918, BAK NL Payer, 20; Entstehung, S. 7.

[39] PA NL Stresemann 187, Schreiben von Stresemann an Brües (Köln) vom 25. 11. 1918.

[40] Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der NLP vom 22. 11. 1918 über den Verlauf der Einigungsverhandlungen, BAK R 45 II/1, p. 123.

[41] Schreiben Fischbecks an Gothein vom 18. 11. 1918, BAK NL Gothein 120. Stresemann erklärte auf der Zentralvorstandssitzung vom 12. 4. 1919, Fischbeck habe ausgeführt: »Wir können ohne die Demokratie nicht auskommen, unsere Leute laufen sowieso nach links [...] Wenn sich außerhalb von uns noch eine demokratische Partei bildet, sind wir verloren«, Dok. Nr. 5, S. 75.

schrittlichen Volkspartei aber aufrecht: eine erneute Beratung wurde für den Nachmittag des folgenden Tages anberaumt.

Obwohl das – nicht nur von Stresemann als »maßlos« und »unverschämt«[42] empfundene – Auftreten Webers die so aussichtsreichen Versuche zur Gründung einer großen liberalen Partei torpediert hatte, schien das Ergebnis der Verhandlungen doch zunächst für Stresemann zufriedenstellend zu sein. Der linke Flügel der Fortschrittlichen Volkspartei würde nach seiner Auffassung zur neuen Deutschen Demokratischen Partei abschwenken und die Mitte sowie den rechten Flügel für eine Vereinigung mit den Nationalliberalen zu einer großen liberalen Partei zurücklassen.

In der Sitzung der nationalliberalen Reichstagsfraktion am Vormittag des 19. November, auf der Junck scharfe Angriffe gegen Stresemanns Führung richtete[43], wurde jedoch deutlich, daß die Gruppe um v. Richthofen, Junck und List bereits mit den Nationalliberalen gebrochen hatte und entschlossen war, die Partei zu verlassen. Am Nachmittag dieses Tages nahm Fischbeck nochmals einen Anlauf, in einem entspannteren Gesprächsklima doch noch eine Fusion der drei politischen Gruppen zu bewerkstelligen[44]; dieser Versuch scheiterte jedoch an der Haltung Friedbergs, der jede weitere Verhandlung mit der DDP kategorisch ablehnte.[45]

Zur größten Überraschung Stresemanns ließen die Führer der Fortschrittlichen Volkspartei nunmehr den Plan eines Zusammengehens mit den Nationalliberalen auf paritätischer Grundlage abrupt fallen; vielmehr stellten sie ihre Parteiorganisation der DDP zur Verfügung und forderten ihre Mitglieder am 20. November auf, »den Anschluß an die neue Partei ungesäumt zu vollziehen«.[46] Weiteren Zuzug erhielt die neue Partei durch mehrere Repräsentanten des linken Flügels der Nationalliberalen um v. Richthofen und Junck, die ihrer bisherigen Partei am Vormittag dieses Tages den Rücken kehrten.[47]

Obwohl dieser »Abfall früherer Freunde« Stresemann tief deprimierte, zahlte sich jetzt aus, daß er seit dem 9. November eine vorschnelle Auflösung der nationalliberalen Landesorganisationen abgelehnt hatte. Zwar erreichten die Reichsgeschäftsstelle der Partei und Stresemann persönlich seit Ausbruch der Revolution täglich zahlreiche Telegramme, die sich für eine schnelle Verschmelzung mit der Fortschrittlichen Volkspartei aussprachen, doch gab es auch manche – nicht nur dem rechten Parteiflügel zuzuordnende – Stimmen aus dem Lande, die vor einer zu engen Zusammenarbeit oder gar einer Fusion beider Parteien warnten.[48] Am Tag der formellen Konstituierung der Deutschen Demokratischen Partei, dem 20. November, verfaßten der Parteivorsitzende Friedberg, der stellvertretende Vorsitzende Stresemann

[42] Stresemann in einem Schreiben an Brües (Köln) vom 25.11.1918, PA NL Stresemann 187.
[43] So die Eintragung in Stresemanns Tagebuch, PA NL Stresemann 201.
[44] Theodor Wolff notierte am 19.11.1918 in sein Tagebuch: »Vormittags telephoniert mir Fischbeck, er hoffe die Einigung durchzusetzen, ich möchte aber darauf sehen, daß Weber nicht wieder persönlich verletzend werde, was ich zusage«, Wolff, Tagebücher, S. 659.
[45] Siehe dazu Entstehung, S. 8.
[46] Nuschke, S. 28; siehe auch Albertin, S. 64.
[47] Stresemann notierte dazu verbittert in sein Tagebuch: »Spaltung. nat.lib. Partei. List, Junck, Richthofen, Ickler treten zur Deutschen Demokratischen Partei über«, PA NL Stresemann 201.
[48] Siehe in diesem Sinne die Telegramme von Dieckmann (Osnabrück), Rebmann (Karlsruhe) und Flathmann (Hannover), BAK R 45 II/1, p. 57ff.

und Reichsgeschäftsführer Hugo einen Aufruf zur Gründung einer »Deutschen Volkspartei auf nationaldemokratischer Grundlage«.[49] Diese Partei sollte »allen Schichten des Volkes« eine politische Heimat bieten, die »auf der Grundlage der durch die Demokratie geschaffenen Verhältnisse [...] nach politischer Betätigung streben«.[50] In den folgenden Tagen fanden in Berlin verschiedene Versammlungen nationalliberaler Ortsgruppen statt, auf denen Friedberg und Stresemann zum Anschluß an die DVP aufforderten und zum Kampf gegen die DDP aufriefen. Gleichzeitig beschwor Stresemann zahlreiche Parteifreunde, sich nicht zum Übertritt in die neue Partei drängen zu lassen und die Parteiorganisation unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.[51] Auch an einige führende Industrielle appellierte er, sich nicht parteipolitisch zu binden, ohne vorher mit ihm Rücksprache genommen zu haben.[52]

Die beabsichtigte Neuformierung der Nationalliberalen Partei auf der Grundlage ihrer alten Organisationen konnte zwei Tage später ihren ersten Erfolg verbuchen. Nach intensiven Verhandlungen war es gelungen, die auf dem rechten Flügel der Fortschrittlichen Volkspartei stehenden Reichstagsabgeordneten Wiemer und Kopsch zu gewinnen, so daß in einem weiteren Aufruf vom 23. November herausgestellt werden konnte: »Die Deutsche Volkspartei hat sich auf Grund von Vereinbarungen zwischen Mitgliedern der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei unter Zugrundelegung eines den Anforderungen des Gesamtliberalismus entsprechenden Programms gebildet«.[53]

Allerdings erwies es sich schnell, daß die Bemühungen der Parteileitung um eine Etablierung der DVP als vereinigte liberale Partei von wenig Erfolg gekrönt waren. Zwar richteten Wiemer und Kopsch eine telegraphische Aufforderung an ihre Parteifreunde im Lande, »sich der Deutschen Volkspartei anzuschließen«.[54] Da der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei den einzelnen Organisationen zu diesem Zeitpunkt jedoch schon empfohlen hatte, der DDP beizutreten, »hatten jene beiden Männer niemand hinter sich«.[55] Auch die einflußreiche Gruppe der Jungliberalen – von denen Hjalmar Schacht (damals Direktor der Nationalbank für Deutschland) schon zu den Gründungsmitgliedern der DDP gehörte hatte – schien nicht gewillt, die DVP zu unterstützen. Ein Versuch der Parteileitung, sie von einem Eintritt in die DDP abzuhalten, scheiterte.[56] Nach einem einleitenden Referat Stresemanns erklärte

[49] Siehe dazu Wittig, S. 682; Hartenstein, S. 20; Albertin, S. 65f. Der Text des am 21.11.1918 veröffentlichten und von den drei Vorsitzenden des Zentralvorstandes (Friedberg, Stresemann, Vogel) unterzeichneten Aufrufs in: DGK 1918, S. 349.

[50] Text des Aufrufs in: DGK 1918, S. 349.

[51] Siehe dazu seine Telegramme vom 21.11.1918 an die Generalsekretäre und Ortsvereinsvorsitzenden von Darmstadt, Köln, Offenbach, Stuttgart, Leipzig, Karlsruhe, Dresden und Ulm, BAK R 45 II/1, p. 97.

[52] Siehe PA NL Stresemann 187, Telegramm Stresemanns an Duisberg (Leverkusen) vom 21.11.1918.

[53] Schultheß 1918 I, S. 514. Unterzeichnet war der Aufruf von einem »vorläufigen Ausschuß«, dem neben Friedberg und Stresemann noch Rießer, Prinz Schönaich-Carolath, Frau Mende, Wiemer und Kopsch angehörten. Offenbar hatten sich Wiemer und Kopsch besonders für den Namen »Deutsche Volkspartei« eingesetzt, siehe Entstehung, S. 11.

[54] Entstehung, S. 11.

[55] So Wieland (Ulm) in einem Schreiben an Stresemann vom 30.11.1918, PA NL Stresemann 187.

[56] Diese »erregten Verhandlungen« fanden am 23.11.1918 statt, siehe PA NL Stresemann 201 (Tagebucheintragung vom 23.11.1918).

ihr Vorsitzender, Bruno Marwitz, zum Anschluß an die DDP gebe es keine Alternative.[57]

Mit dieser Auffassung vermochte sich Marwitz allerdings in einer stürmisch verlaufenden Versammlung des Nationalliberalen Hauptvereins Berlin nicht durchzusetzen – eine Mehrheit votierte für einen Anschluß an die DVP –, aber die nationalliberale Parteileitung geriet doch unter immer stärkeren Druck seitens zahlreicher Landesverbände und Ortsvereine, die einen erneuten Versuch zur Schaffung einer großen liberalen Partei forderten. Auch Stresemann hatte in diesen Tagen das Ziel einer Vereinigung der Nationalliberalen mit der Deutschen Demokratischen Partei noch nicht völlig aufgegeben. Voraussetzung einer Einigung war für ihn jedoch, daß es gelingen würde, die »demokratische Gruppe zur Einflußlosigkeit in der neuen Partei zu verdammen«.[58] Bei seinem Bemühen um die Ausschaltung des politischen Einflusses der »Tageblatt-Gruppe« konnte er nicht nur auf eine breite Unterstützung der nationalliberalen Landesverbände rechnen, sondern hoffte auch auf das Einverständnis von Fischbeck und Gothein, den »Gegenspielern von Theodor Wolff und Alfred Weber im Rahmen des improvisierten Gebildes der demokratischen Partei«.[59] Den Auftakt der neuen Verhandlungsrunde bildete ein Treffen mit Vertretern der Fortschrittlichen Volkspartei am Nachmittag des 24. November.[60] Am folgenden Tag veröffentlichte die Reichsgeschäftsstelle der Nationalliberalen ein Rundschreiben an die Parteifreunde, das die Bereitschaft zu einer liberalen Einigung auf paritätischer Grundlage betonte, im Interesse einer Stärkung der Verhandlungsposition die Landesorganisationen aber zu einem Anschluß an die DVP aufforderte.[61] Obwohl dieses Rundschreiben den »heillosen Wirrwarr«[62], der in zahlreichen nationalliberalen Provinzorganisationen bereits herrschte, eher noch steigerte, schlossen sich in den nächsten Tagen die nationalliberalen Vereine von Ostpreußen, Wiesbaden, Oldenburg, Hamburg, Kiel, Schleswig-Holstein, Hessen, Westfalen und Stettin der

[57] Laut Stresemanns Notizen, die er während dieser Besprechung anfertigte, führte Marwitz aus: »Es bleibt nichts übrig, als sich demokratischer Partei anzuschließen. Republik wird nicht betont, Nationales stärker herausgearbeitet [...] Es besteht keine Möglichkeit für Deutsche Volkspartei«, PA NL Stresemann 187.

[58] Stresemann vor dem Zentralvorstand der DVP am 12.4.1919, Dok. Nr. 5, S. 76.

[59] Stephan, S. 25. Entgegen der Auffassung von Luckemeyer, S. 70f., war nicht Theodor Wolff, sondern Alfred Weber der eigentliche Antipode Stresemanns bei den Einigungsverhandlungen.

[60] Siehe dazu die knappen handschriftlichen Notizen Stresemanns vom 24.11.1918, PA NL Stresemann 187.

[61] Siehe BAK R 45 II/1, p. 123 (auch im PA NL Stresemann 187): »Die nationalliberale Parteileitung verlangt für die Einigung die grundsätzliche Anerkennung ihrer Gleichberechtigung bei der Bildung der neuen Partei, die den Gesamtliberalismus umfassen soll. Sie kann es sich nicht bieten lassen, daß die demokratische Linke zu Gericht darüber sitzt, welche Teile der Partei und welche Führer der Partei ihr genehm sind oder nicht. Es bleibt abzuwarten, ob es möglich ist, auf der Grundlage der gleichen Berechtigung noch zu einer Einigung zu gelangen. An Bereitschaft unsererseits wird es nicht fehlen. Pflicht der nationalliberalen Vereine im Lande ist es deshalb, gegenwärtig den Zusammenschluß des Gesamtliberalismus zu erstreben, aber nicht mit fliegenden Fahnen zur Demokratischen Partei überzugehen, sondern der Deutschen Volkspartei beizutreten, um auf diese Weise eine Stärkung der alten nationalliberalen Parteirichtung herbeizuführen, die dann ihr Vollgewicht ganz anders bei den Einigungsverhandlungen in die Waagschale werfen kann«.

[62] So Brües (Köln) am 27.11.1918 an Stresemann, BAK R 45 II/1, p. 133.

DVP an, während vor allem in Süddeutschland und großen Teilen von Sachsen der Anschluß an die DDP erfolgte.[63] Auf Einladung des mitgliederstarken und einflußreichen nationalliberalen Landesverbandes der Provinz Hannover, der schon vor dem Scheitern der Verhandlungen vom 18. November eine Fusion mit der Fortschrittlichen Volkspartei abgelehnt hatte, begab sich Stresemann am 26. November nach Hannover, wo am folgenden Tag eine Versammlung von Vertrauensmännern der Nationalliberalen Partei den Anschluß an die DVP beschloß.[64]

Während dieser Formierungsphase der beiden politischen Richtungen innerhalb des liberalen Lagers, die sich seit dem 18. November herausgebildet hatten, waren die Fäden zwischen beiden Gruppen noch nicht abgerissen. Am 26. November überbrachte v. Richthofen dem Vorsitzenden der DDP, Alfred Weber, eine Offerte der DVP, »in der die Bereitschaft zum kollektiven Beitritt enthalten war«.[65] Der Geschäftsführende Ausschuß der DDP ermächtigte am selben Tag Fischbeck und Schacht, diesbezügliche Verhandlungen aufzunehmen, allerdings mit der einschränkenden Bedingung, »daß Stresemann sich zurückzieht«.[66] Als Mittelsmann sollte der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Gerhard Bollert fungieren, der seinerseits »jedoch keinen Zweifel darüber ließ, daß er zur Demokratischen Partei gehen wollte«.[67]

Rückhalt fand dieser erneute Einigungsversuch bei den Vertretern zahlreicher wichtiger mittelständischer Verbände und Berufsgruppen, die sich am 28. November in Berlin trafen und den »einhelligen Wunsch« zum Ausdruck brachten, »den vorläufig gescheiterten Zusammenschluß der liberalen Parteien doch noch mit allen Mitteln anzustreben«. Um die »breiteste Plattform« zu finden, wollte man nicht »auf die durch den bisherigen Fraktionsführer Dr. Stresemann verkörperten Wählermassen« verzichten; dieser sollte allerdings nur dem »weiteren Ausschuß« der neuen Partei angehören.[68] Stresemann selbst setzte – nicht zuletzt auch im eigenen Interesse – durchaus Hoffnungen in den Erfolg der Verhandlungen, »damit man aus der Drecklinie herauskommt«, stellte gleichzeitig jedoch auch heraus: »Sollten sie aber scheitern, so werde ich den Kampf mit Entschiedenheit aufnehmen«.[69]

Nachdem erste sondierende Vorgespräche zwischen Demokraten und Volksparteilern ergeben hatten, daß die Führung der Demokraten nur dann bereit sein würde, Friedberg einen Platz im Parteivorstand einzuräumen, wenn dieser um vier weitere

[63] Siehe Wittig, S. 682; Entstehung, S. 11.

[64] Siehe PA NL Stresemann 201 (Tagebucheintrag vom 27.11.1918); einen Tag vor seiner Abreise hatte Stresemann an Brües (Köln) geschrieben, er zweifele nicht an einem Anschluß der Hannoveraner, ebd., 187.

[65] Stephan, S. 26.

[66] Albertin/Wegner, Dok. Nr. 1, S. 3.

[67] Entstehung, S. 12; so auch Wittig, S. 682; für die von Stephan, S. 27, angeführte Teilnahme von Otto Keinath sowie für die von Stresemann in seinem Schreiben an Fischbeck vom 11.7.1922 (PA NL Stresemann 248) erwähnte Teilnahme Kanzows an den Gesprächen bieten die Quellen keinerlei Hinweise.

[68] BAK R 45 II/1, p. 167, Schreiben (gez. Görnandt, Kaufmann, Thissen) vom 30.11.1918 an den Vorstand der DDP. An der von 120 Teilnehmern besuchten Zusammenkunft nahmen u.a. Vertreter des Hansabundes, des DHV sowie mehrerer Beamten-, Handels- und Handwerksverbände teil, siehe dazu auch Albertin, S. 68f.

[69] BAK R 45 II/1, p. 143, Schreiben an Brües (Köln) vom 29.11.1918.

Persönlichkeiten aus dem linksliberalen Lager, darunter Walter Schücking und Max Weber, erweitert werde[70], präzisierte die DVP Ende November, unter welchen Bedingungen sie zu einer Fusion mit der DDP bereit sein würde. In nationalen Fragen sowie bei der späteren Ausarbeitung eines Parteiprogramms sollte der Standpunkt der DVP berücksichtigt werden, des weiteren war jede Sozialisierung abzulehnen. Im Mittelpunkt der Forderungen stand eine ausreichende Vertretung der Partei in den Gremien der Deutschen Demokratischen Partei. Um dies zu gewährleisten, sollten zwei nationalliberale Mitglieder – gedacht war an Friedberg und Leidig[71] – in den Geschäftsführenden Ausschuß und »zehn nationalliberale Mitglieder in den Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei gewählt werden«. Da auch die Jungliberalen und die Berufsverbände insgesamt zehn Personen in den Vorstand entsenden sollten, wäre »durch die Zuwahl von 22 nationalliberalen Persönlichkeiten die Sicherheit einer starken Vertretung der Nationalliberalen Partei in den ausschlaggebenden Instanzen der Deutschen Demokratischen Partei gewährleistet gewesen«.[72]

Wenn Stresemann auch das Gefühl hatte, »geopfert« zu werden, um »denjenigen Vertretern des linken Flügels Platz zu machen, die nicht wie ich davon belastet sind, daß sie an einen deutschen Sieg geglaubt haben«[73], akzeptierte er seinen Ausschluß aus dem Vorstand der DDP – nicht zuletzt im Vertrauen darauf, daß er sich »in seinem Leben bisher noch immer in jeder Organisation die Stellung erworben habe«, die er anstrebte.[74] Noch vor Beginn der Gespräche über die endgültige Form der Fusion am 2. Dezember 1918 übersandte er Friedberg eine dürre Erklärung: »Dr. Stresemann lehnt auf das bestimmteste ab, in irgendeinen Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei einzutreten«.[75] Diese Unterwerfung ist Stresemann sicher nicht leicht gefallen, aber er vollzog sie doch in der Überzeugung, zum einen werde der Einfluß der »Tageblatt-Gruppe« in der DDP nicht von langer Dauer sein und zum anderen würden die Landesorganisationen aufgrund der schlechten Kommunikations- und Verkehrssituation der Revolutionszeit weitgehende Autonomie gegenüber der Berliner Parteileitung behaupten können.[76] Den Einigungsverhandlungen selbst stand er jedoch zustimmend gegenüber und räumte ihnen eine hohe Erfolgschance ein. Vor seiner Abreise nach Dresden am 1. Dezember zu einer Vor-

[70] Wolff, Tagebücher, S. 665 (Eintragung vom 28. 11. 1918). Bezeichnenderweise stieß diese Forderung bei den taktisch versierten Politikern der ehemaligen FVP um Fischbeck auf keinen Widerstand, während sich besonders Alfred Weber und Eßlen gegen eine Hinzuziehung von Schücking und Max Weber aussprachen.

[71] Entstehung, S. 17.

[72] Entstehung, S. 13. Das Manuskript der »Entstehung« (PA NL Stresemann 186) erwähnt nur 18 nationalliberale Mitglieder, die in die Führungsgremien der DDP berufen werden sollten. Vor dem Zentralvorstand sprach Stresemann am 12. 4. 1919 von einer »Vertretung durch etwa 12 Persönlichkeiten aus unseren Reihen«, Dok. Nr. 5, S. 76. Da Stresemann auf einem Notizzettel die Namen von 22 für den provisorischen Ausschuß vorgesehenen Mitgliedern notiert hat (PA NL Stresemann 187), erscheint die Angabe in »Entstehung« wahrscheinlicher.

[73] Schreiben Stresemanns an Vogel (Saarbrücken) vom 3. 12. 1918, PA NL Stresemann 180.

[74] PA NL Stresemann 180, Schreiben an Hugo vom 18. 11. 1918.

[75] Ebd., Schreiben an Friedberg vom 1. 12. 1918.

[76] Siehe dazu sein Schreiben an Wilckens (Berlin) vom 3. 12. 1918, PA NL Stresemann 183: »Gegen die Berliner Leitung der DDP bestehen nach wie vor Bedenken, die dann überwunden werden können, wenn die Provinzen selbständig vorgehen und ihre Vertreter in die Nationalversammlung senden«.

standssitzung des Vereins Sächsischer Industrieller, dessen Syndikus er immer noch war, teilte er zahlreichen Parteifreunden mit, er rechne fest mit einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen.[77]

Am 2. Dezember trafen sich in Berlin die Abgesandten beider Parteien zu einer ersten Unterredung: von der Volkspartei Friedberg und Leidig, von demokratischer Seite Fischbeck und Schacht, dazu Bollert als Vermittler.[78] Schnell wurde jedoch deutlich, daß die DDP nicht gewillt war, die DVP als gleichberechtigten Partner anzuerkennen, sondern sie »als hilflose Minderheit zu absorbieren gedachte«.[79] Zudem verließ Friedberg die vor den Verhandlungen festgelegte Marschroute schon zu Beginn, indem er lediglich seine Aufnahme – und nicht die des ebenfalls vorgesehenen Eugen Leidig – in den Geschäftsführenden Ausschuß forderte. Auch für den weiteren Ausschuß schlug er nicht zehn, sondern lediglich vier Personen aus der DVP vor: Friedberg, Bollert, Rießer und Leidig. Als Fischbeck und Schacht gegen Rießer und Leidig Einwendungen erhoben, akzeptierte Friedberg die seitens der demokratischen Unterhändler vorgeschlagenen Blankenburg und Frau Mende. Friedberg wähnte sich offenkundig in einer schwachen Verhandlungsposition und zog daraus den Schluß, eine Einigung müsse um jeden von der Deutschen Demokratischen Partei geforderten Preis erzielt werden. Da Blankenburg und Bollert sich schon vor der Unterredung entschieden hatten, der DDP beizutreten und Frau Mende sich ihre endgültige parteipolitische Orientierung noch vorbehalten hatte[80], entstand die groteske Situation, daß die DVP in der vereinten Partei im Grunde nur durch Friedberg selbst vertreten sein würde, ausgerechnet durch jenen Führer der Nationalliberalen, der bis November 1918 als Repräsentant des rechten Parteiflügels gegolten hatte und dies immer noch war.[81]

Friedberg bat dann die Unterhändler der DDP um Billigung einer Erklärung, die er an die Organisationen der DVP zu versenden beabsichtigte.[82] Da Fischbeck und

[77] Siehe seine Schreiben vom 1.12.1918 an Loewy (Rawitsch), Andres (Kreuznach), Damaschke (Berlin) und Hegenscheidt (Hoyerswerda), PA NL Stresemann 187.

[78] Siehe dazu Wittig, S. 682; Entstehung, S. 13f.; 18f.; Hartenstein, S. 26f.; Jones, Liberalism, S. 20; Albertin, S. 71f.

[79] Turner, S. 32.

[80] So teilte Leidig am 8.12.1918 Stresemann mit: »Frau Mende schwankt noch hin und her, ich hoffe aber, wir bekommen sie zu uns«, PA NL Stresemann 183.

[81] Jahre später hat Eugen Leidig wohl zutreffend Friedbergs seinerzeitige Überlegungen gekennzeichnet: »Friedberg hatte zu der Zukunft der in die Deutsche Volkspartei umgewandelten Nationalliberalen Partei kein Vertrauen, namentlich hat er in jenen Tagen mir und anderen gegenüber immer wieder darauf hingewiesen, daß wir kein Geld zur Führung des Wahlkampfes haben würden«, Leidig, S. 9. Auch die Entstehung, S. 12, stellt hinsichtlich der finanziellen Lage der Partei vor Beginn der Fusionsverhandlungen heraus: »Ein Versuch, aus den Kreisen des Berliner Wirtschaftslebens Beiträge für den Wahlfonds der Deutschen Volkspartei zu erhalten, scheiterte. Man erklärte, große Mittel für eine Vereinigung beider Parteien zur Verfügung stellen zu wollen, andererseits aber sich gegen eine Unterstützung der Deutschen Volkspartei ablehnend zu verhalten«.

[82] Siehe dazu Entstehung, S. 18: »In diesem Schreiben wurden die Grundlagen der Einigung dargelegt; es besagte in seinen Eingangssätzen, daß die Einigung erfolgt sei, nachdem hinsichtlich des nationalen Programms der Deutschen Demokratischen Partei befriedigende Erklärungen abgegeben worden seien und festgestellt worden sei, daß hier Einmütigkeit der Gesinnung zwischen den bisherigen Volksparteilern und den Deutschen Demokraten bestehe«.

Schacht sich nicht in der Lage sahen, dazu definitiv Stellung zu nehmen, wurde die Sitzung vertagt.

Die am späten Vormittag des 3. Dezember wieder aufgenommenen Verhandlungen dauerten nur kurz. Friedberg konzedierte den Vertretern der DDP gegen den Widerspruch Leidigs, daß in dem Schreiben an die Organisationen der DVP die Bezugnahme auf die Übereinstimmung beider Parteien in der »nationalen Haltung« gestrichen wurde und akzeptierte die Ergänzung, daß die DVP den demokratischen Aufruf vom 16. November auch ihrerseits annehme. Eine von Fischbeck und Schacht vorgelegte Erklärung, Persönlichkeiten, »die bei der Agitation für annexionistische Kriegsziele und bei der Amerika gegenüber befolgten Politik eine führende Rolle gespielt hätten«[83], dürften nicht in die Führungsgremien der DDP aufgenommen werden, akzeptierte Friedberg mit einer leichten Abmilderung des Wortlauts.

Stresemann, am Vormittag des 3. Dezember aus Dresden zurückgekehrt, ließ noch während der Verhandlungen Friedberg davon in Kenntnis setzen, daß die ausgehandelten Modalitäten in keiner Weise den getroffenen Abmachungen entsprächen. Trotzdem hielt Friedberg am Verhandlungsergebnis fest und wies in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender die Reichsgeschäftsstelle der Nationalliberalen Partei gegen 15 Uhr an, die Meldung über die erfolgreiche Fusion beider Parteien sofort durch das W.T.B. verbreiten zu lassen.[84] Die Einwände von Reichsgeschäftsführer Otto Hugo, die getroffenen Vereinbarungen entsprächen weder in sachlicher noch in organisatorischer Hinsicht den Vorbedingungen und müßten aus diesem Grund von den in Berlin anwesenden Reichstagsabgeordneten und Zentralvorstandsmitgliedern gebilligt werden, wischte Friedberg vom Tisch. Er stimmte zwar einer solchen Zusammenkunft, die um 18 Uhr stattfinden sollte, zu, machte sie aber gleichzeitig dadurch obsolet, daß er strikt auf einer sofortigen Veröffentlichung der Meldung beharrte.[85] Weitere Versuche, eine Einigung auf anderer Grundlage herbeizuführen, schienen nunmehr nutzlos: sowohl Stresemann als auch Leidig nahmen an der Besprechung am späten Nachmittag des 3. Dezember gar nicht teil.

---

[83] Entstehung, S. 19. Daß die von Theodor Wolff und Alfred Weber verfochtene kompromißlose Linie hinsichtlich einer Aufnahme von »Annexionspolitikern« – hier natürlich besonders Stresemanns – in der DDP durchaus nicht unumstritten war, zeigt eine Tagebucheintragung Wolffs vom Abend des 3. 12. 1918 über eine Sitzung des DDP-Parteivorstandes: »Ich stelle aber zahlreiche neue Bedingungen, um den demokratischen Charakter der Partei nach Möglichkeit zu erhalten, fordere speziell auch Veröffentlichung einer Erklärung, daß die kompromittierten, annexionistischen Politiker ausgeschaltet seien [...] Muß mindestens sechsmal das Wort ergreifen und einige Male mit meinem Austritt drohen«, Wolff, Tagebücher, S. 667. Der Parteivorsitzende Alfred Weber nahm an den Verhandlungen von Anfang Dezember nicht teil, da er sich nach München begeben hatte, näheres dazu bei Demm, S. 269. In seinem Schreiben an Felix Hirsch vom 13. 1. 1947 stellt Alfred Weber die Vorgänge offensichtlich vollständig aus der Erinnerung und beträchtlich verzerrt dar, siehe Hirsch, S. 316 ff.

[84] Die Meldung betonte, es sei eine »völlige Übereinstimmung« bei »völliger Einheitlichkeit der Auffassung« erzielt worden, und empfahl »allen Parteiorganisationen im Lande ein Zusammenwirken mit der DDP auf dieser Grundlage«, DGK 1918, S. 353 f.

[85] Laut dem Manuskript der »Entstehung« entgegnete Friedberg auf den Einwand von Spieß, dem Leiter der NLC, vor einer Veröffentlichung der Meldung müßten die um 18 Uhr zusammentretenden Parteifreunde gehört werden: »Ich beauftrage Sie, diese Notiz sofort durch W.T.B. zu verbreiten«, PA NL Stresemann 186.

Stresemann, der fest mit einer Einigung zwischen beiden Parteien auf paritätischer Grundlage gerechnet hatte und bereit gewesen war, in eine vereinigte liberale Partei einzutreten, ohne eine Führungsfunktion zu übernehmen, war entsetzt über die »Kapitulation«[86] Friedbergs. Es erbitterte ihn, daß Friedberg alle vereinbarten Verhandlungspositionen geräumt hatte, ohne ihn überhaupt zu informieren; noch schwerer aber wog seine Überzeugung, daß Friedberg die Partei an die DDP ausgeliefert hatte, ohne eine Gegenleistung zu erhalten. Insofern erfolgte Stresemanns vehemente Ablehnung der ausgehandelten Bedingungen nicht – wie Friedberg und führende Vertreter der Demokraten in der nachfolgenden Auseinandersetzung behaupteten[87] – aufgrund seiner Enttäuschung, daß er keine führende Stellung in der neuen Partei erhalten hatte, sondern sie gründete in der Überzeugung, das Vorgehen Friedbergs habe die hoffnungsvollen Ansätze zur Gründung einer geeinten liberalen Partei zerschlagen und ihn und zahlreiche andere Nationalliberale in eine unerträgliche Lage gebracht.

Die Situation, vor der Stresemann und seine Parteifreunde nach dem 3. Dezember standen, war von der des 18. November grundverschieden. Hatten sich Mitte November nur einige wenige – wenn auch prominente – Vertreter des linken Flügels der Nationalliberalen Partei der DDP angeschlossen, so war mit dem offiziellen Übergang Friedbergs nun die oberste Spitze der Partei gespalten und die Organisation von Auflösung bedroht. Zudem verfehlte die Tatsache, daß gerade ein Mann wie Friedberg, Vertreter des rechten, preußischen Flügels der Nationalliberalen Partei, seine politische Zukunft in der DDP suchte, die Wirkung auf zahlreiche nationalliberale Vereine nicht[88]; auch der Einfluß Friedbergs in der Parteizentrale wirkte stark nach. Nach einem kurzen Moment der Resignation, in dem Stresemann mit dem Gedanken spielte, sich ganz aus der Politik zurückzuziehen, wurde jedoch deutlich, daß das Verhalten Friedbergs auch andere Nationalliberale brüskiert hatte.

Einen Tag nach der von Friedberg verkündeten Fusion erhielt Stresemann einen Anruf des nationalliberalen Parteiverbandes Hannover, der seit der Revolution energisch auf die weitere Selbständigkeit der Nationalliberalen Partei und später der Deutschen Volkspartei gedrängt hatte. Am Nachmittag des 5. Dezember fuhr Stresemann zusammen mit Johannes Flathmann, dem ehemaligen Generalsekretär des dortigen nationalliberalen Vereins, nach Hannover, um von dieser Basis aus die Fortexistenz der Partei in die Wege zu leiten. Am folgenden Tag beschlossen die 52 Mitglieder des hannoverschen Provinzialvorstandes nach mehrstündigen Verhandlungen einstimmig, an der DVP festzuhalten, da sich die »Anschauungen der Demokratischen Partei in nationaler, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht mit der Grundauffassung der niedersächsischen Nationalliberalen niemals dauernd wer-

[86] PA NL Stresemann 201 (Tagebucheintrag vom 3. 12. 1918).

[87] Siehe dazu die detaillierte Darstellung bei Hartenstein, S. 40.

[88] So unterrichtete Brües (Köln) Stresemann am 24. 12. 1918 über das »vollständige Durcheinander« und die »große Verwirrung«, die die Meldung von der vollzogenen Fusion ausgelöst habe und bemerkte: »Auf diese Nachricht haben mehrere größere Vereine [...] sich zur Deutschen Demokratischen Partei bekannt, trotzdem die Führer sowohl wie die größte Zahl der Mitglieder mit den Leuten vom Berliner Tageblatt nichts zu tun haben wollten. In anderen Vereinen [...] sind es lediglich die Beziehungen von Herrn Friedberg gewesen, die die Überleitung der Vereine zur Deutschen Demokratischen Partei veranlaßt haben«, PA NL Stresemann 182.

den vereinigen lassen«.[89] Alle Landesorganisationen wurden in einem Rundschreiben aufgerufen, nach Hannover zu berichten, »wer gewillt sei, an der Deutschen Volkspartei festzuhalten«. Friedberg, trotz seines Übertritts zur DDP formell immer noch Parteivorsitzender der Nationalliberalen, wurde aufgefordert, so bald wie möglich den Zentralvorstand einzuberufen, aber nicht nach Berlin, sondern in eine mitteldeutsche Stadt, da »die Berliner Persönlichkeiten des Zentralvorstandes überwiegend und einseitig demokratisch«[90] seien. Friedberg, der eine Auflösung der Parteiorganisationen erreichen wollte, um zu verhindern, daß sie unter die Kontrolle der DVP fielen, berief den Zentralvorstand auf den Vormittag des 15. Dezember jedoch nach Berlin.

Die Organisationen der alten Nationalliberalen Partei im Großraum Berlin verhielten sich gegenüber der DDP allerdings reservierter, als Friedberg erwartet und die Hannoveraner befürchtet hatten. Nicht nur die wichtigen Landesverbände Bremen, Hamburg, Pommern, Ostpreußen und Westfalen äußerten ihre Zustimmung zur Hannoveraner Erklärung[91], am 8. Dezember beschloß auch eine Vertreterversammlung der Kreise Nieder- und Oberbarnim, Potsdam-Spandau-Osthavelland, Brandenburg-Westhavelland und Zauch-Belzig den Anschluß an die DVP, »da ein Zusammenschluß des gesamtliberalen Bürgertums sich unter der Führung von Politikern wie Theodor Wolff, Hellmut von Gerlach, Alfred Weber niemals erreichen« ließe; der Versuch werde »vielmehr dahin führen, daß viele tausend national und liberal gesinnter Frauen und Männer dem Liberalismus verloren gingen und den Anschluß an weiter rechtsstehende Parteien suchen würden«.[92] Der nationalliberale Hauptverein Berlin beschloß am 8. Dezember 1918, seine Entscheidung zunächst zu vertagen.[93] In den folgenden Tagen nutzte Stresemann seine durch den Übertritt von Friedberg neugewonnene Bewegungsfreiheit: tatkräftig unterstützt von Generalsekretär Hugo bemühte er sich darum, die DVP zu konsolidieren und ihre Basis zu verbreitern[94], noch schwankende Ortsvereine zur Mitarbeit zu bewegen, einen klaren Trennungsstrich gegen die Deutschnationale Volkspartei zu ziehen[95] sowie Exponenten des rechten Flügels der preußischen Landtagsfraktion – hier besonders

[89] Rundschreiben vom 7. 12. 1918 an die Vorsitzenden der nationalliberalen Landesorganisationen, BAK R 45 II/1, p. 197.

[90] Material zur Parteigeschichte, in: DS 31 (1919), S. 73; ähnlich auch Entstehung, S. 15; Wittig, S. 683.

[91] Siehe dazu die Telegramme im PA NL Stresemann 183.

[92] PA NL Stresemann 183, Schreiben von Maretzky an Stresemann vom 9. 12. 1918.

[93] Zu dem Verlauf der »stürmischen Sitzung« (PA NL Stresemann 201, Tagebucheintragung vom 8. 12. 1918) teilte Leidig Stresemann in einem Schreiben vom 8. 12. 1918 mit, außer Leidig hätte sich vor allem Cleinow für einen Anschluß an die DVP ausgesprochen, während Marwitz, Richthofen, Bollert und bemerkenswerterweise auch Maretzky – wie Leidig mutmaßte, aus Gründen »persönlicher Mandatspolitik« – dagegen plädiert hätten, PA NL Stresemann 183; siehe auch NLC 13. 12. 1918, Nr. 237.

[94] Nachdem Stresemann am 11. 12. 1918 Kontakt mit den einflußreichen christlich-nationalen Gewerkschaftsführern Baltrusch, Streiter und Gutsche sowie mit Hans Bechly vom Vorstand des DHV aufgenommen hatte, teilte ihm Baltrusch am folgenden Tag mit, ihm sei es in einer Sitzung der Berliner evangelischen Gewerkschaftssekretäre gelungen, »die nicht konservativen Sekretäre auf die Seite der Deutschen Volkspartei zu ziehen«.

[95] Siehe seine Schreiben an v. Kardorff vom 11. und 12. 12. 1918 sowie seinen Brief vom 21. 12. an den noch unentschiedenen Traub, in dem er ihn zu einem Eintritt in die DVP aufforderte, PA NL Stresemann 183.

Paul Fuhrmann und Walter Lohmann – von der Partei fernzuhalten oder sie zu isolieren.[96]

Angesichts dieser Entwicklung richtete Stresemann an einige führende Nationalliberale telegraphisch die Anfrage, ob sie bereit sein würden, eine Wahl in den Vorstand der Deutschen Volkspartei und eventuell eine Kandidatur zur Nationalversammlung anzunehmen.[97] Gleichzeitig ließ er alle Mitglieder des nationalliberalen Zentralvorstandes, »die auf dem Boden der Deutschen Volkspartei stehen«, zu einer Delegiertenversammlung am frühen Nachmittag des 15. Dezember in das Berliner Savoy-Hotel einladen, die im Anschluß an die von Friedberg einberufene Sitzung des Zentralvorstandes stattfinden sollte.[98] Einen weiteren wichtigen Erfolg konnte Stresemann dann am 12. Dezember verbuchen. Der nationalliberale Hauptverein Berlin, einer der mitglieder- und finanzstärksten Ortsvereine, beschloß in einer dramatischen Sitzung, in der es zu einem heftigen Rededuell zwischen Stresemann und Friedberg kam[99], in namentlicher Abstimmung mit 118 zu 68 Stimmen seinen Anschluß an die DVP.[100] Nachdem am Nachmittag des 14. Dezember noch eine Vorbesprechung über das von Leidig entworfene Programm der DVP stattgefunden hatte[101], stand dem formellen Gründungsakt der Partei nichts mehr im Wege – ganz gleich, welchen Ausgang die Sitzung des Zentralvorstandes nehmen würde.

Als der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei im Berliner Hotel »Rheingold« am Morgen des 15. Dezember zu seiner letzten Sitzung zusammentrat, waren aufgrund der schlechten Verkehrsverhältnisse von den 229 Mitgliedern nur 61 erschie-

[96] So verweigerte Stresemann am 11.12.1918 Fuhrmann eine Unterredung mit der Begründung, diese sei geeignet, »den Gedanken der Deutschen Volkspartei sehr zu schädigen«, PA NL Stresemann 183.

[97] Siehe seine Telegramme an Posse (Köln), Wyneken (Königsberg), Stubmann (Neustrelitz), Heinze (Dresden) und Schwander (Sachbachwalden/Baden) vom 11.12.1918, PA NL Stresemann 183.

[98] Siehe dazu die zahlreichen Telegramme im NL Stresemann 180, 183. Vorgesehen war folgende Tagesordnung: 1. Wahl eines Parteiausschusses, 2. Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung, siehe BAK R 45 II/1, p. 93a; Fragmente der Einladungsliste: ebd., p. 92f, g.

[99] In seinem Nachruf auf Friedberg schilderte Stresemann die »leidenschaftlich bewegte« Szene: »Dreimal sprach Friedberg, um den Verein zum Übertritt zur Deutschen Demokratischen Partei zu gewinnen, schließlich wurde trotzdem die Leidenschaft der Erschienenen doch so groß, daß der Mann, der jahrzehntelang der Nationalliberalen Partei das Banner mit vorangetragen hatte, bei dem Vorsitzenden Schutz gegen die Zurufe seiner Parteigenossen nehmen mußte«, DS 32 (1920), S. 426.

[100] Siehe dazu Entstehung, S. 15; Wittig, S. 683; Hartenstein, S. 31. Die Auffassung Albertins, S. 72, der Verein habe sich der DDP angeschlossen, ist unzutreffend.

[101] Leidig übersandte Stresemann am 13.12.1918 einen ersten Programmentwurf, siehe PA NL Stresemann 183; am 14.12. notierte Stresemann dann in sein Tagebuch: »Nachmittags Vorbesprechung betr. Gründung Deutscher Volkspartei«, ebd., Nr. 201. Am späten Nachmittag desselben Tages fand in der Reichsgeschäftsstelle der NLP eine Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vorbereitung des Zentralvorstandes, 2. Geschäftliche Fragen, siehe BAK R 45 II/1, p. 210a. Hier berichteten Friedberg und Stresemann (weitere Teilnehmer: v. Krause, Bartling, Bollert, Fischer, Röchling, v. Schwabach, Hugo, Schönaich-Carolath, Schiffer, Hausmann) retrospektiv über den Verlauf der Einigungsverhandlungen, siehe dazu die handschriftlichen Notizen Hugos über einige Redebeiträge, ebd., p. 92a.

nen.[102] Die Sitzung selbst verlief weniger stürmisch als die Versammlungen der vorangegangenen Tage. Nachdem Stresemann und Friedberg ihre jeweiligen Positionen erneut skizziert hatten, lagen dem Zentralvorstand zwei Anträge zur Abstimmung vor: ein Antrag von Carl August Weber (Berlin) auf Gesamtliquidation der Nationalliberalen Partei, und ein (von Stresemann inaugurierter) Antrag Vogel, die »Organisation der Nationalliberalen Partei aufrechtzuerhalten, wenn auch unter dem neuen Namen und dem Programm der Deutschen Volkspartei, wie es in dem Aufruf der drei Vorsitzenden des Zentralvorstandes vorgeschlagen ist«.[103] Der Antrag Vogel wurde mit 33 gegen 28 Stimmen angenommen[104], der Antrag Weber war damit erledigt. Während Friedberg mit Blick auf die geringe Beteiligung und das verhältnismäßig knappe Abstimmungsergebnis von einer »Zufallsmajorität«[105] sprach, behauptete Stresemann: »Träte noch einmal der gesamte Zentralvorstand zusammen, so wäre gar kein Zweifel daran, daß die große überwiegende Mehrheit sich auf den Boden der Deutschen Volkspartei stellen würde«.[106] Wie dem auch sei: sicher ist, daß eine anderslautende Entscheidung des Zentralvorstandes den politischen Start der DVP zwar hätte erschweren, aber keinesfalls verhindern können.

Am späten Nachmittag desselben Tages versammelten sich im Savoy-Hotel 96 Anhänger der Deutschen Volkspartei zu einer konstituierenden Sitzung.[107] Stresemann gab der Versammlung einen knappen Überblick über den Verlauf der Zentralvorstandssitzung. Im Mittelpunkt der anschließenden Debatte über den Entwurf eines Wahlaufrufs stand, neben wirtschaftspolitischen Themen, die Haltung der Partei zur neuen Staatsform.[108] Nachdem man sich über die Grundzüge des Wahlaufrufs geeinigt hatte[109], erließ die Versammlung noch eine Aufforderung an die »Freunde im Lande«[110], die Partei für den unmittelbar bevorstehenden Wahlkampf zur Nationalversammlung finanziell zu unterstützen.

---

[102] Siehe die mit »Abstimmungsliste« überschriebene Aufstellung der Zentralvorstandsmitglieder der NLP, BAK R 45 II/1, p. 92f-92z.

[103] Siehe Dok. Nr. 1a, S. 3f. Das Original des auch von Mittelmann, Ossent, Stettiner, v. Campe, Kahl, Hirschberg, Bartling und Frau Mende unterzeichneten Antrags in: BAK R 45 II/1, p. 227. Zum Aufruf der drei Vorsitzenden des Zentralvorstandes vom 21.11.1918 siehe Anm. 49.

[104] Siehe Dok. Nr. 1a, S. 4.

[105] Abschrift eines Schreiben Friedbergs an einen unbekannten Empfänger vom 16.12.1918, PA NL Stresemann 183.

[106] Material zur Parteigeschichte, in: DS 31 (1919), S. 73.

[107] Siehe Dok. Nr. 2 sowie Entstehung, S. 15; Wittig, S. 684; Clara Mende, Gründung der Deutschen Volkspartei, in: DS 40 (1928), S. 753–755; Hartenstein, S. 32; Jones, Liberalism, S. 21.

[108] Siehe die Aufzeichnungen von unbekannter Hand über den Verlauf der Gründungsversammlung: BAK R 45 II/1, p. 229–237 sowie Dok. Nr. 2, Anm. 8. Ob Stresemann bereits in dieser Gründungssitzung per Akklamation zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, wie dies Turner, S. 35 im Anschluß an Mende (DS 40 (1928), S. 754) und Wittig, S. 684, herausstellt, läßt sich nicht eindeutig klären, spielt angesichts der Tatsache, daß Stresemann nach dem Ausscheiden Friedbergs als der bisherige stellvertretende Vorsitzende automatisch zum ersten Vorsitzenden aufgerückt war, jedoch nur eine untergeordnete Rolle.

[109] Zum schließlich veröffentlichten Wahlaufruf siehe Dok. Nr. 3. Auch die zur DDP übergetretenen Nationalliberalen erließen am selben Abend einen Aufruf, siehe Schultheß 1918, S. 372.

[110] Text des Aufrufs in: DS 30 (1918), S. 857f. Wie Mende herausstellt, blieben nach dem Ende der Zusammenkunft die »treuesten Freunde Stresemanns und die Begründer der neuen Deutschen Volkspartei noch lange am Abend zusammen« und entwickelten den »Feldzugsplan für die Nationalversammlungwahl«, DS 40 (1928), S. 754. Am 16.12.1918 forderte Stresemann Fried-

Nach fünfwöchigen zähen Auseinandersetzungen war damit die erneute Spaltung des Liberalismus auch in der neuen Republik besiegelt. Die endgültige Existenz der Deutschen Volkspartei war jedoch erst gesichert, als es gelang, bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 eine Anzahl von Mandaten zu gewinnen, die zur Fraktionsstärke ausreichten.[111] Dieser bescheidene, aber hinreichende Wahlerfolg unter denkbar ungünstigen Umständen war für das politische Überleben der Partei von beträchtlicher Bedeutung. Hätte die Wahl mit einem Debakel für die Volkspartei geendet, wäre sie möglicherweise rasch in einen Auflösungsprozeß geraten.

Auf die Frage, warum sich im November und Dezember 1918 trotz aussichtsreicher Ansätze einer gesamtliberalen Einigung zwei liberale Parteien konstituierten, ist eine monokausale Erklärung nicht statthaft. Wie die Analyse der wechselvollen Auseinandersetzungen zwischen den liberalen Führungspersönlichkeiten im November und Dezember 1918 ergibt, ist die in der Forschung dominierende Auffassung zu revidieren, die Gründung der DVP – und damit die Fortdauer der Spaltung des deutschen Liberalismus – sei von Stresemann planmäßig ins Werk gesetzt worden, weil er sich eine Plattform zur Befriedigung seines persönlichen und politischen Ehrgeizes schaffen wollte. Zwar ist Stresemanns Rolle in den Einigungsverhandlungen, bei denen er gleichzeitig Subjekt und Objekt der Auseinandersetzungen war, nicht einfach einzuschätzen. Sicher ist, daß er nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches auf die Neuordnung im Feld der bürgerlichen Parteien entscheidenden Einfluß ausübte. Ebenso steht fest, daß er nicht zu den bedingungslosen Verfechtern einer liberalen Einigung zählte. Trotzdem war er im Interesse einer Verständigung sowohl in der ersten Phase der Verhandlungen Mitte November und – stärker noch – in der zweiten Phase Anfang Dezember gewillt, einer Fusion auch unter Bedingungen zuzustimmen, die er als taktisch ungünstig und für ihn persönlich nachteilig betrachtete. Erst nachdem es sich erwiesen hatte, daß die »Tageblatt-Gruppe« eine vollständige Kontrolle innerhalb einer vereinigten liberalen Partei anstrebte – die sie dann in der DDP allerdings bald verlor –, setzte er sich nach einem kurzen Moment des Zögerns an die Spitze jener Landesverbände, die ihre politische Heimat nicht in der DDP finden konnten und wollten. Mit ziemlicher Sicherheit wäre es auch ohne sein Agieren im Winter 1918 zur Gründung einer rechtsliberalen Partei gekommen – ob diese allerdings ohne Stresemanns Energie und Rednergabe lange dem Werben der Deutschnationalen hätte widerstehen können, darf bezweifelt werden.

Das wankelmütige und zuletzt ratlose Verhalten Friedbergs sowie die berechnende Haltung der Spitze der Fortschrittlichen Volkspartei um Fischbeck und Gothein, die das schon besiegelte Wahlbündnis mit den Nationalliberalen vornehmlich aus wahltaktischen Gründen zugunsten eines Zusammengehens mit der DDP aufgaben, hat fraglos eine beachtliche Rolle gespielt. Ein Großteil der Verantwortung für das Scheitern der liberalen Einigungsbemühungen liegt jedoch unzweifelhaft bei jener Gruppe von Intellektuellen und Publizisten um Theodor Wolff und Alfred Weber, die in der aufgewühlten Situation der Novembertage 1918 die parteipolitische Bühne

berg auf, eine Übertragung der Bankvollmachten über das Parteivermögen der NLP an Hugo Garnich und ihn in die Wege zu leiten, siehe PA NL Stresemann 183.

[111] Siehe auch Dok. Nr. 5, Anm. 163.

betraten – und sie bald nach der Gründung der DDP wieder verließen. Letzten Endes war es die doktrinäre Hintanstellung aller taktischen Erwägungen innerhalb dieses oligarchischen Führungszirkels, für den Politik nicht pragmatisch, sondern allein dogmatisch fundiert war, die in den Novembertagen 1918 die Schaffung einer großen liberalen Partei verhindert hat.

II. Parteiorganisation und Führungsgremien

Die DVP verstand sich als Nachfolgeorganisation der Nationalliberalen Partei. Insofern erstaunt es zunächst nicht, daß sich der Organisationsaufbau der Partei in den ersten Jahren stark an dem der Nationalliberalen Partei orientierte und die Satzung der DVP, die auf der ersten Sitzung des Zentralvorstandes am 12. April 1919 verabschiedet[1] und einen Tag später vom ersten Parteitag in Jena einstimmig beschlossen wurde, sich eng an die Satzung der Nationalliberalen von 1912 anlehnte.[2] »Organe der Partei« waren so zunächst – wie schon in der Nationalliberalen Partei – Parteitag, Zentralvorstand und Geschäftsführender Ausschuß.

Die unterste Organisationsstufe bildeten die einzelnen Ortsvereine, über deren Aufgaben und Pflichten die Satzung allerdings nur wenige und unverbindliche Bestimmungen enthielt. Voraussetzung für die Bildung eines Ortsvereines war – neben den Pflichten zur Beitragszahlung und der Unterordnung unter die Beschlüsse der Parteiorgane – das Vorhandensein eines Vorstandes, der »zum größeren Teile aus Wahlen durch die Vereinsmitglieder«[3] hervorgegangen sein mußte. Die Zugehörigkeit des Parteimitgliedes zu einem Ortsverein war die Regel; die theoretische Möglichkeit einer unmittelbaren Mitgliedschaft ohne Eintritt in einen Ortsverein spielte in der Praxis keine Rolle. Der in den Jahren der Weimarer Republik immer wieder unternommene Versuch der Berliner Parteileitung, den soziologischen Gegebenheiten der Wähler- und Mitgliederschaft Rechnung zu tragen und die Organisation nach unten hin durch eine Aktivierung der Ortsvereine auch zwischen den Wahlen auszubauen, scheiterte jedoch.[4] Obwohl eine direkte Kontaktaufnahme der örtlichen Organisationen zur Parteispitze durchaus üblich war, wurden diese vermeintlichen Meinungsäußerungen der Parteibasis in der Regel jedoch von einem eng begrenzten Kreis einflußreicher Personen getragen. Gerade auf Orts- und Kreisebene hielten sich die überkommenen Formen liberalen Honoratiorentums und setzten den Organisations- und Zentralisierungsbemühungen der Zentrale enge Grenzen.

Die Ortsvereine ihrerseits waren verpflichtet, sich zu einem Wahlkreisverband zusammenzuschließen, dessen Gebiet sich mit dem entsprechenden Reichstagswahlkreis deckte. Ab 1920 gliederte sich die Partei demnach in 35 Wahlkreisverbände,

[1] Siehe Dok. Nr. 5, S. 137 sowie die Ausführungen von Kempkes zur Satzung, ebd., S. 55 ff.
[2] Siehe Bericht 1. PT, S. 111. Die Satzung der NLP von 1912 ist abgedruckt bei Reiß, S. 51 ff.
[3] § 2, Ziff. 1 der Satzung von 1919, siehe S. 1263.
[4] Der Geschäftsbericht des Wahlkreises Breslau von 1928 hält zur Tätigkeit der Orts- und Kreisvereine fest: »Die wirkliche Arbeit stand stets unter dem Angstbegriff ›Wahl‹ und sie verpuffte dann in den zwangsläufigen Ruhepause bis zur nächsten Wahl«, BAP DVP 56, p. 80.

deren zentrale Aufgabe als eigentliche Träger der Gesamtorganisation die Repräsentation der Partei in den einzelnen Bezirken war. Um ein einheitliches Auftreten zu gewährleisten, mußten die Satzungen der Wahlkreisverbände selbst ebenso wie die Anstellung der Wahlkreisgeschäftsführer im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß der Gesamtpartei erfolgen. Die eigentliche Machtbasis der Wahlkreisverbände und ihrer Vorsitzenden, die auf den jeweiligen Landesparteitagen gewählt wurden, gründete jedoch auf der Tatsache, daß die Satzung ihnen das Recht zur Aufstellung der Kandidaten für die Reichstags- und Landtagswahlen einräumte. Zwar sollte diese im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand – später mit dem Geschäftsführenden Ausschuß bzw. dem Parteivorstand – erfolgen, doch entzündeten sich an diesem Punkt immer wieder scharfe Auseinandersetzungen zwischen Parteileitung und Wahlkreisverbänden. Die beträchtliche Autonomie der Wahlkreisverbände stand einer umfassenden Zentralisierung und Durchorganisation der parteiinternen Willensbildungsprozesse entgegen. Gerade solche Landesverbände, die in der Gründungsphase der DVP eine Vereinigung mit der DDP abgelehnt hatten – hier vor allem die finanz- und mitgliederstärksten wie Westfalen, Hannover und Osnabrück-Oldenburg –, verfolgten oftmals eine eigene politische Linie und versuchten, ihre regional jeweils verschiedenen Interessenstandpunkte gegenüber der Zentrale durchzusetzen. Damit waren sie Hauptverursacher der für die Geschichte der DVP (aber auch schon die der Nationalliberalen Partei) so charakteristischen innerparteilichen Auseinandersetzungen und Flügelkämpfe – wenn es auch sicher zu weit ginge, wollte man die Partei lediglich als Föderation von Wahlkreisverbänden betrachten.

Der Besetzungsmodus der höchsten Parteigremien Parteitag und Zentralvorstand trug dem geringen organisatorischen Gewicht der Mitgliederschaft Rechnung. So setzte sich der Parteitag zusammen aus den Mitgliedern des Zentralvorstandes und aller Fraktionen im Reich und in den Ländern, den Geschäftsführern der Wahlkreisverbände und den leitenden Beamten der Reichsgeschäftsstelle sowie aus Vertretern der Wahlkreisverbände, deren Zahl jedoch von den für die DVP abgegebenen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl abhing und nicht von der Zahl der Mitglieder der einzelnen Wahlkreise, wie es zum Beispiel bei der DDP üblich war.[5] Dem Parteitag blieb zwar vorbehalten, die Satzung zu beschließen und das Programm der Partei sowie die Grundsätze ihrer Politik festzulegen, aber seine Möglichkeiten dazu waren schon rein formal stark eingeschränkt. Einerseits war er in der Praxis aufgrund seiner Größe und seiner geringen Tagungsfrequenz verhältnismäßig isoliert von den anderen Gremien der Partei.[6] Andererseits mußte er auch in der Theorie auf wichtige politische Funktionen verzichten: Weder auf die Wahl des Parteivorsitzenden noch auf die Zusammensetzung des Zentralvorstandes oder die des Geschäftsführenden Ausschusses hatte er irgendeinen direkten Einfluß. Tatsächlich war der Parteitag

[5] Siehe Albertin, S. 92ff. Dieser Modus entsprach ganz der Ansicht Stresemanns, der auf die von Generalsekretär Rose (Hamburg) vorgetragene Forderung, »die Parteiorganisation auf völlig neuer demokratischer Grundlage« zu reorganisieren und »allen Parteiorganisationen nach Maßgabe ihres Mitgliederbestandes den entsprechenden Einfluß auf die Parteipolitik« einzuräumen, am 10.2.1919 erwiderte, die »aufgebrachte Stimmenzahl« sei der »beste Gradmesser für die Stärke der Partei in einem Wahlbezirk«, PA NL Stresemann 202.

[6] Der erste Parteitag im April 1919 war von 225, der zweite im Oktober desselben Jahres von 461 Delegierten besucht; die zwischen 1920 und 1931 abgehaltenen weiteren sieben Parteitage hatten zwischen 870 und 1600 Teilnehmer.

nichts anderes als ein Resonanzboden der Spitzengremien der Partei – und somit letztlich der Parteiführung. Wenn der Parteitag auch nicht als einflußreiches eigenständiges politisches Gremium fungierte, so kamen ihm doch zwei wichtige Funktionen zu: zum einen der Öffentlichkeit die Stärke und Geschlossenheit der Partei vor Augen zu führen, zum anderen der Parteibasis große Ziele aufzuzeigen und sie um gemeinsame Ideen zu sammeln.[7] Gerade angesichts der mangelnden vertikalen Kommunikations- und Willensbildungsstruktur der DVP war diese integrative Funktion der Parteitage als Heerschau politischer Einigkeit von erheblicher Bedeutung. Dies setzte allerdings voraus, daß die durchaus vorhandenen parteiinternen Richtungs- und Machtkämpfe in den Sitzungen des Zentralvorstandes ausgetragen wurden, die den Parteitagen regelmäßig vorgeschaltet waren und unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden.

Die »Leitung der Gesamtpartei«[8] lag beim Zentralvorstand, dessen erster Vorsitzender – wie bei der NLP – zugleich auch Parteivorsitzender war. Die Zusammensetzung dieses Führungsgremiums erfolgte nach einer komplizierten Regelung. Ihm gehörten an: 1. Die Vertreter der Wahlkreisverbände in gestaffelter Zahl. Jeder Wahlkreisverband entsandte mindestens zwei Mitglieder; diejenigen Wahlkreisverbände, die bei der letzten Reichstagswahl mehr als 15 000 DVP-Stimmen aufgebracht hatten, konnten für je 5000 darüber hinausgehende Stimmen einen weiteren Vertreter abordnen. 2. Alle Mitglieder der Reichstagsfraktion sowie acht Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion, bis zu drei Vertreter der bayerischen Landtagsfraktion, je zwei Vertreter der sächsischen und württembergischen und je ein Vertreter der übrigen Landtagsfraktionen. 3. Drei vom Presseverein, dem Zusammenschluß der Verleger und Schriftleiter der Parteizeitungen und -zeitschriften, zu wählende Mitglieder. 4. Bis zu 30 vom Zentralvorstand selbst – nach Anhörung der Wahlkreisverbände – zuzuwählende Mitglieder, wobei fünf der Zuzuwählenden dem Kreis der leitenden Parteibeamten angehören mußten; sank die Zahl der Zugewählten unter 20 Personen, so waren »unverzüglich« neue Zuwahlen vorzunehmen. Schon diese Angaben machen deutlich, daß die Mitgliederzahl des jeweils nur für eine »Reichstagswahlzeit« gewählten Zentralvorstandes nicht konstant war, vielmehr schwankte sie zwischen 1919 und 1933 entsprechend den Wahlerfolgen oder -mißerfolgen der Partei zwischen 287 und ca. 380.[9]

Obwohl der Zentralvorstand ein schwerfälliges und (allein wegen seiner Größe) nicht kurzfristig einberufbares Organ war und die wichtigen politischen Ereignisse, zu denen er Stellung nehmen sollte, oft schon Wochen oder Monate zurücklagen, stellte er doch mehr dar als einen Ort der Akklamation und der propagandistisch nach außen beschworenen Einmütigkeit. Der oft retrospektive Charakter der Sitzungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem Zentralvorstand, in dem sich mehr als in irgendeinem anderen Gremium der Partei die Kontinuität zur NLP manifesti-

[7] Stresemann schrieb über den immer wiederkehrenden Ablauf der Parteitage am 19.7.1928 an Scholz, »daß nach einer Rede des Parteivorsitzenden Ovationen und einstimmige Resolutionen erfolgten«, Vermächtnis III, S. 315.

[8] § 9, Abs. I der Satzung, siehe S. 1267.

[9] Eine Auswertung der – im Bestand R 45 II nur lückenhaft überlieferten – Mitgliederlisten des Zentralvorstandes ergibt folgende Zahlen: 1919: 287 Mitglieder; Juni 1920: 306; Nov. 1923: 328; Mai 1924: 335; Dez. 1924: 330; Juni 1929: 338 Mitglieder.

erte, zentrale Führungsaufgaben zukamen. Ihm war der Geschäftsführende Ausschuß verantwortlich, er bestimmte den Parteiführer und faßte die für die Partei bindenden Beschlüsse. Seine in der Satzung fixierte autonome Stellung verlieh seinen Resolutionen darüber hinaus eine hohe »moralische« Qualität, die – neben ihrer propagandistischen Verwendung in der Öffentlichkeit – parteiintern wirksam dazu genutzt werden konnte, Sonderbestrebungen opponierender Flügelgruppen die Spitze abzubrechen.

Zwar täuschen die in der Parteipresse veröffentlichten offiziellen Sitzungsberichte einen ähnlich harmonischen Sitzungsverlauf wie auf den Parteitagen vor, doch bezeugen die Wortprotokolle, daß die Sitzungen weitaus stürmischer verliefen. Oft artikulierten diejenigen Gruppierungen, die sich bei der innerparteilichen Willensbildung nicht voll hatten durchsetzen können, hier vernehmbar ihre Interessen und beschworen damit heftige Kontroversen herauf, die zwar in der Regel nicht die Revision bereits gefallener Entscheidungen bewirken konnten, die aber die gegensätzlichen Standpunkte in aller Deutlichkeit hervortreten ließen. Die Rolle, die der Zentralvorstand spielte, beruhte nicht zuletzt darauf, daß sich in diesem Gremium entsprechend alter nationalliberaler Tradition ein beträchtlicher Rest von »Honoratiorentum« gehalten hatte. Die gegenüber der NLP grundlegend geänderte Kooptationspraxis – die im Kaiserreich eindeutig die Honoratioren begünstigt hatte – brach zwar die bisherige weitgehende soziale Homogenität des Zentralvorstandes durch die zunehmende Berücksichtigung von Angestellten, Handwerkern und Arbeitern auf, änderte aber wenig an der Tatsache, daß vor diesem parteiinternen Forum vor allem die angesehenen und bekannten Parteimitglieder als die wichtigsten Meinungsträger das Wort ergriffen.

Stresemanns Führungsstil kam die nationalliberaler Tradition verpflichtete Struktur des Zentralvorstandes sehr entgegen. Aufgrund seiner glänzenden Rednergabe und seines überlegenen taktischen Geschicks vermochte er es fast immer, durch eine sorgfältig abgewogene Rede eine einheitliche Grundstimmung in der Versammlung zu erzeugen und die Opponenten zu isolieren. Im Zentralvorstand suchte und fand Stresemann seinen eigentlichen Rückhalt, da er es meisterhaft verstand, die divergierenden Gruppen auf eine mittlere Linie festzulegen und sie damit immer wieder in die Partei zu integrieren. Diese Überlegungen verdeutlichen aber auch, warum der Zentralvorstand in der DVP nicht der Ort letzter Entscheidungen sein konnte. Eine solche Integration der divergierenden Strömungen konnte allein vermittels allgemein gehaltener Willenskundgebungen, nicht aber durch konkrete praktische Entschlüsse erfolgen. Mit seiner großen Autorität nahm der Zentralvorstand als »Organ der Partei« zwar einen prominenten Platz im Vorfeld dieser Entscheidungen ein, eine tatsächliche »Leitung der Gesamtpartei« erfolgte durch ihn jedoch nicht.

Daher gewann vor allem in den ersten Jahren das erheblich kleinere und flexiblere Führungsgremium »Geschäftsführender Ausschuß« eine Bedeutung, die weit über die ihm nach der Satzung zustehende »Erledigung der laufenden Parteigeschäfte« hinausging. Dem Geschäftsführenden Ausschuß, dessen Vorsitz Adolf Kempkes im Herbst 1920 von Stresemann übernahm, gehörten kraft Amtes die vier Vorsitzenden des Zentralvorstandes und die beiden Schatzmeister der Partei an, ferner sechs bis zwölf vom Zentralvorstand aus seiner Mitte gewählte Mitglieder; außerdem konnte der Geschäftsführende Ausschuß bis zu vier weitere Zentralvorstandsmitglieder

kooptieren. Da der Ausschuß – neben der Reichstagsfraktion – das einzige Gremium der Partei war, das im Notfall kurzfristig einberufen werden konnte, betrachtete er sich in den ersten Jahren als Exekutivorgan des Zentralvorstandes und zog die Führung der Partei praktisch an sich. Ein besonderes Gewicht erhielten seine Entscheidungen zudem durch die Tatsache, daß er alle Sitzungen des Zentralvorstandes vorbereitete und alle dort zur Sprache kommenden Entschließungen einer Vorberatung unterzog.

Obwohl dieser Widerspruch zwischen dem Buchstaben der Satzung und der täglichen Praxis vor allem auf seiten der Landesverbände auf Kritik stieß[10], etablierte sich der Geschäftsführende Ausschuß in den Jahren bis 1921 als wichtigstes Führungsgremium der Partei. Er befaßte sich auf seinen häufigen Sitzungen nicht nur mit sämtlichen anstehenden politischen und finanziellen Fragen; hier liefen auch die Fäden zusammen für den Aufbau der Parteiorganisation.

Neben den vier ständigen Unterausschüssen (Rechnungs-, Organisations-, Presse- und Frauenausschuß), die der Parteileitung als »Beiräte für die betreffenden Fachgebiete«[11] dienen sollten, setzte der Geschäftsführende Ausschuß zahlreiche weitere Berufs- und Fachausschüsse auf Reichsebene ein[12], deren Vorsitzende vom Geschäftsführenden Ausschuß ernannt wurden. Den Verkehr zwischen dem Geschäftsführenden Ausschuß und den einzelnen Parteiorganisationen vermittelte die Reichsgeschäftsstelle in Berlin.[13]

Nicht zu den »Organen der Partei« zählten die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktionen, obwohl die Reichstagsfraktion wichtige politische Entscheidungen traf und ihre Haltung das Bild der Partei in der Öffentlichkeit nachhaltiger prägte als Beschlüsse und Resolutionen von Zentralvorstand und Geschäftsführendem Ausschuß. Die Satzung der DVP suchte zwar die in der NLP üblichen beständigen Reibereien zwischen Reichstagsfraktion und Zentralvorstand durch eine Inkorporierung der Reichstagsfraktion in den Zentralvorstand zu umgehen[14]; ein durchschlagender Erfolg war dabei jedoch nicht zu verzeichnen. Die Mitglieder der Reichstags-

[10] Siehe dazu bes. Dok. Nr. 8.

[11] Richtlinien für die Unterausschüsse des Geschäftsführenden Ausschusses, siehe Dok. Nr. 42, Anm. 3.

[12] Reichsjugendausschuß, Ausschuß für Landwirtschaft und Siedlungswesen, Handel und Industrie, Schul- und Kirchenfragen, Angelegenheiten der Wehrmacht, Kommunalpolitik, abgetrennte Gebiete und Auslandsdeutsche, Hauptausschuß für Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und Mittelstandsfragen.

[13] In den ersten Jahren wurde sie von Generalsekretär Schütz, dann von Generalsekretär Trucksaess geleitet. Die Reichsgeschäftsstelle umfaßte 1920 sieben Abteilungen, in denen hauptberufliche Generalsekretäre beschäftigt waren: 1. Politisches (Außendienst: Schütz; Innendienst: Trucksaess), 2. Organisation: Stocksiek, 3. Werbung: Kockelkorn, 4. Jugend: Brüser, 5. Presse: Spieß, Laßbiegler. 6. Sekretariat des Reichsfrauenausschusses: Frau Schwarz, 7. Archiv: Bertram. 1929 war sie auf zehn Fachgebiete angewachsen: 1. Politisches: Trucksaess, 2. Organisation: Stocksiek, 3. Propaganda: Wittig, 4. Nationalliberale Correspondenz: Kockelkorn, 5. Frauen: Frau Schwarz, 6. Landwirtschaft und gewerblicher Mittelstand: Feuerbaum, 7. Handel und Industrie: v. Pelet-Narbonne, 8. Beamte, Arbeiter und Angestellte: Fecht, 9. Jugend: Husen, 10. Hochschule: Schwennicke.

[14] Nach § 13 der Satzung der NLP von 1912 gehörten dem Zentralvorstand nur die Vorstandsmitglieder der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion sowie einige – vom Zentralvorstand zuzuwählende – Mitglieder der übrigen Landtagsfraktionen an, siehe Reiß, S. 56 f.

fraktion hielten eisern an dem alten liberalen Grundsatz vom »freien Mandat« fest, sie verstanden sich daher nicht – oder zumindest nicht in erster Linie – als Exekutoren der Vorstellungen, die die Parteimehrheit in den Sitzungen von Zentralvorstand und Geschäftsführendem Ausschuß zum Ausdruck brachte. Das unklare Verhältnis zwischen Reichstagsfraktion und Parteiführung gefährdete immer wieder die Partei und setzte sie mehrfach ernsten Zerreißproben aus. Während in der Reichstagsfraktion der rechte Parteiflügel stark war und zeitweilig dominierte, konnte sich der Parteivorsitzende Stresemann auf den Zentralvorstand stützen, dessen Mitglieder seinem politischen Kurs geschlossener folgten als Teile der Reichstagsfraktion.[15] Die hier angelegte latente Konfliktkonstellation um die Richtlinienkompetenz in politischen Fragen wurde im Jahr 1919 noch dadurch verschärft, daß die kleine Fraktion der DVP in der Nationalversammlung unter der Führung von Rudolf Heinze, eines an taktischem Geschick Stresemann weit unterlegenen Mannes, eine unglückliche und halbherzige Oppositionsrolle betrieb, die ihr wenig politisches Prestige in der Öffentlichkeit verschaffte. Solange die Nationalversammlung in Weimar tagte, befand die Fraktion sich zudem fernab vom politischen Schwerpunkt der Partei in Berlin, wo die Reichsgeschäftsstelle war und der Geschäftsführende Ausschuß jederzeit zusammengerufen werden konnte. Den vereinzelten Versuchen der Fraktion, den Kurs der Partei auch in Fragen zu bestimmen, die außerhalb der parlamentarisch-legislativen Sphäre lagen, wurde vom Geschäftsführenden Ausschuß heftiger Widerstand entgegengesetzt. Hier vertrat man die Überzeugung, die Fraktion sei lediglich ein »ausführendes Organ der Partei in gesetzgeberischen Fragen, aber nicht befugt, derartige Fragen, welche die Existenz der Partei betreffen, in Fluß zu bringen oder in sie selbständig einzugreifen«.[16] Die Ansicht, die Reichstagsfraktion sei nur das parlamentarische Exekutivorgan der – zu diesem Zeitpunkt – im Geschäftsführenden Ausschuß zu lokalisierenden Parteiführung, wurde auch von Stresemann unterstützt. Als im Geschäftsführenden Ausschuß die Einrichtung eines besonderen Ausschusses »für rein politische Fragen« verlangt wurde, legte der erkrankte Stresemann sein Veto ein und telegraphierte: »Bildung politischen Ausschusses unmöglich. Funktion eines solchen übt Geschäftsführender Ausschuß aus«.[17] Innerparteiliche Willensbildung im Geschäftsführenden Ausschuß als Anleitung der von der Reichstagsfraktion zu verfolgenden Politik: auf diese Kompetenzkonstellation reagierte die Fraktion äußerst empfindlich. Bereits die schweren Auseinandersetzungen bald nach dem Regierungseintritt im Juni 1920, die in dramatischen Sitzungen von Reichstags- und preußischer Landtagsfraktion gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Ausschuß kulminierten, zeigten erste Risse in dieser Konstruktion.

Auch das schnelle Wachstum der Partei brachte Probleme mit sich. Wie Garnich den Delegierten des zweiten Parteitages im Oktober 1919 mitteilte, hatte sich die Zahl der »eingeschriebenen Parteimitglieder« seit dem Januar 1919 verfünffacht, in einzelnen Gegenden – wie in Schleswig-Holstein, Königsberg und Berlin – sogar verzehn-

[15] Da die Reichstagsfraktion, zumindest in formalem Sinn, kein Führungsgremium der Partei darstellt, gelangen die Fraktionsprotokolle – soweit sie überliefert sind – in der Edition nicht zum Abdruck. Sie zu einem späteren Zeitpunkt zu edieren, ist beabsichtigt.

[16] So Sachs am 29.6.1919 zur Initiative der Fraktion, mit der DNVP in Gespräche über eine Fusion einzutreten, Dok. Nr. 8, S. 157.

[17] Siehe Dok. Nr. 8, S. 159.

facht.[18] Dieser rapide Anstieg zeigt sich auch in absoluten Zahlen: Hatte die Partei unmittelbar nach der Wahl zur Nationalversammlung etwa 100 000 Mitglieder, so gehörten ihr im Oktober 1919 bereits über 258 000 Mitglieder an. Ihren Höhepunkt erreichte die Partei im April 1920 mit über 395 000 eingeschriebenen Mitgliedern[19] – damit hatte sie über 100 000 Mitglieder mehr als die Nationalliberalen in ihren besten Zeiten vor dem Kriege. Diese hohen Mitgliederzahlen belegen eindrucksvoll, daß in den ersten beiden Jahren nach der Revolution nichts von jener »Parteienmüdigkeit« festzustellen ist, wie sie für die späten Weimarer Jahre charakteristisch ist. Im Gegenteil kann man für diese Jahre sogar von einer »Flucht in die Parteien« sprechen: die Organisationsbereitschaft – nicht nur im liberalen Spektrum des Bürgertums – war bemerkenswert hoch.[20]

Der Organisationsaufbau, wie ihn die Satzung von 1919 festschrieb, erwies sich angesichts des raschen Wachstums der Partei und der sich seit 1920 einstellenden Wahlerfolge den steigenden Anforderungen bald nicht mehr gewachsen. Der Zentralvorstand war zu groß, um als wirkliches Führungsgremium zu fungieren; daß der Geschäftsführende Ausschuß über die »Erledigung der laufenden Parteigeschäfte« hinaus Entscheidungen in wichtigen politischen Fragen traf, begegnete zunehmender Kritik bei den Wahlkreisverbänden. Diesen veränderten Gegebenheiten wurde Ende 1921 durch eine Satzungsänderung Rechnung getragen. Die auf dem vierten Parteitag der DVP am 2. Dezember 1921 beschlossene Satzung modifizierte die Bestimmung über die Zahl der von den Wahlkreisverbänden in den Zentralvorstand zu entsendenden Delegierten: Jeder Wahlkreisverband entsandte seinen Vorsitzenden und zwei weitere Mitglieder in den Zentralvorstand, außerdem konnten jene Wahlkreise, in deren Bereich bei der letzten Reichstagswahl mehr als 25 000 Stimmen für die Kan-

[18] Bericht 2. PT, S. 57 f.

[19] Diese Angaben basieren auf einer internen Aufstellung der Reichsgeschäftsstelle vom Frühsommer 1920, BAK R 45 II/53, p. 383. Hingegen wurde auf den Parteitagen von 1920 und 1921 die Zahl der Mitglieder wesentlich höher angegeben (1920: 800 000; 1921: 900 000). Welche der Angaben zutreffend war, läßt sich nicht aufklären. Wenn offiziell erhöhte Mitgliederzahlen verkündet wurden, dann geschah das zum einen wohl des erhofften propagandistischen Effekts wegen, zum anderen, um nicht zu weit hinter den von der DDP vermeldeten sehr hohen Mitgliederzahlen (siehe Anm. 20) zurückzubleiben. Gesicherte Aussagen zur Mitgliederentwicklung in den folgenden Jahren sind schwierig, da parteioffizielle wie -interne Aufstellungen darüber völlig fehlen. Laut den Angaben des Mannheimer Parteitags vom März 1930 verfügte die DVP 1928 über 291 915 und 1929 über 253 433 Mitglieder. Eine letzte Angabe vom Sommer 1930 spricht von 250 000 Mitgliedern (siehe BAK R 45 II/59, p. 211, 324), danach setzte jedoch ein rapider Schwund ein.

[20] So meldete die DDP im Juli 1919 900 000 (1922: 209 530; 1925: 131 794; 1929: 113 323), die DNVP im Oktober 1919 sogar 1 100 000 Mitglieder (1923: 950 000; 1928: 696 000), während die Mitgliederzahl des Zentrums in der Weimarer Zeit sich bei ca. 300 000 einpendelte, siehe Albertin, S. 103 f.; Liebe, S. 125 ff.; Morsey, S. 592. Auch SPD und USPD konnten im Jahr 1919 hohe Mitgliederzuwächse verbuchen: Die SPD hatte Ende 1919 1 059 847, die USPD im März 300 000, im November 1919 750 000 Mitglieder (VSPD 1923: 1 261 072; SPD 1929: 1 021 777), die KPD Ende 1919 jedoch nur 75 000 (1923: 294 000; 1924: 95 000; 1928: 130 000) Mitglieder, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 243 ff.; Bd. 2, S. 318 ff., 417 ff. Diese zu Beginn der Republik – und vor dem Hintergrund einer angespannten ökonomischen Situation zu bewertenden – durchweg hohen Mitgliederzahlen bei allen Parteien mit Ausnahme der KPD (deren Mitgliederzahl starken Schwankungen unterworfen war) und die damit einhergehende »Politisierung« (aber auch organisatorische Durchdringung) weiter Bevölkerungsschichten sind bislang in der Forschung zur Gründungsphase der Republik häufig zu wenig beachtet worden.

didaten der DVP abgegeben worden waren, für jede ferneren angefangenen 25 000 Stimmen einen weiteren Delegierten entsenden. Darüber hinaus gehörte nun die Hälfte der preußischen Landtagsfraktion (mindestens jedoch 25 Mitglieder) dem Zentralvorstand als »geborene« Mitglieder an. Auch der Geschäftsführende Ausschuß wurde vergrößert. Ihm gehörten nun an: alle Mitglieder des neugeschaffenen Parteivorstandes, zwölf vom Zentralvorstand aus seiner Mitte auf Vorschlag des Parteivorstandes zu wählende Mitglieder sowie acht vom Geschäftsführenden Ausschuß selbst zu kooptierende Mitglieder; die leitenden Beamten der Reichsgeschäftsstelle wurden zu seinen Sitzungen mit beratender Stimme hinzugezogen. Wichtigste Satzungsänderung aber war die Schaffung zweier weiterer »Organe der Partei«: Reichsausschuß und Parteivorstand.

Der Parteivorstand, dem die »politische Leitung der Partei« – wenn auch »im Rahmen der Beschlüsse«[21] von Zentralvorstand und Geschäftsführendem Ausschuß – zugesprochen wurde, war ein kleines Gremium. Ihm gehörten an: der Parteivorsitzende, der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses, die Vorsitzenden von Reichstags- und preußischer Landtagsfraktion sowie fünf vom Zentralvorstand zu wählende Mitglieder. Satzungsgemäß sollte der Parteivorstand »alle Monate« zusammentreten. Ob dies geschehen ist, läßt sich den Quellen nicht entnehmen, in denen das Wirken dieses Gremiums nur wenig Spuren hinterlassen hat. Zu den Aufgaben des Parteivorstandes gehörte es, »in eiligen Fällen wichtiger politischer Entscheidungen zur Besprechung vertraulicher politischer Angelegenheiten und zur Aufstellung des Reichswahlvorschlags«[22] den Reichsausschuß einzuberufen. Dieser bestand aus den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses, den Vorsitzenden der Wahlkreisverbände oder deren Stellvertretern, den Wahlkreisgeschäftsführern und den leitenden Beamten der Reichsgeschäftsstelle. In diesem Gremium von nahezu 100 Mitgliedern besaßen somit die Exponenten der regionalen Parteiorganisationen und der Parteiapparat starken Einfluß.

Die Installierung des Reichsausschusses – im Jahr 1919 war die Schaffung eines derartigen Gremiums noch abgelehnt worden[23] –, bedeutete einen wichtigen Schritt hin zur Festigung eines differenzierten Parteiapparats. In der Hand eines erfahrenen und geschickten Organisators wie Stresemann bedeutete die Schaffung dieses Gremiums jedoch mehr als eine Bekämpfung der dezentralen Bestrebungen durch die formale Einbindung der Wahlkreisvorsitzenden und -geschäftsführer in den parteiinternen Willensbildungsprozeß, die faktisch bereits unmittelbar nach dem Kapp-Putsch begonnen hatte.[24] Da bei der Satzungsänderung gleichzeitig festgelegt wurde, daß die Anstellung der Wahlkreisgeschäftsführer im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß erfolgen mußte, konnte Stresemann (unterstützt durch Kempkes als Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses und Trucksaess als Leiter der

[21] § 18 der Satzung vom Dezember 1921, siehe S. 1271.
[22] § 15, Abs. I der Satzung vom Dezember 1921, siehe S. 1269.
[23] Siehe dazu die Ausführungen Lohses auf der Zentralvorstandssitzung vom 12.4.1919: »Der Zentralvorstand ist nur sehr bedingt arbeitsfähig, dafür sprechen alle Erfahrungen. Ich glaube, da werden Sie alle zustimmen, und wir haben die Erfahrung gemacht, daß eine Versammlung der Landesvorsitzenden, die etwa aus 30 bis 40 und höchstens 60 Herren bestand, sich als ausgezeichnet arbeitswirksam bewährt hat«, Dok. Nr. 5, S. 50.
[24] So tagten die Wahlkreisvorsitzenden im Jahr 1920 viermal: am 28.3., 17.4., 16.6. und 4.10.1920.

Reichsgeschäftsstelle) durch eine zielbewußte Personalpolitik seine Stellung in der Partei gegenüber der oft opponierenden Reichstagsfraktion untermauern. Die Schaffung von Reichsausschuß und Parteivorstand veränderte zudem die Machtverteilung innerhalb der Binnenstruktur aller Führungsgremien. Durch die Errichtung des Parteivorstandes, der – als kleineres und flexibleres Gremium – den Geschäftsführenden Ausschuß auch in der Vorberatung und -formulierung der Beschlüsse des Zentralvorstandes ablöste, und durch die Installierung des Reichsausschusses wurde der Geschäftsführende Ausschuß wieder auf die ihm satzungsmäßig zugedachte Funktion eines reinen Verwaltungsorgans beschränkt.[25]

Auch nach Inkrafttreten der Satzungsänderungen von 1921 waren Teile der Partei weiterhin unzufrieden mit dem Aufbau der Parteiorganisation. Vor allem die Wahlkreisverbände versuchten in der Folgezeit, über die Bildung von »Arbeitsgemeinschaften«[26] und »Landesverbänden«[27] größeren Einfluß auf die Politik der Parteiführung zu gewinnen. Die auf den Parteitagen in Dortmund 1924 und Köln 1926 beschlossenen Satzungsänderungen trugen diesen Bestrebungen Rechnung, betrafen jedoch nur Detailfragen und ließen die Gremienstruktur unberührt.[28]

Der im Laufe der Zeit immer stärker werdende politische Führungsanspruch der Reichstagsfraktion um ihren Vorsitzenden Ernst Scholz setzte die Partei mehrfach ernsten Zerreißproben aus. Die Fronten verliefen in der Regel quer durch die Fraktion, und Stresemann stand meistens aktiv oder passiv im Mittelpunkt der Spannungen – so während seiner Kanzlerschaft im Herbst 1923 oder nach seiner eigenmächtigen Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett Hermann Müller im Juli 1928. Wenn es Stresemann auch immer gelang, in solchen Krisensituationen ein einmütiges Ver-

[25] Dies kommt deutlich auch darin zum Ausdruck, daß von nun an von seinen Sitzungen nur noch flüchtig hingeworfene Protokollnotizen existieren, die von der Reichsgeschäftsstelle immer unregelmäßiger (in der Form eines maschinenschriftlichen Protokolls) ausgearbeitet wurden, während von den Sitzungen des Reichsausschusses ausführliche Niederschriften vorliegen.

[26] So schlossen sich die Wahlkreise Magdeburg, Merseburg und Thüringen zur Mitteldeutschen, die Wahlkreise Weser-Ems, Ost-Hannover und Südhannover-Braunschweig zur Nordwestdeutschen, die Wahlkreise Westfalen-Nord und -Süd, Köln-Aachen, Koblenz-Trier, Düsseldorf-Ost und -West zur Rheinisch-Westfälischen, die Wahlkreise Hessen-Nassau, Pfalz, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt zur Südwestdeutschen und die Wahlkreise Pommern, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg zur Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft zusammen.

[27] Die Wahlkreise Breslau, Liegnitz und Oppeln schlossen sich zum Landesverband Schlesien, die Wahlkreise Dresden-Bautzen, Leipzig und Chemnitz-Zwickau zum Landesverband Sachsen und die Wahlkreise Oberbayern-Schwaben, Niederbayern sowie Franken zum Landesverband Bayern rechts des Rheins zusammen.

[28] Die in Dortmund im November 1924 beschlossenen Änderungen betrafen lediglich eine präzisere Fassung des § 6, nach dem innerhalb der Vereine und Verbände der Partei besondere Gruppen oder Ausschüsse gebildet werden konnten, sowie eine Umformulierung der in § 17 umrissenen administrativen Aufgaben des Geschäftsführenden Ausschusses. Der Kölner Parteitag beschloß im Oktober 1926 eine veränderte Fassung des § 8 (Ausschluß aus der Partei). Hinsichtlich der Zusammensetzung des Zentralvorstandes ging das Kooptationsrecht vom Zentralvorstand auf den Geschäftsführenden Ausschuß über, darüber hinaus gehörten dem Zentralvorstand nun drei Vertreter der volksparteilichen Gruppe des preußischen Staatsrates sowie die volksparteilichen Mitglieder der Reichs- und aller Länderregierungen qua Amt an. Weiter wurde der Reichsausschuß durch die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften sowie die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Landesverbände ergänzt.

trauensvotum des Zentralvorstandes für seine Politik zu erhalten[29], so gehörte es doch zu seinen aufreibendsten Beschäftigungen, sich dieser vom rechten Flügel der Fraktion angezettelten innerfraktionellen Fronden zu erwehren. Um diese ständige latente Konfliktsituation zu beseitigen und das unklare Verhältnis zwischen Partei und Fraktion endgültig zu klären, setzte Stresemann ein Jahr vor seinem Tod eine große Organisationsreform mit der Absicht einer strafferen Zentralisierung in Gang[30]: Die Position des Parteivorsitzenden – dem nun auch offiziell der Titel »Parteiführer« zustehen würde – sollte gestärkt werden, die Richtlinienkompetenz vom Zentralvorstand auf den Parteivorstand übergehen und diesem der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, die in den Rang eines Parteiorgans erhoben wurde, unterstellt werden. Um den Parteiführer möglichst weitgehend von allen Verwaltungsaufgaben zu entlasten, war die Schaffung eines »Geschäftsführenden Mitgliedes des Parteivorstandes« vorgesehen.[31] Auch die Stellung des Reichsausschusses sollte erheblich gestärkt werden. Um ihn intensiver als bisher an politischen Entscheidungen zu beteiligen, sprach ihm der Satzungsentwurf die Aufgabe zu, »den Parteivorstand bei wichtigen politischen Entscheidungen in seiner politischen Willensbildung zu unterstützen«[32]; gleichzeitig war vorgesehen, seine Mitgliederzahl erheblich zu erhöhen.[33] Eine weitere Schwächung des politischen Gewichtes des Zentralvorstandes lag in der geplanten Aufnahme sämtlicher Wahlkreisgeschäftsführer, verbunden mit einem Übergang des bisher dem Zentralvorstand zustehenden Kooptationsrechtes auf den Parteivorstand.[34] Um den Einfluß der Parteileitung auf die Kandidatenaufstellung innerhalb der Wahlkreisverbände zu erhöhen, sollte ihre Aufstellung ausschließlich

[29] Siehe Dok. Nr. 53; Nr. 70.

[30] Siehe Dok. Nr. 71, Anm. 3; Nr. 72, Anm. 2.

[31] Wie Kempkes Stresemann am 10. 9. 1929 schrieb, habe man sich im Organisationsausschuß »nach eingehender Diskussion« darauf geeinigt, »daß dieses Mitglied als der besondere Vertrauensmann des Parteiführers auch von diesem zu bestellen sei. Die weiteren Anregungen, ihn durch den Zentralvorstand wählen zu lassen, wurden zurückgezogen [...] Ich glaube, daß Sie als Parteiführer diese Regelung tragen können, während ich der Meinung bin, daß die absolut unkontrollierbare, durch alle möglichen, auch unsachlichen, Erwägungen eines so großen Organs wie des Zentralvorstandes erfolgende Wahl nicht die Gewähr gibt, daß eine zweckmäßige, auf besonderem Vertrauen gegründete Zusammenarbeit zwischen Parteiführer und Geschäftsführendem Vorstandsmitgliede erfolgt«, PA NL Stresemann 106.

[32] § 13, Ziff. 1 des Satzungsentwurfes nach den Beschlüssen des Organisationsausschusses, BAK R 45 II/32, p. 813. In einem Schreiben an Stresemann vom 10. 9. 1929 hielt Kempkes fest, es hätte in der Partei »allgemein der Wunsch« bestanden, den Reichsausschuß »stärker als bisher an den politischen Entscheidungen« zu beteiligen, PA NL Stresemann 106.

[33] Ihm sollten nun zusätzlich zu den Wahlkreisvorsitzenden und -geschäftsführern angehören: die Mitglieder des Parteivorstandes, die Mitglieder der Vorstände der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion sowie für je angefangene 150 000 Stimmen bei der letzten Landtagswahl ein Mitglied der volksparteilichen Gruppen in den übrigen Landtagen, die Vorsitzenden der Reichsausschüsse, fünf vom Parteivorstand in Abstimmung mit dem Reichsfrauenausschuß zuzuwählende Frauen sowie die volksparteilichen Mitglieder der Reichsregierung und der Länderregierungen, siehe § 13, Ziff. 2 des Satzungsentwurfes nach den Beschlüssen des Organisationsausschusses, BAK R 45 II/32, p. 814.

[34] § 11, Ziff. 2 des Satzungsentwurfes, siehe ebd., p. 812. Vorgesehen war zudem eine Erhöhung der Zahl der Zuzuwählenden von 30 auf 50 Personen.

»im Benehmen mit dem Parteivorstand« erfolgen, von dessen Zustimmung auch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften abhängig gemacht wurde.[35]

Diese Parteireform wurde nach dem Tod Stresemanns jedoch nur zum Teil verwirklicht. Dem Mannheimer Parteitag vom März 1930 lag eine solche Anzahl von Abänderungsanträgen zur Satzung vor, daß er eine Entscheidung vorerst vertagte, den Satzungsentwurf an den Organisationsausschuß zurückverwies und den Zentralvorstand ermächtigte, die neue Satzung anzunehmen. Erst im November 1930 schloß der Organisationsausschuß seine Beratungen ab, so daß die neue Parteisatzung auf der Zentralvorstandssitzung vom 30. November 1930 verabschiedet werden konnte.[36] Wie vorgesehen, erhielt der Parteivorsitzende zwar den Titel »Parteiführer« mit dem Recht, »die Partei nach außen und innen zu vertreten«, doch fand eine Unterstellung der Reichstagsfraktion unter die Weisungskompetenz des Parteivorstands nicht statt. Grundgedanke der Satzung war eine straffere Zentralisierung »durch Stärkung der Befugnisse des Parteivorstandes«.[37] Ihm wurde nun die »Leitung der Partei« nach Maßgabe der »Beschlüsse des Parteitages, des Zentralvorstandes und des Reichsausschusses« zugesprochen; darüber hinaus wurden ihm sämtliche Gliederungen der Partei unterstellt. Erstmals erhielten nun auch die volksparteilichen Fraktionen im Reich und in den Landtagen den Rang von »Organen der Partei« mit der Aufgabe, »die Politik der Partei in enger Fühlung mit dem Parteivorstand in den Volksvertretungen durchzuführen«.[38] Der Geschäftsführende Ausschuß wurde aufgelöst, die Geschäftsführung der Gesamtpartei an die Reichsgeschäftsstelle (unter Aufsicht des Parteivorstands) übertragen. Die einschneidendsten Veränderungen ergaben sich bei dem Besetzungsmodus und dem politischen Gewicht der beiden Führungsgremien Reichsausschuß und Zentralvorstand.

Dem Reichsausschuß, dem nun auch alle Mitglieder des Parteivorstands angehörten, wurde die Aufgabe zugewiesen, »den Parteivorstand bei wichtigen politischen Entscheidungen in seiner politischen Willensbildung zu unterstützen«. Zu diesem Zweck sollte er »möglichst alle drei Monate und im übrigen in eiligen Fällen nach Bedürfnis zusammenkommen«.[39] Dem Zentralvorstand wurde das Recht belassen, »die Richtlinien für die Durchführung der Politik der Partei aufzustellen« und den Parteiführer zu wählen, seine Mitgliederzahl wurde jedoch erheblich vergrößert: zu-

[35] § 4, Ziff. 3, 6 des Satzungsentwurfes, siehe ebd., p. 809. In den dem Entwurf beigegebenen »Interpretationen zur Satzung« wurde ausdrücklich festgehalten, diese Bestimmung sei dahingehend auszulegen, »daß die Wahlkreise verpflichtet sind, sich rechtzeitig vor Aufstellung der Kandidatenlisten mit dem Parteivorstand in Verbindung zu setzen«, ebd. p. 818. Wie Kempkes Stresemann am 10.9.1929 mitteilte, sollte damit der »vielfach eingerissenen Übung der Wahlkreise« entgegengewirkt werden, »erst nach der Aufstellung Mitteilung zu machen«, PA NL Stresemann 106.

[36] Siehe Dok. Nr. 88; siehe auch den Bericht von Sauerborn, dem Vorsitzenden des Organisationsausschusses, vor dem Reichsausschuß am 2.11.1930, Dok. Nr. 86, S. 1175 ff.

[37] So Sauerborn auf der Zentralvorstandssitzung vom 30.11.1930, Dok. Nr. 88, S. 1180. Der Parteivorstand änderte sich in seiner Zusammensetzung nur geringfügig: so wurde die Zahl der vom Reichsausschuß vorzuschlagenden und vom Zentralvorstand zuzuwählenden Mitglieder des Parteivorstands von sieben auf neun erhöht.

[38] § 20 der Satzung der Deutschen Volkspartei. Fassung vom 30. November 1930, Berlin 1931.

[39] § 13 der Satzung der Deutschen Volkspartei, ebd.

sätzlich zu den Wahlkreisvertretern[40] waren nun alle Mitglieder des Reichsausschusses und der preußischen Landtagsfraktion »geborene« Mitglieder des Zentralvorstandes, bis zu 60 weitere Mitglieder konnte der Parteivorstand zuwählen.[41] Die im November 1930 beschlossene Satzung hatte Bestand – abgesehen von einer Verringerung des Divisors für die Besetzung des Zentralvorstandes durch die Wahlkreise[42] – bis zur Auflösung der Partei am 4. Juli 1933.

Die vorangegangene Darstellung der Organisationsstruktur erlaubt jedoch nur eine unvollkommene Annäherung an den Prozeß der politischen Willensbildung innerhalb der Führungsgremien der DVP. Trotz anderslautender Feststellungen in der Parteisatzung verlief dieser Prozeß weitaus stärker von oben nach unten als in umgekehrter Richtung. In den ersten Jahren wurde der politische Kurs der Partei vom Geschäftsführenden Ausschuß bestimmt. Neben der politischen Leitung zog er die wichtigsten Führungsaufgaben an sich, so vor allem den organisatorischen Ausbau der Partei und die damit einhergehenden Fragen der Finanzierung und Agitation. Der Zentralvorstand dagegen war allein aufgrund seiner Größe für rasches Agieren und eingehende Beratung ungeeignet; seine Mitglieder waren daher kaum in der Lage, die Initiative zur Lösung schwieriger Fragen zu ergreifen. In der Regel standen sie durch die Beschlüsse des Geschäftsführenden Ausschusses vor vollendeten Tatsachen. Selbst in solchen Fällen, wo sich der Geschäftsführende Ausschuß noch nicht endgültig festgelegt hatte – wie etwa bei der Diskussion über das Parteiprogramm[43] –, verblieb ihnen lediglich die Entscheidung zwischen Alternativen, die der Geschäftsführende Ausschuß erarbeitet hatte. Seine eigentliche politische Rolle spielte der Zentralvorstand daher als Organ der Willenskundgebung, der Bekräftigung und Verstärkung.

Die Schaffung des Reichsausschusses als Instanz, die zu wichtigen politischen Fragen rascher als der Zentralvorstand Stellung nehmen konnte, schuf zwar auf den ersten Blick eine differenziertere Organisationsstruktur, änderte aber nichts an dem konzentrisch von innen nach außen verlaufenden Prozeß der Willensbildung. Alle Themen, die im Reichsausschuß zur Debatte standen, waren bereits im Parteivorstand vorberaten worden; auf den Zentralvorstandssitzungen wurde kaum eine Frage erörtert, die nicht schon im Reichsausschuß besprochen worden wäre. Die Organisationsstruktur der Partei erleichterte das glatte Funktionieren dieses Mechanismus, da alle Führungsgremien nicht nur institutionell einander vorgeschaltet, sondern auch

[40] Jeder Wahlkreisverband entsandte zwei Vertreter; Wahlkreise, in denen bei den letzten Reichstagswahlen mehr als 15 000 Stimmen für Kandidaten der DVP abgegeben worden waren, hatten das Recht, für jede weiteren angefangenen 15 000 Stimmen einen weiteren Vertreter zu entsenden.

[41] Für den Fall, daß in einem Land bei der letzten Landtagswahl mehr als 120 000 Stimmen für die Partei abgegeben würden, waren die betreffenden Fraktionen berechtigt, für jede weiteren angefangenen 40 000 Stimmen einen zusätzlichen Vertreter in den Zentralvorstand zu entsenden. Die Zahl der vom Presseverein zu wählenden Delegierten wurde von sechs auf neun erhöht; zudem waren alle mindestens seit zehn Jahren hauptamtlich tätigen Parteibeamten »geborene« Mitglieder des Zentralvorstandes.

[42] Jeder Wahlkreisverband entsandte wie bisher zwei Vertreter; Wahlkreise, in denen bei den letzten Reichstagswahlen mehr als 7 500 Stimmen für Kandidaten der DVP abgegeben worden waren, hatten das Recht, für jede weiteren angefangenen 7 500 Stimmen einen weiteren Vertreter zu entsenden.

[43] Siehe Dok. Nr. 13.

personell stark miteinander verklammert waren: Alle Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses (und später des Parteivorstandes) gehörten – ebenso wie die Mehrzahl der Mitglieder des Reichsausschusses – dem Zentralvorstand an. Eine Ablehnung der vom Parteivorstand unterbreiteten Beschlußvorlagen und -empfehlungen durch den Zentralvorstand wäre so einem Mißtrauensvotum gegen die Parteiführung, speziell natürlich gegen Stresemann, gleichgekommen. Die Bindungskraft, aber auch das Integrationsvermögen des skizzierten Mechanismus eines konzentrischen Prozesses der politischen Willensbildung von innen nach außen wurde durch diese unbedingte Loyalität der weitaus überwiegenden Mehrheit der Wahlkreisvertreter im Zentralvorstand gegenüber der von Stresemann verfolgten politischen Linie noch erheblich gestärkt.

Eine organisierte Opposition gegen die Politik der Parteileitung – und dies hieß bis Oktober 1929: gegen Stresemann – mußte somit ihre Basis außerhalb dieser Führungsgremien suchen. Da spätestens mit der Schaffung des Reichsausschusses 1921 auch die Interessen der regionalen Parteiorganisationen in den Prozeß der politischen Willensbildung eingebunden waren, blieben als Gegengewicht nur die volksparteilichen Fraktionen übrig. Bis 1930 war die Reichstagsfraktion – neben einem Teil der preußischen Landtagsfraktion – zwar vollzählig im Zentralvorstand vertreten, doch erhielten die Fraktionen nicht den Rang von »Organen der Partei«. Daß die Scheidelinie zwischen der Parteiorganisation und den parlamentarischen Vertretungen stets gewahrt blieb, entsprach zwar der traditionellen liberalen Auffassung vom freien und ungebundenen Repräsentationsmandat, führte aber eine beständige latente Konfliktkonstellation herbei. Bezeichnenderweise nahmen ab Juni 1920 die heftigsten Kontroversen um den politischen Kurs der Partei ihren Ausgang in der Reichstagsfraktion, in der der rechte Parteiflügel eine starke Stellung besaß und dessen Repräsentanten gegenüber dem Parteivorsitzenden weniger Loyalität empfanden als gegenüber den hinter ihnen stehenden Interessenverbänden. Doch vermochte es Stresemann bis zum Februar 1929 meisterhaft, der politischen Eigenwilligkeit der Reichstagsfraktion immer dann mit Hilfe des Zentralvorstandes enge Grenzen zu ziehen, wenn sie ihm nicht zu folgen gewillt war und seine Politik zu durchkreuzen versuchte. Hier erwies es sich als großer Vorteil, daß die Reichstagsfraktion nicht in den parteiinternen Willensbildungsprozeß eingebunden war. Mochten die Abgeordneten auch noch so sehr auf ihre Selbständigkeit pochen, auf Dauer – spätestens beim Herannahen der Wahlen – wäre es ihnen unmöglich gewesen, gegen die erklärten Absichten des Zentralvorstandes einen eigenen Kurs zu steuern. Diese integrative und damit auch parteistabilisierende Funktion verlor der Zentralvorstand für die Nachfolger Stresemanns. Scholz und Dingeldey waren Exponenten der Fraktion und bedurften daher nicht eines massiven Rückhalts in einem anderen Parteigremium.

III. Zur Edition

1. Die Quellen

Der Bestand R 45 II des Bundesarchivs enthält Protokolle von Sitzungen des Zentralvorstands, des Geschäftsführenden Ausschusses und des Reichsausschusses der DVP. Eine komplette Protokollserie findet sich dort jedoch für keines dieser Führungsgremien. Von 1918 bis 1933 haben nachweislich insgesamt 31 Sitzungen des Zentralvorstands stattgefunden, aber nur für neun Sitzungen ist ein stenographisches Protokoll überliefert. Ähnliches läßt sich hinsichtlich der ausführlichen Niederschriften über die Sitzungen von Geschäftsführendem Ausschuß und Reichsausschuß sagen. Weshalb der Protokollbestand so lückenhaft ist, läßt sich nur durch eine sorgfältige Rekonstruktion der Überlieferungsgeschichte dieses Quellenmaterials aufhellen.[1]

Alle Dokumente des Bestands R 45 II gelangten aus dem Nachlaß des letzten DVP-Vorsitzenden Eduard Dingeldey (1886–1942) im Jahre 1956 ins Bundesarchiv. Dort wurden Teile aus dem Nachlaß ausgegliedert und als separate Bestände formiert (R 45 I: Nationalliberale Partei; R 45 II: Deutsche Volkspartei). Dingeldey war im Besitz der Protokolle und anderer Materialien zur Parteigeschichte, weil er sich bei der Liquidation der Partei im Jahr 1933 wichtige Akten der Reichsgeschäftsstelle vom Reichsgeschäftsführer, Karl Trucksaess, hatte aushändigen lassen; angeblich beabsichtigte er, eine Geschichte der Deutschen Volkpartei zu schreiben. Während der gesamte Aktenbestand der Reichsgeschäftsstelle der DVP im November 1933 und Januar 1934 dem Reichsarchiv übergeben wurde[2], verblieben die Dingeldey ausgehändigten Papiere in dessen Obhut.[3] Nach Dingeldeys Tod (1942) und dem Umzug seiner Witwe Hildegard von Berlin nach Heidelberg (1942/43) wurde der »Nachlaß« Dingeldey im Heidelberger Haus Hildegard Dingeldeys, später in Stuttgart verwahrt. Im Jahr 1956 schenkte ihn Frau Dingeldey dem Bundesarchiv. Zu diesem Zeitpunkt aber war der ursprüngliche Bestand bereits stark dezimiert. Warum?

Das Heidelberger Haus der Witwe Dingeldey war im September 1946 von den Amerikanern beschlagnahmt worden, ein großer Teil der im Keller des Hauses gelagerten

[1] Das folgende nach dem Findbuch des Bundesarchivs zu Bestand R 45 und vor allem nach den den Bearbeitern freundlicherweise zur Verfügung gestellten Dienstakten zum Nachlaß Dingeldey und zum Bestand DVP (BAK 4211, BAK 4601/6).

[2] Die bei Kriegsende den sowjetischen Truppen in die Hände gefallenen Bestände des Reichsarchivs befanden sich nach der Rückgabe an die DDR ab 1954 im Deutschen Zentralarchiv Potsdam (später: Zentrales Staatsarchiv Potsdam). Gerade für die Akten der Reichsgeschäftsstelle der DVP erhielten westliche Forscher jedoch praktisch keine Benutzungsgenehmigung, weshalb sie bisher kaum ausgewertet wurden. Der Bestand Reichsgeschäftsstelle ist jetzt im Bundesarchiv, Abt. Potsdam (60 Vo 1) gelagert.

[3] Mit Schreiben vom 8. 12. 1933 teilte Dingeldey dem Reichsarchiv mit (unter Bezugnahme auf die Tatsache, daß dem Reichsarchiv Akten der früheren DVP »mit der Maßgabe ihrer Sekretierung bis zum Jahre 1943« übergeben worden seien): »Wichtige politische Akten der früheren Deutschen Volkspartei befinden sich noch zum Zwecke von Aufzeichnungen in meinem Besitz. Über deren Aufbewahrung behalte ich mir die endgültige Entscheidung vor« (BAK NL Dingeldey 66, p. 30).

Papiere wurde in der Folgezeit abtransportiert, teilweise auch verheizt. Nach Auskunft von Frau Dingeldeys Haushälterin, die 1956 bereits 25 Jahre im Dienst der Familie stand, soll der nach Heidelberg verbrachte Nachlaß ungefähr den doppelten Umfang des 1956 noch vorhandenen Bestandes gehabt haben; so äußerte sich auch Frau Dingeldey.[4]

Somit gibt es eine plausible Erklärung für die erheblichen Verluste, eine plausible Erklärung auch für die Willkürlichkeit der Dezimierung des ursprünglichen Nachlasses. Während für einige Zentralvorstandssitzungen die Wortprotokolle erhalten blieben, sind für andere nur die »Beiakten« zu den Sitzungen vorhanden (Einladungen, Tagesordnungen, Entschuldigungen usw.), auch von den Sitzungen des Reichsausschusses und des Geschäftsführenden Ausschusses sind die Niederschriften nur unvollständig überliefert. Welche Dokumente erhalten blieben und welche verloren gingen, hing offensichtlich ganz vom Zufall ab, nämlich dem Zugriff der sich mit Heizmaterial versorgenden Amerikaner auf die in den Kellerräumen lagernden Akten. Den gesamten Umständen nach sind die auf diese Weise eingetretenen Verluste im Nachlaß Dingeldey als definitiv zu betrachten.

Damit stellt sich die Frage, ob außer dem Überlieferungsstrang Reichsgeschäftsstelle – Nachlaß Dingeldey – Bundesarchiv noch eine weitere Überlieferung von Sitzungsprotokollen der DVP-Führungsgremien existiert, so daß der Verlust im Nachlaß Dingeldey ausgeglichen werden könnte und sich komplette oder annähernd komplette Protokollserien rekonstruieren ließen. Um diese Frage zu beantworten, müßte man Genaueres über die Verfahrensweise bei der Protokollierung und über die Zahl der hergestellten Protokollexemplare wissen. Da die Niederschriften über die Sitzungen in der Reichsgeschäftsstelle angefertigt wurden und diese auch die stenographische Protokollierung der Zentralvorstandssitzungen durch das »Stenographische Bureau Max Baeckler« (Berlin) organisierte, konnten entsprechende Auskünfte in erster Linie von Karl Trucksaess erwartet werden, der von 1919 bis 1933 als Reichsgeschäftsführer fungierte. Nicht zuletzt aus diesem Grund nahm Archivrat Dr. W. Mommsen, nachdem er dem Bundesarchiv den Nachlaß Dingeldey gesichert hatte, im Spätherbst 1956 Kontakt zu Trucksaess auf, der damals Abgeordneter des Berliner Abgeordnetenhauses war. Auf eine entsprechende Anfrage antwortete Trucksaess am 16.11.1956: Er habe wichtige Akten, »vor allem die Protokolle über Sitzungen des Zentralvorstands der DVP«, 1933 an Dingeldey übergeben, er habe auch ein Verzeichnis der Dingeldey ausgehändigten Materialien aufgenommen, »aber dieses Verzeichnis ist mit allen meinen sonstigen eigenen Unterlagen im Bombenkrieg verlorengegangen«. Über Art und Qualität seiner dem Bombenkrieg zum Opfer gefallenen »sonstigen eigenen Unterlagen« äußerte er sich nicht, er wurde

[4] Es gibt eine weitere Bestätigung der Aussage, daß der Nachlaß Dingeldey erst nach 1946 starke Verluste erlitt. Der Direktor des Staatsarchivs Darmstadt nahm, wie er dem Bundesarchiv im Herbst 1956 mitteilte, 1946 Kontakt zu Frau Dingeldey auf; im August 1946 inspizierte er – »in einem Keller mit unzureichender Beleuchtung« – den Nachlaß und fertigte flüchtig ein Verzeichnis an, das u.a. die Angabe enthält: »1 Kiste (mindestens 50–60) gebundene Bände mit vervielfältigten Sitzungsprotokollen der Nationalliberalen Partei und der Deutschen Volkspartei (schätzungweise seit 1911)«. Wenige Wochen später wurde das Dingeldeysche Haus von der amerikanischen Besatzungsmacht beschlagnahmt, die Kisten mit den Akten blieben bei der überstürzten Räumungsaktion in den Kellerräumen zurück.

allerdings auch nicht präzis danach gefragt. So wissen wir nicht, ob Trucksaess vielleicht im Besitz von Protokollexemplaren gewesen ist. Aber selbst wenn dies der Fall gewesen sein sollte, steht fest, daß diese verloren sind.

Daß Trucksaess 1933 tatsächlich *alle* in der Reichsgeschäftsstelle der DVP vorhandenen Sitzungsprotokolle an Dingeldey ausgehändigt hat, kann inzwischen eindeutig konstatiert werden. Denn die 1933/34 dem Reichsarchiv übergebenen Aktenbestände der Reichsgeschäftsstelle – im Zentralen Staatsarchiv Potsdam bis 1990 der westlichen Forschung nur in wenigen Einzelfällen zugänglich, so daß keine umfassende Information bestand – stehen jetzt in der Abteilung Potsdam des Bundesarchivs der Forschung ohne Einschränkung zur Verfügung; Sitzungsprotokolle der Führungsgremien enthält dieser Bestand »Deutsche Volkspartei« nicht.

Somit blieben als mögliche Fundorte von Protokollexemplaren nur die Nachlässe führender DVP-Politiker. In erster Linie ist dabei natürlich der Nachlaß Stresemann ins Auge zu fassen. Stresemann hat mit höchster Akkuratesse alle ihm wesentlich scheinenden Schriftstücke aufbewahrt, sein Nachlaß stellt deshalb in weiten Teilen eine Art Parteiarchiv der DVP dar, und dieser Nachlaß hat keinerlei Verluste erfahren. Aber was Wortprotokolle und Niederschriften über Sitzungen von Führungsgremien angeht, erweist sich der Nachlaß Stresemann weitgehend als Fehlanzeige. Es findet sich dort kein einziges stenographisches Protokoll einer Zentralvorstandssitzung.[5] Hingegen enthält der Nachlaß insgesamt 20 Protokolle von Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses (dessen Vorsitz Stresemann neben dem Vorsitz im Zentralvorstand bis 1920 innehatte). Alle diese Niederschriften sind aber ausnahmslos auch im Bestand R 45 II des Bundesarchivs überliefert; dieser enthält darüber hinaus die Niederschriften über mehrere Sitzungen, die im Nachlaß Stresemann fehlen. Wie vollständig oder unvollständig die Serie der Niederschriften über Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses im Bestand R 45 II ist, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen.

Die Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses wurden nicht – wie diejenigen des Zentralvorstands – stenographisch aufgenommen. Vielmehr machte sich Reichsgeschäftsführer Trucksaess über den Verlauf der Sitzungen und die Äußerungen der einzelnen Mitglieder (teilweise in einer Privatstenographie) Notizen, die er anschließend ausarbeitete. Von der Niederschrift wurde in der Reichsgeschäftsstelle ein hektographierter Umdruck in mindestens 52 Exemplaren hergestellt (durchnumeriert und mit dem Vermerk: »Streng vertraulich!« versehen). Adressaten dürften – neben den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses – vor allem die Vorsitzenden der Wahlkreisverbände gewesen sein. Welche Anzahl von Exemplaren jedoch tatsächlich zur Verteilung gelangte, läßt sich nicht klären. Abgesehen vom Nachlaß Stresemann und vom Nachlaß Dingeldey (der einige Protokolle des Geschäftsführenden Ausschusses aus den Jahren 1920 und 1921 enthält) war merkwürdigerweise

[5] Im Nachlaß Stresemann (203) befindet sich lediglich ein Protokollfragment, nämlich der stenographische Text der Rede, die Stresemann auf der Zentralvorstandssitzung am 12.4.1919 hielt (siehe Dok. Nr. 5). Den ihm zur Korrektur zugestellten stenographischen Text seiner Rede hat er offensichtlich nicht an die Reichsgeschäftsstelle zurückgegeben; deshalb fehlt die Stresemann-Rede im offiziellen Protokollexemplar, das im Bestand R 45 II überliefert ist.

in keinem der ermittelten Nachlässe ehemaliger DVP-Politiker bisher auch nur ein einziges Exemplar dieser Umdrucke aufzufinden.

Für die Reichsausschuß-Sitzungen gilt dasselbe: Außer den Protokollen im Bestand R 45 II, die ausnahmslos aus den Jahren 1930 bis 1933 stammen, ließ sich kein weiteres Exemplar ermitteln. Eine bedeutsame Ausnahme ist jedoch zu verzeichnen. Seine letzte große Rede hielt Stresemann in der Sitzung des Reichsausschusses am 30. September 1929, drei Tage vor seinem Tod, und in dieser Rede, deren Wortlaut bisher nicht bekannt war, nahm er leidenschaftlich Stellung gegen das Young-Plan-Volksbegehren. Der Text dieser stenographisch aufgenommenen Rede wurde den Editoren freundlicherweise von Dr. Wolfgang Stresemann zur Verfügung gestellt; wie er mitteilte, erhielt er den Redetext von Carl-Hubert Schwennicke, der 1933 in der Reichsgeschäftsstelle tätig war.[6]

Unter den Einbußen, die der Nachlaß Dingeldey erlitten hat, ist besonders gravierend der Verlust der stenographischen Protokolle von zahlreichen Zentralvorstandssitzungen. Wie bereits angeführt, sind nur für neun von 31 Sitzungen im Zeitraum 1919 bis 1933 Wortprotokolle überliefert, d. h. für weniger als ein Drittel der Sitzungen. Wie viele Protokollexemplare einer Sitzung das »Stenographische Bureau Max Baeckler« (Berlin) überhaupt angefertigt hat, läßt sich nicht klären. Daß es mehr als ein einziges Exemplar war, erscheint zumindest für den Zeitraum bis 1923 ziemlich unwahrscheinlich. Dies ergibt sich aus einem Schriftwechsel zwischen Stresemann und Trucksaess im Sommer 1923. Im Zusammenhang mit einer Zeitungspolemik bat Stresemann die Reichsgeschäftsstelle Ende Juli 1923 um kurzfristige Überlassung des Protokolls der Zentralvorstandssitzung vom 7./8. Juli 1923, um einige von ihm gebrauchte Formulierungen zu überprüfen. Trucksaess schickte ihm das Protokoll mit dem Hinweis: »Wir bemerken, daß dies das einzige Exemplar ist, das wir besitzen, bitten also *unter allen Umständen um Rückgabe zu den Akten*«.[7] Gleichzeitig wandte er sich an Stresemanns Sekretärin: «Ich habe Herrn Dr. Stresemann das Stenogramm seiner Rede vom Zentralvorstand übersandt. Es ist das *einzige* Exemplar. Ich lege es Ihnen *dringend* ans Herz. Wenn es etwa in die Druckerei der »Deutschen Stimmen« wandern sollte, dann lassen Sie die Druckerei wissen, daß sie es erstens pfleglich behandeln und zweitens an die Reichsgeschäftsstelle nach dem Ab-

[6] Unklar ist, ob Schwennicke selbst das Dokument bei der Auflösung der Reichsgeschäftsstelle 1933 an sich genommen hat oder ob er es von Heinrich Stocksiek, einem langjährigen Mitarbeiter der Reichsgeschäftsstelle, erhielt. Dieser schrieb am 9. 9. 1957 an das Bundesarchiv: »Was ich sonst noch an Akten der alten DVP persönlich besitze, sind die Personalakten der Reichsgeschäftsstelle und die letzte Rede Stresemanns vom 30. 9. 1929 vor dem Reichsausschuß der Partei. Ein Stenogramm dieser Rede besitzt aber auch Herr Konsul a. D. Bernhard, Stuttgarter Nachrichten, Stuttgart. Meine Akten befinden sich in Schwerin/Meckl. in meinem Schreibtisch, der seit meiner Verhaftung durch die NKWD am 23. 9. 1951 durch die Vopo mit meinem anderen Mobiliar sichergestellt und in einem Raum meines Schweriner Hauses versiegelt sind [!]. Sie sind also praktisch für mich nicht erreichbar«. Stocksiek, der von einem russischen Kriegsgericht zu 20 Jahren Arbeitslager verurteilt worden war, kam 1954 frei und ließ sich in Westberlin nieder. Vielleicht ist er später, nach Abfassung des Briefes an das Bundesarchiv, wieder in den Besitz seiner Unterlagen gelangt und hat den Text von Stresemanns »letzter Rede« seinem Freund Schwennicke überlassen. Im Nachlaß Henry Bernhard (Stadtarchiv Stuttgart) konnte ein Exemplar von Stresemanns »letzter Rede« nicht ermittelt werden.

[7] Schreiben Trucksaess an Stresemann, Berlin 31. 7. 1923, PA NL Stresemann 260 (Hervorhebung von Trucksaess).

setzen unverzüglich zurückschicken soll«.[8] Als Stresemann mit Schreiben vom 3.8.1923 (just eine Woche vor seiner Ernennung zum Reichskanzler!) den Empfang des Protokolls bestätigte, fügte er hinzu: «Übrigens befremdet es mich zu hören, daß Sie nur ein Exemplar besitzen. Ich würde empfehlen, bei künftigen Gelegenheiten stets auszubedingen, daß das Stenogramm [gemeint: der stenographische Bericht] mit zwei Durchschlägen hergestellt wird, damit die Reichsgeschäftsstelle auch in der Lage ist, einzelne Teile fortzugeben, ohne damit in die Gefahr zu kommen, das Original zu verlieren«.[9]

Inwieweit man in der Reichsgeschäftsstelle dieser Weisung Stresemanns nachgekommen ist, muß offenbleiben. Tatsache ist aber, daß es sich bei einigen der im Bestand R 45 II vorliegenden Wortprotokolle um Durchschläge handelt und von zwei Zentralvorstandssitzungen (in den Jahren 1927 und 1929) sogar zwei Protokollexemplare vorliegen.[10] Weshalb in diesen Fällen in der Reichsgeschäftsstelle ein Durchschlag und nicht die Erstschrift aufbewahrt wurde, ist ebenso mysteriös wie der Verbleib des Originals. Sollte Reichsgeschäftsführer Trucksaess das Original bzw. ein zweites Exemplar zu seinen »eigenen Unterlagen« genommen haben, dann sind diese Exemplare, wie bereits dargelegt, unwiederbringlich verloren. Trotz intensiver Recherchen ist es nicht gelungen, außer den im Bestand R 45 II vorhandenen Wortprotokollen von Zentralvorstandssitzungen ein weiteres Protokollexemplar ausfindig zu machen.[11]

Somit bleibt nur die – betrübliche – Feststellung, daß die jetzt im Bestand R 45 II vorhandenen Wortprotokolle von Zentralvorstandssitzungen der DVP nach menschlichem Ermessen die einzigen Protokollexemplare sind, die heute noch existieren. Dieser Sachverhalt rechtfertigt es – und deshalb war es geboten, recht ausführlich auf die Überlieferungsgeschichte einzugehen –, die vorhandenen Sitzungsprotokolle zu edieren, auch wenn die Protokollserie deutliche Lücken aufweist.

[8] Schreiben Trucksaess an Dommisch, Berlin 31.7.1923, ebd. (Hervorhebung von Trucksaess). Der anschließende Satz lautet: »Wenn ich es wirklich wieder zurückerhalte, dann lade ich Sie auch zu Kaffee und Kuchen ein.«

[9] Schreiben Stresemann an Trucksaess, Bad Homburg 3.8.1923, ebd.

[10] Sitzung des Zentralvorstands am 19.3.1927 in Hannover: BAK R 45 II/42, p. 79–155 und NL Dingeldey 12, p. 45–83; Sitzung des Zentralvorstands am 26.2.1929 in Berlin: BAK R 45 II/43, p. 75–391 und 395–711.

[11] Entdeckt wurden lediglich zwei kurze Protokollfragmente mit Äußerungen Stresemanns, zum einen in der Zentralvorstandssitzung vom 17.10.1919, zum anderen in der Sitzung des erweiterten Geschäftsführenden Ausschusses vom 18.4.1920. Die Wortprotokolle beider Sitzungen sind verloren. Die Überschrift des Auszugs aus dem Protokoll der Sitzung vom 17.10.1919 lautet: »Stresemann zur Frage des Einheitsstaates (Leipziger Zentralvorstand Okt. 1920 [!])«, siehe Dok. Nr. 10, Anm. 14. Der zweite Auszug trägt die Überschrift: »D.V.P. und Kapp-Putsch (Berliner Zentralvorstand)«, siehe Dok. Nr. 24b mit Anm. 1. Beide Auszüge sind vor 1933 in der Reichsgeschäftsstelle angefertigt worden, wohl auf Betreiben Henry Bernhards (seit 1923 Sekretär und enger Mitarbeiter Stresemanns); aus Henry Bernhards Nachlaß gelangte der erstgenannte Auszug nach 1945 ins Politische Archiv des Auswärtigen Amtes (PA NL Stresemann 363), der andere in den Besitz von Dr. Erich Heinz Schlottner (für freundliche Überlassung des Schriftstücks sind wir Frau Schlottner zu Dank verpflichtet). Da beide Protokollfragmente mit nahezu absoluter Sicherheit aus den in der Reichsgeschäftsstelle verwahrten Wortprotokollen abgeschrieben wurden, ergibt sich aus den beiden Funden kein Nachweis, daß außer dem in der Reichsgeschäftsstelle archivierten Exemplar ein weiteres Protokollexemplar existierte.

Um die im Nachlaß Dingeldey entstandenen Verluste bei den Protokollen der Zentralvorstandssitzungen wenigstens etwas auszugleichen, sind in die Edition für diejenigen Sitzungen, für die keine Wortprotokolle vorliegen, die teils knappen, teils ausführlichen Berichte aufgenommen, welche die offizielle Parteikorrespondenz, die in Berlin erscheinende »Nationalliberale Correspondenz« (NLC), jeweils nach der – unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehaltenen – Sitzung veröffentlicht hat. Vergleicht man bei jenen Sitzungen, von denen Wortprotokolle überliefert sind, den Bericht der NLC mit dem stenographischen Protokoll, dann wird deutlich, wie stark der offizielle Bericht geglättet bzw. verknappt ist; das gilt insbesondere hinsichtlich der Wiedergabe der Diskussionen und der Ausblendung der Kontroversen. Insofern stellen die NLC-Berichte nur einen schwachen Ersatz für die verlorenen stenographischen Berichte dar. Aber immerhin informieren sie über die behandelten Gegenstände und den Verhandlungsverlauf, einzelne Reden werden auch wörtlich wiedergegeben.

2. *Die Einrichtung der Edition*

Die Einrichtung der Edition folgt den Editionsprinzipien, die sich bei den Quellenpublikationen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien bewährt haben.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Am Kopf jedes Dokuments sind verzeichnet: laufende Nummer, Datum der Sitzung, Bezeichnung des jeweiligen Führungsgremiums und Tagungsort. Das Kopfregest weist neben dem Fundort und gegebenenfalls dem archivalischen Befund die Überschrift des Dokuments in der Vorlage nach. Anwesenheitsliste und Tagesordnung werden – soweit vorhanden – in einer Anmerkung zum Kopfregest aufgeführt. Ebenfalls in einer Anmerkung zum Kopfregest findet sich eine Bemerkung zu den handschriftlichen Korrekturen, wenn solche in der Vorlage anzutreffen sind.

Rechtschreibung und Zeichensetzung sind normalisiert, offensichtliche Schreibversehen stillschweigend korrigiert. Gleiches gilt für falsch geschriebene Personennamen, wenn die Identität der genannten Person eindeutig geklärt werden konnte. Alle von den Bearbeitern in den Text eingefügten Worte stehen in eckigen Klammern. Zur klareren Gliederung des Textes wurde gelegentlich eine von der Vorlage abweichende Einteilung in Absätze vorgenommen. Handschriftliche Korrekturen, die nahezu ausnahmslos in der Reichsgeschäftsstelle (überwiegend durch Reichsgeschäftsführer Trucksaess) angebracht wurden und stilistischer Art sind bzw. unvollständige Sätze ergänzen, werden ohne textkritischen Nachweis übernommen, sofern sich hierdurch keine Sinnänderungen ergeben. Nicht wiedergegeben werden die – oft recht willkürlichen – Hervorhebungen in der Vorlage durch Sperrung, Unterstreichung o. ä. Ebenso erscheinen die Namen der Redner, ohne Berücksichtigung unterschiedlicher Hervorhebungen in der Vorlage, durchgängig in normaler Schrift. In der Vorlage eingeklammerte Angaben werden so übernommen: »(Dr. Scholz übernimmt den Vorsitz)«; »(Schluß der Sitzung: 2 Uhr)«; »(Beifall)« usw. Wird nach dem Namen des Redners der entsendende Wahlkreisverband oder der Wohnort mit Bindestrich

genannt (»Schulz-Charlottenburg«), so wird die Ortsangabe oder der entsendende Wahlkreisverband in runde Klammern gesetzt: »Schulz (Charlottenburg)«.

Um den Umfang der Edition nicht noch stärker anschwellen zu lassen, mußte der Text der Dokumente gekürzt werden. Die Kürzungen sind mit großer Behutsamkeit durchgeführt worden; sie betreffen bei den Sitzungsniederschriften weniger bedeutsame Materien, bei den Wortprotokollen einzelne Geschäftsordnungsdebatten sowie solche Reden, die inhaltlich weniger aussagekräftig erscheinen oder bereits Gesagtes wiederholen.[12] In den (kursiv gesetzten) Regesten wird knapp über den Inhalt der nicht abgedruckten Passagen informiert, ferner werden die Namen der Redner aufgeführt, deren Wortbeiträge nicht mitabgedruckt sind. Wörtliche Zitate sind innerhalb der Regesten durch Anführungszeichen und normales Schriftbild kenntlich gemacht.

Bei Reden Stresemanns und anderer wichtiger DVP-Führer wurde auf Textkürzungen verzichtet. Da die DVP-Führungsgremien unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagten, können die Darlegungen der führenden DVP-Politiker in diesen Gremien besonderes Interesse beanspruchen, auch wenn sich in diesen Reden Wiederholungen finden. Durch die Kürzungen dürfte ungefähr ein Fünftel des Gesamttextes der edierten Dokumente fortgefallen sein.

Die Anmerkungen sind für jedes Dokument fortlaufend gezählt. Neben den relativ wenigen Hinweisen textkritischer Art erläutern sie die behandelten Sachverhalte, auch unter Anführung weiterführender Forschungsliteratur sowie einzelner archivalischer und gedruckter Quellen, wie etwa der zeitgenössischen Presse. Die biographischen Anmerkungen enthalten nach Möglichkeit Angaben über Lebenszeit, Beruf, Parteizugehörigkeit, Reichstags- oder Landtagsmandat, Regierungs- und Parteiamt. Die biographische Anmerkung steht in der Regel bei der ersten Nennung der betreffenden Person; die entsprechende Seitenzahl ist im Register durch Kursivdruck hervorgehoben.

*

Die Bearbeiter haben an dieser Stelle noch vielfachen Dank abzustatten. Der der Edition zugrundeliegende Quellenbestand wurde vom Bundesarchiv Koblenz und vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, in entgegenkommender Weise zur Verfügung gestellt; die archivalischen Recherchen sind dort mit großer Zuvorkommenheit betreut worden. Herr Dr. Wolfgang Stresemann bekundete lebhaftes Interesse am Fortgang der Arbeit und bereicherte die Edition durch ein bisher unbekanntes Dokument.

[12] Keine Kürzungen wurden vorgenommen bei Äußerungen zu Fragen der Parteiorganisation und -finanzierung, der Programmatik und des Verhältnisses zu anderen Parteien. Bei der ersten Zentralvorstandssitzung der DVP am 12./13. 4. 1919 wurde von jeglicher Kürzung abgesehen, weil in den ausgedehnten Debatten um Zuwahlen zum Zentralvorstand, Besetzung verschiedener Ausschüsse und Fragen der Geschäftsordnung die »Geburtswehen« einer »halbneuen« Partei in besonders plastischer Weise sichtbar werden, siehe auch Dok. Nr. 5, Anm. 1.

Den Herren Professoren Dr. Dr. h. c. mult. Karl Dietrich Bracher und Dr. Rudolf Morsey ist für die Aufnahme des Werkes in die Reihe »Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« zu danken; der Generalsekretär der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Herr Dr. Martin Schumacher, begleitete die Drucklegung umsichtig mit seiner langjährigen Erfahrung. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft förderte die Erarbeitung der Edition durch die Gewährung einer Sachbeihilfe.

Frau Stefanie Wolff-Rohé hat durch engagierte Mitarbeit bei Textherstellung, Materialsichtung und Vorbereitung der Kommentierung sowie durch kritische Hinweise sehr zur zügigen Fertigstellung des Werkes beigetragen. Bei Kollationierung und Korrekturlesen wurden die Bearbeiter unterstützt durch Harald Egerland, Dr. Gerhard Kock, Katharina Knippschild, Carolin Lau, Julia Levedag, Gisela Reddmann und Dagmar Rosenfeld. Ihnen allen gilt der herzliche Dank der Bearbeiter.

A. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Albertin	Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik, Düsseldorf 1972.
Albertin/Wegner	Lothar Albertin/Constanze Wegner (Bearb.), Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, Düsseldorf 1980.
Angress	Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973.
Apolant	Hans-Alexander Apolant, Die wirtschaftsfriedliche Arbeitnehmerbewegung Deutschlands, Berlin 1928.
Arns	Günter Arns, Regierungsbildung und Koalitionspolitik in der Weimarer Republik 1919–1924, Diss. phil. Tübingen 1971.
Bähr	Johannes Bähr, Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik, Berlin 1989.
Bariéty	Jaques Bariéty, Les Relations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale, Paris 1977.
Basse	Dieter Basse, Wolff's Telegraphisches Bureau 1849–1933, München 1991.
Baumgart	Constanze Baumgart, Stresemann und England, Köln usw. 1996.
Benz	Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1923, Berlin 1970.
Berg	Manfred Berg, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907–1929, Baden-Baden 1990.
Berghahn	Volker Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966.
Bericht 1. PT	Bericht über den Ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 13. April 1919 in den akademischen Rosensälen in Jena, Berlin 1919.
Bericht 2. PT	Bericht über den Zweiten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 18., 19. und 20. Oktober 1919 im Kristallpalast in Leipzig, Berlin 1920.
Bieber	Hans-Joachim Bieber, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920, Hamburg 1992.
Biewer	Ludwig Biewer, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1980.

Bischoff	Sabine Bischoff, Arbeitszeitrecht in der Weimarer Republik, Berlin 1987.
Blunck	Jürgen Blunck, Der Gedanke der Großen Koalition in den Jahren 1923–1928, Diss. phil. Kiel 1961.
Booms	Hans Booms, Die Deutsche Volkspartei, in: Ende der Parteien, S. 523–539.
Born	Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931, München 1967.
Brammer	Karl Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur. Dokumente zum Kapp-Putsch, Berlin 1920.
Braun	Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Zürich 1943.
Brüning	Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970.
Büsch/Haus	Otto Büsch/Wolfgang Haus, Berliner Demokratie 1919–1985, Bd. I: Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik, Berlin 1987.
Carsten	Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1919–1933, Köln usw. ^{3}1966.
Curtius	Julius Curtius, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948.
Demm	Eberhard Demm, Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920, Boppard 1990.
DGK	Deutscher Geschichtskalender, begr. von Karl Wippermann. Hrsg. v. Friedrich Purlitz u. Siegfried H. Steinberg, 35 (1919) – 49 (1933), Leipzig 1920–1934.
Döhn	Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970.
Dohrmann	Bernd Dohrmann, Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921–1923, München/Wien 1980.
Doose	Günther Doose, Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg 1918–1922, Wiesbaden 1987.
Dorpalen	Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.
Dörr	Manfred Dörr, Die Deutschnationale Volkspartei 1925–1928, Diss. phil. Marburg 1964.
Egelhaaf	Egelhaafs Historisch-Politische Jahresübersicht, Stuttgart 13 (1920) – 26 (1933).
Ehni	Hans-Peter Ehni, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932, Bonn 1975.
Eimers	Enno Eimers, Das Verhältnis von Preußen und Reich in den ersten Jahren der Weimarer Republik 1918–1923, Berlin 1969.
Ende der Parteien	Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.

Entstehung	Die Entstehung der Deutschen Volkspartei, hrsg. v. der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei, Berlin [3]1920.
Epstein	Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.
Erger	Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Düsseldorf 1967.
Falter	Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991.
Feldman/Steinisch	Gerald D. Feldman/Irmgard Steinisch, Die Weimarer Republik zwischen Sozial- und Wirtschaftsstaat, in: AfS 18 (1978), S. 353–439.
Felix	David Felix, Walther Rathenau and the Weimar Republic. The Politics of Reparations, Baltimore 1971.
Fischer, Wirtschaftspolitik	Wolfram Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945, Opladen [3]1968.
Fischer, Zeitungen	Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17.–20. Jahrhunderts, Pullach 1972.
Flemming	Jens Flemming, Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890–1925, Bonn 1978.
Führer	Karl Christian Führer, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995.
Geßler	Otto Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. v. Kurt Sendtner, Stuttgart 1958.
Gessner	Dieter Gessner, Agrarverbände in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1976.
Golombek	Dieter Golombek, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929), Mainz 1970.
Grathwol	Robert P. Grathwol, Stresemann and the DNVP. Reconciliation or Revenge in German Foreign Policy 1924–1928, Lawrence 1980.
Grübler	Michael Grübler, Die Spitzenverbände der Wirtschaft und das erste Kabinett Brüning. Vom Ende der Großen Koalition 1929/30 bis zum Vorabend der Bankenkrise 1931, Düsseldorf 1982.
Gründer	Horst Gründer, Walter Simons als Staatsmann, Jurist und Kirchenpolitiker, Neustadt a. d. Aisch 1975.
Grünthal	Günther Grünthal, Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968.
Gusy	Christoph Gusy, Weimar – die wehrlose Republik. Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1990.
Hardach	Gerd Hardach, Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924–1931, Berlin 1976.

Hartenstein	Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962.
Heideking	Jürgen Heideking, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920–1931, Husum 1979.
Heilfron	Eduard Heilfron (Hrsg.), Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen Volksstaates, 9 Bde., Berlin o. J. [1919/20].
Heindl	Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland 1925–1933, Frankfurt/M. 1984.
Heinemann	Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.
Hertz-Eichenrode	Dieter Hertz-Eichenrode, Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünings, Frankfurt/M. 1982.
Hertzman	Lewis Hertzman, DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic 1918–1924, Lincoln 1963.
Hirsch	Felix Hirsch, Stresemann, Göttingen 1978.
Holz	Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Köln 1977.
Holzbach	Heidrun Holzbach, Das »System Hugenberg«. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981.
Hömig	Herbert Hömig, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979.
Hornung	Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.
Huber	Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, 3 Bde., Stuttgart usw. 1957–1966.
Huber/Huber	Ernst Rudolf Huber/Wolfgang Huber (Hrsg.), Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Bd. 4: Staat und Kirche in der Weimarer Republik, Berlin 1988.
Hürten	Heinz Hürten (Bearb.), Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920–1922, Düsseldorf 1979.
James, Reichsbank	Harold James, The Reichsbank and Public Finance in Germany 1924–1933, Frankfurt/M. 1985.
James, Weltwirtschaftskrise	Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936, Stuttgart 1988.
Jansen	Robert Jansen, Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen, Berlin 1920.
Jasper	Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963.

Jonas	Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928–1933, Düsseldorf 1965.
Jones, Liberalism	Larry E. Jones, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, Chapel Hill/London 1988.
Jones, Sammlung	Larry E. Jones, Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933, in: VfZ 25 (1977), S. 265–304.
Kabinett Bauer	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett Bauer (21.6.1919–27.3.1920), bearb. von Anton Golecki, Boppard 1980.
Kabinett Cuno	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett Cuno (22.11.1922–12.8.1923), bearb. von Karl-Heinz Harbeck, Boppard 1968.
Kabinett Fehrenbach	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett Fehrenbach (25.6.1920–4.5.1921), bearb. von Peter Wulf, Boppard 1972.
Kabinett Müller I	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett Müller I (27.3.1920–21.4.1920), bearb. von Martin Vogt, Boppard 1971.
Kabinett Müller II	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, 2 Bde. (28.6.1928–27.3.1930), bearb. von Martin Vogt, Boppard 1970.
Kabinett Papen	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett Papen, 2 Bde. (1.6.1932–3.12.1932), bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1989.
Kabinett Scheidemann	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett Scheidemann (13.2.1919–20.6.1919, bearb. von Hagen Schulze, Boppard 1971.
Kabinett v. Schleicher	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett v. Schleicher (3.12.1932–30.1.1933), bearb. von Anton Golecki, Boppard 1986.
Kabinette Brüning I/II	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Die Kabinett Brüning I und II, 3 Bde. (30.3.1930–10.10.1931; 10.10.1931–30.5.1932), bearb. von Tilman Koops, Boppard 1982/1990.
Kabinette Luther I/II	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Die Kabinette Luther I und II, 2 Bde. (15.1.1925–20.1.1926; 20.1.1926–17.5.1926), bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1977.
Kabinette Marx I/II	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Die Kabinette Marx I und II, 2 Bde. (30.11.1923–3.6.1924; 3.6.1924–15.1.1925), bearb. von Günther Abramowski, Boppard 1973.
Kabinette Marx III/IV	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Die Kabinette Marx III und IV, 2 Bde. (17.5.1926–29.1.1927; 29.1.1927–29.6.1928), bearb. von Günther Abramowski, Boppard 1988.

Kabinette Stresemann I/II	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Die Kabinette Stresemann I und II, 2 Bde. (13. 8. 1923–6. 10. 1923; 6. 10. 1923–30. 11. 1923), bearb. von Karl-Dietrich Erdmann/Martin Vogt, Boppard 1978.
Kabinette Wirth I/II	Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Die Kabinette Wirth I und II, 2 Bde. (10. 5. 1921–26. 10. 1921; 26. 10. 1921–22. 11. 1922), bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard 1973.
Kaiser	Angela Kaiser, Lord D'Abernon und die englische Deutschlandpolitik 1920–1926, Frankfurt/M. usw. 1989.
Kastning	Alfred Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919–1923, Paderborn 1970.
Keil	Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Stuttgart 1947.
Kent	Bruce Kent, The Spoils of War. The Politics, Economics and Diplomacy of Reparations 1918–1922, Oxford 1989.
Klenke	Dietmar Klenke, Die SPD-Linke in der Weimarer Republik, 2 Bde. Münster 1983.
Kolb/Pyta	Eberhard Kolb/Wolfram Pyta, Die Staatsnotstandsplanungen unter den Regierungen Papen und Schleicher, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Die deutsche Staatskrise 1930–1933, München 1992, S. 155–181.
Kolb, Reichspräsident	Eberhard Kolb, Friedrich Ebert: Vom »vorläufigen« zum definitiven Reichspräsidenten. Die Auseinandersetzungen um die Volkswahl des Reichspräsidenten 1919–1922, in: ders. (Hrsg.), Friedrich Ebert als Reichspräsident, München 1997, S. 109–156.
Kolb, Weimarer Republik	Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München [3]1993.
Könnemann, Dokumente	Erwin Könnemann, Neue Dokumente zur Haltung der Deutschen Volkspartei während des Kapp-Putsches, in: ZfG 36 (1988), S. 616–630.
Könnemann/Krusch	Erwin Könnemann/Hans Joachim Krusch, Aktionseinheit gegen Kapp-Putsch, Berlin 1972.
Krabbe	Wolfgang Krabbe, Die gescheiterte Zukunft der ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat, Opladen 1995.
Krause	Hartfried Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/M./Köln 1975.
Krohn	Klaus-Dieter Krohn, Stabilisierung und ökonomische Interessen. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923–1927, Düsseldorf 1974.
Krüger	Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt [2]1993.
Küppers	Heinrich Küppers, Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1997.

Leidig	Eugen Leidig, Der Übergang von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei, in: Deutscher Aufbau, hrsg. v. Adolf Kempkes, Berlin 1927, S. 7–15.
Leuschen-Seppel	Rosemarie Leuschen-Seppel, Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924–1928/29, Bonn 1981.
Lexikon zur Parteiengeschichte	Dieter Fricke u. a. (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), 4 Bde., Leipzig 1983–1986.
Liebe	Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956.
Link	Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932, Düsseldorf 1970.
Locarno-Konferenz	Locarno-Konferenz 1925. Eine Dokumentensammlung, hrsg. v. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1962.
Luckemeyer	Ludwig Luckemeyer, Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung 1918–1919, Diss. phil. Gießen 1975.
Luther	Hans Luther, Politiker ohne Partei. Erinnerungen, Stuttgart 1960.
Maier	Charles S. Maier, Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy after World War I, Princeton 1975.
Mattheier	Klaus Mattheier, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973.
Maurer	Ilse Maurer, Reichsfinanzen und große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928–1930), Frankfurt/M. usw. 1973.
Maurer/Wengst	Ilse Maurer/Udo Wengst (Bearb.), Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, 2 Bde., Düsseldorf 1980.
Maxelon	Olaf-Michael Maxelon, Stresemann und Frankreich 1914–1929, Düsseldorf 1972.
Megerle	Klaus Megerle, Deutsche Außenpolitik 1925, Bern 1974.
Meier-Welcker	Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt/M. 1967.
Meister	Rainer Meister, Die Große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929–1932, Regensburg 1992.
Milatz	Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn ^{2}1968.
Miller	Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978.
Möller	Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985.

Mommsen	Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, München 1960.
Morsey Zentrumsprotokolle II	Rudolf Morsey (Bearb.), Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, Mainz 1969.
Morsey, Zentrumspartei	Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966.
Nagel	Irmela Nagel, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln/Wien 1991.
Neebe	Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933, Göttingen 1981.
Netzband/Widmeier	Karl-Bernhard Netzband/Paul Widmaier, Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Ära Luther 1923–1928, Basel usw. 1964.
Nipperdey	Thomas Nipperdey, Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland, Düsseldorf 1961.
Nuschke	Otto Nuschke, Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: Zehn Jahre Deutsche Republik, hrsg. v. Anton Erkelenz, Berlin 1928, S. 18–29.
Oertel	Maria Oertel, Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1925–1930, Berlin 1968.
Oertzen	Peter v. Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963.
Orlow	Dietrich Orlow, The History of the Nazi-Party 1919–1933, Pittsburgh 1969.
Papke	Gerhard Papke, Der liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik, Baden-Baden 1989.
Patch	William Patch, Christian Trade Unions in the Weimar Republic 1918–1933, New Haven 1985.
Pentzlin	Heinz Pentzlin, Hjalmar Schacht, Berlin usw. 1980.
Pohl	Karl Heinrich Pohl, Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924–1926, Düsseldorf 1979.
Potthoff	Heinrich Potthoff, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979.
Preller	Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Düsseldorf ^{2}1978.
Pünder	Hermann Pünder, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hrsg. v. Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961.
Pyta	Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.
Rauschning	Hermann Rauschning, Die Abwanderung der Deutschen aus Westpreußen und Posen nach dem Ersten Weltkrieg. Nachdruck der Ausgabe von 1930, hrsg. v. Wolfgang Kessler, Essen 1988.

Regierung Hitler	Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1938. Teil I: 1933/34, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983.
Reimer	Klaus Reimer, Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung 1918–1933, Frankfurt/M. usw. 1979.
Reiß	Klaus-Peter Reiß (Bearb.), Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912–1917, Düsseldorf 1967.
Rémond	René Rémond, Frankreich im 20. Jahrhundert, Teil 1: 1918–1958, Stuttgart 1994.
Richter	Ludwig Richter, Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung, Düsseldorf 1996.
Riekhoff	Harald von Riekhoff, German-Polish Relations 1918–1933, Baltimore/London 1971.
Ritter/Miller	Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/1919, Frankfurt/M. 1968.
Rödder	Andreas Rödder, Stresemanns Erbe: Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931, Paderborn 1996.
Roder	Hartmut Roder, Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im politisch-ökonomischen Kräftefeld der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1986.
Rudolph	Karsten Rudolph, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871–1923), Weimar usw. 1995.
Runge	Wolfgang Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965.
Rupieper	Hermann Rupieper, The Cuno Government and Reparations 1922–1923, The Hague 1979.
Ruppert	Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930, Düsseldorf 1992.
Sabrow	Martin Sabrow, Der Rathenaumord, München 1994.
Salewski	Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927, München 1966.
Schlottner	Erich Heinz Schlottner, Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923, Diss. phil. Frankfurt/M. 1947.
Schneider, Gewerkschaften	Michael Schneider, Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982.
Schneider, Unternehmer	Michael Schneider, Unternehmer und Demokratie, Bonn 1975.
Schönhoven	Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924–1933, Düsseldorf 1972.
Schüddekopf	Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960.

Schulthess	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge, 34 (1919)–49 (1933), München 1922–1934.
Schulz	Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, 3 Bde., Berlin/New York 1963–1992.
Schulze	Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt/M. usw. 1977.
Schumacher, Land	Martin Schumacher, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Düsseldorf 1978.
Schumacher, Mittelstandsfront	Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972.
Severing	Carl Severing, Mein Lebensweg, 2 Bde., Köln 1950.
Sharp	Alan Sharp, The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris 1919, Houndsmills/London 1991.
Sheehan	J. J. Sheehan, Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770–1914, München 1983.
Spenz	Jürgen Spenz, Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924–1926, Göttingen u. a. 1966.
Stamm	Christoph Stamm, Lloyd George zwischen Innen- und Außenpolitik. Die britische Deutschlandpolitik 1921/1922, Köln 1977.
Stang	Joachim Stang, Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen, Düsseldorf 1994.
Steinisch	Irmgard Steinisch, Arbeitszeitverkürzung und sozialer Wandel. Der Kampf um die Achtstundenschicht in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie 1880–1929, Berlin/New York 1986.
Steinmeyer	Gitta Steinmeyer, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919, Stuttgart 1979.
Stephan	Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.
Stresemann, Märzereignisse	Gustav Stresemann, Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei, Berlin 1920.
Stresemann, Revolution	Gustav Stresemann, Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles. Reden und Aufsätze, Berlin 1919.
Wolfgang Stresemann	Wolfgang Stresemann, Mein Vater Gustav Stresemann, Frankfurt/M. usw. 1985.
Striesow	Jan Striesow, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922, 2 Bde. Frankfurt/M. 1981.
Stürmer	Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967.
Thimme	Roland Thimme, Stresemann und die Deutsche Volkspartei 1923–1925, Hamburg/Lübeck 1961.

Torunsky	Vera Torunsky, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922–1929, Köln usw. 1986.
Trachtenberg	Marc Trachtenberg, Reparations in World Politics. France and European Economic Diplomacy 1916–1923, New York 1980.
Trippe	Christian F. Trippe, Konservative Verfassungspolitik 1918–1923, Düsseldorf 1995.
Turner	Henry A. Turner, Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968.
Ursachen und Folgen	Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung. Hrsg. und bearb. v. Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Berlin 1958–1964.
v. Hehl	Ulrich v. Hehl, Wilhelm Marx 1863–1946, Mainz 1987.
Verhandlungen des Reichstags	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bde. 344–457, Berlin 1920–1933.
Vermächtnis	Gustav Stresemann. Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard, Berlin 1932/1933.
Vogelsang	Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932, Stuttgart 1962.
Walsdorff	Martin Walsdorff, Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära, Bremen 1971.
Weidenfeld	Werner Weidenfeld, Die Englandpolitik Gustav Stresemanns, Mainz 1972.
Weisbrod	Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik, Wuppertal 1978.
Wette	Wolfgang Wette, Gustav Noske, Düsseldorf 1987.
Wheeler-Bennett	John W. Wheeler-Bennett, Der hölzerne Titan. Paul von Hindenburg, Tübingen 1969.
Winkler, Arbeiter	Heinrich August Winkler, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1933, 3 Bde., Berlin/Bonn 1984–1987.
Winkler, Mittelstand	Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.
Wittig	Gustav Wittig, Von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei. November bis Dezember 1918. Beiträge zur Parteigeschichte, in: DS 40 (1928), S. 680–685.
Wittwer	Wolfgang Wittwer, Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik, Berlin 1980.
Wulf	Peter Wulf, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924, Stuttgart 1974.

Wurm	Clemens A. Wurm, Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926, Frankfurt/M. usw. 1979.
Young-Plan	Martin Vogt (Hrsg.), Die Entstehung des Young-Plans. Dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933, Boppard 1970.
Zeidler	Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920–1933, München 1993.

B. Verzeichnis der Abkürzungen und Siglen

A.	Abendausgabe
Abg.	Abgeordneter
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
Anm.	Anmerkung
ASP	Alte Sozialdemokratische Partei
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BAP	Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam
BdI	Bund der Industriellen
BdL	Bund der Landwirte
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BVP	Bayerische Volkspartei
CdI	Centralverband deutscher Industrieller
CDU	Christlich-Demokratische Union
CEH	Central European History
CNBL	Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DBP	Deutsche Bauernpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGK	Deutscher Geschichtskalender
DHP	Deutsch-Hannoversche Partei
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
DIHT/D.I.H.T.	Deutscher Industrie- und Handelstag
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
DNVP/D.N.V.P.	Deutschnationale Volkspartei
DrS	Drucksache/Drucksachen
DS	Deutsche Stimmen
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP/D.V.P.	Deutsche Volkspartei
FDP	Freie Demokratische Partei
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
GA	Geschäftsführender Ausschuß
GG	Geschichte und Gesellschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht

HZ	Historische Zeitschrift
IHK	Industrie- und Handelskammer
IMKK	Interalliierte Militärkontrollkommission
IRKO	Interalliierte Rheinlandkommission
JMH	Journal of Modern History
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KVP	Konservative Volkspartei
LV	Landesverband
M.	Morgenausgabe
MdL/M.d.L.	Mitglied des Landtags
MdR/M.d.R.	Mitglied des Reichstags
MgPrAH	Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses
MgPrLT	Mitglied des preußischen Landtags
Micum	Mission interalliée de contrôle des usines et des mines
Mk	Mark
MRdV	Mitglied des Rates der Volksbeauftragten
Mtgl.	Mitglied
nachm.	Nachmittags
NDP	Nationaldemokratische Partei
NL	Nachlaß
NLC/N.L.C.	Nationalliberale Correspondenz
NLP	Nationalliberale Partei
NLV	Nationalliberale Vereinigung
NSDAP/N.S.D.A.P.	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OHL	Oberste Heeresleitung
Präs.	Präsident
PV	Parteivorstand
RA	Reichsausschuß
RdI	Reichsverband der deutschen Industrie
RdV	Rat der Volksbeauftragten
Repko	Reparationskommission
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RjV	Reichsvereinigung junger Volksparteiler
RLB	Reichslandbund
RM	Reichsmark
RRDrs.	Drucksachen des Reichsrates
RT	Reichstag
RTDrs.	Drucksachen des Reichstages
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StS	Staatssekretär
TOP	Tagesordnungspunkt
UStS	Unterstaatssekretär

UuF	Ursachen und Folgen
VDA	Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
VDI	Verein deutscher Ingenieure
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VNV	Verhandlungen der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung
vorm.	vormittags
Vors.	Vorsitzende/Vorsitzender
VPrLT	Verhandlungen des Preußischen Landtags
VPrLV	Verhandlungen der Preußischen Landesversammlung
VRP	Volksrechtspartei
VRT	Verhandlungen des Reichstags
VSPD	Vereinigte Sozialdemokratische Partei
Wk	Wahlkreis
WP	Wirtschaftspartei
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZAG	Zentralarbeitsgemeinschaft
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
z. D.	zur Disposition
ZV	Zentralvorstand

C. Verzeichnis der Archivalien

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn

Nachlaß Gustav Stresemann

Bundesarchiv, Koblenz

Bestände: Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Nationalliberale Partei, Reichskanzlei, Zeitgeschichtliche Sammlung
Nachlässe: Eduard Dingeldey, Georg Gothein, Alfred Hugenberg, Karl Jarres, Siegfried von Kardorff, Erich Koch-Weser, Hans Luther, Paul Moldenhauer, Karl Passarge, Hartmann von Richthofen, Eugen Schiffer, Gottfried Traub, Joseph Wirth, Albert Zapf

Bundesarchiv, Berlin (zuvor: Abt. Potsdam)

Bestand Deutsche Volkspartei

Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln

Nachlaß Paul Reusch

Hauptstaatsarchiv, Stuttgart

Nachlaß Conrad Haußmann

Stadtarchiv, Braunschweig

Akten der Deutschen Volkspartei, Landesverband Braunschweig

Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig

Nachlaß Anton Schifferer

D. Verzeichnis der Dokumente

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
1 a	15. 12. 1918, vorm.	Sitzung des Zentralvorstandes *Hannoverscher Kurier*	3
1 b	15. 12. 1918, vorm.	Sitzung des Zentralvorstandes *Kölnische Zeitung*	5
2	15. 12. 1918, nachm.	Konstituierende Versammlung der DVP *Hannoverscher Kurier*	8
3	16. 12. 1918	Wahlaufruf der DVP *NLC*	10
4	29. 1. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/50*	13
5	12./13. 4. 1919	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/34*	16
6	1. 5. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/50*	138
7	2. 5. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/50*	148
8	29. 6. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/50*	152
9	19. 7. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/50*	169
10	24. 8. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/50*	179
11	13. 9. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/50*	187
12	16. 10. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/50*	193
13	17. 10. 1919	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	194
14	24. 11. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/50*	196
15	19. 1. 1920	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/51*	201
16	28. 1. 1920	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/51*	210
17	4. 3. 1920	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/52*	221
18	13. 3. 1920, vorm.	Sitzung der Parteileitung *PA NL Stresemann 217*	233
19	13. 3. 1920, nachm.	Besprechung von Vertretern der DVP mit Kapp *PA NL Stresemann 217*	236

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
20	13.3.1920, nachm.	Sitzung der Parteileitung *PA NL Stresemann 217*	241
21	14.3.1920, vorm.	Sitzung der Parteileitung *PA NL Stresemann 217*	251
22	14.3.1920, abends	Besprechung von Vertretern der DVP mit Kapp *PA NL Stresemann 217*	258
23	15.3.1920	Sitzung der Parteileitung *PA NL Stresemann 217*	263
24 a/b	28.3.1920	Sitzung des erweiterten Geschäftsführenden Ausschusses 24a: *NLC* 24b: *Privatbesitz Erich Heinz Schlottner*	272 281
25	17.4.1920	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/53*	286
26	18.4.1920	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	290
27	16.6.1920	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/53*	303
28	21.7.1920	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/53*	313
29	26.7.1920	Sitzung der Reichstagsfraktion, des Geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstandes der preußischen Landtagsfraktion *BAK R 45 II/53*	322
30	27.7.1920	Sitzung der Reichstagsfraktion, des Geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstandes der preußischen Landtagsfraktion *BAK R 45 II/53*	333
31	13.9.1920	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/53*	343
32 a/b	5.10.1920	Sitzung des Zentralvorstandes 32a: *DVP-Nachrichtenblatt* 32b: *BAK NL Dingeldey 17*	359 371
33	19.10.1920	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses mit den Fraktionen des Reichstags und der preußischen Landesversammlung *BAK R 45 II/54*	380
34	1.12.1920	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/54*	388
35	2.12.1920	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	393
36	17.12.1920	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/54*	397
37	8.3.1921	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/55*	404
38	9.4.1921	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/55*	416

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
39	10.6.1921	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/55*	419
40	11.6.1921	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	420
41	3.10.1921	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/55*	431
42	2.11.1921	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/55*	436
43	30.11.1921	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	438
44	11./12.3.1922	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	443
45	17.6.1922	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *NLC*	444
46	9.7.1922	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	445
47	24.9.1922	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	446
48	10.12.1922	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	458
49	10.2.1923	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *NLC*	459
50	2.5.1923	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	460
51	7.7.1923	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	461
52	6.9.1923	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	475
53	18.11.1923	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	476
54	29.1.1924	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *NLC*	488
55	28.3.1924	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	489
56	6.7.1924	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/39*	491
57	22.10.1924	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *NLC*	568
58	13.11.1924	Sitzung des Zentralvorstandes *Die Zeit*	569
59	23./24.5.1925	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	580
60	9.6.1925	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/58*	594
61	22.11.1925	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/40*	596

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
62	27.1.1926	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/58*	649
63	19.5.1926	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	650
64	1.10.1926	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/41*	652
65	24.1.1927	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *NLC*	710
66	19.3.1927	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/42*	711
67	10./11.11.1927	Sitzung von Parteivorstand und Reichsausschuß *NLC*	731
68	21.11.1927	Sitzung des Zentralvorstandes *Kölnische Zeitung*	732
69	8.12.1927	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/58*	736
70	23./24.11.1928	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	742
71	5.12.1928	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/59*	760
72	26.2.1929	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/59*	761
73	26.2.1929	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/43*	769
74	27.2.1929	Aufzeichnung Henry Bernhards *PA NL Stresemann 103*	833
75	30.5.1929	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	835
76	30.9.1929	Sitzung des Reichsausschusses *Privatbesitz Wolfgang Stresemann*	837
77	2.12.1929	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	863
78	14.12.1929	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/44*	868
79	2.3.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	931
80	21.3.1930	Sitzung des Zentralvorstandes *Broschüre*	954
81	3.7.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	956
82	4.7.1930	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/46*	982
83	31.7.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	1054
84	23.8.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	1090

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
85	24.8.1930	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/47*	1094
86	2.11.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	1130
87	30.11.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	1178
88	30.11./1.12.1930	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	1179
89	19.4.1931	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	1188
90	12.6.1931	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1199
91	10.10.1931	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1200
92	5.12.1931	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1201
93	6.12.1931	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	1201
94	28.2.1932	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1206
95	19.6.1932	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	1209
96	25.9.1932	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1216
97 a/b	9.10.1932	Sitzung des Zentralvorstandes 97a: *NLC* 97b: *Broschüre*	 1217 1219
98	11.12.1932	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1226
99	15.1.1933	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/33*	1228
100	5.2.1933	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1250
101	31.3./1.4.1933	Sitzung von Parteivorstand und Reichsausschuß *NLC*	1252
102	23.4.1933	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	1253
103	4.7.1933	Auflösungserklärung der DVP *W.T.B.*	1259

Ernst Scholz

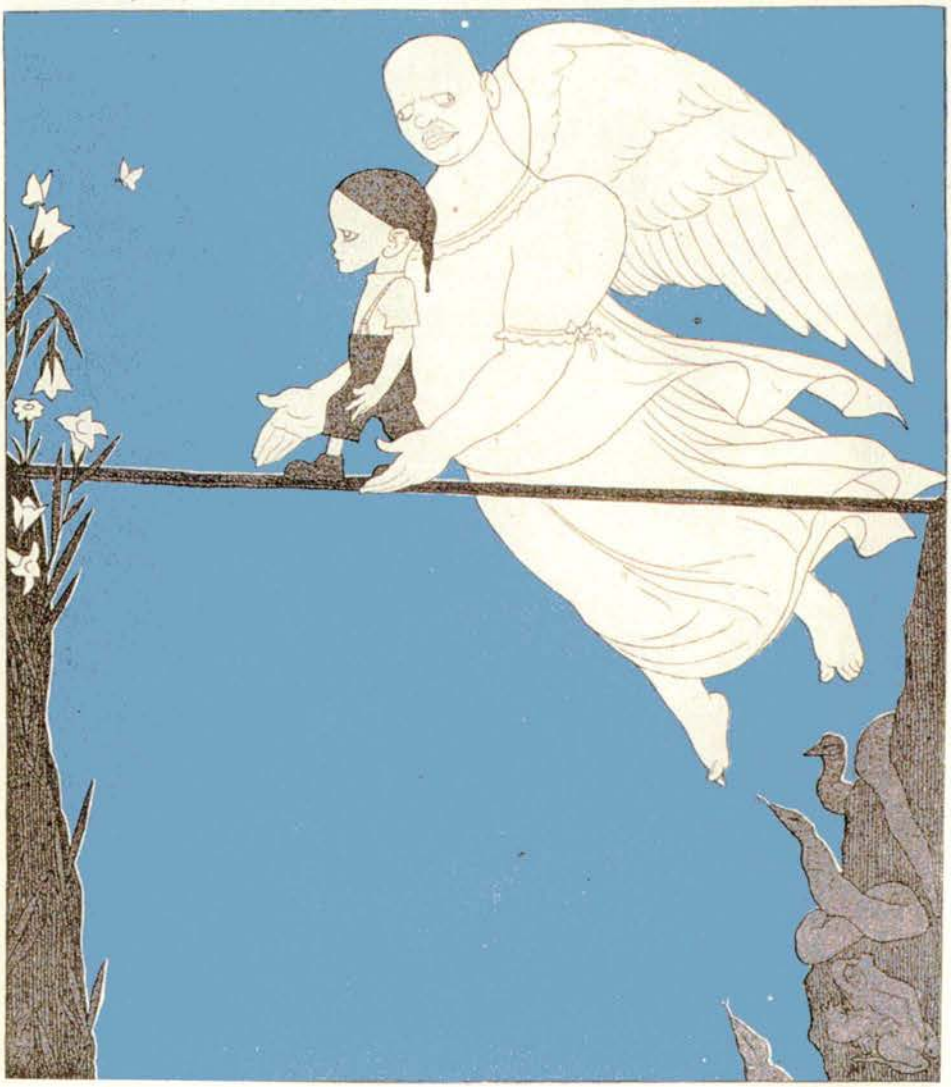
Eduard Dingeldey

Hugo Garnich

Adolf Kempkes

Dokumente

Erster Halbband
1918–1925



»Er schaut nach rechts, er schaut nach links – er wird mich retten!«
»Retter Stresemann«, Zeichnung von Karl Arnold
Simplicissismus

1.

15. Dezember 1918, vorm.: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

1a: Hannoverscher Kurier vom 16.12.1918, Nr. 34161, Morgenausgabe. Überschrift: »Die Deutsche Volkspartei«.[1]

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei trat am Sonntagvormittag in Berlin im Rheingold zu einer Sitzung zusammen.[2] Die Verhandlungen wurden von Staatsminister Dr. Friedberg[3] geleitet. Zu Beginn der Sitzung gab Dr. Friedberg einen Überblick über die Einigungsverhandlungen, die in Berlin zunächst zwischen der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei und alsdann zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei geführt worden sind.[4] Im Anschluß daran berichtete Generalsekretär Dr. Hugo[5] über den Gang, den die Entwicklung während der Verhandlungen in den Organisationen der Provinz und der verschiedenen Landesteile genommen hat, und über den heutigen Stand der Dinge innerhalb der Partei. In der Aussprache wurde von einem Teil der Redner für die Deutsche Volkspartei, von einem anderen für die Demokratische Partei Stellung genommen.

Zur Abstimmung lag ein Antrag Dr. Weber[6], der die Liquidation der Partei ins Auge faßte, vor. Ferner war folgender Antrag gestellt: Der Zentralvorstand wolle beschließen, die Organisation der Nationalliberalen Partei aufrechtzuerhalten, wenn auch unter dem neuen Namen und dem Programm der Deutschen Volkspartei, wie es in

---

[1] Ein Protokoll der letzten Sitzung des ZV der NLP existiert nicht. Der »Hannoversche Kurier«, Sprachrohr der Nationalliberalen in der Provinz Hannover, lehnte ein Aufgehen der NLP in der DDP ab und unterstützte zu diesem Zeitpunkt Stresemanns Bemühungen, die NLP in die DVP zu überführen. Fast alle Tageszeitungen gingen, wenn überhaupt, allenfalls mit wenigen Zeilen auf die ZV-Sitzung ein, da unmittelbar vor Beginn des Rätekongresses andere Themen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen.

[2] Bereits am 7.11.1918 war eine ZV-Sitzung auf den 17. November anberaumt, dann jedoch verschoben worden; der ZV wurde am 6.12. auf den 15.12., vormittags 10 Uhr, einberufen, siehe NLC 6.12.1918, Nr. 233.

[3] Robert Friedberg (1851–1920), Professor der Staatswissenschaften an der Universität Halle, MdL Preußen (NLP/DDP) 1886–1920, MdR 1893–1898 (NLP). Ab 1917 Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums und Vors. der NLP, Anfang Dez. 1918 im Zuge der Fusionsverhandlungen Übertritt zur DDP, siehe S. 23*f. Juli 1919 – April 1920 Vors. des Vorstands der DDP.

[4] Siehe dazu S. 30*.

[5] Otto Hugo (1878–1942), Dr. phil., Journalist. 1905 Eintritt in die NLP, Parteisekretär an verschiedenen Orten, seit dem 1.8.1916 Erster Generalsekretär der NLP. 1912–1916 Chefredakteur des »Hannoverschen Kuriers«. Dez. 1918–Ende Juni 1919 Generalsekretär und Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DVP. 1919–1924 Syndikus verschiedener Wirtschaftsverbände, ab dem 1.7.1924 Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bochum. 1919–Nov. 1933 MdR (DVP, April 1933 Übertritt zur NSDAP). Vors. des Parteiausschusses für Handel und Industrie.

[6] Carl August Weber (1871–1957), Dr. rer. pol., Jurist. MdR 1907–1912 (NLP), 1930–1932 (DStP), Anfang Dez. 1918 Übertritt zur DDP. Vorstandsmtgl. des Hansa-Bundes und des RdI. Am 15.11.1918 hatte Weber in einem Schreiben an Friedberg den Zusammentritt des GA der NLP gefordert, um die »Frage eines Zusammengehens mit den Freisinnigen und dem Zentrum« zu erörtern, BAK R 45 II/1, p. 16. Stresemann teilte er am selben Tage mit: »Ich bin bereit, mit Ihnen zusammen intensiv zu arbeiten und Sie zu unterstützen«, ebd., p. 13.

dem Aufruf der drei Vorsitzenden des Zentralvorstandes vorgeschlagen ist.[7] [Unterschriften:] Dr. Vogel[8], Dr. Mittelmann[9], v. Richter[10], Dr. v. Campe[11], Dr. Ossent[12], Frau Mende[13], Dr. Stettiner[14], Hirschberg[15], Dr. Kahl[16], Bartling.[17] Der Antrag Dr. Vogel und Genossen wurde mit 33 gegen 28 Stimmen angenommen.[18] Der Liquidationsantrag Dr. Weber war durch die Annahme des anderen Antrages erledigt.

Zum Schluß nahm Dr. Friedberg in bewegten Worten von der Nationalliberalen Partei Abschied, deren Geschichte er als glorreich feierte. Seine Rede schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland. Geheimrat Dr. Kahl gab dem Dank der Partei für Dr. Friedberg Ausdruck, der als bewährter Steuermann die Partei geführt habe.

---

[7] Gemeint ist der von Friedberg, Stresemann und Vogel unterzeichnete Aufruf vom 21.11. (NLC 21.11.1918, Nr. 222). Am 23.11. meldete ein »Vorläufiger Ausschuß« (Friedberg, Schönaich-Carolath, Kopsch, Frau Mende, Wiemer, Stresemann, Rießer), die Deutsche Volkspartei habe sich »auf Grund von Vereinbarungen zwischen Mitgliedern der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei« gebildet (NLC 23.11.1918, Nr. 224); siehe auch S. 18*f.

[8] Paul Vogel (1845–1930), Dr. phil., Fabrikant. 1901–1918 Mtgl. der sächsischen II. Kammer (1908–1918 als deren Präsident); stellv. Vors. des ZV der NLP, ab 1919 Ehrenvorsitzender der DVP.

[9] Fritz Mittelmann (1886–1932), Dr. iur., Syndikus. Seit 1909 politische Tätigkeit in der NLP, Vors. des LV Pommern. 1919–1930 MdR (DVP), 1919 Geschäftsführer der Reichstagsfraktion. Ende 1931 Parteiausschluß wegen Angriffen auf den Parteivors. Dingeldey.

[10] Ernst v. Richter (1862–1935), Jurist. 1905–1914 Staatsminister des Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha. 1917–1920 Oberpräsident der Provinz Hannover. 1919–1929 MdL Preußen (DVP), Nov. 1921–Feb. 1925 preußischer Finanzminister. Dez. 1927–Dez. 1928 stellv. Vors. des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform.

[11] Rudolf v. Campe (1860–1939), Dr. iur., preußischer Verwaltungsbeamter. 1903–1917 (mit kurzen Unterbrechungen von Juni bis Sept. 1906) MgPrAH (NLP), 1917–1920 Regierungspräsident in Minden. 1921–1932 MdL Preußen (DVP), bis 1929 Fraktionsvors. Ab 1927 Vors. des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform.

[12] C. Ossent, Chefarzt. Da im Bericht der »Kölnischen Zeitung« über diese Sitzung als Mitantragsteller Dr. Osann (siehe Dok. Nr. 1b, Anm. 16) genannt ist, handelt es sich möglicherweise um eine falsche Namensschreibung; allerdings wurde der Wahlaufruf der DVP vom 16.12.1918 (siehe Dok. Nr. 3) neben Dr. Osann auch von Dr. med. Ossent, Stettin, unterzeichnet.

[13] Clara Mende (1869–1947), Oberlehrerin. MdR 1919–1928 (DVP). Mtgl. der Interparlamentarischen Union, der Deutschen Liga für den Völkerbund, des Schutzbundes und Vereins für Deutschtum im Ausland sowie verschiedener Frauenverbände. Vors. des Reichsfrauenausschusses der DVP.

[14] Paul Stettiner (1862–1941), Oberlehrer am städtischen Gymnasium in Königsberg, 1910–1928 dort Stadtschulrat.

[15] Hirschberg (Eberswalde), Amtsgerichtsrat.

[16] Wilhelm Kahl (1849–1932), Dr. iur. Professor der Rechtswissenschaft an der Berliner Universität, seit 1874 Mtgl. der NLP. 1919 bis zu seinem Tode MdR (DVP). Vors. des Strafrechtsausschusses des Reichstags. Vors. aller Parteitage der DVP. Ehrenvors. der Liberalen Vereinigung.

[17] Eduard Bartling (1845–1927), Fabrikbesitzer, Geheimer Kommerzienrat. 1903–1907, 1912–1918 MdR (NLP), 1904–1918 MgPrAH, Vors. der nassauischen Landesorganisation der NLP.

[18] Zur kontroversen Bewertung des Abstimmungsergebnisses siehe S. 28*.

1b: Kölnische Zeitung, 16. 12. 1919, Nr. 1150, Morgenausgabe. Überschrift: »Die Auflösung der Nationalliberalen Partei. Berlin, 15. Dezember (Telegramm)«.

Der 15. Dezember wird die Gemüter von vielen Tausenden politischer Kampfgenossen der Nationalliberalen Partei mit Trauer erfüllen, denn er ist ein Markstein am Ende einer Straße, die Jahrzehnte hindurch auch über Höhen des Ruhms geführt hat. Die alte Nationalliberale Partei hat sich heute aufgelöst. Aus dem bereits in den letzten Wochen und Tagen Tatsache gewordenen Auseinandergehen ihrer leitenden Männer und ihrer Organisationen hat ein Beschluß des Zentralvorstands die Folgerungen gezogen. Auch andersgerichtete Umschreibungen dieses Beschlusses werden an diesem Kern seines Inhalts und an den Tatsachen nicht viel zu ändern vermögen. Infolge der unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich für die Vertreter der Organisationen draußen im Reiche, und namentlich in den besetzten Gebieten, der Fahrt nach Berlin entgegenstellten, waren von den 229 Mitgliedern des Zentralvorstandes noch nicht 70 erschienen.[1]

Es fand eine mehrstündige Aussprache statt, die ursprünglich von der Anregung beeinflußt war, in eine grundsätzliche Vertiefung der Gründe für den Anschluß an die Demokratische Volkspartei oder dementgegen für eine nationalliberale Sammlung in der Deutschen Volkspartei heute nicht weiter einzutreten, da ein Teil den andern jetzt wohl kaum noch überzeugen könne. Es kam aber dann doch längere Zeit hindurch zu Auseinandersetzungen der sich entgegenstehenden Meinungen. Dr. Friedberg, der den Vorsitz führte, stellte in einem einleitenden Vortrag über die Geschichte der bekannten wechselvollen Verhandlungen mit der Fortschrittlichen Volkspartei und mit der Demokratischen Volkspartei fest, daß die heute noch von den Vertretern der neuen Deutschen Volkspartei vermißten Programmforderungen doch eigentlich schon in dem demokratischen Programm[2], und zwar auf die von nationalliberaler Seite gepflogenen Verhandlungen hin, unbedingt angenommen seien, so die stärkere Betonung des nationalen Moments, die schärfere Scheidungslinie gegenüber der Sozialdemokratie und die Forderungen zur Agrarpolitik.[3] Er zeichnete die Lage in der Partei dahin, daß ein Teil der Organisationen sich bereits durch Anschluß an die Demokratische Partei gebunden habe, daß ein weiterer Teil in der Annahme, die Einigung sei seinerzeit in Berlin bereits zustande gekommen, in derselben Richtung verfahren sei und daß ein dritter Teil sich selbständig halten wolle in der neuen Partei, der Deutschen Volkspartei. Für heute sei die Frage nun so zu stellen: Soll die Nationalliberale Partei in eine neue Partei übergeführt werden? Er halte das für unmöglich. Das könne ein einzelner Verein, aber nicht eine Gesamtpartei, die auf den Organisationen im Lande beruhe. Eine der größten Enttäuschungen sei es gewesen, daß zu einer Zeit, da die Parteileitung die Partei selbständig habe halten wollen, eine Reihe großer Organisationen im Lande, ohne Fühlung zu nehmen, zu der Demokratischen Partei übergegangen sei, und das scheine die Mehrheit zu sein. Man könne also ledig-

[1] Siehe S. 27* f.

[2] Der erste Aufruf zur Gründung einer »Demokratischen Partei« erschien am 15. 11. 1918, abgedruckt u. a. in: Heilfron, Bd. 1, S. 140 ff.; UuF, Bd. 3, S. 174. Am 15. 12. 1918 veröffentlichte die DDP ihren ersten Wahlaufruf, ebd., S. 175 ff.

[3] Zu Übereinstimmungen und Unterschieden in den (Wahl-) Programmen von DDP und DVP siehe Albertin, S. 72 ff.

lich beschließen, daß man sich auflöse, oder feststellen, ob sich eine genügende Anzahl von Organisationen noch finde, um die alte Partei fortzusetzen.[4]

Im Anschluß daran erstattete Generalsekretär Dr. Hugo Bericht über die Entwicklung und die Sachlage in den Organisationen der Provinzen und verschiedenen Landesteilen. Er wies nach, unter welchem starken Druck die hiesigen Zentralstellen fortdauernd gestanden hätten durch das stürmische Drängen aus vielen Kreisen, zu einer Einigung der bürgerlichen Linken zu kommen.

In der weiteren Aussprache trat Geheimrat Kahl für den Anschluß an die Deutsche Volkspartei ein. Geheimrat Stadthagen[5] verwahrte sich gegen die Ausdrucksweise, daß diejenigen, die in die Demokratische Partei einträten, nicht ebenso ihre nationalliberale Geschichte fortsetzten wie die Anhänger der Deutschen Volkspartei. Präsident Vogel (Dresden), neben Bartling der einzige, der von Anbeginn bis heute Mitglied des Zentralvorstandes der Partei ist, betonte in einer Ansprache, bei der ihn die innere Bewegung übermannte, daß die Partei der Buhl[6], Hammacher[7] und Bassermann[8] nicht diesen Abschluß sehen dürfe, und daß die Fahne in der Deutschen Volkspartei hochgehalten werden müsse. Dr. Stresemann[9] knüpfte an die Feststellungen im Bericht Dr. Hugos an, daß ein sehr starker Druck von außen zur Einigung erfolgt sei, aber einer Einigung mit der Fortschrittlichen Volkspartei hätte ja die ganze Partei zugestimmt. Man lasse heute, ohne Schärfen zum Ausdruck zu bringen, seinen engeren Freunden das Recht, in Fortsetzung der alten Partei weiterzuwirken, um aufrechtzuerhalten, was noch aufrechtzuerhalten ist. Man habe von einem Trümmerfeld gesprochen, vor dem Deutschland stünde. Gewiß, ein Trümmerfeld des politischen, wirtschaftlichen, vielleicht auch des geistigen Deutschtums. Aber er lehne es unbedingt ab zuzugestehen, daß diejenigen Schuld seien an diesem Niederbruch, die dieselbe Politik vertreten hätten wie er. Die Zersetzungsarbeit in der Heimat sei die einzige Ursache dieses Niederbruchs. Wollten wir aus diesem Trümmerfeld den nationalen Gedanken und unsere Wirtschaft herausreißen, dann könnten wir nicht die Wege der Demokratie[10] gehen.

Dr. Friedberg wies darauf hin, wie schwer ihm als altem Nationalliberalen der Schritt gefallen sei, aber er habe aus zwingenden Gründen geschehen müssen. Über Kraft und Überzeugung hinaus habe er sich in schwersten Lagen bemüht, die Partei zu-

[4] Siehe dazu insgesamt S. 24* ff.

[5] Hans Stadthagen (* 1864), Dr. rer. nat., Geheimer Regierungsrat. Physiker, Mathematiker und Astronom. Tätigkeit u. a. beim Königlich Preußischen Geodätischen Institut und bei der Normal-Eichungs-Kommission.

[6] Franz Armand Buhl (1837–1896), Dr. phil., Reichsrat. Gutsbesitzer in Deidesheim, führender Politiker in der NLP seit ihrer Gründung, 1871–1893 MdR (NLP).

[7] Friedrich Hammacher (1824–1904), Bergwerksbesitzer. 1869–1898 MdR (NLP), führender Politiker in der NLP seit ihrer Gründung.

[8] Ernst Bassermann (1854–1917), Rechtsanwalt. 1893 mit kurzer Unterbrechung 1903 bis zu seinem Tode MdR (NLP), 1898 Fraktionsvors., von 1905 bis zu seinem Tode Vors. des ZV der NLP.

[9] Gustav Stresemann (1878–1929), Dr. phil., 1902–1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, MdR 1907–1912, 1914–1929 (NLP/DVP). 1917/18 als Nachfolger Bassermanns Vors. der nationalliberalen Reichstagsfraktion. 1918–1929 Parteivors. und Vors. des ZV, 1920–1923 Vors. der DVP-Reichstagsfraktion. 13. 8. – 30. 11. 1923 Reichskanzler, danach bis zu seinem Tode Außenminister.

[10] Gemeint: die Wege der Gründergruppe der DDP.

sammenzuhalten, aber gegenüber solchen Umwälzungen wie den jetzigen halte auch ein weniger loses Band nicht mehr. Man dürfe die geschichtliche Wahrnehmung nicht verkennen, daß Mittelparteien blühten in großen Zeiten der Neuaufrichtung und des Ausbaues schöner Resultate, daß sie verschwänden in der Revolution. Er begleite die Freunde mit den besten Wünschen, aber er bezweifle, ob sie den nötigen Rückhalt fänden. Er wolle sich freuen, wenn es anders komme. Unerschütterlich aber sei sein Glaube, daß die Notwendigkeit der jetzigen Stunde Zusammenfassung aller liberalen bürgerlichen Elemente sei. Das sei heute die Hauptsache.

In die Besprechung griffen weiter ein: Geheimrat Rebmann[11] (Karlsruhe), Geheimrat Bartling (Wiesbaden), Dr. Weber (Berlin), Regierungspräsident Dr. v. Campe, Prinz zu Schönaich-Carolath[12], Dr. Mittelmann, Dr. Künne[13] (Elberfeld), Geheimrat Dr. Röchling[14] (Berlin), Dr. Marwitz[15] (Berlin) und andre. Ein Schlußantrag wurde angenommen.

Zur Abstimmung lagen zwei Anträge vor. Ein Antrag Dr. Weber lautet: 1. Die Nationalliberale Partei erklärt sich für aufgelöst und tritt in Liquidation. Sie wählt dazu eine Kommission von fünf Mitgliedern. 2. Die Geschäftsstelle der Partei wird der zu gründenden Deutschen Volkspartei zur Verfügung gestellt. Ein Antrag Vogel, der mitunterzeichnet ist von Mittelmann, Richter, Dr. v. Campe, Dr. Osann[16], Frau Mende, Dr. Kahl, Bartling lautet: Die nationalliberale Organisation wird aufrechterhalten, wenn auch unter neuem Namen und mit dem Programm der Partei, wie es in dem Aufruf der drei Mitglieder des Vorstandes vorgeschlagen ist.[17] Es wird nach längerer Auseinandersetzung beschlossen, über den Antrag Vogel zuerst abzustimmen. Dr. Marwitz (Berlin) erhebt Einspruch gegen die, wenn auch nicht formale, so doch materielle Zulässigkeit der Abstimmung. Die Abstimmung wird vollzogen. Der Antrag Vogel wird mit 33 gegen 28 Stimmen angenommen. Abwesend sind 168 Mitglieder. Die Anträge Weber sind durch die Annahme des Antrages Vogel erledigt.

Mit bewegten Worten nahm Dr. Friedberg Abschied von der Partei. Wir stünden vor der Tatsache, daß die alte Nationalliberale Partei aufgelöst ist, denn wenn eine Reihe von Mitgliedern und ein Menge großer Organisationen ausschieden, die vielleicht der Zahl nach die zurückbleibenden Organisationen überträfen, so empfinde jeder, was dieser schmerzliche Augenblick bedeute. Immerhin seien darin alle einig, daß die Partei eine glorreiche Geschichte gehabt habe. Sei sie auch nach großem Aufstieg wieder gesunken, so sei doch ihre Bedeutung für das staatliche Leben und ihr poli-

[11] Edmund Rebmann (1853–1938), Realgymnasialdirektor. Vors. der badischen Organisation der NLP. 1905–1918 Mtgl. der badischen II. Kammer.

[12] Heinrich Prinz zu Schönaich-Carolath (1852–1920), erbliches Mtgl. des preußischen Herrenhauses, 1881–1918 MdR (NLP), 1877–1890 Landrat in Guben.

[13] Robert Künne, Vors. der nationalliberalen Organisation für die Rheinprovinz, im Dez. 1918 Übertritt zur DDP.

[14] Karl Röchling (1858–1955), Teilhaber der Röchling Eisengroßhandlung und der Röchling Bank. Mtgl. des Aufsichtsrats der Edelstahlwerke Röchling AG. 1904–1918 MgPrAH (NLP).

[15] Bruno Marwitz, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Führer der Berliner Jungliberalen 1914–1919, Vors. des Nationalliberalen Hauptvereins Berlin; zu seiner Haltung im Nov. und Dez. 1918 siehe S. 11*, 19* f.

[16] Arthur Osann (1862–1924), Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar. Vors. der NLP in Hessen. 1905–1918 Mtgl. der hessischen Abgeordnetenkammer, 1907–1912 MdR (NLP).

[17] Siehe Dok. Nr. 1a, Anm. 7.

tischer Einfluß immer stark gewesen. Sie habe oft geschwankt. Die Gründe hätten in ihrem Wesen als großes Sammelbecken für den Zustrom von rechts und links gelegen. In einem habe immer unverbrüchliche Einigkeit bestanden: in der Arbeit für das nationale Wohlergehen des Vaterlandes. Ob man heute seinen Weg so oder so nehme, beide Teile beseele das Gefühl, für das Wohl unseres Vaterlandes zu wirken. In diesem Bewußtsein geschehe der Abschied, und das mache es auch möglich, was ja auch heute schon verschiedentlich ausgesprochen worden sei, sich der Erwartung hinzugeben, unter veränderten politischen Verhältnissen einmal wieder zusammenzukommen. Nochmals wolle man heute geloben, daß, wenn man nunmehr in den politischen Kampf hineingerissen werde, die Nationalliberalen sich überall dafür einsetzen, daß der Kampf mit guten und gemäßigten Worten geführt werde und daß man sich die persönlichen Freundschaften über die Grenzlinie hinüber erhalte. Toleranz zu üben sei für die, die so lange gern und freudig miteinander gearbeitet hätten, dringend nötig. Dr. Friedberg schloß mit den Worten: Deshalb sage ich Ihnen – ich trete in diesem Moment zurück – Lebewohl. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung in schwerer Arbeit. Ich schließe mit dem Wunsch, daß die heute getroffene Entscheidung auch dem Wohl unseres Vaterlandes und der Gesamtheit zugute kommen möge. Das deutsche Vaterland lebe hoch!

Die Versammlung stimmte begeistert ein. Geheimrat Dr. Kahl gab in bewegten Worten der tiefsten Dankbarkeit der Partei und der höchsten Verehrung für Dr. Friedberg Ausdruck, der in schwerster Zeit als Steuermann das Ruder geführt habe. Auch er sprach die Erwartung aus, daß die Zeit komme, wo die Freunde wieder Seite an Seite Platz nähmen.

2.

15. Dezember 1918, nachm.: Konstituierende Versammlung der DVP in Berlin

Hannoverscher Kurier vom 16.12.1918, Nr. 34162, Abendausgabe. Überschrift: »Dr. Stresemann über die Deutsche Volkspartei«.[1]

Anschließend an die Tagung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei[2] fand eine konstituierende Versammlung der Deutschen Volkspartei statt[3], in der Dr. Stresemann eine programmatische Ansprache hielt.

---

[1] Ein offizielles Protokoll dieser konstituierenden Sitzung existiert nicht. In der Sitzung des GA vom 29.6.1919 stellte Generalsekretär Trucksaess fest, »über die Gründungstagung der Partei im Savoy-Hotel« befinde sich »keine Niederschrift bei den Akten der Reichsgeschäftsstelle«. Nach Mitteilungen Hugos sei »das Protokoll während der Wahlzeit aus der Reichsgeschäftsstelle verschwunden«. Trucksaess bat alle Teilnehmer der Sitzung darum, für die Reichsgeschäftsstelle »eine Niederschrift anzufertigen«, BAK R 45 II/50, p. 189 sowie Dok. Nr. 8. Möglicherweise auf diese Anforderung hin sind einige handschriftliche Protokollnotizen in die Akten der Reichsgeschäftsstelle gelangt (BAK R 45 II/1, p. 229–237), die in der Hauptsache stichwortartig den Verlauf der Debatte über den Wahlaufruf wiedergeben.

[2] Siehe Dok. Nr. 1a, 1b.

[3] Bei den Akten befindet sich eine Anwesenheitsliste mit eigenhändigen Unterschriften (BAK R 45 II/1, p. 211–219), danach nahmen 96 Personen teil. In einem Kurzbericht des »Hannover-

Stresemann wies auf die Zersplitterung hin, die sich im deutschen Bürgertum geltend mache. Der Gedanke der gemeinsamen Abwehr der Sozialdemokratie sei erwägenswert, aber die Demokratische Partei sei nicht die Gruppe, die diesen Gedanken hätte verwirklichen können. Die Deutsche Demokratische Partei wolle nicht einmal eine Zusammenfassung des Liberalismus annehmen, weil das nach Auffassung der Demokratischen Partei eine zwecklose Belastung für sie darstelle, eine Belastung mit Personen, die an den Sieg geglaubt und danach Politik getrieben haben. Der Zusammenbruch Deutschlands ist Tatsache; doch wird man sagen müssen, daß vieles anders gekommen wäre, wenn nicht in einzelnen Schichten des Volkes der Unglaube Boden gefaßt hätte. Ein Volk, das um seine Existenz ringt, müsse an den Sieg glauben, will es sich nicht selbst vernichten. Eine Partei, die eine sozialdemokratische Herrschaft ablehnt, muß sich auch darüber klar sein, daß sie sich zur Sozialdemokratie im offenen Gegensatz befindet. Die Politik der Demokratischen Partei ist aber nicht darauf gerichtet, sondern sie will nur mit der Sozialdemokratie regieren, um vielleicht selbst in ihr aufzugehen; hat doch das »Berliner Tageblatt«[4] selbst geäußert, daß man mit der Sozialdemokratie ein großes Stück Weges zusammengehen könne. Erhalten wir eine Herrschaft der Sozialdemokratie und Sozialisten, also eine sozialistisch-demokratische Mehrheit, dann wird nicht innerhalb dieser Mehrheit die Demokratie die Herrschaft haben, sondern die Sozialdemokratie. Herr v. Richthofen[5] wird nicht gegen Scheidemann[6] regieren, wie auch Scheidemann von den Unabhängigen abhängig sein wird. Deshalb ist es notwendiger denn je, den nationalen Gedanken hochzuhalten. Bei einem guten Ausgange des Krieges wäre der nationale Gedanke von selbst im deutschen Volke fest geblieben und hätte weitere Ausbreitung gefunden; jetzt aber seien Bestrebungen im Gange, dem Internationalismus zum Siege zu verhelfen; dagegen müssen wir uns wehren, und um demokratisch gerichteten, national empfindenden Patrioten den Weg zur Rückkehr zum Nationalismus offenzuhalten, muß eine Mittelpartei vorhanden sein, der auch eine Zukunft gegeben sein wird. Denn was wir jetzt sehen, den Zug zur Sozialdemokratie und zum Republikanismus, entspricht lediglich einer Gegenwartsstimmung; wie es vorher einen Byzantinismus des Kaisertums gegeben hat, so gibt es jetzt einen Byzantinismus der Republik. In dieser Stimmung, die lediglich eine Tagesstimmung ist, müssen unsere alten Ideale hochgehalten werden.

Die Eröffnungsrede Dr. Stresemanns wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.[7] Dann wurde von der Delegiertenversammlung der neuen

---

schen Kuriers« (16. 12. 1918, M., Nr. 34161) ist von »mehr als 100 Vertretern« verschiedener Landesorganisationen die Rede.

[4] Der Chefredakteur des »Berliner Tageblatts«, Theodor Wolff, war einer der Hauptpromotoren bei der Gründung der DDP und scharfer Gegner Stresemanns, siehe S. 13* ff.

[5] Hartmann Freiherr von Richthofen (1878–1953), Gutsbesitzer und Legationsrat, 1915–1918 MgPrAH (NLP), 1912–1920, 1924–1928 MdR (NLP/DDP). Richthofen, auf dem linken Flügel der NLP stehend, machte sich im November 1918 für die schnelle Fusion von NLP und FVP stark und vollzog rasch den Anschluß an die DDP, siehe S. 14* ff. sowie Dok. Nr. 5, Anm. 155.

[6] Philipp Scheidemann (1865–1939), Schriftsetzer. MdR 1903–1933 (SPD), Vors. der SPD 1917–1919, Okt.–Nov. 1918 StS ohne Portefeuille in der Regierung Max von Baden, Febr.–Juni 1919 Reichsministerpräsident, 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel. 1933 Emigration.

[7] Laut den handschriftlichen Notizen (siehe Anm. 1) nahmen an der Sitzung auch Vertreter der Anfang Dezember 1918 in Berlin gegründeten Nationaldemokratischen Partei (Gerlich, Lebius, Bredereck, Molkentin, Hoffmann, Kundt) als Gäste teil, siehe BAK R 45 II/1, p. 217, 229. In

Deutschen Volkspartei der Wahlaufruf der Partei festgestellt[8]; ein Parteiausschuß für die Wahlen zur Nationalversammlung und ein Geschäftsführender Ausschuß für die Leitung der Parteigeschäfte wurden gebildet.[9] Die Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei befindet sich Wilhelmstraße 46.[10] Generalsekretär der Deutschen Volkspartei ist der bisherige Generalsekretär der Nationalliberalen Partei, Dr. Hugo.

3.

16. Dezember 1918: Wahlaufruf der DVP

NLC vom 16. 12. 1918, Nr. 238. Überschrift: »Aufruf der Deutschen Volkspartei«.[1]

Krieg und Umsturz haben Staatsverfassung und Parteiformen gesprengt, neue Parteigebilde treten auf. Wir bekennen uns zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik. Alle Gleichgesinnten fordern wir auf, sich mit uns um das Banner der Deutschen Volkspartei zu scharen.

Je schwerer Deutschland unter den vernichtenden Folgen des verlorenen Krieges leidet, um so bewußter stellen wir unsere ganze Politik unter den nationalen Gedanken, um so schärfer lehnen wir all diejenigen internationalen Bestrebungen ab, die unseres Volkes Eigenart verwischen und verdunkeln. Die Reichseinheit ist uns Grundlage unseres politischen Wirkens, innerhalb der Reichseinheit soll kulturelle Stammesart, unter Ablehnung sowohl zentralistischer Bevormundung wie partikularistischer Sonderbestrebungen, sich frei entfalten können. Wir begrüßen mit voller

den Akten der Reichsgeschäftsstelle (ebd., p. 239) findet sich ein handschriftlich auf den 18. 12. 1918 datiertes Abkommen zwischen der DVP (Unterschriften: Garnich, Leidig, Maretzky, Mende) und der Nationaldemokratischen Partei (Gerlich, Kundt, Hoffmann), nach dem beide Parteien sich zu einem »gemeinsamen politischen Vorgehen« nach einem »einheitlichen Programm« verständigen, wobei die »gemeinsame politische Arbeit unter dem Namen der Deutschen Volkspartei« erfolgen, die Geschäftsstelle der NDP jedoch erhalten bleiben sollte, zudem war in Aussicht genommen, »die Verschmelzung beider Parteien« bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung herbeizuführen. Zur Nationaldemokratischen Partei siehe Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 388f.

[8] Im Mittelpunkt der Debatte über den – nach einer Mitteilung Wittigs, DS 40 (1928), S. 684, von Leidig verfaßten – Entwurf eines Wahlaufrufs stand, neben wirtschaftspolitischen Themen, die Haltung der Partei zur neuen Staatsform, siehe BAK R 45 II/1, p. 229ff. Im Verlauf der Diskussion wurde ein Vorschlag auf Namensänderung der Partei in »Deutsche Volkspartei (Nationaldemokratische Partei)« dem Parteiausschuß überwiesen; das der Aussprache zugrundeliegende Exemplar des Wahlaufrufs: ebd., p. 221–225. Der von einer Redaktionskommission überarbeitete Text des Wahlaufrufs ist abgedruckt als Dok. Nr. 3.

[9] Bereits zu Beginn seiner Eröffnungsrede hatte Stresemann vorgeschlagen, einen aus 25 Personen bestehenden »besonderen Parteiausschuß für die Wahlen zur Nationalversammlung« einzusetzen, um den Wahlaufruf zu unterzeichnen, daneben wurde ein GA von 20 Mitgliedern eingesetzt, dem seitens der Nationaldemokratischen Partei fünf Delegierte angehörten, siehe BAK R 45 II/1, p. 229ff., 239 sowie Dok. Nr. 4, Anm. 1. Zur Frage der Wahl Stresemanns zum Parteivorsitzenden siehe S. 28* mit Anm. 108.

[10] In der Wilhelmstraße 46–47 (Berlin W 66) befand sich die Reichsgeschäftsstelle der NLP.

[1] Der Wahlaufruf ist u. a. auch abgedruckt in: »Hannoverscher Kurier« 18. 12. 1918, Nr. 34165, M.; DS 30 (1918), S. 841ff.; Heilfron, Bd. 1, S. 132ff. (dort mit Datum vom 15. 12. 1918). Siehe auch Dok. Nr. 2, Anm. 8.

Zustimmung die von den Deutschen Österreichs gewünschte Vereinigung mit dem Reiche.[2] Wir wünschen eine kulturelle Verbindung mit den Deutschen im Auslande und die volle Sicherstellung ihrer Erwerbstätigkeit in allen Ländern. Wir beharren auf unserem Recht auf kolonisatorische Betätigung, und wir verlangen die Sicherung der Freiheit der Meere als wesentliche Grundlagen für den Neuaufbau unserer Wirtschaft. Unter der Bedingung völliger Gleichberechtigung aller Staaten begrüßen auch wir den Gedanken des Völkerbundes. Wir bekennen uns zu dem demokratischen, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht nach der Verhältniswahl für beide Geschlechter.

Wir verlangen völlige Neuordnung des Auswärtigen Amtes und unserer ausländischen Vertretungen. Ein Volksheer, umgestaltet nach den Erfahrungen dieses Krieges, aufgebaut auf den Grundsätzen: Gerechtigkeit, Manneszucht, Kameradschaft. Sicherung der Freiheit für Wort und Schrift, für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der Gerichte. Weiteste Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, Kreis und Provinz. Volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung. Erhaltung und Kräftigung eines breiten Mittelstandes in Industrie, Handel und Handwerk, umfassende Fürsorgeeinrichtungen für den Mittelstand.

Warmherzige Fürsorge und würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer durch das Reich auf Grund reichsgesetzlich gewährleisteten Anspruchs. Sicherung der Stellung der Beamten, Offiziere und Lehrer, materiell und rechtlich. Anerkennung ihrer Organisationsfreiheit, Errichtung von Beamtenausschüssen.

Wir treten ein für Kräftigung und Mehrung der freien Bauern auf eigener Scholle, wir treten ein für die im Interesse der Volksernährung unbedingt notwendige Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft, für eine großzügige Siedlungspolitik; Domänen, Großgrundbesitz, Fideikommisse sind hierzu in ausgiebiger Weise heranzuziehen. Der soziale Aufstieg des Landarbeiters, die Möglichkeit für ihn, zu Eigenbesitz zu gelangen, ist weitgehend zu erleichtern. Wir verlangen umfassende Unterstützung des Kleinwohnungswesens, Beseitigung aller ungesunden Spekulationen in Grund und Boden und soziale Neuordnung des Boden- und Wohnungsrechts. Wir verlangen volle Koalitionsfreiheit, ein neues sozial gestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht, energische Weiterführung der Sozialpolitik, insbesondere auch Ausbau der Frauen-, Wöchnerinnen- und Kinderschutzgesetze, Anerkennung und Einfügung der Berufsverbände in das öffentliche Recht. Die internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist zu erwirken.

Wir halten fest an der Grundlage des Privateigentums und des Erbrechts, wir halten fest an der leitenden Stellung des Unternehmers in seinem Betriebe wie in der Volkswirtschaft, jedoch unter angemessener Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten

[2] Am 12. 11. 1918 hatte die Provisorische Nationalversammlung die Republik Deutsch-Österreich und ihren Anschluß an Deutschland proklamiert.

durch ihre Ausschüsse und ihre Vertretung. Wir stellen uns in bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches und wirtschaftliches Ziel sehen. Einer Überführung dazu geeigneter Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt sind wir bereit zuzustimmen, sofern dadurch für die Allgemeinheit ein höherer Ertrag und für die Arbeitnehmer bessere Lebensbedingungen geschaffen werden.

Die geschichtlich überkommene Verbindung von Staat und Kirche darf nicht aufgelöst werden. Volle Gewissensfreiheit. Der Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule. Kein Gewissenszwang für Eltern und Lehrer. Die geistliche Schulaufsicht ist zu beseitigen, die hauptamtliche Fachaufsicht allgemein durchzuführen. Die allgemeine und die Fachbildung sollen gehoben, die höheren Lehranstalten ihres Charakters als Standesschulen entkleidet und alles Berechtigungsunwesen beseitigt werden. Die gewaltigen finanziellen Anforderungen, die an uns herantreten, werden Steuern und wirtschaftliche Maßnahmen verschiedenster Art, auch Monopole, notwendig machen. Reichseisenbahnen sind schon um deswillen erforderlich. Wir verlangen, daß in dem Steuersystem eine Reichseinkommen- und Erbschaftssteuer, schärfste Erfassung der Kriegsgewinne und eine Vermögensabgabe sich befinden. Die Vermögensabgabe muß jedoch in Formen geschehen, die die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbinden. Die Umwälzung hat der Frau die Gleichberechtigung im politischen Leben gebracht. Dieses Recht muß der Frau erhalten bleiben; darüber hinaus fordern wir die Zulassung der Frau zur Vorbildung und zur Ausübung öffentlicher Ämter. Alle privatrechtlichen Härten, die noch zuungunsten der Frau bestehen, müssen aufgehoben werden.

Von der derzeitigen Regierung verlangen wir, daß sie endlich energisch für Ruhe und Ordnung sorgt. Wir sind bereit, dafür unter der jetzigen Regierungsform mitzuarbeiten und alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung nach diesem Ziele zu unterstützen. Wir verlangen aber die Beseitigung der Eingriffe unberufener Personen in die Tätigkeit der Gerichte, Behörden und Kommunalverwaltungen, in die Koalitions- und Preßfreiheit. Wir verlangen die Beseitigung der Mißwirtschaft und maßlosen Verschleuderung öffentlichen Gutes und öffentlicher Gelder, wir verlangen die Beseitigung der unverantwortlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die uns mit Hungersnot, Anarchie und Staatsbankrott bedrohen. Wir fordern die Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen, der Sparkasseneinlagen, Bankdepositen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge. Wir fordern den alsbaldigen Abbau der bürokratischen Zwangswirtschaft.

Wir verlangen die sofortige Überführung der jetzigen, lediglich auf den Tatsachen der Revolution beruhenden Regierungsgewalt in eine neue Rechtsordnung; wir verlangen daher die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung als verfassungs- und gesetzgebender Körperschaft; ohne deren Zustimmung entbehrt jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage. Wir verlangen, daß die jetzige Regierung alles daran setzt, sofort den Frieden zu erhalten, damit der Neuaufbau des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft schleunigst in Angriff genommen werden kann. Alle diejenigen, welche bereit sind, nach diesen Grundsätzen und diesen Zielen mit uns zusammenzuarbeiten und sich mit uns zur Deutschen Volkspartei zu vereinigen, rufen wir zur Mitarbeit auf; unsere Aufforderung ergeht insbesondere auch

an die deutschen Frauen und an die deutsche Jugend, die nun in den Kreis der politisch Vollberechtigten eingetreten sind.

Schließen wir uns zusammen unter der Fahne: Freiheit und Vaterland![3]

4.

29. Januar 1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/50, p. 1–4a. Maschinenschriftliches Protokoll. Überschrift: »Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 29. Januar 1919«.[1]

Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung. Punkt 1 der Tagesordnung behandelt die Frage, in welchem Wahlkreise Geheimrat Kahl die Wahl zur Nationalversammlung annehmen soll.[2] Dr. Stresemann legt dar, daß trotz der vollsten Würdigung der Bedeutung der Beamten-, Arbeiter- und Angestelltenbewegung für die Partei es erforderlich sei, eine Frau in die Fraktion zu bringen. Infolgedessen müsse Herr Geheimrat Kahl in Berlin annehmen und in Teltow-Beeskow verzichten, da auf diese Weise Frau Mende Mandatsinhaberin werden würde. Denselben Standpunkt vertritt für die Berliner Organisation der Deutschen Volkspartei Herr Regierungsrat Leidig[3], desgleichen Herr Geheimrat Köhn für Teltow-Beeskow. Beide Herren betonen, daß für die nächste Wahl unbedingt den Vertretern der Beamten, Arbeiter und Angestellten Mandate zugesichert werden müßten.

---

[3] Es folgen die Namen von 90 Unterzeichnern des Aufrufs unter Angabe des Berufes und des Wohnortes. Eine geringfügig abweichende Zahl von Unterzeichnern in: »Hannoverscher Kurier«, 18.12.1918, Nr. 34165, M. (88 Namen) und in DS 30 (1918), S. 841ff. (93 Namen). Die meisten der Unterzeichner des Wahlaufrufs sind in der Folgezeit in der DVP politisch hervorgetreten. Ein Vergleich der handschriftlichen Anwesenheitsliste der Sitzung vom Nachmittag des 15.12.1918 (BAK R 45 II/1, p. 211–219) mit der Liste der Unterzeichner zeigt, daß von den in der NLC aufgeführten Unterzeichnern 31 Personen auch an der Gründungstagung der DVP teilgenommen haben; nicht unterzeichnet haben den Aufruf die bei der Sitzung anwesenden Mitglieder der Nationaldemokratischen Partei, siehe auch Dok. Nr. 2, Anm. 7, 8.

[1] Laut Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Caspari, Cronjäger, Frau Garnich, Garnich, Gerlich, Hoffmann, D. Hoffmann, Hugo, Kahl, Koehn, Kowes, Leidig, Morath, Rießer, Rose, Stresemann, Streiter, Thissen, Wagner. Gerlich und Hoffmann gehörten sicher, Kowes und Wagner wahrscheinlich der Nationaldemokratischen Partei an.

[2] Bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 erhielt die DVP 4,4% der Stimmen (22 Mandate). Kahl, Verfassungsexperte der DVP, war im Wahlkreis 3 (Berlin Stadt) und 5 (Kreise Teltow, Beeskow-Storkow, Charlottenburg) gewählt worden; bei einer Annahme Kahls im Wahlkreis 5 wäre das Berliner Mandat an Thissen gefallen, bei einer Annahme im Wahlkreis 3 das Potsdamer Mandat an Frau Mende.

[3] Eugen Leidig (1861–1935), Jurist. Ab 1890 Regierungsassessor im preußischen Staatsdienst, außerplanmäßiger Professor in Kiel, 1899–1902 Regierungsrat. Nach dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst 1902–1908 2. Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller, ab 1908 Geschäftsführer anderer Industrieverbände, 1919–1932 MdL Preußen (DVP). Mtgl. des Propagandaausschusses, Vors. des Kommunalpolitischen Ausschusses der DVP.

Herr Streiter[4] unterstreicht, daß die Partei, wenn Herr Geheimrat Kahl in Berlin annehmen würde, keinen führenden Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenbewegung im Parlament besitze, während alle anderen Parteien eine Reihe von Organisationsleitern dieser Bewegung durchgebracht hätten. Ebenso wichtig wie eine Frau in der Fraktion sei aber der Vertreter der organisierten Beamten-, Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Geheimrat Kahl erklärt, daß er die Entscheidung nur nach dem Rate des Zentralvorstandes und den Vorständen der Wahlkreise treffen könne. Die Entscheidung sei ihm nicht leicht. Er halte es aber nach reiflicher Überlegung für notwendig, die Möglichkeit zu schaffen, eine Frau in das Parlament für die Deutsche Volkspartei zu bringen. Es sei ihm besonders schmerzhaft, daß dadurch Herr Regierungsrat Dr. Thissen[5] der Eintritt in das Parlament verwehrt sei, aber er könne nur eine Entscheidung treffen. Es sei fraglich, ob er zum Reichstag wieder kandidieren würde. Es komme ihm darauf an, in der Nationalversammlung sich den Fragen der Reichsverfassung und der Ordnung der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat widmen zu können. Sobald diese Fragen erledigt seien, liege für ihn kein weiteres Interesse am Verbleiben im Parlamente vor. Er hoffe, daß seine Tätigkeit in der Nationalversammlung den Anfang und das Ende seiner parlamentarischen Tätigkeit bedeuten würde. Geheimrat Kahl gab dann eine Erklärung ab, daß er nunmehr für Berlin annehmen und für Teltow-Beeskow ablehnen werde.

Herr Regierungsrat Dr. Thissen unterstreicht noch einmal die sachlich großen Bedenken, die darin liegen, daß die Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenorganisationen ohne Vertretung blieben. Am Sonntag treten die Vertreter der Verbände zu einer Besprechung in Berlin zusammen. Welches Urteil sie abgeben würden, wisse er noch nicht. Er persönlich würde aber zu den Organisationen halten.

Herr Morath[6] verkennt nicht den Ernst der Gründe der Vertretung der Organisationen, betont aber andererseits, daß darunter nicht die Stellung des einzelnen zur Partei leiden könne. Er hält es für notwendig, für die Zukunft ausreichende Gewähr zu schaffen, daß die Vertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Parlament sichergestellt wird.

Herr Geheimrat Garnich[7] unterstreicht die Bemühungen der Geschäftsleitung zur Durchsetzung von Kandidaten für die Nationalversammlung. Es sei aber in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen, mehr zu erreichen.

---

[4] Georg Streiter (1884–1945), Krankenpfleger. 1907 Vors. und Geschäftsführer des Deutschen Verbandes der Krankenpfleger und -pflegerinnen. Mtgl. des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Berlin. 1920, 1921–1924 MdR (DVP), 1926–1928 MdL Preußen (DVP). Tod im Frühjahr 1945 im KZ Ravensbrück.

[5] Hermann Josef Thissen, Dr. iur., Regierungsrat. 1907–1917 Leiter des Vereins für Handlungscommis in Hamburg. 1917–1920 Regierungsrat bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin. Seit 1920 Geschäftsführer des DGB. Ministerialdirektor in der Regierungskommission des Saargebiets.

[6] Albrecht Morath (1880–1942), seit 1896 im Postdienst. 1904 Vorstandsmtgl. des Jungliberalen Vereins. 1905 im Gesamtvorstand des Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen. 1920–1932 MdR (DVP).

[7] Hugo Garnich (1874–1926), Dipl.-Ing., Geheimer Regierungsrat, Schwiegersohn von Robert Friedberg. Regierungsbaumeister bei den Eisenbahndirektionen Altona und Berlin sowie beim

Es wird beschlossen, am Freitag, den 31.1., nachmittags 4 Uhr, eine Besprechung des Geschäftsführenden Ausschusses mit den Gewerkschaften herbeizuführen, um eine Verständigung für die nächsten Wahlen zu erzielen.[8]

Es wird dann in eine Besprechung der Kommunalwahl eingetreten[9], wobei zum Ausdruck gebracht wird, daß ein Zusammengehen mit den übrigen bürgerlichen Parteien erwünscht ist, schon um der Kostenersparnis wegen. Herr Dr. Stresemann fordert, daß in erster Linie für die Berliner Stadtverordnetenwahlen Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Beamten aufgestellt werden.[10] Es wird ein Finanzausschuß eingesetzt, der besteht aus den Herren: Dr. Stresemann, Dr. Leidig, Frau Mende, Geheimrat Rose[11], Geheimrat Garnich, Herr Cronjäger und Dr. Hugo.

Eisenbahn-Zentralamt. 1919 bis zu seinem Tod MdL Preußen (DVP), zeitweilig Vizepräs. des preußischen Landtags.

[8] Daß diese Besprechung stattgefunden hat, ergibt sich aus einer Feststellung Stresemanns auf der Zentralvorstandssitzung vom 12.4.1919 (Dok. Nr. 5, Anm. 23); ein Termin ist jedoch nicht zu ermitteln und ein Ergebnis ist nicht bekannt. In den bereits unmittelbar nach der Gründung der Partei ausbrechenden Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des (wirtschaftsfriedlichen) Deutschen Arbeiterbundes unter Führung von Friedrich Hess und dem DGB um den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs der Partei nahm Stresemann eine vermittelnde Haltung ein, siehe dazu Roder, S. 243 ff.; Patch, S. 35 ff. Im Dezember 1918 teilte Stresemann Friedrich Baltrusch, dem Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, mit, er lehne jede »Sympathieerklärung« für die Wirtschaftsfriedlichen ab und befürworte ihren Eintritt in die Partei nur wegen ihrer »Eigenschaft als Arbeiter«, PA NL Stresemann 203; siehe auch Dok. Nr. 6.

[9] Die »Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindewahlrechts« (Preußische Gesetzessammlung 1919, S. 13 f.) vom 24.1. legte fest, daß in Preußen Gemeindewahlen bis spätestens zum 2.3.1919 stattfinden mußten.

[10] Bei den Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin am 23.2.1919 wurden für die drei verbundenen bürgerlichen Listen von DNVP, DVP und Zentrum 165611 Stimmen abgegeben (DNVP: 84077 Stimmen, 16 Sitze; DVP: 36433, 6 Sitze; Zentrum: 45101, 8 Sitze), für die DDP 115673 (21), für die SPD: 253420 (46), für die USPD: 263450 (47).

[11] Hermann Rose (1879–1943), Jurist. 1905–1913 im Reichsdienst tätig, dann 1. Direktor der Deutschen Volksversicherungs AG. 1915–1918 Referent für die Verwaltung der besetzten Gebiete im Großen Hauptquartier, 1920 Reichskommissar für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. 1922–1933 Regierungspräsident in Stade. 1921–1932 MdL Preußen (DVP). Mai 1919 Vors. des Hauptausschusses für Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und Mittelstandsfragen der DVP.

5.

12./13. April 1919: Sitzung des Zentralvorstandes in Jena

BAK R 45 II/34, p. 7–529. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen[1]; teils Erstschrift, teils Durchschrift. Jedes Blatt mit der aufgedruckten Kopfzeile: »Max Bäckler's Stenographisches Bureau, Berlin-Wilmersdorf, Landhausstr. 48«. Überschrift: »Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei Sitzung Sonnabend, den 12. April 1919 vormittags 10 Uhr in Jena«.[2]

Vorsitzender Abg. Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren, ich eröffne hiermit die heutige erste Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei und heiße Sie herzlich willkommen. Es ist ein erfreuliches Zeichen für die Lebenskraft, die in unserer Partei steckt, daß trotz der großen Schwierigkeiten der Reise und vielleicht auch trotz der Ungunst von Ort und Zeit eine so große Beteiligung sich hat ermöglichen lassen. Wir haben die Aufgabe, zu zwei großen Fragen hier in unserer Tagung Stellung zu nehmen. Einmal wird man von der Partei, die zum ersten Mal in die deutsche Öffentlichkeit tritt, erwarten, daß sie zu dem Stellung nimmt, was jetzt das Schicksal Deutschlands entscheidet, zu dem Frieden, der bevorsteht, zweitens zu den inneren Vorgängen[3], die uns von einer revolutionären Bewegung in die andere zu treiben drohen und denen so oder so ein Ende gemacht werden muß. Ich halte es für notwendig, daß unsere Stellung zu diesen Fragen eine klare, bestimmte und richtunggebende für das Land ist (Beifall). Deshalb wird die Aufgabe des morgigen Vertretertages[4] darin bestehen müssen, in erster Linie eine machtvolle Kundgebung der Deutschen Volkspartei zu diesen Fragen zustande zu bringen.

Die zweite Frage ist die, daß wir uns eine Grundlage schaffen für unser eigenes parteimäßiges Wirken. Diese Frage wird wohl nur so gelöst werden können, daß wir heute, sei es in diesem Gremium, sei es in einer von Ihnen einzusetzenden engeren Kommission, die Ihnen vorgelegten Satzungsvorschläge mit den Anträgen und Anregungen aus der Provinz vergleichen und daraus ein Ganzes formen, das morgen vom Parteitag en bloc angenommen werden muß. Denn Sie werden mir zugestehen,

---

[1] Die offensichtlich in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen ganz überwiegend nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten, gelegentlich auch stilistische Glättungen; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen. Der Text der Rede Stresemanns »zur politischen Lage« befindet sich nicht im vorliegenden Protokollexemplar, ist aber im NL Stresemann überliefert, siehe Anm. 141. Aufgrund seiner zentralen Bedeutung für die Konstituierung der DVP wird das Protokoll dieser Sitzung ohne Kürzung abgedruckt.

[2] Die Einladung zu der Zentralvorstandssitzung erging mit Datum vom 25.3.1919 mit folgender Tagesordnung: 1. Konstituierung des Zentralvorstandes, 2. Wahl des Vorsitzenden, des Schriftführers und Schatzmeisters, 3. Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses, 4. Aussprache über die politische Lage, einleitendes Referat: Abg. Dr. Stresemann, 5. Vorbereitung der Parteisatzungen, 6. Verschiedenes, siehe BAK R 45 II/35, p. 1.

[3] Im Frühjahr 1919 kam es in vielen Teilen des Reichs zu großen Streikaktionen; einige kurzlebige Räterepubliken entstanden (Bremen, München), vielerorts fanden bewaffnete Auseinandersetzungen statt. Die Reichsregierung konnte diese Unruhen nur durch den massiven Einsatz von Freikorpsformationen niederschlagen, siehe dazu bes. Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19, Frankfurt/M. 1985, S. 34ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 159ff.

[4] Hier und im folgenden gemeint: der am 13.4.1919 in Jena beginnende erste Parteitag der DVP.

daß es eine Unmöglichkeit wäre, in einer Versammlung von 450 Mitgliedern in eine Einzelberatung der Satzungen einzutreten (Sehr richtig!). Ich appelliere deshalb an Sie, daß wir uns bei unsern heutigen Beratungen über die Satzung vielleicht nach der Richtung hin entscheiden, daß, wenn Unstimmigkeiten bleiben, wir eine Kommission aus Vertretern des Zentralvorstandes einsetzen, die den heutigen Abend benutzt, um diese Unstimmigkeiten zu begleichen und einen einheitlichen Entwurf vorzulegen. Ich glaube, daß das auch deshalb möglich sein wird, weil ja für jeden nächsten Parteitag und jede nächste Sitzung des Zentralvorstandes die Möglichkeit vorliegen würde, Unebenheiten, die bestehen bleiben, Differenzen, die sich ergeben, durch Anträge zur Änderung der Satzung aus dem Wege zu schaffen oder Anregungen zu folgen, die aus der Parteiarbeit selber erwachsen.

Meine Damen und Herren, wir haben bisher so gearbeitet, daß wir in Anlehnung an den Beschluß der letzten Zentralvorstandssitzung der Nationalliberalen Partei vom 15. Dezember vorigen Jahres, der die Fortsetzung der Partei unter neuem Namen nach dem Antrage des Herrn Dr. Vogel beschloß[5], die Führung der Partei provisorisch durch die Reichstagsfraktion übernommen haben.[6] Denn nach den Satzungen der Nationalliberalen Partei, die nach jenem Beschluß auch für uns gelten, führte die Reichstagsfraktion die Geschäfte der Partei in der Zeit, in der das Mandat eines Zentralvorstandes abgelaufen, ein neues Mandat noch nicht gegeben war.[7] In der Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung habe ich heute diese Sitzung eröffnet, da der Vorsitzende der Fraktion, Herr Staatsminister Dr. Heinze[8], zu seinem Bedauern verhindert ist, unserer Tagung beizuwohnen, weil die Nationalversammlung ihre Tagung in Weimar fortsetzt und er es für notwendig erachtet, angesichts der äußerst gespannten außenpolitischen Lage in Weimar zu bleiben, um dort die Fraktion vertreten zu können.

Ich darf nunmehr bitten, daß wir in die Tagesordnung eintreten, bitte aber vorher, mir noch einige Geschäftsordnungsbemerkungen zu gestatten. Von der Reichsgeschäftsstelle ist eine Einladung zur Zentralvorstandssitzung auch an die Herren Vertreter der Presse ergangen. Diese Einladung beruhte auf einem Irrtum. Wir haben stets im weitesten Maße ohne jede Einschränkung die gesamte deutsche Presse zu unsern Vertretertagen[9] zugelassen. Die Sitzungen des Zentralvorstandes als einer internen Körperschaft sind aber nicht für die gesamte Öffentlichkeit bestimmt. Ich bitte deshalb, soweit aufgrund dieser Einladung der Reichsgeschäftsstelle und der übersandten Legitimationskarte Vertreter der Presse, namentlich auch derjenigen

[5] Siehe Dok. Nr. 1a, 1b.

[6] Gemeint: die Nationalversammlungsfraktion. Auch im weiteren bezeichnet der Begriff »Reichstagsfraktion« die Fraktion der DVP in der Nationalversammlung. Der Fraktionsvorstand (Heinze, Stresemann, Rießer) und die Geschäftsführer der Nationalversammlungsfraktion (Mittelmann, Frau Mende) führten bis zum ersten Parteitag am 13.4.1919 die Geschäfte der Gesamtpartei; zur Zusammensetzung der DVP-Fraktion siehe Hartenstein, S. 74 ff.; zu der auch bei der DDP-Fraktion seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung vorhandenen Neigung, den Schwerpunkt der Parteiführung an sich zu ziehen, siehe Albertin, S. 146 f.

[7] Die Satzung der Nationalliberalen Partei von 1912 ist abgedruckt bei: Reiß, S. 51–63 (hier § 14).

[8] Rudolf Heinze (1865–1928), Jurist. 1906 Landgerichtsdirektor in Dresden, 1914 Reichsgerichtsrat, Juli–Nov. 1918 sächsischer Justizminister. Juni 1920–Mai 1921 und Nov. 1922–Aug. 1923 Reichsjustizminister. 1907–1912, 1919–1928 MdR (NLP/DVP).

[9] Siehe Anm. 4.

Presse, die nicht zu unserer Partei gehört, hier anwesend sein sollten, davon Kenntnis zu nehmen, daß diese Einladung irrtümlich erfolgt ist, daß über unsere Verhandlungen heute abend durch den Geschäftsleiter der »Nationalliberalen Correspondenz« ein Bericht entgegenzunehmen ist, daß im übrigen aber diese Tagung selbst nicht als Tagung vor der gesamten Öffentlichkeit gedacht ist.

Dann eine zweite Feststellung. Wir müssen irgendwelche Unterlagen für unser Recht haben, als gewissermaßen verfassunggebende Versammlung für unsere Partei zu wirken. Dieses Recht kann wohl nur in den bisherigen Satzungen der alten Partei bestehen. Daraus würde sich auch ergeben, daß, unbeschadet, ob Sie den Vorschlag annehmen, in Zukunft die gesamte künftige Reichstagsfraktion stimmberechtigt zu sehen, für heute nur gilt, daß diejenigen Mitglieder der Fraktion stimmberechtigt sind, die dem Vorstand der Fraktion angehören.[10] Ich glaube, daß diese Feststellung wohl den Tatsachen entspricht. Ich nehme aber auch Ihr Einverständnis damit an, daß Sie, der alten Tradition folgend, damit einverstanden sind, daß die übrigen Mitglieder der Fraktion der Nationalversammlung und der Landtagsfraktionen als Gäste und mit beratender Stimme an unserer Tagung teilnehmen.

Ich muß Ihnen dann vorschlagen, ehe wir zur Konstituierung kommen, eine Anzahl Zuwahlen zum Zentralvorstand vorzunehmen, damit wir in der Lage sind, die betreffenden Damen und Herren auch bei den weiteren Beratungen mitwirken zu lassen. An die Parteileitung sind, nachdem die Wahl ausgeschrieben war[11], eine große Anzahl Anregungen wegen Zuwahlen zum Zentralvorstand gekommen, und ich bitte Sie, die Vorschläge, die Ihnen gemacht werden, wohlwollend zu prüfen und demnächst anzunehmen. Ich darf zur Begründung einen Satz vorausschicken. Wir haben Sie dringend gebeten, bei Ihren Wahlen zum Zentralvorstand doch möglichst auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß Vertreter aller Berufe unserm Zentralvorstand angehören. Leider ist diese Anregung nicht überall beachtet worden. Infolgedessen müssen wir durch die Zuwahlen die Möglichkeit haben, nach dieser Richtung hin einen Ausgleich zu schaffen. Wir schlagen Ihnen vor, folgende Damen und Herren dem Zentralvorstand zuzuwählen: Herrn Dr. Tetzlaff in Zehlendorf, den Vertreter der sozialen Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst, Herrn Schaffner Eduard Neumann (Berlin) als Verbandsvorsitzenden der Schaffner und Schaffner-Anwärter der Staatseisenbahnverwaltung, Herrn Regierungsrat Dr. Thissen als Vorsitzenden des Einigungsausschusses kaufmännischer Angestelltenverbände, Herrn Otto Thiel[12] (Berlin) als Vorstand des Gewerkschaftsbun-

[10] Siehe Reiß, S. 56, § 14, 1.

[11] Die NLC meldete am 29.1.1919, Nr. 19, die Parteileitung habe »die Wahlen zum Zentralvorstand der Partei ausgeschrieben und beabsichtigt, den Zentralvorstand Ende Februar oder Anfang März nach Eisenach zu einer konstituierenden Sitzung einzuberufen«. Am 11.3.1919, Nr. 55, teilte die NLC dann mit, daß die »Zentralvorstandssitzung und der Vertretertag der Deutschen Volkspartei, die am 15. und 16. März 1919 in Berlin stattfinden« sollten, »wegen des dort verhängten Standrechts und der damit verbundenen Unsicherheit« verschoben worden seien.

[12] Otto Thiel (1894–1959), Kaufmännischer Angestellter, seit 1904 hauptamtlich beim DHV Hamburg. 1904–1914 Gauvorsteher des DHV in Niedersachsen, seit 1916 in der Hauptverwaltung Berlin. Mitbegründer und Vorstandsmtgl. des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltenverbände, Vors. des Reichsangestelltenausschusses der DVP, 1920–1932 MdR (DVP).

des kaufmännischer Angestelltenverbände, Herrn Hans Beckler[13] (Hamburg) als Vorstand des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Herrn Dr. Erich Emke[14] (Hamburg) als Vorsitzenden der Verwaltung des Handlungsgehilfenverbandes von 1858, Herrn Dr. Görnandt[15] (Magdeburg) als ersten Direktor des deutschen Privatbeamtenvereins (Beifall), Herrn Gutsche[16] (Berlin) als Vorsitzenden der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten, Fräulein [Name fehlt[17]]. Ferner Herrn Oberbürgermeister Dr. Scholz[18] (Charlottenburg) und Herrn Geheimrat Sachs[19] (Berlin) (Zuruf: Berlin!).

Ich darf bemerken, da der Zuruf Berlin fällt, daß die Zuwahlen zum Zentralvorstand fast stets, wie die Herren der alten Nationalliberalen Partei sich erinnern werden, dazu dienten, den Parteigenossen, die in Berlin tätig sind, die aber infolge der geringen Vertretungsmöglichkeiten Berlins nicht in der Lage waren, gewählt zu werden, die Möglichkeit der Mitwirkung zu verschaffen. Von den Zugewählten entfällt ein sehr großer Prozentsatz auf diejenigen in Berlin tätigen Parteigenossen, die sonst ja bei der damals noch geringeren Stärke in Berlin nicht genügend zur Vertretung kämen.

Ich stelle also zunächst einmal diese Vorschläge hier zur Debatte. Ich bemerke dabei, daß wir die betreffenden Herren auch eingeladen haben, da ja die Zuwahlen sonst keinen Zweck hätten, wenn sie heute nicht teilnehmen, denn es muß schon zum nächsten Jahr ein neuer Zentralvorstand gewählt werden, und zwar aus dem Grunde, weil es anscheinend keinem Zweifel unterliegt, daß wir in diesem Jahre noch Neuwahlen haben werden, daß die Nationalversammlung, nachdem sie die Verfassung gegeben hat, aufgelöst werden und der neue Reichstag sich bilden wird.[20] Dann würde nach unserer Satzung auch ein neuer Zentralvorstand zu bilden sein.[21] Auf die Mitwirkung der Vertreter der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände legen wir ganz besonderes Gewicht.[22] Wir haben in einer in Berlin stattgehabten Sitzung

[13] Hans Beckler, Vorstandsmitglied des DHV.

[14] Dr. Erich Emke: in der Verwaltung des DHV tätig.

[15] Rudolf Görnandt (* 1885), 1917–1921 Direktor des Deutschen Privatbeamtenvereins. Seit 1921 Direktor des Reichsverbandes der Deutschen Aluminiumwarenindustrie, seit 1923 Vors. der Geschäftsführung. 1923 Geschäftsführer der Fachgruppe Metallwarenindustrie.

[16] Wilhelm Gutsche (1879–1930), Polsterer. Mitbegründer und Vors. des Christlichen Eisenbahnerverbandes, 1920–1926 Vors. des Gesamtverbandes deutscher Beamtengewerkschaften. Zu seinem Parteiaustritt am 9.11.1920 siehe Dok. Nr. 34.

[17] Dazu am Rand handschriftliche Bemerkung: »Bitte zu ergänzen«.

[18] Ernst Scholz (1874–1932), Dr. iur. Jurist im preußischen Verwaltungsdienst. 1902–1909 Beigeordneter und Kämmerer in Wiesbaden, 1909–1912 in gleicher Eigenschaft in Düsseldorf. 1912 Oberbürgermeister von Kassel, 1913–1920 von Charlottenburg. 1912–1919 Mtgl. des preußischen Herrenhauses. 1920–1921 Reichswirtschaftsminister. Von 1921 bis zu seinem Tode MdR (DVP), seit 1923 Fraktionsvors., Dez. 1929–Nov. 1930 Parteivors.

[19] Hans Sachs (1874–1947), Geheimer Regierungsrat. 1924–1930 MdR (Nationalliberaler Landesverband Bayern/DNVP).

[20] Es war eine weitverbreitete Annahme, daß nach der Verabschiedung der Reichsverfassung Neuwahlen stattfinden würden; konkrete Festlegungen dazu existierten jedoch nicht, siehe auch Dok. Nr. 12.

[21] Siehe Reiß, S. 57, § 14.

[22] Bereits am 2.2.1919 hatte Stresemann dem Vorsitzenden des Wahlkreisverbandes Westfalen-Süd Wenderoth (Dortmund) mitgeteilt: »Für die Wahlen zum Zentralvorstand [...] muß dafür gesorgt werden, daß auch genügend Vertreter der Frauenwelt in den Zentralvorstand kommen,

zugesagt, für diese Zuwahlen einzutreten.[23] Ich stelle nun die Vorschläge zur Debatte und bitte, dazu das Wort zu nehmen.

Oberpfarrer Schowalter[24] (Wittenberge): Ich bin sehr damit einverstanden, daß die Vertreter bestimmter Arbeitergruppen hier zum Vorstand zugezogen werden, aber bei einer ganzen Reihe von Namen hat man die Gesichtspunkte, nach denen sie zugezogen werden, nicht erkennen können. Sie wurden nicht als Vertreter bestimmter Gruppen genannt, sondern als einzelne Persönlichkeiten, und die Wahl der einzelnen Persönlichkeiten obliegt doch den Wahlkreisen. Darum hat es doch seine großen Bedenken, wenn Vorschläge gemacht werden, deren Begründung wir hier nicht durchschauen können. Ich möchte aber fragen, ob das nur für dieses Mal sein soll oder ob damit ein Präzedenzfall geschaffen werden soll. Wenn es nur für dieses Mal sein soll, so würde ich dagegen keine Bedenken erheben, wenn aber ein Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen werden soll, dann müßte man doch die Begründung zu den einzelnen Vorschlägen hören.

Backheuer[25] (Hannover): Ich möchte die Anfrage stellen, ob es den Provinzen auch fernerhin erlaubt ist, Anträge nach dieser Richtung zu stellen. Wir haben nach Hannover keine Mitteilung dieser Art bekommen, wir sind erstaunt darüber, daß derartige Vorschläge aus andern Bezirken nach Berlin gekommen sind (Sehr richtig!). Ich bitte um eine Erklärung darüber, wie das in der Folge gehandhabt werden soll, und ferner darüber, wieviel Sitze noch frei wären, damit wir eventuell dann auch Anträge stellen können.

Vorsitzender [Stresemann]: Herr Backheuer geht von einer falschen Voraussetzung aus. Diese Anregungen sind nicht aus den Provinzen gekommen, sondern sie sind aus Erwägungen der Parteileitung selbst entstanden. Wenn Sie mich nach der Begründung fragen – es tut mir leid, daß Sie mich dazu provozieren – dann gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, wenn Sie aus ganz Deutschland nur einen Handwerker wählen, dann müssen wir uns umsehen, ob wir noch Handwerker für den Zentralvorstand bekommen können. Das war zum Beispiel der Grund, daß wir die Reichsgeschäftsstelle gebeten haben, hierfür zu sorgen, hierfür uns Vorschläge zu machen. Wenn bei dem Grundcharakter unserer Partei als Partei der Landwirte nur wenig Landwirte vorgeschlagen waren, haben wir weiter vorsehen müssen, auch Landwirte vorzuschlagen. Das ist die Begründung für einen zweiten Herrn (Sehr richtig!). Ich kann ja nicht für jeden einzelnen Herrn besondere Reden halten, da die meisten Ihnen bekannt sind. Daß wir Herrn Chefredakteur Brües[26] von der Kölnischen Zeitung, den langjährigen Parteifreund von uns, dem wir auch danken, daß die Rheinprovinz bei der Volkspartei geblieben ist (Sehr richtig!), vorgeschlagen haben, brauche ich für diejenigen,

ebenso Angehörige aller Schichten der Bevölkerung, damit der alte Vorwurf der Honoratiorenpartei einmal aufhört«, PA NL Stresemann 202.

[23] Siehe Dok. Nr. 4, Anm. 8.

[24] Johann Heinrich August Schowalter (* 1870), Pastor. 1895–1900 Leiter des ev. Arbeitervereins. 1904–1908 Mtgl. im Hauptvorstand der Christlich Sozialen Partei. 1907 Mtgl. des Provinziallandtages der Pfalz. 1915 Oberpfarrer in Wittenberge, 1919 Superintendent. 1921 Mtgl. des Brandenburgischen Provinziallandtages. 1930 Pfarrer in Berlin.

[25] Gustav Backheuer, Kaufmann in Hannover.

[26] Otto Brües (1897–1946), Chefredakteur der »Kölnischen Zeitung«.

die Herrn Brües kennen, auch nicht näher zu begründen. Herr Lizenziat Everling[27] war für den früheren Reichstag als Vertreter von Döbeln (Waldheim) gewählt und steht an der Spitze einer der größten Organisationen Deutschlands. Ich glaube, es ist sehr erwünscht, daß wir die Spitzen solcher Organisationen bei unserer Partei begrüßen können. Herr Geheimrat von Eynern[28], ein Mann, dessen Namen in unserer Partei einen guten Klang hat, hat sich in vorbildlicher Weise bei den Wahlen zur Verfügung gestellt, ihm müssen wir auch unsern Dank dafür zum Ausdruck bringen dadurch, daß wir ihm die Möglichkeit der Mitwirkung geben. Herr Geheimrat Professor Backhaus[29] (Hannover) hat uns die Vorträge über die Landwirtschaft gehalten und ist ein hervorragender Vertreter auf diesem Gebiet, der alles das, was in der Landwirtschaft praktisch geleistet wird, in gründlicher Weise theoretisch bearbeitet. Das ist die Begründung für den Vorschlag des Herrn Geheimrats Professor Dr. Backhaus, und ich glaube, auch die andern Herren und Damen, die ich hier genannt habe, die Sie vielleicht nicht so kennen, sind Persönlichkeiten, die sich in der Wahlbewegung ausgezeichnet haben, denen die Parteileitung dadurch den Dank zum Ausdruck bringt, daß wir sie hier vorschlagen. Im übrigen gilt die Wahl nur bis zum nächsten Zentralvorstand, der dann neu zu wählen ist.

Geheimrat Hirschberg (Eberswalde): Ich beantrage Schluß der Debatte.

(Ungenannt): (Zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, mir noch zu einer Mitteilung vorher das Wort zu gestatten, die sich auf den Deutschen Arbeiterbund[30] bezieht. Zur Geschäftsordnung bitte ich deshalb, den Antrag auf Schluß der Debatte jetzt abzulehnen.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich nehme an, daß der Antrag zurückgezogen wird.

Geheimrat Hirschberg (Eberswalde): Ich ziehe den Antrag zurück.

Dr. Cremer[31] (Dortmund): Die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden haben uns ja davon überzeugt, daß nach sachgemäßen Gesichtspunkten bei den Vorschlägen ver-

[27] Otto Everling (1864–1945), Pfarrer. 1905 geschäftsführender Vors. der Evangelischen Bundes, stellv. Mtgl. des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses. 1907–1912, 1920–1924 MdR (NLP/DVP).

[28] Hans v. Eynern (1874–1957). Vortragender Rat im preußischen Ministerium des Innern. Oberverwaltungsgerichtsrat. MdL Preußen 1921–1932 (DVP).

[29] Alexander Backhaus (1865–1927). 1891 Professor der Landwirtschaft an der Universität Göttingen, seit 1896 Direktor des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Königsberg. 1905–1915 Leiter der städtischen Güter in Berlin. Während des Ersten Weltkrieges Referent im Kriegsministerium. Seit 1919 Bestellung des Lehrguts Bollhagen (Mecklenburg). Mai 1919 Mtgl. des Ausschusses für Landwirtschaft und Siedlungswesen der DVP.

[30] Der »Bund Deutscher Werkvereine«, der sich am 19.11.1918 in den »Deutschen Arbeiterbund« umwandelte, war die größte der von den Arbeitgebern finanzierten »wirtschaftsfriedlichen« Arbeitnehmerorganisationen. Das Gros seiner zahlenmäßig nicht sehr erheblichen Mitgliedschaft (1921 ca. 57000) bildeten Industriearbeiter. Der Bund sprach sich grundsätzlich gegen jeden Streik und für eine Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft aus; siehe dazu Apolant, S. 34ff.; Mattheier, S. 294f.; Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 647ff.

[31] Carl Cremer (1876–1953), Dr. iur., Schriftsteller. 1913–1918 MgPrAH (NLP), 1920 Geschäftsführer der Überseedienst GmbH und der Telegraphen-Union GmbH. Ende 1918 Eintritt in die DVP, um sich »nicht vom Gros der westfälischen Freunde zu trennen« (Schreiben Cremers an Hugenberg 16.3.1920, BAK NL Hugenberg 31, p. 34). 1920–1932 MdR (DVP). Ab 1925 Vors. des Propaganda-Ausschusses, ab Dez. 1928 Vors. des Ausschusses für Reichsreform. Mtgl. des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform der DVP.

fahren ist. Ich bedaure sehr, daß die Vorschläge der Provinzen nicht berücksichtigt worden sind. Meine Provinz hat ungefähr sechs oder sieben Herren vorgeschlagen, speziell für den Regierungsbezirk Arnsberg.

Vorsitzender [Stresemann]: Diese Vorschläge kommen noch. Ich habe vorläufig nur die Vorschläge der Parteileitung mitgeteilt.

(Ungenannt): Sie haben gehört, daß ein hervorragender Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Zuwahl vorgeschlagen worden ist. Ich weiß nicht, ob in der Wahl der Provinzen etwa schon Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes gewählt worden sind oder ob es nicht möglich ist, einer Organisation, die uns ja sehr nahesteht und von großer Wichtigkeit für die Zukunft unserer Partei sein kann, auch einen hervorragenden Vertreter im Zentralvorstand zu bewilligen. Ich hätte eventuell mit Namhaftmachung einer Persönlichkeit einen Vorschlag zu machen.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich darf zunächst einmal bemerken, daß mir nicht genau bekannt ist, ob einer der Herren, die dem Arbeiterbunde angehören, im Zentralvorstand ist. Das ist ja aus den Anmeldungen sofort zu ersehen. – Mir wird mitgeteilt, daß Herr Hesse[32] sowie Herr Grandke[33] (Hannover) dem Zentralvorstand angehören, ich kann es im Augenblick nicht feststellen.

Rose[34] (Hamburg): Es wäre doch zu wünschen gewesen, daß sich die Reichsgeschäftsstelle vorher mit den Organisationen in Verbindung gesetzt hätte, statt aus sich heraus Namen zu nennen. Es würde sich doch dann hier und da ein anderes Bild ergeben haben. Es konnte doch zum mindesten nachgefragt werden, ob die Persönlichkeiten, von denen es die Reichsgeschäftsstelle für wünschenswert erachtet hat, daß sie jetzt sofort in den Zentralvorstand eintreten, sich überhaupt für die Deutsche Volkspartei betätigt haben. Ich höre von verschiedenen Persönlichkeiten Zweifel. Für Hamburg hätten wir doch vielleicht andere Vorschläge zu machen gehabt. Es sind zwei Herren genannt worden, die uns in Hamburg vollständig fern stehen.

Vorsitzender [Stresemann]: Die Anregung ist an sich gewiß berechtigt. Aber ich bitte Sie, sich hier auch einmal vor Augen zu führen, daß Sie in einer Zeit, in der Berufsorganisationen eine immer größere Bedeutung erlangen, in dem Vorsitzenden einer Berufsorganisation, die mehr als 100 000 Mitglieder zählt, vielleicht eine Persönlichkeit sehen können, bei der Sie von vornherein Verständnis und politische Kenntnis voraussetzen können. Für die beiden Herren, von denen der eine der Vorstand des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes[35], der andere der Direktor des Kaufmännischen Vereins von 1858 ist, gilt das gewiß. Aber unbeschadet dessen, daß ich glaube, daß das wohl selbstverständlich ist, halte ich das, was Herr Rose sagte,

[32] Möglicherweise falsche Schreibweise für: Friedrich Hess, Vorsitzender des Deutschen Arbeiterbundes.

[33] Grandke, Arbeitersekretär in Hannover.

[34] Otto Rose (* 1882). Seit 1911 hauptamtliche Tätigkeit bei der NLP, 1913 Generalsekretär. Mitbegründer der DVP. 1919 Mtgl. der Hamburger Bürgerschaft. Verleger und Hrsg. der »Hamburger Stimmen«.

[35] Der 1893 gegründete Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV) war der weitaus stärkste der nationalen Angestelltenverbände. Im November 1919 schloß er sich dem christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund an; zum DHV siehe Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der DHV 1893–1933, Frankfurt/M. 1967; zu den christlichen Gewerkschaften siehe Schneider, Gewerkschaften, S. 498 ff.

auch für richtig, daß in Zukunft die Reichsgeschäftsstelle die betreffenden Landesorganisationen, in denen die betreffenden Herren wohnen, benachrichtigt, damit die Organisationen dazu Stellung nehmen können. Ich bedaure, daß das nicht geschehen ist.

Professor Hein[36] (Halle): Ich schlage vor, daß wir die Vorschläge des Geschäftsführenden Ausschusses annehmen, daß im übrigen eine Kommission vielleicht aus acht Mitgliedern gebildet wird, die die weiteren Vorschläge, die aus den Landesorganisationen eingegangen sind, zu prüfen hat, daß ferner die Landesorganisationen aufgefordert werden, innerhalb einer bestimmten Frist, sagen wir vier Wochen, weitere Vorschläge an die Kommission einzureichen, und daß die Kommission die Befugnis erhält, derartige Herren in bestimmter Zahl, sagen wir 30, zuzuwählen. Wir können uns unmöglich über einzelne Vorschläge unterhalten. Aber die Vorschläge des Geschäftsführenden Ausschusses müssen wir en bloc annehmen, schon, um dem engeren Vorstand damit ein Vertrauensvotum zu geben.

Dr. Fester[37] (Frankfurt/M.): Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Dr. [Name fehlt] möchte ich bemerken, daß ein Vorstandsmitglied des Deutschen Arbeiterbundes, der von Berlin in den Zentralvorstand gewählt ist, das Amt auf einen gewissen Druck von seiten der christlichen Gewerkschaften niederlegen mußte. Ich möchte den Vorstand ersuchen, einen gewissen Ausgleich dafür zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterschaft im Zentralvorstand ihrer Bedeutung entsprechend vertreten ist und daß aus ihr möglichst ein Mitglied in den Zentralvorstand berufen wird (Sehr richtig!). Wenn selbst Herr Hesse wirklich im Zentralvorstand sitzt (Zuruf: Der ist nicht drin!) –, wenn er nicht drin ist, dann ist das umso schlimmer, dann ist also die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung im Zentralvorstand der Partei nicht vertreten, und sie hat außerordentlich viel für die Partei gekämpft und auch in diesem letzten Wahlkampfe sich ganz hervorragend für die Partei geschlagen (Sehr richtig!). Ich meine, sie ist zahlenmäßig viel stärker als manche der Verbände, die einen Vertreter zugebilligt erhalten haben. Es entspricht der Parteitaktik und ist ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn mindestens ein Vorstandsmitglied des Deutschen Arbeiterbundes als Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung in den Zentralvorstand berufen wird.

Backheuer (Hannover): Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Vorredners möchte ich vorschlagen, als Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes den Arbeitersekretär Grandke (Hannover) zuzuwählen.

Dr. Cremer (Dortmund): Ich stelle fest, daß Herr Hesse nicht Mitglied des Zentralvorstandes ist. Ferner stelle ich fest, daß die Gründe, die früher dafür maßgebend gewesen sein mögen, die wirtschaftsfriedlichen Vereine auszuschließen oder etwas beiseite zu rücken, heute nicht mehr bestehen. In den Abmachungen bei Gründung der Arbeitsgemeinschaft zwischen den industriellen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist vereinbart worden, daß vom 1. April 1919 ab der Deutsche Arbeiterbund

[36] Wolfgang Theodor Hein (* 1883), Dr. iur., Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Halle.

[37] Gustav Fester (* 1886), Chemiker. 1919–1924 Professor an der Universität Frankfurt, ab 1924 in Santa Fé (Argentinien).

als vollkommen selbständige Gewerkschaft mit in die Arbeitergemeinschaft[38] aufzunehmen ist.[39] Die Einwendung, daß er keine gewerkschaftliche Organisation, sondern eine von den Unternehmern unterstützte Organisation sei, ist heute nicht mehr stichhaltig. Der Deutsche Arbeiterbund hat seine Satzungen umgeändert und ist heute genau wie jede andere gewerkschaftliche Organisation zu betrachten. Aus diesem Grunde glaube ich, daß wir es diesem Verbande, ohne auf das, was früher gewesen ist, zurückzukommen, heute schuldig sind, einen seiner Führer in den Vorstand hineinzubringen, und da mir keine anderen Namen genannt worden sind, bin ich mit dem Vorschlage eines der Herren Vorredner einverstanden, daß Herr Grandke in Hannover in den Zentralvorstand gewählt wird.

Abgeordnete Frau Mende: Ich möchte im Interesse der arbeitenden Frauen bitten, die größeren Frauenverbände zu berücksichtigen. Wir möchten von unserer Seite aus vorschlagen, Fräulein Schilling und Frau Saust[40], die Vertreterin des Verbandes der deutschen Eisenbahnbeamtinnen, die auch schon auf der Liste gestanden hat, die außerordentlich tätig für die Volkspartei ist; Sie brauchen nicht nur akademisch Gebildete, sondern auch Frauen.

Vorsitzender [Stresemann]: Es sind also noch zwei Vorschläge gemacht worden, Frau Saust und Arbeitersekretär Grandke. Ich möchte Ihnen vorschlagen, da es sich ja um Wahlen handelt, die nur für diesen Zentralvorstand gelten sollen, Ihre Zustimmung zu den Gesamtvorschlägen zu geben. Über die Form, wie in Zukunft solche Zuwahlen vorzubereiten wären, kann sich ja die Satzungskommission vielleicht nachher einigen (Sehr richtig!). Darf ich dann Ihr Einverständnis mit diesen Vorschlägen feststellen? (Wird bejaht.) Dann darf ich die genannten Damen und Herren, die etwa anwesend sind, hiermit als stimmberechtigte Mitglieder im Zentralvorstand begrüßen.

Meine Herren, dann liegen noch Vorschläge vor, die ohne Anregung der Parteileitung von einzelnen Landesorganisationen in Berlin eingegangen sind, und zwar schlägt die Organisation der Provinz Posen Herrn Geheimrat Cleinow[41] (Bromberg) vor, die Organisation Westfalen Herrn Redakteur Dr. [Name fehlt] (Bochum).

Ich darf nun diese Vorschläge hier zur Debatte stellen. Ich darf vielleicht fragen, ob Herr Dr. Cremer, der Vertreter der Organisation Westfalen, zu den Vorschlägen etwas bemerken will.

---

[38] Gemeint: in die ZAG.

[39] Punkt 3 des ZAG-Abkommens vom 15.11.1918 (Text: Ritter/Miller, S. 237f.) legte fest, daß die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände »die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortab vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen«; zur Frage der Aufnahme der wirtschaftsfriedlichen Vereine in die ZAG siehe Klaus Schönhoven (Bearb.), Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919, Köln 1985, Dok. Nr. 62; Feldman/Steinisch, S. 31f.; Mattheier, S. 296ff.

[40] Klara Saust (Berlin), tätig im Verband der deutschen Eisenbahnbeamtinnen.

[41] Georg Cleinow (1873–1936), Journalist. Tätigkeit bei unterschiedlichen Presseorganen, u.a. bei der »Kölnischen Zeitung« und der »Vossischen Zeitung«. 1909–20 Hrsg. der »Grenzboten«. Nach der Abtretung Westpreußens an Polen dort Gründer verschiedener deutschsprachiger Zeitungen.

Dr. Cremer (Dortmund): Die Vorschläge sind deshalb gemacht worden, weil der Wahlbezirk Arnsberg 70000 Wahlstimmen für uns abgegeben hat[42] und es nicht möglich war, im Rahmen der zuerkannten Mandate verschiedene wichtige Bezirke zu berücksichtigen, insbesondere, um zu Lippstadt etwas zu bemerken, ist es für uns dringend erwünscht, im katholischen Teil des westfälischen Sauerlandes festeren Fuß zu fassen. Daher erscheint es uns notwendig, den Parteifreund Dr. [Name fehlt] dort in Vorschlag zu bringen, der sich in hervorragender Weise betätigt hat. Bergmann Schulte[43] ist Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes im Regierungsbezirk Arnsberg, einer der eifrigsten und hervorragendsten Mitarbeiter für uns, außerdem von einem großen Einfluß auf die Arbeiterbewegung, den wir nicht gern entbehren möchten. Die andern Herren sind in den betreffenden Landesteilen hervorragend an der Werbearbeit beteiligt gewesen, und es ist gewissermaßen, ähnlich wie in Berlin, der Wunsch, dem Dank für die Arbeit dieser Herren Ausdruck zu geben, indem man ihnen die Mitarbeit im Zentralvorstand ermöglicht.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Dr. Cremer eins sagen. Ich halte den Wunsch dieser Herren für durchaus berechtigt, er geht ja von der Provinz aus, die die meisten Stimmen für die Volkspartei abgegeben hat. Aber in Zukunft müssen wir doch in der Weise vorgehen, daß an alle Wahlkreise offiziell die Anfrage gerichtet wird, ob sie über die Zahl der ihnen zustehenden Mandate hinaus noch die Absicht haben, Vorschläge für die Zuwahlen zu machen. Denn sonst kommen die Organisationen, die Zurückhaltung üben, zu kurz (Sehr richtig!). Sie kommen heute ohne Vorschläge her, und das Bild könnte einseitig werden, nur weil einige Wahlkreisbezirke mehr vertreten sind (Sehr richtig!). Ich glaube, daß es für diesen Zentralvorstand wirklich auch empfehlenswert wäre, den Vorschlägen zuzustimmen, in Zukunft aber so zu prozedieren, wie ich vorschlage.

Abgeordneter Dr. Hugo [Berlin]: Ich bin der Ansicht, meine Damen und Herren, wir müssen den Punkt dieser Zuwahlen bis zur nächsten Sitzung absetzen, weil wir gar nicht wissen, welche Begrenzung diese Zuwahlen durch die Satzung finden werden (Sehr richtig!). Wir könnten durch die Festlegung einer weitergehenden Zuwahl heute den Zustand schaffen, daß für die übrigen Organisationen gar keine Möglichkeit mehr bliebe, auch nur einen einzigen Vorschlag zu machen. Ich möchte doch der Ansicht sein, daß es zweckmäßig wäre, für die nächste Sitzung des Zentralvorstandes, die ohnehin aus politischen Gründen nicht allzuweit hinausgeschoben werden darf, die sämtlichen Organisationen der einzelnen Verbände zu beauftragen, nunmehr ihre Vorschläge zu machen und dann hier einheitlich auf der ganzen Linie vorzugehen, so daß wir nicht zu irgendwelchen Bevorzugungen kommen, die heute sehr leicht eintreten könnten (Zustimmung).

Vorsitzender [Stresemann]: Darf ich vielleicht einen Vermittlungsvorschlag machen, der diese Schwierigkeiten behebt. Herr Hugo hat ganz recht. Wenn wir annehmen, daß, sagen wir, 30–35 Herren zuzuwählen sind, und die Ziffer ist nun erreicht, dann

[42] Die DVP erhielt im Wahlkreis 18 (Regierungsbezirk Arnsberg) bei den Wahlen zur Nationalversammlung auf einer gemeinsamen Liste mit der DNVP 177095 Stimmen; gewählt wurden von der DVP August Winnefeld und Albert Vögler.

[43] Otto Schulte, Arbeitersekretär. 1914–1918 Vors. des Provinzialverbandes der Werkvereine Ruhrgebiet.

entfällt die Möglichkeit für Persönlichkeiten, die vielleicht in den nächsten Wochen sich verdient machen, zugewählt zu werden. Vielleicht sind die Herren, die die Vorschläge machen – ich wende mich da an Herrn Dr. Cremer – damit einverstanden, daß die vorgeschlagenen Herren an der heutigen Sitzung mit beratender Stimme teilnehmen.

Dr. Cremer (Dortmund): Wenn ich einen Vermittlungsvorschlag machen darf, würde ich bitten, die beiden Herren, um die es uns in erster Linie zu tun war, [Name fehlt] und [Name fehlt] zuzuwählen und würde die übrigen Vorschläge bis zu späterer Zeit zurückziehen. Da Berlin schon zwei Herren vorgeschlagen hat, ist [es] ja schließlich kein Mangel, wenn Westfalen vielleicht auch zwei Vertreter bekommt.

Geheimrat Hirschberg (Eberswalde): Ich würde vorschlagen, Herrn Dr. Maretzky[44] und Herrn Rektor Hollmann[45] zu wählen. Wir sind bei der Wahl davon ausgegangen, daß das Mitglied der Nationalversammlung Dr. Maretzky und das Mitglied der preußischen Landesversammlung Rektor Hollmann ohne weiteres Mitglieder des Zentralvorstandes wären, also heute hier volles Stimmrecht haben. Wenn wir nicht von dieser Voraussetzung ausgegangen wären, so hätten wir diese beiden Herren zweifellos gewählt. Infolgedessen entspricht es meiner Ansicht nach nur der Billigkeit, daß die beiden Herren sofort heute zugewählt werden. Was Herrn Rektor Hollmann anlangt, so möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß er Vorsitzender des Brandenburger Rektorenvereins ist, also ein Vertreter des Volksschulwesens ist, auf die wir ganz besonderes Gewicht legen. – Ich weiß nicht, woher diese falsche Information gekommen ist; ich glaube, in den Anträgen stand damals ausdrücklich, daß die Herren geborene Mitglieder des Zentralvorstandes sind. Also, ich kann unsern Vorschlag nicht zurücknehmen und muß darauf bestehen bleiben, daß die beiden Herren als vollberechtigte Mitglieder, nicht nur mit beratender Stimme, zugezogen werden.

Vorsitzender [Stresemann]: Es liegen noch mehrere Wortmeldungen vor. Darf ich zur Abkürzung der Debatte vielleicht vorschlagen, daß die Redner sich auf die Frage beschränken: Sollen heute überhaupt noch Zuwahlen aus den Landesorganisationen vorgenommen werden oder nicht? Denn das scheint mir die Hauptfrage zu sein. Wird diese Frage bejaht, dann werden wahrscheinlich noch mehr Vorschläge aus der Versammlung kommen. Wird sie verneint, dann fällt die Diskussion über Zahl und Persönlichkeiten aus einzelnen Bezirken fort (Rufe: Abstimmen!).

Prof. Dr. Hein (Halle): Es liegt mein Antrag vor.

Vorsitzender [Stresemann]: Es liegt ein Antrag des Herrn Professors Hein aus Halle vor: Eine Kommission von sieben Mitgliedern entscheidet über die Zuwahlen, die bis zum 1. Juni der Reichsgeschäftsstelle mitgeteilt werden.

[44] Oskar Maretzky (1881–1945), Dr. iur. Preußischer Verwaltungsbeamter. 1912–1918 Stadtsyndikus in Berlin-Lichtenberg, 1918 dort Bürgermeister; führend im Jungliberalen Bund. 1919–1924 MdR (DVP/seit Mai 1924 DNVP), 1924–1928 MdL Preußen (DNVP). März 1933 Staatskommissar für Berlin, 1934/35 dort Bürgermeister.

[45] Ludwig Hollmann (* 1873), Schulrektor. 1922–1924 Schulrat, ab 1924 Oberregierungsrat im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Vors. des Schulausschusses der DVP. 1921–1932 MdL Preußen (DVP).

Abgeordneter Dr. Hugo: Die Begründung, die uns eben Herr Geheimrat Hirschberg gegeben hat, spricht meines Erachtens mindestens dafür, daß die weiteren Zuwahlen zurückgestellt werden müssen. Denn bevor wir nicht klar darüber sehen, ob sich Zentralvorstand und Parteitag der Anschauung anschließen, die nunmehr der Satzungsentwurf enthält, daß nämlich nur die Vorstände der Fraktionen in den Zentralvorstand aufgenommen werden sollen, ist es schlechterdings nicht möglich, Vorschläge für die Zuwahlen zum Zentralvorstand zu machen (Sehr richtig).

Ich bin der Ansicht, daß aus vielen Bezirken die Vertreter der Organisation wünschen, daß einige ihrer Abgeordneten in den Zentralvorstand hineinkommen (Zustimmung). Wenn wir heute so verfahren, wie es hier vorgeschlagen wird, ist es undenkbar, daß wir zu einem Zustand kommen, der uns einigermaßen einen Ausgleich ermöglicht. Ich bitte auch Herrn Dr. Cremer, seinen Separatvorschlag zurückzuziehen, denn mit demselben Recht können alle andern kommen, und da doch in der nächsten Zeit der Zentralvorstand wieder zusammentritt, um ein Parteiprogramm zu schaffen[46], könnte man das bis dahin zurückstellen. Ich möchte bitten, daß so verfahren wird, daß wir nunmehr keine Wahlen vornehmen, sondern die Wahlen bis zur nächsten Zentralvorstandssitzung zurückstellen.

Dr. Fester (Frankfurt/M.): Meine Damen und Herren, ich schließe mich dem Vorschlage des Herrn Dr. Hugo vollständig an für diejenigen Wahlkreise, denen nicht die Mitteilung gemacht worden ist, daß über die Zahl der ihnen zustehenden Vertreter hinaus noch eine Zuwahl möglich ist; es würde eine Hintansetzung bedeuten, wenn einige Wahlkreise außer der ihnen geschäftsordnungsmäßig zustehenden Anzahl von Vertretern noch weitere Vertreter in den Zentralvorstand hineinbekommen. Mit demselben Recht könnte jeder der hier vertretenen 39 Wahlkreise[47] noch Vorschläge machen. Ich schlage vor, daß wir nicht hier über die einzelnen Namen weiter debattieren, sondern abgesehen von den vom Geschäftsführenden Ausschuß uns vorgelegten Vorschlägen alle weiteren Zuwahlen ablehnen, sintemal Herr Dr. Hugo ausführte, daß das Recht dazu erst in der Satzung festgelegt werden wird, über die wir nachher beschließen werden.

Abg. Garnich [Berlin]: Meine Herren, mit Rücksicht auf die vielen wichtigen Dinge, die wir heute noch in der Zentralvorstandssitzung zu erledigen haben, beantrage ich Schluß der Debatte.

Vorsitzender [Stresemann]: Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen. Es liegt ein Antrag von Dr. Hugo vor, daß außer den von der Parteileitung vorgeschlagenen Persönlichkeiten weitere Zuwahlen auf Vorschlag von Organisationen heute nicht vorgenommen werden sollen. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Zentralvorstandes, die für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben (Geschieht). Das ist die große Mehrheit. Dann ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt, dann darf ich zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergehen: Wahlen des Vorsitzenden, des Schriftführers und Schatzmeisters.

[46] Siehe Dok. Nr. 13; zur Vorberatung des Parteiprogramms im GA siehe Dok. Nr. 8–10.
[47] Siehe Anm. 113.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir hier allerdings etwas weiter gehen müssen. Es muß sinngemäß wohl heißen: Wahlen der Vorsitzenden, des Schriftführers und des Schatzmeisters, denn wir hatten dabei an die Wahlen eines ersten und eines zweiten Vorsitzenden gedacht.

Justizrat Dr. Osann (Darmstadt): Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen vorschlagen, als ersten Vorsitzenden zu wählen Herrn Dr. Stresemann (Beifall). Darf ich zu diesem Vorschlage ein Wort bemerken? (Zuruf: Nicht nötig!). Wir sind davon überzeugt, daß gerade der Person des Herrn Dr. Stresemann als Vorsitzendem der Deutschen Volkspartei gewisse Anfeindungen von gegnerischer Seite nicht erspart bleiben werden. Wir haben gesehen, wie gerade seine Person in den Wahlkämpfen von der Demokratie[48] und der Sozialdemokratie aufs schärfste angegriffen worden ist. Wir haben weiter gesehen, daß von den Freunden, die wir früher in der Nationalliberalen Partei hatten, manche, die zur Demokratie gegangen sind, in schärfster Weise gegen Stresemann Stellung genommen haben.[49] Wir haben uns auch weiter nicht verhehlt, daß die politische Vergangenheit des Herrn Dr. Stresemann, insbesondere in dem Kriege[50], den Gegnern manche Angriffsfläche geben wird. Ich meine aber, wir seien es demgegenüber und der anerkannten Stellung der Partei, insbesondere ihrer jetzigen Stellung als Oppositionspartei der Linken gegenüber, in der Öffentlichkeit schuldig, gerade diesen Mann zu unserm Vorsitzenden zu wählen (Lebhafter Beifall). Weiter führt aber auch der Umstand, daß wir endlich auch einmal der linken Seite gegenüber energisch Stellung nehmen werden und sie auch weiter nehmen wollen und nehmen müssen, dazu, Stresemann zu unserm 1. Vorsitzenden vorzuschlagen.[51] Ich möchte weiter als zweiten Vorsitzenden vorschlagen Herrn Oberpräsidenten v. Richter in Hannover und als dritten Herrn Generaldirektor Vögler[52], das bekannte Mitglied der Nationalversammlung. Auch der letztere wird ja in den Reihen der gegnerischen Partei manchen Angriff erleiden. Um so mehr ist es

[48] Gemeint: die DDP.

[49] Siehe dazu Hartenstein, S. 7ff.; Albertin, S. 25ff. sowie Einleitung, S. 25*ff.; Dok. Nr. 1a, 1b, 2.

[50] Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges stand Stresemann eher auf dem linken Flügel der NLP, 1912 wurde er nicht zuletzt deshalb nicht mehr in den GA gewählt und verlor auch sein Reichstagsmandat. Osann bezieht sich hier offensichtlich auf Stresemanns Eintreten für einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg und seine verhältnismäßig weitreichenden Kriegszielforderungen, siehe dazu Reiß, S. 276ff., 312ff.; Hirsch, S. 61ff.; Ludwig Richter, Bassermann, Stresemann und die Nationalliberale Partei im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, in: Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb, hrsg. v. W. Pyta/L. Richter, Berlin 1998, S. 56ff.

[51] Am 27.2.1919 hatte Stresemann in einem Schreiben aus Weimar Hugo Garnich mitgeteilt, er habe erfahren, in führenden Kreisen der Partei bestehe die Absicht, v. Richter zum Vorsitzenden des ZV zu wählen, wobei er aber Grund zu der Annahme habe, daß v. Richter die Wahl nicht annehmen werde; gleichzeitig stellte er heraus: »Ich möchte Sie andererseits darauf aufmerksam machen, daß es für mich schwer möglich sein würde, politisch weiter zu wirken, wenn bei der Wahl des Vorsitzenden des Zentralvorstandes sich eine Mehrheit gegen mich ergäbe, nachdem ich den Vorsitz in der Fraktion niedergelegt habe, um mich in erster Linie als Parteivorsitzender zu betätigen«, PA NL Stresemann 202.

[52] Albert Vögler (1877–1945), Industrieller. 1906–1912 Direktor der Union-AG für Eisen- und Stahlindustrie (Dortmund). 1915–1926 Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG (Bochum). 1926 Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG. Hauptvorstandsmtgl. des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Vors. des Langnam-Vereins. Mai–Nov. 1919 Schatzmeister der DVP. 1919–1924 MdR (DVP), 1933–1945 MdR (NSDAP).

für uns Verpflichtung, ihn gegenüber Erzberger[53] in die erste Reihe der Partei zu stellen.[54] Als Schatzmeister möchte ich vorschlagen Herrn Regierungsrat Garnich und als Schriftführer Herrn Dr. Hugo.

Hoffmann[55]: Ich möchte als zweite Vorsitzende Frau Mende vorschlagen (Beifall). Ich glaube, wir müssen im Vorstand auch eine Dame haben, und eine verbindlichere Dame als Frau Mende können wir nicht vorschlagen.

Morath (Berlin-Karlshorst): Meine Damen und Herren, ich schließe mich dem Vorschlage des Herrn[56] Hoffmann ganz besonders an. Es war in den Vorschlägen, die uns von der Leitung gemacht wurden, keine Dame genannt worden. Es wäre aber nach den Worten eines berühmten Politikers nicht nur ein Verbrechen, es wäre eine Dummheit, wenn wir keine Dame in den Vorstand hineinwählten.

Dann möchte ich davor warnen, daß wir die Vorsitzenden – ob es nun drei oder vier sind, das mag dahingestellt bleiben – aus einem oder zwei Gesellschaftskreisen nehmen (Sehr richtig!). Abgesehen von den Persönlichkeiten – ich glaube, alle vorgeschlagenen Persönlichkeiten werden uns sehr lieb und sehr wert sein – müssen wir darauf achten, welches Aushängeschild sie nach außen tragen (Vorsitzender [Stresemann]: Nein!) und darum bitte ich Sie, auch aus anderen Schichten Herren oder Damen hier zu wählen. Ich schlage Ihnen einen Arbeitersekretär vor und denke dabei an das Mitglied der preußischen Landesversammlung, den Arbeitersekretär Langer.[57]

Stellvertretender Vorsitzender Abgeordneter Garnich[58] [Berlin]: Meine Damen und Herren, ich glaube, wir tun gut, die Wahl des ersten Vorsitzenden von der Wahl der anderen zu trennen. Es ist als erster Vorsitzender Herr Dr. Stresemann, der langjährige Führer der Nationalliberalen Partei, vorgeschlagen worden. Wird ein Gegenvorschlag gemacht? Das geschieht nicht. Dann stelle ich fest, daß Herr Dr. Stresemann einstimmig im Zentralvorstand als erster Vorsitzender der Deutschen Volkspartei gewählt worden ist (Stürmischer Beifall). Meine Damen und Herren, Sie haben Ihrer Freude über diesen Vorschlag soeben Ausdruck verliehen. Gestatten Sie mir, sehr verehrter Herr Dr. Stresemann, daß ich Ihnen meinen herzlichen Glückwunsch zu dieser Wahl ausspreche und daß wir uns selbst zu dieser Wahl beglückwünschen

[53] Matthias Erzberger (1875–1921), Volksschullehrer. 1903–1921 MdR (Zentrum). Febr.–Juni 1919 Reichsminister ohne Portefeuille, Juni 1919–März 1920 Reichsfinanzminister. Am 26.8.1921 durch Angehörige der rechtsradikalen Organisation »Consul« ermordet.

[54] Nachdem die DVP von der Reichsregierung in einer Interpellation vom 12.2.1919 die Vorlegung einer »Denkschrift über die bisher von der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen« gefordert hatte, entspann sich in der Nationalversammlung zwischen Erzberger und Vögler eine scharfe Auseinandersetzung, in der Vögler Erzberger der Lüge bezichtigte, siehe VNV, Bd. 327, S. 131 ff.

[55] Antonie Hoffmann, Lehrerin in Berlin-Steglitz. Vors. des Jugendausschusses der DVP.

[56] So in der Vorlage statt richtig: »Frau«.

[57] Walter Langer (* 1877), Fabrikarbeiter. 1906–1912 Berliner Sekretär des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften. 1912–1920 Sekretär des ev. Arbeiterverbandes der Kreise Mühlheim (Ruhr), Oberhausen und Dinslaken. Ab 1920 Sekretär der Gewerkschaft der deutschen Eisenbahn- und Staatsbediensteten. Seit 1925 Arbeitersekretär der ev. Arbeitervereine. 1919–1932 MdL Preußen (DVP). Mai 1919 Mtgl. des Ausschusses für Landwirtschaft und Siedlungswesen.

[58] Offensichtlich hatte Hugo Garnich für die Wahlhandlung den Vorsitz übernommen.

(Beifall). Ich darf Herrn Dr. Stresemann dann wohl bitten, den Vorsitz wieder zu übernehmen.

Vorsitzender Abgeordneter Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen herzlich für das Vertrauen, das Sie mir gegenüber zum Ausdruck gebracht haben. Lassen Sie mich meinen Dank auf die Worte beschränken, daß ich meine ganze Kraft in den Dienst der Partei und unserer guten Sache stellen werde (Beifall).

Wir schreiten nun in der Tagesordnung fort. Es sind Vorschläge gemacht worden für den zweiten und den dritten Vorsitzenden. Es ist von einer Seite vorgeschlagen worden Herr Oberpräsident von Richter (Hannover), von anderer Seite Herr Arbeitersekretär Langer aus Oberhausen (Zuruf: Frau Mende!), von dritter Seite Frau Mende (Tempelhof-Berlin). Es ist als allgemeine Grundlage für die Kandidaten zum Ausdruck gebracht worden, einmal, daß Wert darauf gelegt werde, daß sich der Vorstand nicht aus gewissen engen Gesellschaftskreisen zusammensetzt, von anderer Seite ist betont worden, daß es notwendig wäre, auch die Frauen in der Parteileitung zu berücksichtigen. Ich möchte bitten, daß wir vielleicht einmal über diese Fragen, die ja grundsätzlicher Natur sind, die Aussprache fortsetzen. Vielleicht kommen noch andere Vorschläge in der Debatte.

Rose (Hamburg): Meine Damen und Herren, ich glaube, bei der Wahl der Vorsitzenden können wir unmöglich nach Stand oder Beruf gehen (Sehr richtig!). Für uns muß maßgebend sein, daß es Persönlichkeiten sind, die dem ganzen Volke Führer zu sein vermögen (Zustimmung). Ich bitte, es bei den ersten Vorschlägen zu belassen. Aber darüber ließe sich sprechen, ob statt der drei Vorsitzenden vier zu wählen sind und dann unter den vier Vorsitzenden eine Frau (Beifall).

Regierungsrat Dr. Thissen[59] [Berlin]: Meine Damen und Herren, ich möchte das doch nicht unterschreiben, was der letzte Herr Vorredner eben gesagt hat (Sehr richtig!). Kann man einen Führer finden, der zugleich das gewünschte Aushängeschild ist – um den hier schon einmal gebrauchten Ausdruck zu verwenden –, so ist das besser (Sehr richtig!). Ich möchte infolgedessen bitten, wenn es geht, die ganze Personenfrage zurückzustellen, nachdem wir unseren verehrten Vorsitzenden uns bereits wieder errungen haben, und die Regelung der Personenfrage des weiteren nach der Beratung der Satzung vorzunehmen (Widerspruch). Meine Damen und Herren, Sie bekommen sonst auch von anderer Seite noch Vorschläge, und ich fürchte, daß wir über den Personenfragen dann in infinitum sitzen. Auch die Zusammensetzung der Organisation ist eine wesentliche Voraussetzung. Sie muß erst geklärt sein, wenn man sich über drei oder vier Vorsitzende, über den Geschäftsführenden Ausschuß hier klar werden soll. Es sind Verhandlungen im Gange gewesen mit der von mir vertretenen national gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, wonach auf diese Kreise eine gewisse Rücksicht genommen werden soll.[60] Vielleicht sind das alles auch Gründe, die einem doch nahelegen, die weiteren Personenfragen zurückzustellen, bis die Organisation aufgrund der Satzung klargestellt worden ist.

[59] Zu dem Namen Thissen rechts oben eingeklammerte handschriftliche Bemerkung: »Steht nicht in der Liste«; zu seiner Zuwahl siehe oben S. 18.

[60] Siehe Dok. Nr. 4, Anm. 8.

Geheimrat Dr. Rose (Berlin-Wilmersdorf): Meine Damen und Herren, ich möchte auch einen grundsätzlichen Gesichtspunkt zur Erwägung stellen. Wir brauchen einen Geschäftsführenden Ausschuß, der möglichst arbeitsfähig ist (Sehr richtig!). Ich glaube, das werden Sie in der Provinz wohl ebenso empfunden haben wie wir in der näheren Umgebung von Berlin. Wir haben darunter wohl alle gelitten, daß während der Wahlzeit aus Berlin so gut wir gar keine Entscheidung herauszubekommen war (Lebhafte Zustimmung). Wenn man sich an die Reichsgeschäftsstelle wandte und den Wunsch hatte, daß eine große Frage angeschnitten wurde, z. B. die nach meiner Ansicht ganz außerordentlich brennende Frage der Arbeiterräte, dann hat es eines dauernden Drucks bedurft, um diese Stelle wirklich zu einer Politik zu bringen (Sehr richtig!). Meine Damen und Herren, wir müssen Wert darauf legen, daß wir in Berlin oder in der näheren Umgebung von Berlin ein jederzeit aktionsfähiges Organ haben, und dazu ist es nach meiner Auffassung nötig, daß bei der Wahl der Vorsitzenden Rücksicht darauf genommen wird, daß einer da ist, der jederzeit in Berlin zu erreichen ist. Das kann man nun allerdings auch dadurch erreichen, daß man sagt, wir wählen einen anderen Vorsitzenden für den Geschäftsführenden Ausschuß oder wir wählen einen anderen stellvertretenden Vorsitzenden für den Geschäftsführenden Ausschuß. Wir wollen also drei Stellvertreter haben.

Stellvertretender Vorsitzender Abgeordneter Garnich (einfallend): Gestatten Sie, daß ich Sie unterbreche. Der Geschäftsführende Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden aus sich. Ich glaube, Sie sprechen jetzt zu der Frage der Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses. Wen Sie zum Vorsitzenden wählen, das hat mit der Wahl des Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses der Partei gar nichts zu tun. Jahrelang ist Stresemann Vorsitzender des Zentralvorstandes gewesen, Geheimrat Friedberg Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses. Also, ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß Sie sich, glaube ich, auf ein anderes Gebiet begeben, wodurch meines Erachtens die Diskussion verlängert wird. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes ist deshalb nicht Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses.[61] Das ist nachher Sache des Geschäftsführenden Ausschusses selbst.

Geheimrat Dr. Rose (Berlin-Wilmersdorf): Wenn das die allgemeine Ansicht der Versammlung ist, würde ja damit meine Anregung erledigt sein. Das ist natürlich für die Wahl eine außerordentlich wichtige Frage. Wenn aber die Versammlung einstimmig der Ansicht ist, daß der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses und die Stellvertreter nicht dieselben zu sein brauchen wie hier, dann ist ja die andere Frage mehr nebensächlicher Natur.

Backheuer (Hannover): Meine Damen und Herren, unser Oberpräsident, Herr Dr. von Richter, ist Ihnen zum zweiten Vorsitzenden vorgeschlagen worden. Wir möchten Ihnen diese Wahl dringend empfehlen. Herr Oberpräsident von Richter hat seit Jahren dem Zentralvorstand der Partei angehört, er hat sich in dieser Zeit restlos in den Dienst der Sache gestellt und damit bewiesen, daß er der richtige Mann für uns ist. Ich will zu seiner Empfehlung weiter nicht viel sagen, sondern Sie nur nochmals

[61] Nach dem Tod Bassermanns (24.7.1917), der seit dem 29.1.1905 Vorsitzender des ZV gewesen war, wurde am 23.9.1917 Friedberg (seit 1904 Vorsitzender des GA) zum 1. Vorsitzenden des Zentralvorstands gewählt, Stresemann wurde zu seinem Stellvertreter bestellt, siehe auch Reiß, S. 294 ff.

bitten, ihn zu wählen, gleichzeitig mich des Auftrages entledigen, Ihnen mitzuteilen, daß er leider nicht hat erscheinen können, infolge der Unruhen, die in Hannover vorgestern erwartet wurden und die auch gestern ausgebrochen sind. Er ist dienstlich zur Zeit nicht abkömmlich.

Professor Fränkel[62] (Ludwigshafen): Meine Damen und Herren, es sind hier verschiedene Gesichtspunkte geltend gemacht worden, wonach man die Vorsitzenden bestimmen soll. Wir in Südwestdeutschland hatten früher Bassermann an erster Stelle. Wir sehen, daß wir diesmal ganz ausgeschaltet sind. Bei der furchtbaren Lage, in der wir uns befinden – wir werden morgen wohl noch Gelegenheit haben, auf die entsetzliche Lage, in der sich die Südwestdeutschen befinden, zurückzukommen – und bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Nationalliberalismus in Süddeutschland und Südwestdeutschland, möchten wir Sie dringend bitten, unter den vier Personen einen Herrn zu wählen, der die Brücke von Südwestdeutschland nach Berlin aufrechterhält. Ich möchte mir erlauben, direkt einen Vorschlag zu machen, nämlich auf denjenigen Herrn zurückzugreifen, der vorhin das Wort zur Vorstandswahl ergriffen hat, Herrn Justizrat Dr. Osann (Darmstadt). Wenn Herr Justizrat Dr. Osann persönlich dagegen sein sollte, haben wir ja unter den Abgeordneten noch in dem Finanzminister Becker[63] eine sehr geeignete und gewiß gleichwertige Persönlichkeit (Sehr richtig!). Ich möchte Sie dringend bitten, nicht nur unseretwegen, sondern auch Ihretwegen und wegen der gesamten Organisation vielleicht einen dieser Herren als dritten Vorsitzenden zu wählen.

Dr. Stettiner (Königsberg): Ich möchte Ihnen die Wahl des Herrn von Richter dringend empfehlen. Wir haben in der Landtagsfraktion gesehen, welche außerordentliche Arbeitskraft Herr von Richter ist. Nach meiner Ansicht müssen Vorsitzende gewählt werden, die wirkliche Persönlichkeiten sind. Eine derartige wirkliche Persönlichkeit ist Herr von Richter. Herr von Richter ist derjenige, der in der preußischen Landesversammlung bei allen großen Fragen wohl in der Hauptsache das Wort zu nehmen hat, und ich sollte meinen, daß wir Rücksicht darauf zu nehmen hätten und zum zweiten Vorsitzenden unserer Partei einen Herrn zu bestimmen hätten, der so im öffentlichen Leben steht wie Herr von Richter, gerade auch bei den kritischen Dingen, die die preußische Landesversammlung beschäftigen werden (Beifall).

Abgeordneter Dr. Hugo [Berlin]: Das Bedenken, daß die Herren in Berlin anwesend sein müßten, ist meines Erachtens hinfällig, wenn der Vorschlag des Herrn Justizrats Dr. Osann angenommen wird, da die sämtlichen Herren Parlamentarier sind. Ich möchte meinen: Es geht unter keinen Umständen, daß, wenn nur drei oder vier Stellen zur Verfügung sind, nach regionalen und nach beruflichen Gesichtspunkten verfahren wird (Sehr richtig!). Auf die einzelnen Gesichtspunkte, die jetzt hier vorgetragen wurden, wird bei der Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses Rücksicht zu nehmen sein.

[62] Ludwig Fränkel (1868–1925), Literaturhistoriker. 1897 Realschullehrer in München, 1922 Oberrealschulprofessor in Ludwigshafen.

[63] Johann Baptist Becker (1869–1951), Dr. iur. Ab 1897 Tätigkeit im hessischen Finanzministerium, 1916–1918 hessischer Finanzminister. 1919–1930 MdR (DVP). Nov. 1922–Aug. 1923 Reichswirtschaftsminister. Vorstandsmtgl. der Rheinischen Stahlwerke, Aufsichtsratsmtgl. der Cornelius Heyl GmbH, Mtgl. im Verwaltungsrat der Scherl GmbH.

Dann möchte ich das eine noch einmal unterstreichen, was hier bereits gesagt worden ist. Wir sind doch eine Partei, die darauf Wert legen muß, möglichst weithin leuchtende Persönlichkeiten an der Spitze als Führer der Partei zu haben (Beifall). Wir können uns nicht darauf einlassen, daß wir uns gerade bei der Besetzung dieser Ämter nach den hier erwähnten Gesichtspunkten richten, sondern wir müssen doch sagen, wir sind eine liberale Partei und legen den größten Wert darauf, daß wir von bedeutenden Persönlichkeiten geführt werden. Deshalb bin ich der Ansicht, daß wir nur diesen Gesichtspunkt für die Besetzung maßgebend sein lassen sollten. Selbstverständlich hat die Parteileitung, die bisher die Geschäfte geleitet hat, nichts dagegen, wenn ein Ergänzungsantrag dahin geht, daß ein vierter Posten geschaffen wird, der dann einer Dame übertragen werden könnte.

Professor Dr. Moldenhauer[64] (Köln): Ich bitte ebenfalls, zum zweiten Vorsitzenden Herrn von Richter zu wählen, den wir in der Landtagsfraktion sicher im Laufe der Wochen schätzen gelernt haben. Ich meine, der Wortführer der Fraktion im größten der Landtage, dem preußischen, gehört auch in den Zentralvorstand hinein, und zwar in führender Stelle. Wir haben ihn alle in der Zeit als einen Staatsmann kennengelernt, als einen Mann, der die Dinge von höherer Warte aus sieht, der im preußischen Parlament das Ohr des Hauses in vollem Maße hat. Einen solchen hervorragenden Mann müssen wir an die Spitze stellen. Dann kommt noch hinzu, daß von Hannover aus Berlin jederzeit leicht zu erreichen ist und daß wir bei den schwierigen Verhältnissen, die jetzt herrschen, jemand haben müssen, der sich auch betätigen kann, der nicht fernab im Westen oder im Osten sitzt, sondern der, wenn der Vorsitzende einmal verhindert ist, ihn auch sofort vertreten kann. Ich bitte so vorzugehen, daß wir jetzt zunächst den zweiten Vorsitzenden wählen, sonst kommen wir ja nicht weiter (Sehr richtig!), und daß, wenn wir uns über diese Persönlichkeit geeinigt haben, wir dann die folgenden wählen.

Regierungsrat Dr. Thissen [Hamburg]: Nachdem klargestellt worden ist, daß es die Meinung der Versammlung ist, den Geschäftsführenden Ausschuß anders besetzen zu können, ziehe ich natürlich meinen Antrag zurück. Im übrigen wollte ich nicht gegen den Herrn Oberpräsidenten von Richter oder sonst einen der vorgeschlagenen Kandidaten Stellung nehmen, sondern es sollte nur über die Wahlen später entschieden werden, wenn über die Organisation Klarheit vorhanden ist. Aber wenn der Geschäftsführende Ausschuß eine andere Zusammensetzung bekommen kann, ist mein Antrag gegenstandslos geworden.

Vorsitzender [Stresemann]: Darf ich einmal bitten, zweierlei auseinander zu halten. Nach dem Satzungsentwurf, der Ihnen vorgelegt worden ist, gehören die drei Vorsitzenden, die heute gewählt werden, eo ipso dem Geschäftsführenden Ausschuß an.[65] Also, darüber besteht wohl kein Zweifel. Was ich hier darlegen wollte, ist nur, daß der Geschäftsführende Ausschuß darin, in wessen Hände er seine Vorstandsäm-

[64] Paul Moldenhauer (1876–1947), Dr. iur. Professor für Versicherungswesen an der Universität Köln. 1919–1921 MdL Preußen, 1920–1932 MdR (DVP). 1926–1929 Mtgl. des Aufsichtsrates der IG-Farben. Nov. 1929 Reichswirtschaftsminister, Dez. 1929–Juni 1930 Reichsfinanzminister. Mtgl. des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform der DVP. 1931–1934 Honorarprofessor in Berlin. Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligt an der Entflechtung der IG-Farben.

[65] Diesen Passus enthielt auch die Satzung von 1912, siehe Reiß, S. 59, § 17.

ter legt, vollkommene Freiheit hat. Aber das möchte ich andererseits auch feststellen, damit darüber kein Zweifel besteht, die Vorsitzenden sind selbstverständlich im Geschäftsführenden Ausschuß. Darf ich dann vielleicht die Versammlung fragen, ob wir nicht bald zur Entscheidung über den zweiten Vorsitzenden kommen können? Lassen Sie mich persönlich noch zwei Worte sagen. Einmal halte ich es für gut, daß man in unserer Partei, soweit man es kann, an der guten alten Überlieferung festhält. Von diesem Gesichtspunkt aus freue ich mich, wenn die Provinz, in der die Geburtsstätte der alten Nationalliberalen Partei gestanden hat und in der einmal von Bennigsen[66] Oberpräsident war, wieder durch ihren Oberpräsidenten in der Deutschen Volkspartei vertreten ist (Beifall).

Nun ein Zweites. In früheren Zeiten mochte es vielleicht Anlaß zu Bedenken geben, wenn hohe Beamte gleichzeitig in der Partei waren, weil man fürchtete, sie könnten dadurch in Abhängigkeit von oben kommen. Wer in der Zeit, wo alles anbetend niederkniet vor Sozialdemokratie und Demokratie, als Oberpräsident mit allen Persönlichkeitswerten, die ihn in heutigen Zeiten, wenn er es anders gewollt hätte, zu den höchsten Stufenleitern qualifizierten, seiner Überzeugung treu bleibt und einer Partei, die im Augenblick keinen Einfluß hat, seine ganze Person zur Verfügung stellt, der hat dadurch, neben seiner Qualifikation, auch Charakter bewiesen (Beifall). Einem Mann, der uns in dieser Stellung die Treue gehalten hat gegenüber Arbeiter- und Soldatenräten und Ministerium, ist auch die Treue zu halten von seiten der Partei (Beifall). Darf ich fragen, Frau Hoffmann, ob Sie zu der Person des zweiten Vorsitzenden zu sprechen wünschen?

Hoffmann [Berlin]: Ich möchte doch dazu noch sprechen. Ich möchte doch bitten, eine Frau zur zweiten Vorsitzenden zu wählen, denn wir sehen gerade bei dem jetzigen System: Die Hauptstimmen, die uns zufließen, sind Stimmen der Frauen. Die Stimmen der Frauen sind außerordentlich wichtig für uns, und ich bitte das nicht zu unterschätzen (Zuruf: Abstimmen!).

Vorsitzender [Stresemann]: Da noch ein anderer Vorschlag vorliegt, müssen wir zur Abstimmung schreiten (Rufe: Nein!).

Abgeordnete Frau Mende [Berlin]: Nach allem, was über Herrn von Richter gesagt worden ist, den ich auch persönlich kenne und hochschätze, möchte ich zur persönlichen Bemerkung bitten, Herrn v. Richter als zweiten Vorsitzenden zu wählen (Beifall). Wir Frauen erkennen vollständig an, daß Sie uns an der Stelle des zweiten Vorsitzenden unseren Einfluß wahren wollen. Ich möchte aber persönlich bitten, daß Sie mich nicht vor Herrn Oberpräsidenten v. Richter stellen möchten, und wenn Sie uns Frauen wählen wollen, werden wir Frauen uns gern mit der dritten Stelle begnügen.

Vorsitzender [Stresemann]: Dann darf ich annehmen, daß Sie den Vorschlag zurückziehen, dann liegt nur ein Vorschlag vor. Ich darf wohl annehmen, wenn kein Widerspruch erfolgt, daß Sie damit einverstanden sind, daß Herr v. Richter durch Zuruf zum zweiten Vorsitzenden gewählt wird (Beifall). Ich freue mich, das feststellen zu

[66] Rudolf v. Bennigsen (1824–1902), Jurist. 1859 Mitbegründer des Deutschen Nationalvereins, Führer der Nationalliberalen ab 1866. 1867–1883 MgPrAH (NLP), 1867–1883, 1887–1902 MdR (NLP). 1888–1897 Oberpräsident von Hannover.

können, und darf vielleicht die Geschäftsstelle bitten, Herrn von Richter durch Telegramm von der einstimmig erfolgten Wahl Kenntnis zu geben.

Wir kommen dann zur Wahl des dritten Vorsitzenden. Dabei käme gleichzeitig die Frage, ob drei oder vier Vorsitzende gewählt werden sollen. Das wäre ja gewissermaßen eine Vorwegnahme der Satzungsberatung, aber ich glaube, daß wir das schon tun können, und zwar von dem Gesichtspunkte aus, daß ja durch die ganz neue Aufziehung der Organisation, durch das Frauenwahlrecht, auch hier schon durch die Vorschläge, eine gewisse Ergänzung notwendig ist.

Abgeordneter Dr. Leidig [Berlin-Wilmersdorf]: Sie haben das gesagt, was ich sagen wollte.

Vorsitzender [Stresemann]: Dann darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind, daß vier Stellen als Stellen von Vorsitzenden zu besetzen sind.

Oberpfarrer Schowalter (Wittenberge): Ich möchte gegen den Antrag sprechen, daß vier Vorsitzende gewählt werden. Wenn wir vier wählen, bekommt der Gesichtspunkt, der vorher geltend gemacht wurde, noch viel stärkere Bedeutung, daß wiederum eine Gesellschaftsschicht allein im Vorstande vertreten ist. Es genügt vollständig, wenn wir drei Herren haben. Ich stelle den Antrag, daß wir nicht vier, sondern drei wählen und als dritte Vorsitzende Frau Mende.

Abgeordneter Dr. Leidig: Meine Damen und Herren, ich möchte glauben, daß wir auch hier eine alte Tradition zu wahren haben. Wir haben bei der Wahl des Vorsitzenden nicht nur Preußen berücksichtigt, sondern natürlich auch die anderen Länder oder anderen Staaten, müssen wir ja jetzt sagen. Wir haben immer Wert darauf gelegt, daß auch jemand aus Mittel- oder Süddeutschland im Vorstande ist, und ich meine, aus diesem Gesichtspunkt müssen wir jetzt drei stellvertretende Vorsitzende wählen, um die Möglichkeit zu haben, auch eine Frau hineinzuwählen und auch das nicht preußische Deutschland vertreten zu lassen (Sehr richtig!). Ich möchte Ihnen vorschlagen, als dritte Vorsitzende Frau Mende und als vierten Vorsitzenden Herrn Osann (Darmstadt) zu wählen (Zustimmung).

Vorsitzender [Stresemann]: Ich darf zunächst bitten, die Personenfrage auszuscheiden, und bitte, mir zu gestatten, abstimmen zu lassen, wer für vier und wer für drei Vorsitzende ist, damit darüber nicht lange Debatten stattfinden. Darf ich bitten, daß diejenigen Damen und Herren, die für vier Vorsitzende sind, die Hand erheben (Geschieht). Das ist die große Mehrheit.

Es handelt sich nun um die Wahl des dritten Vorsitzenden. Dafür ist vorgeschlagen Frau Abgeordnete Mende (Berlin-Tempelhof) (Beifall).

Direktor Kuhbier[67] (Duisburg): Ich möchte bei dieser Gelegenheit doch noch einmal auf den ersten Vorschlag, der bei der Nennung von Stresemann, v. Richter und Vögler gemacht worden ist, auf Herrn Vögler, zurückkommen. Meine Damen und Herren! Bedenken Sie, was er für unser Wirtschaftsleben bedeutet, im Kampfe gegen Erzberger, und was diese Persönlichkeit nach außen bedeutet bei der künftigen Organi-

[67] Max Kuhbier (1873–1933), Direktor der Duisburger Kupferhütte. 1918 – Jan. 1933 Vors. der DVP im Wahlkreis Düsseldorf-West. Vors. der Rheinisch-Westfälischen Arbeitsgemeinschaft der DVP. Mai 1919 stellv. Vors. des Ausschusses für Handel und Industrie der DVP.

sation. Ich möchte unbedingt wünschen, wenn ich auch dafür eintrete, daß eine Dame in den Vorstand kommt, daß unter allen Umständen auch der Abgeordnete Vögler in den Zentralvorstand gewählt wird[68] (Beifall).

Dr. Frenzel (Nicolassee): Meine Damen und Herren, der Gesichtspunkt, der eben vorgetragen wurde, hat zweifellos Bedeutung. Wir haben aber die Aufgabe, die verschiedenen Gesichtspunkte abzuwägen, zu prüfen: Welcher ist der maßgebende? Gegenüber diesem Gesichtspunkt steht der schon betonte Gesichtspunkt, daß die Frauen an dieser Stelle vertreten sein müssen, und der vorhin betonte, und soviel ich sehen konnte, allgemein anerkannte Gesichtspunkt, daß auch das nicht-preußische Deutschland zur Geltung kommen muß (Sehr richtig!).

Was die Frauen betrifft, so will ich bloß zu dem, was gesagt worden ist, den Hinweis darauf hinzufügen, daß es ein allgemein anerkannter Grundsatz der Politik ist: Wer leistet, kann auch Einfluß beanspruchen. Die Frauen haben heute die Mehrheit der Stimmen. Es ist eigentlich, möchte ich sagen, sehr anständig, daß die Frauen nicht die Nationalversammlung mit Mehrheit allein besetzt haben, sondern uns Männern auch noch Platz gelassen haben (Heiterkeit). Nun liegt die Sache doch so, daß unsere Fraktion nur eine Frau in ihrer Mitte zählt, allerdings unsere Frau Mende. Wer von Ihnen die Agitation von links her verfolgt hat – das haben Sie wohl alle getan –, weiß, daß da ununterbrochen mit dem Hinweis darauf gearbeitet wird, die Sozialdemokratie allein ist es gewesen, der die Frauen das Stimmrecht zu verdanken haben, die anderen Parteien sind unehrlich in der Beziehung, Volkspartei, Deutschnationale und so fort werden bei erster Gelegenheit das Frauenstimmrecht wieder zu beseitigen suchen. Deswegen ist es unbedingt notwendig, daß wir hier an die dritte Stelle Frau Mende wählen und dann den Süddeutschen die vierte Stelle geben. Ich bitte Sie dringend, Frau Mende und den bewährten Vertreter unserer Partei, Herrn Justizrat Dr. Osann, zu wählen.

Abgeordneter Dr. Kaiser[69] (Dresden): Meine Damen und Herren, der Antrag, vier Vorsitzende zu wählen, ist, soweit ich unterrichtet bin, zum großen Teil deswegen durchgegangen, weil wir dem Vorschlag eines der Herren Redner folgen wollten, nämlich eine Frau in den Vorstand hineinzuwählen. Wäre dieser Vorschlag nicht gekommen, dann bin ich überzeugt, daß sehr viele gegen den Antrag gestimmt hätten. Mir wäre es auch so gegangen. Aber ich halte es für unbedingt nötig, daß eine Frau hineinkommt, und wir sollten nicht mehr darüber debattieren, daß eine Stelle mit einer Frau besetzt wird (Sehr richtig!). Die Frage der Geschäftsführung des Zentralvorstandes ist nicht eine Geschäftsordnungsfrage, sondern eine politische Frage. Also, ich meine, über die Wahl von Frau Mende besteht kein Zweifel.

Dann handelt es sich um den vierten Posten. Ich bin als Sachse selbstverständlich durchaus dafür, daß ein Süddeutscher hineinkommt. Wenn Sachsen nicht im Zentralvorstand vertreten ist, so halte ich es doch für unbedingt nötig, daß ein Süddeutscher gewählt wird, und das kann nur nach dem Vorschlage Herr Dr. Osann sein. Ich habe

[68] Gemeint: Als einer der Vorsitzenden.

[69] Fritz Kaiser (1877–1956), Dr. iur. Rechtsanwalt in Dresden. 1909–1933 MdL Sachsen (NLP/DVP), 1922/1923 Fraktionsvors.; einer der Führer des linken Flügels der DVP. Unterlag im März 1923 bei der Ministerpräsidentenwahl gegen Zeigner (SPD), 1924–1929 sächsischer Minister für Volksbildung. Seit 1929 Vorstandsmtgl. der Sächsischen Bodenkreditbank.

gegen die Persönlichkeit von Herrn Dr. Vögler selbstverständlich nicht das Geringste einzuwenden, ich kenne ihn persönlich, ich schätze sein Auftreten als das eines außerordentlich kräftigen, frischen Vertreters der Industrie, aber Generaldirektor Vögler zum Vorsitzenden unserer Partei zu wählen, ist selbstverständlich auch eine Festlegung nach gewissen Richtungen hin, die nicht allgemein im Lande gebilligt werden wird (Sehr richtig!). Es ist niemand unter uns, der Herrn Erzberger auch nur eine Spur von Sympathie entgegenbrächte. Ich glaube, darin ist nur eine Stimme. Ob aber das Auftreten des Herrn Generaldirektors Vögler damals uns so außerordentlich im Lande genützt hat[70], ist eine andere Frage (Zuruf: Sie wissen nicht Bescheid! Glocke des Vorsitzenden). Ich kann nur für den Wahlkreis sprechen, aus dem ich komme. Wir haben in Sachsen gerade eine außerordentlich starke Industrie, aber wir können trotzdem nicht für Herrn Generaldirektor Vögler stimmen. Ich bitte Sie, wählen Sie Frau Mende und dann einen Herrn aus Süddeutschland, Herrn Dr. Osann oder Herrn Dr. Becker.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich bitte doch als stellvertretender Vorsitzender der Reichstagsfraktion eine Bemerkung zu den letzten Ausführungen machen zu dürfen. Ich verstehe es, daß an manchen Stellen im Lande das Auftreten des Herrn Abgeordneten Vögler die Beurteilung hat erfahren können, die der Herr Vorredner zum Ausdruck gebracht hat. Das liegt aber nicht an dem Abgeordneten Vögler, sondern an der ungemein tendenziösen Berichterstattung über die Nationalversammlung. Wer damals diesen Tag mitgemacht hat, weiß das eine – und das möchte ich konstatieren –: Wenn Herr Erzberger nicht Mitglied der Friedensdelegation[71] geworden ist, dann danken Sie das dem Abgeordneten Vögler, die ganze Art, wie Herr Erzberger sich in der Debatte gegen Vögler unmöglich machte, weil die Stirn, mit der Herr Erzberger die Nationalversammlung belogen hat, ihn selbst bei seiner eigenen Fraktion für die weitere Vertretung des Deutschen Reichs bei den Friedensverhandlungen nicht mehr möglich machte[72] (Hört, hört!). Die Art, wie man auf eine Lüge des Herrn Erzberger sich stützend, die ganze öffentliche Meinung vergiftete, indem man die sachlichen Ausführungen des Herrn Vögler hinstellte als einen irgendeinem anderen persönlich erwiesenen Liebesdienst, steht ebenso niedrig wie dieses Auftreten Erzbergers selbst, aber das Verdienst Vöglers um Klärung der ganzen Angelegenheit wird dadurch nicht berührt. Es führt das nur dazu, daß wir der Ausbreitung unserer Presse die größte Sorgfalt angedeihen lassen müssen (Sehr richtig!), damit nicht die Wähler an uns irre werden, was bei dieser Art der Berichterstattung leicht der Fall sein kann. Ich hielt mich für verpflichtet, um irrigen Auffassungen entgegenzutreten, dies hier vorzubringen.

Dr. Fusban[73] (Dahlhausen): Meine Herren, ich freue mich über die Feststellungen, die der Herr Vorsitzende bezüglich des Auftretens des Abgeordneten Vögler ge-

[70] Siehe Anm. 54.

[71] Die deutsche Friedensdelegation, die am 29.4.1919 in Versailles eintraf, bestand aus dem Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau als Vorsitzendem, Reichsjustizminister Otto Landsberg (SPD), Reichspostminister Johann Giesberts (Zentrum), dem Bankier Carl Melchior, dem Vorsitzenden des Zentralrats und Präsidenten der preußischen Landesversammlung Robert Leinert (SPD) sowie dem Völkerrechtler Walter Schücking.

[72] Siehe Anm. 54.

[73] Hans Fusban (* 1885), Rechtsanwalt. 1926 Eintritt in den Vorstand der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. Ab 1927 Justitiar, Direktor und Vorstandsmtgl. der Vereinigten Stahlwerke-AG.

macht hat, und bedaure sehr, daß der Vorredner des Herrn Vorsitzenden diese Erklärung nicht schon früher bekommen hat. Das ist auch ein Mangel, den ich unbedingt rügen muß (Sehr richtig!). Über das Auftreten des Herrn Vögler waren die Meinungen sehr geteilt und zwar lediglich deshalb, weil tatsächlich von der Parteileitung nicht die genügende Aufklärung stattgefunden hat (Sehr richtig!). Wir sind nun wohl alle überzeugt.

Ich halte es aber auch für richtig, daß wir den Vorschlag auf Wahl des Herrn Vögler als Vorsitzenden zurückziehen – ich bin aus dem Wahlkreis des Herrn Vögler – und den Vorschlag annehmen, daß ein Vertreter, der nicht Preuße ist, als Vorsitzender in den Vorstand kommt und eine Vertreterin der Frauenwelt (Beifällige Zustimmung). Wir möchten dann aber gleich im Anschluß daran den auch wohl sachlich zu begründenden Vorschlag machen, daß Herr Abgeordneter Vögler als Schatzmeister in den Vorstand hineinkommt. Er eignet sich nach meiner Auffassung in erster Linie gerade für dieses Amt.

Vorsitzender [Stresemann]: Danach würden jetzt nur noch zwei Vorschläge vorliegen. Gegen den Vorschlag, Frau Mende als dritte Vorsitzende zu wählen, scheint keine Opposition zu bestehen.

Prof. Fränkel (Ludwigshafen): Ich hatte früher vorgeschlagen, Herrn Osann als dritten Vorsitzenden zu wählen. Es kommt aber nicht darauf an. Ich möchte den Vorschlag zurückziehen.

Vorsitzender [Stresemann]: Also, es ist keine Opposition gegen den Vorschlag vorhanden, Frau Mende zu wählen, dann glaube ich, daß wir so prozedieren können wie bei den vorangegangenen Wahlen. Es wird von einer Zettelwahl Abstand genommen. Ich darf feststellen, daß Sie einstimmig durch Zuruf Frau Mende zur dritten Vorsitzenden wählen (Beifall). Ich freue mich dieses Ergebnisses auch für uns. Ich darf Frau Mende den Glückwunsch zu dieser Wahl aussprechen und sie fragen, ob sie bereit ist, die Wahl anzunehmen.

Abgeordnete Frau Mende [Berlin]: Ich bin bereit, die Wahl anzunehmen. Ich danke Ihnen sehr für das Vertrauen, das Sie mir erwiesen haben, und hoffe, daß es mir fernerhin gelingen wird, weiter für die Deutsche Volkspartei so zu arbeiten wie bisher und daß wir noch mehr Frauen der Partei werden zuführen können (Beifall).

Vorsitzender [Stresemann]: Wir kommen dann zur Wahl des vierten Vorsitzenden. Es ist vorgeschlagen Herr Justizrat Dr. Osann aus Darmstadt (Zuruf: Herr Becker, Herr Geheimrat Sachs!). Der Vorschlag, meine Herren, unter allen Umständen als vierten Vorsitzenden einen Herrn zu wählen, der Süddeutscher ist, ist ja selbstverständlich nur ein gutes Recht der Süddeutschen, das ja auch allgemein anerkannt wurde. Aber andererseits sollte es ein Herr sein, der auch gleichzeitig der Nationalversammlung angehört, und infolgedessen glaube ich, daß es doch zweckmäßiger wäre, Herrn Becker (Hessen) als vierten Vorsitzenden zu wählen. Es kommt in der nächsten Zeit – das ist ja schon vorhin ausgeführt worden – sehr darauf an, daß wir Herren an der Spitze der Partei haben, die in der Regel am Brennpunkt der politischen Ereignisse anwesend sind, und infolgedessen halte ich es für sehr zweckmäßig, wenn wir Herrn Becker (Hessen) als vierten Vorsitzenden wählen. Ich möchte im

Namen zahlreicher hier anwesender Süddeutscher einen derartigen Antrag hier mit einbringen, daß Herr Dr. Becker (Hessen) als vierter Vorsitzender gewählt wird.

Oberregierungsrat v. Eynern: Meine Herren, ich glaube, Einstimmigkeit ist darüber vorhanden, daß ein Süddeutscher gewählt werden soll. Aber wir müssen uns doch klarmachen, daß die Brücke nach Süddeutschland nun auch durch diese Persönlichkeit sehr eng und stark und fest geschlagen werden muß, und das kann schließlich doch nur durch die persönliche Anwesenheit, durch die ständige persönliche Fühlung geschehen und die hat eben doch nur derjenige, der Mitglied eines Parlaments ist, das in Berlin tagt, was ja die Nationalversammlung zunächst wieder tun wird, und da rückt doch die Persönlichkeit des früheren Ministers Becker in den Vordergrund, und ich glaube, daß wir in dieser Persönlichkeit einen Mann finden werden, der unserer Partei vieles nützen wird und nützen kann. Wir haben einen früheren Beamten, einen Mann, der die Geschäfte kennt. Wir sind eine kleine Partei, wir müssen sachverständige Leute haben auf allen Gebieten. Der Herr Finanzminister Bekker hat die Finanzen Hessens in ausgezeichneter Weise verwaltet. Die Finanzverwaltung greift in alle Gebiete des öffentlichen Lebens ein. Wir haben also hier einen Mann, der durch praktische langjährige Tätigkeit auf allen politischen Gebieten, in allen Ressorts zu Hause ist. Einen solchen Mann müssen wir, glaube ich, hier unter den Vorsitzenden gerade in erster Linie haben. Ich möchte dringend bitten, daß wir dieses Kapital von Geschäftskunde uns nutzbar machen. Wir kennen die Persönlichkeit Beckers als eine solche, die geeignet ist durch ihre Tatkraft, durch ihre Energie den Posten einzunehmen. Was wir verlangen, ist das Aushängeschild: Es ist ein Süddeutscher, der die persönliche Verbindung zwischen Süd und Nord schafft, der die Brücke schlägt durch die Mitgliedschaft bei der Nationalversammlung, die Geschäftskunde und Tüchtigkeit, die uns sachliche Dienste leistet.

Dr. Curtius[74] (Heidelberg): Ich hatte den Antrag stellen wollen, Herrn Justizrat Dr. Osann zu wählen, höre aber soeben von ihm persönlich, daß er darauf verzichten will, daß er sich den Gründen, die von zwei Seiten soeben für die Wahl des Herrn Finanzministers Dr. Becker vorgebracht worden sind, nicht verschließen kann und will, und möchte deshalb persönlich den Antrag nicht stellen, möchte aber die Gelegenheit benutzen, um zu erklären, daß wir Süddeutschen dann darauf bestehen müssen, daß ein Süddeutscher in den Vorstand kommt, daß es für mich persönlich aber ungemein schmerzlich ist, daß auf diese Weise der Abgeordnete Vögler nicht in den Vorstand kommt (Zuruf: als Schatzmeister!), ich meine als Vorsitzenden. Ich hatte Gelegenheit, vor vier Wochen den Herrn Abgeordneten Vögler kennenzulernen und hatte die Empfindung: Das ist unser Mann. Ich hatte mich daraufhin persönlich mit ihm in Verbindung gesetzt und ihn gebeten, er möge sobald als möglich nach Süddeutschland kommen und über die Sozialisierungsfrage und andere Fragen des Wirtschaftslebens gerade uns Süddeutschen Vorträge und Reden halten, weil ich der Meinung bin, das ist der rechte Mann, um uns in Süddeutschland über diese Frage aufzuklären. Sie können sich denken, daß es unter diesen Umständen für uns Süd-

[74] Julius Curtius (1877–1948), ab 1905 Rechtsanwalt in Duisburg, ab 1911 in Heidelberg, später in Berlin. Anfang 1919 Mitbegründer der DVP in Baden. 1920–1932 MdR (DVP). Jan. 1926 – Nov. 1929 Reichswirtschaftsminister, nach Stresemanns Tod Nov. 1929 Reichsaußenminister. Rücktritt von seinem Ministeramt am 3.10.1931. Mtgl. in verschiedenen Aufsichtsräten der Schwer-, Kali- und Waggonbauindustrie.

deutsche schmerzlich ist, gegen den Abgeordneten Vögler sprechen zu müssen, aber ich glaube, es liegt im allgemeinen Interesse und entspricht auch der Stimmung der Versammlung, daß ein Süddeutscher gewählt wird, und ich wiederhole den Vorschlag, den Herrn Abgeordneten Finanzminister Becker zu wählen.

Justizrat Dr. Osann (Darmstadt): Meine Damen und Herren, ich möchte auch bitten, Herrn Finanzminister Becker als einen vortrefflichen Mann zu wählen und von meiner Person abzusehen.

Vorsitzender [Stresemann]: Es liegt dann auch bei der Wahl des vierten Vorsitzenden nur ein Vorschlag vor. Ich darf also annehmen, daß es Ihr Wunsch und Willen ist, den Herrn Finanzminister Dr. Becker zum vierten Vorsitzenden der Partei durch Zuruf zu wählen. Ich konstatiere das. Ich bedaure, daß Herr Finanzminister Dr. Becker durch einen Todesfall – er begräbt, glaube ich, heute seine Schwiegermutter – nicht in der Lage ist, hier an der Tagung teilzunehmen. Er hat uns zugesagt, wenn irgend möglich, morgen zum Vertretertag hier zu erscheinen. Ich darf wohl auch in diesem Fall bitten, daß Herrn Dr. Becker von der auf ihn entfallenen Wahl Mitteilung gemacht wird (Beifall).

Ich darf das eine feststellen, daß wir in einer neuartigen Zusammensetzung, vielfach uns noch nicht kennend, bei dem ersten Schritt in das neue Leben der Deutschen Volkspartei doch dazu gelangt sind, uns in vier personellen Fragen einmütig zusammenzufinden. Ich begrüße das als ein gutes Moment auch für die weitere Zusammenarbeit im Zentralvorstande (Beifall). Wir kommen nun zur Wahl des Schriftführers und zur Wahl des Schatzmeisters. Ich bitte auch für diese Posten um Vorschläge.

Morath (Berlin-Karlshorst): Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen zum Schriftführer den Vorsitzenden einer der größten Landesorganisationen, einer ostdeutschen, Herrn Dr. Mittelmann, Mitglied der Nationalversammlung, vorschlagen. Ich glaube, daß auch dieser Vorschlag uns zu der Einmütigkeit führen könnte, die von unserem Herrn Vorsitzenden so anerkannt worden ist (Zuruf: Dr. Hugo!).

Regierungsrat Dr. Thissen [Hamburg]: Meine Damen und Herren, eben ist Herr Dr. Mittelmann vorgeschlagen worden. Ich kenne Herrn Dr. Mittelmann persönlich und schätze ihn hoch. Ich glaube aber, daß der Vorschlag, der eben auch gemacht worden ist, Herrn Dr. Hugo zu wählen, eigentlich eine solche Selbstverständlichkeit ist (Sehr richtig!), daß ich mich darüber wundern muß, wenn hier Herr Dr. Mittelmann plötzlich auftaucht. Ich möchte meinen, daß wir gar nichts anderes und besseres tun können, als Herrn Dr. Hugo zu wählen. Der ist die ausgewiesene Persönlichkeit dafür, und ich bitte den Vorschlag auf Wahl des Herrn Dr. Mittelmann zurückzuziehen.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich darf dazu bemerken, daß es allerdings bisher immer Überlieferung gewesen ist, als Schriftführer den jeweiligen Generalsekretär der Partei zu wählen, und ich glaube, darin liegt auch eine gewisse sachliche Berechtigung, denn Schriftführer bei allen diesen Fragen ist am besten derjenige, der die Aufgabe hat – gleichgültig wer es ist –, hernach die gefaßten Beschlüsse auch durchzuführen. Deshalb muß gewissermaßen, um einen beliebten Ausdruck zu gebrauchen, diese seine Stellung dadurch verankert werden, daß er an allen Beschlüssen protokollierend mitwirkt. Von diesem Gesichtspunkt haben wir uns leiten lassen und haben immer die Herren Geschäftsführer zu Schriftführern der Partei gewählt.

Morath (Berlin-Karlshorst): Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß selbstverständlich mein Vorschlag, Herrn Dr. Mittelmann zu wählen, nicht die geringste Spitze gegen Herrn Dr. Hugo hat. Aber wir haben gerade in der Umgebung von Berlin – ich stelle fest, daß ich kein Berliner Vertreter bin – es doch erlebt, wie schwierig die Wahlvorbereitung war. Wir haben jetzt darunter gelitten, daß unser Generalsekretär überlastet war. Er war als Kandidat in seinem Wahlkreise tätig, und Berlin war in dieser wichtigen Zeit verwaist (Hört, hört!). Wir werden nachher noch darauf zu sprechen kommen, ob es angängig ist, daß unser Generalsekretär zugleich Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft ist. Aber ich fürchte für die sachliche Erledigung der Arbeiten viel, wenn der Generalsekretär nun noch mit weiteren Aufträgen belastet wird, und es liegt vielleicht nicht nur im Interesse der Partei, sondern auch des Herrn Dr. Hugo, daß wir uns bei dieser Wahl von anderen Gesichtspunkten leiten lassen. Ich wiederhole deshalb meinen Vorschlag und bitte Sie, Herrn Dr. Mittelmann zu wählen.

Rose (Hamburg): Ich möchte mich dafür aussprechen, daß wir uns auf die Wahl des Herrn Dr. Hugo einigen, aus dem einfachen Grunde, weil wir jetzt eine Persönlichkeit als Schriftführer haben müssen, die mit sämtlichen Organisationen auch persönliche Fühlung hat und überall die Vereinsorganisation kennt. Ich habe absolut nichts gegen Herrn Dr. Mittelmann, aber ich darf doch darauf hinweisen, daß Herr Dr. Mittelmann das schwierige Amt als Geschäftsführer der Fraktion hat, und von der Fraktion erwarten wir so viel, daß dort gerade Herr Dr. Mittelmann ein außerordentlich weites Arbeitsfeld haben wird. Ich bitte deshalb, Herrn Dr. Hugo zu wählen.

Geheimrat Hirschberg (Eberswalde): Ich meine, wir müssen die Frage zurückstellen, bis wir den Generalsekretär gewählt haben. Denn wenn wir hören, daß diese Posten durch Personalunion verbunden sind, dann muß eigentlich zunächst festgestellt werden, wer Generalsekretär ist.

Vorsitzender [Stresemann]: Verzeihung, der Generalsekretär wird nicht gewählt, sondern nur, wenn diese Stelle neu zu besetzen ist, wird die vom Geschäftsführenden Ausschuß besetzt.[75] Herr Dr. Hugo ist Generalsekretär der Partei. Solange dieses Verhältnis nicht von einer der beiden Seiten geändert wird, ist damit auch die Frage, die Herr Geheimrat Hirschberg angeregt hat, erledigt. Ich möchte Sie bitten, unbeschadet dessen, was hier vielleicht im weiteren Verlauf der Verhandlungen an Kritik und an grundsätzlichen Auffassungen zum Ausdruck kommt, an der Tradition festzuhalten: Schriftführer für diese ganzen Dinge ist vernunftgemäß der Generalsekretär der Partei (Zustimmung), gleichgültig, in wessen Händen dieses Amt sich befindet. Deshalb möchte ich bitten, den derzeitigen Generalsekretär der Partei auch zum Schriftführer der Partei zu wählen.

Regierungsrat Dr. Thissen [Hamburg]: Hier ist für Herrn Mittelmann noch einmal eine Lanze eingelegt worden, aber ich glaube mit gänzlich unzureichender Begründung, denn die Schwierigkeiten, die für Herrn Dr. Hugo erwachsen, erwachsen für Herrn Dr. Mittelmann in gleicher Weise. Es ist ja richtig, daß sich während der Wahlzeit eine schwierige Situation in Berlin ergeben hat. Dem kann man aber auf ganz andere Art abhelfen, indem man den Posten des Generalsekretärs doppelt besetzt

[75] So § 17 der Satzung von 1912, Reiß, S. 59; siehe auch Dok. Nr. 8, S. 153.

oder dem Generalsekretär eine Persönlichkeit unterstellt. Das hat mit dieser Frage nichts zu tun.

Rose (Hamburg): Wir möchten vorschlagen, dem Vorschlage des Vorsitzenden beizupflichten, weil es tatsächlich zweckmäßig ist, daß Herr Dr. Hugo Schriftführer für die Verhandlungen des Zentralvorstandes ist.

Dr. Curtius (Heidelberg): Meine Damen und Herren, ich möchte Schluß der Debatte beantragen (Beifällige Zustimmung).

Vorsitzender [Stresemann]: Wünscht jemand gegen den Schluß der Debatte zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Schluß der Debatte? (Die Abstimmung erfolgt) – Die große Mehrheit. Die Rednerliste fällt damit fort. Ich frage, ob bei der Wahl des Schriftführers Zettelwahl gewünscht wird (wird verneint). Es ist zunächst der Vorschlag gemacht worden, Herrn Dr. Hugo zu wählen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für die Wahl des Herrn Dr. Hugo sind, die Hand zu erheben (geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe (sie erfolgt). Das ist die Minderheit. Herr Dr. Hugo ist zum Schriftführer gewählt. Wir kommen nunmehr zur Wahl des Schatzmeisters. Als Schatzmeister wird Herr Generaldirektor Vögler (Dortmund) in Vorschlag gebracht.

Dr. Curtius (Heidelberg): Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, der Wahl des Herrn Generaldirektors Vögler möglichst einstimmig zuzustimmen, nicht nur deshalb, daß man ihn vielleicht aus anderen Gründen für dieses Amt als sehr qualifiziert erachtet (Heiterkeit), sondern vor allen Dingen, meine Damen und Herren, weil der Name Vögler ein Programm bedeutet, in unserem Vorstande ein Programm vor allem in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung. Ich möchte Sie darauf hinweisen – das ist vielleicht nicht allgemein bekannt und bei der Unklarheit, die vorhin über das Auftreten des Herrn Vögler in der Nationalversammlung gegen Erzberger geherrscht hat, muß ich darauf zurückkommen –, daß Vögler derjenige ist, der den Gedanken der sozialen Arbeitsgemeinschaft, die heute die Arbeiterschaft und die Arbeitgeber in der Industrie in ganz Deutschland umfaßt, zuerst in die Praxis umsetzte, und daß er derjenige gewesen ist, der diesem Gedanken innerhalb der Industrie zum Siege verholfen hat (Beifall). Die Arbeitsgemeinschaft eröffnet eine ganz neue Epoche in den Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, eine neue Epoche insofern, als der sogenannte Herrenstandpunkt in der Industrie hier bereits vor der Revolution wesentlich unter dem Einfluß Vöglers verlassen worden ist und ein gemeinsames Arbeiten mit der Arbeiterschaft auch in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung an die Stelle getreten ist.[76] Vögler erfreut sich nicht nur des Vertrauens seiner engeren Berufskollegen, sondern auch der Arbeiterorganisationen aller Richtungen, von den Sozialdemokraten angefangen bis zu den Wirtschaftsfriedlichen hinüber. Ich glaube also, daß die Wahl dieses Herrn in unseren engeren Parteivorstand

[76] In dem zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften am 15.11.1918 geschlossenen Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen erkannten die Unternehmer die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft und als Partner für den Abschluß kollektiver Tarifverträge an, zudem stimmten sie dem Achtstundentag bei vollen Lohnausgleich und der Bildung von Arbeiterausschüssen in Betrieben von mindestens 50 Beschäftigten zu, siehe Potthoff, S. 25–28; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 75–80 sowie den Forschungsüberblick bei Kolb, Weimarer Republik, S. 186f.; zur Haltung Vöglers, der an den Verhandlungen über die ZAG führend beteiligt war, siehe Schneider, Unternehmer, S. 38f.

nicht etwa ein Bekenntnis zu einer schroffen Vertretung industrieller Gesichtspunkte bedeutet, sondern im Gegenteil ein Bekenntnis zu dem Gesichtspunkte des sozialen Friedens und der sozialen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der industriellen Berufe. Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich Sie bitten, diese Wahl vorzunehmen und der Wahl des Herrn Generaldirektors Vögler zuzustimmen (Beifall).

Dr. Frenzel (Nicolassee): Meine Damen und Herren, mein Herr Vorredner hat einen Optimismus bekundet, den ich für außerordentlich gefährlich halte (Sehr wahr!). Wir müssen bei allem, was wir jetzt tun, an die Werbung denken. Wir müssen doch erreichen, daß das noch einmal geschieht, was in der Zeit vor 50 Jahren geschehen ist, daß aus 22 Abgeordneten, die sich damals aus nationalen Gründen von der alten Fortschrittspartei trennten, in kurzer Zeit 150 wurden.[77] Dasselbe müssen wir wieder erreichen, und das können wir erreichen, wenn wir alle unsere Schuldigkeit tun und wenn wir die nötigen taktischen Gründe nicht vergessen. Ich spreche hier aus Erfahrung und ich sage das nicht, um mich zu rühmen, sondern um meine Eignung als Sachverständiger in der Frage zu bekräftigen, daß ich in den drei Wahlkämpfen, die hinter uns liegen, 52 Wahlvorträge gehalten habe und nur ein einziges Mal in der Versammlung eine ernstliche Schwierigkeit bei der Aussprache gesehen habe, das war, als man uns die Partei der Schwerindustrie nannte (Unruhe). Ja, das war eine ernste Schwierigkeit, über die in einer solchen Versammlung kaum wegzukommen war, und als vorhin vorgeschlagen wurde, Herrn Vögler zum Schatzmeister zu wählen, da las ich im Geist schon den Aufsatz im »Vorwärts«, wo gesagt wurde: Habemus confitentem, der Angeklagte ist geständig (Zuruf: Na wenn schon!). Hier liegt der Beweis vor, und da kommen die Geldmittel her, mit denen die Partei arbeitet. Wir werden das in der Werbung täglich vorgesetzt bekommen, wir werden das nie loswerden. Es wird zum ständigen eisernen Inventar aller gehören, die uns in Versammlungen und Zeitungen bekämpfen: Hier habt Ihr es schwarz auf weiß, das ist der Mann, der dafür sorgt, daß das nötige Geld von der Schwerindustrie in die Kasse der Deutschen Volkspartei fließt. Sie wissen, Schwerindustrieller und Alldeutscher ist soviel wie schwerer Verbrecher (Zuruf: Dagegen müssen wir angehen!), und diese Gefahr für unsere Werbetätigkeit ist so groß, daß ich Sie bitte, mir zu glauben: Wenn wir uns jetzt darüber hinwegsetzen, so werden wir das schwer zu bereuen haben.

Vorsitzender [Stresemann]: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir selbst einige Worte zu diesen Ausführungen. Ich stehe auf einem anderen Standpunkt als der Herr Vorredner. Ich halte es für viel offener, Herrn Vögler als Schatzmeister zu wählen, als uns zu verstecken und zu sagen, wir hätten mit solchen Bedenken zu rechnen (Beifällige Zustimmung). Ich habe sehr viel Verständnis für parteitaktische Erwägungen, aber sie dürfen niemals auf Kosten gesunder politischer Erwägungen gehen. In bezug auf die Persönlichkeit des Herrn Vögler ist jeder politische Vorwurf vollkommen unberechtigt. Das hat Herr Curtius vorhin ausgeführt, und lernen Sie auch in der Beziehung einmal, daß wir in einer ganz neuen Zeit leben (Sehr richtig!). Diese ganzen Dinge, die man früher mit dem Begriff Schwerindustrie verband, weichen bei

[77] 1866 stimmten 24 Abgeordnete der preußischen Fortschrittspartei der Bismarckschen Indemnitätsvorlage zu; sie konstituierten sich am 17.11.1866 als »Nationale Partei«. Nach der Wahl des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes schlossen sie sich dann mit gleichgesinnten Vertretern der übrigen deutschen Länder zur »Nationalliberalen Partei« zusammen, die bei den Reichstagswahlen von 1874 155 Mandate erreichte.

uns, wie in England, einer ganz neuen Situation, bei der tatsächlich die Schwerindustrie Führerin ist auf dem Gebiete des Zusammengehens mit der Arbeiterschaft (Sehr richtig!). Das sehen Sie an England, das vorbildlich eine solche Gemeinschaft geschaffen hat, das sehen Sie bei uns in Deutschland. In diesem Kampfe in der Nationalversammlung waren die ersten, die Herrn Vögler zu Hilfe eilten, Legien[78], Stegerwald[79], Erkelenz[80], Gewerkschaftsführer der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokratischen Partei, die sich zur Verfügung stellten gegen Herrn Erzberger, also sogar gegen den eigenen Parteigenossen (Hört, hört!).[81] Daß so etwas möglich ist, ist ein Verdienst derjenigen, die diese Wege gefunden haben, und wenn die organisierte Arbeiterschaft mit dem Führer der Industrie zusammensitzt, so wollen wir, seine eigenen Parteifreunde, sagen: Wir können das nicht? Meine Damen und Herren, es ist ja ganz unmöglich, etwas derartiges nur zu diskutieren (Beifall). Das würde doch involvieren, daß wir eigentlich den Vorwurf verdienen, als wenn wir irgend etwas täten, was anfechtbar wäre (Lebhafte Zustimmung).

Dann möchte ich das eine zum Ausdruck bringen. Denken wir doch, daß wir gegenüber diesen aus ganz bestimmten Gründen vom »Berliner Tageblatt«[82] in die Welt gesetzten Ideen des Angriffs auf die Schwerindustrie doch eigentlich, wenn wir politisch und sozial mit ihr übereinstimmen, dann umso mehr die Aufgabe hätten, das jetzt in die Öffentlichkeit zu bringen und zu sagen: Wir sind stolz darauf, daß der Leiter der vielleicht größten Werke in Deutschland in Zukunft, der vielleicht Krupp überragt an Bedeutung, in unserer Partei ist. Die Führer des großen Wirtschaftslebens, die Kapitäne der Industrie, die den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in die Hand nehmen müssen, bei uns tätig zu sehen, dessen sollten wir uns stolz rühmen in jeder Volksversammlung, statt daß wir kapitulieren vor dem Geist der Volksverhetzung, der durch das »Berliner Tageblatt« in die Öffentlichkeit gebracht worden ist (Sehr wahr!). Ich glaube, daß wir aus diesem Gesichtspunkte heraus nicht darüber diskutieren können, daß wir davon absehen sollten, Herrn Vögler in den Vorstand hineinzuwählen, wenn wir innerlich überzeugt sind, daß er politisch der Unsrige ist und mit uns in sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen zusammengeht.

Backheuer (Hannover): Meine Damen und Herren, ich möchte Schluß der Debatte beantragen. Wir sind erst bei Punkt 2 der Tagesordnung. Der größte Teil unserer Tätigkeit liegt noch vor uns, und ich glaube, auch die wichtigsten Punkte. Die Mehrheit ist nach meiner Überzeugung doch ganz gewiß einig, Herrn Vögler zum Schatz-

[78] Carl Legien (1861–1920), Drechsler. 1891 bis zu seinem Tode Vors. der Generalkommission der Freien Gewerkschaften Deutschlands. 1893–1898, 1903–Dez. 1920 MdR (SPD). Juni–Dez. 1920 stellv. Vors. des vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

[79] Adam Stegerwald (1874–1945), Schreiner. 1903–1919 Generalsekretär, ab 1919 Vors. des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, 1919–1929 auch Vors. des Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1919–1933 MdR (Zentrum). 1919–1921 preußischer Minister für Volkswohlfahrt, 1921 außerdem preußischer Ministerpräsident. 1929–1930 Reichsverkehrsminister, April 1930 – Mai 1932 Reichsarbeitsminister. Nach dem Namen Stegerwald im Protokoll eingefügt: »(?)«.

[80] Anton Erkelenz (1878–1945), Schlosser. 1902 Arbeitersekretär der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker). 1919–1930 MdR (DDP). 1921–Aug. 1929 1. Vors. des Vorstandes der DDP. 1923–1930 Herausgeber der »Hilfe«. 1930 Übertritt zur SPD.

[81] Siehe Anm. 54; zu Vöglers Haltung hinsichtlich des Sozialisierungsgesetzes siehe seine Stellungnahme am 12.3.1919 in der Nationalversammlung, VNV, Bd. 326, S. 700ff.

[82] Zur Haltung des »Berliner Tageblatt« in den Revolutionsmonaten siehe Anm. 158.

meister zu wählen, und deshalb bitte ich Sie, die Wahl jetzt nach Möglichkeit einheitlich vorzunehmen (Beifall). Nach den Ausführungen unseres Vorsitzenden kann darüber ja gar kein Zweifel sein (Beifall).

Vorsitzender [Stresemann]: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden. Es sind noch eine ganze Reihe Redner gemeldet. Wird gewünscht, gegen den Schluß der Debatte zu sprechen?

Ein Mitglied des Zentralvorstandes: Ich bitte, daß bei der Abstimmung nur diejenigen Damen und Herren mitstimmen, die wirklich Mitglieder des Zentralvorstandes sind. Nach meiner Meinung müssen eine ganze Menge Herrschaften im Saale sein, die nicht Mitglieder sind.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich halte es für selbstverständlich, daß sich nur Mitglieder des Zentralvorstandes bei der Abstimmung beteiligen. Ich glaube, die Stimmberechtigung ist geprüft, und ich glaube nicht, daß sehr viele im Saale sind, die nicht Mitglieder des Zentralvorstands sind, es sei denn, die Vertreter der Presse und die Geschäftsführer der Landesverbände, die mit berechtigtem Sitz und als Zuhörer an den Verhandlungen teilnehmen, ebenso die Abgeordneten, die den Vorständen der Fraktionen angehören. Aber ich glaube, daß bisher das Abstimmungsergebnis dadurch nicht beeinflußt worden ist, da es ja keine Kraftprobe gegeben hat. Es ist der Schluß der Debatte beantragt worden. Ich bitte, wer für den Schluß der Debatte ist, die Hand zu erheben (Geschieht). Das ist die große Mehrheit. Ich darf dann fragen, ob in diesem Fall Zettelwahl begehrt wird? (Wird verneint). Das ist nicht der Fall. Wünschen Sie den Abgeordneten Vögler durch Zuruf zu wählen? (Rufe: Jawohl!). Es erhebt sich kein Widerspruch, dann ist Herr Generaldirektor Vögler zum Schatzmeister der Partei gewählt.

Ich möchte Ihnen dann den Vorschlag machen, einen stellvertretenden Schatzmeister zu wählen. Es erscheint mir sehr wünschenswert, einen Herrn zu wählen, der in der Lage ist, Quittungen auszuschreiben usw. Ich schlage Herrn Geheimrat Garnich vor.

Abgeordneter Hollmann [Lichterfelde]: Namens unseres Wahlkreisverbandes[83] möchten wir diesen Vorschlag auf das wärmste unterstützen.

Professor Fränkel (Ludwigshafen): Ich möchte auch den Vorschlag, daß Herr Geheimrat Garnich zum stellvertretenden Schatzmeister gewählt wird, auf das wärmste unterstützen. Wir haben ihn in der Landtagsfraktion als einen vortrefflichen Mann kennengelernt (Der Herr Redner war nicht deutlich zu verstehen) (Rufe: Schluß!).

Vorsitzender [Stresemann]: Ich darf wohl feststellen, daß wir völlig einmütig sind in der Wahl des Herrn Geheimrats Garnich. Ich frage Herrn Geheimrat Garnich, ob er die Wahl annimmt (wird bejaht). Ich danke Ihnen sehr.

Backheuer (Hannover): Meine Damen und Herren, wir freuen uns, daß die Frage Vorsitzender, Schriftführer und Schatzmeister erledigt ist und hoffen, daß die Herren uns gut weiterführen werden. Aber, meine Damen und Herren, eines Mannes müßten wir jetzt gedenken, das ist der alte Geheimrat Dr. Vogel (Dresden), der bisher an allen Zentralvorstandssitzungen teilgenommen hat und der sehr wesentlich mit dazu

[83] Reichstagswahlkreis 4 (Potsdam I).

beigetragen hat, die Deutsche Volkspartei zu gründen[84] (Lebhafte Zustimmung). Herr Dr. Vogel war zunächst auch für einen der Vorsitzendenposten in Aussicht genommen, aber wir sind uns dann anders schlüssig geworden. Ich möchte den Herrschaften den Vorschlag machen, Herrn Geheimrat Vogel mit Rücksicht auf seine langjährigen Verdienste um die alte Nationalliberale Partei und mit Rücksicht auf seine Verdienste bei der Gründung der neuen Deutschen Volkspartei zum Ehrenvorsitzenden der Partei zu wählen (Beifall).

Vorsitzender [Stresemann]: Ich möchte diesen Vorschlag aufs wärmste unterstützen. Herr Geheimrat Dr. Vogel hat mir telegrafiert, daß er zum ersten Mal in seinem Leben an dem Vertretertag nicht teilnehmen könne, weil morgen die Hochzeit seines Sohnes stattfinde, bei der er anwesend sein muß. Er war bisher der dritte Vorsitzende der Partei.[85] Ich glaube, Sie würden ihm eine außerordentliche Freude bereiten, wenn Sie den Vorschlag des Herrn Backheuer annehmen, und ich würde es begrüßen, daß wir einen so alten Kämpen aus Bennigsens Zeit in dieser Form ehren, wie seinerzeit die Nationalliberale Partei den alten Hammacher geehrt hat (Beifall).

Ich darf annehmen, daß es Ihr einmütiger Wunsch ist, Herrn Geheimrat Dr. Vogel zum Ehrenvorsitzenden der Partei zu wählen (Allseitige Zustimmung). Das ist der Fall. Ich darf bitten, daß wir ihm das telegrafisch übermitteln. Ich darf vielleicht den Text nachher feststellen.

Wir kommen dann zu Punkt 3 der Tagesordnung: Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses.

In dieser Beziehung müssen wir auch gewissermaßen aus den neu zu beratenden Satzungen etwas vorwegnehmen. Es ist in Aussicht genommen – und ich sehe, daß dagegen auch keine Gegenvorschläge vorliegen –, daß der Geschäftsführende Ausschuß bestehen soll aus den drei Vorsitzenden und dem Schatzmeister des Zentralvorstandes; das würde sinngemäß natürlich zu ergänzen sein: aus den vier Vorsitzenden und dem Schatzmeister des Zentralvorstandes (Zuruf: Und seinem Vertreter!) und sechs bis zwölf vom Zentralvorstand aus seiner Mitte für die Reichstagswahlzeit[86] zu wählenden Mitgliedern.[87] Ich bitte, sofort auf die Zahl zwölf zuzukommen, weil es sonst ganz unmöglich wäre, die genügende Mitarbeit im Geschäftsführenden Ausschuß zu sichern und die genügende Berücksichtigung von Berufen und Landesverbänden hierbei zum Ausdruck zu bringen. Nun kommt dann die Frage, ob Sie nicht von vornherein auch den Stellvertreter des Schatzmeisters als Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses wählen wollen, was ich begrüßen würde, da man die beiden Herren bei der sachlichen Arbeit beisammen haben muß. Ich darf dann bitten, für die zwölf zu Wählenden Vorschläge aus der Versammlung zu machen.

Ich habe mich nur eines Auftrages zu entledigen, indem ich namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung Ihnen deren Bitte übermittele,

[84] Siehe Dok. Nr. 1a, 1b.
[85] Siehe Reiß, S. 33f.
[86] Gemeint: Legislaturperiode.
[87] Siehe § 17 der Satzung, Reiß, S. 59.

die Herren Dr. Heinze und Dr. Rießer[88] aus der Fraktion in den Geschäftsführenden Ausschuß zu wählen (Beifall). Ich möchte dann bitten, daß zu der Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses das Wort genommen wird und Vorschläge gemacht werden.

Dr. Neumann[89] (Frohnau): Meine Damen und Herren, es liegen zwar zu dem Satzungsvorschlage gedruckte Abänderungsvorschläge vor, aber diejenigen Wahlkreisverbände, welche im übrigen Abänderungsanträge gestellt haben, haben sich gestern in einer Besprechung schon darüber geeinigt, daß mit der Höchstzahl von 16 führenden Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses nach aller Voraussicht nicht auszukommen sein wird. Wir sind der Überzeugung, daß zwei Gesichtspunkte bei der Wahl maßgebend sein sollen. Einerseits wird es notwendig sein, daß die wichtigsten Landesverbände und damit die Hauptbezirke Deutschlands im Geschäftsführenden Ausschuß vertreten sind. Andererseits ist aber ebenso auch notwendig, daß eine genügende Zahl von Herren aus Groß-Berlin und näherer Umgebung darin sind, damit jederzeit die Geschäfte geführt werden können (Sehr richtig!), damit es jederzeit auch möglich ist, von heute auf morgen über rein verwaltungsmäßige Fragen eine Abstimmung herbeizuführen. Diese beiden Gesichtspunkte können nach unserer Ansicht nur dann berücksichtigt werden, wenn wir in der Zahl der Mitglieder höher gehen. Wenn wir über die Zahl von neun oder so etwa überhaupt hinausgehen, macht es auch weiter nichts mehr aus, wenn wir die Zahl 16, die jetzt vorgesehen ist, auf 24 oder eine derartige Zahl erhöhen. Wir möchten deshalb vor allen Dingen aus praktischen Gründen empfehlen, daß, ehe wir uns auf eine Zahl festlegen, zunächst einmal die Vorschläge gemacht werden und daß wir uns erst dann, wenn wir die Liste der Persönlichkeiten, die in Frage kommen, vor uns haben, endgültig darüber entscheiden, ob wir bei 16 bleiben wollen, oder ob es zweckmäßig erscheint, diese Zahl etwas zu erhöhen.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich glaube, daß es gut ist, erst einmal die Vorschläge zu hören und dann zu sehen, ob wir mit der geringeren Zahl auskommen, statt von vornherein die Zahl festzulegen. Ich höre, daß Vorschläge vorbereitet sind. Darf ich vielleicht bitten, uns diese Vorschläge zur Kenntnis zu bringen. Herr Dr. Neumann, haben Sie sich in der Vorbesprechung über Vorschläge geeinigt? (Wird verneint).

Abgeordneter Garnich [Berlin]: Ich möchte für die Landtagsfraktion von Preußen Herrn Abgeordneten Professor Dr. Moldenhauer vorschlagen.

Oberpfarrer Schowalter (Wittenberge): Ich schlage vor den Landtagsabgeordneten Hollmann.

---

[88] Jakob Rießer (1853–1932), Jurist. 1888 Direktor der Darmstädter Bank. Seit 1901 Präsident des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes. 1909 führende Rolle bei der Gründung des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie, ab 1920 dessen Ehrenpräsident. 1916–1928 MdR (NLP/DVP). 1921–1928 Vizepräsident des Reichstags. Mai 1919 Vors. des Ausschusses für Handel und Industrie der DVP.

[89] Joseph Neumann (* 1883), Dr. rer oec. Volkswirt und Verbandssyndikus. 1925–1932 MdL Preußen (DVP).

Dr. Kaiser (Dresden): Ich bitte für die sächsische Republik den Oberbürgermeister Blüher[90] in den Geschäftsführenden Ausschuß zu wählen.

Ein Mitglied: Ich schlage Ihnen als Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses das Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Herrn Generalsekretär Rose (Hamburg) vor.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich schlage vor Herrn Dr. Neumann (Frohnau) und Herrn Dr. Mittelmann.

Ein Mitglied: Ich schlage Herrn Dr. Karl Dietrich vor.

Ein Mitglied: Von der bayerischen Landtagsfraktion Herrn Justizrat Neumayer[91] (Kaiserslautern).

Ein Mitglied: Für Leipzig Herrn Kommerzienrat Dr. Schiffer.

Dr. Hermann[92] (Hannover): Für die Provinz Hannover möchte ich Herrn Geheimrat Brandi[93] (Göttingen) vorschlagen.

Dr. Curtius (Heidelberg): Für Baden Frau Bassermann.[94]

Frau Dr. Szagunn[95]: [Name fehlt], Fräulein [Name fehlt] und Fräulein Dr. [Name fehlt]. Wir haben dann drei Frauen aus verschiedenen Teilen des Reichs (Zuruf: Fräulein Dr. Luerßen![96] Fräulein Saust! Exzellenz Fritsch[97] (Lichterfelde)! Professor Leidig!).

Vorsitzender [Stresemann]: Es sind bisher folgende Vorschläge gemacht: Dr. Rießer, Dr. Heinze, Professor Moldenhauer, Rektor Hollmann, Oberbürgermeister Blüher (Dresden), Generalsekretär Rose (Hamburg), Dr. Neumann (Frohnau), Dr. Mittelmann (Stettin), Dr. Karl (Weiderich), Justizrat Neumayer (Kaiserslautern), Geheimrat Niethammer[98] [Ortsangabe fehlt], Geheimrat Brandi (Göttingen), Frau Julie Bassermann (Mannheim), Fräulein Dr. Luerßen (Braunschweig), Fräulein Saust (Berlin),

[90] Bernhard Blüher (1864–1938), Jurist am sächsischen Oberverwaltungsgericht. 1915–1931 Oberbürgermeister von Dresden. Seit 1918 DVP, 1909–1930 MdL Sachsen (NLP/DVP), ab 1924 Fraktionsvors.

[91] Friedrich Neumayer (* 1857), Justizrat und Rechtsanwalt in Kaiserslautern. Vors. des Aufsichtsrats der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, der Bender & Co. AG und der Grienanth-Werke. 1919/20 MdL Bayern (DVP).

[92] Dr. Hermann, 1927 Wahlkreisgeschäftsführer im Wahlkreis 7 (Breslau).

[93] Karl Brandi (1868–1946), Historiker. Seit 1902 Professor der Geschichte an der Universität Göttingen. 1919–Sept. 1920 Vors. des Schulausschusses der DVP.

[94] Julie Bassermann (1860–1940), Ehefrau von Ernst Bassermann. Führend in der deutschen Frauenbewegung tätig.

[95] Ilse Szagunn, Dr. med., Ehefrau von Walter Szagunn (stellv. Vorstandsmtgl. der Deutschen Rentenbank und der Deutschen Rentenkreditanstalt). Mtgl. des Preußischen Landesgesundheitsrates.

[96] Elisabeth Luerßen (* 1880), Lehrerin am Lyzeum Kippenberg (Bremen).

[97] Bruno Fritsch (* 1842), Geheimer Oberpostrat. 1897–1902 Unterstaatssekretär im Reichspostamt. MgPrAH 1904–1918 (NLP).

[98] Conrad Niethammer (* 1863), Inhaber der Firma Kübler & Niethammer Papierfabrik in Kriebstein bei Waldheim. Vorstandsmtgl. des Verbandes Sächsischer Industrieller und stellv. Mtgl. des Hauptausschusses des RdI.

Dr. Cremer (Dortmund), Exzellenz Fritsch (Großlichterfelde), Dr. Leidig (Berlin-Wilmersdorf) (Zuruf: Dr. Jahn[99] (Bromberg)!).

Professor Fränkel (Ludwigshafen): Wenn die Bayern einen bekommen, möchte ich den Oberlandesgerichtsrat Becker[100] (Zweibrücken) vorschlagen, wenn wir zwei bekommen, Oberlandesgerichtsrat Becker und Justizrat Neumayer.

Morath (Berlin-Karlshorst): Ich begrüße es, daß die Vorschläge, die von Frau Dr. Szagunn für die Frauen gemacht worden sind, erkennen lassen, daß man den Wunsch hat, Damen aller Schichten zu nehmen. Ich stelle fest, daß die Vorschläge zum Geschäftsführenden Ausschuß von der Männerwelt bis jetzt fast ausschließlich Akademiker genannt haben (Sehr richtig!). Es ist geradezu ein Unsinn, wenn wir das weiter tun. Ich darf das als Nichtakademiker aussprechen, weil ich dadurch zum Ausdruck bringen kann, daß ich nicht pro domo spreche. Ich tue es mit Rücksicht auf das Interesse der Partei, mit Rücksicht auf die Stimmung der Wählerschaft (Dr. Cremer: Das ist ja gerade pro domo!).

Vorsitzender [Stresemann]: Ich darf vielleicht bitten, daß wir so vorgehen, die einzelnen Landesteile aufzurufen und zu fragen, welche Vorschläge sie zu machen haben. Das scheint mir weiter zu führen, als daß wir eine derartig wilde Vorschlagsliste bekommen.

Geheimrat Hirschberg (Eberswalde): Ich möchte hier eine Frage stellen. Aus dem Statutenentwurf[101], der uns neulich zugegangen ist, konnte man schließen, daß auch Personen gewählt werden könnten, die nicht Mitglieder des Zentralvorstandes sind. Das stand im ersten Entwurf. Nun sehe ich zu meinem Erstaunen, daß in dem Entwurf, der uns heute vorgelegt ist, drinsteht, daß der Geschäftsführende Ausschuß aus Mitgliedern des Zentralvorstandes zusammengesetzt wird. Dadurch ändern sich unter Umständen alle Vorschläge, die gemacht worden sind. Wir hatten z.B. die Absicht, einen Herrn vorzuschlagen, den Landtagsabgeordneten Görck[102], der nicht Mitglied des Zentralvorstandes ist. Also, vor allen Dingen müßte diese Frage geklärt werden.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich glaube, Herr Amtsgerichtsrat, die Frage ist logisch so zu klären, daß der Geschäftsführende Ausschuß aus Mitgliedern des Zentralvorstandes zusammengesetzt werden muß[103] (Sehr richtig!). Das ist ja unser eigenes Organ. Der Geschäftsführende Ausschuß kann im Zentralvorstand angegriffen werden, dann müssen seine Mitglieder sich im Zentralvorstand verteidigen können. Ich darf noch einmal fragen, ob wir nicht weiter kommen, wenn Sie meinem Vorschlage folgen, wenn ich einmal die Landesteile aufrufe und dann um Vorschläge bitte. Es ist

[99] Karl Jahn (* 1879), Lehrer in Bromberg. Ab 1923 Direktor des Staatl. König-Wilhelm-Gymnasium Breslau.

[100] Friedrich Becker, Dr. iur., Präsident des Oberlandesgerichts Zweibrücken.

[101] Liegt nicht vor.

[102] Wilhelm Görck (1862–1938), Jurist. Amtsgerichtsrat in Heide (Holstein). 1907–1912 MdR (NLP), 1903–1919 MdL Preußen (NLP/DVP).

[103] Der entsprechende Passus der Satzung von 1912 lautete: »Zur Erledigung der laufenden Geschäfte wählt der Zentralvorstand einen Geschäftsführenden Ausschuß, bestehend aus dem Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern des Vorsitzenden und mindestens sechs weiteren Mitgliedern«, Reiß, S. 59, § 17.

sonst gar nicht zu übersehen, inwieweit eine Einigkeit in den Bezirken vorliegt. Sind Sie mit diesem Vorschlag, den ich hiermit zur Debatte stelle, einverstanden?

Oberpfarrer Schowalter (Wittenberge): Ich möchte fragen, ob die Mitglieder, die mit beratender Stimme dem Zentralvorstande angehören, auch vorgeschlagen werden können (Rufe: Nein!)?

Vorsitzender [Stresemann]: Wer mit beratender Stimme teilnimmt, ist selbstverständlich nicht Mitglied des Zentralvorstandes.

Ein Mitglied: Wir haben den Wunsch, daß aus den Reihen der Partei selbst ein Herr aus dem Reiche hineingewählt wird.

Vorsitzender [Stresemann]: Darf ich einmal einen neuen Vorschlag machen? Ich fürchte, wir brechen hier mit der Verhandlung zusammen. Wäre es nicht richtig, eine Kommission zu wählen (Sehr richtig!) und alle die Herren, die Vorschläge machen, zu bitten, sie zunächst einmal bei dieser Kommission anzubringen (Sehr richtig!)? Die würde dann einen Ausgleich innerhalb der Landesverbände und innerhalb der Berufsorganisationen vornehmen und uns am Nachmittag ihre Vorschläge übermitteln. Sonst, befürchte ich, halten wir stundenlange Debatten, und der Geschäftsführende Ausschuß ist dann nicht genügend zu übersehen in seiner sozialen Zusammensetzung, in seiner landschaftlichen Zusammensetzung und in seiner parlamentarischen Zusammensetzung. Sind Sie damit geschäftsordnungsmäßig einverstanden? (Wird bejaht).

Justizrat Lohse[104] (Oldenburg): Ich möchte bitten, mir Gelegenheit zu geben, noch einen grundsätzlicheren Vorschlag zu machen, nämlich auf Schaffung einer Zwischeninstanz zwischen Geschäftsführendem Ausschuß und Zentralvorstand.

Vorsitzender [Stresemann]: Herr Justizrat, unbeschadet dessen, ob wir einen Zwischenkörper schaffen, wollen Sie doch immerhin künftig den Geschäftsführenden Ausschuß bestehen lassen. Dann würde ich doch vorschlagen, daß wir jetzt bei dem Geschäftsführenden Ausschuß bleiben. Auch wenn wir diesen Zwischenkörper schaffen, bleibt ja der Geschäftsführende Ausschuß.

Justizrat Lohse (Oldenburg): Verzeihung, der Geschäftsführende Ausschuß muß viel größer sein, wenn wir die Zwischenkörperschaft nicht schaffen, als wenn wir das tun. Darauf kommt es mir gerade an. Machen wir den Geschäftsführenden Ausschuß zu einer Körperschaft von 30 bis 40 Personen, dann wird er nicht arbeitsfähig sein. Der Zentralvorstand ist nur sehr bedingt arbeitsfähig, dafür sprechen alle Erfahrungen. Ich glaube, da werden Sie alle zustimmen, und wir haben die Erfahrung gemacht, daß eine Versammlung der Landesvorsitzenden, die etwa aus 30 bis 40 und höchstens 60 Herren bestand, sich als ausgezeichnet arbeitswirksam bewährt hat.

Geheimrat Rose (Berlin-Wilmersdorf): Meine Herren, ich möchte mich dem Vorschlage anschließen, daß wir einen Ausschuß bilden, der Ihnen die Persönlichkeiten vorschlägt und möchte ferner vorschlagen, daß von jedem Wahlkreisverband ein

[104] Friedrich Lohse (1872–1931), Rechtsanwalt. 1920–1922 Vors. des Anwaltsvereins der Stadt Oldenburg. 1909 Eintritt in die NLP, sorgte als Landesausschußvors. 1919 für den Anschluß des Landesverbandes Oldenburg an die DVP. 1920–1931 dessen Vors. 1919–1924 MdL (Oldenburg).

Herr in diesen Ausschuß delegiert wird und daß dieser Ausschuß baldigst zusammentritt. Weiter wäre noch zu erörtern, ob wir jetzt etwa in eine grundsätzliche Erörterung über Richtlinien eintreten wollen, nach denen die Mitglieder des Ausschusses sich zu richten haben. Ich meinerseits möchte noch einmal auf den Gedanken zurückkommen, daß wir in Berlin bei der Reichsgeschäftsstelle unbedingt eine arbeitsfähige kleine Gruppe haben müssen.

Vorsitzender [Stresemann] (einfallend): Herr Justizrat, das ist aber wirklich Sache des Geschäftsführenden Ausschusses, wenn er gebildet worden ist, darüber zu bestimmen, wie er am besten arbeitet. Das können wir jetzt nicht erörtern, wo wir den Geschäftsführenden Ausschuß eben erst konstituieren wollen.

Geheimrat Rose (Berlin-Wilmersdorf): Ich meine, bei der Bildung des Geschäftsführenden Ausschusses muß darauf Rücksicht genommen werden, daß wir in dem Geschäftsführenden Ausschuß die Persönlichkeiten drin haben.

Frau Dr. Szagunn [Charlottenburg]: Ich schlage vor, daß wir die Kommission wählen und daß die Kommission die Bestrebungen auf Einrichtungen einer Zwischenorganisation und die Anregung, die Herr Geheimrat Rose eben gegeben hat, zu prüfen hat.

Vorsitzender [Stresemann]: Wir müssen uns jedenfalls die Frage vorlegen, nachdem wir den Ausschuß gewählt haben. Ob wir mit der Satzung fertig werden, stelle ich dahin, aber eins müssen Sie fertigbringen, daß Sie den Vorstand und den Geschäftsführenden Ausschuß wählen, der in der Lage ist, die Geschäfte nach außen bis zur nächsten Sitzung zu führen. Also lassen Sie doch einmal erst jetzt die sehr wertvolle Anregung der Schaffung einer Zwischenorganisation zurück. Wir müssen mit dem Ausschuß fertig werden (Sehr richtig!), und da Herr Rose ja auch meiner Ansicht zustimmt, bitte ich die Kommission zu wählen. Wollen Sie fünf Herren wählen oder sieben Herren?

Geheimrat Hirschberg (Eberswalde): Wir gehen davon aus, daß auch Nichtmitglieder des Zentralvorstandes Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses sein dürfen.

Dr. Curtius (Heidelberg): Sieben ist ein bißchen wenig. Sagen wir zwölf. Es muß ein Vertreter der Reichstagsfraktion, ein Vertreter der Landtagsfraktion, ein Vertreter der Damen darin sein und die übrigen neun aus dem Reich.

Unbekannter Name: Ich möchte vorschlagen, daß wir nicht eine zu große Kommission wählen, denn je mehr Köpfe, desto mehr Sinne, und wir werden auch mit dieser Kommission heute nachmittag nicht fertig. Ich möchte vorschlagen: Fünf Personen.

Professor Dr. Hein (Halle): Ich trete für den Vorschlag des Herrn Geheimrats Rose ein, eine Kommission für die ganze Zeit zu wählen. Es ist ganz einfach: Die ersten Vorsitzenden jedes Wahlkreises treten zusammen; soweit der erste Vorsitzende nicht da ist, tritt für ihn der älteste Vertreter des Wahlkreises ein. Dann ist die Kommission ohne weiteres gewählt und kann nachher tagen.

Vorsitzender [Stresemann]: Sie können nicht verlangen, daß alle Landesverbände im Geschäftsführenden Ausschuß vertreten sind. Ich schlage vor, wählen Sie sieben Personen, und zwar würde ich vorschlagen: je einen Vertreter der Reichstagsfraktion, der Landtagsfraktion, der Frauenorganisation, und dann rufen wir auf: Ost, West,

Süd, Nord, und die schlagen je einen Herrn vor (Zustimmung). Wir müssen die Geschäftsordnungsdebatte bald erledigen, sonst sitzen wir den ganzen Morgen in der Geschäftsordnungsdebatte.

Geheimrat Rose (Berlin-Wilmersdorf): Ich möchte noch einmal auf meinen Vorschlag zurückkommen, daß wir aus jedem Wahlkreis einen nehmen (Widerspruch), sonst, fürchte ich, werden diejenigen Wahlkreise, die nicht berücksichtigt werden, die Debatte nachher ins Plenum verlegen. Da ist es doch besser, wenn die Debatte in der Kommission stattfindet. Ob da einige Zuhörer mehr sind, ist doch einerlei, und wir kommen im Plenum umso schneller vorwärts.

Vorsitzender [Stresemann]: Es sind zwei Vorschläge gemacht worden: einmal, daß jeder Wahlbezirk einen Vertreter in die Kommission sendet, der zweite Vorschlag geht von mir aus, eine Kommission von 7 Mitgliedern zu wählen. Ich bitte, daß wir abstimmen. Wer für den Vorschlag des Herrn Geheimrats Rose ist, den bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe (sie erfolgt). Der Vorschlag ist abgelehnt. Ich bitte diejenigen, die für meinen Vorschlag sind, die Hand zu erheben (Geschieht). Das ist die große Mehrheit. Dann bitte ich, daß wir hintereinander die Vorschläge entgegennehmen, zunächst einmal von der Reichstagsfraktion.

Frau Abgeordnete Mende [Berlin]: Ich möchte Herrn Rechtsanwalt Kempkes[105] vorschlagen.

Vorsitzender [Stresemann]: Den kann ich Ihnen nicht abgeben, der ist Berichterstatter über die Satzung.

Frau Abgeordnete Mende [Berlin]: Dann Herrn Pfarrer Aßmann.[106]

Vorsitzender [Stresemann]: Für die Landtagsfraktion (Zurufe: Dr. Leidig! Dr. Kaiser! Dr. Boelitz![107] Hollmann!). Wir müssen doch bitten, daß die anwesenden Mitglieder der Landtagsfraktion sich unter sich darüber einigen, wen sie in die Kommission entsenden wollen. Ist die Versammlung damit einverstanden? (Wird bejaht).

Dann kommt die Frauenorganisation (Zuruf: Frau Garnich![108]) Jetzt kommen vier Mitglieder aus dem Reiche (Es werden Vorschläge gemacht). – Ich will einmal eins sagen. Es ist wirklich ganz gleichgültig, ob der Gewählte aus Frankfurt a/M. oder aus Mannheim oder aus Stuttgart ist. Nehmen sie doch vier Persönlichkeiten, die bereit sind mitzuarbeiten. Norddeutschland? (Es werden Namen genannt). Hamburg oder Hannover, einigen Sie sich (Zuruf: Hamburg verzichtet!). Dann ist Herr Backheuer (Hannover) für Norddeutschland gewählt.

---

[105] Adolf Kempkes (1871–1931), Rechtsanwalt in Essen, dann in Berlin. 1906–1910 Stadtverordneter in Essen. 1919–1930 MdR (DVP). 6.10.–23.11.1923 Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei. Als Nachfolger Vöglers im Nov. 1919 Schatzmeister der DVP, seit Dez. 1920 als Nachfolger Stresemanns Vors. des GA.

[106] Julius Aßmann (1869–1939), Pfarrer. MdR 1919–1920, 1919–1921 MdL Preußen (DVP) für den Wahlkreis 8 (Provinz Posen).

[107] Otto Boelitz (1876–1951), Gymnasiallehrer. Seit 1915 Direktor des staatl. Gymnasiums Soest. 1919–1932 MdL Preußen (DVP). 1921–1924 preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Nach 1945 Mtgl. der CDU.

[108] Charlotte Garnich (* 1881), Tochter von Robert Friedberg und Ehefrau von Hugo Garnich, 1919–1924 MdL Preußen (DVP).

Süddeutschland (Zuruf: Dr. Dingeldey[109] (Darmstadt)!). Mitteldeutschland (Zuruf: Dr. Kaiser!). Westdeutschland (Zuruf: Geheimrat Schaller (Hagen)!). Es wird mir mitgeteilt, daß die Landtagsfraktion als Ihren Vertreter Herrn Professor Moldenhauer in die Kommission entsendet. Ich bitte dann, daß diejenigen, die Wünsche für die Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses haben, sich mit dieser Kommission in Verbindung setzen. Ich möchte bitten, daß die Kommission möglichst bald ihre Arbeit beginnt, damit sie uns nachmittags ihre Vorschläge vorlegen kann. Wir wollen die Mittagspause benutzen, um die Vorschläge für die Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses den Damen und Herren der Kommission zu übermitteln. Deshalb möchte ich eine Stunde vorschlagen, in der auch die Vorsitzenden der Landesverbände zusammentreten können, um einen Ausgleich für ihre Vorschläge zu schaffen. Zweitens mache ich darauf aufmerksam, daß wir bei diesen Vorschlägen zum Geschäftsführenden Ausschuß als Parteileitung auch den Wunsch haben, daß Vertreter der großen Berufsorganisationen in den Geschäftsführenden Ausschuß hineinkommen, und wir werden unsererseits diese Anregungen der Kommission auch übermitteln. Ich bin überzeugt, daß sie Beachtung finden werden. Dann bitte ich vielleicht noch die Damen und Herren der Kommission, auch den Gesichtspunkt zu beachten, der vorhin angeführt worden ist, daß gewissermaßen auf die soziale Zusammensetzung achtgegeben wird (Sehr richtig!). Ich möchte Wert darauf legen, daß neben Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, Vertretern der Beamten und der Privatbeamten auch Vertreter der Landwirtschaft und des Handwerks im Geschäftsführenden Ausschuß sind (Zuruf: Handel und Industrie!).

Dann frage ich, ob wir jetzt in der Erörterung fortschreiten wollen und ob wir mit der Aussprache über die politische Lage oder mit der Beratung der Satzung beginnen wollen (Zuruf: Politische Lage!).

Geheimrat Hirschberg (Eberswalde): Ich bitte, vielleicht so zu verfahren, zunächst eine Generaldebatte über die Satzung vorzunehmen und dann die ganze Sache einer Kommission zu überweisen.

Vorsitzender [Stresemann]: Wenn Sie darüber einig sind, daß wir die Satzung nach unserer Generaldebatte über die ganze Organisation einer Kommission überweisen, dann mag das gehen, aber jedenfalls müssen wir dann gegen 4 Uhr unbedingt mit der Erörterung über die politische Lage beginnen. Ich habe nicht die Absicht, hier ein großes Referat zu halten, denn dazu ist der morgige Tag da. Ich würde ganz kurz die Debatte einleiten. Aber es liegen mir von verschiedenen Seiten schwerwiegende Anträge vor, z. B. in Bezug auf die Frage des Rätesystems, auf die Frage der Befugnisse der Arbeiterräte und anderer Räte[110], worüber eine programmatische Erklärung von uns gefordert wird.

---

[109] Eduard Dingeldey (1886–1942), Rechtsanwalt in Darmstadt. 1919–1928 Mtgl. des hessischen Landtags, dort Fraktionsvors.; 1928–Nov. 1933 MdR (DVP, ab Juli 1933 Hospitant bei der NSDAP). Nov. 1930 – Juli 1933 Parteivors., seit Dez. 1930 außerdem Vors. der Reichstagsfraktion. Dez. 1933 Auflösung seines Rechtsanwaltsbüros. Ab Dez. 1927 Mtgl. des Ausschus-

[110] Zur Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte siehe Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 bis 1919, Düsseldorf [2]1978; zu den Bürgerräten siehe Bieber, bes. S. 125ff.

Ich halte es zweitens für unerläßlich, daß wir die Vorbereitungen für die Anträge treffen, die wir morgen annehmen und die sich auf künftige Fragen beziehen, also muß heute eine Übereinstimmung über Außen- und Innenpolitik herbeigeführt werden. Ich stelle doch anheim, ob wir jetzt damit beginnen und später die Satzung vornehmen oder ob wir die Generaldebatte über die Satzung vorwegnehmen, aber mit der Beschränkung, daß diese Debatte unter allen Umständen um 4 Uhr abgeschlossen werden muß, um der Satzungskommission die Möglichkeit zu geben, aufgrund der Anregungen einen Entwurf vorzulegen. Dann haben wir von 4 bis 7 oder 8 Uhr Zeit für die politische Beratung, für die Formulierung unserer Anträge. Darf ich bitten, sich zu diesem Vorschlage zu äußern.

Geheimrat Sachs (Berlin): Ich glaube, es wird nach den auf vielen anderen Parteitagen gemachten Erfahrungen zweckmäßig sein, wenn wir vor der Mittagspause noch das Referat des Herrn Dr. Stresemann unter allen Umständen hören. Dann können wir nach der Mittagspause in die Satzungsfrage eintreten und später im Anschluß an das Referat des Dr. Stresemann in die politische Erörterung eintreten.

Dr. Curtius (Heidelberg): Meine Damen und Herren, ich möchte den Vorschlag des Herrn Geheimrats Sachs unterstützen. Es ist für uns alle für den weiteren Verlauf der Sitzung von großer Wichtigkeit, das politische Referat unseres Führers zu hören. Darüber kann dann über Mittag schon in einen Meinungsaustausch eingetreten werden, der die Verhandlungen nicht stört, während im anderen Fall unter Umständen hier im Saal ein Meinungsaustausch von Mund zu Mund entstehen würde, der die weiteren Verhandlungen sehr erschweren würde. Das Referat wird ja bis 1 Uhr zu Ende sein, dann könnten wir heute nachmittag in möglichst kurzer Zeit die Satzungsberatung beenden, dann bleibt der ganze weitere Nachmittag zur Beratung politischer Fragen übrig.

Fiedler: Ich kann mich dem Vorschlage nicht anschließen. Wir würden dadurch den Zusammenhang zwischen dem Referat und der politischen Aussprache durch eine rein geschäftsordnungsmäßige Debatte stören. Ich würde mich also dafür aussprechen, jetzt die Generaldebatte über die Satzung zu beginnen.

Abgeordneter Kempkes [Berlin]: Ich möchte mich dem letzten Vorschlage anschließen. Ich bin von der Reichstagsfraktion beauftragt worden, kurz über die Satzung zu berichten. Ich glaube nach den Rücksprachen, die wir in einzelnen Kreisen schon gepflogen haben: Es wird möglich sein, daß eine kurze Generaldebatte über die Satzung stattfindet und daß dann die ganze Summe der Abänderungsvorschläge zu dem Entwurf in einer Kommission beraten würde. Ich glaube, bei gutem Willen werden wir bis zu der Pause mit der Generaldebatte fertig werden, damit wir dann in der Lage sind, den ganzen Nachmittag für dasjenige zur Verfügung zu haben, was für uns alle das Notwendigste ist: eine eingehende, organische, zusammenhängende Aussprache über innere und äußere Politik (Zustimmung).

Professor Dr. Dieckmann[111] (Osnabrück): Wir sind alle der Meinung, daß wir zuerst Herrn Dr. Stresemann hören müssen. Wenn das nicht möglich ist, stelle ich den Antrag, von vornherein die Redezeit zu beschränken, damit möglichst viele ihre Ansicht über die Satzung sagen können.

[111] Hermann Dieckmann (* 1880), Professor der Theologie.

Vorsitzender [Stresemann]: Es wird meiner Ansicht nach mit Recht gesagt: Organisch schließt sich jetzt, nachdem wir über Personenfragen so viel gesprochen haben, die Satzungsberatung an, wobei ich voraussetze, daß Sie mich darin unterstützen, spätestens um 4 die Beratung zu Ende zu führen, damit wir Zeit für die politische Debatte frei haben. Ich bitte also zu beschließen, daß wir jetzt mit dem einleitenden Referat von Herrn Kempkes über den Satzungsentwurf beginnen und bis 4 Uhr die Debatte beenden. Diejenigen, die dafür sind, bitte ich sich zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe (Sie erfolgt). Ich glaube, der erste Vorschlag hat die große Mehrheit auf sich vereinigt. Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Kempkes das Wort.

Abgeordneter Kempkes [Berlin]: Verehrte Damen und Herren, mit Rücksicht auf die Ausführungen des heutigen Vormittags möchte ich mein Referat so kurz fassen, wie es nur irgend möglich ist, weil ja doch der Entwurf mit den Abänderungsvorschlägen dazu jetzt in die Hände der hier erschienenen Mitglieder des Zentralvorstandes gekommen ist.[112]

Eine Vorbemerkung allgemeiner Art darf ich mir gestatten. Eine Satzung derart zu schaffen, daß sie alle Wünsche befriedigt, ist eine Unmöglichkeit. Jede Satzung, jeder Satzungsvorschlag, ist seiner Natur nach ein Kompromiß, und von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich auch bei den einzelnen Vorschlägen, die von verschiedenen Seiten gemacht worden sind, bitten zu berücksichtigen, daß nun einmal bei den Grundsätzen, wie sie vorliegen, nicht jeder einzelne Wunsch erfüllt werden kann. Die Reichstagsfraktion ist der Meinung, daß damit natürlich nichts Vollkommenes geschaffen wird. Sie ist aber auch weiter der Meinung, daß die Anregungen, die von seiten der einzelnen Wahlkreise gekommen sind, durchaus Beachtung verdienen, und ich darf für die geschäftsmäßige Behandlung vorweg sagen, daß es zweckmäßig sein wird, die vorläufige Beschlußfassung wegen der Vorladung zum Vertretertag in eine Kommission hinein zu verlegen. Wenn nun der Satzungsentwurf ein Kompromiß ist, so kommt es im wesentlichen auf die leitenden Gesichtspunkte an, die die Reichstagsfraktion bestimmt haben, Ihnen diesen Entwurf vorzulegen. Wir sind davon ausgegangen, daß die Träger der ganzen Organisation an sich, von unten gerechnet, die Wahlkreisverbände sind. Der Unterschied zwischen den früheren und den heutigen Wahlkreisverbänden bedingt auch Unterschiede in der Organisation der Wahlkreise.[113] Der jetzige Wahlkreisverband ist der natürliche Körper, der die Wahlen zu schaffen hat, der im einzelnen dafür zu sorgen hat, daß die Aufstellung der Kandida-

[112] Liegt nicht vor.

[113] In der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 30.11.1918 (RGBl. 1918, S. 1350) über die Wahlen zur Nationalversammlung war eine Wahlkreiseinteilung vorgenommen worden, nach der die 37 Wahlkreise (ohne Elsaß-Lothringen) selbständige Wahlkörper mit festen Abgeordnetenzahlen bildeten (auf durchschnittlich 150000 Einwohner entfiel ein Abgeordneter, wobei ein Überschuß von 75000 Einwohnern vollen 150000 gleich gestellt wurde). Die Ländergrenzen blieben weiterhin gewahrt, jedoch wurden einzelne kleinere Länder mit preußischen Bezirken jeweils zu einem Großwahlkreis zusammengeschlossen. Demgegenüber existierten im Kaiserreich zwischen 1874 und 1918 397 Wahlkreise, die jeweils einen Abgeordneten in den Reichstag entsandten; siehe dazu Milatz, S. 29ff. sowie Dok. Nr. 7, 11.

ten erfolgt, kurz, in dem das Schwergewicht der praktischen politischen Arbeit nach außen hin liegt. Daher finden Sie in dem Entwurf die Wahlkreisverbände zugrunde gelegt mit zwei Möglichkeiten nach oben und unten, nach oben hin, daß die Wahlkreisverbände sich zusammenschließen können – nicht zusammenzuschließen brauchen – zu landschaftlichen Verbänden, oder, wie wir gesagt haben, zu größeren Verbänden. Es kann sein, daß sich verschiedene Wahlkreise nicht nach politischen Gesichtspunkten zu Landschaften zusammenschließen, sondern daß sie sich nach wirtschaftlichen oder nach anderen Gesichtspunkten zusammenschließen. Es erscheint daher zweckmäßig, möglichste Freiheit zu lassen, und deshalb ist lediglich gesagt worden: Der Zusammenschluß zu größeren Verbänden kann erfolgen. Was den Aufbau nach unten hin angeht, so enthält die Satzung nichts anderes als bei der Mitgliedschaft Bestimmungen darüber, daß Ortsvereine zu gründen sind und die Ortsvereine sich ihrerseits wieder zu Kreisverbänden zusammenschließen, aber nicht im Anschluß an die frühere Wahlkreiseinteilung, noch im Anschluß an die politische Kreiseinteilung in Preußen oder ähnliche Einteilungen in anderen Bundesstaaten. Nach dieser Richtung hin ist in der Satzung vollständige Freiheit gelassen. Wie das also besteht, mag es sein. Es erscheint nicht zweckmäßig, von der Satzung aus hier Bestimmungen zu treffen, weil die regionale Verschiedenheit im Aufbau der Organisation so außerordentlich groß ist, daß man es jedem einzelnen Wahlkreis überlassen muß, wie er sich nach dieser Richtung hin aufbaut. Nur das eine ist natürlich erforderlich, um die straffe Zentralisation herbeizuführen, daß sich alle Vereine eines Wahlkreises zu einem Wahlkreisverbande zusammenschließen, und dieser Wahlkreisverband ist, wie ich das schon sagte, der Träger der politischen Arbeit. Er ist auch derjenige, mit dem die Zentralstelle unmittelbar verkehrt. Das möchte ich über den Aufbau vorweggeschickt haben, um verschiedene Meinungen über Auslegung der einzelnen Punkte richtigzustellen.

Was nun die Mitgliedschaft angeht, so haben wir grundsätzlich festgelegt, daß solche Vereine und Vereinigungen Mitglieder sind, die sich den Zielen der Deutschen Volkspartei widmen. Nur ausnahmsweise sollen neben den Vereinen auch Einzelpersonen direkt als Mitglieder zugelassen werden. Das entspricht dem praktischen Bedürfnis. Es ist der Fall theoretisch konstruierbar, vielleicht auch vorgekommen, daß Mitglieder in ihrem Wahlkreise irgendwelche Differenzen gehabt haben. Sie wollen sich dort nicht anschließen, sondern sie wollen direkt der Partei angehören. Das können Leute sein, auf deren Mitarbeit in dieser oder jener Richtung die Partei großen Wert legt, und es ist daher zweckmäßig, solche Einzelpersonen zuzulassen, aber selbstverständlich nur in Ausnahmefällen, und deswegen ist da der Ausgleich geschaffen, daß das nur mit Genehmigung des Zentralvorstandes bzw., um das vorwegzunehmen, mit Genehmigung des Geschäftsführenden Ausschusses, der ja gewissermaßen Organ des Zentralvorstandes ist, geschehen kann.

Bei den Vereinen, die als solche aufzunehmen sind, sind Besonderheiten geschaffen worden nach zwei Richtungen. Es sind Bestimmungen getroffen worden über Berufs-, Zweck- und Jugendvereine. Der leitende Gesichtspunkt für diese Organisationen ist, daß keine selbständigen, nach Berufen oder nach sonstigen gemeinsamen verbindenden Ideen gegliederte Organisationen bestehen können, sondern Berufs- und Zweckvereine haben sich der Organisation als solcher anzuschließen. Es heißt deswegen in §3: »Innerhalb der Ortsvereine können besondere Gruppen für be-

stimmte Zwecke gebildet werden. Jugendgruppen dürfen keine Mitglieder haben, die über 25 Jahre alt sind«.[114]

Damit soll vermieden werden, daß unter Umständen von Berufsvereinen eine besondere Politik getrieben wird, daß sich ein Berufsverein über weitere Kreise verbreitet und nicht den Zusammenhang mit seinem Ortsverein und damit auch dem Wahlkreisverbande hat, der unbedingt nötig ist, wenn ein einheitliches Vorgehen bei den Wahlen und bei der politischen Betätigung erfolgen soll. Von vielleicht besonderer Bedeutung nach den Erfahrungen der Vergangenheit sind die Bestimmungen über Jugendvereine. Jugendvereine werden insofern einer besonderen Bestimmung unterworfen, als sie nur Mitglieder bis zum Alter von 25 Jahren haben dürfen. Es soll vermieden werden, daß sich eine Jugendgruppe bildet, deren Mitglieder nicht mehr der Jugend, sondern dem reifen Alter, womöglich in überwiegender Zahl, angehören und die dann in der Lage sind, unter Umständen eine eigene Politik zu treiben, was nicht zum Wohl der Gesamtpartei dient.[115] In § 4 ist der Grundsatz aufgestellt worden: »Die Verleger und Schriftleiter der Parteizeitungen und Parteizeitschriften bilden einen besonderen Verein. Als Parteizeitungen und Parteizeitschriften gelten diejenigen Zeitungen und Zeitschriften, die sich die Vertretung der Grundsätze und Ziele der Deutschen Volkspartei zur Aufgabe machen. Vor der Aufnahme und Ausschließung eines Mitgliedes ist dem Geschäftsführenden Ausschuß Gelegenheit zur Äußerung zu geben«.[116]

Es ist unbedingt nötig, daß der Zusammenhang mit der Presse mehr als bisher nach dem alten Statut gewahrt bleibt (Sehr richtig!). Daher ist davon ausgegangen worden, einen besonderen Presseverein für das ganze Reich nach Maßgabe des § 4 zu schaffen. Die Voraussetzung ist die Anerkennung der einzelnen Zeitungen durch die Partei.

In § 8 ff. sind dann die Organe aufgeführt, die die Deutsche Volkspartei zur Organisation ihrer Tätigkeit hat, und zwar nach demokratischer, liberaler Auffassung im Allgemeinen Parteitag, Vertretertag, Zentralvorstand, das Organ des Zentralvorstandes mit bestimmten satzungsmäßig festgelegten Aufgaben: der Geschäftsführende Ausschuß. Der § 9 setzt dann fest, in welcher Weise der Zentralvorstand zu wählen ist, und nach den Anregungen, die von einer ganzen Reihe von Wahlkreisen gekommen sind, dürfte hier vielleicht besonders mit Abänderungsvorschlägen eingesetzt werden. Es kommt beim Zentralvorstand zunächst auf zwei Sachen an. Einmal ließ sich die Fraktion bei dem Entwurf von der Auffassung leiten, den Zentralvorstand nicht zu groß zu machen, wenigstens nur so groß, daß er noch einigermaßen geschäftsfähig bleibt. Es ist heute morgen schon von einigen Herren darauf hingewiesen worden, daß der Zentralvorstand in der Vergangenheit ein geschäftsfähiges Or-

[114] Der Wortlaut des § 3 fehlt in der Vorlage. Da der Entwurf in diesem Punkt offensichtlich keine Veränderung erfuhr, wird an dieser Stelle der Wortlaut der verabschiedeten Fassung (siehe S. 1265) inseriert.

[115] Der Protest gegen die mangelnde Einbindung des »Jungliberalen Reichsverbandes«, in dem seitens des rechten Parteiflügels weniger ein Jugendverband als eine Organisation des linken Parteiflügels gesehen wurde, in die Organisationsstruktur der NLP kulminierte auf der Zentralvorstandssitzung vom 24.3.1912, siehe Reiß, S. 25 ff.; Krabbe, S. 147.

[116] Der Wortlaut des § 4 fehlt in der Vorlage. Da der Entwurf in diesem Punkt offensichtlich keine Veränderung erfuhr, wird an dieser Stelle der Wortlaut der verabschiedeten Fassung (siehe S. 1265) inseriert.

gan nicht gebildet hat. Das war auch die Ansicht der Fraktion, die dahin führte, die Bildung der Wahlkreise nicht so groß zu machen, wie es nach den eingegangenen Abänderungsvorschlägen der Auffassung der einzelnen Wahlkreise entsprach. Wir hatten daher die Bestimmung getroffen – Sie sehen das im Absatz 1 –, daß jeder Wahlkreis zwei Vertreter in den Zentralvorstand entsendet, und hatten darüber hinaus noch gesagt, daß solche Wahlkreise, die mehr als 150000 Stimmen aufgebracht haben, noch einen besonderen Vertreter schicken dürfen.[117] Die Zahl von 150000 ist von denjenigen Herren mit Recht als viel zu hoch beanstandet worden, die der Auffassung waren, es müsse eine stärkere Beteiligung der Wahlkreise herbeigeführt werden. Das ist durchaus zutreffend, wenn man den Grundsatz, den wir aufstellten, die Zahl zu beschränken, nicht akzeptieren will, sondern der Meinung ist, eine stärkere Beteiligung des gesamten Deutschen Reichs herbeizuführen. Dann bin auch ich der Meinung, daß hier eine Änderung eintreten müßte, vielleicht derart, um das vorwegzunehmen – ich entferne mich damit von dem Vorschlage, aber es ist gerade dies ein Punkt, der vielleicht zu Erörterungen Anlaß gibt –, daß jeder Wahlkreis eine bestimmte Grundstimmenzahl hat – sei es einen Vertreter oder zwei Vertreter, und daß im übrigen eine Bestimmung hier eingefügt wird, die seiner Bedeutung für die Deutsche Volkspartei Rechnung trägt. Das kann nach zwei Richtungen geschehen, daß man entweder die Zahl der für die Partei abgegebenen Stimmen oder die Zahl der organisierten Mitglieder zugrunde legt. Darüber werden wir uns wohl in der Kommission im einzelnen unterhalten müssen.

Zu Nummer 2[118] möchte ich bemerken, daß dort die Beteiligung der Parlamente im Zentralvorstand vorgesehen ist, und zwar ist die Reichstagsfraktion davon ausgegangen, daß es unter den bestehenden Verhältnissen zweckmäßig ist, daß die Parlamente im Zentralvorstand vertreten sind, im Interesse der gegenseitigen Fühlung, im Interesse des gemeinsamen Zusammenarbeitens. Das war der Grund, die Bestimmung aufzunehmen, daß die Reichstagsfraktion, die die gesamte Politik des Reichs zu vertreten hat, in cumulo dem Zentralvorstand angehören solle. Der Gedanke aber, daß der Zentralvorstand zu groß werden würde, wenn die sämtlichen parlamentarischen Vertretungen in den Bundesstaaten nun in cumulo hineingewählt werden, hat dann dazu geführt, bei den Landtagsfraktionen je nach der Bedeutung vorzuschlagen die Vorstandsmitglieder bzw. die zwei Vorsitzenden, zwei Vertreter für Sachsen und Württemberg und je einen Vertreter für die anderen Länder. § 11 erfährt jetzt eine Abänderung nach Maßgabe der Beschlüsse, die Sie heute gefaßt haben. Es sind ja nicht drei Vorsitzende gewählt, sondern vier. Der Zentralvorstand hat danach einen ersten, einen zweiten, einen dritten und einen vierten Vorsitzenden, einen Schriftführer, einen Schatzmeister und einen stellvertretenden Schatzmeister.

Damit sind die Bestimmungen über den Zentralvorstand im wesentlichen gegeben. Ich darf noch hervorheben, daß ganz allgemein die Kompetenz des Zentralvorstandes Ausdruck gefunden hat durch die Worte: Die Leitung der Gesamtpartei steht

[117] Zur Zusammensetzung des Zentralvorstands nach der Satzung von 1912 siehe Reiß, S. 56f., § 13.

[118] Gemeint: § 9, Nummer 2 der Satzung (siehe ebd.) nach der dem Zentralvorstand alle Mitglieder der Reichstagsfraktion, 8 Mitglieder der preußischen, bis zu 3 Mitglieder der bayerischen, 2 Mitglieder der sächsischen und württembergischen und jeweils ein Mitglied aller übrigen Landtagsfraktionen angehören.

ihm zu. Auf die Bedeutung des Zentralvorstandes brauche ich jetzt nicht einzugehen. Es ist mit diesem Ausdruck das Organ geschaffen, dem die Gesamtleitung zusteht; eine Aufführung seiner einzelnen Kompetenzen würde unmöglich sein und würde zu weit führen. Ich glaube daher, daß der Ausdruck: Die Leitung der Gesamtpartei steht ihm zu, das Richtige trifft. Im Zentralvorstand wird, gewissermaßen als Organ des Zentralvorstandes zur Führung der laufenden Geschäfte, ein Geschäftsführender Ausschuß bestellt. Ich möchte darauf hinweisen, daß das nach den Satzungen der Zweck für den Geschäftsführenden Ausschuß ist, und das mag auch vielleicht Veranlassung sein, bei dem Vorschlage zum Geschäftsführenden Ausschuß Rücksicht auf das zu nehmen, was nach dem Statut die Fraktion und auch den Abänderungsvorschlägen die eingegangenen Abänderungen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß bezwecken. Es muß in dem Geschäftsführenden Ausschuß ein Organ geschaffen werden, das unter allen Umständen arbeitsfähig ist (Sehr richtig!), und die Voraussetzung dieser Arbeitsfähigkeit ist natürlich die, daß die Zahl der Mitglieder nicht zu hoch genommen wird. Durch die Abänderungsvorschläge von heute morgen hat der Geschäftsführende Ausschuß ja bereits fünf geborene Mitglieder. Wenn Sie nun die Höchstzahl nehmen, die wir angenommen haben: zwölf, dann würde immerhin ein Gremium von 17 Personen entstehen. Für die Führung der laufenden Geschäfte – Herr Dr. Stresemann hat schon darauf hingewiesen –, wobei es sich zum Teil um Kleinigkeiten handelt, Büromietung und sonstige Sachen, erscheint mir ein Gremium von 17 Personen zweifellos ausreichend. Ich glaube daher, man wird nicht dahin kommen können, diesen Geschäftsführenden Ausschuß wesentlich größer zu machen und Gefahr zu laufen, nun nicht ein Organ zu besitzen, das in letzter Linie auch wirklich arbeitsfähig ist.

Es ist dann weiter in § 14 gesagt, welche Ausschüsse der Geschäftsführende Ausschuß einzusetzen hat: Rechnungsausschuß, Werbeausschuß, Presseausschuß, Ausschuß für Werbearbeit unter den Frauen und darüber hinaus, daß der Geschäftsführende Ausschuß weitere Ausschüsse einsetzen kann.[119]

Über die Reichsgeschäftsstelle ist dann festgelegt, daß sie in der Reichshauptstadt errichtet wird. Es ist absichtlich der Ausdruck Reichshauptstadt gewählt im Anschluß an den Verfassungsentwurf der Nationalversammlung, so wie er jetzt ist, wo auch von der Reichshauptstadt gesprochen wird.[120] Die Leitung steht dem Generalsekretär zu. Da darf ich vielleicht darauf hinweisen, daß die Generalsekretäre der Zentralvorstand anstellt auf Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses, weil die Anstellung eines Generalsekretärs immerhin ein Vorgang von großer Bedeutung ist, so daß es zweckmäßig ist, wenn der Zentralvorstand darüber entscheidet. Daß im übrigen die Anstellung vor sich geht als Erledigung laufender Arbeiten durch den Geschäftsführenden Ausschuß ist nach dem, was ich gesagt habe, eigentlich selbstverständlich, scheint aber auch kaum einem Widerspruch zu begegnen.

Auf den letzten Absatz darf ich noch verweisen, der vielleicht in den Abänderungsvorschlägen auch berührt ist. Danach ist festgestellt, daß auch bei Anstellung der

[119] Siehe auch Dok. Nr. 6, S. 140f.

[120] Entgegen der Auffassung von Kempkes enthielt der von Hugo Preuß am 21.2.1919 der Nationalversammlung vorgelegte Verfassungsentwurf (Text u.a.: Heilfron, Bd. 2, S. 522–541) keinen Passus über die Reichshauptstadt.

Geschäftsführer in den Wahlkreisverbänden eine Mitwirkung des Zentralvorstandes insofern stattfindet, als man diese Anstellung dem Zentralvorstand vorher mitteilen soll und dem Zentralvorstand überlassen soll, sich dazu zu äußern. Es ist also auch in diesem Fall, wie in vielen anderen, dem Wahlkreisverband als solchem die definitive Beschlußfassung überlassen, es ist nur bestimmt worden, im Interesse der Zentralisation, daß die Anstellung von Parteisekretären nach politischen Richtungen hin unter Umständen zweckmäßig dem Zentralvorstand oder dem Geschäftsführenden Ausschuß mitgeteilt wird, daß eine solche Mitwirkung erfolgt.

§ 16 regelt dann den Vertretertag. Wichtig ist dort die Kompetenz des Vertretertages, die auch nur in allgemeinen Bemerkungen festgelegt werden kann, wonach es heißt: Er hat das Programm der Partei zu beschließen und die Richtlinien für ihre Politik festzulegen. Das ist absichtlich so allgemein gehalten, weil der Vertretertag für diese rein politische Tätigkeit nach außen und nach innen hin das Organ ist, das bestimmend auftreten muß. Über die Zusammensetzung kann man vielleicht verschiedener Meinung sein. Es sind dazu Abänderungsvorschläge von verschiedenen Seiten gekommen. Die Fraktion ist davon ausgegangen, daß der Vertretertag als solcher die Bedeutung hat, nach außen hin eine Demonstration der Partei zu bilden, daß er nach außen hin Richtlinien geben soll, und die Fraktion ist weiter der Meinung, daß eine starke Beschickung des Vertretertags unbedingt nötig ist, damit alle die aus dem Lande gewählten Delegierten zum Vertretertag auch selber Lust und Liebe bekommen, daß sie die Anregungen, die sie dort bekommen haben, im Lande weiterverbreiten und daß dadurch eine Betrachtung der ganzen politischen Tätigkeit im Lande selbst hervorgerufen wird.

Im § 17 findet sich die Bestimmung, daß der Vertretertag möglichst im Jahre einmal einzuberufen ist. Es erscheint notwendig, die Bestimmung zu treffen, daß man einmal im Jahr zusammenkommt. Es kann natürlich sein, daß das Jahr nicht so ganz genau genommen wird, deswegen ist der Zusatz gemacht »möglichst« einmal im Jahre. Zur Wahrung der Rechte der einzelnen Wahlkreisverbände ist im Absatz 2 dann die Bestimmung festgelegt, daß auf Vorschlag jedes einzelnen Wahlkreisverbandes, unter Voraussetzung des rechtzeitigen Eingangs, die Anregungen auf die Tagesordnung des Vertretertags zu bringen sind. Damit ist jeder Wahlkreisverband in der Lage, besondere Wünsche eigener Art oder allgemeine Wünsche unter allen Umständen auf dem Vertretertag zu erörtern.

Über den Vertretertag hinaus sieht der Entwurf einen Parteitag vor, der nur in ganz seltenen Fällen einmal einberufen werden soll, wenn es sich um eine große, wuchtige Parteidemonstration nach außen hin handelt. Solche Fälle sind denkbar und kommen vor, und da erscheint es zweckmäßig, im Statut wenigstens die Möglichkeit offenzulassen, einen viel größeren Kreis von Personen, als sie für den Vertretertag bestimmt sind, zuzulassen, einen Kreis von Personen, der letzten Endes alle eingeschriebenen Parteimitglieder umfaßt.[121]

Damit dürfte im wesentlichen der Aufbau festgelegt sein. Ich darf nur mit einigen Worten noch auf den § 19 hinweisen. Es ist dort gesagt, daß die Frauen möglichst an

[121] Abweichend vom hier vorgelegten Entwurf sah die verabschiedete Fassung in § 17 nur vor: »Der Parteitag wird auf Beschluß des Zentralvorstandes einberufen. Er soll möglichst einmal im Jahre zusammentreten«, siehe S. 1267.

allen Organen der Partei zu beteiligen sind. Das könnte unter den heutigen Verhältnissen selbstverständlich erscheinen. Eine solche Bestimmung erscheint aber um deswillen zweckmäßig, weil immerhin einzelne Organisationen nicht hinreichend hieran denken, weil es nötig ist, auch den einzelnen Organisationen durch das Statut nahezulegen, daß sie auf die Beteiligung der Frauen Rücksicht nehmen (Zuruf: Man merkt die Absicht!). Man merkt vielleicht die Absicht und wird in diesem Fall nicht verstimmt.

Meine Damen und Herren, damit dürfte ich das kurze Referat geschlossen und grundsätzlich das festgelegt haben, was wir wollen. Ich möchte nur eine Schlußbemerkung anschließen: Wir sind einmal schon spät auf dem Plane erschienen[122] (Sehr richtig!), wir haben dadurch Nachteile gehabt, die wir überhaupt nur in sehr langer politischer Arbeit wieder gutmachen können (Sehr richtig!). Es ist meiner Meinung nach erforderlich, daß der heutige Vertretertag nun mit einer festgeschlossenen Organisation hinausgeht, zu der auch das Kleid gehört, das wir uns anziehen müssen, unsere Satzung, und da meine ich, daß es zweckmäßig ist, unter Umständen einzelne Wünsche, die man aufgestellt hat, noch einmal einer Revision dahin zu unterziehen, ob man sie nicht im Interesse der Tatsache zurückstellen kann, daß ein Ausgleich geschaffen werden muß, daß wir den Vertretertag damit schließen wollen, unter allen Umständen eine Satzung lieber mit diesem oder jenem kleinen Schönheitsfehler herbeizuführen als heute eventuell wieder vor unvollendeten Tatsachen zu stehen und die Satzung bis zu der nächsten Sitzung des Zentralvorstandes oder bis zum nächsten Vertretertag zu vertagen. Ich hoffe, daß in der Kommission auch so gearbeitet werden kann, daß die Mitglieder der Kommission, die aus Ihrem Vertrauen gewählt sind, dem Vertretertag morgen mit der Autorität von Ihnen allen die Satzung so vorlegen können, daß eine en bloc Annahme stattfindet.[123] Ich würde es außerordentlich schmerzlich bedauern – ich glaube das auch im Namen der Reichstagsfraktion ausdrücken zu können –, wenn etwa morgen auf dem Vertretertag mit Satzungsdebatten die Zeit verloren würde, die heute zu großen Aufgaben unbedingt erforderlich ist (Zustimmung). Ich glaube, es würde in weitesten Parteikreisen im Lande nicht verstanden werden, wenn wir uns über diese oder jene Kleinigkeit der satzungsmäßigen Verfassung streiten würden, wo jetzt alles im ganzen Deutschland brennt und wo wir zu dem Brande in Deutschland unsererseits Stellung zu nehmen haben (Beifall).

Vorsitzender [Stresemann]: Ich glaube, in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich Herrn Abgeordneten Kempkes für dieses einleitende Referat und die klare Darlegung der Hauptgesichtspunkte der Satzung den Dank des Zentralvorstandes hier ausspreche.

(Einstündige Pause)

Vorsitzender [Stresemann]: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Meine Herren, wir haben vorhin das Referat entgegengenommen, das uns Herr Kempkes über den Grundcharakter der Satzung erstattet hat. Ich bitte nun, daß wir darüber beschließen, in welcher Form über die Satzung weiter zu beraten sein wird.

[122] Gemeint: Eintritt in die Wahlbewegung.

[123] Nach der Einsetzung einer ständigen Satzungskommission nahm der Parteitag am 13.4.1919 den Satzungsentwurf en bloc an, siehe Bericht Erster Parteitag, S. 109.

Wir können mit dem § 1 der Satzung eine allgemeine Aussprache im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Kempkes verbinden und dann in die Spezialberatung eintreten oder auch nach der Generaldebatte die Verweisung der Satzung in eine Kommission beschließen. Ist das der Wunsch, daß zu § 1 eine Generaldebatte stattfindet?

Dr. Curtius (Heidelberg) (Zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, daß wir von einer Generaldebatte absehen. Das Pensum, das uns heute noch bevorsteht, ist so außerordentlich umfangreich, daß wir unmöglich erst eine Generaldebatte veranstalten, dann eine voraussichtlich schwierige Kommissionswahl vornehmen, später den Bericht der Kommission entgegennehmen und uns dann noch über die Spezialfragen unterhalten können. Vor allem ist es doch notwendig, daß wir uns über die politische Lage klarwerden (Sehr richtig!). Das ist meines Erachtens viel wichtiger als eine eingehende Debatte über die Satzung (Zustimmung). Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Generaldebatte über die Satzung irgendwie fruchtbar sein könnte (Sehr wahr!). Es würde sich wahrscheinlich darum handeln, daß alle die einzelnen Wünsche und Beschwerden über die Organisation bei dieser Gelegenheit vorgebracht werden. Dann würden wir aber ins Uferlose geraten. Ich darf vielleicht daran erinnern, daß vor vier Wochen in Berlin ja eine Art von Rumpfparlament des Parteitages gewesen ist.[124] Ich bin damals anwesend gewesen, und gerade diese Fragen haben uns stundenlang in Berlin beschäftigt. Sie würden uns voraussichtlich heute wieder stundenlang beschäftigen. Ich meine, wir müssen Selbstzucht üben, wir müssen uns unbedingt heute über die politische Lage aussprechen. Wenn Wünsche und Beschwerden über die Organisation vorzubringen sind, würde ich vorschlagen, sie zurückzustellen und nachher zu erledigen, nachdem die Kommission getagt hat.

Also, mein negativer Vorschlag geht dahin, eine Generaldebatte abzulehnen und gleich die Kommission zu wählen, und, um einen positiven Vorschlag zu machen, würde ich veranlassen, eine 14-gliedrige Kommission zu bilden. Mit 14 Mitgliedern würden wir wohl eine ausreichende Vertretung erreichen. Es ist dann Gelegenheit, die einzelnen Wünsche genügend zur Kenntnis zu bringen. Also ich bitte, vorweg zu entscheiden, daß keine Generaldebatte stattfindet, sondern sofort eine Kommission zu wählen, die damit die Gelegenheit hat, heute überhaupt noch die Satzung fertigzustellen. Wenn eine Generaldebatte stattfinden sollte, würde das nicht mehr möglich sein.

Geheimrat Sachs [Berlin]: Ich möchte mich dem Vorschlage in jeder Beziehung anschließen. Ich glaube auch, daß es außerordentlich unpraktisch sein würde, bei dem Mangel an Zeit jetzt in eine Generaldebatte über die Satzung einzutreten. Es ist nicht abzusehen, wie wir heute damit fertig werden sollten.

Ich möchte dann anschließend noch eine andere Anregung geben, nämlich die, ob es nicht möglich wäre, den Mitgliedern des Zentralvorstandes später in irgendeiner

[124] Ein Protokollfragment der Tagung vom 15.3.1919, bei der es sich wahrscheinlich um eine Zusammenkunft von Parteileitung, Nationalversammlungsfraktion und Vertretern der Wahlkreise gehandelt hat, findet sich im NL Dingeldey 14, p. 1–55.

Form das Referat des Herrn Dr. Kempkes zugänglich zu machen. Ich glaube, daß es von vielen dankbar begrüßt werden würde, wenn sie durch das Referat Erläuterungen erhalten würden. Ich möchte das dem Geschäftsführenden Ausschuß zu erwägen geben.

Dr. Cremer (Dortmund): Meine Damen und Herren, auch ich bin der Meinung, daß eine Generaldebatte hier im Augenblick nicht stattfinden kann. Wenn Herr Dr. Curtius von der Unterlassung einer Generaldebatte gesprochen hat, so hatte er angenommen, daß, wenn überhaupt eine Generaldebatte stattfindet, es sich hier wirklich nur um die Satzung als solche drehen sollte, nicht aber gleich um einzelne Anregungen in Bezug auf unsere Geschäftsführung, denn wenn das geschehen sollte, würde das allerdings eine uferlose Debatte geben. Ich erkläre mich auch damit einverstanden, daß von vornherein, ohne Debatte, zur Bildung einer Kommission geschritten wird, möchte aber in diesem Falle doch als Vertreter eines der größten Landschaftsverbände einen Vorschlag für die Bildung der Kommission machen. Daß Vertreter der Reichstagsfraktion, der Landtagsfraktion und der Frauenorganisation darin sind, halte ich für selbstverständlich. Dann müßten aber meiner Meinung nach Vertreter derjenigen großen Verbände, die in erheblichem Umfange Anträge gestellt haben, auf alle Fälle dabei sein, denn sie müßten doch Gelegenheit finden, ihre Anträge in der Kommission zu erläutern, bzw., wo sie aneinander vorbeigeschrieben haben, was mir vielfach der Fall gewesen zu sein scheint, das von vornherein klarzustellen. Ich würde also vorschlagen, daß die antragstellenden Verbände und Wahlkreisverbände je einen Vertreter in die Kommission zu entsenden hätten, und wenn das nicht genügen sollte, könnten nach dem Vorgange von heute morgen, gewissermaßen als Neutrale, vier Vertreter, die nicht zu den Antragstellern gehört haben, hinzugewählt werden. Dann kämen wir im ganzen auf ungefähr 11–15 Mitglieder. Ich würde vorschlagen, daß diese Kommission im Laufe des heutigen Tages ihre Beratungen zu Ende zu führen hätte und daß morgen früh vielleicht in einer Pro-Forma-Sitzung des Zentralvorstandes, kurz vor Beginn des Vertretertages, wir dann Gelegenheit haben, die Satzungen, so wie sie aus der Kommission kommen, anzunehmen, damit die Sache als ein Antrag des Zentralvorstandes vor den Vertretertag kommt, nicht nur als ein Antrag der frei gewählten Kommission. In diesem Sinne möchte ich den Antrag Curtius ergänzen.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich möchte mir gestatten, direkt einige Vorschläge für die Wahl zu machen, da ich glaube, es ist vielleicht besser, wenn das von vornherein erledigt wird. Ich schlage vor als Vertreter der Reichstagsfraktion Herrn Abgeordneten Kempkes, als Vertreter der Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Leidig, der an dem Satzungsentwurf mitgearbeitet hat. Ferner Herrn Geheimrat Rose (Wilmersdorf), Herrn Dr. Cremer (Dortmund), Herrn Abgeordneten Hollmann (Lichterfelde), Herrn Dr. Osann (Darmstadt), Herrn Justizrat Lohse (Oldenburg), Herrn Stettiner (Königsberg) und Herrn Abgeordneten Langer (Oberhausen). Das sind die Herren aus Kreisen, die Anträge gestellt haben (Zuruf: Rose – Hamburg!). Herrn Rose ebenfalls. Das sind zehn Namen. Ich möchte zunächst einmal diese zehn Namen mit zur Debatte stellen. Es wäre wünschenswert, daß Sie sich vielleicht damit einverstanden erklären.

Amtsrichter Dr. Stendel[125] (Leer): Ich möchte dem Vorschlag entgegentreten, daß man die Antragsteller ohne weiteres zu Mitgliedern der Kommission macht. Das halte ich für durchaus falsch. Die Antragsteller haben absolut kein Recht, in der Kommission mehr vertreten zu sein als irgendwelche anderen Mitglieder.

Vorsitzender [Stresemann]: Herr Stendel, selbst wenn Sie die Antragsteller nicht wählen würden, würden diese großen landschaftlichen Verbände sowieso das Recht in Anspruch nehmen, in der Kommission mitzuwirken. Also halte ich es doch für richtig, daß z.B. diejenigen, die einen ganz anderen Aufzug der Organisation beantragen, in der Kommission mitarbeiten, wenn es überhaupt zu einer Einigung kommen soll, sonst geben wir einen Entwurf heraus, an dem diejenigen nicht mitgearbeitet haben, die an der Satzung Anstand genommen haben. Wir haben den Vorschlag gemacht, einmal diejenigen hinein zu wählen, die die Satzung ausgearbeitet haben, und dann diejenigen, die Anträge gestellt haben. Also, ich glaube nicht, daß Einspruch dagegen erhoben zu werden braucht, weil die Antragsteller dabei sind.

Unbekannter Name: Der Verband Leipzig hat einen Antrag auf Abänderung der Statuten gestellt, deshalb möchte ich bitten, den Vorsitzenden des Leipziger Verbandes, Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Reinhardt zu wählen.

Abgeordneter Hollmann [Lichterfelde]: Ich bitte, als Vertreter des Wahlkreises 4 [Potsdam 1–9], der auch einen Antrag eingereicht hat, nicht mich zu wählen, sondern Herrn Dr. Neumann.

Oberpfarrer Schowalter (Wittenberge): Können wir es nicht so machen, daß wir die 14 Herren, die vorgeschlagen sind, nehmen und dann von allen Wahlkreisen je einen Vertreter wählen lassen, der nur als Sachverständiger dahin kommt, er braucht nicht extra gewählt zu sein.

Prof. Dr. Moldenhauer (Köln): Ich bitte, es bei dem Antrag des Herrn Dr. Stresemann zu belassen und einige Vertreter namentlich von solchen Wahlkreisen hineinzunehmen, die an gestellten Anträgen ein besonderes Interesse haben. Ich bitte Herrn Dr. Hermann für die Rheinprovinz deshalb hineinzunehmen, weil die westfälischen Anträge die Rheinprovinz ganz besonders berühren und weil der Provinzialverband der Rheinprovinz bisher keine Gelegenheit hatte, zu der Satzung Stellung zu nehmen, da es ihm infolge der Besetzung[126] nicht möglich war, die Mitglieder der Rheinprovinz zusammenzubitten. Wir konnten uns deshalb nicht äußern und legen doch großen Wert darauf, bei dieser Gelegenheit mitzuwirken.

Amtsrichter Dr. Stendel (Leer): Ich halte meinen Antrag aufrecht, daß diejenigen Organisationen, die Anträge gestellt haben, in dieser Kommission nicht irgendwie bevorzugt werden (Zuruf: Das sind sie ja auch nicht!). Die Anträge, die hier gestellt worden sind, sind uns ebensowenig zur Kenntnis gekommen wie den Rheinländern. Nach meiner Auffassung haben die Antragsteller kein Recht, in der Kommission irgendwie mit vertreten zu sein. Die anderen Organisationen haben dasselbe Interesse am Zustandekommen einer ordnungsmäßigen Satzung wie die Antragsteller

[125] Ernst Stendel (* 1879), Dr. iur., Amtsgerichtsrat, später Landgerichtsdirektor in Leer. 1919–1933 MdL. Preußen (DVP). Als Nachfolger v. Campes ab 1925 Vors. der DVP-Fraktion im preußischen Landtag.

[126] Gemeint: die Rheinlandbesetzung.

auch. Deshalb meine ich, man sollte die Antragsteller nicht bevorzugen, sondern eine Kommission wählen, in die selbstverständlich Antragsteller auch mit hineinkommen, aber ein besonderes Recht auf Bevorzugung haben sie nicht.

Vorsitzender [Stresemann]: Es ist wirklich eine rein theoretische Frage. Auch Herr Stendel ist der Ansicht: Sie sollen hinein. Also, ob wir sie hineinwählen, weil sie Anträge gestellt haben oder obwohl sie sie gestellt haben, – wir sind doch damit einverstanden, daß die hinein sollen, oder ist eine Provinz nicht berücksichtigt?

Amtsrichter Dr. Stendel (Leer): Ich bin dagegen, daß eben gesagt wurde, die Antragsteller sollen hinein.

[Unbekannter Name] (Hannover): Ich beantrage, durch Zettel abzustimmen.

[Unbekannter Name] (Hessen-Nassau): Ich bitte, daß Hessen-Nassau auch vertreten wird. Wir haben Anträge zu stellen (Zuruf: Durch wen?). Durch Dr. Hopf.[127]

Vorsitzender [Stresemann]: Dann sind 14 Persönlichkeiten genannt.

Justizrat Dr. Osann (Darmstadt): Ich möchte bitten, von meiner Person abzusehen. Ich schlage im Namen meiner Parteifreunde Herrn Dr. Wittig vor.

Vorsitzender [Stresemann]: Es ist bislang noch keine Dame drin (Zuruf: Frau Dr. Szagunn [Charlottenburg], Fräulein Lange (Bielefeld)!). Ich glaube, jetzt sind wir komplett.

Abgeordneter Hollmann [Lichterfelde]: Um Mißdeutungen vorzubeugen, möchte ich doch erklären, daß ich nur darum gebeten habe, Herrn Dr. Neumann zu wählen, weil ich nicht Mitglied des Zentralvorstandes bin.

Vorsitzender [Stresemann]: Also, Herr Abgeordneter Kempkes, Herr Abgeordneter Leidig, Herr Geheimrat Rose, Herr Dr. Cremer, Herr Dr. Neumann, Herr Wittig (Darmstadt), Herr Justizrat Lohse (Oldenburg), Herr Stettiner (Königsberg), Herr Langer (Oberhausen), Herr Geheimrat Koehn [Berlin], Herr Gymnasiallehrer Benarke, Herr Dr. Reinhardt, Herr Amtsrichter Stendel [Leer], Herr Dr. Hopf [Kassel], Frau Dr. Szagunn [Charlottenburg] und Fräulein Lange.

Professor Fränkel (Ludwigshafen): Meine Damen und Herren, bei den letzten zwei Ausschüssen sind Bayern, Württemberg und Baden ausgefallen. Bei dem vorigen Ausschuß war ein Bayer genannt, der zugunsten des Hessen zurücktrat. (Vorsitzender [Stresemann]: Nennen Sie doch Namen!) Wir halten mit Hessen freundliche Nachbarschaft, wir bitten aber in diesen großen Ausschuß einen Bayer oder einen Badener oder einen Württemberger zu wählen (Rufe: Namen nennen!)

Vorsitzender [Stresemann]: Ich bitte doch um einen Vorschlag (Zuruf: Professor Fränkel!).

Unbekannter Name: Namens der Regierungsbezirke Minden und Münster beantrage ich, daß man uns auch in der Kommission einen Sitz gibt. Es ist der Antrag der Deutschen Volkspartei Westfalen eingegangen. Ich vertrete die beiden genannten Regierungsbezirke der Deutschen Volkspartei in Westfalen. Mir ist aber von einem solchen Antrag nichts bekannt, und wir nehmen deshalb an, daß zu Organisations-

[127] Wilhelm Hopf (* 1876), Historiker. Direktor der Landesbibliothek Kassel.

fragen in unserem Bezirk auch Stellung genommen wird. Deshalb möchte ich bitten, daß man unserem Wahlkreis einen Vertreter gibt.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich bitte, daß diejenigen Herren, die Vorschläge für ihre Landesteile machen, die Güte haben, Namen zu nennen. Wie soll denn der Vorsitzende des Zentralvorstandes sonst die Persönlichkeiten nennen, die in Betracht kommen.

Unbekannter Name: Ich schlage vor Herrn Schrader.

Unbekannter Name: Ich schlage für Bayern Herrn Professor Fränkel (Ludwigshafen) vor.

Vorsitzender [Stresemann]: Jetzt wollen wir aber die Kommission schließen.

Herr Spieß[128]: Ich möchte bitten, als Vertreter der Presse Herrn Dr. Hartmann[129] zu wählen. Es werden in §4 so weitgehende Bestimmungen über die Organisation der Presse getroffen, daß mindestens auch darüber ein Sachverständiger gehört werden müßte.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich glaube, dem stimmen wir wohl alle zu. Darf ich dann bitten, daß sich die Herren, vielleicht unter dem Vorsitz des Herrn Kempkes, zunächst konstituieren. Wir müssen feststellen, wann die Kommission tagen will.

Abgeordneter Kempkes [Berlin]: Ich würde vorschlagen, daß wir im Anschluß an die Sitzung tagen. Auch die Mitglieder der Kommission möchten ja natürlich gern bei den materiellen Beratungen, die jetzt kommen, hier sein.

Vorsitzender [Stresemann]: Dann würde also zum Schluß unserer Beratungen die Satzungskommission hier zusammentreten. Damit wäre dann also die Debatte über die Satzung von unserer Tagesordnung entfernt. Es sind noch zwei Dinge zu erledigen, ehe wir in die politische Erörterung eintreten. Einmal haben wir noch die Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses zu erledigen, zweitens möchte ich, daß wir uns im Zentralvorstand darüber klarwerden, wer morgen diesem Vertretertag präsidieren soll, wie das Büro zu bilden sein wird, damit das gleich ohne Schwierigkeiten vor sich geht. Der Vertretertag wählt sich nämlich sein Präsidium selbst. Das muß natürlich vorbereitet sein, so daß wir von vornherein wissen, wen wir als Vorsitzenden, als zweiten und dritten Vorsitzenden und als Schriftführer vorschlagen.

Darf ich zunächst einmal fragen: Ist die Kommission wegen der Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses zu einem Ergebnis gekommen?

Abgeordneter Aßmann [Bromberg]: Die Kommission hat getagt und hat auf dem Blatt, das der Herr Vorsitzende in Händen hat, eine Anzahl von Namen genannt, die sie dem Zentralvorstand vorschlägt. Darf ich mir gleich ganz kurz nur einige Worte über die Gesichtspunkte erlauben, die uns dabei geleitet haben. Die Sache war nicht ganz einfach, weil wir davon ausgingen, daß die Zahl der von uns vorzuschlagenden Persönlichkeiten auf zwölf festgesetzt war, zweitens dadurch noch etwas weniger einfach, daß von allen Seiten Wünsche ausgesprochen wurden, und

[128] Eduard Spieß, bis 1923 Herausgeber und Hauptschriftleiter der NLC.
[129] Fritz Hartmann (1866–1937), Dr. phil., Journalist. Hauptschriftleiter des »Hannoverschen Kuriers«.

zwar Wünsche auf Berücksichtigung möglichst aller Landesteile. Es wollten möglichst alle Landesteile im Geschäftsführenden Ausschuß vertreten sein, möglichst alle Stände und Berufe. Dazu kam aber weiter, daß ja auch die Fraktion der Nationalversammlung und zum mindesten der preußischen Landesversammlung vertreten sein sollte.

Sie werden sich selber davon einen Begriff machen, daß dadurch die Bewegungsfreiheit außerordentlich eingeengt wurde. Die Kommission hat ziemlich resolut alle die Wünsche, die hier ausgesprochen wurden, ablehnen zu müssen geglaubt, und zwar vor allen Dingen die Wünsche auf Vertretung möglichst aller Stände und Berufe aus folgenden Gesichtspunkten heraus: Die Kommission hält den Geschäftsführenden Ausschuß nicht für dasjenige Organ, in dem innerhalb der Parteiorganisation möglichst jeder Stand und Beruf zum Ausdruck kommen soll, sondern sie sieht den Geschäftsführenden Ausschuß vielmehr als eine im Hintergrunde stehende Einrichtung an, deren Wichtigkeit natürlich dabei nicht bestritten werden soll, die aber in erster Linie dazu berufen ist, dem Zentralvorstand bei Fragen von größerer Reichweite ergänzend, beratend usw. zur Seite zu treten. Daher glauben wir, daß der Geschäftsführende Ausschuß nicht der Ort ist, an dem die einzelne Stände und Berufe berührenden Lebensfragen ausgetragen werden, sondern daß diese vielmehr an anderen Stellen ihre Austragung finden, und glauben aus diesem Grunde, ganz abgesehen von der Geringfügigkeit der Zahl, die uns zur Verfügung stand, nicht in der Lage zu sein, diese Wünsche auf Vertretung und Berücksichtigung der einzelnen Stände und Berufe zu erfüllen.

Wir haben uns bemüht, möglichst die einzelnen Landesteile – dies aber nur verstanden im Sinne großer, umfassender Gebiete – zu berücksichtigen und sind dabei zu der folgenden Liste gekommen. Wir haben vorweg die Reichstagsfraktion berücksichtigt. Diese hatte zwar den Wunsch ausgesprochen, daß die beiden Herren Heinze und Rießer als ihre Vertreter in den Geschäftsführenden Ausschuß entsandt werden möchten. Wir haben allerdings nicht beide Herren innerhalb der zwölf Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses unterzubringen vermocht und haben daher gemeint, Ihnen Herrn Heinze allein vorschlagen zu sollen, wenn Sie nicht etwa den Wunsch haben, die Zahl zwölf etwa zu erweitern. Das steht ja in Ihrem Belieben; wir waren zunächst daran gebunden. Für die preußische Landtagsfraktion ist von der Fraktion selbst vorgeschlagen worden Herr Professor Moldenhauer. Dann haben wir als Vertreterin der Frauen Frau Bassermann in Mannheim ins Auge gefaßt und sie vorgeschlagen (Beifall) und haben später noch an einer anderen Stelle, nämlich für Berlin, eine andere Vertreterin der Frauenwelt in diesen Ausschuß hineingenommen. Das würden also zunächst drei Namen sein: Heinze, Moldenhauer, Frau Bassermann.

Dann haben wir vorgeschlagen für einzelne große Gebiete: für Ostdeutschland den Oberlehrer Dr. Jahn in Bromberg, für Norddeutschland, im großen Ganzen immer genommen, Herrn Dr. C. A. Piper[130] (Hamburg), für Berlin Fräulein Saust in Berlin und Gewerkschaftssekretär Knebel, für Westfalen auf den Wunsch der Vertreter

[130] Carl Anton Piper (1874–1938), Journalist. 1911–1930 Redakteur der »Hamburger Nachrichten«, 1920–1924 MdR (DVP), 1924–1930 Mtgl. der Hamburger Bürgerschaft (DVP), 1930–1933 Hamburgischer Gesandter in Berlin und stellv. Reichsratsbevollmächtigter.

Westfalens Herrn Direktor Boelitz (Soest), nachdem sie vorher Herrn Direktor Kuhbier aus Duisburg vorgeschlagen hatten, was uns aber deswegen weniger geeignet erschien, weil er ja nicht als Vertreter des Westfalenlandes fungieren kann (Zurufe). Also für Westdeutschland Herrn Direktor Kuhbier (Duisburg) und dann dazu Herrn Professor Brandi aus Göttingen, für Mitteldeutschland Oberbürgermeister Blüher aus Dresden, für Süddeutschland Herrn Oberlandesgerichtsrat Becker (Zweibrücken) und Herrn Geheimrat Sachs als Vertreter von Württemberg. Das sind die Vorschläge, die wir Ihnen zu unterbreiten sollen glaubten.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich stelle die gemachten Vorschläge hiermit zur Besprechung. Wünscht jemand zu diesen Vorschlägen das Wort?

Dr. Cremer (Dortmund): Meine Damen und Herren, Herr Kuhbier aus Duisburg ist vorhin als Vertreter von Westfalen genannt worden. Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß er Vertreter des Wahlkreises Düsseldorf-West ist, daß aber die Arbeitsgemeinschaft Düsseldorf-West, Düsseldorf-Ost und Wahlkreis Arnsberg sich entschlossen haben, Herrn Direktor Kuhbier Ihnen vorzuschlagen, damit auch der Niederrhein seine Vertretung findet, während Westfalen bereits durch die Wahl von Vögler im Geschäftsführenden Ausschuß vertreten ist.

Professor Fränkel (Ludwigshafen): Ich bitte doch sehr darum, gerade als Süddeutscher, daß Herr Geheimrat Rießer in den Geschäftsführenden Ausschuß kommt (Zustimmung), und da man sich wahrscheinlich mit der Zahl 13 nicht beruhigen wird, möchte ich Sie bitten, doch einmal einen wirklichen Bayern hineinzuwählen, einen Mann, dessen Name bei uns den besten Klang hat, Professor Freiherrn von Bissing[131], Sohn des verstorbenen belgischen Generalgouverneurs.[132] Freiherr von Bissing ist der einzige Mann, der in München die Fahne des Nationalliberalismus hochhält und dem es zu danken ist, daß in Bayern der Nationalliberalismus nicht ausgestorben ist.[133] Ich bitte Sie dringend, als 13. Herrn Geheimrat Rießer und als 14. Herrn Freiherrn von Bissing zu wählen, wenn Sie überhaupt über die Zahl zwölf hinausgehen wollen.

Geheimrat Sachs (Berlin): Meine Damen und Herren, ich habe mich nicht gegenüber Herrn Geheimrat Rießer zum Wort gemeldet. Ich würde seine Wahl in den Geschäftsführenden Ausschuß aus den verschiedensten Gründen auch für außerordentlich wertvoll halten und möchte sie deshalb befürworten, aber deshalb habe ich nicht ums Wort gebeten. Ich habe mich nur wegen des letzten Vorschlages des Herrn Vorredners gemeldet. Ich halte es doch gerade als Süddeutscher und Württemberger und Nachbar von Bayern nicht für unbedenklich, wenn hier Herren vorgeschlagen werden, die man eigentlich gewissermaßen nur aus Gefühlsmomenten wählen soll. Die große Mehrheit der Süddeutschen kennt Herrn von Bissing – der sicher ein ganz ausgezeichneter Mann ist – überhaupt nicht, und bis jetzt war im großen Ganzen

[131] Wilhelm Moritz Freiherr v. Bissing (* 1891), Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaft.

[132] Moritz Ferdinand Freiherr v. Bissing (1844–1917), Preußischer Generaloberst. 1914–1917 Generalgouverneur im besetzten Belgien.

[133] Nach der Revolution hatten sich zahlreiche Mitglieder der NLP der Mittelpartei (dem bayerischen Landesverband der DNVP) oder der DDP angeschlossen; bei den bayerischen Landtagswahlen vom 12. 1. 1919 erreichte die DVP auf einer gemeinsamen Liste mit der Mittelpartei 9 Mandate; zur Situation der DVP in Bayern siehe auch Dok. Nr. 10, 15.

der Mittelpunkt des nationalliberalen Lebens in Bayern meines Wissens weniger in München als immer in Nürnberg (Sehr richtig!). Wir haben in Nürnberg eine ganze Reihe von treuen Nationalliberalen, die, soviel ich unterrichtet bin, auch heute noch an der Deutschen Volkspartei festhalten. Ich darf nur an den Revierförster Hess oder den Kommerzienrat Riedler[134] erinnern. Ich glaube, daß es vielleicht zweckmäßig ist, im Gegensatz zu dem Vorschlag meines verehrten Vorredners, wenn wir den bayerischen Parteifreunden die spätere Nennung eines Namens aus ihrer Mitte anheimstellen, vielleicht die Zahl 14 festsetzen und den bayerischen Posten freihalten, um zunächst die nötigen Erkundigungen einziehen zu können.

Abgeordneter Kempkes [Berlin]: Meine Damen und Herren, die vorgeschlagenen Namen sind solche, daß sie sicher von uns allen gern in den Geschäftsführenden Ausschuß gewählt würden, der grundsätzliche Gedanke darf aber dabei nicht verlorengehen. Der Geschäftsführende Ausschuß soll auch nach Ihrer Meinung ein aktionsfähiges Organ sein. Die Zahl zwölf ist ausdrücklich in dem Entwurf der Satzung als Höchstzahl genommen. Ich möchte meinen, meine verehrten Damen und Herren, wir lassen es bei der Zahl zwölf bewenden. Die Kommission hat doch nun in eingehender Arbeit alles erwogen, und wie mir scheint, sind die Vorschläge der Kommission ein wirklich akzeptabler Ausgleich. Wenn wir jetzt dazu kommen, nur aus bestimmten Erwägungen heraus hier Zuwahlen zu machen, dann laufen wir Gefahr, einen nicht aktionsfähigen Ausschuß zu bekommen, der die Funktionen nicht mehr zu erfüllen in der Lage ist, die ihm satzungsgemäß zugewiesen sind. Ich möchte daher bitten, es bei den Vorschlägen der Kommission zu belassen.

Dr. Neumann (Frohnau): Meine Damen und Herren, die verschiedenen Vorredner haben immer wieder darauf hingewiesen, daß der Geschäftsführende Ausschuß ein geschäftsfähiges Organ sein muß. In dieser Zusammensetzung, wie er hier vorgeschlagen wird, ist er das meines Erachtens nicht (Sehr richtig!), denn er wird überwiegend von Damen und Herren besetzt, die sehr weit von Berlin weg wohnen und insbesondere bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen nur unter außerordentlichen Erschwerungen zusammentreten können (Zustimmung), bei denen ein schnelles Zusammentreten überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit ist. Ich gebe vollkommen zu, daß es natürlich nicht angängig ist, Berlin überwiegend zu machen, das ist ausgeschlossen, aber daß man Berlin im weitesten Sinne, d.h. die mehreren Wahlkreise, die um Berlin herumgruppieren, in diesem Umfange, wie es jetzt geschehen ist, ausschließt, führt meines Erachtens dazu, daß dieser Geschäftsführende Ausschuß nicht schneller zusammenberufen werden kann als der Zentralvorstand. Aus diesem Grunde würde ich z.B., wenn ich die Wahl zwischen Herrn Dr. Heinze und Herrn Dr. Rießer hätte, Herrn Dr. Rießer vorziehen, weil er wenigstens in Berlin anwesend ist und infolgedessen leichter den Sitzungen beiwohnen kann. Von den beiden Personen, die als Vertreter von Berlin genannt worden sind, Fräulein Saust und Herrn Knebel, kann zum mindesten Fräulein Saust nicht als Vertreterin Berlins bezeichnet werden, weil sie in der Organisation vollkommen neu ist. Man kann sie als Vertreterin gewisser Berufsinteressen betrachten, aber als Vertreterin einer landschaftlichen Gruppe kann man sie in diesem Falle keineswegs betrachten. Ich glaube ja, daß nichts Wesentliches geändert werden wird, aber ich möchte doch meiner Meinung Aus-

[134] Riedler (Nürnberg), Kommerzienrat.

druck geben, daß diese Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses durchaus unzweckmäßig ist (Zustimmung).

Backheuer (Hannover): Ich glaube, der Herr Vorredner hat dabei nicht beachtet, daß außerordentlich viele von den Herren, die hier als Auswärtige bezeichnet worden sind, durchweg als Abgeordnete in Berlin weilen. Auch eine große Anzahl anderer kann in kurzer Frist in Berlin sein. Ich glaube, daß dieser Punkt deshalb als erledigt angesehen werden kann. Bezüglich des Herrn von Bissing möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Herr von Bissing nicht Mitglied des Zentralvorstandes ist und infolgedessen nicht gewählt werden kann. Andererseits darf ich noch ein Wort dazu sagen, daß es doch wohl richtig ist, den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion im Geschäftsführenden Ausschuß zu haben. Das ist nach meiner Meinung unbedingt notwendig, und das ist meines Wissens bisher auch immer der Fall gewesen. Vorsitzender der Reichstagsfraktion ist Herr Heinze.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich darf auf eins hinweisen. Die Unterschiede, die Sie zwischen Berlin und den anderen Landesteilen machen, bitte ich, nicht rein schematisch zu machen. Nach dem Beschluß des Seniorenkonvents der Nationalversammlung steht fest, daß wir Weimar im September unter allen Umständen räumen. Dann werden also beide Parlamente, die eine Fülle von Aufgaben haben, in Berlin tagen.[135] Ich bitte deshalb, im Zweifelsfalle alle Parlamentarier der beiden Fraktionen Berlin zuzuzählen. Es war wenigstens früher Brauch, daß wir in der Parlamentszeit in einem der beiden Parlamentshäuser als Geschäftsführender Ausschuß zusammentraten. Die Herren Moldenhauer und Heinze werden also erreichbar sein, dann haben Sie noch Fräulein Saust und Herrn Knebel, das sind vier von zwölf. Dazu kommen vom engeren Vorstand Herr Vögler, ich, Herr Geheimrat Garnich, Frau Mende, Geheimrat Sachs ist ebenfalls in Berlin. Das sind fünf Berliner. Es sind also von den 17 Personen neun in Berlin, entweder als ihrem Wohnort oder durch ihre Parlamentstätigkeit erreichbar. Deshalb glaube ich, daß hier eine Lösung gefunden ist zwischen den Wünschen der Landschaften und dem Wunsche, daß eine große Anzahl von Herren in Berlin erreichbar sein soll. Bedenken Sie ferner: Wir schaffen hier keine länger dauernden Stellen, sondern es handelt sich darum, daß wir für ein Provisorium von einem Jahr zunächst einmal Stellen schaffen, denn übers Jahr haben wir Neuwahlen. Ich würde Sie also bitten, den Vorschlägen des Ausschusses beizutreten. (Zuruf: Ich beantrage Schluß der Debatte!) Wünscht jemand zum Schluß der Debatte zu sprechen? (Zuruf: Hier ist noch eine Wortmeldung vorhanden!) Wenn der Schluß der Debatte angenommen wird, so bedeutet das, daß alle Wortmeldungen nicht mehr zur Geltung kommen. (Zuruf: Dann spreche ich gegen Schluß der Debatte. Ich habe mich vorher schon zum Wort gemeldet! Heiterkeit). Es ist aber der Sinn des Antrages auf Schluß der Debatte, daß die noch vorliegenden Wortmeldungen nicht berücksichtigt werden. Es sind noch zwei Redner gemeldet. Ich bitte, daß wir zur Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Debatte schreiten. Wer für Schluß der Debatte ist, den bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Das ist die große Mehrheit. Wir

[135] Die Nationalversammlung nahm nach dem Abschluß ihrer Tagung in Weimar am 30.9.1919 ihre Beratungen in Berlin auf; die preußische Landesversammlung tagte dort bereits seit dem 13.3.1919.

kommen dann zur Abstimmung. Ich frage Sie, ob Sie damit einverstanden sind, daß über die Vorschläge der Kommission en bloc abgestimmt wird (Zustimmung).

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch, dann darf ich diejenigen Anwesenden, die den Vorschlägen zustimmen, bitten, die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe (Sie erfolgt). Die Vorschläge sind mit großer Mehrheit angenommen. Ich darf wohl ohne weiteres annehmen, daß die anwesenden Damen und Herren die auf sie entfallende Wahl annehmen. Dagegen wird kein Widerspruch von einem der Anwesenden erhoben.

Ich darf dann bitten, daß wir für die morgige Versammlung die Leitung festsetzen. Der Vertretertag hat sich aus sich heraus zu konstituieren. Deshalb sind also beispielsweise nicht etwa unsere Wahlen zum engeren Vorstand für die morgige Tagung maßgebend. Ich hatte die Absicht, Herrn Staatssekretär von Krause[136] zu bitten, morgen das Präsidium anzunehmen. Herr von Krause hat mir telegrafiert, daß er nicht erscheinen könne. Ich habe dann mit Herrn Geheimrat Kahl verhandelt, der jedenfalls ein sehr würdiger Präsident des ersten Vertretertages sein würde (Zustimmung). Aber ich habe leider auch von ihm keine zusagende Antwort erhalten. Ich glaube allerdings, daß, wenn man ihn sehr drängen würde, er sich dann vielleicht dem Wunsche nicht entziehen würde. Er wünscht in der Debatte zu sprechen, was ich sehr begrüße; aber er kann ja dann vielleicht das Präsidium abgeben.

Also würden Sie damit einverstanden sein, daß wir in erster Linie Herrn Geheimrat Kahl bitten, morgen das Präsidium zu führen? (Wird bejaht.) Wir müssen ja dann Eventualvorschläge machen. Dann bitte ich um Vorschläge für den zweiten Vorsitzenden. Da würde ich bitten, vielleicht Herrn Dr. Osann (Darmstadt) vorschlagen zu dürfen.

Geheimrat Sachs (Berlin): Ich bitte, als zweiten Stellvertreter jedenfalls einen Herrn aus Jena zu wählen und zwar vielleicht unseren verehrten Freund von der Presse, den Kollegen Meyer[137] (Zuruf: Thümmel![138]).

Vorsitzender [Stresemann]: Wir wollen doch einmal bei dem zweiten Vorsitzenden bleiben. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß Herr Dr. Osann als zweiter Vorsitzender für den Vertretertag gewählt wird (Zustimmung).

Dann haben wir stets den Usus beibehalten, daß der Vorsitzende der betreffenden Landesorganisation, die an dem Orte ihren Sitz hat, zum dritten Vorsitzenden gewählt wird. Das wäre in diesem Fall Herr Professor Thümmel (Beifall). Ich glaube doch, daß wir an diesem Brauche festhalten (Sehr richtig!). Wir kommen dann zur Besetzung der Schriftführerposten, und da wollte ich für die Schriftführerposten vorschlagen, Herrn Redakteur Meyer von der »Jenaer Zeitung«, dann Frau Dr. Szagunn, Herrn Arbeitersekretär Langer und Herrn Dr. Hugo selbstverständlich. Sind Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden? (Wird bejaht.) Dann würde ich Sie bitten,

[136] Paul v. Krause (1852–1923), Rechtsanwalt. 1888–1917 Mtgl. des preuß. Abgeordnetenhauses (NLP). Begründer und bis 1917 Vors. der Deutschen Anwaltskammervorstände. 1904–1909 Vors. des Vereins für die Deutsche Binnenschiffahrt. 1917–1919 Staatssekretär des Reichsjustizamtes. 1919–1923 MdL Preußen (DVP).

[137] Gustav Meyer (* 1869), Journalist. Schriftleiter der »Jenaischen Zeitung«.

[138] Wilhelm Thümmel (* 1856), Professor für praktische Theologie in Jena. Vors. des thüringischen Landesverbandes der DVP.

daß gleich jemand bestimmt wird, der morgen diese Vorschläge macht. Wer will das übernehmen? (Zuruf: Leidig! Zuruf: Amtsgerichtsrat Hirschberg!). Vielleicht einigen Sie sich darüber, daß einer der Herren das übernimmt. Ich eröffne morgen den Vertretertag im Namen des Zentralvorstandes, bitte, zur Konstituierung zu schreiten, und dann bitte ich, daß einer der Herren diese Vorschläge macht und daß wir dann heute abend mit den noch Erscheinenden uns schon darüber vereinigen, daß die Vorschläge ohne Debatte angenommen werden. Dann muß eine Mandatsprüfungskommission gewählt werden. Falls sie notwendig sein sollte, würden wir vielleicht Herrn Professor Leidig bitten, den Vorsitz zu übernehmen. Vielleicht konstituieren sich Herr Professor Leidig und Herr Flathmann[139] als Legitimationskommission, die die Legitimationen der Erschienenen zu prüfen hat. Ich nehme ja nicht an, daß es zu so vielen Abstimmungen kommen wird.[140]

Es sind einzelne grundsätzliche Fragen über die Vertretung zu erledigen, namentlich daß gewisse Vereine, die nicht direkt zu unserer Partei gehören, die aber sagen, ihre Anhänger setzen sich zum größten Teil aus unseren Parteiangehörigen zusammen, morgen vertreten sein möchten. Wir müssen nun feststellen, ob wir morgen um 9 Uhr als Zentralvorstand zusammenkommen, um die Vorschläge der Satzungskommission entgegenzunehmen.

Dr. Curtius (Heidelberg): Darf ich zur Geschäftsordnung noch eine Anfrage stellen. Ist es absolut notwendig, daß die Kommission uns erst morgen früh über die Satzung berichtet? Ließe es sich nicht vielleicht in der Weise machen, daß die Satzungskommission jetzt, heute nachmittag, tagt und uns abends um 7 Uhr berichtet? Ich befürchte, wir werden morgen im Zentralvorstand zunächst eine endlose Satzungsdebatte bekommen, und die Aufgaben des Vertretertages werden sich nicht bis abends erledigen lassen. Es ist ja eine gewisse Zumutung an die Mitglieder der Satzungskommission, heute nachmittag den politischen Vortrag und die Diskussion nicht miterleben zu sollen, aber ich glaube, wir müssen das im Interesse des Ganzen wohl von den Mitgliedern verlangen. Dann wären wir in der Lage, heute abend noch vollständig fertig zu werden. Es wird auch Schwierigkeiten geben, wenn wir uns erst als Zentralvorstand in diesem Saal zusammenfinden und nachher der Vertretertag in demselben Saal tagt. Das wird das ganze Geschäft ungeheuer verzögern. Also, ich würde bitten, daß die Satzungskommission noch heute nachmittag zusammentritt, heute abend um 7 Uhr berichtet, daß wir dann heute abend beschließen und morgen geschlossen dem Vertretertag gegenübertreten können.

Abgeordneter Dr. Leidig [Berlin-Wilmersdorf]: Meine Herren, ich glaube, die Kommission kann ruhig heute abend zusammentreten, wenn der Zentralvorstand morgen ein wenig Parteidisziplin hält (Zustimmung). Es kommt nicht darauf an, daß wir eine ideale Satzung haben, sondern daß wir überhaupt mit einer Satzung weggehen, und wir haben nachher genügend Zeit, wir haben noch viele Vertretertage, bei denen wir

[139] Johannes Flathmann (* 1859), Lehrer, später Pressetätigkeit. 1899–1920 Generalsekretär der NLP in der Provinz Hannover. Geschäftsführer der Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds.

[140] Als Vorsitzender des Parteitags wurden Dr. Kahl, als Stellvertreter Dr. Osann und Dr. Thümmel, als Schriftführer Dr. Hugo, Meyer, Langer und Frau Rawengel gewählt, in die Mandatsprüfungskommission wurden Dr. Leidig und Flathmann entsandt, siehe Bericht Erster Parteitag, S. 6ff.

dann die Satzung nach den Erfahrungen verbessern können, die damit gemacht werden. Ich schlage vor, daß, was heute in der Satzungskommission besprochen wird, wenn es nicht ganz blödsinnig ist – und das wollen wir doch nicht annehmen –, morgen en bloc anzunehmen.

Vorsitzender [Stresemann]: Der Vorschlag des Herrn Curtius wäre mir sonst sehr sympathisch, aber so besteht eine äußere Schwierigkeit. Wir können heute nicht hier zusammenkommen, der Saal ist für die öffentliche Versammlung vergeben, die heute abend stattfindet.[141]

Dr. Stresemann: Wir kämen dann zur politischen Aussprache. Darf ich mir gestatten, diese politische Aussprache durch ein kurzes Referat einzuleiten, wobei ich bemerke, daß es nicht in meiner Absicht liegt, hier an dieser Stelle eine große politische Rede zu halten, sondern Ihnen lediglich eine Einleitung für die politische Debatte zu geben. Das, was ich als eine gewisse Art programmatischer Kundgebung ansehe, soll die Rede sein, die morgen auf dem Vertretertage gehalten wird und die auch wohl von der Presse als eine programmatische Kundgebung der Partei angesehen werden wird, eine Kundgebung, die sich natürlich auch hoffentlich mit den Anschauungen in Einklang halten wird, die hier zum Ausdruck kommen.

Darf ich eins vorausschicken in Bezug auf die Entstehung unserer Partei. Es scheint mir notwendig, daß selbst im engeren Kreise unserer Parteifreunde in Bezug auf diese Frage mit Legenden aufgeräumt wird, und aus diesem Grunde habe ich auch eine Broschüre[142] geschrieben, in der noch einmal alle Tatsachen in Bezug auf das niedergelegt sind, was in den Tagen vom 9. November bis zum 15. Dezember vorigen Jahres in der Reichshauptstadt vor sich gegangen ist. Wer diese Wochen mit durchlebt hat – und ich sehe hier an der Tafel verschiedene unserer Berliner Freunde, die alle diese Kämpfe mitgemacht haben –, der weiß auch das eine, daß es sich bei allen diesen Äußerungen nicht um irgend welche Fragen gehandelt hat, bei denen das Ausmaß der Mitwirkung von Persönlichkeiten in Betracht kam, sondern daß es sich um große, grundlegende Entschließungen über das Maß dessen gehandelt hat, was

[141] Im Protokoll folgen die Sätze: »Wir kämen dann zur politischen Aussprache. Einleitender Bericht des Abgeordneten Dr. Stresemann zur politischen Aussprache (bereits geliefert)«. Offensichtlich wurde der stenographische Bericht mit Stresemanns Ausführungen zur politischen Lage schon vor der Fertigstellung des übrigen Protokolls Stresemann zugeleitet und von ihm dann nicht an die Reichsgeschäftsstelle übergeben; dieser Teil des stenographischen Berichts mit der Überschrift: »Aus der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei vom 12. April 1919« (32 gez. Blatt mit handschriftlichen Korrekturen, jeweils mit der aufgedruckten Kopfzeile »Max Bäckler's Stenographisches Bureau, Berlin-Wilmersdorf, Landhausstraße 48«) befindet sich im PA NL Stresemann 203 und wird hier dem Protokoll inseriert. An gleicher Stelle befindet sich eine handschriftliche Stichwortdisposition Stresemanns für seine Rede, die er, gestützt auf diese Notizen, frei hielt.

[142] Die Entstehung der Deutschen Volkspartei, hg. von der Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei, Berlin 1919. Das Manuskript zu dieser im Staatspolitischen Verlag publizierten Broschüre, das gegenüber der Druckfassung schärfer formuliert ist, findet sich im PA NL Stresemann 186. Laut den Erinnerungen seines Sohnes Wolfgang diktierte Stresemann die Broschüre, »eines Nachmittags in einem Zuge«, Wolfgang Stresemann, S. 152 f. Am 5.5.1919 wurde in der Sitzung des GA der DDP ein Antrag Gerland, der in Reaktion auf die Broschüre die Veröffentlichung der Verhandlungen mit Stresemann bei der Gründung der DDP forderte, abgelehnt, »da zur Zeit für eine solche Publikation authentische Unterlagen nicht zur Verfügung stehen«, Albertin/Wegner, Dok. Nr. 26, S. 63.

man angesichts der Umwälzung der Verhältnisse gegenüber dem neuen Geiste der Zeit zu konzedieren hätte.[143]

Wir von der Leitung der alten Nationalliberalen Partei waren darin einig, daß sich ein Modus finden lassen würde, um mit den Führern der alten Fortschrittspartei[144] eine einheitliche liberale Partei in Deutschland zu begründen. Daran haben wir einmütig mitgewirkt; wir sind zu einem vollen Ergebnis in dieser Beziehung gekommen, und ich halte noch heute dafür, daß es für Deutschland gut gewesen wäre, wenn die Sache auf diesem Wege geblieben wäre, wenn eine einheitliche liberale Partei mit Stoßkraft gegen links und gegen rechts begründet worden wäre (Sehr richtig!).

Diese gesunde Bewegung ist ungesund geworden durch diejenigen Elemente, die heute den linken Flügel der Demokratischen Partei in der Nationalversammlung bilden, und die damals in einem im »Berliner Tageblatt« erschienenen Aufruf[145] zu einer neuen Demokratischen Partei aufriefen. In der ersten Sitzung, in der diese auf Wunsch der Fortschrittler wegen der Frage des Zusammengehens gehört wurden, kamen Ansichten zum Ausdruck, die derartig illiberal, derart radikal waren, daß der Staatsminister Friedberg, der mir zur Linken saß, nach dem Referat des Herrn Professors Weber[146] mir erklärte: Ich stehe auf und verlasse die Versammlung; mit solchen Leuten sitze ich nicht an einem Tische zusammen (Hört! Hört!). Ich habe ihn damals gebeten, das mit Rücksicht auf die mit anwesenden Fortschrittler nicht zu tun, da wir unter dem Vorsitz des Herrn Fischbeck[147] tagten. Auf die Frage des Herrn Professors Weber, der zusammen mit Herrn Theodor Wolff[148], zusammen mit Herrn Nuschke[149], zusammen mit Herrn Carbe[150] von der Firma Mosse und

[143] Siehe dazu S. 14* f.

[144] Die Fortschrittliche Volkspartei entstand im März 1910 aus dem Zusammenschluß der drei liberalen Parteien Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei und der Süddeutschen Volkspartei, den Vorsitz übernahm Otto Fischbeck. Obwohl die Partei bei den Reichstagswahlen von 1912 in 31 Wahlkreisen ein Stichwahlbündnis mit der SPD eingegangen war, errang sie nur 42 Mandate, siehe dazu Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 224 f. (mit weiterer Lit.).

[145] Der Aufruf zur Bildung einer demokratischen Partei erschien im »Berliner Tageblatt« vom 16.11.1918, Nr. 587 und ist u.a. auch abgedruckt in: UuF, Bd. 3, S. 173–175; zum folgenden siehe auch S. 16* ff.

[146] Alfred Weber (1868–1958), Nationalökonom und Kultursoziologe. Seit 1907 Professor in Heidelberg; führend an der Gründung der DDP und an den Einigungsverhandlungen im Nov. und Dez. 1918 beteiligt. Vors. des Vorstands der DDP von Nov.- Mitte Dez. 1918; siehe auch S. 16* f.

[147] Otto Fischbeck (1865–1939), Jurist. 1918 Direktor des Kommunalverbands Groß-Berlin. 1895–1903, 1907–1920, 1928–1930 MdR (Freisinnige/FVP/DDP). 1903–1913, 1921–1924 MdL Preußen (Freisinnige/FVP/DDP). 1910–1918 Parteivors. der FVP. Okt.–Nov. 1918 und 1921–1923 preußischer Handelsminister.

[148] Theodor Wolff (1868–1943), Journalist. 1906–1933 Chefredakteur des »Berliner Tageblatt«, das der DDP nahestand; im Nov. und Dez. 1918 führend an der Gründung der DDP und an den Einigungsverhandlungen beteiligt.

[149] Otto Nuschke (1883–1957), Journalist. 1915–1933 Chefredakteur der »Berliner Volkszeitung«, 1919–1920 MdR (DDP), 1921–1933 MdL Preußen (DDP), 1930–1933 Reichsgeschäftsführer der DStP. Nach 1945 führend in der CDU-Ost, Mitglied der Volkskammer und stellv. Ministerpräsident der DDR.

[150] Martin Carbe (1872–1931), Dr. iur. Rechtsanwalt und Notar in Berlin, 1907–1930 Generalbevollmächtigter im Verlag Rudolf Mosse.

zusammen mit Herrn Wiesener[151] von der »Frankfurter Zeitung« – ein Beweis, daß es nicht aus der Luft gegriffen ist, daß das die geistigen Paten der Demokratischen Partei waren, welche durch diese Persönlichkeiten vertreten wurde –, auf die Frage dieses Herrn, nachdem wir uns nicht an der Debatte beteiligten, was denn die Nationalliberale Partei zu den Vorschlägen der Demokraten und ihrem Programm zu sagen hätte, erwiderte Herr Dr. Friedberg: Ich lehne überhaupt jedes sachliche Eingehen ab; angesichts der Kluft, die diese Anschauungen von den unsrigen trennt, halte ich es für ausgeschlossen, mit Ihnen zu irgendeiner Einigung zu kommen (Hört! Hört!). Der Ton, in dem Sie von der Nationalliberalen Partei sprechen, ist ein derartig verletzender, daß ich es als Vorsitzender dieser Partei ablehne, mit Ihnen weiter zu verhandeln (Hört! Hört!).

Daraufhin sind diese Verhandlungen durch eine Pause unterbrochen worden, und am nächsten Tage schied sich unsere Partei. Die Partei sagte sich: Mit dieser Gruppe nicht, mit dem Fortschritt ja. Die Fortschrittler erklärten: Wir können ohne die Demokratie[152] nicht auskommen, unsere Leute laufen sowieso nach links. Wir verlieren die kleinen Beamtenscharen; das geht alles nach links. Wenn sich außerhalb von uns noch eine demokratische Partei bildet, sind wir verloren, und es fiel die Äußerung, die eine gewisse Resignation in sich barg: Sie sind ja so glücklich, auch gegen das »Berliner Tageblatt« und die »Frankfurter Zeitung« kämpfen zu können; wir als Fortschrittler können das nicht, ohne uns zu ruinieren (Hört! Hört!). Darauf schieden sich die Geister. Die einen gingen mit hinüber: Junck[153], Richthofen, seltsamerweise auch List[154] und andere, und ich habe es niemals denjenigen übel genommen, die von uns gingen, die sicherlich ja schon früher nicht auf unserm Boden gestanden hatten. Ich darf in Bezug auf diese Herren auch auf ein Wort hinweisen, das damals noch Dr. Friedberg zu Richthofen sagte: Ihnen fällt es ja nicht schwer, von uns zu gehen, denn Sie sind ja nie bei uns gewesen[155] (Hört! Hört!).

Das war damals der Stand der Dinge. Dann kam die Zeit, in der das Schwanken nicht in Berlin, sondern draußen im Lande war. Von draußen kam ein Telegramm nach dem andern nach Berlin: Einigt Euch, einigt Euch! Was sind das für Sachen in Berlin? Ihr müßt doch zur Einigung kommen! Man verstand nicht, was vorgegangen war. Stoßweise kamen die Depeschen in der Geschäftsstelle an. Man hatte die Empfindung, daß niemand hinter uns stand. Mit Ausnahme von wenigen Bezirken wie Hannover, Hamburg, Westfalen vielleicht noch, die von vornherein keinen Zweifel darüber ließen, daß sie bei uns bleiben würden, ging das andere nur auf den einen Ton der Einigung um jeden Preis. Viele Leute, die, auch besonders zwischen beiden

[151] Max Wiesner (1885–1945), Journalist. Leiter des Berliner Büros der ab Ende 1918 der DDP nahestehenden »Frankfurter Zeitung«, 1921 Verlagsdirektor des »Hamburger Fremdenblattes«, seit 1924 Mitinhaber des Verlags Broschek und Co., Hamburg, 1934 Geschäftsführer des Ullstein-Verlags in Berlin.

[152] Gemeint: die Protagonisten der Gründung einer »Deutschen Demokratischen Partei«.

[153] Johannes Junck (1869–1940), Jurist. Rechtsanwalt am Reichsgericht. 1907–1918 MdR (NLP). Als einer der Führer des linken Flügels der NLP schloß er sich im Dez. 1918 der DDP an.

[154] Friedrich List (1869–1940), Rechtsanwalt in Reutlingen. 1912–1918 MdR (NLP), Ende 1918 Übertritt zur DDP.

[155] Siehe auch Dok. Nr. 2, Anm. 5.

Gruppen stehend, eine Einigung versuchen wollten, Persönlichkeiten wie Bollert[156] und andere, bemühten sich um eine solche Entwicklung. Es wurde erneut unter dem Gesichtspunkt versucht: Gibt es ein Mittel, diese demokratische Gruppe zur Einflußlosigkeit in der neuen Partei zu verdammen, gibt es eine Möglichkeit, den Einfluß von Wolff und auch von den andern auf ein Mindestmaß zu beschränken, um unter diesem Gesichtspunkt erneut in Verhandlungen einzutreten. Diese neuen Verhandlungen sind von Herrn Professor Leidig und von Herrn Geheimrat Dr. Friedberg geführt worden. Für diese Einigung hatten die in Berlin Anwesenden Bedingungen aufgestellt, ein klares Bekenntnis verlangt zu einem nationalen Programm, ein klares Bekenntnis verlangt in allen Fragen unserer Wirtschaftspolitik und zur Durchführung dessen, was wir in nationaler Beziehung forderten und vermißten, eines starken persönlichen Einflusses durch führende Persönlichkeiten der alten Partei, damit sie zusammen mit dem gemäßigten Fortschritt sich gegenüber den Demokraten durchsetzen könnten. Diese Forderung eines sehr starken Einflusses unserer Partei durch eine große Reihe von Persönlichkeiten habe ich speziell gestellt; das ist das, was Friedberg in einem Artikel mit den Worten andeutet: Sie sind nicht hereingekommen, weil Ihre persönlichen Forderungen nicht erfüllt wurden. Das hat man ganz allgemein in der Öffentlichkeit so aufgefaßt und auffassen müssen, als wären es Wünsche für meine Person gewesen, während in der von mir formulierten und niedergeschriebenen Forderung dieser starken Vertretung durch etwa zwölf Persönlichkeiten aus unseren Reihen auch der von mir vorausformulierte Satz stand, daß ich für meine Person jede Mitwirkung in irgend einem Ausschuß oder irgend einem Gremium dieser Partei ablehne (Hört! Hört!). Der von mir gestellte persönliche Wunsch war also der, daß ich mich nicht zwingen lassen wollte, dieser Partei beizutreten, und ich habe daraus niemals ein Hehl gemacht. Es ist deshalb eine vollkommene Legende, wenn ich im »Kölner Tageblatt« vom Dienstag lesen muß, daß ich ja selbst mehrere Tage in der Demokratischen Partei gewesen wäre[157], oder wenn man es so hinstellt, als wenn irgendwelche Wünsche, die meine Person betreffen, damals nicht berücksichtigt worden wären. Für mich stand die Sache damals so, daß ich in wiederholten Besprechungen, an denen Herr Professor Leidig, Frau Mende, Herr Geheimrat Garnich und andere in Berlin teilgenommen haben, immer auf das eine Wort zurückgekommen bin: Zur Liebe könnt Ihr mich nicht zwingen; Ihr könnt mich überhaupt nicht zwingen hineinzugehen, auch wenn Ihr Euch alle einigt, und gegenüber der Bemerkung, es würde ja wohl möglich sein, in dieser Partei zu Einfluß zu kommen, auf das eine hingewiesen habe: Man kann ein guter Redner sein und wird Wirkung mit seiner Rede doch nur dann haben, wenn man aus Überzeugung spricht (Sehr wahr!). Ich habe ferner darauf hingewiesen: In einer Partei mit Theodor Wolff zusammen sprechen zu sollen, würde mir eine Rede unmöglich machen (Beifall), wie es seinerzeit auch Dr. Heinze bei der Versammlung in Dresden gesagt hat: Eine Partei, die Herrn Theodor Wolff und mich umfaßt, ist eine innerliche Unwahrhaftigkeit (Sehr richtig!). Hier scheiden sich Feuer und Wasser, hier scheidet sich auch kosmopolitisches und deutsches Empfinden (Sehr gut!). Wenn das Liberalismus und wenn das national ist, was in den Aufsätzen von Theodor Wolff im »Berliner Tageblatt«

[156] Gerhart Bollert (* 1870), Rechtsanwalt und Notar. 1912–1918 MdR (NLP). Im Dez. 1918 Übertritt zur DDP. 1919–1921 MdL Preußen (DDP).

[157] Siehe »Ein verbrecherisches Mittel«, »Kölner Tageblatt« vom 8.4.1919, Nr. 170.

vertreten worden ist[158], dann sprechen wir in verschiedenen Sprachen, wenn wir von solchen Begriffen überhaupt reden.

Ich bedaure aufs tiefste, daß unser früher so hochverehrter Führer, der in allen den ersten Wochen nach der ersten gescheiterten Einigung, in Teltow-Beeskow, im Berliner Verein und anderwärts mit größter Schärfe sich dagegen wandte, daß wir vor den Demokraten kapitulieren, schließlich aus einem Zweifel an der Werbekraft der Idee, vielleicht auch an der Möglichkeit unserer finanziellen Durchsetzung, eine Kapitulation vollzogen hat, die er, glaube ich, und viele andere innerlich längst bereuen oder bereuen müssen, weil sie da gar nicht hineinpassen, wo sie sich befinden, denn wer den letzten Aufsatz von Friedberg in der »Deutschen Juristenzeitung«[159] liest, wer da liest, wie er gegen Preuß spricht[160] von der Erfindung des Begriffes des Obrigkeitsstaates, wie er sich wehrt gegen das Schlagwort, das alte System sei zusammengebrochen, wie er von dem Haß und der Verständnislosigkeit des Herrn Preuß gegenüber den Imponderabilien der preußischen Empfindung spricht, wie er darlegt, daß Deutschland in seiner Verfassung das geniale Werk eines Bismarck sei, der nicht dynastische Politik, sondern deutsche Volkspolitik getrieben hat, der muß sagen: Ja, das ist ein glänzender Aufsatz; aber demokratisch ist nichts in ihm (Beifällige Zustimmung). Alles, was gut darin ist, das ist die alte Tradition der Partei, deren Führer er einst war (Sehr richtig!), und nun habe ich die eine Empfindung, daß das, was uns instinktiv damals bewegte, der von manchen geahnte, von manchen schon klarer empfundene Gegensatz zwischen Demokratie und Liberalismus, der ja damals verwaschen war, weil der Ausdruck »Demokratie« ja zunächst lediglich klang wie ein Ausdruck für ein neues großes Sammelbecken aller Bürgerlichen im Reiche gegen Spartakismus, gegen Sozialismus (Sehr wahr!), sich von Woche zu Woche in den Empfindungen der Menschen mehr durchsetzt.

Man kann direkt sagen: Um jede Woche, die die Wahl hinausgeschoben worden wäre, wäre unsere Stimmenzahl gewachsen (Sehr wahr!). Bedenken Sie doch einmal, wenn Sie sich das Resultat der Wahl ansehen, was in dieser Zeit geleistet worden ist. Am 15. Dezember in Berlin Zentralvorstand[161], am 19. Januar [1919] Wahl, keine gefüllte Wahlkasse, keine gut funktionierende Geschäftsstelle, im wesentlichen jeder auf eigene Faust kämpfend (Sehr wahr!), die andern mit ungeheuren Mitteln[162], mit einer glänzend disziplinierten Presse, um ihnen die ganze öffentliche Meinung zuzuführen! Ich muß sagen, daß ich unter diesen Umständen niemals daran gedacht hätte,

[158] Das linksliberale »Berliner Tageblatt« stand der DDP nahe; zur Haltung von Theodor Wolff im Winter 1918/19 siehe Wolfram Köhler, Theodor Wolff. Ein Leben in Europa 1868–1943, Düsseldorf 1978, S. 139f.; Theodor Wolff, Tagebücher 1914–1919, hg. v. Bernd Sösemann, Erster Teil, Boppard 1984, S. 42f.

[159] Robert Friedberg, Preußen im Entwurf der künftigen Reichsverfassung, in: DJZ 24 (1919), Sp. 193–200.

[160] Hugo Preuß (1860–1925), Professor für öffentliches Recht an der Handelshochschule Berlin. Nov. 1918–Febr. 1919 Staatssekretär des Innern und mit der Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs beauftragt, Febr.–Juni 1919 Reichsinnenminister. MdL Preußen 1919–1925 (DDP).

[161] Siehe Dok. Nr. 1a, 1b.

[162] Die DDP wurde im Wahlkampf für die Nationalversammlung vor allem durch das »Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens« unter der Leitung von Carl Friedrich v. Siemens unterstützt, siehe die dazu detaillierte Schilderung bei Albertin, S. 168ff.; Jones, Liberalism, S. 22ff.

daß wir 22 Mandate erringen würden. Ich habe darum gebangt, ob wir eine Fraktionsstärke erreichen würden.[163] Daß es möglich war, zeigt, daß sich in den letzten Wochen unter dem Druck alles dessen, was seit dem 9. November vor sich gegangen war, ein Klärungsprozeß in der öffentlichen Meinung verbreitete, der uns schon in diesen Wochen zugute kam und der uns in unserer weiteren Entwicklung immer weiter zugute kommen wird, denn die Idee war schon damals für uns, sie war noch nicht klar umrissen, und organisatorisch stand alles gegen uns. Wir haben unter den ungünstigsten Verhältnissen verhältnismäßig gut abgeschnitten. Das ist die Auffassung, die ich davon habe. Nun sind wir einmal als Partei organisiert, ineinandergewachsen, und der Name, der viel bekämpfte Name bekommt allmählich seinen Inhalt durch die geistige Arbeit, durch die vertretenen Anschauungen. Gewiß, auch heute noch ist über unsere ganzen Bestrebungen, über unsere programmatische Stellung eine gewisse Unklarheit verbreitet, und wir selber müssen ja erst daran arbeiten, alles das in die richtigen Bahnen zu lenken.

Darf ich Ihnen meine Meinung in einigen wenigen Worten zum Ausdruck bringen. Das erste möchte ich in den Satz kleiden: Wir werden die Aufgaben, die uns gestellt sind, nur dann erfüllen, wenn wir die volle Selbständigkeit der Partei in jeder Beziehung nach außen zum Ausdruck bringen (Sehr richtig!). Wir haben unsere Existenzberechtigung in uns, in der Abgrenzung gegen links und gegen rechts. Dabei verkenne ich gar nicht, daß gegenwärtig rein programmatisch die Abgrenzung nach rechts eine gewisse Schwierigkeit in sich birgt (Zustimmung), denn die Deutschnationale Volkspartei, geschickt geführt, von glänzenden Organisatoren geleitet, hat es mit Absicht vermieden, sich irgendwie eine Blöße zu geben, als sei sie eine nicht freiheitliche, reaktionäre Partei.[164] Sie sucht auch mit dem Begriff »liberal« nach außen Geschäfte zu machen. Sie bildet eine eigene Abteilung für das liberale Bürgertum innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei. Sie hat in Persönlichkeiten wie Traub[165] auch Redner, deren Name im liberalen Lager einen guten Klang haben.

Wir aber haben uns zweierlei demgegenüber zu sagen. Während wir in unserer Partei – das glaube ich sagen zu können – ein einheitliches Wollen haben, ist das in der Deutschnationalen Volkspartei viel weniger gegeben. Davon zeugt schon die eine Äußerlichkeit, daß die Fraktion[166] bis heute keinen Vorsitzenden hat. Graf Posadowsky[167] ist Alterspräsident und als solcher mit dem Vorsitz betraut, weil die drei

---

[163] Bei der Wahl zur Nationalversammlung entfielen auf die DVP 4,4 % der Stimmen (22 Mandate); um den Fraktionsstatus zu erreichen, waren mindestens 15 Mandate nötig.

[164] Die Deutschnationale Volkspartei entstand 1918 als Sammelbecken der konservativen Parteien (Deutschkonservative und Reichspartei), hinzu stießen antisemitische Vertreter des alten und neuen Mittelstandes, Teile der kirchlich gebundenen evangelischen Arbeiterschaft und einige Vertreter des schwerindustriellen Flügels der Nationalliberalen. Sie bekannte sich zur monarchischen Staatsform und verstand sich als nationalistische antiparlamentarische Gesinnungspartei; zur Gründung der DNVP siehe Liebe, S. 7ff.; Striesow, S. 13f.; Trippe, S. 23ff.

[165] Gottfried Traub (1869–1956), Pfarrer. Mitglied des Nationalsozialen Vereins. 1912 vom Ev. Oberkirchenrat im Lehrzuchtverfahren entlassen, seit 1913 Direktor des Deutschen Protestantenbundes. 1913–1918 MgPrAH (FVP), MdR 1919–1920 (DNVP). Seit 1921 Redakteur der »Münchener-Augsburger-Abendzeitung«, Herausgeber der »Eisernen Blätter«.

[166] Gemeint: die Fraktion der DNVP in der Nationalversammlung.

[167] Arthur Graf Posadowsky-Wehner (1845–1932), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst. 1893–1897 Staatssekretär des Reichsschatzamts, 1897–1909 Staatssekretär des Reichsamts des Innern. 1882–1885 MgPrAH, 1912–1920, 1928–1932 MdR (Freikonservative/DNVP/VRP).

Gruppen, aus denen sich die Deutschnationale Volkspartei zusammensetzt, sich über einen Vorsitzenden nicht einigen konnten. Das ist die Gruppe der Christlich-Sozialen, die Sie in Rheinland und Westfalen kennen, die Gruppe Behrens[168]; das ist die Gruppe der Altkonservativen, durch Herrn Dietrich und Herrn von Graefe[169] dargestellt; das ist die Gruppe Traub und Knollmann[170] dargestellt, das sind die, die aus dem liberalen Lager bis dorthin gekommen sind; und man wird abwarten müssen, wie diese Gruppen zueinander ein Verhältnis finden, welche Situation sich innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei ergeben wird. Für uns kommt aber eines hauptsächlich in Betracht: Wenn wir auch im Parlament – das ist durch unsere gemeinsame Oppositionsstellung gegeben – mit den Deutschnationalen oft Schulter an Schulter kämpfen müssen und, wie ich sage, in nationalen Fragen gerne kämpfen, denn da kämpfe ich gern mit jedem, der unsere Anschauungen vertritt, mag er links oder mag er rechts stehen (Beifall), so müssen wir uns andererseits sagen: Unsere parteigeschichtliche Aufgabe ist die, dafür zu sorgen, daß zu uns die Hunderttausende, ja, die Millionen zurückströmen können, die in ganz falscher Auffassung der Sachlage zur Demokratie hinübergegangen sind (Beifällige Zustimmung), ohne daß sie wußten, was sie damit taten (Sehr richtig!). Wenn wir aber heute die Selbständigkeit unserer Partei auch nur äußerlich leiden lassen, dann würden wir diesen Auflösungsprozeß der Demokratischen Partei verlangsamen, dann würden wir ihr die Einheit wiedergeben (Sehr richtig!). Zu den Deutschnationalen gehen die Leute nicht mehr zurück, die bei den Demokraten zeitweise eine Heimstätte gefunden haben; zu uns kehren sie zurück, zu uns kommen sie wieder (Zuruf: Jetzt schon!), und ich glaube, daß wir das sehen in der Erstarkung unserer Parteigruppen, in all der lebhaften Tätigkeit in unserer Partei, die ja erfreulicherweise viel mehr arbeitet, als es die alte Nationalliberale Partei jahrelang getan hat, daß darin sich schon anzeigt, daß wir auf dem Wege sind, die – verstehen Sie das Wort recht – alte Mittelpartei zu werden, die kein Staatsleben entbehren kann, und wenn wir so dumm wären, uns für eine Regierung zur Verfügung zu stellen – die Regierungsfähigkeit könnten wir jede Stunde haben, denn für nichts wäre uns die Regierungsmehrheit dankbarer, als wenn wir mit unserm guten Namen und mit dem, was hinter uns steht, die Verantwortung für das mittragen wollten, was sie aus dem Deutschen Reiche gemacht haben (Sehr richtig!).

Ich glaube, man wird aber auch eines verstehen müssen in den Kreisen, die weiter sehen. Für die Zukunft – auch die Kreise der Industrie mögen sich das gesagt sein lassen – für die künftigen Jahre, vielleicht noch für ein Jahrzehnt und länger, halte ich bei den heutigen Verhältnissen eine Regierungsbildung mit Deutschnationalen für nicht möglich; dagegen wird und kann sehr bald eine Zeit kommen, in der wir die Möglichkeit haben, auf einer ganz anderen Grundlage eine Regierungsmehrheit zu bilden und unsere Forderungen aufzustellen für das, was dann in Deutschland in der

[168] Franz Behrens (1872–1943), Gärtner. Christlich-Sozialer Gewerkschaftsführer. 1907–1930, 1932–1933 MdR (Christlich-Soziale/Wirtschaftliche Vereinigung/Deutsche Fraktion/DNVP/CSVD).

[169] Albrecht v. Graefe (1868–1933), Rittergutsbesitzer. 1912–1928 MdR (Konservative/DNVP/Deutschvölkische Freiheitspartei). 1922 Mitbegründer der Deutschvölkischen Freiheitspartei.

[170] Friedrich Knollmann (1880–1920), Arbeitersekretär der evangelischen Arbeitervereine im Bezirk Posen, 1919–April 1920 MdR (DNVP).

Politik rechtens sein soll. Wer dabei praktisch mitwirken will, der wird auch seinen Einfluß zur Verfügung stellen müssen, um im gegebenen Moment da zu sein, wenn das einsetzen wird, was sicher kommt: Der weitere völlige Zerrüttungsprozeß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ich will hierauf jetzt nicht näher eingehen; ich will morgen darüber sprechen. Ich habe die Ansicht – wenn ich hier nur wenige Sätze sagen darf –: Für die sozialdemokratischen Massen im Lande, soweit sie ehrliche Sozialisten waren – und das waren viele, die sicher ein Ideal im Herzen hatten – sieht die ganze Politik heute aus wie eine entgötterte Welt (Sehr wahr!). Alles zerbrochen, woran sie geglaubt haben, denn die Sozialdemokratie kann gar nicht mehr vor dem Geständnis zurück, daß alles, was sie den Massen versprochen hat, Trug und Utopie war (Sehr wahr!), daß sie selber mit der Verantwortung belastet diejenigen zurückrufen muß, die sie erst gerufen hat, daß sie jetzt die Geister nicht mehr los wird, die sie rief (Sehr richtig!) – sie kann gar nicht aus der inneren Unwahrhaftigkeit heraus –, und daß die Unabhängigen die echteren Sozialisten sind (Sehr wahr!), daß sie diejenigen sind, die noch festhalten an dem, was Herr Scheidemann noch vor wenigen Jahren auch gepredigt hat, und daß die anderen, die heute in der Regierung sind, wie mir einmal ein Sozialdemokrat sagte, diejenige Charakterfestigkeit nicht aufbringen, vor das Volk hinzutreten und zu sagen: Der Marxismus war ein Irrtum; wir stellen uns bewußt auf den Boden einer neuen Welt und vereinbaren mit Euch ein neues Programm. Das bringen sie nicht auf. Dadurch kommen sie in die Unwahrhaftigkeit, nach außen ein Programm zu vertreten, an dessen Verwirklichung sie innerlich nicht mehr glauben, und daraus ergibt sich, daß Scheidemann als Verräter bezeichnet wird, daß Ebert[171] als Verräter bezeichnet wird und daß die radikale Richtung den Zuzug hat, und deshalb wird auch in dieser Sozialdemokratie meiner Auffassung nach eine Spaltung kommen, die an die Spaltung der Nationalliberalen Partei erinnert. Ein linker und ein rechter Flügel werden weggehen, der linke Flügel zu den Unabhängigen, und ein rechter Flügel, der heute nichts anderes sein wird als eine radikaldemokratische Arbeiterpartei, vielleicht zwischen praktisch Realem und dem aufgestellten Ideal hin- und herschwankt, und die verloren sein wird, wenn sie nicht andere Führer haben wird, als sie bisher hat, wie auch das ein Anzeichen ist für ein Abflauen [der] Anziehungskraft der Sozialdemokratie, daß ihr die Führer vollständig fehlen (Sehr wahr!). Das deutsche Volk ist monarchisch in dem Sinn wenigstens, daß es immer nur Vertrauen zu führenden Persönlichkeiten hat (Sehr wahr!) und denen mehr traut als ganzen Parteiprogrammen anderer (Erneute Zustimmung). Es hat auf Bebel[172] in vielen Krisen geschworen. Wenn der alte Bebel die Parole ausgab, dann standen Millionen Deutscher auf, weil es August Bebel war.

Er hat keine Nachfolger hinterlassen, die sein Erbe angetreten haben, die irgendwie diese Volkstümlichkeit besäßen. Wir, die wir wissen, wie die Menschen aussehen, die heute die Regierung führen, kennen ja ihre Schwächen vielleicht am ehesten. Wir

[171] Friedrich Ebert (1871–1925), Sattler. 1900–1905 Arbeitersekretär in Bremen. 1905–1913 Sekretär des SPD-PV, 1912–1919 MdR (SPD). 1913–Febr. 1919 einer der SPD-Vorsitzenden, Nov. 1918–Febr. 1919 Vors. des RdV, Febr. 1919–Febr. 1925 Reichspräsident.

[172] August Bebel (1840–1913), Drechsler. Mitbegründer der SPD, von 1892 bis zu seinem Tode einer ihrer Vorsitzenden und herausragender Parteiführer, 1867–1872, 1874–1881, 1883–1913 MdR (SPD).

kennen den Philister Ebert, und wir kennen den Poseur Scheidemann (Lebhafte Zustimmung); wir kennen den sehr geschickten Herrn Landsberg[173], aber wir sehen keinen Führer des deutschen Volkes unter denen, die heute auf der Ministerbank sitzen oder die im Parlament sozialdemokratische Führer sind. Und das tritt hinzu zu dem vollkommenen Verlust der Ideale, und das wird dazu führen, daß sich die Arbeiterschaft neu wird orientieren müssen und daß wir aus diesem Grunde auch ganz neue politische Verhältnisse bekommen müssen, so daß wir daraufhin eingestellt sein müssen, im gegebenen Moment einmal die Aufgabe zu übernehmen, so wie wir parteigeschichtlich die Aufgabe haben, diese alte Mittelpartei zu werden, vielleicht geschichtlich die Aufgabe haben werden, wenn alles in Schutt und Trümmern liegt und wenn das Chaos die Menschen aus Verzweiflung zur Erkenntnis bringt, dann zum Wiederaufbau Deutschlands unsere Kräfte zur Verfügung zu stellen (Beifall). Wir wollen nur hoffen, daß diese Zeit nicht mehr fern sein wird, denn daß wir gegenwärtig durch eine Periode des Zusammenbruchs durchgehen, unterliegt ja keinem Zweifel.

Sie werden es verstehen, daß für diejenigen, die so wie ich in der Außenpolitik eine bestimmte Stellung eingenommen haben[174], die ja auch von der Mehrheit der alten Fraktion[175] getragen war, gewisse Momente gekommen sind, wo wir uns gefragt haben, ob wir nicht in großer Zeit die Dinge außen und innen ganz falsch angesehen haben. Zeiten des Zweifels kommen ja jedem Menschen, und im Volke waren nicht nur Zweifel, sondern eine geschichtliche Legende von Millionen Blättern schuf ja sehr leicht das Klischee, nach dem heute die Großstädter überhaupt ihr politisches Denken einrichten. Aber auch aus dieser Traumsuggestion fängt das deutsche Volk an zu erwachen, und wenn irgendetwas lehrreich gewesen ist, dann sind es immerhin die letzten Wochen und Monate gewesen. Man hat von uns gesagt, und Osann sagte es vorhin: Gewiß ist die Führerschaft Stresemanns schwer zu tragen angesichts der Kriegspolitik, deren Vertreter er gewesen ist. Man hat von uns gesagt: Ihr wart Illusionisten, Ihr habt die Kräfte des deutschen Volkes überschätzt, die der Gegner unterschätzt. Ich gebe denen, die so sprechen, in einem Punkte recht: Überschätzt haben wir – und das ist für mich das traurigste Erlebnis meines Lebens – die seelische Widerstandsfähigkeit unseres Volkes (Sehr richtig!). Das habe ich nie für möglich gehalten, daß das deutsche Volk in seiner seelischen Durchhaltungskraft so würdelos zusammenbrechen könnte, wie wir das im November erlebt haben. Ob wir uns in der Widerstandsfähigkeit auf dem Gebiete des Militarismus geirrt haben, ist eine ganz andere Frage. Das wird erst einmal festgestellt werden können, wenn wir wissen, in welchem Zustande sich unsere Feinde in jenen Oktobertagen befanden, in denen von uns die Bitte um Waffenstillstand und Frieden hinausging.[176] Ich habe

[173] Otto Landsberg (1869–1957), Dr. iur. Rechtsanwalt und Notar. 1912–Juni 1920, Dez. 1924–1933 MdR (SPD). Nov. 1918–Febr. 1919 MRdV, Febr.–Juni 1919 Reichsjustizminister, Febr. 1920–1924 Deutscher Geschäftsträger in Brüssel, Dez. 1924–1933 Rechtsanwalt in Berlin, 1933 Emigration.

[174] Siehe Anm. 50.

[175] Gemeint: die Reichstagsfraktion der NLP während der Kriegsjahre.

[176] Das deutsche Waffenstillstandsgesuch an Wilson erging auf ultimatives Drängen Ludendorffs am Abend des 3.10.1918 (Text: Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes, hg. vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern, Berlin ^{2}1924, S. 74; u.a. wieder abgedruckt in: Ritter/Miller, S. 28).

nach allem, was wir aus dem Auslande hören und was wir auch hören aus den besetzten Gebieten, die Gewißheit empfangen: Den fünften Kriegswinter hätte kein Volk durchgemacht (Sehr richtig!). Es war das Letzte an Spannkraft, an Nerven- und Durchhaltungskraft in wirtschaftlicher und militärischer Richtung. Deshalb hätten wir gerade in jener Zeit das Letzte tun müssen, damit wir nicht zuerst mit den Nerven zusammenbrachen. Der Herr Minister David[177] hat neulich mir gegenüber von der Vergangenheit gesagt: Herr Stresemann hatte nur ein Programm und das hieß: Aushalten, aushalten, aushalten! Ich glaube, daß in diesem Programm mehr Wahrheit steckt, als sich mancher zugestehen will (Sehr richtig!), denn gerade an diesem Aushalten hat es am letzten Ende bei uns gefehlt (Lebhafte Zustimmung). Ich weiß aus den interfraktionellen Besprechungen, daß selbst in der Zeit, als die erste Antwort Wilsons[178] kam, wenn man gewollt hätte, noch einmal im besseren Teile des deutschen Volkes sich eine Auferstehung des Geistes hätte schaffen lassen (Zustimmung), wenn nicht die Gruppe um Scheidemann herum immer damit gedroht hätte: Unsere Leute machen nicht mehr mit, und uns willenlos zur Annahme der letzten, stärksten, demütigendsten Waffenstillstandsbedingungen gebracht hätte[179] (Sehr wahr!). Vergleichen Sie nur die damalige Zeit mit den letzten Tagen. Jetzt haben wir gesagt, was Herr Erzberger nicht gewagt hat gegenüber den Drohungen des Herrn Foch[180]: »Ich marschiere weiter«, zu sagen: Bitte, marschiere weiter über das wehrlose Deutschland, und Danzig ist erhalten geblieben, weil es einmal seelisch aufrecht stand.[181] Was hätte das wehrfähige Deutschland, wenn es sein Heer

[177] Eduard David (1863–1930), Lehrer. 1905/1906 Landesparteisekretär für das Großherzogtum Hessen, 1903–1930 MdR (SPD). 1912–1918 Vorstandsmtgl. der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Febr.–Juni 1919 Reichsminister ohne Portefeuille, Juni- Okt. 1919 Reichsminister des Innern, Okt. 1919–Juni 1920 Reichsminister ohne Portefeuille, 1921–1926 Gesandter des Reichs beim Freistaat Hessen.

[178] Thomas Woodrow Wilson (1856–1924), 1890 Professor der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Princeton, 1902 deren Präsident. 1910 Gouverneur des Staates New Jersey (Demokrat). 1913–21 Präsident der USA.

[179] In der 1. Antwortnote vom 8.10.1918 auf das deutsche Friedensangebot und Waffenstillstandsersuchen (Text u.a. Schultheß 1918/II, S. 608f.) hatte Wilson die Annahme des deutschen Ersuchens um einen Waffenstillstand von dem Rückzug der Truppen der Mittelmächte aus den besetzten Gebieten abhängig gemacht und Aufklärung darüber verlangt, »ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben«. In der Besprechung dieser Note am 9.10.1918 äußerte Ludendorff seine Skepsis gegenüber der von Walther Rathenau empfohlenen levée en masse und beharrte auf seiner Forderung nach einem Waffenstillstand, siehe Erich Matthias/Rudolf Morsey (Bearb.), Die Regierung des Prinzen Max von Baden, Düsseldorf 1962, Dok. Nr. 36.

[180] Ferdinand Foch (1851–1929), französischer Marschall. 1918 Oberkommandierender aller Ententetruppen.

[181] Der Unterzeichnung des Abkommens über die dritte Verlängerung des Waffenstillstands am 16.2.1919 in Trier (Schultheß 1919/II, S. 498ff.) durch Erzberger ging eine schwere Regierungskrise voraus, da das Kabinett zunächst beschlossen hatte, die alliierten Bedingungen abzulehnen und erst durch eine Intervention der Parteiführer, hauptsächlich des Zentrums, seine Haltung änderte, siehe Kabinett Scheidemann, Dok. Nr. 2. Die alliierten Forderungen nach einer Landung der Truppen des polnischen Generals Haller in Danzig, von der seitens des Kabinetts befürchtet wurde, sie könne als Auftakt zu einer polnischen Besetzung Westpreußens dienen, konnten schließlich nach zähen Verhandlungen zurückgewiesen werden; die Truppen wurden dann mit der Bahn quer durch Deutschland transportiert, siehe Kabinett Scheidemann, Dok. Nr. 8, 19, 35. Zur Haltung Stresemanns siehe seine Rede vor der Nationalversammlung am 18.2.1919, VNV, Bd. 327, S. 164ff.

nicht hätte verlumpen und verludern lassen, auch bei den Waffenstillstands- und Friedensbedingungen nach dem 2. Oktober noch durchgesetzt, wenn man nach all den Kriegsjahren die Seelen emporgerafft hätte, anstatt sie ziellos hin- und herschweifen zu lassen wie unter Bethmann[182], oder sie herabzudrücken in Grund und Kot unter denjenigen, denen nichts heilig war im nationalen Empfinden (Stürmischer Beifall). Das, was wir jetzt erleben, wo in letzter Not sich alles zusammenfindet in der einen Empfindung: Alles geben wir auf, besetzt Berlin, verwaltet selbst Deutschland, wenn Ihr uns das zumutet, – dieselbe Sprache zu der Zeit, wo noch 8 Millionen Menschen Waffen trugen, dieselbe Sprache in einer Zeit, wo wir noch hätten der Zersetzung entgegentreten können! Das ist die Gegenwart, die uns diese Lehre gibt, und daraus ziehe ich die Folgerung für die Zukunft, daß wir auch in unserer äußeren Politik, an der wir mitwirken, unser Volk davor zu bewahren haben, sich in die alte Illusionspolitik hineinzuversetzen und zu glauben, daß sein Heil damit gesichert sei, wenn es bei anderen Nationen um gut Wetter bittet (Lebhafte Zustimmung). Waren wir Illusionisten in Bezug auf die Durchhaltungskraft unseres Volkes – die größeren Illusionisten waren doch diejenigen, die dem deutschen Volke gesagt haben: Jage Deinen Kaiser weg, demokratisiere Dich mehr als die anderen, ahme dem westlichen Vorbilde nach, und dann wird ein Jubel durch die Welt gehen; man wird Dir die Hände entgegenstrecken, man wird sagen: Dem demokratischen Deutschland geben wir den Platz einer gleichberechtigten Nation im neuen Völkerbunde; alles, was das alte Regime gesündigt hat, fällt weg, und einer neuen, glänzenden Zukunft gehen wir entgegen. Wir haben alles getan, was man von uns verlangt hat, und mehr, und haben es in würdelosester und schamlosester Weise getan (Lebhaftes sehr wahr!).

Revolutionen braucht man an sich nicht anzuklagen; sie können auch der Ausdruck einer gewaltigen Eruption im Innern sein, die freiheitlich und national zugleich ist. Die Französische Revolution schuf neue Verhältnisse im Innern, aber sie jagte gleichzeitig jedes Heer von den Grenzen Frankreichs weg, das dem jungen Staate entgegentrat. Die Englische Revolution hatte nichts an sich, was irgendwie dem alten englischen Nationalstolz nachstand gegenüber dem, was in früheren Zeiten bestand. Uns war es vorbehalten, die Kokarden herunterzureißen und das zu beschimpfen, was uns vordem heilig war, und das hat uns nach innen und nach außen nicht genützt, sondern geschadet. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir den Platz als gleichberechtigte Nation uns nur dann erringen werden, wenn wir uns zur Selbstachtung durchringen und uns dadurch die Achtung der andern wieder erwerben, und ich bin überzeugt, daß, wenn ich mich jetzt zu den inneren Fragen wende, auch manche Haltung von uns ihre Berechtigung erfährt durch das, was wir jetzt erleben, und zwar ihre Berechtigung nach zwei Seiten, einmal da, wo wir Kritik übten an dem Alten – und wir waren nicht eine gouvernementale Partei, die lediglich als Adorantin gegenüber der Regierung dastand. Da hat sich erwiesen, wie berechtigt die Kritik war, wie bedauerlich es war, daß man nicht frühzeitig genug ihr nachgab.

Ich darf Sie daran erinnern, daß ich doch sehr heftig von der Kritik umbraust war, als ich im Frühjahr 1917 den Vorstoß für die Parlamentarisierung und das parlamentari-

[182] Theobald v. Bethmann Hollweg (1856–1921), 1909–1917 deutscher Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

sche System machte.[183] Ich habe nach dieser Rede mit Helfferich[184] gesprochen und habe ihm gesagt: Gehen Sie hin zum Kaiser, sagen Sie ihm, er möge jetzt herauskommen mit einem großen Appell an sein Volk, er möge das gleiche Wahlrecht als sein Panier aufstellen, er möge sich wenden an seine Granden im Herrenhause, an alle Leute, die zur Monarchie halten, und ihnen sagen: Folgen Sie auf dem Wege, ich und mein Volk sind eins, und anderthalb Jahre vor der Revolution hätte ein solches Wort einen ganz anderen Klang gehabt (Sehr wahr!). Und wenn wir dann ihm zur Seite getreten wären in einer Zeit, wo noch kein Mensch an einen Scheidemannfrieden[185] dachte, wenn er sich umgeben hätte mit parlamentarischen Ministern, dann hätten die Schultern derjenigen, die das Ministerium bildeten, die Stöße von denen aufgenommen, die mehr verlangten (Sehr wahr!), dann hätten wir die Schutzwehr geschaffen, die unser Kaisertum hätte hindurchretten können auch durch einen Krieg, der nicht alle Hoffnungen erfüllt hätte. Statt dessen ist man in diesen Fragen langsam Schritt für Schritt vorgegangen und hat keinen Dank von irgendeiner Seite geerntet.

Wenn ich denke an all das, was zu Bassermanns Zeit, was später von uns über die Einseitigkeit der Zusammensetzung gewisser Schichten unseres Offizierskorps, unserer Diplomatie gesagt worden ist, alles das, was jetzt endlich Graf Brockdorff-Rantzau[186] in einer ausgiebigen Reform unseres auswärtigen Dienstes bringt, wieviel hätte sich vermeiden lassen an scharfem Gegensatz zwischen Offizieren und Mannschaften, wenn man in dieser Beziehung früher den Weg gegangen wäre, diese Anregung befolgt hätte (Sehr wahr!).

Nicht ohne eigene Schuld ist das, was man das alte System nennt, gefallen (Sehr richtig!); aber es heute so hinzustellen, als wenn alles an ihm morsch, faul, zusammengebrochen, überlebt gewesen wäre, das ist töricht, das zeigt, daß man nicht versteht zu scheiden zwischen den gesunden, unveräußerlichen Fundamenten, die in diesem Alten mit gelegen haben, und den Auswüchsen, die man rechtzeitig hätte beseitigen können (Sehr richtig!); denn heute sehen wir in der inneren Politik als beste Rechtfertigung unserer Politik gegenüber derjenigen der Demokratie, die ganz in das Horn der Sozialisten bläst, – wie Herr Dr. Schacht[187] im vorigen Jahre in Berlin sagte: Wir alle haben doch gejubelt, als der 9. November kam und als das alte Deutschland zugrunde ging (Hört! Hört!) –, daß alles das, was jetzt die Sozialdemo-

[183] Stresemann hatte sich in einer Reichstagsrede vom 29.3.1917 für die Einführung einer parlamentarischen Monarchie ausgesprochen, siehe VRT, Bd. 309, S. 2852ff. sowie Stresemanns Referat über die politische Lage auf der Zentralvorstandssitzung der NLP vom 23.9.1917, Reiß, S. 309–351 (hier S. 328f.); siehe auch Turner, S. 20ff.

[184] Karl Helfferich (1872–1924), Nationalökonom. 1908 Direktoriumsmitglied der Deutschen Bank, Febr. 1915 Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Mai 1916–Aug. 1917 Staatssekretär des Reichsamts des Innern. MdR (DNVP) 1920–1924.

[185] Gemeint: Verständigungsfrieden.

[186] Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928), Diplomat. Dez. 1918–Febr. 1919 StS des Äußeren, 13.2.–20.6.1919 deutscher Außenminister. 1922–1928 deutscher Botschafter in Moskau.

[187] Hjalmar Schacht (1877–1970), Bankier. 1916 Direktor der Nationalbank für Deutschland, 1923–1930 und 1933–1939 Reichsbankpräsident, 1934–1937 auch Reichswirtschaftsminister, 1937–1943 Reichsminister ohne Portefeuille. Schacht, ein Führer der Jungliberalen, trat im Nov. 1918 in die DDP ein, war maßgeblich an den Einigungsverhandlungen beteiligt und wandte sich entschieden gegen eine führende Mitwirkung Stresemanns in einer geeinten liberalen Partei.

kratie und die heutige Regierung überhaupt noch vor dem völligen Chaos rettet, eine Anknüpfung an das ist, was man von Altem zerstört hat (Sehr richtig!). Dieselben Offiziere, die man nicht genug beschimpfen konnte, ruft man jetzt zurück (Sehr wahr!), dieselbe Disziplin, die man jetzt zerstört hat, sucht man wieder aufzurichten. Ohne die Tätigkeit des Beamtentums, das doch ein Teil des alten Regimes war, wäre die ganze Revolutionsherrlichkeit in wenigen Tagen zusammengebrochen (Sehr richtig!), und alle die alte, vernünftige Wirtschaft in den Finanzen, alle die alten, unveräußerlichen Grundsätze, alles das sucht man langsam auf Umwegen wieder einzuführen und geht in Einzelheiten viel weiter, als wir jemals in dem alten System zu gehen gewagt hätten (Sehr richtig!). Mit der Brutalität, nicht nur der Gewalt nach außen, sondern auch der Ablehnung jedes Programms und jedes Gesetzes und jedes Rechtes, mit der Herr Noske[188] seine Stellung in der Nationalversammlung verteidigt, hätte nie ein preußischer Kriegsminister seinen Standpunkt zu verteidigen gewagt (Zustimmung). Herr Noske sagte jüngst in Weimar gegenüber den Unabhängigen: Ich stolpere nicht über die Zwirnsfäden des Gesetzes; schließlich entscheidet der Erfolg.[189] Ich glaube, daß man gerade von rechts gegen solche Worte am wenigsten einzuwenden hat; aber wehe, wenn Oldenburg-Januschau[190] das ausgesprochen hätte, was hier der Sozialdemokrat Noske als Ergebnis seines Umlernens in diesen Revolutionswochen aussprach (Sehr gut!). Während einst auf dem Amsterdamer Parteitage der internationalen Sozialdemokratie der alte Bebel rühmte, in der Zeit der Hohenzollern hätte man niemals mit Maschinengewehren auf friedliche Arbeiter geschossen wie in Frankreich, und während man gegenüber der ganz unglücklichen, gewiß preiszugebenden theoretischen Äußerung des Kaisers, es möge ein Fall kommen können, wo man an das Gewehr appellieren könne, dies jahrelang als den Ausfluß brutalster Empfindungen hinstellte, sehen wir heute, daß nach Hunderten und Tausenden die Menschen zählen, die dem Brudermord hingegeben werden, weil die neue Regierung sich nur durch Gewalt noch halten kann. Sie übertreibt sogar das, was sie früher bekämpft hat, sie hat zuviel eingerissen und weiß nicht, wie sie aus dem Schutt herauskommen soll. Deshalb wird das, was etwa unserer Auffassung entspricht, das bewährte Alte mit neuem Geist in Verfassung und Verordnungen – ich komme nachher noch auf einige dieser Fragen –, sich als Gesamtauffassung durchsetzen, und die Empfindung, daß es unrecht war, diese ganze Entwicklung hier einzuleiten, das bringt die Hunderttausende zu uns zurück.

Treten Sie doch auch in der Öffentlichkeit der Legende entgegen, daß der deutsche Absolutismus am 9. November gestürzt worden sei. Was man gestürzt hat, war ein

[188] Gustav Noske (1868–1946), Korbmacher. 1902–1918 Redakteur der »Volksstimme« in Chemnitz, 1906–1920 MdR (SPD). Dez. 1918–Febr. 1919 MRdV, Febr. 1919–März 1920 Reichswehrminister, Juli 1920–März 1933 Oberpräsident der Provinz Hannover.

[189] Reichswehrminister Gustav Noske hatte mit Blick auf die Berliner Januar- und Februarunruhen am 27.3.1919 in der Nationalversammlung ausgeführt: »In Berlin war höchste Gefahr im Verzuge, stand das Leben von Tausenden und Zehntausenden von Menschen auf dem Spiel. In der Gefahr halte ich mich für verpflichtet, das zu tun, was dazu beiträgt, so rasch wie möglich wieder Ordnung und Sicherheit zu schaffen. Da gelten Paragraphen nichts, da gilt lediglich der Erfolg, und der war auf meiner Seite«, VNV, Bd. 327, S. 854; siehe auch Wette, S. 315–350.

[190] Elard von Oldenburg (1855–1937), Rittergutsbesitzer in Januschau. 1901–1910 MgPrAH, 1902–1912, 1930–1932 MdR (Deutschkonservative/DNVP). Exponent des extrem konservativen und royalistischen Flügels der Deutschkonservativen.

Königtum auf parlamentarischer Grundlage (Sehr richtig!), was man zugrunde gerichtet hat, war die englische Verfassung auf Deutschland übertragen, nach der der Liberalismus seit Jahrhunderten gerufen hat. Das ist zugrunde gegangen, und kein absoluter Monarch wurde gestürzt; und zugrunde gegangen ist dann allerdings mit unserm Ansehen nach außen unsere Wirtschaftskraft nach innen, unsere finanzielle und moralische Haltung, die wir bis dahin noch bewahrt hatten. Das ist die Situation, in der wir stehen, die, glaube ich, wenn man fragt: Worin unterscheidet Ihr Euch von den Demokraten?, abgesehen von all dem Prinzipiellen vielleicht viel deutlicher in der einen Empfindung zum Ausdruck kommt: Wir datieren nicht vom 9. November ab die Zeit einer Entwicklung, in der wir die Erfüllung irgendwelcher Ideen vor uns sehen, sondern wir sehen in diesem Zusammenbruch den Anfang einer Entwicklung, die uns zum Abgrund führen kann, wenn wir nicht rechtzeitig das, was unveräußerlich in diesem Altbewährten liegt, wieder hineinnehmen in das neue Deutschland.

Nun die inneren Fragen, die sich seitdem auf dem Gebiete der parlamentarischen Verhandlungen aufgetan haben. Zwei Dinge müssen wir da bewahren: Reichseinheit und preußische Unteilbarkeit, eines mit dem anderen aufs engste verknüpft (Sehr wahr!). Niemals hätte auf dem Boden nationaler Tradition irgendein Politiker, der zu ihr sich zählt oder auch nur zu irgendeiner Zeit seines Lebens irgendwelche Eindrücke von ihr empfangen hat, einen Entwurf herausgeben können wie der Staatsminister Preuß.[191] Das ist das vollkommen ungeschichtliche Denken, das ist das Vorbeigehen an allen Imponderabilien, und es ist letzten Endes der Versuch, der absichtliche Versuch, das geschichtlich Gewordene in Deutschland zu zerschlagen (Sehr wahr!). Wir müssen demgegenüber auf dem Standpunkt stehen, in dem wir Gott sei Dank einig geworden sind in der Reichstags- und Landtagsfraktion und wohl auch in der ganzen Partei: Wer Preußens Größe und Stärke schwächt, schwächt auch das Reich (Sehr richtig!), denn heute liegen die Dinge so, daß der Gedanke der Reichseinheit nicht mehr so unbedingt fest verankert ist wie früher. Es gibt genug Strömungen unter der Oberfläche, es gibt genug Leute, die in dem Augenblick, wo eine Hand sich ihnen entgegenstreckt, Deutschland verlassen würden, die einen nach Westen, die anderen nach Süden. Da kommt auch zum Ausdruck, daß wir recht hatten in der alten nationalliberalen Fraktion, als wir einstimmig bis in den Oktober hinein uns dagegen sträubten, den Kaiser zur Abdankung zu drängen, weil wir die Empfindung hatten: Fallen Kaiser und Kronprinz, ist nur noch ein Kind da aus dem Hohenzollernstamm[192], dann ist ein Wesentliches weggenommen von dem, was im deutschen Volke steckt, von dem, was eine Anziehungskraft ausübt, von dem Symbol des deutschen Kaisertums als Träger der deutschen Einheit (Sehr wahr!). Jetzt ist alles fort, und fort ist damit auch das, was uns zusammenhielt, was man in dem Satze zusammenfassen kann, was als unwägbare Seelenstimmung in den Herzen lag. Das Kaisertum hat das Reich wie ein Reif zusammengehalten, Herr Ebert hält nichts zusammen, weder das Reich noch Preußen (Lebhafte Zustimmung). Das Volk denkt

[191] Der Verfassungsentwurf von Hugo Preuß wurde am 20.1.1919 publiziert (Entwurf der künftigen Reichsverfassung. Allgemeiner Teil, hg. im Auftrage des Reichsamts des Innern, Berlin 1919); in der dem Entwurf vorangestellten Denkschrift (Wortlaut: ebd., S. 32ff.) hatte sich Preuß für eine Aufteilung Preußens ausgesprochen, was in der Öffentlichkeit auf scharfe Kritik stieß, siehe auch Schulz, Bd. 1, S. 142ff.; Albertin, S. 277ff.

[192] Wilhelm Prinz von Preußen (1906–1940), ältester Sohn des Kronprinzen Wilhelm.

nicht in Paragraphen einer Verfassung, und was 500 Jahre in ihm Tradition war, hätte auch über diese unglückliche Zeit mindestens die Einheit des Reiches und Preußens erhalten, während der Reif jetzt weg ist und alles unzufrieden ist und wir nach einem künstlichen Reif suchen müssen, um das Auseinanderstrebende wieder zusammenzuhalten. Jetzt ist unsere Aufgabe, uns zu wehren gegen die südbayerische Republik[193], uns zu wehren gegen Niedersachsen[194], uns zu wehren gegen alles, was dieses Preußen zerschlagen will, und wenn Zeiten kommen, wo das Reich nicht mehr hält, wo Provinzen sich lostrennen, wenn wir nicht bald zur Gesundung kommen, dann muß für spätere Zeit – und alle unsere Lebenshoffnungen sind ja jetzt nur noch Zukunftshoffnungen – ein Kern da sein, ein Staat da sein, an den sich dann wieder ein Reich angliedern kann, und das kann nach Geschichte und Beruf und Bestimmung nur Preußen sein (Lebhafter Beifall). Darin muß in unserer Partei jeder mit uns übereinstimmen, ob er im Süden oder im Norden oder im Westen leben möge. Die Eigenarten mögen sich abschleifen innerhalb des deutschen Volkes, aber die eine Empfindung werde ich stets zum Ausdruck bringen, daß all dieses Gerede gegen Preußen, all der künstlich gezüchtete Haß gegen Preußen, alles das, was sich in diesen Anträgen zum Ausdruck bringt, die grenzenloseste geschichtliche Undankbarkeit ist, die je ein Volk gegen denjenigen Bestandteil gehabt hat, dem es seine politische Einheit unzweifelhaft in erster Linie verdankt (Sehr wahr!). Wir wollen in alter Tradition uns dagegen wenden, und soweit ich die äußere Lage überschaue, sind wir vielleicht über die größten Schwierigkeiten hinweg und dürfen hoffen, daß wir die Einheitlichkeit Preußens dann bewahren, wenn wir nun auch – und darum bitte ich unsere Freunde in Niedersachsen und in Westdeutschland – von der Defensive zur Offensive übergehen (Beifall) und mit aller Entschiedenheit diejenigen an den Pranger stellen, die in dieser Zeit nichts Besseres zu tun wissen, als das letzte Einheitsgefüge zu lockern.

Wir haben große Fehler gemacht, auch gegenüber der welfischen Bewegung, daß wir uns zunächst geduckt und nichts gesagt haben. Dadurch haben wir unsere eigenen Anhänger irre gemacht. Erst seitdem wir das Panier vorantragen, folgen sie uns, und andere werden uns wieder folgen. Für uns ist es notwendig, aus der heutigen Situation eine Verfassung herauszubringen, die uns nach dieser Richtung wenigstens das Geschichtliche bewahrt, wenn sie auch sonst völlig aufgeht in mechanischer Demokratisierung und wenn auch leider unsere Anträge, wenigstens in Einzelheiten der Verfassung einen gewissen Spielraum zu lassen, alle abgelehnt worden sind[195], so daß wir in völliger Uniformität der sämtlichen Bundesstaaten weiterleben werden.

Was über die Verfassung im einzelnen zu sagen ist, will ich hier heute nicht erwähnen. Ich hoffe, daß Sie mit uns in der Hauptauffassung einig sind: Dem Reich die

[193] Siehe Anm. 232.

[194] Die Bestrebungen der nach der Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen (1866) gebildeten Deutsch-Hannoverschen Partei, deren Ziel die Trennung der Provinz Hannover von Preußen war, erhielten nach der Revolution erheblichen Auftrieb, siehe dazu Hans Prilop, Die Vorabstimmung in Hannover 1924. Untersuchungen zur Vorgeschichte der Deutsch-Hannoverschen Partei im preußisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Diss. phil. Hamburg 1954, S. 228ff.

[195] Der Verfassungsausschuß hatte Mitte März 1919 die Anträge der DVP zu Art. 9 (Bedarfsgesetzgebung des Reichs), Art. 13 (Reichsaufsicht) und Art. 17 (Verfassung der Länder) abgelehnt, siehe Bericht und Protokolle des Achten Ausschusses über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches, Berlin 1920, S. 79ff.

große Zentralgewalt in militärischen Dingen, in Verkehrsdingen, in wirtschaftlichen Dingen, im übrigen aber den Freistaaten, die sich vielleicht zu lebensfähigen Gebilden da zusammenfinden, wo sie an sich nicht lebensfähig waren, die Ermöglichung der Erhaltung ihrer kulturellen Eigenart und ihres Sichauslebens auf diesem Gebiet. Das war immer auch unter dem alten Bismarck der Gedanke, das war Bismarcks Gedanke auch in der Reichsverfassung; den müssen wir retten auch für die neue Verfassung.

Was mir aber am wichtigsten erscheint auch für die gegenwärtige Stellungnahme, das sind die großen wirtschaftlichen Fragen, die sich jetzt anbahnen und zu denen wir Stellung nehmen müssen, weil sie dasjenige sind, was viel stärker auf uns einwirken wird als alle Verfassungsfragen: die Sozialisierung auf der einen Seite, Mitwirkung der Arbeiter am Produktionsprozeß auf der anderen Seite, diese völlige Neuordnung unserer ganzen Verhältnisse, die zu der Frage führt, ob die Nationalversammlung, der künftige Reichstag für die politische Führung allein entscheidend sein soll oder abgelöst oder ergänzt werden soll durch neue Organisationen.

Lassen Sie mich ganz kurz und scharf hierzu einige Sätze formulieren. Kein Mensch von uns steht wohl auf dem Standpunkt, daß er in manchesterlicher Weise[196] Vertreter der alten Individualwirtschaft katexochen ist. Die ist bei uns abgebaut seit Jahrzehnten. Wir haben staatliche Unternehmungen gehabt in den Eisenbahnen, in kommunalen und in anderen Dingen. Ob die Verstaatlichung überall zum besten gereicht hat, ist eine umstrittene Frage. Ich kann mir eine andere Entwicklung des Eisenbahnwesens denken, als wir sie in Preußen-Deutschland gehabt haben. Sie hat manches an Großzügigkeit vermissen lassen. Eingeengt, mit Recht eingeengt war die Individualwirtschaft schon längst durch unsere soziale Gesetzgebung. Diese soziale Gesetzgebung hat bei uns schon längst der Einseitigkeit des Kapitalismus entgegengewirkt, und es erscheint mir doch auch als kein Zufall, daß in der Monarchie die Wiegestelle der Sozialpolitik stand und nicht in der Republik. Die Republik hat das eine an sich – wovor sogar ein Mann wie Naumann[197] gewarnt hat –, daß der Einfluß des Kapitals in ihr im allgemeinen viel größer ist als in der Monarchie (Sehr wahr!). Der Monarch steht nach Geschichte und Verfassung viel zu hoch, als daß ihm ein Millionär irgendwie imponieren sollte. Aber in einer Zeit der Parteienherrschaft ist die Gefahr der Abhängigkeit von den Kapitalkonzernen und die Gefahr, daß große leitende Minister in deren wirkliche Abhängigkeit kommen, außerordentlich groß. Die ganze Freiheit in Amerika ist eine Scheinfreiheit. Gewählt wird Herr Wilson mit 5 Millionen Stimmen[198]; gemacht wird die Kandidatur des Präsidenten in Wall Street oder beim Stahltrust. Das ist das, wogegen wir uns gerade wehren müssen, daß wir den

[196] Der im frühen 19. Jahrhundert entstandene »Manchesterliberalismus« verwarf jedes Eingreifen des Staates in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Hauptvorwurf gegen den Manchesterliberalismus war es, in Wirtschaft und Gesellschaft als treibende Kraft nur den Egoismus des einzelnen zu kennen.

[197] Friedrich Naumann (1860–1919), protestantischer Theologe. 1886–1890 Pfarrer in Langenberg (Sachsen), 1890–94 Vereinsgeistlicher der Inneren Mission. 1896 Gründung des Nationalsozialen Vereins und Aufgabe des Pfarramts. 1907–1912, 1913–1919 MdR (Freisinnige Vereinigung/FVP/DDP), von Juli 1919 bis zu seinem Tod Parteivors. der DDP.

[198] Wilson erhielt bei seiner Wahl 1916276 Elektorenstimmen, die 9116296 Wählerstimmen entsprachen.

Weg nicht gehen, daß wir eine vernünftige Entwicklung der Verhältnisse hier bei uns durchsetzen.

Ich sage also: Vertreter der Individualwirtschaft im Sinne des Manchestertums sind wir nie gewesen. Sozialpolitik werden wir weiter führen, heute vielleicht weniger nach der Richtung des Materiellen für den Arbeiter als der ideellen Forderungen, die er stellt. Aber zweierlei muß da grundsätzlich unterschieden werden: die Frage der Mitwirkung der Arbeiter beim Produktionsprozeß auf der einen Seite und die Frage Staatswirtschaft oder Individualwirtschaft auf der anderen Seite. Ich bin der Auffassung, daß wir in der jetzigen Zeit für Jahre und Jahrzehnte hinaus unter keinen Umständen die Hand dazu bieten dürfen, daß große Gebiete unserer Industrie verstaatlicht werden (Zustimmung), weil wir sonst aus dem Finanzelend überhaupt nicht herauskämen (Sehr richtig!). Wenn irgendeine Zeit nicht dazu gegeben war, zu verstaatlichen, so ist es die gegenwärtige. Aus diesem Elend des Zusammenbruchs uns zur wirtschaftlichen Gesundung herausführen, das können nur die Führer des Wirtschaftslebens, das können nicht besoldete Beamte einer Staatswirtschaft, namentlich nicht in einem parlamentarisch regierten Staat, da wir in unserem heutigen Parlamentarismus den Fehler machen, dem Dilettantismus noch viel mehr Spielraum zu geben als in Ländern, die auf parlamentarischem Gebiet ihre Erfahrungen haben (Sehr richtig!). Die Engländer haben ihre politischen Minister, sie haben daneben den Permanent Secretary of State, der die Geschäfte führt. An den Blödsinn, alle Staatsposten mit denjenigen zu besetzen, die den herrschenden Parteien angehören, hat in England niemand gedacht. Das ist das Schlimmste, die Nachbildung des amerikanischen Systems: dem Sieger die Beute, daß die siegende Partei nun ihre Leute mit Ämtern versorgt, zu denen ihnen jede Voraussetzung sachlichen Schaffens fehlt, und je mehr wir in die Staatswirtschaft hineingreifen, desto mehr würde diese Gefahr hervortreten. Vor allem liegt aber die Gefahr vor, daß, wenn wir die Initiative des Unternehmertums soweit einengen, daß es ihm keine Freude mehr macht, seine Kräfte zu entwickeln, weil seine Geisteskräfte eingeengt werden, wir dann auch noch das eine erleben werden: den Aufbau einer mächtigen Wirtschaft in anderen Ländern durch deutsche Kräfte. Wie wir früher der Kulturdünger der Welt gewesen sind, so werden wir vielleicht die Erbauer der englischen Farbenindustrie sein, wenn wir die chemischen Fabriken in Deutschland sozialisieren. Mir hat der Herr Minister Becker gesagt, daß die Angestellten der Firma Merck in Darmstadt bezeichnenderweise den Beschluß gefaßt haben, wenn die Firma sozialisiert würde, dann gingen sie aus der Firma heraus (Hört, hört!). Hier meldet sich zum ersten Male der Kampf zwischen Kopfarbeit und Handarbeit. Hier regt sich der Widerspruch dagegen, alles zu schematisieren, das ganze Leben lediglich auf die einfache und flache Formel von Friedrich Naumann bringen zu wollen: Mehrheit entscheidet, so wie er das in Jena dargelegt hat: Wenn 50,5 % einer Meinung sind, ist diese Meinung eben die richtige (Lachen), wobei er hinzugefügt hat: Es ist vielleicht ganz gut, daß große Ideen und Persönlichkeiten, die in der Minderheit sind, sich nicht so schnell durchsetzen, sondern daß alle Entwicklung dadurch verlangsamt wird, daß man der Masse Gelegenheit gibt, diese Ideen erst in sich aufzunehmen. Das kann man wohl das Gegenteil von jeder Idee selbständigen Fortschrittes nennen. Hier müssen wir das eine voranstellen: Die Führung unserer Wirtschaft muß in den Händen der leitenden Persönlichkeiten liegen – wobei ich unter leitenden Persönlichkeiten nicht nur den General-

direktor verstehe –, das muß durchgeführt werden in jeder Beziehung, gerade in der jetzigen Zeit, sonst sind wir wirtschaftlich verloren.

Dabei sind zwei andere Fragen, die auf einer ganz anderen Grundlage stehen. Das eine ist die: Dürfen wir dem Unternehmer weiterhin gestatten, den Ertrag seines Unternehmens vollkommen für sich in Anspruch zu nehmen und wollen wir an ihn nur in der Form der Steuergesetze herantreten, oder können wir nicht das, was sich heute in der Empfindung regt: Wir, die Allgemeinheit, haben auch Teil an den Werten, die hier geschaffen werden, in unsere ganze Auffassung auch praktisch hineinarbeiten. Ich glaube, jedermann ist sich heute im Wirtschaftsleben darüber klar, daß wir ganz andere Opfer zu bringen haben als bisher. Wir bringen sie aber nicht dadurch am besten, daß wir in rein schematischer Weise eine Vermögensabgabe erheben und sagen: Je größer sie ist, desto mehr Geld bekomme ich. Wenn heute jemand auf den Gedanken käme, 80 % des Vermögens als Kapitalabgabe zu nehmen, dann würde er vielleicht für einen gewissen Augenblick Geld haben, im übrigen hätte er Deutschland vollkommen ruiniert (Sehr richtig!). Wir müssen den Mut haben, gegen derartige populäre Strömungen anzukämpfen und zu sagen: Ihr seid blödsinnig, wenn ihr auf diese Weise die deutsche Wirtschaft ruiniert (Zustimmung). Wir müssen dem Unternehmer in der heutigen Zeit die Möglichkeit lassen, aus seinen Rücklagen, aus seinem Vermögen den Fonds zu bilden, mit dem er den Kampf um die Weltwirtschaft wieder aufnimmt, sonst sind wir auf ewig verloren. Aber wir können auf der anderen Seite sagen: Erhalte auf das beste dein Vermögen, deine Rücklagen, setze dich ein mit ganzer Kraft, so gut zu verdienen, so viel du kannst, aber ich, der Staat, das Deutsche Reich, das deutsche Volk, bin Mitbesitzer deines Werkes, bin mitbeteiligt an deinem Ertrag. Ich lasse dir eine Verzinsung deines Kapitals bis zu einem bestimmten Betrage, wie bei der Reichsbank, wo zunächst die Aktionäre 6 % bekommen; das, was du mehr herauswirtschaftest, teile ich mit dir nach bestimmten Grundsätzen; bei dem, was über eine solide Verzinsung hinausgeht, bin ich dein stiller Teilhaber. Hast du 20 % verdient, so ist das kein Grund, dich deshalb anzuklagen. Wie töricht, in der sozialdemokratischen Presse sich darüber aufzuregen: Das Werk hat 40 % herausgewirtschaftet. Wenn es nur 20 % verdient hätte, wem wäre da irgendwie genützt? Nein, man sage: Verdiene das Doppelte, aber ich, das Deutsche Reich, bin an den überschüssigen 14 % beteiligt, ich bekomme von diesem Ertrag so und so viel. Dann kann der Arbeiter nicht mehr sagen: Ich arbeite nur für den Unternehmer, sondern alles das, was er an Arbeit hineinsteckt, kommt ja seinem Volke, kommt ja ihm mit zugute. Aber blödsinnig ist der Gedanke, daß er das Unternehmen leiten kann, daß er in der Form der wilden Sozialisierung Mitbesitzer sein kann, und besser als eine Kapitalabgabe ist die dauernde Beteiligung des Reiches an allen großen Unternehmungen in dieser Form, denn wir alle, die wir in der Industrie stehen – ich gehöre einer ganzen Reihe von Gesellschaften an – wissen, daß wir nicht mehr die alten Erträgnisse haben werden. Wir wissen, daß ein großer Teil unserer Einkünfte nicht nur uns gehören wird, sondern dem Staat. Aber wenn wir diesen Teil weggeben, dann erhalten wir unserem Wirtschaftsleben die Initiative, wir erhalten ihm den gesunden Egoismus herauszuwirtschaften, was herauszuwirtschaften ist, und technischen Fortschritt bis zum letzten auszunutzen, wir erhalten dem Reich eine dauernde Einnahmequelle und nehmen aus der Arbeiterschaft den Stachel heraus, daß die Allgemeinheit nicht genügend an den Erträgen des Unternehmens interessiert wäre. Das

ist, glaube ich, die eine Form, in der heute die Möglichkeit gegeben ist, die Individualwirtschaft zugunsten des Staates einzusetzen, ohne ihr ihre Vorzüge zu nehmen, und das ist ein besserer Weg als der Weg des Staatsbetriebes, der wahrscheinlich zu viel geringeren Erträgnissen führen würde als dieser Weg, ja vielleicht noch zu geringeren Erträgnissen, als heute die Steuer der Industrie beträgt.

Dann das Zweite: die Frage der Stellung zu dem, was man das Rätesystem nennt. Meine Herren, erschrecken Sie nicht, wenn ich Ihnen das eine sagen: In diesem Rätesystem liegt ein gesunder Gedanke. Es steckt darin vielleicht instinktiv die Empfindung, daß das Begehren des Menschen nach Teilnahme an allen Dingen des öffentlichen Lebens nicht restlos erfüllt wird durch seine Zugehörigkeit zu einer politischen Partei. So, wie wir früher schon politische Partei- und Berufsorganisationen hatten, wie der Mensch je nachdem zu kulturellen, zu allgemein staatspolitischen Fragen und zu Fragen seines Berufes eine eigene Stellung einnahm, so sehen Sie die Anfänge einer Entwicklung, die, wenn wir sie richtig erfassen, dazu führen könnte, daß etwas Günstiges aus ihr herauskommt. Wir müssen nur zweierlei dabei vermeiden. Wir müssen die Einseitigkeit vermeiden. Welche Form sich die Arbeiterbewegung für die Vertretung ihrer berechtigten Interessen gibt, das wollen wir ihr überlassen. Es wird Aufgabe der Gewerkschaften sein, dafür zu sorgen, daß ihnen die Zügel nicht entgleiten (Sehr richtig!). Die Bewegung geht heute auch im einzelnen dahin, daß der Betrieb sich zusammenschließt und nicht, wie früher, die fachliche Gewerkschaft. Es muß ein Weg gefunden werden, bei dem sich der gewerkschaftliche Gedanke mit dem Gedanken der Betriebsräte vereinigen läßt, bei dem die Möglichkeit der Mitwirkung der Gewerkschaftssekretäre auch bei der Schaffung von Betriebsräten gegeben ist, denn ich würde sehr viel befürchten, wenn anstelle der gewerkschaftlichen Organisation diese reine Organisation der Betriebsräte mit Auflösung der Gewerkschaften träte.[199] Wir müssen uns dagegen wehren, daß das berechtigte Bestreben der Arbeiter, der Beamten, der Angestellten und vieler anderer nach einer Zusammenfassung ihres Berufs, um sich im neuen Deutschland zusammenzufinden zu einer Vertretung ihrer berechtigten Interessen, auf das einseitige Gleis des Klassenkampfes geschoben wird anstatt auf das Gleis der wirtschaftlichen Verständigung. Das ist der Kampf zwischen dem zentralen Arbeiterratsgedanken auf der einen Seite, der Arbeitsgemeinschaft auf der anderen Seite. Mir scheint, die Entwicklung auf dem Boden dieses Gedankens der Betriebsräte, der Zusammenfassung in dieser oder jener Form, in der Form von Arbeitskammern[200], die sich aus ihnen zusammensetzen, in

[199] Auf seiten der Gewerkschaften setzte sich erst nach langwierigen Debatten die Auffassung durch, die betrieblichen Arbeiterräte in die Gewerkschaft einzugliedern und sie nicht als Konkurrenzorgane zu sehen, siehe v. Oertzen, S. 154ff.; Potthoff, S. 141ff.; Schneider, Gewerkschaften, S. 504f.; zur Haltung des RdI siehe Richard Crusius u.a. (Hg.), Die Betriebsräte in der Weimarer Republik, Bd. 1, Berlin 1978, S. 247ff.

[200] Der Zweite Rätekongreß, der vom 8.–14.4.1919 in Berlin tagte, nahm mit der Mehrheit der Delegierten einen von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag an, der neben das Parlament eine gleichberechtigte berufsständische »Kammer der Arbeit« setzen wollte; zu diesem Modell, das vor allem von Max Cohen-Reuß und Julius Kaliski entwickelt wurde, siehe v. Oertzen, S. 200ff.; zu dem davon abweichenden Vorschlag Hugo Sinzheimers, der dem Regierungsentwurf eines Räteartikels (34a) folgte (Text des Entwurfs und der Begründung: BAK R 43 I/1943) und den Reichswirtschaftsrat nicht dem Parlament gleichordnen wollte, sondern ihm nur das Recht der Gesetzesinitiative und der gutachterlichen Tätigkeit zubilligte, siehe Klaus Albrecht, Hugo Sinzheimer in der Weimarer Nationalversammlung, Diss. iur. Frank-

der Form einer Zentrale, die sich darüber bildet, würde nichts anderes sein, wenn wir es richtig führen, als das, was auch denen vorgeschwebt hat, die die Arbeitsgemeinschaft zwischen Industrie und Gewerkschaften schufen: ein großes soziales Parlament, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus Landwirtschaft, Handel, Industrie zusammen tagen über ihre Lebensbedürfnisse (Sehr richtig!). Sie müssen sich einigen über das, was in einem Stande sozialpolitisch durchführbar ist. Gibt der Unternehmer den Achtstundentag, so muß er sagen: So, mein Freund, nun hilf mir auch, die Wirtschaftspolitik durchzuführen, die mir gestattet, diese Konzessionen zu machen. Wenn das in diesem Parlament geschehen ist, dann wird mit dem alten sozialistischen Dogma des Freihandels keiner einen Hund vom Ofen weglocken, dann wird man sich gern verständigen und an der Hand der wirtschaftlichen Bedürfnisse über die jeweilige handelspolitische Lage vereinigen und verständigen können, und einem solchen Parlament würde man auch keine Bedenken tragen, das Recht zu geben, Gesetzesvorlagen an die Regierung heranzubringen und Gesetzesvorlagen, die die Regierung bringt, vorher gutachtlich zu beraten, denn die Gefahr, daß dieses Parlament übermächtig würde, ist dann nicht gegeben, wenn beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich da zusammenfinden, und mich dünkt, daß man die Gedanken dieser Zusammenfassung von Räten auf dieses Gleis bringen sollte, daß man dafür sorgen sollte, daß er dahin ausmündet, anstatt daß man von vornherein so schmählich kapituliert, wie Herr Scheidemann vor diesen Dingen kapituliert hat, daß man vielmehr sucht, diesen Weg von vornherein richtig zu zeichnen.

Ich habe die Empfindung, daß wir auch etwas anderes tun müssen, daß wir anregend sein müssen. Wir müssen Führer sein, um auch geistige Räte zu bilden, ins Leben zu rufen (Sehr richtig!). Führen Sie die geistigen Führer des Volkes – ob Sie das Rätesystem nennen oder anders – auch zusammen. Warum sollen wir das den Kaffeehausliteraten überlassen, daß diese Elemente aus den Kaffeehäusern in Berlin oder dem Kaffeehaus Luitpold in München immer geistige Räte der Arbeit bilden. Liegt denn nicht hier noch das alte nationale Gold in den Herzen verschüttet? Warum rufen wir es nicht heraus? Wir rufen doch nach Entwicklung in unserem Kulturleben und sagen: Was ist aus den deutschen Bühnen geworden, was ist aus der deutschen Literatur geworden? Wieviel Undeutsches, wieviel Fremdes trat uns da entgegen! Fragen wir uns: Ist das nicht unsere Schuld? (Sehr wahr!). Haben denn diejenigen, die bei uns die großen, vermögenden Leute waren, die Millionen für die Theater gegeben? Hätten sie die Millionen gegeben, die die anderen gegeben haben, dann hätten wir eine deutsche Kultur (Lebhafter, anhaltender Beifall). Wenn man bei ihnen angeklopft und Verständnis gefunden hätte, wenn man nicht in der Zeit des wirtschaftlichen Aufbaus Deutschlands unsere geistigen Kräfte so vernachlässigt hätte, wenn unsere rechtsstehende Presse – ich spreche auch von unserer – auch rein äußerlich uns das geboten hätte an einer guten Stilistik und einer guten Literatur, was die anderen geboten haben, die früh erkannten, daß der Mensch nicht nur für Sensationsneuigkeiten Interesse hat, sondern drinbleiben will in den großen geistigen Kräften der Welt, dann hätte das »Berliner Tageblatt« nicht die Bedeutung bekommen, dann hätten wir eine andere national führende Presse gehabt.

---

furt/M. 1970, S. 23 ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 203 ff. Zum geplanten Reichswirtschaftsrat siehe auch Dok. Nr. 9, Anm. 15.

Treten wir doch an die Spitze dieser geistigen Räte und warten nicht, bis es dahin kommt, daß wir nur dagegen opponieren, daß sich andere Leute die Führung angemaßt haben. Dann sind wir auch in der Lage, den Ausgleich zu suchen, der auch in der Arbeitsgemeinschaft, der auch im sozialen Parlament gesucht werden muß zwischen Kopf- und Geistesarbeit. Es kann nur ein Ausgleich sein, nicht ein Herrschen des einen über das andere, aber auch nicht eine mechanische Gleichmacherei, die das Beste verwischt, was wir haben. Diejenige Gliederung, die heute besteht, die mit gewissen Modifikationen beibehalten werden kann, die ja nur ausmündet in einem größeren Rechte der einzelnen auf Mitwirkung im Betriebe, wobei ich gegen den Satz, daß diese Räte bei Hebung der Produktionsfähigkeit auch gehört werden sollen und einen gewissen Einfluß auf die Geschäfte haben sollen, keine Bedenken habe, wenn das eine festgestellt wird, daß die Entscheidung und die Leitung in den Händen derjenigen sind, die die Leiter sind. Aber den einzelnen für das Unternehmen zu interessieren, ihm vor Augen zu führen, mit welchen Schwierigkeiten der Unternehmer zu kämpfen hat, ihn sich freuen zu lassen an der Entwicklung des Unternehmens, das, glaube ich, ist ein Weg, den man gehen kann, wenn man die Begehrlichkeit des einzelnen, sein vermeintliches Recht, als Individuum daran teilzunehmen, dadurch von vornherein ausgleicht, daß man das Reich als Mitgenießer dieser Unternehmung einsetzt, und das ist ja schließlich nur eine andere Form der Steuer, die wir ja geben müssen. Sie erfaßt aber den Gewinn an der Quelle, und sie schaltet unendlich vieles aus, was heute soziale Verhetzung in sich birgt.

Dann erbitte ich Ihr Interesse noch für zwei Fragen. Ich höre zu meiner Freude, daß ein Antrag vorliegt, der die Volkspartei bittet, sich auf den Boden der Anregungen des Bundes der deutschen Bodenreformer zu stellen (Beifall). Ich stelle anheim, ob Sie den Wortlaut annehmen wollen. Aber der Grundgedanke – das habe ich auch in meiner Verfassungsrede ausgeführt[201] – ist ein ganz richtiger, gesunder und vernünftiger (Sehr richtig!). Der größte Mann in diesem Weltkrieg als Organisator und Politiker ist der englische Staatsminister Lloyd George.[202] Bei ihm bewundere ich immer wieder das eine, daß er es verstanden hat, wie der alte Bismarck, die Imponderabilien der Volksseele zu begreifen. Als der Geist des englischen Heeres im Kampfe gegen Deutschland zu wanken begann, da hat er dem englischen Heere das eine versprochen: Ich werde eine Politik in England durchführen, die euch, den heimkehrenden Kriegern eine Siedlungsstätte in England gewährleistet, und das haben die Menschen in einer Weise seelisch aufgenommen, daß das hundert Mal mehr war als alle Plakate und Aufklärungsvorträge (Hört, hört!). Wenn wir uns zu dem Gedanken durchge-

[201] Stresemann hatte sich bei der ersten Lesung der Reichsverfassung für eine Berücksichtigung der Eingabe des »Bundes der deutschen Bodenreformer« (Text: Jahrbuch der Bodenreform 15 (1919), S. 191 f.) ausgesprochen, siehe VNV, Bd. 326, S. 496. Hauptziel des Bundes, dessen Vorsitzender, Adolf Damaschke, sich im Herbst 1919 um eine Kandidatur für das Reichspräsidentenamt bemühte (siehe Dok. Nr. 12, Anm. 3), war eine Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Arbeiter, der Landbevölkerung und der städtischen Mittelschichten, wobei besonders eine gesetzliche Regelung angestrebt wurde, auf deren Grundlage der Staat durch Besteuerungsmaßnahmen und Enteignungsbefugnisse die Eigentumsrechte der Grundbesitzer einschränken konnte.

[202] David Lloyd George (1863–1945), Jurist. 1899–1944 Mtgl. des Unterhauses (Liberale). 1908–1915 Schatzkanzler, Dez. 1916–Okt. 1922 Premierminister. Führer der Liberalen bis zur Parteispaltung 1931.

rungen hätten, wenn das nicht bei uns erstickt wäre in der Bürokratie, wenn man nicht gesagt hätte, das muß erst in allen Einzelheiten durchgearbeitet werden – ich glaube, wir hätten manches bei uns auch sozialistischer Agitation entgegensetzen können (Sehr wahr!). Wir müssen den Grund und Boden von der Spekulation ausschließen (Lebhafter Beifall). Derjenige, der produktive Werte schafft, wird dadurch nicht betroffen, ihm kann es nur lieb sein, wenn sein eigener Grund und Boden, der ihm ja nur Mittel zum Zweck ist, vor der Spekulation gesichert ist.[203]

Das, was mich immer am tiefsten in dem alten Staate sozial erregt hat, ist, daß man den Grund und Boden zum Handelsobjekt für Spekulanten gemacht hat. Diejenigen Leute, die Grund und Boden kaufen, um ihn bei günstiger Konjunktur mit großem Gewinn zu verkaufen, versündigen sich an der Allgemeinheit. Sie sind so lange frei, als der Staat nicht dagegen einschreitet. Wir müssen auch bei dem ganzen Siedlungsgesetz für das eine sorgen, daß das Recht auf Zuweisung von Grund und Boden nur derjenige hat, der gewillt ist, den Grund und Boden auch selbst zu bearbeiten. Er darf unter keinen Umständen Objekt der Niederlassung für solche werden, die lediglich die größere Bequemlichkeit auch der Ernährung gegenüber der Großstadt suchen, oder für solche, die da glauben, daß es ein gut angelegtes Kapital für künftige Zeiten sei. Der Grundgedanke der Bodenreformer, daß Grund und Boden dem Volke gehört, der Grundgedanke, daß der Staat hier wirtschaften soll, um Raum und Heimstätten zu schaffen für Millionen, ist der antisozialistischste Gedanke, der jemals dem Hirn eines Menschen entstammt ist, so sehr er sozial in seiner Bedeutung ist (Sehr wahr!). Geben Sie dem einzelnen, der landhungrig ist, geben Sie dem Mann, der heute als Proletarier noch in einzelnen Städten sich aufhetzen läßt vom Bolschewismus, für die nächsten Jahre ein noch so kleines Heim, in dem er berechtigt sitzen kann, das ihm gehört und einmal ausfüllt, das unveräußerlich ist, und Sie werden den Mann sich gegen die Sozialdemokratie erheben sehen. Sie werden alles das, was uns verloren gegangen ist an alten Idealen im Deutschen, den alten, guten Grundgedanken der Liebe zur Scholle, der Besinnlichkeit des Menschen anstatt der Hast und Unruhe wieder emporwachsen sehen. Deshalb sollten Sie den Mut haben, auf diesem Gebiete führend voranzugehen (Stürmischer Beifall), damit unserem deutschen Arbeitertum, unserer Beamtenschaft, allen, die es gut um das Volk meinen, das eine zu sagen: Nicht um wirtschaftlicher Vorteile willen – wer da glaubt, in der Stadt mehr zu verdienen, möge dort bleiben, wer für das Kino mehr schwärmt als für das Land, kann ja in der Großstadt leben –, sondern der inneren Gesundung, der sozialen Gerechtigkeit wegen stellen wir das als Hauptaufgabe für die Zukunft. Lassen Sie das nicht Propaganda des Herrn Spartakus sein, daß der Sozialdemokrat sich allmählich durchringt dazu, daß heute die wichtigste Aufgabe Deutschlands ist: zurück aufs Land unter solchen Bedingungen, die dort nicht ein Landproletariat schaffen, sondern die uns einen Menschen[204] schaffen, dann hoffe ich das eine, daß auch einmal eine Zeit kommen wird, in der, wenn ich zurückkommen darf auf meine ersten Worte, der Entwicklungs- und Zersetzungsprozeß der Sozialdemokratie nicht zu führen braucht zu einer Umwandlung der Heimstätte bei der Sozialdemokratie zur Heimstätte bei der Demokratie, denn ich habe noch immer das Gefühl, daß der den-

[203] An dieser Stelle Randbemerkung des Stenographen: »Nicht deutlich verstanden, da der Herr Redner die Stimme sinken ließ«.

[204] Es folgt Leerstelle im Text mit handschriftlicher Randbemerkung: »nicht verstanden«.

kende Arbeiter Verständnis hat für den Grundgedanken des Wirtschaftsfriedens statt des Klassenkampfes gerade in der Gegenwart, die ja vieles hinweggeräumt hat, was früher an Bestimmungen gewesen ist, und wenn sich das zusammenstellt mit einem großen positiven Programm, daß dann bei dem Arbeiter weit mehr Verständnis für uns sein würde als für diejenige Demokratie, die doch in allen wirtschaftlichen Dingen endlos hin- und herschwankt, die nicht den Sinn hat für das produktiv Schaffende, sondern mehr für das mobil Bewegliche, und die deshalb dem Arbeiter gar nicht das geben könnte, was wir ihm geben können, wenn er in diese Ideen durch Erziehung eintritt.

Lassen Sie mich diese Fragen herausgreifen aus dem, was uns in der Gegenwart beschäftigt. Was uns programmatisch scheidet[205], darauf hat ja Herr Dr. [Name fehlt] in seinem Aufsatz über Vorschläge zum Parteiprogramm für die Deutsche Volkspartei hingewiesen. Das hat ja in vorbildlicher Weise auch die »Kölnische Zeitung« in der Zeit des Wahlkampfes zum Ausdruck gebracht.

Ich brauche hier viel Gesagtes nicht zu wiederholen. Liberalismus und Demokratie sind Gegensätze, und gegen die mechanische Demokratisierung unseres Lebens haben wir uns gerade gegenwärtig auf das entschiedenste zu wehren. Ich wiederhole immer wieder – ich komme noch einmal auf meinen Ausgangspunkt zurück –: Ich bitte Sie, nicht gleich Angst zu haben, wenn Sie bei unseren Reden lesen: »Beifall rechts«, oder wenn Sie lesen, daß wir auf einem Gebiete dem entsprechen, was Deutschnationale fordern. Denn was ist denn die Aufgabe des Liberalismus? Es ist Wahrung der Freiheit der Persönlichkeit gegen Unterdrückung. Solange wir als Persönlichkeit vom Staat unterdrückt waren und solange dieser Staat konservativen Charakter hatte, solange er uns in der Zusammensetzung seines Beamtentums und in anderen Dingen nicht zur Entfaltung der Persönlichkeit kommen ließ, solange war der Kampf gegen ihn zu führen, solange war er in diesem Sinne gegen rechts zu führen. In der Gegenwart handelt es sich nicht um diese Frage; in der Gegenwart handelt es sich darum, das Recht und die Wahrung der Persönlichkeit zu verteidigen gegen mechanische Demokratisierung und gegen Bolschewismus (Beifall), und da muß denn das Gewehr nach der andern Seite genommen werden. So handeln wir genauso unbedingt liberal, wenn wir uns wehren gegen Terrorismus von unten, wie wir uns früher gewehrt haben gegen den Terrorismus von oben (Sehr wahr!).

Ich habe die feste Überzeugung, daß wir mit sehr guten Aussichten in die Zukunft hineingehen können. Das zeigt uns einmal das lebendige Leben der Partei, das zeigen die großen Mengen, die uns zufluten, und das zeigt die Angst großer Parteien vor den Neuwahlen, die etwa bevorstehen (Sehr wahr!), zu denen sie sich nur schwer entschließen, weil bei der Sozialdemokratie nun einmal das Dogma siegt über ihre praktischen Empfindungen. Was sich heute Regierungsmehrheit nennt, ist ja längst am Bersten. Das parlamentarische System ist ja eigentlich heruntergewirtschaftet zu einer Groteske, wenn man liest, daß Zentrum und Demokratie Reden gegen die eigene Regierung halten, wie wir es letzten Endes in der Rede von Pfeiffer[206] und auch

[205] Gemeint: von der DDP.

[206] Maximilian Pfeiffer (1875–1926), Dr. phil., Bibliothekar. 1907–1924 MdR (Zentrum). 1918–1920 Generalsekretär der Partei, 1922–1926 Gesandter in Wien.

in der Rede von Payer[207] gehört haben[208] (Sehr richtig!), die die Stützen der Regierung sein sollten und die schärfere Reden halten, als wir sie vielleicht gehalten haben. Es drängt alles nach neuen Gestaltungen. Sorgen Sie dafür, daß die Zeit des Wiederaufbaues unseres Landes eine Deutsche Volkspartei findet, die bereit ist, in diesem Augenblick in die Bresche zu treten, um für das deutsche Bürgertum im weitesten Sinne des Wortes, im Sinne des alten liberalen, aber auch im Sinne des unveräußerlichen nationalen Ideals, zur rechten Zeit einspringen und wirken zu können (Lebhafter, langanhaltender Beifall).[209]

[Stresemann]: Wir treten nunmehr in die Besprechung ein. Für diese Besprechung wollen wir uns geschäftsordnungsmäßig über zwei Grundsätze einigen. Einmal scheint es mir wünschenswert, daß alle, die sprechen wollen, sich sofort melden. Vielleicht lassen wir eine kleine Pause eintreten. Vielleicht können wir dann die Zahl der Redner übersehen. Es wird ja der Wunsch sein, daß möglichst viele dazu sprechen. Ad 2 stelle ich anheim, ob Sie wünschen, daß eine allgemeine Besprechung stattfinden soll oder daß eine Teilung nach Materie eintreten soll. (Zuruf: Erst Pause!). Wünschen Sie eine Pause? (Wird bejaht). Wünschen Sie eine allgemeine Besprechung oder eine Besprechung nach Materien? (Zuruf: Allgemeine!). Ich lasse eine Pause von 8–10 Minuten eintreten (Pause). [Stresemann]: Wir treten in die Besprechung ein. Es haben sich 32 Redner gemeldet. Ich stelle anheim, ob aus der Versammlung heraus Kontigentierung der Redezeit oder freie Redezeit gewünscht wird. Professor Dr. Dieckmann (Osnabrück): Ich beantrage, die Redezeit auf höchstens zehn Minuten zu beschränken (Rufe: Fünf Minuten!). Abgeordneter Garnich: Bei zehn Minuten wären das 320 Minuten, also mehr als fünf Stunden. Wir müssen spätestens um ½8 Uhr den Saal geräumt haben (Rufe: Fünf Minuten!). Vorsitzender [Stresemann]: Also fünf Minuten (Zustimmung).

Oberpfarrer Schowalter (Wittenberge): Meine Damen und Herren, diejenigen, die wie ich aus einer anderen als der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei gekommen sind, haben es zum wesentlichen getan im Vertrauen auf eine Persönlichkeit wie die von Dr. Stresemann, nicht nur um einzelner Forderungen willen, die er gestellt hat bezüglich der Parlamentarisierung, bezüglich der Reform des auswärtigen Dienstes, bezüglich der Reform des Wahlrechts, und zwar in einer Weise, die seiner Partei zunächst Schaden zu bringen drohte, sondern vor allem im Vertrauen auf den Geist, den seine politische Tätigkeit atmet, und ich konstatiere heute mit

[207] Friedrich von Payer (1847–1931), Rechtsanwalt und Notar in Stuttgart. 1880–1887, 1890–1917, 1919–1920 MdR (Süddeutsche Volkspartei/FVP/DDP), 1884–1912 Mtgl. der II. württembergischen Kammer, Nov.1917–Nov. 1918 Vizekanzler, Febr.–Juni 1919, Okt. 1919–Juni 1920 Vors. der DDP-Fraktion in der Nationalversammlung, 1925–1930 Ehrenvors. der DDP.

[208] Anläßlich einer Aussprache über die innere Politik am 10.4.1919 hatte sich Pfeiffer in der Nationalversammlung gegen eine Ausgestaltung des Rätesystems als »einseitige Umgestaltung und Klassenherrschaft oder zur Vorherrschaft irgendeines Erwerbsstandes über den anderen« ausgesprochen. Payer hatte herausgestellt, daß »die vorliegenden Erfahrungen der ersten zwei Revolutionsmonate doch manche Bedenken« in der Stellung der DDP zur Regierung hervorgerufen hätten und die SPD in der Frage der Arbeiterräte vor »jedem Versuch« gewarnt, »die berechtigte Mitarbeit der Arbeiter am wirtschaftlichen Leben auszubeuten zu dem Gedanken der politischen Vorherrschaft der Arbeiterklasse«, siehe VNV, Bd. 327, S. 923 (Pfeiffer), S. 948 (Payer).

[209] Hier Ende des Inserts, siehe Anm. 141.

Freuden, daß wir uns darin nicht getäuscht haben. Ich möchte demgegenüber gerade vor allem betonen, daß im Wahlkampf immer noch sehr stark der Vorwurf hervorgetreten ist, daß die Bildung unserer Partei auf persönlichen Gründen beruhe, und es hat selbst Herr Dr. Friedberg bei seiner Rede in Wittenberge noch unmittelbar vor dem zweiten Wahlkampfe[210] mit sehr eindringlichen Gründen dargelegt, daß nur eine persönliche Rücksichtnahme auf Herrn Dr. Stresemann die Bildung der Partei veranlaßt hätte, und darum finde ich es besonders notwendig, daß das, was heute hier gesagt worden ist, hinausgeht (Zustimmung) und in alle Kreise eindringt und klar dargelegt wird (Sehr richtig!). Ich bin aus der Christlich-Sozialen Partei[211] gekommen, und ich möchte darum gegenüber dem, was Herr Dr. Stresemann bezüglich der Gruppierung der Deutschnationalen Volkspartei gesagt hat, das hier eigens konstatieren. Er sagte, von den drei Gruppen, aus denen die Deutschnationale Volkspartei sich zusammensetze, sei die eine die Christlich-Soziale Partei. Das möchte ich hier extra korrigieren. Wir haben heute bereits im Zentralvorstand eine andere Persönlichkeit, das ist der Arbeitersekretär Gütte, der in verschiedenen Wahlkämpfen als Kandidat den Nationalliberalen gegenüber gestanden hat, wie ich auch, und es ist so am besten zu konstatieren, daß ein Teil dieser Partei, die ihre alten christlich-sozialen Ideen auch hier in diesem Rahmen zu verwirklichen hofft, dieser Partei angehört.

Vor allem möchten wir da einen Gedanken herausheben, und das ist der, daß die nationalliberale Partei, wenn sie eine Zukunft haben will, auch zugleich die sozialistische Partei sein muß (Sehr wahr!), und ich möchte bitten, daß die sozialen Gedanken, wie sie heute in der Rede von Herrn Dr. Stresemann zum Ausdruck gekommen sind, auch in klaren Schlagworten zusammengefaßt werden. Ich habe nämlich während der Wahlbewegung oft konstatieren dürfen, daß ein Gedanke in den Vordergrund geschoben worden ist, das ist der, daß die Deutsche Volkspartei die schärfste Gegnerin der Sozialisierung sei. Eine unglückliche Formulierung. Wir müssen statt des Negativen das Positive betonen (Sehr gut!). Wenn wir die Strömung der Zeit in eine Richtung lenken, die national bleibt, die sozial heilsam ist und die sich mit dem Namen der Partei verbinden läßt, wenn wir statt dessen sagen, daß wir die Sozialisierung des Ertrages auf Arbeit haben wollen, dann haben wir ein fruchtbares Schlagwort dafür (Sehr wahr!). Wenn wir zweitens gegenüber all der Tätigkeit und den Plänen der Räte konstatieren, daß wir den Gedanken des konstitutionellen Fabrikbetriebes[212] aufnehmen, dann haben wir ein zweites Schlagwort. Ich habe schon vor 15, 18 Jahren diese beiden Dinge ausführlich dargelegt und damals leider,

[210] Gemeint: der Wahlkampf zur preußischen Landesversammlung, deren Wahl am 26.1.1919 stattfand; die DVP erreichte hier 21 Mandate.

[211] Die Christlich-Soziale Partei, 1878 von Hofprediger Adolf Stöcker mit antisozialdemokratischer und antisemitischer Stoßrichtung gegründet, löste sich 1918 auf, wobei sich die meisten Mitglieder an die DNVP anschlossen; siehe dazu Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 440–452; Robert Hoffmann, Geschichte der deutschen Parteien von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993, S. 86f.

[212] Der Gedanke der »konstitutionellen Fabrik«, seit 1880 vor allem seitens des Vereins für Sozialpolitik und der christlichen Gewerkschaften propagiert, zielte im Kern auf die Entwicklung eines auf dem Mitgestaltungsrecht der Arbeitnehmer beruhenden Systems der sozialstaatlichen Betriebsverfassung durch die Bildung von »Arbeiterausschüssen«, die im Arbeiterschutzgesetz vom 1.6.1891 und in den Novellen zum preußischen Berggesetz vom 24.6.1892 und 14.7.1905 ansatzweise verwirklicht wurden; siehe dazu und zur Haltung der NLP Hans Jürgen Teuteberg, Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland, Berlin 1961, S. 376ff.

wie ich sagen muß, gerade in nationalliberalen Kreisen die größte Opposition gefunden. Umso mehr müssen wir nun diesen Gedanken in den Vordergrund stellen und nicht negativ abwehrend immer sagen: Das wollen wir nicht, sondern müssen gegenüber den sozialen Zeitströmungen positiv sagen, was wir wollen (Sehr richtig!). Auf diese Weise nur können wir Führer werden, und das muß unsere Aufgabe sein, nicht, daß wir hinten nachhinken mit allen sozialen Forderungen, sondern daß wir neugestaltend, führend im politischen Leben hervortreten. Wir werden dabei nicht allzuviel Vertrauen finden, aber wir müssen eben damit kommen. Man hat auch früher nicht viel Vertrauen gefunden, selbst wenn ich vor 15 oder 18 Jahren diesen Gedanken aussprach, habe ich damit doch keinen sozialdemokratischen Arbeiter zum nationalen Gedanken bekehrt.

Wir haben aber noch viel größere Hoffnungen, und die knüpfen sich an den Zusammenbruch der sozialistischen Hoffnungen. Gerade weil die Sozialdemokratie heute bekennen muß, daß sie sich in ihren Plänen getäuscht hat, und weil die Sozialdemokratie an dieser Täuschung in zwei Teile zerbrechen muß, haben wir die Hoffnung, daß, wenn wir nur mit aller Energie diesen sozialen Gedanken aufnehmen, wir nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Theorie einen besseren Resonanzboden im deutschen Volke haben, als das vorher der Fall war.

Aber vor allem müssen wir uns hüten, daß wir, wie wir uns in der Vergangenheit so oft auch zum Grundsatz machten, den Gedanken propagieren: Wir treiben Nützlichkeitspolitik, wir treiben praktische Politik. Man hat dieses Wort mit einem gewissen Seitenblick auf verschrobene Ideen gebraucht: Ideale Politik wird uns niemals zu einem Erfolge verhelfen. Für die Masse des Volkes ist die Politik immer eine Art Religion, und wenn sie das nicht ist in unserem Programm, wenn nicht diese Ideen, wie sie eben Dr. Stresemann vorgetragen hat, leuchtend unserer Arbeit vorangehen, dann werden wir nicht erreichen, was wir erhoffen. Ich wünsche von Herzen, daß wir in der Weise zu einem großen Erfolge kommen (Beifall).

Oberpostsekretär Morath (Berlin-Karlshorst): Meine Herren, ich habe auf Parteitagen nur selten Ihre Zeit für die Frage in Anspruch genommen, die mir natürlich am meisten am Herzen liegt, für die Beamtenfrage, die ich als mittlerer Beamter vielleicht am ehesten beherrsche. Wenn ich das hier tue, so geschieht es nicht in dem Sinne der Aufrollung von wirtschaftlichen Fragen, wie es früher meist der Fall war. Die Beamtenfrage ist heute eine politische Frage von äußerster Bedeutung.[213] Es ist eine Frage für das ganze deutsche Volk, eine Frage vor allen Dingen, von deren Lösung auch die künftige Gestaltung unseres Wiederaufbaues sehr wesentlich abhängen wird. Sie wird davon abhängen, ob wir den alten Beamtenkörper weiter behalten oder nicht. Um die Bedeutung der Frage recht hervorzuheben, genügt es ja, Sie darauf hinzuweisen, daß keine Republik und keine Demokratie auch nur annähernd eine solche Beamtenschaft hat, wie Deutschland sie bisher gehabt hat. Naumann,

[213] Nach der Novemberrevolution war die Unsicherheit in weiten Kreisen der Beamtenschaft sehr hoch, siehe Hans Fenske, Bürokratie in Deutschland, Berlin 1985, S. 26ff.; Tibor Süle, Bürokratietradition. Zur Entwicklung von Verwaltung und Beamtenschaft in Deutschland 1871–1918, Göttingen 1988, S. 205ff.; Runge, S. 100ff.

der heute öfter zitiert worden ist, der so reich an Schlagworten ist, hat doch nicht ganz unrecht, wenn er kürzlich in einem lesenswerten Artikel ausführte, daß die Beamtenfrage zu den allerschwierigsten Problemen der jungen Republik gehört und daß ihr Bestand wesentlich davon abhängen wird, ob man diese Frage richtig lösen kann oder nicht.

Vor dem 9. November hat die Öffentlichkeit sich wenig um Beamtendinge gekümmert, vielleicht zu wenig. Vielleicht war das auch eine Schuld innerhalb unserer Partei. Die Beamtenfragen waren wesentlich wirtschaftliche Fragen, unter diesem Gesichtspunkt wurden sie behandelt. Dann kam der 9. November, und es rückten plötzlich die Beamtenfragen in den Vordergrund. Die ganze Öffentlichkeit beschäftigte sich mit der Seltsamkeit, daß die Beamtenschaft ihren Dienst ruhig weiter tut, sich den neuen republikanischen Gewalten genau so zur Verfügung stellte wie früher, und die Sozialdemokratie selbst war vielleicht am meisten davon überrascht, meinte sie doch gerade in der Beamtenschaft, in den kaiserlichen und königlichen Beamten usw. die Quelle der Gegenrevolution zu sehen.

Wenn man dafür die Erklärung gefunden hat, die Beamten hätten, um das Odium zu vermeiden, weiter gearbeitet, so ist das nur mit einer Einschränkung richtig. Freilich ist es auch unrichtig, wenn von sozialistischer und demokratischer Seite aus behauptet wird: Nein, die Beamten wären ja mit dem alten System so unzufrieden, daß sie die Gelegenheit zum Sturz benutzten und nun positiv dadurch mitarbeiteten, daß sie ihren Dienst weitertäten. Ich glaube, das ist ebenso falsch. Die Beamten in ihrer großen Zahl – ich denke da im wesentlichen an die mittleren und unteren Beamten – haben weiter gearbeitet, weil sie für einen Streik nicht organisiert waren, aber auch aus einer gewissen Gleichgültigkeit gegen das alte System. Das muß festgestellt werden, sonst gäbe es keine Erklärung dafür, daß so schnell nach dem 9. November große, große Gruppen der Beamtenschaft zur Sozialdemokratie abgeschwenkt sind, freilich auch infolge des starken Werbens der Sozialdemokratie. Es gibt doch zu denken, wenn vor einigen Tagen, als ich mir Mühe gab, für unseren Beamtenausschuß der Deutschen Volkspartei einen Vertreter der unteren Postbeamtenschaft heran zu bekommen, mir die betreffende Organisation nach zwei Wochen vergeblichen Suchens schrieb: Wir haben keinen gefunden; unsere Leute sind Sozialdemokraten, Demokraten, sagte man mir am Telefon, aber Deutsche Volkspartei sind sie nicht. Das sind Dinge, die uns zu denken geben. Was führt die Sozialdemokratie dazu, die Beamten, denen sie das Koalitionsrecht und damit auch das Streikrecht gegeben hat, so zu umwerben? Sie will sie selbst als Streikinstrument benutzen. Sie will, daß die Beamten auf ihre Grundrechte, Pensionsrechte, verzichten, die reaktionären Beamten, die darauf nicht verzichten, sollen abgesetzt werden. Noch haben wir eine homogene Beamtenschaft im großen und ganzen. Es ist die Frage, ob wir sie in Zukunft haben werden.

Alle diese Dinge – ich kann das nur in Stichworten ausführen – müssen dazu führen, daß wir uns in der Partei um diese Fragen aufs äußerste bekümmern, daß wir die Beamten in allen Landesteilen heranzuziehen suchen, daß wir uns um die Fragen bemühen, die ihnen am Herzen liegen, daß wir sie durch Redner zu gewinnen suchen und sie selbst zu Rednern heranbilden und vor allen Dingen das eine, daß wir das unterstützen, was die Parteileitung zur Klärung dieser Frage einrichten will, zum Teil eingerichtet hat, den Beamtenausschuß der Partei. Der Beamtenausschuß der

Partei ist eine Einrichtung, die wir bereits seit 9 Jahren haben.[214] Wir waren die erste Partei, die einen solchen hatte. Die anderen haben uns das jetzt nachgemacht. In diesem Beamtenausschuß, der seine Stütze in Berlin haben soll, müssen aber alle anderen Ausschüsse, die in den einzelnen Bundesstaaten bestehen, ihre Spitze sehen. Alle Fragen, die die Beamtenschaft berühren, müssen dort behandelt werden. Das soll kein Kontrollorgan etwa sein für die betreffenden Spezialisten in den Fraktionen, wohl aber ein Sprachrohr für die Beamtenschaft. Sorgen Sie dafür, daß die Dinge geklärt werden, und wenden Sie sich in allen diesen Fragen an unsere Reichsgeschäftsstelle. Ich habe die Zuversicht, daß wir dann die tüchtige Arbeit leisten können, wenn die Bedeutung der Frage von allen Seiten anerkannt wird, und darum möchte ich Sie gebeten haben, ohne in diesen kurzen Ausführungen weiter darauf eingehen zu können (Beifall).

Geheimrat Dr. Backhaus (Berlin): Meine Damen und Herren, ich möchte an die vortrefflichen Ausführungen des Herrn Dr. Stresemann über die Bedeutung der Wirtschaftspolitik in der heutigen schweren Zeit anknüpfen und möchte namentlich Ihrer aller freundliches Interesse, soweit es nicht schon in höchstem Maße vorhanden ist, für die Vertretung der Landwirtschaft in der Deutschen Volkspartei bei den zukünftigen Maßnahmen erbitten. Ich möchte da bemerken, daß die Herren Abgeordneten sowohl in der deutschen als in der preußischen Nationalversammlung schon verschiedene wichtige Anmerkungen nach dieser Richtung hin gegeben haben.

Meine Damen und Herren, als vor 113 Jahren das alte Preußen Friedrichs des Großen gerade an dieser Stelle zusammenbrach[215], da war es nur die Urkraft unseres Bodens, an der man sich emporarbeitete. In der Not der Zeit kam damals die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung, die die Grundlage für den Aufschwung wurde, den damals unser Wirtschaftsleben genommen hat.[216] Heute ist die Not viel größer als damals. Aber auch heute ist es nach meiner festen Überzeugung als praktischer und theoretischer Landwirt noch möglich, sich wieder durch die Landwirtschaft emporzuarbeiten. Dazu sind allerdings große Reformen nötig, zu denen die Deutschnationale Volkspartei, die früheren Konservativen, obwohl sie sich immer als die wahren Vertreter der Landwirtschaft hinstellten, meiner Überzeugung nach nicht fähig sein werden. Es sind aber auch Reformen nötig, zu denen die Demokraten, die jetzt versuchen, den Bauer gegen den Großgrundbesitzer aufzuhetzen, ebenfalls nicht fähig sein werden, denn ihre Grundlagen und ihre Ansichten sind ganz verschiedene, und erst recht nicht die Sozialdemokraten, denn eine Sozialisierung der Landwirtschaft würde ja der vollständige Bankrott sein (Sehr richtig!).

Ich habe mir erlaubt, einen Antrag hier einzureichen und kurz die wichtigsten Gesichtspunkte darzulegen, die zur Vertretung der Landwirtschaft notwendig sind. Er wird ja vielleicht noch heute oder morgen Ihnen vorgelegt werden, und ich würde Ihnen dankbar sein, wenn gerade dieser Antrag als ein Programmpunkt der Deutschen Volkspartei hier akzeptiert werden könnte. Ich glaube, daß das eine Werbe-

[214] Siehe auch Dok. Nr. 6, S. 140f.

[215] In der Schlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806 brachte Napoleon Preußen eine vernichtende Niederlage bei.

[216] Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Stein-Hardenbergschen Reformen siehe Barbara Vogel, Allgemeine Gewerbefreiheit. Die Reformpolitik des preußischen Staatskanzlers Hardenberg 1810–1820, Göttingen 1983, S. 39–67, 165–188.

kraft besitzen würde, um uns auf dem Lande Tausende und Millionen von Bauern, von Gutsbesitzern, von Landarbeitern weiter zuzuführen, denn ich habe die Erfahrung gemacht, daß sie geradezu nach Anschluß an eine Partei suchen, die nun wirklich tatkräftig und sachkundig und auf liberaler Grundlage ihre Interessen auch in Zukunft vertritt. Ich bin überzeugt, daß die Partei durch diese vermehrte Vertretung der Landwirtschaft sich selbst nützen würde, und daß, wenn es gelingt, auch nur einen Teil dieser Gesichtspunkte in die Tat umzusetzen, damit auch unserem schwergeprüften Vaterlande der beste Dienst erwiesen würde (Beifall).

Frau Dr. Szagunn (Charlottenburg): Meine Damen und Herren, ich möchte die Aufmerksamkeit des Zentralvorstandes auf die Frauenforderungen richten. Ich habe in diesem Sinne einen Antrag der Frauenvertretung der Wahlkreise 4 [Potsdam 1–9] und 5 [Potsdam 10] Ihnen eingebracht. Ich habe mich überzeugt, daß die Mehrzahl der anwesenden Frauen diesem Antrage zustimmt. Er lautet: [Text des Antrags fehlt[217]].

Die Frauen, die den Antrag eingebracht haben, wünschen, daß der starke soziale Einschlag in der Partei vor allen Dingen auch durch die Frauen gebracht wird.

Herr Dr. Stresemann hat in seinen Ausführungen gesagt, daß es unsere Aufgabe sein wird, in Zukunft einen großen Teil der Wähler aus dem demokratischen Lager zu uns hinüberzuziehen. Das gilt zweifellos ganz besonders für die Frauen (Sehr richtig!). Augenblicklich ist ein großer Teil der berufstätigen und organisierten Frauen zu den Demokraten gegangen. Sie können namentlich bei der Propaganda in den weiblichen Berufstätigkeiten diese Frauen zu uns bekommen, aber nur dann, wenn Sie ihnen auch etwas zu bieten haben, wenn wir sagen, die Deutsche Volkspartei tritt für die Frauenforderungen ein. Aus diesem Grunde möchte ich bitten, daß der Vertretertag oder der Zentralvorstand eine unserem Antrag entsprechende Bestimmung in die Satzung oder in das Parteiprogramm aufnimmt (Beifall).

Dr. Wenderoth[218] (Dortmund): Meine Damen und Herren, wir haben alle mit großer Freude dem Gedankenaufbau zugehört, den der erste Herr Vorsitzende hier vor uns entwickelt hat; aber in diesem Gebäude vermisse ich eine tragende Säule, die unbedingt notwendig ist für jedes Parteiprogramm, das heute in der Öffentlichkeit erscheint, und das ist ein klares, einwandfreies Kulturprogramm. Wir haben nicht gehört, wie unser Verhältnis zu den christlichen Grundlagen unserer Kultur sein soll, und wir haben nichts davon gehört, wie sich die Partei die Ausbildung und Weiterbildung unseres Schulwesens denkt (Sehr richtig!), und doch meine ich: Wenn irgendwann, dann ist in diesen Tagen unserem Volke der Satz eindringlich geworden: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, denn die Ideen sind es doch, die uns allen den Nerv geben und die auch die Massen gegen uns treiben in dieser unglückseligen Zeit, und es ist ja immer hier betont worden: Das, was unserer Partei die Kraft verleihen soll auch in den Wirtschaftskämpfen, ist eben die Tatsache, daß wir eine Idee die unsere nennen und daß die Demokraten diese klare, aufbauende Idee nicht haben. Ich möchte also uns allen wünschen und den Rat geben, doch darin eine dringende

[217] Hier handschriftliche Randbemerkung: »Einzuschalten«. Der Text des Antrags ist nicht zu ermitteln.

[218] Oskar Wenderoth (1875–1953), Dr. phil., Gymnasiallehrer. Anfang 1919 und wieder 1932 Vors. des Wahlkreisverbandes Westfalen-Süd.

Aufgabe zu erblicken und ein klares einwandfreies Kulturprogramm zu schaffen. Wir haben es in der praktischen politischen Arbeit der Wahlkämpfe schon aufs schmerzlichste vermißt, daß uns die Leitgedanken in dieser Beziehung fehlten (Sehr richtig!). Jeder mußte auf eigene Faust arbeiten und wußte nichts vom anderen. Das ist ein unhaltbarer Zustand für eine große, zukunftssichere Partei (Sehr richtig!), und es ist schon hier betont worden, namentlich von dem ersten Herrn Diskussionsredner, daß wir eben die Kraft des Gedankens in unserer Partei stärken sollen, und ich meine, wir sollten auch an dieses Werk herantreten einesteils eingedenk dessen, was uns gesagt worden ist: die Erhaltung des wertvollen Alten, das uns überkommen ist, andererseits aber auch eingedenk unserer Parteivergangenheit. Wir sind eine liberale Partei, nur liberale Gedanken sollen wieder in den Vordergrund gestellt werden; also, da gibt es natürliche Grenzen, die uns auch eine klare und deutliche Stellungnahme gegenüber der Gruppe erlauben werden, die noch weiter rechts von uns steht. Ich sollte meinen, es müßte auch möglich sein, dieses Programm nach der sozialen Richtung hin einwandfrei zu gestalten.

Heute ist ja der Schlachtruf der Lehrer und bei all denen, die mit der Erziehung etwas zu tun haben, die Einheitsschule[219] (Na, na!). Das ist zunächst ein sozialer Gedanke, und der wird von den anderen Parteien in allererster Linie propagiert, und viele sind mit dem Köder gefangen worden und sind aus unseren Reihen geschieden, weil sie glauben, dort die Zukunft zu sehen. Ich glaube, wir können auch bis zu einem gewissen Grade dem sozialen Gedanken eine Konzession machen und müssen es sogar. Auf der anderen Seite aber ist doch gerade der Schlachtruf: Freie Bahn dem Tüchtigen, kein sozialer Gedanke und kein demokratischer Gedanke, sondern eine alte liberale Forderung (Sehr richtig!), und wenn wir das in der richtigen Weise miteinander verbinden – die Zeit ist zu kurz, ich will hier nicht ausführen, wie man sich das denken könnte –, diesen sozialen Grundsatz und diesen alten liberalen Grundsatz, dann sollte ich denken, es wäre für uns möglich, einen Aufbau festzustellen und darauf festzulegen, der allen billigen Ansprüchen Rechnung trägt und der es uns ermöglicht, ein Qualitätsvolk zu bleiben und der Verwüstung unseres Schulwesens, wie sie jetzt in Aussicht steht, Halt zu gebieten. Wir müssen dieser Verwüstung unseres gesamten Bildungswesens unter allen Umständen entgegentreten, das sind wir der Schichtung unserer Wählermassen schuldig, unserem nationalen Gewissen und der ganzen Zeit. Wollen wir das differenzierte Qualitätsvolk von Facharbeitern bleiben, dann müssen wir auch das differenzierte Schulwesen aufrechterhalten (Sehr richtig!). Also, ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, daß es eine dringende Aufgabe ist, die niemals vergessen werden sollte, daß eine große politische Partei auch ein einwandfreies, klares Schulprogramm hat (Sehr richtig!).

Abgeordneter Dr. Stresemann: Ich wollte mir gestatten, auf zweierlei hinzuweisen. Gerade in der Frage der Stellung der Kirche zum Staat sind wir, glaube ich, in der Nationalversammlung führend gewesen, sowohl durch die Anträge, die Herr Geheimrat Kahl in der Verfassungskommission gestellt hat, wie durch die Ausführun-

[219] Die Schaffung einer »Einheitsschule«, in der die verschiedenen Schulformen im Interesse einer Gleichheit der Bildungschancen und unter Beseitigung der kirchlichen Aufsichtsrechte integriert werden sollten, war eine der zentralen Forderungen des Deutschen Lehrervereins, siehe dazu und zur Schulpolitik der DVP Richter, S. 44ff., S. 103ff. sowie Anm. 221.

gen, die er in der Nationalversammlung gemacht hat[220] (Sehr richtig!). Ich glaube, es ist der Aufmerksamkeit des Herrn Vorredners entgangen, daß die Partei ausführliche Anträge zur Neuordnung des Schulwesens in Deutschland gestellt hat aufgrund der Arbeit der Fraktionen in der Kommission, die ich in meiner Rede in der Nationalversammlung zuerst schon vorbereitet habe.[221] Wir sind also auf dieses Gebiet eingegangen. Ich habe diese Frage hier nicht berührt und werde sie auch morgen nicht berühren, weil Herr Geheimrat Kahl sich vorgenommen hat, über diese Frage morgen auf dem Vertretertag im Zusammenhang zu sprechen.

Fräulein Rawengel[222] (Saarbrücken): Ich bin beauftragt worden, schriftliche Anträge einzubringen. Der eine Antrag ist durch den Vorredner erledigt. Auch wir bitten um ein möglichst klares und kurzes Parteiprogramm, das wir zu Agitationsvorträgen gut benutzen können. Wir waren auch in der peinlichen Lage, manchmal etwas lavieren zu müssen, um nicht irgendwelche Schillerungen im Programm zu verursachen. Die anderen Anträge erledigen sich insofern halb und halb, als ich ganz fest überzeugt bin, daß sie unbedingt in den Gesinnungen der Partei verankert liegen. Trotzdem bin ich gebeten worden, noch einmal diese Dinge zu unterstreichen. Auch das kann ich sehr schnell abmachen. Wir haben ja gestern abend von unserer besonderen Lage im Saargebiet[223] gesprochen. Wir wollen aber noch einmal dringend bitten, keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, ohne daß immer und immer wieder gerufen wird, daß kein Fußbreit deutschen Bodens verloren gehen darf (Beifall). Wir müssen da von unseren Feinden lernen, daß, selbst wenn, wie in diesem Falle, eine wahre und zwingende Notwendigkeit vorliegt, durch immer wieder starkes Betonen einer Sache ein Wort eine Schlagkraft von ganz ungeahnter Wirkung bekommt (Sehr richtig!). Unsere Feinde haben durch Lügen Wirkungen erzeugt, gegen die wir ja vergeblich heute noch ankämpfen. Wenn wir notwendige Dinge, die an sich schon Überzeugungskraft haben, immer und immer wiederholen, bis zur Bewußtlosigkeit wiederholen, so glauben wir, daß wir dadurch auch eine Stärke erzielen können, gegen die die anderen nicht ankommen. Wir bitten, uns auch in dem Bestreben zu unterstützen, auch in die neutrale Presse möglichst viel Proteste immer und immer wieder

[220] Kahl hatte am 31.3.1919 im Verfassungsausschuß einem umfangreichen Antrag hinsichtlich einer verfassungsrechtlichen Verankerung zentraler kirchlicher Rechte eingebracht, siehe Richter, S. 340ff.

[221] Anläßlich der 1. Lesung des Verfassungsentwurfs in der Nationalversammlung am 4.3.1919 hatte Stresemann sich auf die Schulforderungen des Deutschen Lehrervereins berufen und gefordert, in die Verfassung aufzunehmen, daß »jedem Kinde das Recht auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens ohne Rücksicht auf Vermögen und Stand der Eltern« zu sichern sei, VNV, Bd. 326, S. 496 sowie Richter, S. 253f.

[222] Anna Therese Rawengel (1878–1932), Studienprofessorin in Saarbrücken. Hauptvorstandsmtgl. des Roten Kreuzes. Vors. des Philologinnenverbandes im Saargebiet. Stadtratsmtgl. in Saarbrücken. 1918–1921 Referentin für das Wohlfahrtsdezernat in der Rheinprovinz. 1930 Delegierte der DNVP des Saargebiets beim Völkerbund. Nov.–Dez. 1932 MdR (DNVP).

[223] Am 11.4.1919 hatte ein »Begrüßungsabend« stattgefunden, bei dem u.a. Moldenhauer und Hugo sprachen, siehe NLC 11.4.1919, Nr. 72. Zur Lage im Saargebiet siehe den Vortrag General v. Hammersteins am 4.3. über die Arbeit der Waffenstillstandskommission in Spa, Kabinett Scheidemann, Dok. Nr. 5b, sowie den Bericht Brockdorff-Rantzaus vom 21.3.1919, ebd., Dok. Nr. 19. Zu den Zielen der französischen Politik siehe Steinmeyer, S. 67ff.; David Stevenson, French War Aims against Germany, Oxford 1982, S. 133ff.; Peter Lempert, Das Saarland den Saarländern. Die frankophilen Bestrebungen im Saargebiet 1918–1935, Köln 1985, S. 32ff.

hineingelangen zu lassen. Von uns aus ist es nicht leicht, in diese Blätter hineinzugelangen. Wir bitten aber auch von hier aus, soweit wie möglich, die neutrale Presse in Anspruch zu nehmen.

Auch in Bezug auf einen anderen Punkt bitte ich die Volkspartei, einen ganz besonders scharfen Protest einzulegen – es ist etwas veraltet, da ich vor etwas länger als zwei Wochen fortgefahren bin –, nämlich daß wir auf das schärfste gegen die Kölner Lostrennungsbestrebungen Protest einlegen[224] (Beifall). Wir sollten noch einmal betonen, daß eine große Empörung in unseren Reihen darüber herrscht (Beifall).

Dann noch ein anderer Punkt – man wird begreifen, daß wir dort an der Grenze außenpolitische Dinge, besonders jetzt, werten –, wir sollten uns ganz energisch auch gegen jedes Zugeben eines Schuldbekenntnisses stellen[225] (Beifall). Wir sind uns vollkommen bewußt, daß im Innern kein Mensch ohne Schuld und Fehl ist, aber das gehört vor das Forum unseres eigenen Volkes (Zustimmung). Vor dem internationalen Forum, vor der Entente, die sich als Gerichtshof konstituiert, sind wir zum mindesten in keiner Weise schuldiger als die anderen Völker, wir haben im Gegenteil das Gefühl, als ob wir uns in einem mittelalterlichen Hexenprozeß befinden, daß wir verurteilt werden sollen wegen unseres Daseins und daß uns die Daumenschrauben angelegt werden, daß wir ein Schuldbekenntnis ablegen sollen, nicht damit man uns hilft, sondern damit man uns hernach verbrennen kann. Wir sollten keinen Tag vorübergehen lassen, an dem wir dieses Schuldbekenntnis, das wir wahnwitzig und krankhaft finden, nicht bekämpfen (Lebhafter Beifall).

Abgeordneter Dr. Hugo: Meine Damen und Herren, es ist hocherfreulich, daß hier in den kurzen, knappen Ausführungen bei einzelnen Diskussionsrednern mit solcher Sachlichkeit und Tiefgründigkeit die Probleme angeschnitten werden, die die politische Gegenwart erfüllen. Ich möchte die einzelnen Probleme dadurch in einen Zusammenhang bringen, daß ich Sie darauf aufmerksam mache, daß es die Absicht der Parteileitung ist, in möglichst kurzer Frist den Zentralvorstand zu berufen, der ein Einheitsprogramm der Partei aufzustellen hat (Beifall). Wir haben es uns überlegt, ob es möglich wäre, das bereits mit dieser Tagung zu verbinden. Wir sind aber der Ansicht gewesen, daß damit eine derartige Überlastung verbunden gewesen wäre, daß, wenn wir beide Dinge nebeneinander hätten machen wollen, das Statut und das Programm, das nur dahin geführt hätte, beide Aufgaben unvollkommen zu lösen. Ich möchte deshalb die Redner und Rednerinnen bitten, vielleicht darauf Rücksicht zu nehmen, nicht etwa nun mit Ihren weiteren Ausführungen zurückzuhalten, sondern alles hier vorzutragen, denn wir haben alle ein Interesse daran zu erkennen, wo be-

[224] Seit der Novemberrevolution existierte im Rheinland eine starke separatistische Strömung, siehe dazu Reimer, S. 127ff.; Henning Köhler, Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924, Opladen 1986, S. 80ff.; Harry E. Nadler, The Rhenish Separatist Movements During the Early Weimar Republic 1918–1924, New York 1987, S. 118ff.

[225] Die englische Regierung hatte die deutsche Forderung nach einer neutralen Kommission zur Erforschung der Kriegsschuldfrage abgelehnt; zu den vehementen Debatten im Kabinett, ob die von Kautsky (USPD) Ende März 1919 abgeschlossene Sammlung der deutschen Akten zum Kriegsausbruch publiziert werden sollte, siehe Kabinett Scheidemann, Dok. Nr. 20, 38; siehe dazu auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz in Paris 1919, in: HZ 197 (1963), S. 1–101; Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19, Stuttgart 1973, S. 46ff.; zur Haltung der Koalitionsparteien und der Öffentlichkeit siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 206ff.

sonders befähigte Köpfe in der Partei sind, die wir mit dazu heranziehen können, wenn wir die vorbereitende Arbeit für die Schaffung eines Programms in Angriff nehmen. Ich denke mir den weiteren Verlauf der Dinge so, daß wir Kommissionen bilden, die die einzelnen Gebiete bearbeiten, daß dann der Geschäftsführende Ausschuß die Vorbereitungen für ein einheitliches Programm zusammenstellt und daß dann möglichst bald der Zentralvorstand wieder berufen wird, der endgültig zu dieser Frage Stellung zu nehmen hat. Aber die Diskussion über diese Dinge auch heute ist außerordentlich fruchtbar, wenn sie sich vor allen Dingen auch in der knappen Form abspielt, wie es heute der Fall gewesen ist.

Darf ich nun in eigenen Dingen ein paar Worte sprechen. Es ist hier wiederholt die Reichsgeschäftsstelle angegriffen worden und mit gutem Recht. Wenn ich die Dinge von außen sehe, habe ich volles Verständnis dafür, daß Sie in ihrem Herzen sehr erbost gewesen sind über die Unfruchtbarkeit, die hier zum Teil in Erscheinung trat. Ich persönlich habe auch gar nicht die Absicht, mich etwas reinzuwaschen. Ich möchte aber nur das eine sagen: Sie wollen nicht außer acht lassen, daß in jenen kritischen Tagen die ganze politische Arbeit der Geschäftsführung einzig auf meinen beiden Schultern ruhte und daß es absolut unmöglich ist für einen Mann, das zu leisten, was geleistet werden muß auf den vielen Gebieten, auf denen die Ansprüche an mich und an die Geschäftsstelle herantreten. Wenn man mich als Redner wünscht, kann ich nicht gleichzeitig auf der Geschäftsstelle sitzen und große agitatorische Schriften verfassen.

Aber das dürfen wir doch vielleicht zurückstellen gegen den einen Gedanken, wie es nun in Zukunft sein soll, und da darf ich vielleicht mit ein paar Strichen zeichnen, in welcher Form der Ausbau der Reichsgeschäftsstelle unmittelbar bevorsteht, zum Teil bereits durchgeführt ist.[226] Den innerpolitischen Dienst dieser Geschäftsstelle versieht ein besonderer Beamter, der bereits dafür berufen ist. Es ist ferner eine Organisationsabteilung mit einem Beamten als besonderer Spitze begründet worden, die nun die gesamte Zusammenfassung der Organisation und die Durchführung der Organisation im Lande zu überwachen hat und dafür Vorsorge zu treffen hat, daß wir in der Zentrale fortgesetzt darüber unterrichtet sind, wo es noch hapert, wo eingegriffen werden muß, wo wir zufassen müssen. Es ist weiter, um das kurz zu sagen, eine Werbeabteilung mit einem Beamten eingerichtet, die aber erst in diesen Tagen ihre Tätigkeit aufnehmen wird. Diese Abteilung soll das gesamte Werbematerial der Partei fortgesetzt herausbringen und bearbeiten, als da sind Flugblätter, Flugschriften, zu jedem besonderen politischen Anlaß irgendeine besondere, aktuelle Schrift, ein kleines Werbeheftchen. Sie soll dann fortgesetzt die Herausgabe von Agitationshandbüchern vorbereiten und durchführen. Weiter sollen die Mitteilungen für die Vertrauensmänner wieder erscheinen, um unseren Parteifreunden im Lande fortlaufend aus der Fülle des politischen Materials aus dem Parlament und aus der Öffentlichkeit heraus alles das in die Hand zu geben, was erforderlich ist, um jederzeit für rednerisches oder auch sonstiges politisches Wirken unterrichtet zu sein. Diese Abteilung soll weiter die Handhabung der politischen Ausbildungskurse im Lande organisieren und durchführen. Wir haben den zentralen Kursus in Berlin abgehalten. Wenn er auch zum Teil mißlungen ist, indem die Revolutionsereignisse nicht die

[226] Zum organisatorischen Aufbau der Reichsgeschäftsstelle siehe S. 34*, Anm. 13.

Zusammenkunft aller Teilnehmer ermöglichten, so haben wir doch die Absicht, diese Kurse in kurzer Zeit zu wiederholen und auch in einzelnen Zentralpunkten des Reichs, der Landesorganisation usw. diese Kurse abzuhalten, zum Teil mit parlamentarischer Unterstützung, zum Teil mit Beamten.[227] Es ist weiter von dieser Abteilung aus dafür zu sorgen, daß das politische Material, wie es in den Parlamenten in die Erscheinung tritt, fortgesetzt herausgebracht wird.

Ferner ist eine Presseabteilung vorhanden, die die »Nationalliberale Correspondenz« herausgibt und die nunmehr auch dazu übergehen wird, wenigstens jetzt den Versuch unternehmen wird, einen politischen Nachrichtendienst für die mittlere und kleine nationalliberale Presse im Lande einzurichten (Sehr richtig!). Ich habe die Absicht, gleich nach Ostern die Verleger der interessierten nationalliberalen Blätter nach Berlin zu bitten, ihnen den Plan vorzutragen und sie zu veranlassen, eine Stelle zu gründen, bei der wir uns als Partei beteiligen, indem wir dafür sorgen, daß für diese Blätter ein allgemeiner Nachrichtendienst über alle politisch und allgemein wissenswerten Dinge von Berlin aus eingerichtet wird, so daß sie von anderen Nachrichtenstellen, wie z. B. Telegrafenunion usw., unabhängig werden, und daß daneben natürlich die Partei in der Lage ist, sich auch einen möglichst schnellen Nachrichtendienst, bis in die fernsten Teile des Landes hinein, zu verschaffen[228] (Sehr gut!).

Wir haben ferner Jugendabteilungen gegründet. Es ist ein Beamter angestellt, dem das überwiesen wird. Ich möchte ganz besonders Ihr Interesse darauf hinlenken, daß Sie doch überall nunmehr dafür Sorge tragen, daß so bald wie möglich eigene Jugendorganisationen der Partei ins Leben gerufen werden. Die deutschnationale Jugendbewegung arbeitet meines Erachtens mit einem unlauteren Titel, sie nennt sich deutschnational und will damit auch die Deutsche Volkspartei umfassen. Wir müssen das ablehnen und müssen uns, soweit es die Verhältnisse irgendwie gestatten, auf den Standpunkt einer eigenen Jugendbewegung stellen.[229] Ich möchte Sie bitten, sich in dieser Frage so bald wie möglich unmittelbar mit der Reichsgeschäftsstelle in Verbindung zu setzen.

Ich habe Ihnen das nur kurz vortragen wollen, um Ihnen zu sagen, daß alles geschieht, um eine große Arbeit organisatorisch und agitatorisch vorzubereiten und durchführen zu können. Woran es uns fehlt, sind Redner und Geld und nochmals Geld und zum dritten Male Geld. Wir haben vielleicht die Mittel, um das zunächst durchzuführen.[230] Wir müssen aber an die Opferfreudigkeit der Parteifreunde im Lande den dringenden Appell richten, uns in dieser Frage zu unterstützen, denn das ganze Gedeihen, die Zukunft unserer Partei, hängt davon ab, ob es gelingt, in großzügiger Weise die Absichten durchzuführen, die wir hier geschildert haben. Gelingt das, so zweifle ich nicht daran, daß wir der Partei den Unterbau schaffen, auf dem sich nachher ein starkes und großes Gebäude, auch für die Dauer, errichten läßt.

[227] Gemeint: angestellten Parteisekretären.
[228] Zum Plan der Schaffung eines parteieigenen Nachrichtendienstes siehe Dok. Nr. 7, 16.
[229] Siehe dazu Dok. Nr. 7, Anm. 4.
[230] Die DVP wurde im Frühjahr 1919 vor allem durch das »Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens« und durch den »Industriellen Wahlfonds« finanziell unterstützt, jedoch mit wesentlich geringeren Beiträgen als die DDP, siehe dazu die detaillierte Darstellung bei Albertin, S. 167ff.; zum Haushaltsplan der Reichsgeschäftsstelle 1919 siehe Dok. Nr. 6.

Rose (Hamburg) (Zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren, ich möchte mir den Vorschlag erlauben: Die Satzungskommission möchte doch jetzt zusammentreten. Ich habe mich bei verschiedenen Mitgliedern, die mir gerade erreichbar waren, erkundigt, und sie sind grundsätzlich einverstanden. Vielleicht ließe es sich mit Genehmigung der Versammlung ermöglichen, daß diejenigen Mitglieder der Satzungskommission, die sich noch zum Wort gemeldet haben, vorweg das Wort bekämen. Wir haben hier bis jetzt eine achtstündige Arbeit hinter uns, und wir sind ja gern bereit, Überstunden zu leisten, aber schließlich läßt die Spannkraft und die Leistungsfähigkeit auch nach.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich möchte dann bitten, daß sich die Satzungskommission jetzt zurückzieht. Ich kann nicht übersehen, wer von den Herren zum Wort gemeldet ist. Darf ich vielleicht dann Herrn Leidig, Herrn [!] Szagunn und Herrn Cremer außer der Reihe das Wort geben?

Dann darf ich mitteilen, daß hier ein Antrag von Herrn Wolf eingegangen ist, der darauf hinausgeht, den Namen der Partei zu ändern und den alten Namen, Nationalliberale Partei, wieder anzunehmen (Widerspruch). Ich stelle diesen Antrag mit zur Diskussion.

Dr. Cremer (Dortmund): Meine Damen und Herren, ich hatte mir eigentlich nicht vorgenommen, zu dem letzten Punkt, den der Herr Vorsitzende soeben erwähnte, etwas zu sagen, möchte aber als ziemlich einmütige Meinung der Organisation, die ich hier vertrete, des Westfälischen Provinzialverbandes unserer Partei, zum Ausdruck bringen, daß wir der Meinung sind: Es gibt überhaupt keinen schöneren Parteinamen in Deutschland als : Deutsche Volkspartei (Beifall), und daß wir wirklich keine Veranlassung haben, diesen auch agitatorisch äußerst wirksamen und unsere Parteitätigkeit recht gut umschreibenden Namen mit einem anderen zu vertauschen, der doch immerhin für eine Reihe unserer Parteifreunde nicht den Vorzug der historischen Überlieferung hat. Bedenken Sie wohl, daß wir in unseren Reihen Gott sei Dank eine sehr große Anzahl von Parteimitgliedern haben, die sich früher nicht der Nationalliberalen Partei, sondern anderen Parteien zugerechnet haben, die zu uns gekommen sind, sowohl von rechts als von links, aber auch vor allem auch von links, und denen der neue Name gewissermaßen eine Erleichterung gewesen ist, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Ich möchte deshalb auch bitten, den Gedanken, der Partei den Namen Deutschliberale Partei zu geben, zu verwerfen und die Firma, die wir nun angenommen haben und bis jetzt mit Ehren in die Öffentlichkeit hineingeführt haben, auch für unsere weitere Tätigkeit beizubehalten (Beifällige Zustimmung). Meine Damen und Herren, ein Zweites – und das war eigentlich der Zweck, zu dem ich mich zum Wort gemeldet habe – ist die Tatsache, daß wir in Deutschland mehr als bisher uns damit beschäftigen müssen, auch praktisch gegen den Bolschewismus und alles, was damit im Zusammenhang steht, vorzugehen (Sehr richtig!). Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit des deutschen Bürgerausschusses[231] richten, der ja in allen Städten vertreten ist und der den Zusammenschluß des

[231] Die Bürgerräte und ihre zentrale Vertretung, der Reichsbürgerrat, waren auf eine Anregung des Hansa-Bundes nach der Novemberrevolution als Gegengründung zu den Arbeiter- und Soldatenräten ins Leben gerufen worden, um die Bestrebungen bereits bestehender bürgerlicher Berufsverbände und Interessengruppen zu koordinieren, siehe dazu Bieber, S. 193 ff.

gesamten Bürgertums ohne Unterschied der Parteien bezweckt gegenüber dem gewaltsamen Vorgehen der unabhängigen Sozialdemokratie und den Übergriffen, die aus diesen Kreisen fortgesetzt nicht nur in die öffentliche Verwaltung, sondern auch in die Privatrechte der einzelnen Bürger stattfinden. Meine Damen und Herren, das deutsche Bürgertum hat bis jetzt immer noch viel zu sehr den passiven Teil in der Revolution gespielt (Sehr wahr!), und gerade unsere Partei ist neben dem Bürgerausschuß berufen, hier nicht mehr weiter die Hände in den Schoß zu legen, sondern es gilt, nach Möglichkeit gegen die fortgesetzt um sich greifenden revolutionären Putsche, die nun in Bayern zunächst entstanden sind[232], aber auch auf die anderen Reviere übergreifen, den Zusammenschluß zu suchen und zu finden, und sei es in der Richtung auf Beteiligung des Bürgertums am öffentlichen Dienst, sei es in der Richtung auf eine Schutzorganisation, die unter Umständen mit dem Bürgerstreik[233] die Streikbewegung der revolutionären Gruppe beantworten kann, Schritte zu tun. Ich glaube, die Bedeutung einer derartigen Organisation liegt auf der Hand, und die bis jetzt damit in manchen Orten erzielten Erfolge geben wohl zu denken. Wir haben ganze Bezirke, wo derartige Organisationen bis jetzt noch nicht mit Erfolg ins Leben gerufen sind, und ich möchte wünschen, daß der heutige Tag vielleicht dem einen oder anderen Platz Gelegenheit gibt, in dieser Richtung wirksam zu werden (Glocke des Vorsitzenden). Der Schelle des Herrn Vorsitzenden entsprechend muß ich leider schließen.

Abgeordneter Leidig: Meine Damen und Herren, ich glaube, der heutige Tag und die jetzige Erörterung ist wesentlich dazu da, Grundlagen und Bausteine für unser künftiges Parteiprogramm zu sammeln, und aus diesem Gesichtspunkt möchte ich ganz kurz programmatisch einzelnes hervorheben. Ich bin der Meinung: In den Mittelpunkt unserer ganzen Parteiarbeit müssen wir die Persönlichkeit als solche und die Achtung vor der Persönlichkeit stellen. Wir wehren uns gerade gegenüber den Demokraten und den Sozialdemokraten gegen die Atomisierung unseres ganzen öffentlichen und politischen Lebens und heben demgegenüber hervor, daß die einzelnen Deutschen eben nicht nur allein einzelne sind, die als Nummern nebeneinanderstehen, sondern daß sie in den verschiedenen sozialen, kulturellen Gruppen und Gruppierungen zusammengefaßt sind. Das ist einer der grundliberalen Unterschiede gegenüber der Demokratie.

Zweitens meine ich im Gegensatz zu einem der Herren Vorredner: Wir müssen uns entschieden gegen den Begriff der Sozialisierung unseres ganzen Wirtschaftslebens wehren, und wir müssen gegenüberstellen, daß wir wünschen und verlangen, daß unser ganzes Wirtschaftsleben und darüber hinaus das Kulturleben von starkem sozialen Geist durchtränkt wird. Das ist ganz etwas anderes, das ist wichtiger und wertvoller als das, was heute ganz falsch, ganz unverständlich, ohne Sinn und Verstand mit dem Schlagwort »Sozialisierung« in die Massen hineingeworfen wird.

[232] Am 8.4.1919 war in München die »Räterepublik« ausgerufen worden, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 160ff.; Peter Kritzer, Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918–1923, München 1969, S. 82ff.; Allan Mitchell, Revolution in Bayern, München 1967.

[233] Als Reaktion auf die große Streikbewegung im Frühjahr 1919 (siehe Anm. 3) kam es in zahlreichen deutschen Städten zu maßgeblich von den Bürgerräten organisierten »Bürgerstreiks« (u.a. Schließung von Geschäften, Betrieben und Arztpraxen), siehe Bieber, S. 217ff.

Drittens, meine ich, wollen wir uns doch darüber klar sein, daß die Sozialdemokratie ihre großen Massen dadurch erhalten hat – ich knüpfe da an das an, was einer der Herren Vorredner gesagt hat –, daß sie nicht nur ein wirtschaftliches Programm aufgestellt hat, sondern daß dieses wirtschaftliche Programm sich für die bewußten und überzeugten Anhänger der Sozialdemokratie zu einem Weltanschauungsprogramm ausgebildet hat (Sehr wahr!). Diesem Weltanschauungsprogramm, das geradezu etwas Religiöses für die Sozialdemokraten gewesen war, müssen wir ein anderes Weltanschauungsprogramm gegenüberstellen (Zustimmung), sonst kommen wir dagegen nicht auf, und da meine ich allerdings, wir können uns nicht auf den Boden stellen, daß wir etwa den neuen Artikel 34 a der Verfassung[234] nunmehr als die Panazee gegenüber der Sozialdemokratie und der Sozialisierung bezeichnen. Wir kommen auch damit nicht durch, daß wir sagen, wir wollen neben das politische Parlament ein Wirtschaftsparlament stellen. Meine Damen und Herren, ich erinnere Sie daran – wir wollen doch immer ein wenig aus der Geschichte lernen –: Wir haben das ja schon alles gehabt. Wir haben ein derartiges wirtschaftliches Parlament gehabt von 1867 bis 1870 in dem Zollreichstage.[235] Völlig ergebnislos und unfruchtbar ist dieses Parlament gewesen. Wir haben auch schon einmal einen derartigen Versuch von Bismarck in dem Volkswirtschaftsrat gehabt.[236] Auch dieser Volkswirtschaftsrat hat sich nicht bewährt. Wenn wir etwas derartiges wollen, dann müssen wir – und ich glaube, daß ich da an die Gedanken anknüpfe, die Stresemann vorher gesagt hat – neben dieses Parlament, wie es jetzt auf rein demokratischer, zahlenmäßiger Unterlage steht, ein anderes Parlament setzen, das nunmehr das Volk in seinen Gliedern umfaßt, aber in allen Gliedern oder in allen Abstufungen, und auf diese Weise allerdings versuchen, nunmehr nicht zu einem berufsständischen Parlament zu kommen, sondern zu einem Parlament, das die einzelnen in ihren sozialen und kulturellen Gruppierungen umfaßt. Meine Damen und Herren, das sind aber auch die drei Hauptaufgaben, die meines Erachtens die Deutsche Volkspartei von den übrigen Parteien unterscheidet, und wenn wir das in unserem Programm verankern, dann werden wir mit unserem Programm vorwärtskommen (Beifall).

Dr. Benecke[237] (Berlin): Meine Damen und Herren, der Wahlkreisverband Stadt Berlin Nr. III hat sich auch mit der Frage beschäftigt, ob es zulässig oder angebracht sei, jetzt eine Änderung des Namens der Partei vorzunehmen, da uns zu Ohren gekom-

[234] Art. 34 des Verfassungsentwurfs lautete: »Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reichs«.

[235] Das 1868 in Funktion tretende Zollparlament war eine auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts berufene Vertretung der Bevölkerung aller nord- und süddeutschen Staaten. Es entstand durch die Erweiterung des norddeutschen Reichstags um eine Anzahl Abgeordneter der fünf anderen Zollvereinsstaaten Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Luxemburg, war in seiner Kompetenz allerdings auf Zoll- und Handelsangelegenheiten beschränkt.

[236] Der aus 75 Mitgliedern bestehende preußische Volkswirtschaftsrat war am 17. 11. 1880 auf Betreiben Bismarcks eingerichtet worden. Seine Aufgabe war die Begutachtung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen, die zentrale wirtschaftliche Interessen des Handels, der Industrie sowie der Land- und Forstwirtschaft betrafen; der Plan der Einsetzung eines deutschen Volkswirtschaftsrats scheiterte Ende 1881.

[237] Wilhelm Benecke (1883–1962), Jurist. Stadtrat in Berlin-Niederschönhausen. 1923–1924 MdR (DVP). 1950–1958 MdL Berlin (FDP bzw. Arbeitsgemeinschaft Freie Deutsche Volkspartei). Vors. des Wahlkreisverbandes Berlin.

men war, daß von einigen Seiten Wünsche in dieser Beziehung hier vorgebracht werden sollten. Wir haben uns einmütig gegen eine Namensänderung erklärt (Zustimmung), wir sind der Meinung, daß es keinen besseren Namen für uns gibt als: Deutsche Volkspartei. Wir wollen eine Partei sein, die sich auf breiterer Basis aufbaut, als es früher bei der Nationalliberalen Partei der Fall gewesen ist (Sehr richtig!), und darum sehe ich nicht ein, warum wir diesen schönen Namen – unserer Ansicht nach ist es der schönste Name, der überhaupt gefunden werden konnte – ändern wollen. Ich meine, es würde doch auch nach außen hin schlecht aussehen. Man hat schon darüber gespöttelt, daß seinerzeit der Name »Nationalliberale Partei« verlassen wurde. Jetzt würden die Leute vielleicht sagen: Die haben nun abgewirtschaftet, jetzt suchen sie wieder eine neue Firma (Sehr richtig!). Auch aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir bei dem alten Namen stehenbleiben wollen.

Ich möchte gleich dazu noch etwas anderes bemerken. Wir haben immer noch die »Nationalliberale Correspondenz«. Wäre es nicht zweckmäßig, daß wir auch hier eine Namensänderung herbeiführten (Sehr richtig!) und sagten »Correspondenz« – ich glaube, an diesem Wort muß aus technischen Gründen festgehalten werden – »der Deutschen Volkspartei«. Meiner Meinung nach wäre es noch besser, wenn wir sagen würden: »Mitteilungen der Deutschen Volkspartei«.[238]

Vorsitzender [Stresemann]: Ich möchte nur das eine bemerken, daß ich der Ansicht war: Wir dürfen solange nicht ändern, bis der Parteitag gewesen ist, denn, wenn wir den Namen vorher geändert hätten und der Antrag auf Namensänderung der Partei wäre durchgegangen, dann wären wir mit der »Correspondenz« in noch größere Schwierigkeiten gekommen. Ich nehme an, daß wir heute zu einer endgültigen Entscheidung über den Namen kommen, danach wird sich selbstverständlich der Name der »Correspondenz« ändern.

Dr. Szagunn [Charlottenburg]: Meine Damen und Herren, eine Bemerkung zu der Frage der Arbeiterräte. Es liegt uns hier ein Entwurf von Richtlinien vor[239], und es wird allerdings wohl notwendig sein, daß über etwas derartiges heute oder morgen Beschluß gefaßt wird. Ich begrüße es außerordentlich, daß, wie das auch schon Herr Dr. Stresemann in seinem Referat angedeutet hat, unsere Partei auf diesem Gebiet endlich dazu übergeht, positiv etwas auszusprechen, daß wir endlich den rein negierenden Standpunkt wieder verlassen wollen, denn große Volksströmungen kann man nicht dadurch meistern, daß man sich ihnen entgegenstemmt, sondern nur dadurch, daß man versucht, sie einzudämmen und sie in das richtige Bett zu lenken. Aber ich habe doch erhebliche Bedenken gegen einen Teil des Entwurfs, und zwar bezüglich dessen, was über die Betriebsräte gesagt worden ist. Ich kann mir sehr wohl denken, daß Betriebsräte in den einzelnen Betrieben auf rein technischen und auf organisatorischen Gebieten eine fruchtbare Mitarbeit entwickeln können, aber ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß Betriebsräte auf den rein kaufmännischen Gebieten eine nützliche Arbeit leisten können (Sehr richtig!). Ich bin der festen Überzeugung, daß sie da nur Schaden stiften können, daß da nur die Entschlüsse verlangsamt werden können, daß dann die Gelegenheiten versäumt werden, wo es darauf ankommt,

[238] Siehe dazu auch Dok. Nr. 7.
[239] Liegt nicht vor.

schnelle Entschlüsse zu fassen, kurz und gut, daß dadurch nichts Dauerndes geschaffen werden kann und eine Erhöhung der Produktion ganz zweifellos nicht erreicht werden kann. Deswegen bin ich der Meinung, daß man die Aufgabe dieser Betriebsräte auf die Gebiete der technischen und organisatorischen Grundlagen der Produktion einschränken muß und würde vorschlagen, daß, wenn eine solche formulierte Entschließung angenommen wird, dieser Satz 2 der Ziffer 3 diese von mir eben bereits formulierte Einschränkung erfährt.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich möchte geschäftsordnungsmäßig bemerken: Es scheint mir doch sehr schwierig, hier in dieser ganz klaren, ganz genauen Formulierung sowohl in Bezug auf die Frage der Landwirtschaft als in der Frage der Arbeiterräte heute definitiv Stellung zu nehmen. Ich hätte auch bei der Frage der Landwirtschaft noch dies oder jenes zu einzelnen Punkten zu sagen, andere gewiß auch. Ich möchte doch anheimgeben, ob wir nicht diese verschiedenen Anregungen zunächst einmal in der Weise behandeln, daß wir sie der Kommission, die wir für den Entwurf des Parteiprogramms gewählt haben, als Material überweisen, wobei ja zum Ausdruck kommen kann, daß wir dem Grundgedanken in dieser oder jener Form zustimmen. Sonst müssen wir nämlich unbedingt in alle Einzelheiten in der Debatte darüber eintreten, denn die beiden Anträge bergen so außerordentlich Weittragendes in sich, daß es mir dann doch wichtig erschiene, außerhalb der allgemeinen Debatte in eine Spezialdebatte einzutreten. Ich bitte also auch von diesem Gesichtspunkt aus einmal zum Ausdruck zu bringen, ob Sie wünschen, daß wir heute über das hinaus, was ich grundsätzlich in meiner Rede zum Ausdruck gebracht habe und morgen zum Ausdruck bringen werde[240], in diese materiellen Einzelheiten eintreten wollen.

Geheimrat Rose (Berlin-Wilmersdorf): Meine Damen und Herren! Auch wir vom Wahlkreis Teltow-Beeskow und Charlottenburg würden es begrüßen, wenn der Name »Deutsche Volkspartei« erhalten bliebe. Den Namen »Correspondenz« möchten wir allerdings durch »Mitteilungen« ersetzt sehen. Dann möchte ich an die gestrigen Mitteilungen anknüpfen. Ich habe als Soldat im Frieden und im Kriege längere Zeit wiederholt im Elsaß gestanden, und es ist mir gestern außerordentlich nahegegangen, daß sich des Elsasses kein Redner angenommen hat (Zustimmung). Ich meine, es ist doch einer der dunklen Punkte, daß wir das deutsche Elsaß jetzt einfach den Franzosen restlos preisgeben wollen. Dagegen müssen wir uns wenden. Wir vergessen das eine, daß die Deutschen im Elsaß schweren Herzens oder durchaus gegen ihren Willen sich vom Deutschen Reiche, das damals so wie heute am Boden lag, haben losreißen lassen. Mehr als hundert Jahre, bis zur Französischen Revolution, haben sie ihre eigene Verwaltung usw. gehabt und haben es verstanden, im französischen Staat ein Sonderleben als Deutsche zu führen und sich nach außen hin in zahlreichen Städten als deutsche Verwaltungsorgane, die immer noch in enger Fühlung mit dem Deutschen Reiche standen, nach ihrer Theorie zu fühlen. Durch die Französische Revolution sind die dünnen Bande zerrissen worden. Aber wenn wir jetzt dieses Land einfach sich selbst überlassen, dann können wir nicht von den Deutschen in jenem Lande verlangen, daß sie sich noch weiterhin als zugehörig zu Deutschland fühlen, und das wollen wir doch. Ich meine deshalb, wenn wir morgen dem Vertretertag eine

[240] Siehe Bericht Erster Parteitag, S. 22f.

Resolution vorlegen, dann sollten wir auf Elsaß-Lothringen ganz besonders hinweisen.

Ferner zum Parteiprogramm. Ich begrüße es, was Herr Dr. Hugo gesagt hat, daß jetzt ein Parteiprogramm ausgearbeitet werden soll. Ich halte das für ganz außerordentlich wichtig. Wir sind in der Opposition, und wenn wir jetzt die Wähler zu uns kommen lassen wollen, dann müssen wir ihnen sagen, warum sie zu uns kommen sollen. Darum müssen wir jetzt ein Programm aufstellen, für das wir uns einsetzen wollen. Wenn wir – was nach meiner Meinung unter Umständen gar nicht so lange dauern kann – mit an der Regierung teilnehmen müssen und wenn wir dann erst ein Programm schaffen wollen, dann geht es uns wie den Demokraten und Sozialdemokraten, dann wissen wir nicht, was eigentlich los ist. Wir müssen zu den Tagesfragen definitiv Stellung nehmen. Wir dürfen auch nicht warten, bis die Vorlagen an die Fraktionen kommen. Die Fraktionen leben aus der Hand in den Mund, sie sind ein gehetztes Wild, mit vielen Arbeiten überlastet. Wir müssen dafür sorgen, daß die großen Fragen schon vorbereitet werden und daß der Fraktion schon feste Richtlinien gegeben werden. Natürlich müssen diese in engem Zusammenhang mit der Fraktion aufgestellt werden. Ich begrüße sehr die Vorschläge, die Herr Dr. Hugo vorgetragen hat. Meine Freunde aus dem Wahlkreis haben mich allerdings beauftragt zu erklären, daß sie lediglich auf diese Versprechungen hin Herrn Dr. Hugo einen Wechsel nicht ausstellen können. Wir haben in Berlin die ganzen Monate hindurch gesehen, wie bei unserer Reichsgeschäftsstelle und wie bei denen der anderen Parteien gearbeitet wird, und wir haben den Wunsch, daß da ganz entschieden Abhilfe geschaffen wird und hatten deshalb den Antrag gestellt, daß der verantwortliche Geschäftsführer der Partei – wir halten ja mehrere Generalsekretäre auf unserem Parteibüro für notwendig, ganz genau wie andere Parteien – nicht Abgeordneter sein dürfe. Meine Freunde aus dem Wahlkreis haben mich beauftragt, jetzt, wo ich das Wort habe, diesen Punkt doch noch einmal hervorzuheben (Zustimmung). Zu dem Programm sind heute eine ganze Reihe von Richtlinien oder Anregungen gegeben worden. Ich vermisse nur den einen Punkt, wie wir uns zu der Deckung unserer Schulden stellen.[241] Das ist eine außerordentlich wichtige Frage. Ich meine, wir dürfen doch nicht warten, bis der Staatssekretär und der Reichsminister Schiffer mit der Vorlage kommt, sondern wir müssen ein Programm aufstellen, sagen wir einmal das Programm, daß das Kapital in stärkerem Maße herangezogen werden soll als das erarbeitete Einkommen. Ich glaube, das eine Programm müssen wir aufstellen, das erwartet man doch. Ich will mich nicht hierauf festlegen, es klingt ja auch aus den Worten des Herrn Dr. Stresemann heraus.

Ferner komme ich auf die Arbeiterräte. Bei der Ausarbeitung dieser Resolution, die wir Ihnen vorgelegt haben, bin ich ganz besonders beteiligt gewesen. Diese Frage der Arbeiterräte ist ebenfalls ganz außerordentlich dringend, und wir müssen zu ihr in

[241] Das Defizit im Reichshaushalt betrug 1919 5 Milliarden Mark, siehe den Bericht des Reichsfinanzministers Dernburg (DDP) vom 26.4.1919, Kabinett Scheidemann, Dok. Nr. 54b. Am 29.3.1919 hatte die Nationalversammlung den Finanzminister ermächtigt, »die Mittel zur Bestreitung der zulässigen Ausgaben aus Anlaß des Krieges und der Demobilmachung, soweit die vorhandenen sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, durch Ausschreibung von Beiträgen der Bundesstaaten in Grenzen der letzten Bewilligung und durch Ausgabe von Schatzanweisungen bis zur Höhe von 3000 Millionen Mark zu beschaffen«, VNV, Bd. 328, Nr. 131.

positivem Sinne Stellung nehmen, denn sonst wissen die Wähler und diejenigen, die wir zu uns heranbekommen wollen, nicht, wie wir uns zu der Frage stellen. Der Grundgedanke der Kommunisten: Alle Macht den Arbeiterräten, ist selbstverständlich politisch geradeso wie wirtschaftlich abzulehnen. Der gesunde Gedanke der Arbeiterräte beruht aber meines Erachtens darin: Wo scharfe Disziplin gefordert wird, da muß auch ein Ventil sein, wo scharfe Disziplin gefordert wird, muß eine Kontrolle sein, und zwar eine Kontrolle, die in gewisser Weise in die Hand derjenigen Leute gelegt wird, die unter dem Druck der Disziplin stehen. Ich habe das im Felde ja selbst erlebt. In den Formationen, wo die Kompanieführer sich schon im Jahre 1917 und 1918 Vertrauensleute gewählt hatten, ist es bei weitem nicht zu solchen Schwierigkeiten gekommen wie in der Etappe und in der Heimat (Sehr richtig!). Es ist eben heutzutage unmöglich, alte Soldaten von 48 Jahren wie 20jährige zu behandeln. Dieser Gesichtspunkt hat sich ins Volk hineingefressen und dieser Gesichtspunkt kommt im Rätesystem zur Geltung, und diesem Gedanken: Wo scharfe Disziplin ist, muß auch ein Ventil sein, müssen wir Rechnung tragen (Sehr richtig!). Damit, meine Damen und Herren, tun wir nichts Neues. Die Nationalliberale Partei hat die Arbeiterausschüsse[242] schon seit Jahren angestrebt, und wenn wir auch jetzt wieder hervorheben, daß wir Arbeiterausschüsse in ihrem weiteren Aufbau in engem Zusammenhang mit den Gewerkschaften als berufliche Gliederung bis oben hinauf für richtig halten, dann verlassen wir den Boden nicht, auf dem wir bisher gestanden haben.

Etwas Neues ist jetzt in den Rätegedanken durch die Kontrolle der Produktion hineingeworfen. Meine Herren, auch eine Kontrolle der Produktion halte ich für zweckmäßig. Wir müssen uns heute überall nach der Decke strecken. Da können nicht Luxusgegenstände usw. hergestellt werden. Das muß auch in gewisser Weise erfaßt werden (Glocke des Vorsitzenden. Vorsitzender [Stresemann]: Ihre Zeit ist abgelaufen). Ich kann auch schließen. Meine Damen und Herren, wir haben selbstverständlich nicht gewollt, daß diese Resolution, die wir Ihnen da vorgelegt haben, schon angenommen wird. Der Zweck war der, daß Sie das in der Heimat besprechen. Wir müssen aber in diesen Fragen in den allernächsten Tagen, kann man sagen, zu einer Klärung und ganz positiven Stellungnahme gelangen (Lebhafter Beifall).

Generalsekretär Rose (Hamburg): Meine Damen und Herren! Das politische Referat, das Ihnen Herr Dr. Stresemann gehalten hat, und der Beifall, der ihm zuteil geworden ist, haben doch wohl gezeigt, daß wir nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit dem Herzen Politik machen und daß wir jetzt in der neuen Zeit einen ganz anderen Weg gehen als früher, wo die Zentralvorstandssitzungen eigentlich immer nur Entladungen des Grolls waren. Dies und jenes leuchtet ja auch heute noch hervor. Ich denke an die Kritik der Geschäftsstelle.

Ohne mich auf die politischen Fragen einlassen zu wollen, die hier schon erörtert worden sind, möchte ich aber auf eins hinweisen, insbesondere die gegenwärtige Parteileitung. Es muß in der Deutschen Volkspartei anders werden als in früherer Zeit.[243] Die Mitarbeit im Lande muß viel mehr herangezogen werden (Sehr richtig!). Unsere Freunde im Lande dürfen nicht nur dazu da sein, einmal oder zweimal oder

[242] Siehe Anm. 212.
[243] Gemeint: anders als in der NLP.

dreimal im Jahre zusammenzukommen, um Kritik zu üben und dann wieder nach Hause geschickt zu werden, sondern sie müssen das Bewußtsein haben, Träger der Politik zu sein, selbst in der Politik mitzuarbeiten, und die Fraktionen im Parlament müssen heute wissen, daß sie bei dem jetzigen Wahlsystem nicht mehr derartige Körperschaften sind wie früher, sondern eine Art Vertrauensausschüsse der Partei, daß die Organisationen hinter ihnen stehen und weit mehr Rechenschaft von ihnen verlangen können als früher, ganz unbeschadet der Verfassung, nach welcher sie gegenüber dem Parlament verkehren, und daher möchte ich dem Wunsch Ausdruck geben, daß es eine der Hauptaufgaben unseres neuen Geschäftsführenden Ausschusses ist, aus allen Landesteilen die Kräfte und Mitarbeiter rechtzeitig heranzuziehen, sie bei allen Gesetzesvorlagen zu hören und uns vor Überraschungen im Lande zu sichern, wie es doch auch jetzt schon hier und da einmal gewesen ist. Ich glaube, eine derartige Fühlungnahme wird uns weiter zum Erfolg und zu freudiger Mitarbeit führen (Beifall).

Professor Dr. Hein (Halle): Meine Damen und Herren! Wer nicht das Glück hat, in einem Wahlkreis tätig zu sein, der in der Nationalliberalen Partei große Traditionen hat, sondern wer gewissermaßen neu anfangen muß, hat immer zu kämpfen mit den Worten von rechts und links: Weswegen seid Ihr auch noch gekommen, die Demokraten haben doch ein so wunderschönes Parteiprogramm, die Deutschnationalen ein noch schöneres. Ihr könnt doch eigentlich nur deren Forderungen wiederholen. So ist es mir ergangen, als ich eine Kandidatenrede hielt. Da trat hinterher ein Kandidat auf und sagte: Seht doch einmal das schöne Parteiprogramm an, da steht ja schon genau das darin, was die Volkspartei auch will. Ich glaube, das muß uns eine große Warnung sein. Wir müssen uns nicht damit begnügen, wirtschaftliche Forderungen aufzustellen, die noch so schön sein mögen, denn alle wirtschaftlichen Forderungen sind doch letzten Endes nur Forderungen, die auf eine Zerspaltung des Volkes hinausgehen. Der Mittelpunkt unseres politischen Denkens und Strebens kann nur der Liberalismus sein, und wenn es eine Anzahl von Herren gibt, die glauben, daß der Liberalismus heute schon abgewirtschaftet habe, so kann ich dem nur entgegenhalten: Es kommt nur darauf an, den Liberalismus mit neuen Gedanken zu erfüllen, es kommt darauf an, den Gegensatz von Liberalismus, Demokratie und Autokratie ganz klar hervorzuarbeiten. Wir müssen Parteiredner schulen, daß sie imstande sind, den Gegnern, die von rechts und links kommen, zu sagen: Wir mußten doch sein, weil die Grundideen verschieden sind, weil die Grundideen verschieden waren und immer verschieden sein werden.

Rechtsanwalt Dingeldey (Darmstadt): Meine Damen und Herren! Aus den Ausführungen des verehrten Herrn Vorsitzenden waren für uns alle, wie ich annehme, von ganz besonderem Werte die Mitteilungen, die er uns über die Entstehung der Volkspartei gemacht hat. Mit dieser Deutlichkeit und in einer solchen konkreten Weise haben wir doch die Verhandlungen, die mit dem Herrn Staatssekretär Dr. Friedberg und mit der Demokratie auf der anderen Seite geführt worden sind, bisher noch nicht erfahren. Ich möchte den Wunsch aussprechen, der sich auch auf die übrigen Ausführungen der Rede bezieht, daß gerade diese Ausführungen dem Druck übergeben werden. Gerade diese Dinge sind für die Agitation von ganz besonderem Werte, und wenn nicht etwa morgen, was ich nicht weiß, die Rede des Herrn Dr. Stresemann auch über diesen Punkt Aufklärungen enthalten würde, so würde es sehr wertvoll

sein, wenn wir wenigstens über diese Frage noch einmal eingehend unterrichtet würden. Vielleicht ist aber dieser Wunsch schon überholt durch die Broschüre, von der vorhin die Rede war.[244] Im übrigen darf ich sagen, daß ich doch nicht ganz das Bedauern unterdrücken kann, daß wir erst heute in dieser Ausführlichkeit und mit dieser Deutlichkeit über die Verhandlungen unterrichtet worden sind. Wenn wir während des Wahlkampfes in der Lage gewesen wären, diese Dinge der Demokratie entgegenzuhalten, so wären wir um ein außerordentlich wirksames Agitationsmittel bereichert gewesen (Sehr richtig!) und unsere Gegner wären um ein solches geschmälert gewesen (Lebhafte Zustimmung).

Meine Herren, diese Tatsache gibt mir Anlaß, obwohl Herr Dr. Hugo mir das durch seine vorhin bereits gemachten Ausführungen nicht erleichtert hat, doch noch einmal in eine rückschauende Kritik der Tätigkeit der Geschäftsstelle einzutreten. Ich tue das nicht etwa, um hier in Einzelheiten zu erörtern, was hätte besser gemacht werden können und was nicht gut gemacht worden ist, sondern um zu erklären, daß so, wie bisher die Tätigkeit der Landesverbände durch die Reichsgeschäftsstelle unterstützt worden ist, vielmehr kaum unterstützt worden ist, nicht weitergearbeitet werden kann (Sehr richtig!). Wir müssen, meine Damen und Herren, mit einer ganz anderen Intensität durch Drucksachen, Materialien, durch Werbeblätter, durch Aufrufe, durch Broschüren in größtem Umfange arbeiten, so wie das von Anfang an von der Geschäftsstelle der Demokratischen Partei geschehen ist (Sehr richtig!). Daß das von der Demokratischen Partei geschehen ist, beweist, daß es möglich ist, auch wenn die Organisation als solche erst im Aufbau begriffen ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Wunsch aussprechen, daß bei der Konstituierung der Ausschüsse, die sich dem Geschäftsführenden Ausschuß angliedern werden[245], ein Ausschuß ganz besonders die Aufgabe bekommt, von der ich mit ganz besonderen Freude bemerkt habe, daß sie unser verehrter Herr Vorsitzender in seiner Rede besonders unterstrich, nämlich die Vorarbeit in geistigen, in rein literarischen, in künstlerischen Fragen innerhalb unseres Volkslebens. Es ist notwendig, daß auch dazu von der Presse und vom Parlament aus durch unsere Partei Stellung genommen wird. Dann, meine Herren, möchte ich davor warnen, daß die Arbeit von Jugendausschüssen, von Jugendgruppen, die an sich außerordentlich begrüßenswert ist, etwa dazu führen würde, eine organisatorische Zersplitterung zu bekommen, wie wir sie in der vergangenen Zeit schmerzvoll erlebt haben[246] (Sehr richtig!). Wenn wir diese Jugendgruppen bilden – auch wir in Hessen haben eine solche Jugendgruppe errichtet –, so muß das in engster Angliederung an die Gesamtorganisation geschehen (Sehr richtig!), nicht in einer Organisation, die irgendwelche organisatorische Unabhängigkeit erlangt. Ich möchte deshalb bitten, daß von seiten des Geschäftsführenden Ausschusses doch darauf Wert gelegt wird. Endlich noch ein Punkt. Ich habe den Wunsch, daß dem Geschäftsführenden Ausschuß in den Satzungen das Recht und die Möglichkeit gewährt wird, so wie bisher auch weiterhin Besprechungen der Landesvorsitzenden und der Landesgeschäftsführer zu veranlassen, wenn dies die politische Lage erfordert. Das ist ein Instrument,

[244] Siehe Anm. 142.
[245] Siehe Dok. Nr. 6.
[246] Siehe Anm. 115.

welches die Fühlungnahme wesentlich erleichtert, ohne die schwierigen organisatorischen Vorbereitungen der anderen Zusammenkünfte zu erfordern. Den Begriff »Deutsche Volkspartei« wollen auch wir erhalten wissen, und auch wir wenden uns gegen irgendwelche Änderung des Namens (Beifall).

Vorsitzender [Stresemann]: Meine Damen und Herren, ich möchte zu den letzten Ausführungen das Wort nehmen und darauf hinweisen, daß über die Entstehung der Partei in der »Nationalliberalen Correspondenz« ja auch während der Wahlzeit wiederholt berichtet worden ist[247] (Zuruf: Die kriegt man aber nicht! Mit allen Mitteln ist sie nicht zu bekommen!). Deshalb ist auch die Frage zu erörtern und wird im Geschäftsführenden Ausschuß erörtert werden, ob wir die »Correspondenz« in anderer Weise als bisher den Vertrauensmännern zur Verfügung stellen. Vorher ging sie nur der Presse zu.[248] Damit war ihre Wirksamkeit vielleicht beschränkt, weil namentlich in der Zeit der Papiernot nur einige Zeitungen diese Veröffentlichungen abdrukken. Es ist ja vorhin mitgeteilt worden, daß auch die Mitteilungen an die Vertrauensmänner wieder erscheinen sollen, und wenn Sie einmal unsere Propaganda in den letzten Wochen verfolgt haben, werden Sie sehen, daß die Zeit der Stagnation in Bezug auf Werbematerial für die Freunde im Lande überwunden ist. Unsere Freunde in Hessen sind vorgegangen und haben bisher acht Hefte erscheinen lassen, die sehr wertvolles Material enthalten. Wir haben in sehr billigen Ausgaben die in der Nationalversammlung gehaltenen Reden zur Verfügung gestellt. Ich kann erfreulicherweise sagen, daß die Bestellungen im Lande sehr zahlreich gewesen sind. Wir haben weiter sofort die ganzen Reden, die bei dem Kursus gehalten worden sind, als Flugschriften erscheinen lassen und werden das auch weiter fortsetzen, so daß es an Material nicht fehlen wird.[249]

Ich darf aber hier einmal auf zwei grundsätzliche Fragen eingehen, die hier erörtert worden sind; das eine ist die Frage: Soll und kann der Geschäftsführer auch gleichzeitig Abgeordneter sein? Da stehe ich auf einem anderen Standpunkt als die Herren, die sich dagegen gewandt haben. Ich bin der Meinung, daß der leitende Beamte einer großen Partei nicht nur von außen her die Politik beobachten muß, sondern daß es wünschenswert ist, wenn er die Möglichkeit hat, mitschaffend in der Politik wirken zu können (Sehr richtig!). Was uns gefehlt hat, das war eine Geschäftsführung, die neben einem solchen Hauptgeschäftsführer auch Redner für das Land und Organisatoren hat, die an Ort und Stelle der Geschäftsführung im Lande zur Verfügung stehen. Aber ich betrachte die Stellung des Hauptgeschäftsführers vielleicht etwas anders als die Herren Vorredner. Bei einem regen Leben der Partei wird es jederzeit große Versammlungen in den Landesorganisationen, in den Wahlkreisorganisationen geben. Wenn da die Hauptgeschäftsstelle vertreten ist und wenn da die gesamte Tätigkeit, namentlich der Reichstagsfraktion, in der ja ein großer Teil der praktischen

[247] Siehe »Aufruf«, NLC vom 23.11.1918, Nr. 224; »Beginnende Klärung«, NLC vom 29.11.1918, Nr. 228; »An unsere Parteifreunde«, NLC vom 9.1.1919, Nr. 6.

[248] Nach der Abonnentenliste ging die NLC im Juni 1919 an 125 Zeitungen und 543 Privatpersonen, siehe BAK R 45/II 50, p. 137.

[249] Die Reden von Stresemann (»Die Deutsche Volkspartei und ihr politisches Programm«), Kahl (»Die deutsche Volkspartei und das Reich«) und Vögler (»Untergang oder Aufbau«) wurden im Staatspolitischen Verlag veröffentlicht und von der Reichsgeschäftsstelle zu 25 Pfennig pro Stück den Wahlkreisverbänden zur Verfügung gestellt.

Führung liegt, erörtert wird, dann ist Ihnen nicht damit gedient, daß der Hauptgeschäftsführer nur durch Zeitungsberichte über das informiert ist, was vorgegangen ist. Dann hat er eine ganz andere Autorität Ihnen gegenüber, wenn er selber in der Lage war, an Ort und Stelle mitzuwirken.

Was Sie beklagen, ist ja auch etwas anderes. Sie beklagen, daß zur Zeit der Wahl der Generalsekretär nicht zur Verfügung stand, weil er durch die Wahl in Anspruch genommen war. Das stimmt für die damaligen Verhältnisse, in Zukunft wird es nicht der Fall sein. Ich werde vorschlagen und hoffe, daß der Geschäftsführende Ausschuß mir darin beistimmt, eine ganz strenge Arbeitsteilung herbeizuführen, und zwar in der Form, daß der Hauptgeschäftsführer, wer es auch sei, der Leiter der Organisation und Mitträger der Politik ist, der in dieser Weise zur Verfügung steht. Ich würde es begrüßen, wenn er auch der Fraktion angehört. Daneben müssen mehrere Redner sein, die für die Versammlungen im Lande zur Verfügung stehen, und neben diesen Rednern müssen Organisationsabteilungen sein, und den Herren würde ich verbieten, daß sie außerhalb sprechen. Sie sollen in der Geschäftsstelle sein für die telephonischen Gespräche, für die Besuche. Wenn wir diese Organisation durchgeführt haben, fällt aber auch das fort, was der Anlaß zu diesen Beschwerden gewesen ist.

Ich komme nun auf die Persönlichkeit des Herrn Dr. Hugo und seine Tätigkeit, und ich möchte Ihnen sagen: Auch wenn Herr Dr. Hugo nicht kandidiert hätte, wären genau dieselben Schwierigkeiten gewesen. Denn wie gehen die Sachen? Auf der einen Seite wollen Sie, daß Herr Dr. Hugo auf der Geschäftsstelle ist, auf der anderen Seite kommen ganz dringende Telegramme: Sie müssen in Hamburg sprechen, sie müssen morgen in Essen sein, es ist unbedingt nötig, daß Sie bei uns sprechen, und die außerordentliche Rednerkraft, die von seiner Persönlichkeit ausging, hat uns außerordentlich genützt. Ich habe in den letzten Tagen Telegramme aus Essen und Hamburg erhalten, worin die Herren sagen, daß die ganze Stellung der Deutschen Volkspartei in den dortigen Bezirken durch die Rede des Herrn Dr. Hugo einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat (Zustimmung). Ich glaube, wenn er in die Dinge noch mehr hineinwächst – er mag mir gestatten, das zu sagen –, wenn er ganz anders sprechen kann als bisher, so ist das vielleicht wesentlich darauf zurückzuführen, daß er an Ort und Stelle ist und ganz andere Eindrücke von dem ganzen politischen Leben hat, als er sie als Außenstehender haben konnte. Deshalb bitte ich: Scheiden Sie zweierlei voneinander, scheiden Sie das, was in diesen revolutionären vier Wochen, die auch parteirevolutionär waren, vorgegangen ist und was damals zu einer gewissen Destruktion in der Parteileitung geführt hat, und was sich in der Zukunft auf gründlichen Unterlagen aufbauen soll. Ich hoffe, daß sie uns mit den finanziellen Mitteln, die wir dazu brauchen, nicht im Stiche lassen werden. Dann aber, glaube ich auch, ist ein Grund für diesen Antrag nicht mehr vorhanden, und ich würde es bedauern, wenn durch eine retrospektive Kritik, die ja auch an sich nichts bessert und die die Verhältnisse der Zukunft nicht berührt, vielleicht die Wirkung erzielt würde, daß wir auf die Tätigkeit des Herrn Dr. Hugo verzichten müßten. Denn ich bin der festen Überzeugung, daß die Freunde im Lande, die aus der früheren Zeit und aus der Gegenwart die außerordentlich agitatorische, wuchtige Kraft des Herrn Dr. Hugo kennen, darin ein außerordentliches Defizit für unsere ganze Bewegung sehen würden (Sehr richtig!). Ich würde deshalb dringend bitten, doch einmal jetzt, wo es sich darum handelt, die Grundlagen für die Organisation der

Zukunft zu schaffen, auch diese Frage unter dem Gesichtspunkt des künftigen Aufbaues der Organisation anzusehen und nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Vergangenheit vom 15. Dezember bis zum 19. Januar.

Frau Voigt[250] (Flensburg): Ich komme aus der sozialen Arbeit, und auf dem Gebiet der sozialen Arbeit hat mich in den letzten Jahren ganz besonders die Hinterbliebenenfürsorge, an der ich mitgearbeitet habe, interessiert, und aus der Not, die ich in dieser Fürsorge kennengelernt habe, habe ich den Antrag gestellt, von dem ich hoffe, daß die Volkspartei ihn warm unterstützen wird. Die Witwen unserer gefallenen Kriegsteilnehmer befinden sich allerdings in einer ganz verzweifelten Lage (Sehr wahr!). Sie beziehen eine ganz kleine Rente.[251] Bis jetzt haben die Städte noch die Differenz zwischen der Rente und der Kriegsunterstützung bezahlt. Diese Differenz fällt jetzt in Flensburg fort, und es mag in anderen Städten ähnlich sein. Damit sind sie nur auf die Rente gestellt. Ich will nicht die ganzen Rentenverhältnisse hier klarlegen, aber nur ein Beispiel anführen. Eine Frau mit einem Kinde bezieht eine monatliche Rente von 57 RM. Bisher haben die Städte einen Zuschuß gegeben und haben auch zu der Wohnungsmiete einen Zuschuß gegeben. Das fällt alles fort. Eine solche Frau befindet sich jetzt womöglich in den Verhältnissen, 57 RM. monatlich zu beziehen und davon 58 M. vierteljährlich Miete abzugeben, also etwas ganz Unhaltbares für sie. Nun haben die Frauen in der letzten Zeit versucht, sich zusammenzuschließen, weil sie auch einsahen, daß nur ein Zusammenschluß ihnen helfen kann, und da haben sie bei uns dann einige recht hübsche Versammlungen gehabt. Da sind wir zu ihnen gegangen und haben ihnen gesagt: Frauen, Ihr müßt Euch organisieren. Wir wollen Euch auch Hilfe bringen, aber Ihr sollt auch in sachlicher Weise vorgehen und Euch nicht leiten lassen von Führern der Sozialdemokraten.

Nun meine ich, daß wir von uns auch etwas für diese Frauen tun sollten, denn sie allein können ja nicht viel erreichen. In unserem Programm steht auch schon, daß wir für die Hinterbliebenen sorgen wollen. Ich habe auch heute nachmittag gehört, daß die Volkspartei sich auf den Standpunkt der Bodenreform stellen will. Das wäre auch ein Gebiet, auf dem den Frauen gut geholfen werden könnte. Bis jetzt war es schon so, daß, wenn sich die Frauen einen kleinen Besitz von ihrer Rente kaufen wollen, ihnen die eine Hälfte der Rente kapitalisiert wird, die andere Hälfte erhalten sie. Wenn wir dadurch die Frauen, die früher auf dem Lande gewesen sind, mit ihren Kindern auf das Land bekommen könnten, dann wäre das ein großer Segen für die Frauen und für die Kinder (Sehr richtig!). Aber aus dieser traurigen Lage heraus habe ich den Antrag gestellt:

Die Frauen der Deutschen Volkspartei bitten, daß die Deutsche Volkspartei alle Maßnahmen ergreifen möge, daß diese ganz geringe Rente möglichst schnell erhöht wird – ich weiß nicht genau die Formulierung. Ich hoffe, daß Sie den Antrag warm unterstützen werden (Beifall).

Vorsitzender [Stresemann]: Ich möchte einmal fragen, ob es nicht der Debatte nützt, wenn wir den Antrag wegen der Namensänderung jetzt durch Abstimmung erledi-

[250] Jane Voigt (* 1875), Rektorin in Flensburg. 1921–1932 MdL Preußen (DVP).
[251] Zur Höhe der Kriegerrenten siehe Richard W. Whalen, Bitter Wounds: German Victims of the Great War 1914–1945, Ithaca 1984, S. 128ff.

gen. Ich glaube, die Meinung der Versammlung ist in dieser Beziehung ziemlich geklärt, und es würde dann dieser Punkt aus der weiteren Debatte ausscheiden können.

Dr. Curtius (Heidelberg): Ich habe es versäumt, mich zum Wort zu melden, aber ich darf vielleicht zu dieser Frage, trotzdem ich nicht zum Worte gemeldet bin, eine kurze Anfrage stellen. Wir in Baden nennen uns – die meisten Mitglieder werden es schon wissen – Deutschliberale Volkspartei, weil damals durch die Presse gegangen ist, daß voraussichtlich die Gesamtpartei auch diese Bezeichnung tragen würde und weil wir es aus Gründen, die ich vielleicht morgen entwickeln werde, absolut für notwendig hielten, uns gerade in Baden als liberale Partei zu bezeichnen. Wir wären nicht in der Lage, diesen Namen für Baden wieder abzuändern, und ich möchte darum bitten, daß Herr Dr. Stresemann auch heute, wie er es schon vor vier Wochen getan hat, uns die Erklärung gibt, die Parteileitung wäre damit einverstanden, wenn wir uns in Baden nach wie vor Deutschliberale Volkspartei nennen. Dann haben wir es nicht nötig, für die Gesamtpartei eine Änderung des Namens zu beantragen. Aber ich möchte Ihnen erklären: Für Baden ist es gänzlich ausgeschlossen, daß wir eine Änderung dieses Namens »Deutschliberale Partei« wieder vornehmen.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich habe seinerzeit bei dem Ausbildungskursus Folgendes erklärt, was meiner Meinung nach auch die Parteileitung tun wird: Ebenso wie die alte Nationalliberale Partei überhaupt nie darunter gelitten hat, daß sie in einzelnen Landesteilen einen anderen Namen führte – so nannten sich die württembergischen Nationalliberalen Jahre hindurch »Deutsche Partei in Württemberg« –, ist es durchaus möglich, und es steht gar nichts entgegen, daß in denjenigen Landesteilen, in denen der Name »Deutsche Volkspartei« eine andere Bedeutung hat, der Name »Deutschliberal« geführt wird. Er hat eine andere Bedeutung in Württemberg und in Baden, weil dort die früheren Demokraten sich »Deutsche Volkspartei« nannten.[252] Ebenso besteht gar kein Bedenken dagegen, daß die Bayern sich »Nationalliberale Partei« nennen. Sie können sich nicht »Deutsche Volkspartei« nennen, denn die Demokraten nennen sich in Bayern »Deutsche Volkspartei«.[253] Also können unsere Herren dort gar nicht arbeiten, wenn sie sich auch »Deutsche Volkspartei« nennen. Ebenso wie die Demokraten das ertragen, wie das Zentrum ja jetzt aus zwei Teilen besteht, aus der »Bayerischen Volkspartei« und der »Christlichen Volkspartei«[254], bin ich der Meinung, daß wir alle damit einverstanden sein können, wenn unsere

[252] Bei den Wahlen zur württembergischen verfassunggebenden Landesversammlung am 12.1. und bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919 trat die DVP gemeinsam mit der DNVP und dem Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund als »Württembergische Bürgerpartei« an, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung 13,8 %, bei den Wahlen zur Landesversammlung 7,4 % der Stimmen erzielte. Stresemann hatte sich am 24.3.1919 in einem Schreiben an Schmidtgall scharf gegen ein – vor allem von dem ehemaligen Nationalliberalen und jetzigen DNVP-Mitglied Paul Fuhrmann gefordertes – Aufgehen der württembergischen DVP in der Bürgerpartei, dem württembergischen Landesverband der DNVP, ausgesprochen, PA NL Stresemann 206. Die badische NLP hatte sich im November und Dezember 1918 praktisch geschlossen der DDP zugewandt, so daß die DVP hier weder bei den Nationalversammlungs- noch bei den Landesversammlungswahlen (5.1.1919) antrat, siehe auch Dok. Nr. 8, Anm. 12.

[253] Die DDP bezeichnete sich nach der Novemberrevolution in Bayern als »Deutsche Volkspartei in Bayern«, siehe auch Anm. 256.

[254] Der bayerische Landesverband der deutschen Zentrumspartei hatte sich Mitte November 1918 von der Gesamtpartei (die zu den Nationalversammlungswahlen als »Christliche Volkspartei«

Freunde im Süden für ihre dortigen landschaftlichen Bedürfnisse den Namen ändern. Wir aber wollen an dem Namen »Deutsche Volkspartei« als Gesamtnamen festhalten.

Ich glaube, daß sich vielleicht nach dieser Erklärung, wenn Sie ihr im Grundsatz zustimmen, auch die Anträge erledigen, die wegen Änderung des Namens in Vorbereitung oder gestellt sind.

Unbekannter Name: Ich möchte im Namen des 19. Wahlkreises [Hessen-Nassau] den Antrag stellen, daß wir den Namen umändern in »Deutschliberale Volkspartei«, und zwar deshalb, weil sich immer wieder Verwechslungen ergeben. Was eben Herr Dr. Curtius und Herr Dr. Stresemann angeführt haben, spricht dafür, daß wir einen charakteristischeren Namen haben müssen als »Deutsche Volkspartei«, denn der ist tatsächlich ziemlich farblos. Erstens gibt er Veranlassung zu Verwechslungen, zweitens sagt er eigentlich das nicht, was die Tradition unserer Partei war, wie sie grundsätzlich ausgedrückt war in »national« und »liberal«. Warum sollen wir das in unserem Firmenschild nicht auch haben? Jede Partei will heute eine »Deutsche« Partei sein und jede Partei nennt sich »Volkspartei«. Wir wollen in dem Namen »Deutschliberale Volkspartei« das Deutsche betonen, das Vaterländische und das Liberale, den Persönlichkeitswert. Lassen Sie uns also das Wort »liberal« dem Namen »Deutsche Volkspartei« hinzufügen.

Prof. Förster: Ich möchte nur bitten, daß, bevor über meinen Antrag abgestimmt wird, ich doch auch die Möglichkeit habe, diesen Antrag zu begründen (Zustimmung). Wenn über meinen Antrag jetzt abgestimmt wird und ich bekomme nachher erst das Wort, so fällt das ja unter den Tisch.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich hatte nicht daran gedacht, daß der Herr Antragsteller noch nicht gesprochen hat. Sind Sie damit einverstanden, dann würde ich bitten, daß wir vielleicht dem Herrn Antragsteller zu einer kurzen Erklärung das Wort geben und dann diese Frage zur Erledigung bringen.

Prof. Förster: Meine Herren, ich glaube allerdings, daß ich für eine verlorene Sache spreche, aber ich sehe mich genötigt, diesen Antrag einzubringen. Die Sache ist nämlich so. Herr Dr. Stresemann hat bereits erwähnt, daß die Deutsche Demokratische Partei sich in Bayern Deutsche Volkspartei nennt, und zwar hat sie das zu einer Zeit getan, wo im Reich noch keine Deutsche Volkspartei bestand.[255] Wir sind mit dem Namen »Deutsche Volkspartei« wieder einmal, wie überhaupt in sehr vielem anderen zu spät gekommen, und das ist etwas, was ich überhaupt betonen wollte und was ich bei anderer Gelegenheit einmal betonen werde.

Zur Begründung will ich nur das eine sagen: Wir sind in Bayern in jeder Agitation gelähmt. Der Herr Vorredner hat ganz richtig gesagt: Es nützt ja gar nichts, wenn man den Namen in seiner Landesorganisation beibehält und im Reich ein anderer Name ist. Es gibt immer noch Verwechselungen. Wir nennen uns nationalliberal, aber wir mußten bei der Wahl zur Nationalversammlung offiziell den Namen »Deut-

antrat) getrennt und sich als »Bayerische Volkspartei« konstituiert, siehe Morsey, Zentrumspartei, S. 280ff.; Schönhoven, S. 23ff.

[255] Die »Deutsche Volkspartei in Bayern« hatte sich bereits am 17.11.1918 gegründet, siehe DGK, Ergänzungsband: Die deutsche Revolution, Teil 1, S. 366.

sche Volkspartei« führen, denn für die Nationalversammlung gab es eben keine nationalliberale Partei. Nun hat uns die Deutsche Demokratische Partei Wahlschwindel vorgeworfen. Sie hat gesagt: Es ist ein Wahlschwindel, denn wir haben uns zuerst nationalliberal genannt. Sie hat gesagt: Ihr habt überhaupt gar nicht die Berechtigung, Euch Deutsche Volkspartei zu nennen. Bitte bedenken Sie doch, in was für enorme Schwierigkeiten wir dadurch hineinkommen. Das sind die Gründe, die mich bewogen haben, den Antrag zu stellen, obwohl ich nach der Stimmung voraussetzen konnte, daß er nicht angenommen werden würde. Nun muß ich aber auch noch sagen: Der Name begegnet auch sonst noch einigen Bedenken. Er ist meiner Ansicht nach keineswegs so glücklich gewählt, wie immer gesagt wird. Wir nennen uns »Deutsche Volkspartei«. Volkspartei ist jede Partei und deutsch ist meiner Ansicht nach mit Ausnahme der Sozialdemokratie und der Unabhängigen auch jede Partei. »Deutsch« sollte, meine ich, doch eigentlich Selbstverständlichkeit sein. Denken Sie bitte daran: Wenn heute in England eine Partei aufträte, die sich meinetwegen »Englische Volkspartei« nennte, die würde sich einfach lächerlich machen (Sehr richtig!).

Dann wollte ich noch einiges sagen, was praktisch auch für diese Sache kaum spricht. Es wird immer gesagt: Wir müssen den liberalen Gedanken vertiefen oder wir müssen uns dazu bekennen oder wir müssen ihn mit neuem Inhalt erfüllen. Ja, meine Damen und Herren, wie können wir das, wenn in unserem Namen das Wort »liberal« überhaupt gar nicht vorkommt? Das geht doch gar nicht.

Nun möchte ich noch etwas sagen. Es wird immer auf die Spaltung der Deutschen Demokratischen Partei gehofft, bzw. darauf, daß die Elemente in der Deutschen Demokratischen Partei, die nach ihrem ganzen Wesen dort nicht hineinpassen, wie z. B. Herr Geheimrat Friedberg und eine Masse Leute – ich wäre um Namen nicht verlegen –, wieder zu uns zurückkommen sollen. Das würde ihnen zweifellos erleichtert werden, wenn wir den alten Namen noch hätten.

Dann möchte ich noch etwas sagen. Bei uns in Bayern sind wir mit Ausnahme der Mittelpartei[256], die dieselben Ziele mit uns verfolgt, die aber die Sache nicht so schroff aussprechen kann wie wir, die einzige Partei – das kann ich wohl sagen –, die überhaupt noch wagt, den nationalen Gedanken offen auszusprechen und ihn wirklich immer an die Spitze ihrer Ausführungen zu stellen. Ja, um Gottes willen, sollen wir denn das ganz untergehen lassen? Das ist ja für uns die einzige Möglichkeit, noch einen Erfolg zu erzielen. Wenn wir bei uns die Massen an uns heranbringen wollen, können wir es nur auf dem Wege, daß wir sagen: wir sind national. Wir wollen also »liberal« einfach fallenlassen. Wenn die Herren damit einverstanden sind, soll es mir recht sein. Aber ich glaube nicht, daß Sie damit einverstanden sind. Nachdem bereits der Antrag gestellt worden ist, uns »deutschliberal« zu nennen, könnte man sagen: Liberal wollen wir sein, aber national wollen wir nicht sein. Wenn das kein Widerspruch ist (Vorsitzender [Stresemann]: Die Redezeit ist abgelaufen). Das wollte ich zur Begründung sagen. Ich wollte noch [über] einiges andere sprechen; vielleicht wird mir der Herr Vorsitzende erlauben, das in der nachfolgenden Debatte zu sagen.

[256] Als »Mittelpartei« bezeichnete sich der bayerische Landesverband der DNVP; siehe dazu Liebe, S. 39ff.; Striesow, S. 213ff.

Vorsitzender [Stresemann]: Darf ich meinerseits vielleicht zu dieser Frage folgendes bemerken. Ich glaube, Sie unterschätzen das eine, daß der Charakter einer Partei von dem Namen doch verhältnismäßig wenig abhängt. Die große, mächtige Zentrumspartei hat ihren Namen gewählt nach ihrem Platze in der Mitte des Parlaments. Was bedeutet der Name »Zentrumspartei«? Er bedeutet gar nichts, und doch weiß jedes Kind in Deutschland, was die Zentrumspartei von kulturpolitischen und anderen Auffassungen jederzeit vertreten hat. Also, ich glaube, die Bedenken, daß der Name farblos sei, sprechen nicht gegen den Namen. Er ist mit Inhalt zu erfüllen, und danach wird man ihn in der Öffentlichkeit beurteilen.

Dann vergessen Sie einen anderen Gesichtspunkt nicht. Bei dieser Wahl sind zum ersten Male ich glaube 17 Millionen Frauen als Wählerinnen an die Urne getreten.[257] Die hatten keine Tradition, die sind in die Deutsche Volkspartei hineingekommen, die zum ersten Male an sie herantrat. Sie bringen eine ungeheure Verwirrung gerade in diese großen Kreise der neu sich politisch Betätigenden hinein (Sehr richtig!), wenn Sie jetzt eine Namensänderung vornehmen, bei der natürlich diese Kreise sich nicht zurechtfinden, weil sie die Tradition nicht hatten, die in uns lebendig war (Sehr wahr!). Wir haben den Namen »nationalliberal« damals aufgegeben, weil wir fürchteten, daß die Haltung unserer Landtagsfraktion, die bis zuletzt in ihrer Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht war[258], uns bei den Wahlen katastrophal schaden würde (Sehr richtig!), weil man in jedem Wahlkreis sagen würde: Das sind diejenigen, die sich bis zum Schluß in ihrer Mehrheit dagegen gesträubt haben; zweitens aus dem Grunde, weil wir hofften – und ich bitte, das auch zu beachten –, daß der Name »Deutsche Volkspartei« es uns erleichtern würde, in Österreich Fuß zu fassen. Diese Auffassung hat sich durchaus bewahrheitet. Unsere Freunde Dr. Becker und Dr. Mittelmann, die in Österreich waren und für uns wirkten, haben uns die erfreuliche Mitteilung bringen können – und das geht auch aus anderen Kundgebungen hervor –, daß die deutschparteilichen Österreicher sich mit wenigen Ausnahmen geschlossen der Deutschen Volkspartei angeschlossen haben (Beifall). Die deutschvölkische Partei in Österreich hat unter diesem Gesichtspunkte bereits ihren Namen in »Deutsche Volkspartei in Österreich« umgeändert[259] (Hört! Hört! und Beifall). Die Herren haben uns aus Österreich berichtet, daß unter dem Namen »Deutschliberal« in Österreich jede, aber auch jede Agitation unmöglich wäre. »Deutschliberal« heiße in Österreich: Partei der »Neuen Freien Presse« und das wäre ganz dasselbe wie in Deutschland Partei des »Berliner Tageblatts«, und man würde

[257] Unter den insgesamt 39 Millionen Wahlberechtigten zur Nationalversammlungswahl am 19.1.1919 befanden sich ca. 21 Millionen Frauen.

[258] Zur Haltung der NLP-Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus in der Frage der Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts siehe Hartwig Thieme, Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses 1914–1918, Boppard 1963, S. 94 ff.; Richard Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964.

[259] Die »Deutsche Volkspartei in Österreich« hatte sich kurz nach der Wahl zur konstituierenden österreichischen Nationalversammlung am 16.2.1919 der »Großdeutschen Vereinigung« als dem Dachverband der nationalen Parteien angeschlossen, der über 26 Mandate verfügte (gegenüber 72 Sozialdemokraten und 69 Christlichsozialen), siehe dazu Adam Wandruszka, Das »nationale Lager«, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik, Österreich 1918–1938, Bd. 1, Graz 1983, S. 277–314.

niemals einem Österreicher klar machen können, daß eine »Deutschliberale Partei« nationaldeutsch dächte.

Ich glaube, das sind doch wichtige Gesichtspunkte, zu denen noch der eine kommt, daß eine gewisse Stetigkeit sich jetzt in diesen Verhältnissen anbahnen muß. Uns bleibt die Tradition der alten Nationalliberalen Partei. Die ist in uns lebendig. Wir fühlen uns auch in der Beziehung als die Erben der großen Tradition der Partei der Reichsgründung und werden das jederzeit mit Stolz betonen können. Aber machen Sie jetzt nicht den Fehler, daß Sie im Volke die Auffassung erwecken, als wären wir unsicher an uns selbst, indem wir nach kurzer Zeit den Namen der Partei ändern (Sehr richtig!). Ich bin überzeugt, daß alles, was wir hier an Liberalismus betätigen, in die Öffentlichkeit hinausklingen wird, gleichgültig, welchen Namen wir haben, wenn wir dem Namen nur den richtigen Inhalt geben. Aus diesem Grunde bitte ich, es bei dem Namen zu belassen, aber unseren Freunden in Süddeutschland die Möglichkeit zu geben, einen anderen Namen zu führen, wenn nur die Flüsse nachher einmünden in den Strom der großen Deutschen Volkspartei (Beifall). Ich darf dann vielleicht bitten, daß wir über die Anträge abstimmen. Es liegen zwei Anträge vor, ein mündlicher und ein schriftlicher, zuerst der Antrag Förster, der lautet, den Namen der Partei wieder umzuändern in »Nationalliberale Partei«. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. Es hat sich für den Antrag eine Hand nicht erhoben.

Prof. Förster: Kann ich den Antrag stellen: Untertitel »Nationalliberale Partei«?

Vorsitzender [Stresemann]: Ich möchte nachher darauf Antwort geben. Ich glaube, durch meine vorherigen Ausführungen habe ich das schon zum Ausdruck gebracht. Ich komme dann zu dem Antrag, den Namen der Partei in »Deutschliberale Volkspartei« zu ändern. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, die Hand zu erheben (Geschieht). Das ist eine kleine Minderheit. Es bleibt also bei dem Namen »Deutsche Volkspartei« (Beifall). Aber ich glaube, daß dagegen kein Bedenken besteht, wenn einzelne Organisationen in Klammern darunter setzen wollen »Nationalliberale Partei«, um den Übergang in ihrem Bezirk zu erleichtern.

Dr. Curtius (Heidelberg): Die Frage ist unter Umständen geeignet, in der Öffentlichkeit ein gewisses Aufsehen zu erregen. Ich habe mich ja eben auch der Beibehaltung des Namens angeschlossen und meine, es ist nach den Ausführungen des Herrn Dr. Stresemann richtig, daß die Partei ihren Namen nicht ändert. Nun liegen aber die Anträge vor. In der Öffentlichkeit ist bekannt, daß Bestrebungen im Gange sind, den Namen in »Deutschliberale Partei« zu ändern. Wenn jetzt die Ablehnung erfolgt, könnte die Öffentlichkeit daraus entnehmen, daß wir nicht liberale Gedanken haben. Ich möchte bitten zu erwägen, in welcher Weise wir morgen, wenn die Öffentlichkeit teilnimmt, diesen Beschluß motivieren, daß wir gleich dagegen Stellung nehmen, daß dieser Schluß nicht daraus gezogen werden kann, daß wir es nur tun, weil wir der Meinung sind, der Name »Deutsche Volkspartei« hat bereits einen guten Klang und hat bereits eine Tradition, und aus dem Grunde wollen wir den Namen nicht ändern, daß aber alles wieder, was jetzt erörtert worden ist, nicht zur Debatte gestellt wird, damit nicht ein falscher Eindruck entsteht.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich glaube, Herr Dr. Curtius, daß diese Anregung sich wohl morgen in dem Bericht, den die Partei über die Verhandlungen an die Presse

gibt, verwirklichen lassen wird. Ich würde mir dann den Vorschlag erlauben, mit Dr. Spieß das so zu formulieren, daß wir auch äußerlich zum Ausdruck bringen, daß die ganze Grundtendenz dahin geht, den Liberalismus gegenüber der Demokratie zu betonen, daß wir aber an dem Namen nichts ändern wollen, weil der in Deutschland volkstümlich geworden ist. Also, ich glaube, daß die Befürchtung, daß man das als illiberalen Beschluß ansehen würde, vielleicht nicht in dem Maße vorhanden sein dürfte. Wir fahren in der gemeinsamen Aussprache fort.

Prof. Dr. Dieckmann (Osnabrück): Meine Damen und Herren! Mit wenigen Worten möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse in der Provinz Hannover richten. Meinen Sie nicht, daß die welfische Agitation ohne Bedeutung ist, weil sich in der preußischen Landesversammlung nur sieben Herren dafür erhoben haben![260] Damals waren die Herren in glänzender Isolierung. Aber mit Recht konnten sie sich darauf berufen, daß ihnen in der Wahlzeit von rechts und von links Unterstützung gekommen ist; und noch dazu in unseren eigenen Reihen gibt es Leute, die sich mit dem Gedanken zu befreunden beginnen, Hannover von Preußen loszureißen.

Wir wollen [nicht] befreit werden, wir wollen Preußen bleiben. Ich, der ich an der Spitze einer nach Tausenden zählenden Körperschaft stehe, kann Ihnen sagen, daß unter diesen Tausenden nicht einer wünscht, daß Preußen zerrissen und zersplittert wird. Wir wissen, was wir an Preußen haben. An die kleinen Mittelstaaten wagt man sich nicht heran, an das stolze Preußen will man herangehen; man will Deutschland zerstören, indem man an Preußen herantritt. In dem Augenblick, wo man anfing mit den Bestrebungen, Hannover von Preußen loszureißen, ergaben sich alle möglichen Bestrebungen auf Annexion von Teilen Hannovers zu richten. Da wollte Braunschweig annektieren, Bremen wollte gewisse Teile annektieren, sogar Oldenburg hat sich nicht gescheut, dem zu folgen. Das war die Folge von diesen unseligen Ideen, die Herr Preuß offiziell gemacht hat.[261] Darauf konnten sich die Leute berufen, indem sie sagten: Wir tun ja nur das, was sie Reichsregierung will. Gott sei Dank hat sich in Preußen ein anderer Wind geltend gemacht, und ich bitte Sie: Geben Sie heute Ihrer Meinung, Ihrem Willen dahin Ausdruck: Wir wollen auf keinen Fall zugeben, daß Hannover von Preußen losgerissen werde, und berufen wir uns darauf, daß wir Hannoveraner das nicht wollen (Lebhafter Beifall.).

Dr. Lisco[262] (Gumbinnen): Meine Damen und Herren, ich knüpfe an die Worte an, die uns an die sozialen Aufgaben erinnern, die die Deutsche Volkspartei in dieser Zeit zu erfüllen hat. Ich möchte diese Forderungen, die hier im einzelnen gestellt wurden, zunächst unterstreichen. Was mir in der Wahlzeit an sozialer Not in bittersten Klagen entgegengetreten ist, war wahrhaft erschütternd. Ich möchte hier, wie ich es schon in Königsberg getan habe, alle Vertreter Ihrer Organisation im ganzen Reich dringend bitten, an die soziale Tätigkeit gegenüber den minder bemittelten Klassen nicht nur zu denken, sondern tatkräftig dafür einzutreten. Der bei weitem stärkste Grund für all das Unglück, das wir erleben müssen, scheint mir darin zu liegen, daß wir allzu wenig nur immer die Frage so gestellt haben und eine Antwort darauf

[260] Siehe Anm. 194.
[261] Siehe Anm. 191.
[262] Dr. Lisco (Gumbinnen), Stadtrat a. D., Fabrikbesitzer.

versucht haben: Wer ist dein Nächster? Das müssen wir praktisch tun, damit wir die Massen an uns heranholen, wie wir sie ganz sicher an uns heranholen können.

Aber die soziale Not ist nicht nur eine materielle Not, so fasse ich sie nicht auf, sondern sie ist auch ganz speziell eine geistige Not (Sehr richtig!). Der geistige Hunger, der mir in Versammlungen entgegengetreten ist, war vielleicht noch viel erschütternder als die alte materielle Not. Wenn die Leute in unsere Schulen kamen und sahen die großartigen, ungeahnten Schätze, die hier vor den Kindern ausgebreitet werden und die vor ihnen einfach verschlossen worden sind und nach denen sie doch so gehungert haben, dann wurden sie bitter, und mit Recht. Ich möchte von diesem Gesichtspunkt aus Ihre Aufmerksamkeit noch speziell auf die Ausführungen richten, die einer der verehrten Vorredner über die Kulturaufgaben der Deutschen Volkspartei gemacht hat. Ich möchte auf die Schulfragen hinweisen, die ein ganz wesentlicher Teil unseres Programmes sind. Es liegt dem Vertretertag allerdings schon ein Antrag des Vereins der Deutschen Volkspartei in Stolp zugunsten der Einheitsschule vor.[263] Ich möchte diesen Antrag unterstützen mit der Modifikation, daß statt Einheitsschule gesagt wird: Grundschule, damit wir ein klares Bild von dem haben, was wir verfechten wollen. Die drei-, vierklassige Grundschule ist mit der so sehr wünschenswerten Differenzierung unseres Schulwesens durchaus vereinbar, und ich glaube, es ist wohl auch sehr denkbar, daß wir in Süddeutschland, in Bayern z. B. und auch in Westfalen, so auch in allen anderen Landesteilen, die sozialen Folgerungen aus der einheitlichen Grundschule ziehen. Aber allerdings wollen wir die Kulturgüter unserer deutschen Nation nicht durch eine öde Demokratie verschütten lassen. Diese Demokratie will z. B. herbeiführen, daß die Schule, die in gewisser Beziehung doch die Krone unseres Schulwesens ist: das humanistische Gymnasium, jetzt hinweggespült wird, und ich bitte Sie, nach Möglichkeit gegen diese Bestrebungen einzutreten (Beifall).

Prof. Dr. Reincke[264] (Rostock): Meine Damen und Herren! Als einer derjenigen, die am schwersten gelitten haben unter der Auflösung, die über unsere Partei im Dezember gekommen ist, möchte ich hier das Wort ergreifen, um zunächst zur Geltung zu bringen, wie freudig auch wir Mecklenburger von den Ergebnissen des heutigen Tages ergriffen sind. Die Auflösung hat uns fast die Vernichtung gebracht. Aber wenn wir die Schuld daran gerade nach Berlin geworfen haben – wir haben heute gesehen und wir müssen das doch als ein kostbares Ergebnis heute mitnehmen, daß wir, die wir als Atome draußen im Lande gelebt haben, doch schließlich im gleichen und gemeinsamen Sinne gearbeitet haben, und damit ist es dahin gekommen, daß wir heute wieder eine geschlossene Macht in ganz Deutschland sind, wie sich das uns jetzt darstellt, und – wie ich überzeugt bin – morgen wird es noch deutlicher zur Geltung kommen. Der Name ist da wahrlich nicht von Bedeutung; das Wesentliche ist, daß wir in diesem Geist die nationalen und liberalen Gedanken unserer Vergangenheit wieder zur Geltung bringen und ihnen die Treue wahren, und dazu gehört nun freilich – ich möchte das noch stärker unterstreichen, als es vorher geschehen ist

[263] Siehe Anm. 219, 221.

[264] Hermann Reincke-Bloch (1967–1928), Dr. phil., Historiker. Professor in Straßburg, Rostock und Breslau. 1919/1920 Mtgl. der mecklenburgisch-schwerinischen Landesversammlung (DVP). Juli 1920–Jan. 1921 Ministerpräsident in Mecklenburg-Schwerin, April 1921–Juni 1922 dort Unterrichtsminister.

– die Sorge für den geistigen Aufbau unseres Volkes, das zusammengebrochen ist nach den militärischen Erfolgen durch die wirtschaftliche Lage. Das Aufkommen dieses Geistes der Selbstzerstörung, der Selbstauflösung ist ein Versagen der geistigen Kraft, die wir nicht mehr aufzurütteln imstande gewesen sind, und deshalb ist es durchaus die erste Aufgabe, für die Schule zu sorgen, für die Erziehung unseres Volkes, für die Grundschule und die höhere Schule, wie es eben ausgesprochen worden ist. Die höhere Schule, sie wird auf dem Boden der Grundschule gerade die höchsten Aufgaben der Erziehung und Bildung besser erfüllen können, als es früher der Fall war. Was darüber not tut, ist die Sorge für das Volk draußen im Lande, für die Arbeiter in den Städten. Die Volkshochschulen, die Landerziehungsheime, das sind die Aufgaben, auf die ich Sie hinweisen möchte und für die wir auch in unserem Programm Raum haben müssen, und darüber hinaus – auch das möchte ich in unserem Kreise noch aussprechen –: Die Erziehung ist nicht allein Sache der Schule, sondern vor allem anderen auch Sache der Familie, und für diesen inneren Ausbau unseres deutschen Familienlebens werden wir weiter vor allem Sorge zu tragen haben. Jetzt, wo die Arbeiter durch den Achtstundentag sich ganz anders auf das Haus stützen können, wo die Frauen ganz anders Zeit finden werden für die Ihrigen, haben wir durch unsere ganze Arbeit in der Siedlungspolitik, in der Erziehungspolitik dafür Sorge zu tragen, daß die deutsche Familie wieder der Grundstock des deutschen Lebens wird.

Erlauben Sie mir, noch ein letztes Wort hier zu sprechen über das, was bereits vorhin angeklungen ist, über die nationale Not, über die Verluste, die uns in Ost und West drohen. Gestern ist bereits über den Osten gesprochen worden. Aber ich, der ich lange Jahre, die glücklichsten Jahre meines Lebens, im Elsaß gewirkt habe, möchte es noch einmal aussprechen, daß dieses Land in seinem Grunde, in seinen Bewohnern, in seiner Gesittung rein deutsches Land gewesen ist (Beifall), daß es mit seinen Städten und Burgen, mit allem, was es an innerem Reichtum birgt, mit der Liebe seiner Bewohner, mit seinem Protestantismus, mit seinem tief religiösen Sinn ein kerndeutsches Land durch Jahrhunderte gewesen ist, und wenn wir heute – das muß man feststellen – hätten abstimmen können, dann hätten neun Zehntel für Deutschland gestimmt (Sehr richtig!). Das, meine Damen und Herren, wollen wir nicht vergessen, und wenn wir wissen, daß wir das Opfer heute tragen müssen – unser Gruß gilt unseren deutschen Brüdern und Schwestern dort im Elsaß; sie sollen unvergessen sein. Das deutsche Land, die deutsche Kraft, die dort durch die Jahrhunderte erwachsen ist, sie sollen deutsch bleiben im Geist über alle Zukunft hinweg (Lebhafter Beifall).

Oberlehrer Thiele[265] [Berlin-Steglitz] (zur Geschäftsordnung): Ich hatte mir erlaubt, Schluß der Debatte zu beantragen.

Stellvertretender Vorsitzender Abg. Garnich [Berlin]: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich darf sagen, daß noch acht Herren auf der Rednerliste stehen. Ich glaube, daß wir es denjenigen Herren, die noch nicht zum Worte gekommen sind und die etwas Neues vorzubringen haben, doch schuldig sind, daß wir auch sie bei der allgemeinen politischen Aussprache zum Wort verstatten. Es ist etwas anderes, wenn man über einen einzigen Antrag so lange gesprochen hätte. Sie können ja nicht wis-

[265] Georg Thiele (* 1878), Oberlehrer in Berlin-Steglitz.

sen, was diese acht Herren noch Neues zu der allgemeinen politischen Lage vorzubringen haben. Ich würde also vorschlagen, wenn es Ihnen recht ist, daß von hier aus ein Antrag gestellt wird, die Rednerliste zu schließen, aber denjenigen Herren, die noch auf der Rednerliste stehen, das Wort zu erteilen (Zustimmung).

Es scheint sich kein Widerspruch dagegen zu erheben.

Oberlehrer Thiele: Ich wollte eigentlich meinen Antrag nicht begründen, weil ich glaubte, daß die Versammlung einstimmig damit einverstanden sein würde. Die Herren stehen alle herum und unterhalten sich. Es ist überhaupt eine wirkliche Verhandlung nicht mehr möglich, und wir haben doch morgen noch Gelegenheit, die Herren, die wirklich etwas Neues vorzubringen haben, zu hören.

Stellvertretender Vorsitzender Abg. Garnich: Ich lasse abstimmen. Wer ist dafür, daß die Debatte geschlossen wird? (Die Abstimmung erfolgt). Wer ist dagegen? (Die Abstimmung erfolgt). Das scheint die Mehrheit zu sein.

Abg. Hollmann: Meine Herren, ich brauche Sie nur sehr kurze Zeit in Anspruch zu nehmen. Nach den Ausführungen des Herrn Dr. Wenderath zum Kulturprogramm kann ich mich insbesondere sehr kurz fassen. Ich möchte aber nicht unterlassen, auch meinerseits und im Namen unserer Freunde aus dem Wahlkreise Trier auf die hohe Wichtigkeit des Kulturprogramms noch einmal hinzuweisen. Ich beschränke mich nur darauf, möchte aber auf die taktischen Gesichtspunkte bei dieser Frage kommen. Ich glaube, das ist vorher gestreift worden. Wenn jetzt tatsächlich eine Selbstbesinnung in weiten Kreisen unserer bürgerlichen Wählermassen eintritt, eine Rückwanderung von der Demokratie, und wenn wir weiter sehen, daß diese Rückwanderung zum großen Teil zu den Deutschnationalen geht, so, glaube ich, liegt die Ursache darin, daß bisher noch kein klares, positives Programm von uns betont worden ist. Man glaubt in diesen Kreisen, daß vielleicht bei den Deutschnationalen die seelischen Werte und die Zukunftswerte für ihre Kinder besser und energischer geschützt würden als von uns. Ich kann mich auf diese wenigen Ausführungen beschränken, weil uns versprochen worden ist, daß ein Kulturprogramm geschaffen werden wird.

Aber dann möchte ich einem Wunsche Ausdruck geben, und zwar nehme ich einen schon von Herrn Rechtsanwalt Dingeldey ausgesprochenen Gedanken auf. Herr Dingeldey wünscht, daß auf dem Gebiet des geistigen Lebens, insbesondere für die Kunst, die Literatur, die besten Sachkenner gewählt werden sollen. Ich möchte diesem Wunsche insbesonders Ausdruck geben für die Fragen des Kirchen- und des Schulwesens. Dann noch eine Kleinigkeit. Ich will nicht in eine Kritik der Geschäftsführung der Reichsgeschäftsstelle eintreten, möchte es aber für dringend wünschenswert halten, daß derartige Sachen nicht wieder vorkommen, daß, wenn ein Wahlkreis am 7. Februar zehn »Nationalliberale Correspondenzen« bestellt, er sie bis heute noch nicht hat bekommen können. Nur ich habe sie bis jetzt bekommen können, weil ich mich direkt an Herrn Redakteur Spieß gewandt habe. Das aber nur nebenbei.

Meiner ganz besonderen Freude möchte ich aber darüber Ausdruck geben, daß heute Herr Dr. Stresemann sich mit dieser Wärme, dieser Bestimmtheit, dieser Entschiedenheit eingesetzt hat für die politische Verfolgung und Vertretung der gesunden Gedanken der Bodenreform.[266] Auch darin weiß ich mich eins mit den Herren aus

[266] Siehe Anm. 201.

[Worte fehlen]. Wir unterstreichen nicht nur die sozialen Werte, die in diesem Gedanken liegen, sondern auch die bevölkerungspolitischen, und wenn vorhin Herr Morath für eine gesunde Beamtenpolitik eingetreten ist, dann glaube ich, wenn wir Bodenreform leisten, haben wir ein gesundes Stück Beamtenpolitik geleistet (Sehr richtig!). Endlich möchte ich darauf hinweisen, daß wir der Ansicht sind, daß unbedingt die Rätefrage in irgendeiner Form gelöst werden muß. Es ist wohl die dringendste politische Frage, die uns augenblicklich berührt, und ich kann sogar soweit gehen, daß ich es als eine politische Tat bezeichnen würde, wenn morgen die grundsätzliche Stellungnahme zu dieser Frage erledigt würde (Beifällige Zustimmung).

Generalsekretär Geisler[267]: Einige Worte vom Arbeiterstandpunkt zu den Fragen, die hier unser verehrter Führer Stresemann aufgerollt hat. Vorher möchte ich aber mit Rücksicht auf die kurze Zeit, die mir zur Verfügung steht, nur einige Worte über unsere Not sagen. Die schlimmste Not, die wir zu erleiden haben, ist die Not der nationalen Arbeiterschaft aller Richtungen, der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung[268], der ich angehöre, wie auch der christlich-nationalen Arbeiterschaft, die Not, die uns der Terror der Helden der Freiheit geschaffen hat, und ich möchte bitten, daß der Parteitag morgen eine Entschließung gegen den Terror faßt, in der er in aller Öffentlichkeit so laut, wie er irgendwie kann, und aufs schärfste gegen den Terror protestiert, der in krassem Widerspruch steht zu der Verheißung der Freiheit, die uns zuteil geworden sein soll.

Nun auch noch einige Worte zu dem Wirtschaftsprogramm, das unser verehrter Führer Stresemann hier entwickelt hat. Ich begrüße es außerordentlich, daß sich Herr Dr. Stresemann dahin ausgesprochen hat, daß es notwendig ist, den Unternehmergewinn auf ein Maß zu beschränken, das der heutigen Zeit gerecht werden kann, daß er dafür eintritt, daß ein erheblicher Teil des Unternehmergewinnes dem Staat zugeführt wird. Aber, meine verehrten Parteifreunde, ich halte dieses Programm nicht für ausreichend, um die Massen, die heute anfangen, an dem Sozialismus zu zweifeln, nun auf unsern Boden führen zu können (Sehr richtig!). Ich glaube, daß es notwendig ist, doch den Gedanken der Gewinnbeteiligung der Belegschaft eines Werkes aufzunehmen, um die Massen für das Blühen und Gedeihen einer Industrie zu interessieren, zu bewirken, daß sie Arbeitsfreudigkeit bekommen. Ich glaube, daß das nur so möglich ist, daß der Unternehmergewinn von einer gewissen Grenze ab zwischen Unternehmern, Belegschaft und Reich geteilt wird. Ich glaube, daß dieses Programm ein sehr zugkräftiges sein würde, wie überhaupt der liberale Gedanke mit der Bewertung der Persönlichkeit aufgrund ihrer Leistungen und ihrer Tüchtigkeit

---

[267] Fritz Geisler (1890–vermutlich 1945; 1960 amtlich für tot erklärt), Maschinenschlosser. Geschäftsführender Vors. vaterländischer und wirtschaftlicher Verbände, u. a. Vors. des Nationalverbandes Deutscher Gewerkschaften. 1918 Mitbegründer des Deutschen Arbeiterbundes. 1920–1928 MdR (DVP, seit 1924 DNVP). 1922–1925 Vors. der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands. 1923 Austritt aus der DVP und Eintritt in die DNVP.

[268] Nach der Novemberrevolution hatten sich die wichtigsten bürgerlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen unter Führung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) zum Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen, der sich im März 1919 in Deutscher Gewerkschaftsbund umbenannte, siehe dazu Schneider, Gewerkschaften, S. 486ff.; Roder, S. 256ff. sowie Anm. 30.

den Arbeiter viel mehr ansprechen muß als die Gleichmacherei auch in der Lohnfrage (Beifall).

Dr. Steinert (Meseritz): Meine Herren, ich habe nur eine kurze Bemerkung zu der Propagandatätigkeit unserer Partei zu machen. Den größten Teil der von mir beabsichtigten Ausführungen haben die Herren Vorredner schon vorweggenommen, und zum Teil ist er durch die schätzenswerten Ausführungen des Herrn Dr. Hugo erledigt. Auf zwei Punkte muß ich aber noch hinweisen. Herr Dr. Backhaus hat bereits auf die große Bedeutung der deutschen Landwirtschaft und auf die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft speziell für unsere Partei hingewiesen. Ich habe bei meiner Werbetätigkeit gefunden, daß gerade in der Landwirtschaft, in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, der günstigste Boden für unsere Werbetätigkeit gewesen ist. Wir müssen in unser Programm ganz bestimmte Erklärungen darüber aufnehmen, was wir für die Landwirtschaft tun wollen. In der Hinsicht habe ich bis jetzt einen wirklichen Anhalt in unsrem Parteiprogramm und in den Werbeschriften vermißt. Darauf wird von dem Propagandaausschuß besonderes Gewicht zu legen sein. Ferner ist auch darauf Gewicht zu legen – auch das ist schon berührt worden –, daß unser Programm nicht nur immer negativ sein muß, sondern auch positive Vorschläge nicht nur in Bezug auf die Landwirtschaft, sondern auf allen anderen Gebieten zu machen hat.

Endlich, meine Damen und Herren, denken Sie immer wieder an die Ostmark, die ich auch die Ehre habe zu vertreten. Die Provinz Posen ist jetzt fast ganz aufgegeben. Man spricht nur noch mit geringem Widerstand gegen die Annexionsgelüste der Polen. Wir rechnen ja damit, daß wir einen Teil der ausgesprochen polnischen Bezirke abgeben werden. Aber abgesehen von dem ganz oder fast ganz deutschen Westpreußen haben wir in der Provinz Posen ausgesprochen gemischtsprachige Gebiete[269], in denen das Deutschtum eine so bedeutende Rolle spielt, daß man unmöglich den Polen soweit entgegenkommen kann, ihnen auch diese Bezirke auszuliefern. Ich habe bis jetzt, wenigstens in der letzten Zeit, den entschiedenen Widerspruch gegen diese Bestrebungen vermißt, und wir Angehörigen der Deutschen Volkspartei sollten jede Gelegenheit benutzen, um mit aller Entschiedenheit zu widersprechen, daß diese unsere deutschen und halbdeutschen Gebiete uns verlorengehen (Beifall).

Dr. Kuhbier (Duisburg): Ich möchte auch ganz kurz noch mit einem Punkt mich befassen, das ist das soziale Programm von Herrn Dr. Stresemann. Ich spreche namens eines sehr wichtigen Teiles der Schwerindustrie. Wir in Duisburg haben ungefähr jetzt, nachdem wir leider mit dem Verlust Lothringens zu rechnen haben, ein Viertel der Schwerindustrie. Wir stehen auf dem Boden der Partei, wie sie Herr Stresemann vorhin erläutert hat. Wir sagen uns auch: Das Geld, das jetzt der Staat haben muß, muß zum Teil aus Unternehmergewinnen kommen, und es ist vielleicht die glücklichste Lösung, wie sie Herr Stresemann vorgeschlagen hat. Es wird nicht so leicht gehen, wie einer der Herren Vorredner sagte, die Gewinnbeteiligung der Ar-

[269] Zur Lage in der Provinz Posen nach dem Aufstand vom Dezember 1918 siehe Rainer Schumacher, Die preußischen Ostprovinzen und die Politik des Deutschen Reiches 1918–1919, Diss. phil. Köln 1985, S. 34ff.; zu den Sprachmehrheiten in den einzelnen Kreisen siehe Rauschning, S. XXIVf.

beiter einzuführen. Prinzipiell wären wir damit einverstanden. Es wird sich aber in der Praxis nicht durchführen lassen. Glauben Sie mir, daß schon viele Köpfe, die wirtschaftlich beschlagen sind, sich mit der Sache befaßt haben.

Einen Punkt möchte ich aber betonen. Es hat soviel gerüchteweise verlautet, die Schwerindustrie sei sich mit Herrn Dr. Stresemann nicht ganz einig.[270] Das ist ein bißchen auch aus dem Lothringer Becken herausgekommen. Wir sehen auch in der Industrie in Herrn Stresemann den Mann, der parteipolitisch und wirtschaftspolitisch Hervorragendes leistet und sich hervorragend in der Nationalversammlung hervorgetan hat, und ich möchte nun einen Wunsch ausdrücken: Wenn es möglich wäre, den sozialen Sinn der Deutschen Volkspartei richtig zum Ausdruck zu bringen und dahin zu wirken, daß bei späterer Belastung in Steuerfragen die Schultern der Schwächeren auch dadurch entlastet werden, daß man großen Wert darauf legt, die Familienstärke mehr als bisher zu berücksichtigen (Sehr richtig!). Das ist ein Punkt, auf den ich seit Jahrzehnten, solange ich in der Industrie stehe, hingewirkt habe. Wir müssen sogar soweit kommen, die volkswirtschaftliche Leistung zu beurteilen, die heute darin liegt, Kinder zu ernähren und zu erziehen, und wenn es möglich wäre, auf dem Boden der Reichsgesetzgebung dahin zu kommen, daß man die kinderreichen Familien in jeder Beziehung entlastet, daß man ihnen sogar ein höheres Einkommen gibt als das Grundeinkommen, dann wäre das eine politische Tat, die der Volkspartei große Wählermassen aus der Arbeiterbevölkerung zuführen würde (Beifällige Zustimmung).

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß wir im übrigen aber auch gerade im Industriebezirk schwerste Kämpfe haben mit den Deutschnationalen und daß wir aus demselben Grunde, wie von verschiedenen anderen Vorrednern betont worden ist, wünschen müssen, nicht bloß nach den Demokraten hin – das ist viel einfacher –, sondern auch nach den Deutschnationalen hin doch die strenge Scheidelinie zu bekommen (Beifall).

Justizrat Schultz[271] (Hagen): Ich verzichte.

Pfarrer Berck[272] (Mainz-Mombach): Verehrte Parteifreunde! Ich komme aus dem deutschen Mainz und aus dem deutschen Rheinhessen. Ich betone das Wort »deutsch« schon darum, weil Rheinhessen und Mainz in dem Rufe stehen, daß sie stark nach der französischen Seite neigen aufgrund einer französischen Tradition. Ich betone demgegenüber, daß alle die in der Deutschen Volkspartei zusammengeschlossenen 30 000 Wähler in Rheinhessen hinüberschauen nach dem übrigen Deutschland und fragen: Haben uns die nicht vergessen?, und ich bitte Sie herzlich in deren Namen: Reichen Sie uns die Hand hinüber, wir werden es Ihnen danken, denn die Lauen, die da sind, werden aufgerüttelt werden. Unsere Lehrer singen jetzt in den Schulen in Mainz, während unten auf der Straße die französischen Hörner schmet-

[270] Stresemann, der sich mit seinem Eintreten für eine Wahlrechtsreform, für die Parlamentarisierung und für soziale Reformen in den Kreisen der Schwerindustrie zahlreiche Feinde zugezogen hatte, war bei der Gründung des RdI 1919 nicht in dessen Präsidium gewählt worden. Zudem herrschte gerade in Kreisen der Schwerindustrie die Auffassung, daß Stresemann mit der Gründung der DVP die Entstehung einer großen liberalen Bürgerpartei vereitelt hätte, siehe dazu Wulf, S. 125ff.; Döhn, S. 104ff.

[271] Ludwig Schultz, Rechtsanwalt in Hagen.

[272] Ludwig Berck, 1908–1924 Pfarrer der Gemeinde Mombach bei Mainz.

tern und dröhnen, auf dem Dache die Trikolore weht: »Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein« (Beifall). Lassen Sie den Leuten sagen auch in dieser Kundgebung hier von Jena, daß wir freudig ihnen die Hand reichen können und daß die Lauen aufgerüttelt werden in dem stolzen Bewußtsein: Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein (Beifall). Die Franzosen versuchen es jetzt bei uns mit der »pénétration pacifique« und allen möglichen Arten des Schmeichelns[273], und das macht die Gewissen müde. Nein, rütteln Sie die Gewissen auf.

Und noch eins: Mainz ist eine alte österreichische Bundesfestung. Wir haben österreichische Traditionen, und viele Österreicher wohnen dort, und ich sage: Sie sind auch zum großen Teil Mitglieder unserer Partei. Da wollen wir den Blick auch hinunter richten auf unsere österreichischen Brüder, und es würde mir wirklich eine Freude sein, und auch den Österreichern bei uns würde es eine Freude sein, wenn auch von dieser Stelle erklärt würde: Wir reichen auch den Österreichern die Hand, wie das ja schon mehrfach getan worden ist. Deutschland, Deutschland über alles, von der Etsch bis an den Belt! So wollen wir es halten, und darum möchte ich herzlichst gebeten haben, daß auch eine Kundgebung von dieser Stätte ausgehe an die deutschen Brüder in Österreich (Beifall).

Professor Fränkel (Ludwigshafen): Meine Damen und Herren! Es freut mich ungemein, unmittelbar nach dem Herrn aus Mainz vor Sie zu treten. Das, was Ihnen aus dem Südwesten gesagt wurde, habe ich heute bei den Organisationsfragen in Kürze in einigen Sätzen zusammengefaßt. Ich hoffe, wir werden morgen in der Aussprache noch Gelegenheit finden, das zur Geltung zu bringen. Es handelt sich bei uns um zwei organisatorische Dinge. Das eine übergeben wir dem Geschäftsführenden Ausschuß und möchten hierbei nur bemerken, daß wir beabsichtigen, den Parteivorstand zu ersuchen, uns bei einer Gesamtorganisation recht kräftig unter die Arme zu greifen. Ich freue mich, daß die Hessen, Württemberger, Badener und Pfälzer sich zu diesem Zweck zusammenschließen wollen. Ich lege es nur dem Vorstand vor.

Ein anderes berührt unmittelbar dasjenige, was der Parteigenosse aus Mainz vorgebracht hat. Ich habe es in die Form einer Entschließung gekleidet und will es Ihnen kurz vortragen:

In der schlimmsten Lage unter allen in sich abgeschlossenen Teilen des Vaterlandes befindet sich der Wahlkreis Rheinpfalz. Wir Bewohner allein stehen ganz besonders unter dem Druck, unter der Zwangsherrschaft der bösartigen Feinde deutschen Volkstums und unserer weiteren Entwicklung aus dem Tiefstand und unserer schmachvollen Gegenwart unter der Herrschaft der Franzosen. Umso schwieriger ist dort in der auch vom Hauptlande verlassenen alten deutschen Rheinpfalz die Werbe- und Aufklärungsarbeit der bisher ganz auf sich gestellten Deutschen Volkspartei. In der Pfalz haben sich aus den Trümmern der nicht zu den Demokraten übergelaufenen alten Nationalliberalen und aus dem dortigen Demokratismus der als Ostelbiern gesinnten Landbündler [Worte fehlen] zu taktischem Vorgehen und zu gemeinsamer politischer Tätigkeit zusammengeschlossen. Sie rechnen auf ernste, auf

[273] Zur französischen Taktik der »pénétration pacifique« siehe Steinmeyer, S. 99ff.; zur Situation in Rheinhessen siehe Martin Süß, Rheinhessen unter französischer Besatzung. Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924, Stuttgart 1988.

entschiedene Förderung und Hilfe von der Gesamtpartei. Daher muß aber, was heute nur wenig zur Geltung gekommen ist, der Sicherheit der Landwirtschaft und ihrer wirtschaftlichen und allgemeinpolitischen Bedeutung wärmste Rücksicht geschenkt werden, denn ohne eine solche, die sich auf wohlüberlegter und vernünftiger Behandlung des Bauernstandes aufbaut, ist bei uns im Südwesten nichts Ernstes anzufangen. Unter dieser Voraussetzung ist die bisher selbständige Organisation der Deutschen Volkspartei in der Pfalz herzlich bereit, mit ihrem vollen Gewicht, fast 90 000 Stimmen am 12. Januar, sich der Gesamtpartei anzugliedern, und das wird nach den heutigen Erfahrungen der Vertrauensmännerversammlung am 27. April auf das allerwärmste empfohlen werden.[274]

Justizrat Jahn (Prenzlau): Meine Herren, die Deutsche Volkspartei gilt heute in weiten Kreisen noch immer als die Partei der Städte. Nun ist eine Fundgrube das Land, und ich empfehle dringend eine viel energischere Bearbeitung des Landes. Sie sehen, wie sehr uns von dort die Scharen zuströmen und wie sehr auch Mitarbeiter bereits zur Verfügung stehen. Aber eins fehlt den Mitarbeitern und danach ist ein dringender Ruf: Das Material fehlt ihnen. Nun ist ihnen auch nicht mit großen Broschüren gedient, das verstehen die Leute nicht. Da müssen sie sich erst aus dem großen Wust das Richtige heraussuchen. Notwendig ist, wie hier schon hervorgehoben wurde, ein Agitationshandbuch, aber nicht in dogmatischer Art geschrieben und nicht so kompendiös, wie das Handbuch der Nationalliberalen Partei war[275], sondern kurz und knapp in der Art, wie die Deutschnationale Partei, wie Sie sich erinnern werden – viele werden das Buch kennen –, ein kleines Handbuch herausgab: »Vorwärts in der Welt«, im Verlag des »Reichsboten«. Das war ein ausgezeichnetes Buch und enthielt auch Schlagworte, enthielt auch Widerlegungen von Einwendungen usw. Das wollen unsere Mitarbeiter, und ich bitte den künftig zu bildenden Werbeausschuß, daß er sich – es macht ja Kosten und macht Umstände – der Bearbeitung eines derartigen Handbuches recht gründlich annehmen möchte.

Im übrigen sind die Fragen, die ich behandeln möchte, zum allergrößten Teil berührt. Ich möchte nur auf eins zurückkommen. Es war hier von den Bürgerräten die Rede und vom Generalstreik. Auch ich empfehle den Herrschaften: Sorgen Sie dafür, daß sich Bestrebungen in Ihrem Kreise entwickeln, die, um ein Gegengewicht gegen die Arbeiterräte herbeizuführen, sich den Bürgerräten oder den Bürgerausschüssen anschließen, und scheuen Sie auch nicht im äußersten Fall den Generalstreik. [Name unleserlich] ist auch im Reichsbürgerrat [Textverlust in der Vorlage von vermutlich einer Zeile], wenn ich sie so nennen soll, geradezu bei der Bürgerschaft bedankt hat

[274] Randbemerkung des Stenographen: »Die ganzen Ausführungen wurden sehr rasch verlesen. Bitte den Schluß einzufordern«. Im Text folgt handschriftlich: »... wir Elsaß-Lothringen verlieren werden. Im äußersten Südwesten bilden wir die einzige Partei in der Pfalz, die »deutsch« zu nennen ist und das französische Wesen generell ausschaltet. Das geloben wir auch unter französischem System, das geloben wir von jenseits des deutschen Stroms, des Rheins, der deutsch ist und deutsch bleiben soll«.

[275] Zwischen 1907 und 1914 erschienen 6 Ausgaben des »Politischen Handbuchs der Nationalliberalen Partei«, hrsg. v. Centralbüro der Nationalliberalen Partei. Die erste Ausgabe von 1907 hatte einen Umfang von 1229 Seiten.

für die Herbeiführung des Bürgerstreiks, des Generalstreiks der Bürgerschaft, weil sich das als ausgezeichnetes Mittel im Falle der größten Not erwiesen habe. Also, wir dürfen da absolut nicht zu zag sein, wie wir es ja überhaupt als eine Hauptaufgabe ansehen müssen, wieder den Mut der Bürgerschaft zu heben und ihr wieder einzubleuen, daß jeder nötigenfalls sein Leben und sein Vermögen einsetzen muß und daß man sich jetzt nicht mehr wie leider in den Tagen der Revolution auf die anderen verlassen soll (Beifällige Zustimmung).

Stellvertretender Vorsitzender Abg. Garnich: Wir sind am Ende unserer Rednerliste angekommen.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich bitte, nun eine Entschließung darüber zu fassen, in welcher Form die Anträge behandelt werden sollen, die hier eingereicht worden sind. Es handelt sich einmal um den Entwurf der Richtlinien über die Stellung der Deutschen Volkspartei zu den Arbeiterräten. Es handelt sich weiter um die Anträge, die Herr Geheimrat Backhaus eingereicht hat zum Schutz der Auslandsdeutschen, zur Anbahnung einer zeitgemäßen Auswanderungspolitik, weiter um den Entwurf einer Entschließung zur Förderung der Landwirtschaft und um den Antrag, der von einer Dame eingegangen ist, die vorhin sprach, über eine Besserstellung der Kriegshinterbliebenen. Ich habe keine Bedenken, den zuletzt genannten Antrag Ihnen sofort zur Annahme zu empfehlen. Ich möchte aber vorschlagen, daß Sie die andern, sehr weitgehenden Anträge – ich meine weitgehend in ihrer grundsätzlichen Bedeutung – dem Geschäftsführenden Ausschuß, den Sie heute gewählt haben, überweisen, damit er sie in derjenigen Form in die Öffentlichkeit bringt, die der Gesamttendenz der Partei entspricht. Ich darf beispielsweise zur Begründung, weshalb ich die Bedenken habe, sagen: Herr Professor Backhaus spricht ganz uneingeschränkt die Forderung aus: Aufhebung der Zwangswirtschaft. In der Form ist das nicht möglich. Gerade bei der Landwirtschaft, z.B. bei der Belieferung mit Brotgetreide wäre es noch nicht möglich, sofort etwa den freien Verkehr eintreten zu lassen. Das meint auch wahrscheinlich Herr Geheimrat Backhaus nicht, aber es müßte in dieser Beziehung noch einmal eine Durchsicht erfolgen. Ebenso hätte ich bei der Frage der Arbeiterräte Bedenken wegen der Fassung: Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ist zu diesem Zweck in das Rätesystem einzugliedern und möglichst umzubauen. Das erweckt den Anschein, als wenn die Arbeitsgemeinschaft zugunsten eines neuen Systems aufgehoben werden soll, während ich der Meinung bin, daß es stärker zum Ausdruck gebracht werden muß: Beides muß miteinander organisch verbunden sein. Es soll nicht etwa die Arbeitsgemeinschaft aufgehoben und da irgendwie eingegliedert werden. Das ist ja das, was heute da ist. Man kann darüber streiten, ob nicht das andere sich hieran angliedern läßt. Jedenfalls muß man sich hier auch die einzelnen Sätze auf ihre programmatische Bedeutung durchsehen. Sind Sie damit einverstanden, daß wir in dieser Form die Anträge überweisen, aber morgen in aller Öffentlichkeit davon Kenntnis geben, daß diese Anregungen gekommen sind, die wir einmal veröffentlichen, zweitens für unser Parteiprogramm verwertet werden, nachdem wir dem Grundgedanken zugestimmt haben (Beifällige Zustimmung), ebenso die Anträge und Wünsche für ein Parteiprogramm.

Ich möchte Sie bitten, nun einen kleinen Ausschuß einzusetzen, der im Wortlaute die Entschließung vorbereitet, die wir morgen dem Vertretertag vorlegen. Ich verstehe darunter einmal eine Entschließung für die Unteilbarkeit Preußens und gegen alle

Loslösungsbestrebungen[276] – vielleicht Herr Geheimrat Garnich –, zweitens eine Entschließung für den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich mit der Maßgabe, daß wir von der Reichsregierung fordern, daß ohne Verzug und ohne daß man sich vorher in allen Einzelheiten jetzt um wirtschaftliche und finanzielle Auseinandersetzungen kümmert, die Tatsache der Einigung Deutschlands und Deutsch-Österreichs geschaffen wird.[277] Ich habe nämlich große Bedenken, daß die Entente uns zuvorkommt und die ganzen Dinge durch wirtschaftliche Zugeständnisse an Österreich kaputtschlägt, während wir über Valutafragen nicht einig werden und nach deutscher Art erst sechs Monate brauchen, ehe wir mit dem Programm für die Einigung fertig werden.

Drittens würde ich bitten, ein Telegramm an den Staatssekretär von Deutsch-Österreich vorzubereiten[278], in dem wir als Deutsche Volkspartei unsere Grüße an Deutsch-Österreich übermitteln. Ich bitte aber, den Namen Deutsche Volkspartei zu nennen, denn natürlich habe ich unsere Kundgebung angeregt, um damit auch in Deutsch-Österreich für unsere Deutsche Volkspartei zu werben.

Viertens würde ich vorschlagen eine Entschließung, in der wir namens der Deutschen Volkspartei mit aller Entschiedenheit Verwahrung gegen das Aufgeben der Reichsfarben einlegen[279] (Beifall). (Zuruf: Bitte noch zu sagen: Rückgabe der Kriegsgefangenen!) Ich wollte das in dem Gesamtziel bringen. Ich wollte dann als Hauptprogrammpunkt für die Entschließungen eine Entschließung nehmen, in der wir unsere Regierung auffordern, daß sie nur einem Frieden zustimmen dürfe, der die Grundforderungen enthielte, die neulich auch in unserer Vereinbarung im Reichstag zwischen den Parteien zum Ausdruck gekommen sind.[280] Ich stelle anheim. Viel-

[276] Die vom Parteitag angenommene Entschließung lautete: »Der in Jena versammelte erste Vertretertag der Deutschen Volkspartei weist jeden Gedanken an eine Zerschlagung Preußens weit von sich. Die aus allen deutschen Gauen beschickte Versammlung erblickt in einem ungeteilten neugestalteten Preußen die sicherste Gewähr für den Zusammenhalt des Reiches und für den Wiederaufbau des deutschen Volkes«, Bericht Erster Parteitag, S. 98.

[277] Die Resolution lautete: »Der in Jena versammelte erste Vertretertag der Deutschen Volkspartei sieht in dem Anschluß Deutschösterreichs die Erfüllung der alten Sehnsucht nach deutscher Einheit. Er fordert von der Reichsregierung, daß sie mit aller Beschleunigung und ohne Rücksichtnahme auf die endgültigen wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen die Wiedervereinigung mit unseren österreichischen Brüdern vertraglich und verfassungsgemäß festlegt, damit nicht durch unser eigenes Zaudern der zielbewußten Gegenarbeit unserer Feinde Vorschub geleistet wird«, ebd., S. 97.

[278] Das Telegramm an den österreichischen Staatssekretär des Äußeren, Dr. Bauer, hatte folgenden Wortlaut: »Der erste Vertretertag der Deutschen Volkspartei, aus allen reichsdeutschen Gauen beschickt, sendet den treuen Stammesgenossen in Deutschösterreich die herzlichsten Brudergrüße und sieht in der baldigen Wiedervereinigung die Erfüllung der Sehnsucht des deutschen Volkes«, ebd.

[279] Die Resolution zu den Reichsfarben lautete: »Der in Jena versammelte erste Vertretertag der Deutschen Volkspartei sieht in den deutschen Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot ein Sinnbild großer deutscher Vergangenheit. Er will die Farben, unter denen unser Volk ruhmvoll gekämpft und gelitten hat, erhalten und beauftragt die Abgeordneten der Partei, mit allen Kräften gegen die würdelose Preisgabe der alten Reichsflagge zu kämpfen«, ebd., S. 98.

[280] Die Entschließung zur Friedensfrage lautete: »Der erste Vertretertag der deutschen Volkspartei verlangt die sofortige Rückgabe unserer unglücklichen, wider alles Völkerrecht behandelten Kriegsgefangenen, Aufhebung der Hungerblockade und aller Knebelungen unseres wirtschaftlichen Lebens. Er stimmt keinem Frieden zu, der auch nur einen Fußbreit deutschen Landes preisgibt. Er beansprucht den Anteil an Kolonialgebieten, der unserer Bevölkerungszahl, un-

leicht wäre es ganz gut, wenn wir auch den Antrag von Frau Voigt morgen offiziell annehmen.[281] Das, was wir im übrigen zu sagen haben, muß herausklingen aus dem Referat und aus der Diskussion. Ich glaube, daß die starke Unterstreichung der Gedanken, die vorhin Herr Pfarrer Schowalter aussprach, die Sozialisierung der Betriebe, Zustimmung zu den bodenreformerischen Grundsätzen, aus den Reden herausklingen wird. Eventuell könnte das ja stark in der Diskussion unterstrichen werden. Das sind, glaube ich, die Entschließungen, die wir für morgen vorzubereiten haben. Wollen Sie nun vielleicht drei Herren beauftragen, denn je weniger daran arbeiten, desto besser ist es. Ich würde vielleicht vorschlagen Herrn Geheimrat Garnich, Herrn Chefredakteur Brües, Herrn v. Eynern und vielleicht Herrn Pfarrer Schowalter.

Unbekannter Name: Ich halte es für unbedingt notwendig, daß wir morgen auch noch eine Entschließung fassen über die jetzt wichtigste und eiligste Frage, die der Arbeiterräte. Wir können nach meiner Ansicht in dieser Frage durchaus nicht warten, bis wir einmal früher oder später im Zentralvorstand zusammenkommen, denn die Frage der Arbeiterräte soll doch in die Verfassung hineingearbeitet werden, und ich halte es z. B. auch für sehr dringend notwendig oder für gut, und ich glaube auch im Interesse der Fraktion der Nationalversammlung ist es wichtig, wenn auch aus weiten Kreisen jetzt hier eine Stimme nach Weimar dringt, wie wir die Sache ansehen, damit die Fraktionen sehen, wie wir über die Sache denken und wie die weiten und breiten Massen darüber denken. Warten können wir auf keinen Fall damit. Man kann sich ja auf eine kurze Entschließung beschränken.

Vorsitzender [Stresemann]: Es wäre ja möglich, daß wir eine kurze Entschließung fassen. Ich möchte nur nicht eine große Entschließung haben, die man in ihrer Tragweite nicht übersehen kann.[282]

Pfarrer Schowalter: Ich wollte vorschlagen, die Kommission zu ermächtigen, in einem Satz eine Resolution zu den Arbeiterräten zu entwerfen.

Kuhbier (Duisburg): Ich möchte meine Bedenken dagegen aussprechen. Die Frage der Arbeiterräte ist nicht so einfach. Die Fragen, die die Arbeitsgemeinschaft angehen, behandeln schon die Arbeiterausschüsse. Wieweit die Arbeiterräte auf die Produktion Einfluß nehmen können, ist eine ganz ungeklärte Frage. Das ist tatsächlich

seren Lebensbedürfnissen und unserer erwiesenen kolonisatorischen Befähigung entspricht«, ebd., S. 99. Die Nationalversammlung hatte am 10.4.1919 einen Antrag Löbe, Gröber, v. Payer, v. Posadowsky und Heinze angenommen, in dem ein Friedensvertrag auf der Grundlage der Wilsonschen Punkte gefordert wurde, siehe VNV, Bd. 327, S. 961.

[281] Der Parteitag nahm den Antrag Voigt mit leicht verändertem Wortlaut an: »Der erste Vertretertag der Deutschen Volkspartei fordert, alles daran zu setzen, um die sofortige Neuordnung der völlig unzureichenden Renten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gefallener Kriegsteilnehmer zu erreichen«, Bericht Erster Parteitag, S. 103.

[282] Der Parteitag nahm folgende Entschließung zur Rätefrage an: »Der erste Vertretertag der Deutschen Volkspartei stimmt den Ausführungen seines Berichterstatters Dr. Stresemann über die Fruchtbarmachung des Rätegedankens in der Richtung eines gedeihlichen Zusammenarbeitens aller schaffenden Stände zu, die ihre Zusammenfassung in einem wirtschaftlichen Parlament finden soll, dem das Recht der Vorprüfung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Gesetzentwürfe und das Recht der Einbringung solcher Gesetzesvorschläge an die Regierung zustehen soll. Er beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß, auf Grund dieser Richtlinien eine Kundgebung der deutschen Volkspartei zu veröffentlichen«, ebd., S. 104.

gar nicht möglich; wenn Sie z.B. heute die Frage erörtern, wie wir Rohstoffe vom Auslande bekommen wollen, und wenn dabei Arbeiterräte mitwirken sollen, kommen wir glatt im Wirtschaftsleben daneben. Ich kann Ihnen sagen, daß ich unseren Arbeiterausschüssen im Werk einen Vortrag darüber gehalten habe, um die Leute politisch zu interessieren, und gefragt habe, wer würde sich damit beschäftigen, in die Bücher sehen und mit mir zu beraten, wie wir zu Rohstoffen kommen. Da hieß es, um Gottes Willen, lassen Sie uns mit der Sache zufrieden, das ist nicht möglich. Die zweite Sache ist die: Wie ist es möglich, daß die Arbeiterräte im Betriebe mit entlanggehen und die technischen Neuerungen besprechen? Ehe wir da zu einem Entschluß kommen, werden die technischen Neuerungen überholt.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich habe ja nicht gesagt, daß in der kurzen Entschließung auf diese einzelnen Fragen eingegangen werden soll. Deshalb habe ich ja Widerspruch gegen diese Formulierung erhoben. Wie unklar die Vorstellungen darüber sind, ergab vorhin die Rede des Herrn Geheimrats Rose, der sich vorstellt, daß die Mitwirkung beim Produktionsprozeß sich darauf bezöge, ob überhaupt Luxusartikel nach Deutschland einzuführen wären oder nicht. Was mir vorschwebt, ist nur eine Entschließung, die zum Ausdruck bringt, was ich ohne Widerspruch der Partei auch in Weimar gesagt habe: Dieses Zusammenwirken der Arbeitsgemeinschaft mit einer auf diesen Rätesystemen aufgebauten Organisation der Arbeiter mit dem Parlament.[283] Diesem Grundgedanken, glaube ich, können wir alle zustimmen. Die Frage, welche Kompetenzen im einzelnen gegeben werden sollen, greift so tief ein, daß jede Einzelheit genau überlegt werden muß. Es wäre sonst sehr interessant, sich einmal darüber zu unterhalten, wieweit der Produktionsprozeß auch damit gefördert werden kann. Das würde aber heute zu weit führen.

Schneider: Darf ich als Arbeiterführer auch etwas sagen. Es ist auch der Wahlmodus zu den Arbeiterräten zu berücksichtigen. Es liegt nämlich die Gefahr vor, und die Absicht der Sozialdemokraten ist klar erkennbar, daß sie die nicht sozialdemokratischen Arbeiter, die sich in der Minderheit befinden, dabei erdrosseln wollen, und wenn die Wahl nach Betrieben geschieht, ist die Erdrosselungsgefahr sehr groß. Deshalb muß auch in den Richtlinien zum Ausdruck kommen, daß es nicht heißt, wie hier: Die Arbeiterräte sind nach Berufen in den Betrieben oder gemeinde- oder bezirksweise zu wählen; es kann, genau wie beim Entwurf der Arbeitskammervorlage, eben nur die territoriale Grundlage in Frage kommen und nicht die Betriebsgrundlage.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich glaube, mit dieser allgemeinen Fassung sind auch Sie einverstanden. Dann darf ich die heutige Sitzung schließen.

(Schluß 7¼ Uhr.)

Zweite Sitzung, Montag, den 13. April 1919, vormittags 9 Uhr

Vorsitzender Abgeordneter Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung des Zentralvorstandes in Fortsetzung der gestrigen Debatte und gebe

[283] Stresemann hatte sich anläßlich der ersten Lesung der Reichsverfassung am 4.3.1919 für eine Kooperation zwischen Großindustrie und Gewerkschaften eingesetzt, siehe VNV, Bd. 326, S. 497.

Herrn Abgeordneten Kempkes das Wort zu dem Bericht über die Verhandlungen der Satzungskommission.

Abgeordneter Kempkes: Meine Damen und Herren, der Verlauf der gestrigen Kommissionsverhandlungen hat gezeigt, wie außerordentlich schwierig es ist, über die Satzungen in einem größeren Gremium von etwa 15 Personen zu verhandeln. Es hat sich das bestätigt, was ich mir erlaubte, zu Beginn meiner Ausführungen voranzuschicken[284], daß jede Satzung ein Kompromiß ist, daß es darauf ankommt, einen gewissen Ausgleich auf den mittleren Linien zu finden, einmal zwischen den Ansprüchen aus den verschiedenen Landesteilen, dann den Ansprüchen aus der Zentralleitung heraus und den Ansprüchen der Einzelorganisationen.

Die Kommission hat gestern nachmittag mit einer Stunde Unterbrechung von 6 bis nachts 2 Uhr getagt. Es ist ihr gelungen, definitiv die Satzungen fertigzustellen (Beifall), und es ist auch der Geschäftsleitung gelungen zu erreichen, daß die Satzungen, wie sie aus dem Beschluß der Kommission hervorgegangen sind, gedruckt vorliegen (Beifall). Wir möchten Sie nun namens der Kommission bitten, daß Sie diese Satzungen, die nun einer nochmaligen, von dem neuen Gremium vorgenommenen Beratung unterzogen worden sind, en bloc annehmen (Zustimmung). Es wäre ganz unmöglich, wenn wir schon in diesem Kreise in eine Erörterung der einzelnen Paragraphen eintreten wollen. Es wäre verhängnisvoll, wenn vielleicht der eine oder der andere diesen oder jenen Punkt herausgreifen würde, um zu sagen, den möchte ich noch anders festgestellt haben. Fangen Sie damit an, dann gibt es eine endlose und uferlose Debatte (Sehr richtig!), dann kommt von anderer Seite mit derselben Berechtigung der Wunsch, einen anderen Gesichtspunkt hervorzuheben und zu behandeln, und dann, meine verehrten Damen und Herren, werden Sie wirklich mit dem Werk, das jetzt mit großer Mühe zustande gekommen ist, heute nicht fertig. Ich hoffe, Sie werden damit einverstanden sein, daß wir im Zentralvorstand die En-bloc-Annahme beschließen, und meine Bitte geht ferner dahin, daß Sie für den Vertretertag Ihren Einfluß dahin aufwenden, daß man auch dort derselben Auffassung zuneigt (Zustimmung).

Vorsitzender [Stresemann]: Ich darf wohl in Ihrem Namen zunächst der Satzungskommission unseren Dank dafür aussprechen, daß sie in sehr intensiver Arbeit die Satzungsberatung gefördert und sich zu einem einstimmigen Entschluß durchgerungen hat (Beifall). Darf ich dann fragen, ob zu Einzelheiten der vorgelegten Satzungen das Wort begehrt wird (Wird verneint). Das ist nicht der Fall. Sind Sie damit einverstanden, daß wir den Satzungsentwurf en bloc annehmen? (Wird bejaht). Es erhebt sich kein Widerspruch, die Satzungen sind angenommen.

Dr. Cremer (Dortmund): Die Kommission hat – woran ich vielleicht den Herrn Referenten erinnern darf – beschlossen oder wenigstens regt sie an, daß eine ständige Satzungskommission eingerichtet werden soll, welche die Anregungen, die wahrscheinlich von manchen Seiten noch kommen werden, wenn sie das Opus einmal genauer durchgelesen haben, bearbeitet und dem späteren Zentralvorstand etwaige Änderungen der Satzungen in Vorschlag bringen soll. Vielleicht empfiehlt es sich, sich darüber schon jetzt zu verständigen, wie diese Kommission zusammenzusetzen

[284] Siehe Kempkes Darlegungen am 12.4.1919, S. 54ff.

ist. Sie braucht nicht sehr groß zu sein, vielleicht aus sieben Mitgliedern (Zuruf: Dieselbe Kommission!) oder es kann auch dieselbe Kommission sein, die jetzt getagt hat. Das wäre noch einfacher.

Abgeordneter Kempkes: Die Ergänzung des Herrn Kollegen Cremer ist zutreffend. Ich glaube, es wird genügen, wenn wir dem Geschäftsführenden Ausschuß, der ja berechtigt ist, seinerseits Ausschüsse einzusetzen, die Anregung geben, wie wir das auch in dem Protokoll der Kommission beschlossen haben, eine solche Satzungskommission für das nächste Jahr einzusetzen.

Pfarrer Schowalter (Wittenberge): Ich meine, das ist doch absolut unmöglich. Wir fordern ja geradezu unter Umständen Leute heraus und rufen Anträge hervor. Dann würden wir ja nie fertig. Wenn wirklich Änderungen notwendig sind, ist doch diese Frage leicht zu erledigen. Ich bitte, davon abzusehen, eine solche Kommission jetzt bereits einzusetzen.

Vorsitzender [Stresemann]: Ich möchte Sie bitten, der Anregung des Herrn Dr. Cremer (Dortmund) zu folgen, vielleicht zum Beschluß zu erheben, daß Sie den Geschäftsführenden Ausschuß auffordern, falls nach Kenntnis der Satzungen durch die Landesverbände Anregungen zu einer Abänderung der Fassung an ihn gelangen, seinerseits eine Satzungskommission einzuberufen, die dem nächsten Parteitag oder der nächsten Zentralvorstandssitzung über diese Vorschläge zu berichten hat. Sind Sie damit einverstanden? (Wird bejaht). Dann darf ich Ihr Einverständnis auch damit feststellen, daß dem nachher zusammentretenden Vertretertag vom Zentralvorstand auf einstimmigen Beschluß empfohlen wird, ohne Debatte diese Satzungen en bloc anzunehmen (Wird bejaht).

Damit ist unsere Tagesordnung für heute vormittag erledigt. Ich darf dann die erste Sitzung des Zentralvorstandes unserer Partei schließen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir immer zu so einmütigen Beschlüssen gelangen und in solcher Einmütigkeit des Geistes tagen mögen, wie es diesmal der Fall gewesen ist (Beifall).

(Schluß gegen 9¼ Uhr).

6.

1. Mai 1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/50, p. 29–53. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1. Überschrift: »Streng vertraulich! Geschäftsführender Ausschuß. Sitzungen am 1. und 2. Mai 1919. Sitzung am 1. Mai 1919, vorm. 10 Uhr«.[1]

Die Sitzung wird durch Herrn Dr. Stresemann als dem ersten Vorsitzenden des Zentralvorstandes mit Begrüßungsworten eröffnet. Alsdann wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

[1] Nach der dem Protokoll beiliegenden Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Stresemann, Garnich, Becker (Hessen), Brandi, Jahn, Knebel, Kuhbier, Frau Mende, Moldenhauer, Piper, Rose (Berlin), v. Richter, Sachs, Vögler, ferner Hugo und Trucksaess von der Reichsge-

1. Konstituierung. Auf Vorschlag von Herrn Geheimrat Brandi werden Herr Dr. Stresemann einstimmig zum ersten Vorsitzenden, Geheimrat Garnich einstimmig zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Beide Herren nehmen die Wahl mit Worten des Dankes an.

Herr Dr. Stresemann übernimmt sodann die Leitung und macht Mitteilung von der Nichtannahme der Wahl in den Geschäftsführenden Ausschuß durch Fräulein Saust (Berlin). Der Geschäftsführende Ausschuß erklärt sich für zuständig, eine Ersatzwahl vorzunehmen. Damit wird gleichzeitig Punkt 8. Zuwahl von vier Mitgliedern nach § 13 der Satzung verbunden. Entgegen dem Vorschlag Knebel, die Zuwahl noch zu vertagen, ist der Ausschuß der Meinung, daß diese jetzt vorgenommen werden muß, um die Stellen der Vorsitzenden der zu wählenden Ausschüsse mit Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses, wie das die Satzung vorschreibt, besetzen zu können.

Der Vorsitzende teilt mit, daß nach früher getroffenen Abmachungen[2] die Berufsorganisationen noch Anspruch auf einen weiteren Sitz im Geschäftsführenden Ausschuß haben, der, nachdem ein Vertreter der Arbeiterorganisation [Knebel] bereits Mitglied ist, einem Angestelltenvertreter zufallen soll. Ein weiterer Sitz müßte einem Vertreter des Reichspresseverbandes der Deutschen Volkspartei vorbehalten werden. Als Ersatz für Fräulein Saust wird von Geheimrat Garnich Herr Dr. Rose (Wilmersdorf), vorgeschlagen, da Fräulein Saust nicht, oder wenigstens nicht in erster Linie, als Vertreterin der Frauen, sondern als Vertreterin von Berlin gewählt worden sei; deshalb sei es billig, wenn diese Stelle durch Herrn Dr. Rose, der an der Spitze der Arbeitsgemeinschaft der drei Groß-Berliner Wahlkreise steht, besetzt würde. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß, trotzdem Fräulein Saust als Vertreterin von Berlin gewählt worden sei, sie doch durch ein weibliches Parteimitglied ersetzt werden müsse. Als solches wird Fräulein Hoffmann, Lehrerin in Berlin-Steglitz, vorgeschlagen. Aus der Mitte des Ausschusses werden für die Zuwahl weiter genannt: Geheimrat Dr. Rießer und Hofbesitzer Dusche[3], ersterer als Senior der Fraktion in der Nationalversammlung und Vertreter wichtiger Organisationen, letzterer als Vertreter der Landwirtschaft. Von verschiedenen Wahlkreisverbänden werden nach Mitteilung des Vorsitzenden vorgeschlagen: Generalsekretär Rose (Hamburg), Dr. Mittelmann (Stettin), Dr. Neumann (Frohnau) und Rektor Hollmann (Lichtenberg).

Es besteht Einigkeit darüber, daß Geheimrat Rießer und Hofbesitzer Dusche zugewählt werden, ferner, daß ein Sitz einem Vertreter des Reichspresseverbandes und ein Sitz einem Vertreter der Angestelltenbewegung vorbehalten bleiben muß. Von den sonstigen Vorschlägen finden aus dem Ausschuß heraus nur Herr Dr. Rose (Wilmersdorf), Herr Dr. Mittelmann und Fräulein Hoffmann Unterstützung. Herr Professor Moldenhauer, Geheimrat Sachs, Frau Mende, Herr Vögler und Herr v. Richter

schäftsstelle; als Gast: Flathmann; entschuldigt fehlten: Frau Bassermann, Blüher, Becker (Zweibrücken).

[2] Siehe Dok. Nr. 4.

[3] Wilhelm Dusche (1863–1947), seit 1886 in der Landwirtschaft tätig, 1890 Übernahme des elterlichen Hofs. 1902 Gemeindevorsteher in seinem Heimatort Isernhagen bei Hannover. 1919–1924 MdR (DVP). Mtgl. im GA des Deutschen Bauernbundes. Ab 1920 Vertreter des GA im Vorstand des Reichspresseverbandes der DVP.

treten dafür ein, daß für Fräulein Saust ein weibliches Mitglied eintreten müsse und befürworten daher die Wahl von Fräulein Hoffmann. Geheimrat Garnich weist auf die große Arbeitskraft des Herrn Geheimrat Dr. Rose (Wilmersdorf) hin, die der Geschäftsführende Ausschuß unbedingt für sich gewinnen müsse. Diese Ansicht wird auch von Herrn Knebel vertreten, der darauf hinweist, daß gerade die Berufsorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter sich von der Mitarbeit des Herrn Dr. Rose außerordentlich viel versprechen. Frau Mende gibt zur Erwägung, ob nicht unter diesen Umständen Herr Dr. Rose anstelle eines Angestelltenvertreters zugewählt werden könnte. Herr Knebel stimmt dem zu, unter der Bedingung, daß dann die nächste freiwerdende Stelle durch einen Vertreter der Angestellten besetzt werden würde.

Damit erklärte man sich einstimmig einverstanden, und der Vorsitzende stellt neben der Wahl der Herrn Dr. Rießer und Dusche die des Herrn Dr. Rose (Wilmersdorf) fest. Für den als letzten noch zu vergebenden Sitz stehen noch Dr. Mittelmann und Fräulein Hoffmann zur Wahl. Der Vorsitzende stellt die beiden Vorschläge zur Abstimmung. Diese ergibt für Fräulein Hoffmann 12 Stimmen und für Herrn Dr. Mittelmann 1 Stimme. Es sind danach neu- bzw. hinzugewählt: Geheimrat Dr. Rießer, Hofbesitzer Dusche, Geheimrat Dr. Rose und Fräulein Hoffmann. Der letzte Sitz ist für den Vertreter des Reichspresseverbandes vorbehalten, der durch die Reichsgeschäftsstelle aufgefordert werden soll, seinen Vertreter namhaft zu machen. Aus der Mitte des Ausschusses wird dafür Wyneken[4] (Königsberg) vorgeschlagen. Man ist jedoch einmütig der Meinung, daß die Wahl dem Reichspresseverband selbst überlassen bleiben muß. Es folgt sodann:

Punkt 2. Bildung der Ausschüsse. Die Satzung[5] sieht folgende Ausschüsse vor: a. Rechnungsausschuß. Zum Vorsitzenden wird einstimmig der Schatzmeister der Partei, Herr Vögler, gewählt, zu seinem Stellvertreter Geheimrat Garnich. b. Organisations- und Werbeausschuß. Zum Vorsitzenden wird Herr Dr. Stresemann, zu stellvertretenden Vorsitzenden Geheimrat Sachs und Dr. Mittelmann (Stettin) gewählt. c. Presseausschuß. Der Vorsitz soll dem Vertreter des Reichspresseverbandes im Geschäftsführenden Ausschuß überlassen bleiben. Inzwischen übernimmt Professor Moldenhauer die Leitung der Geschäfte dieses Ausschusses. d. Frauenausschuß. Als Vorsitzende werden Frau Mende, als stellvertretende Vorsitzende Frau v. Oheimb[6] (Goslar) und Rechtsanwalt Dr. Dingeldey (Darmstadt) gewählt.

Gebildet ist ferner bereits seit längerer Zeit ein Hauptausschuß für Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und Mittelstandsfragen. Geheimrat Garnich berichtet hierzu, daß dieser Ausschuß schon mehrfach getagt, seine Konstituierung aber vorläufig zurückgestellt habe. Die Beratungen hätten ergeben, daß die verschiedenen Berufsorganisationen, die hier zusammengefaßt sind, wohl viele gemeinsame Berührungspunkte haben, die eine enge Zusammenarbeit bedingen, daß aber das ganze Gebiet so weitschichtig sei, daß der Ausschuß sich wieder in mehrere Teilausschüsse gliedern müs-

[4] Alexander Wyneken (1848–1939), Journalist. 1876 Mitbegründer und bis 1929 Chefredakteur der »Königsberger Allgemeinen Zeitung«. Begründer der DVP in Ostpreußen.

[5] Siehe S. 1270f.

[6] Katharina v. Oheimb (1879–1962), Fabrikantin. Gründerin und 1. Vors. des Nationalverbandes deutscher Frauen und Männer. 1920–1924 MdR (DVP), seit 1927 verheiratet mit Siegfried v. Kardorff.

se. Diese Teilausschüsse sollten selbständig arbeiten und sollten für gemeinsame Fragen Delegierte in den Hauptausschuß entsenden. Damit nun die Vorschrift der Satzung, daß die Vorsitzenden aller Ausschüsse gleichzeitig Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses sein müssen, nicht zu Schwierigkeiten in der Besetzung führe, habe man sich darüber geeinigt, daß gegenüber dem Geschäftsführenden Ausschuß die an sich selbständig arbeitenden Teilausschüsse zu dem Hauptausschuß für die Fragen dieser gesamten Berufsorganisation zusammengefaßt würden. Er schlage als Vorsitzenden dieses Hauptausschusses Herrn Dr. Rose (Wilmersdorf) vor; dieser Wahl wird zugestimmt und zu Stellvertretern gewählt die Herren Knebel und Abg. Meyer[7] (Herford).

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Stresemann wird ferner ein Ausschuß für Handel und Industrie gebildet. Zum Vorsitzenden werden Geheimrat Rießer, zum Stellvertretenden Vorsitzenden Herr Kuhbier gewählt. Es folgt:

Punkt 3. Bericht über die Finanzlage. Anstelle des Herrn Abg. Vögler, der erklärt, noch nicht völlig in die finanziellen Verhältnisse der Partei eingeführt zu sein, erstattet Geheimrat Garnich Bericht. Danach besitzt die Partei bei verschiedenen Bankkonten und beim Postscheckamt Berlin rund 170 000 Mark, vom Wahlfonds sind noch übrig 72 000 Mark, außerdem ein Betrag von 50 000 Mark, der Herrn Dr. Leidig von einem nicht genannt sein wollenden Herrn für die Zwecke der Partei übergeben wurde. Da der neue Etat der Reichsgeschäftsstelle auf rund 250 000 Mark veranschlagt ist, so müßten zur Bestreitung der Kosten der Reichsgeschäftsstelle zunächst die 170 000 Mark zurückgestellt werden. Verfügbar bleiben sonach für die zahlreich nachgesuchten Unterstützungen der Wahlkreisverbände noch rund 100 000 Mark. Dem stehen aber noch gegenüber rund 50 000 Mark noch nicht abgerechneter Druckkosten für Flugblätter aus der Wahlbewegung sowie eine Forderung des Frauenausschusses von 35 000 Mark. In Anbetracht des Umstandes, daß die Kosten für die Reichsgeschäftsstelle in den letzten Monaten teilweise aus dem Wahlschatz bestritten worden sind, sollen die 50 000 Mark Druckkosten auf die Reichsgeschäftsstelle übernommen werden. Der Frauenausschuß habe ferner seine Forderung von 35 000 Mark vorläufig zurückgestellt. Dagegen fordere der Frauenausschuß rund 5 000 Mark zurück, die in den allgemeinen Wahlschatz der Partei geflossen sind, dabei aber ausdrücklich für die Zwecke des Frauenausschusses gewährt worden sind. Sonach ergebe sich, daß für die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Wahlkreise unter keinen Umständen mehr als rund 100 000 Mark zur Verfügung stehen. Man gehe damit bis an die Grenze des Verantwortlichen. Nun lägen aus dem Reiche zur Deckung von Wahlschulden und zur Gewährung von Mitteln zum Wiederaufbau der Organisation Gesuche vor im Betrage von mehreren hunderttausend Mark. Deshalb müßten die Forderungen der einzelnen Wahlkreise erheblich beschnitten werden. Bezüglich derjenigen Forderungen, die von einzelnen Ortsgruppen vorlägen, müsse man daran festhalten, daß der Geschäftsführende Ausschuß auch in finanzieller Hinsicht nur mit den Wahlkreisverbänden verhandeln könne, die Ortsgruppen müßten daher an ihre Wahlkreisverbände verwiesen werden. Von

[7] Theodor Meyer (1861–1955), Oberpfarrer in Herford. 1912–1918 MdR (NLP), 1921–1932 MdL Preußen (DVP). Dez. 1928 Vors. des Beamtenausschusses der DVP.

diesem Bericht wird Kenntnis genommen und den Vorschlägen im ganzen zugestimmt.

Geheimrat Sachs weist auf die Notwendigkeit der Gewährung einer Unterstützung für den Wiederaufbau der Organisation in Württemberg hin, Herr Dr. Piper lenkt die Aufmerksamkeit auf Mecklenburg, das früher von Hamburg versorgt wurde, jetzt aber durch die neue Wahlkreiseinteilung von Hamburg abgetrennt worden sei.[8] Herr Dr. Becker (Hessen) tritt für die Unterstützung der Parteiorganisation in Hessen ein, ebenso Herr Kuhbier für den Wahlkreisverband Duisburg. Herr Vögler hebt hervor, daß man zwischen armen und reichen Kreisen unterscheiden müsse. Man müsse das Geld dahin geben, wo noch keine Organisation sei, dementsprechend müßten die Anforderungen verschiedener Kreise ganz gestrichen werden. Dem wird zugestimmt, und es werden die Anforderungen folgender Wahlkreise gestrichen: Wahlkreis 16 (Hannover), Wahlkreis 17 (Bielefeld), Wahlkreis 5 (Teltow-Beeskow), Wahlkreis 3 (Berlin) und Wahlkreis 12 (Magdeburg), letztere Anforderung auf die Mitteilung von Herrn Flathmann, daß für Magdeburg auf andere Weise gesorgt werden würde.

Es wird weiter zur Sprache gebracht, daß die Fraktion der Nationalversammlung zu der Zeit, als die Parteibildung in ihren Händen lag[9], verschiedenen Wahlkreisen feste Versprechungen in finanzieller Hinsicht gemacht habe. Seitens der anwesenden Fraktionsmitglieder wird festgestellt, daß diese Versprechungen auf falschen Voraussetzungen basierten. Nachdem diese Voraussetzungen durch die Klarstellung in dem jetzt erstatteten Bericht weggefallen seien, könne an den damaligen Beschlüssen nicht mehr festgehalten werden. Unter Berücksichtigung der einzelnen Wahlkreisen bereits aus dem Wahlschatz gewährten Unterstützungen und der von den einzelnen Wahlkreisverbänden geltend gemachten besonderen Umstände werden sodann bewilligt:

a. zur Deckung von Wahlschulden: für Potsdam 1–9: 6 000 Mark, für Pommern: 15 000 Mark, für Ostpreußen: 10 000 Mark, für Hessen: 5 000 Mark, für Frankfurt an der Oder: 3 000 Mark; b. für Wiederaufbau der Organisation: für Frankfurt an der Oder: 6 000 Mark, für Thüringen: 3 000 Mark, für Halle-Merseburg: 5 000 Mark, für Westpreußen: 5 000 Mark, für Posen: 5 000 Mark, für Schleswig-Holstein: 5 000 Mark, für Niederschlesien: 5 000 Mark, für Baden: 10 000 Mark, für Oldenburg: 3 000 Mark, für Württemberg: 10 000 Mark, für Mecklenburg: 5 000 Mark, für Bayern (rechts des Rheins): 3 000 Mark; zusammen: 104 000 Mark.

Geheimrat Garnich macht weiter Mitteilung bezüglich der Wahlschulden im Wahlkreis Halle-Merseburg. Die Parteileitung habe für diesen Wahlkreis, nachdem von anderer Seite 50 000 Mark zugesagt waren, ihrerseits zunächst 25 000 Mark und hernach, auf dringliche Vorstellungen während der Wahlbewegung hin, noch einmal 25 000 Mark gegeben. Trotzdem seien Wahlschulden im Betrage von rund 60 000 Mark geblieben. Verantwortlich dafür sei Herr Dr. Gerlich (Berlin), der dort kandidiert und den ganzen Wahlkampf selbständig geführt habe. Die jetzige Orga-

[8] Zur Wahlkreiseinteilung siehe Dok. 5, Anm. 113. Zum Wahlkreis 35 gehörten Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck; zur Entwicklung der Parteiorganisation siehe auch Hartenstein, S. 92 ff.; Albertin, S. 103 ff.

[9] Siehe dazu Dok. Nr. 5, Anm. 6.

nisation im Wahlkreis habe damals noch gar nicht bestanden und lehne jede Haftung ab. Die Klarstellung der Angelegenheit werde augenblicklich herbeigeführt. Aus letzterem Grunde sieht der Geschäftsführende Ausschuß von einer Beschlußfassung zunächst ab.

Der Vorsitzende stellt dann die Frage der künftigen Aufbringung der Mittel für die Partei zur Aussprache. Er gibt der Ansicht Ausdruck, daß wir die Parteifinanzen auf eine gesündere Grundlage, als das früher bei der Nationalliberalen Partei üblich war[10], stellen müssen. Die allgemeinen Sammlungen im Reich seien ein wenig würdiger Zustand. Es sei unbedingt notwendig, daß die Wahlkreisverbände laufende Beiträge an die Reichsgeschäftsstelle abliefern. Herr Vögler stimmt diesen Darlegungen zu. Man müsse einen Etat aufstellen können, daher feste Sätze haben. Die Bestimmung, daß ein bestimmter Anteil der Mitgliederbeiträge an die Zentrale abgeführt werden müsse, genüge nicht. Man müsse feste Ziffern haben, an die man sich halten könne, eventuell müßten die Kreise nach ihrer Zahlungsfähigkeit eingeschätzt werden. Von verschiedenen Seiten wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die allgemeinen Sammlungen der Parteileitung bei den Mitgliedern im Lande den Wahlkreisorganisationen die Aufbringung von Mitteln außerordentlich erschweren. Es würde deshalb begrüßt werden, wenn man durch Festsetzung bestimmter Beiträge für die Wahlkreisverbände von diesen allgemeinen Sammlungen abkomme. Herr Flathmann macht für die Aufbringung der Mittel durch die Wahlkreisverbände besondere Vorschläge. Je mehr die Parteigenossen von der Tätigkeit der Partei zu hören und zu spüren bekämen, desto leichter würden sie zu Parteibeiträgen bereit sein, wenn ihnen daneben in geeigneter Weise ans Herz gelegt wird, daß die Leistung solcher Beiträge im Interesse des Fortbestandes der Partei unumgänglich notwendig ist. Ein günstiger Umstand für die Sammlungen sei, daß heutzutage bei jedermann das Geld loser sitzt als früher, dem aber auf der anderen Seite wieder die Entwertung des Geldes und die allgemeine Verteuerung aller Bedarfsartikel gegenübersteht, durch die ganz naturgemäß auch die Ausgaben der Partei sich erheblich steigerten. Für die Sammlungstätigkeit im einzelnen dürfte sich folgendes empfehlen:

1. Mit Hilfe des Kreis- oder Bezirksobmanns oder einer anderen geeigneten Persönlichkeit wird ein Verzeichnis gutsituierter Parteigenossen des Kreises aufgestellt, und die betreffenden Personen werden brieflich, ohne nähere Angabe über den Zweck zu einer »hochwichtigen und vertraulichen Besprechung« nach einem Privathause (nicht nach einem öffentlichen Lokale) eingeladen. Hier wird ihnen eindringlich auseinandergesetzt, daß die Zeitumstände es nötig haben, daß namentlich die bessergestellten Mitglieder der Partei kräftig in die Tasche greifen müssen, um an ihrem Teile dazu beizutragen, daß die erforderlichen Mittel für die Parteiarbeit vorhanden sind. Wenn der Gesamtbeitrag der von dem Bezirk aufzubringenden Mittel z. B. 8 000 Mark betragen würde, so müßte der Versuch gemacht werden, von den eingeladenen gutsituierten Personen mindestens 3 000 Mark bis 4 000 Mark an Jahresbeiträgen für zunächst drei Jahre zu erhalten.

[10] Im Kaiserreich gingen Spenden und Verbandssubventionen hauptsächlich an die einzelnen Wahlkreise und ihre Kandidaten, so daß die Finanzmittel der Zentrale sehr begrenzt waren, siehe dazu Nipperdey, S. 150 ff.; Reiß, S. 40 f.

2. Alsdann wird ein weiterer Kreis von Personen geladen, und zwar diesmal nicht nach einem Orte, sondern gruppenweise nach verschiedenen größeren Orten des Kreises. Diesen Personen wird ebenfalls klargemacht, daß für politische Arbeit und für Wahlzwecke Geld und nochmals Geld notwendig sei, und sie werden ersucht, sich dazu bereit zu erklären, monatlich an die Partei 1 Mark abzuführen. Das würde bei 400 Personen im ganzen Kreise 4 800 Mark ausmachen.

3. Endlich sind durch die Vereine bzw. Vertrauensmänner laufende Jahresbeiträge von 1 Mark bis 2 Mark zu erheben. Es ist anzunehmen, daß auf diese Weise in jedem Kreise, wenn nicht völlig, so doch annähernd, die erforderliche Summe zusammenkommen wird. Zweckmäßig dürfte es sein, je nach der geleisteten Mitwirkung bei der Organisation 40 % bis 50 % der gesammelten Gelder dem Wahlkreisverband zu überweisen und das übrige der Kreis- oder Bezirksleitung zu belassen, die nötigenfalls noch weitere 5 % der Zentralleitung in Berlin überweisen könnte, unter der Bedingung, daß von dort aus die unglückseligen, seinerzeit von Herrn Kalkoff[11] eingeleiteten allgemeinen Sammlungen, die sehr verwirrend gewirkt haben, endgültig aufgegeben werden.

Herr Kuhbier äußert sich dahin, es gebe zwei Wege, um die Höhe des Beitrages festzusetzen, einmal nach der Zahl der eingeschriebenen Mitglieder, zum anderen nach der Zahl der für die Partei abgegebenen Wählerstimmen. Die erstere Art findet zunächst Zustimmung. Seitens der Reichsgeschäftsstelle wird jedoch festgestellt, daß über die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder bestimmte Angaben gar nicht vorliegen und für die nächste Zukunft auch nur aus wenigen Kreisen zu beschaffen sind, daß also damit keine festen Unterlagen vorhanden seien. Daraufhin stimmt man der zweiten Art zu und setzt den Beitrag auf Vorschlag des Herrn Vögler auf 20 Pfennig für die Stimme fest.[12] Der Ausschuß täuscht sich darüber nicht, daß es zunächst ziemliche Ausfälle geben wird, aber man ist allgemein der Ansicht, daß es darauf ankomme, überhaupt einmal einen Anfang zu machen und unsere Organisationen zur Leistung von Beiträgen an die Reichsgeschäftsstelle zu erziehen. Es folgt:

Punkt 4. Organisation und Etat der Reichsgeschäftsstelle.

Der Vorsitzende macht davon Mitteilung, daß Herr Dr. Hugo seine Stellung gekündigt hat und daß eine vorläufige Regelung der Reichsgeschäftsstelle dahin getroffen ist, daß die neu bestellten Generalsekretäre nach einer besonderen Diensteinteilung kollegialisch arbeiten. Es wird sodann der Etat der Reichsgeschäftsstelle durchgesprochen. Der Etat schließt laut besonderer Vorlage mit rund 250 000 Mark ab. Während bisher der Etat etwa 120 000 bis 150 000 Mark erforderte, sind jetzt mehrere neue Abteilungen geschaffen worden: eine Werbeabteilung zur Herstellung der Werbeschriften und eine Jugendabteilung zur besonderen Förderung der Jugendbewegung. Erweiterungen sind ferner vorgesehen durch die Wiedereinführung der Mitteilungen für die Vertrauensmänner und durch eine Ausgestaltung des Pressedienstes. Auch die politische Abteilung soll eine Erweiterung erfahren dadurch, daß

[11] Hermann Kalkoff, Verlagsbuchhändler, Generalsekretär der NLP, nach 1918 Vorstandsmtgl. der DDP. Ab 1925 Geschäftsführer des Verlags »Neuer Staat«.

[12] Bei den Wahlen zur Nationalversammlung wurden für die DVP 1 345 303 Stimmen abgegeben, so daß sich eine jährliche Summe von 269 060,60 Mark ergeben hätte.

eine Abteilung für den Innendienst und eine für den Außendienst geschaffen wird. Der Leiter des Innendienstes soll ständig in der Reichsgeschäftsstelle anwesend sein. Bei dem Posten Außenagitation (Politische Abteilung) erhält der Vorsitzende Vollmacht, mit einer Anzahl Herren wegen Anstellung als Außenredner Verhandlungen zu führen und abzuschließen, ebenso hinsichtlich der Anstellung des Generalsekretärs für den politischen Außendienst.

Auf Antrag des Herrn Geheimrat Brandi wird ein Betrag von 5000 Mark für Fortführung der Geschichte der Nationalliberalen Partei[13] in den Etat eingesetzt.

Hugo über die Einführung eines telephonischen Nachrichtendienstes für die mittlere und kleinere Presse. Moldenhauer wird beauftragt, das Vorhaben mit Hugo, Spieß und den in Betracht kommenden Verlegern auszuarbeiten. Mende über Berücksichtigung einer Dame bei der Einstellung von Generalsekretären. Flathmann über Herausgabe eines Kalenders durch die Werbeabteilung. Sodann wird der Etat der Reichsgeschäftsstelle mit 254800 Mark bewilligt.

5. Beschlußfassung über ein Parteiprogramm. Der Zentralvorstand hat in seiner Sitzung am 12. April in Jena den Antrag angenommen, den Geschäftsführenden Ausschuß zu ersuchen, die Vorarbeiten für die Aufstellung eines Parteiprogramms in die Wege zu leiten.[14] *Es wird ein Programmausschuß (Brandi als Schriftführer, Leidig, Curtius) unter Vorsitz von Stresemann eingesetzt. Die Wahlkreisverbände, Vereine und Mitglieder sollen aufgefordert werden, bis zum 1.6.1919 Entwürfe und Formulierungen für die einzelnen Abschnitte des Programms einzusenden. Mit der Formulierung der Passagen über die innere und äußere Politik werden die beiden Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses, die Vorsitzenden der Fraktionen in der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung sowie Kahl beauftragt. Der vom Programmausschuß auf Grund dieser Vorarbeiten fertiggestellte Entwurf soll zunächst dem Geschäftsführenden Ausschuß und von diesem dann den Wahlkreisverbänden vorgelegt, danach von Zentralvorstand und Parteitag endgültig beschlossen werden.*[15]

Garnich übernimmt den Vorsitz. Die Beratung der nächsten Punkte der Tagesordnung wird zunächst zurückgestellt.

9. Verschiedenes.

a. Unstimmigkeiten der Parteisatzung. Trucksaess[16] *legt dar, die Satzung weise dem Zentralvorstand verschiedene Aufgaben zu, für die er nicht geeignet sei: Prüfung der Satzungen der Wahlkreisverbände (§ 7), Anstellung der Generalsekretäre in der Reichsgeschäftsstelle (§ 15), Festlegung der Tagesordnung für den Parteitag (§ 17). Die Reichsgeschäftsstelle wird beauftragt, die Satzung in der verabschiedeten Fassung*

[13] Siehe Dok. Nr. 8.
[14] Siehe Dok. Nr. 5, S. 111.
[15] Siehe Dok. Nr. 6, 7, 8 sowie Bericht Zweiter Parteitag, S. 137.
[16] Karl Trucksaess (1880–nach 1959), Journalist. Als Nachfolger von Otto Hugo vom 1.7.1919 bis 1933 Erster Generalsekretär und Reichsgeschäftsführer der DVP, nach 1933 Herausgeber von Export-Propagandabüchern. Ab 1945 Geschäftsführer des Landesverbandes Berlin der FDP, ab 1951 Mtgl. des Berliner Abgeordnetenhauses.

in Druck zu geben, der Geschäftsführende Ausschuß hält sich aber für berechtigt, in diesen Fragen an die Stelle des Zentralvorstandes zu treten.

b. Prüfung der Satzungen der Wahlkreisverbände.

c. Aufstellung von Mustersatzungen für Vereine und Wahlkreisverbände. Zur Aufstellung von Mustersatzungen und zur Prüfung der bereits eingegangenen Satzungen der Wahlkreisverbände wird ein Ausschuß unter dem Vorsitz von Leidig eingesetzt.[17]

d. Vertrag zwischen Reichsgeschäftsstelle und Staatspolitischem Verlag. Der von Hugo vorgelegte Vertragsentwurf (Übertragung der Verlags- und buchhändlerischen Geschäfte der Partei) wird dem Rechnungsausschuß überwiesen, der zu den Beratungen Flathmann hinzuziehen soll.

e. Stellungnahme der Partei zur wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung.[18]

Der Vorsitzende, Geheimrat Garnich, gibt Kenntnis von drei Schreiben der Herren Gewerkschaftssekretäre Streiter, Verbandssekretär Knebel und Regierungsrat Dr. Thissen, die sich gegen die Aufnahme von Vertretern der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung in den Zentralvorstand der Partei wenden, teilweise sogar ihre eigene Mitgliedschaft von dem Ausschluß der Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung abhängig machen.[19] Geheimrat Garnich gibt dazu von einem Abkommen Kenntnis, das in der gleichen Frage im Wahlkreisverband Berlin zwischen Herrn Streiter als dem Vertreter der christlichen Gewerkschaften und Herrn Rupp[20] als dem Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung zustandekommen ist. Das Abkommen lautet:

»Herr Streiter ist einverstanden, daß: 1. Die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften in örtlichen und Wahlkreisvorständen Sitz und Stimme erhalten, wobei Voraussetzung ist, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften in den betreffenden Bezirken hiermit einverstanden sind. 2. In den Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei jedoch soll ein wirtschaftsfriedlicher Gewerkschafter nicht mehr neu hereingewählt werden. 3. Die Aufstellung von Arbeiterkandidaturen soll zukünftig im Einvernehmen mit dem innerhalb des Zentralvorstandes zu bildenden Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenausschuß erfolgen.«

In der sich anschließenden Aussprache wird zu Punkt 1 bemerkt, daß es sich hier um eine Abmachung handele, die nur den Wahlkreis Berlin angehe. Sachlich wird dazu keine Stellung genommen. Zum Punkt 3 wird festgestellt, daß diese Bestimmung überhaupt nur gelten könne, soweit der Parteileitung eine Einflußnahme auf die

[17] Im Laufe des Jahres arbeitete die Reichsgeschäftsstelle unter Federführung von Leidig Mustersatzungen aus, die den Parteigliederungen zur Verfügung gestellt wurden; zahlreiches Material dazu findet sich im BAP DVP 2.

[18] Siehe dazu auch Dok. Nr. 4, Anm. 8.

[19] Bereits am 14.12.1918 hatte Gutsche in der Frage der künftigen Arbeiter- und Angestelltenpolitik der Partei Stresemann davor gewarnt, »auf das verkehrte Pferd (zu) setzen« und von einer einseitigen Begünstigung der Wirtschaftsfriedlichen abgeraten, PA NL Stresemann 193; siehe dazu auch Roder, S. 242 f.

[20] Karl Rupp, Sozialsekretär bei der Firma Röchling, Völklingen. 1914–1916 Schriftführer des Bundes Deutscher Werkvereine und des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände, 1914–1917 Schriftführer der Zeitschrift »Die Arbeiterbewegung«.

Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen zustehe. Im übrigen wird von einer Stellungnahme in der ganzen Frage, besonders auch zu Punkt 2 des Abkommens, vorläufig abgesehen, nachdem Herr Vögler mitteilte, daß die Frage der Aufnahme der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung in die soziale Arbeitsgemeinschaft der Unternehmerverbände und Gewerkschaften immer noch schwebt[21] und daß wohl mit der Möglichkeit der Aufnahme zu rechnen sei, nachdem Herr Knebel weiter dazu erklärt hatte, daß im Falle der Aufnahme der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung in die Arbeitsgemeinschaft die ganze Streitfrage für die christlichen Gewerkschaften erledigt sei. Die Entscheidung über die Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft soll daher erst abgewartet werden.

Einigkeit herrscht darüber, daß die Parteileitung in keinem Falle Widerspruch erhebt, wenn seitens der Wahlkreisverbände Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung in den Zentralvorstand entsandt werden. Vielmehr handle es sich nur um die Frage, ob solche Vertreter auf dem Wege der Zuwahl in den Zentralvorstand gelangen. Damit erklärt sich auch Herr Knebel vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften aus einverstanden. Bis zur Regelung der ganzen Frage soll ferner von der Zuwahl von Vertretern der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung abgesehen werden. Im übrigen ist nach Feststellung des Herrn Trucksaess eine solche Zuwahl zur Zeit auch völlig gegenstandslos, da mit den jetzt Zugewählten die in den Satzungen vorgesehene Höchstgrenze bereits erreicht ist.

Auf dringendes Ersuchen des Herrn Dr. Hugo, der am folgenden Tag nicht anwesend sein kann, wird trotz der fortgeschrittenen Zeit noch vom Punkt 6. Beschlußfassung über die auf dem Jenaer Parteitag dem Geschäftsführenden Ausschuß überwiesenen Anträge und Entschließungen der Antrag Dr. Hugo auf Aufhebung der Zwangswirtschaft[22] beraten. Der Antragsteller weist auf die Dringlichkeit des Antrages hin. Der Antrag wird von Herrn Vögler unterstützt, andererseits äußern Frau Mende und Herr Dr. Becker Bedenken gegen die Formulierung im einzelnen. Auf Vorschlag des Herrn Geheimrat Garnich wird der Antrag dem Ausschuß für Handel und Industrie überwiesen mit der Bitte um möglichst baldige Stellungnahme unter Ermächtigung der selbständigen Beschlußfassung infolge der Dringlichkeit der ganzen Frage.

---

[21] In Punkt 3 des ZAG-Abkommens (siehe Dok. Nr. 5, Anm. 39) war festgelegt worden, daß die Arbeitgeber und die Arbeitgeberverbände »die Werkvereine (die sogenannten Wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortab vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen«, siehe dazu auch Gerald D. Feldman, The Origins of the Stinnes-Legien Agreement: A Documentation, in: IWK 9 (1973), S. 45–103 (hier: S. 86); zur Haltung der Freien Gewerkschaften siehe Potthoff, S. 109ff.; Klaus Schönhoven (Bearb.), Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919, Köln 1982, S. 42ff., Dok. Nr. 62. Zum gespannten Verhältnis der DVP zu den wirtschaftsfriedlichen Verbänden siehe Mattheier, S. 297f.; Roder, S. 228ff.; Patch, S. 44ff.

[22] Auf Antrag Stresemanns hatte der Parteitag über den Antrag nicht abgestimmt, sondern ihn dem GA überwiesen, siehe Bericht Erster Parteitag, S. 104f.; zur Frage der Zwangswirtschaft im Frühjahr und Sommer 1919 siehe Kabinett Scheidemann, S. XLIV–XLVII; Hans-Georg Ehlert, Die wirtschaftliche Zentralbehörde des Deutschen Reiches 1914–1919, Wiesbaden 1982, Kap. B, C.

Die weitere Beratung der Tagesordnung wird auf den folgenden Tag, 2. Mai, vormittags 10 Uhr, vertagt.[23]

Schluß der Sitzung 7 Uhr 30 Minuten.

7.

2. Mai 1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/50, p. 61–73. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1. Überschrift: »Streng vertraulich! Geschäftsführender Ausschuß. Sitzungen am 1. und 2. Mai 1919. Sitzung am 2. Mai 1919, vorm. 10 Uhr«.[1]

Der stellvertretende Vorsitzende, Geheimrat Garnich, eröffnet die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Generalsekretär Flathmann eine Reihe von Ratschlägen für die Organisationstätigkeit in einem Wahlkreis. Er legt dazu ein Muster-Organisationsheft vor für den Wahlkreis Gifhorn, in dem jede einzelne Ortschaft auf einem besonderen Blatt aufgeführt ist mit genauen Angaben über alles für die Wahlbewegung Wissenswerte: Zahl der Wohnhäuser, Einwohnerzahl, Zugehörigkeit zur Kirchengemeinde, zum Wahlbezirk, Postbestellbezirk sowie die Wahlergebnisse von den letzten Wahlen. Des näheren führt dazu Herr Flathmann aus:

»Nach dem Verlauf und dem Ergebnis der letzten Wahlen tritt heute mehr als früher die unbedingte Notwendigkeit hervor, die politisch Gleichgesinnten zu sammeln, die Kräfte für künftige Wahlen mehr zusammenzufassen, die Partei von Grund auf neu zu organisieren. Die neugebildeten, sehr ausgedehnten Wahlkreise[2] erschweren einen Überblick über den ganzen Bezirk, der heute gemeinsam Abgeordnete in größerer Zahl wählen soll, und eine Zusammenfassung desselben ganz außerordentlich. Damit hängt zusammen, daß sowohl die einheitliche Aufstellung der Kandidaten als auch die Einheitlichkeit des Wahlkampfes aufs äußerste erschwert ist. Dem kann nur dadurch begegnet werden, daß die Partei von Grund auf neu organisiert wird, d. h., daß ein Aufbau der Organisation in den einzelnen Teilen des großen Wahlkreises, in den politischen Kreisen, erfolgt. Kreis für Kreis müssen einzeln vorgenommen und organisiert werden, und auf diesem Unterbau muß alsdann eine zweckmäßige Zusammenfassung für die gesamte Parteiarbeit des Wahlkreises (Werbearbeit, Aufstellung der Kandidaten, Wahlkampf, Beschaffung der Geldmittel usw.) erfolgen.

Die Organisation in dem einzelnen Kreise hat sich zunächst auf die Begründung von Vereinen in den dazu geeigneten Orten, namentlich aber auf die Anwerbung von Vertrauensmännern an möglichst allen Plätzen zu erstrecken. Im einzelnen werden

[23] Siehe Dok. Nr. 7.

[1] Nach der dem Protokoll beiliegenden Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Stresemann, Garnich, Becker (Hessen), Frau Mende, Moldenhauer, Piper, Rose, Sachs, Frau Hoffmann, ferner: Trucksaess, Kockelkorn, Brüser, Frau Teicke von der Reichsgeschäftsstelle; als Gast: Flathmann; entschuldigt fehlten: Frau Bassermann, Blüher, Becker (Zweibrücken).

[2] Siehe Dok. Nr. 5, Anm. 113.

dabei von der mit der Organisation eines Kreises beauftragten Persönlichkeit folgende Richtlinien zu beachten sein:

- Angaben über alle im Wahlkreise vorhandenen Vereine der Partei, über deren Vorstand, Mitgliederzahl, Beitragsleistung, Tätigkeit usw.
- Feststellung, ob und in welchen Orten des Kreises geeignete Vertrauensmänner bereits vorhanden sind, evtl. Angabe solcher Vertrauensmänner.
- Bezeichnung und Charakterisierung der leitenden bzw. sonst hervortretenden Mitglieder der Partei im Kreise.
- Feststellung, ob im Orte bereits ein Verein besteht bzw. die Gründung eines solchen Vereins möglich und zweckmäßig ist.
- Feststellung, ob ein Verein, der sich über den ganzen Kreis erstreckt, zweckmäßig ist oder mehrere Vereine, die sich über Teile des Kreises ausdehnen könnten, vorzuziehen sind.
- Angaben darüber, ob im Kreise Parteigenossen vorhanden, die als Redner, wenn auch zunächst nur in kleineren Versammlungen, befähigt und geeignet sind, bzw. in einem Kursus dazu ausgebildet werden könnten.
- Angaben darüber, ob Parteigenossen vorhanden, die in sonstiger Weise agitatorisch für die Partei tätig sein könnten.
- Nach Möglichkeit ein Verzeichnis sämtlicher Parteigenossen, unter allen Umständen aber ein solches der Vertrauensmänner der einzelnen Orte.
- Angaben über die für Parteiversammlungen geeigneten Räume bzw. Lokale in den einzelnen Orten des Wahlkreises.
- Angaben über die politische Richtung und Wichtigkeit verschiedener in öffentlichen Stellungen befindlichen Personen, z.B. Gemeindevorsteher, Pastor, Lehrer usw.
- Mitteilungen über die im Orte hervortretenden, führenden Personen der anderen Parteien.
- Feststellung, ob eine Abschrift der Wählerliste vorhanden ist.

Ist auf diese Weise die Grundlage geschaffen, so gilt es, für den Kreis im ganzen eine Einheitlichkeit der Organisation festzustellen. Das geschieht am besten dadurch, daß man die gesamten Vertrauensmänner der einzelnen Orte des Kreises zu einer »Vertrauensmännerversammlung« vereinigt und dieses Organ in regelmäßigen Zwischenräumen zusammenruft, um wichtigere Parteifragen zu behandeln. Aus der »Vertrauensmännerversammlung« des Kreises müssen ein »Kreiswahlausschuß«, sowie ein »Kreisobmann« und dessen Stellvertreter gewählt werden. Die einzelnen Kreisobmänner eines ganzen Wahlkreises müssen von Zeit zu Zeit zusammentreten, um gemeinsam die Angelegenheiten des Wahlkreises und andere politische Fragen zu besprechen und Instruktionen der Wahlkreisleitung für ihren engeren Bezirk entgegenzunehmen.

Sehr wichtig ist es, daß die einzelnen Vertrauensmänner ab und zu von der Leitung des Wahlkreises geeignete Drucksendungen und briefliche Mitteilungen empfangen. Dadurch wird die Verbindung zwischen beiden Teilen rege erhalten, das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt und zugleich die spätere Hilfeleistung der Vertrauensmänner bei den Wahlen, die nicht entbehrt werden kann, angebahnt und gesichert«.

Die Reichsgeschäftsstelle wird beauftragt, den Organisationen im Reiche von diesen Ratschlägen Kenntnis zu geben.

Man tritt sodann in die Tagesordnung ein und beginnt mit Punkt 7. Jugendfrage.

Es liegen dazu folgende Entschließungen der Teilnehmer an einer Besprechung über die Jugendfrage am 14. April in Jena vor:

a) Es ist wünschenswert, daß die Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei eigene Jugendgruppen gründen, in denen die Jugend im vaterländischen Sinne beeinflußt wird.

b) Dem Geschäftsführenden Ausschuß wird vorgeschlagen, die Jugendfragen auf einer besonderen Tagung in Berlin oder einem anderen Orte nochmals eingehend durchzuberaten.

Generalsekretär Brüser[3] berichtet zunächst über den derzeitigen Stand der Jugendorganisation und stellt fest, daß diese erfreuliche Fortschritte mache. Der Vergleich mit den Jugendorganisationen anderer Parteien lege auch uns nahe, daß wir grundsätzlich eine eigene Jugendorganisation schaffen. Unsere Jugendorganisation soll alle Kreise umfassen. Demgemäß sei auch der von den Ortsvereinen einzusetzende Ausschuß, der sich zunächst an die Jugend der Parteifreunde als dem gegebenen Stamm für die Gründung einer Jugendgruppe wende, im Laufe der Zeit durch Zuwahl zu ergänzen. Die studentischen Gruppen unserer Partei an den Hochschulen seien, dem betreffenden Ortsverein angegliedert, besondere Gruppen mit bestimmtem Zweck: Wahrung und Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der Akademikerschaft im Sinne unserer Partei. Entgegen unserm ersten Vorhaben, uns nur an die reifere Jugend, etwa vom 17. oder 18. Lebensjahre ab, zu wenden, seien wir durch das Verhalten der anderen Parteien gezwungen worden, auch die schulpflichtige Jugend in unserem Sinne zu beeinflussen, ohne daß wir damit Parteipolitik in diesen Teil der Jugend hineintragen wollten. Man dürfe Jugendpflege und Jugendbewegung nicht verwechseln. Erste sei abzulehnen, da sie als Bevormundung wirke. Unsere Jugendorganisation soll vielmehr durch ihre Einrichtungen und Veranstaltungen die Selbsttätigkeit hochbringen, eine Art Selbstverwaltung unter gesunder Führung seitens des betreffenden Ortsvereins geben, in einer Art Arbeitsgemeinschaft Wissen, Können, Wollen, Handeln, Einordnung, Unterordnung, Heraushebung des einzelnen veranschaulichen, somit allgemein staatsbürgerliche Tugenden wachrufen, unter Betonung des liberalen Prinzips vom eigenen Wert.

Die Diskussion ergibt Einigkeit über die Wichtigkeit der Förderung parteieigener Jugendverbände.[4] *Auf Vorschlag Moldenhauers wird ein Jugendausschuß (Curtius,*

[3] Brüser, Jugendreferent in der Reichsgeschäftsstelle, siehe S. 34*, Anm. 13.

[4] Zur Gründung der DVP-Jugendgruppen, die im Jahr 1919 vor allem in Bochum, Braunschweig und im Wahlkreis Westfalen-Süd großen Zulauf hatten, und zum Bemühen der Partei um den Deutschnationalen Jugendbund siehe Krabbe, S. 146ff.; ders., Parteijugend in der Weimarer Republik. Ein typologischer Vergleich am Beispiel der Zentrums- und DVP-Jugend, in: ders. (Hg.), Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993, S. 38–72.

Luther[5]*) unter dem Vorsitz von Frau Hoffmann zur Vorbereitung einer Jugendtagung eingesetzt, der auch die Vorbereitung einer Jugendtagung übernehmen soll.*

Stresemann übernimmt den Vorsitz und ruft Punkt 6. auf: Beratung der von der Jenaer Tagung überwiesenen Anträge und Entschließungen. Der Antrag Backhaus auf Förderung der Landwirtschaft wird dem Ausschuß für Landwirtschaft und Siedlungswesen (Vors. Dusche, Backhaus, Held[6]*, Langer, Schiftan*[7]*, Wolff*[8]*) übertragen. Die Frage der Stellung der Partei zur Bodenreform*[9] *und zum Heimstättenwesen wird dem Hauptausschuß für Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und Mittelstandsfragen überwiesen. Der Antrag Backhaus zum Auslandsdeutschtum wird zurückgestellt. Der Antrag des Frauenausschusses Groß-Berlin (Berücksichtigung der Frauenforderungen; Zuziehung des Reichsfrauenausschusses durch die Fraktionen vor Stellungnahme zu Frauenforderungen) wird dem Frauenausschuß zugewiesen. Gegenüber dem Antrag Schowalter auf Verdeutschung des Titels der Nationalliberalen Correspondenz hebt Spieß den* »materiellen und ideellen« *Wert des Titels hervor. Es wird die Bezeichnung* »Nationalliberale Correspondenz. Pressedienst der Deutschen Volkspartei« *beschlossen. Der Antrag Ewert*[10] *(Guben), die Deutsche Volkspartei solle immer deutsch sprechen, wird der Reichsgeschäftsstelle zur Beachtung überwiesen. Der Antrag der süddeutschen Organisationen (Neuaufbau der Partei) wird zur Kenntnis genommen. Die Richtlinien über die Stellung der Partei zur Frage der Arbeiterräte werden auf Antrag Roses an den Arbeiterausschuß verwiesen, der sie unter Zuziehung von Vertretern der Industrie beraten soll. Das Ergebnis dieser Erörterungen soll auch dem Ausschuß für Handel und Industrie vorgelegt werden. Die Anregungen Flathmanns (Einführung von Rednerkursen und Diskussionsabenden; Zusendung von Agitationsmaterial an die Vertrauensmänner; Sammlung von Material über andere Parteien; Zusammenkünfte der Parteibeamten) werden der Reichsgeschäftsstelle überwiesen.*

Abgeordneter *Dr. Stresemann* schließt dann die Sitzung. Schluß 2 Uhr.

[5] Paul Luther (1868–1954), Dr. theol. 1892–1901 Pfarrer in Kremmen, ab 1901 in Charlottenburg. Ab 1919 Stadtverordneter in Charlottenburg. 1920–1924 MdR (DVP), 1923 Vors. des Reichsjugendausschusses. Vizepräsident des Deutschen Protestantenvereins.

[6] Theodor Held (1859–1947), Kaufmann und Königlich Preußischer Lotterieeinnehmer. 1894–1900 Stadtverordneter in Menden. 1907/1908 MgPrAH (NLP). 1903–1908, 1912–1918 MdR (NLP). Ab 1921 MdL Preußen (DVP).

[7] Franz Schiftan (* 1870), Rittergutsbesitzer. 1921–1928 MdL Preußen (DVP).

[8] Philipp Wolff, Landwirt in Albig bei Alzey.

[9] Stresemann hatte sich bei der ersten Lesung der Reichsverfassung für eine Berücksichtigung der Eingabe des Bundes der deutschen Bodenreformer ausgesprochen, siehe Dok. Nr. 5, Anm. 201.

[10] Max Ewert (* 1870), Dr. phil. 1904–1920 Direktor des städtischen Lyzeums Guben. 1920–1932 Direktor des Bismarck-Oberlyzeums Berlin-Steglitz.

8.

29. Juni 1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/50, p. 129–189. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck mit Stempelaufdruck: »Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei. Politische Abteilung«; Expl. Nr. 1. Überschrift: »Streng vertraulich! Geschäftsführender Ausschuß. Sitzung am 29. Juni 1919, vormittags 10 Uhr in der Reichsgeschäftsstelle«.[1]

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Geheimrat Garnich eröffnet die Sitzung mit Begrüßungsworten um 10 Uhr 15. Er geht von der Unterzeichnung des Friedensvertrags durch die neue Regierung aus, betont demgegenüber die Berechtigung der ablehnenden Haltung der Deutschen Volkspartei.[2] Die Partei müsse jedoch jetzt die Blicke vorwärts richten und am Wiederaufbau Deutschlands tatkräftig mitarbeiten. Abg. Garnich spricht weiter sein Bedauern darüber aus, daß der erste Vorsitzende des Ausschusses, Herr Dr. Stresemann, am Erscheinen verhindert ist, und verliest ein Grußtelegramm Stresemanns, in welchem dieser der Tagung besten Verlauf wünscht. Auf Anregung des stellvertretenden Vorsitzenden beschließt der Ausschuß, ein Antworttelegramm abzusenden, in dem Herrn Dr. Stresemann die herzlichsten Wünsche auf baldige Wiederherstellung ausgesprochen werden. Der Vorsitzende begrüßt dann Herrn Redakteur Dr. Metger[3], der als Vertreter des Reichspresseverbandes der Deutschen Volkspartei in den Ausschuß eingetreten ist.

---

[1] Laut der dem Protokoll beiliegenden Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Brandi, Dusche, Flathmann (als Gast), Garnich, Frau Hoffmann, Hugo, Jahn, Frau Mende, Metger, Rießer, Dr. Rose, Vögler, ferner: Brüser, Kockelkorn, Stocksiek und Trucksaess von der Reichsgeschäftsstelle. Entschuldigt fehlen: Frau Bassermann, Becker (Zweibrücken), Blüher, Kuhbier, Stresemann, ferner die Mitglieder der Nationalversammlung. Ebenfalls beigegeben die Tagesordnung: 1. a. Anstellung der Beamten der Reichsgeschäftsstelle. b. Nachtrag zum Etat der Reichsgeschäftsstelle. c. Festsetzung der Bezugspreise für die »Nationalliberale Correspondenz«. d. Vertrag mit Archivdirektor Wentzcke über die Weiterführung der Geschichte der Nationalliberalen Partei. 2. Berichte der Vorsitzenden der Ausschüsse über die Tätigkeit der Ausschüsse. 3. Ausbau der Organisation unter besonderer Berücksichtigung der notleidenden Wahlkreise. a. Bericht des Organisationsausschusses. b. Finanzlage. c. Frage der Einsetzung eines politischen Ausschusses. 4. Die Vorarbeiten zum Parteiprogramm. 5. Verschiedenes. a. Einsetzung eines Ausschusses für Kommunalpolitik (Antrag Hamburg). b. Einsetzung eines Berliner »Unterausschusses« (Anregung Rießer). c. Gesuch der Frau Saigge um Gewährung einer Witwenpension. d. Niederschrift über die Gründungstagung der Partei im Savoyhotel.

[2] Am 28.6.1919 wurde der Versailler Vertrag durch Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unterzeichnet (Wortlaut der Friedensbedingungen: Die Friedensbedingungen der Alliierten und Assoziierten Regierungen, Berlin 1919). Die DVP hatte bei der Abstimmung in der Nationalversammlung am 22.6.1919 den Versailler Vertrag abgelehnt, siehe VNV, Bd. 327, S. 1135. Ihr Fraktionsvorsitzender Heinze hatte am folgenden Tag erklärt, die DVP lehne den Friedensvertrag nach wie vor ab, erkenne aber an, daß die Zustimmenden »nur aus vaterländischen Gründen gehandelt hätten«, während die DNVP durch ihren Sprecher Schultz (Bromberg) lediglich feststellen ließ, die Partei setze es als »selbstverständlich« voraus, »daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt«, ebd., S. 1137; siehe dazu auch Albertin, S. 309ff.; Ernst Portner, Die Verfassungspolitik der Liberalen 1919, Bonn 1973, S. 79ff.

[3] Kurt Metger (* 1880), Dr. phil., Journalist. Tätigkeit bei der »National-Zeitung«, Berliner Vertreter der »Straßburger Post«, der »Magdeburger Zeitung« und der »Leipziger Neuesten Nachrichten«, ab 1920 Abteilungsleiter bei der »Telegraphen-Union«.

Garnich über die Organisation der Reichsgeschäftsstelle (Ausscheiden Hugos; Verträge und Versicherungen der neuen Angestellten Schütz[4], Trucksaess, Kockelkorn[5], Stocksiek[6], Brüser, Bertram[7], Ohlsberg[8]). Nachtragsetat der Reichsgeschäftsstelle (Presseabteilung/NLC 27 000 Mark; Außenagitation 15 000 Mark). Unter Beibehaltung des bisherigen Bezugspreises ist eine wesentliche Steigerung der Einnahmen der NLC (20 700 Mark) ausgeschlossen. Die Anregungen betr. Herausgabe einer Wochenausgabe und Festlegung des Bezugspreises der NLC für Privatpersonen werden dem Organisationsausschuß überwiesen. Trucksaess weist darauf hin, daß die im Etat eingesetzten 30 000 Mark von den Außenrednern völlig in Anspruch genommen würden, so daß ein Etatposten für den Außendienst fehle. Dem Nachtragsetat wird zugestimmt. Der Vertrag mit Archivdirektor Wentzcke[9] zur Weiterführung der Geschichte der Nationalliberalen Partei wird gebilligt. Auf Antrag Vöglers wird der Organisationsausschuß mit Prüfung und Abschluß eines Vertrages mit dem Staatspolitischen Verlag beauftragt.

Den von der Reichsgeschäftsstelle im Einvernehmen mit Stresemann herausgegebenen Richtlinien für die Ausschüsse[10] wird zugestimmt. Brandi und Frau Mende über Zuziehung von Vertretern der Wahlkreisverbände zu den Ausschüssen. Trucksaess betont, daß der »Eifer zur Mitarbeit nicht unterbunden werden dürfe« *und empfiehlt Zuziehung von Parteimitgliedern auch außerhalb Berlins. Dusche berichtet, daß der Ausschuß für Landwirtschaft und Siedlungswesen ein von Backhaus entworfenes Agrarprogramm[11] beraten habe. Der Ausschuß beabsichtigt, die Vertretung der Parteiinteressen in der landwirtschaftlichen Fachpresse zu forcieren und empfiehlt die Einrichtung von besonderen Kursen zur organisatorischen Betreuung der Landbevölkerung. Dem Antrag Roses, die Aussprache abzubrechen und sie mit Punkt vier der Tagesordnung zu verbinden, wird zugestimmt.*

[4] Schütz, Leiter der Reichsgeschäftsstelle; siehe auch S. 34*, Anm. 13.

[5] Gottfried Kockelkorn, 1919–1923 hauptamtlicher Mitarbeiter in der Reichsgeschäftsstelle (Werbeabteilung), 1924–Ende 1930 Herausgeber und Schriftleiter der NLC; siehe auch S. 34*, Anm. 13.

[6] Heinrich Stocksiek, Leiter der Organisationsabteilung in der Reichsgeschäftsstelle, siehe auch S. 134*, Anm. 13.

[7] Bertram, Oberlehrer aus Itzehoe, Archivar der Reichsgeschäftsstelle, siehe auch S. 34*, Anm. 13.

[8] Max Ohlsberg (* 1888), Journalist. Leiter der Berliner Redaktion der »Allgemeinen Zeitung Chemnitz«, seit Juni 1919 zweiter Redakteur der NLC. Ohlsberg schied im August 1919 aus, da er »die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllte«, BAK R 45 II/50, p. 325.

[9] Paul Wentzcke (1879–1960), Historiker. Seit 1912 Tätigkeit im Stadtarchiv Düsseldorf, 1933 Honorarprofessor in Köln. Mtgl. der DVP.

[10] Siehe dazu BAK R 45 II/56, p. 11–15 »Richtlinien für die Arbeit der vom Geschäftsführenden Ausschuß eingesetzten Fachausschüsse« vom 20.5.1919.

[11] Siehe dazu Wilhelm Backhaus, Aufgaben der Landwirtschaft und ihre Vertretung durch die Deutsche Volkspartei, Berlin 1919; zur Agrarpolitik der DVP 1919/20 siehe Schumacher, Land, S. 454ff.

3. Ausbau der Organisation unter besonderer Berücksichtigung der notleidenden Wahlkreise.

a. Bericht des Organisationsausschusses.

b. Finanzlage.

Geheimrat Sachs als stellvertretender Vorsitzender des Organisations- und Werbeausschusses gibt einen Überblick über den Stand der Organisation. So erfreulich die Fortschritte in den organisierten Wahlkreisen seien, so sehr müsse die Sorge der Partei den zehn Wahlkreisen gelten, in denen wir bei der letzten Wahl noch keine Kandidaten aufgestellt[12] hatten bzw. in denen wir kein Mandat erreicht hätten.[13] Der Organisationsausschuß habe sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Lage in diesen Wahlkreisen befaßt und sei zu der Überzeugung gekommen, daß die Organisationsarbeit ohne die Bereitstellung weiterer Mittel in einzelnen Wahlkreisen nicht mit Aussicht auf Erfolg weiterzuführen sei. Besonders dringend sei die finanzielle Unterstützung für die Wahlkreise Mittelschlesien, Chemnitz und Leipzig, die noch gar keine Unterstützung erhalten hätten. Der Ausschuß beantrage für diese Kreise 10 000 Mark bzw. 7 500 Mark. Sehr mißlich sei ferner die Lage des Wahlkreises Magdeburg. Der Wahlkreis habe noch etwa 40 000 Mark Wahlschulden. In der letzten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses habe man von der Gewährung einer Unterstützung an Magdeburg im Hinblick auf die Erklärung des Herrn Flathmann, daß von anderer Seite für Magdeburg gesorgt werde, abgesehen.[14] Von dieser Seite sei inzwischen wohl etwas, aber doch nicht genügend geschehen. Die Situation stünde auf Grund des von Magdeburg mit der Reichsgeschäftsstelle geführten Schriftwechsels und auf Grund der persönlichen Mitteilungen des Magdeburger Generalsekretärs tatsächlich so, daß die dortige Geschäftsstelle nicht mehr lange zu halten sei, wenn nicht eingegriffen würde. Der Organisationsausschuß mache den Vorschlag, daß im Hinblick darauf, daß der Hauptgläubiger Magdeburgs die Anzeigengesellschaft ALA[15] mit 35 000 Mark sei, die Herren Flathmann und Vögler dafür sorgen sollten, einmal, daß die ALA den Betrag vorläufig stunde, dann aber auch versuchen sollten, diese Forderung teilweise oder gänzlich aus der Welt zu schaffen. Recht unerfreulich seien auch die Verhältnisse in dem anderen Kreise der Provinz Sachsen, in Halle-Merseburg. Hier handle es sich einmal um die Schuldenangelegenheit, die schon in der früheren Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses erörtert worden sei[16], sodann aber stocke der Neuaufbau teilweise infolge dieser Schulden,

[12] Es handelt sich um folgende Wahlkreise: 2 (Provinz Westpreußen), 9 (Regierungsbezirk Breslau), 10 (Regierungsbezirk Oppeln), 11 (Regierungsbezirk Liegnitz), 18 (Regierungsbezirk Arnsberg, Listenverbindung mit der DNVP), 21 (Regierungsbezirke Koblenz und Trier), 29 (Sachsen 1–9), 29 (Sachsen 10–14), 30 (Sachsen 15–23), 31/32 (Württemberg), 33 (Baden), 36 (Thüringische Staaten).

[13] Kein Mandat erreichte die DVP in folgenden Wahlkreisen: 6 (Regierungsbezirk Frankfurt/O.), 12 (Regierungsbezirk Magdeburg und Anhalt), 13 (Regierungsbezirk Merseburg), 22 (Düsseldorf 1–5; Listenverbindung mit der DNVP), 24 (Oberbayern und Schwaben), 25 (Niederbayern und Oberpfalz), 26 Ober-, Mittel- und Unterfranken; Listenverbindung mit der DNVP), 35 (Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Lübeck).

[14] Siehe Dok. Nr. 6.

[15] Die Allgemeine Anzeigen AG (ALA) war im Besitz Hugenbergs und befaßte sich mit der Akquisition, dem Vertrieb und der Vermittlung von Anzeigen, siehe Holzbach, S. 259ff.

[16] Siehe Dok. Nr. 6.

teilweise aber auch deshalb, weil offenbar nicht die richtigen Männer an der Spitze stehen. Zweifellos sei, daß auch hier etwas geschehen müsse.

Herr Vögler vertritt den Standpunkt, daß Magdeburg in der Lage sein müsse, sich selbst zu helfen. Auch Frau Mende schließt sich dieser Auffassung an. Geheimrat Rose fordert, daß die Geschäftsstelle in Magdeburg unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse; sofern es nicht anders gehe, müßten die Gelder dafür vom Geschäftsführenden Ausschuß zur Verfügung gestellt werden. Geheimrat Brandi und Geheimrat Rießer sind gegen den letzteren Vorschlag. Seitens der Reichsgeschäftsstelle wird darauf hingewiesen, daß der Standpunkt, Magdeburg soll sich selbst helfen, wohl richtig sei, daß die Sache aber, wie der vorliegende Schriftwechsel ergibt, tatsächlich an einem Punkt angelangt sei, der ein Eingreifen erfordert. Die Gefahr sei sehr nahe, daß das bis jetzt mühsam Erreichte zusammenbreche. Schließlich erklären sich die Herren Flathmann und Vögler bereit, im Sinne des Vorschlags des Organisationsausschusses zu wirken.

Was die Wahlschulden des Wahlkreises Halle-Merseburg angeht, wird nach eingehender Erörterung gegen zwei Stimmen beschlossen, die Verbindlichkeiten in Höhe von 60 000 Mark nicht aus der Parteikasse zu finanzieren. Der Antrag des Organisationsausschusses bezüglich der Unterstützung für Mittelschlesien, Leipzig und Chemnitz wird angenommen.

Geheimrat Sachs hebt weiter hervor, daß für eine Reihe von Wahlkreisen gleichfalls noch weitere Mittel erforderlich sind. Es sind das die Wahlkreise: Ostpreußen (5 000 Mk), Potsdam 1–9 (5 000 Mk), Frankfurt a. O. (5 000 Mk), Pommern (10 000 Mk), Niederschlesien (5 000 Mk), Osnabrück-Wilhelmshaven (7 000 Mk), Koblenz-Trier (5 000 Mk), Bayern rechts des Rheins (17 000 Mk), Pfalz (3 000 Mk), Württemberg (5 000 Mk), Baden (5 000 Mk), Mecklenburg (5 000 Mk), Thüringen (5 000 Mk). Die Beiträge, die hier beantragt werden, sollen nach dem Antrag des Organisationsausschusses als Darlehen mit dem ausdrücklichen Zweck zur Ausbreitung der Organisation gegeben werden, ferner nur unter der Bedingung, daß die Wahlkreisverbände vorher einen Wirtschaftsplan vorlegen, aus dem die Verwendung des Geldes zu ersehen ist. Ferner beantragt der Organisationsausschuß, eine Umfrage an die Wahlkreisverbände zu richten, in welcher Weise zur Zeit die Mittel zur Bestreitung der Wahlkreisverbandskosten aufgebracht werden, gegebenenfalls welche Maßnahmen für diesen Zweck geplant sind. Das eingehende Material soll zusammengefaßt und dann allen Wahlkreisen zur Verfügung gestellt werden.

Der stellvertretende Vorsitzende teilt mit, daß von Herrn Dr. Stresemann ein Telegramm zu dieser Angelegenheit vorliege, in dem Herr Dr. Stresemann zum Ausdruck bringt, daß die neuerliche Gewährung von solchen Beträgen aus den heutigen Mitteln der Partei mit einer sorgsamen Finanzführung unvereinbar sei. Wenn neue Unterstützungen erfolgten, müßten neue Mittel aufgebracht werden. Geheimrat Garnich schließt sich dieser Auffassung an und gibt einen Überblick über die Finanzlage. Daraus geht hervor, daß der Betrag des gesamten Parteivermögens unter dem Voranschlag des Etats der Reichsgeschäftsstelle bleibe, so daß mit Rücksicht

darauf, daß die Beitragsleistungen der Wahlkreisverbände im ersten Jahr nur zum Teil eingehen, aus diesen Mitteln nichts bewilligt werden könne.

Geheimrat Sachs hebt hervor, daß auch der Organisationsausschuß seinen Antrag nur in der Voraussetzung, daß neue Mittel aufgebracht werden, gestellt habe. Diese neuen Mittel müßten aber aufgebracht werden, sonst stocke der Ausbau der Organisation, und die Partei könne nicht mit Aussicht auf wesentlichen Erfolg in den nächsten Wahlkampf eintreten. Wenn wir jetzt noch Unterstützungen gewährten, so seien diese gewissermaßen werbendes Kapital. Mit Rücksicht darauf, daß den drei bayerischen Wahlkreisen rechts des Rheins bei der letzten Bewilligung nur 3000 Mark zugewiesen worden seien[17], beantrage er die für diese Kreise geforderten 17000 Mark sofort bereitzustellen, ohne die Einschränkung als Darlehen, wie für Mittelschlesien, Leipzig und Chemnitz. Diesem Antrag wird zugestimmt. Der Antrag hinsichtlich der übrigen Unterstützungen wird an den Rechnungsausschuß verwiesen mit der Bitte, alles zu versuchen, um die Mittel bereitzustellen.

c. Frage der Einsetzung eines politischen Ausschusses.

Geheimrat Sachs: Er habe namens des Organisations- und Werbeausschusses auch noch politische Angelegenheiten zur Sprache zu bringen. Im Lande herrsche, wie aus zahlreichen Zuschriften an die Reichsgeschäftsstelle hervorgehe, eine Unzufriedenheit mit der Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung in den letzten Tagen und Wochen. Diese Unzufriedenheit sei auch im Organisationsausschuß zum Ausdruck gekommen unter Hinweis darauf, daß die Werbearbeit unter der Wählerschaft durch die Politik der Fraktion außerordentlich erschwert werde. In der Frage der Abstimmung am 23. Juni sei er den Vorwürfen gegen die Fraktion zwar schon entgegengetreten, er habe aber dies doch nicht aus innerster Überzeugung tun können, und deshalb sei es erwünscht, wenn die Vertreter der Fraktion hier Aufschluß geben.[18] Es sei nicht zu verkennen, daß in weiten Kreisen der Wählerschaft eine Unzufriedenheit mit der Führung der Weimarer Fraktion bestehe. Es herrscht die Auffassung, daß die Leitung sich in diesen schweren Zeiten nicht so geschickt zeige, wie dies wünschenswert sei. Man müsse sich deshalb darüber in diesem Kreise offen aussprechen.

Besondere Unruhe habe die in der Fraktion angeschnittene Frage der Verschmelzung mit der Deutschnationalen Volkspartei hervorgerufen.[19] Zunächst ist die Zuständig-

[17] Siehe Dok. Nr. 6.

[18] Am 23.6.1919 erteilte die Nationalversammlung der Reichsregierung die unbedingte Ermächtigung zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags. Zahlreiche Wahlkreisverbände hatten nach der Ehrenerklärung des 23.6.1919 (siehe Anm. 2) ihr Unverständnis über die Tatsache geäußert, daß Heinze den Unterzeichnern »vaterländische Gründe« zugute gehalten hatte; vor allem wurde darauf hingewiesen, daß die Erklärung der DNVP diesen Passus nicht enthalten habe, siehe BAK R 45 II/50, p. 123ff. sowie Albertin, S. 343ff.

[19] Nach einer Notiz der »Täglichen Rundschau«, 6.6.1919, Nr. 291, hatten am Vortag die volksparteilichen Fraktionen der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung in einer gemeinsamen Sitzung »außerhalb der Tagesordnung [...] die Frage einer eventuellen Begründung einer neuen Partei auf rein nationaler Grundlage« erörtert, wobei sich aber »fast die Gesamtheit der Mitglieder beider Fraktionen« dagegen aussprach. Die »Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei« bestätigte am 10.6.1919 Verhandlungen zwischen beiden Parteien, die auf »Anregung der Deutschen Volkspartei« stattgefunden hätten, teilte dazu aber mit, die »leitenden Stellen der Deutschen Volkspartei haben die Beratungen abgebrochen, noch ehe

keit der Fraktion bestritten worden. Die Fraktion sei ausführendes Organ der Partei in gesetzgeberischen Fragen, aber nicht befugt, derartige Fragen, welche die Existenz der Partei betreffen, in Fluß zu bringen oder in sie selbständig einzugreifen. Der richtige Weg, solche Fragen in Fluß zu bringen, sei der über den Geschäftsführenden Ausschuß. Er persönlich habe immer ein freundschaftliches Einvernehmen mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen Partei unterhalten, er sei daher des Verdachtes enthoben, einseitig nach der Demokratie[20] hinzuneigen. Es sei unverkennbar, daß unsere Aufgabe sein müsse, eine breite Basis zu schaffen für alle diejenigen, die nicht zur Demokratie gehören wollen. Von diesem Standpunkt aus sei es doch verfehlt, auf eine Fusion nach rechts hinzuarbeiten, denn sie müßte eine Absplitterung nach links zur notwendigen Folge haben. In dieser Richtung sei eine Äußerung der Kölnischen Zeitung bemerkenswert, die geschrieben habe, daß sie im Falle der Fusion nach rechts unbedingt nach links abgehen würde. Das würde für die Stellung der Partei ein schwerer Schaden sein, bei der glänzenden Haltung der »Kölnischen Zeitung« (Vögler: Glänzend?). Sachs fortfahrend: Ich meine glänzend für die Deutsche Volkspartei, nicht im Sinne der Haltung der Zeitung bei der Abstimmung über den Friedensvertrag[21], die auch er für falsch halte. Die Deutschnationale Volkspartei sei gar keine einheitliche Partei. Man könne wohl Konservative und Freikonservative zusammentun, schwieriger aber werde es schon, wenn die Christlich-Sozialen dazukommen.[22] Nunmehr noch die Deutsche Volkspartei! Das ließe sich auf Dauer nicht zusammenhalten. Der nationale Gedanke habe eine parteibildende Kraft in großen nationalen Momenten, so bei Beginn des Deutschen Reiches. Sobald die Fragen des Alltages wieder in den Vordergrund traten, strömten die Elemente auseinander. So würde es auch jetzt sein, wenn binnem kurzem die Steuer- und Wirtschaftsfragen auf die Tagesordnung kommen. Deshalb würde eine Verschmelzung eine Schädigung der nationalen Sache sein. Etwas anderes sei selbstverständlich die Frage eines taktischen Zusammengehens mit der Deutschnationalen Volkspartei. Dafür müßten wir in der nächsten Zeit eintreten. Bei der Wahl könnte man die Listen verbinden, man könne auch gemeinsame Listen aufstellen, vielleicht auch da und dort den technischen Wahlapparat vereinheitlichen.

Damit hänge auch die Frage des Oppositionscharakters unserer Partei zusammen. Es habe den Anschein, daß unserer Partei die Opposition nicht liegt. Die Fraktion habe ja selbst festgestellt, daß die Mehrheitsparteien sich um sie gar nicht kümmerten. Die Antwort könne doch nur Opposition sein. In der Deutschnationalen Volkspartei

---

man von den allgemeinen Verhandlungen zu solchen über Einzelfragen übergegangen war«. Stresemann bezeichnete am 12.6.1919 die Unterredung dagegen als »rein private Besprechung einzelner Politiker«, Politische Umschau, in: DS 31 (1919), S. 414; am 21.7.1919 teilte Trucksaess Thissen mit: »Die Besprechungen sind von einer rein privaten Seite unserer Partei ausgegangen. Der betreffende Herr hatte von keiner Seite irgendeinen Auftrag, hatte auch von seiner Absicht niemandem vorher Kenntnis gegeben. Die Besprechungen selbst bestanden in nicht mehr als einer zwanglosen Unterhaltung gelegentlich des Mittagstisches in Weimar«, BAK R 45 II/2, p. 27. Bei dem »betreffenden Herrn« handelte es sich um Heinze, den Vorsitzenden der DVP-Fraktion in der Nationalversammlung, siehe auch S. 159f.

[20] Gemeint: der DDP.

[21] Die »Kölnische Zeitung« hatte sich nach einigem Zögern energisch für eine Unterzeichnung des Friedensvertrages eingesetzt, siehe bes. »Fragezeichen«, 17.6.1919, Nr. 500; »Die Wahrheit«, 19.6.1919, Nr. 507; »Ein unvermeidlicher Entschluß«, 20.6.1919, Nr. 512.

[22] Zur heterogenen Zusammensetzung der DNVP siehe Dok. Nr. 5, Anm. 164.

herrsche genau dieselbe Auffassung. Auch dort beschweren sich die Vereine und Mitglieder im Lande, daß von einzelnen Herren immer wieder eine Politik der Dämpfung getrieben werde. Die Deutschnationale Volkspartei habe jetzt einen Aufruf zur Opposition erlassen.[23] Das sei eine Folge dieser Stimmen aus dem Lande. Daher würden die Deutschnationalen jetzt in den rechtsstehenden Wählerkreisen als die Entschiedeneren angesehen. In dieser Richtung liege es auch, wenn die Deutschnationalen durch die energische Rede ihres Führers, des Ministers Hergt, im preußischen Abgeordnetenhaus eine viel größere Durchschlagskraft erreicht hätten.[24]

Mit diesen Dingen habe sich der Organisationsausschuß in seiner letzten Sitzung befaßt, und sie hätten ihn veranlaßt, mit einer Entschließung an die Fraktionen heranzutreten, die folgendermaßen lautet:

»Zur Vorbereitung der kommenden Wahlen und letzten Endes für die Erhaltung der Partei ist es dringend notwendig den Aufbau der Parteiorganisation nunmehr auf das kräftigste in Angriff zu nehmen. Der Organisations- und Werbeausschuß bittet dazu die Fraktionen der Partei in der Nationalversammlung und in der preußischen Landesversammlung dringend: 1. Ihre Tätigkeit vornehmlich nach dem Gesichtspunkt einzurichten, wie sie agitatorisch weitmöglichst verwertet werden kann, und dabei nicht nur den Gegensatz zur Regierung und zu den Mehrheitsparteien erheblich schärfer zu betonen, sondern auch die Grenzlinie zur Deutschnationalen Volkspartei klarer hervortreten zu lassen, als dies bisher geschehen ist. 2. Mit dazu behilflich zu sein, daß die Parteifreunde im Lande schnellstmöglichst über die Stellungnahme der Partei zu den politischen Tagesfragen unterrichtet werden. 3. Die Werbetätigkeit durch Entsendung der Abgeordneten in die Wahlkreise auch während der parlamentarischen Tagungen in erheblicherem Maße als bisher zu unterstützen«.

Dieser Entschließung sei auch von den dem Organisationsausschuß angehörigen Mitgliedern der Weimarer Fraktion zugestimmt worden. Daß die Abgeordneten teilweise nur sehr schwer als Redner zu haben sind, sei eine vielfach erhobene Klage der Organe im Lande. Sowohl die Demokraten wie die Deutschnationalen stünden jetzt vor Parteitagen mit glänzenden Rednerbesetzungen.[25] Das müsse auch uns zu einer aktiveren Politik zwingen. Deshalb sei im Organisationsausschuß die Einsetzung eines politischen Ausschusses als notwendig erkannt worden. Darin solle keine Zerstörung der Parteistruktur liegen. Oberste politische Instanzen bleiben der Parteitag und der Zentralvorstand, aber beide kämen für einen rechtzeitigen Meinungsaustausch nicht in Betracht, andererseits sei der Geschäftsführende Ausschuß nach der

[23] Siehe »Der Schmachfrieden«, »Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei«, 1 (24.6.1919), Nr. 142; auch auf ihrem Reichsparteitag am 12./13.7.1919 verabschiedete die DNVP eine Resolution, die die »Oppositionsstellung zu nationalen Pflicht« erklärte, DGK 1919, S. 109.

[24] Oskar Hergt hatte am 13.5.1919 im preußischen Abgeordnetenhaus die Reichsregierung dazu aufgefordert, die Friedensbedingungen insgesamt abzulehnen: »Das Volk will etwas anderes haben als einen Kuhhandel um den einen oder anderen kleinen Punkt. Hier handelt es sich nicht um einzelne Punkte, hier handelt es sich um das ganze Fundament, auf dem wir den Frieden aufbauen wollten, und dieses Fundament ist durch die Friedensbedingungen der Gegener vollkommen ins Gegenteil verschoben«, Protokolle der Sitzungen der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, Bd. 2, Sp. 1516ff.

[25] Die DNVP hielt ihren ersten Parteitag am 12. und 13.7., die DDP vom 19.–22.7.1919 in Berlin ab.

bisherigen Übung eine reine Verwaltungsstelle. Es müsse daher eine Einrichtung geschaffen werden, die auch den in verantwortlichen Stellen stehenden Parteifreunden, die nicht Abgeordnete sind, Gelegenheit gäbe, mit den Fraktionen in persönliche Fühlung zu treten. Diese Fühlungnahme soll beratenden Charakter haben. Gleichzeitig werde damit auch noch ein anderer Vorteil erreicht, nämlich eine persönliche und sachliche Harmonie zwischen Reichstags- und Landtagsfraktion, die doch früher[26] sehr gefehlt habe. Der politische Ausschuß könnte bestehen einmal aus den beiden Fraktionsvorständen, sodann aus den in Groß-Berlin anwesenden Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses, denn der Ausschuß habe nur dann einen Zweck, wenn er innerhalb 24 Stunden oder in noch kürzerer Zeit einberufen werden könne.

Geheimrat Garnich dankt dem Vorredner für seine offenen Darlegungen, ohne zunächst sachlich dazu Stellung zu nehmen. Er gibt im Anschluß daran die aus dem Lande vorliegenden Kundgebungen zu den hier aufgeworfenen Fragen bekannt. Gegen den Gedanken einer Verschmelzung mit der Deutschnationalen Volkspartei liegen Entschließungen vor vom Wahlkreis 5 (Teltow-Beeskow-Charlottenburg), vom Wahlkreis Schleswig-Holstein, vom Wahlkreis Bielefeld, vom Hauptverein Osnabrück, von der Ortsgruppe Lüneburg, vom Ortsverein Berlin-Schöneberg, vom Landesverein der Deutschen Volkspartei in Braunschweig, vom Kreisverein Hersfeld, außerdem zahlreiche telefonisch mitgeteilte Einspruchskundgebungen. Über die Abstimmung am 23. Juni liegen die Kundgebungen bzw. Anfragen vor aus Bremen, Danzig, Chemnitz, Dessau, Blankenburg, Gumbinnen, Braunschweig. Endlich werde gegen die gemeinsame Erklärung der Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei von der Ortsgruppe Weimar Widerspruch erhoben. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß diese gemeinsame Erklärung von der gegnerischen Presse wieder lebhaft ausgenutzt worden sei und dadurch Anlaß zu erneuter Unruhe im Lande gegeben habe. Herr Geheimrat Garnich teilt im Anschluß daran zur Frage der Bildung eines politischen Ausschusses folgende drahtlich eingegangene Meinung des Abgeordneten Dr. Stresemann mit: »Bildung politischen Ausschusses unmöglich. Funktion eines solchen übt Geschäftsführender Ausschuß aus«.

Herr Geheimrat Rießer nimmt zu den Darlegungen des Geheimrats Sachs namens der Fraktion Stellung. Er spricht auch seinerseits seinen Dank aus für die offenen Darlegungen. Es müsse alles besprochen werden, denn nichts sei verderblicher, als wenn wir nicht einig wären. Die Angelegenheit mit der angeblichen Fusion mit der Deutschnationalen Partei habe folgenden Verlauf genommen:

Abgeordneter Dr. Heinze habe privatim mit einzelnen Herren von der Deutschnationalen Volkspartei gesprochen. Als dann die Fraktionen der Deutschen Volkspartei des Reichstages und des Landtages aus anderem Anlaß zu gemeinsamer Sitzung vereinigt gewesen seien, habe Herr Dr. Heinze die Frage zur Erörterung gestellt. Er, Rießer, habe hierbei mit seinen Bedenken nicht zurückgehalten und geäußert, daß es für den Vorsitzenden der Fraktion schwer sei, seine private Meinung von seinem Amte zu trennen und daß man daraus Schlüsse ziehen werde, die, wenn sie an die Öffentlichkeit gelangten, uns nicht förderlich sein könnten. Fast die ganze Fraktion

[26] Gemeint: in der NLP.

sei von der Sache überrascht worden, obwohl einzelne aus privaten Gesprächen wußten, welcher Meinung Dr. Heinze ist. Er, Rießer, habe dabei stets darauf hingewiesen, daß seiner Ansicht nach die Stimmung in unserer Partei entschieden gegen eine Fusion sei, daß wir weite Kreise verlieren würden, wenn der Gedanke auch nur ernstlich erwogen werden würde. In der Sitzung der Fraktionen sei aber dann die Rede auf die Bildung einer großen nationalen Partei gekommen, und da hätten die meisten bis auf einige wenige, etwa drei, zwar anerkannt, daß in der Parteibildung noch nicht das letzte Wort gesprochen sei, daß wohl einmal die Zeit kommen könne, wo die Bildung einer großen nationalen Partei zur Notwendigkeit werde, das sei aber eine Sache, die man nicht von oben herunter machen könne, sondern die sich von unten her entwickeln müsse, wie das z.B. im vorigen Jahrhundert beim Deutschen Nationalverein[27] geschehen sei. Eine Fusion mit der Deutschnationalen Volkspartei könne jedoch unter keinen Umständen in Frage kommen. Herr Dr. Heinze habe dann gleichfalls betont, daß auch er keine Fusion gemeint, sondern daß auch ihm die Bildung einer neuen großen nationalen Partei vorgeschwebt habe, der die Kreise von rechts und links zuströmen würden. Fast alle hätten den Wunsch gehabt, daß die Angelegenheit nicht so plötzlich an die Fraktion gekommen wäre, sie wäre besser wohl zunächst im Vorstande erörtert worden (Sehr richtig!), und wenn sich dann herausgestellt hätte, daß die Mehrheit der Vorstandsmitglieder jedenfalls gegen die Fusion war, so wäre diese Frage damit erledigt gewesen. So aber kam es dahin, daß schließlich, wie uns mitgeteilt wurde, ein deutschnationaler Abgeordneter oder ein Geschäftsführer dieser Partei vor der Tür stand und um Mitteilung bat, was beschlossen worden sei. Jedenfalls aber sei das eine erreicht worden, daß die ganze Frage mit einer großen Mehrheit abgelehnt worden sei.

Aus dieser Stellungnahme sei schon zu ersehen, daß der Erlaß einer gemeinsamen Erklärung der Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei in der Friedensfrage[28] gar nichts zu tun habe mit der Frage der Fusion. Die Gründe für den gemeinsamen Aufruf seien ganz anderer Art. Man habe an diesem Tage eine gemeinsame Erklärung für durchaus nützlich gehalten. Es sei eine Erklärung nicht der rechtsstehenden Parteien, sondern der Opposition gewesen, notwendig, um dem Land klarzumachen, daß wir von unserer Meinung nicht abgingen. Wir konnten es nicht für richtig halten, in diesem Fall den Deutschnationalen ablehnend zu antworten. Geschadet habe der Aufruf jedenfalls nicht. Beide Parteien hätten ja in der Folge wieder gesonderte Aufrufe erlassen, so daß jeder sehen könne, daß der Fusionsgedanke dabei gar keine Rolle gespielt habe. Er selbst habe in der Nationalversammlung zweimal namens der Fraktion erklärt, daß die Deutsche Volkspartei ihre Unabhängigkeit nach rechts und links zu wahren entschlossen sei. Das dürfe uns aber nicht dazu veranlassen, nunmehr in keinem Fall mit den Deutschnationalen einen Schritt zusammenzugehen. Es könnten Fälle kommen, wo eine solche Zusammenfassung der Opposition durchaus förderlich sein könne.

[27] Zum 1859 gegründeten Deutschen Nationalverein siehe Andreas Biefang, Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868, Düsseldorf 1994.

[28] Die Erklärung der Fraktionen der DVP und der DNVP zur Friedensfrage vom 20.6.1919, in der eine Annahme des Friedensvertrages aus Gründen der nationalen Ehre abgelehnt wurde, ist abgedruckt in: UuF, Bd. 3, Dok. Nr. 725.

Was nun die Abstimmung über den Friedensvertrag in der Nationalversammlung betreffe, so müsse man sich den zeitlichen Verlauf der Ereignisse vergegenwärtigen. Am 22. Juni hatten der Ministerpräsident [Gustav Bauer, SPD] und der Abgeordnete Gröber[29] für das Zentrum erklärt, daß es der Würde und Ehre jedes Deutschen widerspreche, diesen Frieden ohne Vorbehalt bezüglich der sogenannten Ehrenfragen anzunehmen. In Übereinstimmung damit stand die erste Fassung der Entschließung der Regierungsparteien, die dahin ging, die Nationalversammlung solle die Haltung der Regierung in der Friedensfrage billigen, das heißt also die Haltung: Annahme mit Vorbehalt. Darauf erfolgte ohne jede Begründung die Änderung der Entschließung dahin: »Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden«.[30]

Der Sprecher der Deutschnationalen forderte die Antragsteller auf, sich darüber zu äußern, wie die Änderung zu verstehen sei. Die Antragsteller, insbesondere Gröber, hätten dazu geschwiegen. Der Präsident der Nationalversammlung aber, Fehrenbach[31], habe erklärt, er könne zwischen den beiden Fassungen einen Unterschied nicht erblicken. Darauf habe er, Rießer, selbst festgestellt: Nachdem Gröber eine Erklärung nicht gegeben habe, könne es nur eine Deutung geben, nämlich die, daß die Nationalversammlung sich einverstanden erklären solle auch mit der vorbehaltlosen Annahme. Herr Gröber habe auch daraufhin wieder geschwiegen. Nun kam die Abstimmung, und die Deutsche Volkspartei habe gegen das Vertrauensvotum und gegen diese Entschließung gestimmt. Sie hätte auch gegen jede andere Fassung gestimmt, die nicht eine glatte Ablehnung des Friedensvertrages aussprach.

Nun hatte die Regierung die Naivität, der Entente ein Telegramm zu schicken, in dem die Vorbehalte bezüglich der Ehrenpunkte gemacht waren. Daß daraufhin ein glattes Nein kommen würde, war doch selbstverständlich. Als es dann kam, war die Lage der Regierung in der Tat scheußlich. Die Regierung hatte das Gefühl, daß sie wieder demissionieren müsse, und es erhob sich zunächst die Frage, ob die Oppositionsparteien die Regierung übernehmen wollten. Letzteres wurde abgelehnt, mit dem Hinweis, daß die Herren die Suppe, die sie sich eingebrockt haben, selber ausessen sollten.[32] Die Unabhängigen wollten die Regierung auch nicht übernehmen. In dieser Lage entstand der Ausweg, von der Nationalversammlung feststellen zu lassen, daß es in der Tat so war, daß die Regierung Vollmacht zur vorbehaltlosen Unterzeichnung erhalten habe. Es sollte also nicht erneut sachlich abgestimmt, sondern nur der Sinn der Abstimmung vom 22. festgestellt werden. Eine neue sachliche Abstimmung war auch nicht möglich, weil sie, wie man berechnet hatte, voraussichtlich ausgegangen wäre mit 153 zu 152 Stimmen für oder gegen die Annahme des Frie-

[29] Adolf Gröber (1854–1919), Jurist. 1912 Landgerichtsdirektor in Heilbronn. 1895–1919 Vors. der württembergischen Zentrumspartei, 1917–1919 Vors. der Deutschen Zentrumspartei. 1887–1919 MdR (Zentrum).

[30] Siehe VNV, Bd. 327, S. 1131 f.

[31] Konstantin Fehrenbach (1852–1926), Jurist. 1885–1887, 1901–1913 Mtgl. der badischen II. Kammer (Zentrum). 1902–1926 MdR, 1919 Präsident der Nationalversammlung, Juni 1920–Mai 1921 Reichskanzler, 1923–1926 Vors. der Reichstagsfraktion des Zentrums.

[32] Zum Verlauf der Ereignisse in der Nationalversammlung und zum Angebot Eberts an die beiden Rechtsparteien, ihrerseits die Regierung zu bilden, siehe die detaillierten Darstellungen bei Albertin, S. 340 f. und Jürgen C. Hess, »Das ganze Deutschland soll es sein«. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der DDP, Stuttgart 1977, S. 38 ff.

densvertrages. Daß man das Schicksal Deutschlands nicht auf eine Zufallsmajorität von einer Stimme stellen konnte, sei klar. Daher hätten sich die Führer[33] einschließlich des Grafen Posadowsky darauf geeinigt, daß nur eine Auslegung der Abstimmung vom 22. in Frage kommen solle. In der Sitzung selbst habe dann von deutschnationaler Seite der Abgeordnete Schultz[34] (Bromberg) eine erneute sachliche Abstimmung zu provozieren versucht, ohne aber einen darauf gerichteten förmlichen Antrag zu stellen. Viele seiner eigenen Fraktionsgenossen, wie auch viele andere, hätten ihn dabei gar nicht richtig verstanden. Irgendeinen Erfolg hätte dieses Sondervorgehen auch gar nicht mehr haben können. Die Auslegung sei dann so bestätigt worden, wie er sie bereits am Tage zuvor festgestellt habe. Etwas anderes habe es gar nicht mehr geben können. Damit nun aber diese rein formelle Abstimmung nicht falsch ausgelegt würde, habe für die Deutsche Volkspartei der Abgeordnete Heinze die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß die Deutsche Volkspartei die Unterzeichnung nach wie vor ablehne.

Was nun die weitere Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion anbelangt, daß wir nämlich denjenigen, die für Unterzeichnung seien, die vaterländische Gesinnung nicht absprechen würden (Zuruf: Für die Partei gar nicht zu tragen!), so sei zuzugeben, daß sie nicht sehr glücklich sei. Die Deutschnationale Volkspartei habe zweifellos eine geschicktere Fassung gewählt.[35] Die Absicht des Herrn Erzberger war klar. Es war nichts anderes als eine Fortsetzung der Unwahrheiten, die den Gang des Schicksals Deutschlands in diesen schweren Tagen und Stunden beherrschten. Zur Charakteristik des Herrn Erzberger nur zwei Beispiele: Als man in der Zentrumsfraktion am Montag [23.6.1919] über die Stellung zur vorbehaltlosen Unterzeichnung Beschluß faßte[36], habe Erzberger mitgeteilt, die Abgeordneten Heinze, Kahl und Rießer hätten in einer Unterredung mit Noske zugegeben, daß nichts mehr übrig bleibe als die Unterzeichnung. Es handelte sich um eine plumpe Erfindung. An der Sache war nur soviel wahr, daß die genannten Abgeordneten mit einem Mitglied der Deutschnationalen Fraktion ein paar Worte wechselten und daß der Minister Noske im selben Augenblick zu der Gruppe hinzukam, als Erzberger für eine Sekunde seinen Kopf zur Tür hereinstreckte. Für Herrn Erzberger genügte das aber, denn das Märchen, das er seiner Fraktion damit vorsetzte, tat seine Wirkung. Ein zweiter kennzeichnender Fall spielte sich im Friedensausschuß[37] ab. Dort verlangte Herr Dr. Heinze, daß das Gutachten des Grafen Brockdorff vorgelegt würde. Erzberger bedauerte, es sei nicht bei den Akten. Heinze bat darauf, daß das Gutachten bis zum Abend beschafft würde. Am Abend erklärte Herr Erzberger, der Graf sei überall gesucht worden, man habe ihn aber nicht gefunden, er könne daher nur aus dem Gedächtnis referieren, bitte, ihn aber auf Einzelheiten nicht festzulegen. Dabei ist festgestellt worden, daß sowohl der Sekretär des Grafen in Weimar anwesend war

[33] Gemeint: die Parteiführer von SPD, DDP, Zentrum und DVP; zu dieser Besprechung siehe Friedrich Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, Frankfurt/M. 1923, S. 302ff.

[34] Georg Schultz (1860–1945), Jurist. Richter in Bromberg, dann Landgerichtsdirektor in Breslau. 1907–1930 MdR (Deutsche Reichspartei/DNVP).

[35] Siehe Anm. 2.

[36] Siehe dazu Morsey, Zentrumspartei, S. 180ff.

[37] Zur Zusammensetzung des Friedensausschusses, der sich am 10.4.1919 im Anschluß an die Kundgebung der Nationalversammlung zum Friedensschluß gebildet hatte und dem seitens der DVP Stresemann angehörte, siehe Heilfron, Bd. 3, S. 342.

und im Besitz des Gutachtens war, als auch Graf Brockdorff selbst, der am Abend während der Sitzung des Friedensausschusses im Hotel Erbprinz beim Nachtessen saß.

Er führe diese Beispiele nur an, um zu zeigen, wie dieser Herr in den Stunden, in denen es um das Schicksal Deutschlands ging, gearbeitet, wie er nicht nur die anderen, sondern auch seine eigene Partei hineingelegt habe.[38]

Was nun die Entschließung des Organisationsausschusses, die den Fraktionen übersandt worden sei, betreffe, so könne er zunächst darauf hinweisen, daß die Fraktion in Weimar seit kurzem besondere Besprechungen mit den Pressevertretern der Partei unmittelbar vor den Plenarsitzungen eingeführt habe. Damit habe sie ihrerseits dafür gesorgt, daß die Freunde im Lande so rasch wie möglich über die Absichten der Fraktion unterrichtet würden. Bezüglich des Wunsches, daß die Abgeordneten mehr im Lande sprechen, müsse jedoch darauf hingewiesen werden, daß eine Fraktion von 20 Mann[39], von der doch jeweils nicht mehr als 17 oder 18 da sind, nicht auch noch während der Plenar-, Fraktions- und Kommissionsverhandlungen Mitglieder zu Reisen abgeben könne (Zuruf: Nur bei gleichgültigen Tagesordnungen!). Es gibt keine gleichgültige Tagesordnung. Wir werden oft von den Mehrheitsparteien überrascht, zudem handle es sich, wenn ein Abgeordneter eine Rede im Wahlkreis übernimmt, nicht bloß um einen Tag, sondern um drei und noch mehr Tage, die er abwesend sein müsse, und endlich sei die Fraktion in wichtigen Kommissionen oft nur durch ein Mitglied vertreten, das nicht auch noch abwesend sein könne. Er müsse sich gegen den Vorschlag entschieden aussprechen.

Was ferner die sachliche Verbindung der Fraktionen in Weimar und Berlin betreffe[40], so sei da ein guter Anfang gemacht. In den wichtigsten politischen Fragen sei für die nächste Zeit ein Einverständnis festgelegt, und die Fraktion in Weimar sei auf das entschiedenste gewillt, in diesem Punkte nichts zu versäumen. Das sollte genügen. Ein politischer Ausschuß komme fast in allen Fällen doch zu spät. Der Geschäftsführende Ausschuß sei jetzt schon auch ein politischer Ausschuß (Widerspruch). Er ist es tatsächlich, er muß das Gewissen der Partei darstellen, dann, wenn der Zentralvorstand nicht versammelt ist; also möge der Geschäftsführende Ausschuß öfter zusammengerufen werden, um auch in politischen Fragen seine Meinung zu bekunden. Und wenn besondere Eile nötig ist, so müßten eben die gerade erreichbaren Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses zusammentreten. Er bitte daher, von der Einsetzung eines politischen Ausschusses abzusehen und auch der Notwendigkeit der Anwesenheit der Abgeordneten in Weimar Rechnung zu tragen.

Abgeordneter Vögler: Die »Kölnische Zeitung« könne heute nicht mehr verteidigt werden. Ihre Haltung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages müsse aufs schärfste verurteilt werden.[41] Was die Frage der Verschmelzung anbelangt, so

[38] Die Rolle Erzbergers war in der Öffentlichkeit und den Parteien äußerst umstritten, siehe Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 284–327; Theodor Eschenburg, Matthias Erzberger, München 1973, S. 118–139.

[39] Die DVP-Fraktion verfügte in der Nationalversammlung über 22 Mandate.

[40] Gemeint: die Fraktion der Nationalversammlung in Weimar und die Fraktion der preußischen Landesversammlung in Berlin.

[41] Siehe Anm. 21.

halte er es für ein Unglück, wenn es zu keiner großen nationalen Partei käme. Die Fraktion habe auch einstimmig beschlossen, die Frage weiter zu verfolgen, ob es nicht zu einer großen nationalen Partei, welche die Elemente von rechts und links aufnehme, kommen könne (Hört, Hört!). Den Wortlaut der Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion gegenüber den Unterzeichnern[42] halte er auch für bedauerlich. In der westfälischen Organisation herrsche große Erregung darüber. Im übrigen freue er sich über die Anregungen des Organisationsausschusses.

Fräulein Hoffmann macht Mitteilung von einem Brief des Herrn Dr. Stresemann, in dem dieser empfiehlt, eine Entschließung für die Selbständigkeit der Partei zu fassen, in dem er weiter das Parteiprogramm soweit zu beschleunigen bittet, daß es im September dem Zentralvorstand und gegebenenfalls auch dem Parteitag unterbreitet werden kann. Als Tagungsort käme vielleicht Hamburg in Betracht.

Generalsekretär Flathmann begrüßt die Mitteilungen des Herrn Geheimrats Rießer als außerordentlich wertvoll und empfiehlt weiteste Verbreitung. Er stimmt in der Frage der Anwesenheit der Abgeordneten in Weimar Herrn Rießer gleichfalls bei. Für die Agitation sei es wohl wünschenswert, wenn Abgeordnete als Redner auftreten. Aber es komme doch vielfach vor, daß Zusagen widerrufen werden müssen, und das sei dann besonders unangenehm.

Geheimrat Garnich nimmt zu den aufgeworfenen Fragen vom Standpunkt der Fraktion in der Preußischen Landesversammlung Stellung. In der Frage der Verschmelzung sei die Fraktion einmütig der Auffassung, daß der vom Vorsitzenden der Nationalversammlungsfraktion [Heinze] eingeschlagene Weg nicht richtig war, besonders bedauert werde die Tatsache, daß der Vertreter der Deutschnationalen vor der Tür auf das Ergebnis der Beratung warten konnte. Das mißbillige auch Herr von Richter, der in der Sache Herrn Heinze zugestimmt habe. Etwas anders sei auch nach Auffassung seiner Fraktion die Herstellung einer großen nationalen Bürgerpartei, welche die Tore nach rechts und links aufmacht. Ob die Entwicklung dahin führe, das müsse man abwarten. Hinsichtlich des gemeinsamen Aufrufs sei weniger die Tatsache an sich bedauerlich als die Überschrift: An unsere Wähler! In der Frage der Abstimmung über die Unterzeichnung des Friedensvertrages sei die preußische Fraktion anderer Anschauung. War die Deutsche Volkspartei gegen die Unterzeichnung, dann mußte sie jedes Mittel ergreifen, um die Unterzeichnung zu verhindern. War sie es nicht, dann allerdings mußte sie lavieren. Da nach den Erklärungen der Fraktion ersteres angenommen werden muß, mußte versucht werden, der unterzeichnungswilligen Regierung unter allen Umständen Schwierigkeiten zu machen. Selbst wenn es möglich war, die Unterzeichnung mit einer Stimme Mehrheit zu verhindern, dann hätte diese Chance ausgenützt werden müssen. So sagt man jetzt im Lande, wir hätten Angst gehabt (Dr. Rießer: Welche deutsche Regierung sollte der Entente gegenübertreten?). Es wäre dann wohl ein Chaos eingetreten, aber besser das Chaos als die Unterzeichnung. Die Ehrenerklärung ist außerordentlich bedauerlich. Was die Werbetätigkeit der Abgeordneten als Redner während der Tagung[43] anbelange, so sei die preußische Fraktion in dieser Hinsicht besser daran, da für sie der Sonnabend und der Montag sitzungsfrei seien. Hinsichtlich des politischen Aus-

[42] Siehe Anm. 2.
[43] Gemeint: während der Sitzungstage der Nationalversammlung.

schusses sei er der Meinung, daß der Geschäftsführende Ausschuß diese Funktion jetzt schon habe. Sollten die Satzungen dem entgegenstehen, so müßte ein entsprechender Beschluß herbeigeführt werden.

Abgeordneter Dusche weist darauf hin, daß es keinesfalls die Absicht der Fraktion war, der Regierung aus den Schwierigkeiten herauszuhelfen. Daß die Fraktion ernstlich gegen die Unterzeichnung des Friedens war, das zeigt auch der nach der Abstimmung erlassene Aufruf der Fraktion. Hinsichtlich der Werbetätigkeit der Abgeordneten könne er darauf hinweisen, daß die meisten Abgeordneten gerade soviel sprechen, als sie nur irgend können.

Geheimrat Dr. Rose betont, daß auf die Mitarbeit der Abgeordneten beim Ausbau der Organisation es außerordentlich viel ankomme. An der Unabhängigen Sozialdemokratie könne man sich ein Beispiel nehmen. Deren Abgeordnete seien immer draußen, und doch habe man nicht die Empfindung, daß die Arbeit der Fraktion in Weimar darunter leide. Wichtig sei aber vor allem, daß die Politik der Partei eine gute Grundlage für die Agitationsarbeit liefere. Er habe das letzthin lebhaft in seinem Wahlkreis empfunden. Es sei fast kein Tag vergangen, an dem er nicht angerufen worden sei wegen der Stellung der Fraktion. Die Unruhe habe angefangen bei den Nachrichten über die Verhandlungen wegen der Fusion. Daß Verhandlungen stattgefunden haben, dagegen sei nichts zu sagen. Ungeschickt war nur, wie es gemacht worden ist, und die Art und Weise, wie es in die Presse gekommen ist. Wenn an letzterem die Deutschnationalen im besonderen schuld sind, so dürfe man eben auf solchen Leim nicht kriechen. Die Fusion selbst werde vom Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg einmütig abgelehnt. Der Wahlkreis würde keinesfalls mitmachen. Der Gedanke der Gründung einer großen Bürgerpartei sei wohl naheliegend, begegne aber trotzdem starken Bedenken. Habe die große Bürgerpartei die Spitze gegen die Sozialdemokratie, so werde damit die von der Sozialdemokratie behauptete Kluft zwischen Bürgertum und Arbeitern anerkannt und verewigt. In der letzten Zeit hätten die Organisationen beider Parteien im fünften Wahlkreis[44] vielfach gemeinsame Proteste gegen den Frieden erlassen. Auch dieses Vorgehen habe seine zwei Seiten, und der Wahlkreis 5 habe beschlossen, künftig seine Kundgebungen allein zu erlassen. Am Tage nach diesem Beschluß sei der gemeinsame Aufruf veröffentlicht worden. Man könne sich denken, wie das im Wahlkreis 5 gewirkt habe. Dazu sei dann die Erklärung der Fraktion über ihre Ausschaltung durch die Mehrheitsparteien gekommen. Diese sei sachlich doch nicht verwunderlich. Es sei aber nicht klug, es einzugestehen. Denn, wenn die Fraktion erkläre, daß sie an die Wand gedrückt werde, dann dokumentiere sie, daß sie zur Zeit nichts zu sagen habe, und das schädige die Werbearbeit außerordentlich, während ein Hinweis auf die wertvolle Mitarbeit des Abgeordneten Kahl[45] oder eine erfolgreiche Interpellation usw. die Massen zur Partei heranziehe. Auch sachlich könne er der in der Protesterklärung bekundeten Auffassung der Fraktion nicht zustimmen. Bei solch höchst bedeutsamen Fragen müsse die Fraktion ihrerseits mit allen Mitteln versuchen, innerhalb der anderen Parteien für ihre Auffassung zu werben, zumal zahlreiche Mit-

[44] Wahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirk Potsdam gehörte.

[45] Wilhelm Kahl war einer der ständigen Vertreter der DVP im Verfassungsausschuß, siehe Wilhelm Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1919/20 und ihr Verfassungswerk, Berlin 1932, S. 193; Richter, S. 285 ff.

glieder der anderen Parteien so schwankend seien, wie das vorliegend der Fall war. Auch sonst müßte man stets versuchen, hinter die Kulissen der Mehrheitsparteien zu sehen, um daraus die richtigen Folgerungen zu ziehen. Er glaube, daß die Deutschnationalen z. B. viel mehr Fühlung mit den Zentrumskreisen haben. Auf diese sehr wichtige Tätigkeit müsse nötigenfalls schon bei Aufstellung der Kandidaten Rücksicht genommen werden.

Durch das Verhalten der Fraktion bei den Friedensberatungen sei vielfach der Eindruck erweckt, als wenn es der Fraktion nicht ernst gewesen wäre mit der Ablehnung. Ein Zentrumsabgeordneter habe ihm gesagt, zahlreiche seiner Freunde seien für Ablehnung gewesen, selbst solche aus dem Westen; als man aber bei den Rechtsparteien angefragt habe wegen eines etwaigen gemeinsamen Vorgehens, seien dort zahlreiche Vertreter kreideweiß geworden und man hätte bei ihnen keinen Rückhalt gefunden (Widerspruch). Das möge nicht richtig sein, aber solche Darstellungen fänden in dem Verhalten der Fraktion eine gewisse Unterstützung und nährten den Glauben, daß die Rechtsparteien gar nicht den ernsten Willen gehabt hätten, Schwierigkeiten zu machen, um die Sache zu Fall zu bringen (Dr. Rießer: Wir standen vor den Beschlüssen, die im Schloß[46] gefaßt waren). Auch die Deutschnationalen hätten vor diesen Beschlüssen gestanden, und trotzdem habe in ihrem Namen Herr Schultz (Bromberg) anders gehandelt. Juristisch sei es zweifelsfrei zutreffend gewesen, daß die Regierung am Sonntag eine Blankovollmacht erhalten habe, aber weite Wählerkreise hätten gleichwohl den Wunsch gehabt, daß die Fraktion die ihr durch die willensschwache Regierung gebotene Gelegenheit zugunsten ihrer Auffassung ausgenützt und den Vertrag, sei es auch nur durch eine Zufallsmehrheit, zu Fall gebracht hätte.

Aufgabe des politischen Ausschusses solle es sein, die Politik der Partei recht werbekräftig zu gestalten und solche Dinge zu verhindern. Wenn ein anderer Weg gefunden werde, sei es auch recht. Zur Zeit beständen allerdings zahlreiche Fachausschüsse, aber kein Ausschuß, der sich mit rein politischen Fragen beschäftige. Solche Fragen seien: die Stellung zur Monarchie, die Frage der Revanche, die Frage, welches Ziel sich die Partei angesichts der Friedensbedingungen stellen solle, und andere. All das seien Dinge, die an die Fraktion gar nicht heranträten, wohl aber an die Vereine.[47] Wenn kein politischer Ausschuß eingesetzt werde, dann müsse wenigstens der Geschäftsführende Ausschuß öfters, zum mindesten alle Monate zusammentreten.

Frau Abgeordnete Mende spricht sich gegen die Verschmelzung aus. Die Begründung, daß insbesondere die Frauen sie wünschen, wie von einer Seite behauptet worden sei, habe in Berlin und Groß-Berlin keinen Boden. Wir müßten, das sei richtig, die Opposition stärker betonen. Das möge freilich manchem älteren Parlamentarier schwerfallen. In der Frage der rednerischen Betätigung der Abgeordneten sei sie anderer Ansicht als Herr Geheimrat Rießer. Die Fraktion habe das Interesse daran, daß sie aus den nächsten Wahlen stärker hervorgehe. Deshalb müsse sie auch in erster Linie dazu mithelfen. Eine öffentliche Kundgebung des Geschäftsführenden Aus-

[46] Im Weimarer Schloß, in dem die Reichsregierung untergebracht war, fanden auch die Besprechungen mit den Fraktions- und Parteiführern statt.
[47] Gemeint: Ortsvereine.

schusses über die Frage der Verschmelzung halte sie im jetzigen Augenblick nicht mehr für zweckmäßig.

Herr Dr. Metger nimmt zu den Fragen vom Standpunkt der Presse aus Stellung. Was die Stellung zwischen Presse und Fraktion anbelangt, so sei er anderer Auffassung als Herr Dr. Rießer. Bis zum 22. oder 23. Juni habe keine offizielle Fühlung bestanden. Alle anderen Fraktionen hätten von Anfang an darauf Wert gelegt, mit ihrer Presse in engster Fühlung zu bleiben.[48] Die Fraktion der Unabhängigen habe von Anfang an Presseleute zu ihren Sitzungen zugezogen. Bei uns seien wohl persönliche Beziehungen gepflegt worden, die seien zum Teil ausgezeichnet gewesen, aber darauf käme es nicht an. Die Fraktion müsse erkennen, daß sie an der Presse stärker interessiert sei als umgekehrt. Was die Fraktion machte, haben wir immer erst hinterher erfahren. Die Verhandlungen über die Verschmelzung erfuhr die Parteipresse aus der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«. Der Fehler liege an der Führung der Fraktion. Bei der Verlängerung des Waffenstillstandes[49] ließen sich die Deutschnationalen nicht finden, unsere Führer aber haben erklärt, es bleibe gar nichts übrig, als einzuwilligen. Damit lag die Presse fest. So auch in den letzten Tagen. Die Abstimmung war technisch parlamentarisch einwandfrei, der Fehler aber war, daß wir uns in diese Abstimmung überhaupt hineintreiben ließen. Im ganzen müsse gesagt werden, daß die Fraktion fleißig gearbeitet habe, das stehe außer jedem Zweifel, aber die Führung habe es an taktischem Geschick fehlen lassen.

Geheimrat Brandi erklärt, daß der Geschäftsführende Ausschuß jetzt schon politische Angelegenheiten erledige. Seiner Ansicht nach sei ein besonderer Ausschuß nicht mehr nötig.

Geheimrat Rose gibt zur Erwägung anheim, die Wahlkreisvorsitzenden hin und wieder zusammenzurufen.

Generalsekretär Flathmann tritt in diesem Fall dafür ein, daß auch die Hauptgeschäftsführer der Wahlkreisverbände in diesem Falle hinzugezogen werden. Nach einem Schlußwort des Herrn Geheimrat Sachs einigt man sich auf folgenden Antrag Dr. Rießer: »Der Geschäftsführende Ausschuß tritt zur Beratung dringender laufender politischer Angelegenheiten mindestens einmal in jedem Monat zusammen. Er muß außerdem zusammentreten, wenn mindestens drei Mitglieder dies beantragen«.

Es wird weiter beschlossen, an die Fraktionen die Anregung zu geben, bei der Besprechung von Anträgen die außerhalb der Fraktion stehenden Urheber der Anträge, bei besonderen Anlässen auch die der Fraktion nicht angehörigen Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses mit hinzuzuziehen. Endlich wird einstimmig beschlossen, den Teil des Protokolls, der diese vorstehende politische Aussprache umfaßt, der Fraktion in der Nationalversammlung vorzulegen.

---

[48] Die Berichterstattung aus der Nationalversammlung wurde besonders durch die unzulänglichen Nachrichtenverbindungen beeinträchtigt, siehe Ludwig Richter, Verfassungsgebung im Theatersaal. Weimar und die Nationalversammlung 1919, in: GWU 45 (1994), S. 626–637 (hier S. 637 f.)

[49] Die Unterzeichnung des Abkommens über die Verlängerung des Waffenstillstands erfolgte am 16.2.1919 in Trier, siehe Schultheß 1919 II, S. 498 ff.

4. Die Vorarbeiten zum Parteiprogramm

Geheimrat Brandi berichtet über die bisherigen Vorarbeiten. Leider sei auf die Aufforderung, am Programm mitzuarbeiten, aus den Wahlkreisen so gut wie nichts eingegangen. Er habe vorgeschlagen zu unterscheiden zwischen einem Grundsatzprogramm, das dauernden Wert haben soll, und einem Aktionsprogramm, in welchem die aktuellen Forderungen an die Gesetzgebung aufzuführen wären. Für ein Grundsatzprogramm habe er selbst einen Entwurf der Reichsgeschäftsstelle eingereicht . Für Gegenentwürfe bzw. Vorschläge wäre er sehr dankbar. Außerdem aber müßten die Ausschüsse möglichst bald die Forderungen für ihr Gebiet schriftlich niederlegen, damit man über den sachlichen Inhalt des Programms Klarheit bekomme.

Geheimrat Garnich dankt Herrn Professor Brandi für seine Arbeit und schlägt vor, daß der von ihm eingereichte Entwurf vervielfältigt und den Mitgliedern des Ausschusses wie auch den Vorsitzenden der Unterausschüsse zugänglich gemacht wird. Dieser Entwurf soll dann in einer etwa Mitte Juli stattfindenden Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses samt den Vorschlägen, die etwa die Ausschüsse dazu zu machen haben, zur Beratung gestellt werden. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

5. Verschiedenes

Der Anregung des Wahlkreisverbandes Hamburg auf Einsetzung eines kommunalpolitischen Ausschusses wird zugestimmt (Vors. v. Richter, Blüher, Leidig, Piper). Es wird ein Ausschuß zur Kontrolle der Reichsgeschäftsstelle eingesetzt (Garnich, Rose, Sachs). Trucksaess bittet die bei der Gründungstagung der Partei im Savoy-Hotel Anwesenden um die Anfertigung einer Niederschrift[50]*; die Reichsgeschäftsstelle soll sich mit einer entsprechenden Bitte vornehmlich an Stresemann, v. Richter, Leidig und Hugo wenden. Fortsetzung der Aussprache zu Punkt 2: Bericht Rießers über die Tätigkeit des Ausschusses für Handel und Industrie (Beratung des Antrags Hugo auf Aufhebung der Zwangswirtschaft*[51]*; Verzicht auf neuerliche Kundgebung, statt dessen konkrete Forderung der* »Aufhebung für diejenigen Industrie- und Handelszweige, für die sie nach einmütigem Urteil« *notwendig sei). Frau Hoffmann referiert über die Arbeiten des Jugendausschusses (Scheitern der Zusammenarbeit mit dem Deutschnationalen Jugendbund).*

Mit der Abfassung eines Berichts über die heutige Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses an die Presse wird die Reichsgeschäftsstelle beauftragt.

Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

[50] Siehe dazu auch Dok. Nr. 2, Anm. 1.
[51] Siehe Dok. Nr. 6, Anm. 22.

9.

19. Juli 1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/50, p. 241–295. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck, Expl. Nr. 1. Überschrift: »Streng vertraulich! Geschäftsführender Ausschuß. Sitzung am 19. Juli 1919 im preußischen Abgeordnetenhaus«.[1]

Garnich eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 und bedauert, daß Stresemann noch immer nicht in der Lage sei, an den Verhandlungen teilzunehmen. Weiter begrüßt er den Ersten Generalsekretär Schütz und Brüninghaus[2] *als Bearbeiter der Angelegenheiten der Wehrmacht.*

1. Beratung eines Entwurfs eines Parteiprogramms

Garnich hebt hervor, daß heute keine bindenden Beschlüsse zum Parteiprogramm gefaßt werden sollten. Es gelte vielmehr, Beratungsarbeit zu leisten. Brandi hat – da sich Wahlkreisverbände und Ausschüsse bislang nur ungenügend beteiligt haben – einen eigenen Programmentwurf ausgearbeitet. Die Diskussion ergibt Einigkeit darüber, daß das Parteiprogramm aus einem kurzen Grundsatzprogramm bestehen solle, das für die jeweiligen Gebiete durch ein hauptsächlich der Agitation dienendes Aktionsprogramm ergänzt wird. Leidig scheint der Zeitpunkt für die Aufstellung eines Programms verfrüht; auch DDP und DNVP hätten noch kein Programm[3]*, die SPD halte am Erfurter Programm*[4] *fest. Stattdessen empfiehlt er die Aufstellung von* »Richtlinien für die Gegenwartsarbeit«. *Demgegenüber hält es Garnich für einen Vorteil, als einzige Partei möglichst bald mit einem Programm herauszukommen. Curtius plädiert mit Blick auf die Wahlen für die Festlegung eines Programms*[5]*, hält*

---

[1] Laut der beigefügten Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Garnich, Frau Hoffmann, Jahn, Knebel, Kuhbier, Moldenhauer, Rose, Sachs, Vögler. Durch besondere Einladung: Curtius, Flathmann, Hollmann, Leidig, Meyer (Herford). Von der Reichsgeschäftsstelle: Brüninghaus, Brüser, Ohlsberg, Schütz, Stocksiek, Trucksaess; entschuldigt fehlten: Frau Bassermann, [Brandi], Becker (Zweibrücken), Blüher, die Mitglieder der Fraktion der Nationalversammlung. Tagesordnung: 1. Beratung des Entwurfs eines Parteiprogramms, 2. Festsetzung der nächsten Sitzung des Zentralvorstandes und in Verbindung damit der Jugendtagung, 3. Besprechungen über die Wahlvorbereitungen, insbesondere über die Aufstellung der Kandidatenlisten, 4. Verschiedenes.

[2] Franz Willi Brüninghaus (1870–1951). 1898–1899 Marineakademie. Befehlshaber auf unterschiedlichen Kriegsschiffen. Langjährige Tätigkeit im Reichsmarineamt. 1919 Abschied von der Marine als Konteradmiral. Ab 1921 in der Tabakindustrie engagiert. 1920–1930 MdR (DVP). Geschäftsführer der Reichstagsfraktion.

[3] Die DDP hatte am 14.12.1918 lediglich einen knappen Wahlaufruf publiziert, abgedruckt u.a. in: UuF, Bd. 3, S. 175–177. Ein endgültiges Parteiprogramm wurde erst am 15.12.1919 verabschiedet, siehe Bericht über die Verhandlungen des 2. außerordentlichen Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Leipzig vom 13.–15. Dezember 1919, Berlin 1919, S. 248f.; Albertin, S. 359ff. Die DNVP veröffentlichte am 27.12.1918 Richtlinien für die Wahlen zur Nationalversammlung, abgedruckt u.a. in: UuF, Bd. 3, S. 205f.; die »Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei« wurden auf dem Hannoveraner Parteitag am 26.10.1920 beschlossen (abgedruckt in: ebd., S. 207–212).

[4] Das Erfurter Programm von 1891 ist u.a. abgedruckt in: Mommsen, S. 102–106.

[5] Angesichts der bevorstehenden Verabschiedung der Reichsverfassung konnte nicht ausgeschlossen werden, daß in Kürze Wahlen zum 1. Reichstag stattfinden würden.

aber den Entwurf Brandis für nicht geeignet. Vögler betont die Wichtigkeit von klaren, festen Grundsätzen, während Leidig darauf hinweist, daß die Partei mit Richtlinien weniger gebunden sei. Nachdem Garnich mitgeteilt hat, daß der Reichsgeschäftsstelle Gegenvorschläge zu den Komplexen Staatsform, Rechtspflege, Wehrmacht, soziale Frage, Steuer- und Wirtschaftspolitik, Krieg und Kriegsschäden vorliegen, tritt der Ausschuß in die Beratung des Entwurfs ein.[6]

Herr Vögler schlägt vor, an die Spitze folgenden Satz zu stellen: »Die Deutsche Volkspartei will den Klassenkampf beenden und dem deutschen Volke den inneren Frieden wiedergeben«. Herr Prof. Moldenhauer bemängelt, daß dabei die Berücksichtigung der Außenpolitik fehlt. Die Außenpolitik aber beschäftige uns in den kommenden Jahren in hervorragendem Maße.

Herr Dr. Curtius spricht sich gleichfalls gegen die Verbindung der nationalen und liberalen Gedanken gleich im Eingang des Programms aus. Die Nationalliberale Partei habe immer daran gekrankt, daß sie auf der einen Seite den nationalen und auf der anderen Seite den liberalen Gedanken vertreten habe. Das seien Dinge, die sich nicht immer miteinander vertrügen. Wir müßten diesen Dualismus vermeiden. Hernach komme auch noch der soziale Gedanke hinzu. Demgegenüber gelte es, einen grundlegenden Gedanken zu finden. Ihn zu finden, das sei unsere wichtigste Aufgabe.

Prof. Moldenhauer schlägt vor, den Vöglerschen Satz folgendermaßen zu fassen: »Die Deutsche Volkspartei will den Klassenkampf beenden, dem deutschen Volke den inneren Frieden wiedergeben und Deutschland zu einer geachteten Stellung innerhalb der Völker der Erde zurückführen«. Herr Vögler ist damit einverstanden. Dr. Curtius hält es für notwendig, den Gedanken der freien Persönlichkeit hineinzubringen. Admiral Brüninghaus warnt vor der Verquickung von innerer und äußerer Politik. In der weiteren Aussprache wird die Meinung vertreten, daß man mit dem Nationalen, also mit der äußeren Politik, beginnen müsse. Insbesondere setzt sich Leidig dafür ein, mit dem Hinweis darauf, daß wir doch aufbauen wollen zuerst und zuletzt auf dem nationalen Gedanken, nicht aber, daß wir innerpolitische Fragen zur Grundlage machen. Generalsekretär Schütz betont, daß man sich bei allem zunächst immer fragen müsse: Wie wirkt der Satz auf die Wählerschaft? Von diesem Standpunkt aus sei die Moldenhauersche Reihenfolge vorzuziehen. Die Mehrheit des Ausschusses ist gleicher Meinung, und der Vorschlag Vögler in der Moldenhauerschen Formulierung wird angenommen.

Da Bedenken gegen die Vornahme von Abstimmungen geäußert werden, stellt der stellvertretende Vorsitzende fest, daß die Abstimmung lediglich zur Feststellung der Meinung der heute Anwesenden diene. Es wird weiter festgestellt, daß alle Anwesenden bei diesen Abstimmungen stimmberechtigt sein sollen.

Herr Dr. Curtius betont, daß man nun weiter von der Freiheit der Persönlichkeit ausgehen und dann zum Ausgleich im sozialen Sinne und schließlich zum Staat kommen müsse. Herr Moldenhauer schlägt vor, folgendermaßen fortzufahren: »Sie sieht den Weg hierzu in der Entwicklung der freien Persönlichkeit innerhalb der vom sozialen Geist beherrschten Volksgemeinschaft, in der Zusammenfassung aller

[6] Der Text des der Beratung zugrundeliegenden Entwurfs liegt nicht vor.

Staatsbürger zur Arbeitsgemeinschaft und im festen Beharren auf dem deutschen Volkstum«. Auf Vorschlag des Herren Kuhbier wird folgende Fassung des Vorschlages Moldenhauer angenommen: »Sie sieht den Weg hierzu in der Entwicklung der freien Persönlichkeit innerhalb der vom sozialen Geist beherrschten Volksgemeinschaft, in der Zusammenfassung aller Staatsbürger zur Arbeitsgemeinschaft und in der Erneuerung und Stärkung des nationalen Gedankens«.

Die Beratung geht über zu Punkt 2, Absatz 1 des Brandischen Entwurfs (Staatsform). Geh. Rat Garnich weist auf die Wichtigkeit dieses Punktes hin. Die Demokraten bekennen sich zur Republik[7], das ist klar. Die Deutschnationalen bekennen sich zur Monarchie[8], das ist auch klar. Wir müssen uns ebenso klar ausdrücken. Herr Geh. Rat Garnich empfiehlt daher, folgende Fassung zu wählen: »Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß ein wirklich konstitutionelles Kaisertum mit vernunftgemäßem Parlamentarismus die für Deutschland und für deutsches Wesen beste und geeignetste Staatsform ist. Sie erstrebt die Schaffung einer solchen Staatsform nicht durch revolutionäre Umwälzung, sondern auf dem verfassungsmäßigen Weg der Entscheidung durch Volksmehrheit«. Herr Dr. Curtius betont, entscheidend müsse die Frage sein, ob wir von rechts oder von links Zuzug wollten. Von rechts sei doch nichts oder nur wenig zu erwarten. Von links aber würden wir in Baden niemand bekommen, wenn wir erklären, daß wir die Monarchie erstreben. Herr Geh. Rat Garnich ist anderer Meinung. Wir müßten gerade in diesem Punkt etwas anderes bieten als die Demokraten, sonst bekämen wir niemand aus der demokratischen Partei heraus. Andererseits hätten wir bei einem klaren Bekenntnis zur Monarchie Aussicht, auch von rechts her die liberal gesinnten Deutschnationalen zu erhalten.

Herr Dr. Curtius: Bei uns in Baden liegen die Dinge so, wie ich sie geschildert habe. Ebenso ist es in Frankfurt/M. und im Rheinland. Daher liegt in der Garnichschen Formulierung eine Gefahr. Herr Geh. Rat Rose hält die Garnichsche Fassung gleichfalls für bedenklich. Er persönlich würde mit aller Entschiedenheit für ein evangelisches Kaisertum eintreten. Daran sei aber tatsächlich nicht zu denken, vielmehr sei die Gefahr eines katholischen Kaisertums groß, und da kämen wir bei einem so ausgesprochenen Bekenntnis zur Monarchie zu gegebener Zeit in eine bedenkliche Situation.

Herr Vögler hält den vorliegenden Punkt gleichfalls für den wichtigsten. Es sei schwer, zu einer Einigung zu kommen. Die süddeutschen Verhältnisse seien tatsächlich anders. Die Gefahr einer katholischen Monarchie sei vorhanden. Deshalb seien Einwendungen gegen die Fassung des Geh. Rats Garnich aus taktischen Gründen berechtigt. Er schlage folgende Fassung vor: »Die Staatsform muß in Einklang mit dem geschichtlichen Werdegang und der Grundauffassung der starken Mehrheit des lebenden Geschlechtes stehen und ist dem Wandel der Zeiten unterworfen. Die

[7] Im ihrem Wahlaufruf vom 14.12.1918 (siehe Anm. 3) bekannte sich die DDP dazu, »auf dem Boden der Republik« zu stehen.

[8] In ihren Richtlinien zur Wahl der Nationalversammlung vom Dezember 1918 (siehe Anm. 3) betonte die DNVP: »Wir sind überzeugt, daß auch in der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchische Spitze als ein über den Parteien stehender demokratischer Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens, der geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes wie der politischen Zweckmäßigkeit entspricht«.

Deutsche Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß ein deutscher Einheitsstaat mit einem deutschen Kaiser die für Deutschland und deutsches Wesen beste und geeignetste Staatsform ist. Solange sich diese Überzeugung bei der Mehrheit des deutschen Volkes nicht durchgesetzt hat, stellt sich die Deutsche Volkspartei auf den Boden der Republik«. Herr Knebel hebt hervor, daß die Masse des Volkes sich mit der Republik tatsächlich abgefunden habe. Der Gedanke einer abermaligen Umwälzung, ob revolutionär oder gesetzmäßig, habe in der Masse des Volkes keinen Boden. Zweckmäßig wäre es aber, wohl ein Bekenntnis zur Monarchie abzulegen, aber dem hinzuzufügen, daß wir uns unter den gegebenen Umständen mit der Republik abfinden. Er sei daher mit der Fassung Vögler einverstanden. Herr Prof. Leidig ist gegen den Vöglerschen Vorschlag. Wir könnten wohl sagen: Der Staat muß leben, es muß für ihn gearbeitet werden. Die Partei stellt sich daher in diesem Sinne auf den Boden der Republik. Sie bleibt aber dabei, daß das Ziel und das Streben des Volkes sein muß, das deutsche Kaisertum in der Form einer parlamentarischen Monarchie zu bekommen.

Herr Geh. Rat Garnich will in seine Formulierung den Gedanken der praktischen Mitarbeit aufnehmen und folgenden Schlußsatz hinzufügen: »Bis dahin ist sie bereit, an der augenblicklichen Staatsform im Rahmen ihrer politischen Grundsätze mitzuarbeiten«. Herr Knebel fragt an, ob gegen die Forderung des Einheitsstaats auf süddeutscher Seite keine Bedenken bestünden. Herr Dr. Curtius verneint das. Man könne vielleicht hinzufügen: »Unter Wahrung der kulturellen Selbständigkeit der Einzelstaaten«. Herr Vögler betont die werbende Idee des Einheitsstaates. In dieser Hinsicht sei auch in Preußen in unseren Kreisen in den letzten Monaten eine Änderung dieser Auffassung eingetreten. Herr Prof. Leidig bekennt sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Gegner des Einheitsstaates. Jetzt seien die Bundesstaaten wertvoll. Er meine, wir müßten bei der Formulierung ausgehen von dem, was ist: Wir wollen mitarbeiten. Daran müßten wir anschließen, daß die Geschichte das Kaisertum als Ziel zeigt. Er schlage folgende Fassung vor: »Die Deutsche Volkspartei versagt sich nicht den Arbeiten an den Aufgaben des Tages. Sie wird an dem Ausbau der deutschen Republik mitarbeiten. Sie bleibt aber der Überzeugung, daß eine tausendjährige Geschichte des deutschen Volkes erwiesen hat, daß für das deutsche Volk die ihm gemäße Staatsform ein deutsches Kaisertum gewesen ist, und ist der Meinung, daß das deutsche Kaisertum dereinst wieder das deutsche Volk um sich vereinen wird«. Herr Abg. Meyer schließt sich hinsichtlich des Einheitsstaates der Leidigschen Auffassung an. Die Wiedergeburt müsse aus den Einzelstaaten kommen. Herr Vögler ist mit der Leidigschen Formulierung einverstanden, will jedoch den zweiten Satz gestrichen haben.

Herr Geh. Rat Garnich hält daran fest, daß man erst sagen solle, was wir erstrebten, und daß man dann daran anschließend die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit aussprechen soll. Herr Generalsekretär Schütz weist auf die packende Wirkung hin, welche die Klarheit des Erfurter Programms auf die Massen ausgeübt habe. Das müsse auch uns veranlassen, klar und deutlich zu sagen, was wir wollten. Herr Kuhbier spricht sich für die Auffassung der Herren Garnich und Schütz aus. Die Arbeiterschaft stehe heute schon vielfach auf dem Standpunkt der Monarchie. Er schlage daher vor, die Garnichsche Fassung von »Die Deutsche Volkspartei steht ...« bis »... beste und geeignetste Staatsform« zu lassen, dann aber hinzuzufügen: »Zum Wohl des deut-

schen Volkes will sie jedoch unter der jetzigen Staatsform im Rahmen ihrer politischen Grundsätze mitarbeiten, da sie die Rückkehr zum Kaisertum nicht durch revolutionäre Umwälzung, sondern auf dem verfassungsmäßigen Wege der Entscheidung durch das Volk selbst erstrebt«. Herr Geh. Rat Rose weist darauf hin, daß anscheinend die Mehrheit der Anwesenden sachlich einig ist. Die Meinungen gingen nur über die Reihenfolge auseinander. Er sei für die Leidigsche Fassung.

Herr Admiral Brüninghaus tritt dafür ein, das Wort »Republik« zu vermeiden. Er sei für die ursprüngliche Garnichsche Fassung ohne Zusatz. Herr Prof. Moldenhauer: Wir müssen eine Fassung finden, die den Kreisen, denen die Monarchie ein Ideal gewesen ist, die sich aber doch jetzt mit der Republik abgefunden haben, es ermöglicht, in der Partei zu bleiben. Unsere Kreise im Westen haben sich tatsächlich mit der Republik abgefunden. Bemerkenswert sei dort die große Zahl der Demokraten, wo es doch früher keine Freisinnigen gab.[9] Er schlage vor, folgendermaßen zu formulieren: »Die Deutsche Volkspartei erblickt die beste Verfassungsform für das deutsche Volk in der Vereinigung der seit Jahrhunderten eingelebten Monarchie mit der modernen Idee einer aus allgemein gleichen und geheimen Wahlen beider Geschlechter hervorgegangenen Volksvertretung und einer vom Vertrauen dieser Volksvertretung getragenen Regierung. Solange die Monarchie nicht auf verfassungsmäßigem Wege eingeführt ist, versagt die Deutsche Volkspartei nicht ihre Mitarbeit im Rahmen ihrer politischen Grundsätze an den praktischen Aufgaben der Gegenwart«.

Durch Abstimmung wird sodann die Meinung der Anwesenden festgestellt: Für den Antrag Garnich-Kuhbier ergeben sich 10 Stimmen, für den Antrag Moldenhauer 3 Stimmen, für den Antrag Leidig 5 Stimmen.

Die Weiterberatung des Programmentwurfs wird abgebrochen. Auf der Grundlage des bisherigen Ergebnisses soll durch einen Ausschuß (Vors. Brandi, Rose, Curtius, Leidig, Mende, Knebel) ein neuer Entwurf ausgearbeitet werden. Nach der Pause wird in die Beratungen zu Punkt 2. der Tagesordnung eingetreten. Man einigt sich zunächst dahin, daß sich an die Sitzung des Zentralvorstands, in deren Mittelpunkt die Programmberatung stehen wird[10]*, unmittelbar ein Parteitag anschließen soll, um das Programm endgültig fertigzustellen*[11]*, hält es aber nicht für möglich, die Tagungen vor Mitte Oktober abzuhalten. Um die Interessen Mittel- und Süddeutschlands zu berücksichtigen, wird – statt des ursprünglich vorgesehenen Hamburg – als Tagungsort Leipzig in Aussicht genommen. Den neuen Entwurf des Programmausschusses wird der Geschäftsführende Ausschuß am 13. oder 14. September verabschieden; im Anschluß daran soll der Entwurf den Vorsitzenden und Geschäftsführern der Wahlkreisverbände auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem Geschäftsführenden Ausschuß erläutert werden. Frau Hoffmann und Brüser berichten über den in Eisen-*

[9] Bei den Reichstagswahlen in den westlichen Regierungsbezirken zwischen 1871 und 1912 erreichten Freisinnige Vereinigung und Freisinnige Volkspartei lediglich 0,1–0,9 % der Stimmen, während die DDP bei den Wahlen zur Nationalversammlung in den Wahlkreisen Köln-Aachen, Koblenz-Trier sowie Düsseldorf-Ost und -West zwischen 7,1 % und 17,3 % erzielen konnte.

[10] Siehe Dok. Nr. 13.

[11] Das Parteiprogramm in Gestalt der »Grundsätze der Deutschen Volkspartei« wurde auf dem Parteitag in Leipzig am 19.10.1919 verabschiedet, siehe Bericht Zweiter Parteitag, S. 137 sowie Anhang, S. 1273 ff.

ach geplanten Jugendtag. Es sind zwei Tagungen geplant. Eine Jugendausschußtagung zur Beratung organisatorischer Fragen, damit verbunden ein Jugendtag, »der im wesentlichen vaterländischen Charakter haben soll«. *Die vom Organisations- und Werbeausschuß in Aussicht genommene Tagung der Geschäftsführer der Partei zur Aussprache über die Organisations- und Agitationsarbeit soll unmittelbar vor oder unmittelbar nach den Sitzungen um den 14. September stattfinden.*[12]

3. Besprechung über die Wahlvorbereitungen, insbesondere über die Aufstellung der Kandidatenlisten.

Der stellvertretende Vorsitzende [Garnich] bezeichnet es als notwendig, die Wahlkreisverbände frühzeitig zur Aufstellung der Kandidatenlisten aufzufordern. Die Kandidaten sollen sorgfältig ausgewählt und nicht erst, wie das bei den letzten Wahlen der Fall gewesen wäre, in letzter Stunde aufgestellt werden. Insbesondere müsse man darauf bedacht sein, daß möglichst Vertreter aller Berufe an sichere Stellen der Listen kommen. Handwerker, Kleingewerbetreibende und Angestellte fehlten in den gegenwärtigen Fraktionen vollkommen. Das müsse bei den nächsten Wahlen anders werden, und dazu müßten rechtzeitig die Vorbereitungen getroffen werden. Er empfehle, die Wahlkreisverbände in einem Schreiben aufzufordern, sich so bald als möglich mit der Kandidatenaufstellung zu befassen.

Geh. Rat Rose ist der Meinung, daß der Geschäftsführende Ausschuß der Partei seine Forderungen an die Wahlkreisverbände in der Frage der Kandidatenaufstellung vorher bekanntgeben müsse, ehe die Wahlkreisverbände sich ihrerseits mit der Listenaufstellung befassen, denn wenn die Liste erst einmal fertig sei, werde es schwer fallen, Änderungen durchzusetzen. Er schlage vor, daß sich der Geschäftsführende Ausschuß möglichst bald in einer besonderen Sitzung darüber klar werde, welche Kandidaturen von ihm unter allen Umständen durchgesetzt werden müßten. Vielleicht könnte diese Sitzung Ende August stattfinden, dann hätte die Programmkommission auch noch Gelegenheit, dem Ausschuß bestimmte Fragen aus solchen Gebieten, wo keine Sonderausschüsse bestehen, wie auswärtige Politik, Staatsverwaltung, Krieg und Pazifismus, Steuerpolitik usw. vorzulegen

Herr Kuhbier frägt an, wie es mit dem Gedanken der Einführung sogenannter Restlisten[13] stehe.[14] Seitens der Reichsgeschäftsstelle wird darauf hingewiesen, daß nach dieser Richtung eine Entscheidung noch nicht gefallen sei. Durch die Einführung der Restlisten würden die Schwierigkeiten, die sich an die Durchbringung von Vertretern aller Berufe knüpfen, wesentlich verringert werden. Da ihre Einführung jedoch zweifelhaft sei, dürfe man sich nicht etwa auf sie verlassen, sondern müsse rechtzeitig wegen der Aufstellung von Vertretern gewisser Berufsstände an die Wahlkreisverbände herantreten.

---

[12] Die erwähnte Tagung, über die kein Bericht vorliegt, fand am 14.9.1919 statt, siehe Dok. Nr. 11, S. 188.

[13] Das erst am 27.4.1920 verabschiedete Reichswahlgesetz sah eine differenzierte Reststimmenverwertung in Gestalt einer »Reichsliste« vor, siehe Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn ²1968, S. 41ff.; zu den Vorarbeiten siehe Kabinett Bauer, Dok. Nr. 174, 181.

[14] In der Vorlage: bestehe.

Dr. Curtius glaubt, daß die Zentralstelle auf die Wahlverbände nicht viel Einfluß habe. Man müsse doch auch berücksichtigen, daß eine berufsständische Vertretung durch den Reichswirtschaftsrat eingeführt wird[15], daß es also nicht notwendig sei, daß nun gerade im Reichstag jeder Berufsstand vertreten sei.

Generalsekretär Trucksaess betont, daß man zum mindesten versuchen müsse, die notwendigen Kandidaturen durchzusetzen, für die bereits bestimmte Verpflichtungen gegenüber einzelnen Berufsorganisationen vorlägen. Wenn man den Versuch gar nicht unternehme, dann sei es wohl als sicher anzunehmen, daß die Zusammensetzung der Fraktionen nicht viel anders werde als gegenwärtig. Jetzt sei weder in der preußischen Landesversammlung noch in der Nationalversammlung ein Vertreter von Handwerk und Kleingewerbe vorhanden. Das sei nicht einmal bloß Zufall, denn die Partei habe anscheinend die Fühlung mit den Mittelstandskreisen vollkommen verloren. Die Reichsgeschäftsstelle habe sich in den letzten Wochen bemüht, einen Ausschuß für die Interessen des Mittelstandes zusammenzubringen; sie habe aber ihre Absicht bis heute noch nicht verwirklichen können, da in der Reichshauptstadt führende Leute aus diesen Kreisen nicht zur Partei gehörten. Das müsse entschieden anders werden. Geh. Rat Rose schließt sich dem an. Die berufsständischen Vertreter seien auch noch aus dem Grunde wertvoll, weil sie vielfach Fühlung mit anderen Parteien haben. Auf diese Weise könne man viel besser hinter die parteipolitischen Kulissen sehen und daraus auch Nutzen ziehen.

Herr Knebel tritt nachdrücklich für berufsständische Kandidaturen ein. Die Massen folgten der Partei, die ihre Politik vertritt. Es müsse anerkannt werden, daß Arbeiterkandidaturen durch die Partei schon bei den letzten Wahlen aufgestellt worden seien. Man habe aber dabei Fehler begangen, indem man sich an lokale Größen gehalten habe, statt die anerkannten Arbeiterführer aufzustellen. Die Deutschnationalen seien uns in diesem Punkte weit voraus. Dr. Curtius stellt fest, daß auch er für Heranziehung von Vertretern der Arbeiter und der Angestellten in die Parlamente sei, er habe nur Übertreibungen vorbeugen wollen. Herr Kuhbier ist gleichfalls mit dem Gedanken einverstanden. Er hält es aber für notwendig, daß sich mehrere benachbarte Wahlkreise über Kandidaturen verständigen, damit der Stand, der nun in dem einem Wahlkreis nicht zur Geltung kommt, darauf verwiesen werden kann, daß die Partei im anderen, benachbarten Wahlkreis einen Vertreter seines Standes aufgestellt habe. Geh. Rat Garnich betont, daß dieser Gedanke sich durchaus mit den Absichten des Geschäftsführenden Ausschusses decke. Man denke im übrigen hierbei nicht bloß an Angestellten-, Arbeiter- und Mittelstandsvertreter, sondern auch an Vertreter der Industrie. Geh. Rat Sachs hält es für zweckmäßig, wenn die Kandidatenfrage in einer Sitzung mit den Wahlkreisvorsitzenden besprochen wird. Vielleicht empfehle es sich, die nächste Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses unter Hinzuziehung der Wahlkreisvorsitzenden in Weimar abzuhalten, sofern die Nationalversammlung noch länger dort versammelt bleibt.

[15] Der Artikel 165 WRV sah die Schaffung von paritätisch zusammengesetzten Wirtschaftskammern vor, an deren Spitze der Reichswirtschaftsrat stand, siehe Werner Schubert (Hg.), Protokolle über die Verhandlungen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Bd. 1, Frankfurt 1987, S. V ff.; Gerhard A. Ritter, Die Entstehung des Räteartikels 165 der Weimarer Reichsverfassung, in: HZ 258 (1994), S. 73–112 (hier: S. 103 f.)

Schließlich wird beschlossen, daß der Geschäftsführende Ausschuß am 24. August eine Sitzung zur weiteren Besprechung der Kandidatenfrage in Berlin abhält.[16] Bis dahin soll die Reichsgeschäftsstelle mit den Berufsorganisationen Fühlung nehmen und diese befragen, welche Kandidaten diese aufgestellt wissen wollen.

Unter Punkt vier »Verschiedenes« macht Garnich Mitteilungen über eingegangene Schreiben mehrerer Parteiorganisationen: Landesverband Baden (Stand der Organisation, Wunsch nach Unterstützung durch Redner und durch Zeitungsartikel für die Heidelberger Zeitung), Wahlkreisverband Ostpreußen (Wahrung der Grundsätze der Partei), Wahlkreisverband Köln-Aachen (scharfer Widerspruch gegen die Gründung einer Rheinischen Republik[17]), Informationen aus der DDP-Ortsgruppe Leer/Ostfriesland (Gespräche über Möglichkeiten eines Zusammenschlusses von DDP und DVP). Die Anregung zur Gründung eines Ausschusses für Sozialpolitik (Frau Szagunn, Charlottenburg) wird zurückgestellt; die in Frage kommenden Gebiete sollen vom Frauenausschuß bearbeitet werden.

Dr. Curtius kommt noch einmal auf die im Schreiben des badischen Landesverbandes erwähnte Verschmelzungsfrage[18] zurück. Er betont, daß auch in Baden eine solche Verschmelzung strikt abgelehnt werde, vor allem wegen der vielen heterogenen Elemente in der Deutschnationalen Volkspartei. Trotzdem seien in Baden die Verhältnisse schwierig, ein taktisches Zusammengehen sei nicht zu vermeiden. Geh. Rat Sachs betont, daß man hinsichtlich der Intimität des Zusammengehens zwischen den einzelnen Landesteilen unterscheiden müsse. Herr Trucksaess hebt hervor, daß es vor allem darauf ankomme, die eigene Organisation durchaus selbständig zu gestalten, dann sei bei einem etwaigen taktischen Zusammengehen irgendwelche Gefahr ausgeschlossen. Herr Kuhbier bringt die Frage der Aufstellung gemeinsamer Listen zur Sprache. Im Westen sei vielfach Stimmung für solche gemeinsamen Listen vorhanden. Andererseits gäbe es auch Kreise, die sich jetzt überlegen, wie sie von der gemeinsamen Liste loskommen. Herr Flathmann schlägt vor, diese Fragen in der in Aussicht genommenen Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses mit den Wahlkreisvorsitzenden[19] auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Anregung wird zugestimmt.

Geh. Rat Sachs bringt das Zusammenwirken der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei in den Gemeindevertretungen zur Sprache. So wie das jetzt gehandhabt werde, scheine es ihm nicht angängig zu sein, er behalte sich vor, auf diesen Punkt später zurückzukommen.

Es wird sodann die Aussprache über den Programmentwurf fortgesetzt. Zum Punkt 4 des Brandischen Entwurfs nimmt Herr Hollmann das Wort. Er teilt zunächst mit, daß der Schulausschuß seine Gegenformulierung noch nicht endgültig aufgestellt habe. Er könne daher nur einige persönliche Bemerkungen machen. Die

[16] Siehe Dok. Nr. 10.
[17] Siehe dazu Dok. Nr. 5, Anm. 224.
[18] Das Schreiben liegt nicht vor. Es handelt sich um eine Stellungnahme zu Bestrebungen, DVP und DNVP zusammenzuschließen, siehe auch Dok. Nr. 8, Anm. 19.
[19] Siehe Anm. 12.

wichtigste Frage sei die der Einheitsschule.[20] Wir müßten dazu Stellung nehmen. Bis jetzt herrsche im Schulausschuß Einmütigkeit über folgende Fragen: a. Für alle Schulen ist eine gemeinsame Grundschule zu errichten, b. Auf dieser Grundschule erfolgt der organische Aufbau und Ausbau des gemeinsamen Schulwesens, jedoch soll die Eigenart bewährter Schularten erhalten bleiben. Zwischen den verschiedenen Schultypen sind Verbindungs- und Aufstiegswege zu schaffen. Es muß auch fernerhin möglich sein, neue Schultypen ins Leben zu rufen (Deutsches Gymnasium), c. Für alle Kinder des Volkes soll die Möglichkeit bestehen, sich eine Bildung anzueignen, die der Stärke und Richtung ihrer Begabung und ihres Bildungswillens entspricht.

Als mehr oder weniger umstritten wurden folgende Punkte bezeichnet: a. Dauer der Grundschule (in der Regel 4 Jahre), b. Art des Ausbaus der Einheitsschule (ob Aufstieg des Schülers nur über die Mittelschule, nur über die höhere Schule oder über beide Schulen erfolgen kann), c. Der konfessionelle Charakter der Einheitsschule, d) Zulässigkeit von Privatschulen (bejaht), e. Wahrung der Elternrechte, f. Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittelfreiheit, Unterhalt für unbemittelte Schüler, g. Gemeinsame Erziehung der Geschlechter, h. Reichsschulordnung.

Über Punkt 2 des Brandischen Entwurfs, Absatz 3 berichtet Admiral Brüninghaus über die Stellungnahme des Ausschusses für die Angelegenheiten der Wehrmacht. Der Ausschuß schlägt folgende Fassung vor: »Die allgemeine Wehrpflicht war einer der Eckpfeiler des deutschen Staates. Seine Einigkeit und Größe verdankte Deutschland vornehmlich den in der Organisation seiner Wehrmacht zusammengefaßten sittlichen und militärischen Kräften. Das viel verlästerte Volksheer ist in Wahrheit über 40 Jahre der stärkste Hüter des europäischen Friedens gewesen. Die Deutsche Volkspartei sieht daher in der Erhaltung der Wehrkraft und im Wiederaufbau der Wehrmacht eine der Grundlagen für die Gesundung des deutschen Volkes«.

Geh. Rat Garnich ist der Ansicht, daß wir die Forderung der allgemeinen Wehrpflicht ins Programm aufnehmen müssen. Dem wird zugestimmt.

Es wird weiter angeregt, die Jugend und die Frauen je in einem besonderen Abschnitt im Programm zu erwähnen. Das weitere wird dem eingesetzten Ausschuß überlassen, dem die noch zu erwartenden Vorschläge des Jugendausschusses und des Frauenausschusses wie auch der von Frau Bassermann eingegangene Vorschlag[21] überwiesen werden.

Zu dem Abschnitt über die sozialen Fragen bringt Herr Kuhbier die jetzt beim Reich, Staat und den Gemeinden üblichen Bedarfszulagen der kinderreichen Familien zur Sprache. Da die Arbeiterpolitik der Kommunen der Privatwirtschaft als Vorbild dienen soll, so liegt die Verallgemeinerung dieses Systems nahe. Darin liegt aber eine ernste Gefahr, denn auf dem freien Arbeitsmarkt würden dann die kinderlosen Arbeiter bevorzugt werden. Daher müsse man das jetzige Zulagesystem ändern. Der Grundlohn soll nicht auf die Kinderlosen abgestellt sein, sondern auf eine in normalen Verhältnissen lebende Familie von zwei bis drei Kindern. Zuschläge müßten dann erst für diejenigen Familienväter einsetzen, die mehr als zwei bis drei Kinder haben.

[20] Siehe dazu Richter, S. 54ff.
[21] Liegt nicht vor.

Sie müßten aber dann vom Lohn getrennt sein. Dazu gäbe er einen von dem Stadtsyndikus Dr. Ziegler[22] in Wandsbek in Heft 12 der Zeitschrift »Die Arbeiter-Versorgung« vom 21. April 1919 gemachten Vorschlag[23], der einen von ihm selbst bereits seit 15 Jahren verfolgten Gedanken zu verwirklichen trachtet, zur Erwägung. Der Vorschlag geht dahin, die Bedarfszulagen von reichswegen in Form von Leistungen einer öffentlichen Versicherung zu zahlen. Dr. Ziegler schlägt vor, daß die Kosten zu einem Teil von den Arbeitgebern, zu einem anderen Teil von den Unverheirateten, endlich zu einem letzten Teil vom Reiche aufgebracht würden. Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden erklärt sich Herr Kuhbier bereit, seinen Vorschlag schriftlich einzureichen.

Dr. Jahn (Bromberg) berichtet über die derzeitige Lage im Osten. Man habe sich dort entschlossen, eine Einheit sämtlicher bürgerlicher Parteien herbeizuführen, vorläufig für Bromberg. Dasselbe soll auch in Westpreußen angestrebt werden. Ein taktisches Zusammengehen der einzelnen selbständigen Parteien führe nicht zum Ziel. Sie brauchten aber Anschluß an eine Partei, um die deutschen Interessen in den abgetretenen Gebieten vor ein Forum zu bringen. Jetzt stünden z. B. die Beamtenfragen auf der Tagesordnung. Es habe bereits eine allgemeine Flucht der Beamten eingesetzt.[24] Diese Flucht sei falsch, sie würde von unseren Freunden aufs energischste bekämpft. Aber die Beamten, die bleiben würden, müßten Garantien für ihr Fortkommen bei einer eventuellen späteren Rückkehr haben.

Prof. Moldenhauer teilt mit, daß er vor wenigen Stunden in der Landesversammlung diese Forderung gegenüber dem Minister vertreten habe.[25] Der stellvertretende Vorsitzende [Garnich] schlägt vor, für die Interessen der abgetrennten Gebiete und der Auslandsdeutschen überhaupt einen besonderen Ausschuß einzusetzen. Dem Vorschlag wird zugestimmt und Geh. Rat Sachs zum Vorsitzenden, Prof. Dr. Moldenhauer zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Generalsekretär Flathmann befürwortet eine Änderung der Wahlkreiseinteilung.[26] Die Abtrennung der Gebiete im Osten und Norden macht sowieso eine Änderung notwendig. Diese Gelegenheit müsse ergriffen werden, um auch eine Zerlegung der übergroßen Wahlkreise durchzusetzen. Der Wahlkreis 16 z. B., der die Regierungsbezirke Hannover, Lüneburg, Hildesheim und das ehemalige Herzogtum Braunschweig umfaßt, sei gar nicht einheitlich zu bearbeiten. Er sei auch räumlich viel zu ausgedehnt, als daß ein Kandidat den ganzen Wahlkreis bereisen könne. Es wird beschlossen, die Anregung der Fraktion zu überweisen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

---

[22] Friedrich Ziegler (* 1887), Jurist. 1916 Magistrats-Assistent in Wandsbek, 1917 Stadtsyndikus. 1919 2. Bürgermeister von Wandsbek.

[23] »Bedarfszulagen«, in: Die Arbeiter-Versorgung 36 (1919), S. 231–232.

[24] Siehe dazu Rauschning, S. XXXVI, 44, 148 f.

[25] Siehe dazu Moldenhauers Stellungnahme vor der preußischen Landesversammlung am 19.7.1919, Protokolle der Sitzungen der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, Bd. 6, Berlin 1920, Sp. 3679 ff.

[26] Siehe Dok. Nr. 5, Anm. 113.

Die Reichsgeschäftsstelle wird beauftragt, die Arbeiten am Parteiprogramm möglichst zu beschleunigen. Das vorliegende Material soll dem Kommissionsvorsitzenden Brandi und dem stellvertretenden Vorsitzenden Rose übergeben werden. Da Rose in Berlin anwesend ist, wird er beauftragt, die weiteren Arbeiten zu leiten. Die Reichsgeschäftsstelle hat die Wahlkreisverbände über die heutigen Beschlüsse zu unterrichten.

Schluß der Sitzung 7 Uhr abends.

10.

24. August 1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/50, p. 297–325. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1. Überschrift: »Streng vertraulich! Geschäftsführender Ausschuß, Sitzung am 24. August 1919 im preußischen Abgeordnetenhaus«.[1]

Stresemann eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15. Zu Punkt 1 der Tagesordnung berichtet Rose über die Arbeiten des Programmausschusses. Neben dem Entwurf Brandi liegt ein Entwurf Dix[2] *vor. Aufgabe des Ausschusses ist es nun, die beiden Entwürfe zu verbinden. Heute sollten die Komplexe »Machtpolitik und Autorität«, »Kirche und Schule«, »Frauen«, »Bodenreform«, »Einheitsstaat«, »Soziale Frage« und »Rätewesen« noch geklärt werden.*

Dr. Stresemann dankt Herrn Geh. Rat Rose für seinen Bericht und schlägt vor, diesen Punkten noch hinzuzufügen die Aufgabe der Beseitigung des Klassenkampfes. Der Vorsitzende stellt dann den ersten Punkt, »Machtpolitik und Autorität« zur Aussprache und bemerkt dazu seinerseits, daß hierüber in der Deutschen Volkspartei Zweifel nicht gut bestehen könnten. Wir seien doch einig im Bekenntnis zur Autorität. Auch darin sind wir einig, daß wir wieder zu einer geachteten Stellung in der Welt kommen müssen und daß dieses Ziel nur durch Machtpolitik zu erreichen ist. Wir lassen uns nicht beirren durch das Gerede vom Völkerbund. Schon sehen wir den Dreibund England, Amerika, Frankreich, man baut Flotten – was ist das denn anderes, als die Rückkehr zum alten System! Wir haben jetzt schon mit unserem Standpunkt mehr Recht, als wir ahnten. So wird es auch in Zukunft wieder Mächtegruppierungen geben, und die Aufgabe für uns ist, wieder bündnisfähig zu werden. Ein Standpunkt, wie ihn z.B. die neue Zeitschrift »Demokratie« vertrete: »Wir hätten

[1] Laut der dem Protokoll beigefügten Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Garnich, Heinze, Frau Hoffmann, Knebel, Frau Mende, Metger, Rose, Sachs, Stresemann. Von der Reichsgeschäftsstelle: Brüninghaus, Brüser, Kockelkorn, Schütz, Stocksiek, Trucksaess. Entschuldigt fehlen: Blüher, Brandi, Kuhbier, Piper, v. Richter, Rießer, Vögler. Tagesordnung: 1. Bericht des Programmausschusses, 2. Kandidatenfrage, 3. Verschiedenes.

[2] Arthur Dix (* 1875), Nationalökonom. Tätigkeit bei unterschiedlichen Presseorganen, u.a. 1899 Redakteur der NLC, 1921 bei der »Täglichen Rundschau«. 1923 Mitbegründer des »Pressedienstes Transatlantic« und der Zeitschrift »Weltpolitik und Weltwirtschaft«.

jetzt nicht nur die Verzeihung der anderen entgegenzunehmen, sondern müßten auch zeigen, daß wir dieser Verzeihung würdig seien«[3] – ein solcher Standpunkt sei für uns unmöglich. Es sei daher eine Selbstverständlichkeit, daß wir wieder eine Macht werden wollten. Wie ist die Kommission überhaupt zu ihren Zweifeln gekommen?

Dr. Rose: In früheren programmatischen Kundgebungen hätten wir ein Bekenntnis zum Völkerbund abgelegt.[4] Er persönlich sei durchaus der Auffassung Dr. Stresemanns, aber es gebe doch vielleicht auch in unserer Partei Anhänger des Völkerbundes.

Dr. Stresemann: Wenn wir uns damals zum Völkerbund bekannt haben, so haben wir darunter etwas ganz anderes verstanden als das, was die Entente daraus gemacht hat. Was jetzt Völkerbund ist, ist doch eine Farce.

Man kommt sodann zum Punkt ›Kirche und Schule‹. Hierzu liegen noch keine Vorschläge des Ausschusses für Schul- und Kirchliche Fragen vor.

Geh. Rat Garnich macht auf die Gegenvorschläge vom Abgeordneten Richert[5] aufmerksam, die ihm zugegangen seien. Es wird jedoch festgestellt, daß diese Richertschen Vorschläge vom Unterrichtsausschuß der Fraktion der Preußischen Landesversammlung ausgehen, daß dagegen der Ausschuß für Schul- und Kirchliche Fragen noch nicht dazu Stellung genommen hat. Letzterer Ausschuß soll aufgefordert werden, seine Vorschläge so schnell wie möglich einzureichen.

In der Aussprache bemerkt Frau Mende, daß die Einheitsschule[6] dazu führen wird, das Privaterziehungswesen zu vermehren. Ob das ein Gewinn sei, sei fraglich. Geh. Rat Rose ist persönlich der Ansicht, daß es besser sei, mehr Freistellen zu schaffen. Fräulein Hoffmann berichtet aus ihrer Praxis, daß die Eltern der Kinder in Berlin Nord und Ost vielfach keine Freunde der Einheitsschule sind. Demgegenüber weist Herr Kockelkorn darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei kaum hinter der alten Nationalliberalen Partei zurückbleiben könne, die sich im Prinzip bereits zur Einheitsschule bekannt habe.[7] Die Frage der Einheitsschule setze sich aus einem ganzen Bündel von Einzelfragen zusammen. Die Vorschulfrage sei eine Frage für sich. Geh. Rat Rose meint, daß die Vorschulfrage gerade die Frage sei. Dr. Stresemann betont, daß er persönlich keine Bedenken gegen die Abschaffung der Vorschule habe.

Zum Punkt ›Überwindung des Klassenkampfes‹ wird die Kommission beauftragt, die Kundgebung der Fraktion der Nationalversammlung zum Arbeitsfrieden in das

[3] Siehe »Der Frieden und die auswärtige Politik«, in: Demokratie 1 (1919), S. 8.

[4] Der Wahlaufruf vom 16.12.1918 hatte davon gesprochen, daß die Partei »unter der Bedingung völliger Gleichberechtigung aller Staaten« den »Gedanken des Völkerbundes« begrüße, siehe Dok. Nr. 3, S. 11.

[5] Hans Richert (1869–1940), Lehrer, Oberrealschuldirektor in Posen. 1917 im Vorstand der Vaterlandspartei. 1919–1921 MdL Preußen (DVP). 1922 Hilfsarbeiter, später Ministerialrat im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. 1922 Austritt aus der DVP und Übertritt zur DNVP.

[6] Siehe auch Dok. Nr. 9, Anm. 20.

[7] Siehe dazu Punkt 5 der Berliner Erklärung der Nationalliberalen Partei von 1896, abgedruckt in: Berthold Michael/Heinz-Hermann Schepp (Hg.), Politik und Schule von der französischen Revolution bis zur Gegenwart, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 440–443.

Programm einzuarbeiten. Geh. Rat Sachs regt hierbei an, die Kundgebung in Blättern wie der Berliner Morgenpost als Anzeige zu veröffentlichen. Frau Mende teilt dazu mit, daß die Fraktion bereits die Veröffentlichung in Form von bezahlten Anzeigen eingeleitet habe.[8]

Geh. Rat Rose stellt die Anfrage, ob die Frage der Einführung eines Wirtschaftsparlaments[9] beim Abschnitt Staatsform behandelt werden soll oder bei den wirtschaftlichen Fragen. Der erste Gedanke werde durch die Auffassung nahegelegt, daß das Wirtschaftsparlament eine Art Erste Kammer darstellt, daß man dadurch zu einem organischen Wiederaufbau kommen wolle gegenüber den Atomisierungsbestrebungen unserer Zeit.

Dr. Stresemann betont demgegenüber, daß man von einer Ersten Kammer wohl nicht sprechen könne. Der Grundgedanke sei vielmehr die Befreiung des wirtschaftlichen Lebens von der politischen Atmosphäre. Das Wirtschaftsparlament müsse daher bei den Fragen der Wirtschaft behandelt werden. Dr. Heinze weist darauf hin, daß auch die Verfassung den letzteren Weg gehe. Im übrigen sei der Gedanke, daß man wieder zu Organismen kommen müsse, sehr zu begrüßen; er verdiene es, im Programm besonders hervorgehoben zu werden.

Hinsichtlich des Abschnittes über die »Frauen« soll der Reichsfrauenausschuß um eine neue Formulierung angegangen werden; die Fassungen sowohl des Brandischen wie des Dixschen Entwurfes erscheinen ungenügend.

Bei der Frage des parlamentarischen Systems wird die Bedeutung des Eides der Beamten auf die Verfassung zur Sprache gebracht.[10] Wie Herr Heinze feststellt, bedeutet der Eid nichts anderes, als daß der Beamte amtlich die Verfassung anerkennt. Außerhalb des Dienstes könne der Beamte tun und lassen, was er will. Das sei von den Ministern David und Preuß ausdrücklich ausgesprochen worden.[11] Daher könne jeder Beamte den Eid leisten; es sei auch wünschenswert, daß die Beamten unserer Richtung im Dienst bleiben. Geh. Rat Sachs schlägt vor, daß hierüber eine aufklärende Notiz in der »Nationalliberalen Correspondenz« erscheinen sollte. Exzellenz Heinze sagt die Abfassung zu.[12]

Zur Frage der selbständigen Stammesstaaten (Welfenfrage)[13] weist Geh. Rat Dr. Rose darauf hin, daß man sich bei der Schaffung einer starken Reichsautorität mit der Bildung selbständiger Stammesstaaten abfinden könne; sei aber auf die starke Reichsautorität nicht zu rechnen, dann bildeten die Stammesstaaten eine Gefahr.

Dr. Stresemann bringt ein Schreiben des Geschäftsführenden Ausschusses des Wahlkreisverbandes Hannover zur Kenntnis, in dem die Forderung des deutschen Einheitsstaates erhoben wird. Dr. Stresemann betont im Anschluß daran, daß wir, so wie

[8] Der von der Nationalversammlungsfraktion entworfene »Aufruf zum Arbeitsfrieden« wurde am 22.8.1919 der Presse mit der Bitte übersandt, ihn »nicht vor dem 24.8.1919 zu veröffentlichen«, BAK R 45 II/62, p. 41 f.; veröffentlicht u.a. in »Tägliche Rundschau«, 24.8.1919, Nr. 414.
[9] Siehe Dok. Nr. 9, Anm. 15.
[10] Die WRV sah in Art. 176 eine Vereidigung aller »öffentlichen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht« auf die Verfassung vor.
[11] Siehe VNV, Bd. 327, S. 3257 f.
[12] Siehe NLC 46 (1.10.1919), Nr. 206: »Zur Vereidigung der Beamten auf die Verfassung«.
[13] Siehe Dok. Nr. 5, Anm. 194.

die Dinge liegen, den Einheitsstaat als das Ziel betrachten müssen, daß wir freilich, solange seine Verwirklichung nicht möglich ist, für die Erhaltung Preußens eintreten.[14] Dr. Metger befürwortet die Forderung des Einheitsstaats. Wir sollten das im Programm möglichst stark unterstreichen. Dr. Heinze ist gleicher Ansicht. Machtpolitik sei nur möglich bei einem Einheitsstaat, ebenso auch ein Kaisertum. Dr. Stresemann weist auf Aufsätze des »Temps« hin, in denen eine bemerkenswerte Angst vor dem deutschen Einheitsstaat zum Ausdruck komme. Sicherlich sei die Forderung des Einheitsstaates unter den heutigen Verhältnissen außerordentlich zugkräftig. Wenn wir mit dieser Forderung noch die der Beseitigung des Klassenkampfes sowie die Frage der Bodenreform und des Siedlungswesens in den Mittelpunkt unseres Programms rückten, dann hätten wir damit drei Parolen, an deren Verwirklichung jeder Stand und Beruf in gleichem Maße interessiert ist. Zur Frage der Monarchie bringt Geh. Rat Rose zur Sprache, ob wir zu einem eventuellen katholischen Kaisertum Stellung nehmen sollten. Allgemein ist man der Ansicht, daß diese Frage im Programm offenbleiben muß.

Damit sind die Zweifelspunkte hinsichtlich des Programmentwurfs erledigt.

Dr. Stresemann stellt dann den weiteren Gang der Beratung zur Aussprache, im Zusammenhang damit Zeit und Ort des in Aussicht genommenen Parteitages. Hierzu hat der Geschäftsführende Ausschuß in seiner letzten Sitzung beschlossen[15], den

[14] Auf der Sitzung des Zentralvorstands vom 17.10.1919 führte Stresemann »das ganze Elend der deutschen Geschichte« auf die »bundesstaatliche Zersplitterung« zurück und stellte heraus: »Ist denn die ganze Art, wie dieses deutsche Volk in Mitteleuropa erst vor 50 Jahren zum Kaisertum und Einheitsstaat kam, nicht darauf zurückzuführen, daß es den Weg zur Reichseinheit nicht früher gefunden hat? War es nicht die Eifersucht der Dynastien, die uns fortgesetzt in zwei Lager zerrissen hat? War nicht das deutsche Volk viel früher dem Einheitsgedanken zugeneigt und hätte ihn verwirklicht, wenn es nicht durch seine bundesstaatlichen Schranken gehindert gewesen wäre, sich zusammenzufinden? [...] So sehe ich eigentlich das große Unglück des deutschen Volkes darin, daß es den Weg zur Einheit nicht so frühzeitig gefunden hat wie die anderen Völker [...] Gegenüber den Losreißungstendenzen, die sich geltend machen und die mich fürchten lassen, daß wir den Kampf um Deutschland führen müssen – die ganzen 15 Jahre werden benutzt werden, um von unserem Deutschland Fetzen abzureißen nach allen Richtungen –, den Kampf können Sie nur führen mit einem starken deutschen Reichsnationalbewußtsein, und den Kampf können wir nicht mehr führen als einzelne Gliedstaaten oder mit bundesstaatlichen Idealen. Frankreich greift Clemenceau an, daß er gestattet hat, daß wir ein einiges Deutschland bilden (Sehr richtig!). Das war der Gedanke unserer Feinde, uns zu zerreißen in staatsfremde Dynastien, nun zu schaffen hier ein Welfenhaus in Hannover, dort ein Königreich im Westen und vielleicht im Norden und Osten Staaten unter republikanischer Führung im Gegensatz zu diesen Dynastien. Was hier der Gedanke unserer Feinde ist, was ihr Ideal in Paris und London ist, sollte uns warnen, diesen Weg zu gehen oder den Finger dazu zu bieten. Wir können meiner Auffassung nach nur zur Gesundung und Größe wieder kommen, wenn wir uns zu dem Standpunkt eines der besten Deutschen, eines Bismarck gleichwertigen Mannes durchringen: das war der Freiherr vom Stein, und seine Worte waren mir auch vor dieser Zeit Inbegriff meines Wünschens, auch wenn der große, geniale Meister Bismarck, der das Vorhandene doch nehmen mußte, wie es sich ihm bot, und es vielleicht anders geformt hätte, wenn ihm andere Möglichkeiten gegeben wären, einen anderen Weg gegangen ist. Ich sage, wir können dem folgen, was der Freiherr vom Stein einmal in anderen, noch viel schlimmeren Zeiten unseres Vaterlandes gesagt und als Ideal hingestellt hat: »Ich kenne nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland!«, PA NL Stresemann 363, maschinenschriftliches Manuskript, Überschrift: »Stresemann zur Frage des Einheitsstaates (Leipziger Zentralvorstand Oktober 1920 [!])«.

[15] Siehe Dok. Nr. 9.

Parteitag, der das Programm endgültig beschließen soll, im Oktober in Leipzig abzuhalten.

Von verschiedenen Seiten wird der Wunsch vorgebracht, den Parteitag nicht in Leipzig, sondern in Berlin abzuhalten. Bei der Abstimmung werden drei Stimmen für Leipzig, vier Stimmen für Berlin abgegeben.[16] *Hinsichtlich des Zeitpunktes wird am Oktobertermin festgehalten* »mit Rücksicht darauf, daß die Wahlen unter Umständen recht plötzlich angesetzt werden können, daß wir also so früh wie möglich schlagbereit sein müssen«.

Der Anregung, das Programm des Parteitages reichhaltiger zu gestalten, wird Folge gegeben werden. Die Reichsgeschäftsstelle hat bis jetzt folgendes Programm aufgestellt: Erster Tag: Programmatische Rede Dr. Stresemanns. Parlamentarische Berichte. Bericht des Geschäftsführenden Ausschusses. Aussprache. Zweiter Tag: Beratung und Beschlußfassung über das Parteiprogramm. Dritter Tag: Besondere Referate a. über die Arbeitsgemeinschaft, b. über Bodenreform und Siedlungswesen, c. anschließend Aussprache. Vorgesehen sind weiter noch besondere Frauen- und Jugendtagungen, außerdem eine oder mehrere öffentliche Versammlungen. Der Zentralvorstand wird einen Tag vor dem Parteitag tagen.[17]

(Pause)

Nach Wiederaufnahme der Beratungen wird Punkt 2 behandelt: ›Kandidatenfrage‹. Auf Veranlassung des Herrn Dr. Stresemann berichtet Generalsekretär Schütz über die bis jetzt vorliegenden Kandidatenvorschläge. Der Arbeiter- und Angestelltenausschuß schlägt die Kandidatur des Herrn Knebel vor, ferner, wenn angängig, die Kandidaturen der Herren Gutsche und Streiter, ferner für die Angestellten die Kandidatur des Herrn Thiel in Berlin und die des Herrn Bechly[18] in Hamburg. Der Deutsche Beamtenbund rechnet laut telefonischer Mitteilung auf die Aufstellung des Herrn Hofrat Blum. Ferner macht Herr Schütz davon Mitteilung, daß Exzellenz Heinze vorschlägt, den früheren Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Kriege[19], als Kandidaten aufzustellen.

Dr. Stresemann betont, daß man unterscheiden müsse zwischen den Vertretern bestimmter Interessengruppen und anderen Kandidaten. Bei der letzten Wahl habe sich ergeben, daß in der Fraktion nicht alle Berufsstände vertreten seien. Deshalb seien nach der Wahl gewissen Berufsverbänden gewisse Zusicherungen gemacht worden.

[16] Im Protokoll ist in einer Fußnote vermerkt: »Inzwischen hat sich die Unmöglichkeit, in Berlin einen geeigneten Saal zu bekommen, herausgestellt. Es muß daher an Leipzig festgehalten werden, ebenso am ursprünglichen Termin, 18. Oktober. Dementsprechend unterbleibt auch die Verschiebung der übrigen Sitzungen.«

[17] Siehe Dok. Nr. 13.

[18] Hans Bechly (1871–1954), nach kaufmännischer Lehre ab 1900 hauptberuflich in der Verbandsverwaltung des DHV, 1911–1933 dort Vorstandsvorsteher. 1919–1933 Vors. des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften, 1923–1933 stellv. Vors. des DGB.

[19] Johannes Kriege (1859–1937), Diplomat. 1911–1918 Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes. 1921–1932 MdL Preußen (DVP).

Notwendig sei besonders, daß auch das Handwerk in der Fraktion vertreten sei, ferner bedürfe auch die Landwirtschaft noch einer stärkeren Vertretung. Für die von Herrn Dr. Heinze vorgeschlagene Kandidatur spreche vor allem, daß die Fraktion auch einen Kenner auswärtiger Fragen haben müsse. Aus demselben Grund seien auch Sachverständige auf militärischem Gebiet erforderlich. Der Vorsitzende schlägt vor, zunächst die Sachlage in den Wahlkreisen zu beraten, in denen wir das letzte Mal Kandidaten nicht aufgestellt oder nicht durchgebracht hätten. Diese Wahlkreise sind folgende: Frankfurt a.O., Mittelschlesien, Oberschlesien, Niederschlesien, Magdeburg, Halle-Merseburg, Leipzig, Chemnitz, Thüringen, Baden, Württemberg, Pfalz sowie die bayerischen Wahlkreise rechts des Rheines.[20]

Bezüglich der Kandidatur des Herrn Knebel wird vorgesehen, an den Wahlkreis Thüringen, in zweiter Linie an Chemnitz heranzutreten. Hinsichtlich der Kandidatur eines Angestelltenvertreters teilt Herr Dr. Stresemann mit, daß Herr Bechly abgelehnt habe und selbst für die Kandidatur des Herrn Otto Thiel in Berlin eintrete. Wegen seiner Kandidatur soll mit dem Wahlkreis Teltow-Beeskow und mit Leipzig verhandelt werden. Die Kandidatur des Herrn Hofrat Blum wird vorläufig noch zurückgestellt, bis ein entsprechender schriftlicher Antrag vorliegt.

Es werden sodann die einzelnen Wahlkreise durchgesprochen. In Frankfurt a.O. wird voraussichtlich der Gesandte von Kemnitz[21] aufgestellt werden. In Liegnitz beabsichtigt der bisherige Abgeordnete Schulrat Beuermann[22] zu kandidieren. In Mittelschlesien wird eine Kandidatur des Universitätsprofessors Dr. Kühnemann[23] (Breslau) erwogen. In Oberschlesien fehlt bis jetzt jede Organisation, auch ist der Bestand des Wahlkreises selbst unsicher[24], so daß eine Kandidatur vorläufig nicht weiter erörtert wird. Für den Wahlkreis Magdeburg ist ein Kandidat aus Industriekreisen in Aussicht genommen. Es wird vorgeschlagen, an zweiter Stelle Magdeburg die Kandidatur des Fräulein Filling, der Vorsitzenden einer Hausangestelltengewerkschaft, zu empfehlen. In Halle-Merseburg wird voraussichtlich Herr Dr. Cremer (Dortmund) aufgestellt werden. Mit Leipzig soll wegen der Kandidatur Thiel Fühlung genommen werden. In Chemnitz soll Dr. Stresemann an erster Stelle aufgestellt werden. Dr. Stresemann soll dann für den Fall seiner Wahl in einem anderen Kreise auf die Annahme verzichten und damit dem zweiten Kandidaten die Wahl sichern. Mit Thüringen soll in erster Linie wegen der Kandidatur Knebel verhandelt werden. In Baden wird voraussichtlich Dr. Curtius kandidieren. In Württemberg ist die Lage noch ungeklärt; genannt wird die Kandidatur des ehemaligen Finanzministers Pistorius.[25] Mit der Pfalz soll umgehend wegen Aufstellung eines neuen Kandi-

[20] Siehe Dok. Nr. 8, Anm. 12, 13.

[21] Hans Arthur v. Kemnitz (1870–1955), Diplomat. 1920–1924 MdR (DVP), 1924–1928 MdR (DNVP).

[22] August Beuermann (1867–1930), Lehrer und Schulrat. 1919–1924 MdR (DVP).

[23] Eugen Kühnemann (* 1868), Professor für Philosophie an der Universität Breslau.

[24] Art. 88 des Versailler Vertrags dekretierte eine Volksabstimmung in Oberschlesien, in der entschieden werden sollte, ob das Gebiet bei Deutschland verblieb. Das Plebiszit in Oberschlesien fand erst am 20.3.1921 statt.

[25] Theodor v. Pistorius (1861–1939), Nationalökonom. 1886–1914 Beamter in der Finanzverwaltung. 1914–1918 Finanzminister in Württemberg. Nach 1919 Professor in Stuttgart und Tübingen.

daten anstelle des bisherigen Abgeordneten Gebhardt[26] in Verbindung getreten werden. Für Franken wird die Kandidatur des Geheimrats Sachs vorgeschlagen. Mit Oberbayern soll alsbald wegen einer Kandidatur Fühlung genommen werden. In Niederbayern besitzen wir keine Organisation, so daß dieser Wahlkreis gleichfalls vorläufig ausscheidet. In Mecklenburg war eine Kandidatur des Geheimrat Backhaus in Aussicht genommen. Die Kandidatur wurde jedoch vorläufig wieder aufgegeben.

Von einzelnen Kandidaturen werden noch besprochen: 1. die des Kommerzienrats Ravené[27] in Berlin. Es soll dem Wahlkreis Berlin empfohlen werden, Ravené an dritter Stelle aufzustellen, 2. eine Kandidatur des Generals Ludendorff[28], 3. eine Kandidatur des Obersten Bauer[29], 4. eine Kandidatur des Admirals Scheer.[30] Nach eingehender Erörterung des Für und Wider wird beschlossen, daß Herr Admiral Brüninghaus mit Admiral Scheer vorläufig unverbindlich Fühlung nimmt. Mit General Ludendorff wird Herr Dr. Stresemann Rücksprache nehmen, um über dessen allgemeine politische Stellung Klarheit zu gewinnen. Von einer weiteren Verfolgung der Kandidatur Bauer wird vorläufig Abstand genommen. Geheimrat Sachs regt weiter eine Kandidatur des Gouverneurs Seitz[31] an, der von Geburt Badener ist. Herr Dr. Metger hält für notwendig, daß in die Fraktion außer Frau Mende noch weitere Frauen kommen. Es wird beschlossen, sich im besonderen für die Kandidatur des Fräulein Filling (Berlin) und des Fräulein Rawengel (Saarbrücken) einzusetzen. Dabei teilt Herr Dr. Stresemann mit, daß Fräulein Rawengel vielleicht in Bielefeld an zweiter Stelle aufgestellt würde. Exzellenz Heinze setzt sich für eine Kandidatur des früheren Ministerialdirektors Kriege ein. Die Fraktion brauche unbedingt einen Sachverständigen für völkerrechtliche Fragen. Von anderer Seite wird die Zugkraft einer Kandidatur Kriege angezweifelt. Die Kandidatur wird vorläufig zurückgestellt. Als Handwerker-Kandidaten werden Bürgermeister Eberle[32] in Nossen [Kreis Dresden] sowie Verbandsdirektor Beythien[33] in Hannover vorgeschlagen. Mit ersterem wird Herr Flathmann Fühlung nehmen. Seine Kandidatur wird für einen sächsischen

[26] Karl Gebhardt (1859–1921), Landwirt und Brennereibesitzer. 1903–1918 MdL Bayern (Freie Vereinigung/Bund der Landwirte). 1912–1918 MdR (Bund der Landwirte/Wirtschaftliche Vereinigung/ Konservative), 1919–1921 MdR (zunächst fraktionslos, dann DVP).

[27] Louis Ravené (* 1866), Kaufmann. Mitinhaber der Jacob Ravené-Söhne-A.G. Berlin. Mtgl. und Vors. verschiedener Aufsichtsräte, u. a. in der Stahlindustrie und im Bankwesen.

[28] Erich Ludendorff (1865–1937), seit 1881 preußischer Offizier. Aug. 1916–Okt. 1918 Erster Generalquartiermeister beim Chef der OHL, im Nov. 1923 Teilnehmer am Hitler-Putsch. MdR 1924–1928 (Deutsch-Völkische Freiheitspartei).

[29] Max Bauer (1869–1929), seit 1890 preußischer Offizier. 1915 Chef der Operationsabteilung II der OHL. In der 3. OHL Leiter der Kriegsgeräte-Beschaffung. Enger Mitarbeiter Ludendorffs.

[30] Reinhard Scheer (1863–1928). 1916–Aug.1918 Chef der Hochseeflotte, Befehlshaber in der Seeschlacht vor dem Skagerrak. Aug.–Nov. 1918 Chef des Admiralstabs der deutschen Marine und Chef der Seekriegsleitung. 1921 Eintritt in die DVP, zeitweilig auch als möglicher Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten im Gespräch.

[31] Theodor Seitz (1863–1949), Dr. iur., zunächst im Verwaltungsdienst, seit 1894 im Reichskolonialdienst, 1907–1910 Gouverneur von Kamerun, 1910–1915 von Deutsch-Südwestafrika.

[32] Johann Christian Eberle (1869–1937), stellv. Vors. des Vorstandes des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Präs. der Girozentrale Sachsen. 1920 MdL Sachsen (DNVP).

[33] Heinrich Beythien (1873–1952), Kaufmann. Mitbegründer und später Direktor des Verbandes der Handelsschutz- und Rabattsparvereine. Geschäftsführer des Vereins der Kornbrennereibesitzer und Preßhefefabrikanten Deutschlands. 1919 Stadtverordneter, dann Stadtrat in Hannover. 1920–1932 MdR (DVP). 1923 Vors. des Reichsausschusses für Einzelhandel der DVP.

Kreis in Aussicht genommen. Herr Beythien soll, wie Herr Dr. Stresemann mitteilt, in Osnabrück oder in Bielefeld aufgestellt werden.

Eine stärkere Vertretung der Landwirtschaft wird als sehr erwünscht bezeichnet. Wie Herr Dr. Stresemann mitteilt, ist der Generalsekretär der christlichen Bauernvereine, Herr Dr. Crone[34], bereit, Kandidaten zu nennen. In der Aussprache darüber wird es für notwendig gehalten, mit diesen Bauernverbänden seitens der Wahlkreisorganisationen Fühlung aufzunehmen. Diese Fühlungnahme habe Bedeutung weit über die Frage einer Kandidatur hinaus. Endlich wird auch die Kandidatur des Direktors der Deutschen Bank Stauß[35] angeregt.

Für die Frage der Aufstellung der Kandidaten ist die künftige Gestaltung des Wahlgesetzes[36] außerordentlich wichtig. Wie Exzellenz Heinze mitteilt, bestehen vier Möglichkeiten: 1. das Wahlgesetz bleibt, wie es ist, 2. die Listenverbindung wird abgeschafft, 3. anstelle der Listenverbindung wird eine Restliste eingeführt, 4. ist es möglich, daß eine gemeinsame Liste für das ganze Reich eingeführt wird. Als das Wahrscheinlichste kann die dritte Möglichkeit angesehen werden. In diesem Falle hätte die Parteileitung die Möglichkeit, solche Kandidaturen, auf die sie besonders Wert legt, die aber in den einzelnen Wahlkreisen schwer unterzubringen sind, auf dem Wege der Restliste durchzubringen.

Auf Antrag Metger wird die Bildung eines Reichswahlausschusses (Stresemann, Garnich, Rose, Sachs, Knebel, Metger, Frau Mende) beschlossen.

Exzellenz Heinze weist noch darauf hin, daß dieser Ausschuß besonders darauf achten müsse, daß überall die zweiten Stellen mit Sorgfalt besetzt werden. Im Verlauf der weiteren Aussprache warnt Exzellenz Heinze davor, die Kräfte beim Wahlkampf zu verzetteln. Unsere Mittel seien nicht unbeschränkt. Aus diesem Grunde schon, aber auch mit Rücksicht darauf, daß unser Ziel sein müsse, die Rechte in der Gesamtheit zu stärken, ergebe sich, daß wir mit den Deutschnationalen zusammen die Front nach links nehmen müßten.

Dr. Stresemann bezeichnet das Ziel, die Rechtsparteien zu stärken, als richtig. Es werde aber am besten erreicht, wenn wir die Grenze nach rechts nicht verwischen ließen. Ohne Optimismus könne man sagen, daß ein Abmarsch von den Demokraten zu erwarten sei. Sofern wir die Grenze nach rechts nicht klar hervortreten ließen, würde das die demokratischen Reihen wieder schließen. Es sei daher notwendig, daß wir unsere eigene Marke hätten. Exzellenz Heinze betont, daß auch er keine Verwischung nach rechts wolle, er trete nur dafür ein, daß wir uns nicht in Unternehmungen stürzen, welche hernach die Opfer nicht lohnen. Dr. Metger bezeichnete das jetzige Zusammengehen mit den Deutschnationalen als Zufall. Nach den Wahlen werde die Situation unter Umständen ganz anders sein. Es sei wohl möglich, daß

[34] August Crone-Münzebrock (1882–1947), Präsidialvorstandsmtgl. der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine. 1921–1924 MdL Preußen (Zentrum), 1924–1933 MdR.

[35] Emil Georg v. Stauß (1877–1942), Bankier. 1915–1932 Vorstandsmtgl. der Deutschen Bank, dann bis zu seinem Tode im Aufsichtsrat. Sept. 1930–Febr. 1933 MdR (DVP). 1933 Vizepräs. des preußischen Staatsrats. Nov. 1933–Dez. 1942 MdR (NSDAP).

[36] Siehe auch Dok. Nr. 9, Anm. 13.

Mehrheitssozialdemokraten, Demokraten und Zentrum nicht mehr in der Lage wären, eine für die Regierung genügende Mehrheit zustande zu bringen. Einverstanden sei er wohl damit, daß die beiden Rechtsparteien Angriffe aufeinander vermeiden. Dr. Stresemann stimmt zu, daß wir in aussichtslosen Wahlkreisen uns zurückhalten, anders sei es freilich, wenn die Restliste eingeführt würde. Dann müßten wir in allen 37 Wahlkreisen Kandidaten aufstellen. Damit ist die Aussprache zu Punkt 2 erledigt.

3. Verschiedenes.

Geheimrat Rose stellt die Frage, wie es mit der Wahl eines neuen Reichspräsidenten stünde. Der Ausschuß ist einstimmig der Meinung, daß nur eine Kandidatur, die das ganze Volk hinter sich habe, in Frage kommen könne, nämlich die Hindenburgs.[37] Es wird beschlossen, in der Öffentlichkeit eine erste Anregung zu geben und eine entsprechende Notiz in der »Nationalliberalen Correspondenz« zu veröffentlichen.[38]

Stresemann spricht sich für die Bildung eines Wahlfonds aus. Das Gesuch des Wahlkreisverbandes Hannover zur Gewährung eines Darlehens von 20000 Mark an das Niedersächsische Wochenblatt wird dem Rechnungsausschuß überwiesen. Es wird beschlossen, die Wahlschulden der Wahlkreisverbände Halle-Merseburg (60000 Mark) und Magdeburg (50000 Mark) zu begleichen. Der finanzielle Rahmen der Wochenschrift des Wahlkreisverbandes Berlin, »Deutsche Freiheit«, soll nicht zu weit gesteckt werden. Garnich berichtet über das Ausscheiden von Ohlsberg als zweitem Redakteur aus der Redaktion der NLC.

Schluß der Sitzung 7[30] Uhr abends.

11.

13. September 1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/50, p. 327–341. Maschinenschriftliches Protokoll. Überschrift: »Protokoll. Geschäftsführender Ausschuß. Sitzung am 13. September 1919 im Reichstagsgebäude in Berlin«.

Die Sitzung wird durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Geheimrat Garnich um 10 Uhr 25 eröffnet. Es wird alsbald in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Programmausschusses

Geheimrat Rose gibt einen Überblick über den Auftrag und die Arbeit des Ausschusses. Dem Ausschuß hätten für seine Arbeit zwei Entwürfe vorgelegen: einmal der Entwurf des Herrn Geheimrat Brandi mit den in den letzten Sitzungen des Ge-

[37] Paul v. Hindenburg und Beneckendorff (1847–1934), seit 1866 preußischer Offizier. Aug. 1916–Juni 1919 Chef der 3. OHL Mai 1925–Aug. 1934 Reichspräsident.

[38] Die NLC 46 (26.8.1919), Nr. 182 hob als Stellungnahme des GA zur Reichspräsidentenwahl hervor, jenseits aller parteipolitischen Querelen »käme nur ein Name in Betracht: Hindenburg«; siehe auch Kolb, Reichspräsident, S. 119ff.

schäftsführenden Ausschusses beschlossenen Änderungen, sodann ein neuer Entwurf des Redakteurs Dix, außerdem das bisherige im Geschäftsführenden Ausschuß beigebrachte Material.[1] In der kurzen Zeit sei es jedoch nicht möglich gewesen, daß der Ausschuß insgesamt zu einer Sitzung zusammengetreten sei, vielmehr hätten die in Berlin wohnenden Mitglieder die Arbeit leisten müssen. Dieser Berliner Unterausschuß, bestehend aus den Herren Leidig, Knebel und ihm hätte mehrere Sitzungen gehalten. Bei der Ausarbeitung des Entwurfs sei dann auch noch Herr Knebel verhindert gewesen, so daß der von dem Unterausschuß fertiggestellte neue Entwurf von Herrn Leidig und ihm selbst bearbeitet worden sei.

Es habe sich als notwendig erwiesen, einen neuen Entwurf zu schaffen.[2] Sie seien bemüht gewesen, eine möglichst knappe Sprache zu finden. Die Sprache des von Westfalen aus versandten Entwurfs (Manifest der Deutschen Zukunft)[3] hätten sie für das Programm der Partei nicht für geeignet gehalten. In Anknüpfung an die Aussprache in der letzten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 24. 8. hätten sie drei Hauptziele an die Spitze des Programms gestellt: die Forderung des Einheitsstaats, die Frage der Arbeitsgemeinschaft und die Frage der Bodenreform und des Siedlungswesens. Gegenüber dem bisherigen Entwurf seien dann noch folgende Punkte neu behandelt worden: Presse, Frauenfrage, Mittelstand, Handel und Schifffahrt, Wohnungswesen, Auswanderung. Die Aufgabe der heutigen Sitzung sei es, Satz für Satz durchzugehen und bei etwaigen Änderungen sofort eine feste Formulierung zu suchen, damit für die morgige Sitzung mit den Wahlkreisvorsitzenden[4] ein fertiger Entwurf vorgelegt werden kann. Über die Gestaltung der Sitzung mit den Wahlkreisvorsitzenden könne man zwei Wege einschlagen: entweder den Entwurf vorzulegen und dazu Erläuterungen zu geben, ohne in eine Aussprache einzutreten, oder aber eine Aussprache zuzulassen. In letzterem Falle müsse diese jedoch auf die wichtigsten Punkte beschränkt bleiben. Als solche seien anzusehen die Frage des Einheitsstaats, die Monarchie, die Frage der Arbeitsgemeinschaft, das Wohnungs- und Siedlungswesen, evtl. auch das Schulwesen.

Die Herren Garnich und Moldenhauer halten für die morgige Sitzung den zweiten Weg für das richtige. Dem wird zugestimmt.

Auf eine Anfrage stellt der Vorsitzende fest, daß heute nur der neue Entwurf des Unterausschusses zur Aussprache steht und daß alle früheren Entwürfe oder Gegenvorschläge erledigt sind. Eine Ausnahme macht nur der heute gleichfalls vorliegende Gegenvorschlag des Schulausschusses, da der Schulausschuß jetzt erst seine Beratungen zum Programmentwurf abgeschlossen hat und nun für die Punkte 8 und 9 der Vorlage des Unterausschusses eine neue Formulierung vorlegt.

Es wird zunächst die Frage erörtert, ob man von einem Programm sprechen soll, oder nur von Richtlinien. Der Unterausschuß hat sich für das letztere entschieden. Einmal aus sachlichen Gründen. Wir befinden uns in einer tiefgehenden Gärung, in der die Wege der künftigen Entwicklung noch nicht abzusehen seien. Das kann vielleicht erst in ein bis zwei Jahren geschehen. Die Forderungen, die wir jetzt aufstell-

[1] Siehe Dok. Nr. 8, 9.
[2] Der Text des Entwurfs liegt nicht vor.
[3] Liegt nicht vor.
[4] Siehe Dok. Nr. 9, Anm. 12.

ten, seien aus dem Augenblick heraus geboren, sie seien die Richtlinien, die wir augenblicklich bei unserer Politik einschlagen wollen. Wir müssen die Möglichkeit haben, unter anderen Verhältnissen andere Forderungen aufzustellen. Das sei nicht möglich, wenn man jetzt schon ein Programm aufstelle. Die Bezeichnung »Richtlinien« sei daher politisch das Bequemere. Das sei die Auffassung des Herrn Professors Leidig gewesen, und er [Rose] habe sich dieser Auffassung angeschlossen. Der zweite Grund sei das Bestreben gewesen, Fremdwörter zu vermeiden.

Herr von Richter betont, daß wir ein Programm haben müßten, aus dem zu ersehen sei, welches die Ziele unserer Partei sind. Die Bezeichnung »Richtlinien« bedeute eine Abschwächung. Oder sei es etwa die Meinung des Unterausschusses, daß, wenn die Richtlinien angenommen seien, noch ein besonderes Programm aufgestellt werden soll? Letztere Frage wird von Geheimrat Rose verneint. Der Wille des Unterausschusses sei es, daß der vorliegende Entwurf das Parteiprogramm sein soll.

Herr Dr. Stresemann ist inzwischen erschienen und übernimmt den Vorsitz. Er ist der Meinung, daß die angegebenen Gründe etwas Berechtigtes haben. »Richtlinien« sage aber zuwenig. Man müsse mindestens die Bezeichnung »Grundsätze« wählen. Dem wird allgemein zugestimmt und beschlossen, dem Entwurf die Überschrift »Grundsätze der Deutschen Volkspartei« zu geben.

Es wird sodann in die Beratung der einzelnen Punkte eingetreten.

Punkt 1. Staatsgewalt. Bei Wiederaufbau des Volksheeres und einer Flotte wird hinzugefügt: »Auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht«. Die auf Grund der eingehenden Beratungen vorgenommen Änderungen sind aus dem am anderen Tage den Wahlkreisvorsitzenden vorgelegten Entwurf nach den Beschlüssen des Geschäftsführenden Ausschusses ersichtlich.[5] Von den Änderungen seien folgende hervorgehoben: Punkt 1 (Staatsgewalt): Einfügung der Forderung der allgemeinen Wehrpflicht für den Wiederaufbau des Heeres und der Flotte.

Punkt 2 (Stellung nach Außen): Einschränkung des Grundsatzes der Völkerversöhnung durch den Hinweis, daß diese Versöhnung unmöglich ist, solange die Wiedervereinigung aller Deutschen, die sich zum Reiche bekennen, einschließlich der österreichischen Deutschen verhindert und der uns aufgezwungene Gewaltfrieden aufrechterhalten wird.

Punkt 3 (Staatsform): Voranstellung der Forderung des erblichen Kaisertums vor die Erklärung der Bereitwilligkeit, an unserer jetzigen Staatsform mitzuarbeiten.

Punkt 7 (Familie): Hier wird ein Absatz gegen die internationalen Zersetzungserscheinungen hinzugefügt und dem Abschnitt die Überschrift »Volkstum und Familie« gegeben.

Zur Begründung weist Herr Dr. Stresemann darauf hin, daß wir in irgendeiner Form zur Judenfrage Stellung nehmen müssen. Es sei klar, daß wir uns an der jetzt vielfach betriebenen antisemitischen Hetzpropaganda nicht beteiligen können.[6] Wenn jüdi-

[5] Liegt nicht vor.

[6] Zu der antisemitischen Welle nach der Novemberrevolution siehe Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 23ff.; Donald L. Niewyk, The Jews in Weimar Germany, Manchester 1980, S. 45ff.; siehe auch Dok. Nr. 16.

sche Organisationen an ihn wegen der Stellung unserer Partei zu dieser Hetzpropaganda herangetreten seien, so habe er ihnen immer wieder gesagt, daß die Juden selbst die stärksten Förderer dieser Hetzpropaganda seien. Sie hätten es in der Hand, ihr den Boden zu entziehen, wenn sich einmal national gesinnte Juden fänden, die den Niederträchtigkeiten der jüdischen Presse entgegenzutreten den Mut fänden. Der »Ulk« des Mosseverlages[7], die »Weltbühne«[8] des Herrn Siegfried Jacobson[9] und andere beschmutzten alles, was den national gesinnten Deutschen heilig sei, in der infamsten Weise. Es habe sich aber noch kein Jude gefunden, der von diesem Treiben abgerückt sei. Deshalb sei es kein Wunder, wenn der Antisemitismus immer mehr um sich greift. Andererseits sei darüber kein Zweifel, daß die Zersetzungserscheinungen in unserem öffentlichen Leben wie in Handel und Wandel weit über das Judentum hinausgingen. Die Quidde[10], Schücking[11], Gerlach[12], Förster[13] seien genauso ein Krebsschaden für uns. Wir hätten vielfach russische Zustände, Bestechungen seien an der Tagesordnung. Leider Gottes seien daran nicht bloß Juden beteiligt. Deshalb müßten wir diese Zersetzungserscheinungen allgemein bekämpfen, wo sie sich auch zeigen, und müßten das im Programm zum Ausdruck bringen. Es geschehe am besten in diesem Abschnitt 7. Den Ausführungen des Herrn Dr. Stresemann wird allgemein zugestimmt und ein entsprechender Absatz dem Abschnitt 7 beigefügt.

Dem Punkt 8 und 9 werden die Formulierungen des Ausschusses für Schul- und Kirchliche Fragen zugrundegelegt. Von den Änderungen ist erwähnenswert die Hinzufügung eines Satzes über die Jugendfürsorge. Punkt 11 (Privateigentum) und 12 (Wirtschaftsordnung) werden unter einen Punkt vereinigt. In Punkt 13 (Wirtschaftsfrieden) wird zur näheren Erläuterung der dort erwähnten Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Arbeitgeber und seinen Werksangehörigen der entsprechende Abschnitt aus dem durch die Deutsche Volkspartei Westfalens vorgelegten Programmentwurf (Manifest der Deutschen Zukunft) eingefügt. Die Forderung des Reichswirtschafts-

[7] Zu der Berliner Satirezeitschrift »Ulk« siehe Karl Schottenloher/Johannes Binkowski, Flugblatt und Zeitung, Bd. 2, München 1985, S. 61 f., 92 f.

[8] Siehe dazu Istvan Deak, Weimar Germany's Left-Wing Intellectuals. A Political History of the »Weltbühne« and its Circle, Berceley 1968, S. 30 ff., 73 ff.; Heinz-Dietrich Fischer, Die Weltbühne, in: ders. (Hg.), Deutsche Zeitschriften des 17.–20. Jahrhunderts, Pullach 1973, S. 323–340.

[9] Siegfried Jacobson (1881–1926), Publizist. Gründer der linksgerichteten »Schaubühne«, zunächst ein Theaterblatt, dann eine »Wochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft«, die ab 1918 unter dem Namen »Weltbühne« erschien.

[10] Ludwig Quidde (1858–1941), Historiker in München. 1919/1920 MdNV (DDP). 1914–1929 Vors. der Deutschen Friedensgesellschaft, 1920–1929 Vors. des Deutschen Friedens-Kartells. 1927 Friedensnobelpreis. 1933 Emigration.

[11] Walter Schücking (1875–1935), Professor für Staats- und Völkerrecht. 1919–1928 MdR (DDP), Vors. des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Schuldfragen des Weltkriegs. 1932–1935 Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

[12] Hellmut v. Gerlach (1866–1935), nach juristischem Studium preußischer Verwaltungsbeamter, später Journalist. 1896 Mitbegründer des Nationalsozialen Vereins, 1903–1907 MdR (Hospitant der Freisinnigen Vereinigung). 1908 (gemeinsam mit Theodor Barth und Rudolf Breitscheid) Gründung der Demokratischen Vereinigung, 1912 deren Vors. Während des Ersten Weltkrieges Pazifist, Herausgeber der »Welt am Montag«. 1921/1922 Mtgl. der DDP. 1933 Emigration.

[13] Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966), Pädagoge, Dr. phil. Pazifistischer Schriftsteller und Publizist, 1914–1920 Professor für Ethik und Sozialwissenschaften an der Universität München. Verzicht auf sein Lehramt wegen scharfer Angriffe aus dem Kreis der Universität, seitdem Lehrtätigkeit in Zürich, 1942 in New York, 1963 erneut in Zürich.

rats (Punkt 14) wird mit diesem Punkt vereinigt. In Punkt 19 (Wohnungswesen) wird das Bekenntnis zur Bodenreform an die Spitze gestellt. In Punkt 10 (Kriegsschäden) wird die Forderung einer Fürsorge für die Bewohner des vom Feinde besetzten deutschen Gebietes eingefügt. In Punkt 22 wird die Forderung der Gemeinschaft mit den im Friedensvertrag von uns losgerissenen Volksgenossen noch mehr unterstrichen.

2. Kandidatenfrage

Generalsekretär Schütz erstattet Bericht über die bisherigen Bemühungen, die in der letzten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses besprochenen Kandidaturen[14] unterzubringen. Für die Aufstellung des Herrn Thiel (Berlin) bestünden in Leipzig gute Aussichten. Die Kandidatur Knebel sei noch nicht untergebracht worden, da Thüringen sich bereits auf einen Landwirt festgelegt habe. Die zweite Stelle in Thüringen sei noch frei, die dortigen Parteifreunde zögen aber, sofern sie einen Kandidaten der Parteileitung an diese Stelle setzen sollten, Frau Mende vor. Deshalb werde für Herrn Knebel auf Chemnitz zurückzugreifen sein, wo er an zweiter Stelle aufgestellt werden solle, sofern dort Herr Dr. Stresemann an erster Stelle kandidiere. Bezüglich des fränkischen Wahlkreises, für den der Geschäftsführende Ausschuß Herrn Geheimrat Sachs in Aussicht genommen habe, seien die Verhältnisse noch ungeklärt. Man denke dort an eine Kandidatur des Herrn Geheimrat Hüfner[15] in Berlin, der geborener Bayer sei. Herr Bürgermeister Eberle in Nossen, mit dem Herr Flathmann Fühlung genommen habe, habe diesem erfreulicherweise eine zusagende Antwort erteilt. Eberle ist bereit, im Falle seiner Wahl der Fraktion beizutreten, macht seine Zusage jedoch von dem Angebot einer sicheren Kandidatur abhängig. Vom Hansabund[16] liege ein Schreiben vor, daß er uns baldigst Kandidaten vorschlagen werde. Ebenso ein Schreiben vom Nationalverband deutscher Offiziere.[17]

Professor Moldenhauer bringt den Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses, Hindenburg als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft vorzuschlagen[18], zur Sprache. Der Beschluß habe in seiner Heimat Kopfschütteln erregt. Aus Mitteilungen aus der Presse gehe doch hervor, daß Hindenburg den Deutschnationalen nahestehe. Professor Leidig betont, daß er zwar sachlich den Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses billige, formell jedoch habe der Ausschuß damit seine Befugnisse über-

[14] Siehe Dok. Nr. 8.

[15] Dr. Karl Hüfner (* 1864), Jurist. Ab 1921 Reichsgerichtsrat in Leipzig.

[16] Der 1909 gegründete Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit unter seinem Vorsitzenden Jakob Rießer (1909–1920) zu einer berufsständischen Massenorganisation (1919 umfaßte er 150000 Mitglieder). Das Schwergewicht seiner Aktivität lag in der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, den Einfluß der Großagrarier zurückzudrängen und den der Industrie, des Mittelstandes und des Handels auf den politischen Entscheidungsprozeß zu stärken; zur Entwicklung des Hansa-Bundes in der Weimarer Republik siehe: 20 Jahre deutscher Wirtschaftspolitik. Die Arbeit des Hansa-Bundes 1920–1929, in: Neue Folge der Druckschriften des Hansa-Bundes, Nr. 1, Berlin o.J.; Siegfried Mielke, Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909–1914, Göttingen 1976; Winkler, Mittelstand, S. 55f., 70ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 91–106.

[17] Der Mitte Dezember 1918 gegründete Nationalverband Deutscher Offiziere setzte sich aktiv für eine Wiedererrichtung der Monarchie ein, siehe Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 541f.; Rainer Wohlfeil/Hans Dollinger, Reichswehr und Republik 1918–1933, Frankfurt/M. 1970, S. 175.

[18] Siehe Dok. Nr. 10.

schritten. Herr von Richter betont, daß eine Persönlichkeit wie Hindenburg zum mindesten nicht nur deutschnational sei. Wenn man mit Aussicht auf Erfolg einen anderen als einen Sozialdemokraten aufstellen wolle, dann könne doch nur Hindenburg in Frage kommen. Er habe mit dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei gesprochen, und diesem gesagt, daß, wenn auch den Deutschnationalen an einer Kandidatur Hindenburgs für den Reichspräsidentschaftsposten liegt, sie dann sich hüten müßten, Hindenburg für die Deutschnationale Partei in Anspruch zu nehmen. Hinsichtlich des Beschlusses des Geschäftsführenden Ausschusses, Hindenburg als Kandidaten in die Öffentlichkeit zu bringen, könne man wohl mit Leidig darin einverstanden sein, daß der Geschäftsführende Ausschuß damit seine Kompetenzen überschritten habe. Aber man könnte doch auch nicht wissen, wann die Neuwahlen[19] stattfinden und könnte der Meinung sein, daß man Überraschungen rechtzeitig vorbeugen müsse. Herr von Richter macht sodann eingehende Mitteilungen über eine Aussprache, die er in der Angelegenheit mit Hindenburg gehabt habe. Hindenburg selbst habe sehr ernste Bedenken gegen die Annahme einer Kandidatur und habe persönlich bei seinem hohen Alter auch wenig Lust dazu. Aber er, von Richter, sei der Meinung, daß sich Hindenburgs Bedenken beseitigen ließen.

Dr. Stresemann fragt an, welche Gründe die Rheinländer gegen eine Kandidatur Hindenburgs hätten. Herr Brües von der »Kölnischen Zeitung« habe ihm mitgeteilt, daß auch die »Kölnische Zeitung« gegen Hindenburg als Präsidentschaftskandidaten Stellung nehmen würde. Wenn die »Kölnische Zeitung« jeden Einfluß und jedes Ansehen verlieren wolle, dann solle sie das nur tun. Die Absicht des Geschäftsführenden Ausschusses war, die Präsidentschaftsfrage aus dem Wahlkampf herauszuheben. Es sei ein großes Verdienst der Deutschen Volkspartei, wenn das gelänge. In formaler Hinsicht habe Herr Leidig freilich Recht. Professor Moldenhauer erwidert, durch die Aufwerfung der Kandidatur Hindenburgs seien im Rheinland fast wieder Verschmelzungsgedanken wachgerufen worden. Er sei überzeugt, daß Hindenburg unterliege (Widerspruch). Die Demokraten und das Zentrum würden gegen Hindenburg stimmen, erst recht, wenn wir als kleinste Partei die Kandidatur Hindenburgs in Vorschlag bringen. Eine Verständigung unter den bürgerlichen Parteien wäre besser gewesen. Professor Leidig weist darauf hin, daß die bürgerlichen Parteien außer Hindenburg keine Kandidaten fänden. Er macht aber darauf aufmerksam, daß der Kampf um Ludendorff durch unsere Partei hindurchgehe. Herr Hollmann betont, Hindenburg sei kein Parteimann. Die Demokraten dürften es gar nicht wagen, gegen Hindenburg aufzutreten. Soweit er habe feststellen können, habe der Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses draußen nur freudige Zustimmung gefunden. Dr. Stresemann betont, daß gerade durch unser Vorgehen die Kandidatur Hindenburgs einen parteilosen Charakter erhalten habe. Wären die Deutschnationalen zuerst damit hervorgetreten, dann wäre das nur schädlich gewesen. Wenn Hindenburg ablehne, dann werde niemand an dem Vorschlage Anstoß nehmen, sagt er aber zu, dann habe unsere Partei sich ein Verdienst erworben.

[19] Gemeint: die Volkswahl des Reichspräsidenten, mit der nach Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung zu rechnen war; siehe auch Dok. Nr. 10, Anm. 38.

12.

16. Oktober 1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Leipzig

BAK R 45 II/50, p. 345–347. Maschinenschriftliches Protokoll. Überschrift: »Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 16. Oktober 1919 in Leipzig«.

Der Vorsitzende Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung und begrüßt insbesondere Frau Bassermann.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Kandidaturen für die Neuwahl[1], berichtet Herr Generalsekretär Schütz. Im besonderen werden erörtert die Aufstellung des Herrn Eberle als Mittelstandskandidat und des Herrn Dr. Cremer in Halle. Der Abgeordnete Dusche tritt nachdrücklich für die Aufstellung von mehr Landwirten und mehr Frauen ein.

Über den Stand der Angelegenheit der Wahl des Reichspräsidenten berichtet Herr Dr. Stresemann und bezieht sich dabei auf die früher schon im Geschäftsführenden Ausschuß gepflogene Aussprache.[2] Er könne aus sicherer Quelle sagen, daß Hindenburg sich einer Kandidatur nicht entziehen würde, wenn er von weiten Kreisen des deutschen Volkes gerufen wird. Herr von Richter bezeichnet es als außerordentlich wünschenswert, wenn Hindenburg aufgestellt würde. Auch er könne bestätigen, daß es gelingen werde, die Bedenken, die Hindenburg habe, zu beseitigen. Selbstverständlich müßte mit Demokratie und Zentrum Fühlung genommen werden. Herr Dr. Stresemann tritt dafür ein, daß ein Ausschuß von etwa 20 prominenten Persönlichkeiten aller Parteien, die parteipolitisch nicht zu stark hervortreten, gebildet werde, der die Kandidatur weiter betreiben soll. Der Geschäftsführende Ausschuß beauftragt mit der Ausführung dieses Gedankens einen Ausschuß, bestehend aus Herrn von Richter als Vorsitzenden sowie den Herren Blüher, Brüninghaus, Knebel, Dusche und Frau Mende. Dem Zentralvorstand soll nur davon Mitteilung gemacht werden, daß die Kandidatur Damaschke[3] für uns nicht in Frage komme.

Bei der Vorbesprechung über den Verlauf des Parteitags weist Stresemann darauf hin, daß die Beratung des Parteiprogramms im Zentralvorstand stattfinden wird; der Parteitag solle es dann en bloc annehmen. Die von Teilen der Reichstagsfraktion geforderte Ersetzung des Programmentwurfs durch das »Königsberger Manifest« wird vom Ausschuß abgelehnt. Das »Königsberger Manifest«[4] soll als besonderer Aufruf ins Land gehen. Zu Vorsitzenden des Parteitages sollen vorgeschlagen werden: Kahl,

---

[1] Gemeint: für die als bevorstehend betrachtete Reichstagswahl.

[2] Siehe Dok. Nr. 10, 11.

[3] Adolf Damaschke (1865–1935), führendes Mitglied des Nationalsozialen Vereins. Vors. des Bundes Deutscher Bodenreformer. Der Bund entfaltete nach der Novemberrevolution eine breite Öffentlichkeitsarbeit und besaß erheblichen Anteil an der Formulierung des Bodenreformartikels 155 WRV. Zur großen Popularität Damaschkes, dessen Kandidatur – nicht zuletzt auf sein eigenes Betreiben – für das Reichspräsidentenamt besonders innerhalb der DDP erwogen, für die aber auch in Kreisen der DVP Stimmung gemacht wurde, siehe Albertin/Wegner, Dok. Nr. 43; Albertin, S. 125; Schumacher, Land, S. 454 ff.

[4] Liegt nicht vor.

Frau Bassermann, Könige[5]*, Piper, zu Schriftführern Schütz, Frau Rawengel, für die Mandatsprüfungskommission Leidig und Flathmann*[6]*. Es wird ein Antrag Garnich angenommen, dem Zentralvorstand vorzuschlagen, daß der Geschäftsführende Ausschuß* »mit Rücksicht auf den erhöhten Umfang seiner Arbeit zehn statt bisher vier Mitglieder« *zuwählen darf*[7]*. Zur Klärung des Verhältnisses zwischen Partei und Deutschem Arbeiterbund soll eine Besprechung unter Vorsitz Stresemanns und unter Zuziehung der Vertreter beider Gewerkschaftsrichtungen stattfinden*[8]*. Schütz berichtet über Vorwürfe wegen organisatorischer Mängel im Reichsfrauenausschuß. Es wird beschlossen, die bislang selbständige Geschäftsführung des Reichsfrauenausschusses in die Reichsgeschäftsstelle einzugliedern*[9]*. Hinsichtlich der Finanzfragen wird beschlossen, an dem Beitrag von 20 Pfennig pro abgegebener Wählerstimme festzuhalten*[10]*. Der Antrag auf Einführung einer Parteibeamtenversicherung wird dem Rechnungsausschuß überwiesen.*

13.

17. Oktober 1919: Sitzung des Zentralvorstandes in Leipzig

NLC vom 17.10.1919, Nr. 220. Überschrift: »Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei«.[1]

Am Freitagvormittag [17. Oktober] trat der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei in Leipzig im Zentraltheater zu einer Beratung zusammen. Abg. Dr. Stresemann eröffnete und leitete die Sitzung. Zunächst berichtete Abg. Garnich, M.d.L., namens des Geschäftsführenden Ausschusses über dessen Tätigkeit. Der Bericht war getragen von der festen Zuversicht in eine kräftige und erfolgreiche Entwicklung der Deutschen Volkspartei. Außer anderen Punkten der inneren Organisation berührte er auch die Finanzfrage.[2] Geheimrat Garnich zeigte den Weg, auf dem die Partei zu einer festen, auf die Organisation selbst aufgebauten Grundlage ihrer Finanzen gelangen kann. Diese Anregung fand nicht nur allseitige Zustimmung, sondern sie wurde auch durch unmittelbare und spontane praktische Befolgung rasch in die Tat umgesetzt, so daß die Beratung dieses Programmpunktes mit der Sicherstellung der finanziellen Parteigrundlage abschloß. Geheimrat Garnich wies zum Schluß darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei noch eine Partei des Wachstums sei. Für ihre wei-

[5] Heinrich Könige (1852–1935), Jurist. 1919 Senatspräsident am Reichsgericht in Leipzig. 1921 Präsident des vorläufigen Staatsgerichtshofs.
[6] Siehe Bericht Zweiter Parteitag, S. 7–10.
[7] Siehe Dok. Nr. 6.
[8] Ob die erwähnte Besprechung stattgefunden hat, ließ sich nicht ermitteln.
[9] Siehe Dok. Nr. 14.
[10] Siehe Dok. Nr. 6.
[1] Da der stenographische Bericht über die Leipziger Tagung des ZV verloren ist, wird hier ersatzweise der in der NLC veröffentlichte knappe offizielle Bericht abgedruckt. Daß ein stenographischer Bericht angefertigt worden ist, wird dadurch belegt, daß eine drei Seiten umfassende Abschrift aus diesem Bericht mit Ausführungen Stresemanns zur Frage des Einheitsstaates überliefert ist, siehe Dok. Nr. 10, Anm. 14.
[2] Siehe Dok. Nr. 7, 8.

tere Entwicklung sei der Boden außerordentlich günstig, nicht nur dank ihrer eigenen Ziele und Ideen, sondern auch dank der Tätigkeit ihrer politischen Gegner und der Regierung. Die Deutsche Volkspartei müsse und werde die Gunst der Zeit ausnutzen. Sie werde dabei von dem Bewußtsein getragen, daß sie nicht nur Arbeit für ihre Parteizwecke leiste, sondern daß Arbeit für die Deutsche Volkspartei zugleich auch Arbeit für das deutsche Vaterland sei, das wieder befreit werden müsse von der Schmach und der Not der Gegenwart. Die Aussprache über den Geschäftsbericht ergab volle Übereinstimmung in den organisatorischen Fragen und brachte viele wertvolle Anregungen.

Es folgen dann Zuwahlen zum Zentralvorstand, nach deren Ergebnis als Mitglieder in den Zentralvorstand eintreten die Herren: Zabel (Dortmund), Wittig (Darmstadt), Brune[3] (Hannover), Kilburger[4] (Königsberg) und Wenken[5] (Kiel).

Die Aussprache über den Programmentwurf füllte die Tagung des dem von einer Kommission vorgelegten Entwurf[6] der Grundsätze der Deutschen Volkspartei.[7] Vor dem Übergang zu diesem Punkt der Tagesordnung traf der Ehrenvorsitzende der Partei, Geheimrat Dr. Vogel, ein, um an den Beratungen teilzunehmen. Abgeordneter Dr. Stresemann hieß ihn mit herzlichen Worten der Begrüßung willkommen. Geheimrat Dr. Vogel dankte mit bewegten Worten und bekannte von sich, daß er den innigen Zusammenhang zwischen den alten Nationalliberalen und der neuen Deutschen Volkspartei darstelle. Der Zentralvorstand nahm die Worte des Ehrenvorsitzenden der Partei mit herzlichem und reichem Beifall auf.

Die Aussprache über den Programmentwurf füllte die Tagung des Zentralvorstandes bis in den späten Nachmittag aus. Sie war durchweg von dem Bestreben geleitet, die überall zutage tretende grundsätzliche Übereinstimmung auch in der Form einhellig zum Ausdruck zu bringen. Diesem Streben kam die von dem Ausschuß geleistete treffliche Vorarbeit sehr zustatten. So ergab sich in allen einzelnen Punkten der Grundsätze Klarheit und Einheit über Inhalt und Form des Entwurfes, der nunmehr dem Parteitag zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden wird.[8] In der Frage der Staatsform kam der Zentralvorstand zu einer einstimmig gutgeheißenen Fassung.[9] Die Programmberatung im Zentralvorstand schloß sich an einzelne Referate an, die von Professor Dr. Leidig, M.d.L., über den staatspolitischen und staatsrechtlichen Teil, von Pastor Meyer (Herford), M.d.L., über die Beamtenfragen, von Rektor Hollmann, M.d.L., über den kulturellen Teil (Schule und Volksbildung, Religion und Kirchen) und von Geheimrat Dr. Rose über den volkswirtschaftlichen Abschnitt erstattet wurden.

---

[3] Brune, Generalsekretär in Hannover.
[4] Kilburger, Generalsekretär in Königsberg.
[5] Wenken († 1929), 1913–1929 Generalsekretär in Kiel.
[6] Siehe Dok. Nr. 9–12.
[7] So in der Vorlage; der erste Teil des Satzes ist offensichtlich durch Fehler in der Druckerei sinnentstellt. Richtig müßte es heißen: »Die Aussprache über den Programmentwurf hatte zur Grundlage den von einer Kommission vorgelegten Entwurf der Grundsätze der Deutschen Volkspartei«.
[8] Siehe Bericht Zweiter Parteitag, S. 132 f.
[9] Zur Frage der Staatsform siehe Punkt 3 der Grundsätze der Deutschen Volkspartei, Anhang S. 1274.

14.

24. November 1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/50, p. 419–432. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1. Überschrift: Streng vertraulich! Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei«.[1]

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Stresemann, eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 30 nachmittags.

Auf Anregung des Herrn Dr. Heinze wird beschlossen, dem Ehrenvorsitzenden der Partei, Geh. Rat Dr. Vogel, künftig Einladungen zu allen Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses zugehen zu lassen.

Zu TOP 1 (Zuwahlen) trägt Garnich vor, der Zentralvorstand habe den Geschäftsführenden Ausschuß ermächtigt, sechs weitere Mitglieder zuzuwählen. Er schlägt folgende Namen vor: Kempkes (neuer Schatzmeister), Leidig (Mitbegründer der Partei; führendes Mitglied der preußischen Landtagsfraktion), Frau Schönherr (Frauenvertreterin), Thiel (Vertreter der Angestelltenverbände), Mittelmann (Geschäftsführer der Reichstagsfraktion), ein Vertreter Bayerns.

Schütz macht darauf aufmerksam, daß sich in den Landesorganisationen gegen die Besetzung der freien Stellen fast ausschließlich durch Abgeordnete und Berliner Parteimitglieder Widerspruch regt und schlägt vor, jetzt nur die dringendsten Zuwahlen vorzunehmen (Kempkes, Thiel, ein Vertreter von Berlin). In der Aussprache stimmt Sachs dem Vorschlag von Schütz zu, erhebt aber wegen der Interessen der Landesorganisationen grundsätzliche Bedenken gegen eine Erweiterung des Ausschusses. Auch Brandi und Garnich befürworten die Anregung von Schütz. Garnich weist zudem noch darauf hin, daß die Interessen der Wahlkreisorganisationen in der Jenaer Sitzung des Zentralvorstands[2] *ausreichend berücksichtigt wurden, allerdings habe sich die dort zustande gekommene Zusammensetzung als wenig zweckmäßig erwiesen. Rose betont, daß der Geschäftsführende Ausschuß in erster Linie ein Arbeitsorgan sei; da die auswärtigen Mitglieder mit wenigen Ausnahmen nicht an den Sitzungen teilgenommen hätten, sei die vornehmliche Berücksichtigung in Berlin wohnender Parteimitglieder gerechtfertigt. Frau Mende schließt sich der Auffassung von Rose an und plädiert seitens des Reichsfrauenausschusses für die Zuwahl von Frau Schönherr oder Frau Dehmel*[3] *(Blankenese). Stresemann betont,* »daß die Par-

[1] Laut der beigefügten Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Becker (Hessen), Brandi, Flathmann, Garnich, Hartmann, Heinze, Frau Hoffmann, Knebel, Frau Mende, von Rheinbaben, Rießer, Rose, Sachs, Spieß, Stresemann, Frau Teike, Vögler; von der Reichsgeschäftsstelle Brüser, Kockelkorn, Trucksaess, Schütz, Stocksiek. Tagesordnung: 1. Zuwahlen, 2. Aufruf von Professor Brackmann (Königsberg), 3. Eingliederung der Frauenabteilung in die Reichsgeschäftsstelle, 4. Verschiedenes, 5. Auswärtige Politik, Berichterstatter: Legationsrat Freiherr von Rheinbaben. Am Schluß des Protokolls der Vermerk: »Für die Richtigkeit: gez. Trucksaess«.

[2] Siehe Dok. Nr. 5.

[3] Ida Dehmel, geb. Auerbach, zweite Ehefrau des Schriftstellers Richard Dehmel, aktiv in der Frauenbewegung.

teileitung auch noch an der Zuwahl anderer Persönlichkeiten ein Interesse« *habe (v. Schwabach*[4]*, Sorge*[5]*) und schlägt dem Ausschuß vor, sich das Recht auf die Zuwahl von 12 Mitgliedern zuzubilligen und dann beim Zentralvorstand um Indemnität nachzusuchen. Bis zur Erteilung der Genehmigung könnten die zweiten sechs als beratende Mitglieder fungieren. Er spricht sich für die Zuwahl von Kempkes, Leidig, Thiel und eines Berliner Vertreters aus. Garnich macht darauf aufmerksam, daß Benecke vom Wahlkreisverband Berlin an erster Stelle vorgeschlagen wird. Stresemann setzt sich ebenfalls für die Wahl Beneckes ein; seine Zuwahl könnte die auf Dauer untragbaren Reibereien zwischen der Berliner Parteiorganisation und der Parteileitung unterbinden. In der Abstimmung werden Kempkes und Leidig einstimmig gewählt, für Benecke werden sechs, gegen ihn ebenfalls sechs Stimmen abgegeben. Daraufhin kommen die Verhältnisse in der Berliner Parteiorganisation zur Sprache, die Stresemann als* »nicht erfreulich« *bezeichnet. Gerade deshalb aber sei es notwendig, daß der Wahlkreisverband Berlin im Ausschuß vertreten sei. Stresemann macht daraufhin den Vorschlag, die Zuwahlen generell zurückzustellen und bis zur nächsten Sitzung die Frage zu klären. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen, zudem wird beschlossen, daß Leidig, Kempkes und Benecke an der weiteren Sitzung teilnehmen sollen, da ihre Anwesenheit bei verschiedenen Punkten der Tagesordnung erwünscht ist.*

Zu TOP 2 (Aufruf von Professor Brackmann[6] *(Königsberg)) referiert Schütz. Es wird beschlossen, den Aufruf als Flugblatt zu Neujahr erscheinen zu lassen.*

Zu TOP 3 (Eingliederung der Frauenabteilung in die Reichsgeschäftsstelle) legt Trucksaess einen in Zusammenarbeit mit Frau Mende ausgearbeiteten Antrag vor[7]*, der auch eine Etataufstellung enthält. Angenommen wird dessen Punkt 1:* »Die bisherige Geschäftsstelle des Reichsfrauenausschusses wird am 1. Januar 1920 in die Reichsgeschäftsstelle eingegliedert und als Frauenabteilung entsprechend den übrigen Abteilungen geführt«. *Die übrigen Punkte und der Etatansatz werden dem Rechnungsausschuß zur Prüfung und Erledigung überwiesen.*

Zu TOP 4 (Verschiedenes) berichtet Garnich über einen Antrag des Landesausschusses in Pommern, den Abgeordneten Thaer[8] *aus der Fraktion der Deutschen Volkspartei in der preußischen Landesversammlung auszuschließen sowie über die Vorwürfe Thaers gegen Mittelmann. Es wird ein Ausschuß eingesetzt, der die Angelegenheit untersuchen und den Streit schlichten soll. Dem Wunsch des Nationalen Klubs auf Übersendung einer Liste der DVP-Parteimitglieder in den Landtagen wird nicht entsprochen. Stresemann führt dazu aus, daß die Bemühungen zur Grün-*

[4] Felix v. Schwabach (1855–1935), Jurist. Bis 1903 in der Staatseisenbahnverwaltung, 1907–1913 MdR, 1908–1913 MgPrAH (NLP).

[5] Kurt Sorge (1855–1928), Eisenhütteningenieur. 1888–1893 Direktor der Rombacher Hüttenwerke Lothringen. Seit 1893 bei der Firma Krupp. Mtgl. des Direktoriums und Vors. der Direktion des Krupp-Grusonwerkes. 1919–1924 Vors. des RDI. 1920–1928 MdR (DVP).

[6] Albert Brackmann (1871–1952), Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Königsberg. 1920 Universität Marburg. 1922 Universität Berlin. 1929–1936 Generaldirektor der preußischen Staatsarchive, 1935/1936 kommissarischer Leiter des Reichsarchivs. Bis 1925 Mtgl. der DVP, dann Übertritt zur DNVP; zum »Königsberger Manifest« siehe Dok. Nr. 12, Anm. 4.

[7] Siehe Dok. Nr. 12.

[8] Clemens Thaer (1883–nach 1950), Mathematiker. 1913 Lehrbeauftragter an der Universität Greifswald. 1919/20 MdL Preußen (DVP). Seit 1920 im Schuldienst tätig.

dung eines eigenen politischen Klubs forciert werden sollen[9]*, zudem seien im Nationalen Klub zwar auch Mitglieder der DVP,* »die Zusammensetzung sei aber doch sehr einseitig deutschnational und alldeutsch«. *Er habe den Beitritt von zahlreichen DVP-Mitgliedern seinerzeit* »mit gemischten Gefühlen« *betrachtet. Die Satzungsprüfungskommission (Vors. Leidig) beanstandet die Bestimmung in der Satzung des Wahlkreisverbandes 4 (Potsdam 1–9), daß ein Delegierter zum Vertretertag des Wahlkreises mehr als eine Stimme führen kann. Der Ausschuß beschließt in diesem Sinne. Der mit der Bearbeitung der Geschichte der Nationalliberalen Partei betraute Archivdirektor Wentzcke legt einen Bericht über seine bisherige Tätigkeit vor und bittet um Unterstützung bei der Erschließung von Nachlässen der Parteimitglieder sowie von Gegnern der Partei. Hierzu werden verschiedene Hinweise gegeben. Die Anregung, sämtliche Parteidrucksachen den Abgeordneten und den Mitgliedern des Zentralvorstands unentgeltlich zu liefern, wird dem Organisationsausschuß überwiesen.*

Über die Präsidentschaftskandidatur Hindenburg[10] berichtet Garnich, die Führer der beiden Rechtsparteien, Stresemann und Hergt[11], seien bei Hindenburg gewesen, um mit ihm Rücksprache zu nehmen. Die endgültige Zusage Hindenburgs liegt noch nicht vor, es sei aber zu erwarten, daß in wenigen Tagen die Entscheidung falle. Abgeordneter Dr. Stresemann ergänzt diesen Bericht dahin, daß Hindenburg zunächst grundsätzliche Bedenken gehabt habe: einmal der Reichspräsident sei entweder eine bloße repräsentative Figur oder aber, wenn er wirklichen Einfluß ausüben wolle, so werde es ihm nicht möglich sein, etwa mit einem Reichskanzler Scheidemann und mit der heutigen Mehrheit zusammenzuarbeiten. Das dritte Bedenken war, ob er mit Wahrscheinlichkeit auf seine Wahl rechnen könne. Es sei gelungen, diese Bedenken zu beseitigen. Hindenburg habe jedoch noch in einem Punkte einen Vorbehalt gemacht, über den in etwa 10–14 Tagen die Entscheidung fallen sollte. In wenigen Tagen sei diese Frist abgelaufen. Sage Hindenburg dann zu, dann stünden wir vor der Aufgabe, die Proklamation durch einen parteipolitisch neutralen Ausschuß herauszubringen. Die ursprüngliche Absicht, schon jetzt eine Erklärung in der N.L.C. zu erlassen, um die Machenschaften der Anhänger einer Kandidatur Damaschke zu durchkreuzen[12], wird daraufhin fallengelassen und beschlossen, bis zur endgültigen Antwort Hindenburgs zu warten.

Ein Schreiben der Kölner Parteiorganisation (Sicherstellung einer allgemeinen Aussprache auf dem nächsten Parteitag) wird zur Kenntnis genommen. Benecke zu Beschwerden über das Ausbleiben der vom Berliner Wahlkreisverband angekündigten

[9] Ende 1919 wurde in Berlin (In den Zelten 21) der »Reichsklub der Deutschen Volkspartei« als Gegengewicht zu dem von der DNVP beherrschten »Nationalen Club von 1919« (dessen Präsidium seitens der DVP Brüninghaus angehörte) gegründet und am 18.1.1920 mit einer Reichsgründungsfeier offiziell eröffnet; siehe dazu auch Vermächtnis I, S. 354.

[10] Siehe Dok. Nr. 10–12.

[11] Oskar Hergt (1869–1967), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst. 1916 Regierungspräsident in Oppeln, 1917–1918 preußischer Finanzminister. 1918 Mitbegründer der DNVP, 1919–1924 ihr Vors., 1919–1923 MdL Preußen, 1920–1933 MdR (DNVP). Jan. 1927–Juni 1928 Reichsjustizminister.

[12] Siehe Dok. Nr. 12, Anm. 3.

Wochenschrift »Deutsche Freiheit«; er teilt mit, daß Verhandlungen mit dem Verlag der »Täglichen Rundschau« aufgenommen worden seien. Brüser legt einen Vertragsentwurf mit dem Dresdener Verlag Boden zur Herausgabe einer Jugendzeitung für die DVP vor. Die Angelegenheit wird dem Organisationsausschuß zur Prüfung und Erledigung überwiesen. Eine Beschwerde des Wahlkreisverbandes Bielefeld über diffamierende Äußerungen der NLC[13] *bezüglich des Aachener Kommerzienrats Delius*[14] *(»landesverräterische Handlungen«) wird von Chefredakteur Spieß zurückgewiesen. Der Geschäftsführende Ausschuß billigt die Haltung der NLC.*

Zu TOP 5 (Auswärtige Politik) schlägt Stresemann vor, das vorgesehene Referat des Legationsrats v. Rheinbaben[15] *von der Tagesordnung abzusetzen. Dem wird zugestimmt und Stresemann gebeten, kurz über die innenpolitische Lage zu sprechen.*

Herr Dr. Stresemann führte daraufhin aus: In der innerpolitischen Lage sei augenblicklich eine Spannung eingetreten, veranlaßt durch die Einigungsbestrebungen innerhalb der Sozialdemokratie. Herr Scheidemann arbeite sehr stark auf die Einigung mit den Unabhängigen hin und sei bereit, gegebenenfalls Noske zu opfern.[16] Es gäbe nun zwei Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie, die eine, die eine neue Regierung wolle, in der auch die Unabhängigen vertreten sind, die andere, deren Ziel es ist, daß die Sozialdemokratie insgesamt aus der Regierung ausscheidet und in die Opposition tritt. Hieraus ergeben sich verschiedene Komplikationen, vielleicht auch Erschütterungen im Innern, sofern Noske den Unabhängigen geopfert wird. Ein Teil der Sozialdemokratie habe zweifellos die Absicht, die neuen Wahlen bis Ende nächsten Jahres zu verschieben und bis dahin in eine gewaltige Agitation, gegebenenfalls mit Reichsgeldern, zu treten. Es ergebe sich die Frage, ob man dann nicht in eine Opposition quand même treten solle. Trotzdem müsse immer damit gerechnet werden, daß die neuen Wahlen auch überraschend kommen. Wenn andererseits die Sozialdemokratie ihrerseits in Opposition treten würde, dann käme für die Deutsche Volkspartei die Frage, ob sie sich an der Bildung einer neuen Regierung beteilige. In diesem Falle müßten wir Mitglied des bürgerlichen Blocks werden, wobei es selbstverständlich fraglich sei, ob sich ein solcher bürgerlicher Block von Gothein[17] bis von Graefe bilden lasse. Parlamentarisch käme die Frage zunächst beim Betriebsrätegesetz zur Entscheidung. Nach allem, was man bisher von der Sozialdemokratie

[13] Die NLC 46 (12.9.1919), Nr. 193 hatte Delius als »elenden Gesellen« bezeichnet und ihm vorgeworfen, er sei als Franzosenfreund ein »überzeugter Anhänger der rheinischen Republik«; siehe auch ebd., »Landesverräterei im Rheinland«, (28.5.1919), Nr. 116.

[14] Herbert Delius (* 1886), Teilhaber der Delius & Söhne Seidenstoffwebereien Bielefeld. Mtgl. des Hauptausschusses des RdI. Schatzmeister im 17. Wahlkreisverband.

[15] Werner Freiherr v. Rheinbaben (1878–1975), Marineoffizier, ab 1913 im diplomatischen Dienst, 1917–1919 im Auswärtigen Amt tätig. 1920–1930 MdR (DVP). 13. Aug.–6. Okt. 1923 StS und Chef der Reichskanzlei. 1926–1933 deutscher Völkerbundsdelegierter in Genf.

[16] Siehe dazu Wette, S. 593–606.

[17] Georg Gothein (1857–1940), Bergrat. 1894–1903 MgPrAH (Freisinnige Vereinigung), 1901–1918 MdR (Freisinnige Vereinigung/FVP), 1919–24 MdR (DDP). April–Juni 1919 Reichsschatzminister. Vorstandsmtgl. des Außenhandelsverbandes, Vors. des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

gehört habe, wolle diese keine Konzession machen.[18] Alles käme darauf an, ob die Demokratie vor der Sozialdemokratie auch hier wieder kapituliere. Vom Zentrum sei das ohne weiteres anzunehmen.

Da Herr Dr. Stresemann an der weiteren Teilnahme an der Sitzung verhindert ist, übernimmt Herr Geheimrat Garnich den Vorsitz.

In der weiteren Aussprache glaubt Herr Kempkes, daß die Einigung der Sozialdemokratie nicht so sicher sei, hingegen ist Herr Dr. Leidig der Ansicht, daß die Einigung auf dem Marsche sei. Daß Demokraten und Deutschnationale gegenwärtig in einer Regierung zusammenwirken könnten, glaubt er nicht, die Deutschnationalen seien aber doch bei der Bildung eines Bürgerrates[19] nicht zu entbehren. Im übrigen bittet Dr. Leidig die Reichstagsfraktion, in allen diesen Fragen engste Fühlung mit der Landtagsfraktion zu halten. Herr Knebel hebt hervor, daß die Gewerkschaftsbewegung immer den besten Anzeiger für die politische Bewegung bilde. Dort sei die Einigung bereits erfolgt, dadurch, daß den Unabhängigen vielfach nachgegeben sei.[20] Von den Gewerkschaften als den tragenden Elementen gehe der Druck zur Verständigung nach oben. Eine Hinausschiebung der Wahlen hält Herr Knebel nicht für wahrscheinlich. Käme bei dem Betriebsrätegesetz keine Einigung der Mehrheitsparteien zustande, dann bleibe nichts anderes übrig als aufzulösen. Herr Vögler ist gleichfalls der Ansicht, daß die verschiedenen sozialdemokratischen Gruppen zusammenlaufen. Wir könnten dieser Entwicklung mit Ruhe entgegensehen. Wenn sich Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängige vereinigten, so sei die Folge davon eine Verstärkung der kommunistischen Partei, also letzten Endes wieder eine Schwächung der Gesamtpartei. Im Falle der Notwendigkeit der Schaffung eines Bürgerblocks empfehle sich, ein reines Arbeitsministerium zu bilden. Herr Professor Leidig ist der Meinung, daß die Sozialdemokraten sich hüten werden, aus der Regierung herauszugehen. Sie werden unter allen Umständen den Regierungsapparat für die Wahlen haben wollen. Man müsse sogar damit rechnen, daß die Regierung alles Papier beschlagnahme, um den Rechtsparteien die Propaganda zu erschweren. Die politische Aussprache schließt dann.

Der Anregung von Rose, alle Eingänge sofort an den in Frage kommenden Ausschuß zu verweisen, bevor sie im Geschäftsführenden Ausschuß beraten werden und dem Antrag Garnich, Herrn Sachs, den stellvertretenden Leiter des Organisationsausschusses, in den Rechnungsausschuß zu delegieren, wird entsprochen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

[18] Die erste Lesung des Betriebsrätegesetzes hatte am 21.8.1919 in der Nationalversammlung stattgefunden, siehe VNV, Bd. 329, S. 2721 ff. (Text des Entwurfs: VNV DrS, Nr. 928); zur Haltung der SPD siehe Miller, S. 355 ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 286 ff.

[19] So in der Vorlage statt wohl richtig: »Bürgerblockes«.

[20] Zu der Entwicklung in den Freien Gewerkschaften im Herbst 1919 siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 248 ff.; Potthoff, S. 374 ff.

15.

19. Januar 1920: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/51, p. 89–104. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1. Überschrift: »Streng vertraulich! Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. Sitzung am 19. Januar 1920 in der Reichsgeschäftsstelle«.[1]

Stresemann eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15.

1. Zuwahlen. Auf Grund einer Vorberatung mit Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses legt Schütz folgende Liste für die Zuwahl in den Geschäftsführenden Ausschuß vor: Kempkes, Leidig, Benecke, Thiel, Frau Schönherr, Meyer (Herford), v. Schwabach, Cremer, Frau Dehmel, Frau v. Oheimb, Curtius, »der 12. Platz soll für Pommern freigelassen werden, da die Angelegenheit Mittelmann-Thaer noch nicht erledigt ist«.[2] *Sachs äußert Bedenken gegen die Zurückstellung der Wahl Mittelmanns, da die Prüfung der Akten ohne seine Schuld verzögert wurde. Garnich berichtet über ein Schreiben eines Vorstandsmitgliedes des Wahlkreisverbands Berlin, nach dem Benecke nicht an erster, sondern an vierter Stelle vorgeschlagen worden sei, und empfiehlt, Beneckes Stelle dem Wahlkreis vier (Reichstagswahlkreise Potsdam 1–9) zuzuweisen, der bislang noch überhaupt nicht vertreten sei. Piper äußert Bedenken, ob Frau Dehmel die Wahl annehmen werde; demgegenüber weist Frau Mende darauf hin, daß die Partei die Pflicht habe, eine so bekannte Vertreterin der Frauenbewegung hinzuzuziehen. Stresemann stellt daraufhin fest, daß die in der von Schütz verlesenen Liste aufgeführten Damen und Herren als zugewählt gelten, mit der Maßgabe, daß an Stelle von Benecke Hollmann als gewählt gilt, auch Mittelmann ist sofort zugewählt. Der Antrag von Sachs, Garnich, Piper, Rießer und Frau Mende:* »Weitere Zuwahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß sind bis nach den Neuwahlen zum Reichstag unzulässig« *wird einstimmig angenommen.*

Zu TOP 2 (Auswärtige Politik) referiert v. Rheinbaben.[3]

Abgeordneter Dr. Rießer: Er könne den Darlegungen im großen und ganzen zustimmen. Das Ziel müsse wohl eine aktive Politik sein, vorerst sei uns freilich durch die Umstände eine Politik der Resignation vorgeschrieben. Eine Bündnispolitik im früheren Stil könnten wir nicht treiben. Die Hauptsache sei zunächst die Revision des

[1] Laut der beigefügten Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Brandi, Dusche, Flathmann, Garnich, Frau Hoffmann, Knebel, Frau Mende, Piper, Freiherr v. Rheinbaben, Rießer, Rose, Sachs, Stresemann. Von der Reichsgeschäftsstelle: Kockelkorn, Schütz, Frau Schwarz, Spieß, Stocksiek, Trucksaess. Tagesordnung: 1. Zuwahlen, 2. Auswärtige Politik. Berichterstatter: Legationsrat Freiherr von Rheinbaben, 3. Aussprache über die innerpolitische Lage, 4. Verschiedenes. Am Schluß des Protokolls der Vermerk: »Für die Richtigkeit: gez. Trucksaess«.

[2] Siehe Dok. Nr. 14, TOP 4.

[3] Im Protokoll werden die Darlegungen nicht inhaltlich wiedergegeben, sondern es ist auf eine Anlage verwiesen, die jedoch dem Protokoll nicht beigegeben ist. Siehe dazu auch v. Rheinbabens Artikel »Aktive Außenpolitik. Gedanken für ein außenpolitisches Arbeitsprogramm«, NLC 46 (29. 11. 1919) sowie seine regelmäßigen »Außenpolitischen Wochenschauen« in der NLC seit Januar 1920.

Friedensvertrags. Ob eine solche Revision mit einer sozialdemokratischen Regierung erreicht werden kann, sei ihm zweifelhaft. Deshalb stimme er der Forderung der Neutralisierung der auswärtigen Politik zu, und zwar komme es seines Erachtens nicht bloß darauf an, daß es gleichgültig sein müsse, welcher Partei der Auswärtige Minister angehöre, sondern es müsse auch möglich sein, daß der Außenminister gar keiner Partei angehört. Die Fernhaltung der auswärtigen Politik von jeder Parteipolitik sei die Forderung. Dr. Rießer schließt sich auch der Auffassung an, daß die Außenpolitik nicht identisch ist mit Wirtschaftspolitik. Wohl herrschen enge Beziehungen zwischen beiden. Jeder Diplomat müsse wirtschaftliche Kenntnisse besitzen. Aber sie allein täten es auch nicht. In diesem Sinne erscheine es ihm zweifelhaft, ob die neuernannten Geschäftsträger glücklich ausgewählt seien. Hinsichtlich unseres Verhaltens gegenüber den einzelnen Staaten, insbesondere unseren Nachbarstaaten, trete er den Darlegungen des Herrn von Rheinbaben bei. Wir dürften nicht in den früheren Hauptfehler verfallen zu gackern, ohne Eier zu legen. Hinsichtlich des Völkerbundes müßten wir versuchen, als gleichberechtigte Macht entgegenzutreten. Nach Lage der Dinge würden wir wohl damit keinen Erfolg haben, aber der Versuch müßte trotzdem gemacht werden.

Geheimrat Sachs spricht im Anschluß an eine Bemerkung des Herrn von Rheinbaben zunächst über die Absplitterungsbewegung in Bayern.[4] Bei ihrer Beurteilung müsse man im Auge behalten, daß die Absplitterung auch einen Zerfall Bayerns selbst zur Folge haben würde. Die fränkischen Gebiete würden nicht ohne weiteres der oberbayerischen Parole folgen. Gegen Dr. Heim[5] sei Mißtrauen am Platz. Er habe keine kompakte Masse hinter sich. Zu den früheren Fehlern unserer Politik müsse er sagen, daß wir ab und zu auch Eier gelegt, die aber nicht ausgebrütet hätten. Wir hätten uns immer wieder auf ein anderes Ei gesetzt. Die Bülow[6]-Ära mit ihrem Grundsatz, mit der ganzen Welt gut zu stehen, müsse uns zur Warnung dienen. Eine Anlehnung sei notwendig (Rußland, Japan). Über die Ernennung der neuen Geschäftsträger sei auch er erschrocken gewesen. Herr Mayer sei eben erst vom Reichsschatzministerium freigeworden.[7] Daraus gehe hervor, daß man irgendwelche Vorbereitungen so gut wie gar nicht getroffen habe. Am meisten sei er erstaunt über die

[4] Siehe dazu Benz, S. 250ff.; Andreas Kraus, Geschichte Bayerns, München 1983, S. 659f.; zur Rolle Heims siehe ebd., S. 660ff.

[5] Georg Heim (1865–1938), Lehrer. Direktor der Landwirtschaftsgenossenschaft in Regensburg. 1898–1912, 1919–1924 MdR (Zentrum/BVP). Die BVP hatte sich Anfang Januar 1920 auf maßgebliches Betreiben Heims, der sich in Bayern für eine Koalition mit der DNVP und dem Bayerischen Bauernbund einsetzte, von der Zentrumsfraktion im Reichstag getrennt und Reichsschatzminister Mayer-Kaufbeuren aus dem Reichskabinett zurückgezogen, siehe Morsey, Zentrumspartei, S. 280ff.; zur schließlich zwischen beiden Parteien erzielten Verständigung siehe Schönhoven, S. 17–52.

[6] Bernhard v. Bülow (1849–1929), Diplomat. 1897–1900 StS des Auswärtigen Amts, 1900–1909 deutscher Reichskanzler.

[7] Der bisherige Reichsschatzminister, Wilhelm Mayer-Kaufbeuren (BVP), war Ende Januar 1920 zum deutschen Geschäftsträger in Paris ernannt worden.

Wahl des Herrn Solf[8] für Tokio.[9] Ein Amerikafreund wie Dr. Solf sei für Japan geradezu gefährlich. Zudem sei Solf dafür bekannt, daß er jedes Staatsgeheimnis weitererzähle.

Dr. Stresemann stellt zunächst fest, daß Herr Dr. Mayer enge wirtschaftliche Beziehungen nach Frankreich habe und auch in französischen Handelskreisen sehr wohl bekannt sei. Persönlich sei daher Herr Mayer für seinen Posten nicht ungeeignet. Dagegen halte auch er die Ernennung Solfs zum Botschafter in Tokio für einen großen Fehler. Mit den Ausführungen des Herrn von Rheinbaben sei er im großen und ganzen einverstanden. Allerdings müßte er davor warnen, nach Osten hin bereits jetzt schon feste Verhältnisse anzunehmen. Mit einem Anwachsen des Bolschewismus müsse immer noch gerechnet werden. Dadurch könnten aber die Dinge vollkommen geändert werden, und eine Revision des Versailler Friedens ergebe sich dann von selbst. Wir dürfen auch nicht immerfort dem Volke predigen, daß wir auf Jahrzehnte hinaus Sklaven der Entente seien; damit vertrage sich nicht die Hoffnung auf baldige Durchsetzung einer Revision der Friedensbedingungen. Auch in der Frage des Völkerbundes empfehle er eine größere Skepsis.

Geheimrat Garnich: Unsere Anhängerschaft in Berlin wolle von einem Völkerbund nichts wissen. Frau Mende teilt Berichte aus Ägypten mit, wonach dort die Bewegung gegen England wieder wachse. Dr. Stresemann mahnt zur Vorsicht gegenüber derartigen Nachrichten. Immerhin seien die Bewegungen in Ägypten und Indien jetzt ernster zu nehmen als vor dem Weltkriege, nachdem durch den Weltkrieg das Ansehen der weißen Rasse gesunken und das Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein proklamiert worden sei. In einem Schlußwort nimmt Herr von Rheinbaben zu den gegebenen Anregungen Stellung.

Dr. Piper stellt den Antrag, zu der Aussprache über innere Politik für die Nachmittagssitzung den in Berlin anwesenden Generalsekretär Rose (Hamburg) als Gast zuzulassen. Frau Mende stellt den gleichen Antrag für das anwesende Fräulein Rawengel (Koblenz). Es werden dazu grundsätzliche Bedenken geäußert, so daß beide Antragsteller ihren Antrag zurückziehen. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt im Anschluß daran, daß Anträge auf Zulassung von Parteimitgliedern zu den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses grundsätzlich abgelehnt werden, daß sich der Geschäftsführende Ausschuß aber das Recht vorbehält, zu bestimmten Fragen das eine oder andere Parteimitglied hinzuziehen.

Geheimrat Sachs bemängelt die Rechnungslegung der Reichsgeschäftsstelle bezüglich der Parteidrucksachen. Angenommen wird ein Antrag Knebel auf kostenlose Lieferung sämtlicher Parteidrucksachen an die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses sowie an diejenigen Parteimitglieder, deren Jahresbeitrag 1 000 Mark übersteigt. Eine Anregung Garnichs, Spesen für die Teilnahme an den Sitzungen des

[8] Wilhelm Solf (1862–1936), Jurist, ab 1894 in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts, 1911–1918 StS des Reichskolonialamts, Okt.–Dez. 1918 gleichzeitig StS des Auswärtigen Amts, 1920–1928 Botschafter in Tokio.

[9] Wilhelm Solf wurde im Januar 1920 zum Botschafter in Tokio ernannt; zur Berufung Solfs und zum Revirement im Auswärtigen Amt im Winter 1919/20 siehe Kurt Doß, Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 270f.

Geschäftsführenden Ausschusses zu gewähren, wird dem Rechnungsausschuß überwiesen.

Auf Wunsch des Herrn von Rheinbaben wird festgestellt, daß der Geschäftsführende Ausschuß das von ihm entwickelte Programm grundsätzlich billigt und daß diese Billigung auch im Bericht über die Sitzung zum Ausdruck gebracht wird.

Darauf tritt eine Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Beratungen führt Abgeordneter Dr. Stresemann zur innerpolitischen Lage aus: Die Mehrheitsparteien hätten die Absicht, die Wahlen so lange als möglich hinauszuschieben, vielleicht bis zum Herbst, obwohl auch Bedenken in deren eigenen Lagern vorhanden seien. Demgegenüber müßten wir bald nach dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung[10] eine größere Bewegung mit der Forderung nach Neuwahlen entfachen. Die Neuwahlen seien notwendig, weil unsere wirtschaftliche Lage gefahrdrohend geworden ist. Nur die Neuwahlen mit einem neuen Ministerium könnten uns retten. Zuverlässigen Nachrichten aus Amerika zufolge denke man dort gar nicht daran, dieser jetzigen deutschen Regierung Kredit zu bewilligen. Bei dem jetzigen Stand unserer Valuta bekommen wir also weder Lebensmittel noch Rohstoffe. Wir müssen ins Auge fassen, ob und unter welchen Bedingungen wir bereit sind, in eine auf Grund von Neuwahlen neu zu bildende Regierung einzutreten. Wir müssen aber auch ins Auge fassen, daß die Dinge keinen ruhigen Verlauf nehmen. Denn niemand vermag zu sagen, wie weit die Gefahren von links eingedämmt sind. Es ist wohl möglich, daß wir plötzlich vor der Frage stehen, die Regierung zu übernehmen, weil die Mehrheitsparteien nicht weiterkönnen. In einem solchen Falle müßten wir wohl sagen: Wir lehnen die Übernahme der Regierung ab, verlangen die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen, inzwischen soll ein Beamtenministerium, zusammengesetzt aus Fachleuten aller Parteien, die Geschäfte führen. Die Frage der Ernährung bietet weitere Schwierigkeiten.[11] Ob wir mit unseren Vorräten reichen oder ob es zu einer Katastrophe kommt, darüber gehen die Ansichten der Fachleute auseinander. Die Untätigkeit der Regierung vergrößert die Gefahr.

Zu unserem Verhalten gegenüber den anderen Parteien ist zu bemerken: Wir nehmen in die Breite zu. Die Abströmung aus dem demokratischen Lager ist groß.[12] Viele halten formell an der Demokratischen Partei fest, warten aber nur auf den Moment, zu uns herüberzukommen. Ein Mann wie Helfferich habe die Aussichten der Deutschen Volkspartei [als] relativ besser als die der Deutschnationalen bezeichnet. Die Deutsche Volkspartei würde sich mindestens verdoppeln, die Deutschnationalen nicht. Man versuche, uns von rechts und links in eine schiefe Situation zu bringen. Die Aufstellung des Industriellen von Siemens[13] in Berlin durch die Demokraten sei

[10] Die Nationalversammlung hatte sich am 18.1. auf den 26.2.1920 vertagt, siehe auch Anm. 20.

[11] Der harte Winter 1919/1920 und die katastrophale Finanzlage von Reich und Ländern hatten die ohnehin schon schwierige Ernährungslage dramatisch zugespitzt, siehe Kabinett Bauer, S. LVI ff.

[12] Die DDP mußte im Winter 1919/20 starke Mitgliederverluste hinnehmen, siehe dazu detailliert Albertin, S. 149 ff.

[13] Carl Friedrich v. Siemens (1872–1941). Vorstandsvors. der Siemens-Schuckert GmbH. Aufsichtsratsvors. der Siemens & Halske AG. 1920–1924 MdR (DDP). Siemens kandidierte bei

in dieser Beziehung bemerkenswert. Die Demokraten bemühten sich, nach allen Richtungen gute Beziehungen mit der Industrie wieder anzubahnen. Sie verleugnen alle kosmopolitischen Gedanken, so daß ein demokratischer Landaufruf mit nationalen Tönen zu erwarten sei. Auf der anderen Seite entfalteten die Deutschnationalen eine fieberhafte Tätigkeit. Sie hätten unzweifelhaft große Mittel zur Verfügung, und dazu sei der Sinn für Demagogie bei ihnen in außerordentlichem Maße ausgeprägt. Die Deutschnationalen kämpfen mit verschiedenen Mitteln. Teils mit offenen Angriffen wie der Freiherr von Freytagh-Loringhoven[14], teils sind ihre Angriffe versteckt wie die Methode des Herrn Graefe.[15] Letztere sei viel bedenklicher, weil sie die Gemüter verwirrt. Denn das Hochkommen der Konservativen in der Deutschnationalen Volkspartei ist noch nicht für jedermann sichtbar. Aber der Einfluß der Konservativen steige, das beweise die Zurückdrängung des Herrn von Delbrück[16] in Jena, des Geheimrats Semmler[17] in Breslau und auch des Herrn Traub. Auf der anderen Seite kämen Westarp[18] und der Bund der Landwirte über die Landbünde wieder hoch.[19] Unzweifelhaft bekämen wir eine Deutschnationale Volkspartei mit starkem konservativem Einschlag durchsetzt. Das bedeute auch, daß in der Deutschnationalen Volkspartei der Gedanke einer baldigen Restauration vorherrschend bleibt. Das wäre unser Unglück. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Hergt, habe mit diesen Dingen nichts zu tun. Auch er sei für Evolution, auch für eine Koalition bis einschließlich der Rechtssozialisten. Aber ob Hergt die Möglichkeit habe, seine Partei auf dieser Linie zu führen, sei sehr zu bezweifeln. Wir stünden also vor einer ungeheuren, schwierigen Situation. Es sei seine Absicht, bald die Wahlkreisvorsitzenden zu einer gemeinsamen Beratung mit dem Geschäftsfüh-

der Reichstagswahl 1920 im Wahlkreis 3 (Stadt Berlin), siehe auch Albertin/Wegner, Dok. Nr. 58. Zu den Bemühungen der DDP um Vertreter aus der Großindustrie und zum Beitrag von Siemens für die Finanzierung der Partei siehe Albertin, S. 151 ff.

[14] Axel Freiherr v. Freytagh-Loringhoven (1878–1942), seit 1917 Professor für Staats- und Völkerrecht in Breslau. Führend auf dem rechten Flügel der DNVP. MdR 1924–1942 (DNVP/NSDAP).

[15] In der »Täglichen Rundschau« vom 13.1.1920, Nr. 25, hatte Stresemann in einem gegen den Deutschnationalen v. Graefe gerichteten Artikel herausgestellt, er schrecke nicht davor zurück, »einmal im neuen Deutschland mit Sozialdemokraten [...] in einem Kabinett zusammenzusitzen«; zu der sich daraus entwickelnden intensiven publizistischen und brieflichen Auseinandersetzung um die Frage, ob der Einfluß der SPD direkt durch eine DVP und DNVP umfassende Koalitionsregierung (wie v. Graefe vorschlug) oder indirekt durch eine Regierungsbeteiligung der DVP (wie es Stresemann vorschwebte) eingedämmt werden sollte, siehe die Stellungnahmen in der NLC vom 7.1. und 29.1.1920 (Nr. 5, 24), das umfangreiche Material im NL Stresemann 220 sowie die knappe Darstellung bei Hartenstein, S. 123 f.

[16] Clemens v. Delbrück (1856–1921), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst. 1909–1916 StS des Reichsamts des Innern und Stellv. des Reichskanzlers, seit 1914 auch Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums. Okt.–Nov. 1918 Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts. MdR 1919/1920 (DNVP)

[17] Friedrich Wilhelm Semmler (1860–1931), Rittergutsbesitzer. Professor an der Technischen Hochschule Breslau, 1919–1924 MdR (DNVP).

[18] Kuno Graf Westarp (1864–1945), Jurist. 1908–1919 Oberverwaltungsgerichtsrat, 1908–1932 MdR (Konservative/DNVP/Konservative Volkspartei), 1925–1929 Fraktions- und Parteivors. der DNVP.

[19] In der DNVP gewannen im Winter 1919/20 die großagrarischen und antisemitischen Elemente wieder verstärkt an Einfluß. Zu den parteiinternen Flügelkämpfen siehe Liebe, S. 16 f., 59 f.; Striesow, S. 75 ff.; Trippe, S. 86 f.; siehe auch Dok. Nr. 16, Anm. 20.

renden Ausschuß zusammenzuberufen, um gemeinsam mit ihm zur gesamtpolitischen Lage Stellung zu nehmen.

Im Anschluß daran wird in eine Aussprache eingetreten.

Abgeordneter Dr. Rießer: Die Absicht der Regierung, die Wahlen bis zum Herbst zu verschieben, sei im vorgestrigen Seniorenkonvent zutage getreten.[20] Die Regierung will, daß die Nationalversammlung noch den Etat verabschiedet. Er habe jedoch dagegen Protest erhoben, denn die Etatberatung würde mindestens drei Monate in Anspruch nehmen. Er habe den Standpunkt vertreten, daß es durchaus genüge, wenn die Nationalversammlung für das neue Rechnungsjahr noch eine Quote bewillige, im übrigen aber die Festsetzung des neuen Etats dem neuen Reichstag überlasse.[21]

Dr. Rose: Für die Forderung nach Neuwahlen sei er immer eingetreten. Er begrüße daher die Anregung des Herrn Dr. Stresemann, daß die Partei mit allem Nachdruck diese Forderung erhebe. Es sei klar, daß in einer Koalitionsregierung nicht bloß bürgerliche Elemente sitzen könnten. Hinsichtlich eines Zusammengehens mit der Gruppe des Dr. Heim rate er zur Vorsicht. Ob es zweckmäßig sei, die Wahlkreisvorsitzenden jetzt schon zusammenzurufen, erscheine ihm zweifelhaft. Er empfehle aber, die Gedanken des Herrn Dr. Stresemann den Wahlkreisverbänden in einem Rundschreiben mitzuteilen und diesen anheimzustellen, sich schriftlich dazu zu äußern.

Abgeordneter Garnich: Es sei zweifellos, daß der nächste Wahlkampf unter schwierigeren Verhältnissen geführt werden müsse, als dies bei den letzten Wahlen der Fall war. Wir werden diesmal nicht nur nach einer Seite zu kämpfen haben. Das Vorgehen der Deutschnationalen zwinge auch uns zur Stellungnahme. Der Wahlkreis Berlin verlange dringend ein Flugblatt: »Was trennt uns von den Deutschnationalen?« Von Bedeutung seien die Nachrichten aus dem Westen über Zuzug aus Zentrumskreisen. Es liege ihm ein ausführlicher Schriftwechsel zwischen einem der Führer unserer Organisation in einem westlichen Wahlkreis und bisherigen Zentrumsanhängern vor. Die Forderung der bisherigen Zentrumsanhänger geht darauf hinaus, daß wir auf die alte sogenannte Kulturkampfeinstellung in aller Form verzichten sollten.

[20] Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10.2.1919 (RGBl. 1919, S. 169) beschränkte das Mandat der verfassunggebenden Nationalversammlung auf die Verabschiedung der künftigen Reichsverfassung und sonstiger dringender Reichsgesetze, setzte aber keinen Termin für das Ende der Legislaturperiode, wobei die WRV in Art. 180 bestimmte: »Bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags gilt die Nationalversammlung als Reichstag«. Die Frage des Wahltermins wurde nach Verabschiedung der WRV wiederholt diskutiert (siehe VNV, Bd. 328, S. 1831ff., Bd. 330, S. 2877ff., 2948ff.). Vor allem die Rechtsparteien forderten fortgesetzt Neuwahlen und warfen der Regierung vor, den Wahltermin herauszuschieben (zahlreiches Material dazu im BAK R 43 I/565). Am 3.3.1920 beantragten DVP und DNVP, die Nationalversammlung vom 1.5.1920 ab für aufgelöst zu erklären, und forderten die Reichsregierung auf, die noch ausstehenden Wahlgesetze mit größter Beschleunigung vorzulegen, siehe VNV , Bd. 341, Nr. 2286. Am 9.3. sprachen sich Reichsregierung und Mehrheitsparteien dann endgültig dafür aus, die ersten Reichstagswahlen im Herbst 1920 stattfinden zu lassen, da Wahlen vor oder während der Erntezeit unmöglich seien; zudem sei die territoriale Zugehörigkeit zahlreicher Abstimmungsgebiete ungeklärt, siehe VNV, Bd. 332, S. 4707ff. (Reichsinnenminister Koch-Weser).

[21] Siehe dazu Kabinett Bauer, Dok. Nr. 182.

Wenn die Bewegung auch nicht zu überschätzen sei, so müsse man ihr doch ernstlich Beachtung schenken.[22]

Generalsekretär Flathmann: Er habe keine Bedenken, die Wahlkreisvorsitzenden jetzt schon zusammenzurufen. Wünschenswert sei, daß sie alle Monate nach Berlin kommen. Die Parteileitung hätte ihnen nicht nur etwas zu geben, sondern von ihnen auch viel zu empfangen. Eine engere Fühlungnahme als bisher sei dringend notwendig. Die Beurteilung unserer Wahlaussichten sei schwierig, solange wir nicht wissen, was die Wahlgesetzentwürfe brächten.[23] Außerordentlich bedeutsam sei die Aufstellung des Herrn von Siemens an erster Stelle in Berlin durch die Demokraten. Die Industrie müsse das als ein außerordentliches Entgegenkommen ansehen. Zu beachten sei auch, daß gerade Herr von Siemens einer der schärfsten Gegner des Betriebsrätegesetzes gewesen sei.[24] In der Beurteilung unserer Stellung zu den Parteien schließe er sich Herrn Dr. Stresemann durchaus an. Wenn die Mehrheitsparteien gemeinsame Sache machten, dann sei es auch für uns notwendig, die Opposition zusammenzufassen, evtl. auch mit der Gruppe Heim, obwohl Heim nicht unser Freund ist. Gegen die Deutschnationalen müßten wir wohl auftreten, aber in gemäßigter Form.

Abgeordneter Dr. Stresemann: Die Deutschnationalen seien von einer mimosenhaften Empfindlichkeit. Darüber müßten wir uns klar sein, daß, wenn wir ein Flugblatt gegen die Deutschnationalen herausgeben, der Kampf sehr scharf losgehen wird.

Geheimrat Sachs: Sicherlich seien baldige Wahlen notwendig, aber vom Standpunkt der Organisation in Süddeutschland aus habe er auch nichts dagegen, wenn sie bis zum Herbst hinausgeschoben werden. Im größten Teile des Südens ist die Organisation durchaus noch in den Anfängen. Erschwert werde unser Fortschreiten im Süden vor allem dadurch, daß die Deutschnationalen in Baden, in Württemberg und in Bayern verschieden firmierten. In Württemberg nennen sie sich Bürgerpartei[25], in Bayern gar Mittelpartei.[26] Bedauerlich sei, daß sich ein namhaftes Mitglied der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Vorsitzenden der Württembergischen Bürgerpartei abfällig über die von ihm, Sachs, herbeigeführte Gründung der Deutschen Volkspartei in Württemberg ausgesprochen habe.[27] Die Agitation werde im Süden auch er-

[22] Am 23.2.1920 teilte Moldenhauer der Ortsgruppe Münster unter Bezugnahme auf seine Ausführungen auf dem Vertretertag der DVP in der Rheinprovinz am 20.2.1920 mit, daß »die Deutsche Volkspartei jede Handlung, die als Kulturkampf betrachtet werden könnte, unter allen Umständen« ablehne, sich aber »gegen eine Verquickung von Religion und Politik« wende, »wie sie heute das Zentrum immer noch betreibt«, BAK R 45 II/51, p. 155.

[23] Zu den Beratungen über das Reichswahlgesetz siehe Dok. Nr. 16, Anm. 23.

[24] Nach dem Wiedereintritt in die Weimarer Koalition (3.10.1919) hatten besonders v. Siemens und Wiederaufbauminister Geßler versucht, der SPD und dem Zentrum noch Zugeständnisse beim Betriebsrätegesetz abzuringen, siehe Albertin/Wegner, S. XIV.

[25] Siehe dazu Striesow, S. 65 f.; Trippe, S. 93 ff.

[26] Siehe Dok. Nr. 5, Anm. 133, 252, 256.

[27] Am 9.2.1920 teilte Vögler dem GA zu diesen Äußerungen von Sachs mit, der Vorsitzende der württembergischen Bürgerpartei habe ihm gegenüber betont, daß die »Bürgerpartei keine Organisation der Deutschnationalen Volkspartei sei, sondern die Zusammenfassung aller bürgerlichen Gruppen Württembergs anstrebe«; aus diesem Grunde halte er die »Gründung der Deutschen Volkspartei in Württemberg für verfehlt«, BAK R 45 II/37, p. 171. Der Landesverband Württemberg nahm am 28.2.1920 in einem scharfen Schreiben gegen diese Auffassung Vöglers Stellung, ebd., p. 179; siehe dazu auch Dok. Nr. 16.

schwert durch unsere scharfe Formulierung der Forderung des Einheitsstaates.[28] Weiter trete im Süden eine starke antisemitische Strömung zutage. Mit der Berufung der Wahlkreisvorsitzenden sei er einverstanden, notwendig sei aber auch eine Zusammenkunft der Kandidaten.

Abgeordneter Dr. Stresemann: Soviel er von Herrn Vögler, auf den Herr Sachs eben angespielt habe, gehört habe, hat sich die Bürgerpartei Herrn Vögler gegenüber bereit erklärt, uns die zweite Stelle zu überlassen. Hiervon sei wohl Herr Vögler bei seiner Beurteilung ausgegangen, des weiteren auch von der Auffassung, daß die Württembergische Bürgerpartei doch etwas anderes sei als die Deutschnationalen bei uns.

Geheimrat Garnich: Ein Hinausschieben der Wahlen sei auch für Süddeutschland mit Rücksicht auf die Zerfallsgefahr nicht angezeigt. Herr von Graefe habe in seiner Polemik in der Angelegenheit der Verschmelzung[29] geäußert: Wenn die jetzige Deutsche Volkspartei nicht wolle, dann müsse die Sache über den Kopf des Herrn Dr. Stresemann hinweg geschehen. Er sei der Meinung, daß der Geschäftsführende Ausschuß sich einmütig hinter Dr. Stresemann stellen müsse (Zustimmung!). Er schlage vor, daß das auch im Bericht über die heutige Sitzung zum Ausdruck gebracht wird. Der Ausschuß beschließt demgemäß.

Geheimrat Sachs: Der Wert des Angebots seitens der Bürgerpartei, uns die zweite Stelle einzuräumen, ist sehr problematisch. Was die Bürgerpartei selbst anbelangt, so handelt es sich dort um hochkonservative Leute. Den Anspruch, von der Bürgerpartei entsprechend gewertet zu werden, könnten wir doch nur erheben, wenn wir auch etwas hinter uns haben, das sei aber ohne Organisation nicht zu machen.

Generalsekretär Kockelkorn: Ein Flugblatt gegen die Deutschnationalen habe bereits im Entwurf vorgelegen. Die Reichsgeschäftsstelle habe aber von der Herausgabe absehen müssen, da die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen viel zu verschieden liegen. In einzelnen Wahlkreisen habe man sich geeinigt, daß man sich gegenseitig nicht bekämpfen wolle, in anderen Wahlkreisen stünden sich die beiden Parteien bereits scharf gegenüber. Es sei daher nicht möglich, ein Flugblatt, das allen Anforderungen genüge, herauszugeben. Die Reichsgeschäftsstelle wolle sich darauf beschränken, den Wahlkreisen den sachlichen Stoff zu Verfügung zu stellen, es im übrigen aber diesen selbst zu überlassen, diesen Stoff in die gewünschte Form zu gießen.

Abgeordneter Dr. Stresemann: Der Geschäftsführende Ausschuß könne diese Stellungnahme billigen (Zustimmung).

Verbandssekretär Knebel: Er halte es keineswegs für sicher, daß die Wahlen erst im Herbst stattfinden. Auch im neuen Reichstag werde eine Regierungsbildung ohne die Sozialdemokratie unmöglich sein. Sonst würde die Generalstreikidee bei den Gewerkschaften wiederum die Oberhand gewinnen. Ein Ausschluß der Mehrheits-

[28] Die DVP forderte in ihren Grundsätzen vom 19. 10. 1919 »den deutschen Einheitsstaat mit weitgehender Selbstverwaltung und Sicherung der Eigenart der einzelnen geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängenden Landschaften«, siehe Anhang, S. 1274 sowie Dok. Nr. 10, Anm. 14.

[29] Siehe dazu Anm. 15 sowie Dok. Nr. 8, Anm. 19.

sozialdemokraten würde zudem deren Radikalisierung beschleunigen. Daraus ergebe sich auch unser Verhalten. Die Gefahr von deutschnationaler Seite für die Deutsche Volkspartei sei nicht gering zu achten. Wohl spiele sich in der Partei ein scharfer Kampf zwischen dem Arbeiterflügel und den Altkonservativen ab, aber die Deutschnationalen gingen taktisch außerordentlich klug vor, dadurch, daß sie im Osten die Agrarkonservativen aufstellen, im Westen dagegen die Christlichsozialen und die gemäßigten Leute. In der Absplitterung der Gruppe Heim vom Zentrum[30] sehe er eine vorübergehende Aktion. Er warne auch vor einem Optimismus gegenüber der Abwanderung der Zentrumspartei zu uns. Die Entwicklung im Zentrum selbst sei noch nicht abgeschlossen. Stegerwald verfolge immer noch seinen Plan, aus dem Zentrum eine Arbeitnehmerpartei zu schaffen, die alles umfaßt, was nicht sozialdemokratisch ist.[31] Auch in der Koalitionsregierung müsse mit dem Zentrum gerechnet werden. Deshalb empfehle er Vorsicht bei einer etwaigen Liierung mit Dr. Heim. Frau Abgeordnete Mende: Bezüglich des Zentrums sei sie anderer Meinung. Die Abkehr von der Partei sei sehr stark, besonders auch in katholischen Frauenkreisen. Die Position Dr. Heims sei doch vielleicht stärker, als man annehme. Die Konferenz mit den Wahlkreisvorsitzenden soll nicht hinausgeschoben werden. Draußen seien lebhafte Klagen, daß die Fühlung mit der Parteileitung fehle.

Dr. Rose: Es sei auch damit zu rechnen, daß die Wahlkreisvorsitzenden nur zu einem geringen Teil kommen. Auch in der heutigen Sitzung fehlten die auswärtigen Mitglieder.[32] Zudem seien die Dinge zu sehr im Fluß, so daß es schwer sei, Direktiven zu geben. Stegerwalds Plan scheine zu wachsen, besonders, wenn die Gewerkschaften einmal Farbe bekennen. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik müßten wir noch mehr tun. Wir müßten hier auch mehr Material für unsere Wähler geben. In der Fraktion seien offenbar zwei wirtschaftspolitische Richtungen vorhanden, einmal die Richtung Dr. Hugo mit seiner Forderung der freien Wirtschaft und der Anpassung an die Weltmarktpreise, sodann die gemäßigte Richtung Dr. Stresemann. Wir müßten die Wirtschaftspolitik jetzt in den Vordergrund schieben. Auch die »Nationalliberale Correspondenz« müßte hierüber mehr Aufklärung bringen. Er bitte, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Aussprache über die Wirtschaftspolitik zu setzen. Dem wird zugestimmt. Mit Rücksicht darauf, daß auch noch andere wichtige politische Dinge vorliegen, wird die nächste Sitzung auf den 28. Januar festgesetzt.[33]

Zusammenfassend wird festgestellt, daß in dem Bericht über die heutige Sitzung zum Ausdruck gebracht wird, daß die Stellungnahme des Dr. Stresemann in seiner Presseauseinandersetzung mit Herrn von Graefe vom Geschäftsführenden Ausschuß einmütig gebilligt wird.

---

[30] Siehe Anm. 5.

[31] Die von Stegerwald und Erzberger angestrebte Umorientierung des Zentrums stieß vor allem auf dem rechten Flügel der Partei auf scharfe Kritik, siehe Morsey, Zentrumspartei, S. 285 ff., 360 ff.; Schneider, Gewerkschaften, S. 465 ff., 531 ff.

[32] Becker (Hessen), Becker (Zweibrücken), Blüher, Kuhbier, Moldenhauer, Vögler; siehe auch Dok. Nr. 14.

[33] Siehe Dok. Nr. 16.

Garnich begrüßt Frau Schwarz[34] *als neue Leiterin der Frauenabteilung. Ein Antrag Frau Mendes (Ermächtigung für den Reichsfrauenausschuß, bei Frauenkundgebungen die DVP zu vertreten) wird mit der Maßgabe angenommen, daß der Reichsfrauenausschuß sich bei politischen Aktionen zuerst mit der Parteileitung in Verbindung setzt. Garnich berichtet über einen Antrag Rießers (Entlastung der Fraktionsmitglieder in der Nationalversammlung von Rednertätigkeit während der Tagungen) und ein Schreiben der Parteibeamtenkonferenz in Halberstadt (Freistellung von vier Fraktionsmitgliedern zu agitatorischer Tätigkeit). Frau Mende teilt dazu mit, daß die Fraktion beschlossen habe, nicht permanent in allen Kommissionen mitzuarbeiten, damit* »sich die Abgeordneten soweit wie möglich rednerisch im Lande betätigen« *können. Aufgrund von Anträgen aus den Wahlkreisverbänden wird beschlossen, einen Ausschuß unter Vorsitz Moldenhauers für die freien akademischen Berufe einzusetzen. Die Frage der Ergänzung des Vorstands des Reichspresseverbandes durch ein Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses wird zurückgestellt.*

Schluß 6½ Uhr.

16.

28. Januar 1920: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/51, p. 151–170. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1. Überschrift: »Streng vertraulich! Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. Sitzung am 28. Januar 1920, 11 Uhr Vormittag in der Reichsgeschäftsstelle«.[1]

In Vertretung des Herrn Dr. Stresemann eröffnet der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Geheimrat Garnich die Sitzung. Er begrüßt zunächst die neuen in den Ausschuß eingetretenen Mitglieder[2] und schlägt dann vor, solange Herr Dr. Stresemann noch nicht anwesend ist, die Aussprache über die innere Politik vorläufig zurückzustellen und andere Punkte vorwegzunehmen. Dem wird zugestimmt.

Es wird zunächst ein Antrag des Rechnungsausschusses über die Erschließung neuer Einnahmequellen beraten. Der Rechnungsausschuß schlägt vor, daß die Reichsgeschäftsstelle neben den Beiträgen der Wahlkreisverbände auch wieder Einzelbeiträge

[34] Martha Schwarz (Berlin), Leiterin des Sekretariats des Reichsfrauenausschusses; siehe auch S. 34*, Anm. 13.

[1] Laut der dem Protokoll beigegebenen Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Frau Dehmel, Flathmann, Garnich, Hartmann, Frau Hoffmann, Hollmann, Knebel, Leidig, Frau Mende, Meyer (Herford), Mittelmann, Moldenhauer, Frau v. Oheimb, Rießer, Rose, Sachs, Frau Schönherr, Schütz, Stresemann, Thiel. Von der Reichsgeschäftsstelle: Kockelkorn, v. Rheinbaben, Schütz, Trucksaess, Stocksiek, Frau Schwarz. Beigefügt auch die Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Aussprache [vom 19.1.1920, siehe Dok. Nr. 15], über die innerpolitische Lage, 2. Verschiedenes. Am Schluß des Umdrucks der Vermerk: »Für die Richtigkeit: gez. Trucksaess«.

[2] Außer den anwesenden Leidig, Hollmann, Thiel, Frau Schönherr, Meyer (Herford), Frau Dehmel, Frau v. Oheimb, Mittelmann, waren in der Sitzung vom 19.1.1920 (siehe Dok. Nr. 15) noch Kempkes, Cremer und v. Schwabach zugewählt worden.

sammelt. Die allgemeinen Sammlungen sollen nach wie vor den Wahlkreisen vorbehalten sein. Für die Sammlungen der Reichsgeschäftsstelle soll dagegen eine Liste besonders ausgewählter Persönlichkeiten zusammengestellt werden, nachdem sich erwiesen hat, daß die lokalen Organisationen gerade von den wohlhabenden Kreisen nicht so hohe Beiträge erhalten, als sie die Parteileitung früher bekommen hat. Dadurch gehen jetzt der Partei namhafte Summen verloren. Sie zu retten ist das Ziel des Antrages. Zur näheren Begründung weist Herr Geheimrat Garnich darauf hin, daß an Beiträgen der Wahlkreisverbände im Jahre 1919 von rund 200 000 Mark insgesamt nur 50 000 Mark eingegangen sind.[3] Dabei seien die Kosten für die Reichsgeschäftsstelle und die Anforderungen der bedürftigen Wahlkreise dauernd gestiegen. Neue Einnahmen seien also dringend notwendig. Die Parteileitung erhalte erfahrungsgemäß weit höhere Beiträge als eine lokale Organisation. Wird die Heranziehung gerade der zahlungsfähigen Mitglieder ausschließlich den Wahlkreisen überlassen, so gehe dadurch der Partei viel verloren. Das könne die Parteileitung bei den hohen Anforderungen, die der Wiederaufbau in vielen Wahlkreisen an sie stellt, auf die Dauer nicht ertragen.

In der Aussprache über diesen Antrag werden zunächst von Abg. Pfarrer Meyer (Herford) Bedenken geäußert. Man müsse den Wahlkreisen die Einzelsammlungen überlassen, sonst könnten sie ihren Verpflichtungen an die Zentrale nicht nachkommen. Demgegenüber wird von anderer Seite betont, daß auch nach dem Antrag des Rechnungsausschusses keine allgemeinen Sammlungen veranstaltet werden sollen, sondern daß die Parteileitung sich nur an besonders zahlungskräftige Mitglieder wenden wolle. Es wird ferner hervorgehoben, daß die lokalen Organisationen gerade von solchen Mitgliedern nur geringe Beträge erhalten, während die Parteileitung viel mehr bekommt. Zahlreiche Beispiele liegen hierfür vor. Andererseits wird von den Herren Dr. Rose und Flathmann betont, daß die Reichsgeschäftsstelle bei ihren Sammlungen im Einverständnis mit den Wahlkreisen vorgehe und daß ein Teil, etwa ein Drittel, der erzielten Beiträge den Wahlkreisen wieder zur Verfügung gestellt werden müsse. Mit diesen beiden Ergänzungen wird der Antrag des Rechnungsausschusses angenommen.

Der Geschäftsführende Ausschuß mißbilligt die Verbreitung eines Flugblattes des Wahlkreises Berlin (Beilage zur »Täglichen Rundschau«) mit einem Spendenaufruf.

Inzwischen ist Herr Dr. Stresemann erschienen und übernimmt den Vorsitz. Abg. Dr. Stresemann macht zunächst über eine Besprechung, die eben beim Reichskanzler stattgefunden habe, Mitteilung. Gegenstand der Besprechung sei die Auslieferungsfrage gewesen.[4] Die Regierung habe an die Entente eine Note geschickt, in der sie das Auslieferungsbegehren ablehne, unter anderem unter Hinweis darauf, daß sie nie-

[3] Siehe dazu auch Dok. Nr. 6.

[4] Nach einem Schreiben Rießers an Bauer vom 28.2.1920 (BAK R 43 I/10, p. 91) sagte der Reichskanzler den Vorsitzenden von DVP und DNVP am 28.1. zu, daß, »sobald das Auslieferungsbegehren der Entente gestellt sei, unsererseits eine Denkschrift über die Verbrechen und Vergehen der Feinde während des Krieges erscheinen werde«; zur Haltung des Reichskabinetts siehe Kabinett Bauer, S. XLVIII ff. Siehe auch die folgende Anmerkung.

mand finde, der die Auslieferung der betreffenden Personen ausführt.[5] Welche Antwort auf die Note erfolgen werde, sei zweifelhaft. Italien und Amerika hätten wohl zu verstehen gegeben, daß sie Gegner der Auslieferung seien. In Frankreich und England sei die Stimmung geteilt. Man dürfe aber nicht zu optimistisch sein. Die Regierung habe nun die Bitte ausgesprochen, daß in den Versammlungen der Parteien darauf hingewirkt werde, einmal, daß man diese Frage aus den Parteistreitigkeiten herauslasse, da es sich um eine Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes handelt, sodann, daß alle Sympathietelegramme nach Holland[6] unterbleiben. Er habe darauf erwidert, daß die Deutsche Volkspartei diesen Standpunkt teile, habe aber auch darauf hingewiesen, daß in Kassel, als er dieser Tage im gleichen Sinne gesprochen habe, ein mehrheitssozialistischer Redakteur ihm entgegengetreten sei. Der Reichskanzler habe darauf erklärt, daß sämtliche sozialdemokratische Parteibeamte und Redakteure strikte Anweisung erhalten haben, gegen die Auslieferung Stellung zu nehmen. Geheimrat Kahl habe bei der Besprechung darauf hingewiesen, daß man in dieser Frage eine Einheitsfront wohl herstellen könne, wenn man die Gewißheit hätte, daß es der Regierung auch ernst mit ihrer Stellungnahme sei. Die Regierung habe darauf erklärt, sie sei tatsächlich entschlossen, die Auslieferung unter allen Umständen abzulehnen. Sie bitte aber, das in der Öffentlichkeit nicht zu betonen, vielmehr sich darauf zu beschränken, die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung ablehnt. Auf die Frage, ob eine Veröffentlichung der völkerrechtswidrigen Taten von Angehörigen der Entente erfolge, sei geantwortet worden, daß der Presse ein Auszug aus den betreffenden Akten im Augenblick der Veröffentlichung der Auslieferungsliste übergeben werden würde.[7] Herr Dr. Stresemann schlägt im Anschluß an seinen Bericht vor, daß die Wahlkreisverbände und Geschäftsstellen entsprechend unter-

[5] Der Versailler Vertrag sah in den Art. 227–230 die Auslieferung und Aburteilung derjenigen Deutschen vor, die gegen »die Gesetze und Gebräuche des Krieges« verstoßen hätten, zudem wurde Wilhelm II. »wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge« unter Anklage gestellt. Am 25.1.1920 hatte der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris, v. Lersner, dem Präsidenten der Friedenskonferenz, Millerand, in einer Note (Text: VNV DrS, Bd. 341, Nr. 2161) die nach Ansicht der Reichsregierung objektive Unmöglichkeit dargelegt, dem Auslieferungsbegehren der Entente zu entsprechen, und als Ersatz die Verfolgung von Kriegsverbrechen und -vergehen durch deutsche Justizorgane angeboten. In einer Note vom selben Tag (Text: Herbert Kraus/Gustav Rödiger (Hg.), Urkunden zum Friedensvertrag von Versailles vom 28.6.1919, Bd. 2, Berlin 1921, S. 942ff.) hatte die Reichsregierung weitergehende Garantien zur Sicherstellung der Aburteilung von Kriegsververbrechern angeboten. Bereits am 13.12.1919 hatte die Nationalversammlung einstimmig den Entwurf eines Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechern und Kriegsvergehen angenommen (VNV DrS, Bd. 340, Nr. 1741), das eine generelle Zuständigkeit des Reichsgerichts und die Anwendung der zivilen Strafprozeßordnung festschrieb, siehe RGBl. 1919, S. 2125. Am 3.2.1920 wurde von v. Lersner die aufgrund Art. 228 II des Versailler Vertrags zusammengestellte Auslieferungsliste mit 895 Namen bzw. nur mit ihrem Rang oder ihrer Dienststellung bezeichneten Personen (Text u.a.: »Deutsche Allgemeine Zeitung«, 5.2.1920, Nr. 65) übergeben; zur Haltung der Reichsregierung siehe die Erklärung Reichskanzler Bauers vor der Presse am 5.2.1920, Kabinett Bauer, Dok. Nr. 161. Siehe auch Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

[6] Wilhelm II. befand sich seit dem 10.11.1918 in den Niederlanden im Exil.

[7] Das Reichskabinett hatte in seiner Sitzung vom 3.2.1920 zwar beschlossen, »Material über die Gegenanschuldigungen« vorzubereiten, zu einer Veröffentlichung der zu diesem Zweck hergestellten Druckschrift kam es jedoch nicht, siehe Kabinett Bauer, Dok. Nr. 160, bes. Anm. 7.

richtet werden.[8] Dem wird zugestimmt. Herr Dr. Hartmann erhält die Ermächtigung, im gleichen Sinne auch die Mitglieder des Reichspresseverbandes der Deutschen Volkspartei zu informieren.

Garnich berichtet über die Bemühungen der Partei, in Berlin ein eigenes Presseorgan zu erhalten.[9] *Die Gründung einer eigenen Zeitung sei vorerst an der Verteuerung und an dem Papiermangel gescheitert. Allerdings sei es der Parteileitung gelungen, eine Annäherung an die »Vossische Zeitung« zu erreichen; Ullstein*[10]*, der Mitglied der DVP sei, habe erklärt,* »die Vossische Zeitung stehe der Deutschen Volkspartei wohlwollend gegenüber und sei bereit, in Zukunft ihre Spalten der Deutschen Volkspartei ebenso zur Verfügung zu stellen wie der Demokratischen Partei«. *Garnich fordert die führenden Abgeordneten auf, in nächster Zeit in der »Vossischen Zeitung« Artikel zu veröffentlichen. Sachs warnt vor einer Überschätzung dieser Mitteilung. Die Politik Bernhards*[11] *habe* »wohl zu einem Rückgang der Abonnentenzahl geführt, die Herr Ullstein nun durch die Deutsche Volkspartei wieder ausgleichen wolle«. *Demgegenüber hebt Stresemann hervor, daß die Motive Ullsteins für die Partei keine Rolle spielten.* »Wenn Herr Ullstein mit uns Geschäfte zu machen hofft, dann ist es nur die Anerkennung, daß die Deutsche Volkspartei wächst«. *Die Berliner Wahlkreise sollen darauf hingewiesen werden, ihre Parteinachrichten auch in der »Vossischen Zeitung« und im »Berliner Lokalanzeiger« zu veröffentlichen. Alle Wahlkreisverbände sollen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie die großen Zeitungen über wichtige Tagungen telegraphisch benachrichtigen.*

Abg. Dr. Stresemann: Der bereits in der letzten Sitzung berührten Presseauseinandersetzung zwischen Herrn von Graefe und ihm[12] sei zunächst ein privater Briefwechsel gefolgt. Herr v. Graefe weise es zurück, daß er der Deutschen Volkspartei habe schaden wollen. Er wolle vielmehr nur eine Annäherung. Dann aber, sage er weiter, müsse er unbedingt darauf bestehen, daß sofort nach Zusammentritt des neuen Reichstags eine Fraktionsgemeinschaft zwischen beiden Parteien zustande kommt; wenn die Deutsche Volkspartei sich hiergegen sträube, dann beweise sie, daß sie die Politik des Zentrums treibe. Inzwischen habe Herr von Graefe diesen Punkt auch öffentlich besprochen und vor den Wahlen bindende Abmachungen für die Zukunft, insbesondere für die Fraktionsgemeinschaft, verlangt. Auf einer Tagung in Mecklenburg habe er dann erneut behauptet, die Verschmelzung der beiden Parteien scheitere an einer Personenfrage. Dr. Stresemann weist wiederum darauf hin,

[8] Nach einer Meldung des DVP-Nachrichtenblatts (6.2.1920, Nr. 6) legten die Ortsgruppen der Partei »in vielen hundert Versammlungen in den letzten Tagen flammenden Protest gegen die Forderung der Auslieferung« ein.

[9] Die DVP verfügte in Berlin über kein eigenes Parteiorgan; zur Situation der DVP-nahen Presse und zur Pressearbeit der Partei siehe Heinz-Dietrich Fischer, Handbuch der politischen Presse in Deutschland, Düsseldorf 1982, S. 261ff., 481ff.

[10] Louis Ullstein (1863–1933), Verleger. Teilhaber der Firma Ullstein & Co. Druckerei und Zeitungsverlag, Berlin.

[11] Georg Bernhard (1875–1944), Journalist. 1906 Parteiausschluß aus der SPD, 1920–1930 Chefredakteur der »Vossischen Zeitung«, 1928–1930 MdR (DDP). 1928–1933 Honorarprofessor an der Berliner Handelshochschule. 1933 Emigration.

[12] Siehe Dok. Nr. 15, Anm. 15.

daß dieses Vorgehen des Herrn v. Graefe geeignet sei, Verwirrung in unseren Kreisen anzurichten. Deshalb erscheine es ihm ungeeignet, wenn von uns, wie es auf der kürzlichen Tagung unserer Partei in Westfalen geschehen sei[13], gerade in diesem Zeitpunkt besondere Liebesbemühungen gegenüber den Deutschnationalen an den Tag gelegt würden. Es sei ganz unmöglich, daß die Deutsche Volkspartei von der Politik der Deutschnationalen abhängig werde. Sonst hätten diejenigen recht, die uns die Existenzberechtigung abstreiten. Wer wisse denn, wie die Deutschnationale Volkspartei nach den Wahlen zusammengesetzt sein wird? Wenn wir unsere liberale Grundanschauung betonen, so sei das keine Phrase. Graf Westarp sei ein ehrenwerter Mann, aber er komme auf Grund seiner urkonservativen Weltanschauung auch in der Politik zu anderen Ergebnissen als wir. Es sei unrichtig, daß mit seinen Aufsätzen gegenüber Herrn von Graefe eine neue Epoche der Politik der Deutschen Volkspartei eingeleitet werde sollte. Aber wir können doch nicht Vogel-Strauß-Politik betreiben. Unsere Wähler haben uns ganz gewiß nicht gewählt, damit wir dauernd Opposition treiben, sondern sie verlangen von uns, daß wir, sobald die Möglichkeit dazu gegeben ist, auch eine positive Politik treiben. Daher sei die Haltung der Westfalen nicht zu verstehen. Herr Vögler selbst habe die Lösung des Zukunftsproblems nur in einem Zusammengehen mit den Mehrheitssozialdemokraten gesehen. Selbstverständlich könne es sich dabei überhaupt nur um diejenigen Sozialdemokraten handeln, die sich sachlich am Wiederaufbau beteiligen.[14] Gegenüber der Forderung Westarps, daß man mit der Sozialdemokratie nicht zusammengehen könne, habe Herr Vögler geäußert: Wohin sollte ich kommen, wenn ich nicht mit Legien zusammenarbeiten wollte? Es bestehe also ein Widerspruch zwischen den Auffassungen des Herrn Vögler und der des westfälischen Parteitags. So liegen doch die Verhältnisse nicht, daß wir alles auf die Rechtsparteien abstellen könnten. Theoretisch wäre es sogar möglich, die Demokraten auszuschließen und eine Mehrheit zu bilden mit nationalen Sozialdemokraten und nationalen Katholiken. Aber mit der Richtung Heim[15] könne nicht sicher gerechnet werden. Es wäre bedauerlich, wenn sich innerhalb der Partei auch jetzt wieder ein rechter Flügel als Kontrollinstanz bilden würde. Richtunggebend müsse für unsere Politik sein, daß wir nicht vier Jahre lang Opposition treiben können. In vier Jahren sei alles korrumpiert, wenn kein anderer Regierungskurs komme. Die Beamten würden nicht mehr bei uns bleiben, wenn wir ihnen auf die Dauer nichts bieten können. Stellten wir alles nur auf die Opposition ab, dann stünde uns schließlich das Schicksal der royalistischen Partei in Frankreich vor Augen.[16] Deshalb könne man die Zukunft der Deutschen Volkspartei nicht an den Klotz

[13] Auf einer Versammlung des GA im 18. Wahlkreis (Westfalen-Süd) in Dortmund war Vögler unter großer Zustimmung der Versammlung für eine Front der »bürgerlichen Parteien« eingetreten, »an der die deutschnationale Partei beteiligt werden müßte«, und hatte betont: »Übergriffen von rechts sei entgegenzutreten [...] ein Kampf gegen rechts sei aber zu vermeiden, da müsse ein Ausgleich gesucht werden, um die nationale Einheitsfront herzustellen«, NLC 47 (24.1.1920), Nr. 20. Stresemann kritisierte am 3.2.1920 in einem Schreiben an Vögler dessen Verhalten und die Auffassung des Wahlkreises scharf, PA NL Stresemann 203.

[14] Die SPD stand einer Regierungsbeteiligung der DVP im Frühjahr 1920 äußerst ablehnend gegenüber, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 362ff.; Hartenstein, S. 194ff.; zur Ansicht des industriellen Flügels der DVP siehe Wulf, S. 151ff.

[15] Gemeint: mit der BVP, siehe Dok. Nr. 15, Anm. 5.

[16] Aufgrund ihrer prinzipiellen Oppositionshaltung geriet die französische monarchistische Partei in der III. Republik nach 1875 in die politische Bedeutungslosigkeit.

binden, daß die Deutschnationalen unbedingt dabeisein müssen. Er habe bei der Parteibeamtenkonferenz in Halberstadt im gleichen Sinne gesprochen, ohne daß dabei irgendein Widerspruch erfolgt sei.[17] Herr Dr. Stresemann teilt zum Schluß mit, daß er beabsichtige, in absehbarer Zeit den Zentralvorstand der Partei zusammenzurufen, gegebenenfalls vorher die Wahlkreisvorsitzenden und leitenden Geschäftsführer zu einer Besprechung zu versammeln.

Abg. Professor Dr. Leidig: In den Grundgedanken stimme er mit Dr. Stresemann durchaus überein. Das Recht der Kritik im einzelnen müsse freilich zugestanden werden. Es habe aber auch ihn in Erstaunen gesetzt, was er aus Dortmund gehört habe. Die Homogenität der Partei sei in Gefahr, wenn man in Dortmund so fortfahre. Nach dem, was er gehört habe, habe es sich in Westfalen um einen Putsch der Geschäftsführer gehandelt. Ein organisches Zusammengehen mit den Deutschnationalen würde Selbstmord an uns bedeuten. Unsere Wähler wollen nicht deutschnational sein. Im täglichen parlamentarischen Leben ist auf Schritt und Tritt zu merken, wie groß der Unterschied zwischen uns und den Deutschnationalen ist. In der deutschnationalen Fraktion des [preußischen] Abgeordnetenhauses sitzen zum Teil Leute, mit denen wir niemals zusammenarbeiten könnten. Dazu komme weiter, daß sich eine scharfe und gemäßigte Opposition auf die Dauer nicht vertragen. Wir wollen die Möglichkeit, an der Sozialdemokratie nationale Erziehungsarbeit zu leisten, nicht aus der Hand geben. Wir können daher der aufs Positive gerichteten Politik des Herrn Dr. Stresemann nur zustimmen. Im einzelnen könne man vielleicht anderer Meinung sein.

Geheimrat Dr. Rose: Die Mitteilungen aus Dortmund seien unerfreulich. Unser Ziel müsse doch sein, an die Regierung zu kommen. Der Wahlkreis 5[18] würde einen etwaigen Zusammenschluß mit den Deutschnationalen nie mitmachen.

Abg. Dr. Mittelmann: Er habe mit Herrn von Graefe eine mündliche Aussprache gehabt. Er habe davon den Eindruck gewonnen, daß Herr von Graefe uns nicht schaden wolle. Herr von Graefe wolle keine Verschmelzung beider Parteien, diese würde auch von ihm unter allen Umständen abgelehnt werden. Etwas anderes aber sei die Frage, ob wir nicht mit den Deutschnationalen eine Verständigung suchen wollen. Diese Frage müsse reiflich überlegt werden. Wenn einer etwas über die manchmal recht niederträchtige Kampfesweise der Deutschnationalen erzählen könnte, so sei er es. Trotzdem müsse geprüft werden, ob es nicht möglich sei, eine gemeinsame Front bei den Wahlen zu schaffen. Es müßte freilich erreicht werden, daß sich nicht bloß die Parteiführer, sondern auch alle Funktionäre an ein entsprechendes Abkommen halten. Bei einer solchen Verständigung könnten wir auch Geld sparen. Der einfache Mann, der auf keine Partei eingeschworen sei, verstehe es sehr schwer, daß die beiden Parteien sich in der jetzigen Zeit bekämpfen (Abg. Dr. Leidig: Das tun und wollen wir nicht). Das kommt aber ganz von selber. Der Kampf kann

[17] Im Mittelpunkt der Tagung der Parteisekretäre in Halberstadt (28./29.12.1919) stand – neben dem Verhältnis zur DNVP – die Frage des Antisemitismus, siehe DVP-Nachrichtenblatt 31.12.1919, Nr. 14.

[18] Reichstagswahlkreis Potsdam 10: Stadtkreise Brandenburg/Havel, Eberswalde, Potsdam, Wittenberge; Kreise Angermünde, Jüterborg-Luckenwalde, Oberbarnim, Ostprignitz, Prenzlau, Ruppin, Templin, Westhavelland, Zauch-Belzig; frühere Stadtkreise Berlin-Lichtenberg, Spandau; frühere Kreise Niederbarnim, Osthavelland.

unterbleiben, wenn eine Verständigung versucht wird. Er würde es mißbilligen, wenn in Dortmund Worte gefallen wären, wie sie hier mitgeteilt worden seien. In dem veröffentlichen Bericht stehe freilich davon nichts. Er fasse sich dahin zusammen, daß er mit der grundsätzlichen Stellungnahme des Herrn Dr. Stresemann einverstanden sei, aber er bitte doch zu erwägen, ob es nicht möglich sei, die gegenseitige Bekämpfung zu unterlassen.

Geheimrat Sachs: Man müsse auseinanderhalten zwischen dem, was Dr. Mittelmann wolle, und dem, was die Deutschnationalen haben wollen. Letztere wünschen eine organische Fusionierung. Was Dr. Mittelmann wolle, finde wohl allseitigen Beifall. Aber bei dem anderen liege die Gefahr. Ein Beispiel dafür sei Württemberg. Dort erhalte sich hartnäckig das Gerücht, daß spätestens zu Ostern 1920 die Fusionierung erfolge. In dieser Richtung wirke vor allem Herr Fuhrmann.[19] Der Fortgang der Organisationsarbeit leide sehr darunter. Wenn diese Nachrichten irgendwelche Grundlagen hätten, so würde ein völliger Zusammenbruch unserer Partei im Süden die Folge sein. Die Fusionierung bedeute nicht eine Verbreiterung, sondern eine Verschmälerung der nationalen Front. Die Nachricht, daß Herr Delbrück in Jena nicht wieder aufgestellt werde, werfe doch ein bezeichnendes Schlaglicht auf die bei den Deutschnationalen herrschende Richtung.[20] Wir müßten einmütig hinter Dr. Stresemann treten, das erfordere das Interesse der Partei und des Vaterlandes. Wir dürften es unter keinen Umständen zu Zuständen kommen lassen, wie sie früher in der Nationalliberalen Partei vorhanden gewesen sind.[21] Der Einberufung der Wahlkreisvorsitzenden und des Zentralvorstandes stimme er zu. Inzwischen sollten wir nicht müßig sein, sondern sollten zum Gegenstoß ausholen. Unsere Wahlkreisorganisationen sollten sich rühren und die Parteileitung bei der Zurückweisung des Vorgehens des Herrn v. Graefe unterstützen.

Abg. Dr. Stresemann: Um das Vorgehen des Herrn von Graefe zu kennzeichnen, wolle er hier verlesen, was Herr von Graefe nach dem Bericht der »Deutschen Zeitung« auf einer Mecklenburger Tagung ausgeführt habe: »Die bisherigen Hindernisse waren nur eine Persönlichkeitsfrage. Stresemann hat mit seiner Haltung eine Sabotage der nationalen Front begonnen. Wir verlangen Farbe bekennen, ehrliche Mitarbeit, nicht eine erneute Demokratie mit anderem Wimpel. Wir müssen vor der Wahl erreichen, daß die Deutsche Volkspartei uns eine Fraktionsgemeinschaft zusagt. Nur so ist eine ehrliche Gemeinschaft möglich, sonst sind wir die Geprellten, denn die Juden sitzen auf der Gegenseite« (Deutsche Zeitung, 24.1.1920, Nr. 44).

[19] Paul Fuhrmann (1872–1942). Generalsekretär der NLP in Berlin. 1907–1912 MdR, 1913–1918 MgPrAH (NLP). Ab 1912 Geschäftsführer des Altnationalliberalen Reichsverbandes, führend auf dem äußerst rechten Flügel der NLP, 1917 Mitglied der Deutschen Vaterlandspartei, Dez. 1918 Eintritt in die DNVP.

[20] Clemens v. Delbrück, ehemaliger Freikonservativer, stieß in seiner Partei – nicht zuletzt aufgrund seiner konsequenten Ablehnung jeder antisemitischen Agitation – auf entschiedenen Widerstand der ehemaligen Alldeutschen und Vaterlandsparteiler. Er wurde von seinem ehemaligen Wahlkreis 36 (Thüringische Staaten) bei den Reichstagswahlen 1920 nicht mehr aufgestellt und zog nur über die Reichsliste in das Parlament ein.

[21] Zu den – nicht zuletzt durch die Gründung des »Altliberalen Reichsverbandes« unter maßgeblicher Beteiligung Fuhrmanns – im Jahr 1912 ausgelösten Flügelkämpfen in der NLP und in ihrem ZV siehe Reiß, S. 30ff.

Verbandssekretär Knebel: Es sei eine unbedingte Selbstverständlichkeit für die Partei, daß sie in Organisation und Politik den Wahlkampf selbständig führe. Unnötige Schärfe nach rechts müßte freilich unterbleiben. Das Vorgehen der Deutschnationalen sei taktisch zu verstehen: Sie haben alles Interesse daran, die Unterschiede gegen uns zu verwischen. Die christlichen Gewerkschaftssekretäre in Pommern seien bis jetzt deutschnational, weil zunächst die Deutsche Volkspartei fehlte.[22] Es sei aber nicht schwer, sie auf unsere Partei umzustellen, wenn die Kandidatenfrage geschickt gelöst wird. Würden wir aber mit den Deutschnationalen zusammengehen, so würden die Leute natürlich deutschnational bleiben. Der Gedanke einer Regierung mit den Sozialdemokraten habe nichts Abschreckendes. Im Gegenteil. Es würde damit verhütet, daß die Mehrheitssozialdemokratie zu den Unabhängigen abschwenkt.

Abg. Geheimrat Garnich: Es herrsche doch eine weitgehende Übereinstimmung darüber, daß eine Fusion für uns gar nicht diskutabel ist. Auch ein Zusammengehen bei den Wahlen könne doch, bei dem Wahlgesetz, das wir voraussichtlich bekommen[23], nicht in Frage kommen (Dr. Mittelmann: Das meine ich nicht, wir sollten nur Angriffe unterlassen). Da gehören zwei dazu. Es ist doch erwiesen, daß überall die Deutschnationalen anfangen, nicht wir. Zu dem bereits in der letzten Sitzung[24] erwähnten Briefwechsel in der Angelegenheit des Übertritts von bisherigen Zentrumsangehörigen zu unserer Partei habe er inzwischen weiteres Material erhalten. Es werde darin vorgeschlagen, daß wir einen Aufruf erlassen, um die in Betracht kommenden bisherigen Zentrumskreise zu uns heranzuziehen.

Frau von Oheimb: Bei dem Vorgehen der Deutschnationalen gegen uns handelt es sich um ein wohlüberlegtes System. Mit den Konservativen sei sehr stark zu rechnen. Die Deutschnationalen wollten von unten herauf einen Druck auf die Deutsche Volkspartei ausüben. Gegenüber dem Zentrum warnt sie vor Optimismus. Wir betonten auch den christlichen Standpunkt zu wenig. In der Frage des Antisemitismus stünden die Deutschnationalen auf demselben Standpunkt wie wir. Eine Verständigung zwischen den Führern sei notwendig, denn die Kampfesweise draußen sei unerträglich.

Generalsekretär Flathmann: Er habe Nachrichten aus Oldenburg, daß die Deutschnationalen auch dort mit denselben Mitteln arbeiten wie anderswo, nämlich mit dem Hinweis darauf, daß die Vereinigung zwischen beiden Parteien doch komme. Auch dort wirke Herr Fuhrmann in diesem Sinne. Bis zum Bekanntwerden des neuen Wahlgesetzentwurfes habe auch er auf dem Standpunkt gestanden, daß sich ein nationaler Block bilden ließe unter der Voraussetzung, daß sich auch die Regierungsparteien zu einem solchen Block zusammenschlössen. Wie die Dinge aber jetzt liegen, sei es nicht ohne weiteres sicher, daß sich unter allen Umständen ein Linksblock bildet. Das Wahlgesetz sei jedenfalls so, daß jede Partei selbständig vorgehen müsse.

---

[22] Im Wahlkreis 7 (Provinz Pommern) hatte die DVP bei den Wahlen zur Nationalversammlung 10,9 % der Stimmen erhalten (gewählt: Mittelmann), während die DNVP 23,9 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte (gewählt: Malkewitz, Jandrey, Behm).

[23] Das Reichskabinett verabschiedete das neue Reichswahlgesetz am 27.2.1920, siehe Kabinett Bauer, Dok. Nr. 174; erste Einzelheiten wurden jedoch bereits Mitte Januar 1920 bekannt (Schultheß 1920 I, S. 16); siehe auch Dok. Nr. 9, Anm. 13.

[24] Siehe Dok. Nr. 15, Anm. 22.

Auf Herrn Fuhrmann müßten wir ein aufmerksames Auge haben. Er sei ein Schädling der Rechtsparteien.

Abg. Dr. Stresemann: Um die Aussprache zu einem Abschluß zu bringen, bitte er zu entscheiden: 1. ob wir beschließen, daß der Geschäftsführende Ausschuß sich erneut gegen alle Verschmelzungsbestrebungen ausspricht[25], 2. ob wir gegenüber den Angriffen des Herrn von Graefe eine Zurückweisung erfolgen lassen, 3. ob wir an die Wahlkreisverbände das Ersuchen richten, Äußerungen wie die des Herrn von Graefe von sich aus abzuweisen.

Abg. Professor Dr. Leidig: Er habe in der letzten Zeit im ganzen Reich gesprochen, jedoch nirgends gemerkt, daß wir eine Anlehnung nötig haben. Deshalb halte er es nicht für notwendig, daß wir immer sagen, daß wir noch leben. Er sei daher gegen einen Beschluß in dieser Frage.

Abg. Geheimrat Dr. Rießer: Mit einer Erklärung, die jede Fusion ablehnt, sei er einverstanden, dagegen glaube er, man lege Herrn von Graefe viel zu viel Gewicht bei, wenn der Geschäftsführende Ausschuß gegen ihn aufgeboten werde. Hinsichtlich unserer künftigen Politik ergebe sich unsere Marschroute aus der einfachen Überlegung: Was ist schuld an unserem Elend? Daß die Sozialdemokratie die Mehrheit hat. Was ist geeignet, das zu ändern? Daß das Bürgertum bei den Wahlen und in der Regierung die Mehrheit erhält. Danach müssen wir marschieren.

Geheimrat Dr. Rose: Beschlüsse über die Selbständigkeit der Partei hätten wir schon früher mehrmals gefaßt. Ein neuer Beschluß werde nicht viel Zweck haben. Bezüglich des Herrn von Graefe schließe er sich der Auffassung des Herrn Dr. Rießer an. Zweckmäßig wäre es, wenn einzelne führende Parteimitglieder in der Presse dagegen Stellung nehmen. Notwendig sei aber, daß die Wahlkreisverbände von der Stellungnahme des Geschäftsführenden Ausschusses unterrichtet würden. Das Vorgehen des Herrn von Graefe sei taktisch zu bewerten. Deshalb müßten wir auch taktisch antworten. Die Art dieser Taktik müsse jedoch von Berlin aus vorgeschlagen werden. Im übrigen müßten wir bei der Wahlagitation in den Vordergrund schieben, daß alle bürgerlichen Parteien gemeinsam an der Zurückweisung der Sozialdemokratie mitarbeiten. Wenn wir das tun, dann würde Herr von Graefe nicht viel ausrichten können.

Abg. Dr. Stresemann: faßt das Ergebnis dahin zusammen, daß der Geschäftsführende Ausschuß der Meinung ist, gegenüber dem fortgesetzten Drängen der Deutschnationalen unsere Selbständigkeit nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch aufrechtzuerhalten, daß wir die Wahlkreisverbände von der Auffassung des Ausschusses vertraulich in Kenntnis setzen, damit auch diese ihrerseits in der Lage sind, das Auftreten deutschnationaler Agitatoren in dieser Frage entsprechend zu parieren.

Herr Dr. Stresemann bezeichnet es weiter als zweckmäßig, wenn die Wahlkreisverbände von Zeit zu Zeit über die Auffassung des Geschäftsführenden Ausschusses über die politische Lage orientiert werden. Dieser Anregung wird zugestimmt.

[25] Bereits in seiner Sitzung vom 29.6.1919 (Dok. Nr. 8) hatte sich der GA gegen eine Fusion mit der DNVP ausgesprochen.

Das neue Parteizeichen wird gebilligt. Es wird eine Kommission (Rießer, Frau v. Oheimb, Thiel) zur Beilegung von Streitigkeiten innerhalb des Wahlkreises Berlin eingesetzt. Darauf tritt eine Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erhält Abg. Geheimrat Dr. Rießer das Wort: Es erscheine ihm unerläßlich, daß der Geschäftsführende Ausschuß in der Frage des Antisemitismus erneut Stellung nehme[26], und zwar so, daß er den verschiedenen Richtungen, die sich geltend gemacht haben, Rechnung trage.[27] Er wolle nicht, daß wir mit einer neuen Erklärung an die Öffentlichkeit treten. Vielmehr soll der Beschluß nur zu Antworten auf etwaige Anfragen über die Stellungnahme der Partei dienen. Er habe im Einvernehmen mit mehreren Mitgliedern der Parteileitung einen Entwurf aufgestellt, den Geheimrat Rießer im Anschluß daran verliest. Der Entwurf wird nach kurzer Aussprache in folgender Fassung angenommen:

»Der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei hat in seiner Sitzung am 28. Januar 1920 einmütig beschlossen, die Reichsgeschäftsstelle zu beauftragen, dafür Sorge zu tragen, daß auf Anfragen, wie die Deutsche Volkspartei zum Antisemitismus stehe, folgende Antwort erteilt werde: Eine Reihe bedauerlicher Erscheinungen der letzten Zeit hat den Antisemitismus wieder aufleben lassen; insbesondere hat sich eine verhältnismäßig erhebliche Zahl von Angehörigen des Judentums im In- und Auslande an revolutionären Bestrebungen und Ausschreitungen führend beteiligt. Die Deutsche Volkspartei lehnt jede Verallgemeinerung der in solchen Fällen berechtigten Kritik als unsachlich und ungerecht ab. Ihr Programm fordert volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger; sie lehnt aber alle revolutionären und alle solchen Bestrebungen entschieden ab, die an Stelle des Bekenntnisses zum nationalen Staat und zum deutschen Volkstum ein Weltbürgertum setzen wollen, welches unser deutsches Empfinden zugunsten internationaler Auffassungen zurückdrängt. Die Partei ist ferner überzeugt, daß der sittliche und wirtschaftliche Wiederaufbau unseres Volkes nur gelingen kann, wenn wir zurückkehren zu den alten Grundsätzen von Treue, Ehrlichkeit, Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit im öffentlichen Dienst, in Handel und Wandel. Alle andersgearteten Gesinnungen bekämpft die Deutsche Volkspartei, gleichviel, von welcher Seite sie vertreten werden. Wer diesen Standpunkt teilt und unbedingt auf nationalem Boden steht, ist in den Reihen der Deutschen Volkspartei willkommen, zu welchem Glauben er sich auch bekenne. Nur ihr

[26] Siehe Dok. Nr. 11.

[27] Am 7.1.1920 hatte Rechtsanwalt Nathanson (Dresden) in einem Schreiben gegenüber Stresemann darauf hingewiesen, daß sich Parteifreunde in den letzten Wochen »mehr und mehr der radau-antisemitischen Bewegung anschließen, ohne daß die Parteileitung dem ein Hindernis gegenüberstellt«, und verlangt, daß die Partei »ganz offiziell und in breitester Öffentlichkeit« einen »Trennungsstrich zwischen sich und der antisemitischen Bewegung zieht«, PA NL Stresemann 220. In seiner Antwort vom 12.1.1920 ließ Stresemann zu den angeblichen antisemitischen Tendenzen in der Partei auf die in einigen Tageszeitungen (»Kölnische Zeitung«, »Vossische Zeitung«, »Tägliche Rundschau«) veröffentlichten Richtigstellungen verweisen. Am 28.1.1920 teilte er darüber hinaus dem Centralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mit, daß er die anwachsende antisemitische Bewegung verurteile, stellte aber gleichzeitig klar, einige »der schlimmsten agents provocateurs« für den Antisemitismus seien gerade in jüdischen Kreisen zu suchen – u.a. das »Berliner Tageblatt« –, von dem der Centralverein deutlich abrücken solle, ebd.; siehe auch Dok. Nr. 25, Anm. 12.

Programm, nicht die Auffassung einzelner Mitglieder ist für die Deutsche Volkspartei maßgebend«.[28]

Infolge Verhinderung des Herrn Dr. Stresemann übernimmt sodann Geheimrat Garnich den weiteren Vorsitz.

Es liegt ein Antrag Knebel und Thiel auf Gründung je eines selbständigen Reichsarbeiter- und Reichsangestelltenausschusses vor. In seiner Begründung des Antrags weist Thiel besonders darauf hin, daß die Werbearbeit ungünstig beeinflußt werde, wenn zu sehr die gemeinsamen Interessen hervorgekehrt würden. Der Ausschuß nimmt den Antrag an und wählt Thiel zum Vorsitzenden des Reichsangestelltenausschusses. Thiel führt hinsichtlich der Stellung der Partei zum Deutschen Arbeiterbund[29] *aus, daß bei einer Besprechung der verschiedenen Arbeitnehmerorganisationen in Leipzig unter Vorsitz von Stresemann festgelegt worden sei, allen Organisationen* »vollkommen neutral« *gegenüberzutreten.* »Einseitige Stellungnahmen einzelner Organisationen für den Deutschen Arbeiterbund«, *wie sie vorgekommen seien, sollten vermieden werden. Trucksaess teilt dazu mit, daß die Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes mit der Fassung des Leipziger Protokolls nicht einverstanden seien*[30]. *Auf Vorschlag Garnichs wird beschlossen, den Deutschen Arbeiterbund zu einer konkreten Stellungnahme zu veranlassen. Es wird dem Verlangen Thiels zugestimmt, die Organisationen im Reich* »alsbald auf die Notwendigkeit der Neutralität gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen« *hinzuweisen. Rose betont die Notwendigkeit klarer Richtlinien auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Es wird beschlossen, diesen Komplex auf einer gemeinsamen Tagung des Geschäftsführenden Ausschusses mit den Fraktionen der Preußischen Landesversammlung und der Nationalversammlung zu beraten. Frau v. Oheimb beantragt, die Frauenfragen auf die*

[28] In die gleiche Richtung weist auch die Stellungnahme der NLC vom 8.1.1920, Nr. 6. Auf der Parteibeamtenkonferenz in Halberstadt (siehe Anm. 17) »wurde darüber Klage geführt«, daß seitens der DNVP »die lächerliche Behauptung kolportiert« werde, »die Führer der Deutschen Volkspartei hätten sich gegenüber dem Centralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens verpflichtet, die Judenfrage nicht zu berühren. Weiter versucht man, führende Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei als mit dem Judentum in besonders engen und verwandtschaftlichen Beziehungen stehend zu verdächtigen«.

[29] Siehe Dok. 5, 6, 12.

[30] Während des Leipziger Parteitages hatte eine Besprechung zwischen Stresemann und Vertretern der verschiedenen Arbeitnehmerorganisationen stattgefunden, auf der festgelegt wurde, »daß die Partei den Organisationen vollkommen neutral gegenüberstehe«. Die Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes hatten dieses Protokoll jedoch noch nicht offiziell anerkannt, so daß die »Abmachung von Leipzig offiziell in der Luft schwebe«. Nach Mitteilung von Thiel war »an mehreren Stellen eine einseitige Stellungnahme der Partei für den Deutschen Arbeiterbund« erfolgt, insbesondere durch Cremer (BAK R 45 II/51, p. 166). Dem Leipziger Parteitag hatte folgende Entschließung Cremer (Dortmund), Heß (Essen), Kuhbier (Duisburg) zur Annahme vorgelegen, die jedoch nicht weiter beraten worden war: »Entgegen dem Versprechen der Regierung, volle gewerkschaftliche und politische Gesinnungsfreiheit zu gewährleisten, haben Hunderttausende von nationalen Arbeitern, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, unter einem unerhörten Gesinnungszwang zu leiden, der oft sogar in körperliche Mißhandlungen ausartet. Der Parteitag ersucht die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, in den deutschen Parlamenten dahin zu wirken, daß die Regierungen unverzüglich wirksame Schutzmaßregeln gegen den Terrorismus ergreifen und für jeden Arbeiter die volle verfassungsmäßige Koalitionsfreiheit herstellen«, Bericht Zweiter Parteitag, S. 87.

Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Sachs wird sich aufgrund seines Umzugs nach Süddeutschland besonders um den Aufbau der Parteiorganisation in Württemberg und Bayern kümmern. Zudem bittet er darum, seine Ausschußämter ruhenzulassen; für den Organisationsausschuß schlägt er Rose und Penner, für den sogenannten Irredentaausschuß Dix und Penner als stellvertretende Vorsitzende vor. Dem wird zugestimmt. Garnich teilt folgenden Antrag des Rechnungsausschusses mit: »Kein Ausschuß der Partei darf Beschlüsse fassen, welche die Partei finanziell verpflichten, ohne daß vorher der Rechnungsausschuß gehört wird«. *Der Antrag wird angenommen. Auf die Frage Leidigs nach der Kandidatenaufstellung in Breslau sowie nach den Verhältnissen in Oberschlesien und Posen wird mitgeteilt, daß die Parteiorganisation in Breslau beabsichtige, den bisherigen deutschnationalen Abgeordneten Semmler – der über einen großen Anhang in allen Kreisen der Bevölkerung verfüge – als Kandidaten aufzustellen, wenn dieser aus der DNVP austrete. In Oberschlesien seien bereits mehrere Ortsgruppen vorhanden, über die Lage in Posen sei nichts bekannt. Über die Zukunft der Partei in den abgetretenen Gebieten berät der Irredentaausschuß, der seine Arbeit bereits aufgenommen habe. Die Kommission zur Untersuchung des Falles Mittelmann-Thaer soll ihren Bericht in der nächsten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vorlegen. Mit der Prüfung des über die Gewinnung katholischer Bevölkerungskreise vorliegenden Materials wird Abg. Dr. Moldenhauer beauftragt.*

17.

4. März 1920: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/52, p. 207–233. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1. Überschrift: »Streng vertraulich. Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. Sitzung am 4. März 1920 im Reichstag«.[1]

Garnich eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 und berichtet über den Fall Benecke-Cronjäger[2] *(Auseinandersetzung um die Reihenfolge der Vorschläge des Wahlkreisverbandes Berlin für die Zuwahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß). Die mit der Untersuchung des Falles beauftragte Kommission (Rießer, Thiel, Frau v. Oheimb) hatte einen Schiedsspruch vorgeschlagen, der mit geringfügigen Änderungen gebilligt wird.*

[1] Laut der dem Protokoll beigegebenen Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Becker, Cremer, Dusche, Flathmann, Garnich, Heinze, Frau Hoffmann, Hollmann, Kempkes, Knebel, Kuhbier, Leidig, Frau Mende, Meyer (Herford), Moldenhauer, Frau v. Oheimb, Rießer, Rose, Frau Schönherr, v. Schwabach, Stresemann, Thiel, Vögler; von der Reichsgeschäftsstelle: Schütz, Trucksaess, Kockelkorn, Brüser, Frau Schwarz, Frhr. von Rheinbaben. Tagesordnung: 1. Die politische Lage, insbesondere unser Verhältnis zur Deutschnationalen Volkspartei. 2. Besprechung über eine an die Katholiken zu erlassende Kundgebung der Partei. 3. Frauenfragen. 4. Angelegenheiten Wahlkreisverband-Berlin (Fall Benecke-Cronjäger) und Wahlkreisverband Pommern (Fall Thaer-Mittelmann). 5. Verschiedenes. Am Schluß des Umdrucks der Vermerk: »Für die Richtigkeit: gez. Dr. Stresemann (Vorsitzender), gez. Trucksaess (Protokollführer)«.

[2] Siehe Dok. 14, 27.

Es wird sodann Punkt 1 der Tagesordnung: Die politische Lage, insbesondere unser Verhältnis zur Deutschnationalen Volkspartei, beraten.

Abg. Dr. Stresemann: Die Agitation der Deutschnationalen, insbesondere das Vorgehen des Abgeordneten von Graefe bilde eine Gefahr für den Bestand unserer Partei.[3] Herr von Graefe verfolge eine besondere Taktik. In seinen Versammlungen lasse er sich in der Aussprache meist vom Vorstandstisch aus interpellieren über das Verhältnis zwischen Deutschnationaler und Deutscher Volkspartei. Er führt dabei aus, daß zwischen beiden Parteien gar kein Unterschied sei, daß vielmehr lediglich der Ehrgeiz einzelner Führer der Deutschen Volkspartei die Einigung verhindert. Herr von Graefe beabsichtige damit, unsere Wähler gegen die Parteileitung aufzuputschen, um auf diese Weise sein Ziel zu erreichen. Aus allen Teilen des Reiches kommt die Aufforderung an uns, von Partei wegen dazu Stellung zu nehmen. Tun wir das nicht, dann besorgen wir die Geschäfte derjenigen, die unsere Partei kaputtschlagen wollen. Es gibt Wahlkreise, in denen man bereits anfange, die Verschmelzung in den Ortsgruppen von deutschnationaler Seite vorzubereiten. An anderen Orten wird mit gröberem Geschütz gegen die Deutsche Volkspartei gearbeitet. So werde verbreitet, die Frankfurter Judenschaft sei geschlossen zur Deutschen Volkspartei übergetreten, ferner, die Demokratie habe ihre Leute in die Deutsche Volkspartei abkommandiert, um nunmehr die Geschäfte des Judentums in der Deutschen Volkspartei zu besorgen. Die letztere Behauptung habe zuerst im »Chemnitzer Tageblatt« gestanden. Als er sich bei Herrn Hergt über derartige Dinge beschwert habe, habe ihm Hergt erwidert, man dürfe auf solchen Blödsinn doch nicht reagieren. Herr von Graefe selbst habe ihm bei einer Unterredung geantwortet: Sie können mir doch nicht verbieten, daß ich eine Zeitungsnotiz benütze.

Herr von Graefe behauptet, beide Parteien vertreten dasselbe Programm. Darauf sei zunächst zu erwidern, daß die Deutschnationalen überhaupt kein Programm besäßen.[4] Trotzdem seien eine ganze Anzahl von Unterschieden festzustellen. In

[3] Zahlreiche Wahlkreisverbände hatten sich im Februar 1920 über das Verhalten der DNVP beschwert, siehe BAK R 45 II/51, p. 151 ff. Der Generalsekretär des Wahlkreisverbandes 4 (Potsdam 1–9), Kretschmar, hatte Stresemann am 27.2.1920 auf die »ungeheure Agitation« hingewiesen, die die DNVP in seinem Wahlkreis entfalte und in der die DVP »in der widerwärtigsten Form« bekämpft werde. Gleichzeitig stellte er heraus, die Parteileitung müsse diesen »unhaltbaren Zuständen ein Ende« bereiten: »Was nützt uns letzten Endes alle mühsame Arbeit, die unter erheblichen finanziellen Opfern erfolgende Anstellung einer großen Zahl von Beamten, wenn uns in unserer Agitation die Hände gebunden sind, das heißt, wenn von hier oben angeordnet wird, daß wir die Deutschnationalen nicht bekämpfen, ja kaum erwähnen sollen. Da nutzt auch der beste Boden für unsere Partei in der Bevölkerung nichts, wenn ihr von deutschnationaler Seite folgendes täglich erzählt wird: 1. wir sind eine Judenpartei, 2. zwischen beiden Parteien bestehen keine Unterschiede, 3. die Verschmelzung stehe unmittelbar bevor (dafür wird sogar Geld gesammelt!), 4. wir wollen in die jetzige Regierung eintreten, 5. Spaltung in unserer Partei, 6. Abg. v. Graefe reist dauernd mit der Verschmelzungstheorie in unserem Wahlkreis herum, ebenso der Abg. Fuhrmann, der sich in der Zeitung stets als der ehemalige Nationalliberale bezeichnet, 7. Selbständigkeit unserer Partei ist eine Sabotage der national-bürgerlichen Einheitsfront«, BAK R 45 II/51, p. 175 f. Auf Veranlassung Stresemanns wurde dieses Schreiben vervielfältigt und an alle Mitglieder des GA versandt (ebd., p. 175).

[4] Aufgrund erheblicher interner Meinungsverschiedenheiten in zentralen Fragen konnte das endgültige Parteiprogramm der DNVP erst im Sommer 1920 erarbeitet werden. Verabschiedet wurde es dann auf dem zweiten Reichsparteitag (25./26.10.1920) in Hannover, siehe Liebe, S. 20 f.

einem Rundschreiben an die Wahlkreisvorsitzenden und Geschäftsführer, das auch den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses zugegangen sei, habe die Reichsgeschäftsstelle die wichtigsten Unterscheidungen zusammengestellt.[5] Wichtiger seien aber die Vorgänge, die sich in der Deutschnationalen Volkspartei selbst abspielen. Delbrück, Posadowsky, Düringer[6] werden zurückgedrängt, auch Herr Traub soll in seinem Wahlkreis nicht mehr aufgestellt werden. Diese Vorgänge führten in der Deutschnationalen Volkspartei zu lebhaften Auseinandersetzungen. Kardorff[7] trete gegen Westarp auf.[8] Aus diesen und anderen Vorgängen könne man schließen, daß den alten Konservativen der Gedanke nicht fernliegt, sich bald wieder als selbständige Partei aufzutun. Dann aber sei es doch das Gegebene, daß der übrigbleibende Teil der Deutschnationalen sich uns anschließe. Deshalb sei es vollkommen verfehlt, wenn wir heute an eine Verschmelzung denken würden. Dieser Zwiespalt im deutschnationalen Lager zeige sich auch in der parlamentarischen Arbeit. Im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hätte sich die Deutschnationale Volkspartei bei der Auslieferungsfrage[9] vollkommen direktionslos benommen. Führer der Reichswehr bitten um Hilfe gegen die deutschnationale Agitation. Können wir eine solche Opposition um jeden Preis mitmachen? Jetzt ist eine verantwortungslose Opposition nicht am Platze. Herr von Graefe werde von seiner Partei nicht abgeschüttelt. Wenn Eigenbrötler das gute Verhältnis zu anderen Parteien stören, dann sollte man auch den Mut haben, sie zurechtzuweisen. Herr von Graefe sagt, es müßte verhindert werden, daß eines schönen Tages die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintrete und die Deutschnationalen alleinlasse. Zu diesem Zweck mache Graefe den Vorschlag, künftig eine Fraktion der drei vereinigten nationalen Parteien zu bilden: der Deutschnationalen, der Deutschvölkischen[10] und der Deutschen Volkspartei. Das wären also dann drei Parteien. Herr von Graefe erwidert darauf, das wären nur drei Gruppen einer Fraktion, wie seinerzeit die Deutsche Fraktion[11] im alten

[5] Liegt nicht vor.

[6] Adalbert Düringer (1855–1924), Jurist. 1902–1915 Reichsgerichtsrat, 1917/1918 badischer Minister der Justiz und des Auswärtigen. 1919–1924 MdR (DNVP/DVP). Nach der Ermordung Rathenaus (Juli 1922) aus Protest gegen den wachsenden Einfluß völkischer und antisemitischer Kreise in der DNVP Übertritt zur DVP.

[7] Siegfried v. Kardorff (1873–1945), Jurist. 1901–1918 MgPrAH (Freikonservative). 1908–1920 Landrat des Kreises Lissa. Gründungsmitglied der DNVP. 1919/20 MdL Preußen (DNVP). 1920 Übertritt zur DVP. 1920–1930 MdR, 1921–1924 MdL Preußen (DVP).

[8] Siehe auch Dok. Nr. 16, Anm. 20.

[9] Siehe dazu Dok. Nr. 16, Anm. 4, 5. Den Entwurf eines »Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechern und Kriegsvergehen vom 18.12.1918« hatte Reichsjustizminister Schiffer am 26.2. der Nationalversammlung vorgelegt, siehe VNV DrS, Bd. 341, Nr. 2161. Das Gesetz wurde am 5.3.1920 von der Nationalversammlung gegen die Stimmen der DNVP angenommen, siehe VNV, Bd. 332, S. 4694ff.

[10] Die Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft innerhalb der DNVP um Henning, v. Graefe und Wulle wandte sich kompromißlos gegen jede Beteiligung an parlamentarischen Regierungen und entfaltete im Winter 1919/1920 eine radikale antisemitische Agitation, siehe Liebe, S. 25f., 61ff.

[11] Im Januar 1916 schlossen sich 12 Abgeordnete der Reichs- und Freikonservativen Partei mit 6 Mitgliedern der Wirtschaftlichen Vereinigung, 2 Abgeordneten der Deutschen Reichspartei, 5 Deutsch-Hannoveranern, 2 Abgeordneten des Bayerischen Bauernbundes und Graf v. Posadowsky zur »Deutschen Fraktion« zusammen, die aufgrund ihrer inneren Gegensätze jedoch ohne parlamentarische Bedeutung blieb.

Reichstag. Wer sich an deren Tätigkeit und Stellung erinnere, der werde jedenfalls keine Lust haben, dieses Beispiel nachzuahmen.

Nun sei die Frage, wie wir zu einer Kabinettsbildung nach den Wahlen stehen, eine rein theoretische. Wir wissen ja gar nicht, was kommt. Wir müssen daher auch eine Erklärung darüber ablehnen, was wir in drei oder noch mehr Monaten tun werden. Gewiß wäre es wünschenswert, wenn sich eine Mehrheit bildete aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei, Zentrum und Mehrheitssozialdemokraten (auf die Demokraten könne man verzichten). Ob das möglich ist, hänge in erster Linie von der Entwicklung des Zentrums ab. Fraglich sei, ob das Zentrum sich auch innerlich von Erzberger lossage.[12] Mit den Mehrheitssozialdemokraten zusammenzugehen, flöße ihm keine Furcht ein, im Gegenteil, es wäre ein sehr gewagtes Experiment, gegen die Sozialdemokraten zu regieren. Hergt habe ihm gesagt: Ihre Auseinandersetzung mit Herrn von Graefe hat soviel Gutes gehabt, daß er nun begreift, daß man nicht gegen die Sozialdemokratie regieren kann. Gewiß, sagte ich, aber Herr von Westarp hat es noch nicht begriffen. Dabei ist es doch erwiesen, daß gerade die Sozialdemokratie z. B. bei den Grenzfragen sich viel zuverlässiger in nationaler Hinsicht erwiesen hat als der Klerus des Zentrums.[13] Wenn wir einmal in die Regierung eintreten würden, dann würden wir es selbstverständlich ablehnen, das fünfte Rad am Wagen zu sein und uns mit der Rolle zu begnügen, zu allem ja und amen zu sagen. Auf keinen Fall aber können wir einen Wechsel unterschreiben, daß wir nur mit den Deutschnationalen in die Regierung eintreten. Würden wir das tun, dann wäre unsere Partei nur noch eine Farce. Darüber müssen wir uns jetzt aussprechen. Das Vorgehen des Herrn von Graefe ist unerhört. Wir haben uns mit den Deutschnationalen immer gut gestellt, haben durch unser Verhältnis im Parlament die Wirkung der Opposition verstärkt. Jetzt uns in den Rücken zu fallen, das ist wohl eher eine Sabotage der nationalen Front, wenn schon einmal Schlagworte gebraucht werden. Wir müssen daher die Situation zur Klärung bringen. Ich bin dafür, daß wir mit den Deutschnationalen in Verhandlungen eintreten, damit sie uns gegenüber endlich Farbe bekennen. Der gegenwärtige Zustand kann so nicht weitergehen. Im übrigen habe ich die Absicht, in einigen Wochen den Zentralvorstand einzuberufen, damit dieser die Richtung festlegt, in der wir zu marschieren haben.[14]

Abg. Dr. ing. Vögler: Was Herr Dr. Stresemann ausgeführt habe, könne er zum allergrößten Teil unterschreiben. Nur vermisse er, daß Dr. Stresemann nicht auf die Vorgeschichte eingegangen sei. Er könne hier ja offen sprechen, da er dafür bekannt sei, daß er für ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen eintrete.[15] In einer Sitzung der Fraktion sei von einer Seite ausgesprochen worden, daß jetzt die Zeit gekommen sei, einen Regierungsblock ohne die Deutschnationalen zu bilden. Fest

[12] Erzberger, auf den am 26. 1. 1920 ein Attentat verübt worden war, bei dem er erheblich verletzt wurde, hatte sich im Zusammenhang mit der Publikation der von seinen politischen Gegnern gestohlenen Steuerakten am 24. 2. von seinem Ministeramt beurlauben lassen; siehe dazu und zum am 19. 1. 1920 begonnenen »Erzberger-Prozeß« Epstein, S. 392ff.; Morsey, Zentrumspartei, S. 297ff.; Sabrow, S. 17f.

[13] Die separatistischen Strömungen im Rheinland und in Oberschlesien wurden auch von Kreisen des katholischen Klerus maßgeblich unterstützt, siehe Morsey, S. 246ff.; Doose, S. 242ff.

[14] Siehe Dok. Nr. 24a, b.

[15] Siehe auch Dok. Nr. 16, Anm. 13.

stehe auch, daß von seiten gewisser Zentrumskreise für denselben Gedanken gearbeitet wird. Demgegenüber könne er sich kein größeres Unglück denken als eine Regierung, an der die Deutschnationalen nicht beteiligt sind. Das wäre wiederum der Anfang vom Ende. Wie will man ohne das Menschenreservoir der Deutschnationalen, der Landwirtschaft, auskommen? Wenn wir jetzt von einer beginnenden Gesundung sprechen können, dann habe hieran den größten Erfolg, daß beide Parteien gemeinsam in der Opposition gestanden haben.

Die Mitteilungen über die Zurückdrängung von Delbrück usw. seien in der vorgebrachten Form nicht richtig. Herr Delbrück würde von den Deutschnationalen auf die Reichsliste gesetzt werden. Auch Traubs Einfluß sei keineswegs geringer geworden, im Gegenteil habe er den Eindruck, daß Herr Traub mehr und mehr die Führung erhalte. An eine Verschmelzung könne natürlich nicht mehr gedacht werden, aber er würde es für das Richtige halten, wenn wir ruhig die Erklärung abgeben, daß wir uns die Zukunft mit den Deutschnationalen denken. Er habe daher auch die Auseinandersetzung des Herrn Dr. Stresemann mit Herrn von Graefe in der Presse bedauert. Wenn wir unsere Politik mit Erfolg weiterführen wollen, dann dürfe nicht die Meinung aufkommen, daß die beiden Parteien sich bekämpfen. Auch die Deutschnationalen sehen ein, daß man mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten müsse. Freilich müßten das andere Sozialdemokraten sein als die jetzigen. Wir sollten daher nichts tun, um die Kluft zwischen uns und den Deutschnationalen zu erweitern.

Abg. Hollmann: Die Kluft würde größer werden, wenn jetzt nichts geschieht. Bei dem deutschnationalen Vorgehen gegen uns handelt es sich um Planmäßigkeit. Es ist nicht nur Herr von Graefe, der so vorgeht. Die Wirkung zeigt sich bereits darin, daß die Demokraten, die sich schon anschickten, zu uns zu kommen, wieder stutzig wurden. Bei etwaigen Verhandlungen müßte den Deutschnationalen gerade dieser Gesichtspunkt eingehend dargestellt werden, daß sie schweren Schaden im nationalen Interesse stiften, wenn sie den Demokraten über die Krise hinweghelfen. Vor wenigen Tagen habe ihn der Vorsitzende des Deutschnationalen Lehrerbundes[16] aufgesucht und den Vorschlag gemacht, daß wir uns mit dem Deutschnationalen Lehrerbunde vereinigen, um zunächst bei der Reichsschulkonferenz[17] geschlossen aufzutreten. Der Schulausschuß kam zu der Auffassung, daß es ganz unmöglich sei, uns in Kulturfragen ohne weiteres mit den Deutschnationalen zusammenzuschließen. Unsere Ablehnung habe der Vorsitzende des Deutschnationalen Lehrerbundes mit dem Vorwurf beantwortet, das sei eine Sabotierung der Einheitsfront. Unsere Orts-

[16] Der Deutschnationale Lehrerbund (Vors.: Oberstudienrat Hirsch) war im Herbst 1919 gegründet worden, siehe Rainer Bölling, Zur Entwicklung und Typologie der Lehrerorganisationen in Deutschland, in: Manfred Heinemann (Hrsg.), Der Lehrer und seine Organisation, Stuttgart 1977, S. 23–28; ders., Sozialgeschichte der deutschen Lehrer, Göttingen 1983, S. 128ff.

[17] Die Reichsschulkonferenz tagte vom 11.–19.6.1920; zu Verlauf und Ergebnissen siehe Die Reichsschulkonferenz in ihren Ergebnissen, hrsg. v. Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Leipzig 1921; Christoph Führ, Zur Schulpolitik der Weimarer Zeit, Weinheim 1970, S. 45ff.; Wolfgang Wittwer, Die Sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik, Berlin 1980, S. 102f.

gruppen im Lande leiden unter dem deutschnationalen Vorgehen, weil sie verwirrt werden. Das seien Zustände, die wir nicht länger dulden könnten.

Abg. Dr. Leidig: Die Agitation des Herrn von Graefe stelle sich in eine ganze Reihe anderer Symptome hinein. Im Preußenparlament habe die Deutsche Volkspartei von Anfang an den begründeten Eindruck gehabt, daß die Taktik der Deutschnationalen darauf hinauslaufe, uns als das Beiwägelchen der Deutschnationalen zu betrachten. Daran hat auch nichts geändert, daß Herr Hergt persönlich auf ein gutes Verhältnis zwischen beiden Fraktionen Wert legte. Er könne nicht zugeben, daß, wie das Herr Vögler behauptet habe, der liberalisierende Einfluß in der Deutschnationalen Volkspartei im Vordringen sei. Zum mindesten im preußischen Abgeordnetenhaus sei davon nichts zu merken. Das Gros der Deutschnationalen, wie es sich in den Parlamenten zeige, gehöre nicht zu uns. Auch ein großer Teil der deutschnationalen Wählerschaft sei auf voraussetzungslose und verantwortungslose Opposition eingestellt. Herr Hergt möge das Beste wollen, aber er komme nicht auf. Es sei auch nicht richtig, daß die Deutschnationalen bereit seien, in eine Regierung einzutreten, in der die Sozialdemokratie vertreten ist. Die ganze Partei sei so stark nach der anderen Seite orientiert, daß es daran nichts ändere, wenn einzelne Führer sich mal anders aussprechen. Würde die Deutschnationale Volkspartei aus ihrer verantwortungsvollen [!] Opposition einmal heraustreten, dann würde sie sich auch sofort in ihre einzelnen Bestandteile auflösen. In den nationalen Fragen freilich könnten wir an demselben Strang ziehen. Aber in unserer Wählerschaft sei nirgends Neigung vorhanden, daß wir uns mit den Deutschnationalen vereinigen. Er schließe sich daher der Auffassung des Herrn Dr. Stresemann an, daß wir von den Deutschnationalen verlangen, daß sie uns unsere Wege ziehen lassen. Die Zukunftsentwicklung denke er sich anders als Herr Vögler. Die Deutschnationalen werden sich spalten, und ein Teil wird in dauernder Opposition bleiben. Die Aufsätze des Grafen Westarp zeigten diese Entwicklung deutlich. Deshalb sei es notwendig, daß wir unsere eigene Richtung beibehalten.

Abg. Kempkes: Die Frage der Verschmelzung sei erledigt. Auch Herr Vögler stehe auf diesem Standpunkt. Darüber brauche man also nicht mehr zu reden. Eine erneute Stellungnahme zu den Beziehungen beider Parteien halte auch er bei dem Umfang, den das Auftreten der Deutschnationalen gegen uns angenommen hat, für notwendig. Der Burgfrieden könne nicht einseitig sein. In öffentlichen Versammlungen trete bereits vielfach der Kampf nach links zurück hinter den Kampf der beiden Rechtsparteien untereinander. Das könnten wir auf die Dauer nicht ertragen. Würde das andauern, dann verlören wir die Schlagkraft nach links. Deshalb sei es erwünscht, einen Weg zu finden, der das frühere freundschaftliche Verhältnis sichert.

Dr. Cremer (Dortmund): Der Erfolg bei den nächsten Wahlen gehe verloren, wenn ein Kampf zwischen den nationalen Parteien entbrennt. Beide haben ein Interesse daran, stark aus dem Wahlkampf hervorzugehen. Daher ist eine Aussprache für einen modus vivendi erwünscht, der aber auch durchgeführt werden muß. Er habe in dieser Hinsicht schlechte Erfahrungen gemacht, besonders in Mitteldeutschland, wo die Deutschnationalen in geradezu schamloser Weise sich uns gegenüber benommen hätten. Ähnliches habe er auch in Westfalen erlebt. Die deutschnationale Parteileitung habe anscheinend nicht die Absicht, diesem Treiben entgegenzutreten. Ich bin also durchaus der Meinung, daß etwas geschehen soll. Aber ich habe Zweifel, ob wir etwas erreichen. Ich bin auch nicht der Meinung, daß der Einfluß des Traubschen

Flügels wächst, im Gegenteil. Auch Hugenbergs[18] Einfluß nähme nicht zu. Hugenberg selbst habe ihm gegenüber das zum Ausdruck gebracht. Die Bedingungen des Herrn von Graefe, betreffend eine Fraktionsgemeinschaft, seien in dieser Form unannehmbar. Damit gerieten wir taktisch in das Fahrwasser der Deutschnationalen. Zudem würde die Trias des Herrn von Graefe die Deutsche Volkspartei in die Minderheit bringen. Die Deutschnationalen müßten sich selbst einmal ein Bild machen, wie sie sich eine Regierung ohne Sozialdemokratie denken. Mit dem Zentrum allein könnten die Rechtsparteien keine tragfähige Mehrheit zustande bringen. Dann aber läuft die deutschnationale Politik darauf hinaus, dauernd in der Opposition zu bleiben. Trotzdem sei die Gefahr nicht zu verkennen, wenn wir ohne die Deutschnationalen in eine Koalition hineingingen. Jedes Opfer, das wir der Koalition bringen müßten, würde dann von den Deutschnationalen gegen uns ausgebeutet werden und uns einen Rückschlag bringen. Insofern kann es uns nur angenehm sein, wenn die Deutschnationalen mit drin sind. Er sei allerdings der Meinung, daß wir uns nicht zu beeilen brauchen, in die Regierung hineinzukommen. Der Gedanke der Verschmelzung ist erledigt, denn sonst würde es mit dem Zuzug aus dem demokratischen Lager vorbei sein.[19] Es gibt tatsächlich weite Kreise, die sich der Deutschnationalen Volkspartei nicht anschließen. Die Auffassung der Westfalen ist also durchaus die, daß wir die Selbständigkeit unserer Partei zu erhalten wünschen und daß wir uns nicht in die Abhängigkeit der Deutschnationalen begeben.

Abg. Dr. Moldenhauer: Die Stellungnahme des kürzlich stattgehabten Rheinischen Parteitages[20] in dieser Frage deckt sich durchaus mit den Ausführungen des Herrn Dr. Stresemann. Niemand bei uns will eine Verschmelzung. Wir im Westen haben allerdings auch ein Interesse daran, daß wir friedlich mit der Nachbarpartei zusammenarbeiten. Ob der Weg dazu gefunden werden kann, müssen die Verhandlungen ergeben. Der Bedingung einer Fraktionsgemeinschaft können wir uns nicht unterwerfen. Aber wir dürfen uns auch nicht nach der anderen Seite festlegen. In dieser Richtung billigen wir auch nicht die Haltung der »Kölnischen Zeitung«.[21] Man kann für die Zukunft nichts versprechen.

Abg. Dr. Stresemann: Herr Dr. Vögler habe in seinen Ausführungen wohl auf eine Rede des Abg. Dr. Hugo in der Fraktion angespielt, in der dieser für die Verwirklichung eines Blocks der Mitte eingetreten sei. Er mache darauf aufmerksam, daß die Fraktion damals auf dem Standpunkt gestanden habe, dem Liebeswerben von links nicht entgegenzukommen. Er selbst habe auf gleichartige Bemühungen des Reichsministers Koch ablehnend geantwortet. Gegen die Auffassung des Herrn Vögler, daß er sich mit Herrn von Graefe nicht in die Auseinandersetzung in der Presse hätte

[18] Alfred Hugenberg (1865–1951), Jurist. 1909–1918 Vors. des Direktoriums der Firma Krupp. Seit 1916 Aufbau des sog. Hugenberg-Konzerns (Zeitungen, Nachrichten- und Anzeigenbüros, Filmunternehmen). Führer des rechten Flügels der DNVP, 1928–1933 Parteivors., Jan.–Juni 1933 Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister. 1919–1945 MdR (DNVP/NSDAP).

[19] Zu den Mitgliederverlusten der DDP im Winter 1919/1920 siehe Dok. Nr. 15, Anm. 12.

[20] Der Vertretertag der DVP in der Rheinprovinz fand am 20.2.1920 in Düsseldorf statt, siehe dazu die Berichterstattung der »Kölnischen Zeitung« vom 20. und 21.2.1920, Nr. 184, 185 sowie ebd., 1.3.1920, Nr. 206, »Eine Rede Stresemanns«.

[21] Die »Kölnische Zeitung« nahm zu dem Gedanken einer Fusionierung von DVP und DNVP eine scharf ablehnende Haltung ein, siehe bes. »Die Deutschnationalen«, 29.1.1920, Nr. 99; »Die Deutschnationalen«, 3.3.1920, Nr. 214.

einlassen sollen, bemerke er, daß es seiner Auffassung nach nicht angehe, wenn man ruhig zusehe, wir Herr von Graefe in unserer Organisation die größte Verwirrung anrichte. Er sei gleich den Vorrednern der Meinung, daß die Entwicklung der Deutschnationalen Volkspartei in anderer Richtung laufe, als wie Herr Vögler es dargestellt habe. Es sei gar nicht zu verkennen, daß der Einfluß der Konservativen wachse. Zahlreiche Belege könnten dafür beigebracht werden.

Direktor Kuhbier: Über die Frage des Eintritts in die Regierung müsse der Zentralvorstand befragt werden. Mit den Deutschnationalen sollte in einzelnen Landesteilen verhandelt werden, solange nicht vom Zentralvorstand Schritte getan seien. Es sei wünschenswert, daß wir zum Ausdruck bringen, daß wir allein gehen wollen, doch ohne Kampf gegen rechts. Wir müssen aber fordern, daß die Deutschnationalen das gleiche tun, sonst seien wir gezwungen, dagegen zu schlagen.

Generalkonsul v. Schwabach: Es sei unmöglich, daß die D.V.P. sich heute den Deutschnationalen gegenüber wegen ihres Eintritts in die Regierung binde. Die Parteileitung müsse Weisungen ins Land gehen lassen, damit die Anhänger wissen, wie sie sich den Deutschnationalen gegenüber zu stellen haben. Die D.V.P. solle nicht nach rechts liebäugeln, sondern klar zum Ausdruck bringen, daß sie eine liberale Partei sei. Dadurch sei Zuzug von links sicher.

Abg. Meyer (Herford): Stimmt den Vorrednern zu. In Frankfurt würde behauptet, die D.V.P. sei die Nachfolgerin der Fortschrittlichen Volkspartei. Wir müssen von den Deutschnationalen eine andere Kampfesweise fordern, eine Verständigung erstreben. Vielleicht sei die Parteileitung der Deutschnationalen zu bewegen, daß sie die Mitglieder der Partei in dieser Richtung beeinflußt.

Herr Thiel: Unser Ziel müsse sein: Front nach links, nach rechts freundschaftliche Haltung, ohne uns zu binden. Es gebe eine große Zahl von Deutschnationalen, die ein friedliches Verhältnis wünschen. Er stimme zu, an die deutschnationale Parteileitung heranzutreten. Unsere Mitglieder im Lande verhalten sich bisher abwartend. Nunmehr sei Klärung nötig, wie die Stellung beider Parteien werden soll.

Frau Abg. Mende: Es werde von deutschnationaler Seite zielbewußt gegen uns gearbeitet; das sei auch in der Frauenbewegung zu merken. Man mache den Frauen der D.V.P. wegen ihrer streng sachlichen Stellung zum Bunde deutscher Frauenvereine[22] vielfach einen Vorwurf.

Geheimrat Dr. Rose betont die Gefährlichkeit der deutschnationalen Agitation und stellt den Antrag, daß der Geschäftsführende Ausschuß mit der Parteileitung der Deutschnationalen offiziell verhandelt. In den gegen die Deutschnationalen gerichteten Flugblättern müsse unsere Stellungnahme begründet werden.

[22] Der Bund deutscher Frauenvereine als überparteiliche Dachorganisation der verschiedenen Frauenverbände war 1894 gegründet worden. 1920 gehörten ihm 4191 Vereine an, siehe Richard J. Evans, The Feminist Movement in Germany 1894–1933, London 1976, S. 207ff.; Barbara Greven-Aschoff, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933, Göttingen 1981, 233ff.

Dr. Cremer: In Dortmund habe niemand daran gedacht, sich mit den Deutschnationalen über eine Verschmelzung zu unterhalten[23], sondern es war nur die Absicht, die gegenseitige Bekämpfung auszuschalten.

Dr. Stresemann: Es herrscht darüber Übereinstimmung, daß wir in offener Form an die Deutschnationalen herantreten, und zwar in einem Schreiben, in dem wir darauf hinweisen, daß Mitteilungen aus dem Lande es uns notwendig erscheinen lassen, in eine Besprechung über das Verhältnis der beiden Parteien einzutreten. Es darf sich jedoch dabei um keine unverbindliche Aussprache handeln, sondern das Ziel müssen bindende Abmachungen sein.[24] Kommt es dann zu keiner Einigung, dann stehen wir vor einer neuen Situation. Er gebe aber zu erwägen, ob wir nicht heute schon den Gedanken der Fraktionsgemeinschaft in einer Kundgebung an die Öffentlichkeit abtun. Es tritt sodann eine Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird eine Beschwerde der Fraktion der Nationalversammlung gegen die Haltung Leidigs in der Frage des Reichskinogesetzes[25] *(Ablehnung jeder Zensur, Einführung einer freiwilligen Selbstkontrolle der Filmindustrie) zur Sprache gebracht. Nach längerer Aussprache wird ein Antrag Stresemanns angenommen:* »Der Geschäftsführende Ausschuß stellt fest, daß für die Haltung der Partei in der Frage der Filmzensur lediglich die Stellungnahme der Fraktionen des Reichstags und der preußischen Landesversammlung maßgebend ist. Er regt gleichzeitig an, daß der Zentralvorstand eine Entschließung über die Bekämpfung des Kinoschmutzes in Wort und Bild fassen möge«.

In der Fortsetzung der Tagesordnung bringt der Abg. Garnich zur Sprache, daß die Preußenfraktion demnächst bei der preußischen Verfassung[26] vor einer wichtigen Entscheidung hinsichtlich der Staatsform stehe. In dem § 1 des Verfassungsentwurfs heiße es: »Preußen ist eine Republik und ein Glied des Deutschen Reiches«. Wie soll sich die Fraktion dazu stellen? In der Fraktion bestünden zwei verschiedene Meinungen. Die eine Meinung gehe dahin, daß man aufgrund der Bestimmung der

[23] Siehe Dok. Nr. 16, Anm. 13.

[24] In einem vertraulichen Rundschreiben an die Wahlkreisvorsitzenden und sämtliche Geschäftsführer vom 11.3.1920 teilte die Reichsgeschäftsstelle (gez. Stresemann, Schütz) mit, der GA habe sich »einmütig« auf den Standpunkt gestellt, daß »eine gegenseitige Bekämpfung der beiden Parteien bei den bevorstehenden Wahlen der nationalen Sache außerordentlich schaden würde [...] Der Gedanke der Verschmelzung ist nach der einmütigen Ansicht des Geschäftsführenden Ausschusses endgültig einmütig abgetan«, BAK R 45 II/52, p. 235 f.

[25] Das Reichskabinett hatte am 15.12.1919 und am 11.1.1920 über einen »Gesetzentwurf zur Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele« beraten, siehe Kabinett Bauer, Dok. Nr. 131, 142. Die Nationalversammlung nahm das Gesetz am 15.4.1920 an, siehe Heilfron, Bd. 7, S. 309 ff. In einem Schreiben an den GA hatte der Fraktionsvorsitzende Heinze dazu herausgestellt, Leidig als der Leiter der wirtschaftspolitischen Organisation der deutschen Filmindustrie habe »in öffentlicher Versammlung zum Entwurf eines Reichskinogesetzes eine die Interessen lediglich der beteiligten Industriellen einseitig vertretende Stellung eingenommen«, die »im Gegensatz zu der ganzen ethischen Auffassung« der Partei stehe und den GA aufgefordert, die »Stellungnahme seines Mitglieds ausdrücklich zu mißbilligen«.

[26] Die preußische Regierung hatte den Verfassungsentwurf der preußischen Landesversammlung, in der die DVP mit 23 Abgeordneten vertreten war, am 25.2.1920 zugeleitet; zum Verlauf der ersten Lesung siehe Möller, S. 114 ff.

Reichsverfassung, wonach jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben müsse[27], die betreffende Fassung annehmen müsse. Die zweite Meinung sehe darin einen Widerspruch mit dem monarchischen Prinzip unserer Partei.[28] Er halte es für zweckmäßig, daß auch der Geschäftsführende Ausschuß zu dieser Frage Stellung nehme.

Abg. Dr. Heinze: Die erste Ansicht habe die logische Konsequenz für sich, die zweite entspreche aber mehr der Haltung unserer Partei. Er halte den zweiten Weg für besser.

Direktor Kuhbier: Er schließe sich dieser Auffassung an. Die Deutsche Volkspartei dürfe in Preußen die Republik nicht sanktionieren.

Abg. Dr. Moldenhauer: Wenn man den zweiten Weg gehe, dann käme die Sache doch nur auf eine Demonstration hinaus. Stelle man sich auf den legitimistischen Standpunkt, dann könne man auch nichts mehr gegen ein Königreich Hannover einwenden. Die Stellungnahme habe auch Konsequenzen für Sachsen, Hessen, usw.

Abg. Dr. Leidig: Die Reichsverfassung schreibt uns eine freistaatliche Verfassung vor. Die betreffende Bestimmung des preußischen Verfassungsentwurfes sei nur eine logische Folgerung aus dem augenblicklichen Rechtszustand. Einigkeit bestehe in der Fraktion darüber, daß uns dieser Paragraph nicht hindern dürfe, für die Verfassung zu stimmen. Wir haben ja auch für die Notverfassung gestimmt[29], in der gleichfalls das Wort Republik steht.

Abg. Dr. Heinze: Die Ausführung des Herrn Dr. Leidig hätten logisch viel für sich. Aber die Frage müsse auch politisch betrachtet werden. Wir wollen es den Einzelstaaten überlassen, wie sie sich konstituieren. Wir haben den monarchischen Gedanken auf unser Programm geschrieben. Daher sei es dringend zu wünschen, daß auch die Preußenfraktion dem Rechnung trage. Werde in Preußen die Republik verfassungsgemäß festgelegt, dann werde der monarchische Gedanke in ganz Deutschland geschwächt. Es würde Verwirrung in unseren Reihen entstehen. Kämen freilich Zugeständnisse anderer Art heraus und komme es nur auf die Stimmen der Deutschen Volkspartei an, dann wäre eine neue Situation gegeben.

Dr. Cremer: Durch die Reichsverfassung dürfe keine Änderung unserer Anschauung gegeben sein. Der monarchische Gedanke marschiere. Mit logischen Gründen kommen wir nicht weit. Er würde es bedauern, wenn die Fraktion für die Republik stimmen würde.

Abg. Kempkes: Die Logik sei richtig, aber hier sei sie schädlich. Wir müßten uns vor den Vorwürfen hüten, daß wir in der Frage der Monarchie unzuverlässig sind.

---

[27] Die WRV sah in Art. 17 I, 1 vor: »Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben«.

[28] Die »Grundsätze der DVP« bestimmten in Punkt 3: »Die Deutsche Volkspartei erblickt in dem durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem Wege aufzurichtenden Kaisertum, dem Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignetste Staatsform«, Anhang, S. 1274.

[29] Das Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20.3.1919 (Text: UuF, Bd. 3, S. 93) legte in § 1 II fest: »Sie [die verfassunggebende preußische Landesversammlung] hat die künftige Verfassung der Republik Preußen als Gliedstaat des Deutschen Reiches festzustellen und Gesetze, die keinen Aufschub dulden, zu erlassen«.

Geheimrat Dr. Rose: Soll an der Spitze der Länder ein Vizekönig oder ein Staatspräsident stehen? Steht man auf dem ersten Standpunkt, so müsse man den § 1 ablehnen, vom zweiten Standpunkt aus dürfe man den § 1 nicht beanstanden. Er stehe auf dem zweiten Standpunkt, aber er verkenne nicht, daß auch die taktische Seite Bedeutung hat.

Abg. Dr. Stresemann: Er habe die allergrößten Bedenken, daß die Preußenfraktion diesem Paragraphen zustimme. Sofern sie unter Umständen für das Ganze stimmt, so müßte sie doch in einer programmatischen Erklärung ihre Stellungnahme festhalten. Wir als Deutsche Volkspartei können an die Reichsverfassung nicht gebunden sein. Man müsse auch daran denken, wenn das Reich einmal zerfalle, dann bleibe uns wenigstens Preußen. Auch von diesem Gesichtspunkt aus müsse man an die Frage herangehen.

Abg. Dr. Leidig: Die Stellungnahme der »Frankfurter Zeitung« gegen den Verfassungsentwurf[30] beweise, daß die Verfassung in unserem Sinne doch viel Gutes habe.

Abg. Hollmann: Der Weg zu einem Volkskönigtum gehe vielleicht überhaupt nur durch die preußische Monarchie. Man müsse auch die Rückwirkung auf den ganzen Komplex der Ostfragen im Auge haben.

Abg. Dr. Stresemann faßt die Meinung des Geschäftsführenden Ausschusses dahin zusammen, daß die Preußenfraktion zunächst versuchen soll, eine andere Fassung durchzubringen. Werde diese Fassung abgelehnt, dann solle die Fraktion ihre Stellungnahme von etwaigen Zugeständnissen und Verbesserungen abhängig machen. Sie könne dann in Ruhe überlegen, ob sie schließlich für das Ganze unter ausdrücklicher Verwahrung gegen § 1 stimmen solle.[31] Der Anregung, die Frage zu gegebener Zeit doch einmal in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen durchzusprechen, trete er bei.

Es wird sodann die Aussprache über unser Verhältnis zur Deutschnationalen Volkspartei fortgesetzt. Es wird beschlossen, der Deutschnationalen Volkspartei Verhandlungen vorzuschlagen, zu denen von beiden Parteien je fünf Herren sowie die beiderseitigen Hauptgeschäftsführer entsandt werden sollen. Vom Geschäftsführenden Ausschuß werden für die Deutsche Volkspartei folgende Mitglieder bestimmt: Dr. Stresemann, Geheimrat Garnich, Dr. Cremer, Verbandssekretär Knebel und Frau Mende. Einmütigkeit herrscht darüber, daß der Gedanke der Verschmelzung der beiden Parteien außerhalb jeder Diskussion stehe.[32]

---

[30] Die »Frankfurter Zeitung« (Nr. 166) hatte in ihrem Leitartikel vom 2.3.1920 den preußischen Verfassungsentwurf als eine »Sammlung von Paragraphen, die in ihrer ängstlichen subalternen Geistlosigkeit nur als peinlich empfunden werden kann«, bezeichnet und resümiert, der Entwurf sei »eine der faulsten Früchte der unnatürlichen Kreuzung eines sozialdemokratischen Ministers mit bürokratischer Engherzigkeit und altpreußischem Zentralismus«.

[31] DVP und USPD stimmten mit den Koalitionsparteien SPD, DDP und Zentrum schließlich in der Schlußabstimmung des 30.11.1920 für die preußische Verfassung (einschließlich des § 1); abgelehnt wurde sie von der DNVP und der »Unabhängigen Linken«, die sich von der USPD abgespalten hatte.

[32] Am 8.3.1920 forderte Generalsekretär Schütz die Parteileitung der DNVP zu einer »eingehenden Aussprache« auf, »mit dem Ziel, bindende Abmachungen« zwischen beiden Parteien festzulegen, »für deren Innehaltung bis hinab zum letzten Vertrauensmann beide Parteileitungen sich einsetzen müßten«. Am 12.3.1920 begrüßte v. Lindeiner-Wildau, der Hauptgeschäftsführer

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Besprechung über eine an die Katholiken zu erlassende Kundgebung der Partei[33] berichtet Abg. Professor Dr. Moldenhauer. Die Frage sei akut geworden durch die starke Absplitterungsbewegung im Zentrum infolge der Politik der Zentrumspartei unter Führung Erzbergers. Wie weit die Absplitterungsbestrebungen gehen, sei nicht fest zu umreißen. Sicher aber sei, daß man in weiten bisher dem Zentrum zugehörigen Kreisen im höchsten Maße unzufrieden sei. Im allgemeinen sei ein gewisser Skeptizismus angebracht. Aber es gäbe doch Kreise, die schwankend geworden seien. Nun sei aus diesen Kreisen an uns die Bitte gerichtet worden, wir möchten in einer Kundgebung die Zweifel verscheuchen, die manche Katholiken von uns abhalten. Wir sollten insbesondere sagen, daß wir für einen neuen Kulturkampf nicht zu haben seien und daß wir auch an der christlichen Schule festhalten.[34] Weiter sollten wir die sogenannten Paritätsschmerzen[35] als berechtigt anerkennen und uns dafür aussprechen, daß bei der Stellenvergebung unter den Tüchtigen paritätisch entschieden werde. Er habe sich bereits auf der Rheinischen Parteitagung in Düsseldorf dazu geäußert und habe dabei diesen Forderungen Rechnung getragen. Darob sei die Zentrumspresse in große Erregung geraten und habe der Deutschen Volkspartei vorgeworfen, sie wolle ihre kulturkämpferische Vergangenheit verleugnen, sie trete außerdem für die Simultanschule ein. Sollen wir nun von der Parteileitung aus zu dieser Frage Stellung nehmen? Es sei dabei vielleicht zu bedenken, daß man eine solche Kundgebung uns falsch auslegt. Er halte sie aber trotzdem für zweckmäßig und schlage folgende Formulierung vor:

»Auf vielfache Anfragen katholischer Parteifreunde, insbesondere aus dem Westen, erklärt der Geschäftsführende Ausschuß: 1. Die Deutsche Volkspartei betrachtet es als eine ihrer schönsten Aufgaben, den Streit der christlichen Glaubensbekenntnisse aus dem politischen Leben auszuschalten. Sie achtet die ehrliche Überzeugung und verachtet jegliche Art von Gewissenszwang, ganz besonders auf religiösem Gebiet. 2. Die Deutsche Volkspartei hat in ihrem Programm erklärt, daß sie im Christentum einen Grundpfeiler der deutschen Kultur erblickt, sie hält fest an der christlichen Erziehung der Jugend, demnach auch an der christlichen Schule. 3. Die Deutsche Volkspartei bekämpft jede Verquickung von Religion und Politik, sie verlangt insbesondere, daß die Beamten nach der Tüchtigkeit, nicht nach ihrer Parteizugehörigkeit oder ihrem Glaubensbekenntnis ausgewählt werden. Sie wünscht aber andererseits, daß bei der Besetzung der Stellungen der erforderliche Takt gewahrt wird und nicht einem Landesteil ausschließlich Beamte des anderen Bekenntnisses zugewiesen werden«.

An der Aussprache hierüber beteiligen sich die Herren Knebel, Kuhbier, Hollmann, Kempkes, Dr. Becker, Garnich, Dr. Stresemann. Alle Redner sind sich darüber einig, daß der Erfolg der Kundgebung kein großer sein wird. Es herrscht auch Überein-

der DNVP, diese »Gelegenheit zu einer klärenden Aussprache«, BAK R 45 II/52, p. 239ff.; siehe auch Anm. 24.

[33] Siehe auch Dok. Nr. 15, Anm. 22.

[34] Die DVP sprach sich in ihrem Schulprogramm für eine »nationale Einheitsschule« auf christlicher Grundlage aus, siehe Dok. Nr. 10 sowie Otto Boelitz, Die Kulturpolitik im Programm der Deutschen Volkspartei, Berlin 1919, S. 11.

[35] Gemeint: die nicht gleichberechtigte Behandlung von Katholiken bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern.

stimmung darüber, daß die Gewinnung der unzufriedenen Zentrumskreise Aufgabe derjenigen Wahlkreise ist, in denen die Absplitterungsbewegung lebendig ist. Schließlich wird beschlossen, die Formulierung des Herrn Dr. Moldenhauer in der Form anzunehmen, daß sie den Wahlkreisen mitgeteilt wird mit dem Anheimgeben, je nach Zweckmäßigkeit davon öffentlich Gebrauch zu machen.

Rose berichtet über die Verhandlungen der Schlichtungskommission (Rose, Sachs, Hartmann) zur Angelegenheit Mittelmann-Thaer (Antrag des Landesausschusses Pommern auf Ausschluß Thaers aus der Fraktion der preußischen Landesversammlung[36]*). Auf Antrag Kempkes' wird beschlossen:* »1. daß der Geschäftsführende Ausschuß seinerseits nicht in der Lage ist, irgendwelche Machtmittel gegenüber Dr. Thaer anzuwenden, 2. daß der Geschäftsführende Ausschuß aufgrund der Sachlage der Meinung ist, daß Herr Thaer zwar im guten Glauben gewesen ist, daß er aber formell und sachlich alle Grenzen überschritten hat und daß er daher Herrn Dr. Mittelmann eine Genugtuung schuldig ist, 3. Herr Kempkes wird beauftragt, durch entsprechende Verhandlungen in diesem Sinne die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen«. *Die nächste Sitzung des Zentralvorstands wird auf den 18.4.1920 anberaumt.*[37] *Die Anregung Kuhbiers, wirtschaftspolitische Fragen zu gegebener Zeit auf einer gesonderten Tagung zu beraten, wird der Reichsgeschäftsstelle überwiesen. Frau Mende teilt mit, daß der Reichsfrauenausschuß mit der Sitzung des Zentralvorstands eine Frauentagung veranstalten werde. Das neue Parteiabzeichen wird gebilligt.*

18.

13. März 1920, vorm. 11 Uhr: Sitzung der Parteileitung in Berlin

PA NL Stresemann 217. Maschinenschriftliches Manuskript mit handschriftlichem Vermerk »1. Sitzung« und Unterschrift: »gez. Garnich«.[1] **Überschrift: »Niederschrift über die Besprechung der Parteileitung der Deutschen Volkspartei am Sonnabend, den 13. März, 11 Uhr vormittags«.**

Am Sonnabend-Morgen versammelten sich die durch Telefonruf erreichbaren Abgeordneten und Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei in der Wohnung des Abgeordneten Garnich[2], um zu der durch den Umsturz geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.[3] Anwesend waren u.a.: Stresemann,

[36] Siehe Dok. Nr. 14.

[37] Siehe Dok. Nr. 24a, b.

[1] Sitzungsteilnehmer und Unterschrift sind offenbar später nachgetragen worden, stammen aber von derselben Hand (vermutlich von Trucksaess). Die Niederschrift ist sehr wahrscheinlich unmittelbar nach dem Ende der Sitzung und unbeeinflußt von dem weiteren Verlauf der Ereignisse angefertigt worden.

[2] Berlin, Kurfürstendamm Nr. 66.

[3] Am frühen Morgen des 13.3.1920 hatte die Marinebrigade Ehrhardt unter Mitwissen des Generals von Lüttwitz das Berliner Regierungsviertel besetzt; der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp wurde zum neuen Reichskanzler ausgerufen; zu den Hintergründen des Putsches und zu den Ereignissen am Morgen des 13.3. siehe Erger, S. 85ff., 108ff.; Dietrich Orlow, Preußen und der Kapp-Putsch, in: VfZ 26 (1978), S. 191–236 (hier: S. 195ff.);

Kempkes, Leidig, Maretzky, Frau Mende, Rose, Flathmann, Backheuer (Hannover), Herr und Frau Garnich und einige Generalsekretäre der Parteileitung und der Berliner Wahlkreisverbände.[4]

Nach einleitenden Worten Dr. Stresemanns, der über die geschaffene Lage, soweit sie sich um 11 Uhr morgens übersehen ließ[5], berichtete, wurde zunächst unter allseitiger Zustimmung festgestellt, daß die Deutsche Volkspartei den gewaltsamen Umsturz, von dem sie völlig überrascht worden war[6], auf das schärfste verurteilt. Die Schuld

---

zur Brigade Ehrhardt siehe die (weitgehend unkritische) Studie von Gabriele Krüger, Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971. Da innerhalb der Reichswehrführung nur der Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, in einer Besprechung mit Reichswehrminister Noske um 1 Uhr morgens für einen bewaffneten Widerstand gegen die Putschisten eintrat, während der Chef des Truppenamtes, General v. Seeckt, einen Einsatz der Reichswehr für unmöglich erklärte, entschloß sich die Reichsregierung gezwungenermaßen in einer um 4 Uhr morgens beginnenden Sitzung, an der auch die Mitglieder der preußischen Regierung teilnahmen, auf militärischen Widerstand zu verzichten und die Truppen aus dem Regierungsviertel abrücken zu lassen. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde die Frage, ob die Regierung in Berlin bleiben sollte, auf dem Wege eines Kompromisses gelöst: Ebert, Bauer, Noske und Müller fuhren um 6.15 Uhr mit dem Wagen nach Dresden, da Noske den dortigen Kommandierenden General Maercker für zuverlässig hielt, während einige Minister unter Führung von Schiffer in Berlin blieben, siehe dazu Kabinett Bauer, Dok. Nr. 188. Von der preußischen Regierung verließ nur der besonders gefährdete Otto Braun Berlin, die übrigen Kabinettsmitglieder wurden von den Putschisten festgesetzt, siehe Schulze, S. 250 f.; zur Haltung der Reichswehrführung siehe Hürten, S. XII ff.; Meier-Welcker, S. 261 ff.; Carsten, S. 78 ff.

[4] In seiner am 25.3.1920 abgefaßten Broschüre »Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei«, Berlin 1920, S. 6, erwähnt Stresemann als Teilnehmer die telephonisch erreichbaren Mitglieder des deutschen und preußischen Parlaments sowie die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und die Führer der Groß-Berliner Organisationen.

[5] Die Brigade Ehrhardt hatte gegen 6.30 Uhr morgens das Regierungsviertel besetzt, gegen 7 Uhr bemächtigten die Putschisten sich der Reichskanzlei. Vizekanzler Schiffer wurde nach einer Unterredung mit Kapp gegen 8 Uhr im Justizministerium unter Hausarrest gestellt; zu den Vorgängen in der Reichskanzlei am Morgen des 13.3.1920 siehe den Augenzeugenbericht von UStS Albert, Kabinett Bauer, Dok. Nr. 189 sowie Arnold Brecht, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966, S. 302 ff. In einer ersten Kundgebung erklärte Kapp, er übernehme die Staatsgewalt als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident und ernannte Lüttwitz zum Reichswehrminister und zum Oberbefehlshaber der Reichswehr; weiterhin wurden die deutsche und preußische Nationalversammlung für aufgelöst erklärt und eine Proklamation über das Programm der neuen Regierung erlassen siehe Erger, S. 155 ff.; die Aufrufe sind abgedruckt bei: Brammer, S. 17 ff.; Jansen, S. 54 ff. Am Morgen des 13.3. erschien ein von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung und dem Parteivorsitzenden der SPD, Wels, unterzeichneter Aufruf zum Generalstreik, siehe dazu Dok. Nr. 20, Anm. 6.

[6] Obwohl Heinze und der DNVP-Vorsitzende Hergt am 4.3.1920 eine Unterredung mit Lüttwitz führten, in der sie ihm die Forderungen der Rechtsopposition nach Neuwahlen, »Fachministern« in den wichtigsten Ressorts und Volkswahl des Reichspräsidenten mitteilten, warnten sie ihn übereinstimmend vor ultimativen Forderungen, siehe dazu den Bericht Kahls in der Sitzung der Nationalversammlung am 14.4.1920, VNV, Bd. 333, S. 5137 ff. Stresemann hielt über diese Besprechung fest, den »militärischen Stellen« sei unmißverständlich mitgeteilt worden, die Parteiführung werde »ein Abweichen von dem gesetzmäßigen Wege als verbrecherischen Wahnsinn« auffassen, Märzereignisse, S. 4 f.; siehe auch Schlottner, S. 8 f.; Albertin, S. 368 f.; Liebe, S. 51 ff.; zu den Vorwürfen der DDP auf Mitwisserschaft der DVP-Parteileitung siehe Jansen, S. 31. Heinze selbst wurde von dem Ausbruch des Putsches vollständig überrascht: Er befand sich zufällig in demselben Schnellzug, den einige Reichsminister zu ihrer Flucht nach Dresden nutzten, erst dort klärte ihn Koch-Weser über die Lage auf und nahm ihn als »ausschlaggebenden Berater« mit zu General Maercker, den Heinze bewogen habe, »zunächst neutral zu bleiben«, BAK NL Koch-Weser 25, p. 15; siehe auch Märzereignisse, S. 10.

daran, daß es überhaupt dahin kommen mußte, trage die alte Regierung. Die Deutsche Volkspartei habe diese Regierung zwar als Oppositionspartei bekämpft, ihre Beseitigung aber nachdrücklichst nur auf verfassungsmäßigem Wege durch Neuwahlen angestrebt, niemals aber an einen gewaltsamen Umsturz gedacht.[7]

Da nach den vorliegenden Berichten die alte Regierung geflohen war und die tatsächliche Gewalt in der Reichshauptstadt auf die neuen Machthaber übergegangen war, schien es der Versammlung als erstes notwendig zu sein, sich über die neu geschaffene Lage zunächst einmal authentische Nachrichten zu verschaffen und zugleich über die Absichten der neuen Machthaber Informationen einzuholen. Trotz der Unklarheit, die zu diesem Zeitpunkt noch über alle wesentlichen Dinge herrschte, war die Meinung aller Versammelten einmütig die, daß die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung das erste Gebot der Stunde sei, und daß darüber hinaus die Deutsche Volkspartei alles daran setzen müsse, die neuen Gewalthaber zu bewegen, durch sofortige Ausschreibung von Neuwahlen die baldmöglichste Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Deutschland zu gewährleisten. Man war sich darüber einig, daß die Parteifreunde im Lande so schnell wie möglich über die tatsächlichen Ereignisse in Berlin und über die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei hierzu unterrichtet werden müßten.[8] Der Erlaß einer sofortigen Kundgebung wurde daher ins Auge gefaßt.[9] Hierzu erschien es aber notwendig, sich, wie oben angeführt, zunächst einmal Klarheit über die tatsächliche Lage und über die Pläne der neuen Machthaber zu verschaffen. Die Versammlung beschloß, zu diesem Zweck eine Abordnung, bestehend aus den Abgeordneten Kempkes, Maretzky und Garnich, zu Herrn Kapp zu entsenden[10] und am Nachmittage wieder zusammenzutreten[11], um auf Grund des Berichtes dieser Abordnung über eine Kundgebung an die Parteifreunde im Lande Beschluß zu fassen. Die Besprechung wurde um 2 Uhr geschlossen.

[7] Am 9.3.1920 hatte Heinze in der Nationalversammlung einen gemeinsam mit der DNVP eingebrachten Antrag begründet (VNV DrS, Bd. 341, Nr. 2286), der in der Hauptsache eine Auflösung der Nationalversammlung zum 29.5.1920 forderte. Reichsinnenminister Koch-Weser hatte dazu für die Reichsregierung Stellung genommen: die Regierung werde Neuwahlen erst im Herbst abhalten; zur Begründung führte er eine Fülle von Gesetzesvorlagen an, die noch verabschiedet werden müßten; der Antrag Arnstadt/Heinze wurde mit 177 zu 60 Stimmen abgelehnt, siehe VNV, Bd. 332, S. 4822ff.

[8] Die NLC, das offizielle Nachrichtenorgan der DVP, erschien zwischen dem 13. und 20.3.1920 nicht; zur Situation des W.T.B. während des Putsches siehe Basse, S. 213ff.

[9] In der Sitzung vom späten Nachmittag desselben Tages (siehe Dok. Nr. 20) stellte Stresemann heraus, der »Entwurf zu einer Erklärung« sei bereits »in der Vormittagssitzung« gefaßt worden, was – entgegen dem Wortlaut der Niederschrift – angesichts der Tatsache als wahrscheinlich zu betrachten ist, daß in dieser Besprechung bereits alle Kernpunkte des Aufrufs vom 13.3. (siehe Dok. Nr. 20, S. 249f.) benannt wurden. Jansen, S. 31, hält fest, Stresemann sei »im Laufe des Sonnabend mit dem Abgeordneten Herold zusammengekommen« und habe diesen von der »Entschließung« der Partei unterrichtet. Stresemann selbst, Märzereignisse, S. 10, datiert sein erstes Zusammentreffen mit Herold auf den Nachmittag des 14.3.1920.

[10] Siehe Dok. Nr. 19.

[11] Siehe Dok. Nr. 20.

19.

13. März, nachm. 15 Uhr: Besprechung von Vertretern der DVP mit Kapp in Berlin

PA NL Stresemann 217. Maschinenschriftliches Manuskript mit handschriftlichen Korrekturen.[1] Überschrift: »Niederschrift über die Besprechungen der Vertreter der Deutschen Volkspartei am 13. und 14. März mit dem Generallandschaftsdirektor Kapp«.[2]

Auf Wunsch der Parteileitung der Deutschen Volkspartei[3] begaben sich die Herren Abgeordneten Dr. Kempkes, Dr. Maretzky und Garnich zur Reichskanzlei, um hier eine Rücksprache mit Herrn Kapp herbeizuführen. Der Inhalt der Unterredung ist während der Besprechungen von dem Abgeordneten Garnich in ihren wesentlichen Teilen[4] stenographisch festgelegt worden und lautet folgendermaßen:

1. Sonnabend, den 13. März, nachmittags 3 Uhr.

Dr. Maretzky: Wir sind von der Leitung der Deutschen Volkspartei beauftragt worden, mit Ihnen in Verbindung zu treten, um von Ihnen Auskunft über die durch den Umsturz geschaffene Lage und über Ihre Pläne zu erbitten.

Kapp[5]: Wir vertreten eine politische Richtung, die den Bestrebungen der Deutschen Volkspartei sehr nahesteht. Ich betone von vornherein, daß wir gute Republikaner sind und keineswegs an eine monarchische Bewegung gedacht haben.[6] Eine solche muß aus dem Innersten des deutschen Volkes selber heraus geboren werden. Wir sind der Meinung, daß eine Diktatur selbstverständlich nur vorübergehend bestehen darf[7] und daß sobald als möglich der verfassungsmäßige Zustand wieder hergestellt werden muß und daß wir darüber sobald als möglich Neuwahlen ausschreiben müssen. Verfassungsrechtlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß formale Unitarbestrebun-

[1] Die Niederschrift trägt in der rechten oberen Ecke den handschriftlichen Vermerk »1920« und ist von derselben Hand (vermutlich von Trucksaess) unterschrieben »gez. Garnich«. Auch wenn diese Aufzeichnung eine knappe kommentierende Einleitung und einen kurzen Schlußteil enthält, ist sie mit Sicherheit unmittelbar nach dem 14.3.1920 entstanden. Die wenigen handschriftlichen Korrekturen verbessern nur orthographische Fehler.

[2] Die folgende Niederschrift ist mit Auslassungen auch abgedruckt bei: Könnemann, Dokumente, S. 618–621. Im folgenden wird nur jener Teil der Aufzeichnung abgedruckt, der sich unmittelbar an die Sitzung der Parteileitung vom Vormittag des 13.3. (Dok. Nr. 18) anschloß; zu den Besprechungen vom Nachmittag des 14.3. siehe Dok. Nr. 22.

[3] Siehe Dok. Nr. 18, S. 235.

[4] Die Niederschrift enthält nicht alle bei der Besprechung angeschnittenen Themen; siehe auch Dok. Nr. 20.

[5] Wolfgang Kapp (1858–1922), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst, führend im Alldeutschen Verband. 1906–1920 Generallandschaftsdirektor in Königsberg, im Sept. 1917 Mitbegründer der Vaterlandspartei; Febr.–Nov. 1918 MdR (Konservative).

[6] Der Wortlaut der Proklamation der »neuen Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat« ist u.a. abgedruckt bei: Jansen, S. 54f.; Brammer, S. 18f.; Erger, S. 324ff.

[7] Unter Rückgriff auf Art. 48 WRV hatte die neue Regierung den Ausnahmezustand auf das gesamte Reichsgebiet ausgedehnt sowie Versammlungen und Umzüge untersagt (Wortlaut der Verordnungen bei Brammer, S. 18).

gen, wie sie die Weimarer Verfassung vorsieht, und Erzbergers Steuergesetzgebung[8] nicht weiter verfolgt werden dürfen, sondern daß wir zu der geschichtlich berechtigten Weiterentwicklung des föderalistischen Charakters der Bismarck'schen Verfassung zurückkehren müssen, den Englands[9] Politik praktisch totgeschlagen hat. Der Erzbergerei muß endgültig ein Ende gemacht werden. Wir sind uns klar, daß man von uns sagen wird, wir seien Monarchisten und Reaktionäre. Nichts liegt uns ferner als reaktionäre Bestrebungen. Wir sind der Meinung, daß das deutsche Volk nur gedeihen kann, wenn seine Freiheit gewährleistet ist. Man kann sich unmöglich auf den Standpunkt stellen, daß nach den Novemberereignissen das Volk wieder in den alten Zustand zurückgeführt werden kann. Das Volk darf nicht das Gefühl haben, als wenn es jetzt wieder in die alten Käfige eingesperrt werden könne. Freiheitliche Entwickelung muß gewährleistet bleiben. Wir müssen uns vor allem auch gerade dem Arbeiter freundlich zeigen. Wir müssen den Versuch machen, Arbeiter zur positiven Mitarbeit heranzuziehen.[10] Die Vertreter[11] der Arbeiterschaft in den gesetzgebenden Körperschaften muß besonders auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete sichergestellt werden. Mir schwebt da die Schaffung eines Volkswirtschaftsrates in Bismarck'schem Sinne vor.[12] Es ist eine alte Erfahrung, daß auf wirtschaftlichem Gebiet ungleich sachlicher gearbeitet wird und daß hier ein Ausgleich besser möglich ist. Das Wichtigste ist, zuerst die Produktion zu heben. Hierzu muß zunächst die Zwangswirtschaft abgebaut werden.[13] Natürlich darf man nicht sofort in den absoluten Freihandel hineinspringen, aber es darf nicht nur immer von Aufhebung gesprochen werden, es muß endlich auch gehandelt werden. Der größte Fehler war, daß die Kriegsgesellschaften die regulären Funktionen des Handels abgeschafft haben.[14] Das hat sich furchtbar gerächt, und das muß baldigst geändert werden. Wir haben dabei an die Einführung des sogenannten »belgischen Systems« gedacht, das sich sehr gut bewährt hat. Hierbei soll ein gewisser Prozentsatz der Produktion, der zur Ernährung der Städte notwendig ist, zu niedrigen Preisen abgegeben, das übrige aber

[8] Die Verlautbarung sah vor, die Finanz- und Steuerhoheit der Bundesstaaten, die durch die Erzbergersche Finanzreform weitgehend beseitigt worden war, »auf verfassungsmäßig föderativer Grundlage wiederherzustellen«, Erger, S. 324 ff. Zur Finanzreform Erzbergers siehe Herbert Leidel, Die Begründung der Reichsfinanzverwaltung, Bonn 1964; Theodor Eschenburg, Matthias Erzberger, der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform, München 1974, S. 145 ff.

[9] So sinnwidrig in der Vorlage – wohl Verschreibung für »Erzberger«.

[10] In diesem Punkt betonte die Proklamation: »Die Regierung wird die Arbeiterschaft zum Zwecke der wirtschaftlichen Neuordnung in hervorragendem Maße zur Vorbereitung und zur tätigen Mitarbeit neben den anderen Berufs- und Erwerbsständen heranziehen. Sie wird nicht eine Regierung des einseitigen Kapitalismus sein, sie will vielmehr die deutsche Arbeit vor dem harten Schicksal der internationalen Verknechtung unter das Großkapital behüten und hofft durch diese Maßnahmen der Staatsfeindschaft der arbeitenden Klassen eine Ende zu bereiten«, Erger, S. 324 ff.

[11] So in der Vorlage statt wohl richtig: »Vertretung«.

[12] Siehe Dok. Nr. 5, Anm. 236.

[13] Siehe dazu Dok. Nr. 6, Anm. 22.

[14] Im Ersten Weltkrieg waren die Kriegsgesellschaften in der Form von GmbHs organisierte Einrichtungen der Wirtschaftsverwaltung, in denen sich öffentliche Gebietskörperschaften und private Unternehmen unter der Leitung und Aufsicht von übergeordneten Reichsstellen zur Wahrnehmung von planwirtschaftlichen Beschaffungs- und Verteilungsfunktionen zusammenschlossen.

dem Landwirt zur freien Verfügung überlassen bleiben. Weiter gilt es, eine große freiheitliche Siedlungspolitik zu treiben. Es gilt die Seßhaftmachung nicht im Sinne Damaschkes. Dem Arbeiter muß es erleichtert werden, Grund und Boden eigentümlich zu erwerben.[15] Wir werden mit einer enormen Auswanderung rechnen müssen. Diese muß durch eine richtige Kontinentalpolitik aufgehalten werden. Im Osten müssen wir Ansiedlungsmöglichkeiten schaffen und dadurch eine friedliche Eroberung durch Kolonisierung erstreben. Wir wünschen ein starkes Rußland, während England ein schwaches Rußland wünscht.

Frage: Wie ist die Zusammensetzung der Regierung geplant?

Kapp: Wir wollen ein über den Parteien stehendes Ministerium bilden, und wir nehmen keinen Anstand, auch Arbeitervertreter darin aufzunehmen.[16] Wenn es sich aber zeigt, daß diese dabei die neue Staatsautorität unterwühlen wollen, dann werde ich schonungslos eingreifen. Ich bin der Ansicht, daß bei gewalttätiger Widersetzung eine solche Schonungslosigkeit gegen wenige zugleich die größte Schonung für das Volksganze darstellt. Wenn hier rücksichtslos durchgegriffen wird, so wird das Beispiel auch die nötige Wirkung ausüben. Die Presse ist für heute und morgen verboten. Sollten am Sonntag in der radikalen Presse Aufforderungen zum Generalstreik zu finden sein, so wird man die Verteilung der betreffenden Zeitungen verhindern.[17]

Das Reichskabinett ist vor 6 Uhr geflüchtet. Das Preußische Staatsministerium ist mit Ausnahme von Südekum[18] im Staatsministerium festgesetzt worden[19], weil wir Gegenmaßnahmen verhindern wollten.[20] Jetzt haben wir die Minister wieder in Freiheit gesetzt, weil wir der Ansicht sind, daß es ein Zeichen der Stärke bedeutet, wenn wir nicht gleich mit schärfsten Maßnahmen gegen die bisherigen Machthaber vorgehen. Wenn aber eine Auflehnung gegen uns erfolgen sollte, dann wird mit der größten Energie durchgegriffen werden.

Frage: Wie wird sich das Ausland gegenüber Ihrer Bewegung stellen?

---

[15] In diesem Punkt sah die Proklamation vor: »Die Regierung wird ein Heimstättengesetz für Stadt und Land bringen, welches jedem Deutschen den Zugang zum Grundeigentum und zum Eigentum überhaupt erleichtert«, Erger, S. 324 ff.; zu den Plänen des »Bundes Deutscher Bodenreformer« siehe Dok. Nr. 5, Anm. 201.

[16] Am 13. und 14.3. hatte Kapp zwei Unterredungen mit dem USPD-Funktionär William Wauer, die jedoch ergebnislos verliefen, siehe Erger, S. 225 f.; Krause, S. 193 f. Während die USPD den Aufruf zum Generalstreik unterstützte, lehnte ihn die KPD ab, siehe dazu Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 303; Lore Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt usw. 1983, S. 90 ff.

[17] Nach Wiedererscheinen der Presse legte eine Verordnung vom 14.3. fest: »Diejenigen Zeitungen und Zeitschriften, die über die neue Regierung unwahre Gerüchte in Umlauf setzen, bis auf weiteres zu verbieten, den gesamten Redaktionsstab in Schutzhaft zu nehmen und, falls notwendig, auch das Wiedererscheinen der Blätter unmöglich zu machen«, Jansen, S. 53.

[18] Albert Südekum (1871–1943), Dr. phil. 1900–Nov. 1918 MdR (SPD), Nov. 1918–März 1920 preußischer Finanzminister. Aufsichtsratsmtgl. in zahlreichen Wirtschaftsunternehmungen. Südekum stand auf dem äußersten rechten Flügel der Sozialdemokratie.

[19] Gemeint: im Gebäude des preußischen Staatsministeriums.

[20] Siehe dazu auch Dok. Nr. 18, Anm. 3. Am Abend des 14.3. unterbreitete Kapp den sozialdemokratischen Ministern Heine und Südekum das Angebot, in eine neue Regierung einzutreten, siehe Brammer, S. 59; Erger, S. 169.

Kapp: Wir haben noch keine Nachricht darüber. Ich habe aber den ausländischen Pressevertretern gesagt[21], daß wir keinen monarchischen Putsch planen und daß wir den Friedensvertrag respektieren würden. Im übrigen haben wir uns gegenüber dem Ausland auf den Standpunkt gestellt, wer viel fragt, erhält viel Antwort. Ich glaube nicht, daß die Westmächte Veranlassung nehmen werden, sich in eine rein innere Angelegenheit Deutschlands einzumischen.[22]

Frage: Wird nicht die morgige Abstimmung in Schleswig-Holstein[23] durch Ihr Unternehmen beeinflußt werden?

Kapp: Ich habe von dort Depeschen bekommen, ob die neue Regierung die Verpflichtungen der alten Regierung bezüglich der Autonomieversprechungen einhalten werde. Ich beabsichtige zu antworten, daß wir uns von diesen Versprechungen nicht gebunden fühlen, da ich die Rückwirkung solcher Autonomiebestrebungen auf Oberschlesien, Rheinland und Hannover fürchtete. Der nationale Gedanke wird hoffentlich auch ohnedies in Schleswig-Holstein siegen.

Frage: Wie stellen Sie sich zur Ausschreibung der Neuwahlen, und beabsichtigen Sie etwa, das Wahlgesetz[24] zu ändern? Wir halten ersteres für sofort geboten und würden jede Antastung des jetzigen Wahlrechts bekämpfen.

Kapp: Neuwahlen sollen so bald wie möglich ausgeschrieben werden. Bezüglich des Wahlrechts glaube ich, daß wir für den Reichstag das bisherige radikale Wahlrecht vertragen können, wenn wir als Ausgleich das Zweikammer-System, und zwar für die erste Kammer auf berufsständischer Grundlage, einführen. Im übrigen könnte man vielleicht das Wahlalter in die Höhe setzen, da die heranwachsende Jugend durch den Krieg ungeheuer verwildert und politisch unreif ist. Ich persönlich bedauere, daß seiner Zeit das Wahlrecht der Frauen eingeführt worden ist, da der deutschen Frau durch ihre politische Betätigung das Beste abgestreift wird, was sie hat.[25]

---

[21] Nach der Angabe Stresemanns, Märzereignisse, S. 14, hielt die neue Regierung täglich eine Pressekonferenz ab. Die Proklamation hielt hinsichtlich des Versailler Vertrags fest: »Die Regierung wird den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit es möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet«, Erger, S. 324.

[22] Am 15.3. ließ Kapp die amtliche Meldung verbreiten: »Vom ›Berliner Tageblatt‹ und vom Verlag Ullstein wird in tendenziöser Weise die Nachricht verbreitet, die Entente sei gegen die jetzige Regierung. Demgegenüber ist der Wahrheit entsprechend festzustellen, daß die jetzige Regierung mit der Entente im besten Einvernehmen ist und daß die Entente sich durchaus abwartend dem weiteren Gang der Ereignisse gegenüber verhält«, Jansen, S. 58. Siehe dazu auch die Meldung des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Mayer, an Reichsaußenminister Müller vom 15.3.1920, Kabinett Bauer, Dok. Nr. 195 sowie die Erklärung der amerikanischen Regierung vom 24.3., ADAP, Serie A, Bd. III, Dok. Nr. 78; zu den außenpolitischen Folgen des Putsches siehe Krüger, S. 101.

[23] Am 14.3.1920 fand die in Art. 109 des Versailler Vertrags festgelegte Abstimmung in der zweiten (südlichen) Zone des Abstimmungsgebiets statt, die eine deutliche Mehrheit für Deutschland ergab, siehe Dok. Nr. 26a, Anm. 12.

[24] Siehe Dok. Nr. 9, Anm. 13.

[25] Art. 22 WRV bestimmte, daß die Reichstagsabgeordneten in »allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl« gewählt werden sollten. Die Befürworter eines modifizierten Verhältniswahlrechts hatten sich in den Verfassungsberatungen nicht durchsetzen können, obwohl bei den nach dem Verhältniswahlsystem durchgeführten Wahlen zur Nationalversammlung an Einzelheiten des Wahlmodus Kritik geübt worden war.

Im übrigen wird das Interesse der Frau an den Wahlen sowieso bald erlahmen, und sie wird später überhaupt nicht mehr wählen, wie das die Erfahrung mit dem Wahlrecht in Norwegen gelehrt hat.

Frage: Welche Finanzpolitik soll geführt werden?

Kapp: Wir müssen vor allem die innere Finanzkraft heben, dann kommt die Besserung der Valuta von selbst. Man könnte hierbei die Kriegsanleihen als vorläufiges Zahlungsmittel bestimmen.[26] Das würde zwar eine neue gewaltige Inflation bedeuten, aber das Reich spart dabei Milliarden an Zinsendienst. Der Inlandspreis muß dem Auslandspreise angenähert werden, eher können wir in Deutschland nicht gesunden. Bei der Steuerverteilung muß der städtische und ländliche Grundbesitz herangezogen werden. Eine Wiederaufrichtung unserer Finanzen ist nur möglich durch entsprechende Übernahme der Lasten durch den Grundbesitz. Wir müssen erwarten, daß die Landwirte, die ja andererseits von der jetzt bestehenden Zwangswirtschaft befreit werden sollen, sich dieser vaterländischen Ehrenpflicht unterziehen werden.[27] Im übrigen wollen wir keine Hochflut von neuen Verordnungen auf allen Gebieten ergehen lassen, sondern nur die unbedingt notwendigen Anordnungen treffen, die dann zur nachträglichen Prüfung und Genehmigung der späteren Volksvertretung unterbreitet werden sollen.

Frage: Wie soll das Kabinett zusammengesetzt werden?

Kapp: Wir wollen keine Parteiminister, sondern Fachminister. Bisher ist nur Traub von der Deutschnationalen Partei als Minister bestimmt worden, aber auch hier nicht als Parteimann.[28] Mit dem bisherigen Kollegialsystem in der Regierung wollen wir aufräumen. Der Reichskanzler ernennt die Reichsminister, die ihm ebenso wie die preußischen Minister unterstehen sollen. Wenn wir hiernach also auch keine Parteiregierung sein wollen, so legen wir naturgemäß großen Wert auf ein gutes Einvernehmen mit den rechtsstehenden Parteien.

Hiermit war die erste Unterredung mit Kapp beendet. Sie hatte auftragsgemäß lediglich den Zweck, sich über die Pläne und Absichten Kapps und seiner Hinterleute zu informieren. Die Abordnung gab ihrerseits keinerlei Erklärungen zu dem Gehörten ab. Sie wies nur zum Schluß noch einmal darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei mit allem Nachdruck verlangen müsse, daß durch sofortige Ausschreibung von Neuwahlen der verfassungsmäßige Zustand wieder hergestellt werden müsse.

---

[26] Der Aufruf legte dazu fest: »Die Regierung wird die Kriegsanleihen als gerechte Gegenleistung für treu erfüllte vaterländische Pflicht sicherstellen und ihre demnächstige Rückzahlung einleiten«, Erger, S. 324.

[27] Der Aufruf kündigte dazu an: »Die Regierung wird zur Wiederaufrichtung des Staates den ländlichen und städtischen Grundbesitz zu entsprechender Steuerleistung heranziehen. Nach schweren staatlichen Zusammenbrüchen ist es immer der Grundbesitz gewesen, der die Opfer der Wiederaufrichtung tragen mußte. Die Regierung erwartet, daß er auch jetzt seiner vaterländischen Ehrenpflicht genügt«, ebd., S. 325.

[28] Gottfried Traub lehnte zwar die offizielle Übernahme des Kultusministeriums am 13.3. ab, unterstützte den Putsch jedoch aktiv, siehe Erger, S. 168; Liebe, S. 55; Hertzman, S. 105f. In seinen Lebenserinnerungen hält Traub fest, daß Kapp eine endgültige Kabinettskonstituierung erst für die »kommende Woche« plante, BAK NL Traub 5. p. 194.

Die Abordnung berichtet über den Ausgang ihrer Besprechungen mit Kapp der Parteileitung, soweit sie in Berlin anwesend war, am Sonnabend, den 13. März nachmittags[29], und daraufhin dem Geschäftsführenden Ausschuß am Sonntag morgen, den 14. März.[30]

20.

13. März 1920, nachm.: Sitzung der Parteileitung in Berlin

PA NL Stresemann 217. Maschinenschriftliches Manuskript mit handschriftlichen Korrekturen.[1] Überschrift: »2. Sitzung am 13. März 4½ Uhr[2] nachm. in der Wohnung von Geheimrat Garnich«.[3]

Abg. Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung. Zunächst berichtet dann Geh. Rat Garnich über die Unterredung, welche die am Vormittag zu Kapp entsandte Abordnung mit diesem gehabt hat.[4] Kapp habe ein eingehendes Programm entwickelt. Die neue Regierung stehe auf dem Boden der Republik. Sie sei weder reaktionär noch monarchistisch. Sie sei auch nicht als Vorbereitung für eine spätere monarchische Regierung aufzufassen. Die Kriegsgesellschaften sollten sofort aufgelöst, gegen Schieber und Wucherer sollte streng vorgegangen werden. Die Regierung beabsichtige weiter, die Kriegsanleihen als Zahlungsmittel zu proklamieren, damit der Zinsendienst erspart werde. Bei der Steuerverteilung müsse der Grundbesitz stark herangezogen werden. Die Landwirtschaft müsse dem neuen Regime dies Opfer bringen. Die Regierung beabsichtige, auch mit den Arbeitervertretern Fühlung zu nehmen, um den Generalstreik zu vermeiden. Noske und Bauer[5] hätten noch in letzter Stunde versucht, die Arbeiter in den Generalstreik[6] zu hetzen. Zunächst habe die Regierung mit dem

[29] Siehe Dok. Nr. 20.
[30] Siehe Dok. Nr. 21.
[1] Die Korrekturen von der Hand Trucksaess' betreffen nur orthographische Fehler sowie Wortauslassungen oder -verschreibungen. Die Niederschrift ist handschriftlich mit »1920« überschrieben und weist die Unterschrift des Protokollführers Trucksaess auf.
[2] Während die Niederschrift auf 16.30 Uhr datiert ist, vermerkt Stresemann in seinen Tagebuchnotizen 17.30 Uhr als Sitzungsbeginn, PA NL Stresemann 142. Angesichts der durch den Putsch gestörten Verkehrsverhältnisse ist die Angabe Stresemanns wahrscheinlicher, da im anderen Fall den Unterhändlern für den Weg von der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße zur Wohnung Garnichs am Kurfürstendamm Nr. 66 nur 30 Minuten zur Verfügung gestanden hätten.
[3] Laut beigefügtem Protokoll nahmen an der Sitzung teil: Stresemann, Maretzky, Beuermann, v. Krause, Backheuer, Geheimrat Garnich, Abg. Kempkes, Frau Mende, Frau Garnich, Hollmann, Flathmann, Leidig, Schütz, Trucksaess. Außerdem ist Rießer durch seine Redebeiträge als anwesend ausgewiesen, siehe auch Anm. 36. Die Aufzeichnung ist mit Auslassungen auch abgedruckt bei: Könnemann, Dokumente, S. 621–624.
[4] Siehe Dok. Nr. 19.
[5] Gustav Bauer (1870–1944), Bürogehilfe. 1908–1918 hauptamtlicher zweiter Vors. der Generalkommission der Gewerkschaften. 1912–1925 MdR (SPD), Febr.–Juni 1919 Reichsarbeitsminister, Juni 1919–März 1920 Reichskanzler, März-Juni 1920 Reichsschatz- und Reichsverkehrsminister, Mai 1921–Nov. 1922 Vizekanzler und Reichsschatzminister.
[6] Am Vormittag des 13.3.1920 war in Berlin ein Aufruf erschienen, unterzeichnet von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung und vom Parteivorstand der SPD (Wels), der den

Buchdruckerstreik zu kämpfen. Das Wolff'sche Büro stehe ihr jedoch zur Verfügung, auch mit seiner Druckerei[7], so daß es vielleicht auf diesem Wege möglich sei, mit der Proklamation an das Volk herauszukommen. Ein weiteres Ziel der Regierung sei die Einführung eines Volkswirtschaftsrates.

Über den Charakter seiner Stellung äußerte Kapp sich dahin, daß der General v. Lüttwitz als Diktator ihm die volle Regierungsgewalt übertragen habe. Seine Absicht sei, mit dem Kollegialsystem aufzuräumen und die volle Macht wiederum in die Hände des Reichskanzlers zu legen. Auf die Frage, wie er sich gegenüber etwaigem Streik verhalte, antwortete Kapp, daß er zunächst nicht beabsichtige, mit scharfen Mitteln vorzugehen, sofern man ihn von der Gegenseite nicht dazu zwinge. Würde das der Fall sein, dann würde er sich allerdings nicht scheuen, mit brutaler Gewalt einzugreifen.[8]

Auf eine weitere Frage antwortete Kapp, daß er mit dem Ausland bis jetzt keine Verbindung habe. Er glaube jedoch annehmen zu können, daß die Entente die Umwälzung als eine innere Angelegenheit Deutschlands betrachte. Den ausländischen Pressevertretern habe er bereits davon Kenntnis gegeben, daß der Friedensvertrag von der neuen Regierung anerkannt werde. Das Wahlrecht wolle Kapp so bestehen lassen, wie es jetzt ist, von kleinen Änderungen abgesehen. Er wolle aber ein Gegengewicht dadurch schaffen, daß das Zweikammersystem eingeführt werde, die 1. Kammer soll auf berufsständischer Grundlage gewählt werden. Hinsichtlich des Frauenwahlrechts beabsichtige er keine Änderung.

Nach der Neubildung des Kabinetts befragt, antwortete Kapp, daß er sein Kabinett als ein Übergangsministerium betrachte. Das Kabinett soll voll besetzt werden, im einzelnen sei seine Ministerliste noch nicht fertig. Er lege aber Wert auf ein Zusammengehen mit den Rechtsparteien. Im übrigen wolle er nach Möglichkeit keine parteipolitisch im Vordergrund stehenden Persönlichkeiten heranziehen, sondern Fachminister. Endlich betonte Kapp, daß die Farben der neuen deutschen Republik schwarz – weiß – rot seien.[9] Geheimrat Garnich teilte weiter mit, daß während der Unterredung Frhr. v. Falkenhausen[10] erschienen sei mit einer telegrafischen Anfrage,

---

»Generalstreik auf der ganzen Linie« proklamierte (Text: Schultheß 1920 I, S. 47 f.). Die Entstehungsgeschichte dieses vom Pressesprecher der Reichskanzlei, Ulrich Rauscher, verfaßten Aufrufs ist bis heute nicht völlig aufgeklärt, siehe dazu Miller, S. 377 ff.; Erger, S. 193 f.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 300 f. Am Vormittag des 13.3. beschloß auch der Bundesvorstand des ADGB, zum Generalstreik gegen die Putschisten aufzurufen, siehe Potthoff, S. 262 ff.; Hans H. Biegert, Gewerkschaftspolitik in der Phase des Kapp-Lüttwitz-Putsches, in: Hans Mommsen u.a. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1975, S. 190–205. Die sofort nach der Ankunft in Dresden veröffentlichte Kundgebung der Reichsregierung (Text: Schultheß 1920 I, S. 48) erwähnte den Streikaufruf nicht, von dem sich die Regierungsmitglieder noch am Abend des 13.3. distanzierten.

[7] Zur Situation des W.T.B. siehe Dok. Nr. 18, Anm. 8.

[8] In ihrer Proklamation vom 13.3. hatte die neue Regierung angekündigt, »Streiks und Sabotage rücksichtslos zu unterdrücken [...] Streik ist Verrat am Volk, an Vaterland und Zukunft«, Erger, S. 325.

[9] Die Niederschrift der Besprechung (Dok. Nr. 19) erwähnt diese Frage nicht.

[10] Friedrich Freiherr von Falkenhausen (1869–1946), Jurist. 1914 Regierungspräsident in Potsdam, 1915 UStS im Preußischen Landwirtschaftsministerium, 1917/18 Reichskommissar für Litauen und Kurland, im Oktober 1918 abberufen. Falkenhausen wurde von Kapp zum Chef der Reichskanzlei ernannt, siehe Erger, S. 153 f., 207.

ob die neue Regierung die Zusage der alten hinsichtlich Schleswigs halten werde.[11] Kapp habe darauf mit nein geantwortet und bemerkt, daß die Randstaatenpolitik der früheren Regierung falsch gewesen sei. Zum Schlusse teilte Geh. Rat Garnich mit, daß eine deutschnationale Abordnung um 4 Uhr von Kapp empfangen werde.[12]

Abg. Kempkes ergänzte die Ausführungen des Herrn Garnich dahin, daß Kapp betont [habe], daß er die freiheitliche Entwicklung nicht hemmen wolle. Er wolle auch keine Flut von neuen Gesetzen oder Verordnungen erlassen, sondern nur das Allernotwendigste einführen. Bezüglich der Ernährung wolle er zum sogenannten belgischen System übergehen: Vorratswirtschaft, dort, wo es nötig ist, im übrigen freie Produktion und freier Handel.

Abg. Maretzky bemerkt gleichfalls ergänzend dazu, daß die Reichswehr überall zur neuen Regierung übergegangen sei[13], nur die Haltung des Generals Maercker in Dresden sei zweifelhaft.[14] Das sei erklärlich, da einmal die alte Regierung in Dresden sei, andererseits deshalb, weil Herr Dr. Heinze in Dresden dahin gewirkt habe, daß Maercker sich der neuen Regierung nicht anschließt.[15] Es sei natürlich gefährlich,

[11] Siehe Dok. Nr. 19, Anm. 23.

[12] Der Parteivorsitzende der DNVP, Hergt, nahm gegenüber dem Putsch ebenso wie Helfferich und Hugenberg eine ablehnende Haltung ein, während vor allem die ostdeutschen Landesverbände der DNVP dem Putsch begeistert zustimmten, siehe BAK NL Traub 5. p. 194ff.; Liebe, S. 54f.; Erger, S. 219f. Graf Westarp war zwar führend an den Vorbereitungen, nicht aber an dem eigentlichen Putsch beteiligt, siehe Hertzman, S. 105f. Die DNVP-Führung veröffentlichte am 13.3. einen Aufruf (Text: Schultheß 1920 I, S. 51), der die rechtmäßige Regierung mit keinem Wort erwähnte, die Forderung nach einer Ausschreibung von Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen erhob und betonte, unter dieser Bedingung sei man bereit, an der Aufrechterhaltung von »Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationaler Würde« mitzuarbeiten.

[13] Obwohl Lüttwitz in seiner Funktion als Oberbefehlshaber Oberst Bauer zu seinem Chef des Stabes, v. Wrisberg zum Chef der Heeresleitung und v. d. Goltz zum Chef des Truppenamtes ernannte, gelang es den Putschisten nicht, die Reichswehrführung in die Hand zu bekommen. Seeckt, der als Chef des Truppenamtes vom Reichspräsidenten zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Chefs der Heeresleitung beauftragt war, reichte am 13.3. sein Abschiedsgesuch ein, siehe Meier-Welcker, S. 254ff. Dagegen stellten sich die Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 3 (v. Estorff) und des Wehrkreises II (v. Bernuth) den Putschisten zur Verfügung. Auch in Norddeutschland erzielte der Putsch stärkere Anfangserfolge innerhalb der Reichswehr, während in den westlichen Provinzen Preußens und besonders in den drei süddeutschen Ländern sich die Militärbefehlshaber auf die Seite der Regierung Bauer stellten, siehe auch Hürten, S. XVIff.

[14] In Sachsen hatten sich das Ministerium Gradnauer und alle Zivilbehörden auf die Seite der Regierung Bauer gestellt (Text des Aufrufs: DGK 1920 Inl., S. 180), während der Wehrkreisbefehlshaber, General Maercker, zwar den von Lüttwitz ausgesprochenen Befehl, die Mitglieder des Kabinetts Bauer zu verhaften, nicht ausführte, gleichwohl jedoch eine unentschiedene Haltung einnahm und zwischen den Putschisten, deren Befehle er ausführen wollte, soweit sie der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung dienten, und der rechtmäßigen Regierung zu vermitteln suchte, siehe Erger, S. 172f.; Georg Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Leipzig ²1921, S. 57ff.

[15] Nach der Aussage von Koch-Weser war es letztlich auf die Einwirkung Heinzes, der Maercker gut kannte, zurückzuführen, daß der Verhaftungsbefehl nicht ausgeführt wurde, da er den General bewogen habe, »zunächst neutral zu bleiben«, BAK NL Koch-Weser 25, p. 15; so auch Stresemann, Märzereignisse, S. 10, der zudem herausstellt, es sei »nicht ohne ein gewisses pikantes Interesse [...], daß die Reichsregierung ihren ungehinderten Aufenthalt in Dresden gerade der Initiative des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei verdankt«.

wenn die Reichswehr sich zersplittere, eine weitere Gefahr liegt im Streik. Es sei ein Fehler, daß die neue Regierung sich nicht sofort sämtlicher Führer bemächtigt habe.

Abg. Dr. Stresemann: Haben die Herren eine Erklärung abgegeben oder bloß Erklärungen entgegengenommen?

Dr. Maretzky: Wir haben nur Erklärungen entgegengenommen. Ich habe allerdings gesagt, daß wir den Sturz der alten Regierung begrüßen und daß die Haltung unserer Partei zur neuen Regierung davon abhängig sei, welches Programm sie haben wird.[16] Wir haben uns also allerdings der neuen Regierung gegenüber nicht feindlich gestellt.

Dr. Stresemann: Ich glaube, daß ein solcher Auftrag nicht das Ergebnis unserer Vormittagsbesprechung war. Ich jedenfalls würde nicht das Wort »begrüßen« gebraucht haben. Die Deutschnationale Volkspartei sei außerordentlich zurückhaltend. Herr Hergt habe ihm erklärt, daß er Traub nahegelegt habe, das Ministeramt nicht zu übernehmen.[17] Er würde es daher bedauern, wenn wir uns zu weit vorwagten.

Dr. Maretzky: Nach dem, was wir hier besprochen haben, konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß wir alles vermeiden wollten, was nach einer Verurteilung dieses Unternehmens aussehen würde. Der Öffentlichkeit gegenüber müssen wir uns vielleicht anders erklären, aber den Machthabern gegenüber mußte man sich von unserem Standpunkt aus in diesem Sinne aussprechen.

Geheimrat Dr. Rießer: Wir stehen vielleicht vor der wichtigsten Entscheidung für unsere Partei. Er halte die Vorgänge insofern für außerordentlich bedenklich, als alles darauf hinweist, daß die heutigen Machthaber sich zwar nicht mit den Deutschnationalen in irgendeine Vereinbarung eingelassen [haben], aber doch eine deutschnationale Ministerliste zusammensetzen. Herr v. Kapp ist einer der Gründer der Deutschnationalen Partei, ebenso Herr Traub. Wenn jetzt etwas geeignet sei, uns vor den schwersten Unruhen zu bewahren, so könne dies nur die Durchführung unseres Programms sein, nämlich einmal die Bildung eines Koalitionsministeriums aus sämtlichen Parteien ausschließlich[18] der Mehrheitssozialdemokraten. Komme es nicht dazu, dann würden die Ereignisse die beiden Flügel der Sozialdemokratie zusammenschweißen. Eine Regierung der allerschärfsten Tonart, wie sie anscheinend von Kapp geplant sei, sei geradezu verbrecherisch. Auch das Ausland würde dabei stutzig werden. Aber auch sonst macht ihm das Programm Kapps Sorgen. Mit der Aufhebung des Kollegialsystems würde die Errungenschaft vom Oktober 1918 aufgehoben.[19]

[16] Diese Äußerung Maretzkys fehlt in der Mitschrift Garnichs, siehe Dok. Nr. 19. Nach den Erinnerungen Traubs (BAK NL Traub 5, p. 188) hatte Maretzky sich Kapp bereits zu Beginn des Putsches als Polizeipräsident von Berlin zur Verfügung gestellt, verlegte diese Zusage in einer handschriftlich auf den 24.3. datierten maschinenschriftlichen Erklärung allerdings auf den Mittag des 17.3.1920, siehe PA NL Stresemann 217.

[17] Nach der Darstellung Stresemanns, Märzereignisse, S. 10, erfolgte am Nachmittag des 13.3. »eine Fühlungnahme sowohl zwischen den Oppositionsparteien der Rechten wie zwischen den Führern der Deutschen Volkspartei und den Führern der Zentrumspartei«. In seinen Erinnerungen berichtet Traub über ein Treffen zwischen Stresemann und Hergt, bei dem Hergt »aus Sorge um die Zukunft der Partei und ihrer parlamentarischen Vertretung« den Putsch abgelehnt und Stresemann von seiner Äußerung zu Traub in Kenntnis gesetzt habe, BAK NL Traub 5, p. 195.

[18] So in der Vorlage statt wohl richtig: »einschließlich«.

[19] Der am 3.10.1918 zum Reichskanzler ernannte Max von Baden hatte sein Kabinett unter maßgeblicher Mitwirkung der Parteien der Reichstagsmehrheit gebildet und damit bereits den ent-

Kapp habe ferner den unheilvollen Gegensatz zwischen dem Militär auf der einen und Zivilverwaltung auf der andern Seite wieder aufleben lassen. Können wir eine derartige provisorische Regierung begrüßen? Wir müssen ein eigenes Programm aufstellen und fordern, daß die neue Regierung sich dazu bekennt. Die Folge dieses Ministeriums würde der Bürgerkrieg sein. Was Herr Kapp loslasse, sind Phrasen. Es sei undenkbar, so auch nur einige Zeit wirtschaften zu wollen. Das sei Hybris. Wir sollten also von diesen Gesichtspunkten ausgehend einen Aufruf erlassen und dabei selbständig vorgehen ohne die Deutschnationalen (Dr. Stresemann: Eine gemeinsame Erklärung ist von uns nicht beabsichtigt).

Dr. Leidig: Mir gefällt, was geschehen ist, auch nicht. Aber der Putsch ist nun einmal da, und wir müssen sehen, wie wir uns mit ihm abfinden. Auch an dem Programm des Herrn Kapp ist manches töricht, aber die Kritik allein nützt nichts. Eine Politik der Enthaltung ist falsch. Wir müssen Stellung nehmen. Und da erscheint es mir unmöglich, zusammen mit Sozialdemokraten und Demokraten gegen die neue Regierung aufzutreten[20] (Dr. Rießer: Einwirken auf die Regierung). Wenn wir jetzt eine Erklärung gegen Kapp herausgeben, dann verstehen das unsere Leute nicht. Aber wir können von der Regierung verlangen, daß sie sich auf eine möglichst breite Basis stellt. Wenn Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei sich zunächst mit der neuen Regierung zusammenfinden, dann wird das vorläufig genügen. Dann werden wir weiter versuchen, das Zentrum herüberzubringen. Uns hinstellen und zusehen, was aus der Bewegung wird, das geht nicht, dann wird das Schiff an uns vorbeifahren. Die Zurückhaltung der Deutschnationalen verstehe ich nicht.

Dr. v. Krause: Von meinem persönlichen Standpunkt aus begrüße auch ich die Beseitigung der alten Regierung. Aber eine persönliche Auffassung darf für die Partei nicht ausschlaggebend sein. Wir können uns nicht zu der Stellungnahme Kapps bekennen. Die Tragweite seines Programms ist gar nicht abzusehen. Wir sollten daher noch nicht dazu Stellung nehmen, weder billigend noch ablehnend. Er empfehle daher, mit einem Aufruf noch zu warten. Wolle man schon einen solchen erlassen, dann könnte man nur erklären, daß man sich mit den vorhandenen Tatsachen abfinde, man dürfe die neue Regierung darin weder begrüßen noch bekämpfen. Die Partei müsse aber dann weiter fordern, daß die Regierung auf den Boden des Programms der Deutschen Volkspartei kommt. Der Standpunkt der Deutschnationalen sei gar nicht so unklug.

Abg. Kempkes: Es handle sich nicht darum zu überlegen, ob wir die Umsturzbewegung machen würden, sie ist da. Daraus ergeben sich für uns Konsequenzen. Die neue Regierung sei eine diktatorische, die das Recht herleite von der Gewalt, die sich stütze auf die Bajonette. Es kommt nun darauf an, daß wir auf eine Verbreiterung des

scheidenden Schritt von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie getan. Am 28.10. traten die beiden Gesetze zur Abänderung der Reichsverfassung in Kraft (RGBl. 1918, S. 1273ff.), die das Reich auch verfassungsrechtlich zu einer parlamentarischen Monarchie machten: Der Reichskanzler war nun vom Vertrauen des Reichstag abhängig und war in seiner Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.

[20] Die drei Regierungsparteien hatten in einer interfraktionellen Besprechung vom 13.3. (Teilnehmerliste im Hauptstaatsarchiv Stuttgart NL Haußmann 43) einstimmig einen Aufruf verabschiedet (Text bei: Brammer, S. 17), der den Putsch als einen »verbrecherischen, mit aller Kraft zu bekämpfenden Verfassungsbruch« bezeichnete.

Ministeriums hinarbeiten. Er habe das Herrn Kapp bei der Besprechung auch erklärt.[21] Er habe auch den Eindruck gewonnen, daß die Regierung sich als Diktatur nicht auf längere Zeit etablieren, sondern die Neuwahlen bald ausschreiben wolle. Das Programm des Herrn Kapp, das hier nur bruchstückweise vorgetragen worden sei, sei im großen und ganzen mit unserm sehr verwandt. Der Kollege Maretzky habe sich zu scharf ausgedrückt, wenn er meinte, wir hätten den Sturz der alten Regierung begrüßt. Andererseits haben wir aber auch die Nachricht für unmöglich gehalten, wonach sich Herr Dr. Heinze der alten Regierung zur Verfügung gestellt habe. Wenn wir einen Aufruf erlassen, dann soll der Aufruf möglichst kurz sein.

Dr. Maretzky: Was soll geschehen, wenn diese Regierung sich nicht halten kann? Zweifellos werden die jetzigen Machthaber um ihr Leben kämpfen und gegebenenfalls ihr Leben teuer verkaufen. Diese Regierung sitzt unvergleichlich fester als die vom November [19]18. Was passieren könne, seien Schwierigkeiten der Ernährungslage.[22] Leide die Regierung Schiffbruch, dann fließe viel Blut. Deshalb bleibt uns nichts übrig, als daß wir diese Regierung stützen und sie auf einen Weg bringen, den wir für richtig halten. Kapp sei im übrigen nicht der ultraradikale Desperado, als der er geschildert werde. Er habe viel mehr das Bestreben, gemäßigt zu regieren. Wir müssen daher mit ihm engste Fühlung halten sowie mit den Deutschnationalen im Einvernehmen bleiben (Dr. Rießer: Selbstverständlich! Dr. Stresemann: Auch mit jeder anderen Partei, die sich zur Verfügung stellt).

Dr. Stresemann: Dr. Maretzky habe mit Recht auf den Bürgerkrieg hingewiesen. Es könne aber auch dahin kommen, daß das Reich auseinanderfällt. Vielleicht denken die neuen Machthaber bloß an Preußen. Für uns aber wäre das Auseinanderfallen noch schlimmer als der Bürgerkrieg. Deshalb müssen wir eine Linie suchen, die auf der einen Seite der neuen Regierung keine Schwierigkeiten macht, die uns aber den Weg läßt, eventuell Mittler zu sein zwischen Dresden und Berlin. Deshalb müssen wir auch erklären, daß wir niemals die Hand bieten zu irgendwelchen reaktionären Maßnahmen. Wir dürfen nicht mit der neuen Regierung durch dick und dünn gehen. Unter allen Umständen fordern wir die sofortige Zurückführung des ungesetzlichen Zustands auf eine gesetzmäßige Grundlage.

Geheimrat Garnich: Er habe den Eindruck, daß wir um eine klare Stellungnahme mit ja oder nein nicht herumkommen. Wenn wir die neue Regierung anerkennen, müssen wir sie auch unterstützen. Auf das Zögern des Generals Maercker dürfen wir nicht zu viel geben. Wenn die alten Parteien versagen, dann bilden sich schon innerhalb der nächsten Tage neue nationale Parteien, zu denen dann die Leute in Scharen hinübergehen werden. Er sei dafür, eine Kundgebung zu erlassen in dem Sinne, daß wir diese Regierung stützen. Scheitere diese Regierung, dann gibt es doch bloß noch Ledebour.[23] Unsere Wähler müssen daher eine klare Parole haben.

[21] Die Mitschrift der Unterredung (Dok. Nr. 19) erwähnt diese Äußerung nicht.

[22] Am Sonntag, dem 14.3., kam es im Rahmen des Generalstreiks zu einer Sperrung von Gas, Wasser und Elektrizität. Das Regierungsviertel zwischen Voßstraße, Wilhelmstraße, Unter den Linden und Budapester Straße verfügte jedoch über eine eigene Elektrizitätsversorgung; bereits am 16.3. fehlte es an wichtigen Lebensmitteln, siehe Erger, S. 203.

[23] Georg Ledebour (1850–1947), Redakteur. Mitbegründer der USPD, Mtgl. des USPD-Parteivorstandes, Angehöriger der Revolutionären Obleute. Protagonist des linken Flügels der Partei

Abg. Beuermann: Er rate zur Zurückhaltung. Der Generalstreik sei nicht abzusehen. Auch unsere Zurückhaltung könne der Regierung eine Stütze geben. Wenn wir uns zu einseitig binden, dann können wir nicht mehr vermitteln.

Frau Mende stimmt Herrn Garnich zu. Wir müssen eine bestimmte Stellung haben. Draußen in der Provinz erscheinen Zeitungen, man will dort wissen, was die Deutsche Volkspartei denkt. Die Nachricht, die über Herrn Dr. Heinze durch die Presse geht, wird man gegen uns ausnützen, wenn wir von uns nichts hören lassen.

Dr. Stresemann: Was ich gesagt habe, ist doch eine klare Parole: Die neuen Tatsachen werden anerkannt, aber wir fordern die sofortige Zurückführung des ungesetzlichen Zustands auf eine gesetzmäßige Grundlage.

Dr. v. Krause: Ich bin mit Stresemann einverstanden. Unsere Stellungnahme ist nicht unklar. Auf den Boden der Tatsachen müssen wir uns stellen, aber ich bin dagegen, daß wir die neue Regierung anerkennen. Wir sollten uns auf den Standpunkt der Beamten vom November [19]18 stellen: bereit sein zur Mitarbeit unter der Voraussetzung, daß kein Opfer der Gesinnung zu bringen ist. Das müsse auch der Standpunkt der Partei sein.

Abg. Hollmann: Um eine klare Stellungnahme kommen wir nicht herum, in dieser Hinsicht bin ich mit Herrn Garnich durchaus einverstanden, aber die von Herrn Dr. Stresemann vorgeschlagene Fassung erscheint mir als die richtige.

Abg. Dr. Stresemann verliest sodann den in der Vormittagssitzung aufgesetzten Entwurf[24] zu einer Erklärung:

»Eine neue Regierung hat sich in Deutschland gebildet, nachdem die bisherige Regierung, die es nicht verstanden hat, das Vertrauen der Mehrheit des Volkes sich zu erhalten, sich jedem Streben auf Neubildung einer Regierung auf verfassungsmäßigem Wege durch Neuwahlen widersetzt und darüber hinaus den Bruch der bisherigen Reichsverfassung zur Sicherung ihrer Parteimacht ins Auge gefaßt hat. Alle diejenigen, denen daran gelegen ist, daß sich der Wiederaufbau unseres Vaterlandes in ruhiger und ordnungsmäßiger Weise vollzieht, müssen sich jetzt in der Forderung zusammenfinden, daß die neue Regierung zunächst Garantie schafft für die Sicherung der Ordnung, des Eigentums und der Freiheit der Arbeit. Die Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige ist ein unbedingtes Erfordernis. Wir erwarten daher von der Regierung, daß sie sobald als möglich Neuwahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften auf einer Grundlage des bisherigen freiheitlichen Wahlrechts herbeiführt und dadurch die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung erwirkt, die alsdann die Geschäfte zu übernehmen hat. Bis dahin muß ein einträchtiges Zusammenwirken aller Deutschen uns davor bewahren, daß innerer Kampf unsere schwierige politische und wirtschaftliche Lage nicht noch weiter erschwert«.

und scharfer Gegner einer Zusammenarbeit zwischen SPD und USPD. 1900–1924 MdR (SPD/USPD).

[24] Siehe auch Dok. Nr. 18, Anm. 9.

Dr. v. Krause: Eine Billigung der neuen Regierung liegt in dieser Fassung drin. Ich könnte mich schließlich für meine Person damit abfinden. Er schlägt jedoch vor, einen Satz anzuhängen im Sinne des Kollegen Rießer, daß unsere Grundsätze von der Umwälzung unberührt bleiben.

Abg. Dr. Rießer schlägt eine andere Formulierung vor.

Dr. Stresemann stimmt zu, daß entsprechend dem Wunsche des Herrn Geh. Rats Rießer der Satz eingefügt wird: »Die liberalen Grundsätze der Deutschen Volkspartei bleiben durch die Umwälzung unberührt. Wir fordern daher usw.«.

Abg. Kempkes schlägt vor, die Mittlerrolle jetzt noch nicht anklingen zu lassen.

Inzwischen sind die Redakteure Schwarzer und Dr. Schultze-Pfälzer[25] eingetroffen, die neue Nachrichten bringen. Danach verhandelt die Regierung zur Zeit mit den Unabhängigen wegen Eintritts der Unabhängigen in die Regierung. Es werden dazu Barth[26] und Däumig[27] genannt, die sich zu einem Eintritt bereits bereit erklärt haben sollen.[28]

Abg. Garnich: Diese Mitteilungen verändern das Bild wiederum. Es sei sicher eine kluge Idee. Andererseits sei die Sache aber auch außerordentlich gefährlich. Die Unabhängigen sehen auf diese Weise in die Karten der neuen Regierung und haben vor allem Gelegenheit, die Reichswehr zu bearbeiten.

Dr. Maretzky: Man dürfe die Sache nicht pessimistisch betrachten. Einfluß auf das Militär würden die Unabhängigen nicht bekommen. Der Gedanke sei nicht so von der Hand zu weisen. Wenn man die Arbeiter wolle, müsse man dahin gehen, wo die Arbeiter sind.

Auf Anfrage von Dr. Stresemann äußern sich die anwesenden Pressevertreter dahin, daß eine öffentliche Erklärung der Partei durchaus wünschenswert ist. Die Presse dürfe voraussichtlich vor Montag nicht wieder erscheinen.[29] Die Verwirrung im Volke würde daher zunehmen, wenn das Volk gar nichts erfährt.

[25] Gerhard Schultze-Pfälzer (1891–1952), Dr. phil. Chefredakteur der Zeitung »Der Tag«.

[26] Emil Barth (1885–1941), Klempner. 1917 Eintritt in die USPD, Führer der Berliner Revolutionären Obleute und Protagonist des linken Parteiflügels, Nov.–Dez. 1918 MRdV; 1921 Wiedereintritt in die SPD, bis 1924 Sekretär der ADGB-Betriebsrätezentrale.

[27] Ernst Däumig (1866–1922), 1911–1916 Redakteur beim »Vorwärts«, seit 1917 Vorstandsmtgl. der USPD und Protagonist des linken Parteiflügels. 1920 mit dem linken Flügel der USPD Übertritt zur KPD, Mitvors. der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD), 1921 Austritt aus der KPD. 1920–1922 MdR (USPD/KPD/USPD).

[28] Siehe auch Dok. Nr. 19, Anm. 16. Däumig war Mitunterzeichner des Streikaufrufs der USPD vom 13.3.1920, abgedruckt bei: Könnemann/Krusch, Bd. 1, S. 174.

[29] Siehe Dok. Nr. 18, Anm. 8; Dok. Nr. 19, Anm. 17.

Inzwischen wird gemeldet, daß Herr von Jagow[30], der frühere Polizeipräsident von Berlin, Minister des Innern werden[31] und daß General v. Winterfeldt[32] das Äußere übernehmen soll. Als Pressechef wurde zunächst Bredereck[33] genannt, der aber im Laufe des Tages bereits wieder abgesägt worden sei.[34] Weiter wird mitgeteilt, daß ein Verwandter des englischen Gesandten die Sache erst skeptisch beurteilt habe, aber dann zuversichtlich geworden sei.

Auf die Frage des Herrn Dr. Stresemann, ob Herr Kapp sich unserer Abordnung gegenüber zu den Fragen der äußeren Politik geäußert habe, teilt Abg. Kempkes mit, daß Herr Kapp erklärt habe, er vertrete grundsätzlich ein Kontinentalprogramm. Zur Zeit sei seine Durchsetzung infolge der Sowjetherrschaft in Rußland allerdings fraglich, man müsse daher noch mit England zusammengehen.

Es wird sodann der Aufruf der Demokratischen Partei vorgelesen, der inzwischen bekannt geworden ist.[35]

Abg. Dr. Rießer betont, daß es unsere Aufgabe sei, auf eine Zusammenfassung aller Kräfte hinzuarbeiten. Wir müßten eine Stütze werden für die Schwankenden. Dr. Maretzky hält die Politik des Herrn Rießer an sich für richtig, in der Erklärung an die Öffentlichkeit müßten wir aber etwas anderes sagen. Wir dürften uns nicht ohne weiteres als Vermittler anbieten. Dagegen stimme er zu, daß wir unsere liberalen Grundsätze unterstreichen. Nach weiterer Beratung[36] wird der Aufruf in folgender Fassung einstimmig angenommen:

»Die in Berlin anwesenden Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und der Fraktionen der Deutschen Volkspartei erlassen folgenden Aufruf: Die bisherige Regierung hat es nicht verstanden, das Vertrauen der Mehrheit des Volkes sich zu erwerben. Sie hat sich jedem Streben auf Neubildung einer Regierung auf verfassungs-

[30] Traugott von Jagow (1865–1941), Jurist. 1909–1916 Polizeipräsident in Berlin, 1916–1919 Regierungspräsident in Potsdam; vom Reichsgericht am 21.12.1921 wegen Hochverrats zu 5 Jahren Festung verurteilt, 1925 begnadigt.

[31] Jagow wurde am 13.3. von Kapp zum preußischen Innenminister ernannt (Kabinett Bauer, Dok. Nr. 189) und entfaltete sofort eine rege Tätigkeit: So ordnete er die Amtsenthebung des UStS Freund und des Ministerialdirektors Meister an und verfügte die Dienstenthebung von 4 Oberpräsidenten (Lippmann, Pommern; Philipp, Schlesien; Hörsing, Sachsen; Kürbis, Schleswig-Holstein) und 8 Regierungspräsidenten (Schleusener, Potsdam; Bartels, Frankfurt/O.; Junghanns, Köslin; Haußmann, Stralsund; Jaenicke, Breslau; Büchting, Liegnitz; Pohlmann, Magdeburg; König, Arnsberg), sämtlich Angehörige der SPD, der DDP und des Zentrums.

[32] Detlof von Winterfeldt (1867–1940), 1901–1905 Militärattaché in Brüssel, 1909–1914 in Paris, August 1917 bis Nov. 1918 Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Reichskanzler, 1919 Chef der Waffenstillstandskommission in Spa, 1920 Chef der Heeresfriedenskommission.

[33] Paul Bredereck, Rechtsanwalt in Berlin; siehe auch Dok. Nr. 2, Anm. 7.

[34] Bredereck wurde auf der ersten Pressekonferenz Kapps so vehement angegriffen, daß sich Kapp zu der Mitteilung gezwungen sah, daß er in der neuen Regierung nicht amtlich tätig sei, siehe Brammer, S. 31 ff.; Erger, S. 167.

[35] Der Hauptvorstand der DDP hatte in einer Besprechung am Mittag des 13.3. einen Aufruf verabschiedet (Text: Jansen, S. 20 f.), der zur »nationalen Arbeitsruhe aus Protest« aufforderte, siehe auch Albertin, S. 371; Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1975, S. 77 f.

[36] In einem Schreiben an Cleinow vom 20.5.1920 stellte Stresemann fest: »Die Entschließung des 13. März ist – leider – in der Gegenwart von 30 Parteivertretern beschlossen und von verschiedenen Abgeordneten, darunter Rießer, Kahl, Kempkes, formuliert worden«, PA NL Stresemann 212.

mäßigem Wege durch Vornahme von Neuwahlen widersetzt, und sie hat darüber hinaus den Bruch der bisherigen Reichsverfassung zur Sicherung ihrer Parteimacht erstrebt. Dadurch trägt sie die Verantwortung, daß der Weg der organischen Entwicklung, zu dem wir uns bekennen, durchbrochen worden ist. Nunmehr hat sich eine neue Regierung gebildet. Alle diejenigen, denen daran gelegen ist, daß sich der Wiederaufbau unseres Vaterlandes in ruhiger, ordnungsmäßiger Weise vollzieht, müssen sich jetzt in der Forderung zusammenfinden, daß die neue Regierung Bürgschaft gibt für die Sicherung der Ordnung, des Eigentums und der Freiheit der Arbeit. Die liberalen Grundsätze der Deutschen Volkspartei bleiben durch die Umwälzung unberührt. Daher fordern wir die schnellste Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige. Wir erwarten von der Regierung, daß sie unverzüglich Neuwahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften auf der Grundlage des bisherigen freiheitlichen Wahlrechts herbeiführt und dadurch die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung sicherstellt, zu der alle Parteien herangezogen werden sollen, denen es ernst ist mit der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft und mit der Wahrung der nationalen Würde. Bis dahin müssen wir es uns zur Pflicht machen, durch ein Zusammenwirken aller Deutschen uns davor zu bewahren, daß innerer Kampf den Zusammenbruch unserer politischen und wirtschaftlichen Lage herbeiführt«.[37]

Nächste Sitzung Sonntag, den 14. März, 11 Uhr vormittags in der Reichsgeschäftsstelle.[38] Schluß der Sitzung 8 Uhr abends.

[37] Der durch Flugblätter, Zeitungsanzeigen und das W.T.B. verbreitete Aufruf ist u.a. abgedruckt bei: Schultheß 1920 I, S. 51 f.; Hartenstein, S. 156. Der Aufruf, der nach einer zutreffenden Feststellung Albertins, S. 371, die »dichteste Annäherung an die Aufrührer« enthielt, stieß auf schärfste Kritik seitens der Mehrheitsparteien, siehe dazu die detaillierten Analysen bei Hartenstein, S. 157 ff.; Turner, S. 70 ff. Stresemann selbst, Märzereignisse, S. 7, betonte (wie auch Kahl in seiner Rede vor der Nationalversammlung am 14.4.1920, VNV, Bd. 333, S. 5137 ff.), der Aufruf zeige »klar und deutlich«, daß die Partei sich »zu der organischen Entwicklung bekenne, die durch Gewalt durchbrochen worden sei«, und hob die »Vermittlerrolle« der DVP hervor, während Jansen, S. 31, berichtet, der Zentrumsabgeordnete Herold habe Stresemann am 13.3. »darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Kundgebung geradezu katastrophal sei, weil sie die Anerkennung der Kapp-Regierung in sich trage. Stresemann hat den Darlegungen Herolds ihre Berechtigung nicht aberkennen können und ist selber irre geworden an der Zweckmäßigkeit der Kundgebung. Er hat dann Herrn Herold gesagt, er werde versuchen, den Druck noch zu verhindern«. Scheidemann nahm diese Erklärung bei der Sitzung der Nationalversammlung am 18.3.1920 in Stuttgart zum Anlaß einer vehementen Attacke: »Die Leute wollen gegen Gewalt von links mit Kanonen und Minenwerfern auftreten und den Putsch von rechts, von den eigenen Leuten, billigen sie sanftmütig und stillschweigend«, VNV, Bd. 333, S. 4905. Auch Reichsjustizminister Blunck wollte den Nachweis einer direkten Verbindung zwischen DVP und Putschisten herstellen, sprach von einer »an sich unklaren und molluskelhaften Haltung« der DVP und bezeichnete den Aufruf als eine »kraftvolle Erklärung angesichts der neuen Regierung, wie sie kraftvoller kaum gedacht werden könnte«, ebd., S. 5092 ff. Der einzige Abgeordnete der DVP in dieser Sitzung, Becker (Hessen), lehnte ein näheres Eingehen auf die Vorwürfe ab, ebd., S. 5096 ff.

[38] Siehe Dok. Nr. 21.

21.

14. März 1920: Sitzung der Parteileitung in Berlin

PA NL Stresemann 217. Maschinenschriftliches Manuskript mit handschriftlichen Korrekturen.[1] Überschrift: »3. Sitzung am 14. März 11 Uhr vormittags in der Reichsgeschäftsstelle.«[2]

Abg. Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß außer den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses und der Fraktionen auch bekannte Berliner Parteifreunde sowie die Vertreter der Presse geladen seien. Er schlage vor, daß wir auch bei den folgenden Sitzungen in diesem erweiterten Kreis verhandeln. Die Versammlung stimmt diesem Vorschlag zu.

Dr. Stresemann gibt sodann die aus dem Lande vorliegenden Erklärungen unserer Parteiorganisationen bekannt. Aus Oldenburg liegt eine Erklärung vor, die den Versuch, durch Anwendung von Gewalt die Regierung zu beseitigen, mißbilligt, sodann aber der bisherigen Regierung die Schuld an dieser Entwicklung beimißt.[3] Eine Kölner Erklärung ist im gleichen Sinne gehalten.[4] Weiter verliest Dr. Stresemann die Erklärung, die die alte Regierung von Dresden aus erlassen hat[5] sowie eine Veröffentlichung der Korrespondenz Hoffmann, in der mitgeteilt wird, daß die süddeutschen Regierungen Bayern, Württemberg und Baden sich gegen Kapp wenden und aussprechen, daß sie nur die bisherige Reichsregierung und die Nationalversammlung als verfassungsmäßig anerkennen.[6] Ferner werden die Nachrichten der neuen Regierung mitgeteilt, vor allem der Anschluß des Oberpräsidenten von Ostpreußen,

---

[1] Die Korrekturen von unbekannter Hand betreffen bis auf zwei Ausnahmen, die im Text nachgewiesen sind, nur orthographische Fehler sowie Wortauslassungen oder -verschreibungen. Die Niederschrift ist handschriftlich mit »1920« überschrieben und weist die Unterschrift des Protokollführers Trucksaess auf. Laut beigefügter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Stresemann, Garnich, Beuermann, Ravené, Schwabach, Frau Garnich, Thaer, Stendel, Hollmann, Freund, Cremer, Rose, Thiel, Maretzky, Frau Schönherr, Frau Hoffmann, Kempkes, v. Krause, Frau Mende, Mittelmann, Hugo, Leidig, Meyer (Herford), Steinbauer, Schwarzer, Schultze-Pfälzer, Rauch, Schütz, Stocksiek, Kockelkorn, Brüser, Frau Schwarz, Spieß, Trucksaess.

[2] Die Aufzeichnung ist mit Auslassungen auch abgedruckt bei: Könnemann, Dokumente, S. 625–627.

[3] Liegt nicht vor. Der oldenburgische Ministerpräsident Tantzen (DDP) hatte auf einer außerordentlichen Sitzung des Landtags die Berliner Vorgänge als »verbrecherischen Wahnsinn« bezeichnet; während der Debatte hatten auch Vertreter der DVP der rechtmäßigen Regierung »ihres vollen Vertrauens« versichert, DKG 1920 I Inl., S. 220.

[4] Liegt nicht vor.

[5] Die Reichsregierung hatte bereits am 13.3.1920 einen ersten Aufruf erlassen, der den Staatsstreich als »Akt der Tollheit« verurteilte und die Anordnungen der Putschisten als rechtsungültig bezeichnete (Text: Brammer, S. 12). Am 14.3. erließ die Regierung einen weiteren Aufruf, der den Putsch als »Cöpenickiade im Großen« bezeichnete und besonders die Beamten zum Widerstand aufforderte, abgedruckt bei: Kabinett Bauer, Dok. Nr. 192.

[6] Die von den Ministerpräsidenten Hoffmann, Blos und Geiß unterzeichnete Erklärung verurteilte den Putsch als »Verbrechen am deutschen Volke« und betonte, daß die drei Länder sich gegen die »verfassungswidrigen reaktionären Machenschaften mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen« werden, Schultheß 1920 I, S. 49f.

Winnig[7], an die Regierung Kapp.[8] Herr Dr. Stresemann führt weiter aus, daß die Regierung, soweit er aus Dresden habe erfahren können, beabsichtige, sich nach Süddeutschland zu begeben.[9] Die Regierung Kapp habe tatsächlich Verhandlungen zu den Unabhängigen angeknüpft[10], im übrigen lägen keine Nachrichten vor, die zeigen, daß die Anschlußbewegung an Kapp über Preußen hinausgreife. Die Meldung der Korrespondenz Hoffmann zeige vielmehr, daß die Gefahr bestehe, daß Nord und Süd voneinander getrennt würden.

Während gestern nur diejenigen Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und der Fraktionen versammelt gewesen seien, die zu erreichen waren, könne der auf heute einberufene Geschäftsführende Ausschuß die gestern erlassene Erklärung[11] offiziell billigen, eventuell auch interpretieren. Im ganzen hätte auch die gestern erlassene Erklärung das getroffen, was unsere Freunde im Lande sagen.[12]

Von Dr. Maretzky läuft die Mitteilung ein, daß in Lichtenberg und anderen Orten ein Flugblatt mit der Unterschrift der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei verbreitet werde, das sich gegen Kapp wende.

Abgeordneter Dr. Mittelmann macht Mitteilungen aus Stettin. Dort wären bereits die drei sozialistischen Parteien versammelt gewesen und hätten die Ausrufung der Räterepublik in Stettin beschlossen. Die Reichswehr in Stettin sei für Kapp, allerdings nur dann, wenn es sich um keine reaktionäre Regierung handele.

Dr. Stresemann teilt mit, daß gestern in der Universität eine Versammlung zur Bildung von Freiwilligenkorps stattgefunden habe. Es habe aber dabei keine begeisterte Stimmung geherrscht. Schuld daran sei, daß die Ministerliste des Herrn Kapp eher Mißtrauen als Vertrauen einflöße.[13] Es sei überhaupt nicht zu verstehen, daß keine Ministerliste vorbereitet sei. Die Regierung Kapp zeichne sich durch Ideenlosigkeit aus.

---

[7] August Winnig (1878–1956), Maurer, Gewerkschaftssekretär. 1919/1920 MdR (SPD), Januar 1919 Reichskommissar für Ost- und Westpreußen, ab Juni 1919 Oberpräsident von Ostpreußen mit Sitz in Königsberg. 1920 Parteiausschluß wegen seiner Haltung während des Kapp-Putsches. 1927 Mitbegründer der ASP, 1930 Mtgl. der KVP.

[8] Am Abend des 13.3.1920 hatte sich Winnig, gemeinsam mit dem Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 3, v. Estorff, den Putschisten zur Verfügung gestellt, siehe Erger, S. 179f. Nach Niederschlagung des Putsches wurde Winnig seines Amtes enthoben und aus der SPD ausgeschlossen, siehe auch Wilhelm Landgrebe, August Winnig, Lahr 1961.

[9] Die Reichsregierung begab sich noch im Verlauf des 14.3.1920 nach Stuttgart; am Abend des 13.3. war die Nationalversammlung auf den 17.3. nach Stuttgart einberufen worden, siehe Schultheß 1920 I, S. 51.

[10] Am 13. und 14.3.1920 war es zu mehreren Unterredungen des USPD-Funktionärs Wauer mit Kapp gekommen, siehe Dok. Nr. 19, Anm. 16.

[11] Siehe Dok. Nr. 20, S. 249f.

[12] Nach Beendigung des Putsches teilte der Leipziger Generalsekretär Dieckmann Stresemann brieflich mit, in Dresden sei man »entsetzt« gewesen »über die doppeldeutige Erklärung vom 13. März«, PA NL Stresemann 217 und Schowalter stellte am 30.3.1920 heraus, »viele Parteifreunde in der Priegnitz« hätten sich »unter Berufung auf diese zweifellos unglückliche Kundgebung [...] offen auf die Seite Kapps gestellt«, ebd.

[13] Siehe dazu Dok. Nr. 19, 20.

Dr. Cremer berichtet über die Lage in Mitteldeutschland.[14] Man rechnet dort damit, daß der Generalstreik in wenigen Tagen zusammenbreche. Politisch nehme man an der Persönlichkeit Kapps Anstoß. Unsere Organisation in Halle beabsichtige eine Entschließung zu fassen, in der die Verantwortung für die Ereignisse der Regierung Bauer zugeschoben und an die gegenwärtigen Machthaber die Forderung gerichtet werde, so schnell wie möglich verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen. Der Ausgang der ganzen Sache sei zweifelhaft, da nicht bloß die Arbeiterschaft, sondern auch das Bürgertum Mißtrauen gegen die Ministerliste des Herrn Kapp habe. Offenbar sei die Sache ganz ungenügend vorbereitet. Wir müßten uns daher hüten, allzu deutlich für Kapp einzutreten.

Dr. Stresemann verliest die am Tage zuvor gefaßte Entschließung[15] und weist zur Begründung auf folgendes hin: Wenn die Deutsche Volkspartei zum Ausdruck brächte, daß Kapp sich nicht halten könne, dann würde sie Herrn Kapp von vornherein den Todesstoß geben. Das wäre weniger wegen der Person des Herrn Kapp bedenklich, als hinsichtlich der Truppen. Wir müßten die Möglichkeit ins Auge fassen, daß wir als Vermittler zwischen den beiden Regierungen auftreten können.[16] Unseren eigenen Standpunkt hätten wir durchaus gewahrt, indem wir ausdrücklich darauf hingewiesen hätten, daß wir für eine organische Fortentwicklung sind. Die Schuld, daß diese organische Fortentwicklung unterbrochen worden sei, treffe die Regierung. Wir verlangen weiter eine verfassungsmäßige Regierung und bieten die Hand dazu, daß diese Regierung sich auf breitester Grundlage bildet. Uns könne nicht daran gelegen sein, daß Berlin vor Dresden kapituliere. Dr. Stresemann verliest im Anschluß daran die Erklärung der Deutschnationalen[17], die in der Sache auf dasselbe hinauskomme wie die unsrige.

Generalkonsul von Schwabach: In seinen Kreisen sehe man den kommenden Ereignissen nur mit großer Sorge entgegen. Sowohl Kapp wie Jagow flößen Mißtrauen ein. Die Besorgnisse gehen nach verschiedenen Richtungen. Einmal bestünde die Gefahr des Generalstreiks, sodann die Gefahr des Auseinanderfallens des Reiches und drittens die Stellungnahme der Entente. Für unsere Partei sei Vorsicht am Platze. Wie ist die Vermittlung der Deutschen Volkspartei gedacht? Schwebt der Parteileitung etwa ein Kompromiß vor zwischen Dresden und Berlin? Das letztere wäre an sich wünschenswert.

Dr. Stresemann: Eine Vermittlung scheint mir schon im Hinblick auf die Haltung Süddeutschlands dringend notwendig. Ich denke mir die Sache so, daß wir eine Punktation zustande bringen, die als Hauptpunkt die alsbaldige Festsetzung der

[14] Zur zweideutigen Haltung Maerckers siehe Dok. Nr. 20, Anm. 14. In Thüringen hatte sich der Führer der Reichswehrbrigade 16, Generalmajor Hagenberg, den Putschisten angeschlossen, in deren Auftrag er die Landesregierungen von Sachsen-Altenburg, Sachsen-Weimar und Reuß ihres Amtes enthob. In der Provinz Sachsen hinderte die Reichswehr den vom »Innenminister« Jagow seines Amtes enthobenen Oberpräsidenten Hörsing (SPD) an der Ausübung seiner Aufgaben.

[15] Siehe Dok. Nr. 20, S. 249f.

[16] Satz im Original von unbekannter Hand hinzugefügt.

[17] Siehe Dok. Nr. 20, Anm. 12.

Neuwahlen enthält, worauf beide Regierungen zurücktreten und einem Übergangsministerium Platz machen, das aus Fachministern zusammengesetzt ist.[18]

Thiel: Die Arbeitnehmer seiner Richtung wären für eine neue Regierung wohl zu gewinnen[19], wenn nicht gerade Herr Kapp an der Spitze stehen würde. Kapp habe in den Arbeitnehmerkreisen keinen guten Ruf. Bis jetzt herrsche aber trotzdem im Volke eine zuversichtliche Stimmung. Dem Aufruf stimme er im allgemeinen zu.

Dr. Hugo: Macht Mitteilungen über die Lage in Hannover und Hamburg. Die Stimmung dort sei durchaus gut. Unsere Aufgabe müsse die Bildung einer Koalitionsregierung sein. Das alte Ministerium dürfe nicht wiederkommen. Das Land sei froh, daß wir diese Gesellen los sind. Im Reichswirtschaftsministerium sei in letzter Zeit die Sozialisierung hinter den Kulissen eifrigst weiter betrieben worden. Deutschland solle vollends ruiniert werden. Wir dürfen jetzt nicht etwa die Dinge gehen lassen, sondern müssen aktiv eingreifen. Die Deutsche Volkspartei müsse in die Bresche treten, und das Volk müsse das auch sehen. Die Linke habe abgewirtschaftet, die Rechte sei durch Kapp kompromittiert, jetzt sei die Gelegenheit für uns günstig.

Herr Rauch[20] hat vom Reichswehrministerium neue Nachrichten inzwischen eingeholt. In Kiel sei es zu Kämpfen gekommen, ebenso in Hamburg. Doch hofft man, daß die Sache dort in Ordnung kommen werde. Auch in Bayern sei die Lage noch nicht geklärt. Aus Baden, Württemberg, Hannover, Westfalen lägen keine Nachrichten vor. Militärisch sei dort die Situation für die neue Regierung nicht günstig. Unserer Forderung wegen Verbreiterung des Kabinetts stimme man auch im Reichswehrministerium zu.

Dr. Stresemann: Stellt sodann zur Aussprache, ob wir als Geschäftsführender Ausschuß zum gestrigen Aufruf erneut öffentlich Stellung nehmen sollen, sodann die Frage, ob wir auf ein Koalitionsministerium hinarbeiten und die Parteiinstanzen beauftragen sollen, entsprechende Schritte zu tun.

Abgeordneter Kempkes: Ich bin der Meinung, daß unser gestriger Aufruf keiner Ergänzung bedarf. Er genüge vorläufig. Dagegen bin ich für eine sofortige Fühlungnahme mit Kapp wegen Verbreiterung seines Ministeriums, ferner für sofortige Fühlungnahme mit den anderen Parteien, vor allem mit dem Zentrum.[21]

Von Schwabach: Er stimme der Fühlungnahme mit Kapp in der angegebenen Richtung zu. Wenn jedoch Kapp nicht darauf eingeht, dann ist meines Erachtens ein Zusammenarbeiten nicht möglich.

---

[18] In den Aufzeichnungen über seine Teilnahme an den Ereignissen hebt Leidig hervor, man sei sich darüber einig gewesen, »daß aus den Schwierigkeiten der Lage [...] am besten ein Koalitionsministerium unter Rücktritt beider Regierungen heraushelfen werde«, PA NL Stresemann 217.

[19] Während die Hirsch-Dunckerschen-Gewerkvereine und der Deutsche Beamtenbund den Aufruf zum Generalstreik vom 13.3.1920 unterstützten, verhielten sich der DHV und die christlich-nationale Arbeiterbewegung äußerst zurückhaltend, siehe Roder, S. 264ff., Schneider, Gewerkschaften, S. 516ff.

[20] Fritz Rauch, Privatsekretär Stresemanns.

[21] Bereits am Nachmittag des 13.3.1920 hatten die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung in einer Erklärung den Putsch scharf verurteilt, siehe dazu Morsey, Zentrumspartei, S. 302f.

Dr. Cremer: Mit der Entschließung von gestern bin ich einverstanden. Sie irgendwie zu umschreiben, hat keinen Zweck. Man könnte aber doch erklären, daß der Geschäftsführende Ausschuß sich der Kundgebung anschließt. Bei den Verhandlungen mit Kapp wegen Verbreiterung[22] sollten wir dafür eintreten, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft mit herangezogen wird, die in der Lage ist, Fachleute zu stellen, eventuell auch der Reichsverband der Deutschen Industrie.[23] Um politische Persönlichkeiten kann es sich jetzt doch nicht handeln. Wenigstens nicht bei einem Ministerium Kapp.

Dr. Stresemann: Man könne der Regierung in Dresden nicht zumuten, daß sie in allen Punkten kapitulieren müsse, deshalb müsse man ein Kompromiß schließen.

Geheimrat Schwabach: Er kenne Kapp seit 20 Jahren. Die Verhandlungen mit ihm würden sehr schwer zu führen sein, Kapp sei politisch fanatisch. Entfallen müsse die Erklärung von Winnig. Aber Winnig sei auch ein Schwärmer und unsicherer Kantonist.

Dr. Leidig: Wenn etwas geschehen solle, dann müsse sofort gehandelt werden. Das Zentrum habe bis jetzt noch keine Erklärung erlassen, daher müsse man mit seinen Vertretern sofort Fühlung nehmen. Es bestehe auch die Gefahr, daß die jungen Offiziere uns unsere Mittelrolle erschweren. Deshalb müsse man sofort Fühlung nehmen.

Geheimrat Ravené: Wenn wir den Dingen den Lauf lassen, dann wird Kapp nicht nachgeben, und die Generale werden Kapp auch nicht im Stich lassen. Da gibt es tatsächlich keinen anderen Weg, als daß unsere Partei den Versuch macht, Verhandlungen herbeizuführen. Ein Fachministerium sei wohl gut, aber da es sich doch nur um eine Übergangszeit handele, so könnten auch Fachminister sachlich nicht viel ausrichten. Es empfehle sich vielmehr, Leute[24] ins Ministerium zu nehmen, die dem Volke nahestehen.

Dr. Hugo: Wir müssen jetzt die Parteien bearbeiten. Wir müssen ihnen sagen, wenn ihr vaterländisch handeln wollt, dann habt ihr die Verpflichtung, auf die von uns vorgeschlagene Basis zu treten. Erreichen wir das, dann gehen wir weiter an Kapp und an die Generäle heran. Gibt Kapp nicht nach, dann muß er die Konsequenzen tragen. Der Zustand, daß Kapp bleibt, ist untragbar. Neuwahlen müssen so bald wie möglich angesetzt werden. Im August ist es zu spät. Wenn wir bis dahin warten, dann ist alles wieder müde. Jetzt ist die Parole für das Bürgertum, von rechts und links abzurücken und in die Mitte hinein. Ich bin also gleichfalls dafür, daß sofort die Verhandlungen aufgenommen werden.

---

[22] Gemeint: Verbreiterung des Ministeriums.

[23] Der RdI hatte am 13.3.1920 erklärt, er werde, unabhängig von der politischen Lage, an den Grundsätzen der Zentralarbeitsgemeinschaft (siehe Dok. Nr. 5, Anm. 76) festhalten. Die von Stinnes und Vögler am 14.3. entworfene Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Bergbau erteilte der »gewaltsamen Regierungs- und Verfassungsänderung« eine klare Absage und betonte, die Arbeitsgemeinschaft werde von Kapp keine Weisungen für die Kohlenverteilung entgegennehmen, Gerald D. Feldman, Big Business and the Kapp-Putsch, in: CEH 4 (1971), S. 99–130 (hier: S. 112ff.); zur Haltung von Stinnes siehe auch Wulf, S. 156ff. Das Protokoll der ZAG-Sitzung vom 17.3.1920 ist abgedruckt bei: Könnemann/Krusch, Bd. 1, Berlin 1971, S. 159–167.

[24] Handschriftliche Korrektur aus: »Räte«.

Dr. Stresemann: Stellt fest, daß es der einmütige Beschluß der Versammlung ist, daß wir zwei Kommissionen mit Verhandlungen beauftragen: die eine, die versucht, auf Herrn Kapp im Sinne einer Verbreiterung seines Kabinetts und sofortiger Ansetzung des Termins der Neuwahlen einzuwirken, die andere, die die Verhandlungen mit den Parteien aufnimmt.

Abgeordneter Stendel: Bittet, mit Kapp nicht in dem Sinne zu verhandeln, daß etwa aus unseren Reihen Leute in das Kabinett eintreten.

Abgeordneter Garnich: Stimmt Dr. Hugo zu, glaubt aber, daß Kapp sich nicht beiseite schieben läßt. Das Militär stehe hinter Kapp. Auch aus dem Programm, das Herr Kapp entwickelt habe, gehe hervor, daß er gar nicht daran denke, so bald abzutreten.

Abgeordneter Beuermann: Er habe erfahren, daß das Zentrum heute nachmittag zusammentrete. Er sei dafür, daß wir die Verhandlungen beim Zentrum aufnehmen.

Dr. von Krause: Die Politik sei die Kunst des Erreichbaren. Es werde nach seiner Ansicht aussichtslos sein, Kapp und Lüttwitz zu trennen. Kapp sei innerpolitisch kein Reaktionär. Das müsse aber auch in seiner Ministerliste zum Ausdruck kommen. Darauf müßten wir hinarbeiten.

Dr. Maretzky: Macht zunächst noch Mitteilungen über die Lage im Reich. In Kiel hätten heftige Kämpfe stattgefunden. Die Reichswehr dort habe sich als unzuverlässig erwiesen. Im Kohlenrevier sei General Watter[25] zuverlässig. Der Sozialdemokrat Severing habe sich zwar nicht hinter die neue Regierung gestellt, er habe aber erklärt, alles zu tun, um den Generalstreik zu verhindern. Er [Maretzky] sei mit dem Vorschlage des Herrn Dr. Stresemann einverstanden. Die Regierung müsse gestützt werden, sonst komme das Chaos. Kapp würde sich dem Vorschlage der Deutschen Volkspartei sicherlich entgegenkommend zeigen. Das beweisen auch seine Kundgebungen. Daß Herr Kapp sich auf Männer wie Jagow usw. stütze, komme daher, weil alle anderen Kreise sich zurückhalten. Auch der Aufnahme der Verhandlungen mit den anderen Parteien stimme er zu.

Herr Spieß: macht sodann Mitteilungen aus der Pressekonferenz. Die Zeitungen in Berlin würden vom Montag ab wieder erscheinen, auch der »Vorwärts« und die »Freiheit«, sofern der Druckerstreik bis dahin beigelegt sei.[26] Der Generalstreik sei von der Generalkommission der Gewerkschaften, von der sozialdemokratischen Partei und den sozialdemokratischen Regierungen proklamiert worden. Sämtliche Schutzhaftverfügungen seien rückgängig gemacht. Nur in zwei Fällen sei sie aufrecht erhalten geblieben. In Erfurt habe sich ein Aktionsausschuß der Arbeiterschaft gebildet. Auch in Chemnitz sei eine ähnliche Bewegung im Gange. In Frankfurt am Main sei gleichfalls ein Aktionsausschuß der Arbeiterschaft gebildet. Die Ausschüsse hätten die Presse mit Ausnahme der sozialdemokratischen und der demokratischen Zeitungen verboten. Die Nationalversammlung sei von Herrn Fehrenbach auf Mitt-

[25] Oskar Freiherr von Watter (1861–1939), seit dem 20.1.1919 Kommandierender General des VII. Armeekorps in Münster. Watter weigerte sich am 14.3., ein deutliches Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Regierung abzulegen und stellte sich erst am 16.3. hinter die Reichsregierung, siehe Geßler, S. 141f.; Meier-Welcker, S. 276f.; Erger, S. 186.

[26] Siehe Dok. Nr. 18, Anm. 8; Dok. Nr. 19, Anm. 17.

woch, den 17. [März 1920], nach Stuttgart einberufen.[27] Die neue Regierung erklärt, daß der erste Wehrkreis[28] mit geringen Ausnahmen vollständig auf ihrer Seite stehe. Auch General Maercker werde bald zu ihr übertreten. Kapp selbst sei in der Pressekonferenz erschienen und habe eine Ansprache gehalten und vor allem betont, daß er weder eine reaktionäre noch monarchistische Regierung auftun wolle.

Es werden sodann die Herren Kempkes, Maretzky und Garnich beauftragt, sofort Verhandlungen mit Herrn Kapp aufzunehmen in der Richtung, daß er sich bei der Bildung seines Ministeriums nicht bloß auf konservativ-reaktionäre Männer stützen, vielmehr auch Männer der Linken heranziehen solle, so daß die Möglichkeit bleibt, mit der Stuttgarter Regierung zu verhandeln und den Bürgerkrieg zu vermeiden.[29]

Ferner die Herren Stresemann, Hugo und Leidig mit den Verhandlungen mit den anderen Parteien zwecks Gewinnung der Grundlage für eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen.[30]

Ferner wird beschlossen, in der Frage der in Berlin verteilten gefälschten Flugblätter eine Notiz an W.T.B. zu geben dahingehend, daß die Deutsche Volkspartei mit diesen Flugblättern nichts zu tun hat.

Die nächste Sitzung wird auf den folgenden Tag, 11 Uhr vormittags, angesetzt.[31]

Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr.

[27] Die Einberufung der Nationalversammlung nach Stuttgart (siehe Anm. 9) wurde gegen Mittag des 14.3. um einen Tag auf den 18.3.1920 verschoben.

[28] Königsberg.

[29] Siehe Dok. Nr. 22.

[30] Am Nachmittag des 14.3.1920 kam es im Reichstag zu einer Besprechung von Stresemann, Leidig und Hugo mit Burlage und Herold vom Zentrum. Nach der Mitteilung Stresemanns, Märzereignisse, S. 11, war es das Ziel der Unterredung, »auf ein Zusammenwirken aller bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie hinzuwirken, um gegebenenfalls durch Umbildung oder Neubildung des Ministeriums den Übergang von der tatsächlichen Diktatur zu neuen verfassungsmäßigen Zuständen zu schaffen«. Nach den Aufzeichnungen Leidigs stimmten die Vertreter des Zentrums »unserer Beurteilung der Sachlage im wesentlichen bei«, PA NL Stresemann 217, siehe dazu auch Hartenstein, S. 162 f.; Turner, S. 61. Die von Trimborn (Zentrum) auf einer interfraktionellen Besprechung der Mehrheitsparteien vom Nachmittag des 15.3. vertretene Auffassung entsprach in weiten Teilen den Vorschlägen Stresemanns, siehe Jansen, S. 35 f.

[31] Siehe Dok. Nr. 23.

22.

14. März 1920, abends: Besprechung von Vertretern der DVP mit Kapp in Berlin

PA NL Stresemann 217. Maschinenschriftliches Manuskript mit handschriftlichen Korrekturen.[1] Überschrift: »Niederschrift über die Besprechungen der Vertreter der Deutschen Volkspartei am 13. und 14. März mit dem Generallandschaftsdirektor Kapp«.[2]

Die 2. Unterredung der Abordnung[3] mit Kapp fand in der Reichskanzlei von 6 bis 7 1/4 Uhr nachmittags statt. Sie nahm folgenden Verlauf:

Die Abordnung übergab Kapp zunächst die Kundgebung der Parteileitung vom 13. März.[4]

Kapp: Ich bin mit dieser Kundgebung einverstanden bis auf einen Punkt. Sie verlangen darin »unverzüglich« Neuwahlen. Wir können doch nicht eher Neuwahlen ausschreiben, als bis daß die Ruhe wiederhergestellt ist. Es soll, wie ich schon gestern sagte[5], so schnell wie möglich die Rückkehr zu geordneten Zuständen herbeigeführt werden. Ein großes Volk wie das deutsche verträgt nicht lange eine Diktatur. Wenn Sie unter »unverzüglich« etwa die verfassungsmäßig vorgesehene Frist von 60 Tagen meinen[6], so ließe sich schon eher darüber reden. Wenn aber der angedrohte Generalstreik kommen sollte, so brauchen wir zunächst etwa 14 Tage zur Wiederherstellung der Ordnung.

Kempkes: Wir bitten den Ausdruck »unverzüglich« in formaljuristischem Sinne, d. h. »ohne verschuldetes Zögern«, aufzufassen. Wir haben in unserer heutigen Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der Partei[7] u. a. die Frage erörtert, wieweit die alte Regierung noch Macht hinter sich hat. Wenn es richtig ist, daß Süddeutschland und wesentliche Teile der Reichswehr zu ihr halten und damit einerseits die Gefahr eines Auseinanderfallens des Reiches und andererseits die Gefahr des Bürgerkrieges nahe gerückt ist, so halten wir die Lage für außerordentlich gefährdet. Es muß dann versucht werden, einen Ausgleich zwischen beiden Regierungen zu schaffen, um diese Gefahren zu bannen. Wir sehen es als unsere vaterländische Pflicht an, uns als Vermittler zur Verfügung zu stellen. Wir sind eine nationale und liberale Partei und

[1] Die Niederschrift trägt in der rechten oberen Ecke den handschriftlichen Vermerk »1920« und ist von derselben Hand (vermutlich von Trucksaess) unterschrieben »gez. Garnich«, siehe auch Dok. Nr. 19, Anm. 1. Die wenigen handschriftlichen Korrekturen verbessern nur orthographische Fehler.

[2] Im folgenden wird der zweite Teil dieser Niederschrift abgedruckt, in der Garnich den Verlauf der Unterredung zwischen den DVP-Vertretern und Kapp am späten Nachmittag des 14.3. festgehalten hat.

[3] Außer den von der Parteileitung beauftragten Unterhändlern Garnich, Kempkes und Maretzky nahm auf Seiten der DVP auch Mittelmann teil, der sich, wie Garnich am folgenden Tag berichtete (siehe Dok. Nr. 23), im Reichskanzlerpalais der Kommission »von sich aus« angeschlossen habe.

[4] Siehe Dok. Nr. 20, S. 249f.

[5] Siehe Dok. Nr. 19.

[6] Der Art. 23 WRV bestimmte: »Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. Spätestens am sechzigsten Tage nach ihrem Ablauf muß die Neuwahl stattfinden«.

[7] Siehe Dok. Nr. 21.

daher zur Vermittlerrolle vielleicht am besten geeignet. Das Programm, daß Sie uns gestern entwickelt haben, enthält viele Punkte, denen wir durchaus zustimmen könnten, aber die Personen, die Sie sich zur Durchführung dieses Programms ausgesucht haben, gelten im Volke mit Recht als durchaus reaktionär. Das Übergangsministerium bis zu den Neuwahlen muß unter allen Umständen auf eine breite Basis von rechts bis zu den Mehrheitssozialisten gestellt werden.

Kapp: Wir sind bereit, etwa 3 bis 4 Vertreter der Mehrheitssozialisten ins Kabinett zu nehmen und ebensoviel ins preußische Ministerium. Das ist aber von dieser Seite abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Namen Kapp und Jagow einen zu reaktionären Klang hätten, als daß Sozialdemokraten hierbei mitmachen könnten.[8] Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Mitwirkung von national-demokratischer Seite sehr erwünscht wäre, um das Odium abzuschwächen, als ob es sich um eine reaktionäre Regierung handele. Wir wollen keine Parteiregierung sein. Wir sind vorläufig eine zivildiktatorische und zentralistische Regierung. Die Ressorts sollen mit Fachministern besetzt werden. Die Auswahl soll lediglich nach den Gesichtspunkten der Fachkenntnis und der praktischen Vorbereitung erfolgen, die jeder für sein Amt mitbringt. Das hat auch Erwin Barth[9] gefordert. Ich werde das durch die Zeitungen oder, wenn diese nicht erscheinen können, durch ein amtliches Nachrichtenblatt bekanntgeben und hoffe dadurch, die jetzt bestehenden Vorurteile zu beseitigen. Die Mitteilung der Namen eines Kabinetts wird sich verzögern. Das öffentliche Interesse haftet nach meiner Überzeugung auch weniger an den Namen als an der Tatsache, daß überhaupt die Besetzung der Regierung mit Fachministern in Aussicht genommen ist. Es braucht hierbei nicht immer ein Beamter zu sein. Für das Landwirtschaftsministerium wäre z. B. der Freiherr von Wangenheim[10] ein ausgezeichneter Mann. Die jetzige Diktatur soll nur ein Provisorium darstellen. Wir betrachten uns lediglich als Platzhalter, auch ich für meine Person. Später wird für die Besetzung des Ministeriums das Stärkeverhältnis der Parteien nach dem Ausfall der Neuwahlen maßgebend sein.

Garnich: Ich bin im Gegensatz zu Ihrer Auffassung der Meinung, daß unser Volk heute weniger auf programmatische Erklärungen der neuen Regierung Wert legt als darauf, baldmöglichst die Namen zu erfahren, die das Regierungsprogramm durchführen sollen. Die Absichten der Regierung werden nicht nach ihren Erklärungen, sondern nach den Männern beurteilt werden, die hinter ihr stehen. Wenn aber bisher nur Namen wie Kapp, Jagow, Schiele[11], Traub bekanntgeworden sind und nun noch der Name Wangenheim dazukommen soll, dann mag die Regierung noch so viel schöne Worte machen, das Volk wird nur Reaktionäre in den neuen Männern des

[8] Am Abend des 14.3.1920 unterbreitete Kapp den sozialdemokratischen Ministern Heine und Südekum das Angebot, in die neue Regierung einzutreten, siehe Brammer, S. 59; Erger, S. 169.

[9] Erwin Barth (1884–1959), Journalist. 1918–1920 Redakteur beim »Vorwärts«, 1920–1926 in der Reichszentrale für Heimatdienst, 1926–1928 Polizeipräsident in Altona, 1928–1933 in Hannover.

[10] Konrad Freiherr von Wangenheim (1849–1926), Jurist. 1898–1903 MdR (Konservative); Mitbegründer und 1898–1921 Vors. des BdL. v. Wangenheim war als preußischer Landwirtschaftsminister vorgesehen, siehe Erger, S. 170.

[11] Georg Wilhelm Schiele (1868–1932), Dr. med. Arzt in Naumburg. 1917 Hauptgeschäftsführer der Vaterlandspartei, seit 1918 Mtgl. der DNVP. 1930–1932 MdR (DNVP). Schiele sollte das Amt des Reichswirtschaftsministers übernehmen.

Kabinetts sehen und kein Vertrauen zur neuen Regierung haben. Wir halten es daher für unbedingt notwendig, daß sofort auch liberale Männer gewonnen und deren Namen bekanntgegeben werden. Sonst wird das neue Kabinett baldigst an dem Widerstand der großen Mehrheit unseres Volkes scheitern.

Kapp: Gewiß, es wäre das besser, um den gar nicht beabsichtigten Charakter des Kabinetts als eines reaktionären zu verwischen.

Mittelmann: Freiherr von Wangenheim ist Vorsitzender des Bundes der Landwirte. Daß Sie und Ihre Mitarbeiter keine Reaktionäre sind, davon bin ich persönlich überzeugt, aber im Lande gelten sie als solche. Ich fürchte, namentlich Süddeutschland verträgt eine solche Reihe von Namen nicht und wird vom Reich abfallen.

Kapp: Die Regierung Ebert wird sich an Süddeutschland halten.

Mittelmann: Wenn die alte Regierung sich auch nur 8 Tage hält, dann hat sie gewonnenes Spiel, insbesondere, wenn die Entente sich für sie erklärt.

Kapp: Wir haben mit der Entente Fühlung genommen. Ich kann Ihnen die Gewährsmänner nicht nennen, aber wir haben heute mit einem hervorragenden Vertreter Englands konferiert. England sieht in der neuen Regierung die Möglichkeit der gemeinsamen Durchführung der beiderseitigen Interessen, namentlich auf dem Gebiete der Bekämpfung des Bolschewismus. England sieht die einzige Gefahr darin, daß wir nicht durchhalten könnten gegenüber Gegenbestrebungen von innen heraus.[12]

Garnich: Ich habe soeben von dem Bankdirektor von Stauß eine völlig entgegengesetzte Schilderung über den englischen Standpunkt erhalten. Diesem gegenüber hat Lord Kilmarnock[13] seine schwersten Bedenken über die neue Regierung ausgesprochen. Die beginnende Verständigung, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, sei dagegen von neuem zerstört und die Entente von uns aus wieder neu zusammengeschweißt worden.

Kapp: Davon bin ich nicht unterrichtet, da ich mit dem englischen Geschäftsträger nicht selbst gesprochen habe. Ein Mitglied der französischen Kommission hat mir gegenüber die Ansicht vertreten, daß der Vorgang lediglich eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes sei. Ein Mitglied dieser Kommission ist heute zu Millerand[14] gefahren, um ihn in diesem Sinne zu beeinflussen. Es ist ganz klar, daß die Entente bei allen Schritten ihre Interessen verfolgen wird, aber eine Gefahr haben wir z. Zt. von dieser Seite her nicht zu befürchten. Die Gefahr einer neuen Mainlinie

[12] Nach der nicht näher belegten Ansicht von Ludwig Schemann, Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920, Berlin/München 1937, S. 161, stammt diese fragwürdige Information von General Malcolm, dem Chef der englischen Militärmission. Am 8.3.1920 hatte dieser in einer Unterredung mit Oberst Bauer jedoch deutlich herausgestellt, die Alliierten lehnten jeden gewaltsamen Regierungswechsel ab, siehe DBFP, First Series, Bd. IX, Dok. Nr. 223.

[13] Viktor Alexander Lord Kilmarnock (1876–1928), englischer Diplomat. 1919/20 englischer Geschäftsträger, 1920/21 Botschaftsrat in Berlin; 1921–1928 Oberkommissar in der IRKO.

[14] Alexandre Millerand (1859–1943), Jurist. Seit 1919 Führer des Bloc national, 1919/20 Generalkommissar für Elsaß-Lothringen; Jan.–Sept. 1920 Ministerpräsident und Außenminister, dann bis Juni 1924 Staatspräsident, seit Ende 1924 führend in der neugegründeten Union Républicaine Nationale.

ist zwar gegeben, aber die alte Regierung wird sich im Süden nicht halten, zumal Bayern auf unserer Seite steht.

Maretzky: Die Frage ist, hat die neue Regierung die Kraft und die Mittel, sich durchzusetzen, oder nicht? Die beiden großen Gefahren sehe ich im Generalstreik und in dem drohenden Verfall[15] der Reichswehr.

Kapp: Die Durchführung der Aktion ist durch das Verhalten der alten Regierung schwer geschädigt worden. Bezüglich der Reichswehr sehe ich die Lage nicht pessimistisch an, denn durch das vorzeitige Losschlagen ist die Nachricht über den glatten Erfolg in Berlin noch nicht zu allen Truppenteilen im Reich gedrungen. Wenn sie erst von diesem Erfolg unterrichtet sind, werden sie sich uns anschließen.

Maretzky: Sie haben sich Ihre Situation dadurch selbst erschwert, daß Sie sich Männer wie Jagow und Wangenheim zu Hilfe genommen haben.

Kapp: Ich erkenne Ihre Bedenken an. Was aber die Person von Jagow anbetrifft, so muß ich an der Spitze des Ministeriums des Innern einen Mann haben, der im Gefahrfalle energisch und rücksichtslos durchzugreifen versteht. Wir wollten nicht von vornherein an Gewalt denken. Wenn die Sache zu machen ist in einer möglichst friedlichen Entwicklung, möglichst ohne Blutvergießen, so wäre mir das das Wünschenswerteste. Aber wir müssen damit rechnen, daß es auch anders kommen kann. Wenn dieser Moment kommt, dann bin ich entschlossen, rücksichtslos durchzugreifen. Nur die Sache ist verloren, die man selbst aufgegeben hat. Ich zweifele aber auch keinen Augenblick an dem Erfolg. Ich weiß ganz genau, daß es um meinen Kopf geht. Das ist keine Sache für eine Lebensversicherung. Wir müssen auch mit der Möglichkeit eines Generalstreiks rechnen. Dann muß ich einen Mann wie Jagow haben, der mit größter Energie durchgreift.[16]

Mittelmann: Wäre der Gedanke nicht erwägenswert, Hindenburg als den Führer, dem alle Soldaten und der größte Teil des Volkes folgen werde, zum Reichskanzler zu machen, während Sie das Ministerium des Innern übernehmen?

Kapp: Das wäre gegenüber der Entente nicht durchzusetzen, denn sie würde darin die Wiederaufrichtung des alten Militarismus in Deutschland erblicken und sich gegen uns wenden. Aber es könnte erwogen werden, ihm vielleicht den militärischen Oberbefehl zu geben.

Mittelmann: Wir fürchten einen solchen Eindruck der Entente[17] bei Hindenburg nicht. Etwas anderes wäre es, wenn Ludendorff an die Spitze träte. Der würde allerdings bei der Entente als Vertreter der alten Militärherrschaft angesehen werden.

Kapp: Ich persönlich wäre durchaus damit einverstanden, wenn Hindenburg an die Spitze träte. Ich würde auch bereit sein, [mich] für meine Person ganz auszuschalten. Ich bin mir der Unzulänglichkeit meiner Person durchaus bewußt. Es kommt auch

[15] So in der Vorlage statt wohl richtig: »Abfall«.

[16] Die ersten Ergebnisse zeitigte der Generalstreik bereits am Nachmittag des 14.3.: So ruhte der gesamte Eisenbahnverkehr, zudem kam es in Berlin bereits zur Sperrung von Wasser, Elektrizität und Gas, wobei es der von den Putschisten herangezogenen Technischen Nothilfe nur teilweise gelang, die Stillegung lebenswichtiger Betriebe zu verhindern; zu den Plänen von Lüttwitz, den Eisenbahnerstreik mit Gewalt niederzuschlagen, siehe Erger, S. 203 f.

[17] In der Vorlage: »bei der Entente«.

gar nicht darauf an, wer die Sache macht, sondern daß sie überhaupt gemacht wird. Die Not des Vaterlandes ist so groß, daß Personen ganz dahinter zurücktreten müssen. Am Mittwoch voriger Woche ist General von Lüttwitz beim Präsidenten Ebert gewesen und hat dort seine bekannten Forderungen erhoben.[18] Sie sind schnöde abgelehnt worden. Daraufhin haben wir eingegriffen. Heute waren Dominicus[19], Oeser[20] und Pachnicke[21] bei mir und haben die sofortige Bildung eines Koalitionsministeriums gefordert, also das gleiche, was diese Herren noch vor wenigen Tagen höhnisch abgelehnt haben. Zugleich haben sie meinen und Jagows sofortigen Rücktritt verlangt, widrigenfalls, wie Oeser drohte, sofortiger Generalstreik einsetzen werde.[22] Es ist doch geradezu grotesk, daß dieselben Männer, die für die Arbeitspflicht eingetreten sind und den politischen Streik verworfen haben, jetzt den Generalstreik aus politischen Gründen mit den Gewerkschaften zusammen organisieren wollen. Das ist politisch genommen doch geradezu korrupt. Ich habe erklärt, daß ich persönlich durchaus bereit sei, zurückzutreten. Aber meine hinter mir stehenden Freunde haben das abgelehnt und verlangt, daß Jagow und ich im Amte bleiben.

Garnich: Ich halte die Drohung mit dem Generalstreik für durchaus ernstgemeint. Die Gefahren, die hierdurch für Deutschland heraufbeschworen werden, sind so ungeheuerlich, daß die Lage für Sie sofort unhaltbar werden würde. Mit Gewalt ist dagegen gar nichts zu machen, da sonst Bürgerkrieg und unübersehbares Unglück über uns alle kommen würde. Nach den uns zur Zeit gebrachten Mitteilungen sind zudem wesentliche Teile der Reichswehr, man spricht von ⅔, nicht geneigt, sich hinter Sie zu stellen.

Kapp: Ein Verhandeln mit den Herren von der Demokratischen Partei war nicht möglich, denn ich habe die Überzeugung, daß diese Herren mir gegenüber unaufrichtig handeln. Sie wollen die Entscheidung nur herauszögern, um Zeit zu gewinnen. Wenn ich von der Ehrlichkeit ihrer Absichten überzeugt wäre, so würde ich meine Hand bieten. So aber halte ich eine Vermittlerrolle, wie die Deutsche Volkspartei sie mir freundlichst angeboten hat, für aussichtslos. Die Brücken zum anderen Lager sind definitiv abgebrochen.

---

[18] Lüttwitz hatte in einer Unterredung mit Ebert am 10.3.1920 neben seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber der Reichswehr eine sofortige Auflösung der Nationalversammlung, Neuwahlen zum Reichstag, die Einsetzung von Fachministern im Auswärtigen Amt sowie im Wirtschafts- und Finanzministerium und eine Rücknahme der am 29.2. erlassenen Verordnung zur Auflösung der Marinebrigade gefordert, siehe Erger, S. 108–139.

[19] Alexander Dominicus (1873–1945), 1911–1920 Oberbürgermeister von Berlin-Schöneberg, 1918–1924 im Reichsvorstand der DDP, 1919–1924 MdL Preußen (DDP); April–Nov. 1921 preußischer Innenminister. Okt. 1924 Austritt aus der DDP.

[20] Rudolf Oeser (1858–1926), Redakteur; 1902–1924 MdL Preußen (Freisinnige Vereinigung/Fortschrittliche Volkspartei/DDP), 1907–1912 MdR (Freisinnige Vereinigung/Fortschrittliche Volkspartei), 1919 preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten, Nov. 1922–Aug. 1923 Reichsinnenminister, Aug. 1923–Okt. 1924 Reichsverkehrsminister, 1924–1926 Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

[21] Hermann Pachnicke (1857–1935), Nationalökonom. 1890–1924 MdR (Deutschfreisinnige Partei/Freisinnige Vereinigung/Fortschrittliche Volkspartei/DDP), MgPrAH 1907–1918 (Deutschfreisinnige Partei/Freisinnige Vereinigung/Fortschrittliche Volkspartei).

[22] In der Besprechung, an der außer den Genannten auch noch Südekum teilnahm, wurde Kapp die ultimative Rücktrittsforderung der Eisenbahnergewerkschaft überbracht; zu Verlauf und Ergebnis der Unterredung siehe Erger, S. 230f.

Garnich: Wir bedauern das lebhaft. Wie werden Sie sich dann der alten Regierung in Stuttgart gegenüber verhalten?

Kapp: Solange sie dort als Privatleute leben, werde ich ihnen nichts tun. Wenn sie aber gegen mich auftreten, werde ich sie festnehmen lassen. Die Macht dazu habe ich durchaus in den Händen. Die Reichswehr wird in kurzer Zeit voll hinter mir stehen. Zur Zeit macht mir die Haltung der Reichswehr in Kassel Sorge.[23] Aber auch da wird sich die Lage zusammenziehen.

Maretzky: Die Stimmung, namentlich der jüngeren Offiziere, im Reichswehrministerium ist durchaus nicht zuversichtlich, sondern eher gedrückt.

Kapp: Das wird nichts ändern, die Generäle halten zu mir.

Nachdem Kapp, wie oben angeführt, erklärt hatte, daß er die von uns angebotene Vermittlungsaktion für aussichtslos erachte, hielten die Abgeordneten ihre Mission, die damit im wesentlichen gescheitert war, für beendet. Sie hatten den Eindruck gewonnen, daß sich Kapp trotz ihrer Warnungen zu irgendwelchen entscheidenden Schritten einer friedlichen Lösung des Konflikts nicht entschließen[24] wollte, wobei er sich einer gefährlichen Selbsttäuschung über die tatsächliche politische Lage und über das Maß seiner Machtfülle hingab. Die Abordnung verabschiedete sich von Kapp mit der nochmaligen dringenden Aufforderung, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, sondern nochmals den sofortigen Versuch zu machen, durch Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien die Bildung eines Übergangsministeriums auf breitester Basis zu ermöglichen.

23.

15. März 1920: Sitzung der Parteileitung in Berlin

PA NL Stresemann 217. Maschinenschriftliches Manuskript mit handschriftlichen Korrekturen.[1] Überschrift: »4. Sitzung am 15. März 11 Uhr vormittags in der Wohnung des Herrn Dr. Stresemann«.[2]

Abgeordneter Dr. Stresemann berichtet über die Tätigkeit der Kommission, die mit den Parteien verhandelt hat.[3] Sie hätte im Reichstag den Abgeordneten Burlage[4] an-

[23] Der Chef des Reichswehrgruppenkommandos 2 (Kassel), General von Schöler, hatte sich bereits am 13.3. eindeutig auf die Seite der Regierung Bauer gestellt.

[24] In der Vorlage: »anschließen«.

[1] Die Korrekturen von der Hand Trucksaess' betreffen bis auf zwei Ausnahmen, die im Text nachgewiesen werden, nur orthographische Fehler sowie Wortauslassungen oder -verschreibungen. Die Niederschrift ist handschriftlich mit »1920« überschrieben und weist die Unterschrift des Protokollführers Trucksaess auf. Eine Anwesenheitsliste fehlt; im Kern dürfte es sich aber um die Teilnehmer der vorausgehenden Besprechungen (siehe Dok. Nr. 18, 20, 21) handeln.

[2] Tauentzienstr. 12a.

[3] Siehe Dok. Nr. 21, Anm. 30.

[4] Eduard Burlage (1857–1921), Jurist. 1896–1907 Mtgl. des oldenburgischen Landtags (Zentrum), seit 1907 Reichsgerichtsrat in Leipzig, 1903–1907, 1919–1920 MdR.

getroffen und hätte mit diesem eingehend gesprochen.[5] Herr Burlage habe erklärt, daß das Zentrum sich hinter die alte Regierung gestellt habe. Seine Partei verspreche sich einen starken Erfolg davon, wenn das auch die anderen Parteien täten. Sie rechnen mit einem baldigen Zusammenbruch Kapps, nicht sowohl wegen des Generalstreiks als vielmehr deswegen, weil die Soldaten weglaufen würden. Wir haben darauf erwidert, daß unserer Meinung nach jetzt nicht zur Debatte stünde, wer recht oder unrecht hätte, sondern daß die Gefahr der Zerreißung Deutschlands und des Bürgerkriegs gegeben sei. Wir haben Herrn Burlage dann auch unseren Vorschlag unterbreitet dahingehend, daß beide Regierungen zurücktreten und ein Koalitionsministerium gebildet werde. Schließlich erklärten sich auch die Zentrumsvertreter bereit, sich eventuell einer Aktion von uns anzuschließen. Herr Burlage selbst erklärte, es werde ihm sehr angenehm sein, wenn das Zentrum mit uns in Verbindung bleiben würde. Er habe aber Bedenken, mit den Deutschnationalen zusammenzugehen. Herr Burlage wies weiter darauf hin, daß die Erklärung unserer Partei vom 13. März[6] das Zusammengehen nicht gerade erleichtere. Er regte an, ob es nicht möglich sei, die Eingangssätze zu applanieren. Das Zentrum habe sich an dem Plan, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk zu verhindern, nicht beteiligt.[7] Schließlich kamen die Herren damit heraus, die Mehrheitsparteien hätten auch schon erörtert, mit den Rechtsparteien Fühlung zu nehmen. Herr Dernburg[8] war beauftragt worden, mit Rießer, und ein anderer, mit einem deutschnationalen Vertreter zu sprechen.[9] Sie hätten heute um 11 Uhr eine Sitzung und würden dann sehen, was zu machen sei. Im ganzen könne man sagen, daß das Zentrum unseren Gedankengängen geneigt sei.

Inzwischen werden weitere Nachrichten mitgeteilt. General Maercker sei in Berlin eingetroffen, um zu verhandeln.[10] Der Generalstreik hat sich weiter ausgedehnt. Der Deutsche Beamtenbund hat mit 13 ja gegen 3 Stimmen den Generalstreik beschlossen.[11] Der Eisenbahnminister Oeser habe Kapp ein Ultimatum gestellt, wenn er nicht bis heute nachmittag 3 Uhr zurücktrete, wäre der Eisenbahnverkehr eingestellt.[12] Aus Hamburg wird telegraphiert, daß dort die Stimmung für Kapp sich

[5] Zu der Besprechung zwischen Mitgliedern von DVP und Zentrum am Nachmittag des 14.3. siehe Dok. Nr. 21, Anm. 30.

[6] Siehe Dok. Nr. 20, S. 249f.

[7] Siehe dazu Kolb, Reichspräsident, S. 124ff.

[8] Bernhard Dernburg (1865–1937), 1901–1906 Direktor der Bank für Handel und Industrie, 1907–1910 Staatssekretär des Reichskolonialamts, 1919–1930 MdR (DDP), April–Juni 1919 Reichsfinanzminister. 1930–1933 Ehrenvors. der DStP.

[9] Auf einer interfraktionellen Sitzung am 14.3. hatten sich die Mehrheitsparteien für eine baldige Einberufung der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung nach Berlin ausgesprochen, wobei auch eine Fühlungnahme mit den Rechtsparteien angesprochen worden war, siehe Erger, S. 239; Morsey, Zentrumspartei, S. 305ff.

[10] General Maercker war in der Nacht zum 15.3. in Berlin eingetroffen, wobei seine ersten Verhandlungen mit Kapp und Lüttwitz ohne Ergebnis blieben; am Vormittag des 15.3. wurden Maercker jedoch die unten S. 271 aufgeführten »Bedingungen für eine Einigung« übergeben, die er nach Stuttgart überbringen sollte, siehe auch Albertin, S. 372f.; Hartenstein, S. 165ff.; Turner, S. 63f.; Erger, S. 236ff. Maercker verließ Berlin mit einem Sonderzug am Abend des 15.3.1920.

[11] Der Deutsche Beamtenbund hatte sich dem Aufruf zum Generalstreik am 14.3. angeschlossen, siehe Dok. Nr. 21, Anm. 19.

[12] Siehe Dok. Nr. 22, Anm. 22.

bessere. In Bayern ist die alte Regierung zurückgetreten.[13] Das neue Kabinett soll stark durch Müller-Meiningen[14] beeinflußt sein. Auf Anfrage, ob General Maercker übergetreten sei, teilt Oberst Bauer mit, daß die Nachricht unrichtig sei. Maercker komme zu Verhandlungen nach Berlin.

Abgeordneter Kempkes: Berichtet über die Tätigkeit der Kommission, die mit Kapp Fühlung genommen habe.[15] Die Kommission habe Herrn Kapp den Aufruf der Partei vom 13. März vorgelegt, mit dem Herr Kapp sich einverstanden erklärt habe. Bedenken habe er gehabt bezüglich der Festsetzung des Zeitpunktes der Neuwahlen. Herr Kapp will an Neuwahlen erst herantreten, wenn Ruhe und Ordnung eingetreten sei. Auf den Vorschlag einer Verbreiterung des Kabinetts habe Kapp geantwortet, es schwebe ihm ein Fachministerium vor. Auf unsere Vorhaltung, daß auch Leute der Linken in dem Kabinett vertreten sein müßten, ging Herr Kapp nicht weiter ein, wir hatten infolgedessen den Eindruck, daß die Ministerliste bereits gebildet ist. Gegenüber dem weiteren Vorschlag, daß wir bereit wären, zwischen den beiden Regierungen eine Vermittlung zu übernehmen, verhielt sich Herr Kapp gleichfalls ablehnend. Er sagte, was in dieser Hinsicht von der Gegenseite verlaute, schiene ihm unehrlich zu sein, nur bestimmt, ihn hinzuhalten. Daher komme ein solcher Ausgleich nicht in Frage. Die Kommission habe darauf ihre Aufgabe als erledigt betrachtet.

Dr. Mittelmann habe sich im Reichskanzlerpalais der Kommission von sich aus angeschlossen, und nach Schluß der offiziellen Unterredung habe Herr Mittelmann für seine Person den Gedanken in die Debatte geworfen, ob es nicht möglich sei, daß Hindenburg Reichskanzler und Kapp Minister des Innern würde. Dr. Maretzky habe gleichfalls für seine Person hervorgehoben, daß man energisch vorgehen müsse. Nur wenn man an die Sache glaubt, setze man sich auch durch. Später sei Herr Dr. Maretzky von Herrn Kapp das Polizeipräsidium von Berlin angeboten worden.[16] Hierüber werde Herr Dr. Maretzky wohl selbst berichten.

Dr. Stresemann gibt zunächst dem Befremden der Anwesenden Ausdruck, daß Herr Dr. Mittelmann, ohne einen Auftrag zu haben, sich der Kommission angeschlossen

---

[13] Nachdem sich das bayerische Staatsministerium unter Johannes Hoffmann (SPD) am 13.3. in einer von sämtlichen Kabinettsmitgliedern und vom Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 4, General v. Möhl, unterzeichneten Erklärung für das Kabinett Bauer ausgesprochen hatte (Text: Schultheß 1920 I, S. 49), vollzog v. Möhl in der Nacht zum 14.3. eine Kehrtwendung, drang in eine Ministerratssitzung ein und forderte die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf sich selbst als Staatskommissar und auf den Regierungspräsidenten v. Kahr als Regierungskommissar. Während die anwesenden Regierungsmitglieder nachgaben, entzog sich Ministerpräsident Hoffmann der Unterzeichnung und erklärte seinen Rücktritt. Am 16.3. wählte der Landtag v. Kahr zum Ministerpräsidenten, der unter Ausschluß der SPD ein Ministerium aus DDP, BVP und Bayerischem Bauernbund bildete, siehe dazu detailliert Diethard Hennig, Johannes Hoffmann, München 1990, S. 428ff.

[14] Ernst Müller-Meiningen (1866–1944), Jurist. Seit 1911 Oberlandesgerichtsrat in München, 1898–1918 MdR (Freisinnige Volkspartei/FVP), 1906–1910 Vors. der Reichstagsfraktion. 1919/1920 bayerischer Justizminister, 1919–1924 MdL Bayern (DDP).

[15] Siehe Dok. Nr. 22.

[16] Siehe dazu Dok. Nr. 20, Anm. 16. Leidig hielt dazu fest: »Dr. Maretzky kam am Nachmittag [des 14.3.1920] zu Dr. Stresemann und fragte, ob er das Polizeipräsidium annehmen könne, wenn er gleichzeitig erkläre, er trete bis auf weiteres aus der Partei aus. Stresemann widerriet der Annahme des Amtes«, PA NL Stresemann 217.

habe, vor allem aber darüber, daß Herr Dr. Mittelmann dabei Privatmeinungen zum Ausdruck bringe.

Geheimrat Garnich gibt zu dem Bericht des Herrn Kempkes noch einige Ergänzungen. Auf die Frage an Herrn Kapp bezüglich der Haltung der Entente habe er sehr siegesgewiß getan. Von englischer Seite wollte Herr Kapp gehört haben, daß England in seiner Regierung ein stärkeres Bollwerk gegen den Bolschewismus sehe als in der alten. Von französischer Seite will er die Nachricht erhalten haben, daß Frankreich die Umwälzung als eine innerpolitische Angelegenheit Deutschlands betrachte. Auf die Frage, ob er sich stark genug fühle, um sich durchzusetzen, antwortete Herr Kapp, daß 3/5 der Reichswehr hinter ihm stünden, 2/5 seien für die alte Regierung. Trotzdem war Herr Kapp sehr zuversichtlich. Sofern noch nicht alles klappe, gab er zu bedenken, daß vorzeitig hätte losgeschlagen werden müssen. Es sei aber alles eingeleitet. Auch bezüglich Süddeutschlands hatte Herr Kapp keine Bedenken. Bei der Frage der Fachminister habe er den Freiherrn von Wangenheim als Landwirtschaftsminister genannt. Die Vorhaltung, daß die Namen seiner Minister auf das Volk geradezu aufreizend wirken müssen, habe er offenbar nicht verstanden. Seine Regierung sei ein Fachministerium. Kapp habe erzählt, daß um 2 Uhr die Herren Oeser, Dominicus und Pachnicke bei ihm gewesen seien, und zeigte sich sehr pikiert über deren Auftreten.

Dr. Stresemann bittet dann zunächst Herrn Dr. Heinze, über die Aufnahme der Sache in Dresden zu berichten. Herr Dr. Stresemann erwähnt dazu, daß der Minister Koch[17] in einem Interview habe verbreiten lassen, Herr Dr. Heinze hätte sich der alten Regierung zur Verfügung gestellt.

Dr. Heinze: Er sei sich mit den Mitgliedern unserer Partei im sächsischen Landtag darüber einig gewesen, daß wir als Deutsche Volkspartei den Boden der Gesetzmäßigkeit nicht verlassen dürften und daher jede Gewalt ablehnen müßten. Noch einen Tag vor dem Putsch habe er gegenüber den Putschgerüchten in einer Unterredung aufs schärfste ein solches Unternehmen verurteilt. Was sich inzwischen ereignet habe, bestätige seine Auffassung. Das Reich sei in Auflösung. Der Süden und Westen mache nicht mit. Schon sei Blut geflossen. Ein Chaos stehe bevor. Wie können wir in Zukunft die Massen wieder zur Gesetzmäßigkeit zurückführen, wenn wir nicht von diesem Wahnsinn abrücken? Deshalb haben wir in Dresden gesagt, daß wir zu der gesetzmäßigen Regierung stehen müssen. In diesem Sinne haben wir in Dresden eine Erklärung angenommen. Allerdings haben wir auch dort an die Regierung Forderungen gestellt, die sie bisher nicht erfüllt hat.[18]

[17] Erich Koch-Weser (1875–1944), Jurist. 1913–1919 Oberbürgermeister von Kassel. 1919–Okt. 1930 MdR (DDP/DStP). Okt. 1919–März 1921 Reichsinnenminister, Juni 1928–April 1929 Reichsjustizminister. 1924–1928 Fraktionsvors. der DDP, 1924–Okt. 1930 Vors. des Parteiausschusses. 1930 maßgeblich an der Gründung der DStP beteiligt. 1933 Emigration.

[18] Am Nachmittag des 14.3.1920 hatte Maercker dem Reichspräsidenten in einem Schreiben (Text: Brammer, S. 13) bestätigt, er sehe seinen Auftrag darin, die Putschisten zu veranlassen, »den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen«. Nach seiner Überzeugung sei dies durch drei Bedingungen zu erreichen: durch die Bildung einer Koalitionsregierung auf breiter Grundlage, wenn möglich unter Beteiligung der Mitglieder der »neuen Regierung«; durch die Zusage baldiger Wahlen zum Reichstag und durch das Festhalten an der Volkswahl des Reichspräsidenten.

Was ihn persönlich angehe, so sei er ahnungslos am 13. März ½8 Uhr früh von Berlin nach Dresden abgefahren. Kurz vor Dresden habe er den Minister Koch im Gang des D-Zuges getroffen. Er habe Koch gefragt, wohin er fahren wolle, worauf Herr Koch ihm zu seinem größten Erstaunen geantwortet habe, er befände sich auf der Flucht.[19] Herr Koch habe ihm dann die einzelnen Ereignisse der vorausgegangenen Nacht geschildert und gesagt, daß die Regierung nach Dresden übersiedeln wolle. Im Nebenabteil saßen die Minister Giesberts[20] und Geßler.[21] Die Herren hätten ihn gebeten, mit zu General Maercker zu kommen, um ihn mit dazu zu bestimmen, daß er den gesetzmäßigen Zustand aufrechterhalte. Er habe sich dem nicht entzogen und sei mit zum General Maercker gegangen und habe in diesem Sinne auf Maercker eingewirkt. Er habe dann weiter erklärt, wenn die Herren weiter seiner bedürften, dann stünde er zur Verfügung. Die Dresdener Parteifreunde hätten diese seine Stellungnahme gebilligt. Zu der gestrigen Erklärung[22] wolle er bemerken, daß es wohl richtig sei, wenn man vorsichtig vorgehe, aber die Klarheit dürfe doch auch nicht zu kurz kommen. Der Boden der Gesetzmäßigkeit hätte schärfer betont werden müssen.

Dr. Stresemann: Unsere sächsischen Parteifreunde haben zweifellos von ihrem Standpunkt aus richtig gehandelt, denn in Dresden seien geordnete Zustände. Hier lag die Sache anders. Hier war die ganze Gewalt in den Händen der Herren Kapp und Lüttwitz, von der alten Regierung wußte man nur soviel, daß sie auf der Flucht war. Hätten wir gegen Kapp Stellung genommen, dann hätten wir heute in Berlin Blutvergießen. Am 10. November 1918 haben wir zu unseren Freunden in der Regierung, den Herren Schiffer und von Krause gesagt: Führt die Geschäfte weiter.[23] Sollten wir jetzt etwas anderes tun und zum Angriff gegen die neue Regierung schreiten? Dabei haben wir aber doch, das bitte ich nicht zu vergessen, betont, daß wir uns zu einer organischen Entwicklung bekennen, haben hinzugefügt, daß unverzüglich Neuwahlen stattfinden und daß sich sobald als möglich eine gesetzmäßige Regierung bilden müsse. Maßgebend war für uns aber vor allem, daß wir uns sofort sagten, uns fällt vielleicht noch eine Mittlerrolle zu. Die verscherzen wir uns, wenn wir gegen Kapp auftreten. So sind wir verhandlungsfähig nach beiden Seiten geblieben. Unter diesem Gesichtspunkt müssen diejenigen, für die die Verhältnisse draußen anders lägen, zugeben, daß wir für Berlin das Richtige getan haben.

Dr. Leidig: Für uns handelte es sich darum, aus den Tatsachen, wie sie lagen, die Konsequenzen zu ziehen. Wir haben uns keineswegs hinter die [Putsch-] Regierung gestellt, sondern wir haben nur die Wege zu ihr offengelassen. Vielleicht wäre die Sache auch gelungen, wenn nicht Herr Heinze den General Maercker bestimmt hätte, zugunsten der alten Regierung einzugreifen. Im übrigen stellt sich die Erklärung unserer sächsischen Parteifreunde auch nicht bedingungslos hinter die gesetzmäßige

[19] Siehe auch Dok. Nr. 18, Anm. 6.

[20] Johann Giesberts (1865–1938), Journalist. Führend in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig. 1905–1933 MdR (Zentrum), Okt. 1918–Febr. 1919 UStS im Reichsarbeitsamt, Febr. 1919–Nov. 1922 Reichspostminister.

[21] Otto Geßler (1875–1955), Jurist. 1914 Oberbürgermeister von Nürnberg, 1919–1924 MdR (DDP). Nov. 1919–März 1920 Reichsminister für Wiederaufbau, März 1920–Jan. 1928 Reichswehrminister.

[22] Wohl gemeint: zur Erklärung der DVP vom 13.3.1920, siehe Dok. Nr. 20, S. 249f.

[23] Eugen Schiffer war seit 1917 UStS, von November 1918 bis Februar 1919 StS des Reichsschatzamtes. Paul von Krause war von August 1917 bis zum Febr. 1919 StS des Reichsjustizamts.

Regierung. Wir müssen auf dem von uns eingeschlagenen Wege bleiben. Aber ganz entschieden widersprechen muß ich, daß irgend jemand von uns ein Amt in der Kapp-Regierung annimmt.

Von Schwabach: Auch wenn die alte Regierung in Dresden festgenommen wäre, wären noch lange nicht alle Schwierigkeiten beseitigt gewesen. Die Namen Kapp, von Jagow, von Wangenheim bedeuten einen solchen Berg von Schwierigkeiten, daß unsere Partei ernstlich Schaden leiden würde, wenn sie auf diesen Boden trete. Das Richtigste sei, an unserer Mittlerrolle festzuhalten. Wir müssen das aber bekanntgeben, daß wir uns weder für Kapp noch für die alte Regierung entscheiden. Von einem Ententegesandten wisse er, daß die ausländischen Regierungen sich niemals mit einer Regierung einließen, die nicht auf dem Volkswillen beruhte.[24]

Dr. Maretzky: Er sei vom Ausbruch des Putsches am 13. März gleichfalls überrascht gewesen. Auf die Seite der alten Regierung uns zu stellen, sei unmöglich. Denn diese Regierung habe uns andauernd angegriffen und beschimpft. Er halte es für ein Unglück, daß General Maercker aufgefordert worden sei, sich für die alte Regierung einzusetzen. Wenn man sich auf die Gesetzmäßigkeit berufe, dann könne man darauf hinweisen, daß im November [19]18 dem Bürgertum diese Gesetzmäßigkeit ziemlich ferngelegen habe. Die Frage selbst sei jetzt eine reine Machtfrage. Diejenige Regierung sei zu unterstützen, die tatsächlich die Macht besitze. Die Entente werde erst Stellung nehmen, wenn die Sache sich konsolidiert hätte. Es sei ganz ausgeschlossen, daß Militär gegen Militär kämpfe. Das habe der Einmarsch der Marinebrigade in Berlin bewiesen, nach dem die Reichswehr sofort übergetreten sei. Die Arbeiterschaft sei keineswegs einheitlich. Die Proklamierung des Generalstreiks durch die alte Regierung sei unerhört. Auch die Demokratie[25] habe eine schwere Schuld auf sich geladen. Bis jetzt habe die Regierung von ihrer Macht keinen Gebrauch gemacht. Aber es sei kein Zweifel, daß sie jeden Widerstand brechen werde. Es bleibe uns nichts anderes übrig als mitzuwirken, daß möglichst schnell Ordnung geschaffen wird. Wenn ihm eine andere Regierung gezeigt wird, die mehr Macht hat, dann würde er bereit sein, sich dieser anzuschließen. Er selbst habe Kapp gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß die bis jetzt bekannten Namen seines Kabinetts nicht zu tragen sind. Er warne nochmals davor, die jetzige Regierung zu bekämpfen.

Dr. Stresemann: Bittet sich in der Aussprache darauf zu beschränken, was die Partei jetzt tun solle. Er stellt den Vorschlag zur Debatte, daß wir auf ein Koalitionskabinett, unter Rücktritt der beiden Regierungen, hinarbeiten. Wenn wir zu Lüttwitz gehen und ihm sagen, daß, wenn Kapp bleibe, Deutschland kaputt geht, dann muß er nachgeben. Wir müssen Lüttwitz klarmachen, daß Kapp unter allen Umständen zusammenbricht, wenn er sich nur auf Jagow und Wangenheim stützt. Er betrachte es als unsere Aufgabe, erst die Parteien unter dem gegebenen Gesichtspunkt zu einigen und dann gemeinsam bei Lüttwitz vorstellig zu werden.[26]

---

[24] Zur Haltung der Entente siehe Dok. Nr. 19, Anm. 22.

[25] Gemeint: die DDP.

[26] Am Abend des 16.3.1920 kam es zu einer Unterredung zwischen Stresemann und Lüttwitz, bei der Stresemann eingehend seine Einschätzung der Lage darlegte, siehe Turner, S. 64 f.

Des weiteren haben wir darüber zu entscheiden, ob wir dem Zentrum entgegenkommen und unsere erste Erklärung applanieren wollen[27], endlich ob wir einverstanden sind, daß Herr Maretzky das Amt des Polizeipräsidenten annimmt.

Dr. Hugo: Er stimme restlos den Ausführungen des Herrn Dr. Stresemann zu. Er warne davor, die politische Verbindung mit Kapp als etwas Innerliches aufzufassen. Wir wollen nur Unterhändler sein. Wir müssen es aber auch öffentlich zum Ausdruck bringen, daß wir nicht Parteigänger des Herrn Kapp sind. Er halte daher eine Ergänzung unserer ersten Erklärung für angezeigt. Im Gegensatz zu Maretzky sei er der Ansicht, daß Kapp lange nicht so fest stehe.

Dr. Stresemann: Teilt mit, daß er Herrn Spieß beauftragt habe, in der Pressekonferenz Verwahrung gegen die Darstellung einzulegen, daß die Deutsche Volkspartei hinter Herrn Kapp stehe.[28]

Frau Mende: Unsere Wähler erwarten, daß wir etwas tun. Der Generalstreik sei kein Sympathiestreik für die alte Regierung, vielmehr ein Proteststreik gegen Kapp. Der Streik werde bald zusammenbrechen.

Dr. Rießer: Er sei gewiß erfreut, daß die alte Regierung gefallen sei, und er billige durchaus, was in unserem Aufruf über das Verschulden der früheren Regierung gesagt worden sei. Aber der Zeitpunkt sei denkbar schlecht gewählt gewesen. Die Arbeitsfreudigkeit sei gestiegen, die Valuta habe angezogen, in der Auslieferungsfrage[29] habe die Regierung einen Erfolg gehabt, und am 1. April stand der Übergang der Eisenbahnen auf das Reich bevor.[30] Wir werden daher gut tun, noch schärfer von der Gewaltmäßigkeit abzurücken. Im Grunde haben wir das ja bereits getan, indem wir erklärten, daß wir Anhänger einer organischen Entwicklung sind. Er stimme zu, daß wir die Vermittlung weiterführen, um ein Koalitionsministerium zustande zu bringen. Dagegen sei er nicht einverstanden, daß Herr Maretzky irgendeine Stellung annimmt.

Dr. Heinze: Mit der Vermittlungsaktion sei auch er einverstanden. Er warne aber davor, die augenblicklichen Machtverhältnisse allzusehr in die Waagschale zu werfen. Man könne wohl 14 Tage in Berlin den Diktator spielen. Wir müßten aber auf die

---

[27] Die beabsichtigten Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien im preußischen Abgeordnetenhaus, an denen seitens der DVP Stresemann, Leidig, Heinze und Garnich teilnehmen sollten, scheiterten an zahlreichen Mißverständnissen zwischen Hergt und Dominicus (DDP) am Abend des 15.3.1920, siehe Stresemann, Märzereignisse, S. 11 f., wobei Stresemann nach der Aufzeichnung Leidigs aber daran festhielt, »daß unter allen Umständen versucht werden müsse [...] Fühlung mit den Mehrheitsparteien zu gewinnen«, PA NL Stresemann 217.

[28] In der täglichen Pressekonferenz der Regierung Kapp erklärte Spieß am 15.3.1920: »Die Deutsche Volkspartei könne lediglich eine verfassungsmäßige Regierung anerkennen und würde die de facto Macht nur insoweit unterstützen, als dies zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Sicherheit der Ernährung nötig sei«, Stresemann, Märzereignisse, S. 14.

[29] Siehe Dok. Nr. 16, Anm. 5.

[30] Die WRV sah in Art. 89 ff. den Übergang der Staatsbahnen auf das Reich vor, der nach Art. 171 spätestens bis zum 1.4.1921 vollzogen sein sollte. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Reich und Ländern einigte man sich im Februar 1920 darauf, diesen Termin um ein Jahr vorzuziehen, siehe Kabinett Bauer, Dok. Nr. 136, 149, 174. Der Staatsvertrag zwischen dem Reich und den Staatseisenbahnen besitzenden Ländern wurde am 31.3.1920 unterzeichnet (RGBl. 1920, S. 773); zu weiteren Modalitäten siehe den Bericht des von der Nationalversammlung eingesetzten Sonderausschusses (26. Ausschuß), VNV DrS, Bd. 343, Nr. 2748.

Zukunft Rücksicht nehmen. Er würde sogar dafür sein, daß das neue Koalitionskabinett noch von der alten Regierung gebildet wird, damit der Boden der Gesetzmäßigkeit festgehalten wird (Dr. Stresemann: Das ließe sich ohne weiteres machen, wenn die Minister ihre Ämter niederlegen und Ebert ein neues Kabinett bildet). So habe er sich die Sache auch gedacht. Vielleicht könnten wir diesen Standpunkt in der zweiten Erklärung niederlegen.

Graf Dohna[31]: Er warne vor einer neuen Proklamation. Die erste Erklärung war ein Fehler, weil die Verhältnisse noch gar nicht zu übersehen waren. Sie seien es auch heute noch nicht. Wichtiger als eine neue Erklärung sei es, unsere Vermittlungsaktion fortzusetzen.

Dr. Leidig: Am gefährlichsten sei für eine politische Partei, wenn sich[32] nichts tue. Noch falscher aber sei es, wenn man heute so und morgen anders sagt. Wir hätten uns nicht für Kapp erklärt. Wir haben dasselbe getan, was wir im November [19]18 getan haben. Wir sind für Ruhe und Ordnung eingetreten.

Dr. Most: Berichtet über die Aufnahme der Regierung des Herrn Kapp im Westen. Äußerlich habe die Bevölkerung sich ruhig verhalten, aber allgemein halte man die Aktion des Herrn Kapp für ein Verbrechen. In den Parteikreisen habe man es für notwendig gehalten, nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als ob die Deutsche Volkspartei hinter der Bewegung stünde. Der Aufruf der Partei vom 13. März habe man in Duisburg zunächst für apokryph gehalten. Er habe den Auftrag erhalten, hier im gleichen Sinn zu wirken wie Herr Dr. Heinze.

Abgeordneter Kempkes: Wir stehen zu gar keiner Regierung. Diese Frage scheidet aus. Die Partei hatte Stellung zu nehmen zu einer eingetretenen Tatsache. Die formaljuristische Seite müßte dabei aus dem Spiel bleiben, nachdem die Tatsache der Umwälzung einmal vorhanden war. Eine abwartende Haltung einzunehmen, ist auch am Sonnabend [13.3.1920] erwogen worden. Aber wir sagten uns, daß unsere Freunde im Lande wissen müßten, wie die Parteileitung dazu stehe. Demgemäß hatten wir die Verpflichtung, unsere Stellung kundzutun. Wir sind dabei keineswegs für Kapp eingetreten. Wir haben von vorneherein unsere etwaige Mittelrolle ins Auge gefaßt und haben diesen Weg konsequent bis heute beibehalten. Wenn unser Aufruf mißverstanden ist, dann müssen wir dahin wirken, daß er richtig verstanden wird. Von einer Änderung rate er ab. Zu verstehen ist es wohl, wenn dem Zentrum die ersten Sätze unseres Aufrufs etwas unbequem sind. Herrn Maretzky möchte auch er bitten, den Posten nicht anzunehmen.

Dr. Rose: Ein Schritt, der einmal gemacht sei, könne nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die Unternehmung des Herrn Kapp habe in Berlin teilweise geradezu Begeisterung ausgelöst. Das komme daher, weil die alte Regierung unpopulär war. Wenn wir jetzt darauf hinarbeiteten, daß die neue Regierung von Ebert gebildet wird, so würde man das nicht verstehen. Auf Stimmungen müsse man Rücksicht nehmen. Der Fortsetzung unserer Verständigungsaktion unter den Parteien stimme er zu.

---

[31] Alexander Graf Dohna-Schlodien (1876–1944). Professor der Strafrechtswissenschaft an den Universitäten Königsberg, Heidelberg und Bonn. 1919–1924 MdR (DVP).

[32] So im Original; wohl Verschreibung für: »sie«.

Dr. Stresemann: Gibt eine soeben eingegangene Mitteilung bekannt, wonach General Maercker und Staatskommissar von Berger[33] sich nach Stuttgart begeben, um eine Verständigung auf folgender Grundlage zu erzielen: 1. Neuwahlen innerhalb zwei Monaten. 2. Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk. 3. Herr Ebert bleibt solange Präsident, als Herr Kapp im Amte ist. 4. Personalunion zwischen Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten. 5. Bildung eines Kabinetts von Fachministern im Reiche und in Preußen. 6. Rücktritt der bisherigen Regierung mit der Maßgabe, daß die Fachminister in ihrem Amte bleiben können. 7. Schaffung einer 2. Kammer im Reich durch Ausbau des Betriebsrätegesetzes. 8. Amnestie für alle politischen Vergehen vom November 1918 ab. 9. Anerkennung, daß die an dem Unternehmen vom 13. März Beteiligten lediglich zum Schutze der Reichsverfassung und zur Sicherstellung der Ernährung gehandelt haben. 10. Gemeinsame Kundgebungen beider Regierungen zur Beendigung des Generalstreiks.[34]

Die weitere Erörterung dreht sich darum, welche Vorschläge wir zu machen haben, falls unsere Partei zu einer Beteiligung an einem Koalitionskabinett aufgefordert wird. Die Mehrzahl der Anwesenden entscheidet sich dafür, daß die Deutsche Volkspartei das Reichswirtschaftsministerium für sich in Anspruch nehmen solle.

Dr. Stresemann: Teilt noch mit, daß die Herren Maercker und Berger sich verpflichtet hätten, mit aller Kraft sich für die Annahme dieser Bedingungen in Stuttgart einzusetzen.

Sämtliche weiteren Redner sprechen sich ebenfalls gegen die Annahme irgendeines Amtes durch ein Mitglied der Deutschen Volkspartei unter der Regierung Kapp aus. Da in der Presse bereits die Nachricht aufgetaucht ist, daß Herr Maretzky das Amt des Polizeipräsidenten übernehmen werde, wird beschlossen, unverzüglich eine Richtigstellung in der Presse zu bringen. Die Formulierung der Erklärung wird dem Vorsitzenden in Verbindung mit Herrn Dr. Maretzky überlassen.[35]

Herr Spieß macht zum Schluß noch Mitteilungen aus der Pressekonferenz. Zunächst über die militärische Lage, sodann über den Regierungswechsel in Bayern und die Haltung in Süddeutschland. Herr Spieß teilt weiter mit, daß fast die ganze Presse sich gegen die neue Regierung wende, infolge der schweren Eingriffe, die die neue Regierung sich den Zeitungen gegenüber erlaubt habe und gibt Kenntnis, daß er entsprechend dem Auftrag des Herrn Dr. Stresemann die Erklärung abgegeben habe, daß die

[33] Herbert von Berger (1881–1944), ab 1913 Dezernent im Polizeipräsidium und im preußischen Innenministerium, Aug. 1919–24.3.1920 preußischer Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung; 1920–1921 preußischer Gesandter in Dresden.

[34] Siehe Anm. 10.

[35] Stresemann, Märzereignisse, S. 14, stellt dazu heraus, die Partei habe durch W.T.B. den Beschluß verbreiten lassen, »daß sie den auf ihrem Boden stehenden Beamten von Partei wegen« untersagt habe, »ein Amt in der nicht verfassungsmäßigen Regierung anzunehmen«. Im Tagebuch Stresemanns findet sich unter dem 16.3. die Eintragung: »Notiz betreffend Maretzky an die Presse gegeben«; nach einer weiteren Eintragung vom 18.3. scheint auch in der Fraktionssitzung vom Nachmittag des 18.3.1920, an der nach der handschriftlichen Anwesenheitsliste Maretzky selbst teilnahm (PA NL Stresemann 217), über den »Fall Maretzky« gesprochen worden zu sein, ebd., Nr. 142.

von der Regierung veröffentlichte Mitteilung von der Unterstützung der Regierung durch die Deutsche Volkspartei unrichtig sei.

Schluß der Sitzung um 8 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr.[36]

24.

28. März 1920: Sitzung des erweiterten Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

24a: NLC vom 29.3.1920, Nr. 67. Überschrift: »Die Deutsche Volkspartei und die Lage«.

Heute traten hier im Reichstagsgebäude die Wahlkreisvorsitzenden sowie die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und der beiden Fraktionen und die Parteisekretäre der Deutschen Volkspartei sowie die Vertreter der volksparteilichen Presse zu einer Besprechung der Lage zusammen. Die Beteiligung war überaus stark. Die Versammlung belief sich auf etwa 150 Teilnehmer. Die Verhandlungen wurden eröffnet durch eine Rede Dr. Stresemanns über die politische Lage.[1]

Abg. Dr. Stresemann führte aus: Lassen Sie mich, ehe wir in unsere eigentlichen Verhandlungen eintreten, auf einen Lichtblick in diesen dunklen Tagen hinweisen. Es ist die tapfere Haltung unserer Volksgenossen in Schleswig-Holstein in der zweiten Zone.[2] Sie haben sich in einer der schlimmsten Zeiten der Unsicherheit und des Schwankens aller Verhältnisse trotzdem in alter Treue und Liebe zum Deutschtum bekannt. Dafür gebührt ihnen unser herzlicher Dank (Lebhafter Beifall). Wir begrüßen auch von hier aus unsere Parteigenossen in Schleswig-Holstein und bitten sie, dort bekanntzugeben, wie erfreut wir über das glänzende Ergebnis der Abstimmung sind.

Nun zur Sache selbst, zu den Ereignissen, die sich seit dem 13. März abgespielt haben. Die klaren Tatsachen, die hier vorliegen, werden entstellt, um Material für den Wahlkampf zu gewinnen. Weder Unabhängige noch die Mehrheitssozialisten benehmen sich dabei so skrupellos wie die Demokraten. Vergleichen Sie, um das zu erkennen, die »Freiheit« und den »Vorwärts« mit dem »Berliner Tageblatt« und der »Frankfurter Zeitung«. Man ist so weit gegangen, in der »Frankfurter Zeitung« in einem Artikel über die »Vorbereitung des Hochverrats« davon zu sprechen, daß der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Heinze, und der Vorsitzende der Partei, d.h. ich, an diesen Vorbereitungen mittelbar oder unmittelbar beteiligt

[36] Ein Protokoll dieser Sitzung liegt nicht vor.

[1] Die Rede Stresemanns ist mit geringfügigen stilistischen Veränderungen auch abgedruckt in: Gustav Stresemann, Reden und Schriften. Politik, Geschichte, Literatur, Bd. 1, Dresden 1926, S. 317–328 sowie in: UuF, Bd. 4, Dok. Nr. 871.

[2] Am 14.3.1920 hatte die in Art. 109 des Versailler Vertrags festgelegte Abstimmung in der zweiten Zone Schleswigs eine deutliche Mehrheit für Deutschland ergeben, siehe auch Dok. Nr. 19, Anm. 23.

gewesen seien.[3] Und man spricht davon, daß die Helfershelfer auf derselben Linie ständen oder sogar noch schlechter einzuschätzen seien als die Täter selbst. Welches sind die Tatsachen, die dem zugrunde liegen?

Es hat zwischen General von Lüttwitz und Dr. Heinze sowie Dr. Hergt in den Tagen, dem 3. und 4. März, eine Unterredung stattgefunden.[4] Die Darstellung, die Dr. Heinze uns davon gegeben hat, deckt sich im wesentlichen mit derjenigen, die heute in den Zeitungen veröffentlicht worden ist.[5] Danach hat General von Lüttwitz erklärt, daß unbedingt Neuwahlen stattfinden müßten und daß das Heer auf der Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk bestehe. Er hat im Anschluß daran gefragt, was die Rechtsparteien zu tun gedächten, um diesen Forderungen zur Verwirklichung zu verhelfen. Er ist dann darauf hingewiesen worden, daß die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei eine Interpellation einzubringen gedächten und daß sie hofften, dadurch ihr Ziel zu erreichen.[6] General von Lüttwitz, der nach meinem persönlichen Eindruck der Politik vollkommen fernsteht und jeden Blick für politische Wirklichkeit vermissen läßt, hat dann erwidert, daß unbedingt etwas geschehen müsse, weil seine Leute sonst nicht mehr zu halten seien. Es hat daraufhin eine neue Besprechung stattgefunden, an der Graf Posadowsky, Dr. Hergt und Herr v. d. Osten[7] und von unserer Seite Dr. Heinze, Abg. Dr. Becker und ich teilgenommen haben. In dieser Sitzung haben wir die Interpellation wegen der Vornahme von Neuwahlen beschlossen. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß diese Frage lediglich durch parlamentarische Mittel entschieden werden könne und daß jeder Putschversuch verbrecherischer Wahnsinn sein würde. Infolgedessen wurde beschlossen, obgleich man diese Drohungen gar nicht ernst nehmen konnte, den militärischen Herren folgendes sagen zu lassen: Die Deutsche Volkspartei wird alles tun, um auf gesetzmäßigem Wege zu Neuwahlen zu gelangen; sie hält aber jeden Weg, der von dem gesetzmäßigen abweicht, für verbrecherischen Wahnsinn.[8] Mit denselben Worten ist der Beschluß den Herren vom Militär mitgeteilt worden.

General von Lüttwitz sagte daraufhin, er werde nun zum Reichspräsidenten selbst gehen. Weiter versicherte er, daß er entschlossen sei, die Verfassung zu achten. Daß nun jetzt gegen den Abg. Dr. Heinze der Vorwurf erhoben wird, er habe mittelbar

---

[3] Die »Frankfurter Zeitung«, »Die Rechtsparteien und der Militärputsch«, 21.3.1920, Nr. 232, hatte den »Führern der Rechtsparteien« vorgeworfen, »über das Vorhaben des Generals von Lüttwitz unterrichtet« gewesen zu sein, und bemerkt, die Frage nach dem tatsächlichen Umfang der Beziehungen zwischen Stresemann und Oberst Bauer bliebe »unbeantwortet«. Die von Robert Jansen, dem Hauptgeschäftsführer der DDP, verfaßte Broschüre über den Kapp-Putsch kritisierte dagegen nur den Aufruf der Partei vom 13.3.1920, der eine Anerkennung der Putschisten enthalten habe; zur Haltung der DDP nach Beendigung des Putsches siehe Albertin, S. 379ff.

[4] Siehe Dok. Nr. 18, Anm. 6 sowie die Darstellung Kahls in der Nationalversammlung am 14.4.1920, VNV, Bd. 333, S. 5137ff.

[5] Siehe dazu »Deutsche Allgemeine Zeitung«, 28.3.1920, Nr. 143.

[6] Zum Antrag Arnstadt, Heinze und Genossen vom 9.3.1920 siehe Dok. Nr. 18, Anm. 7.

[7] Oskar von der Osten (1862–1942), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst. 1900–1916 Landrat des Kreises Königsberg, 1908–1918 MgPrAH, 1919–1921 Mtgl. der Verfassunggebenden preußischen Landesversammlung (DNVP).

[8] Stresemann, Märzereignisse, S. 5, erwähnt zudem noch, daß in Aussicht genommen wurde, »gegebenenfalls bei der Beratung des Etats nicht mehr mitzuwirken, um dadurch dem parlamentarischen Protest den stärksten Nachdruck zu geben«.

bei den Vorbereitungen des Hochverrats mitgewirkt, das ist derartig unsinnig, daß es kaum verdient, ernsthaft zurückgewiesen zu werden. Abg. Dr. Heinze wird aber noch auf diese Dinge in seiner Rede in der Nationalversammlung ausführlich eingehen und die Verdächtigungen der Demokraten an den Pranger stellen.[9]

In derselben Nummer der »Frankfurter Zeitung« ist gesagt, es würde interessant sein zu erfahren, wie oft Dr. Stresemann in diesen Putschtagen bei General von Lüttwitz, bei Ludendorff, bei Oberst Bauer und bei Herrn Kapp gewesen sei. Das kann ich mit ein paar Sätzen beantworten. Am Dienstagabend [16.3.], d.h. am Tage vor seinem Sturz, bin ich vom General von Lüttwitz um eine Zusammenkunft gebeten worden, um die politische Lage zu besprechen.[10] Ich habe dieser Einladung Folge geleistet, weil ich der Meinung war, daß unsere Aufgabe in erster Linie darin bestand, einen Bürgerkrieg zu verhüten. Am nächsten Tage [17.3.] habe ich des Morgens um 8 Uhr eine neue Einladung erhalten, in das Reichskanzlerpalais zu kommen, und ich habe dort außer den Deutschnationalen auch Herren vom Zentrum getroffen, die der Einladung ebenfalls Folge geleistet hatten.[11] Das sind die beiden Male gewesen, in denen ich Herrn von Lüttwitz und Herrn Kapp gesehen habe. Hieraus sieht man klar, daß die Demokraten die Tendenz verfolgen, koste was es wolle, die Deutsche Volkspartei in diese Dinge hineinzuziehen, und man greift dabei zu Verdächtigungen und Verleumdungen. Demgegenüber muß es unsere Aufgabe sein, das reine Tatsachenmaterial der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Wie haben sich die Vorgänge selbst abgespielt? Am 13. März lasen wir des Morgens in den Zeitungen, daß ein Putsch bevorstehe, daß General von Lüttwitz bei der Regierung gewesen sei und ihr ein Ultimatum gestellt habe. Diese Mitteilung wurde alsbald durch die Nachricht überholt, die Regierung sei abgesetzt worden und eine neue habe sich gebildet. Wir haben daraufhin des Vormittags unsere Parteifreunde, die in Berlin weilten, versammelt, um zu dieser Lage Stellung zu nehmen.[12] Wie stellten sich uns die Dinge dar? Draußen im Lande hat man vielfach gemeint, es habe sich bei dem Putsch um eine örtliche Berliner Angelegenheit gehandelt. Für uns sah sich die Sache aber doch wesentlich anders an, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Reichsregierung geflohen war. Uns stand als Tatsache vor Augen, daß ganz Preußen vom Osten bis zur Reichshauptstadt nach den ausgegebenen Mitteilungen hinter den neuen Machthabern stand. Auch das Militär, so wurde uns gesagt, stehe hinter Lüttwitz, und eine Reichsregierung war eben nicht mehr vorhanden, denn sie hatte die Flucht ergriffen. Das war die Situation, vor die wir gestellt waren und die

[9] In seiner Rede vor der Nationalversammlung am 29.3.1920 wies Heinze zwar jeden Vorwurf einer Verwicklung seiner Partei in den Putsch vehement zurück, sprach der Kritik an dem Aufruf vom 13.3.1920, der »klarer die Stimmung der Partei hätte enthalten sollen«, aber nicht gänzlich ihre Berechtigung ab, VNV, Bd. 332, S. 4963 f.

[10] Siehe Dok. Nr. 23, Anm. 26.

[11] Am Morgen des 17.3.1920 wurde Stresemann in der Reichskanzlei davon unterrichtet, Kapp habe sich für den Rücktritt entschieden und Lüttwitz werde die Regierung in der Form einer Militärdiktatur fortführen, bis in den Verhandlungen mit der Reichsregierung in Stuttgart annehmbare Bedingungen erzielt worden seien, siehe Turner, S. 65; Hartenstein, S. 176 ff.; Erger, S. 247 ff. Am Nachmittag desselben Tages kam es im Justizministerium zu einer Unterredung zwischen Stresemann, Gothein, Hergt, Trimborn und Joël sowie Lüttwitz und Pabst, siehe Stresemann, Märzereignisse, S. 19 ff.

[12] Siehe Dok. Nr. 18.

uns durch die weitere Mitteilung erhärtet wurde, der Oberpräsident von Ostpreußen, der Sozialdemokrat Winnig, habe sich hinter die neue Regierung gestellt.[13] Uns schien aus dieser ganzen Lage die Notwendigkeit vorzuliegen zu verhüten, daß entweder im Auftrag einer deutschen Regierung, wenn sich eine solche neu in Süddeutschland bilden sollte, deutsche Truppen gegen Berlin zögen, oder aber, daß sich ohne Bürgerkrieg Deutschland in zwei Regierungslager spalte, ein Vorgang, durch den das Reich hätte in Trümmer fallen müssen. Dazu kamen andere Erwägungen, die sich durch den weiteren Verlauf der Dinge bewahrheitet haben. Wir waren der Meinung, daß sich Herr Kapp und seine Anhänger nicht würden halten können. Aber wir sagten uns eins: Wenn diese Angelegenheit, die gegen unseren Willen und Wissen und gegen unsere stärksten Warnungen nun doch gekommen ist, in Schimpf und Schande zum Scheitern kommt, so darf sie nicht so zusammenbrechen, daß mit ihr auch unsere ganze Reichswehr zusammenbricht. Wenn eine Verständigung nicht gelingt, dann ist die Reichswehr unmöglich geworden, und wir bekommen den Übergang zum Bolschewismus.[14] Denn es stand uns auch noch ein weiteres vor Augen, nämlich, daß jetzt ein Gegenstoß von links einsetzen würde, daß also der Kampf nicht mehr zwischen parlamentarischer und angemaßter Regierung gehe, sondern zwischen unseren alten Kultur- und Wirtschaftsformen und dem Bolschewismus. Wir haben festgestellt, daß Offiziere der russischen Roten Armee hier in Berlin geweilt haben und daß Volksredner von Lenin nach Deutschland entsandt worden sind. Es sollte also die Entscheidungsschlacht des Bolschewismus geschlagen werden, und dazu wäre es in absehbarer Zeit auch ohne den Putsch des Herrn Kapp gekommen (Sehr richtig!).

Von diesen Erwägungen gingen wir am ersten Tage aus, und wir einigten uns im Laufe unserer Besprechungen dahin: Sobald feststeht, ob die alte Regierung noch existiert oder ob sich eine neue Regierung gebildet hat, ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß in möglichst kürzester Frist der verfassungsmäßige Zustand wiederhergestellt wird, daß dann ein neues Ministerium gebildet wird als Koalitionskabinett auf breitester Grundlage und daß innerhalb von sechzig Tagen Neuwahlen ausgeschrieben werden. Unser Standpunkt ist doch dadurch klar festgelegt worden, daß wir unseren Parteimitgliedern bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei verboten, ein Amt von Herrn Kapp entgegenzunehmen.[15] Auf der Grundlage dieser Erwägungen ist denn auch unsere Erklärung vom 13. März formuliert worden.[16] Wenn behauptet wird, sie spreche eine Anerkennung der neuen Regierung aus, so ist dem entgegenzuhalten, daß sich die Angelegenheit von Süddeutschland aus wohl etwas anders ansah als von Berlin aus. Die alte Regierung war nicht mehr vorhanden. Eine Regierung war da, die sich de facto auf die Macht stützte. Im November 1918 hat die Nationalliberale Partei ja auch mit der Regierung Ebert-Scheidemann verhandelt, weil diese eine de facto Regierung war und keine andere Macht ihr gegenüberstand. Das war

[13] Siehe Dok. Nr. 21, Anm. 8.

[14] Auch Hugo bezeichnete es als vordringliches Ziel der DVP während der Tage des Putsches, »den angerichteten Schaden so schnell wie möglich aus der Welt zu schaffen, verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen und die Ordnung gegen die kommunistische und bolschewistische Gefahr im Inneren durch Heeresmacht sicherzustellen«, DVP-Nachrichtenblatt, »Zur Aufklärung«, 25.3.1920, Nr. 12.

[15] Ein solcher Beschluß erfolgte erst am 15.3.1920, siehe Dok. Nr. 23, Anm. 35.

[16] Siehe Dok. Nr. 20, 23.

genau dieselbe Situation wie am 13. März (Zuruf: Der Zentrumsmann Burlage hat in seiner Rede in Stuttgart auch von der neuen Regierung gesprochen; ebenso die »Kölnische Volkszeitung«!). Im übrigen ist in unserer Erklärung ausdrücklich gefordert, daß die provisorische Regierung in eine verfassungsmäßige umgewandelt werden sollte, und es ist das Bekenntnis abgelegt zur organischen Entwicklung, die durchbrochen worden sei.

Aber nun frage ich doch: Sollen wir denn in ungerechter Weise objektiv sein? (Lebhafteste Zustimmung). Ich empfinde es als eine Anmaßung, wenn Herr Scheidemann sich hinstellt und über Verfassungsbruch klagt.[17] Diese Revolution, die in ihren Folgen ein unendliches Unglück für Deutschland sein kann, ist doch nur eine Frucht des Zusammenbruchs aller Autorität, der seit dem November 1918 eintrat. Niemals hätte die Mißstimmung gegen die Regierung so zersetzend wirken können, wenn nicht das alte deutsche Heer durch ein Söldnerheer ersetzt worden wäre und wenn nicht alle Autorität gerade durch diejenigen umgestürzt worden wäre, die sich heute als die Hüter der Verfassung preisen. Es ist wohl eine geschichtliche Notwendigkeit, daß die Novemberrevolution eine Gegenrevolution von rechts zur Folge hatte, deren Unmöglichkeit ja nun klar erwiesen ist, wie es wohl auch eine geschichtliche Notwendigkeit ist, daß wir den Schlag von links ausschalten müssen, der jetzt geführt wird.[18]

In diesem Kampf gegen links stehen wir heute. Am 14. März setzte bereits der Generalstreik ein. Unzweifelhaft ist es, daß alle Angehörigen der Parteien, auf die sich die alte Regierung stützte, zu diesem Generalstreik geblasen haben, und zwar haben auch hier wieder die Demokraten einen großen Eifer gezeigt.[19] Wir haben uns nicht nur nicht daran beteiligt, sondern den Generalstreik auf das schärfste verurteilt. Er ist das zweite Verbrechen, das in diesen Tagen am deutschen Volke begangen wurde. Man weiß nie, wann und in wessen Händen der Generalstreik endet. Wir haben deshalb unsere Aufgabe darin gesehen, durch Verhandlungen den Frieden herbeizuführen. Wir hatten mittlerweile aus Dresden die Mitteilung erhalten, daß die alte Regierung dort Schutz gefunden hatte, und zwar durch die Intervention des Abg. Dr. Heinze, eine Tatsache, die allein genügen dürfte, um den Unsinn der gegen uns gerichteten Vorwürfe zu beweisen. In vermittelndem Sinne haben auch andere unserer Freunde in dieser Zeit gearbeitet. Abg. Dr. Vögler hat damals eine Einigung des gesamten Industriereviers gegen Herrn Kapp zustande gebracht. Ich erwähne das auch

[17] Auf der Sitzung der Nationalversammlung in Stuttgart hatte Scheidemann den Aufruf der DVP vom 13.3.1920 energisch kritisiert und der Partei vorgeworfen, sich nicht von der »Karnevalregierung des Herrn Kapp« distanziert zu haben, VNV, Bd. 332, S. 4905 f.; siehe auch Dok. Nr. 20, Anm. 37.

[18] In Sachsen und Thüringen waren bereits am 13. und 14.3.1920 Selbstschutzeinheiten der Arbeiterschaft zum bewaffneten Angriff auf Freikorps und Reichswehrtruppen übergegangen. Im Ruhrgebiet hatte sich eine »Rote Armee« aus sozialistischen Arbeitern der verschiedenen Richtungen formiert, die den von der Regierung eingesetzten Freikorpstruppen mehrere Wochen lang erbitterte Kämpfe lieferte, siehe dazu ausführlich Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, Frankfurt/M. 1973, S. 132 ff.; Georg Eliasberg, Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn 1974; Könnemann/Krusch, S. 89 ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 331 ff. Zum Verhalten des Militärs in Mitteldeutschland siehe den Bericht des sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Hörsing, vom 9.4.1920, Kabinett Müller I, Dok. Nr. 28.

[19] Siehe Dok. Nr. 18, 20.

aus dem Grunde, weil die Demokraten schon »feststellen« wollen, daß die Deutsche Volkspartei Gelder für den Putsch hergegeben habe (Gelächter). Da man dabei immer die Schwerindustrie zu beschuldigen pflegt, so darf man vielleicht darauf hinweisen, daß sie in der Bekämpfung des Herrn Kapp bis zur Kohlensperre gegangen ist. Und auch der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Arbeitsgemeinschaft haben in diesen Tagen ein neues Bekenntnis zur Arbeitsgemeinschaft abgelegt und sich sofort auf den verfassungsmäßigen Boden gestellt.[20]

Für uns in der Reichshauptstadt war die Situation am schwersten. Gewiß wäre es das einfachste gewesen, einen Protest zu erlassen und dann abzuwarten, wie die Dinge weiterverlaufen würden. Aber das wäre nicht die Haltung verantwortungsbewußter Politiker gewesen. Wir haben uns deshalb vom Sonntag, den 14. März, ab an die Arbeit gemacht und nicht geruht bis zu der Stunde, in der die Situation so weit geklärt war, daß wir wieder verfassungsmäßige Zustände in Berlin hatten. Wir haben schon am Sonntag mit dem Zentrum verhandelt[21], und wir haben auch der Sozialdemokratie vor Augen geführt, daß es sich nicht um einen Kampf zwischen der alten Regierung und Kapp handele, sondern um einen Kampf gegen den Bolschewismus. Leider hatten wir damit wenig Erfolg. Wir sind auch wegen dieser Tätigkeit vom »Berliner Tageblatt« in wahrheitswidriger Weise angegriffen worden. Es wurde behauptet, Herr Schiffer habe es abgelehnt, mit den Rebellen zu verhandeln, dagegen sei der Vorsitzende[22] der Fraktion der Deutschen Volkspartei zu den aufrührerischen Generalen gegangen. Tatsächlich aber hat Herr Schiffer als Vertreter der alten Regierung hinter diesen Verhandlungen gestanden.[23] Er hat damals klar erkannt, daß eine Einigung in Berlin erfolgen mußte, und er bediente sich unserer Vermittlung, die wir Beziehungen zu beiden Seiten hatten, um Verhandlungen herbeizuführen. Es ist also ganz falsch, wenn das »Berliner Tageblatt« jetzt behauptet, Herr Schiffer habe es abgelehnt zu verhandeln (Zuruf: Und Herr Schiffer schweigt dazu!). Ich bedauere es außerordentlich, daß Herr Schiffer in dieser Weise als Minister ausgeschieden ist.[24] Er hat sich um die Beilegung des Konfliktes Verdienste erworben, aber er hat nicht den Mut gefunden, sich zu diesen Verdiensten zu bekennen. Er hätte stolz darauf sein müssen, daß er bei diesen Vereinbarungen mitgewirkt hat. Wir haben keinen Grund, diese Verhandlungen abzuleugnen. Wir sind stolz darauf, an ihnen mitgewirkt und dazu beigetragen zu haben, sie zu einem erfolgreichen Ende zu führen (Lebhafte

[20] Siehe Dok. Nr. 21, Anm. 23.
[21] Siehe Dok. Nr. 21, Anm. 30.
[22] So in der Vorlage statt richtig: »stellvertretende Fraktionsvorsitzende« (Stresemann).
[23] Die Unterredung zwischen Stresemann, Gothein, Hergt, Trimborn und Joël mit Lüttwitz und Pabst am Nachmittag des 17.3.1920 konnte nur durch das energische Eingreifen Schiffers stattfinden, der an der Besprechung selbst jedoch nicht teilnahm, siehe Schultheß 1920 I, S. 55; Turner, S. 66f. Koch-Weser bringt die Vorwürfe gegen Schiffer auf den Punkt, wenn er ihm am 20.3.1920 in seinem Tagebuch (BAK NL. Koch-Weser 25, p. 117) vorwarf, sich durch »trickreiche Manipulationen« der Verantwortung für entscheidende, möglicherweise kompromittierende Verhandlungsphasen zu entziehen. Zu einer Beurteilung der Verhandlungsführung und -taktik Schiffers und zu seinen Auseinandersetzungen mit der eigenen Partei, in der ihm vor allem seine informelle Zusage einer Amnestie an alle militärischen Führer, die sich auf die Seite von Kapp gestellt hatten, vorgeworfen wurde, siehe Albertin, S. 371ff.; Erger, S. 165ff.; Kabinett Bauer, S. LXXXIX.
[24] Schiffer, Reichsjustizminister im Kabinett Bauer, gehörte dem am 27.3.1920 gebildeten Kabinett Müller I nicht mehr an.

Zustimmung). Das demokratische führende Organ Badens, die »Neue Badische Landeszeitung« schreibt in diesem Sinne, das entschlossene Auftreten der Deutschen Volkspartei bei der Beilegung des Konfliktes in Berlin sei ein Verdienst, das nicht geschmälert werden dürfe. Hier ist also die Auffassung wiedergegeben, die auch wir gehabt haben: Es muß zu einer Einigung kommen. Erst müssen verfassungsmäßige Zustände wiederhergestellt werden, um dann den gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus aufzunehmen.

Die Vereinbarungen, die zum Teil nach dem Diktat des Herrn Schiffer in Worte gefaßt worden sind, waren leider nach einigen Stunden von der Regierungsseite durchbrochen.[25] Es begann ein anderer Wind zu wehen. Es begannen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften[26] und es folgte eine vollkommene Orientierung nach links, in der wir noch stehen und von der wir nicht wissen, wie weit sie führen wird. Augenblicklich stehen jedenfalls wir auf dem Boden der Verteidigung der Verfassung, wenn wir uns dagegen wenden, daß die Abmachungen mit den Gewerkschaften die Grundlage unserer zukünftigen Regierungsform werden dürften. Die Verhältnisse in Deutschland entwickeln sich mit photographischer Treue wie die in Rußland. Genau wie man bei uns Truppen entwaffnet und Arbeiterbataillone schaffen will, genauso hat es Kerenski[27] gemacht, und Lenin[28] war sein Nachfolger. Wenn es so weitergeht, dann ist der Bolschewismus das Meer, in dem wir schließlich ertrinken. Daß die Unabhängigen diesen Weg gehen und daß die Sozialdemokratie nach ihrem jahrzehntelangen Kampf gegen den Militarismus Mißtrauen hegt, das ist mir schließlich verständlich. Daß diesen beiden aber die Demokratische Partei zur Seite steht, und daß sie das alles mitmacht, das ist eine Verleugnung der Interessen des Bürgertums. Der demokratische Parteivorsitzende Petersen[29] hält jetzt die Stunde

[25] Zu den Bedingungen, die von General Maercker am 15.3.1920 der Regierung nach Stuttgart überbracht wurden, dort aber auf völlige Ablehnung stießen, siehe Dok. Nr. 23, S. 271. Zur Rolle Schiffers siehe Albertin, S. 374; Erger, S. 244f.

[26] Nach dem Zusammenbruch des Putsches hatten sich ADGB, AfA und Deutscher Beamtenbund am 18.3.1920 auf eine Fortsetzung des Generalstreiks verständigt, bis ihre Forderungen (u.a. Rücktritt Noskes und Neuorganisation und Entwaffnung der unzuverlässigen militärischen Einheiten) erfüllt waren, zudem forderten die Verbände »eine entscheidende Mitwirkung bei der Neuordnung der Verhältnisse«. Das Neun-Punkte-Programm, das in den folgenden Tagen die Grundlage von Verhandlungen zwischen Vertretern der freigewerkschaftlichen Verbände und den Mehrheitsparteien bildete, ist abgedruckt bei: Könnemann/Krusch, S. 173ff. Zu der Haltung Legiens, der am 18.3. der Regierung in Stuttgart mitteilen ließ, daß sie nur im Falle einer Annahme der gewerkschaftlichen Forderungen nach Berlin zurückkehren könne, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 310ff.; der Generalstreik wurde erst am 23.3. offiziell für beendet erklärt, siehe Schultheß 1920 I, S. 74.

[27] Alexander Kerenski (1881–1970), Jurist. In der Duma seit 1912 Führer des sozialistischen Flügels der »Partei der Werktätigen« (Trudowiki), ab Mai 1917 Kriegs- und Marineminister, Juli–Nov. 1917 Ministerpräsident.

[28] Waldimir Iljitsch Ulanow, genannt Lenin (1870–1924), Jurist. Vorkämpfer des radikalen Flügels der russischen Sozialisten, 1897 nach Sibirien verbannt, seit 1900 in der Schweiz, während der Revolution von 1905 kurzer Aufenthalt in Rußland, dann wieder im Ausland. 1917 Rückkehr mit deutscher Hilfe. Nach der Oktoberrevolution bis zu seinem Tod Vors. des Rats der Volkskommissare.

[29] Carl Petersen (1868–1933), Jurist. 1919–1924 MdR (DDP), 1924–1930, 1931–1933 Erster Bürgermeister von Hamburg, Dez. 1919–Jan. 1924 Vors. des Parteiausschusses der DDP, Juni 1921–Jan. 1924 Vors. der Reichstagsfraktion, 1925–1930 Ehrenvors. der DDP, 1930–1932 Ehrenvors. der DStP, Sept. 1932–Juni 1933 einer der Parteivors.

für gekommen, um in Berlin in einer öffentlichen Rede zu sagen, daß er sich der meineidigen Offiziere schäme[30] (Erregte Zwischenrufe). Kann man das Heer wirksamer zersetzen als durch solche Angriffe? Kann man sich da wundern, wenn Offiziere im Kampf gegen den Bolschewismus wankend werden sollten?

Die Entwicklung der Gewerkschaften rückt stark nach links. Der Abg. Legien hat den stärksten Radikalismus gepredigt. Der Einfluß der Gewerkschaften bedeutet also eine verstärkte Gefahr. Das um so mehr, wenn das Heer weiter so zersetzt und zermürbt wird, wie es bisher geschehen ist. Deshalb müssen wir dafür eintreten, das Heer zu stärken und auch seelisch zu unterstützen. Unsere zweite Aufgabe aber ist, dafür zu sorgen, daß wieder ein autoritativer verfassungsmäßiger Körper gewählt wird. Das kann nur ein neugewählter Reichstag sein. Wenn wir nicht dafür sorgen, daß in kürzester Frist ein Reichstag vorhanden ist, dann fehlt uns ein Kristallisationspunkt, und dann fürchte ich, daß die Reichseinheit auf das schwerste bedroht ist. Darum müssen wir darauf dringen, daß bis zum Juni Neuwahlen stattfinden.

Und noch ein anderes. Wir müssen eine Ablenkung versuchen gegenüber dem Bolschewismus, die wir durchaus tragen können, ja, deren Träger wir bisher gewesen sind. Ich würde es sehr bedauern, wenn die Entwicklung dahin ginge, daß auch nur vorübergehend das Parlament durch eine Räteregierung ersetzt werden würde, denn aus dieser Entwicklung würden die Arbeitgeber sehr bald herausgedrängt sein. Es ist aber doch ein großer Fehler der Regierung, daß sie alles nur auf die formale Demokratie eingestellt und den gärenden Berufsinstinkten der Masse kein Ventil geschaffen hat. Wir müssen deshalb mit Entschiedenheit fordern, daß eine Kammer der Arbeit neben dem Parlament gebildet wird.[31]

Und dann ein weiteres: Welche Gelegenheit wäre jetzt geboten, um deutsche Außenpolitik zu treiben! Immer ist uns entgegengehalten worden, der Bolschewismus ist nur eine Erfindung, um eine Milderung des Versailler Friedens zu erreichen. Jetzt müßte gerade eine sozialistische deutsche Regierung sich auf den Standpunkt stellen: Das ist euer, der Entente, Werk, ihr habt die Pflicht, das wieder gutzumachen, was ihr in Versailles verbrochen habt, denn es geht um eure Interessen. Und dieser Versuch mußte gerade in unseren Tagen gemacht werden, denn für die Frage, ob europäischer Bolschewismus oder alte Kultur, ist die deutsche Wirtschaftslage entscheidend. Wenn wir wieder genügend Arbeit, annehmbare Entlohnung und bessere Ernährung haben, dann ist der wichtigste Hemmschuh gegen den Bolschewismus eingeschaltet.

Wenn wir nun neue Wahlen bekommen: Unter welchen Gesichtspunkten sollen wir sie führen? Wie stehen wir als Partei, und wie stehen die Gesamtaussichten? In unseren Tagen geht die Zeit im Sauseschritt, und vielleicht schon in ein paar Tagen stehen ganz andere Dinge im Vordergrund als die Kappsche Episode. Die Demokratie steht heute schon in der Defensive. Im Lippeschen Landtag haben die Demokraten nach Mitteilungen unserer Parteifreunde eine Interpellation gegen den Generalstreik eingebracht, und noch mehr als von ihnen wird die Demokratische Partei von

[30] Innerhalb der DDP hatte bereits das Neun-Punkte-Programm eine leidenschaftliche Auseinandersetzung ausgelöst. Auch die Haltung der Partei zur Reichswehr war äußerst umstritten: So verlangte Geßler am 12.4.1920 in einer Fraktionssitzung, die Reichswehr solle öffentlich für ihren Einsatz belobigt werden, siehe Albertin, S. 387f.

[31] Siehe Dok. Nr. 5, Anm. 200.

ihren Münchner Parteifreunden desavouiert, die in ein Kabinett eingetreten sind, das auch auf dem Wege der gewaltsamen Staatsumwälzung und unter Ausschluß der Sozialisten gebildet worden ist.[32] Die Klarheit wird kommen, wenn dem Bürgertum erst klar ist, daß es sich um seine Existenz gegen den Bolschewismus handelt und daß wir über das Kontrollorgan der Gewerkschaften in die Diktatur des Proletariats einzumünden drohen. Dann wird es wissen, was es von den einzelnen Parteien zu halten hat. Wir werden Zuzug von beiden Seiten bekommen, von rechts und von links. Man wird auf der rechten Seite einsehen, daß wir mit unserer Ablehnung der Verschmelzung im Rechte waren[33], und auf der anderen Seite deutet alles darauf hin, daß der Abmarsch aus dem demokratischen Lager sehr erheblich ist (Lebhaftes: Sehr richtig!). Man erkennt immer mehr: Was wir brauchen, das ist eine Partei des freiheitlichen deutschen Volkstums, die ebenso jede Reaktion bekämpft, wie sie einen scharfen Trennungsstrich führt gegen den Sozialismus und den allerschärfsten Kampf gegen den Bolschewismus. Nach einer solchen Partei lechzt man geradezu im Bürgertum (Lebhafteste Zustimmung). Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere Partei zu einem solchen Sammelpunkt aller aufbauenden und freiheitlichen Volkskreise wird, denn eine solche Sammlung ist das dringendste Gebot der Stunde (Lebhafter, minutenlanger Beifall).

An die Rede Stresemanns schließt sich eine mehrstündige Aussprache an.[34]

Als Schlußergebnis konnte festgestellt werden, daß die Versammlung den Bruch der Verfassung durch das Unternehmen von Kapp und Lüttwitz allseitig auf das schärfste verurteilte und es mit Dank begrüßte, daß die Parteileitung im Reich sowie die Parteiorganisationen im Lande sich von Anfang an auf den Boden der Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte gestellt und daß die Parteileitung alles getan hatte, um durch erfolgreich geführte Verhandlungen die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes zu erwirken. Einmütig und mit aller Entschiedenheit lehnte die Versammlung die unerhörte Aufforderung zum Generalstreik und ebenso die verfassungswidrige Mitwirkung von Organisationen der am Generalstreik beteiligten Arbeiter bei der Neubildung der Ministerien im Reich und in Preußen ab.

Die Berichte aus dem Lande ließen erkennen, daß namentlich die Art und Weise, wie die demokratische Partei in dieser Zeit, in der alle Grundlagen unserer Kultur und Wirtschaft durch den herandrängenden Bolschewismus bedroht sind, die bürgerliche Einheitsfront verlassen hat, zu einer starken Erschütterung der Stellung dieser Partei

[32] Siehe Dok. Nr. 23, Anm. 13.

[33] Siehe Dok. Nr. 16, 17.

[34] An der Aussprache, deren Inhalt in dem Bericht nicht wiedergegeben wird, beteiligten sich: Thiel (Berlin), Wallis (Hildesheim), Geisler (Frankfurt), Köß (Dresden), Penner (Lichterfelde), Boehm (Dresden), Heimann (Köln), Wittig (Darmstadt), Reincke-Bloch (Rostock), Kuhlemann (Bochum), Rose (Hamburg), Curtius (Heidelberg), Stettiner (Königsberg), Benecke (Berlin), Hüfner (Nürnberg), Most (Duisburg), Cremer (Halle), Kuhbier (Duisburg), Stendel (Leer), Salomon (Breslau), Hollmann (Lichtenberg), Rose (Wilmersdorf), Hugo (Berlin), Bickes (Stuttgart), Brune (Hannover), Leidig (Berlin), Landgrebe (Frankfurt/M.), Landmeyer (Bielefeld), Lüttmann (Marienwerder), Heinze (Dresden), v. Campe (Minden), Maretzky (Berlin), Hein (Halle), Becker (Darmstadt), Beuermann (Hameln), Backheuer (Hannover), v. Krause (Berlin), Hintzmann (Halle).

und einer weitgehenden Stärkung der Deutschen Volkspartei geführt hat, der ebenso wie von demokratischer Seite auch Anhänger von rechts zuströmen, die in einer freiheitlichen Bürger- und Arbeiterpartei die beste Gewähr gegen die Wiederholung reaktionärer Umsturzgefahr wie gegen eine Aufgabe der bürgerlichen Ideale gegenüber Sozialismus und Kommunismus sehen.

Der Zentralvorstand der Partei wird auf den 18. April [1920] nach Berlin einberufen werden[35], um die Stellung der Partei zu den bevorstehenden Neuwahlen festzulegen.

An den Deutschen Ausschuß in Flensburg wird ein Telegramm (Dank für das »feste Bekenntnis zum Deutschtum«) *abgesandt.*[36]

Zum Schluß der Sitzung gibt Vogel »dem einmütigen Dank der Versammlung für den Führer der Partei und die Führer der Fraktionen unter lebhaftestem Beifalle Ausdruck«.

24b: Privatbesitz Erich Heinz Schlottner. Maschinenschriftliches Protokollfragment[1] mit zahlreichen Unterstreichungen[2], 5 Blatt. Überschrift: »D.V.P. und Kapp-Putsch. Berliner Zentralvorstand«.

Abgeordneter Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren, ich muß nach den Ausführungen des Herrn Vorredners Hofrat Bickes (Stuttgart) das Wort ergreifen.[3]

Es ist unrichtig, daß jemals die Parteileitung erklärt hat, daß sie am 13. März einen Fehler gemacht hätte. Eine solche Erklärung ist niemals abgegeben worden, und ich lege Wert darauf, daß nicht in den Wahlkampf mit der Feststellung eingetreten wird, daß die Parteileitung erklärt hätte, eine fehlerhafte Politik getrieben zu haben. Ich glaube, daß die Kritik, die an den Aufruf[4] geknüpft worden ist, die vielfachen An-

[35] Siehe Dok. Nr. 26.

[36] Wortlaut: NLC vom 29.3.1920, Nr. 67.

[1] Bei dem abgedruckten Dokument handelt es sich mit größter Wahrscheinlichkeit um eine authentische Teilabschrift aus dem verlorenen Originalprotokoll, die vor 1933 angefertigt sein dürfte, vermutlich auf Initiative von Stresemanns Sekretär Henry Bernhard, in dessen Besitz sie gelangte. Bernhard stellte das Protokollfragment im Jahr 1947 Erich Heinz Schlottner für die Anfertigung seiner Dissertation »Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923« (Frankfurt/M. 1947) zur Verfügung, und Schlottner hat das Dokument offenbar nicht an Bernhard zurückgegeben. Die Überschrift »D.V.P. und Kapp-Putsch. Berliner Zentralvorstand« ist vom Hersteller der Teilabschrift des Protokolls hinzugefügt, wobei offensichtlich die Angabe »Berliner Zentralvorstand« fehlerhaft ist. Zum einen kam auf der Berliner Zentralvorstandssitzung am 18.4.1920 (siehe Dok. Nr. 26) die Haltung der DVP-Führung beim Kapp-Putsch nicht mehr ausführlich zur Sprache, zum anderen ergibt sich aus der ausdrücklichen Bezugnahme Stresemanns auf die Ausführungen von Bickes (den der NLC-Bericht über die Sitzung am 28.3. als Diskussionsredner erwähnt, dessen Teilnahme an der Zentralvorstandssitzung am 18.4.1920 hingegen nicht nachweisbar ist), daß das Protokollfragment der Sitzung vom 28.3.1920 zuzuordnen sein dürfte.

[2] Die Bleistiftunterstreichungen, am linken Rand des Dokuments mit handschriftlichen Haken versehen, sind offenbar von Schlottner zur Gedächtnisstütze vorgenommen worden, da alle unterstrichenen Stellen als Zitat in seiner Dissertation (siehe Anm. 1) nachzuweisen sind.

[3] Siehe Anm. 1.

[4] Siehe Dok. Nr. 20, S. 249f.

fragen, wirklich nur entstanden sind durch die Fälschung, die die feindliche Presse an dem Wortlaut vorgenommen hat, zu der sich ja auch der Herr Reichsjustizminister bekannt hat, indem ein wesentlicher Satz fortgelassen wurde.[5] Ich verteidige den Aufruf nicht, weil ich der Verfasser bin. Er ist nicht von mir verfaßt, er ist von dreizehn Parteigenossen verfaßt.[6] Vielleicht sind Mängel dadurch entstanden, daß man zu demokratisch gewesen ist und ein zu großes Gremium herangezogen hat, um die erste Kundgebung der Partei zu veranlassen. Aber zur Sache muß ich doch folgendes sagen: Was machen Sie uns denn zum Vorwurf? Sie machen der Parteileitung, die an diesem Tage alle verfügbaren Damen und Herren heranzog, zum Vorwurf, daß sie das Vorgehen damals nicht mit Entschiedenheit mißbilligt hätte. Diese Mißbilligung ist zum Ausdruck gebracht, und es ist ausdrücklich stundenlang darüber debattiert worden, in welcher Form das geschehen soll. Wenn wir erklären: Wir stehen auf dem Boden der organischen Entwicklung, die hier durchbrochen ist, dann ist damals die Kritik zum Ausdruck gebracht[7] (Sehr richtig!). Die Unklarheit der Situation, die für uns entstanden ist, rührte daher, daß wir in diesem Augenblick in Berlin und in Preußen überhaupt nur die eine Situation vor uns hatten, daß hier eine Macht war, eine de-facto-Macht, gestützt auf Truppen, und daß auf der andern Seite nichts war als Herren, die sich im Augenblick irgendwo in Deutschland befanden und von denen wir nicht wußten, ob sie sich irgendwie wieder als Regierung konstituieren könnten.[8] Infolgedessen vermochten wir gar nicht, von einer alten Regierung zu sprechen, denn die alte Regierung war nicht mehr da (Sehr wahr!). Für uns bestand in diesem Augenblick nichts anderes als eine de-facto-Macht, mit der wir zu rechnen hatten, denn wir konnten keine Straße passieren, ohne die Legitimation von einer derartigen Macht hier zu haben.

Weiterhin haben wir zum Ausdruck gebracht – und das vergessen Sie alle, nachdem die Sache jetzt gutgegangen ist –, daß wir uns sagten: Wir müssen unsere Reichswehr erhalten, und wenn wir auch noch losschimpfen, dann wird das ganze Militär deposseidiert, dann heißt es: Da seht Ihr es ja, auch bis in die Reihen der Volkspartei sagt man: Nieder mit dem Militarismus; dann hätten Sie die bewaffnete Volkswehr an Stelle der Reichswehr gehabt. Wenn Ihnen das lieber war, dann glaube ich: Das ist sehr bedauerlich. Sie sollten Verständnis dafür haben, daß wir uns in diesem Augenblick gesagt haben: Wir dürfen diese Leute, auch wenn wir ihr Tun für verbrecherisch halten, nicht derartig desavouieren, wir müssen verhandlungsfähig bleiben, damit wir sie erhalten, damit wir von unserer Reichswehr retten, was zu retten ist, damit wir den ehrenvollen Abzug des Heeres sicherstellen, damit wir nicht dadurch, daß alles sich gegen diese Art von Militarismus wendet, den Sozialdemokraten die Möglichkeit geben, unter Umständen mit der Reichswehr aufzuräumen, die Bewaffnung

[5] Siehe Dok. Nr. 20, Anm. 37.

[6] Siehe Dok. Nr. 20, Anm. 36.

[7] Die ersten Sätze des Aufrufs vom 13.3.1920 lauten: »Die bisherige Regierung hat es nicht verstanden, das Vertrauen der Mehrheit des Volkes sich zu erwerben. Sie hat sich jedem Streben auf Neubildung einer Regierung auf verfassungsmäßigem Wege durch Vornahme von Neuwahlen widersetzt, und sie hat darüber hinaus den Bruch der bisherigen Reichsverfassung zur Sicherung ihrer Parteimacht erstrebt. Dadurch trägt sie die Verantwortung, daß der Weg der organischen Entwicklung, zu dem wir uns bekennen, durchbrochen worden ist«, Dok. Nr. 20, S. 249f.

[8] Zur Lage am Vormittag des 13.3.1920 siehe Dok. Nr. 18, Anm. 5.

der Arbeiter durchzuführen und die republikanische Volkswehr in den Sattel zu heben.

Deshalb haben wir uns gesagt – alle Stunden standen vor uns; ich bedaure, daß alle diejenigen, die diese Stunden mitgemacht haben, nicht viel öfter als Parteifreunde hier die Gedanken vertreten, die uns alle damals bewogen haben –, wir haben uns gesagt: Wir müssen so bald als möglich den verfassungsmäßigen Zustand wiederherstellen; aber nicht dadurch, daß wir, wie die Demokraten[9], große Resolutionen loslassen[10], wir mißbilligten den Verfassungsbruch, sondern, daß wir de facto fragen: Wie wird die Verfassung wiederhergestellt? Wir haben am Nachmittag zu Kapp geschickt; wir fragten: Was willst Du denn, willst Du Diktator sein, willst Du Garantie geben, daß die Verfassung hergestellt wird?[11] Und wir haben am 15. [März 1920] erklärt: Niemand von uns soll eintreten, die beiden Regierungen sollen abtreten, und es soll dann ein Geschäftsministerium gebildet und es sollen Neuwahlen ausgeschrieben werden.[12] Wir hielten das alte Ministerium für genauso erledigt durch die feige Flucht wie die Faktoren, die sich am 13. März an die Stelle gesetzt hatten. Und dann wissen Sie vielleicht nichts davon, in welcher nervenaufreibenden Art gerade auf uns hier in Berlin die Arbeit gelegen hat, die Ruhe wiederherzustellen. Wir sind es gewesen, die Herrn Paul Lüttwitz veranlaßt haben, zum Reichsjustizministerium zu Verhandlungen zu kommen und sich wieder auf den Boden der Verfassung zu stellen.[13] Hätten wir einfach Depeschen losgelassen und uns auf's Bett gelegt, dann hätten Sie den Bürgerkrieg gehabt (Sehr richtig!).

Damals hat sich die Regierung unserer bedient, um die Verständigung herbeizuführen, weil wir infolge der vorsichtigen Formulierung vom 13. März verhandlungsfähig auch für Kapp und Lüttwitz geblieben waren. Hätten wir es anders gemacht, dann hätten diese Leute gesagt: Was geht Ihr uns an? Macht Eure Sache allein, und dann hätten Sie den Bürgerkrieg zwischen der Militärdiktatur und der alten Regierung gehabt. Was verständiger und realpolitischer gewesen ist, bitte ich Sie doch einmal zu erwägen und diese Sache nicht im Lichte der Angriffe der feindlichen Presse zu sehen, sondern im Lichte derer, die die Sache hier miterlebt haben. Diejenigen Vertreter fremder Zeitungen, die in jenen Tagen hier waren, haben, wie der Korrespondent der »Badischen Landeszeitung«, erklärt: Wenn der Konflikt beigelegt ist, dann gebührt der Deutschen Volkspartei ihr großer Anteil daran, und der soll ihr nicht geschmälert werden. Das war die Stimmung an dem Abend, als Lüttwitz sich auf den Boden der Verfassung gestellt hatte. Als die Herren dann durch unsere Vermittlungstätigkeit sich wieder frei in Berlin bewegen konnten, da wurden sie frech, und da glaubten sie, uns als Landesverräter angreifen zu können, da glaubten sie, alles beschimpfen zu können, da hielten sie sich nicht an Abmachungen, die sie als Ehrenmänner abgeschlossen hatten, in denen beispielsweise auch die Zusage war, für deren

[9] Gemeint: die DDP.
[10] Die DDP hatte in ihrem Aufruf vom Mittag des 13.3.1920 den Putsch scharf verurteilt und zum Generalstreik aufgerufen, siehe Dok. Nr. 20, Anm. 35.
[11] Siehe Dok. Nr. 19.
[12] Siehe Dok. Nr. 23.
[13] Zum Treffen zwischen Stresemann, Gothein, Hergt, Trimborn und Joël mit Lüttwitz und Pabst am Nachmittag des 17.3.1920 im Reichsjustizministerium siehe Dok. Nr. 24a, Anm. 11.

Erfüllung die Parteiführer sich einsetzen wollten, daß in Zukunft niemals wieder ein Zivilist Kriegsminister werden solle, sondern nur ein Militär.[14]

Ich habe nicht die Absicht, im Rahmen unserer heutigen Verhandlungen diese ganze Tätigkeit einzeln darzustellen. Das ist in der Versammlung der Wahlkreisvorsitzenden geschehen. Ich will Ihnen aber das eine sagen: Wir in der Parteileitung haben nicht nur ein gutes Gewissen in dieser Angelegenheit (Sehr richtig!), sondern wir haben geglaubt, Anspruch auf Dank zu haben (Zustimmung und stürmischer Beifall). Wenn Sie glauben, anderer Meinung sein zu müssen, dann bringen Sie das offen zum Ausdruck. Aber ich schließe mit dem, womit ich begonnen habe: Wir haben keinen Fehler einzugestehen, sondern wir vertreten das, was wir getan haben; wir haben nicht um mildernde Umstände zu bitten, sondern wir sind der Meinung, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen das getan haben, was realpolitisch in jener Situation nötig war (Erneuter stürmischer Beifall).[15]

Stresemanns Schlußwort[16]:

Meine Damen und Herren, ich erwähne diese Einzelheiten, um Ihnen vor allen Dingen das eine vor Augen zu führen: Die Dinge lagen so, daß wir nicht wußten, ob hier die Kämpfe ausbrechen würden, die, wenn die Zersetzung der Reichswehr vor sich ginge, uns dem Bolschewismus auslieferten. Diese Kämpfe verhindert zu haben, ist mit ein Verdienst unserer Partei.

Einer der Herren Redner hat gesagt, man hätte das auch auf anderem Wege erreichen können. Mag sein, das kann man schwer feststellen, aber jedenfalls möchte ich diejenigen Tatsachen feststellen: Bei der Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes – und darauf kommt es doch an, nicht auf die papierene Resolution, sondern auf das, was tatsächlich geschehen ist – haben wir mit die Führung gehabt. In der ersten Kundgebung haben wir uns bekannt zur organischen Entwicklung und uns verwehrt gegen verfassungswidrige Zustände. Am nächsten Tage haben wir erklärt, daß niemand von uns das Recht hätte, in einer verfassungswidrigen Umgebung ein Amt anzunehmen.[17] Deshalb möchte ich Sie bitten: Machen Sie es nicht so – verzeihen Sie mir jetzt eine ganz scharfe Kritik –, stellen Sie sich nicht auf das Niveau des deutschen Reichsjustizministers (Beifall), indem man dort Einzelheiten, die angreifbar sein mögen, herausschält, ohne Betrachtung des Ganzen und des Tatsächlichen, und daran Kritik übt, sondern beachten Sie diese Gesamthaltung, und ich glaube, sie werden unter dem Eindruck dieser Gesamthaltung dem, was die Parteileitung in jener Zeit getan hat, Ihr Vertrauen und Ihre Zustimmung nicht versagen können. Und wenn Sie im Reiche Angriffen begegnen, dann, glaube ich, dienen Sie der Partei am besten, wenn Sie diese Angriffe nicht mit Entschuldigungen, sondern mit aller

[14] Einen Hinweis auf diesen in den amtlichen Veröffentlichungen nicht mehr enthaltenen Gegenstand der Verhandlungen vom 17.3.1920 (siehe Anm. 13) gibt Stresemanns Tagebuch, in dem er unter diesem Datum als einen Punkt der erzielten Kompromißbestimmungen festhielt: »4. (geheim) Militär als Kriegsminister«, PA NL Stresemann 142.

[15] In der Vorlage folgt eine halbe leere Seite.

[16] In der Vorlage folgen zahlreiche Auslassungspunkte sowie eine – augenscheinlich vom Urheber der Abschrift stammende – nach rechts eingerückte Klammerbemerkung: »Die fortgelassenen Stellen sind im wesentlichen eine Wiederholung der letzten Rede und ein detailliertes Eingehen auf die Kritik der Diskussionsredner an dem Aufruf vom 13. März [1920]«.

[17] Siehe Dok. Nr. 23.

Energie, sich bekennend zu dem Geiste, der uns damals geleitet hat, zurückweisen und darüber hinaus zu Angriffen gegen diejenigen vorgehen, denen nichts Besseres in jenen Tagen eingefallen ist, als den Generalstreik zu proklamieren[18], ohne sich darum zu kümmern, ob sie unser ganzes Land in Chaos und Anarchie hineinbrächten, und wenn Sie unter diesem Gesichtspunkt auf diese Wochen zurücksehen, – in solchen bewegten Zeiten und Stunden mag auch der Kompaß manchmal nicht normal eingestellt werden –, aber jedenfalls war die ganze Kursrichtung, die wir hatten, die richtige, die aus unserem Charakter als nationale und liberale Partei hervorgeht.

Darf ich ein letztes noch sagen: Ich habe jetzt die Empfindung, als wenn eine theoretische Wirkung des Kapp-Putsches darin besteht, daß wir selber einen Schritt zu weit in die formale Demokratie hineinkommen (Sehr gut!), indem wir jetzt eine Heiligkeit der Verfassung proklamieren, die in der Form eines unbedingten Bekenntnisses zu dem, was ist, doch leicht in der Öffentlichkeit den Eindruck verwischen läßt, daß das, was gekommen ist, gegen unseren Wunsch und Willen gekommen ist und daß das in Trümmer geschlagen ist, was das Ideal unseres Lebens ist (Beifall).

Denken Sie auch daran: Wodurch entstanden denn die Zustände, was unterschied uns denn damals in der Haltung von den Fortschrittlern? Damals regierte ein Junker, ein schlimmer Reaktionär, und dieser Mann – denn so hat er seine Laufbahn begonnen – setzte sich über die Verfassung hinweg und schuf ein Heer gegen die Verfassung und eine Steuerbewilligung ohne den preußischen Landtag.[19] Das haben ihm die Fortschrittler bis heute nicht vergessen, aber die Nationalliberale Partei entstand aus der Empfindung heraus, daß der Mann, der auch unter Bruch der Verfassung Deutschland zur Größe führte, der Mann war, dem sie nachträglich Indemnität zu erteilen hatte (Stürmischer Beifall). Ich meine, wir wollen uns darüber klar sein: Keine Parallele mit dem Geschehen des 13. März [1920], aber wenn unser Herrgott und das Schicksal uns einen Menschen schickt, der auch einmal, ohne sich an alle Paragraphen von Weimar zu halten, uns wieder ein großes Deutschland schüfe, dann würde unsere Partei – so hoffe ich – ihm dieselbe Indemnität gewähren, wie die Väter der Nationalliberalen Partei sie einem Bismarck gewährt haben (Jubelnder, langanhaltender Beifall und Händeklatschen).

[18] Zur Proklamation des Generalstreiks am Morgen des 13.3.1920 siehe Dok. Nr. 18, Anm. 5.

[19] Zur Haltung der Liberalen in Heeresreform- und Steuerbewilligungsfragen sowie zu Bismarcks budgetlosem Regime, das erst durch das (von der Mehrheit der Fortschrittspartei abgelehnte) Indemnitätsgesetz vom September 1866 beendet wurde, siehe u.a. Michael Gugel, Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857–1867, Köln 1975, S. 87ff. Zum Abstimmungsverhalten der Liberalen siehe Klaus Erich Pollmann, Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf 1985, S. 35; zur Gründung der NLP im Juni 1867 siehe ebd., S. 139ff.

25.

17. April 1920: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/53, p. 101–106. Maschinenschriftliches Protokoll; Expl. Nr. 1. Überschrift: »Streng vertraulich! Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. Sitzung am 17.4.1920 im Reichstag«.[1]

Abg. Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 40. Es wird zunächst Punkt 2 b der Tagesordnung besprochen, betreffend die Bildung des Ausschusses zur Aufstellung der Reichsliste.[2] Dr. Stresemann bemerkt dazu, daß in der letzten Sitzung mit den Wahlkreisvorsitzenden der Vorschlag gemacht worden sei, daß dieser Ausschuß aus den Wahlkreisvorsitzenden und 12 Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses bestehen soll.[3] Er schlage vor, daß der Geschäftsführende Ausschuß morgen dem Zentralvorstand diesen Antrag unterbreite.[4] Der Ausschuß beschließt dementsprechend. Vom Geschäftsführenden Ausschuß selbst werden folgende Mitglieder in den Reichswahlausschuß entsandt: Stresemann, Garnich, Becker (Hessen), Heinze, Frau Mende, Hartmann, Kempkes, Thiel, Frau von Oheimb, Rießer, Flathmann, Dusche. Als Vertreter für Herrn Dusche, der an der ersten Sitzung des Ausschusses nicht teilnehmen kann, wird Herr Knebel bestimmt.

Zu Punkt 2a der Tagesordnung, Vorschläge für die Reichsliste, berichtet sodann Abg. Dr. Stresemann über die bei der Parteileitung eingelaufenen Vorschläge. Es seien einmal zahlreiche wirtschaftliche und Berufsorganisationen, die Vertreter verlangten, sodann käme in Betracht, daß wir für die aus anderen Parteien in der letzten Zeit übergetretenen Herren ein oder zwei Plätze reservieren[5], ferner seien solche Kandidaten zu berücksichtigen, deren Wahl im Wahlkreis nicht sicher sei, wie zum Beispiel die Kandidaten in einem Teil von Süddeutschland, endlich sei auch ins Auge zu fas-

---

[1] Nach der dem Protokoll vorangestellten Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Frau Bassermann, Brüninghaus, Cremer, Frau Dehmel, Flathmann, Garnich, Hartmann, Heinze, Frau Hoffmann, Hollmann, Knebel, Kuhbier, Leidig, Frau Mende, Moldenhauer, Frau v. Oheimb, Dr. Piper, v. Richter, Rießer, Sachs, v. Schwabach, Stresemann, Thiel. Von der Reichsgeschäftsstelle: Frau Schönherr, Schütz, Trucksaess. Tagesordnung: 1. Vorbereitung des Wahlaufrufs, 2. a. Vorschläge für die Aufstellung der Reichsliste, b. Antrag betr. Bildung eines Ausschusses zur Feststellung der Reichsliste, 3. Verschiedenes. Am Schluß des Umdrucks der Vermerk: »Für die Richtigkeit: gez. Dr. Stresemann (Vorsitzender), gez. Trucksaess (Protokollführer)«.

[2] Das Reichskabinett hatte in seiner Sitzung vom 1.4.1920 als Wahltermin entweder den 30.5. oder den 6.6. in Aussicht genommen, siehe Kabinett Müller I, Dok. Nr. 8. Am 30.4. wurden die Wahlen dann für den 6.6.1920 anberaumt (RGBl. 1920, S. 695), siehe auch Dok. Nr. 18, Anm. 7.

[3] Die erste Sitzung des Ausschusses für die Aufstellung der Reichsliste fand bereits am 17.4.1920 statt, einen Tag vor der Sitzung des Zentralvorstandes, siehe das Verlaufsprotokoll: BAK R 45 II/53, p. 115–119.

[4] Siehe Dok. Nr. 17.

[5] Siegfried von Kardorff war, gemeinsam mit Johann Georg von Drewitz und Dr. Otto Arendt, am 16.4.1920 aus der DNVP ausgetreten und begründete diesen Schritt in einer öffentlichen Erklärung, siehe »Deutsche Zeitung« 18.4.1920, Nr. 102; Hartenstein, S. 195ff.; Liebe, S. 59f. Am 27.4.1920 traten die Führer der »liberalen Gruppe« in der DDP (Hallensleben, Mugdan, Tropfke und Wiemer) zur DVP über, siehe BAK R 45 II/53, p. 127ff.

sen, daß man einige Namen von Persönlichkeiten um der Wirkung nach außen willen auf die Liste setze, die schon in den Wahlkreisen aufgestellt und dort auch sicher gewählt werden. Von diesen Kandidaten müsse natürlich eine bindende Erklärung abgegeben werden, daß sie in ihrem Wahlkreis annehmen.[6]

Abg. Dr. Heinze macht darauf aufmerksam, daß unter Umständen auch der Graf Posadowsky bereit sei, für uns zu kandidieren. Dr. Cremer und Dr. Rießer bezeichnen eine Kandidatur Posadowskys als großen Gewinn für uns.[7]

Auf die Frage Dr. Stresemanns, wie man eine Kandidatur von Kardorff im Westen aufnehmen würde, erwidert Professor Dr. Moldenhauer, daß eine kürzlich von Kardorff im Westen gehaltene Rede außerordentlich stark gewirkt habe. Herr von Kardorff erfreue sich dort der größten Sympathie. Die Deutschnationalen im Westen seien im höchsten Falle Kardorffscher Richtung. Er glaube, daß von Kardorff für uns ein größerer Gewinn sei als Posadowsky.

Dr. Leidig: Auf eine Reichsliste mit höchstens sechs sicheren Plätzen könne man doch nicht zwei Herren setzen, die erst sei 14 Tagen zu uns gehören.

Dr. Stresemann: Man müsse Männer wie Posadowsky und von Kardorff doch anders behandeln denn als Mitglieder, die eben erst zu uns kommen. In der Deutschnationalen Partei habe eine recht scharfe Auseinandersetzung stattgefunden. Graf Kanitz[8] und Herr von Kardorff hätten in der letzten Sitzung des Hauptvorstandes der Deutschnationalen einen Vorstoß gegen die sich vordrängende Richtung des Grafen Westarp unternommen. Der Ausgang sei aber gewesen, daß die Mehrheit auf die Seite des Grafen Westarp trat, der jede Konzession nach links ablehnte. Infolgedessen haben die Herren ihre Konsequenzen gezogen. Es sei vor allem zu beachten, daß es sich hier um keine reaktionären Elemente handele, er erinnere nur an die Stellungnahme Kardorffs zur preußischen Wahlrechtsreform, auch in sozialer Hinsicht seien es durchaus fortschrittlich gesinnte Männer. Der Übertritt Kardorffs und Posadowskys zu uns werde sicherlich im deutschnationalen Lager wie ein Signal wirken. Auch in der sonstigen deutschen Öffentlichkeit werde der Eindruck der sein, daß die nationale Sammlung sich um die Deutsche Volkspartei gruppiert.

Dr. Curtius: Es sei zweckmäßig, wenn man erst darüber etwas hört, wieviel Sitze wir auf der Reichsliste erreichen können.

Abg. Kempkes gibt über die voraussichtliche Gestaltung des Wahlgesetzes eingehende Auskunft, vor allem über die Einschränkung, welche die Reichsliste durch die Einschiebung der Wahlkreisverbände erfahren wird. Es würden rund 20 Wahlkreisverbände gebildet werden. Rechne man im Durchschnitt von jedem Wahlkreisver-

---

[6] Die Beratung des Ausschusses für die Reichsliste am 17.4.1920 (siehe Anm. 3) ergab Einigkeit darüber, daß »jeder Kandidat der Reichsliste, der in einem Wahlkreis gewählt ist, im Wahlkreise das Mandat anzunehmen hat«.

[7] Graf Posadowsky war in seinem Wahlkreis (Merseburg) zu den Juniwahlen 1920 nicht mehr aufgestellt worden; kurz nach dem Kapp-Putsch verließ er die Partei und schloß sich 1923 dem »Sparerbund« an.

[8] Gerhard Graf Kanitz (1885–1949), Rittergutsbesitzer in Ostpreußen. 1919–1921 MdL Preußen (DNVP), 1928–1932 (Landvolk); 1921–1924, 1928–1932 MdR (DNVP/parteilos/DVP); nach Austritt aus der DNVP von Okt. 1923–Jan.1926 Reichsernährungsminister.

band einen Überschuß von 25 000, so käme man auf 500 000 Stimmen gleich acht bis neun Abgeordnete.[9]

Dr. Curtius: Es empfehle sich, zunächst nicht über die Namen einzelner Kandidaten zu sprechen, sondern über die grundsätzliche Besetzung der Liste. In dieser Hinsicht müsse er vor allen Dingen um Berücksichtigung Süddeutschlands bitten. Weder Baden noch Württemberg noch Bayern hätten bestimmte Aussicht, einen Kandidaten durchzubringen, dazu sei die Organisation noch viel zu sehr in den Anfängen. Süddeutschland dürfe aber parlamentarisch nicht unvertreten sein. Er begrüße den Zuzug aus dem deutschnationalen Lager. Wenn wir jedoch dieser Richtung zwei Plätze auf der Reichsliste einräumten, dann sei das Gewicht nach rechts zu groß und verhindere vielleicht den Zuzug von links. Man müsse also zum mindesten auch eine prominente Persönlichkeit von links gewinnen.

Geheimrat Sachs bezeichnet die Aussichten für Süddeutschland gleichfalls als gering. Von der Erreichung von 60 000 Stimmen könne dort keine Rede sein.

Dr. Moldenhauer stimmt zu, daß Süddeutschland berücksichtigt werden müsse. Aber es dürfe auch nicht so sein, daß der Wahlkreis, der eben erst mit der Organisation anfängt, gewissermaßen als Belohnung dafür seinen Kandidaten auf die Reichsliste bekommt.

Dr. Curtius gibt zur Erwägung, ob nicht auch Elsaß-Lothringen auf der Reichsliste berücksichtigt werden soll. Mit Rücksicht darauf, daß der Reichswahlausschuß bereits am 19. April zusammentritt[10], wird die Aussprache über die Reichsliste damit abgeschlossen.

Die Beratung geht dann zu Punkt 1 der Tagesordnung, Vorbereitung des Wahlaufrufs, über.

Die Reichsgeschäftsstelle hat die Herren Dr. Leidig und Curtius gebeten, einen Entwurf fertigzustellen. Von beiden Herren liegt je ein Entwurf vor.[11] Beide Aufrufe sind jedoch ziemlich umfangreich. Abg. Dr. Stresemann schlägt vor, daß der Ausschuß sich erst darüber klar wird, was in dem Aufruf stehen soll. Er sei der Meinung, daß wir schlagwortartig die wichtigsten Dinge, die bei der Wahl zur Debatte stehen, aufzählen; ähnlich wie Lloyd George in England bei der dortigen letzten Wahl verfahren sei. Wir müßten die Grundgedanken unseres Programms hervortreten lassen, dazu sei notwendig der Hinweis auf die Zusammenfassung aller Kräfte, die ehrlich am Wiederaufbau mitarbeiten wollen. Ferner sei vielleicht die Notwendigkeit der

[9] Die im Reichswahlgesetz vom 27.4.1920 (siehe Dok. Nr. 9, Anm. 13) festgeschriebene differenzierte Reststimmenverwertung stellte sicher, daß nahezu alle gültigen Stimmen bei der Festsetzung der auf die einzelnen Listen entfallenden Mandate auch verwertet wurden.

[10] Der Ausschuß für die Aufstellung der Reichsliste hielt am 19.4.1920 bereits seine zweite Sitzung ab (siehe das Verlaufsprotokoll: BAK R 45 II/53, p. 119–123) und stellte folgende vorläufige Reichsliste auf: 1. Stresemann, 2. Frau Mende, 3. Stinnes, 4. Thiel, 5. Kahl, 6. Quaatz, 7. Morath, 8. Garnich, 9. Beythien, 10. Frau Rawengel, 11. Dusche, 12. Curtius, 13. v. Kardorff, 14. v. Lersner, 15. Kalle, 17. Scholz, 18. Rippler, 19. Becker (Zweibrücken), 20. Havemann, 21. Harte, 22. v. Schoch, 23. Beuermann, 24. Meyer (Herford), 25. Frau Mleineck, 26. v. Schwabach.

[11] Curtius übersandte der Reichsgeschäftsstelle am 12.4.1920 seinen 4-seitigen Vorentwurf, siehe BAK R 45 II/35, p. 45ff.; der Text des undatierten 5-seitigen Vorentwurfs Leidigs findet sich ebd., p. 113ff.

Revision des Friedens von Versailles zu betonen, in innerpolitischer Hinsicht jede Klassenpolitik und auch die Überspannung der formalen Demokratie abzulehnen.[12]

Dr. Cremer und Frau Mende schließen sich dieser Auffassung an, während Dr. Curtius meint, daß Schlagworte allein nicht genügen, daß wir vielmehr sagen müßten, wie wir zur gegenwärtigen Lage stehen. Das bedinge schon eine gewisse Länge.

Die weitere Aussprache geht um die einzelnen Punkte, die in dem Aufruf hervorgehoben werden sollen. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft, die Kammer der Arbeit, Revision des Friedensvertrages von Versailles, Ablehnung jeder Klassendiktatur, Beibehaltung des Privateigentums, Wiedereinführung der freien Wirtschaft, Bekenntnis zur Reichseinheit, Bekenntnis zur christlichen Schule. Die Herren Vögler und Dr. Heinze haben Bedenken gegen die Hervorhebung der Forderung der Revision des Friedensvertrages. Demgegenüber weist Dr. Stresemann darauf hin, daß Freiherr von Lersner[13] ihm gegenüber die Notwendigkeit, diese Forderung an die Spitze zu setzen, betont habe, weil davon alles andere abhänge. Die Mehrheit des Ausschusses entscheidet sich für möglichst kurze Sätze. Es wird eine Kommission, bestehend aus den Herren Dr. Stresemann, Dr. Rießer, Dr. Curtius und Dr. Leidig gewählt, die unter Zuziehung des Geheimrats Kahl bis zum Nachmittag einen Entwurf ausarbeiten soll.[14]

Direktor Kuhbier teilt mit, daß er von seinem Wahlkreis[15] ausdrücklich beauftragt worden sei, der Parteileitung für ihre Haltung beim Kapp-Putsch[16] das Vertrauen auszusprechen.

Leidig gibt hinsichtlich der gegen ihn erhobenen Beschwerde der Reichstagsfraktion[17] *eine Erklärung zu Protokoll (Versuch der Fraktion, eine Kritik ihrer Politik durch Parteiangehörige zu verhindern, ist* »als illiberal und als Überhebung scharf zurückzuweisen«*). Auf Antrag Cremer wird die Vertagung dieser Angelegenheit bis nach den Wahlen beschlossen. Als Vertreter des Geschäftsführenden Ausschusses im Vorstand des Reichspresseverbandes der Deutschen Volkspartei wird Dusche gewählt. Von Frau von Oheimb ist eine ausführliche Darstellung über die rechtliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann*[18] *eingegangen mit der Bitte, daß die Parteileitung*

[12] Am 16.4.1920 forderte Rechtsanwalt Nathanson (Dresden) in einem Schreiben an Stresemann (BAK R 45 II/35, p. 107f.), die Partei müsse eine »klare Stellung in der Frage des Antisemitismus« einnehmen und regte an, in dem Wahlaufruf zu erklären, daß die DVP jede »Beteiligung an der antisemitischen Hetze« ablehne.

[13] Kurt Freiherr von Lersner (1883–1954), Jurist. Nov. 1918–April 1919 deutscher Vertreter bei der Waffenstillstandskommission in Spa. April 1919–Febr. 1920 Mtgl. der deutschen Friedensdelegation in Versailles, seit Juli 1919 als deren Präsident. 1920–1924 MdR (DVP/Nationalliberale Vereinigung). 1932/1933 Vertreter der Reichsregierung bei den süddeutschen Staaten.

[14] Der Wahlaufruf der DVP zur Reichstagswahl vom 6.6.1920 ist u.a. abgedruckt in: NLC 47 (17.5.1920), Nr. 166.

[15] Wahlkreis 23 (Düsseldorf-West).

[16] Siehe Dok. Nr. 18–23.

[17] Siehe Dok. Nr. 17.

[18] Frau von Oheimb hatte dem GA am 15.3.1920 eine umfangreiche Ausarbeitung zur »Wirkung der Ehe auf die Rechtsstellung der Frau« vorgelegt, siehe BAK R 45 II/53, p. 45–61 und schriftlich beantragt: »Der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei möge mich beauftragen, bei dem der Deutschen Volkspartei angehörigen Juristen, Professor Oertmann, Göttingen, vorstellig zu werden, die für die Frauen so wichtigen Privat- und Familienrechte des BGB

sich die aufgestellten Richtlinien zu eigen macht. Der Geschäftsführende Ausschuß folgt einem Vorschlag des Berichterstatters Kempkes, die Angelegenheit vorläufig zurückzustellen.

26.

18. April 1920: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

NLC vom 18. und 19.4.1920, Nr. 83, 84. Überschrift: »Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei«.[1]

Am Sonntagvormittag 10 Uhr trat im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses in Berlin der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen. Es nahmen daran über 200 Delegierte des Zentralvorstandes teil, außerdem als Gäste die Parteibeamten und die Vertreter der Parteipresse. Im ganzen waren über 300 Personen versammelt.

Die Sitzung wurde von dem zweiten Vorsitzenden des Zentralvorstandes, dem Abg. Dr. von Richter, mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet. Dr. von Richter wies darauf hin, daß für unser Vaterland und für die Partei bei den nächsten Wahlen[2] das Wichtigste auf dem Spiele stehe. Es werde sich entscheiden müssen, ob das deutsche Volk weiter im Banne der jetzigen Regierungsmehrheit bleiben werde oder ob es sich davon frei machen könne. Der Redner forderte auf, im Sinne dieser wichtigen Entscheidung zu arbeiten und den Wahlkampf zu führen in der Überzeugung, daß man dadurch nicht dem Parteiinteresse, sondern dem Vaterlande diene. Dr. von Richter erteilt dann das Wort dem Abg. Dr. Stresemann zum Bericht über die politische Lage.

Dr. Stresemann über die Lage und die Neuwahlen.[3]

Abg. Dr. Stresemann (mit lebhaftem Beifall empfangen): Die Weimarer Verfassung legt die Regelung der Gewalt in die Hand des Parlaments. Wenn wir durch die Wahlen über die Zusammensetzung des ersten neuen Reichstages entscheiden, dann entscheiden wir damit gleichzeitig über den Kurs der künftigen deutschen Politik und damit also auch über das künftige Schicksal unseres Reiches. Man sollte meinen, daß eine solche Entscheidung eine machtvolle Bewegung im Reich und im Volke entflammen müßte und daß all die neuen Kräfte, von denen man ja gesagt hat, daß sie erst im neuen Deutschland frei werden könnten, nun in einem edlen geistigen Wett-

in einen den liberalen Anschauungen der Partei entsprechenden Gesetzentwurf umzuarbeiten«, ebd., p. 8.

[1] Die Sitzungseinladung vom 8.4.1920 (BAK R 45 II/35, p. 31) führte folgende Tagesordnung auf: »1. Die politische Lage und die Neuwahlen. Berichterstatter: Dr. Stresemann, M.d.R., 2. Aussprache, 3. Feststellung des Wahlaufrufs, 4. Wahl eines Ausschusses für die Aufstellung der Reichsliste, 5. Verschiedenes«.

[2] Siehe Dok. Nr. 25, Anm. 2.

[3] Handschriftliche Notizen Stresemanns zu seiner Rede finden sich im PA NL Stresemann 222.

kampf um die Seele des Volkes ringen würden. Das Bild, das wir in Wirklichkeit vor unseren Augen sehen, ist aber ganz anders. Es ist ein großes Gefühl der Ermüdung im deutschen Volke, ein großes Gefühl der Abneigung gegen den Parlamentarismus überhaupt. Es mehren sich die Stimmen im Lande, die daran zweifeln, daß der Parlamentarismus überhaupt die geeignete Staatsform sei, um die kranke Zeit heilen zu können. Wir müssen uns deshalb vor der Auffassung hüten, als ob die Zusammensetzung des neuen Reichstags und die damit verbundene Verschiebung der Parteiverhältnisse allein genügen könne, um uns aus unserem gegenwärtigen Elend herauszubringen. Die neue Entwicklung ist längst über eine solche Auffassung hinausgewachsen. Ich bitte Sie deshalb, mir zu gestatten, die politische Lage nicht nur vom Standpunkt des Verhältnisses der Parteien zueinander zu betrachten (Sehr gut). Wir stehen heute vor Problemen, die weit darüber hinausgehen, die auch nicht mehr allein eine Angelegenheit unseres Volkes, sondern ein gemeinsames Problem aller Kulturstaaten überhaupt sind. Die große Frage ist die: Wie finden wir uns ab mit der Welterscheinung des Sozialismus und des Bolschewismus, die uns in verschiedenen Ausstrahlungen in dem politischen Leben aller Kulturländer entgegentritt? Die Analogie mit Rußland drängt sich uns vor allem auf. Auch dort begann die Entwicklung mit einer Regierung, die von Sozialisten etwa in der Gestalt unserer Mehrheitssozialisten getragen war und die sich die Mitarbeit demokratischer Politiker gefallen ließ. So ergibt sich die Parallele: Kerenski in Rußland, Ebert in Deutschland.[4] Das ist die erste Phase der Entwicklung, die hier wie dort nicht befriedigt, die bürgerlichen Teilnehmer der Regierung nicht, weil sie dem Sozialismus den Steigbügel halten sollten, das Proletariat nicht, weil es seine sozialistischen Ideen nicht durchführen konnte. Auf diese Phase folgte eine gewaltsame Reaktion von rechts: Kornilow[5] in Rußland, in Deutschland Kapp. In ihren Folgen führte diese Reaktion in Rußland dazu, daß Kerenski dem Drängen nachgab, die Soldaten zu bestrafen und die Arbeiter zu bewaffnen, und daß er dadurch die Gewalt selbst aus der Hand gab. Auf diese Entwicklungsphase folgte Lenin, es folgten aber auch zur selben Zeit die Loslösungsbestrebungen in Südrußland. Das ist eine Entwicklung, deren Anfänge wir heute leider schon in Deutschland erkennen. Wir wollen die Augen vor dieser Wirklichkeit nicht verschließen. Wir haben eine Analogie vor Augen, die uns die ganze Gefahr unserer Lage zeigt und aus der wir lernen sollen.

Wir müssen uns darüber klar sein, ob es heute noch möglich ist, den Kampf gegen den Sozialismus noch in der alten Form zu führen, etwa so, daß man sagt, die Koalitionsmöglichkeiten endigen da, wo die bürgerliche Linke aufhört. Würde diese Auffassung zur Geltung kommen, so könne das nur zu den schwersten Erschütterungen in Deutschland führen, denn die bürgerliche Mehrheit, die es ablehnt, der Sozialdemokratie die Hand zur Mitarbeit zu reichen, würde die Arbeiterschaft in den tiefsten Radikalismus stürzen (Lebhafte Zustimmung). In allen Ländern der Welt ist der

[4] Zu der Entwicklung in Rußland zwischen 1918 und 1920 siehe u. a. Richard Pipes, Die russische Revolution, Bd. 3: Das neue Regime, Berlin 1993, Kap. 1–4. Vgl. auch die analoge Formulierung Stresemanns in Dok. Nr. 24a, S. 278.

[5] Lawrentij Kornilow (1870–1918), Kosakengeneral. Im Weltkrieg Oberbefehlshaber einer russischen Armee, versuchte er im Sommer 1917, das liberale Regime vor der bolschewistischen Revolution zu retten, scheiterte aber an der Haltung Kerenskis. Kornilow fiel als Führer eines antibolschewistischen Freikorps.

Sozialismus, wie er sich auch nennen möge, ein Faktor von solcher Stärke, daß die Frage, die wir uns stellen müssen, nicht so lautet, ob man den Sozialismus aus der Welt schaffen soll, sondern nur so, wie man ihn in die gemeinsame Arbeit für unsere Zukunft einspannen kann.[6]

Wir müssen heute versuchen, in Deutschland eine Koalition zu schaffen, bei der die Sozialdemokratie nicht mehr der allein leitende Teil ist (Lebhafte Zustimmung), sondern in der sie nur die Gleichberechtigung genießt, auf die sie gegenüber den anderen Berufs- und Standesinteressen Anspruch hat. Es ist interessant, die Entwicklungen zu verfolgen, die sich augenblicklich in dem Sozialismus vollziehen. Es rächt sich heute die innere Unwahrheit, daß die Sozialdemokratie immer noch ihr Programm von früher vertritt[7] und daß sie nicht den Mut hat, der Menge zu sagen, daß dieses Programm erledigt ist und nicht mehr verantwortet werden kann. Diese innere Unwahrhaftigkeit der Mehrheitssozialdemokraten führt die Massen den Unabhängigen und Kommunisten zu, weil der klaffende Widerspruch zwischen der heutigen Politik und dem alten Programm unfehlbar dazu führen wird, daß die Mehrheitssozialdemokratie einmal aufhört, die führende Arbeiterpartei zu sein, wenn sie nicht doch noch den Mut finden sollte, sich von der inneren Unwahrheit zu befreien. Dieser Entwicklung gegenüber müssen wir um so stärker den Gedanken vertreten und den Hirnen einzuhämmern versuchen, daß gegenüber dieser Radikalisierung der Massen der Staat nur bestehen kann, daß er das, was er aufrechterhalten will, nur aufrechterhalten kann, wenn die künftige Regierungskoalition sich darin einig und entschlossen ist, von den Machtmitteln des Staates zur Aufrechterhaltung der Autorität auch Gebrauch zu machen – und keinen Druck auf die Staatsgewalt zuzulassen (Lebhafte allgemeine Zustimmung). Es muß aufhören mit diesem zögernden und schwankenden Gebrauch der staatlichen Machtmittel. Wenn jetzt nicht diese Autorität des Staates erhalten wird, dann können wir den Kampf zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung gegen den Bolschewismus nicht bestehen, dann verlieren wir noch den Rest von Staatsautorität, der uns geblieben ist.

Denjenigen, die eine Diktatur des Proletariats aufrichten wollen, kommt leider Hilfe aus den Kreisen der Intelligenz. Infolge der Enttäuschung über die Entwicklung der Dinge im neuen Reichsparlament hat sich eine Bewegung gebildet, die die Parteien überhaupt als eine überlebte Einrichtung bekämpft. Nach Ansicht dieser Kreise sollen die Berufsvertretungen allein die Regierungsbildung in die Hand nehmen. Der führende Beruf, so sagt man weiter, seien die Arbeiter. Leiste man ihnen Unterstützung, so werde man sie zur nationalen Idee erziehen und durch ihre Vermittlung eine Brücke zum Ausland schlagen und dadurch vielleicht die alte Machtstellung Deutschlands wieder herbeiführen können. Solche Ideen halten namentlich die Gehirne gewisser Kreise unserer Jugend befangen. Es kann aber nicht genug vor solchen Strömungen gewarnt werden (Sehr richtig). Wir wollen doch das eine nicht vergessen: Die anderen Völker, die Engländer und die Franzosen, beiben immer Engländer und Franzosen. In diesem Staate kann man vielleicht einmal ein solches Experiment machen, ohne das Vaterland in Gefahr zu bringen. Aber bei uns träumt der Interna-

[6] Siehe auch Dok. Nr. 17.

[7] Das sozialdemokratische Erfurter Programm von 1891 wurde erst am 21.9.1921 durch das Görlitzer Programm ersetzt, siehe dazu Miller, S. 425 ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 434 ff.

tionalismus immer noch seine tiefsten Träume, und keine Erfahrungen scheinen uns genutzt zu haben. Das erste freundliche Wort, das aus den früher feindlichen Ländern zu uns herüberdringt, ruft bei uns neue Illusionen hervor. Wer wirklich unser Vaterland liebt, der darf nicht mit den Gedanken, die ich gekennzeichnet habe, kokettieren, sondern er muß zurück zu der Ansicht, daß wir uns nur wieder durchkämpfen können, wenn wir in unserem Lande die Macht und die Autorität nach außen und innen fest begründen (Lebhafter Beifall). Nennt man das reaktionär, so will ich diesen Vorwurf gerne tragen. Ich nenne es den Ausdruck von Vernunft und Staatsordnung.

Was all dem zugrunde liegt, das ist von Dr. Heinze kürzlich in der Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht worden, als er von der Freudlosigkeit sprach, mit der man der rein formalen Demokratie und dem, was sie vollbracht hat, gegenübersteht.[8] Welch glänzendes Zukunftsbild hat man nicht dem deutschen Volke im November 1918 vorgehalten, und was ist wirtschaftlich und politisch daraus geworden! Es sollte eine Lust sein, im neuen Deutschland zu leben. Es sollten neue Kräfte ans Tageslicht kommen, es sollte der neue, große Aufstieg beginnen. Was aus diesem Aufstieg geworden ist, das sieht man an der Regierung, die uns heute führen soll. Ich möchte es offen aussprechen: Kein Volk ist weniger als das deutsche innerlich durch formale Verfassungsparagraphen zufriedenzustellen. Es war in früheren Zeiten glücklich, weil es große Persönlichkeiten zu Führern hatte (Stürmischer Beifall), nicht weil seine Verfassung mustergültig war. Die formale Demokratie hat versagt, deshalb sind wir berechtigt zu der Forderung, daß der Reichstag eine Ergänzung finden muß in einer Kammer der Arbeit.[9] Durch eine solche Kammer der Arbeit muß die politische Parlamentsherrschaft begrenzt werden. Wir brauchen das, weil in Zukunft alles abhängt von dem Gang unserer Wirtschaft, davon, ob es uns gelingt, wieder zu wirtschaftlich geordneten Zuständen und Verhältnissen zu kommen. Diese Aufgabe kann einem politischen Parlament nicht gestellt werden, weil parteipolitische Leidenschaft nicht in der Lage ist, dieses Problem zu lösen. Der Fehler der Weimarer Verfassung liegt darin, daß sie uns alle dem Massentrieb überliefert hat. Jede Partei ist von diesem Trieb abhängig gemacht worden, weil man nicht eine einzige Bremsvorrichtung eingeschaltet hat. Von einem Berufsparlament erhoffen wir, daß es zum mindesten ein Parlament der Lebenserfahrung sein wird (Lebhafter Beifall). Es darf nicht auf den Mehrheitsgedanken eingestellt sein. Träger des Wahlrechts müssen die Träger der Berufsorganisationen sein.

Die Kammer der Arbeit darf nicht nur eine begutachtende Befugnis haben, sondern wir fordern, daß alle wirtschaftlichen Vorlagen diesem Wirtschaftsparlament vorgelegt werden und daß die Kammer der Arbeit auch die Initiative haben soll, von sich aus wirtschaftliche Vorlagen an das politische Parlament gelangen zu lassen, und daß sie ein aufschiebendes Vetorecht erhält. Dann wird es fürderhin unmöglich sein, daß ungeheure wirtschaftliche Werte aus Angst vor der Straße vernichtet werden (Lebhafte Zustimmung). So sehr wir für die Kammer der Arbeit eintreten, so wenden wir

[8] Heinze hatte in seiner Rede in der Nationalversammlung am 29.3.1920 SPD und DDP vorgeworfen, »parteipolitische Vorteile« aus der Furcht vor dem Bolschewismus zu ziehen: »Sie zerreißen das Volk [...] Sie haben die Dinge viel zu formalistisch behandelt«, VNV, Bd. 332, S. 4963.

[9] Siehe dazu Dok. Nr. 5, Anm. 200; Nr. 9, Anm. 15.

uns doch dagegen, das politische Parlament überhaupt bis zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken oder gar ganz abzuschaffen.

Es geht heute eine Tendenz durch unser Volk, die sich fast mit dem Gedanken abfinden möchte, daß wir politisch für den Untergang reif seien und dieses Schicksal fatalistisch ertragen müßten, die nur noch der Wirtschaft und der Technik Wert beimessen wollen. Damit aber würden wir in den Fehler verfallen, nur lediglich das Volk des Materialismus zu sein. Demgegenüber müssen wir die Verbindung des Wirtschaftlichen mit dem Geistigen, der Kammer der Arbeit mit den politischen Parlamenten vertreten. Was wir für die Gegenwart und für die Zukunft brauchen, das ist eine Versöhnung von Individualismus und Sozialismus in gemeinschaftlicher praktischer Arbeit. Das Kennzeichen der Gegenwart ist die Mißachtung der Persönlichkeit. Aber die Hoffnung auf die Macht des Sozialismus ist trügerisch. Wir können durch die Sozialisierung nicht aus unserem wirtschaftlichen Elend herauskommen, wir würden es dadurch nur noch vermehren. Deshalb müssen wir alle diejenigen Parteien sammeln, die jene Versöhnung wollen. Dazu gehören auch die Sozialisten, die sich auf diesen Boden stellen wollen und sich damit von denjenigen trennen, die immer noch auf das alte Programm schwören oder die übergegangen sind zur Forderung der Diktatur des Proletariats.

Was berechtigt uns dazu, im kommenden Wahlkampf diese Parole als die Führer voranzutragen? Das ist die Tatsache, daß diejenigen, die sich früher die Führer des Individualismus nannten, daß die traditionelle Partei des Individualismus[10] vollkommen ihre Überlieferungen vergessen hat und jetzt dem Sozialismus den Steigbügel hält. Wir wollen demgegenüber mit vollem Bewußtsein die Partei des liberalen Bürgertums sein, die den Trennungsstrich gegen den Sozialismus mit aller Deutlichkeit zieht. Auf eine Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs und auf Macht und Autorität gestützt, kann Reich und Staat der Zukunft entgegengeführt werden. Nur davon können wir Heil für die Zukunft erwarten (Lebhafter Beifall).

Die Voraussetzung dafür besteht aber darin, daß der Friede von Versailles nicht aufrechterhalten wird, sondern einer Revision unterzogen wird, die Deutschland leben läßt. Wir erwarten das nicht von der Liebe unseres Feindes. Wir glauben nicht daran, daß die internationale Politik eingestellt ist auf das Gefühl der Sympathie für andere Staaten. Solche Illusionen sind nur in Deutschland vorhanden. Man wird den Frieden von Versailles nicht revidieren, weil man Deutschland liebt, nein, man wird ihn revidieren müssen, weil die Welt den Untergang Deutschlands nicht vertragen kann (Lebhafte Zustimmung). Wenn Deutschland nicht in Stand gesetzt wird, dem Ansturm des Bolschewismus standzuhalten, dann geht ganz Europa in diesen Flammen mit auf. Das hat man in allen Ländern, außer Frankreich, auch wohl verstanden. Deshalb müssen wir die Forderung stellen: in eurem eigenen Interesse liegt es, daß wir Kredite und Rohstoffe bekommen, daß wir im Innern Ruhe haben und uns wieder aufrichten können. Dann wird eines Tages auch Frankreich erkennnen, daß die Versprechungen, die ihm in dem Frieden von Versailles gemacht worden sind, an dem harten Fels der Tatsachen zerschellen müssen, daß sie unerfüllbar sind. Frankreich wird einsehen müssen, daß ihm nichts übrigbleibt, als sich mit Deutschland zu verständigen, und dann wird auch eine Verständigung zwischen französischer und

[10] Gemeint: die DDP.

deutscher Wirtschaftspolitik einsetzen. Ich halte es aber für eine falsche Politik, tagtäglich das Interesse Deutschlands an einer solchen Verständigung zu betonen (Sehr richtig) und alle französischen Fehler zu entschuldigen. So sehen wir einer Zukunft von schweren Jahren entgegen, aber vielleicht wird sich doch auch zeigen, daß die Vernunft siegt und das Gefühl für das europäische Gesamtinteresse.

Ein Wort über unsere Verhältnisse im Innern. Was uns hier am meisten bedrückt, das ist der Umstand, daß die Enttäuschung dazu geführt hat, daß wir nicht einmal mehr der Reichseinheit ganz sicher sind. Man versucht auf demokratischer Seite, es so hinzustellen, als sei diese Gefahr in Verbindung mt dem Kapp-Putsch[11] aufgetreten (Gelächter). Zur selben Zeit besitzt die Demokratische Partei die Dreistigkeit, die Abstimmung in Flensburg[12] für ihre Wahlzwecke zu mißbrauchen. Was dort geschehen ist in einer erhebenden Stunde, das verdanken wir der Zusammenarbeit aller Parteien. Das ist etwas, wovor alle Parteien in Ehrfurcht ihre eigenen Interessen schweigen lassen sollten. Daß man sich in Flensburg für Deutschland entschieden hat, das ist nicht geschehen aus Liebe zu irgendeiner Partei oder aus Liebe zu der jetzigen Regierung (Lebhafter Beifall). Wir sehen vielmehr in der Gefährdung der Reichseinheit, wie wenig es die neue Zeit in Deutschland verstanden hat, moralische Eroberungen zu machen. Wie die alte Nationalliberale Partei die Partei der Reichsgründung war, so wollen wir die Partei der Reichsbewahrung und der Reichserhaltung sein. An unsere Freunde im Süden richten wir die Bitte, überall führend einzutreten für die Erhaltung des Reiches. Und wie wir dankbar sind dafür, was uns der Süden Deutschlands gegeben hat, so bitten wir Sie, dessen eingedenk zu sein und das anzuerkennen, was der preußische Norden dem Reich gegeben hat (Stürmischer Beifall). Wir bitten unsere Freunde im Süden, Einspruch gegen die Ungerechtigkeit zu erheben, mit der man behauptet, daß Preußen und der Geist von Potsdam die Ursache unseres Zerfalls sei, während doch die Gründe des Zerfalls darin liegen, daß der Geist der staatlichen Pflichterfüllung und der Unterordnung des einzelnen unter das Gemeinsame verlorengegangen ist (Sehr richtig).

Ein Bild unserer inneren Zustände ist leicht zu geben. Die Mißwirtschaft auf wirtschaftlichem Gebiet, die politische Mißwirtschaft, die nationale Würdelosigkeit, der Zusammenbruch der staatlichen Autorität und die Abhängigkeit von einseitigen Klasseninteressen steht vor aller Augen. Die innere Zerfleischung feiert Triumphe, und an dieser Zerfleischung arbeitet die Demokratische Partei mehr als alle anderen Parteien, das soll ihr neidlos zuerkannt werden (Lebhafter Beifall). Die Klassenherrschaft findet ihre Stütze in den obersten Reichsbeamten, die Hilferufe der bürgerlichen Klasse geringer werten als diejenigen sozialistischer Kreise.

Unsere politischen Gegner glauben, daß die Kappwoche ihnen wieder Wind in die Segel geblasen hat. Sie wollen uns Mangel an Verfassungsfreude vorwerfen. Für diese Kampfesart ist es bezeichnend, daß es gerade Herr Scheidemann gewesen ist, der

[11] Siehe Dok. Nr. 18–23.

[12] Die aufgrund des Versailler Vertrags für Nordschleswig anberaumte Volksabstimmung ergab für die nördliche Zone am 10.2.1920 eine Mehrheit für Dänemark (75431 zu 25329), in der südlichen Zone um Flensburg stimmte am 14.3. eine große Mehrheit für den Verbleib beim Deutschen Reich (250724 zu 12806).

diesen Vorwurf zuerst in Stuttgart erhoben hat[13], derselbe Herr Scheidemann, der am 9. November um 12 Uhr mittags, als die alte Verfassung doch wohl noch in Kraft war, von der Freitreppe des Reichstags aus die Republik ausgerufen hat[14] und der danach doch wohl nicht in erster Linie berufen ist, über Verfassungsbruch zu klagen (Lebhafter Beifall). Und was für ihn gilt, das gilt für die ganze Regierung, die Verhandlungen mit Kapp als Verbrechen, Verhandlungen mit den Verbrechern im Ruhrgebiet[15] als Staatsweisheit ansah.

Wir bekennen uns zur organischen Entwicklung, und ich glaube auch jetzt noch an diese Entwicklung. Wenn wir auf dem Wege einer solchen Entwicklung zu neuen Parteiverhältnissen kommen, die zu einer Wiederaufrichtung von Autorität und Staatsgewalt führen, dann werden wir auch wieder an unsere Zukunft glauben können. Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß der Friede von Versailles der Weltentwicklung auch nur für Jahrzehnte sein Siegel aufgedrückt hätte. Wir stehen immer noch mitten in der Weltrevolution, in einer Zeit der Umwälzung, wie sie noch keine Zeit vorher erlebt hat. Die neuen Staaten, die sich auf unsere Kosten gebildet haben, werden ihren Befähigungsnachweis erst zu erbringen haben. Und es ist nicht etwa so, daß wir allein besiegt zu Boden lägen. Heute ist die allgemeine weltwirtschaftliche Verflechtung so stark, daß auch diejenigen, die sich die Sieger nennen, daß auch Frankreich und England von Deutschlands Wirtschaft abhängig sind. Deshalb wird man nicht an Deutschland als der größten Fabrikstätte der Welt vorübergehen können, wenn man die Welt wieder aufbauen will. Deshalb wird eine vernünftige deutsche Politik die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau Deutschlands schaffen können. Und dann zweifle ich nicht daran, daß wir trotz unserer Abhängigkeit von den Rohstoffgebieten, trotz aller Verschiebungen der Wirtschaftslage, eine große Intensität unserer wirtschaftlichen Beschäftigung und ein Wiederaufleben unserer Industrie erleben werden. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist aber, daß man wieder den Adel des Arbeitsgedankens einführt (Stürmischer Beifall) und nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten der Staatsgewalt gegen diejenigen vorgeht, die dem Volke die Arbeit verekeln wollen, und die mit ihrer Streikhetze am meisten zum Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens beigetragen haben (Sehr richtig).

Weiter muß die Voraussetzung erfüllt sein, daß unsere auswärtige Politik wieder von einer sachkundigen Persönlichkeit getragen wird.[16] Wir müssen an der Forderung festhalten, daß nicht die Mitgliedskarte einer Partei, sondern die sachliche Befähigung den Zutritt zu unseren wichtigsten Reichsämtern öffnet. Wir befinden uns mit dieser Forderung durchaus nicht im Gegensatz zum parlamentarischen System. Es ist durchaus nicht in diesem System begründet, daß Ministeramt und Beamtenposten bis herab zum Postdirektor (Lebhafte Zurufe: »Bis zum Richter«) von der Partei-

[13] Scheidemann hatte auf der Stuttgarter Sitzung der Nationalversammlung am 18.3.1920 die DVP wegen ihrer Haltung im Kapp-Putsch scharf angegriffen, siehe Dok. Nr. 24a, Anm. 17.

[14] Scheidemann hatte am 9.11.1918 gegen 14 Uhr nachmittags vom Balkon des Reichstags aus die ›Deutsche Republik‹ ausgerufen. Ebert kritisierte dieses Vorgehen als Vorgriff auf die Rechte der verfassunggebenden Nationalversammlung vehement, siehe Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Dresden 1928, S. 313 f.

[15] Zum Ruhraufstand Ende März 1920 siehe Dok. Nr. 24a, Anm. 18.

[16] Seit dem 10.4.1920 war der bisherige Staatskommissar für das schleswigsche Abstimmungsgebiet, Adolf Köster (SPD), Außenminister, siehe Kabinett Müller I, S. XVI.

zugehörigkeit abhängig sein sollen. Wir werden unseren ganzen Einfluß dafür aufbieten, daß endlich mit dieser Parteiwirtschaft ein Ende gemacht wird (Stürmischer Beifall). Das gute deutsche Beamtentum muß uns erhalten bleiben, das einst ein Grundpfeiler des Staates gewesen ist.

Nun ein letztes Wort. Wenn man sich einmal fragt, was durch die Kreise des Bürgertums, durch die Kreise der Angestellten und Arbeiter, die noch von sozialdemokratischen Einflüssen frei sind – was durch alle diese Kreise geht –, dann ist es die Sehnsucht nach einer Zusammenfassung aller dieser Schichten in eine große bürgerliche Partei (Sehr richtig), in eine Partei, die frei ist von Rassen- und Klassenhaß, die einen Scheidestrich gegen den Sozialismus scharf zieht, die aber den Sozialismus nicht ausschalten will von der praktischen Arbeit, die aber der Gewalt des Bolschewismus die Staatsgewalt entgegensetzt. Es ist die Aufgabe unserer Partei, den Kern für die Bildung dieser Zusammenfassung zu bilden (Lebhafter Beifall). Wir verschmelzen uns weder mit den Demokraten noch mit den Deutschnationalen (Stürmischer Beifall). Wir lehnen beide ab aus politischem Verantwortungsgefühl. Die Frage der Verschmelzung nach links steht ja überhaupt nicht zur Debatte (Sehr richtig). Nach rechts steht es so, daß der nationalen Sache, die wir ebenso gut wie die Deutschnationale Volkspartei verstehen, nicht schlechter gedient wäre, als wenn wir unsere Selbständigkeit aufgeben würden.[17] Den Vorteil davon hätten nur die beiderseitigen Gegner (Lebhafte Zustimmung).

Die Entwickelung, die wir vor uns sehen, kann nur aus der Wählerschaft selbst herauskommen. Diejenigen in der Demokratischen Partei, die noch etwas von dem alten Liberalismus in sich fühlen, die werden zu uns kommen, und die es nicht fühlen, die wollen wir gar nicht wiederhaben (Stürmischer Beifall). Wir wollen mit den Deutschnationalen gute Fühlung halten, und es liegt nicht an uns, wenn das freundnachbarliche Verhältnis nicht immer die Formen angenommen hat, die wir wünschten. Aber alles das soll uns nicht abhalten, den Wahlkampf unter dem einen Gesichtspunkt zu führen: Der Feind steht links (Stürmischer Beifall). Eine große bürgerliche Partei muß sich in diesem Wahlkampf durch Zuströmen von links und rechts bilden. Weil man das Abströmen der Wähler zu uns fürchtet, deshalb werden wir am meisten angefeindet, aber diese Angriffe beweisen doch nur das eine: Aus der Zeit der Einflußlosigkeit sind wir heraus. Wenn man uns nicht fürchtete, dann würde man uns auch nicht bekämpfen (Stürmischer Beifall).

Das Leben besteht aus Kampf. Gehen Sie in den Wahlkampf mit der Überzeugung, daß ein Stück Geschichte unseres Vaterlandes von seinem Ausgange abhängt. Deshalb müssen wir in diesem Wahlkampf dafür sorgen, durch Stärkung unserer Partei über alle Stürme der Revolution hinweg dem Bürgertum wieder größeren Einfluß auf unser geistiges und wirtschaftliches Leben zu verschaffen. Sorgen Sie dafür, daß wir nach dem Wahlkampf sagen können: Wir haben das Unsere getan, das Staatsschiff wieder in sichere Bahnen zu lenken und seinen Kurs zu richten auf eine hoffnungsvolle und gute Zukunft (Minutenlanger, sich immer wieder erneuernder Beifall).

[17] Siehe dazu auch Dok. Nr. 14–17, 25.

Die Aussprache.

Nachdem der Vorsitzende, Dr. von Richter, dem Redner den wärmsten Dank der Versammlung ausgesprochen hatte, eröffnete er die Besprechung.

Zunächst kamen einige Vertreter aus den besetzten Gebieten und den durch die neuesten politischen Ereignisse gefährdeten Landesteilen zu Wort.

Prof. Dr. Moldenhauer, Abgeordneter der preußischen Landesversammlung, führte folgendes aus: Wir verlangen die Revision des Friedensvertrages, um der französischen Politik wirksam entgegentreten zu können, die auf das Abreißen weiter deutscher Landesteile hinausläuft. Die Richtlinien der französischen Offiziere vom 9. April enthüllten diese Absichten Frankreichs auf das linke Rheinufer, den Maingau und das rheinisch-westfälische Industriegebiet.[18] Für diese Ziele arbeitet Frankreich durch ungeheuren Druck auf die besetzten Gebiete, namentlich durch Einschränkung der freien Meinungsäußerung. Ebenbürtig verfährt Belgien. Die Eintragung in die Protestliste von Eupen und Malmedy wurden mit Drohungen hintertrieben, ein friedlicher Demonstrationszug der Bevölkerung wurde mit Knütteln auseinandergetrieben.[19] Entgegen dem klaren Wortlaut des Versailler Vertrages setzte Belgien sich in den Besitz der Bahnen Raeren-Kalter Herberg und von Teilen des Kreises Monschau.[20] Auch hier erfolgte einmütiger Protest aller Parteien, Klassen und Schichten. Wir kämpfen im Rheinland einen zähen Kampf, aber wir brauchen die Rückenstärkung aus dem Reich. Deutschland muß hinter uns stehen, auch mit einer aktiven Außenpolitik. Die Deutsche Volkspartei muß, gestärkt durch die Wahlen, Einfluß auf die Regierung erhalten. Erst wenn sich in der Regierung wieder ein starker männlicher Einfluß zeigt, werden wir erfolgreich kämpfen können.

Direktor Burger[21] (Ludwigshafen): Wir in der Pfalz werden die Gefahr der Staatenbildung im Westen und Süden auch jetzt, wo der Süden vom Norden abgesplittert werden soll, überwinden. Das Volk muß sich bewußt werden, daß jetzt in der Pfalz deutsche Politik gemacht wird.

Als Vertreter Ostpreußens sprach Baurat Boerschmann[22]: Durch die äußeren Verhältnisse hat sich in Ostpreußen eine gewisse Annäherung der Parteien herausgebil-

[18] Nach einer auf Weisung der Reichsregierung veröffentlichten Aufzeichnung über eine Besprechung hoher französischer Offiziere am 9.4.1920 in Mainz (Text: Schultheß I, S. 102f.) war das Ziel der französischen Politik die Schaffung eines rheinischen Pufferstaates und die Aufteilung Deutschlands in mehrere Republiken, wobei besonders innenpolitische Konflikte und parteipolitische Gegensätze ausgenutzt werden sollten. Am 15.4. dementierte Agence Havas diese Meldung, siehe Egelhaaf 1920, S. 23.

[19] Zum Verlauf der Protestkundgebungen in Eupen und Malmedy siehe Schultheß 1920 I, S. 107; 1920 II, S. 143.

[20] Die Alliierte Grenzfestsetzungskommission hatte am 27.3.1920 die Monschauer Bahn und die Hälfte des deutschen Kreises Monschau Belgien zugesprochen, siehe Schultheß 1920 II, S. 141f.; zur deutschen Protestnote gegen dieses Vorgehen siehe ebd., S. 338.

[21] Friedrich Burger (* 1879), Lehrer. 1920 Stadtrat in Ludwigshafen. Ab 1921 MdL Bayern (DVP). Ab Nov. 1927 Mtgl. des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform.

[22] Ernst Boerschmann (* 1873), Architekt. 1902–1904 Bauinspektor der Ostasiatischen Besatzungsbrigade in Tientsin. 1904–1906 Bauinspektor in Ostpreußen. 1906–1909 Attaché der Gesandtschaft in Peking. 1919/1920 Vors. des Wahlkreisverbandes Ostpreußen, ab 1921 des Wahlkreisverbandes Berlin.

det. Im Abstimmungsgebiet ist eine Arbeitsgemeinschaft von rechts bis links zustande gekommen. Es werden voraussichtlich 90 bis 95 Prozent für Deutschland stimmen.[23]

Generalsekretär Anding (Wiesbaden) dankte den Männern der Deutschen Volkspartei für ihre Tätigkeit in der Nationalversammlung und in der preußischen Landesversammlung.

Oberpostinspektor Holst (Kiel) führte aus, daß die Gefahren für Schleswig-Holstein noch nicht beseitigt seien. Wir wollen nichts wissen von einem Kanalstaat, auch nichts von einem selbständigen Schleswig-Holstein. Die Zerschlagung Preußens ist der Anfang vom Ende des Reichs. Dagegen verlangen wir wirtschaftliche und kulturelle Autonomie. Wir vertrauen darauf, daß bei der Grenzziehung die Tiedjesche Linie zugrunde gelegt wird.[24] Wir wollen wieder haben ein Schleswig-Holstein »up ewig ungedeelt« bis Königsau.

Dr. Curtius (Heidelberg) machte interessante Ausführungen über die Stellung der süddeutschen Staaten zum Reich und sagte u. a.: Die süddeutschen Staaten wenden sich gegen die gewaltsame Einführung des Einheitsstaates. Man glaubt im Süden nicht, daß Frankfurt bald geräumt werden wird.[25] Die süddeutschen Regierungen haben ein Bekenntnis zur Reichseinheit abgegeben. Ein Appell, der ein Bekenntnis aller süddeutschen Staaten zur Reichseinheit darstellen soll, ist bereits erfolgt, und er wird auch seine Wirkung auf das Ausland nicht verfehlen. Die Mechanisierung der Verreichlichung muß verhütet werden. Die süddeutschen Staaten wollen eigenes Leben, namentlich in der Gesetzgebung. In diesem Sinne wollen wir die Reichseinheit fördern. Wir verlangen Freiheit von der Diktatur im Innern und von dem Versailler Vertrag; die Grundbedingung dazu ist aber die Reichseinheit.

Rechtsanwalt Dr. Dahn[26] (München) sprach über das Verhältnis Bayerns zu Norddeutschland und bemerkte u. a.: Bayern hat lange mit Bewunderung zu dem ernsten Arbeitswillen Norddeutschlands aufgesehen. Jetzt aber hat Bayern kein Verständnis für manches, was in Berlin vorgeht. Preußen verdanken wir letzten Endes das Reich. Bayern ist in dem erfreulichen Besitz einer verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierung der Vernunft.[27]

---

[23] Nach der am 11. 7. 1920 durchgeführten Volksabstimmung in den Bezirken Allenstein (Ostpreußen; 98 %) und Marienwerder (Westpreußen; 92 %) verblieben diese Gebiete bis auf wenige Dörfer beim Deutschen Reich.

[24] Bei der sogenannten »Tiedjeschen Linie« handelt es sich um eine von Johannes Tiedje, dem Sachverständigen des Auswärtigen Amts für Schleswig, entworfene Grenzziehung zwischen Dänemark und dem Deutschen Reich; zu ihrem Verlauf siehe ADAP, Serie A, Bd. III, Nr. 51, 76.

[25] Nachdem die deutsche Regierung zur Niederschlagung der im März 1920 ausgebrochenen Unruhen (siehe Dok. Nr. 24a, Anm. 18) reguläre Truppen in die demilitarisierte Zone einrücken ließ, besetzten französische Truppen am 6. 4. 1920 den Maingau und die Städte Frankfurt/M., Darmstadt und Offenbach, siehe dazu Kabinett Müller I, Dok. Nr. 2, 5, 11.

[26] Hanns Dahn (* 1888), Jurist. 1914 Rechtsanwalt in München, 1946 Präsident der Anwaltskammer München.

[27] Zur Bildung des Kabinetts v. Kahr am 16. 3. 1920 siehe Dok. Nr. 23, Anm. 13.

Regierungspräsident a. D. Dr. von Campe betonte, er habe sich gefreut über die Rede Trimborns in der Nationalversammlung[28], die eingestellt war auf die Angst vor der demokratischen Courage. Die Demokratie habe während dieser Rede geschwiegen und dabei eine unklare Taktik eingeschlagen; sie habe nicht den Mut gehabt, ihrerseits selbst hervorzutreten. Die Demokraten haben sich als zu demokratisch erwiesen, als daß sie den Rückzug zum Bürgertum hätten wieder finden können. Dr. von Campe begrüßte mit Freuden den Sammelruf Dr. Stresemanns an das Bürgertum und sagte weiterhin, das Bürgertum sollte sich endlich besinnen, daß seine Existenz auf dem Spiele stehe. Es lasse es im Gegensatz zu den Sozialdemokraten an der Organisation und dem Mut zur Tat fehlen, müsse aber endlich dazu übergehen, sich der Arbeiterschaft gegenüber Geltung zu verschaffen.

Oberpfarrer Schowalter (Wittenberge) kennzeichnet das Verhalten der Demokraten in den Tagen der Kapp-Diktatur. In der Priegnitz sind die Demokraten mit den Mehrheitssozialdemokraten, den Unabhängigen und den Kommunisten zusammengegangen, indem sie mit ihnen einen Aktionsausschuß bildeten, und haben auf diese Weise die bürgerliche Front gesprengt.

Frau Mende, Abgeordnete der Nationalversammlung, legte dar, daß die Demokraten für den bevorstehenden Wahlkampf reiches Agitationsmaterial geliefert hätten.

Dr. Neumann (Frohnau) führte aus, daß der Generalstreik ein Verbrechen war. Er ist zu einer politischen Erpressung benutzt worden von Seiten der Gewerkschaften, hat uns die verhüllte Rätediktatur gebracht und im Ruhrgebiet den kommunistischen Aufstand.

Reichsanwalt Bünger[29] (Leipzig) führte aus, daß die Leipziger Stadtverwaltung sich während der roten Schreckenstage[30] als sehr schwach erwiesen habe, wofür den Schaden die Demokraten zu tragen haben werden. Er bedauerte des weiteren, daß die deutsche Regierung in den besetzten Gebieten, namentlich in Oberschlesien und Danzig, der feindlichen Propaganda viel zu wenig entgegengearbeitet habe.

Frau Fritsch (Königsberg): Wir Frauen empfinden noch etwas von der Scham vom November 1918. Bei uns ist von politischer Müdigkeit nicht die Rede.

Nähere Angaben machte Justizrat Schultz über den Bolschewismus in Hagen. Hier befindet sich noch der geheime Zentralrat der Roten Armee.[31] Wir wußten schon seit dem Sommer, daß alles zum Putsch vorbereitet war. In Hagen hat sich ein Aktionsausschuß gebildet unter Mitbeteiligung der Zentrums und der Demokraten.

---

[28] Zur Rede Karl Trimborns (Zentrum) bei der Debatte der Regierungserklärung zum Kapp-Putsch siehe VNV, Bd. 332, S. 5066ff.

[29] Wilhelm Bünger (1870–1937), Reichsanwalt. 1920–1933 MdL Sachsen (DVP). Jan. 1924–Juni 1927 sächsischer Justizminister, Dez. 1928–Febr. 1930 Ministerpräsident und Volksbildungsminister. 1931–1937 Senatspräsident am Reichsgericht.

[30] Zum Verlauf der Aufstandsbewegung in Leipzig siehe Rudolph, S. 246f.

[31] Siehe dazu Könnemann/Krusch, S. 158f.; 251f.; Hans-Ulrich Ludewig, Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920–1923, Husum 1973, S. 153f.

Lic. Dr. Everling übt scharfe Kritik an der politischen Mißwirtschaft der Regierung und namentlich an der Leitung der Außenpolitik. Prof. Dr. Schian[32] (Gießen) wendet sich scharf gegen die Haltung der Regierung gegenüber den Universitäten und der Studentenschaft.

Ökonomierat Schiftan tritt in längeren Ausführungen für die Landwirtschaft ein. Abg. Dusche behandelt dasselbe Thema. Die Landwirtschaft müsse eine stärkere Vertretung auch im Parlament haben. Sie finde ein sehr schlechtes Verständnis bei der Regierung. Dem preußischen landwirtschaftlichen Minister[33] habe er bereits früher als einen Minister gegen die Landwirtschaft bezeichnet, und er müsse diesen Vorwurf wiederholen. Nicht das nötige Verständnis bringe man der Landwirtschaft als einem der wichtigsten Produktionsstände Deutschlands entgegen. Der Redner griff scharf das Verhalten der Demokraten gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Landwirtschaft an.

Dr. Stresemann gibt im Anschluß an diese Rede Kenntnis von einer Mitteilung, derzufolge in der Versammlung der ostpreußischen Ackerschaften und masurischen Landwirte in Lyck eine politische Arbeitsgemeinschaft gegründet worden ist. Die Bauernbünde haben sich in Ostpreußen von der Demokratischen Partei getrennt[34], da sie in ihr nicht die geeignete Vertreterin der produktiven Stände, namentlich der Landwirtschaft, erblicken können. Die Mitteilung wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.[35]

In der allgemeinen Aussprache nahmen weiter das Wort:

Gewerkschaftssekretär Thiel: Die sozialistische Regierung ist der Todfeind der Angestelltenschaft. Diese erkennt an, daß die Differenzen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern durch die Arbeitsgemeinschaft überbrückt werden müssen.

Gutsbesitzer Schleicher (Düren) tritt für die Landwirtschaft ein. Die rheinische Bauernschaft ist beherrscht von einer starken Mißstimmung gegen das Zentrum.

Gewerkschaftssekretär Streiter (Berlin) spricht über den internationalen Sozialismus. Wer, wie die Sozialisten, den Generalstreik gutheiße, müsse dieses Mittel auch den Kommunisten als Waffe zubilligen. Gewerkschaftssekretär Geisler (Berlin) vertritt den Standpunkt der nationalen Arbeiterbewegung gegen die Sozialdemokratie.

Oberlehrer Landgrebe[36] (Frankfurt/M.) spricht sich gegen jede Fusionsbestrebung aus. Abg. Dr. Meyer (Herford) betont, die Beamtenschaft habe erkannt, daß sie bei

---

[32] Martin Schian (1869–1944), evangelischer Theologe, 1924–1933 Generalsuperintendent in Breslau.

[33] Nach seiner Wahl zum preußischen Ministerpräsidenten am 29.3.1920 behielt Otto Braun (SPD) das Landwirtschaftsministerium, das er seit dem 12.11.1919 bekleidete, bei; zur seiner Landwirtschaftspolitik siehe Schulze, S. 265ff.

[34] Eine beträchtliche Anzahl führender Mitglieder des Deutschen Bauernbundes, der im Kaiserreich der NLP nahestand, war für die DDP in die Nationalversammlung eingezogen, siehe Albertin, S. 124; zu den Auseinandersetzungen zwischen Bauernbund und DDP siehe Schumacher, Land, S. 432ff.

[35] An dieser Stelle endet der Bericht in der NLC vom 18.4.1920 mit dem Vermerk: »Die Verhandlungen dauern fort. Fortsetzung des Berichts in der nächsten Nummer«.

[36] Ernst Landgrebe (1878–1946), 1909–1945 Mittelschullehrer und -rektor in Frankfurt/M., 1946 MdL Hessen (FDP).

den Sozialdemokraten und Demokraten keine geeignete Vertretung ihrer Interessen finde. Abg. Dr. Hugo kritisiert den Wahlaufruf der Demokraten.[37] Die Demokratie sei durch ihre Politik außerordentlich stark belastet. Über den Reichswirtschaftsrat hinaus sei der Gedanke eines wirtschaftlichen Parlamentes als besondere Kammer zu fördern.

Regierungsbaumeister Bach (Chemnitz) tritt für eine Politik des Angriffs im Wahlkampf ein. Seminardirektor Witzmann (Gotha) behandelt die Beamtenfragen. Generalsekretär Wenken (Kiel) tritt für den Schutz des Handwerks ein. Rechtsanwalt Dahn (München) berichtet über die Arbeit der D.V.P. in Bayern im Kampfe gegen die Separationsbestrebungen.

Abg. Stresemann faßt zum Schluß das Ergebnis der Debatte zusammen und beleuchtet unter allseitiger Zustimmung die Politik der D.V.P. während des Kapp-Putsches. Unter stürmischem Beifall übt er Kritik an dem zwiespältigen Verhalten der Mehrheitsparteien, die in Berlin verhandelten, während die Regierung in Stuttgart papierne Proteste gegen Berlin richtete. Dr. Stresemann fand mit der Feststellung, daß die Kursrichtung der Deutschen Volkspartei als die einer nationalen und liberalen Partei von Anfang an die richtige gewesen sei, lebhaften Beifall.

Damit war die Debatte geschlossen.

Die Versammlung nahm alsdann einmütig folgende Entschließung an:

»Der Zentralvorstand spricht der Parteileitung den Dank dafür aus, daß sie in den Verhandlungen während des Kapp-Putsches das Interesse von Volk und Vaterland gewahrt und dadurch den allgemeinen Bürgerkrieg sowie die innere Auflösung der Reichswehr verhütet hat. Er bekundet der Parteileitung erneut das Vertrauen«.

[37] Der Wahlaufruf der DDP vom 16.4.1920 ist u.a. abgedruckt in der »Demokratischen Parteikorrespondenz« vom 16.4.1920, Nr. 78; »Frankfurter Zeitung«, 17.4.1920, Nr. 279; siehe dazu auch Albertin/Wegner, Dok. Nr. 56; zu einem Vergleich der Aufrufe von DVP und DDP siehe Hartenstein, S. 205ff.; Albertin, S. 389.

27.

16. Juni 1920: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/53, p. 245–260. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1.[1] Überschrift: »Streng vertraulich! Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. Sitzung am 16. Juni 1920 im Reichsklub[2]«.

Der Vorsitzende Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung um 11 Uhr und leitet sodann die Aussprache über die politische Lage ein. Er teilt mit, daß er von mehreren Seiten ersucht worden sei, sofort den Zentralvorstand einzuberufen. Er habe das nicht für zweckmäßig gehalten. Zudem schreibe die Satzung die alsbaldige Ausschreibung von Neuwahlen zum Zentralvorstand vor.[3] Hingegen habe er den Geschäftsführenden Ausschuß und für morgen die Wahlkreisvorsitzenden und Wahlkreisgeschäftsführer geladen.[4] Dieses Gremium eigne sich nach den bisher gemachten Erfahrungen am besten für eine Aussprache über die augenblickliche politische Lage. Allerdings sei die Situation noch ziemlich ungeklärt. Heute müsse die Entscheidung fallen, ob Herr Trimborn[5] seine Aktion weiterführe[6] oder sein Amt niederlege. Die neueste Nachricht sei, daß sich die Generalkommission der Gewerkschaften unter Legien für die Beibehaltung der alten Koalition ausgesprochen habe.[7] Die heute veröffentlichte Er-

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 2) befindet sich auch im PA NL Stresemann 215.

[2] Berlin, In den Zelten 21. Laut der beigefügten Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Brandi, Cremer, Curtius, Dusche, Flathmann, Hartmann, Frau Hoffmann, Hollmann, Kempkes, Kuhbier, Meyer (Herford), Mittelmann, Moldenhauer, Piper, v. Richter, Rießer, Sachs, Frau Schönherr, v. Schwabach, Stresemann, Thiel, Vögler; von der Reichsgeschäftsstelle: Brüser, Kockelkorn, Trucksaess, Schütz. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. 2. Agitation in den Grenzgebieten. 3. Verschiedenes (Neuwahlen des Zentralvorstandes, Antrag Berlin betr. Annahme des Mandats des Abg. Kahl auf der Reichsliste, Fall Thaer-Mittelmann, Antrag Frau v. Oheimb betr. rechtliche Gleichstellung der Frauen, Fall Hoensbroech, Errichtung einer Steuerberatungsstelle).

[3] Der § 10 der Satzung bestimmte: »Die Wahlen zum Zentralvorstand gelten für je eine Reichstagswahlzeit. Der Zentralvorstand führt nach den Neuwahlen zum Reichstag die Geschäfte fort, bis die vom Geschäftsführenden Ausschuß sofort auszuschreibenden Neuwahlen zum Zentralvorstand vollzogen sind«, siehe S. 1268.

[4] Eine Niederschrift über diese Besprechung liegt nicht vor. Stresemann vermerkte am 17.6.1920 in seinem Tageskalender: »Landesvorsitzende und Generalsekretäre, abends gemeinsames Essen im Reichsklub«, PA NL Stresemann 142.

[5] Karl Trimborn (1854–1921), Jurist. Seit 1882 Rechtsanwalt in Köln, 1896–1921 MdR und MgPrAH (Zentrum). Als Nachfolger Gröbers seit Nov. 1919 Vors. der Zentrumsfraktion im Reichstag und seit Jan. 1920 Vors. der Zentrumspartei.

[6] Reichspräsident Ebert hatte am 14.6.1920 Karl Trimborn, den Fraktions- und Parteivorsitzenden des Zentrums, mit der Kabinettsbildung beauftragt, nachdem Hermann Müller (SPD) und Rudolf Heinze (DVP) gescheitert waren; zu den Verhandlungen Trimborns siehe detailliert Morsey, Zentrumspartei, S. 329ff.; Arns, S. 107f.; Kabinett Fehrenbach, S. XIVf.; zur Bildung des Kabinettes Fehrenbach am 25.6.1920 aus Zentrum, DDP und DVP (Vizekanzler und Justizminister: Heinze; Wirtschaftsminister: Scholz; Schatzminister: v. Raumer) siehe Albertin, S. 394ff.; Arns, S. 101ff.; Kabinett Fehrenbach S. VIIIff.

[7] Der Bundesvorstand des ADGB unter dem Vorsitz von Carl Legien (SPD) hatte sich am 10.6.1920 für eine Beibehaltung der Koalition aus SPD, Zentrum und DDP ausgesprochen, siehe Potthoff, S. 284ff., 397ff.

klärung der Demokratischen Partei[8] habe einen eigentümlichen Eindruck auf ihn gemacht. Es sei ein seltsamer Brauch, jemand auf die Reichsverfassung aufmerksam zu machen. Man hätte erwarten müssen, daß die Demokratie diesen Standpunkt selbst früher mehr beherzigt hätte. Immerhin zeige die Erklärung, daß die Demokratie bereit sei, von der Opposition zur Mitarbeit einzuschwenken. Wenn jetzt an die Volkspartei das Ansinnen, eine wohlwollende Opposition zu üben, gestellt werde, so müsse ein solches Ansinnen zurückgewiesen werden, eine wohlwollende Opposition sei ein Widerspruch in sich selbst. Dieser unser Standpunkt müsse auch nach außen scharf zum Ausdruck kommen. Wenn wir nicht in die Regierung eintreten, dann bleiben wir auch wie bisher in der Opposition. Aber die Erklärung der Demokratischen Partei zeige doch, daß manche unserer Ziele sich durchgesetzt haben, so die Entpolitisierung der auswärtigen Politik und der Gedanke der Berufung von Fachmännern. Unsere Aufgabe werde es jetzt sein, führende Persönlichkeiten der Wirtschaft und Diplomatie vorzuschlagen. Er wolle sich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken im Hinblick auf die eingehende Aussprache, die für morgen zu erwarten sei.

Als eine Hauptaufgabe der heutigen Sitzung betrachte er aber, zu dem Wahlergebnis[9] Stellung zu nehmen und die Folgerungen daraus zu ziehen. Die Wahlen hätten gezeigt, daß diejenigen recht hatten, die für die Selbständigkeit der Partei sich eingesetzt hätten. Hätten wir das nicht getan, dann hätten wir die Demokratische Partei gerettet. Über all die glänzenden Erfolge dürften wir aber die Mißerfolge in Süddeutschland nicht übersehen.[10] Unsere Aufgabe sei es, dort die Agitation in verstärktem Maße alsbald aufzunehmen. Die Reichsgeschäftsstelle müsse neben Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Oberschlesien, wo die Wahlen noch bevorstehen, nunmehr besonders Bayern und Württemberg mit Rednern versorgen[11] (Dr. Curtius: Auch Baden!). Man müsse sehen, daß wir nunmehr gerade in diesen Gebieten unsere Sache aufnehmen. Er zweifle nicht, daß, wenn wir dort mit Nachdruck unsere Gedanken

[8] Der Parteivorsitzende der DDP, Petersen, hatte am 16.6.1920 an den Reichspräsidenten appelliert, er solle zuerst einen Reichskanzler ernennen und diesen dann über Zusammensetzung und Programm des Kabinetts mit den Fraktionen beraten lassen, siehe »Frankfurter Zeitung«, 16.6.1920, Nr. 231.

[9] Die Reichstagswahl vom 6.6.1920 hatte folgendes Gesamtergebnis: DNVP 15,1 % der Stimmen (71 Mandate), DVP 13,9 % (65), Zentrum 13,6 % (64), BVP 4,4 % (21), DDP 8,3 % (39), SPD 21,7 % (102), KPD 2,1 % (4). Der Alliierte Oberste Rat hatte die Abhaltung von Reichstagswahlen am 6.6.1920 in den Reichstagswahlkreisen 1 (Ostpreußen), 10 (Oppeln), 14 (Schleswig-Holstein) und im Abstimmungsgebiet des Kreises Namslau untersagt. Sie wurden daraufhin zu späteren Terminen durchgeführt: am 20.2.1921 in den Wahlkreisen 1 und 14, am 19.11.1922 im Wahlkreis 10. Bis dahin behielten die in diesen Wahlkreisen zur Nationalversammlung gewählten Abgeordneten ihr Mandat auch im 1. Reichstag.

[10] Die DVP hatte im Wahlkreis 27 (Oberbayern/Schwaben) nur 6,6 %, im Wahlkreis 28 (Niederbayern) 2,5 %, im Wahlkreis 29 (Franken) 2,9 %, im Wahlkreis 34 (Württemberg) 3,8 % und im Wahlkreis 35 (Baden) nur 6,8 % der Stimmen erzielt.

[11] Die erheblichen Koordinationsschwierigkeiten der Reichsgeschäftsstelle bei der Rednerverteilung für den Wahlkampf belegt eine Aktennotiz von Trucksaess, in der er besonders bemängelt, daß die Mitglieder der Nationalversammlung ohne Rücksprache mit der Reichsgeschäftsstelle Versammlungen zugesagt hätten; insgesamt hielt die Partei vor der Wahl »in fast allen Wahlkreisen 546 Versammlungen« ab, BAK R 45 II/53, p. 31.

verbreiten, die bayerische Mittelpartei und die württembergische Bürgerpartei zusammenbrechen werden.[12]

Abg. Thiel: Der Ausfall in Bayern und Württemberg habe ihn nicht überrascht. In Württemberg habe er persönlich festgestellt, daß die Organisation in Händen liegt, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. Die Angestelltenkreise stehen zum großen Teil auf dem Boden der Deutschen Volkspartei. Es fehlt aber an der systematischen Erfassung.

Abg. Dr. Cremer: Wir haben vergeblich darauf gewartet, daß der Geschäftsführende Ausschuß unmittelbar nach den Wahlen zusammentreten würde. Viele Mitglieder sind in Berlin gewesen, sie haben aber keine Gelegenheit gehabt, irgend etwas zu tun, obwohl eine Beratung möglich und auch notwendig gewesen wäre. Vielleicht wären wir weitergekommen, wenn wir von Anfang an darauf ausgegangen wären, ein Ministerium der Arbeit zu schaffen. Unter dieser Parole sind wir in den Wahlkampf gezogen, es wäre die natürliche Fortsetzung des Wahlkampfes gewesen. Es war vielleicht auch falsch, daß wir immer von einem großen Sieg gesprochen haben. Demgegenüber muß doch festgehalten werden, daß wir eine Minoritätspartei geblieben sind. Auch mit den Deutschnationalen zusammen sind wir noch Minorität. Daher ist es unsere Aufgabe, dem Lande klarzumachen, daß wir noch in den Anfängen stehen. Unsere Schwäche liegt allerdings in Süddeutschland. In Württemberg lag der Mißerfolg vielleicht auch an der für dieses Land unglücklichen Kandidatur eines Bankdirektors.[13] Wichtig sei jetzt aber neben Süddeutschland vor allem auch die Bearbeitung von Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Oberschlesien. Die Wahlkreise müßten ihre besondere Aufmerksamkeit der Ordnung der Finanzen widmen. Die Wahlkreise dürfen nicht mehr länger Kostgänger der Reichsgeschäftsstelle sein.[14]

Geheimrat Sachs: Er stimme bei, wenn unsere Siegesstimmung etwas gedämpft würde. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn wir mehr organisch und nicht so rasch gewachsen wären. In Württemberg trifft einen großen Teil der Schuld an dem schlechten Ausgang die Kandidatur von Stauß. Für Bayern kamen die Wahlen zu früh. Wir waren eben erst in den Anfängen der Organisationsarbeit. Die Pfalz habe zwar wiederum ein gutes Ergebnis gehabt, er warne aber auch hier vor einem allzu großen Optimismus, denn in den uns dort zugefallenen Stimmen des Bundes der Landwirte[15] liege eine gewisse Verschleierung der wirklichen parteipolitischen Situation. Im rechtsrheinischen Bayern habe auch die Führung versagt. Neue Männer müßten dort an die Spitze. Es sei erfreulich, wenn jetzt Redner in großer Zahl nach dem Süden kämen. Damit allein sei es aber nicht getan, die Reorganisation müsse vielmehr aus den Wahlkreisen selbst kommen. In Bayern machten sich bereits wieder Bestrebungen geltend hinsichtlich einer Anlehnung an die Demokratische Partei.[16]

---

[12] Zur bayerischen Mittelpartei und württembergischen Bürgerpartei siehe Dok. Nr. 5, Anm. 133, 252, 256.

[13] Spitzenkandidat in Württemberg war Emil Georg von Stauß, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank.

[14] Zur Finanzierung der Wahlkreisgeschäftsstellen siehe Dok. Nr. 6.

[15] Der BdL hatte bei den Reichstagswahlen 1920 eine scharf großagrarische Haltung eingenommen, siehe Jens Flemming, Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie, Bonn 1978, S. 236f.; zum Verhältnis von BdL und DVP siehe Schumacher, Land, S. 248–263, 454–466.

[16] Siehe Dok. Nr. 10, 15.

Den Hintermännern schwebe die Wiedererweckung des alten bayerischen Liberalismus vor. Er wäre daher dankbar, wenn der Geschäftsführende Ausschuß erneut die Selbständigkeit der Partei gegenüber diesen Bestrebungen bekunde, nicht in der Öffentlichkeit, wohl aber als Willenskundgebung gegenüber denjenigen Organisationen, in denen diese Bestrebungen sich geltend machen. Er schlage folgende Entschließung vor: »Der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei richtet an diejenigen Parteifreunde im Lande, die bei den letzten Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen mit anderen Parteien zusammengegangen sind, die dringende Bitte, in den betreffenden Landesteilen alsbald den Ausbau der eigenen Organisationen so zu fördern, daß die Deutsche Volkspartei bei künftigen Reichstags- und Landtagswahlen den Kampf auch ohne solche Wahlbündnisse und in voller Unabhängigkeit zu führen in der Lage ist. Räumlich begrenzte Wahlbündnisse mit anderen Parteien des Reiches müssen grundsätzlich als unerwünschter Ausnahmezustand betrachtet werden, der überall da beseitigt werden sollte, wo er durch unermüdliche eigene Arbeit und ohne Schädigung höherer nationaler Belange vermieden werden kann«.

Abg. Dr. Stresemann: Zur Frage der Kandidatur des Herrn von Stauß wolle er bemerken, daß er auf Veranlassung des Vorsitzenden der württembergischen Organisation [Bickes] auf Herrn von Stauß eingewirkt habe, die Kandidatur zu übernehmen. Es habe tatsächlich stundenlanger Unterredung bedurft, bis Herr von Stauß eingewilligt habe. Württemberg habe daher auch nicht den geringsten Anlaß, irgendeinen Vorwurf hinsichtlich der Kandidatur des Herrn von Stauß gegen die Parteileitung zu erheben. Wir haben eben dort keine Gegenspieler gegen unsere alten Freunde Hieber[17] und Wieland.[18]

Frau Abg. Mende: In München und Nürnberg habe sie selbst schlimme Erfahrungen gemacht. Die zur Unterstützung gekommenen Redner hätten tagelang brachgelegen. Es habe dort an der nötigen organisatorischen Vorarbeit gefehlt.

Abg. Dr. Curtius: In Württemberg habe es zweifellos an der richtigen Führung gefehlt. Es sei zu begrüßen, wenn wir im Süden jetzt mit neuer Kraft arbeiten. Er warne aber davor, allzu große Hoffnungen auf Baden und Württemberg zu setzen, es liegen dort besondere politische Verhältnisse vor, die unserer Arbeit eine Grenze setzen; aber immerhin können wir noch viel erreichen, wenn wir geschickt operieren. Er müsse hier darauf hinweisen, daß die »Kölnische Zeitung« direkt gegen die Partei durch ihren Badener Korrespondenten arbeite. Es wäre zweckmäßig, wenn von der Parteileitung aus auf die »Kölnische Zeitung« entsprechend eingewirkt würde. In der Gewinnung der Presse habe die Partei in Baden Fortschritte gemacht, sie habe im Norden jetzt den »Mannheimer Generalanzeiger«, in Mittelbaden den »Pforzheimer Generalanzeiger« und in Südbaden die »Freiburger Zeitung«. Es fehle aber noch ein Organ im Seekreis. Außerordentlich wichtig sei es, wenn wir auch noch die »Badi-

[17] Johannes von Hieber (1862–1951), Oberregierungsrat im württembergischen Kultusministerium. 1898–1910 MdR (NLP), Ende 1918 Übertritt zur DDP. Nov. 1919–April 1924 württembergischer Kultusminister, seit 23.6.1920 zugleich Staatspräsident, 1921–1924 MdR (DDP).

[18] Philipp Wieland (1863–1949), Kommerzienrat in Ulm. 1909–1918 Mtgl. der württembergischen II. Kammer (NLP), Ende 1918 Übertritt zur DDP. 1919–1930 MdR (DDP).

sche Presse« übernehmen könnten. Dazu gehöre aber außerordentlich viel Geld. Es wäre zweckmäßig, wenn über diese Dinge einmal besonders beraten würde.

Abg. Dusche berichtet über die Wahlen in Hannover.[19]

Abg. Freiherr von Rheinbaben spricht über die Lage in Oberschlesien. Die mittelschlesische Organisation sei gern bereit, den Aufbau der Organisation in Oberschlesien zu unterstützen. Diese Bereitwilligkeit wird dankbar begrüßt.

Abg. Dr. Mittelmann: Die Erfolge Pommerns[20] wären noch größer gewesen, wenn wir besser mit Rednern unterstützt worden wären. Auch die finanzielle Unterstützung Pommerns durch die Parteileitung sei ungenügend gewesen; wenn Pommern mit Aussicht auf Erfolg weiterarbeiten soll, müsse es unbedingt noch eine weitere Unterstützung haben.

Abg. Kempkes: Pommern habe die Höchstsumme erhalten, die an einzelne Wahlkreise gezahlt worden sei.[21] Die Verteilung der Mittel durch die Zentrale an die Wahlkreise geschehe nach Maßgabe dessen, was vorhanden sei. Die Mittel seien erschöpft, von einer weiteren Unterstützung Pommerns könne daher keine Rede sein. Ein Wahlkreis jedoch, der annähernd 170 000 Stimmen aufbringt, sei so stark, daß er weiterer Unterstützung nicht bedarf. Gegenüber Herrn Dr. Cremer müsse er doch bemerken, daß es falsch sei, wenn wir unseren Sieg verkleinern würden. Wir hätten einen großen Erfolg errungen und dürften uns auch dieses Sieges freuen.

Frau Abg. v. Oheimb: wünscht mehr Zentralisation in der Partei. Die Reichsgeschäftsstelle müsse die Zügel straffer anziehen und dafür sorgen, daß ihren Anordnungen auch Folge geleistet werde.

Direktor Kuhbier bespricht die Lage im Duisburger Wahlkreis.

Abg. Dr. Vögler wendet sich gegen die Gewährung neuer Unterstützungen an Wahlkreise von der organisatorischen Stärke Pommerns. Der Finanzfrage müsse seitens aller Wahlkreise viel größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es sei Pflicht der Parteiorganisation, die Reichsgeschäftsstelle in den kommenden vier Jahren aus eigener Kraft zu unterhalten. Diese Pflicht liege um so mehr vor, als die Reichsgeschäftsstelle tatsächlich hervorragende Arbeit geleistet habe. Kein Wahlkreis könne sich beklagen, daß er im Stich gelassen sei. Aus der Fülle des gebotenen Agitationsmaterials[22] könnte jeder mit Leichtigkeit das entnehmen, was für ihn zu brauchen war. Diese Arbeit der Reichsgeschäftsstelle müsse anerkannt werden. Zu dem Ausfall in Württemberg bleibe er bei seiner Ansicht, daß es falsch war, dort überhaupt die Volkspartei aufzutun.[23] Das habe uns und den Deutschnationalen geschadet.

---

[19] Im Wahlkreis 17 (Osthannover) hatte die Partei 13,1 % und im Wahlkreis 18 (Südhannover/Braunschweig) 20,6 % der Stimmen erhalten.

[20] Im Wahlkreis 6 (Pommern) hatte die Partei 19,7 % der Stimmen erzielt.

[21] Der Wahlkreisverband Pommern hatte im Mai 1919 15 000 Mark erhalten, siehe Dok. Nr. 6.

[22] Trucksaess stellte dazu nach der Wahl in einer Aktennotiz fest: »Bei dem Versand von Material hat sich gezeigt, daß das Zusammenarbeiten zwischen Wahlkreisgeschäftsstellen und Reichsgeschäftsstelle noch sehr mangelhaft war [...] Das Material war vielfach schon im April bekannt, die Bestellungen liefen Anfang Mai spärlich ein, häuften sich dann in der zweiten Hälfte des Mai in der Weise, daß es fast nicht mehr zu bewältigen war; so waren einzelne Tage, an denen 800 000–900 000 Flugblätter versandt worden sind«, BAK R 45 II/53, p. 33.

[23] Siehe Dok. Nr. 15, Anm. 27.

In der weiteren Aussprache wird über die Festsetzung des Beitrags an die Reichsgeschäftsstelle verhandelt, insbesondere darüber, ob der Beitrag nach der Zahl der organisierten Mitglieder oder nach der abgegebenen Stimmenzahl bemessen werden soll. Auf Antrag des Abg. Kempkes bleibt es bei der Bemessung nach der Zahl der für die Volkspartei abgegebenen Stimmen, und zwar müssen wie bisher pro Stimme 20 Pfg. entrichtet werden.[24] Ein Antrag auf Erhöhung auf 30 Pfg. wird abgelehnt.

Frau Abg. v. Oheimb bringt die Pressenachrichten über den Ankauf von Zeitungen durch Herrn Stinnes[25] zur Sprache und bittet um Aufklärung, was daran Wahres ist.[26]

Herr Vögler teilt dazu mit, daß Herr Stinnes nur den Verlag Reimar Hobbing erworben habe, mit dem die »Deutsche Allgemeine Zeitung« verbunden sei. Alles andere wäre vollkommen erlogen. Es wird beschlossen, daß gegenüber den durch die Presse verbreiteten falschen Nachrichten eine Richtigstellung in der Nationalliberalen Correspondenz erfolgt.[27]

Hinsichtlich der Beteiligungsverhältnisse und Aufgaben der VERA[28] *betont Vögler, daß von einem Überwiegen des deutschnationalen Einflusses keine Rede sein könne. Die von Sachs beantragte Entschließung (Selbständigkeit der Partei) wird angenommen, von einer Veröffentlichung aber abgesehen. Es tritt darauf eine Pause ein.*

Nach der Pause begründet Stresemann – gegen die Vorwürfe Cremers –, weshalb der Geschäftsführende Ausschuß nicht sofort nach den Wahlen berufen wurde und weist darauf hin, daß für die parlamentarische Regierungsbildung in erster Linie die Fraktion zuständig sei. Er fährt dann fort:

[Stresemann:] Was die Kritik daran anbelangt, daß wir zu sehr den Ton auf unseren Sieg gelegt hätten, statt darauf, daß wir nicht genügend gesiegt hatten, so gebe er das letzte zu, aber das erstere nicht. Wir mußten unterstreichen, daß wir gesiegt haben. Das kam ja auch durch die Berufung Heinzes zum Ausdruck.[29] Wenn er in einer

[24] Siehe Dok. Nr. 6, 12. Allerdings wurden die festgesetzten Beiträge an die Reichsgeschäftsstelle von den Wahlkreisverbänden nur sehr lückenhaft entrichtet; so stellte der Rechnungsausschuß im Januar 1920 fest, daß »im Jahr 1919 von rund 200 000 Mark insgesamt nur rund 50 000 Mark eingegangen« seien, und forderte die Reichsgeschäftsstelle dazu auf, »besonders zahlungskräftige Mitglieder zur Beitragsleistung an die Parteileitung« aufzufordern, BAK R 45 II/51, p. 135.

[25] Hugo Stinnes (1870–1924), Leiter des Stinnes-Konzerns, einer Unternehmensgruppe der Montanindustrie und der Schiffahrt. In führender Position in der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG bzw. der Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union. 1920–1924 MdR (DVP).

[26] Am 9.5.1920, Nr. 237, hatte Georg Bernhard in der »Vossischen Zeitung«, konstatiert: »Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß Stinnes darauf ausgeht, ein Riesenmonopol für deutsche Zeitungen zu schaffen. Es bedarf keiner Erläuterung, welche enorme Gefahr daraus für die öffentliche Moral und insbesondere für das politische Leben Deutschlands erwachsen kann«; zum Erwerb der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, zu der auch die »Deutsche Allgemeine Zeitung« gehörte, durch Stinnes siehe Kabinett Müller I, Dok. 81 sowie das zahlreiche Material im BAK R 43 I/2469.

[27] Siehe NLC 47 (16.6.1920), Nr. 130, »Zur Richtigstellung«.

[28] Zu Struktur und Beteiligungsverhältnissen an der VERA-Verlagsanstalt, in dessen Verwaltungsrat seitens der DVP Johann Becker saß, siehe Holzbach, S. 264 ff.

[29] Rudolf Heinze war am 13.6.1920 mit der Kabinettsbildung beauftragt worden, hatte seinen Auftrag aber nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der SPD an den Reichspräsidenten

ersten Auslassung in der Presse davon gesprochen habe, daß wir vom Wahlergebnis überrascht worden seien, so habe er das aus guten Gründen getan. Sonst wäre ja die Meinung entstanden, die Deutsche Volkspartei habe nicht erreicht, was sie erreichen wollte. Es mag auch richtig sein, daß wir in der Frage der Fachministerien eine einheitlichere Linie hätten verfolgen sollen, aber die Fraktion sei hierin nicht einig gewesen. Er habe Vögler sekundiert. Aber auch der Einwand wäre beachtenswert, daß das Kabinett, das nach Spa geht[30], auch politischen Einschlag haben müsse.

Dr. von Richter: Es soll der Reichstagsfraktion gewiß nicht zugemutet werden, daß sie in der Frage der Regierungsbildung nicht selbständig bestimmen soll. Auch die Fraktionen der anderen Parteien werden das für sich in Anspruch nehmen. Aber die Demokraten haben nicht ohne Friedberg, die Sozialdemokraten nicht ohne Leinert verhandelt. Auch bei uns sollte der Geschäftsführende Ausschuß nicht bloß dazu da sein zu hören, was gemacht worden ist. Es ergeben sich doch auch Konsequenzen für Preußen. Wenn auch die Preußenfraktion selbständig vorgehe, so könnte daraus Gefahr erwachsen.

Dr. Stresemann: Er stimme mit diesen Darlegungen durchaus überein. Er habe nur sagen wollen, daß die Fraktion sich nicht als Beauftragter fühlen könne. In Wirklichkeit komme der Geschäftsführende Ausschuß auch heute noch mit seiner Meinungsäußerung nicht zu spät, denn die Entscheidung falle ja gerade heute und morgen, also zu einem Zeitpunkt, zu dem auch die Wahlkreisvorsitzenden in Berlin anwesend sind.

Dr. Cremer: Eine frühere Aussprache wäre trotzdem richtig gewesen. Man hätte wenigstens allgemeine Richtlinien festlegen können. Vielleicht hätten wir dann die Fäden fester in der Hand behalten, als dies jetzt der Fall ist, wo wir doch im wesentlichen Zuschauer seien. Es habe zwar ein kleines Gremium getagt, zu welchem auch ein Herr gehöre, der erst seit kurzem zu uns gehört; im Lande frage man sich, woher es käme, daß gerade Herr von Kardorff dabei eine so hervorragende Rolle gespielt hat.[31] Er wolle hieraus keine große Aktion machen und auch bei der morgigen Tagung nicht darauf zurückkommen, er habe sich aber doch für verpflichtet gehalten, die Sache hier zur Sprache zu bringen.

Dr. Stresemann: Die große Rolle, die Herr von Kardorff gespielt hat, bestand darin, daß er bei der Unterredung zwischen Herrn Dr. Heinze und den Führern der Sozialdemokraten sagte, daß er nichts hinzuzufügen habe. Herr Dr. Heinze habe Herrn v. Kardorff lediglich als Zeugen mitgenommen. Das sei doch keine hervorragende Rolle. Ein Fehler war es allerdings, daß die Beteiligung des Herrn von Kardorff in die Presse kam.

Geheimrat Brandi: Es sei gut, daß wir die Sache hier zur Klärung bringen. Der Geschäftsführende Ausschuß könne selbstverständlich nicht bei jeder Ministerkrisis herangezogen werden, er habe auch kein Mandat zu erteilen. Trotzdem wäre es wünschenswert gewesen, wenn im Geschäftsführenden Ausschuß auch früher schon eine

zurückgegeben, siehe NLC 47 (17.6.1920), Nr. 131; Kabinett Fehrenbach, S. XIII f., Dok. Nr. 2; Arns, S. 107 f.; zur Kritik an Heinzes Verhandlungsführung siehe Dok. Nr. 28, 32.

[30] Zu der am 5.7.1920 beginnenden Konferenz von Spa siehe Dok. Nr. 28.

[31] Siehe Dok. Nr. 25, Anm. 5.

Aussprache stattgefunden hätte. Nach Lage der Dinge werde das aber auch heute noch nicht erreicht.

Dr. Stresemann teilt hierauf die Vorgänge im Laufe des Tages mit. Trimborn habe Herrn Dr. Heinze heute vormittag seine Ministerliste überreicht und mitgeteilt, daß er die Absicht habe, die Ernennung des Reichskanzlers noch heute abend herbeizuführen und den Reichskanzler dann aufzufordern, sich mit diesem Ministerium dem Reichstag vorzustellen. Hinsichtlich der Ministerliste habe Herr Trimborn von Heinze Vertraulichkeit verlangt. Die Liste setze sich unter Führung des Zentrums im wesentlichen aus Zentrumsleuten und Demokraten zusammen. Unserem Wunsch auf Entpolitisierung des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums sei stattgegeben. Die dafür in Aussicht genommenen Herren stünden der Deutschen Volkspartei nahe, wenigstens sei das bei dem in Aussicht genommenen Reichswirtschaftsminister unbedingt der Fall. Herr Trimborn habe nun den Wunsch geäußert, daß noch ein weiteres Ministerium von einem Mitglied unserer Fraktion übernommen werde. Dr. Heinze, Dr. Rießer und er hätten daraufhin Herrn Trimborn mitteilen lassen, daß diese Verteilung für uns völlig unannehmbar sei. Wir haben Herrn Trimborn dann weiter gesagt, daß wir uns an ein solches Ministerium politisch nicht gebunden fühlten. Wir würden zunächst keine Schwierigkeiten machen, schon mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Spa, unsere weitere Stellungnahme könne jedoch nur auf sachliche Gesichtspunkte eingegangen sein.[32] Aus dieser Sachlage, wie auch noch aus anderen Momenten, gehe hervor, daß das Zentrum nach links steuere und die alte Koalition wieder aufzurichten bestrebt sei. Auch der Beschluß der Gewerkschaften, die sich für die Beibehaltung der alten Koalition ausgesprochen hätten, deute darauf hin, daß sich dieses demokratisch-ultramontane Ministerium binnen kurzem nach links erweitern werde. Wir werden uns daher unsere Handlungsfreiheit nach jeder Richtung vorbehalten.[33]

Geheimrat Garnich: Er stimme den Gedankengängen des Herrn Dr. Stresemann zu. Er bedauere aber, daß es dahin habe kommen müssen. Seiner Ansicht nach hätte versucht werden müssen, nach der Ablehnung der Sozialdemokratie eine bürgerliche Regierung zu bilden. Die Deutsche Volkspartei hätte Gelegenheit gehabt, die Führung zu übernehmen. Wäre die Ausführung gescheitert, dann konnten wir bei einer neuen Wahlbewegung mit gutem Gewissen vor unsere Wähler treten.

Dr. Stresemann: Herr Garnich irre, wenn er annimmt, daß das Zentrum uns den Triumph gegönnt hätte, ein Ministerium unter unserer Führung zustande zu bringen. Die Nachrichten, die der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit über einen

[32] So in der Vorlage. Wohl gemeint: »bei unserer weiteren Stellungnahme könne jedoch nur auf sachliche Gesichtspunkte Rücksicht genommen werden«.

[33] Am folgenden Tag machte die DVP ihre Bereitschaft, in die Regierung einzutreten, davon abhängig, daß keine Änderung ihrer Grundsätze nötig sei und eine »fachliche Leitung der Geschäfte auf dem Gebiet der auswärtigen Politik und des gesamten Wirtschaftswesens ohne Rücksicht auf die parlamentarische Zugehörigkeit oder Parteistellung« durchgesetzt werde, siehe Schultheß 1920, S. 157; leicht abweichender Text in: DVP-Nachrichtenblatt, 24.6.1920, Nr. 24; siehe auch Albertin, S. 397 f.

Kommunistenputsch hatte[34], zwangen uns, die Regierungsbildung unsererseits nicht unnötig aufzuhalten. Das war für unser Verhalten mit maßgebend.

Direktor Kuhbier: Unter den gegebenen Umständen stimme er der Schlußfolgerung Stresemanns zu. Wenn nun die Regierung nicht zustande kommt, was dann? Dann sind wir wieder in stärkster Opposition. Das müssen wir ins Auge fassen. Vielleicht werden dann die anderen Parteien noch anderer Meinung.

Abg. Hollmann: Auch er sei mit den Darlegungen Stresemanns einverstanden. Er bedauere aber, daß Herr Dr. Heinze nicht streng in der gleichen Bahn blieb. Unseren Wählern seien wir Aufklärung schuldig, wie die Zusammenhänge bei der Regierungsbildung gewesen sind.

Dr. von Richter: Mit der Ablehnung eines Ministeriums, in das von uns nur ein politischer Vertreter entsandt werden soll, seien wohl alle einverstanden. Wir würden die moralische Verantwortung mittragen, würden aber keinen genügenden Einfluß haben. Er bedauere aber den Lauf, den die Dinge genommen haben. Wenn Herr Dr. Heinze einmal mit der Kabinettsbildung beauftragt war, dann durfte er die Ausführung nicht völlig von der Haltung der Sozialdemokratie abhängig machen. Dr. Heinze hat dadurch deren Machtgefühl noch ganz erheblich gestärkt. Warum soll es nicht ohne die Sozialdemokratie gehen? Es ist mir doch zweifelhaft, ob das Zentrum das vereitelt hätte. Als der Ruf an Dr. Heinze erging, hat da die Fraktion Stellung genommen? (Stresemann: Dr. Heinze hat darüber mit niemand gesprochen. Über die Sache selbst hat er mit einzelnen Herren wohl verhandelt). Es wäre trotzdem wichtig gewesen, wenn die Richtlinien für Herrn Dr. Heinze von der Fraktion festgelegt worden wären. Im übrigen könne er der heutigen Stellungnahme Dr. Stresemanns durchaus zustimmen.

Dr. Stresemann: Auch er sei der Meinung gewesen, daß Herr Dr. Heinze niederlegen mußte, als die Sozialdemokratie ablehnte. Er sei aber dafür eingetreten, daß wir diesen Schritt sofort auch vor der Öffentlichkeit begründen: Es bleibe nur eine bürgerliche Regierung übrig, die aber aus praktischen Gründen besser dem Zentrum überlassen bleibe, damit wir möglichst bald zu einer Regierung kommen.

Geheimrat Brandi: Dr. Heinze ist doch nicht als Privatperson berufen worden. Wir sind doch alle mit verantwortlich. Ich neige zu dem, was Herr Garnich gesagt hat. Der Versuch hätte gemacht werden müssen. Meines Erachtens steht es keineswegs fest, daß das Zentrum nach links geht.

Dr. Stresemann: Herr Hergt habe ihm mitgeteilt, daß Herr Trimborn ihn, Hergt, habe wissen lassen, eine Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei an der Regierung könne unter keinen Umständen in Betracht kommen.

[34] Anfang August 1919 hatte die preußische Regierung die zentrale Steuerung der politischen Polizei vom Berliner Polizeipräsidium an das neugeschaffene, dem Innenministerium unmittelbar unterstellte »Staatskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung« übertragen, das seit dem 24.3.1920 von Ministerialrat Robert Weismann geleitet wurde. Seit Mitte Mai 1920 kursierten Gerüchte über geplante Aufstände und Ausschreitungen linksextremer Organisationen, siehe Kabinett Müller I, S. XXX, Dok. 129, 142; Kabinett Fehrenbach, Dok. 10; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 333ff.

Herr Thiel: Die Entwicklung des Zentrums sei tatsächlich nicht abzusehen. Vertiefe sich der Gegensatz zwischen freien und christlichen Gewerkschaften, dann treibe das Zentrum nach rechts, sonst aber nach links. Der Umstand, daß die Verständigung mit der Bayerischen Volkspartei erfolgt ist[35], spreche dafür, daß der Zug nach rechts im Zentrum stärker geworden ist. Es wird schließlich beschlossen, eine Pressenachricht in den Abendblättern, die von der aktiven Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung spricht[36], sofort zu dementieren.[37] Die Aussprache über die politische Lage ist damit erledigt.

Nach § 9 der Satzung sind vom Geschäftsführenden Ausschuß aufgrund des neuen Wahlergebnisses unverzüglich die Neuwahlen zum Zentralvorstand auszuschreiben. Abg. Dr. Stresemann weist darauf hin, daß der Zentralvorstand aufgrund der Einberufung nach der Satzung über 400 Mitglieder zählen wird. Es sei daher zu erwägen, ob wir nicht eine Satzungsänderung herbeiführen, da ein Zentralvorstand von über 400 Mitgliedern nicht mehr verhandlungsfähig sei.[38] Es werden verschiedentlich Bedenken gegen die Zulässigkeit dieses Verfahrens vorgebracht. Man einigt sich schließlich aber darauf, daß die Satzungsänderung der gegenwärtige Zentralvorstand im Wege schriftlicher Abstimmung beschließen soll. Es sollen jedem Wahlkreis zwei Vertreter zugestanden werden, dann für jede ferner angefangenen 30 000 Stimmen (statt bisher 15 000) ein weiterer Abgeordneter. Die Reichsgeschäftsstelle wird beauftragt, die Abstimmung in die Wege zu leiten.

Ein Antrag des Wahlkreises Berlin[39]*, Kahl zur Ablehnung des Berliner Mandats und zur Annahme seines Mandats auf der Reichsliste*[40] *aufzufordern, wird abgelehnt. Die*

---

[35] Siehe Dok. Nr. 15, Anm. 5.

[36] Siehe NLC (16.6.1920), Nr. 130, »Die Demokraten und die Regierungsbildung«; ebd. (18.6.1920), Nr. 132, »Wer treibt ein unehrliches Spiel?«

[37] Die »Erklärung der Demokraten zur Regierungsbildung«, in der u.a. eine »vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung« und eine »Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchischen Agitation« gefordert wurde, ist abgedruckt im »Berliner Tageblatt«, M., 16.6.1920, Nr. 278; in derselben Nummer wurde mitgeteilt: »Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, ist man in den Kreisen der Fraktion der Deutschen Volkspartei überzeugt, daß die programmatische Erklärung der Deutschen Demokratischen Partei in der Tat eine annehmbare Grundlage für eine Regierung bilden kann«, ebd., »Die Deutsche Volkspartei zur Erklärung der Demokraten«.

[38] In einer Aktennotiz vom Juni 1920 (BAK R 45 II/53, p. 37) hatte die Reichsgeschäftsstelle festgehalten, daß eine Mitgliederzahl des Zentralvorstandes von über 400 »viel zu hoch« sei und eine erhebliche Reduzierung vorgeschlagen. Bei ca. 3,9 Millionen für die Partei abgegebener Stimmen und dem nunmehr ins Auge gefaßten Vertretungsmodus: für weitere angefangene 30 000 Stimmen ein weiterer Vertreter, hätte der Zentralvorstand etwa 290 Mitglieder umfaßt, siehe auch S. 32*.

[39] Der Wahlkreisverband Berlin hatte die Reichsgeschäftsstelle aufgefordert, »Herrn Geheimrat Kahl zu gestatten, unter Verzicht auf die Vertretung Berlins durch ihn, das ihm auf der Reichsliste zustehende Mandat anzunehmen«, BAK R 45 II/53, p. 155.

[40] Der Ausschuß für die Aufstellung der Reichsliste hatte am 19.4.1920 auf Antrag Garnichs beschlossen: »Diejenigen auf der Reichsliste der Deutschen Volkspartei gesetzten Kandidaten, die zugleich in den Wahlkreisen kandidieren, haben sich vor der Wahl schriftlich zu verpflichten, bei einer auf sie fallenden Doppelwahl das Mandat in ihrem Wahlkreis anzunehmen«, ebd., p. 123. Bei der Kandidatur Kahls hatte der Ausschuß allerdings einer Ausnahme zugestimmt und festgelegt: »Herr Geheimrat Professor Kahl nimmt im Falle einer Doppelwahl das Mandat des Reichswahlvorschlages für den Fall an, daß in Berlin der zweite Kandidat, Dr. Sorge [es

von Frau v. Oheimb vorgelegten Richtlinien zur Gleichstellung von Mann und Frau[41] *werden einer Kommission (v. Oheimb, Dr. Mayer*[42]*, Kempkes, Moldenhauer) überwiesen. Die Beschwerde des Grafen Hoensbroech*[43] *über die Ablehnung seiner Aufnahme in die Ortsgruppe Lichterfelde wird zurückgewiesen. Hinsichtlich des Falles Thaer – Mittelmann soll dem Pommerschen Landesausschuß mitgeteilt werden, daß der Ausschuß noch keine Entscheidung gefällt habe. Es wird beschlossen, eine Kommission (Moldenhauer, v. Richter, Frau Mende) einzusetzen, die eine endgültige Entscheidung herbeiführen soll (Gegen dieses Vorgehen erhob der bei diesem Beschluß nicht mehr anwesende Stresemann Einspruch). Der Antrag auf Schaffung einer Steuerberatungsstelle in Berlin wird dem Wahlkreisverband Berlin überwiesen.*

28.

21. Juli 1920: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion in Berlin

BAK R 45 II/53, p. 299–311. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1.[1] **Überschrift: »Streng vertraulich. Gemeinsame Sitzung der in Berlin anwesenden Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses, der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion am 21. Juli 1920, nachm. 3 Uhr im Reichstag«.**[2]

Reichstagsabg. Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten. Er habe die in Berlin anwesenden Mitglieder der beiden Fraktionen und des Geschäftsführenden Ausschusses zu dieser Besprechung gebeten, weil zur Zeit im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten das Ergebnis der Verhandlungen in Spa[3] verhandelt

kandidierte jedoch v. Raumer], nicht gewählt wird. Wird Dr. Sorge gewählt, dann nimmt auch Herr Geheimrat Kahl das Mandat in Berlin an und verzichtet auf das des Reichswahlvorschlages«, ebd., p. 121.

[41] Siehe Dok. 25, Anm. 18.

[42] Anna Mayer (* 1882), Juristin. Dr. iur. Beamtin im Preußischen Innenministerium, Abteilung Wohlfahrtsarbeit.

[43] Paul Graf v. Hoensbroech (1852–1923), Jurist. 1898 Leiter der »Täglichen Rundschau«, 1903 vergebliche Reichstagskandidatur für die NLP, 1912 für die Freisinnige Volkspartei. 1917 Austritt aus der Fortschrittlichen Volkspartei.

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 2) befindet sich auch im PA NL Stresemann 219.

[2] Laut beigefügter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung von der Reichstagsfraktion teil: Albrecht, Brüninghaus, Cremer, Dauch, Everling, Geisler, Heinze, Hepp, Kahl, Frhr. v. Lersner, Maretzky, Moldenhauer, v. Raumer, Frhr. v. Rheinbaben, Stinnes, Stresemann; von der preußischen Landtagsfraktion: Garnich, Frau Garnich, Held, v. Krause, Leidig, Frau Schönherr; vom Geschäftsführenden Ausschuß: Flathmann, Frau Hoffmann, Rose, Frau Schönherr; von der Reichsgeschäftsstelle: Schütz, Trucksaess; von der Presse: Spieß, Thomas, außerdem Reichswirtschaftsminister Scholz. Tagesordnung: Besprechung über die Verhandlungen in Spa. Die ursprünglich auf den 15.7.1920 anberaumte Sitzung wurde bis zum Vorliegen der endgültigen Ergebnisse der Verhandlungen in Spa verschoben, siehe BAK R 43/II 53, p. 317.

[3] Da der Versailler Vertrag die deutsche Reparationsschuld nur im Grundsatz fixierte, sollten auf der am 5.7.1920 beginnenden Konferenz von Spa Höhe, Art und Zahlungsmodus der Reparationsleistung in direkten Verhandlungen zwischen Deutschen und Alliierten festgelegt werden; zu den bereits vom Kabinett Müller I getroffenen wesentlichen Vorentscheidungen für die Verhandlungsführung siehe Kabinett Müller I, Dok. 19, 50, 66, 70, 77; zum taktischen Vorgehen

würde und die Fraktionsmitglieder, die diesem Ausschuß angehören, über die Stimmung der Partei unterrichtet sein müßten. Der Reichstag werde am Montag, den 26. Juli [1920], zusammentreten. An diesem Tag würden der Reichskanzler Fehrenbach und der Außenminister Simons[4] sprechen, am Tage darauf kämen die Vertreter der Fraktionen zu Wort.[5] Die Fraktion werde infolgedessen am Montag, den 26. Juli abends 6 Uhr, zur Festlegung ihrer Stellungnahme zusammentreten. Was nun die Stimmung in den Parteikreisen über das Ergebnis von Spa anbelangt, so seien sowohl ihm persönlich wie auch der Reichsgeschäftsstelle und der Fraktion zahlreiche Zuschriften und Entschließungen zugegangen. Ihr Inhalt lasse sich dahin charakterisieren, daß über das Ergebnis von Spa allgemein eine große Enttäuschung Platz gegriffen habe, und zwar nicht nur über das Ergebnis selbst, sondern auch über die Haltung der Vertreter unserer Partei in der Regierung. Man habe gehofft, daß unser Einfluß von anderer Wirkung sein würde, als es der Fall gewesen ist. Es werde auch die Frage ventiliert, ob die Deutsche Volkspartei noch länger in der Regierung bleiben könne. Er habe bis jetzt den Standpunkt vertreten, daß wir erst dann entscheidend Stellung nehmen könnten, wenn wir die Berichte von den Herren, die in Spa gewesen sind, erhalten haben. Er beschränke sich auch im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten im wesentlichen darauf, Anfragen zu stellen, die Stellungnahme der Partei selbst werde bis zum Plenum vorbehalten bleiben. Inzwischen aber müßten wir alles tun, um die nötige Klarheit zu gewinnen, und das sei auch der Zweck der heutigen Besprechung. Auch die Presse müßte Richtlinien bekommen. In diesem Sinne wollten wir heute in einen Meinungsaustausch eintreten. Er wolle nun zunächst den Herren, die in Spa gewesen sind, das Wort geben.

Vizekanzler und Reichsjustizminister Dr. Heinze: Er könne nur über das berichten, was er aus eigenem wisse, und das sei nur das, was sein Ressort selbst angehe. Die Verhandlungen seien in Spa derartig vor sich gegangen, daß in den Plenarsitzungen nur Fehrenbach und Simons und die jeweilig beteiligten Ressortminister zugelassen worden seien. Was die allgemeine Atmosphäre anbetreffe, so habe er den Eindruck gehabt, daß wir in Spa auf der Anklagebank saßen. Bezüglich der Annahme des militärischen Abkommens[6] könne er nur soviel sagen, daß die Annahme deswegen

---

und den Grundlinien der Verhandlungsstrategie der Reichsregierung siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 1–5, 20–25, 28; Krüger, S. 104 ff. Zum Verlauf der Verhandlungen in Spa siehe Trachtenberg, S. 144 ff.; Wulf, S. 185 ff.; Gründer, S. 109 ff.

[4] Walter Simons (1861–1937), Jurist. 1911 Justitiar in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts, Dez. 1918 deren Direktor. April 1919 Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation (Juli 1919 Rücktritt), 1919/1920 Geschäftsführendes Präsidialmtgl. des RdI, Juni 1920–Mai 1921 Reichsaußenminister. Okt. 1922–April 1929 Präsident des Reichsgerichts und des Staatsgerichtshofs.

[5] Der Reichstag beriet über die Ergebnisse der Konferenz von Spa vom 26.–28.7.1920, siehe VRT, Bd. 344, S. 251–360; zur Rede Fehrenbachs siehe ebd., S. 253 ff., zur Rede Simons siehe ebd., S. 255 ff.

[6] Das am 9.7.1920 von Fehrenbach und Simons unterzeichnete Entwaffnungsprotokoll (Text: Schultheß 1920 II, S. 372 ff.) verlangte eine sofortige Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei, gesetzgeberische Maßnahmen zur Entwaffnung der Zivilbevölkerung, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, den Aufbau des Heeres auf der Grundlage langfristiger Dienstzeit sowie die Durchführung der noch unerfüllten Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages. Die Alliierten gewährten dafür eine Fristverlängerung für die Verminderung des Heeres auf 100 000 Mann bis zum 1.1.1921, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 16, 19–21.

erfolgt sei, weil man Bedenken getragen habe, die ganzen Verhandlungen an dieser ersten Frage scheitern zu lassen. Es habe sich dann auch herausgestellt, daß die persönlichen Beziehungen mit der Zeit besser geworden seien. Was nun den Gang der Beratungen der Justizangelegenheiten betreffe, so habe Lloyd George ihn aufgefordert, Bericht zu erstatten, was in dieser Frage geschehen sei. Er habe darauf geantwortet, daß im letzten Punkt die Entente selber schuldig sei, weil sie uns ungenügendes Material gegeben habe. Wir hätten im Februar die Liste bekommen[7], wobei weiteres Material angekündigt worden sei. Dieses weitere Material sei aber erst im Mai eingetroffen und sei auch dann noch unvollständig gewesen. Lloyd George habe ihn unterbrochen mit der Bemerkung, darin sollte doch kein Vorwurf gegen die Akkuratesse der Arbeitsmethoden der Alliierten liegen. Die Sache sei im weiteren Lloyd George zu juristisch geworden, und die Beratung sei dann von den sachverständigen Juristen am Nachmittag fortgesetzt worden. In diesem Gremium sei eine Einigung bald zustande gekommen. Die Herren seien absolut vernünftig und traitabel gewesen. Sie hätten gesagt, sie verlangten von uns keine Aburteilung, sondern nur eine Untersuchung und Verurteilung nur dann, wenn die entsprechenden Voraussetzungen gegeben seien. Im ganzen habe er den Eindruck gehabt, daß die Alliierten keinen großen Wert auf diese juristischen Fragen legten.

Reichstagsabg. Dr. Stresemann: Bevor er Herrn Stinnes das Wort gäbe, wolle er ihn informieren, daß gestern im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten sehr scharfe Angriffe gegen ihn gerichtet worden seien, insbesondere sei vom Abg. Ledebour[8] gesagt worden, daß Herr Stinnes gar kein Mandat in Spa gehabt habe, daß er vielmehr sich von selbst eingedrängt habe.

Reichstagsabg. Hugo Stinnes: Er habe mit dem französischen Ministerpräsidenten Millerand am 4. Juli [1920] in Brüssel verhandelt. Er habe darüber ausführlich an Dr. Simons berichtet und dabei diesem auf dessen Anfrage ausdrücklich mitgeteilt, daß er sehr ungern nach Spa mitgehen würde. Er habe darauf von der Regierung mehrere dringende Depeschen erhalten, auf die hin er sich entschlossen habe, nach Spa mitzugehen.[9] Von Spa selbst habe er auch früher wegreisen wollen, er sei aber auf Veranlassung von Herrn Simons noch länger dageblieben. In dem Bericht, den er Herrn Dr. Simons über seine Verhandlungen in Brüssel gegeben habe, habe er keinen Zweifel darüber gelassen, daß die militärische Frage und Kohlenfrage Hauptpunkte der Verhandlungen bilden würden. Als er nach Spa gekommen sei, sei die militärische Frage bereits erledigt gewesen. In dieser habe Simons auf dem Standpunkt gestanden, daß man mit Rücksicht auf die Unabhängigen an dieser Frage die Verhandlungen nicht scheitern lassen dürfe. Er, Stinnes, sei anderer Meinung gewesen. Man habe auch hier unterschrieben, was man nicht halten könne. Die Unterschrift Feh-

[7] Die Auslieferungsliste war Reichskanzler Bauer offiziell am 7.2.1920 vom französischen Geschäftsträger übergeben worden; zur Auslieferungsfrage Anfang 1920 siehe auch Dok. Nr. 16, Anm. 4, 5.

[8] Georg Ledebour (1850–1947), Journalist. 1900–1918, 1920–1924 MdR (SPD/USPD). Mitbegründer der USPD, Mtgl. des Parteivorstandes, Protagonist des linken USPD-Flügels, scharfer Gegner einer politischen Zusammenarbeit von SPD und USPD.

[9] Siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 6; zur umstrittenen Verhandlungsführung von Stinnes in Spa siehe die detaillierte Darstellung bei Wulf, S. 196 ff.

renbachs bedeute mehr als etwa die Erzbergers. Simons sei allerdings in der militärischen Frage von den Sachverständigen stark im Stich gelassen worden.

Am Mittwoch sei dann das Kohlenabkommen[10] verhandelt worden. Die Entente habe ihre »Décisions«[11] mitgeteilt, und Millerand habe hinzugefügt, sie würden aus Courtoisie die deutschen Vorschläge hören, aber diese könnten keinen Einfluß haben. Die Tonart sei derartig gewesen, daß er es für richtig gehalten habe, eine Richtigstellung herbeizuführen. Er habe Simons gebeten, ihm und Hué[12] Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Er habe dann seine Rede aufgeschrieben, habe davon den Herren von Stauß und Wiedfeldt[13] Kenntnis gegeben, nicht aber Simons, letzteres geschah deshalb nicht, um Simons nicht in eine unangenehme Lage zu bringen. Seine Erklärungen seien dann so erfolgt, wie sie durch die Presse bekannt geworden seien. Er sei von Delacroix[14] unterbrochen worden mit der Bemerkung: Wir wären im Frieden, und ich möchte nicht im provokatorischen Tone sprechen. Er habe erwidert, daß er ganz damit einverstanden sei, habe sich aber im übrigen nicht daran gekehrt. Bezüglich der Zerstörung der französischen Gruben habe er Millerand widersprochen und betont, daß eine militärische Notwendigkeit gegeben war. Er habe es für notwendig gehalten, dies ausdrücklich festzustellen. Mit seiner Rede habe er erreicht, daß die Verhandlungen in Fluß kamen. Daß es dabei auf seine Kosten ging, sei ihm gleichgültig gewesen. Die Verhandlungen wären nicht zustande gekommen, wenn er nicht so gesprochen hätte.[15]

Herr Stinnes bespricht darauf das erste deutsche Angebot: 44000 Tonnen Kohlen täglich gleich dem Quantum, das im Mai geliefert worden ist. Die Lieferung sollte

[10] Es handelte sich um die Regelung der Kohlenlieferungen an Frankreich, Belgien und Italien gemäß Art. 236 und Anlage V zu Teil VIII des Friedensvertrages; Verhandlungen über das Kohlenabkommen begannen in Spa am 9.7.1920. Die zwischen den Alliierten und der deutschen Delegation bestehenden Differenzen in der Frage der Kohlenlieferung ließen den Verlauf der Konferenz am 14.7. ins Stocken geraten, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 22–25, 28. Nach langwierigen und zähen Verhandlungen wurde das Kohlenabkommen dann am 16.7.1920 unterzeichnet, siehe RTDrs., Bd. 363, Nr. 187, Anlage 21.

[11] Diese »Décision« (Text: RTDrs., Bd. 363, Nr. 187, Anlage 10) wurde der deutschen Delegation vor Beginn der Kohleverhandlungen am 9.7.1920 überreicht und legte in erster Linie fest, daß die Reichsregierung den Kohlenlieferungen im Rahmen der Reparationen Vorrang vor allen anderen Lieferungen einzuräumen habe.

[12] Otto Hué (1868–1922), Schlosser. 1894 bis zu seinem Tode Redakteur der »Bergarbeiter-Zeitung«, des Organs des Bergarbeiterverbandes. Dez. 1918–Nov. 1919 Beigeordneter im preußischen Handelsministerium, Reichskommissar für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau, Mtgl. des vorl. Reichswirtschaftsrats und des Reichskohlenrats. 1903–1912, 1919–1922 MdR, 1913–1918, 1921/1922 MdL Preußen (SPD). Hué erklärte in Spa, die Leistungsfähigkeit der deutschen Bergleute habe die äußerste Grenze erreicht, eine Steigerung der Förderungsmenge durch Verlängerung der Schichten sei unmöglich, siehe RTDrs., Bd. 363, Nr. 187, Anlage 12.

[13] Otto Wiedfeldt (1871–1926), Jurist und Verwaltungsbeamter. 1908–1910 Vortragender Rat im Reichsamt des Innern, 1910–1913 Ministerialdirektor im japanischen Eisenbahnministerium, 1914–1917 Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung im Reichsamt des Innern. Okt. 1918–März 1922 Mtgl. der Direktion der Friedrich Krupp-AG, Essen; 1919 Sachverständiger bei der deutschen Friedensdelegation in Versailles, März 1922–Dez. 1924 Botschafter in Washington.

[14] Léon Delacroix (1867–1929), Jurist. Nov. 1918–Nov. 1920 belgischer Ministerpräsident (parteilos), ab 1921 Mtgl. der IRKO.

[15] Die provokative Rede von Stinnes vom 10.7.1920 (Text: RTDrs., Bd. 363, Nr. 187, Anlage 11; Auszüge auch in: Schultheß 1920 II, S. 375) verschärfte die ohnehin gespannte Lage in Spa noch erheblich, siehe DBFP, First Series, Vol. VIII, S. 521 f. sowie Wulf, S. 201 ff.

am 1. Oktober [1920] auf 56 000 Tonnen und später auf 68 000 Tonnen gleich monatlich 1,7 Millionen Tonnen steigen. Zu diesen Zahlen seien die deutschen Sachverständigen durch die Erwägung gekommen, daß die Möglichkeit bestehe, für etwa 8 000 Mann noch Wohnungen zu beschaffen, wodurch die Förderung um 100 000 Tonnen pro Monat gehoben werden könne, durch die weitere Erwägung, daß eine Mehrförderung auch durch bessere Ernährung zu erreichen sein würde. Eine weitere Erhöhung dieses Angebots war mit den Interessen unserer Industrie nicht mehr vereinbar. Unsere Industrie werde jetzt nur mit etwa 59 % des Friedensbedarfs befriedigt. Im vergangenen Winter sei eine Verminderung auf etwa 55 % eingetreten, und wir hätten gesehen, zu welchen Zuständen das damals geführt habe. Unser Angebot wurde nicht angenommen. Man entschloß sich, ohne daß die Sachverständigen zugestimmt hätten, ein weiteres Angebot von 2 Millionen Tonnen im Monat zu machen. Soviel er wisse, habe hierbei Herr Dr. Scholz mitgewirkt. Dieses Angebot sei vor allem an die Bedingung der Lieferung oberschlesischer Kohlen gebunden gewesen. Die Delegierten hätten auf das bestimmteste versichert, daß über diese Konzession unter keinen Umständen hinausgegangen werden dürfe. Nichtsdestotrotz rutschte man wieder ab aus Furcht vor der Besetzung des Ruhrgebiets.[16] Er glaube auch, daß die Besetzung erfolgt wäre. Er sei aber der Überzeugung, daß wir das Abkommen nicht halten können und daß deshalb die Besetzung doch kommen werde. Wäre sie jetzt gekommen, dann würde das eine viel günstigere Jahreszeit sein als etwa eine Besetzung im Winter, wo der deutsche Bedarf für Hausbrand, Gasanstalten usw. viel größer sei. Die Möglichkeit der Entziehung des Grubenholzes aus dem Osten hätte übrigens von selbst dahin geführt, daß die Besetzung nicht allzu lange gedauert hätte.

Auf einen Punkt müsse er aber doch noch hinweisen, das sei der Verkehr, der sich zwischen einem Teil der deutschen Sachverständigen und den Sachverständigen der Entente angebahnt habe. Es sei klar, daß dadurch unsere Geschlossenheit und damit unsere Widerstandskraft geschwächt worden sei. Es müsse auch immer wieder unterstrichen werden, daß die Unterschriften, die jetzt gegeben würden, in ganz anderer Weise binden, als dies vorher der Fall war. Herr Dr. Simons gelte mit Recht als ein Ehrenmann, der nichts unterzeichne, was er nicht glaubt, halten zu können. Die Situation sei also schlimmer als vorher. Für die deutsche Industrie ergeben sich die schwerwiegendsten Folgen. Es stünden für sie zur Zeit etwa 4,8 Millionen Tonnen pro Monat zur Verfügung. Die Mehrlieferung an die Entente bedeute einen Abzug von 900 000 Tonnen gleich 20 % für die Industrie. Das sei gleichbedeutend mit 2 Millionen neuen Arbeitslosen. Was die Mitteilungen von einer etwaigen Verschiebung von Kohlen betreffe, so handele es sich hier seines Erachtens um Mißverständnisse. Er würde diese Abkommen nie unterschrieben haben, ganz bestimmt nicht das Kohlenabkommen. Man habe der Schwerindustrie insinuiert, daß sie ganz zufrieden sei, wenn die Franzosen den Niederrhein besetzen würden, weil sie dann vom Bolschewismus verschont bleibe, und was dergleichen Niederträchtigkeiten mehr sind.

[16] Nachdem Außenminister Simons am 12.7. nach Rücksprache mit den Kohlesachverständigen gegenüber dem belgischen Ministerpräsidenten Delacroix eine Lieferung von monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle als unmöglich bezeichnet hatte (siehe RTDrs., Bd. 363, Nr. 187, S. 16), berichtete er am 14.7.1920 über eine Unterredung mit Lloyd George: »Die Alliierten beabsichtigen, uns morgen die Lieferung von 2 Millionen Tonnen zu diktieren und, falls die Annahme nicht vollzogen wird, das Ruhrgebiet zu besetzen«, Kabinett Fehrenbach, Dok. 24, S. 63.

Wenn wir das gewollt hätten, dann brauchten wir uns doch nicht so gegen die Forderungen der Entente zu sträuben. Aber diese Vorwürfe kennzeichnen die ganze erbärmliche Gesinnung dieser Leute. Auch Hué habe gesagt, daß er nicht in Aussicht stellen könne, daß durch Überschichten mehr produziert würde. Hätten die Unternehmer solche Zusagen gemacht, dann hätten sie einen Verrat an der Arbeitsgemeinschaft begangen, man hätte ihnen vorgeworfen, daß sie Schacher mit der Arbeitskraft der Bergarbeiter getrieben hätten, dann hätte die Arbeitsgemeinschaft gar nicht mehr existieren können.

Auf die Dauer werde die Richtigkeit unseres Standpunktes auch zum Durchbruch kommen. Er könne es verstehen, daß die Herren Simons und Scholz, die ganz verlassen dagestanden haben, schließlich dazu gekommen sind, die Sache mitzumachen. Herr Dr. Simons habe in Verhandlungen vollkommen allein gestanden, habe keine Unterstützung durch den Reichskanzler gehabt, der den Vertretern der anderen Seite nicht im geringsten gewachsen war. Der führende Außenminister war umgeben von einer Corona von Sachverständigen, in der die einen einen festen Standpunkt hatten, die anderen dagegen durch ihre Verbindung nach der Gegenseite dafür sorgten, daß von einer Einigkeit nicht mehr die Rede war. Das muß bei den nächsten Verhandlungen anders sein. Wenn unser Außenminister den Gegnern nicht, gestützt auf Männer, auf die er sich verlassen kann, gegenübertritt, dann sind wir jedesmal verraten. Er gebe der Partei den Rat, die Verantwortung für Spa nicht mitzuübernehmen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Er sei dankbar dafür, daß ihm hier Gelegenheit gegeben sei zu sprechen. Es sei eine überaus schwierige Situation gewesen, in der er in Spa als einziges Mitglied der Deutschen Volkspartei gestanden habe. Er habe in den beiden wichtigsten Fragen als einziger im Kabinett dissentiert. Die allgemeine Situation in Spa sei die gewesen, daß wir zunächst als Angeklagte verhört und dabei mit einem kategorischen Diktat überrascht wurden. Erst im Laufe der Verhandlungen habe sich allmählich ein erträglicheres Verhältnis herausgebildet. Bezüglich des Militärabkommens waren wir uns im Kabinett zunächst völlig einig darüber, daß eine Verminderung unserer augenblicklichen Streitmacht ohne erheblichen Schaden nicht getragen werden könne. Dieser Standpunkt wurde von der Entente aufs heftigste bekämpft. Darauf machten wir unseren Vorschlag über allmählichen Abbau. Auch dieser Vorschlag fand keine Billigung. Er habe schon gegen den Abbau-Vorschlag große Bedenken gehabt, habe ihm aber zugestimmt. Nachdem auch dieser Vorschlag abgelehnt war, habe es sich um die Annahme des Diktats der Entente gehandelt. Er habe seine Zustimmung dazu nicht geben können. Man habe auf ihn eingeredet und auf die Notwendigkeit der Einheitlichkeit des Kabinetts hingewiesen. Er sei dabei geblieben, daß er die Verantwortung für die Haltung des Kabinetts in der Entwaffnungsfrage nicht teilen könne. Man habe ihn gebeten, die Front des Kabinetts nicht etwa durch Abreise oder Urlaub oder dergleichen zu stören. Er habe dem Rechnung getragen und habe an den weiteren Verhandlungen teilgenommen.

In der Kohlenfrage stehe er im allgemeinen auf demselben Standpunkt wie Herr Stinnes. Nur in einem Punkt habe er sich von ihm unterschieden. Als Dr. Simons mitgeteilt habe, daß nach seinen Erkundigungen die Besetzung des Ruhrgebiets kein Bluff, sondern eine Maßnahme sei, zu der die Vorbereitungen bereits getroffen seien, da habe er aus politischen Gründen zugestimmt, daß nichts unversucht gelassen werde, um die Besetzung zu vermeiden. Er habe sich gesagt, daß, wenn Herr Stinnes

schon 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen pro Monat zugestehe, man wegen der noch fehlenden 200 000 Tonnen die Verantwortung für den Einmarsch ins Ruhrgebiet nicht übernehmen könnte. Von diesem Standpunkt aus habe er an dem neuen Vorschlag mitgearbeitet. Er habe auch die Folgen des Einmarsches pessimistischer beurteilt als Herr Stinnes. Mit Lieferung von Lebensmitteln wäre es den Franzosen doch vielleicht gelungen, die Bergarbeiter auf ihre Seite zu bringen. Dazu komme weiter, daß bei einem Einmarsch die im Friedensvertrag vorgesehene volle Rate von 3,3 Millionen [Tonnen] herausgeholt worden wäre. Dazu kämen die politischen Folgen für Süddeutschland. Deshalb habe er dem Vorschlag auf Gewährung von 2 Millionen Tonnen zugestimmt, allerdings unter zwei Bedingungen, einmal unter der Garantie für die Besserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter, sodann der Garantie für Ersatz aus Oberschlesien. Als diese Bedingungen abgelehnt waren, habe er seine Zustimmung abgelehnt.[17] Die ganzen Verhandlungen seien für ihn eine ungeheure, schwere Belastungsprobe gewesen. Er glaube aber, daß er seine Haltung verteidigen könne, nicht bloß im Hinblick auf die Forderungen des Vaterlandes, sondern auch der Partei. Er klebe keineswegs an seinem Amte. Er würde nicht einen Augenblick Schwierigkeiten machen, wenn die Partei einen Austritt aus der Regierung für notwendig halte.

Reichstagsabg. Geheimrat Kahl macht darauf aufmerksam, daß Herr Dr. Simons nach den Berichten erklärte habe, die entscheidenden Entschließungen seien in voller Einmütigkeit gefaßt worden.

Reichstagsabg. Dr. Stresemann: Die Pressemitteilungen sind in mancher Hinsicht nicht richtig. Dr. Simons habe ihm ausdrücklich erklärt, daß die Entschließungen der Delegation der Entente gegenüber absichtlich als einmütig gefaßt bezeichnet worden seien. Auch Dr. Simons selbst sei bei der entscheidenden Abstimmung bei der Minderheit gewesen. Dr. Simons habe ihm auch erklärt, daß er entgegen den Pressemitteilungen sich bis zum Schluß mit Herrn Stinnes in Übereinstimmung befunden habe. Dr. Simons habe sich dann nach schweren inneren Kämpfen dafür entschieden, sich dem zu fügen, was die Mehrheit beschlossen habe. Er habe weiter erfahren, daß der Finanzminister Dr. Wirth[18] eine ganz unglückliche Rolle gespielt habe.

Was nun die Stellungnahme der Partei betreffe, so kann diese erst in einer Sitzung der gesamten Fraktion, zu der zweckmäßigerweise wiederum der Geschäftsführende Ausschuß und Vertreter der Preußenfraktion zugezogen würden, festgelegt wer-

[17] Scholz hatte bereits bei den Verhandlungen über das Entwaffnungsprotokoll erklärt, »daß er persönlich unter keinen Umständen zustimmen könne«, und darum gebeten, »ihm das unauffällige Ausscheiden aus dem Kabinett« zu ermöglichen. Nach Bedenken Fehrenbachs, daß sein Rücktritt zu diesem Zeitpunkt »den Weg für Verhandlungen über die wirtschaftlichen Angelegenheiten verschließe«, behielt Scholz sich seine Entscheidung bis zur Beratung des Entwaffnungsprotokolls im Reichstag vor, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 20.

[18] Joseph Wirth (1879–1956), Gymnasiallehrer. 1914–1933 MdR (Zentrum). Führer des linken Flügels der Zentrumspartei. März 1920–Mai 1921 Reichsfinanzminister, Mai 1921–Nov. 1922 Reichskanzler, April 1929–März 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, dann bis Okt. 1931 Reichsinnenminister. 1933 Emigration. Bereits bei der Bildung des Kabinetts Fehrenbach hatten die volksparteilichen Unterhändler gegen die Ernennung Wirths erheblichen Widerstand geleistet, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 2; Albertin, S. 397 f.; zu den massiven Angriffen des industriellen Flügels der DVP um Stinnes auf Wirth siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 141.

den.[19] Er möchte aber doch heute schon zum Ausdruck bringen, daß er es nicht für richtig halten würde, auf Grund des Ergebnisses von Spa aus der Regierung auszuscheiden. Die gegenwärtige Lage, da die russischen Truppen nur noch wenige Tagesmärsche von der ostpreußischen Grenze entfernt seien, erlaube es seiner Ansicht nach nicht, daß jetzt 14 Tage lang um eine neue Regierung geschachert werde.[20] Er sei einem Kampf an sich nicht abgeneigt, wenn Aussicht vorhanden sei, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, in diesem Falle das Ziel, eine Rechtsmehrheit zu erhalten. Er glaube aber an diese Möglichkeit nicht. Der linke Flügel des Zentrums sei stärker als wie man dachte. Die Folge eines Austritts unserer Partei aus der Regierung wäre wahrscheinlich die Wiederkehr einer Regierung Scheidemann-Erzberger.

Dazu käme, daß auch die Änderung in Preußen vertagt werde. Wir würden noch mehr unabhängige[21] Landräte erhalten, und dann riskieren wir auch, daß die vielen noch schwankenden Gestalten in der Beamtenschaft zu denen gehen, die dauernd die Macht haben. Wenn wir aber in der Regierung bleiben, dann müssen wir eines zu erreichen suchen: Wir müssen einen stärkeren Einfluß im Kabinett erhalten[22], damit wir die Sicherheit haben, daß kein zweites Spa komme. Wir müssen das Wiederaufbauministerium[23] für uns fordern, um vor allem unseren politischen Einfluß im Kabinett zu stärken. Wir müssen verlangen, daß die gegenwärtige Herrschaft in Preußen[24] ein Ende hat.

Wir müssen weiter fordern, daß gegen die Gefahr, die uns vom Osten droht, unsere Machtmittel restlos eingesetzt werden. Auch der Finanzminister Wirth wäre zu beseitigen, der in Spa eine ganz unglückliche Rolle gespielt habe. Aber er gehe an diese Frage nicht heran, ohne daß die Frage des Nachfolgers gelöst ist. In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten würde er sich auf eine Kritik des Kohlenabkommens beschränken, ferner auf die Frage, was wir an der Ostgrenze zu tun gedenken und endlich auf eine Zurückweisung der Angriffe auf Herrn Stinnes.

---

[19] Siehe Dok. Nr. 29.

[20] Im russisch-polnischen Krieg war die Rote Armee nach einer Reihe von Niederlagen Mitte Mai 1920 zum Gegenangriff übergegangen. Anfang Juli hatte eine neue russische Offensive eingesetzt; die russischen Truppen waren überall in schnellem Vormarsch begriffen, siehe Schultheß 1920 II, S. 201. Das Deutsche Reich verkündete am 20.7.1920 offiziell seine Neutralität (ebd., Teil I, S. 201), siehe auch Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 29; Krüger, S. 112ff.; Gerhard Wagner, Deutschland und der polnisch-sowjetische Krieg 1920, Wiesbaden 1979, S. 5ff.

[21] So in der Vorlage; wohl gemeint: »der USPD angehörende Landräte« (die es jedoch nicht gab).

[22] Siehe dazu auch die Aufzeichnungen des Legationsrats in der Reichskanzlei, Heilbron, über eine Unterredung mit Reichsjustizminister Heinze zur Umbildung der Reichsregierung und Stärkung des Einflusses der DVP, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 47 sowie das zahlreiche Material im PA NL Stresemann 215.

[23] Das Wiederaufbauministerium war weder im Kabinett Müller I noch im Kabinett Fehrenbach besetzt; im Kabinett Wirth I wurde Walter Rathenau zum Minister für Wiederaufbau ernannt.

[24] Seit dem 29.3.1920 regierte in Preußen ein Kabinett aus SPD, DDP und Zentrum unter dem Sozialdemokraten Otto Braun, siehe dazu Schulze, S. 299f., wobei das Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen aufgrund von Auseinandersetzungen in finanziellen Fragen sehr gespannt war, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 26, 40; Eimers, S. 196ff., 395f.

Reichsschatzminister von Raumer: Es sei nicht zweckmäßig, die Zusage Lloyd Georges bezüglich Oberschlesiens[25] als etwas hinzustellen, was keinen Wert habe. Bezüglich der politischen Ausführungen des Herrn Dr. Stresemann sei er mit diesem einverstanden. Als Kabinett konnten wir noch gar nicht arbeiten. Wir müssen erst einmal ein Programm festlegen. Was Ostpreußen betreffe, so seien alle Maßnahmen, die wir verlangen müßten, getroffen. Das Verhältnis zu Preußen sei in der gegenwärtigen Form unerträglich. In dieser Hinsicht stünden auch die Demokraten[26] auf unserer Seite.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Die Rede des Herrn Stinnes in Spa sei nicht nur das erfreulichste Moment der Verhandlungen gewesen, sondern ihre Bedeutung liege vor allem in der Wirkung, die sie ausgelöst habe. Sie habe tatsächlich die Verhandlungen eingeleitet.

Reichstagsabg. Dauch: Er stimme zu, daß wir in der Koalition bleiben. Was das Abkommen anlange, so glaube er, daß die Zeit für uns arbeite. Unseren Freunden im Lande müßten wir sagen, daß wir uns noch gar nicht zur Geltung bringen konnten.

Reichstagsabg. Geheimrat Kahl: Er stimme gleichfalls vollkommen dem zu, was der Herr Vorsitzende ausgeführt habe. Herrn Stinnes sollten wir nicht nur decken, sondern ihm auch danken. Seine Rede hat geradezu erlösend gewirkt. Das Wohl des Ganzen muß uns jetzt höher stehen als das der Partei, und da müssen wir für die nötige Aufklärung sorgen.

Staatssekretär a. D. von Krause: Es würde leicht sein, das Abkommen jetzt in Grund und Boden zu verurteilen, aber maßgebend müßte der vaterländische Gesichtspunkt sein. Er stimme daher Stresemann zu, wolle aber unterstreichen, daß wir unseren Einfluß mit allen Mitteln zu stärken suchen müssen.

Den Vorsitz übernimmt Geheimrat Kahl, da Dr. Stresemann die Sitzung verläßt.

Reichstagsabg. Dr. Cremer: Den Ausführungen von Herrn Stinnes und Dr. Scholz stimmten wohl alle zu. Er könne daraus aber ebensowenig wie Dr. Stresemann die Konsequenz ziehen, daß wir aus der Regierung ausscheiden müßten. Die Forderung sei vielmehr, daß wir unsere Position verstärken. Wir hätten aber zweifellos auch jetzt schon mehr erreichen können. Der Fehler liege darin, daß der Vizekanzler, Herr Heinze, sich bis jetzt nur als Fachminister gefühlt habe.[27] Er bedaure, daß Herr Heinze nicht mehr anwesend sei, er würde diese Ausführungen aber auch bei dessen Anwesenheit machen. Herr Heinze hätte nicht aus Spa abreisen dürfen, als sein Ressort erledigt war, er hätte dortbleiben und Herrn Scholz unterstützen müssen. Wir müssen daher dafür sorgen, daß eine weitere politische Persönlichkeit in die Regierung kommt. Das Finanzministerium sollten wir für uns fordern, und zwar für Herrn Dr. Becker. Sein Eintritt müsse möglich gemacht werden. Wirth müsse unter

[25] Lloyd George hatte in einer Besprechung mit Simons am 14.7.1920 eine Reihe von Möglichkeiten aufgezeigt, die festgefahrenen Verhandlungen um die Frage der Menge und die Verteilung der oberschlesischen Kohle wieder in Gang zu bringen, siehe DBFP, First Series, Vol. VIII, S. 617f.; Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 25 (Anlage).

[26] Gemeint: die DDP.

[27] Zur Rolle Heinzes, dem mangelnde Berücksichtigung der Parteiinteressen und fehlendes taktisches Geschick vorgeworfen wurde und der sich innerhalb der DVP zunehmend isoliert sah, siehe Dok. Nr. 30; Hartenstein, S. 89f., 269f.; Albertin, S. 396f.

allen Umständen beseitigt werden. Herrn Fehrenbach werde das Zentrum wohl nicht gern fallen lassen, aber es würde wohl bereit sein, auf Herrn Wirth nach seiner Probe in Spa zu verzichten. Wir könnten also sagen: Was geschehen ist, ist nicht nach unserem Sinne, aber wir bleiben in der Regierung, um Schwereres zu verhüten.

Wenn wir nun die Forderungen im Kabinett stellen, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß wir sie durchsetzen. Die Verhandlungen hierüber dürfen nicht vom Vizekanzler, sondern müssen vom Fraktionsvorstand geführt werden. Er glaube, daß wir auch durchaus in der Lage sind, unsere Forderungen mit Nachdruck geltend zu machen. Vielleicht gelänge es uns, Herrn Dr. Simons auf unsere Seite zu bringen, dann hat er das allergrößte Interesse, daß er von anderen Leuten umgeben ist als in Spa. Herrn Dr. Simons wird aber auch Herr Fehrenbach nicht entbehren wollen. Diese Sachlage müßten wir uns zunütze machen. Dr. Cremer gibt weiter zur Erwägung, ob wir nicht eine größere Geschlossenheit des Kabinetts durch die Bildung eines engeren Ministeriums erreichen, bestehend etwa aus Reichskanzler, Reichswirtschaftsminister und Innenminister, denen dann die übrigen Minister als Staatssekretariate angegliedert würden.

Reichstagsabg. Frhr. v. Rheinbaben: Er stimme Dr. Stresemann zu. Bezüglich Spa sei er der Meinung, daß wir dem Abkommen zustimmen müßten, und zwar aus politischen Gründen. Er würde diese seine Meinung in der Sitzung am Montag des näheren darlegen.[28]

Reichstagsabg. Dr. Moldenhauer: Auf einer Wahlkreistagung von Köln-Aachen am gestrigen Tage sei die gleiche Meinung zum Ausdruck gekommen wie heute hier. Er schlage vor, daß die Rede von Stinnes als Flugblatt verbreitet werde.

Fräulein Hoffmann gibt von einer Entschließung des Ortsvereins Steglitz gegen das Spaabkommen Kenntnis.

Reichstagsabg. Kahl schließt darauf die Sitzung um 5 Uhr 10 Minuten.

29.

26. Juli 1920: Sitzung der Reichstagsfraktion, des Geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstandes der preußischen Landtagsfraktion in Berlin

BAK R 45 II/53, p. 367–382. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1.[1] Überschrift: »Streng vertraulich. Gemeinsame Sitzung der Reichstagsfraktion, des Geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstandes der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei 26. und 27. Juli 1920 im Reichstag«.[2]

Abg. Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 15 abends. Er weist einleitend darauf hin, daß es die erste offizielle Sitzung ist, in der die Partei zu den Verhandlungen in Spa Stellung nimmt. Vorige Woche habe zwar bereits eine Besprechung der in

[28] Siehe Dok. Nr. 29.

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 2) befindet sich auch im PA NL Stresemann 214.

[2] Tagesordnung: Die Stellung der Deutschen Volkspartei zu dem Ergebnis von Spa.

Berlin anwesenden Mitglieder der drei Körperschaften stattgefunden, die er einberufen habe, weil Herr Stinnes einen Bericht über Spa geben wollte. Es seien aber in dieser Sitzung keine Beschlüsse gefaßt worden.[3] Von der Haltung unserer Fraktion und unserer Partei hänge jetzt unendlich viel ab. Es seien zahlreiche Zuschriften an die Parteileitung gelangt, in denen mehr oder weniger stark eine Enttäuschung über das Ergebnis von Spa zum Ausdruck kommt. Teilweise habe man auch unseren eigenen Vertretern die Schuld beigemessen und bedauert, daß es dem Einfluß der Deutschen Volkspartei nicht gelungen sei, ein besseres Ergebnis zu erzielen. In einem Falle hätte eine Organisation auch eine Entschließung veröffentlicht, in der der Austritt der Fraktion aus der Regierung gefordert wird. Wir müssen unseren Einfluß dahin geltend machen, daß solche Veröffentlichungen unterbleiben. Ein Ortsverein kann über eine solche wichtige Frage nicht entscheiden. Etwas anderes ist Berichterstattung an die Reichsgeschäftsstelle oder an die Fraktion.

Was nun die sachliche Würdigung von Spa betrifft, so ist es wohl richtig, daß wir in der Entwaffnungsfrage einen Rechtsboden nicht für uns hatten, wenn wir einmal den Versailler Vertrag als Rechtsboden für uns annehmen. Aber ich bedaure, daß ein solches Wort heute gefallen ist. Der Versailler Vertrag beruhte durchaus nicht auf rechtlicher Grundlage. Auch bedaure ich, daß der Außenminister heute in Verteidigung seiner Haltung erklärt hat, er habe mit Vorbedacht das Wort Bolschewismus nicht ausgesprochen.[4] Die Möglichkeit, in der Entwaffnungsfrage[5] für Deutschland etwas zu erreichen, war nur dann gegeben, wenn von uns die Ostfrage in den Mittelpunkt der Verhandlungen gestellt wurde. Wir hätten die Entente unzweideutig vor die Frage stellen müssen, wie sie sich die Sachlage bei einem Vordringen des Bolschewismus nach Deutschland denkt. Ich habe das deshalb für möglich gehalten, weil auch in den Ententeländern, in England vielleicht mehr wie in Frankreich, eine Richtung vorhanden ist, die auf dem Boden steht, daß es so etwas gibt wie ein gemeinsames bürgerlich-kulturelles Interesse gegen den asiatischen Bolschewismus, und weil Lloyd George sehr gegen diese Richtung zu kämpfen hat. Ein Engländer habe nach Berlin telegrafiert: Warum bringen die Deutschen nicht die Ostfragen zur Debatte, damit ich sekundieren kann? Wieweit damit etwas zu ändern war, vermag ich nicht zu sagen, aber ich bedaure, daß man den Versuch nicht gemacht hat. Hätte man nichts erreicht, dann hätte man wenigstens die Entente vor der Welt in das größte moralische Unrecht gesetzt.

In der Frage des Kohlenabkommens[6] ist es merkwürdig, daß auf der einen Seite die Sachverständigen des Fachs ablehnten, auf der andern Seite die Finanzsachverständigen für Annahme eintraten. Letztere haben ihren Standpunkt damit begründet, daß sie als Politiker entschieden hätten. Die politische Seite geht den Sachverständigen

[3] Siehe Dok. Nr. 28.

[4] Reichsaußenminister Simons hatte in der Reichstagssitzung vom 26.7.1920 ausgeführt, der Versailler Vertrag enthalte »Ziele und Wege, die zwar jetzt sich einseitig gegen Deutschland richten, die aber, allgemein angenommen und ausgebaut, ein neues solidarisches Europa schaffen können«, VRT, Bd. 344, S. 257. Im Zusammenhang mit der Entwaffnungsfrage hatte er dargelegt, er habe »mit voller Absicht« das Wort »Bolschewismus« vermieden: »Nur tiefstes Mißtrauen würde uns darauf geantwortet haben«, ebd., S. 262.

[5] Siehe Dok. Nr. 28, Anm. 6, 17.

[6] Siehe Dok. Nr. 28, Anm. 10, 11, 16.

gar nichts an, die Entscheidung nach dieser Richtung war Sache des Kabinetts. Bei manchen Sachverständigen habe ich mich überhaupt gefragt, was sie dazu befähigte, in dieser Frage sachverständig zu sein. In der letzten Besprechung hier wurde schon auf die schwere Schädigung der Industrie durch die Unterzeichnung des Abkommens hingewiesen.[7] Es handelt sich um eine weitere Entziehung von Kohlen in Höhe von 20%. Zuerst sagte man uns, daß mehr als eine Million nicht geleistet werden könnte, hernach aber hat man das Doppelte angeboten. Das versteht man nicht. Ja, wenn noch die Bedingung hinsichtlich Oberschlesiens erfüllt worden wäre. Aber eine Garantie hierfür ist nicht erreicht worden. Auch Herr Dr. Scholz ist der Auffassung, daß bei Festigkeit noch Konzessionen zu erzielen waren. Ich kritisiere auch viel weniger die schließliche Annahme als die Tatsache, daß zu früh angenommen worden ist. Kennzeichnend ist, daß, als Herr Simons gegenüber der Einmarschdrohung erklärte: Bis hierher und nicht weiter, das Ultimatum plötzlich fiel.

Jetzt haben wir uns meiner Ansicht nach auf den Standpunkt zu stellen, den auch der Reichswirtschaftsrat eingenommen hat.[8] Nachdem einmal die Verpflichtung zur Leistung von uns übernommen worden ist, ist alles daran zu setzen, der Leistung nachzukommen und nicht gegen diejenigen Sturm zu laufen, die das Abkommen unterschrieben haben. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt, daß wir in der Koalition verbleiben müssen. Ein Ausscheiden würde angesichts der gesamtpolitischen Situation verhängnisvoll sein. Herr Erzberger wartet wohl schon auf diesen Zeitpunkt. Wir können Spa wohl auch aus dem Grunde tragen, weil die Weltgeschichte vielleicht dahin führt, daß Spa eine Episode bleibt.

Nun ist unsere Haltung durch die heutige Rede des Außenministers Simons unsagbar erschwert worden.[9] Wir können diese Rede nicht tragen, wenn sie morgen nicht

[7] Siehe Dok. Nr. 28, S. 316f.

[8] Der Reichswirtschaftsrat hatte am 24.7.1920 die Sozialisierungsfrage mit einer Entschließung zum Kohlenabkommen in Spa verbunden und gefordert: »Wenn die durch das Abkommen bedingte verschärfte Kohlenknappheit nicht zu einer Katastrophe für Land und Volk führen soll, so muß sofort eine ungewöhnlich starke Steigerung der Kohlenproduktion eintreten. Sie hat eine Kraftanstrengung der Bergarbeiter zur Voraussetzung, die bei den derzeitigen Ernährungsverhältnissen nicht gewährleistet werden kann. Das erforderliche hohe Maß an Arbeitskraft, Arbeitsfreude und Arbeitsintensität macht die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse zur dringenden Notwendigkeit, damit die Bergarbeiter und Angestellten mehr als bisher zur klaren Einsicht der Verhältnisse im Bergbau gelangen und zu mitverantwortlichen Trägern der nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnenden Kohlewirtschaft werden«, Franz Hauschild, Der vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920–1926, Berlin 1926, S. 12. Auch der Verband der Bergarbeiter Deutschlands betonte, die Verhandlungen in Spa hätten gezeigt, daß es ein »unerträglicher Zustand« sei, »den Kohlenbergbau weiter in privatkapitalistischer Bewirtschaftung zu lassen«, Kabinett Fehrenbach, Dok. 32. Siehe auch Peter Wulf, Die Auseinandersetzungen um die Sozialisierung der Kohle in Deutschland 1920/21, in: VfZ 25 (1977), S. 46–98; Potthoff, S. 295f.; Schneider, Gewerkschaften, S. 515f.

[9] Am 24.7.1920 war der Führer der »Rheinischen Volksvereinigung«, Dorten, aufgrund eines Haftbefehls des Reichsgerichts in Wiesbaden verhaftet, auf Anweisung des Auswärtigen Amts jedoch wieder freigelassen worden; hierbei handelte es sich um eine Polizeiaktion vom unbesetzten in das besetzte Gebiet. Außenminister Simons billigte den Alliierten daraufhin am 26.7.1920 im Reichstag das Recht der »Okkupationsmacht« zu und erklärte, es sei mit diesem Recht unvereinbar, von einem außenstehenden Hoheitsgebiet in das besetzte Gebiet hinein ohne Wissen der Behörden, die dort zeitweilig Träger der Souveränität seien, »Gewalthandlungen« vorzunehmen. In diesem Sinne sei die Verhaftung Dortens völkerrechtswidrig gewesen, VRT, Bd. 344, S. 260.

durch den Reichskanzler oder den Vizekanzler rektifiziert wird.[10] Ich unterscheide dabei scharf zwischen der Arbeit des Außenministers in Spa und seiner heutigen Rede. Ich würde auch keine Folgerungen daraus für seine Stellung im Kabinett ziehen. Aber die Rede war eine schlimme Entgleisung. Er hoffte vielleicht mit seiner Darlegung einen guten Eindruck auf das Ausland zu machen. Ich zweifle, ob dieser Eindruck erreicht wird. Auf das deutsche Volk jedenfalls wirkt diese Rede niederdrückend. Sie nimmt denen, die gehofft hatten, daß jetzt die nationalen Notwendigkeiten stärker betont würden, die letzte Hoffnung. Wir verstehen nicht die Äußerungen gegenüber Polen. Man braucht nicht der Meinung sein, daß die Ersetzung Lloyd Georges durch einen Konservativen eine Erleichterung bedeuten würde, und doch muß man sagen, daß man unserem Volk, das fünf Jahre lang die übermütigen Reden Lloyd Georges angehört hat, nicht zumuten darf, Glückwünsche für diesen entgegenzunehmen. Wir verstehen auch nicht, warum der Außenminister es für richtig gehalten hat, die verschiedenen Zwischenfälle vor dem Hause zu erörtern. Er brauchte den Reichswehrminister in der französischen Flaggenfrage nicht bloßzustellen.[11] Es ist auch bedauerlich, daß der Außenminister in der Frage der französischen Gesandtschaft in München nicht den Ton nationaler Würde gefunden hat. Es erscheint uns auch unmöglich, den Fall Dorten und den Fall Holtum gleichzustellen. Seltsam berührt auch der Dank an Belgien. Seine Ausführungen zum Schluß über Polen und die Ostfragen ließen vor allem den Hinweis auf die unendliche Gefahr für Europa und die Verantwortung der Entente dafür vermissen. Bis in die Kreise der Demokraten hinein hat die Rede Kopfschütteln erregt. Die Deutschnationalen werden selbstverständlich diese Gelegenheit für ihre Partei restlos ausnützen. Spa müssen wir vor dem Lande tragen. Aber das darf uns auch nicht bis zur Unendlichkeit schwergemacht werden. Deshalb bin ich der Meinung, daß zusammen mit dem Kabinett ein Weg gesucht werden muß, um den ungünstigen Eindruck der Rede des Außenministers zu verwischen. Für den Redner unserer Fraktion ist es gewiß nicht angenehm, gegen Simons polemisieren zu müssen, andererseits ist es unmöglich, gegen ihn nicht zu polemisieren. Wir werden Simons unseren Dank für seine Arbeit in Spa nicht vorenthalten, werden aber andererseits unseren Widerspruch gegen seine Rede zum Ausdruck bringen.[12] Dann werden wir auch eine vorsichtige Formulierung für den Vertrauensantrag[13] suchen müssen. Ich lasse mich trotz der Erregung

[10] Das Reichskabinett einigte sich in seiner Sitzung vom 26.7.1920 darauf, Simons solle »die Angelegenheit durch eine gemeinsam mit dem Reichswehrminister zu vereinbarende Erklärung« richtigstellen, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 33; diese Erklärung erfolgte am 27.7.1920, siehe VRT, Bd. 344, S. 269f., 284.

[11] Am 14.7.1920, dem französischen Nationalfeiertag, war im Verlauf einer Demonstration vor der französischen Botschaft die Trikolore von einem Mann vom Dach des Botschaftsgebäudes heruntergeholt worden. Die Franzosen verlangten daraufhin, daß bei der erneuten Hissung der Flagge eine Kompanie der Reichswehr die Ehrenbezeugung leisten sollte, was am 16.7.1920 geschah; zu Einzelheiten des Vorfalls siehe Schultheß 1920 I, S. 194, 210. Simons hatte in seiner Rede vor dem Reichstag am 26.7.1920 das Verhalten der Soldaten kritisiert und erklärt: »Ich bin der Auffassung, daß das Reglement versagt hat«, VRT, Bd. 344, S. 259; siehe auch Kabinett Fehrenbach, Dok. 27.

[12] Siehe dazu die vorsichtige Stellungnahme Stresemanns in der Reichstagssitzung vom 28.7.1920, VRT, Bd. 344, S. 310ff.; demgegenüber übte das DVP-Nachrichtenblatt 29.7.1920, Nr. 30, scharfe Kritik an der Rede von Simons.

[13] In der Schlußabstimmung des Reichstags am 28.7.1920 stellte die DNVP den Antrag, der Reichstag solle den Vertretern der Reichsregierung das Bedauern des Parlaments aussprechen,

dieser Stunde nicht von dem Gedanken abbringen, daß es jetzt ein Fehler wäre, die Regierung zu sprengen (Lebhafter Beifall).

Auf Anfrage des Abg. Dr. Becker stellt Herr Dr. Heinze fest, daß die Rede Simons' keine Rede des Kabinetts, sondern [eine] persönliche Sache war. Von mehreren Seiten wird bedauert, daß die Rede nicht im Kabinett festgelegt war.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Über seine persönliche Haltung in Spa wolle er folgendes sagen: In der Frage des Militärabkommens habe er von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß diese Frage mit den anderen im engsten Zusammenhang steht. Im Kabinett war man zuerst einig darüber, daß die Erhaltung des Heeres auf 200 000 Mann eine unbedingte Notwendigkeit war. Durch den fortgesetzten Druck der Entente gingen die Militärsachverständigen von diesem Standpunkt ab. Es ist natürlich für den Laien außerordentlich schwer, einen abweichenden Standpunkt einzunehmen und durchzuhalten, wenn die Sachverständigen selbst nachgeben. Wir haben dann den Vorschlag auf einen langsamen Abbau gemacht, so daß wir nach 1 1/4 Jahren auf 100 000 Mann angelangt wären. Aber über diesen unseren Vorschlag wurde mit Achselzucken weggegangen. Es erfolgte das Diktat mit der Drohung des Einmarschs. Unter diesem Druck hat sich das Kabinett gegen meine Stimme damit einverstanden erklärt. Beim Kohlenabkommen ist die Sache ähnlich gelaufen. Ich habe meine Stellung schließlich abhängig gemacht von der Annahme der zwei Bedingungen, einmal einer Garantie für den Ersatz aus Oberschlesien, dann der Gewährung einer hinreichenden Möglichkeit, sofort die Lebenshaltung der Bergarbeiter zu verbessern. Beide Bedingungen wurden nicht erfüllt, vielmehr nur unbestimmte Zusagen gegeben. Ich habe daraufhin auch gegen die Annahme des Kohlenabkommens gestimmt (Dr. Stresemann: Hat nicht auch Simons mit Nein gestimmt?). Dr. Scholz: Nein, ich war allerdings mit Simons bis zuletzt im Einvernehmen, schließlich hat aber Simons für die Annahme gestimmt.[14]

Soviel über meinen Standpunkt. Nun bitte ich aber zu erwägen, daß die Drohung mit der Besetzung kein bloßer Kinderschreck war, sondern bestimmte Tatsache, und das erschwerte die Verantwortung außerordentlich. Ich möchte feststellen, daß meine Haltung nicht etwa davon diktiert war, daß ich den Einmarsch ins Ruhrgebiet leichtgenommen hätte. Ich war vielmehr der Auffassung, daß eine festere Haltung der Delegation bessere Bedingungen herbeigeführt hätte. Einen Einmarsch ins Ruhrgebiet wollte auch ich vermeiden. Ich glaube, daß uns eine festere Haltung vor allem bezüglich Oberschlesiens mehr Erfolg gebracht hätte. Es war doch auffällig, wie schnell unser Erfolg beim Artikel 7 (Frage des Einmarsches) erzielt worden ist. Es

daß sie, entgegen vorher gegebenen Zusicherungen, in Spa undurchführbare und die deutsche Selbstbestimmung beschränkende Abkommen unterzeichnet hätten (Antrag Hergt, VRT, Bd. 344, S. 353). Dieser Antrag wurde jedoch mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD abgelehnt. Der Reichstag beschloß statt dessen ein Billigungsvotum (Antrag Müller (SPD), Becker (Zentrum), Stresemann (DVP), Schiffer (DDP); Text: ebd.), das die Gründe anerkannte, aufgrund derer die Reichsregierung die Abkommen unterzeichnet habe und die Erwartung aussprach, daß alle Beteiligten die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen unterstützen würden.

[14] Bei der Kabinettsberatung über das Kohlenabkommen unterstützte Scholz die Position von Simons, der vorgeschlagen hatte, »die Verpflichtung zur Lieferung von 2 Millionen Tonnen zu unterschreiben, wenn die Entente uns die Kohleverteilung Oberschlesiens wieder überließe«, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 25, S. 66 f.; siehe auch Dok. Nr. 28.

war offenbar, daß die Entente ihren Entschluß zum Nachgeben bereits vorher gefaßt hatte, für den Fall eben, daß wir fest bleiben würden. Meine Haltung ist also taktisch zu verstehen, weil ich der Auffassung bin, daß wir bei festerer Haltung ein besseres Abkommen erzielt hätten.

Mein persönlicher Eindruck über die Rede des Außenministers war derselbe wie der des Herrn Dr. Stresemann. Andererseits ist aber zu berücksichtigen, daß mit dem Hineingehen in jede Koalition ein Verzicht auf starke parteipolitische Überzeugungen verbunden ist. Wir müssen, wenn wir in einem Koalitionskabinett sitzen, objektiv und ohne parteipolitische Brille die Dinge prüfen. Aber in diesem Fall steht es fest, daß nicht nur die Deutsche Volkspartei, sondern auch Zentrum und Demokraten an der Rede Anstoß genommen haben. Wie sich die Partei stellt, ist eine andere Frage. Die Minister jedenfalls waren der Überzeugung, daß vieles besser und sehr vieles anders hätte gesagt werden sollen. Wir stehen andererseits unter dem Eindruck, daß Dr. Simons ein außerordentlich befähigter und zu diplomatischen Verhandlungen ein geeigneter Mann ist. Ich kann mir seine heutige Rede nur aus einer gewissen geistigen Erschöpfung erklären, zum Teil auch aus seinem Bestreben, eine starke Objektivität gegenüber den Geschehnissen walten zu lassen. Vielleicht wird Herr Dr. Simons in der morgigen Sitzung seine Rede selbst rektifizieren, allerdings vielleicht zunächst nur in der Trikoloren-Frage. Es ist das natürliche Bestreben des Kabinetts, Rektifizierungen möglichst harmlos zu gestalten. Ich möchte das auch hier nahelegen. Mit Rücksicht auf die Verdienste des Außenministers in Spa bitte ich kein allzu schweres Geschütz in dieser Frage aufzufahren (Beifall).

Vor der weiteren Aussprache stellt auf eine Beschwerde Abg. Dr. Stresemann fest, daß infolge der Kürze der Zeit keine Möglichkeit gegeben war, zur Sitzung am 21. Juli die auswärtigen Herren einzuladen. Wäre das geschehen, dann wären die meisten Herren wahrscheinlich erst nach der Sitzung nach Berlin gekommen, und sie wären dann erst recht ungehalten gewesen.

Abg. von Kardorff: Es ist kein Zweifel, daß die Partei in einer schwierigen Lage ist. Es ist leichter, in der Opposition zu stehen, als in einer Koalition mitzuarbeiten. Wir stimmen wohl alle darin überein, daß die Haltung der Regierung manches zu wünschen übrig ließ. Herr Dr. Simons hat jedoch in Spa gut abgeschnitten. Ein deutschnationales Blatt hat gesagt, daß zum ersten Mal wieder seit der Revolution eine deutsche Regierung Ruhe und Charakterfestigkeit gezeigt habe. Um so peinlicher ist es, daß dieses Bild durch die heutige Rede getrübt worden ist. Aber man muß einen Mann danach beurteilen, was er leistet, und nicht nach dem, was er sagt. Die Punkte in dieser Rede, gegen die wir uns wenden müssen, hat der Vorsitzende schon hervorgehoben. Einen Punkt muß ich noch nachholen, das ist das Lob, das Herr Simons der Sowjetregierung gespendet hat.[15] Wer weiß, wie es in Rußland in Wirklichkeit steht, versteht nicht, wie man die wirtschaftlichen Leistungen der Sowjet-Regierung in

[15] Simons hatte hinsichtlich der sowjetischen Politik erklärt: »Ich glaube nicht, daß es im Interesse der Sowjetrepublik liegt, Deutschland mit mordenden und brennenden Horden zu überziehen. Was die Sowjetrepublik braucht, ist wirtschaftliche Unterstützung [...] Ich gehöre nicht zu denjenigen, die in Rußland nichts als Chaos sehen. Ich weiß aus eingehenden Berichten unabhängiger und kenntnisreicher Männer, daß in Sowjetrußland eine geradezu enorme aufbauende Wirtschaft geleistet wird, eine Arbeit, an der wir gut täten, uns nach mancher Richtung hin ein Muster zu nehmen«, VRT, Bd. 344, S. 264.

dieser Weise hervorheben kann. Notwendiger wäre es gewesen, auf die Gefahr des Bolschewismus hinzuweisen. In der Entwaffnungsfrage bin ich nicht der Ansicht, daß wir hätten mehr erreichen können. Die Haltung der gemäßigten englischen Presse zeige das deutlich. Gelänge es uns, die Entwaffnung des Proletariats durchzuführen, dann würde dieses Abkommen zu tragen sein. Ich halte auch den Bolschewismus für eine Gefahr nur dann, wenn er eine starke Resonanz im Innern findet.

Was das Kohlenabkommen anlangt, so ist es für die Partei nicht leicht, daß Stinnes es ist, der so scharf vorgegangen ist (Widerspruch). Die Dinge lägen anders als beim Friedensvertrag. Der Einmarsch wäre gekommen und hätte zum Zerfall des Reiches geführt. Die Entente hätte dabei auch mehr Kohlen genommen. Entscheidend ist aber Oberschlesien. Die Entente hat selbst zugegeben, daß Oberschlesien ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Deutschland ist. Das Verständnis wird bei ihr wachsen, daß die Kohlenkrisis der Welt nur dann zu lösen ist, wenn Oberschlesien bei Deutschland bleibt. Oberschlesien ist auch allgemein eines der wichtigsten Industriegebiete. Ohne die oberschlesische Industrie kann Deutschland sein Wirtschaftsleben nicht aufbauen. So ist das Abkommen vielleicht doch nicht so schlecht. Anders stünde es, wenn wir einig wären, aber wir haben Unabhängige und haben auch Leute wie Harden.[16] Mit diesen realen Tatsachen müßten wir rechnen. Simons hat auch vom Völkerbund gesprochen. Hiergegen werden die Deutschnationalen Sturm laufen. Dann muß aber daran erinnert werden, daß auch Professor Hoetzsch[17] für den Völkerbund eingetreten ist. In der französischen Fahnenaffäre muß betont werden, daß die Berliner Polizei hier versagt hat. Nachdem dies geschehen war, mußte eine Genugtuung gegeben werden. Die Ausschlachtung der Angelegenheit in der deutschnationalen Presse ist würdelos. Eine andere Genugtuung gab es nicht. Es ist Tatsache, daß uns nichts im Ausland so schadet wie die rechtsradikale Presse. Die Partei wird daran gehen müssen, ein positives Wirtschaftsprogramm aufzustellen. Wenn jetzt die Bergarbeiter Überstunden machen wollen, dann ist es vielleicht Zeit, auch die Frage des Achtstundentags wieder aufzuwerfen. Unsere Landwirtschaft kommt jedenfalls sonst nicht vorwärts.

Es ist ein unerträglicher Zustand, daß in Preußen noch die Sozialdemokratie ausschlaggebend ist. Vier Oberpräsidien sind mit Sozialdemokraten besetzt[18], immer neue sozialdemokratische Landräte kommen hinzu. Hiergegen müssen wir Sturm laufen und die Auflösung der preußischen Landesversammlung fordern. Bezüglich unserer Stellung in der Koalition ist darauf hinzuweisen, daß wir nur einer von dreien sind. Wünschenswert ist aber eine engere Fühlung zwischen den Parteimitglie-

[16] Maximilian Harden (1861–1927), eigentlich Felix Ernst Witkowski, politischer Publizist in Berlin, wo er 1892–1923 die Wochenschrift »Die Zukunft« herausgab. Im Ersten Weltkrieg Annexionist, dann Pazifist, schließlich radikaler Sozialist. Nach 1918 entschiedener Gegner der Nationalisten, die 1922 ein erfolgloses Attentat auf ihn verübten.

[17] Otto Hoetzsch (1876–1946), Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Berlin. Außen- und ostpolitischer Experte der DNVP. MdL Preußen 1919–1921 (DNVP), MdR 1920–1930 (DNVP/Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft).

[18] Niederschlesien (Hermann Zimmer), Sachsen (Otto Hörsing), Schleswig-Holstein (Heinrich Kürbis), Hannover (Gustav Noske). Im Zuge des Beamtenrevirements nach dem Kapp-Putsch wurden von dem preußischen Innenminister Severing 3 Oberpräsidenten, 2 Polizeipräsidenten und 25 Landräte in den einstweiligen Ruhestand versetzt, siehe Runge, S. 121 ff.; Schulze, S. 303 f.

dern im Kabinett und in der Fraktion. Heinze und Stresemann fällt die Aufgabe zu, gegenseitig in enger Verbindung zu bleiben. Würden wir aus der Koalition ausscheiden, dann würden wir vielleicht als Partei Geschäfte machen. Aber höher als die Partei steht das Vaterland. Darum bleiben wir in der Koalition. Aber dann haben wir auch die Pflicht, unsere Wünsche energisch durchzusetzen.

v. Raumer spricht sich gegen eine von Frau Mende und Frau v. Oheimb gewünschte parlamentarische Anfrage bezüglich der Fahnenaffäre aus.

Abg. Dr. Sorge: Es wäre falsch, aus der Koalition auszutreten. Auch die heutige Rede des Außenministers dürfe uns nicht dazu veranlassen, eine verkehrte Politik zu treiben. Was den Mißerfolg in Spa anlange, so sei er nicht so enttäuscht, weil er nicht viel erwartet habe. Die heutige Rede des Herrn Simons habe wohl ihre Veranlassung in einer übertriebenen Objektivität. Man solle Herrn Simons den Rückzug ermöglichen im Sinne der Ausführungen des Herrn Dr. Scholz.

Abg. Dr. Cremer: Wir konnten die Hoffnung haben, daß mit Simons ein starker nationaler Zug in die Regierung kommen würde. Diese Hoffnungen sind vernichtet worden. Man kann nicht mehr von einer Entgleisung reden, wo es sich um offenbare Unfähigkeit handelt. So führt man kein Volk, vor allem kein Volk, das im Unglück sitzt. Man denke sich eine solche Rede im Frankreich von 1872! Gewiß darf uns das Wohl der Partei nicht in erster Linie stehen, sondern wir haben dem Vaterlande zu dienen. Aber das Vaterland braucht eine starke nationale Partei, die sich auf weite Volkskreise stützt. Mit solchen Reden aber verlieren wir die besten Teile des Volkes. Es kommt jetzt nicht so sehr auf Spa an, als wie wir uns zur nächsten Zukunft stellen. Es ist klar, daß man uns gar nicht entbehren kann. Deshalb dürfen und müssen wir Forderungen stellen. Schon früher hätten wir das tun müssen, aber es ist immer noch nicht zu spät. Wir brauchen vor allem eine Stärkung unserer politischen Note [!] im Ministerium. In dieser Hinsicht hat es bisher gefehlt.

Schon in der letzten Sitzung habe ich gesagt[19], daß Herr Dr. Heinze sich in Spa nicht bloß als Ressortminister, sondern auch als Vizekanzler hätte fühlen sollen. Er konnte verlangen, daß er gehört werde. Dann hätte Scholz nicht allein gestanden. In diesem Zusammenhang müsse er es bedauern, daß Herr von Kardorff eine unfreundliche Bemerkung gegen Stinnes gemacht habe (Widerspruch des Herrn von Kardorff). Im Lande jedenfalls hat die Rede des Herrn Stinnes geradezu erlösend gewirkt. Wir haben schon vor Wochen den vierten Minister gefordert. Hieran wolle er Herrn Dr. Heinze erinnern.

Zum zweiten sei die Beseitigung des Reichsfinanzministers Wirth notwendig. Wir müßten auch für diese Stelle einen Fachmann fordern, der nicht notwendig aus unseren Reihen zu sein braucht. Weiter müssen wir ein innerpolitisches Programm aufstellen: Auflösung der preußischen Landesversammlung, Umformung der preußischen Regierung und Verwaltung. Weiter müssen wir von den Mehrheitssozialdemokraten das Aufgeben ihres Schwankens zwischen rechts und links verlangen. Wir müssen die Sozialdemokratie vor die Entscheidung stellen, ob sie mit uns den Kampf

[19] Siehe Dok. Nr. 28, S. 321 f.

gegen den Bolschewismus führen will. Ich gebe zu, daß es vielleicht zweckmäßig ist, in dieser Hinsicht vorerst nicht allzusehr zu drängen. Wenn wir das durchsetzen, dann können wir auch Spa tragen. Wenn wir aber nichts tun, dann werden wir uns einen großen Augenblick verscherzen.

Was die Wiedergutmachung der Rede Simons betrifft, so können wir uns nicht damit abfinden, daß Herr Dr. Simons sich selbst rektifiziert. Es handelt sich hierbei nicht bloß um einzelne Dinge, sondern es ist der Stil der ganzen Rede, der uns nicht gefällt. Darum muß der Kanzler oder noch besser der Vizekanzler die Rektifizierung vornehmen. Er bedauere es, daß der Herr Vorsitzende nicht entsprechend der Ermächtigung durch die Fraktion nach Spa gefahren ist. Er bedaure auch, daß die Fraktion nicht schon in der vorigen Woche zusammengekommen ist, dann könnte die ganze Aktion bereits im Gang sein, und es wäre dann auch vielleicht verhindert worden, daß Herr Simons eine solche Rede gehalten hätte. Er sei also der Meinung, daß wir bestimmte Forderungen herausarbeiten, die morgen zur Sprache gebracht werden. Dann könnten wir nach außen dokumentieren, daß wir mit guten Gründen im Kabinett bleiben, und könnten auch parteitaktisch unsere Stellung vor dem Lande wahren.

Vizekanzler und Reichsjustizminister Dr. Heinze: Der Herr Vorredner unterschätzt doch unsere Tätigkeit im Ministerium. In den vier Wochen, in denen wir zusammen sind, haben wir politisch intensiv gearbeitet, und wir haben auch gerade die Fragen verfolgt, die der Vorredner berührt hat. Herr Dr. Cremer hat gesagt, wir müßten die Sozialdemokratie zur Entscheidung drängen. Ich kann versichern, daß es mein intensivstes Bestreben gewesen ist, die Sozialdemokratie an unsere Politik zu ketten. Das kann man natürlich nicht theoretisch machen, sondern nur auf dem Wege konkreter Beispiele. Aber ich frage: Wäre es in der jetzigen Situation so sehr erwünscht, die Sozialdemokratie im Kabinett zu haben? Wir haben jetzt Aufgaben zu lösen, bei denen wir mit größter Energie die Staatsgewalt anspannen müssen. Es erscheint mir daher in mancher Hinsicht besser, daß die Sozialdemokratie augenblicklich nicht in der Regierung ist.

Auch nach der preußischen Seite hin sind wir nicht untätig gewesen. Aber das Kabinett muß warten, bis der Gedanke der Auflösung des Preußenparlaments durchschlägt. Es kommt darauf an, die Demokratie[20] mehr und mehr zu überzeugen. Die Demokraten werden doch dabei schließlich mit die Leidtragenden sein. Wir können deshalb von ihnen nicht so ohne weiteres verlangen, daß sie das Harakiri an sich selber vollziehen. Aber wir sehen, wie Herr Koch immer mehr in Gegensatz zu Herrn Severing gerät. So müssen die Demokraten allmählich selber zur Überzeugung kommen, daß die Dinge auch in Preußen anders werden müssen. Dann würde die Zeit zum Handeln gekommen sein.

Ich bezweifle nun, daß, wenn wir noch mehr Minister gehabt hätten, unsere Stellung in Spa eine andere geworden sein würde. Wenn ich auch länger in Spa geblieben wäre, so war es doch zweifelhaft, ob ich zur gleichen Ansicht wie Herr Scholz gekommen wäre. Vielleicht hätte ich mit Herrn Scholz ebenso dissentiert, wie ich in der Militärfrage mit ihm dissentiert habe. Meine Teilnahme in Spa war zunächst nicht vorgese-

[20] Gemeint: die DDP.

hen. Als Vizekanzler war es zunächst meine Aufgabe, den Reichskanzler in Berlin zu vertreten. Es war unser Bestreben, die Teilnehmerzahl nur auf das notwendigste Maß zu beschränken. Wir hatten trotzdem die meisten Delegierten. Hätte ich mich für die Kohlenfrage eingesetzt, so wäre ich als überflüssig aufgenommen worden.

In der Militärfrage habe ich, wie schon gesagt, mit Herrn Scholz dissentiert. Die Situation war so, daß, wenn wir das Abkommen nicht angenommen hätten, dann der Friedensvertrag in Kraft gewesen wäre, der uns befiehlt, bis zum 10. Juli abzurüsten.[21] Wenn nun der Einwand gemacht wird, daß der Einmarsch doch kommt, so müsse er demgegenüber sagen, daß man diesen Zustand, der das Reich in seinen Fugen erschüttert, auch nicht 24 Stunden herbeiführen durfte.

Bezüglich unserer gesamtpolitischen Haltung möchte er bemerken, er sei der letzte, der in der Politik an etwas anderes glaubt als an die Macht. Aber ich vergleiche unsere Situation mit einem schwerkranken Mann, der vielleicht noch in die Höhe kommen kann, wenn er mit der außerordentlichsten Vorsicht behandelt wird. Jede Unvorsichtigkeit ist schädlich. In gleicher Weise müssen wir über die nächsten Jahre hinweglavieren. Sind wir unvorsichtig, dann kann der letzte Keulenschlag geführt werden, und dieser Keulenschlag ist die Besetzung des Ruhrgebiets, durch die wir auseinanderbrechen. Ich bin also ganz der Meinung, daß wir alles darauf abstellen müssen, daß wir diesen Schmachfrieden loswerden. Aber zunächst heißt es stillehalten, um die Kräfte zu sammeln. Erst wenn wir die Kräfte haben, dann können wir die Ketten mit Energie abschütteln. Die Situation zur Stärkung unserer Macht im Kabinett ist gegeben. Die Aufgabe der Entwaffnung wartet eines entschlossenen Mannes. Entschließt sich die Fraktion, diese Aufgabe zu übernehmen, dann ist die Sache zu machen.

Sie wollen aus meiner Darlegung ersehen, daß wir gearbeitet haben. Das Reden liegt mir weniger. Wir wollen eine Politik treiben, die uns langfristig unseren Einfluß sichert. Herrn Simons könnten wir nicht entbehren. Er ist ein sehr kluger, umsichtiger Mann. Wegen seiner heutigen Rede aber klage er das ganze demokratische System an. Simons habe erst dem Reichspräsidenten berichtet, dann dem Kabinett, dann den Ministerpräsidenten, dann dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, dann der Presse, dann dem Reichswirtschaftsrat, jetzt dem Reichstag und dann vielleicht noch den Industrieverbänden. Wer das körperlich leisten solle, der müßte eigentlich ein Herkules sein. Er war bis jetzt immer bestrebt, etwas Neues zu bieten. Der heutige Tag war für ihn zweifellos ein unglücklicher Tag. Die Rede muß rektifiziert werden. Ich würde vorschlagen, daß Herr Scholz, der doch Gelegenheit hat, in die Debatte einzugreifen, dann unseren Standpunkt zum Ausdruck bringt. Er als Vizekanzler könne nur eine politische Rede halten.

[21] Lloyd George hatte in Spa keinen Zweifel daran gelassen, daß die Alliierten die Konferenz verlassen würden, wenn das Entwaffnungsprotokoll von deutscher Seite nicht unterzeichnet werden würde, siehe DBFP, First Series, Vol. VIII, S. 440f.; zum Entwaffnungsprotokoll vom 9.7. siehe Dok. Nr. 28, Anm. 6; zu den deutschen Vorbehalten gegen die Sanktionsklausel siehe die Erklärung von StS Albert am 10.7.1920, Schultheß 1920 I, S. 191. Bei der Debatte der deutschen Delegation in Spa über die Frage einer Unterzeichnung des Entwaffnungsprotokolls am Vormittag des 9.7. hatte Heinze erklärt, er stimme »für Unterzeichnen unter der Voraussetzung einmütiger Entschließung des Kabinetts«, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 20, S. 52.

Abg. Dr. Stresemann: Er halte es für schwierig, diese rein politische Sache an wirtschaftliche Erörterungen anzuschließen. Er möchte deshalb doch zu Erwägung geben, daß Herr Heinze das Wort nehme. Er halte es außerdem für notwendig, daß die Rektifizierung vor der Rede der Deutschnationalen erfolge. Er bitte die Herren im Kabinett, unter diesem Gesichtspunkt die Frage zu erörtern.

Abg. Beuermann: Wir stünden vor der Tatsache, daß unsere beiden Vertreter in Spa nicht einig gewesen sind. Warum ist die Fraktion vorher nicht gehört worden? Warum bestand keine Fühlung zwischen der Parteileitung und Spa?

Abg. Dr. Stresemann: Ich bin der grundsätzlichen Auffassung, daß, wenn wir Vertrauensleute der Fraktion ins Kabinett entsenden und das Kabinett verhandelt, dann die Verantwortung auf unseren Kabinettsmitgliedern liegt. Wir haben übrigens die Herren in Spa von unserer Auffassung in Kenntnis gesetzt. Nach Spa zu reisen sei ihm unmöglich gewesen, weil in Berlin der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten versammelt geblieben sei, um Berichte entgegenzunehmen. Ein Konnex mit Spa ist also vorhanden gewesen. Herr Dr. Scholz hat auch so gestimmt, wie wir es wollten.

Auf Anfrage stellt Herr Heinze fest, daß er in der Entwaffnungsfrage an der Abstimmung nicht beteiligt war. Herr Dr. Scholz bestätigt, daß im Augenblick der Abstimmung Herr Dr. Heinze abwesend war.

Abg. Dr. Maretzky: Manches von dem, was Herr Dr. Heinze gesagt habe, sei zutreffend. Immerhin bleibe aber manches an der Kritik bestehen. Die Vorbereitung der Verhandlungen in Spa sei mangelhaft gewesen. Wenn man nichts unterschreiben wollte, was man nicht halten kann, dann mußte man Sachverständige[22] nach Spa nehmen, die auch fest bleiben können, nicht aber Leute wie Dernburg[23], Rathenau[24] und Bonn.[25] Auch die Abreise des Herrn Dr. Heinze von Spa könne er nicht billigen. Wie weit man bei der Sachlage in Spa gehen konnte, das war schließlich Sache des Temperaments. Aus den Berichten der Herren Stinnes, Scholz und auch Dr. Simons gehe hervor, daß man vielleicht noch weiter hätte gehen können. Die Besetzung des Ruhrgebiets war auch nach meiner Ansicht zu verhindern.

Abg. Frhr. von Rheinbaben: Außenpolitische Überlegungen müßten uns dazu bestimmen, das Abkommen zu unterschreiben. Wir müssen nicht bloß für die Innen-

[22] Zu den Auseinandersetzungen um die Auswahl der deutschen Sachverständigen für die Konferenz von Spa siehe Kabinett Fehrenbach, S. XXXIV ff.; zu den Versuchen von Stinnes, Einfluß auf die Auswahl der Sachverständigen zu gewinnen, siehe Wulf, S. 215 ff.

[23] Bernhard Dernburg (1865–1937), Bankier. Direktor der Bank für Handel und Industrie 1901–1906, StS des Reichskolonialamts 1907–1910. 1919–1930 MdR (DDP), April–Juni 1919 Reichsfinanzminister, 1930–1933 Ehrenvors. der DStP.

[24] Walther Rathenau (1867–1922), Elektroingenieur. Ab 1899 im Vorstand der AEG, 1914/1915 Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium. 1915–1921 Präsident der AEG. Im Nov. 1918 Eintritt in die DDP. Mai–Okt. 1921 Reichsminister für Wiederaufbau, von Jan. 1922 bis zu seiner Ermordung durch Angehörige der rechtsextremistischen »Organisation Consul« am 24. Juni 1922 Reichsaußenminister.

[25] Moritz Julius Bonn (1873–1965), Professor für Nationalökonomie in München und Berlin. 1919 Sachverständiger der deutschen Friedensdelegation in Versailles. 1920–1922 Sachverständiger für Reparationsfragen auf den Konferenzen von Spa und Genua; der DDP nahestehend. Zum heftigen Widerstand von Stinnes und der deutschen Industrie gegen die Berufung von Bonn siehe Wulf, S. 216.

politik, sondern auch für die Außenpolitik Richtlinien festlegen. Es gibt jetzt mancherlei Gelegenheit, uns Vorteile zu sichern, die wir früher oder später uns nutzbar machen können.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 15 abgebrochen und auf Dienstag, den 27. Juli [1920], 11 Uhr vormittags, vertagt.[26]

30.

27. Juli 1920: Sitzung der Reichstagsfraktion, des Geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstandes der preußischen Landtagsfraktion in Berlin

BAK R 45 II/53, p. 383–395. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1.[1] Überschrift: »Streng vertraulich. Gemeinsame Sitzung der Reichstagsfraktion, des Geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstandes der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei 26. und 27. Juli 1920 im Reichstag«.[2]

Stellv. Vorsitzender Abg. Dr. Becker eröffnet die Sitzung in Vertretung des abwesenden Vorsitzenden, Dr. Stresemann, um 11 Uhr 20 Minuten. Auf Anregung des Herrn Dr. Hugo wird den Rednern nahegelegt, auf die Rede des Ministers Simons nicht mehr wieder einzugehen, sondern den Schwerpunkt auf das, was in der Zukunft geschehen soll, zu legen, insbesondere auf das von Abg. Dr. Cremer angeschlagene Motiv.[3]

Abg. Brüninghaus: Wenn man die Rede des Außenministers lese, so müsse man sie anders bewerten. Die äußere Form ließ gewiß zu wünschen übrig. Aber es spricht aus ihr doch eine große Überzeugungskraft. Die Rede enthält außenpolitische Linien, die nach meiner Auffassung zu billigen sind. Das Winken mit dem Zaunpfahl des Bolschewismus ist wohl richtig, falsch war nur die Form, durch die der Minister Wasser auf die Mühlen der Unabhängigen und Kommunisten geleitet hat. Ich stimme mit Herrn Dr. Heinze darin überein, daß wir ein schwer krankes Volk sind und daß wir deshalb einen Pflock zurückstecken müssen. Man muß realpolitisch denken und handeln. Die Parteipolitik macht jetzt vielleicht Minus. Aber lassen wir einmal vier Wochen ins Land gehen, dann wird das Urteil über Spa ein anderes sein. Gegenüber Herrn von Kardorff[4] möchte er betonen, daß man den Bolschewismus nicht unterschätzen darf. Vielleicht mögen Lenin und Trotzki[5] den Willen haben, an der deutschen Grenze Halt zu machen, ob sie aber die Macht dazu haben, das erscheint

[26] Siehe Dok. Nr. 30.

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 2) befindet sich auch im PA NL Stresemann 214.

[2] Tagesordnung: Die Stellung der Deutschen Volkspartei zu dem Ergebnis von Spa.

[3] Siehe Dok. Nr. 29, S. 329f.

[4] Siehe Dok. Nr. 29, S. 327f.

[5] Leo D. Bronstein, genannt Trotzki (1879–1940), während der Revolution von 1905 Vors. des Petersburger Arbeitersowjets, Inhaftierung. 1907 Flucht ins Ausland. 1917 Rückkehr nach Rußland, nach der Oktoberrevolution Volkskommissar des Auswärtigen, ab 1918 für Krieg (Schöpfer der »Roten Armee«). Nach Lenins Tod Konflikte mit dessen Nachfolger Stalin, 1929 Ausweisung aus der Sowjetunion, 1940 in Mexiko ermordet.

mir zweifelhaft. Den Bolschewismus-Armeen strömen aus den Ländern, in die sie kommen, neue Kräfte zu, jetzt aus Polen und später vielleicht aus Deutschland.

In der Flaggenaffäre bedaure ich, daß wir es uns entgehen ließen, die Schuld des preußischen Ministers des Innern festzunageln. Dem Programm Dr. Cremers auf Stärkung unseres Einflusses in der Regierung stimme ich zu. In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, daß in den Ausschüssen[6] Zentrum und Demokratie immer noch vielfach im Sinne der alten Koalition arbeiten. Bei der Beratung des Militärgerichtsbarkeitgesetzes[7] ging das Zentrum fast immer mit der Sozialdemokratie zusammen. Das parlamentarische System wird dadurch sabotiert. Wir müssen verlangen, daß Zentrum und Demokratie endlich auch praktisch anerkennen, daß wir in der Regierung sitzen.

Staatssekretär a. D. von Krause: Namens der preußischen Landtagsfraktion müsse er dem zustimmen, was gegen die Rede des Außenministers gesagt worden ist. Die Rede habe zweifellos viel böses Blut gemacht. Es ist nicht allein damit getan, daß man sagt, die Rede sei übertrieben objektiv gewesen, vielmehr habe der Minister sehr einseitig gesprochen und habe die nationale Seite ganz übersehen. Das war eher ein Mangel an Objektivität, der repariert werden muß.

Hinsichtlich Spa bin auch ich der Meinung, daß es nicht anders ging als anzunehmen, und wir müssen daher hinter unsere Freunde treten, die uns dort vertreten haben. Allerdings scheint es mir auch richtig zu sein, daß sich durch eine größere Festigkeit auch mehr hätte erreichen lassen. Die Besetzung des Ruhrgebiets mußte freilich verhindert werden. Wir müssen auch zum Ausdruck bringen, daß Herr Stinnes außerordentlich günstig gewirkt hat. Seine Rede hat den Umschwung herbeigeführt. Die Frage des Austritts aus der Koalition ist undiskutierbar. Unsere Aufgabe ist vielmehr, einen größeren Einfluß zu gewinnen, vor allem auch hinsichtlich der Politik in Preußen. Ich bin aber der Meinung, daß man nicht auf alsbaldige Auflösung der Landesversammlung hinarbeiten solle, denn der Schlüssel liegt hier nicht in der Gesetzgebung, sondern in der Verwaltung. Die Richtung muß also die sein, daß bindende Erklärungen von der Reichsregierung kommen, daß die preußische Verwaltung nicht so weitergeführt wird. Die preußische Regierung darf keine eigene Politik mehr treiben, sondern darf sich nur als Geschäftsführer bis zur Neubildung fühlen.

Abg. von Lersner: Simons ist zweifellos ein tüchtiger Mann, aber er ist zu sehr Jurist und ihm fehlt auch die Auslandserfahrung. Das zeigte sich auch in seiner gestrigen Rede. Ich bitte, daß unser Fraktionsredner Herrn Stinnes den Dank ausspricht (Zustimmung). Das müssen wir tun, auch wenn der eine oder andere mit Einzelheiten nicht einverstanden ist. Ich bin auch der Meinung, daß, wenn wir fester geblieben wären, bezüglich Oberschlesiens mehr zu erreichen gewesen wäre. Wir müssen Einspruch erheben, daß Leute wie Rathenau und Bonn nach Spa mitgenommen worden sind. Rathenau hat schon in Versailles schädlich gewirkt. Der Vertrag von Versailles

[6] Gemeint: Reichstagsausschüssen.

[7] Art. 106 der WRV bestimmte, daß die Militärgerichtsbarkeit außer für Kriegszeiten und an Bord der Kriegsschiffe durch Reichsgesetz aufzuheben sei. Nach langwierigen Vorberatungen stimmte das Reichskabinett dem Entwurf schließlich am 5. 1. 1920 zu. Der Reichstag nahm den – im 15. Ausschuß erneut modifizierten (RTDrs., Bd. 363, Nr. 122, 123, 205) – Gesetzentwurf dann am 30. 7. 1920 an, siehe VRT, Bd. 344, S. 460.

ist nicht der Rechtsboden, auf den wir uns zu stellen haben. Der Vertrag ist als Strafe für uns aufgefaßt. Die Unterschrift ist uns aufgezwungen worden. Deswegen muß unsere Forderung bei jeder sich bietenden Gelegenheit sein: Revision des Vertrages von Versailles. In Spa haben wir freiwillig unterschrieben, das ist der Unterschied zwischen Spa und Versailles. Ich warne, auf Genf[8] große Hoffnungen zu setzen.

Abg. Dr. Curtius: Er wolle weniger als Fraktionsmitglied denn als Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses sprechen. In der Behandlung der ganzen Angelegenheit hat unsere Parteileitung keine glückliche Hand gehabt. Das Telegramm, das Herr Dr. Stresemann nach Spa gesandt hat, hätte in die Presse kommen müssen. Die Presse tappte über die Haltung unserer Partei völlig im Dunkeln. Einer ganzen Reihe von falschen Mitteilungen ist nicht widersprochen worden. Die »Nationalliberale Correspondenz« brachte am 22. Juli [1920] einen Artikel: »Vor der Einberufung des Reichstags«[9], durch den unsere Haltung bereits festgelegt wird. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß das unzulässig ist. Die Entscheidung kann erst hier in der Fraktionssitzung fallen. Wir müssen so schnell wie möglich eine Pressekonferenz der Deutschen Volkspartei veranstalten. Die gegensätzliche Politik der »Kölnischen Zeitung« und der »Täglichen Rundschau« muß verschwinden.[10]

In der Frage, ob wir in der Koalition verbleiben, sind wir bereits festgelegt. Ich billige aber diesen Standpunkt. Wir hängen ab von der Regierung, die wir machen. Deshalb ist es auch meine Ansicht, daß wir unseren Einfluß stärken. Wir müssen das Wiederaufbauministerium verlangen, aber ohne dieses Ministerium mit der Aufgabe der Entwaffnung zu belasten. Damit mag sich der demokratische Innenminister abgeben. Müssen wir nicht auch untersuchen, was die Herren Mayer und Sthamer[11] gefehlt haben?

Der Finanzminister Wirth muß beseitigt werden. Heute müssen wir durchsetzen, was wir damals schon verlangt haben. Der Mann ist kein Fachmann. Die Sozialdemokratie sollten wir nicht ins Ministerium hereinnehmen, eher die Deutschnationalen, damit wir deren Opposition loswerden. Es existieren doch schon Fraktionsgemeinschaften zwischen uns und den Deutschnationalen in Bayern, Württemberg, Thüringen und Mecklenburg. Innerpolitisch müssen wir jetzt auch verlangen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft[12] endlich durchgeführt wird. Wir müssen in-

[8] Statt der in Spa vereinbarten Genfer Konferenz einigten sich die Alliierten im November 1920 zunächst auf die Einberufung einer Sachverständigenkonferenz nach Brüssel, die das Gesamtproblem der Reparationen ohne Entscheidungsbefugnisse vorberatend behandeln sollte. Zu den Richtlinien für die deutsche Delegation siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 129; zur Zusammensetzung der Delegation siehe ebd., Dok. Nr. 131.

[9] Die NLC 47 (22.7.1920), Nr. 160, hatte herausgestellt, daß die Regierung mit einem glatten Verlauf der Debatte über die Verhandlungen in Spa rechnen könne, es gleichzeitig aber bedauert, daß der »Einfluß der DVP in Spa nicht zur vollen Geltung« gekommen sei.

[10] Die »Kölnische Zeitung« vertrat in der Reparationsfrage einen gemäßigten Standpunkt, während die »Tägliche Rundschau«, die dem schwerindustriellen Flügel der Partei nahestand, scharf gegen die Regierung polemisierte; siehe auch Joachim Pöhls, Tägliche Rundschau, in: Fischer, Zeitungen, S. 349–364.

[11] Friedrich Sthamer (1856–1931), Rechtsanwalt. 1900–1919 Mtgl. der Hamburger Bürgerschaft, 1904–1919 des Senats. Jan. 1920 Erster Bürgermeister von Hamburg, Febr. 1920 deutscher Geschäftsträger, ab Aug. 1920–Okt. 1930 Botschafter in London.

[12] Siehe auch Dok. Nr. 6, Anm. 22.

nerhalb der Partei einen Ausschuß einsetzen, der ein Aktionsprogramm aufstellt, und zwar für die äußere wie für die innere Politik. Ich empfehle, daß wir zum Beispiel den Gesetzentwurf über die Gewinnbeteiligung der Arbeiter möglichst bald einbringen (Dr. Hugo: Verlustbeteiligung!). Es ist richtig, daß das Vaterland über der Partei stehen muß, aber wir können nur durch die Partei existieren.

Abg. Dr. Hugo: Trotz aller berechtigten Kritik an der Rede des Außenministers steht doch fest, daß eine Ersetzung durch einen anderen vorläufig nicht möglich ist. Es bleibt bestehen, daß Simons seit der Revolution der erste positive Mann im Auswärtigen Amte ist.[13] Ich stelle die Frage, was wir als Partei künftig zu tun haben. Die Antwort lautet, daß wir ein stärkeres Gewicht erreichen müssen. Das ist das Entscheidende für die gesamtpolitische Situation. Tun wir das nicht, dann schaltet uns die Sozialdemokratie aus, und wir sind dem Schicksal der Demokratie verfallen. Unsere Kabinettsmitglieder dürfen künftig nicht dulden, daß so weitgehende Reden wie die des Herrn Dr. Simons ohne Genehmigung des Kabinetts in die Welt gehen. Unsere Mitglieder im Kabinett müssen auch einheitlich stehen und dürfen sich nicht gegenseitig aufheben.

Wir müssen weiter einen stärkeren Kontakt zwischen unseren Regierungsmitgliedern und der Fraktion herbeiführen. Wir haben zwar den Reichswirtschaftsminister gestellt, aber es sind wirtschaftliche Sachverständige nach Spa gegangen, die nicht unserer Auffassung sind. Aber nicht nur das: Die alte Regierung hat noch wenige Tage vor ihrem Abgang zwölf Sachverständige in den Reichswirtschaftsrat berufen[14], die sämtlich Gegner unserer Richtung sind. Wer ist jetzt von der neuen Regierung berufen worden? Rathenau und Guggenheimer.[15] Das ist geradezu eine Ohrfeige für uns.[16] Es ist bis jetzt auch noch keine Fühlung zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der Fraktion erfolgt. Ich bin der Meinung, daß die Fraktion Beauftragte zum Reichswirtschaftsminister entsenden muß, die mit diesem ein Programm aufstellen. In der Frage der Ausfuhrabgaben zum Beispiel sind uns die Deutschnationalen zuvorgekommen. Das Kommunalisierungsgesetz liegt zur Zeit im Reichsrat.[17] Soll etwa dieses Gesetz von unserem Minister vor dem Reichstag vertreten werden? Das ist meines Erachtens nicht zu tragen. Das Reichswirtschaftsministerium war bis jetzt nicht ein Ministerium zur Förderung, sondern zur Verhinderung der deutschen Wirtschaft. Immer noch ist der Staatssekretär Hirsch[18] im Amt, der damit

[13] Vorgänger von Simons waren Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (parteilos; 13.2.–20.6.1919), Hermann Müller (SPD; 21.6.1919–10.4.1920) und Adolf Köster (SPD; 10.4.1920–25.6.1920).

[14] Das Kabinett hatte am 19.6.1920 über die von der Reichsregierung zu ernennenden Mitglieder des Reichswirtschaftsrats beraten, siehe Kabinett Müller I, Dok. Nr. 143.

[15] Emil Guggenheimer, Kommerzienrat. Vorstandsmtgl. der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg und Präsident der Reichsrücklieferungskommission.

[16] Am 23.7.1920 hatte das Reichskabinett beschlossen, anstelle Professor Lederers, der seine Entsendung abgelehnt hatte, Walter Rathenau in den Reichswirtschaftsrat zu delegieren. Kommerzienrat Guggenheimer wurde dagegen zum Kommissar der Reichsregierung für Fragen der Ausführung des Friedensvertrags ernannt, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 30.

[17] Der Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes wurde am 20.4.1920 im Kabinett beraten und dann dem Reichsrat überwiesen, siehe Kabinett Müller I, Dok. Nr. 56.

[18] Julius Hirsch (1882–1961), Nationalökonom. 1917–1919 Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Handelshochschule Köln. Aug. 1919–März 1923 StS im Reichswirtschaftsministerium. 1928–1933 Honorarprofessor an der Handelshochschule Berlin. 1933 Emigration. Zur Kritik an

renommiert, daß die Regierung zu schwach ist, ihn zu beseitigen. Es sind alles sozialistisch infizierte Gestalten, die sich dort herumtreiben. Das sind Fragen, die uns als Partei so sehr berühren, daß alles andere dahinter zurücktritt. Wir müssen sorgen, daß unsere Grundsätze endlich auch zum Ausdruck kommen, sonst können wir die Verantwortung unmöglich tragen. Im Reichswirtschaftsministerium liegt die Macht, die wir haben müssen. Wir werden an manchem politisch schwer zu tragen haben, aber wir können das nur tun, wenn wir die Wirtschaft retten.

Unter der alten Regierung herrschte eine ziemlich rege Fühlung zwischen dieser und den Koalitionsparteien. Es scheint, daß diese Fühlung, so weit wir in Frage kommen, völlig aufgehört hat. Anscheinend sieht man uns nur als vorübergehende Erscheinung an. Herr Brüninghaus hat bereits darauf hingewiesen, daß in den Kommissionen[19] der alte Geist herrscht. Wir müssen auf Demokraten und Zentrum einen ständigen Druck ausüben. Hinsichtlich der Heranziehung der Deutschnationalen kann ich Herrn Dr. Curtius nicht beistimmen. Wir müssen auch nach außen hin zeigen, daß wir eine Partei sind, die stark genug ist, ihren eigenen Weg zu gehen. Wenn wir unseren Einfluß zur Geltung bringen und das draußen erkannt wird, dann werden die Angriffe der Deutschnationalen unwirksam sein. Es erscheint nicht notwendig, daß alles gleich in den nächsten Stunden geschieht. Aber der Entschluß muß heute gefaßt werden.

Vizekanzler und Reichsjustizminister Dr. Heinze: Es sind gegen die Regierung schwere Vorwürfe hier erhoben worden. Sie unterschätzen die Arbeit, die von uns geleistet worden ist. Es ist gar kein Zweifel, daß das Kabinett politisch mehr und mehr auf unseren Boden kommt. Wir dürfen diese Entwicklung freilich nicht überhasten. Wir haben aber schon Erfolge aufzuweisen: Das Ernährungsministerium und Arbeitsministerium arbeiten durchaus in unserem Sinne. Mit einem theoretischen Programm würden wir diese Arbeit nur stören. Die Politik kann sich nur am Objekt zeigen. Für den Herrn Reichswirtschaftsminister muß ich eintreten. Aber Herr Dr. Scholz muß doch erst eine Übersicht gewinnen. Er wird sich auch rechtzeitig mit der Fraktion wegen der zu ergreifenden praktischen Maßnahmen in Verbindung setzen. Wenn das bis jetzt noch nicht geschehen ist, so liegt der Grund darin, daß Herr Scholz erst acht Tage von Spa zurück ist. Es ist ungerecht, an den Herrn Wirtschaftsminister Anforderungen zu stellen, die er noch gar nicht erfüllen konnte. Sie dürfen überzeugt sein, daß wir dauernd unseren politischen Einfluß geltend machen. Wir sind selbstverständlich für jede Unterstützung der Fraktion dankbar.

Reichsschatzminister von Raumer: Wer war denn bereit, in das Reichswirtschaftsministerium einzutreten?[20] Ich kann das Gefühl einer gewissen Verbitterung nicht unterdrücken. Die Kritik, die hier geübt wird, geht doch sehr weit. Es wird dabei der Grundsatz vergessen, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist. Im Kabinett wird auch nicht fraktionell abgestimmt. Wir machen tatsächlich Fortschritte. Das Wiederaufbauministerium wird vielleicht das schwierigste und verantwortungsvollste Res-

der vermeintlich sozialistischen Amtsführung von Hirsch, die sich vor allem gegen seine Haltung in der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus wandte, siehe Albertin, S. 403 ff.; Wulf, S. 224 f.

[19] Gemeint: in den Reichstagsausschüssen.

[20] Die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums war bei der Bildung des Kabinetts Fehrenbach lange umstritten, siehe Kabinett Fehrenbach, S. XXVIII, Dok. 2.

sort werden, das wir haben. Es müßte zum mindesten bis nach Genf von jeder Parteipolitik abgetrennt werden. Stellen wir den Wiederaufbauminister und fällt Genf schlecht aus, dann können wir das als Partei gar nicht tragen. Wenn wir einen weiteren Minister haben wollen, dann sollten wir einen Minister ohne Portefeuille fordern.

Der Herr Reichswirtschaftsminister ist nicht anwesend. Ich fühle mich gleichfalls verpflichtet, für ihn einzutreten. Er wird sich in seinem Ministerium schon durchsetzen. Es ist auch viel klüger, die Dinge erst reif werden zu lassen. Die Beseitigung der Zwangswirtschaft steht auf unserem Programm. Wir schlafen wirklich nicht. Die vermißten interfraktionellen Besprechungen in der Regierung bedürfen doch auch der Initiative der Fraktionen. Es ist gewiß richtig, daß es unsere Aufgabe ist, das Zentrum von links zu lösen. Aber das können wir nur mit einer Politik, die auch die Zentrumsgewerkschaften mitmachen. Das führt selbstverständlich auf das Gebiet der Sozialisierung und Kommunalisierung. Letztere Frage gehört übrigens zum Ministerium des Innern. Was die Sozialisierungsfrage[21] betrifft, so müssen wir dieser Frage offen ins Gesicht sehen. Durch die Welt geht eine veränderte Anschauung bezüglich der Bodenschätze. Das Problem ist zur Diskussion gestellt. Wir können ihm nicht ausweichen.

Abg. Dr. Becker: Es hat Herr Dr. Hugo zweifellos fern gelegen, den Reichswirtschaftsminister anzugreifen, wir sind doch alle überzeugt davon, daß jeder der Herren Minister ein großes Opfer bei Übernahme seiner Amtes gebracht hat. Ich habe Herrn Dr. Hugo dahin verstanden, daß er wünscht, daß der Herr Reichswirtschaftsminister mit den Fachleuten in der Fraktion Fühlung nimmt und daß aus dieser Fühlungnahme ein wirtschaftliches Programm zustande kommt. Ich bitte doch, gegen Kritik nicht gar so empfindlich zu sein (von Raumer: Ich wende mich nur gegen die Form der Kritik).

Der Vorsitzende teilt darauf mit, daß folgender Antrag Dr. Cremer vorliegt:

»Die Fraktion wolle beschließen: Der Vorsitzende wird beauftragt, vor Beginn der heutigen Beratungen dem Reichskabinett folgende Forderungen zu unterbreiten: a. Besetzung des Wiederaufbauministeriums mit dem Abg. Kempkes, b. Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Wirth, c. Ausführung der Entwaffnung durch das Ministerium des Innern, d. Vereinbarung eines Aktionsprogramms in Hinsicht auf das Parlament und die Verwaltung in Preußen. Die Deutsche Volkspartei kann die Verantwortung für die weitere Mitarbeit in der Regierung nur bei Berücksichtigung dieser Forderungen tragen und daher nur unter der Voraussetzung ihrer Bewilligung ihr Vertrauen aussprechen«.

Der Vorsitzende Abg. Dr. Becker selbst stellt folgenden Antrag:

»Die Fraktion wolle beschließen: Nach den Vorgängen in Spa, insbesondere der gestrigen Rede des Reichsministers des Äußeren, können Mitglieder der Deutschen Volkspartei in der dermaligen Koalition nur unter folgenden Voraussetzungen verbleiben: 1. Die Wirkungen der Rede des Reichsministers des Äußeren[22] sind durch eine Rede des Vizekanzlers abzuschwächen, die in entsprechender Form von jener

[21] Siehe Dok. Nr. 29, Anm. 8.
[22] Siehe Dok. Nr. 29, Anm. 4, 10.

Rede abrückt, 2. Die Verdienste des Sachverständigen Stinnes sind etwa in Zusammenhang mit denen des Sachverständigen Hué in besonderer Weise und durch ein Regierungsmitglied, das nicht unserer Partei angehört, hervorzuheben, 3. Das Wiederaufbauministerium ist mit einem Angehörigen unserer Partei zu besetzen, 4. Unsere Mitglieder im Kabinett, insbesondere der Vizekanzler, haben ihren Einfluß in allen wichtigen Fragen, auch bei solchen Angelegenheiten zu üben, die nicht im engeren Rahmen ihres Geschäftsbereiches liegen, 5. Zwischen unseren Mitgliedern im Kabinett und der Fraktion muß eine engere Fühlung hergestellt werden, 6. Zentralvorstand und Pressekonferenz sind baldigst zusammenzuberufen, um unseren Parteifreunden im Lande weitestgehende Aufklärung über die Ereignisse der letzten Wochen zu verschaffen«.

In der weiteren Aussprache tritt der Abg. Zapf[23] für die Forderung eines Ministeriums ohne Portefeuille ein. Der Abg. Dr. Becker wendet sich dagegen. Wir hätten früher solche Ministerien aus Sparsamkeitsrücksichten abgelehnt und könnten jetzt nicht selbst derartige Ministerien beantragen. Abg. Dr. Kulenkampff[24] spricht für die Annahme des Antrages Becker. Abg. Kempkes weist darauf hin, daß damals, als er sich bereit erklärt habe, das Amt eines Wiederaufbauministers anzunehmen, die Auffassung herrschte, daß mit diesem Ministerium wenig Ressortverantwortung verbunden sei. Wenn sich das jetzt ändert, dann müsse er sich seine Zusage vorbehalten. Er halte sich nicht für befähigt, eine wirtschaftliche Verantwortung in der Art, wie sie hier Herr v. Raumer dargestellt habe, zu übernehmen.

Abg. Dr. Cremer erklärt, er könnte sich auch mit dem Antrag Becker befreunden, wenn er einen ultimativen Charakter trüge. Es fehle jedoch die Forderung der Beseitigung des Reichsfinanzministers.

Reichsschatzminister von Raumer: Er halte es für ausgeschlossen, jetzt Forderungen in Form eines Ultimatums zu stellen, ohne die Koalition zu sprengen. Die Forderung der Beseitigung Wirths könne in dieser ultimativen Form nicht erhoben werden.

Abg. Dr. Becker stimmt Herrn von Raumer in dieser Frage bei.

Abg. Dr. Stresemann spricht sich gleichfalls gegen einen formulierten Beschluß aus. Wir sollen uns darauf beschränken, den Vizekanzler zu ersuchen, dem Reichskanzler im Sinne des Antrags zu berichten. Dieser Auffassung schließen sich die Herren von Krause, Dr. Kulenkampff, Dr. Hugo, Dr. Sorge und von Kardorff an.

Dr. Cremer weist demgegenüber darauf hin, daß es ihm nicht so sehr auf einen formulierten Beschluß der Fraktion ankomme, sondern nur darauf, daß hier festgelegt werde, welche Wünsche wir haben. Er schlage aber vor, daß diese Wünsche dem Herrn Reichskanzler von Herrn Heinze und Herrn Dr. Stresemann gemeinsam vorgetragen werden. Dementsprechend wird beschlossen.

---

[23] Albert Zapf (1879–1940), Jurist. Seit 1904 Tätigkeit bei den pfälzischen Eisenbahnen und in der dortigen Industrie. Sachverständiger der Versailler Friedensdelegation. Vors. des Hauptvorstandes der Gemeinschaft süddeutscher Zuckerfabrikanten. 1920–1932 MdR (DVP), stellv. Fraktionsvors.

[24] Walther Kulenkampff (1883–1929), Kaufmann und Fabrikant in Magdeburg. Mtgl. des Präsidiums des Zentralverbandes des deutschen Großhandels und des Präsidiums des Hansabundes. 1920–1929 MdR (DVP).

Bezüglich der Rektifizierung der Rede Simons wird an den Herrn Vizekanzler die Bitte gerichtet, daß die Rektifizierung durch ihn, d.h. durch Herrn Heinze, vorgenommen werde. Die Fraktion spricht weiter die Erwartung aus, daß etwaige Angriffe auf Herrn Stinnes von der Regierung selbst zurückgewiesen werden.

Die Sitzung wird darauf bis zum Abend vertagt.

Sitzung am 27. Juli [1920] abends 8 Uhr.

Die Sitzung wird vom stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Becker um 8 Uhr 30 eröffnet.

Abg. Dr. Kulenkampff führt Beschwerde darüber, daß die Abgeordneten während der Verhandlungen in Spa nicht unterrichtet worden seien. Er regt häufigere Sitzungen der Fraktion an. Wir könnten unsere Wähler nur beruhigen, wenn wir ihnen sagen können, daß wir Garantien für die Durchführung unserer Grundsätze erhalten haben.

Abg. Albrecht[25] bespricht Einzelheiten des Kohlenabkommens. Durch Mehrarbeit der Bergleute würde nicht viel zu erreichen sein. Er könne nur davor warnen, den Versuch zu machen, den Achtstundentag abzubauen. Durch Braunkohle könne ein Ersatz nicht geschaffen werden. Wir dürfen es nicht so hinstellen, als ob in Oberschlesien nichts erreicht worden sei.

Abg. Dr. Stresemann skizziert den Gedankengang seiner Rede, die er morgen zu halten gedenke.[26] Er wolle zunächst vor jedem falschen Optimismus bezüglich der Ergebnisse von Spa warnen und die Leistungen hervorheben, die uns das Abkommen auferlegt. Er wolle sich dann mit der Rede Simons beschäftigen und vor allem darauf hinweisen, daß ein Volk, das einen Krieg verloren habe, mit Lob an das Ausland kargen müsse. In diesem Zusammenhang wolle er die Ostfragen behandeln und darauf hinweisen, daß wir keinen Anlaß hätten, dem polnischen Staat irgend welche Sympathiebeweise zu geben. Im Anschluß daran wolle er die Verhältnisse in Rußland besprechen, wobei er zu ganz anderen Ergebnissen kommen würde wie der Herr Außenminister. Er würde dabei Gelegenheit nehmen, auch mit den Unabhängigen abzurechnen. Er habe dann weiter auch die Absicht, die Frage der französischen Gesandtschaft in München zu streifen und dabei die resignierte Haltung des Herrn Außenministers zu bedauern. Für etwaige weitere Anregungen wäre er sehr dankbar.

Abg. Beythien: Die Partei befinde sich zweifellos in einer schwierigen Lage. Aber wir dürfen uns auch zutrauen, daß wir durch die nötige Aufklärung unserer Wähler über die Situation hinwegkommen. Es war zweifellos eine seelische Qual, die Rede des Herrn Simons anhören zu müssen, aber die heutige zweite Rede habe vieles wieder gutgemacht.[27] Man habe auch in der Öffentlichkeit den Eindruck, daß diese Rektifizierung durch uns veranlaßt sei. Den Wunsch einer besseren Verbindung zwi-

[25] Helmuth Albrecht (1885–1953), Bergassessor. Seit 1914 in der Kaliindustrie tätig. Generaldirektor von Kaliwerken in Volpriehausen. 1920–1930 MdR (DVP).
[26] Stresemann sprach am 28.7.1920, siehe VRT, Bd. 344, S. 310–320.
[27] Siehe Dok. Nr. 29, Anm. 10.

schen Regierung und Fraktion müsse auch er unterstreichen. Die Verbindung müsse hergestellt werden ohne Empfindlichkeit und ohne Schärfe. Aber wir müssen auch etwas warten können. Den Gedanken der Schaffung eines Arbeitsprogramms stimme er bei.

Abg. Dauch bespricht das Kohlenabkommen im einzelnen und dabei besonders die Preisfrage. Durch die vorgesehene Regelung werde uns ein ganz gewaltiges Opfer von 1,8 Milliarden Mark auferlegt. Abg. Dauch beschäftigt sich dann eingehend mit dem Minister Simons und dessen Außenpolitik. Auswärtige Politik dürfe nur getrieben werden unter Zugrundelegung der tatsächlichen Verhältnisse. Die Gefühle müßten ausscheiden. Man darf nicht immer feststellen, was recht und billig ist, das sei der Hauptfehler des Herrn Simons. Unsere Aufgabe ist, Zeit zu gewinnen; die Zeit arbeitet für uns. Der Haß verschwindet allmählich, und dann zeigen sich im Osten sicherlich neue Möglichkeiten. Jeder Minister muß sich als Anwalt seines Volkes fühlen, nicht als objektiver Richter. Der Kritik Dr. Hugos stimme er sachlich bei. Er möchte aber betonen, daß wir hier ohne jede persönliche Schärfe verhandeln müssen.

Frau Abg. Mende erkundigt sich nach dem Schicksal ihrer Anfrage bezüglich der französischen Fahnenaffäre[28] und stellt die Frage, ob die Offiziere der Sicherheitswehr tatsächlich ohne jede Entschädigung verabschiedet worden sind und ob Beweise für ihre Schuld vorhanden sind. Herr Dr. Heinze erwidert darauf, daß die betreffenden Offiziere und Beamten entlassen worden sind, weil sie ihre Pflicht nicht erfüllt haben.

Im Anschluß daran wird die Frage der Auslieferung derjenigen Beamten erörtert, die den »Präsidenten« Dorten in Wiesbaden verhaftet haben.[29]

Abg. Dr. Cremer: Er halte seinen Antrag von heute vormittag aufrecht. Der Finanzminister Wirth sei in Spa der Träger aller Schwierigkeiten gewesen. Herr Wirth trage auch die Verantwortung für die Auswahl der Finanzsachverständigen. Er habe eine ganz schädliche Rolle gespielt. Auch Herr Stinnes habe geäußert, es wäre geradezu katastrophal, wenn Herr Wirth nach Genf ginge. Er habe den Eindruck, daß das Zentrum sich nicht allzu stark um Herrn Wirth bemühen werde. Die Koalition brauche uns, deshalb sei jetzt die Gelegenheit gegeben, Forderungen zu erheben.

Abg. Dr. Stresemann: Er habe heute vormittag den Vertrauensantrag unterschrieben[30], der dahin ginge, daß der Reichstag die Gründe würdigt, welche die Delegation in Spa bewogen haben, dem Abkommen zuzustimmen. Wenn wir also den Antrag Cremer annehmen, dann müßte er die Unterschrift sofort zurückziehen. Er glaube aber, daß wir, wenn wir vorwärtskommen wollten, besser daran täten, den Vorstand der Fraktion mit der Aufstellung eines Programms zu beauftragen, und daß wir dieses Programm dann in einer besonderen Fraktionssitzung durchsprechen. Ist dieses Programm genehmigt, dann wäre der Vorsitzende damit zu beauftragen, dem Reichskanzler das Programm zu unterbreiten und mit ihm über seine Durchführung zu verhandeln.

[28] Siehe Dok. Nr. 29, Anm. 11.
[29] Siehe Dok. Nr. 29, Anm. 9.
[30] Siehe Dok. Nr. 29, Anm. 13.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. v. Schoch[31], v. Kemnitz, Gildemeister[32], Dr. Becker, Leutheußer[33], Freiherr v. Rheinbaben, Seibert[34], Westermann[35], Dr. Curtius und vom Geschäftsführenden Ausschuß die Herren Geheimrat Rose und Dr. Hartmann. Freiherr von Rheinbaben empfiehlt im besonderen, daß der Fraktionsredner auf die im Protokoll verzeichnete Zusage bezüglich Oberschlesiens hinweise und die Erwartung ausspreche, daß das dort gegebene Versprechen eingelöst werde.[36] Geheimrat Rose hebt hervor, daß in Spa die Transportfrage gar nicht erörtert worden [sei]. Er bezeichnet es für notwendig, daß wir uns frühzeitig über Genf aussprechen. Wir müßten vorbauen, daß nicht etwa wieder die Herren Rathenau und Bonn dazu ausersehen werden, uns in Genf zu vertreten. Abg. Seibert bespricht gleichfalls die Transportfrage. Wenn nicht schon bei der Förderung, so würden wir sicherlich bei der Beförderung der Kohlen Fiasko machen.

Zum Schluß wird folgender Antrag Becker einstimmig angenommen:

»Die Fraktion beschließt: Der Vorstand wird ersucht, spätestens bis zum Ende dieser Woche unter Berücksichtigung der im Verlaufe der Erörterungen dieser beiden Tage hervorgetretenen Wünsche der Fraktion Vorschläge darüber zu machen, wie der Einfluß der Deutschen Volkspartei in der Regierung verstärkt werden kann«.

Dr. Cremer hatte vorher seinen Antrag zugunsten dieses Antrags zurückgezogen. Ferner werden die Herren Dr. Hugo, Gildemeister und Dauch beauftragt, mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister über ein Wirtschaftsprogramm des Kabinetts zu verhandeln. Die Reichsgeschäftsstelle wird beauftragt, für weitgehende Aufklärung des Landes über die Stellungnahme der Partei zu den Verhandlungen von Spa zu sorgen. Die Einberufung des Zentralvorstandes wird für September in Aussicht genommen.[37]

Schluß der Sitzung 11 Uhr 40 Minuten.

[31] Karl Ritter v. Schoch (1863–1940). 1908 Generalmajor und Abteilungschef im bayerischen Kriegsministerium. 1916 Abschied als Generalleutnant. 1920–1924 MdR (DVP); führender Politiker in der DVP Bayerns.

[32] Alfred Gildemeister (1875–1928), Rechtsanwalt und Notar in Bremen. 1919–1927 Mtgl. der Bremischen Bürgerschaft (DVP). 1920–1928 MdR (DVP). Präsidialmtgl. des Deutschen Wirtschaftsbundes.

[33] Richard Leutheußer (1867–1945), Jurist. 1907–1918 MdL Herzogtum Gotha (NLP). Seit 1919 Vors. des Landesverbandes Thüringen. 1920–1930 MdR (DVP). 1924 Minister für Volksbildung und Justiz in Thüringen.

[34] Theodor Seibert (1870–1936), Schlosser und Lokomotivführer. 1907–1919 Kreisvors. des Lokomotivführerverbandes in Frankfurt/M. 1920–1928 MdR (DVP).

[35] Heinrich Westermann (1855–1925), Landwirt. 1898–1918 MgPrAH (NLP). 1903–1907 MdR (NLP). 1920–1924 MdR (DVP). 1923 Vors. des Landwirtschaftsausschusses der DVP.

[36] Siehe Dok. Nr. 28, Anm. 25.

[37] Siehe Dok. Nr. 32a, b.

31.

13. September 1920: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/53, p. 511–530. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 1.[1] Überschrift: »Streng vertraulich. Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. Sitzung am 13. September 1920 im Reichsklub«.[2]

Abg. Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Es wird alsbald in die Tagesordnung eingetreten.

1. Die politische Lage.

Abg. Dr. Stresemann führt dazu folgendes aus: Es sind in den letzten Wochen zahlreiche Anregungen an mich, an die Reichsgeschäftsstelle und an die Fraktion ergangen, die sich teils auf Einberufung des Zentralvorstandes, teils auf die der Wahlkreisvorsitzenden beziehen. Die Anregungen und Entschließungen sind fast alle von demselben Geist eingegeben. Die Landesverbände und Ortsvereine sehen die Lage der Partei als gefährdet an. Es wird eine Gelegenheit zur Aussprache verlangt. Beklagt wird vor allem der geringe Einfluß der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung. Die Kritik an Einzelheiten tritt zurück gegenüber dem allgemein geäußerten Bedauern über das Schwinden der Autorität auch dieser Regierung namentlich gegenüber den Eisenbahnern.[3] Im einzelnen kommen Klagen über die Haltung gegenüber den französischen Sühneforderungen, über den langsamen Abbau der Zwangswirtschaft[4], ferner wird Beunruhigung geäußert über etwaige Absichten der

---

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 2) befindet sich auch im PA NL Stresemann 211.

[2] Berlin, In den Zelten 21. Laut beigefügter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Becker (Hessen), Blüher, Cremer, Curtius, Frau Dehmel, Flathmann, Garnich, Frau Hoffmann, Hollmann, Kuhbier, Kempkes, Leidig, Frau Mende, Meyer (Herford), Mittelmann, Moldenhauer, Piper, v. Richter, Rießer, Sachs, Frau Schönherr, v. Schwabach, Stresemann. Von der Reichsgeschäftsstelle: Brüninghaus, Kockelkorn, Schütz, Spieß, Stocksiek, Trucksaess. Entschuldigt: Frau Bassermann, Brandi, Dusche, Heinze, Knebel, Frau v. Oheimb, Rose. Nach dem Bericht Dingeldeys an die Mitglieder des Landesausschusses der hessischen DVP (siehe Dok. Nr. 32b) hat auch Dingeldey an der Sitzung teilgenommen. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. 2. Einberufung des Zentralvorstandes. 3. Aussprache über die Finanzlage der Partei. 4. Präsidentenwahlen. 5. Landtagswahlen. 6. Verschiedenes (Fall Thaer-Mittelmann, Antrag Frau v. Oheimb auf Einsetzung einer Schlichtungskommission, Vorschlag zur Schaffung eines wirtschaftlichen Ausschusses).

[3] Mitte August waren zahlreiche Züge, die Güter für die ostpreußische Sicherheitspolizei enthielten, von den Eisenbahnern nicht abgefertigt oder angehalten worden. Zu den Auseinandersetzungen zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichsinnenministerium sowie dem deutschen Eisenbahnerverband und der Berliner Gewerkschaftskommission um die Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporte auf deutschen Eisenbahnen durch die örtlichen Arbeiterausschüsse siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 41, 54, 58. Am 24.8.1920 meldete der »Vorwärts«, »Die Richtlinien für die Eisenbahner«, Nr. 420, in einer Besprechung mit Vertretern der Reichsregierung sei eine Einigung dahingehend erzielt worden, nachweisbare Transporte für die Reichswehr durchzulassen, nicht jedoch solche für die »Reaktion«.

[4] Am 24.8.1920 war die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln und damit die staatliche Preisfestsetzung aufgehoben worden, siehe RGBl. 1920, S. 1609; Schumacher, Land, S. 130ff.

Regierung, nach dem Reichsnotopfer[5] nun auch noch eine Zwangsanleihe[6] einzuführen.

Ich möchte meine eigene Meinung nicht vorwegnehmen. Aber ich möchte noch von folgenden Vorgängen Mitteilung machen. Ich habe mit den Führern der beiden anderen Regierungsparteien, den Abg. Schiffer[7] und Spahn[8], Fühlung genommen. Die Aussprache, die vertraulich war, hat dazu geführt, daß wir uns zum Reichskanzler begeben und dort ausgeführt haben, daß die Parteien, die heute die Verantwortung für die Regierungspolitik mitzutragen hätten, mit der Regierung außerordentlich unzufrieden wären.[9] Der Besuch hatte den Erfolg, daß der Sechste Ausschuß der Eisenbahner, der sich während des Besuches angemeldet hatte, vom Reichskanzler nicht empfangen wurde, wie denn auch die Haltung der Regierung gerade in dieser Frage durch die Anwesenheit der Parteiführer beim Reichskanzler beeinflußt wurde. Wir haben dem Reichskanzler gegenüber weiter zum Ausdruck gebracht, daß keine Fühlung zwischen der Regierung und den Regierungsparteien bestünde. Wir haben auch die oberschlesische Frage mit ihm besprochen und haben hier gleichfalls die Haltung der Regierung wesentlich nach der nationalen Seite hin beeinflußt. Ich habe dann mit Schiffer und Spahn auch den Hinzutritt der Sozialdemokratie zur Regierungskoalition erörtert. Die Sozialdemokratie ist privatim an das Zentrum und an die Demokraten herangetreten, mit dem Plan, etwa im Herbst die Deutsche Volkspartei auszuschalten und sie durch die Sozialdemokratie zu ersetzen. Spahn habe erklärt, daß jede Diskussion über die Frage des Ausscheidens der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen sei, es könne nur der Hinzutritt der Sozialdemokratie zur jetzigen Koalition in Frage kommen. Schiffer schloß sich dieser Erklärung an. Vom Standpunkt der Deutschen Volkspartei aus ist ein Hinzutritt der Sozialdemokratie in der jetzigen Situation an sich nicht zu wünschen, denn die Sozialdemokratie wird sicherlich die wichtigsten Posten beanspruchen. Es war mir allerdings zweifelhaft, inwieweit Schiffer und Spahn ihre Fraktionen hinter sich haben. Fehrenbach selbst scheint in dieser Frage sehr unzuverlässig zu sein. Wir waren also einig in der Frage, daß die

[5] Als »Reichsnotopfer« wurde die durch das Gesetz vom 31.12.1919 (RGBl. 1919, S. 2189f.) zur Deckung der Reichsschuld angeordnete einmalige große Vermögensabgabe bezeichnet, die zwischen 10% und 65% betrug; zu den Grundzügen der Finanzpolitik Wirths siehe Kabinett Fehrenbach, S. XLIX–LII; zum energischen Widerstand der DVP gegen dieses Gesetz siehe auch Dok. Nr. 36; Leuschen-Seppel, S. 39ff.

[6] Unter einer »Zwangsanleihe« wurde eine unverzinsliche oder sehr niedrig verzinste Anleihe verstanden, deren Übernahme der Staat zwangsweise anordnete; in der Kabinettssitzung vom 9.9.1920 hatte sich Reichsschatzminister v. Raumer (DVP) scharf gegen die gleichzeitige Erhebung von Reichsnotopfer und Zwangsanleihe ausgesprochen, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 67, 73.

[7] Eugen Schiffer (1860–1954), Verwaltungsgerichtsrat in Berlin. 1903–1918, 1921–1924 MdL Preußen, 1912–1917, 1919–1924 MdR (NLP/DDP). 1918 StS des Reichsschatzamts, Febr.–April 1919 Reichsfinanzminister, Okt. 1919–März 1920, Mai–Okt. 1921 Reichsjustizminister. Juni–Okt. 1919, Juni 1920–Juni 1921 Vors. der DDP-Reichstagsfraktion.

[8] Peter Spahn (1846–1925), Jurist. 1905 Oberlandesgerichtspräsident in Kiel, dann in Frankfurt/M. 1882–1888, 1891–1908 MgPrAH (Zentrum). 1884–1917, 1919–1925 MdR, 1912–1917 Vors. der Zentrumspartei.

[9] Reichskanzler Fehrenbach teilte in der Kabinettssitzung vom 9.9.1920 mit, »daß die Abgeordneten Stresemann, Schiffer und Burlage an ihn herangetreten seien, um eine intimere Fühlung der Regierung mit den Parteien anzuregen. Dem stimme er zu«, Kabinett Fehrenbach, Dok. 67, S. 174; siehe auch Arns, S. 117f.

Sozialdemokraten, wenn sie in die gegenwärtige Regierungskoalition eintreten wollten, dies tun könnten unter der Bedingung, daß ihnen die Sitze eingeräumt werden, die ihnen zahlenmäßig zukommen, aber keinesfalls mehr. Ich habe dann weiter angeregt, daß wir hinzufügen, daß wir unsererseits keine Schritte für den Eintritt der Sozialdemokratie tun. Spahn jedoch war damit nicht einverstanden.

Wenn jetzt unsere Freunde im Lande unseren Austritt aus der Regierung verlangen, dann müssen wir kaltes Blut bewahren. Meines Erachtens wäre unser Austritt der größte Fehler. Was falsch ist, ist nicht unsere Beteiligung an der Koalition, sondern der mangelnde Einfluß, den wir in der Regierung haben. Die Fraktion habe sich in ihrer letzten Sitzung im August eingehend mit dieser Sachlage beschäftigt. Der Beschluß, Herrn v. Kardorff als Vizekanzler in Vorschlag zu bringen, dem Herr Dr. Heinze zugestimmt hat, sei durch eine Indiskretion gröbster Art gescheitert, indem die »Kölnische Zeitung« den Plan veröffentlicht habe[10], bevor er mit Herrn von Kardorff und dem Reichskanzler habe Fühlung nehmen können. Jetzt sei die Sachlage natürlich viel schwieriger. Heute irgendeinen Beschluß in dieser Hinsicht zu fassen, erscheint ihm untunlich, da damit der Entscheidung der Fraktion, die in Kürze zu einer offiziellen Sitzung zusammentrete, vorgegriffen würde. Richtig erscheint ihm aber, eine Entschließung an die Regierung in der Frage zu richten, in der man die bittersten Vorwürfe erheben müsse, nämlich in der oberschlesischen Frage. Gewiß haben wir in Oberschlesien keine Macht, aber es sei ihm zum Beispiel von durchaus zuverlässiger Seite mitgeteilt worden, daß dem Auswärtigen Amt vier Wochen vor Beginn des polnischen Aufruhrs[11] Photographien der polnischen Aufruhrbefehle übergeben worden seien, an deren Echtheit nicht gezweifelt werden konnte. Trotzdem sei nichts geschehen. Jede Tätigkeit der Regierung fehlte. Die Regierung scheint auch gar keine Presse mehr zu haben. Weder die »Deutsche Allgemeine Zeitung« noch das W.T.B. verteidigt die Regierungspolitik.[12]

Zusammenfassend wollte er sagen, daß wir nicht eine Änderung in der Koalition wünschen möchten, wohl aber eine stärkere Aktivität unserer Vertreter in der Regierung, und zwar ganz allgemein, mit größter Beschleunigung aber besonders in der oberschlesischen Frage. Kennzeichnend für die augenblickliche Situation sei folgendes Telegramm, das er gestern von unseren Organisationen in Mittel- und Oberschlesien erhalten habe: »Lage in Oberschlesien verschlechtert. Franzosen drängen

[10] Die »Kölnische Zeitung« meldete am 6.8.1920, Nr. 677, daß »eine Ergänzung des Reichskabinetts« geplant sei, wobei das Amt des Vizekanzlers als »selbständiger Posten« mit v. Kardorff besetzt werden sollte.

[11] Mitte August 1920 war im oberschlesischen Abstimmungsgebiet ein polnischer Aufstand ausgebrochen, in dessen Verlauf die gesamte deutsche Abstimmungsorganisation zerschlagen wurde und zahlreiche Deutsche erhebliche materielle Verluste erlitten, siehe Schultheß 1920 I, S. 238–242; Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 63; Doose, S. 183f. Am 27.8. war es in Beuthen zwischen Vertretern der deutschen Parteien und dem polnischen Plebiszitkommissar Korfanty zu Verhandlungen über eine Beendigung des Aufstandes gekommen, die am 28.8.1920 zu einem Abkommen führten, dessen wesentliche Bestimmungen am selben Tage in einem Aufruf veröffentlicht wurden, siehe Schultheß 1920 I, S. 241.

[12] Die regierungsoffizielle »Deutsche Allgemeine Zeitung« war im Mai 1920 von Stinnes erworben worden, siehe Dok. Nr. 27, Anm. 26 sowie Heinz-Dietrich Fischer, Deutsche Allgemeine Zeitung, in: ders., Zeitungen, S. 269–282; zum W.T.B. siehe Basse, S. 217ff.

auf baldige Abstimmung[13], die bei der heutigen Lage Verlust ganz Oberschlesiens bedeutet. Es fehlt an staatlichen Organen, die deutsche Stimmabgabe ohne Lebensgefahr ermöglichen, ungefährdete Zureise Abstimmungsberechtigter aus dem Reiche sicherstellen, richtige Listeneintragung für Deutsche gewährleisten, Beschwerden gerecht erledigen. Zwangsweise Vertriebene müssen Abstimmungsrecht zurückerhalten. Solange Vorbereitungen für freie Abstimmung nicht gewährleistet, muß Abstimmung durch Regierung unter allen Umständen verhindert werden. Persönlichkeit des deutschen Bevollmächtigten[14] genießt in weiten Kreisen kein Vertrauen. Zusammengefaßte nationale Propaganda nach Muster Schleswig und Ostpreußen unbedingt nötig. Partei muß sich sofort nachdrücklichst dafür einsetzen, da bisherige Organisation größten Teils zerschlagen«.

Es wird sodann in die Aussprache eingetreten.

Abg. Brüninghaus: Teilt mit, daß er von Herrn v. Kardorff erfahren habe, daß der deutsche Bevollmächtigte für Oberschlesien, Fürst Hatzfeldt, auf dem Standpunkt der Autonomie stehe[15] und dies bereits als das kleinere Übel ansieht.

Generalkonsul v. Schwabach: Die Propaganda in der Presse, besonders auch in der ausländischen, sei für die oberschlesische Frage außerordentlich wichtig. Im Auswärtigen Amt denke man allenfalls noch an die Schweiz und an Holland. Wichtig sei aber jetzt vor allem Italien. Italien stehe bezüglich Oberschlesiens durchaus auf unserem Standpunkt. Zur Frage des Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung wolle er bemerken, daß seines Wissens die Sozialdemokratie auf das Auswärtige Amt den größten Wert lege. Das würde ein außerordentlicher Schaden sein.

Oberpräsident von Richter: Das Bild der politischen Lage sei betrübend, nicht nur für unsere Partei, sondern auch für das Vaterland. Die Mißstimmung in unseren Reihen sei zurückzuführen auf die Überzeugung, daß die Hoffnungen, die wir vom Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung uns gemacht haben, nicht in Erfüllung gegangen sind. Das gelte vor allem bezüglich der Durchsetzung der Staatsautorität. Es herrsche die Auffassung, daß die Männer, die unsere Partei in der Regierung vertreten, oder wenigstens ein Teil von ihnen, nicht die aufrechten Männer seien, die sie sein müßten.

Besonders wichtig sei das Verhältnis des Reichs zu Preußen. Es war früher schon unmöglich, daß das Reich und Preußen eine verschiedene Politik trieben. Damals

[13] Die Volksabstimmung in Oberschlesien fand am 20.3.1921 statt, wobei ca. 707000 Oberschlesier für den Verbleib bei Deutschland und ca. 480000 für den Anschluß an Polen stimmten; zur Debatte im Kabinett über eine Verschiebung des Abstimmungstermins siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 64.

[14] Hermann Fürst von Hatzfeldt-Wildenburg (1867–1941), Diplomat. 1908–1910 Generalkonsul, 1910–1912 Gesandter in Kairo, 1920–1923 Reichs- und preußischer Staatskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete.

[15] Polen hatte bereits am 17.7.1920 ein Autonomiegesetz für Oberschlesien erlassen; zu den oberschlesischen Bestrebungen zur Bildung eines eigenen reichsunmittelbaren Landes Oberschlesien und zu dem im November 1920 erlassenen Autonomiegesetz, nach dem die Oberschlesier in einem vereinfachten Verfahren nach Art. 18 IV und V WRV über ihre Selbständigkeit abstimmen sollten, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 64, 91, 92, 121.

war dieser Zustand noch zu erklären durch das verschiedene Wahlrecht.[16] Jetzt aber haben wir dasselbe Wahlrecht im Reich und in Preußen und doch zweierlei Politik. Brutal herrsche in Preußen die Sozialdemokratie. Sollen wir nicht die Möglichkeit haben, durch unsere Freunde im Reiche auf Zentrum und Demokraten zu drücken und ihnen zu sagen, daß wir diese Mißwirtschaft in Preußen unter keinen Umständen länger mitansehen. Diese Wirtschaft kann doch auf die Dauer unmöglich auch dem Zentrum und den Demokraten genehm sein. Bezüglich des Abbaus der Zwangswirtschaft müsse er auf die bedenklichen Zustände, die augenblicklich in Hannover herrschten, hinweisen. Es gebe dort überhaupt keine Kartoffeln mehr. Darin liege eine Gefahr für die Partei bei der Preußenwahl. Das Verhalten der Regierung, besonders des Auswärtigen Amts in der oberschlesischen Frage, erinnere an die schlimmste Zeit unter Bethmann. Wir können den Vorwürfen unserer Freunde auf die Dauer nur entgegentreten, wenn wir dafür sorgen, daß wir in stärkerer Weise in der Regierung zur Geltung kommen. Wie wir aber das machen wollen, wenn auch noch die Sozialdemokraten eintreten, sei nicht abzusehen. Er würde es sehr begrüßen, wenn Herr von Kardorff den Posten des Vizekanzlers übernehme.

Abg. Dr. Becker: Er bedauere, daß die Herren, an deren Adresse sich unsere Klagen richten, heute fehlen. Wir sind mit großen Hoffnungen aus den Wahlen gekommen, jetzt aber herrscht Enttäuschung. Richtig ist, daß vielfach Gefühlsmomente mitspielen. Sechzig Männer können nicht auf einmal die ganze bisherige Politik aus den Angeln heben. Aber es gibt doch sehr viele Punkte, in denen die Kritik wohl berechtigt ist. Unsere Wählerschaft war in den ersten Wochen, als zunächst alles so blieb, noch nicht ungeduldig. Als dann aber die Eisenbahnersache kam, wurde man mißtrauisch. Der Erlaß Groeners[17] war mit der Staatsautorität nicht vereinbar. Wo waren da die Vertreter der Deutschen Volkspartei? Auch das Verhalten Groeners in der Frage des Steuerabzugs[18] ist scharf zu mißbilligen. Im Kabinett aber scheint sich niemand dafür zu finden, der Herrn Groener auf das Unhaltbare seines Handelns aufmerksam macht.

Hinsichtlich der Preußenwahlen hat Herr Dr. Heinze das letzte Mal[19] auf die stille Arbeit in dieser Hinsicht hingewiesen, aber leider hat man bis jetzt nichts davon gemerkt. In der Frage der Sozialisierung der Wirtschaft hat man von unseren Mini-

[16] Bei den Wahlen zum Reichstag galt im Kaiserreich das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer, während bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus das zwar allgemeine, aber indirekte, ungleiche und öffentliche Dreiklassenwahlrecht angewandt wurde.

[17] Wilhelm Groener (1867–1939), Nachfolger Ludendorffs als Erster Quartiermeister der 3. OHL. 1920–1923 Reichsverkehrsminister. 1928–1932 Reichswehrminister, 1931/32 außerdem Reichsinnenminister. Groener blieb parteilos, galt aber als der DDP nahestehend. Die Reichsregierung hatte am 25. und 30.7.1920 ein Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen und Munition erlassen (RGBl. 1920, S. 1469, 1485). Zu den Beratungen des parlamentarischen Beirats beim Reichskommissar für Entwaffnung über die Kontrolle der Verordnung siehe Schultheß 1920 I, S. 249.

[18] Die §§45ff. des Einkommensteuergesetzes vom 29.3.1920 (RGBl. 1920, S. 359f.) legten fest, daß der Arbeitgeber zu Lasten des Arbeitnehmers 10% des Lohnes als Steuer abzuführen hatte; dieser Abzug wurde dann am Jahresende auf die vom Arbeitnehmer zu zahlende Einkommensteuer angerechnet. Bei der Durchführung des Lohnabzugs kam es zu erheblichen Unruhen unter der Arbeiterschaft, in Württemberg sogar zu einem Generalstreik, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 59, 67.

[19] Siehe Dok. Nr. 29, S. 330f.

stern auch nichts gehört. Er könne es wohl verstehen, wenn das Kabinett sich in dieser Frage zurückhält. Aber der Reichsarbeitsminister habe öffentlich erklärt, die Kohle wäre nur der Anfang.[20] Der Reichswirtschaftsminister muß dafür sorgen, daß auch die anderen Kabinettsmitglieder Zurückhaltung üben. Es wird weiter allgemein behauptet, daß der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Hirsch, noch nie so fest gesessen haben soll wie gegenwärtig.

Die Minister Koch und v. Raumer haben beide eine Reise ins Rheinland unternommen. Koch habe Fühlung mit seinen demokratischen Parteifreunden genommen, von Herrn v. Raumer habe niemand etwas gemerkt. Dadurch wächst die Mißstimmung unter unseren Freunden. Könnte nicht der Fürst Hatzfeldt in Oberschlesien durch Herrn von Kardorff ersetzt werden? Was den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung anlange, so würde er es für bedauerlich halten, wenn wir uns um die Sozialdemokratie bemühen würden. Kommt es dazu, dann müssen wir den Eintritt allerdings über uns ergehen lassen. Das ist aber auch alles. Das Reichswirtschaftsministerium werde uns sicher genommen werden, und dann würden die Sozialisierungsgedanken in verstärktem Maße einziehen. Es ist die höchste Zeit, daß wir jetzt versuchen zu retten, was noch zu retten ist. Die Ausführungen des Herrn von Richter über die Wirkung der Aufhebung der Zwangswirtschaft seien ihm interessant gewesen. Er müsse aber feststellen, daß im Westen sich keinerlei Schwierigkeiten ergeben hätten.

Der Vorsitzende teilt mit, daß Herr Dr. Scholz auf besondere Einladung um drei Uhr nachmittags zur Sitzung erscheinen wird, daß es sich infolgedessen empfehle, die Fragen, die speziell das Ressort des Herrn Dr. Scholz betreffen, jetzt zurückzustellen. Zur Frage der Neuwahlen in Preußen[21] bemerkt der Vorsitzende, daß er hierüber auch mit den Herren Schiffer und Spahn gesprochen habe. Schiffer habe sich dahin geäußert, daß er für baldigste Auflösung der preußischen Landesversammlung eintreten würde. Spahn meinte, die Frage müsse sehr vorsichtig behandelt werden, da seine Freunde im preußischen Abgeordnetenhaus an die Sache nicht heran wollten. Er wollte aber versuchen, auf sie einzuwirken. Herr von Kardorff habe ihm andererseits gesagt, daß er auch den Führer des Zentrums im Abgeordnetenhaus, Herrn Dr. Porsch[22], für die Auflösung gewonnen habe.

Was die Durchsetzung unseres Einflusses im Kabinett anlange, so liegt eine große Schwierigkeit in der Art und Weise, wie die Kabinettssitzungen heute verlaufen. Es sei ein Parlament im kleinen, und es sei aus rein äußeren Gründen unmöglich, daß

[20] Die vom Reichskabinett im Mai eingesetzte Sozialisierungskommission veröffentlichte ihren »Bericht über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus« am 3.9.1920; zum Inhalt siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 73, Anm. 15. Zu den im Kabinett entstehenden erheblichen Meinungsverschiedenheiten in der Bewertung des Berichts siehe ebd., Dok. 43, 73, 79, 82, 130.

[21] Ein genauer Termin für die Neuwahlen des preußischen Landtags stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest. Die SPD-Fraktion in der preußischen Landesversammlung bemühte sich angesichts der Wahlniederlage vom 6.6.1920, den Termin möglichst weit hinauszuschieben; erst nach zähem Ringen zwischen den Parteien wurden die Neuwahlen für den 20.2.1921 festgesetzt. Zu den Auseinandersetzungen um den Wahltermin und zu den Vorarbeiten und der Verabschiedung des preußischen Wahlgesetzes siehe »Der preußische Wahlgesetzentwurf«, DVP-Nachrichtenblatt 40/41 (13.10.1920) sowie Schulze, S. 320f.; Möller, S. 138ff.; 233ff.

[22] Felix Porsch (1853–1930), Dr. iur. 1881–1893 MdR (Zentrum). 1884–1930 MdL Preußen. 1904–1930 Vors. der preußischen Zentrumsfraktion.

jeder Minister den ganzen Verhandlungen folgen könne. Vielleicht müsse auch hier eine Änderung dahin ins Auge gefaßt werden, daß ein engeres politisches Kabinett gebildet werde.

Abgeordneter Dr. Cremer[23]: In der letzten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses[24] wurde von den meisten Seiten die Gefahr des Bolschewismus außerordentlich drohend veranschlagt und unter dem Drucke dieser Gefahr die Notwendigkeit scharf betont, im Reiche und in Preußen so schnell wie möglich einen Damm gegen den Umsturz von links aufzurichten. Ich habe damals vor einer Überschätzung der bolschewistischen Gefahr gewarnt und prophezeit, daß bis zur Überwindung Polens durch den Bolschewismus noch mindestens ein halbes Jahr vergehen werde. Trotz der polnischen Waffenerfolge[25] bin ich der bestimmten Überzeugung, daß der Bolschewismus in einigen Monaten tatsächlich in Warschau stehen wird. Nach wie vor gilt es also, den Bolschewismus in Deutschland zu überwinden, ehe er von Rußland aus unmittelbar unterstützt werden kann. Durch die Zersetzung der Unabhängigen[26] haben sich in Deutschland selbst die Dinge verschoben, es wird sich in Kürze eine starke kommunistische Partei bilden, und diese wird geneigt sein, mit illoyalen Mitteln und auch mit Gewalt ihre Ziele zu verwirklichen. Die endgültige Beseitigung der kommunistischen Gefahr ist möglich, wenn die heutige Koalition hinlänglich verbreitert wird. Das parteitaktische Interesse des Mehrheitssozialismus steht der Verbreiterung bis auf weiteres im Wege. Um den Mehrheitssozialismus zur aktiven Mitarbeit für die Erhaltung der Ordnung zu zwingen, sei vorläufig die Taktik geboten, ihn kühl zu behandeln und im Interesse der taktischen Stellung unserer Partei [sei es] erwünscht, gegen den Willen der Mehrheitssozialdemokratie zu erzwingen die wichtigsten Forderungen: Auflösung der Preußenversammlung, Durchsetzung der Staatsautorität und entschiedene Haltung in den nationalen Fragen.

Die Kritik draußen im Lande knüpft an die Tatsache an, daß in diesen Richtungen bisher sozusagen nichts erreicht sei und eine offenkundige Schwäche in der Haltung der volksparteilichen Reichsminister allgemein empfunden werde. Diese Kritik werde man leicht zum Schweigen bringen, sobald man Stärke zeige und in den drei genannten Richtungen Erfolge innerhalb des Kabinetts und dadurch der Öffentlichkeit [erringe]. Die Kritik im Lande richtet sich nicht gegen das Programm der Partei, sondern gegen die Art seiner Vertretung durch führende Männer der Partei. Man müsse daher an der Forderung festhalten, die Vizekanzlerschaft vom Reichsjustizministerium zu trennen und in die Hand einer energischen Persönlichkeit zu legen. Dr. Cremer betonte dann noch, daß von einer Mißstimmung über die Aufhebung der

[23] Die Ausführungen Cremers vermochte Trucksaess nicht mitzuschreiben, da er »bei der Führung des Protokolls [...] durch mehrere Gespräche« gestört wurde, wie er Cremer am 21.9.1920 mitteilte, BAK R 45 II/53, p. 423; Cremer ergänzte seine Ausführungen dann im Protokoll, ebd., p. 427.

[24] Siehe Dok. Nr. 30.

[25] Siehe Dok. Nr. 28, Anm. 20.

[26] Die Frage eines Beitritts zur Dritten Internationale und damit einer straffen Unterordnung unter die Weisungen des Moskauer Exekutivkomitees führten im Sommer zu einer Zerreißprobe in der USPD und auf dem Parteitag in Halle (12.–17.10.1920) zur Spaltung der Partei, siehe Krause, S. 185–205; David W. Morgan, The Socialist Left and the German Revolution. A History of the Independent Social Democratic Party 1917–1922, Ithaca 1975, S. 232ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 471ff.

Zwangswirtschaft nach seinen Beobachtungen in den industriellen Bezirken im großen und ganzen nicht die Rede sein kann, im Gegenteil habe man bisher sowohl im Ruhrbezirk als im mitteldeutschen Becken recht gute Erfahrungen mit der freien Kartoffelwirtschaft gemacht.

Auf Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Kempkes wird die politische Aussprache hier abgebrochen.

2. *Einberufung des Zentralvorstandes. Es wird beschlossen, die nächste Sitzung des Zentralvorstands*[27] *sowie der Wahlkreisvorsitzenden und -geschäftsführer am 4. und 5. Oktober 1920 in Hannover abzuhalten. Der Termin für einen Parteitag soll vom Zentralvorstand beschlossen werden. Zur Vorbereitung der Zuwahlen zum Zentralvorstand wird eine Kommission eingesetzt (Stresemann, Flathmann, Rose, Leidig, Frau Mende).*

3. Finanzlage. Abgeordneter Kempkes als Vorsitzender des Rechnungsausschusses führt dazu aus, daß sich ein Eingehen auf Einzelheiten im Geschäftsführenden Ausschuß erübrigt, daß aber um so mehr darauf hingewiesen werden müsse, daß die Durchführung der Beitragszahlung der Wahlkreise, also des Rückgrats unserer Parteifinanzen, mit allen Mitteln angestrebt werden müsse.

Über den Stand der Beitragszahlung gibt Generalsekretär Trucksaess nachstehende Übersicht. Gegenüber einer Veranlagung für das Jahr 1919[28] (drei Quartale) in Höhe von rund 237 000 Mark sind rund 91 400 Mark eingegangen, also etwa 38 %. Voll bezahlt haben den Beitrag 5 Wahlkreise, nämlich: Hamburg, Hannover, Westfalen-Süd, Köln-Aachen, Düsseldorf-West. Teilzahlungen haben geleistet 7 Wahlkreise, nämlich Ostpreußen, Potsdam II, Weser-Ems, Braunschweig, Hessen-Nassau, Düsseldorf-Ost und Pfalz. Nichts gezahlt haben 11 Wahlkreise, nämlich: Berlin, Frankfurt/O., Mecklenburg, Pommern, Magdeburg, Merseburg, Schleswig-Holstein, Westfalen-Nord, Hessen-Darmstadt, Koblenz-Trier, Dresden-Bautzen. Nicht veranlagt wurden für 1919 12 Wahlkreise: Bremen, Liegnitz, Thüringen, Ost-Hannover, Oberbayern, Franken, Leipzig, Chemnitz, Württemberg, Baden; außerdem Oberschlesien und Niederbayern, wo erst Anfänge einer Organisation vorhanden sind.

Für das Jahr 1920 beträgt die Veranlagung rund 711 000 Mark. Teilzahlungen für 1920 liegen in Höhe von rund 17 600 Mark vor, und zwar von den Wahlkreisen Hamburg, Süd-Hannover-Braunschweig, Westfalen-Süd, Köln-Aachen, Düsseldorf-West. Insgesamt sind also seit Einführung der Beitragszahlung ab 1. April 1919 rund 109 000 Mark an die Reichsgeschäftsstelle abgeführt worden.

Direktor Kuhbier spricht sich dahin aus, daß für diejenigen Wahlkreise, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, ein Ruhen der Rechte ernstlich ins Auge gefaßt werden müßte.

[27] Siehe Dok. Nr. 32a, b.
[28] Siehe auch Dok. Nr. 6.

5. Die preußischen Landtagswahlen.

Es wird hierzu festgestellt, daß die preußischen Mitglieder des Zentralvorstandes und diejenigen des Geschäftsführenden Ausschusses die zuständigen Instanzen sind für den Erlaß des Wahlaufrufs, für die Aufstellung einer etwaigen Landesliste wie für die Kandidatenaufstellung überhaupt. Auf Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Leidig übernimmt auch der Rechnungsausschuß die nötigen finanziellen Vorbereitungen, ebenso die Reichsgeschäftsstelle die Durchführung der Propaganda und Agitationstätigkeit.

Es tritt eine Pause ein.

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen um 5 Uhr 30 Minuten ist der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz anwesend. Es wird in der Aussprache über die politische Lage fortgefahren.

Abgeordneter Dr. Stresemann faßt kurz die Kritik zusammen, die in der Vormittagssitzung an der Regierung geübt worden ist. Er hebt die Unruhe hervor, die in unseren Organisationen entstanden ist, daß man die Lage der Partei vielfach als gefährdet ansehe. Es habe eine Enttäuschung hinsichtlich der Rolle der Deutschen Volkspartei in der Koalitionsregierung Platz gegriffen. Es seien weniger einzelne Vorgänge, die beklagt würden, als vielmehr allgemein das Schwinden der Staatsautorität. Auch in nationalen Fragen, insbesondere hinsichtlich Oberschlesiens, vermisse man jede großzügige Propagandatätigkeit. Was das Reichswirtschaftsministerium selbst anlange, so habe man hier große Bedenken gegenüber der Sozialisierung, auch die Tätigkeit des Staatssekretärs Hirsch wurde lebhaft kritisiert. Allgemein sei der Eindruck der, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei in der Regierung sich nicht genügend durchsetzen, daß wir insbesondere das Amt des Vizekanzlers nicht zu gebrauchen wüßten.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Er freue sich, daß ihm Gelegenheit gegeben werde, vor diesem Kreise Rechenschaft abzulegen. Mit der Kritik, die hier geübt worden sei, gehe er durchaus einig, er habe persönlich in vielen Fragen, die hier berührt worden seien, eine vom Kabinett abweichende Stellung eingenommen. Unsere Stellung in der Regierung könnte eine ganz ausgezeichnete sein. Die Mitglieder des Kabinetts sind so, daß man mit ihnen sehr gut arbeiten kann, um so mehr bedaure er, daß es hie und da an der nötigen Stoßkraft gefehlt habe. Was ihn persönlich betreffe, so sei er bereit, den hier geäußerten Wünschen zu entsprechen.

Hinsichtlich Oberschlesien herrschten vielfach falsche Anschauungen. Wir seien dort nicht souverän, wir könnten also aktiv nicht direkt tätig sein. Bezüglich der Propaganda ist freilich viel versäumt worden. Die Personenauswahl war nicht glücklich. Der Fürst Hatzfeldt sei übrigens im Zurücktreten begriffen. Ob es möglich ist, ihn durch Herrn von Kardorff zu ersetzen, könne er im Augenblick nicht beurteilen. Darauf hinzuarbeiten, sei wohl zunächst Sache des Parteivorstandes.

Was die Eisenbahnersache anlange, so sei es richtig, daß nicht die nötige Energie geherrscht hat. Der Empfang der bekannten Kommission sei übrigens nicht durch das Kabinett erfolgt, sondern durch den Herrn Reichskanzler.

Hinsichtlich der Neuwahlen in Preußen herrsche Einigkeit im Kabinett, daß das Durcheinanderregieren nicht so weitergehen könne.

Was den Staatssekretär Hirsch anlange[29], so sei es für einen neuen Minister schwierig, einen Mann an die Luft zu setzen, wenn die Frage nicht schon vorher bei der Bildung des Kabinetts erledigt worden ist. Die politische Parteizugehörigkeit des Herrn Hirsch sei nicht ganz klar. Er sei wohl Demokrat, allerdings sozialistisch beeinflußt. Daß nun Hirsch seine, des Ministers, Politik durchkreuze, dafür liege bis jetzt nicht des geringste Anzeichen vor. Bei der politischen Sachlage sei es in mancher Hinsicht auch ganz zweckmäßig, wenn er durch den Staatssekretär Fühlung nach links habe. Er könne nur sagen, daß Herr Hirsch sich ihm gegenüber bisher durchaus loyal gezeigt habe. Gegenüber früher scheinen sich also seine Ansichten sehr gewandelt zu haben. Dazu komme noch, daß Hirsch eine Arbeitskraft ersten Ranges sei.

Die Kritik hinsichtlich der Pressevertretung der Regierungspolitik erkenne er als berechtigt an. Es herrsche vielfach eine gewisse Timidität. Auch er wünsche eine bessere Verbindung zwischen der Regierung und den Regierungsparteien. Zusammenfassend könne er sagen: Sie finden bei mir starken Widerhall, wenn Sie eine stärkere Betonung unseres Standpunktes im Kabinett wünschen.

Der Vorsitzende spricht Herrn Dr. Scholz den Dank für seine Darlegungen aus.

Direktor Kuhbier: Wir verstehen wohl, daß unsere Mitglieder nicht alles durchsetzen können, aber wir verstehen es nicht, daß man gar nichts hört. Was ist eigentlich mit dem Eisenbahnerausschuß abgemacht worden? Was geht z. B. in Preußen hinsichtlich der Sicherheitspolizei[30] vor? Das Reich müsse hierauf auch ein Auge haben, denn es trage den Hauptteil der Kosten.

Bei ihren Reisen müßten die volksparteilichen Minister Fühlung mit Parteifreunden aufnehmen. Hinsichtlich der Stellung der Arbeiterschaft bemerke man im Lande, daß es erheblich ruhiger geworden sei. Es zeige sich eine Spaltung in zwei Klassen, auf der einen Seite die Arbeitsamen, die kleine Kapitalisten werden, auf der anderen Seite die nichtsnutzigen Elemente, hauptsächlich Jugendliche, die das Hauptinteresse an den Putschen haben. Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft habe man im Westen gute Erfahrungen gemacht. Die Befreiung der Überstunden vom Steuerabzug habe vielfach die Wirkung gehabt, daß die Arbeiter werktags blaumachen und sich zu den Überstunden drängen.

Abgeordneter Dr. Curtius: Gegenüber der Auffassung, daß wir einen Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung über uns ergehen lassen müßten, sei er der Meinung, daß wir das mit allen Mitteln verhindern müßten. Die Lage sei heute anders wie früher. Wir könnten unseren Einfluß doch nicht verstärken, wenn die Sozialdemokraten in die Regierung eintreten. Uns würden dann höchstens [zwei] Ministerien verbleiben, und dann würde unsere parteipolitische Lage vollkommen unhaltbar. Wir müssen also offen erklären, daß wir die Sozialdemokraten bis auf weiteres nicht haben wollen.

[29] Zur Kritik an der Amtsführung von Hirsch siehe Dok. Nr. 30, Anm. 18.

[30] Die Alliierten hatten am 22.6.1920 in einer Note die Entwaffnung der 60000 Mann umfassenden preußischen Sicherheitspolizei gefordert, siehe RTDrs., Bd. 363, Nr. 187, Anlage 5 sowie Dok. Nr. 28, Anm. 6. Zu den Schwierigkeiten bei der Überführung der Sicherheitspolizei in die Schutzpolizei im Herbst 1920 siehe Peter Leßmann, Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 96ff.; Schulze, S. 300ff.

Dringend notwendig sei es, daß die Autorität der Regierung wiederhergestellt werde. Dazu müsse Groener geopfert werden. In der Frage der Sozialisierung müßten wir rechtzeitig gegen Rathenau Stellung nehmen.[31]

In der Frage der Neuwahlen in Preußen müßten wir einen Termin stellen. Was die Vorbereitungen für Genf[32] anlange, so müßten wir dafür sorgen, daß Leute wie Bonn, Melchior und Rathenau uns nicht dort vertreten. Warum verzichten wir auf das Wiederaufbauministerium? Hinsichtlich des Staatssekretärs Hirsch sei die allgemeine Auffassung die, daß dieser Mann ein Unglück für das Bürgertum ist. Ein Wechsel in der Stellung des Pressechefs der Reichskanzlei[33] sei vielleicht notwendig. Der Hauptwiderstand liegt aber bei dem Unterstaatssekretär Albert[34], der anscheinend den größten Einfluß besitze.

Abgeordneter Dr. Stresemann teilt mit, daß er den Außenminister dafür gewonnen habe, daß die Sachverständigen für Genf vom Reichswirtschaftsrat gewählt werden. Er warne davor zu sagen, daß wir den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung ablehnen, die Folge wäre das Wiederaufleben der alten Koalition. Treten die Sozialdemokraten ein, dann müssen wir eben dafür sorgen, daß wir nicht zu sehr geschmälert werden. Jetzt müssen heimliche Konzessionen an die Sozialdemokratie gemacht werden, und das ist vielleicht eine größere Schwäche für uns, als wenn verständige Sozialdemokraten mit in der Regierung sitzen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Er schließe sich den letzten Ausführungen an. Kommen zwei oder drei halbwegs verständige Sozialdemokraten herein, dann sei das seiner Ansicht nach besser, als wenn fortgesetzt [von] außerhalb gewühlt[35] werde. Im Kabinett sei in vergangener Woche auch hierüber gesprochen worden. Der Reichskanzler habe die Auffassung vertreten, daß es im gegenwärtigen Augenblick richtig wäre, mit der Sozialdemokratie in Verhandlungen einzutreten. Dem habe er widersprochen.[36]

Die Sozialisierungsfrage sei gewiß außerordentlich ernst. Er halte es aber nicht für angängig, daß er für seine Person jetzt öffentlich Stellung nehme. Er sei mit Stinnes, Vögler und anderen wirtschaftlichen Sachverständigen darin übereingekommen, daß man, bevor die Sache in den Reichswirtschaftsrat komme, einen vernünftigen Gegenvorschlag bringen müsse, also keine Bekämpfung durch die alten Schlagworte, son-

---

[31] Walther Rathenau hatte in dem am 3.9.1920 veröffentlichen Bericht der Sozialisierungskommission eine allmähliche Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum befürwortet, siehe dazu detailliert Wulf, S. 227ff.; Albertin, S. 403f.

[32] Siehe Dok. Nr. 30, Anm. 8.

[33] Friedrich Heilbron (1872–1954), Redakteur. Tätigkeit im Auswärtigen Amt, Sept. 1920–Juni 1921 und Jan. 1923–Juni 1926 Pressechef der Reichsregierung, 1929–1931 Generalkonsul in Zürich.

[34] Heinrich Albert (1874–1960), Jurist. 1919 UStS, 1920 StS und Chef der Reichskanzlei. 1922–März 1923 Reichsschatz-, März–August 1923 Wiederaufbauminister, ab 1924 Rechtsanwalt in Berlin.

[35] In der Vorlage: »gewählt«.

[36] Auf der Kabinettssitzung vom 9.9.1920 hatte sich Scholz für einen Regierungseintritt der SPD ausgesprochen, gleichzeitig aber hervorgehoben: »Die Schwierigkeiten würden vorwiegend aber daran liegen, daß die SPD sich dahin festgelegt habe, ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen«, Kabinett Fehrenbach, Dok. 67, S. 172.

dern durch positive Gegenarbeiten. Beide Sozialisierungsvorschläge[37] bedeuten Fiskalisierung, man könne das »Rathenauische Sozialisierung mit Zeitzünder« nennen. Hinsichtlich der Auswahl der Sachverständigen könne er bestätigen, was Stresemann gesagt habe. Der Vorschlag gehe von uns aus, aber Bonn werde man kaum loswerden. Bonn sei Vertrauensmann des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten, so daß er in dieser Eigenschaft wohl nach Genf gehen werde. Das Wiederaufbauministerium werde, wenn man es nicht selbständig bestehen lassen wolle, aufgeteilt werden müssen zwischen dem Auswärtigen und dem Wirtschaftsministerium. Es wäre wünschenswert, wenn es verschwände, da es eine Quelle von Ressortstreitigkeiten sei.

Abgeordneter Hollmann: Im Lande herrscht Besorgnis, besonders wegen unserer parteipolitischen Stellung. Die Agitation der Deutschnationalen tue uns ziemlichen Abbruch. Der Aufsatz der Gräfin Dohna in der Frauenbeilage der »Deutschen Stimmen« habe schädlich gewirkt.[38] Könne man nicht die Deutschnationalen in die Regierung hineinnehmen? Bezüglich der zur Zeit erfolgenden Umorganisierung der Sicherheitspolizei in Preußen habe man in manchen Kreisen auch eine andere Auffassung, als sie von Herrn Kuhbier geäußert worden sei. Was die Verstärkung unseres Einflusses in der Regierung anlange, so müsse etwas nach außen gezeigt werden können.

Abg. Dr. Leidig nimmt zunächst zu der wiederholt angeregten Frage über Neuwahlen in Preußen Stellung und hält den gegenwärtigen Augenblick aus verschiedenen Gründen nicht für besonders günstig. Einmal würde die allgemeine Mißstimmung mit der Haltung der Reichsregierung den Ausfall der Neuwahlen in Preußen für die Partei ungünstig beeinflussen, zum anderen gefährde jede Stärkung der radikalen Gruppen die Einheit Preußens in bedenklicher Weise. Für die Erhaltung eines großen preußischen Staates seien nämlich nur drei Parteien zu haben: die DVP, die DNVP und die SPD. Alle anderen Parteien seien zumindest höchst unsicher. Zentrum und USPD arbeiteten sogar zielbewußt auf eine Zertrümmerung Preußens hin; auch auf die Demokraten sei kein Verlaß. Er könne deshalb auch nicht den Gründen beipflichten, die Dr. Curtius gegen eine Einbeziehung der SPD in die Reichsregierung angeführt habe. Im Gegenteil stimme er den Ausführungen Dr. Stresemanns und des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz zu. Es sei doch zu sehr zu berücksichtigen, daß auch die Haltung der SPD umso radikaler und gefährlicher werde, je länger sie Gelegenheit habe, eine unverantwortliche Oppositionsstellung einzunehmen. Wie die Vorgänge in Groß-Berlin bewiesen haben[39], sei unter Umständen wohl mit einer Radikalisierung der SPD zu rechnen. Außerdem würde die SPD in Preußen niemals aus der Regierung herausgehen und sich niemals zur Aufgabe des Ministe-

[37] Der am 9.9.1920 veröffentlichte Vorschlag Lederers, der etwa von der Hälfte der Mitglieder der Sozialisierungskommission unterstützt wurde, sah eine sofortige Sozialisierung des gesamten deutschen Kohlenbergbaus vor, siehe dazu und zu der engen Zusammenarbeit zwischen Scholz, Stinnes und Vögler die detaillierte Darstellung bei Wulf, S. 229ff.

[38] Freda-Marie Gräfin zu Dohna hatte in der Beilage der Deutschen Stimmen »Die Frau in der Politik« 3 (6.6.1920), S. 93f. ein Buch Brockdorff-Rantzaus sehr positiv besprochen und gefordert, daß er die »Führung unserer auswärtigen Politik wieder mit fester Hand übernehme«.

[39] Bei den Wahlen zur Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung am 20.6.1920 konnte die USPD mit 38,4% (1919: 33%) der Stimmen einen deutlichen Sieg verbuchen; die DVP erhielt 16,9% (4,6%), die SPD 17,2% (31,8%), die DNVP 11,4% (10,5%), die DDP 7,1% (14,5%) und das Zentrum 3,7% (4,2%).

riums des Innern bereitfinden. Es sei also nur bei einem außerordentlich günstigen Ausfall der Wahlen in Preußen mit einer Besserung der Verhältnisse im Preußischen Landtage zu rechnen. Aus diesem Grunde halte er es für unpraktisch, jetzt unter allen Umständen Neuwahlen in Preußen erzwingen zu wollen. Nach seiner Überzeugung würde die SPD für Neuwahlen vor Frühjahr nicht zu haben sein.

Zu einzelnen besonderen Punkten übergehend, hält Dr. Leidig die gegen die Neuordnung der Sicherheitspolizei nach den Plänen von Abegg[40] gerichteten Angriffe für übertrieben und nicht frei von persönlichen Eifersüchteleien. Bei einer Besprechung dieser Angelegenheit im Ausschuß der Landesversammlung hätten auch die Deutschnationalen nichts Grundsätzliches gegen diese Neuordnung vorbringen können. Ebenso übertrieben halte er die Angriffe gegen den Unterstaatssekretär Hirsch im Reichswirtschaftsministerium. Wie der Reichswirtschaftsminister Scholz mit Recht ausgeführt habe, sei Hirsch zwar ein radikaler Demokrat, aber ein energischer Mann und vor allem eine große Arbeitskraft. Zweifellos sei es ihm gelungen, auf den früheren sozialistischen Minister Schmidt[41] einen großen Einfluß auszuüben. Dieser Einfluß habe oft antisozialistische Tendenzen gehabt. Im übrigen müsse man es begreiflich finden, wenn der Unterstaatssekretär eines sozialistischen Ministers ab und zu von der Notwendigkeit der Sozialisierung spreche. Zum Verständnis der gegen Abegg gerichteten Angriffe müßte weiter noch gesagt werden, daß er es keineswegs verstanden habe, sich bei den Beamten beliebt zu machen, und daß viele der gegen ihn gerichteten Angriffe aus den Kreisen der Beamten kämen.

Ein selbständiges Wiederaufbauministerium halte er für unpraktisch und teile auch hierin die Anschauung des Reichswirtschaftsministers Scholz, der von dem Fortbestand eines solchen selbständigen Ministeriums nur Reibungen und Kompetenzstreitigkeiten befürchtet. Notwendig sei es, den Reichsverkehrsminister Groener zu beseitigen, vor dem er stets gewarnt habe; nicht, daß Groener ein Mann radikaler Anschauungen sei, aber es fehle ihm die innere Festigkeit, äußeren Widerständen gegenüber standzuhalten, zumal seine Popularität auf dem Spiele stehe.

Zum Schluß seiner Ausführungen bedauert Leidig die geringe Propagandatätigkeit der Regierung, namentlich bezüglich Oberschlesiens, verlangt eine größere Aktivität der Minister und wünscht eine starke, aktive Persönlichkeit als Vizekanzler. Wie der Vorsitzende Dr. Stresemann und der Reichswirtschaftsminister Scholz sieht er die Quelle des Übels nicht in der Koalition und dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung, sondern in einem gewissen Versagen der von der Partei in die Regierung geschickten Männer.

Geheimrat Sachs hält den gegenwärtigen Pressechef der Reichskanzlei[42] nicht für untüchtig, es fehle aber an den nötigen Direktiven von oben. Wenn zu befürchten sei, daß Professor Bonn in der Eigenschaft als Vertrauensmann des Reichspräsiden-

[40] Wilhelm Abegg (1876–1951), Dr. iur., Verwaltungsbeamter. 1920 Ministerialrat im preußischen Innenministerium, 1923–1926 Leiter der Polizeiabteilung, 1926–1932 StS, nach dem »Preußenschlag« vom 20.7.1932 in den Wartestand versetzt, 1933 Emigration in die Schweiz.

[41] Robert Schmidt (1864–1943), Klaviermacher. 1893–1898, 1903–1930 MdR (SPD). Febr.–Sept. 1919 Reichsernährungsminister. Juli 1919–Juni 1920, Mai–Nov. 1921 Reichswirtschaftsminister. Aug.–Nov. 1923 Wiederaufbauminister. Dez. 1929–März 1930 Reichswirtschaftsminister.

[42] Siehe Anm. 33.

ten nach Genf ginge, so handelt es sich hier um ein Wiederaufleben der alten Flügeladjutantenpolitik. Das müsse die Regierung unter allen Umständen verhindern. Wenn Bonn ein Schädling ist, so darf er in keiner Eigenschaft nach Genf gehen. Die Erledigung der Amnestiefrage im Reichstag hat in Süddeutschland verstimmend gewirkt. Man hat dort nicht verstanden, daß jeder gewöhnliche Verbrecher amnestiert wird, nicht aber die Führer der Kappunternehmung.[43] Man versteht in Süddeutschland auch nicht das Vorgehen gegen die Organisation Escherich.[44] In parteipolitischer Hinsicht muß ein bemerkenswertes Zunehmen der unanständigen Kampfesweise der Deutschnationalen festgestellt werden. Der frühere sozialistische Außenminister Hermann Müller dürfe nicht wieder das Ressort des Auswärtigen übernehmen. Er habe als Reichstagskandidat in Franken nur die Geschäfte der Entente besorgt.

Abgeordneter Brüninghaus: Professor Bonn habe in der Deutschen Gesellschaft in einem Vortrag angekündigt, daß er in Genf der Entente ganz bestimmte Vorschläge bezüglich der von uns zu leistenden Annuitäten machen wolle. Gegenüber einer allzu pessimistischen Auffassung über die Lage unserer Partei habe er die Erfahrung gemacht, daß man durch die nötige Aufklärung in der Wählerschaft das nötige Verständnis für die Schwierigkeit der Situation finde. Aber notwendig ist es, daß diese Aufklärung gegeben wird. Die Abgeordneten müssen in dieser Hinsicht alles tun und auch dafür sorgen, daß die Presse ihres Wahlkreises die nötige Aufklärung erhält. Wenn die Sozialdemokratie in die Regierung will, dann müssen wir sie an uns herankommen lassen. Dann können wir auch Bedingungen stellen. Die Angriffe, die gegen Dr. Heinze vorgebracht worden seien, könne er nicht ganz teilen. Er habe den Eindruck, daß Dr. Heinze hinter den Kulissen gut gearbeitet habe. Heinze habe zum Beispiel den Untersuchungsausschuß im Reichswehrministerium beseitigt.[45] Heinze habe auch eingegriffen, als Fehrenbach die Eisenbahnerkommission empfangen hat. Auch für die Erhaltung der Marine als selbständiger Körperschaft ist er mit Erfolg eingetreten. Die mangelhafte Leistung der Presseabteilung der Reichskanzlei sei auf den Unterstaatssekretär Albert zurückzuführen. Albert fühle sich gewissermaßen als Vizekanzler. Hier sei der Hebel einzusetzen.

[43] Am 5.7.1920 hatte das Kabinett beschlossen, gegenüber Anhängern und Gegnern hochverräterischer Unternehmungen eine Amnestie zu erlassen, die die Rädelsführer jedoch ausnahm, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 13. Am 31.7. brachten die Regierungsparteien den »Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit« im Reichstag ein (RTDrs., Bd. 363, Nr. 317), siehe dazu die Rede Heinzes am 2.8.1920 im Reichstag, VRT, Bd. 344, S. 532f.; zum »Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit« siehe RGBl. 1920, S. 1487f.

[44] Georg Escherich (1870–1941), Oberforstrat. Gründer und Führer der »Organisation Escherich« (»Orgesch«). Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren. Ab 1921 Vertreter der bayerischen Staatsforstverwaltung in der Reichsforstwirtschaft. Nach der Auflösung der Einwohnerwehren 1921–1933 Führer des bayerischen Heimatschutzes. Die »Orgesch« war von der preußischen Regierung am 10.4.1920 verboten worden, siehe dazu Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 44, 50, 54, 56; Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 – 1920), Berlin 1971, S. 289ff. Zu den bayerischen Einwohnerwehren am Beginn der Republik siehe David C. Large, The Politics of Law and Order. A History of the Bavarian Einwohnerwehr 1918–1921, Philadelphia 1980.

[45] Der sozialdemokratische Abgeordnete Christian Stock war zwischen dem 15.4. und 15.8.1920 dem Reichswehrministerium kommissarisch als parlamentarischer Staatssekretär zur Untersuchung der mit dem Kapp-Putsch zusammenhängenden Vorgänge zugeteilt worden.

Abgeordneter Dr. Stresemann sagt zu, daß er das im Auge behalten werde.

Abgeordneter Dr. Rießer unterstreicht, was Brüninghaus bezüglich des Herrn Heinze gesagt hat. Bei der Zusammensetzung der Sozialisierungskommission sei es nicht zu verwundern, daß solche Entwürfe herauskämen. Es sei unerhört, daß Herr Bonn jetzt schon wieder der Entente unsere Nachgiebigkeit vor Augen führt. Unter solchen Umständen muß jede Beteiligung Bonns verhindert werden. Dasselbe gelte von Rathenau. Eine Zwangsanleihe könne nach dem Reichsnotopfer nicht mehr in Frage kommen. Als wir sie seinerzeit anregten, da sollte sie anstelle des Reichsnotopfers treten.

Abgeordneter Dr. Leidig macht darauf aufmerksam, daß der Gesetzentwurf über eine Mietsteuer[46] im Reichsfinanzministerium bereits ausgearbeitet sei. Eine solche Steuer, die im besonders schweren Maße wiederum den Mittelstand treffe, könnten wir nicht tragen. Die Reichstagsfraktion müsse in rein politischen Angelegenheiten mehr Fühlung mit der Landtagsfraktion halten.

Die politische Aussprache ist damit beendet. Es wird beschlossen, das Ergebnis in einem Bericht für die Presse niederzulegen. Die Fassung dieses Berichts soll in der morgigen Sitzung der Fraktion festgestellt werden, zu der auch die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses eingeladen werden.[47]

4. Präsidentenwahl.

Abgeordneter Dr. Stresemann berichtet, daß der Reichsbürgerrat[48] durch Herrn v. Loebell[49] eine Besprechung der bürgerlichen Fraktionen angeregt habe. Herr Schiffer habe gesagt, daß die Sozialdemokraten, wenn sie in die Regierung eintreten, auf den Reichskanzlerposten verzichten würden, sofern sie das Amt des Reichspräsidenten behalten. Er habe darauf erwidert, daß es unmöglich sei, eine Parole für Ebert auszugeben. Das einzige, was wir tun könnten, wäre, daß wir uns mit der Hinausschiebung der Präsidentenwahl einverstanden erklären.[50] Er sei zu dieser Äußerung gekommen, weil es außerordentlich schwierig sei, einen bürgerlichen Kandidaten ausfindig zu machen. Wenn nun eine solche Hinausschiebung nicht möglich sein würde, dann müßten wir uns ernstlich die Frage vorlegen, wen wir vorschlagen wollen. Hindenburg habe die seinerzeit gegebene Zusage[51] nach dem Kapp-Putsch zu-

[46] Die Frage der Mietsteuer wurde im Oktober 1920 vom Reichskabinett vertagt, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 81 sowie Führer, Mieter, S. 137f.

[47] Ein Protokoll dieser Sitzung, die auch im Tagebuch Stresemanns (PA NL Stresemann 142) Erwähnung findet, liegt nicht vor.

[48] Siehe Dok. Nr. 5, Anm. 231.

[49] Friedrich Wilhelm v. Loebell (1855–1931), Jurist. 1898–1900 MdR, 1901–1904 MgPrAH (Konservative). 1904–1909 Chef der Reichskanzlei. 1914–1917 preußischer Innenminister. 1917–1919 Oberpräsident von Brandenburg. 1919 Präsident des Reichsbürgerrates. 1925 stand er an der Spitze des sog. »Loebell-Ausschusses« der Rechtsparteien, der die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten betrieb.

[50] Reichspräsident Ebert hatte Ende Juni 1920 das Kabinett gebeten, den Reichstag zu veranlassen, einen Termin für die Reichspräsidentenwahlen zu bestimmen. Da die staatsrechtliche Zugehörigkeit der Abstimmungsgebiete jedoch noch nicht geklärt war, beschloß das Kabinett, den Parteien zu empfehlen, die Wahl auf die Zeit nach der Abstimmung zu verschieben. Der Reichspräsident und die Parteien stimmten dieser Regelung im Juli 1920 zu, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 7, 36, 42; Kolb, Reichspräsident, S. 139ff.

[51] Siehe Dok. Nr. 10, 12, 14.

rückgenommen. Ein neuer Versuch, Hindenburg zur Annahme zu bewegen, ist ausgeschlossen. Der Reichsbürgerrat seinerseits hat keinen bestimmten Vorschlag gemacht. Er persönlich würde für den Fürsten Bülow eintreten. Die Bedenken, die gegen seine Kandidatur gemacht würden, seien nicht stichhaltig.

Abgeordneter Moldenhauer spricht sich für eine Hinausschiebung der Wahl aus. Für den Fürsten Bülow herrsche wohl nicht viel Stimmung. Das gleiche gelte freilich von anderen Kandidaten, die genannt wurden, wie Hintze[52], Brockdorff-Rantzau und Fehrenbach. Seines Erachtens sei es am zweckmäßigsten, wenn man versuche, eine Verständigung unter den bürgerlichen Parteien herbeizuführen.

Abgeordneter Garnich: Wenn es zur Wahl käme, dann würde doch zunächst jede Partei für den ersten Wahlgang eigene Vorschläge machen. Dann sei es für uns doch das Gegebene, Geheimrat Kahl vorzuschlagen.

Geheimrat Sachs: Eine Einigung des Bürgertums müsse auf jeden Fall versucht werden. In Bayern sei sie gegenwärtig schon durchgeführt, weil man dort eine verständige Demokratische Partei habe, die auch mit den Deutschnationalen zusammenarbeite. Der Ministerpräsident von Kahr[53] genieße allgemeines Ansehen. Könnte man nicht im Reich einen solchen Kahr finden?

Direktor Kuhbier empfiehlt Fühlungnahme mit dem Zentrum.

Abgeordneter Dr. Stresemann sieht den Vorschlag bezüglich des Herrn von Kahr als nicht ganz abwegig an. Es liege darin eine Demonstration gegen die Entente. Die Reichseinheit würde dadurch entschieden gestärkt. Vielleicht ginge auch im Reich die Entwicklung der Demokratie nach rechts. Gewisse Anzeichen seien dafür bereits vorhanden.

In der weiteren Aussprache werden noch folgende Namen genannt: Escherich, Mackensen[54], Posadowsky. Man einigt sich schließlich dahin, daß von der Partei in erster Linie der Fürst Bülow vorgeschlagen werden soll.

6. Verschiedenes

In der Frage des Falls Thaer – Mittelmann wird nach einem Protest Stresemanns der Beschluß von 4. 3. 1920[55] *dahingehend präzisiert, daß* »Dr. Thaer bei seinem Vorgehen gegen Dr. Mittelmann die Grenze des Zulässigen« *überschritten habe und* »deshalb diesem eine Genugtuung schuldig« *sei. Kempkes wird beauftragt, den Streit endgültig beizulegen. Zukünftige Streitfälle sollen durch eine Kommission geschlichtet werden, deren ständiger Vorsitzender Kempkes ist, während die übrigen Mitglieder von Fall zu Fall berufen werden.*

---

[52] Paul v. Hintze (1864–1941), Offizier, später im diplomatischen Dienst. Juli bis Oktober 1918 StS des Auswärtigen Amts.

[53] Gustav Ritter v. Kahr (1862–1934), Jurist. 1917–1920, 1921–1923 Regierungspräsident von Oberbayern. März 1920–Sept. 1921 bayerischer Ministerpräsident (BVP). Sept. 1923–Febr. 1924 Generalstaatskommissar von Bayern, dann bis Ende 1930 Präsident des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. Am 30. 6. 1934 im Zuge der »Röhm-Aktion« ermordet.

[54] August v. Mackensen (1849–1945), preußischer Generalfeldmarschall. 1915 Oberbefehlshaber auf dem Balkan. 1918 Oberbefehlshaber des Besatzungsheeres in Rumänien.

[55] Siehe Dok. Nr. 17, 27.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

32.

5. Oktober 1920: Sitzung des Zentralvorstands in Hannover

32a: DVP-Nachrichtenblatt vom 13.10.1920, Nr. 40/41. Überschrift: »Verhandlungsbericht über die Sitzung des Zentralvorstands«.[1]

Stresemann eröffnet die von 270 Vertretern besuchte Sitzung.[2] *v. Richter, Vorsitzender des 18. Wahlkreisverbandes, begrüßt die Teilnehmer und erinnert an die enge Verbindung Hannovers mit der Nationalliberalen Partei. Gegenüber den auch von Hannover ausgehenden Bestrebungen zur Zerschlagung Preußens betont er, daß die Deutsche Volkspartei an einem starken Preußen festhalte.*

Die auf Vorschlag Dingeldeys durch Zuruf vorgenommene Wahl des Vorstands (TOP 1) ergibt eine einstimmige Wiederwahl des bisherigen Parteivorstands (Vors.: Stresemann, stellv. Vors.: v. Richter, Frau Mende, Becker; Schatzmeister: Vögler, Stellv.: Kempkes, Garnich).

Der Zentralvorstand stimmt dem Antrag auf Erhöhung der in der Satzung auf 30 festgesetzten Zahl der zuzuwählenden Mitglieder zu.[3] *Nach einem Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses*[4] *werden zugewählt: Backhaus (Lehrgut Bollhagen bei Doberan), Thiele (Steglitz), Tetzlaff (Zehlendorf), Thissen (Schmargendorf), Bechly (Hamburg), Görnandt (Magdeburg), Gutsche (Berlin), Frau Filling (Berlin),*

[1] Ein stenographisches Protokoll der Zentralvorstandssitzung fehlt im Bestand BAK R 45 II. Dort lediglich die Sitzungseinladung vom 20.9.1920 mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstands, 2. Zuwahlen nach § 9, Ziffer 4 der Satzung, 3. Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses, 4. Die politische Lage: Dr. Stresemann, Mitglied des Reichstags. Oberschlesien: Landrat a.D. v. Kardorff, Mitglied des Reichstags und Dr. Leidig, Mitglied der preußischen Landesversammlung. Anschließend Aussprache. 5. Mitteilung über die Vorbereitung der preußischen Landtagswahlen. 6. Beitragszahlung der Wahlkreise: Rechtsanwalt Kempkes, Mitglied des Reichstags. 7. Festsetzung des Parteitags. Abänderung des § 16, Ziffer 3 der Satzung: »Jeder Wahlkreisverband entsendet auf je angefangene 10 000 (statt bisher 5 000) bei den letzten Reichstagswahlen für die Deutsche Volkspartei abgegebene Stimmen einen Vertreter«, BAK R 45 II/35, p. 132.

[2] Am 4.10.1920 hatte laut Stresemanns Tagebuch (PA NL Stresemann 141) eine Sitzung der Wahlkreisvorsitzenden und der Generalsekretäre stattgefunden, über deren Verlauf (wahrscheinlich durch Fritz Rauch, den damaligen Privatsekretär Stresemanns) verzeichnet wird: »Schärfster Angriff auf Politik der Parteileitung durch Rechtsanwalt Dingeldey, Darmstadt, unterstützt von der westfälischen Gruppe. Der Standpunkt Dr. Stresemanns setzt sich durch«; siehe auch Dok. Nr. 32b.

[3] Am 29.9.1920 hatte Trucksaess Stresemann gebeten, hinsichtlich der Zuwahlen »die Frage zu prüfen«, ob eine Erhöhung der Zuzuwählenden über 30 hinaus stattfinden soll [...] Würde eine solche Erhöhung auf etwa 40 oder 50 beschlossen, so wäre es leicht möglich, alle Wünsche zu befriedigen«, BAK R 45 II/36, p. 223.

[4] Siehe Dok. Nr. 31, S. 350.

Flathmann (Wilmersdorf), Scholz (Charlottenburg), Grandke (Hannover), Zabel[5] *(Dortmund), Kilburger (Königsberg), Wittig (Darmstadt), Brune*[6] *(Hannover), Wenken (Kiel), Hoffmann (Steglitz), Meinecke (Wilhelmshaven), Schuster (Hannover), Frietz (München), Blüher (Dresden), Frau Bassermann (Mannheim), Wiemer (Berlin), Mugdan*[7] *(Berlin), Schneider (Berlin), Groß (Charlottenburg), Hallensleben*[8] *(Berlin), Oldermann (Osnabrück), Anding*[9] *(Wiesbaden), Boelitz (Soest), Casselmann*[10] *(Bayreuth), Quarck (Coburg), Frau Heyd (Stuttgart), Cleinow (Lichterfelde), Becker (Köln), Witthoeft (Hamburg), Lewowski (Arnsberg), Frau Bernays (Mannheim), Brües (Köln), Hebert (Köslin).*

Auf Antrag wird beschlossen, die Zahl der Vertreter des Pressevereins der Deutschen Volkspartei im Zentralvorstand von drei auf sechs zu erhöhen.

In den Geschäftsführenden Ausschuß, dem auch die Mitglieder des Parteivorstands angehören, werden gewählt: Becker (Frankenthal), Benecke (Berlin), Blüher (Dresden), Boerschmann (Königsberg), Brandi (Göttingen), Carlsson (Halle), Cremer (Berlin), Curtius (Heidelberg), Dietrich (München), Dingeldey (Darmstadt), Dusche (Isernhagen), Flathmann (Wilmersdorf), Frau Fritsch (Königsberg), Geisler (Berlin), Gildemeister (Bremen), Hartmann (Hannover), Heinze (Berlin), Frau Hielscher (Guben), Frau Hoffmann (Steglitz), Kalle (Wiesbaden), Kuhbier (Duisburg), Leidig (Wilmersdorf), Moldenhauer (Köln), Mittelmann (Stettin), Meyer (Herford), Frau Matz (Stettin), Frau v. Oheimb (Goslar), Piper (Hamburg), Rießer (Berlin), Rose (Berlin), Frau Schönherr (Berlin), Schultz (Hagen), Streiter (Berlin), Thiel (Berlin). Außerdem wird dem Geschäftsführenden Ausschuß das Recht auf Zuwahl von acht Mitgliedern eingeräumt.

Es folgt der Hauptteil der Tagesordnung, die Erörterung der politischen Lage, die durch eine Rede Stresemanns eingeleitet wird.[11]

[Stresemann:] Wir durften als Deutsche Volkspartei einen großen Erfolg bei den Wahlen buchen. Die Gründe dafür lagen teils bei den Fehlern unserer Gegner und teils in unserer eigenen Tätigkeit. Die Parteigeschichte hat einen solchen Zusammenbruch, wie ihn die frühere Regierungskoalition erlebt, selten oder nie gesehen, denn

[5] Hans Zabel († 1921), Generalsekretär (Dortmund). Begründer der »Westfälischen Politischen Nachrichten«.

[6] Brune, Generalsekretär in Hannover.

[7] Otto Mugdan (1862–1925), Dr. med. Sanitätsrat. 1903–1912 MdR, 1913–1918 MgPrAH (Freisinnige). 1920 Eintritt in die DVP.

[8] Emil Hallensleben (* 1867), Justizrat, Rechtsanwalt und Notar. 1921–1926 Mtgl. des preußischen Staatsrats. 1926–1932 MdL Preußen (DVP).

[9] Anding, Generalsekretär in Wiesbaden.

[10] Leopold von Casselmann (* 1858), Oberbürgermeister von Bayreuth. 1897–1917 MdL Bayern, 1891–1893 MdR (NLP). Ehrenvors. des Wahlkreisverbandes Franken.

[11] Die Rede Stresemanns zur politischen Lage, zu der sich im PA NL Stresemann 223 ein Blatt handschriftliche Notizen finden, fehlt im Bericht über die Zentralvorstandssitzung. Eine Wiedergabe ihrer »wichtigsten Teile« findet sich als gesonderter Artikel unter der Überschrift »Die Rede Stresemanns« in derselben Ausgabe des DVP-Nachrichtenblattes und wird dem Sitzungsbericht an dieser Stelle inseriert.

rein zahlenmäßig schien diese Mehrheit unerschütterlich zu sein.[12] Die Demokratische Partei erlebte eine Niederlage[13], weil sie die Zustimmung in den Kreisen des deutschen Bürgertum völlig eingebüßt hatte (Lebhafte Zustimmung). Nicht das hat ihr geschadet, daß sie mit der Sozialdemokratie zusammenging, wohl aber hat ihr geschadet, daß sie sich vielfach von der Sozialdemokratie leiten ließ und darüber hinaus ihre eigenen bürgerlichen Ideale vergaß. Daraus muß jede bürgerliche Partei die Folgerung für ihr eigenes Verhalten ziehen (Sehr richtig!). Die sogenannte Mehrheitssozialdemokratie hat unter den Arbeitermassen einen großen Teil ihres Anhangs eingebüßt, weil sie eine innerlich unwahre Partei geworden war, die nach außen Grundsätze vertrat, an die sie innerlich nicht mehr glaubte. Der bevorstehende sozialdemokratische Parteitag[14] kann einen Wendepunkt bringen, wenn nämlich aus seinen Beratungen die klare Erkenntnis innerhalb der Partei erwüchse, daß sie sich aus Gründen inneren Gewissenszwanges von dem Sozialismus als der Grundlage ihrer Partei abzuwenden habe. Ich fürchte allerdings, daß es dazu nicht kommen wird (Sehr richtig!). Dann wird sich aber auch die Arbeiterschaft mehr und mehr von ihr abkehren und zum großen Teil sicher bei dem Kommunismus Anschluß suchen.

Wenn neue Wähler zu uns vor allen Dingen aus den bürgerlichen Kreisen gekommen sind[15], so beruht dieser unser Erfolg darauf, daß sich doch seit dem Zusammenbruch des alten Systems die Bedeutung der ideellen Fragen wieder mehr und mehr in den Vordergrund drängt. Der Mangel an Koordination in Fragen der Außenpolitik, Taten, wie die Verleugnung der deutschen Flagge, haben Hunderttausende politisch erbost, die wenig danach fragten, ob sie wirtschaftspolitisch auf der rechten oder auf der linken Seite stehen. Was uns aber positiv bei unserem Wahlerfolg geholfen hat, das war die positive Tätigkeit unserer Fraktion in der Nationalversammlung. Sie war nur ein kleines Häuflein, aber sie stellte eine geistige Elite dar. An diesen politischen Erfolg knüpfe ich deshalb die Mahnung: Lassen Sie sich nicht dahin bringen, den politischen Vertreter nur nach seinem Berufe zu beurteilen, sondern fragen Sie nach der Persönlichkeit (Lebhafte, allgemeine Zustimmung). Der beste Vertreter ist derjenige, der imstande ist, vom Überblick über das Allgemeininteresse aus das Einzelinteresse richtig einzuschätzen (Lebhafter Beifall).

Wir sind durch den Erfolg der Wahlen ein Faktor in der Politik geworden, an dem man bei der Bildung der neuen Regierung nicht vorbeigehen konnte. Es trat dabei die Frage an uns heran, verbleiben wir in der Opposition, oder sollen wir uns an einer Politik der Kompromisse beteiligen? Wir haben uns sofort für den zweiten Weg entschieden, denn es konnte gar kein anderer Weg beschritten werden (Lebhafte Zustimmung). Man kann nicht den Wiederaufbau Deutschlands im Wahlkampf in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellen und sich der verantwortlichen Mitwirkung

[12] Die Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum, die in den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. 1. 1920 noch 76,1 % der Stimmen erhalten hatte, konnte bei den Reichstagswahlen vom 6. 6. 1920 nur noch 48 % der Stimmen auf sich vereinigen.

[13] Der Stimmenanteil der DDP sank von 18,5 % (75 Mandate) auf 8,3 % (39).

[14] Vom 10. – 16. 10. 1920 fand in Kassel der sozialdemokratische Parteitag statt; zu seinem Verlauf siehe Miller, S. 425 ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 436 ff.

[15] Die DVP konnte ihren Stimmenanteil von 4,4 % (19 Mandate) auf 13,9 % (65) steigern; zu einer Analyse des Wahlergebnisses siehe Albertin, S. 389 ff.; Hartenstein, S. 224 ff.

entziehen, wenn man dazu aufgefordert wird (Sehr richtig!). Wir haben durch Übernahme der Regierungsverantwortlichkeit zunächst verhindert, daß die Beamtenschaft im Reich weiter parteipolitisch beeinflußt wurde. Und wenn wir in Preußen zu anderen Verhältnissen kommen, so muß es unsere erste Aufgabe sein, den Entwicklungsgang zu hemmen, den die Dinge dort in derselben Richtung genommen haben. Wir haben damals vor der Frage gestanden, welche Parteien solle die neue Regierungskoalition umfassen. Die Deutschnationalen stellen in den Mittelpunkt ihrer Angriffe immer wieder die Behauptung, daß wir nicht genügend Rücksicht auf sie genommen hätten, daß sie übergangen worden seien. Die eine Zumutung habe ich allerdings abgelehnt, daß die Deutsche Volkspartei sich verpflichten solle, gemeinsam mit den Deutschnationalen entweder in die Regierung einzutreten oder ihr fernzubleiben. Einen solchen Blankoscheck durften wir nicht unterschreiben (Lebhafte, allgemeine Zustimmung). Im übrigen sollen die Deutschnationalen nicht vergessen, daß damals in den Tagen der Regierungsbildung ihr Parteivorsitzender Hergt erklärt hat, auch seine Partei werde unter Zurückstellung wichtiger Grundsätze bereit sein, mit der Sozialdemokratie zusammen in eine Regierung einzutreten. Die theoretisch beste Regierung wäre damals eine Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten gewesen. Dann hätten wir einmal das ganze Bürgertum umfaßt, und wir hätten in einer Zeit, die großen revolutionären Erschütterungen ausgesetzt ist, keine Scheidelinie zwischen der Sozialdemokratie und den Bürgerlichen gezogen (Sehr richtig!). Eine solche Regierung hat sich nicht bilden lassen. Das Zentrum und die Demokraten wollten nicht mit den Deutschnationalen zusammengehen, wie sich andererseits die Sozialdemokratie nicht mit uns in eine Regierung setzen wollte. Es ist gesagt worden, wir hätten diese Tatsache vor dem ganzen Lande ins Licht stellen sollen. Ich gebe das zu und habe es auch im Reichstage schon zugegeben.[16] Aber an der Grundtatsache, an diesem Nein des Zentrums und der Demokraten, ist doch dadurch nichts geändert worden, daß man das parteitaktische Moment übersehen hat. Und man sollte sich doch auch vergegenwärtigen, daß es damals, im Grunde genommen, nicht um Parteitaktik ging, sondern um das Gelingen oder Mißlingen der Regierungsbildung (Lebhaftes sehr richtig!). Es kann kein Zweifel daran bestehen, welches von beiden höher einzuschätzen ist. Dafür sollte man doch gerade in der Deutschnationalen Partei Verständnis besitzen. Statt dessen gefallen sich die Deutschnationalen in unverantwortlichen Angriffen (Lebhafte Zustimmung). Sie sollten sich sagen, daß es ihre erste Aufgabe ist, als Opposition von rechts dafür zu sorgen, daß das Kabinett nicht nach links gleitet. Unsere parteigeschichtliche Aufgabe war es, in die Regierung einzutreten und dafür Opfer zu bringen. Wenn statt dessen die Deutschnationalen jetzt in ihrer Polemik den Hauptstoß gegen uns richten wollen, dann sehe ich darin keine staatserhaltende Politik, sondern eine Politik, gegen die es als Antwort nur eins gibt: Offensive auch von unserer Seite (Lebhafte, allgemeine Zustimmung).

Wir haben andererseits Stellung nehmen müssen zur Frage der Heranziehung der Sozialdemokratie, und wir haben hierin seit der letzten Zentralvorstandssitzung[17] unseren Standpunkt nicht geändert. Wir standen gegenüber dem Nein der Sozialdemokratie vor der Frage einer Regierungsbildung mit dem Zentrum und der Demo-

[16] Siehe die Rede Stresemanns am 28.7.1920, VRT, Bd. 344, S. 310–320.
[17] Siehe Dok. Nr. 26.

kratie. In dieser Zusammensetzung hat sich dann auch die Regierung gebildet, und zwar als Minderheitsregierung. Solange indessen nicht die Gefahr besteht, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien nach links ausbrechen, und wenn die Deutschnationalen ihre Aufgabe in dem Sinne erkennen, wie ich es vorhin ausgeführt habe, so kann diese Minderheitsregierung einen langen Bestand haben (Sehr richtig!). Vorläufig liegt eine Regierungstätigkeit von einigen Monaten hinter uns. Es wäre töricht zu leugnen, daß eine große Zufriedenheit mit dem neugeschaffenen Regierungszustand nicht besteht. Auch die Kritik innerhalb unserer Partei ist stark. Ich gehe deshalb auf einige Punkte ein, die besonders kritisiert werden. Einmal die Zusammensetzung der neuen Regierung nach der persönlichen Seite. Gewiß kann Kritik angelegt werden. Aber man sollte doch einmal das Kabinett Müller mit dem jetzigen Kabinett in Vergleich stellen. Dann wird man sofort erkennen, daß wir doch in Bezug auf die fachmännische Besetzung der Regierung und auf führende Persönlichkeiten einen Schritt vorwärts gekommen sind (Lebhaftes sehr richtig!). Wenn man das Auswärtige Amt aus dem Streit der Parteien herausgehoben hat, so ist das ein Fortschritt, den sich die Deutsche Volkspartei mit zugute schreiben darf. Auch in der Besetzung des Verkehrsministeriums ist doch der Gedanke der fachmännischen Besetzung zum Ausdruck gekommen. Die führenden Männer des Wirtschaftslebens sind allerdings in dem neuen Kabinett vermißt worden. Das Bedauern darüber teile ich vollkommen, aber die Partei ist daran schuldlos. Angesichts der unklaren und gefährlichen Lage des deutschen Wirtschaftslebens wollte die Industrie ihre führenden Männer nicht hergeben. Ich bedauere, wie gesagt, diese Zurückhaltung der Industrie und muß bekennen, daß unsere Arbeit dadurch erschwert worden ist.[18] In der Politik kann man sich nicht vertreten lassen, sondern da muß jeder selbst tätig mitwirken.

Und nun das Gebiet der auswärtigen Politik. Außenminister Dr. Simons stand mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau im Kampf gegen Erzberger, und er steht im stärksten Gegensatz zu dessen Empfindungswelt. Daß er jetzt auf Tatsachen Rücksicht nehmen muß, ändert daran nichts. Die Verhandlungen in Spa hat man als Grundlage für die Stellungnahme der neuen Regierung zur auswärtigen Politik betrachtet. Man fragt sich, ob denn die gegenwärtige Regierung in Spa anders aufgetreten sei als die frühere bei ähnlichen Gelegenheiten. Diese Kritik halte ich für unberechtigt. Ich habe aus den Verhandlungen in Spa den Eindruck gewonnen, daß unsere dortigen Regierungsvertreter, und namentlich auch Minister Dr. Simons, ihr Land mit Würde und mit lebendigem Gefühl für nationale Ehre vertreten haben (Lebhafte Zustimmung). Wir haben allerdings in Spa weitgehende Konzessionen machen müssen. Dabei möchte ich aber erwähnen, daß sowohl der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz wie auch Minister Dr. Simons gegen die Lieferungsverpflichtung des Kohlenabkommens gestimmt haben.[19] Ob man damals in Spa ja oder nein sagen sollte, war eine Frage psychologischer Erwägung. Jedenfalls schloß das Ja eine ebenso große Verant-

[18] Zu der ablehnenden Haltung zahlreicher der DVP nahestehender Wirtschaftsführer, in das Kabinett Fehrenbach einzutreten, siehe Albertin, S. 397f.; Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 2. Stresemanns Verärgerung über die Weigerung der Industriellen, politische Ämter zu übernehmen, war so nachhaltig, daß er noch zwei Jahre später schrieb: »Es war für die Partei die erste große Enttäuschung, daß die Führer der Wirtschaft sich in dem Konflikt zwischen Politik und Wirtschaft für die letztere entschieden«, Politische Umschau, in: DS 34 (1922), S. 310.

[19] In der Sitzung des GA vom 26.7.1920 hatte Scholz auf Nachfrage Stresemanns klargestellt, daß Außenminister Simons nicht gegen das Abkommen gestimmt habe, siehe Dok. Nr. 29, S. 326.

wortung in sich wie das Nein. Und so kann man jene Entscheidung nicht zu einer Frage der nationalen Ehre abstempeln. Wenn Freiherr von Freytagh-Loringhoven in der »Schlesischen Post« behauptet, der Abgeordnete Hergt habe der Deutschen Volkspartei wegen der Mitverantwortung von Spa das Empfinden für nationale Ehre abgesprochen, so hat er damit zunächst eine unwahre Behauptung aufgestellt. Denn in dieser Form hat Dr. Hergt seine Kritik im Reichstag nicht ausgesprochen.[20] Er hat aber dann auch die Darstellung ausdrücklich zurückgewiesen, als habe er der Deutschen Volkspartei vorwerfen wollen, sie empfinde nicht mehr so stark wir früher in Fragen der nationalen Ehre. Sollte aber wirklich jemand einen solchen Vorwurf erheben, so könnte in der Tat keine Rückweisung scharf genug sein (Allgemeine lebhafte Zustimmung). Wie wir in dieser Frage fühlen, das hat Abg. Stinnes in Spa zum Ausdruck gebracht, und weite Kreise des deutschen Volkes haben ihm Dank für die Art gewußt, wie er dort aufgetreten ist (Lebhafte Zustimmung).[21]

Was nun die auswärtige Politik selbst angeht, so glaube ich derzeit nicht an eine Möglichkeit der Kontinentalpolitik auf der Grundlage des Zusammengehens zwischen Frankreich und Deutschland (Lebhafte Zustimmung). Ich weiß auch nicht, aus welchen Tatsachen die Vertreter einer anderen Auffassung das Recht schöpfen, von einer solchen Möglichkeit zu sprechen. Frankreich hat bisher doch nur den Willen gezeigt, Deutschland zu zerstören (Sehr richtig!). Es treibt dieselbe Politik wie zu Zeiten des Rheinbundes. Es geht heute nicht mehr allein um den Friedensvertrag von Versailles, sondern um die Frage, ob das Deutsche Reich erhalten wird. Von diesem Gesichtspunkt gewinnt auch die preußische Frage ein anderes Gesicht. Preußen könnte im Reich aufgehen, wenn wir wüßten, daß das Reich in seiner Stärke unvermindert aufrecht erhalten bleibt. Wenn uns aber das Reich nicht mehr gesichert erscheint, dann ist jede Schwächung Preußens auch eine Schwächung der Möglichkeit, daß von diesem Preußen aus wieder einmal eine Regeneration erfolgen kann. Welches sind die Beweggründe der französischen Politik? Die französischen Staatsmänner sehen mit Sorge der zukünftigen Entwicklung der europäischen Geschichte entgegen (Sehr richtig!). Mögen die französischen Befürchtungen übertrieben sein oder nicht, wir müssen damit rechnen, daß sie vorhanden sind und daß es Frankreich ernst damit ist, Deutschland zu zertrümmern. Daraus ergeben sich die Folgerungen für unsere Stellung zu anderen Mächten.

Dann das große Gebiet der Wirtschaftspolitik. Wir haben im Wahlkampf immer die Notwendigkeit betont, daß die Zwangswirtschaft abgebaut wird. Das ist in der Landwirtschaft jetzt bis zu einem gewissen Grade geschehen, den die verantwortlichen Kreise dortselbst noch für notwendig halten.[22] Wenn es in dieser Weise gegenüber der Sozialdemokratie möglich gewesen ist, die freie Wirtschaft durchzusetzen, so ist damit ganz gewiß ein praktischer Erfolg erzielt. Ebenso in der Frage der Ausfuhrabgaben, die wir nicht ganz aufheben konnten, die aber doch, wo es möglich ist,

[20] Der Vorsitzende der DNVP, Oskar Hergt, hatte am 28. 7. 1920 im Reichstag die DVP beschuldigt, mit ihrer Politik gegen die »nationale Würde« verstoßen zu haben, siehe VRT, Bd. 344, S. 342.

[21] Siehe auch Dok. Nr. 28, Anm. 9, 15.

[22] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 4.

außer Kraft gesetzt sind.[23] Dafür sollte man den verantwortlichen Stellen Dank wissen (Sehr richtig!). Hervorragende Parteifreunde wenden sich gegen den Gedanken einer Wirtschaftsbank, die der Reichswirtschaftsminister vertritt.[24] Hier muß man das Für und Gegen nüchtern abwägen. Ein anderer Gedanke, den der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz vertreten hat, ist der des wirtschaftlichen Dienstjahres.[25] Dieser Gedanke wird bei uns lebhafte Zustimmung finden. Wenn der Deutsche sich wieder daran gewöhnt, etwas von seiner Arbeitskraft dem Staat zur Verfügung zu stellen, so sollte man das begrüßen und auch fördern.

Bei dem Abbau der landwirtschaftlichen Zwangswirtschaft haben führende Landwirte unserer Partei und der verschiedenen parlamentarischen Fraktionen die lebhafte Mahnung an ihre Berufsgenossen gerichtet, nunmehr auch in der freien Wirtschaft Maß zu halten. Dieselbe Mahnung gilt für Handel und Industrie. Wir sind hier aus den gesunden Bahnen herausgeschleudert worden. Manchesmal wird nicht mehr kalkuliert, sondern Konjunkturpolitik betrieben (Sehr richtig). Hört das nicht auf, so kommen wir auch nicht zum Abbau der Preise. Ungesunde Konjunkturgewinne sind die Schrittmacher der Sozialisierung (Lebhafte Zustimmung). Wir müssen das umso mehr betonen, als wir der Sozialisierung ablehnend gegenüber stehen, soweit sie sich eine Fesselung oder eine Aufhebung der Privatindustrie zum Ziele setzt.

Die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an dem Arbeitsertrag und die Beteiligung des Reiches an übermäßigen Gewinnen – das sind die beiden Gesichtspunkte, die wir in diesem Zusammenhang vertreten müssen. Mit aller Entschiedenheit aber wenden wir uns gegen Experimente, durch die die Initiative der Führer der Unternehmungen verkümmert werden soll (Lebhafte Zustimmung). Was die Transportkontrolle angeht, so scheinen wir jetzt zu einem erträglichen Zustande gelangt zu sein.[26] Das Verfügungsrecht über die Munitionstransporte untersteht allein der Regierung. Wenn bei der Kontrolle, die von beamteten Stellen ausgeübt wird, die Mitwirkung von Angehörigen des Betriebsrates geduldet wird, so kann dieser Zustand vielleicht ertragen werden, wenn er auch nicht gerade als wünschenswert bezeichnet werden kann. Eine Nebenregierung der Eisenbahner aber besteht nicht und ist von der Regierung zurückgewiesen worden. Was das Entwaffnungsgesetz und seine Durchführung anlangt, so ist vor allem zu beachten, daß auch diese Angelegenheit

[23] Durch die Verordnung über Außenhandelskontrolle vom 20. 12. 1919 (RGBl. 1919, S. 2128) war die Ausfuhr von Waren an eine Ausfuhrbewilligung gebunden, bei deren Erteilung eine dem Reich zufließende Ausfuhrabgabe zur Finanzierung von sozialen Aufgaben entrichtet werden mußte, siehe dazu auch den Bericht von Scholz in der Kabinettssitzung vom 7. 9. 1920, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 65.

[24] Am 28. 9. 1920 hatten zahlreiche Banken (u. a. Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank) in einer öffentlichen Erklärung die Gründung einer besonderen Wirtschaftsbank, die der Reichswirtschaftsminister beabsichtigte, als verfehlt bezeichnet und vor einer Verwendung von Reichsmitteln zur Kreditgewährung gewarnt, siehe »Vorwärts«, 29. 9. 1920, Nr. 482. Zu den Beschlüssen des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 19. 11. 1920 siehe RTDrs., Bd. 364, Nr. 939 IIa3; zahlreiches Material auch in R 43 I/1151.

[25] Am 30. 7. 1920 hatten die DDP-Abgeordneten Schiffer und Schücking eine Entschließung an die Reichsregierung gerichtet, in der sie aufgefordert wurde, an Stelle der früheren allgemeinen Wehrpflicht ein allgemeines wirtschaftliches Dienstjahr einzuführen, siehe RTDrs., Bd. 363, Nr. 276. Nachdem dieser Gedanke bei den Parteien keine allgemeine Zustimmung fand, zogen die Abgeordneten ihre Entschließung zurück, siehe VRT, Bd. 434 ff.

[26] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 3.

der Parteipolitik entzogen worden ist. Unsere Vertreter im parlamentarischen Beirat haben es jederzeit verstanden, ein Zusammengehen gegen klassenkämpferische Ansprüche zu sichern.

Was unsere Reichspolitik am meisten belastet, das ist der unerträgliche Gegensatz, in dem sie zur preußischen Regierungspolitik steht, ein Gegensatz, der von den sozialistischen Regierungsmännern Preußens offenbar mit Bewußtsein hervorgerufen wird. Es ist tief bedauerlich, daß das Zentrum und die Demokraten sich in Preußen nicht dazu aufraffen können, die Auflösung der preußischen Landesversammlung zu betreiben.[27] Wir werden jedenfalls den Kampf hier nicht aufgeben. Wir müssen vielmehr die Neuwahl für den preußischen Landtag in den Mittelpunkt stellen und denjenigen, die sie verweigern, die Verantwortung für all das zuschieben, was daraus folgen kann. Töricht aber wäre es, wenn wir den Kampf aufgeben und aus der Regierung ausscheiden wollten (Lebhafteste Zustimmung).

Die politische Lage ist so, daß wir innerlich wie äußerlich mit den schwersten Belastungen zu rechnen haben. Ob die Sozialdemokratie sich von der alten Oppositionspolitik abwenden und sich zur Notwendigkeit einer staatserhaltenden Politik bekennen wird, steht dahin.

Tut sie es nicht, so müssen die Gegensätze immer größer werden. Demgegenüber kann unsere Politik nur die sein, Staatsautorität und Festigkeit auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch vernünftiges Verhalten in sozialen Fragen. Beides muß miteinander gehen. Als Ziel, wie Westarp es tat, die Hindrängung der Sozialdemokratie zu einer Minderheitsopposition hinzustellen, lehne ich ab. Unser Ziel wird die Versöhnung aller Schichten des deutschen Volkes sein müssen. Daß die Masse national denkt, hat sie 1914 bewiesen und hat sie auch in den Abstimmungsgebieten aufs neue gezeigt. Heute stellt sich die Sozialdemokratie unter dem Druck ihrer Führer im Reich erneut außerhalb der Verantwortlichkeit. Damit ist die Diskussion über den Zutritt der Sozialdemokratie zur Regierung von unserer Seite erledigt. Innerhalb der Regierungsparteien im Reich besteht Übereinstimmung betreffs Aufrechterhaltung der heutigen Koalitionspolitik. Eine Zertrümmerung dieser bürgerlichen Front durch Ausscheiden einer bürgerlichen Partei aus ihr wäre ein politisches Unglück (Lebhaftester Beifall). So schwer die Belastung der Partei durch eine Politik der Kompromisse ist, so muß sie doch im Interesse des Ganzen getragen werden (Sehr richtig!).

Daß wir mit guten Hoffnungen der Zukunft der Partei entgegensehen können, davon hat mich auch unser Jugendtag der Deutschen Volkspartei in Minden überzeugt.[28] Früher haben wir von der Jugend alles ferngehalten, was Politik bedeutet. Heute ist auch die Jugend in den politischen Kampf gestellt. Das mag der Erzieher der Jugend bedauern, aber es wird doch dadurch eine Lücke ausgefüllt, die wir umso mehr lebhaft bedauern mußten, als nur die Arbeiterjugend den Kampf führte. Wir haben auf unserer Jugendtagung gesehen, mit welcher Begeisterung weite Kreise der Jugend in unseren Ideen aufgegangen sind. Alle unsere Hoffnungen beruhen auf der Zukunft. Träger der Zukunft ist die heutige Jugend. Wenn sie sich erhält in ihrer in unserer

[27] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 21.

[28] Der Reichsjugendtag der DVP hatte am Sonntag, dem 3.10.1920, in Minden stattgefunden, siehe den Bericht im DVP-Nachrichtenblatt vom 13.10.1920, Nr. 40/41.

Bewegung zum Ausdruck kommenden nationalen und freiheitlichen Grundüberzeugung, dann liegt darin eine wertvolle Sicherheit für unsere Zukunft, an die wir den Glauben trotz aller Schwierigkeiten dieser gärenden Zeit des Überganges nicht verlieren sollen (Lebhaftester allgemeiner Beifall).[29]

In der sich anschließenden Aussprache nahm zuerst der hessische Landtagsabgeordnete Dr. Dingeldey das Wort.[30] Der große Sieg, den wir erfochten haben, bringe auch die Gefahr einer Erschwerung der inneren Geschlossenheit mit sich. Dieser Gefahr gelte es rechtzeitig zu begegnen. In der Frage der Regierungsbildung sind wir darin alle einig, daß das Ergebnis kein anderes als die jetzige Koalition sein konnte. Aber wir gehen auseinander in der Beurteilung des Weges, der bis zu diesem Ziel gegangen worden ist. Wir hätten Zentrum und Demokraten zwingen müssen, öffentlich vor dem ganzen Lande klarzustellen, daß sie mit den Deutschnationalen keine Regierung bilden wollten. Unsern Vertretern ist der Gesichtswinkel der taktischen Bedeutung ihrer Handlungen abhanden gekommen.[31] In der Außenpolitik vermissen wir die Fähigkeit der Regierung, an das Herz zu appellieren und das Mitgefühl des ganzen Volkes mit unseren Brüdern in Oberschlesien wachzurufen. Wir freuen uns, daß mit Herrn Scholz eine so energische und befähigte Persönlichkeit an die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums gekommen ist, aber wir brauchen ein festes Programm. Wir müssen uns auch dagegen wenden, daß der halbamtliche Nachrichtendienst offenbar unrichtige Nachrichten verbreitet, denn wir können uns nicht denken, daß unsere Vertreter im Kabinett die Erzbergersche Steuergesetzmacherei decken wollen, wie man das einer Wolffmeldung[32] entnehmen mußte.[33] Wir haben diese Gesetzesmacherei grundsätzlich bekämpft und tun das auch heute noch. Wir müssen Vorsorge gegen eine Wiederholung solcher Vorfälle treffen. Wir verlangen weiter, daß wir die baldigen Neuwahlen in Preußen auch durchsetzen.[34] Auch der Nachrichtendienst unserer Partei muß besser funktionieren. Gegebenenfalls müssen die Landesvorsitzenden vertraulich informiert werden.

Oberlehrer Kaefer schließt sich letzterem Wunsch an. Die Reichseinheit sei und bleibe unser Ziel, aber gegenwärtig mußten wir auch dem Föderalismus noch sein Recht lassen. Die Reichstagsfraktion möge den Anschlußgedanken Deutschösterreichs energisch aufnehmen.[35] Die Absicht der Einführung eines Arbeitsdienstjahres sei zu begrüßen. Den Kriegsbeschädigten müssen wir unsere Fürsorge zuwenden.

---

[29] Ende des Inserts.
[30] Siehe auch Dok. Nr. 32b, S. 373.
[31] Zur Beauftragung Heinzes mit der Regierungsbildung siehe Dok. Nr. 27, Anm. 29.
[32] Gemeint: Meldung des W.T.B.
[33] Siehe Dok. Nr. 32b, Anm. 3.
[34] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 21.
[35] Nach Art. 61, Abs. 2 WRV stand »Deutschösterreich« ein Anschluß an das Deutsche Reich offen. In den Verträgen von Versailles (Art. 80) und St. Germain (Art. 88) hatten die Alliierten diesen Anschluß jedoch untersagt. Obwohl die Regierung Bauer dem Druck der Alliierten nachgab und im Protokoll vom 22. 9. 1919 (Text: Huber, Bd. 3, Nr. 155) die Unwirksamkeit des Art. 61, Abs. 2 WRV anerkannte, traten in der Folgezeit alle Parteien für einen Anschluß Österreichs ein. Organisatorischer Träger der Anschlußbewegung war der »Österreichisch-Deutsche Volksbund« unter Leitung von Paul Löbe (SPD), siehe Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 565ff.

Vizekanzler und Reichsjustizminister Dr. Heinze: Gegenüber dem Einwand, daß wir Zentrum und Demokraten bei der Regierungsbildung nicht gezwungen haben sollen, Farbe in der Frage ihrer Stellung zu den Deutschnationalen zu bekennen, sei darauf hinzuweisen, daß doch alles vor der Öffentlichkeit tatsächlich festgestellt war. Es werde auch von Zentrum und Demokratie gar nicht bestritten, daß sie nicht bereit waren, mit den Deutschnationalen in eine Regierung einzutreten. Man müsse sich auch darüber klar sein, daß die sozialdemokratische Opposition bei einem Eintritt der Deutschnationalen die größte Schärfe angenommen hätte. Die sozialistischen Parteien hätten sich in den Angriffen auf die Regierung gegenseitig überboten. Das sei bei der ablehnenden Haltung gegenüber dem Eintritt der Deutschnationalen mit in Betracht gekommen. Der Sinn des Beschlusses des Kabinetts in der Steuerpolitik sei nicht unsere Billigung der Erzbergerschen Steuergesetzgebung gewesen, sondern die Feststellung, daß an der Belastung des Besitzes nichts geändert werden kann. Eine etwaige andere Gestaltung der Gesetze werde davon nicht berührt. Ein bestimmtes Wirtschaftsprogramm sei vielleicht wünschenswert. Er persönlich sei ein Gegner von Programmen, aber ein Freund des Handelns. Handlungen liegen aber auf wirtschaftlichem Gebiet vor. Er weise nur auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Handhabung der Ausfuhrabgaben hin. Das seien fundamentale Maßnahmen, die anerkannt werden müßten. Auch ohne Programm werden weitere Taten folgen. Was die Neuwahlen in Preußen anlangt, so habe das Reichskabinett seinerseits darauf hingearbeitet, daß die Wahlen bald stattfinden, aber die Wirkungsmöglichkeit des Reiches sei begrenzt. Es sei Sache der Parteien und des preußischen Volkes, die Forderung durchzusetzen. Wir werden künftig unsere Handlungen im besonderen daraufhin prüfen, wie sie im Lande wirken und werden nicht verfehlen, auch für nötige Aufklärung und richtige Beurteilung unserer Maßnahmen zu sorgen (Lebhafter Beifall).

An der weiteren politischen Aussprache beteiligten sich noch Justizrat Lohse (Oldenburg) und Sozialsekretär Sartorius (Essen), die Dr. Stresemann noch zu einigen Richtigstellungen Veranlassung gaben.

Die Aussprache endigte mit dem einmütigen Beschluß, sich der Kundgebung, die von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Weimar zur politischen Lage gefaßt worden ist, anzuschließen.[36]

[36] Die Reichstagsfraktion hatte auf ihrer Weimarer Tagung am 30.9. und 1.10.1920 einstimmig folgende Entschließung zur politischen Lage angenommen: »Die Stellung der Reichsregierung zur Sozialisierungsfrage ist im Reichstage seitens des Reichskanzlers Fehrenbach am 28.6.1920 und seitens des Arbeitsministers Dr. Brauns am 5. August dahin festgelegt worden: ›Zweck und Erfolg jeder Sozialisierung muß Steigerung der Produktion sein‹ (Fehrenbach). ›Art und Form der Sozialisierung wird sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung größter Produktionssteigerung und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln‹ (Brauns)«. Wir stehen auf dem Standpunkt dieser Darlegung, wenn wir erklären, daß jeder Vorschlag einer grundsätzlichen Umgestaltung unseres Wirtschaftssystems oder einzelner Wirtschaftszweige abzulehnen ist, wenn nicht der Nachweis erbracht wird, daß dadurch eine Steigerung der Produktion sowie eine Verminderung der Produktionskosten und damit eine Erhöhung des Wirkungsgrades zu erwarten ist. Experimente am Wirtschaftskörper, zumal solche, die nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen erwachsen sind, müssen namentlich angesichts der jetzigen wirtschaftlichen Not und der außenpolitischen Lage zurückgewiesen werden. Wir bekennen uns grundsätzlich zur Unentbehrlichkeit des Unternehmungsgeistes und erkennen in der Erhaltung der selbständigen Existenzen in Landwirtschaft, Industrie, Handel,

Nach Referaten von Leidig und v. Kardorff und ausführlicher Aussprache[37] *wird zur oberschlesischen Frage eine Kundgebung angenommen*[38] *(Eintreten für die* »freie, ungehinderte und ungefährdete Kundgebung des wahren Willens der Abstimmungsberechtigten« *und gegen die* »polnische Lüge und Vergewaltigung«*).*

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Vorbereitung der preußischen Landtagswahlen.[39] Hierüber erteilte Abg. Garnich den Bericht. Er wies darauf hin, daß es sich um zwei Fragen handele, erstens um den Wahltermin und zweitens um das Wahlgesetz. Wenn es nach dem Willen der Mehrheitsparteien gehe, besonders nach dem der Sozialdemokratie, so werde die Wahl erst innerhalb von drei Monaten nach der Erledigung der Verfassung stattfinden. Das bedeute natürlich eine große Verzögerung, da sich die Erledigung der Verfassung beliebig hinauszögern lasse. Was die zweite Frage anlange, so liege ihm jetzt das Wahlgesetz im Entwurf vor. Es gäbe drei Möglichkeiten der Abstimmung, und zwar: auf Grund von Wahlkreislisten, von Wahlkreisverbandslisten und von Landeslisten. Abg. Garnich wies darauf hin, daß der Sturz der jetzigen preußischen Regierung sicher sei, wenn man nach dem Ergebnis der Wahl vom 6. Juni gehe. Er betonte mit aller Entschiedenheit, daß die jetzige preußische Regierung keine Existenzberechtigung mehr habe. Aus seinem Referat ging weiter hervor, daß die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, um die Neuwahlen in Fluß zu bringen, dafür Sorge tragen wird, daß in Bälde ein Preußentag[40] der Deutschen Volkspartei zusammentritt, der den Auftakt bilden soll für eine scharfe Inangriffnahme der Wahlvorbereitung. Ferner soll ein Landeswahlausschuß gebildet werden aus den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses und den Vorsitzenden der preußischen Wahlkreisverbände. Mit allen Mitteln solle daran gearbeitet werden, die gegenwärtige Regierungskoalition in Preußen durch Neuwahlen unmöglich zu machen.

In der Debatte wies Abgeordneter Dr. von Richter auf die außerordentliche Tragweite der ganzen Frage hin. Die preußische Regierung habe absichtlich die Einbringung des Wahlgesetzes verzögert. Deshalb müsse auf Grund der technischen Organisation gewählt werden, die für die Reichstagswahl Geltung habe. Der jetzige Zustand bedeute nichts weiter als die Möglichkeit für die Sozialdemokratie, nachdem sie aus der Regierung ausgetreten, durch ihre Herrschaft in Preußen die Reichspolitik zu lähmen. Deshalb klammere sie sich an ihre Machtstellung in Preußen. Es besteht die

Gewerbe und Mittelstand eine unserer dringendsten und vornehmsten sozialen Aufgaben. Von diesem Gesichtspunkt aus lehnen wir die beiden für die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft gemachten Vorschläge der Sozialisierungskommission ab, bei deren Zustandekommen überdies dem Sachverständigen des Bergbaus ein bestimmender Einfluß nicht eingeräumt worden ist. Alle produktionsfördernden Maßnahmen überhaupt und insbesondere der Kohlenwirtschaft werden der Unterstützung der Fraktion sicher sein. Im übrigen hält es die Fraktion für zweckmäßig, mit ihren Vorschlägen solange zurückzuhalten, bis zu der zu erwartenden Vorlage der Regierung Stellung genommen werden kann. Sie erwartet von der Regierung, daß sie bei der Vorbereitung der Vorlage die Sachverständigen der Kohlenwirtschaft von vornherein in ausreichender Weise beteiligt«, DVP-Nachrichtenblatt, 13.10.1920, Nr. 40/41.

[37] An der Aussprache beteiligten sich u.a.: v. Rheinbaben, Heeger, Rawengel (Koblenz), Schian (Gießen), Beuermann, Scheel.

[38] Wortlaut: DVP-Nachrichtenblatt , 13.10.1920, Nr. 40/41.

[39] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 21.

[40] Siehe Dok. Nr. 33, S. 387.

dringende Notwendigkeit, diesen Widerstand der Sozialdemokratie in Preußen zu brechen, und man dürfe dabei auch nicht etwa die Hinausschiebung der Wahl als unbeträchtliche kurze Frist einschätzen. Die Sozialdemokratie werde jeden weiteren Monat benutzen, sich überall einzunisten und dadurch die Möglichkeit gewinnen, bei den Preußenwahlen den anwesenden Apparat vollkommen für sich in Gang zu setzen.

Dr. Schuster wies darauf hin, daß durch die Verschiebung der preußischen Neuwahlen sehr wichtige Kulturinteressen gefährdet seien. Abg. Dr. v. Krause betonte die Notwendigkeit, durch die Kräfte der Reichspolitik auf die preußische Regierung und die preußischen Koalitionsparteien einzuwirken. Abg. Dr. v. Campe wies darauf hin, daß man die Beamtenbesoldungsfragen noch in der Landesversammlung erledigen müsse, was allgemeine Zustimmung fand.

In Bezug auf die Festsetzung des Parteitages beschloß der Zentralvorstand, die Ansetzung des Termins dem Geschäftsführenden Ausschuß zu überlassen.[41]

Den Schluß der Verhandlungen bildete ein Bericht über den Stand der Organisation der Partei, den Geh. Rat Garnich erstattete und der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Das starke Wachstum der Partei kam in dem mitgeteilten Zahlenmaterial zum Ausdruck. In mehr als 3000 Orten bestehen Ortsgruppen, denen viele tausende Vertrauensmänner bis in die kleinsten Ortschaften hinein angegliedert sind. Die Zahl der Jugendgruppen hat sich auf 303, davon 20 studentische, die Zahl der Frauenausschüsse auf 328 erhöht. Im Oktober 1919 waren 67 Beamte für die Partei tätig, jetzt sind es 185 hauptamtlich angestellte Parteibeamte, davon 16 Parteibeamtinnen. Die Wahlkreise Breslau, Halle, Leipzig, Chemnitz, Thüringen konnten ihre Mitgliederzahl innerhalb Jahresfrist um das Vierfache erhöhen, verdreifacht hat sie sich in den Wahlkreisen: Frankfurt-Oder, Mecklenburg, Liegnitz, Magdeburg und Hessen-Nassau. Die höchste Mitgliederzahl weist der Wahlkreis Westfalen-Süd mit 18 600 eingeschriebenen Mitgliedern auf, dann folgen Hannover-Braunschweig, Düsseldorf-West, Weser-Ems, Nassau, Düsseldorf-West, Hamburg usw. Die Gesamtmitgliederzahl hat sich seit Jahresfrist um 70,6 Prozent erhöht. Die vier rheinischen und zwei westfälischen Wahlkreise haben sich zur Rheinisch-Westfälischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die Wahlkreise Magdeburg, Halle und Thüringen bilden die Mitteldeutsche Arbeitsgemeinschaft, die Wahlkreise Nassau, Darmstadt, Pfalz, Baden und Württemberg die Süd-Westdeutsche Arbeitsgemeinschaft. Der Bericht ließ in seinen weiteren Einzelheiten das äußere und innere Erstarken der Partei in erfreulicher Weise erkennen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Mit Worten des Dankes an die Referenten und sonstigen Sprecher schloß der Vorsitzende die harmonisch verlaufene Tagung.

[41] Siehe Dok. Nr. 34, S. 388 f.

32b: BAK Nachlaß Dingeldey 17, p. 12–22. Kopfbogen »Deutsche Volkspartei. Landesverband Hessen. Vorsitzender«. Auf den 18. 10. 1920 datiertes maschinenschriftliches Schreiben Dingeldeys mit der Überschrift: »An die Mitglieder des Landesausschusses des hess. Landesverbandes der DVP«.

Sehr geehrte Parteifreunde!

Die Verhandlungen des Zentralvorstandes, des Geschäftsführenden Ausschusses und der Landesvorsitzenden am 4. und 5. Oktober in Hannover sind von so ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Partei und die gesamte politische Lage Deutschlands, daß ich mich verpflichtet fühle, Ihnen in großen Umrissen den wesentlichen Inhalt dieser Beratungen und der gefaßten Beschlüsse mitzuteilen. Ich bitte Sie, diesen meinen Bericht als vertraulich in dem Sinne zu behandeln, daß sein Wortlaut und Inhalt nicht in die Öffentlichkeit gelangt. Wohl aber fordere ich Sie auf, von den Ihnen mitgeteilten Tatsachen innerhalb ihrer örtlichen Organisation den Parteifreunden Mitteilung zu machen. So allein besteht die Gewähr, daß unter unseren Freunden die wesentlichsten Gesichtspunkte, von denen die Politik der Partei heute geleitet wird, verständnisvolle Aufnahme finden.

Als Vorsitzender des Landesverbandes und zugleich auch als Vorsitzender der südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft der D.V.P.[1] hatte ich den Auftrag, gegenüber der Parteileitung die Mißstimmung, welche in weiten Kreisen der Parteifreunde um sich greift, rückhaltlos zum Ausdruck zu bringen und den Finger auf die Wunden zu legen, an denen der Organismus unserer Parteipolitik nach unserer Auffassung heute leidet. Ich habe mich schon vor den Verhandlungen mit Herrn Dr. Stresemann, dem Parteivorsitzenden, in Verbindung gesetzt, um die Möglichkeit zu haben, unmittelbar nach seinem großen Referat über die politische Lage als erster Diskussionsredner unseren Standpunkt darlegen zu können. Herr Dr. Stresemann ist meinem Wunsch bereitwilligst nachgekommen, zumal er annehmen durfte, daß die von mir zu äußernden Beschwerden von dem größten Teil aller Parteifreunde im Reiche geteilt werden. Ich habe meine Darlegungen im wesentlichen in dem Sinn gehalten, in dem ich auch in den Beratungen in der letzten Sitzung unseres Landesausschusses gesprochen habe. Ich kann mir also versagen, Einzelheiten über meine in beiden Versammlungen gegebenen Darlegungen zu bringen. Ich wende mich vielmehr zu den einzelnen Punkten, von deren Erörterung hauptsächlich die Aussprache bestritten wurde.

I. Regierungsbildung

Kritik: Wenn auch anzuerkennen ist, daß ein anderes Ergebnis als die heutige Regierungskoalition bei der ablehnenden Stellungnahme der demokratischen Partei und namentlich des Zentrums gegenüber den Deutschnationalen nicht zu erreichen war, so kann doch das Verhalten unseres Unterhändlers, des jetzigen Herrn Vizekanzlers Dr. Heinze, nicht gebilligt werden. Er hat es versäumt, in offizieller, möglichst schriftlicher Form, Zentrum und Demokratie vor die Notwendigkeit zu stellen, ihren ablehnenden Standpunkt vor der gesamten deutschen Öffentlichkeit zu erklären und zu begründen. Er hat dadurch erst der deutschnationalen Partei die Möglich-

[1] Wahlkreisverbände Baden, Pfalz, Württemberg, Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt.

keit zu ihren bis zum heutigen Tage immer wiederholten, ja sich ständig verschärfenden Vorwürfen gegen die D.V.P. gegeben.

Herr Dr. Stresemann stimmte diesem meinem Standpunkte bei. Er hat auch in seiner großen ersten Reichstagsrede[2] keinen Zweifel darüber gelassen, daß er das taktische Verhalten Dr. Heinzes nicht billige. Er wies aber andererseits mit Recht darauf hin, daß die Vorwürfe der Deutschnationalen unbegründet und innerlich unwahr seien, denn die Führer dieser Partei wußten schon damals aus den Mitteilungen Dr. Heinzes an Herrn Staatsminister Hergt, den Führer der Deutschnationalen, genau, daß Demokratie und insbesondere Zentrum unter keinen Umständen zu einer Regierungsbildung mit ihnen bereit seien. Sie wußten also auch, daß nicht die D.V.P. diese Regierungsbildung verhindern oder umgekehrt herbeiführen konnte.

Dr. Heinze wollte den gegen ihn erhobenen Vorwurf nicht gelten lassen. Er behauptete, es sei eine innerliche Unwahrheit gewesen, wenn er, der aus den vorangegangenen Verhandlungen genau gewußt habe, daß Zentrum und Demokratie unter allen Umständen ablehnen, mit den Deutschnationalen zusammen in ein Kabinett zu gehen, ihnen trotzdem nochmals offiziell diese Frage vorgelegt hätte. Er meinte ferner, daß die Stellung der deutschnationalen Partei (und das habe er auch Herrn Hergt gegenüber ausgesprochen) außerhalb des Kabinettes eine sowohl im vaterländischen wie auch im Interesse dieser Partei betrachtet viel günstigere sei, als wenn sie in die Regierung eingetreten wäre. Eine Regierung einschließlich der Deutschnationalen wäre nach seiner Meinung von dem gesamten Sozialismus als eine Kampfregierung betrachtet und mit schärfsten Mitteln verfolgt und bekämpft worden. Das hätte nicht im Interesse einer Beruhigung unserer inneren Verhältnisse gelegen. Außerhalb der Regierung könne die deutschnationale Partei die Aufgabe einer nationalen Opposition ohne eigene scharfe Gebundenheit in dem Sinn erfüllen, daß sie den rechten Flügel der Reichsregierung, verkörpert durch unsere Vertreter, stütze und stärke und so dessen Einfluß innerhalb der Regierung und auf die gesamte Reichspolitik vermehre.

Die Haltung der Versammlung ergab, daß der Zentralvorstand fest geschlossen unseren Standpunkt in der Frage teilte und das Verhalten Dr. Heinzes als taktisch unklug betrachtete.

II. Sozialisierung

Kritik: Die Beschlüsse, die nach einer amtlichen Meldung des Wolff'schen Büros die Reichsregierung zu dieser Frage gefaßt habe[3], seien nicht in Einklang zu bringen mit unserer Stellungnahme zur Sozialisierung, denn nach diesen Berichten habe das Kabinett, einschließlich unserer Parteifreunde, einstimmig den Wirtschaftsminister beauftragt, ein Sozialisierungsgesetz »auf der Grundlage« der Vorschläge der Sozialisie-

[2] Siehe Dok. Nr. 32a, Anm. 16.

[3] In der W.T.B.-Meldung vom 23.9.1920 (Text: Schultheß I, S. 253f.) hieß es dazu: »Schließlich trat das Kabinett in eine Erörterung der Sozialisierungsfrage ein und beschloß einstimmig, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichts der Sozialisierungskommission (siehe Dok. Nr. 31, Anm. 20) »umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaus vorzulegen«.

rungskommission einzubringen.[4] Dagegen stünden Partei und Reichstagsfraktion doch bekanntlich auf dem Standpunkt, daß die Vorschläge dieser Kommission, der Mitglieder der Bergbauindustrie übrigens nicht angehören, abzulehnen seien. Für uns kämen nur Maßnahmen in Frage, die gleichzeitig eine Steigerung und Verbilligung der Kohlenproduktion versprechen. Nach dem Bericht des Wolff'schen Büros hätten sich also unsere Minister in Gegensatz zur Partei gestellt.

Dr. Stresemann teilte mit, daß der Bericht des Wolff'schen Büros, der von dem Unterstaatssekretär Albert (radikaler Demokrat) verfaßt sei, objektiv unwahr sei. Das Kabinett habe sich nicht auf die oder auf einen der Vorschläge der Sozialisierungskommission geeinigt, vielmehr lediglich beschlossen, nachdem nunmehr der Bericht der Kommission vorliege, seinerseits einen Gesetzentwurf einzubringen. Für diesen Gesetzentwurf habe der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz (D.V.P.) freie Hand.

Dr. Scholz habe der Parteileitung gegenüber erklärt, daß er niemals für die Vorschläge der Sozialisierungskommission zu haben sein werde. Er befindet sich in dieser Frage in voller Übereinstimmung mit den beiden anderen volksparteilichen Ministern und der Fraktion.[5] Die Partei werde unter gar keinen Umständen für derartige Maßnahmen zu haben sein. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß die Sozialdemokratie diese Frage zum Gegenstand eines Machtkampfes machen werde. Es müsse deshalb auch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß gerade auch der christlich-gewerkschaftliche Flügel der deutschnationalen Partei in der Sozialisierungsfrage der Sozialdemokratie weit mehr entgegenkomme als wir. Mitglieder der deutschnationalen Fraktion haben ja auch schon in der Nationalversammlung für das Sozialisierungsgesetz gestimmt.[6]

III. Steuergesetzgebung

Kritik: Wir waren und sind von der Undurchführbarkeit und der verhängnisvollen Wirkung der Steuergesetze Erzbergers überzeugt. Wie kommt es, daß das Wolff'sche Büro in demselben amtlichen Bericht[7] erklären kann, das gesamte Reichskabinett habe sich »einstimmig« für die »unbedingte« Durchführung der Erzbergerischen Gesetze verpflichtet?[8]

---

[4] In der Ministerratssitzung vom 22. 9. 1920 hatte Scholz in der Frage der Sozialisierung »zunächst einen anderen Standpunkt«, war dann aber »mit Rücksicht auf die einstimmige Ansicht der übrigen Mitglieder des Kabinetts dem Kabinettsbeschluß beigetreten«, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 73, S. 192. Am 6. 10. 1920 erhob v. Raumer dann gegen das Protokoll der Ministerratssitzung Widerspruch, siehe ebd., Dok. 82; zur Auseinandersetzung zwischen StS Albert und v. Raumer und zur Haltung der DVP-nahen Presse siehe ebd., Anm. 2, 3, 4.

[5] Die Reichstagsfraktion hatte auf ihrer Tagung in Weimar am 30. 9. und 1. 10. 1920 in Anwesenheit der Minister v. Raumer und Heinze in einer Entschließung (Text: Dok. Nr. 32a, Anm. 36) die beiden Sozialisierungsvorschläge abgelehnt.

[6] Das von der SPD eingebrachte Sozialisierungsgesetz (Text: RGBl. 1919 I, S. 341 f.) wurde am 13. 3. 1919 in der Nationalversammlung nach scharfen Auseinandersetzungen angenommen, siehe Heilfron, Bd. 2, S. 455. Zur Haltung der DVP in der Sozialisierungsfrage und zum Abstimmungsverhalten der DNVP-Fraktion siehe Trippe, S. 82 ff.

[7] Siehe Anm. 3; zur Ministerratssitzung vom 22. 9. 1920 siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 73.

[8] Die von Erzberger 1919 inaugurierte Finanzreform sah, neben der scharfen Heranziehung von Kriegsgewinnen und großer Vermögen, die Einführung einer progressiven Einkommensteuer und die Schaffung einer Reichsfinanzverwaltung vor, siehe Peter Christian Witt, Staatliche Wirtschaftspolitik in Deutschland 1918–1923: Entwicklung und Zerstörung einer modernen

Dr. Heinze antwortete, der Wortlaut dieses Berichtes stimme auch nicht mit den angegebenen Tatsachen überein. Er gibt den Wortlaut dieses Berichtes preis. Selbstverständlich bleibe unsere Stellungnahme zu den Gesetzen Erzbergers unverändert. Auf der anderen Seite könne man natürlich nicht, wenn man das finanzielle Chaos nicht noch verschlimmern wolle, jetzt mit einem Streich das ganze gesetzgeberische Werk wieder über den Haufen werfen. Die Reform einzelner Gesetze wird von uns nach wie vor erstrebt. Das Kabinett habe lediglich beschlossen, daß auf der einen Seite der Lohnabzug für die Arbeiter unnachsichtlich durchgeführt werden müsse[9]; daß aber auf der anderen Seite auch der Besitz in der schärfsten Weise herangezogen und die Einziehung insbesondere der Kriegsgewinnsteuer[10] beschleunigt werden müsse.

IV. Unsere Stellung zur Sozialdemokratie

Kritik: Wir halten es für eine unbedingte Notwendigkeit, den Einfluß der D.V.P. innerhalb der Regierung durch Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten und auch zahlenmäßig zu stärken und bedauern deshalb, daß nach dieser Richtung hin bis jetzt kein Erfolg erzielt ist. Wir sind befremdet, daß statt dessen der Parteiführer in den »Deutschen Stimmen« ausführlich die nach seiner eigenen Auffassung theoretische Frage des Wiedereintrittes der Sozialdemokratie in die Regierung behandelt hatte.[11]

Dr. Stresemann: Sein Aufsatz in den »Deutschen Stimmen« sei nur verständlich, wenn man die Vorgeschichte kenne. Er habe damals zuverlässig erfahren, daß der nach Berlin zurückgekehrte Erzberger am Werke sei, die jetzige Koalition zu unterhöhlen und das frühere Regiment im Bunde mit der Sozialdemokratie wieder aufzurichten. Da der linke Flügel des Zentrums nach wie vor zu Erzberger neige, sei diese Gefahr außerordentlich ernst gewesen. Er habe deshalb sofort eine Besprechung mit den Führern des Zentrums und der demokratischen Partei veranstaltet.[12] Diese Besprechung führte zu folgenden Beschlüssen: Alle drei Parteien sind fest entschlossen, an der jetzigen Koalition festzuhalten. Alle drei Parteien sind nach wie vor keine grundsätzlichen Gegner eines Eintrittes der Sozialdemokratie in die Regierung, wie dies insbesondere auch schon vor den Wahlen erklärt worden ist. Übrigens haben die Deutschnationalen vor den Wahlen und noch in diesen Tagen durch Herrn Dr. Helfferich in Darmstadt den gleichen grundsätzlichen Standpunkt eingenommen. Ein solcher Wiedereintritt kann aber nur unter bestimmten Bedingungen in Frage kommen. Die Sozialdemokratie muß sich verpflichten, der sofortigen Auflösung des preußischen Landtages zuzustimmen. Dies würde den Zusammenbruch

wirtschaftspolitischen Strategie, in: Gerald D. Feldman u. a. (Hg.), Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1982, S. 151–179.

[9] Zum Steuerlohnabzug siehe Dok. Nr. 31, Anm. 18.

[10] Zur Begründung des Gesetzentwurfes gegen die Kapitalflucht siehe RTDrs., Bd. 364, Nr. 542, zum endgültigen Gesetz siehe RGBl. 1921, S. 33 f. Zu den Einzelbestimmungen des Gesetzentwurfes über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs siehe RTDrs., Bd. 364, Nr. 876; die DVP-Vertreter im Kabinett leisteten gegen die Vermögensabgabe entschiedenen Widerstand, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 125, 130.

[11] Stresemann hatte in der »Politischen Umschau« vom 12. 9. 1920 herausgestellt, der Sozialdemokratie stehe jederzeit die Möglichkeit frei, »in die bisherige Koalition einzutreten«, DS 32 (1920), S. 621.

[12] Siehe Dok. Nr. 31, S. 344 f.

der sozialistischen Herrschaft in Preußen (wohl auch der jetzigen Koalition in Hessen![13]) bedeuten. Innerhalb des Kabinetts darf sie nur in einer ihrem zahlenmäßigen Anteil entsprechenden Stärke vertreten sein, wobei die drei bürgerlichen Parteien als einheitliches Ganzes betrachtet werden. Reichskanzleramt und Auswärtiges Amt müssen frei von Sozialdemokraten bleiben. Die Parteiführer verpflichteten sich gegenseitig, in diesem Sinn die Öffentlichkeit zu unterrichten und damit die Geschlossenheit der jetzigen Koalition nach außen hin zu manifestieren, so daß hierdurch die Anschläge Erzbergers vereitelt würden. Herr Dr. Stresemann insbesondere aber verpflichtete sich, zur Beruhigung des linken Flügels des Zentrums nochmals öffentlich klarzustellen, daß wir grundsätzlich (unter den genannten Bedingungen) kein Gegner des Wiedereintritts der Sozialdemokratie in die Regierung seien. So sei der Artikel in den »Deutschen Stimmen« entstanden. Man müsse dem Parteiführer das Recht einräumen, in einer so bedrohlichen Situation wie sie damals war, den Schritt zu tun, den er nach pflichtmäßigem Ermessen für den richtigen halte.

Kritik: Warum haben wir über die ganze Vorgeschichte kein Wort erfahren? Es ist notwendig, daß die Wahlkreisvorsitzenden durch vertrauliche Briefe solche Dinge alsbald erfahren. Sonst sind wir nicht in der Lage, in der Öffentlichkeit mit voller Überzeugung für die Erklärungen des Parteiführers einzutreten. Dem wurde von allen Seiten zugestimmt. Wie ich höre, wird künftighin diesem Wunsch Rechnung getragen werden.

V. Positive Ergebnisse unserer Regierung

1. Die Zwangswirtschaft ist gefallen und die von der Landwirtschaft so lange vergeblich erhobene Forderung nach Einführung der freien Wirtschaft ist endlich durchgeführt.[14]

2. Der Stellenschacher aus parteipolitischen Gründen, der vorher an der Tagesordnung war, hat aufgehört. Das Ministerium hat durch die dem Finanzminister erteilten Vollmachten alles vorbereitet, um mit äußerster Energie an den Abbau und die Vereinfachung der Reichsverwaltung heranzutreten. Unsere Industrie kann das Vertrauen haben, daß im Reichswirtschaftsministerium eine starke, zielbewußte Hand die Fäden der Wirtschaft führt. Dr. Scholz, der Reichswirtschaftsminister, den ich gelegentlich einer kürzlich stattgehabten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses persönlich kennenlernte[15], macht den Eindruck einer sehr energischen, klugen und zielbewußten Persönlichkeit. Man kann zu ihm das Vertrauen haben, daß er sich von seinem Staatssekretär, dem Demokraten Hirsch, nicht auf der Nase herumtanzen läßt. Er hat auch erklärt, daß er diesen Herrn rücksichtslos entlassen werde, sobald er auch nur einen Versuch der Durchkreuzung seiner Absichten erkennen lasse.[16]

Dr. Scholz ist es zu verdanken, daß das System der Ausfuhrabgabe[17], ein schweres Hindernis für unsere Industrie, abgebaut wird, daß für einen großen Teil unserer

[13] In Hessen regierte seit dem 26.1.1919 ein Kabinett der Weimarer Koalition unter Carl Ulrich (SPD).
[14] Siehe Dok. Nr. 31.
[15] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 2.
[16] Siehe Dok. Nr. 31, S. 352.
[17] Siehe Dok. Nr. 32a, Anm. 23.

Industrie heute die Ausfuhrabgaben praktisch schon außer Kraft gesetzt worden sind. Dr. Scholz ist es auch, der erklärt hat, er stehe und falle mit Ablehnung der Vorschläge der Sozialisierungskommission. Er hat übrigens auch in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, an der ich teilnahm, in der Frage der Autonomie Oberschlesiens eine ausgezeichnete, von klarem und scharf nationalem Willen zeugende Rede gehalten.

Die aus Anlaß des Kapp-Putsches getroffenen, auf Gesinnungserforschung hinauslaufenden Maßnahmen gegen Beamte und Offiziere des Reiches und des Reichsheeres sind alsbald völlig außer Kraft gesetzt worden. Die Stelle im Reichswehrministerium, der diese Aufgabe übertragen war (der auch der hessische demokratische Landtagsabgeordnete Loos[18] angehörte), wurde sofort aufgelöst.[19] Im Reichswehrministerium hat tatsächlich heute der Fachmann, Herr von Seeckt[20], den maßgebenden Einfluß.

4. Unseren drei Ministern ist es zu verdanken, wenn die Reichsregierung heute gegenüber allen Versuchen der Gewerkschaften, eine Nebenregierung aufzurichten, den energisch ablehnenden Standpunkt einnimmt. Unsere Minister haben es verhindert, daß das schwächliche Nachgeben, das von dem Reichsverkehrsminister, General Groener und dem Reichskanzler zu erwarten war, weiter zur Geltung kommen konnte. Sie haben das Kabinett verpflichtet, mit rücksichtsloser Energie gegen alle solche verfassungswidrigen Versuche aufzutreten.[21]

5. Die Frage der Waffenablieferung, die zu einer Untergrabung der Machtstellung des Bürgertums und zu einer Herrschaft der kommunistischen Massen hätte führen können, wird dank unserem Einfluß in einer Weise durchgeführt, daß keinerlei Gefahren davon zu besorgen sind. Der Reichskommissar Dr. Peters[22] steht parteipolitisch in der Mitte zwischen uns und der deutschnationalen Partei. Von einer Auflösung der Organisation Escherich ist tatsächlich heute nicht mehr die Rede.[23]

VI. Auswärtige Politik

1. Das Abkommen von Spa wurde eingehend erörtert. Herr Dr. Stresemann teilte mit, daß nicht nur unser Reichswirtschaftsminister, Dr. Scholz, sondern auch der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, gegen das Abkommen gestimmt habe.[24] Es wurde aber allseitig anerkannt, daß die Frage der Unterzeichnung des

[18] Wilhelm Loos (* 1885), Lehrer. 1919–1921 MdL Hessen (DDP).

[19] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 45.

[20] Hans v. Seeckt (1866–1939), Generaloberst. 1919/1920 Chef des Truppenamtes. 1920–1926 Chef der Heeresleitung. 1930–1932 MdR (DVP).

[21] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 3.

[22] Wilhelm Peters (1876–1953), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst. 1917–1919 stellv. preußischer Staatskommissar für Volksernährung, Aug.–Sept. 1919 UStS im Reichsernährungsministerium, Sept. 1919–Aug. 1920 preußischer Staatskommissar für Volksernährung, Aug. 1920–Juli 1921 Reichskommissar für Entwaffnung.

[23] Das Entwaffnungsgesetz vom 7.8.1920 (RGBl. 1920, S. 1553) ordnete die Ablieferung aller Militärwaffen an, soweit sie sich nicht in der Hand der Reichswehr oder von Verwaltungsdienststellen befanden, an; zum Ergebnis der Entwaffnungsaktion siehe den Bericht von Peters vom Dezember 1920, Schultheß 1921, S. 5; zur »Organisation Escherich« siehe Dok. Nr. 31, Anm. 44.

[24] Siehe Dok. Nr. 32a, Anm. 19.

Abkommens sich ganz und gar nicht dazu eigne, unter dem Gesichtspunkt der nationalen Würde behandelt zu werden. Auch diejenigen, die gegen die Unterzeichnung waren, ebenso diejenigen, die, wie Dr. Stresemann, der Meinung waren, man hätte bezüglich der Kohlenlieferung aus Oberschlesien noch mehr erreichen können, geben doch unumwunden zu, daß die Verantwortung für die Verweigerung der Unterzeichnung nur sehr schwer zu tragen gewesen sei.

Die auswärtige Lage wurde im übrigen von dem Vizekanzler Dr. Heinze und von Dr. Stresemann in sehr düsteren Farben gehalten. Wir haben damit zu rechnen, daß es insbesondere Frankreich auf die vollkommene Vernichtung und Zerstörung des Deutschen Reiches abgesehen hat, daß wir im Osten immer noch chaotische Zustände sehen, die uns ein Zusammenarbeiten mit Rußland auch auf wirtschaftlichem Gebiet noch unmöglich machen, daß endlich auch England keine Neigung zeigt, seine Hand zu einer Revision der unmöglichen Bestimmungen des Friedensvertrages zu bieten, vielmehr bereit ist, unsere Lebensinteressen seinen kleinasiatischen Ansprüchen zu opfern.

Bei dieser Sachlage kann nur eine sehr geschickte Hand, welche die Klaviatur des diplomatischen Spieles aus genauer Kenntnis zu handhaben versteht, unsere Interessen vertreten. Geschickte Anpassungsfähigkeit an die sich jeweilig ergebende Situation, flinkes Ausnützen des Momentes und dabei große Geduld und Zähigkeit in nationalen Fragen sind die Erfordernisse für die Persönlichkeit, die an der Spitze des Auswärtigen Amtes steht.

Man ist überzeugt, in Herrn Dr. Simons eine solche Persönlichkeit zu besitzen. Auch seine, von ihm selbst heute als solche anerkannten Entgleisungen im Parlament können daran nichts ändern, daß er eine bedeutende, diplomatisch erfahrene Persönlichkeit von festem, nationalem Wollen ist. Herr Dr. Stresemann erzählte folgende Einzelheiten:

Als Herrn Dr. Simons von der früheren Regierung der von ihm seit vielen Jahren erstrebte Gesandtenposten in Bern angeboten wurde, habe er ihn mit dem Bemerken abgelehnt, daß er sich weigere, die Erfüllung seines Wunsches aus den Händen einer Regierung entgegenzunehmen, die den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet habe. Als Herr Dr. Stresemann ihm davon Mitteilung machte, daß Erzberger angeblich beabsichtige, einen Gesandtenposten im Ausland zu erlangen[25], schrieb er vor wenigen Wochen an Dr. Stresemann, in dem Augenblick, in dem Erzberger wieder irgendwie im Reichsdienst auftauche, lehne er es ab, auch nur eine Minute länger mitzuarbeiten.

Es ist notwendig, gegenüber allen Angriffen der Deutschnationalen immer wieder auf diese Dinge hinzuweisen und darzulegen, ein welch gewaltiger Fortschritt in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten gegen früher erzielt worden ist. Im übrigen ist folgendes von Interesse: Herr Dr. Simons hat vor seiner Ernennung be-

[25] Finanzminister Wirth hielt zu dieser Frage in einer Aufzeichnung über ein Gespräch mit Ebert am 9.6.1920 fest: »Ich regte im Einverständnis mit den Ministerkollegen an, die Frage zu prüfen, ob man Herrn Erzberger nicht auf einem Gesandtenposten verwenden könne. Der Herr Reichspräsident würdigte die Bedeutung dieser Frage für die Zentrumsfraktion. Er sah mit mir darin eine bedeutende Erleichterung zur Rückgewinnung der BVP. Er machte wohl einige lebhafte Bedenken geltend«, BAK NL Wirth 113.

reits, nachdem in der Presse seine Angehörigkeit zur demokratischen Partei behauptet war, an diese die Erklärung gerichtet, daß er der demokratischen Partei niemals angehört habe, und deshalb bitten müsse, künftighin seinen Namen nicht mehr in Verbindung mit der demokratischen Partei zu nennen. Heute ist er eingeschriebenes Mitglied der D.V.P.[26]

VII. Die Parteikonstellation

Von allen Seiten wurde mitgeteilt, daß die Deutschnationale Volkspartei leider dazu übergehe, einen Hauptteil ihrer Agitationskraft zum Kampf gegen die D.V.P. zu benutzen. Aus Pommern, aus Westfalen, aus dem Rheinland, aus Sachsen kamen gleichlautende Nachrichten. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, wie kurzsichtig eine solche Parteipolitik ist, die nur unter Wahlgesichtspunkten, nicht aber unter den großen Gesichtspunkten der Staatspolitik getrieben wird. Die Sachlage ist heute die, daß die jetzige Regierung keineswegs eine ideale Lösung bedeutet, daß sie aber der genaue Ausdruck unserer heutigen, von einer Beruhigung der revolutionären Zustände immer leider noch weit entfernten Verhältnisse ist. Die Gesundung im bürgerlichen Sinn kann nur langsam und schrittweise unter mancherlei Zuckungen erreicht werden. Die sogenannte Politik »ohne Kompromisse«, welche von dem rechten Flügel der Deutschnationalen (Wulle[27], von Graefe, Graf Westarp, Helfferich) gepredigt wird, bringt keine Lösung, sondern Auflösung.

Das Streben der Sozialdemokratie unter Führung Scheidemanns, der die Gunst der Massen im Wettlauf mit den Unabhängigen wieder erobern will, geht zweifellos dahin, die Regierung bei gegebener Gelegenheit angesichts der kommenden großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Kämpfe um die Sozialisierung zu stürzen, um bei Neuwahlen mit guter Parole bessere Geschäfte zu machen. Die Deutschnationalen arbeiten mit ihrer Politik solchen Bestrebungen geradezu in die Hand. Die jetzige Regierung kann von der Sozialdemokratie nur dann gestürzt werden, wenn auch die Deutschnationalen ihr das Vertrauen versagen. Was aber wollen diese an die Stelle der heutigen Regierung setzen? Alle Angriffe übersehen auch die heilsame Wirkung, die die Zusammenarbeit mit uns auf die Führer der demokratischen Partei gehabt hat. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß die Reichstagsfraktion der demokratischen Partei unter unserem Einfluß in immer schärferem Maße ihre Front gegen die Sozialdemokratie richtet. Reden wie die des Abgeordneten Schiffer in Ulm wären früher unmöglich gewesen. Die Rechtsentwicklung der Demokraten im Reiche, wenigstens ihrer Führer, ist aber in nationalem Interesse als hoher Gewinn zu verbuchen.

[26] Entgegen den Darstellungen Dingeldeys – denen Albertin, S. 399, folgt – gehörte Simons nach Feststellung von Gründer, S. 106ff., keiner Partei an.

[27] Reinhold Wulle (1882–1950), Journalist. 1914 Hauptschriftleiter der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung«, 1918 der »Deutschen Zeitung«, 1921 Herausgeber des »Deutschen Tageblatts«, 1929 der »Deutschen Nachrichten«. Einer der maßgebenden Führer des radikal-völkischen Flügels der DNVP. 1920–1924 MdR (DNVP/Deutschvölkische Freiheitspartei), Mai–Dez. 1924 (Deutschvölkische Freiheitspartei). 1924–1928 MdL Preußen (Nationalsozialistische Freiheitsbewegung).

VIII. Organisatorisches

Die Bildung der Südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft[28] hat sich außerordentlich bewährt. Man hat in der Zentrale der Partei unter dem Einfluß dieser neuen Organisation erkannt, daß die Leitung der Partei dezentralisiert werden muß, das heißt, daß die einzelnen Landesteile eine erhöhte Berücksichtigung gegenüber der Reichshauptstadt erfahren müssen. In der Kommission, welche die Wahl des Zentralvorstandes und des Geschäftsführenden Ausschusses vorzunehmen hatte, war ich von der Leitung der Partei als Mitglied ausersehen. In dem Geschäftsführenden Ausschuß werden unsere Verbände wesentlich besser vertreten als früher. Der Unterzeichnete wurde als Vorsitzender der südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft in den Geschäftsführenden Ausschuß gewählt, dem aus Süddeutschland ferner noch angehören: Dr. Kalle (Biebrich a. Rh.), Landgerichtspräsident Dr. Becker (Zweibrücken-Pfalz), Dr. Curtius (Heidelberg). Ich habe in der am 19. des Monats stattgehabten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses auch ferner noch die Zuwahl des Vorsitzenden des uns angeschlossenen württembergischen Verbandes [Bickes] erwirkt.[29] Schon durch diese, den regionalen Gesichtspunkten besser Rechnung tragende Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses ist ein lebendiges Zusammengehen von Parteileitung und Landesorganisation gewährleistet.

Ich bitte nun unsere Freunde, mit allen Kräften für die Verbreitung der richtigen Erkenntnis unserer heutigen schwierigen Lage und der entsagungsvollen, dabei doch fruchtbaren Arbeit der Partei, einzutreten. Angriffe der Deutschnationalen müssen ohne überflüssige Schärfe, aber mit aller sachlichen Bestimmtheit zurückgewiesen werden. Pessimismus, zu dem kein Grund vorliegt, darf in unsere Reihen nicht einziehen!

[28] Siehe Anm. 1.
[29] Siehe Dok. Nr. 33.

33.

19. Oktober 1920: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses mit den Fraktionen des Reichstags und der preußischen Landesversammlung in Berlin

BAK R 45 II/54, p. 243–273. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 52.[1] Überschrift: »Streng vertraulich! I. Reichstagswahlperiode. 1. Sitzung.[2] Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. 1. Sitzung am 19. Oktober 1920 im Hause des Reichsklubs«.[3]

I.

Abgeordneter Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20.

1. Wahl des Vorsitzenden. Stresemann wird durch Zuruf zum Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses gewählt, Kempkes und Garnich werden zu seinen Stellvertretern bestimmt.

2. Zuwahlen. Nach den Beschlüssen des Zentralvorstands vom 5. Oktober 1920[4] kann der Geschäftsführende Ausschuß acht Mitglieder zuwählen. Man einigt sich darauf, jetzt nur sechs Mitglieder zuzuwählen (Wiemer[5], Hugo, Brüninghaus, v. Krause, Hollmann, Bickes[6]), die restlichen zwei Sitze sollen vorläufig freigelassen werden. Falls Bankdirektor Dietrich[7] nicht im Geschäftsführenden Ausschuß mitwirken kann, wird sein Platz für einen anderen bayerischen Vertreter offengehalten.[8]

3. Wahl der Vorsitzenden der Unterausschüsse. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, folgende Ausschüsse weiterbestehen zu lassen bzw. neu zu bilden und wählt gleichzeitig die Vorsitzenden: Ausschuß für Landwirtschaft (Vors. Dusche), Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Vors. Hugo), Reichsbeamtenausschuß (Vors. Meyer (Her-

---

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 1) befindet sich auch im PA NL Stresemann 218.

[2] Es handelt sich um die erste Sitzung des auf der ZV-Sitzung vom 5.10.1920 (siehe Dok. Nr. 32a) neugewählten GA.

[3] Berlin, In den Zelten 21. Laut beigefügter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Benekke, Boerschmann, Carlsson, Cremer, Curtius, Dingeldey, Dusche, Flathmann, Garnich, Geisler, Gildemeister, Hartmann, Frau Hielscher, Frau Hoffmann, Kalle, Kuhbier, Leidig, Frau Mende, Meyer (Herford), Mittelmann, Moldenhauer, Piper, v. Richter, Rose, Frau Schönherr, Streiter, Stresemann, Thiel; von der Reichsgeschäftsstelle: Brüser, Kockelkorn, Schütz, Frau Schwarz, Stocksiek. Entschuldigt fehlen: Becker (Hessen), Blüher, Brandi, Frau v. Oheimb, Schultz. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorsitzenden. 2. Zuwahlen. 3. Wahl der Vorsitzenden der Unterausschüsse. 4. Aussprache über die politische Lage. 5. Verschiedenes.

[4] Siehe Dok. Nr. 32a, b.

[5] Otto Wiemer (1868–1931), Jurist und Nationalökonom. 1903 Syndikus der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft in Berlin. 1898–1918 MdR (FVP). 1909–1920 Stadtrat in Berlin. 1920 Übertritt von der DDP zur DVP. 1921–1931 MdL Preußen (DVP).

[6] Theodor Bickes (1868–1933), Hofrat. Vors. des Wahlkreisverbandes Württemberg. 1920–1924 Fraktionsvors. der DVP im württembergischen Landtag, 1924–1930 MdR (DVP).

[7] Hans Dietrich (* 1869), Bankier. Vorstandsmtgl. der bayerischen Vereinsbank, München und des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Aufsichtsratsmtgl. zahlreicher Gesellschaften.

[8] Dietrich teilte der Reichsgeschäftsstelle am 12.11.1920 mit, er nehme die Wahl an, siehe BAK R 45 II/53, p. 275.

ford)), Reichsangestelltenausschuß (Vors. Thiel), Reichsarbeiterausschuß (Vors. Moldenhauer, stellv. Vors. Streiter, Geisler), Reichsschulausschuß (Vors. Leidig), Wehrmachtsausschuß (Vors. Brüninghaus), Reichsfrauenausschuß (Vors. Frau Mende), Reichsjugendausschuß (Vors. Frau Hoffmann).

4. Aussprache über die politische Lage

Abg. Dr. Stresemann macht zu Beginn Mitteilung von der Absicht der Reichsregierung, in Bezug auf Oberschlesien einen Gesetzentwurf einzubringen[9], der das in Artikel 18 der Reichsverfassung[10] vorgesehene Recht der Entscheidung über die bundesstaatliche Selbständigkeit vorweg sicherstellt, und zwar ohne Einhaltung der verfassungsmäßig vorgesehenen Sperrfrist. Oberschlesien soll das Recht erhalten, innerhalb von acht Wochen nach der Abstimmung über den Verbleib Oberschlesiens beim Deutschen Reich darüber zu entscheiden, ob es ein autonomer Bundesstaat werden will. Der Reichskanzler habe die Parteiführer von dieser Absicht der Regierung in Kenntnis gesetzt und dabei mitgeteilt, daß die Regierung ihre Absicht verwirklichen würde, wenn die drei Regierungsparteien und die Sozialdemokratie zustimmen. Begründet werde die Sache damit, daß Oberschlesien sonst für das Deutsche Reich verloren sei. Ein bloßes Versprechen genüge nicht mehr, vielmehr sei eine bindende Form notwendig.

Es sei beabsichtigt, zur Klärung dieser Angelegenheit den Auswärtigen Ausschuß einzuberufen und zu dieser Beratung auch sämtliche preußischen Minister und die Führer der Fraktionen der preußischen Landesversammlung einzuladen. Der Reichskanzler habe ursprünglich die Entscheidung der Parteien innerhalb 24 Stunden haben wollen; er, Dr. Stresemann, habe jedoch erklärt, daß diese wichtige Frage nicht in so kurzer Frist erledigt werden könne. Eine ähnliche Erklärung hätten auch Hergt und Schiffer abgegeben. Soweit er unterrichtet sei, habe Herr Dr. Heinze im Kabinett dem Plan zugestimmt. Vom Herrn Reichskanzler sei darauf hingewiesen worden, daß die Polen eine geschickt ausgeklügelte Autonomieerklärung in Vorbereitung hätten. Wenn wir etwas Ähnliches herausbrächten, dann hoffe man, mit einer Mehrheit von etwa 3–400000 Stimmen Oberschlesien beim Deutschen Reiche festzuhalten.[11] Das sei die Situation. Er bitte, daß auch der Geschäftsführende Ausschuß zu dieser Frage Stellung nehme. Eine Schwierigkeit liege darin, daß man über die Gründe, welche die Regierung zu dieser neuen Stellungnahme veranlasse, noch nichts wisse. Leider sei Herr Dr. Heinze heute nicht anwesend. Es sei aber zu erwarten, daß in der heute nachmittag stattfindenden Fraktionssitzung diese Gründe mitgeteilt würden.

---

[9] Das Kabinett verabschiedete den Entwurf des oberschlesischen Autonomiegesetzes am 29.10.1920 (Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 100). Das Gesetz vom 27.11.1920 (RGBl. 1920 I, S. 1987) legte fest, daß im Anschluß an die Volksabstimmung innerhalb von zwei Monaten eine weitere Volksabstimmung darüber stattzufinden habe, ob Oberschlesien eine Provinz innerhalb des preußischen Staatsverbandes bleiben oder ein selbständiges Land im Reichsverband bilden solle; zu den Auseinandersetzungen zwischen Reichsregierung und preußischer Regierung über das Autonomiegesetz siehe Kabinett Fehrenbach, S. LIX f.; Schulze, S. 310 ff.

[10] Art. 18, Abs. 3–6 WRV (Text: Huber, Bd. 3, Nr. 154) legte das Verfahren bei der Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs fest. Nach Art. 167 WRV sollte er jedoch erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten.

[11] Siehe dazu Dok. Nr. 31, Anm. 13.

Dr. v. Richter: Es sei zunächst darauf hinzuweisen, daß es sich jetzt materiell um etwas wesentlich anderes handelt als das, worüber wir uns in Hannover ausgesprochen haben.[12] Trotzdem müsse man auch diesen Schritt eingehend prüfen, wozu es zunächst notwendig sei, die Gründe zu erfahren, die für den Schritt der Reichsregierung maßgebend gewesen sind. Es sei daher zweckmäßig, wenn man die Aussprache heute nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung mit der Reichstagsfraktion führe, nachdem dort die Gründe der Regierung durch einen Regierungsvertreter unserer Partei mitgeteilt worden seien.

Es wird darauf die Aussprache über die oberschlesische Frage auf eine gemeinsame Sitzung der beiden Fraktionen und des Geschäftsführenden Ausschuß auf nachmittags 5½ Uhr im Reichstag vertagt.

Dingeldey kritisiert die Ausführungen Heinzes in Hannover zur Regierungsbeteiligung der DNVP[13]*, mißbilligt die* »Durchstechereien« *im Fall Hermes*[14] *und zweifelt die Eignung des für den Posten des* »Finanzdiktators« *in Aussicht genommenen Carl*[15] *an. Auch die Haltung des Kabinetts in der Frage der Zulassung bolschewistischer Vertreter zum USPD-Parteitag in Halle*[16] *und hinsichtlich der Sozialisierungsfrage (Herausgabe einer unrichtigen W.T.B.-Meldung durch Albert*[17]*) sei zu mißbilligen.*

Abg. Dr. Stresemann: Nach Informationen, die ihm geworden seien, seien die Angriffe gegen Herrn Albert nicht aufrecht zu erhalten. Was den Zwiespalt in der Auffassung des Herrn Ministers Heinze und der Fraktion anlange, so glaube er, daß es nicht zweckmäßig sei, jetzt hier diese Frage aufzurühren. Angesichts der Kampfansage der Deutschnationalen müßten wir diese ganze Frage jetzt ruhen lassen und daran festhalten, daß die Fraktion bereit war, mit den Deutschnationalen eine Regierung zu bilden. Seitens des Herrn Trimborn lag andererseits die bestimmte Erklärung vor, daß das Zentrum mit den Deutschnationalen in keine Regierung eintritt. Das ist ein klarer Standpunkt.

---

[12] Siehe Dok. Nr. 32a, b.

[13] Siehe Dok. Nr. 32a, S. 367; 32b, S. 371.

[14] Andreas Hermes (1878–1964), Agrarwissenschaftler und führender Zentrumspolitiker. März 1920–Nov. 1922 Reichsernährungs-, Nov. 1922–Aug. 1923 Reichsfinanzminister. 1924–1928 MdL Preußen, 1928–1933 MdR (Zentrum). 1928–1933 Geschäftsführender Präsident der Vereinigung deutscher Bauernvereine, 1930–1933 Präsident des Raiffeisenverbandes. Gegen Hermes waren Mitte Oktober 1920 Veruntreuungsvorwürfe erhoben worden, siehe Kabinett Fehrenbach, S. XXXI, Dok. 88, 130.

[15] Friedrich Carl (* 1876), Jurist. 1917 Vortragender Rat im Reichsschatzamt. 1920 Präsident des Landesfinanzamtes Unterweser. Carl wurde im Oktober 1920 zum Reichskommissar für die Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung ernannt; zu seinen Kompetenzstreitigkeiten mit Reichsinnenminister Erich Koch-Weser, die im April 1921 schließlich zu seinem Rücktritt führten, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 141, 163, 179, 194.

[16] Sinowjew, Vorsitzender des Exekutivkommitees der Dritten Internationale und Losowski, Angehöriger der sowjetrussischen Gewerkschaftskommission, hatten von der Reichsregierung eine engbegrenzte Einreisegenehmigung zur Teilnahme am Parteitag der USPD in Halle (12.–17. 10. 1920) erhalten; siehe dazu Kabinett Fehrenbach, Dok. 81, 88; zur Spaltung der USPD auf dem Parteitag in Halle siehe u. a. Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 471 ff.

[17] Siehe dazu Dok. Nr. 32b, Anm. 4.

Über die übrigen Fragen wie die Besetzung der verschiedenen Posten werden wir uns in der Fraktion aussprechen. Carl solle ein bewährter Fachmann sein, allerdings hätte der Fraktion von dieser Sache vorher Mitteilung gemacht werden sollen. In der Angelegenheit der Zulassung der Bolschewistenführer könne er Herrn Dingeldey nicht zustimmen. Der Standpunkt des Kabinetts, daß man mit der Verweigerung der Einreiseerlaubnis dem linken Flügel der Unabhängigen ein willkommenes Agitationsmittel gegen den rechten Flügel in die Hand spiele, sei nicht von der Hand zu weisen. Die Dittmannschen[18] Berichte über die Zustände in Rußland bedeuteten doch tatsächlich einen Wendepunkt. Ohne Sinowjew[19] und Martow[20] wäre Dittmann als Lügner hingestellt worden. Die Zulassung war zudem befristet bis zum Parteitag in Halle. Die Regierung hat auch danach gehandelt, indem sie nach dem Parteitag in Halle die Russen ohne Zögern ausgewiesen hat. Zum Fall Hermes wolle er bemerken, daß das Kabinett eine Untersuchung durch den Reichsjustizminister Heinze eingeleitet hat. Ohne dem Ergebnis der Untersuchung vorgreifen zu wollen, wolle er doch darauf hinweisen, daß gewisse Kreise in Herrn Hermes vor allem den Mann der freien Wirtschaft treffen wollen.

Boerschmann (Königsberg): Die Erklärung Dr. Stresemanns zu der Frage der Zulassung der Russen habe ihn befriedigt. Er bitte die Fraktion, der Frage des polnischen Korridors ihre ernste Aufmerksamkeit zu schenken. Bezüglich der Ostjudenfrage[21] sei eine bestimmte Erklärung der Partei notwendig.

Die Sitzung wird darauf abgebrochen und beschlossen, die Beratungen unmittelbar nach der gemeinsamen Sitzung mit den Fraktionen wieder aufzunehmen.

II. Gemeinsame Sitzung mit den Fraktionen des Reichstags und der preußischen Landesversammlung

Abg. Dr. Stresemann eröffnet die Sitzung um 5 Uhr 30 und macht Mitteilung von der Absicht der Regierung in der oberschlesischen Frage.

Abg. Dr. Leidig: Unsere Stellung hänge davon ab, ob irgendwelche Tatsachen bekannt worden sind. Was die Stellung der preußischen Staatsregierung anlange, so habe er mit dem preußischen Minister des Innern heute nachmittag gesprochen. Dieser habe erklärt, daß die preußische Staatsregierung ihre Stellung nicht geändert habe, vielmehr habe sie auf Drängen des Reichskabinetts, daß eine derartige Erklärung hinsichtlich der Autonomie gegeben werden müsse, erklärt, daß sie im schlimmsten

[18] Wilhelm Dittmann (1874–1954), Tischler. 1912–1933 MdR (SPD/USPD/SPD). Nov. und Dez. 1918 MRdV. Jan.–Sept.1922 einer der Vors. der USPD. März-Sept. 1922 Chefredakteur der »Freiheit«. Okt. 1922–1933 Mtgl. und Sekretär im zentralen SPD-PV, 1920–1925 einer der Vizepräsidenten des Reichstags. 1933 Emigration. Zu den Zeitungsberichten Dittmanns über die Lage in Rußland siehe Wilhelm Dittmann, Erinnerungen, bearb. von Jürgen Rojahn, Bd. 2, Frankfurt/M. u. a. 1995, S. 750ff.

[19] Grigorij Sinowjew (1883–1936), sowjetischer Politiker. 1919–1926 Mtgl. des Politbüros. Vors. des Exekutivkommitees der Komintern; seit 1927 Konflikt mit Stalin, 1936 hingerichtet.

[20] Julij Martow (1873–1923), zunächst mit Lenin einer der Führer der russischen Radikalen; in der Revolution von 1905 Führer des Petersburger Arbeiterrats; während der Emigration Anschluß an die Menschewiki; 1917/18 in Rußland Gegner des Sowjet-Regimes, seit 1921 wieder im Ausland.

[21] Siehe auch Dok. Nr. 11, 16.

Falle eine solche Erklärung des Reichskanzlers als erträglich betrachten könne. Sie habe aber dringend davor gewarnt, die Frage der Autonomie für die Abstimmung zu überschätzen. Die Haltung des Reichskabinetts scheine auf den Fürsten Hatzfeldt zurückzugehen. Er mache weiter darauf aufmerksam, daß die Verfassungsänderung nicht bloß eine Vordatierung des Termins betreffe, sondern auch anstelle der ⅗ Mehrheit eine einfache Mehrheit vorsehe.[22] Hierin liegt doch die Gefahr einer zwangsweisen Rückwirkung auf Hannover und das Rheinland vor. Die Frage müsse unter diesem Gesichtswinkel betrachtet werden. Der polnische Autonomieentwurf gehe so weit, wie wir gar nicht gehen können. Denn so viel wie Korfanty[23] lüge, könne selbst Erzberger nicht lügen. In dem polnischen Gesetzentwurf[24] stehe drin, daß alle in Oberschlesien aufkommenden Steuern restlos in Oberschlesien bleiben sollen. Die treibende Kraft sei das Zentrum.[25] Die Absichten des Zentrums gingen klar hervor aus der Schrift von Schmittmann[26], in der die Zerschlagung Preußens klar ausgesprochen und die Bildung von nicht weniger als acht Zentrums-Bundesstaaten durch entsprechende Grenzziehung vorgesehen sei. In diesen Zusammenhang müsse die Frage gestellt werden. Er würde alles zugeben, wenn wir die Garantie hätten, daß dadurch Oberschlesien gerettet würde. Aber seiner Überzeugung nach bedeute die Autonomiefrage für die Massen gar nichts. Entscheidend sei: Wie steht die polnische Mark am Abstimmungstag? Er sei daher der Meinung, daß wir zur Zeit keine Möglichkeit haben, von unserem Beschluß in Hannover[27] abzugehen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Er könne sich zur Sache selbst gar nicht äußern, da er von der ganzen Sache ebenso überrascht sei wie die Versammlung hier. Er wundere sich auch deshalb, weil der Plan früheren Beschlüssen der Reichsregierung nicht zu entsprechen scheine. Er könne sich der Auffassung des Herrn Dr. Leidig nur anschließen. Nur der Mangel an nationalem Selbstbewußtsein könne uns auf diesen Weg geführt haben, der doch nur eine Konkurrenz mit den Polen bedeute. Helfen könne nur eine nationale Haltung, die gar nicht mit der Absplitterung rechnet. Auf die Bitte des Herrn Vorsitzenden erklärt sich Herr Dr. Scholz bereit, Herrn

[22] Art. 18, Abs. 5 WRV sah vor, daß zum Beschluß einer Gebietsänderung 3/5 der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich war. Der von der Reichsregierung geplante Gesetzentwurf (siehe Anm. 9) ging über die Bestimmungen des Art. 18 hinaus, da er eine Abstimmung in Oberschlesien verfügte, ohne vorher den Willen der Bevölkerung gemäß Art. 18, Abs. 4, Satz 2 WRV festgestellt zu haben.

[23] Woyciech Korfanty (1873–1939), polnischer Politiker. Führer der polnischen Fraktion im Reichstag und preußischen Abgeordnetenhaus, Vorkämpfer für die Wiederherstellung eines selbständigen Polens, 1920 Mitorganisator der Oberschlesischen Aufstände. 1923 Vizepräsident der polnischen Regierung.

[24] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 15.

[25] Die oberschlesischen Autonomiebestrebungen erhielten aus einigen Teilen des Zentrums tatkräftige Unterstützung, siehe Doose, S. 144 ff.

[26] Benedikt Schmittmann (1872–1939), Jurist in der rheinischen Provinzialverwaltung. 1917–1918 Leiter der Unterrichtsverwaltung im Generalgouvernement Belgien, seit 1919 Professor für Sozialpolitik an der Universität Köln. 1919–1922 MdL Preußen (Zentrum). 1922 Mandatsverzicht aus Widerstand gegen die »großpreußische« Zentrumspolitik. 1939 im Konzentrationslager Sachsenhausen ermordet. Vorkämpfer einer entschieden föderalistischen Reichsreform (Auflösung Preußens und Errichtung eines »Großdeutschen Reichs« als eines Bundes gleichberechtigter »Heimstaaten«).

[27] Siehe Dok. Nr. 32a, Anm. 38.

Heinze zu veranlassen, in dieser Sitzung zu erscheinen, damit die nötige Aufklärung gegeben wird.

Dr. von Richter: Die Verhandlungen in Hannover hätten auf ihn einen starken und erfreulichen Eindruck gemacht, weil damals der Zentralvorstand sich auf den Standpunkt gestellt habe, den bisher die preußische Landtagsfraktion vertreten habe. Hervorzuheben sei, daß es sich hier nicht um die Verleihung der bundesstaatlichen Autonomie an Oberschlesien durch Reichsgesetz handelt, sondern nur um eine Friständerung hinsichtlich des Artikels 18 der Reichsverfassung. Unklar sei, woher eigentlich die Anregung komme. Der Reichskanzler berufe sich auf einen Kabinettsbeschluß.[28] Dem Reichswirtschaftsminister sei aber ein solcher Kabinettsbeschluß unbekannt.[29] Auf keinen Fall aber trifft es zu, daß die preußische Staatsregierung die Sache veranlaßt habe. Er könne bestätigen, was Herr Dr. Leidig gesagt habe. Für die preußische Regierung liegen keine neuen Tatsachen vor. Es ist klar, daß es sich um eine Mache des Zentrums handelt. Eine bundesstaatliche Autonomie kann Polen gar nicht anbieten, da es doch kein Bundesstaat ist. Es kann sich also nur um eine provinzielle Autonomie bei Polen handeln. Er meine, die Nachrichten des Reichskabinetts müsse doch auch das preußische Staatsministerium haben. Der Artikel 18 der Reichsverfassung gibt ihm die nötige Bewegungsfreiheit.

Abg. Dr. Moldenhauer: Die Fäden der Zentrumspolitik liegen klar zutage. Auch am Rhein wagt das Zentrum jetzt wieder, für die rheinische Republik einzutreten.[30] Der Kampf scheint also auf der ganzen Linie zu entbrennen. Ob die ganze Zentrumspartei in dieser Frage einig ist, erscheine ihm zweifelhaft. Wahrscheinlich stünden die christlichen Gewerkschaften in dieser Frage nicht hinter ihm. Es wäre vielleicht angezeigt, diesen Elementen den Rücken zu stärken.

Abg. von Kardorff: Er bleibe bei seiner Ansicht, die er in Hannover geäußert habe. Auch die bisherigen Ausführungen hätten auf ihn keinen Eindruck gemacht. Wenn man die Verhältnisse in Oberschlesien beurteilen wolle, müsse man Fühlung mit der katholischen Geistlichkeit haben. Auch bei den sozialistischen Führern Oberschlesiens wachse Erkenntnis, daß nur noch die Autonomie helfen könne. Was gegen das Zentrum gesagt worden sei, sei wohl richtig, aber ohne das Zentrum könne das zu 90 % katholische Oberschlesien nicht gehalten werden. Er weise auf den Beschluß

[28] In einer gemeinsamen Sitzung des Reichsministeriums mit dem preußischen Staatsministerium am 6. 9. 1920 war in Anwesenheit von Scholz festgestellt worden, »daß Oberschlesien weitgehende provinzielle Autonomie zu bewilligen sei«, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 64, S. 160. Siehe auch die Ausführungen von Reichsaußenminister Simons vor dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, ebd., Dok. 91. Am 10. 9. 1920 war folgende amtliche Erklärung veröffentlicht worden: »Die maßgeblichen Stellen im Reich und in Preußen sind darin einig, daß der Eigenart der Oberschlesischen Bevölkerung in weitestgehendem Maße Rechnung getragen werden muß. Ferner herrscht Übereinstimmung darüber, daß es den Oberschlesiern freistehen wird, auf dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Wege etwaige Wünsche nach einer bundesstaatlichen Ausgestaltung ihrer Zukunft geltend zu machen und daß der Erfüllung solcher Wünsche keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen«, Schultheß 1920 I, S. 251.

[29] Dementsprechend erklärte Scholz auf der Ministerratssitzung vom 22. 10. 1920, in der der Entwurf des oberschlesischen Autonomiegesetzes beraten wurde, »daß er den bisherigen Besprechungen über die oberschlesische Autonomiefrage nicht habe beiwohnen« können und sich daher einer Stellungnahme enthalten müsse, ebd., Dok. 92, S. 240.

[30] Ende 1920 setzten sich maßgebliche Zentrumskreise im Rheinland erneut für die Schaffung einer rheinischen Republik ein, siehe Hömig, S. 65 ff.

des Botschaftsrates hin, daß das Deutsche Reich nicht mehr in der Lage sei, die Autonomie Oberschlesiens zu erklären.[31] Warum wohl? Weil er weiß, daß die Gewährung der Autonomie von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der Fürst Hatzfeld kenne die Stimmung doch besser, als man hier zugestehen wolle. An der Einheit Preußens hänge auch er, aber das Entscheidende sei doch, daß wir Oberschlesien behalten. Auch Graf Praschma[32] sei der Auffassung, daß die Gewährung der Autonomie das einzige sei, das Oberschlesien retten könne. Auch die Deutschnationalen Oberschlesiens sind der gleichen Meinung.

Abg. Beuermann: In Hannover habe sich nicht ein einziger Redner Herrn von Kardorff angeschlossen, und diejenigen, die dort Oberschlesien vertreten hätten, müssen doch als Sachverständige ebenso anerkannt werden wie die Zeugen des Herrn von Kardorff. Der Fürst Hatzfeld steht nach unserer Auffassung völlig im Bann des Zentrums. Richtig sei wohl, daß das Zentrum von ausschlaggebender Bedeutung sei. Aber die Polen werden den Oberschlesiern schon sagen, daß wir ihnen nur Sand in die Augen streuen. Eine feste nationale Haltung sei der Weg zur Rettung von Oberschlesien, und wir müßten verlangen, daß auch das Zentrum sich zu diesem nationalen Standpunkt bekennt.

Abg. Pischke[33]: Es ist ein Irrtum zu glauben, daß wir mit der Gewährung der Autonomie den Polen ein Gegengewicht in den Weg legen. Richtig sei der Einfluß der Geistlichkeit. Aber die oberschlesische Geistlichkeit sei doch zur Hälfte deutsch, und was polnisch gesinnt ist, läßt sich auch durch die Autonomie nicht ködern. Die wirtschaftlichen Fragen sind allein maßgebend. In Polen herrschen die elendesten Verhältnisse. Die polnischen Erfolge sind erzielt worden durch herzhafte Angriffe. Die Möglichkeit, Oberschlesien zu erhalten, liegt nur auf dem Wege einer klaren Politik, Oberschlesien bei Preußen und beim Reich zu erhalten. Hier darf es kein Wanken geben.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Aussprache hier abgebrochen, bis Herr Dr. Heinze erscheinen und über die Gründe der Reichsregierung Aufschluß geben kann.

Abg. Dr. Stresemann stellt dann den Wahltermin für die Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein zur Aussprache.[34] Die Reichsregierung wünsche eine Erklärung über unsere Stellungnahme dazu. An der Aussprache beteiligen sich die Abgeordneten Graf Dohna, Dr. Runkel[35], Dr. Stresemann, von Kardorff, Fräulein Poehlmann[36], Maretzky, Brüninghaus und von Richter. Das Ergebnis ist, daß die Versammlung sich einstimmig für die Forderung der Wahlen in diesem Jahre ausspricht.

[31] Zur Haltung der Botschafterkonferenz in der Oberschlesienfrage im Herbst 1920 siehe detailliert Heideking, S. 84 ff.
[32] Hans Graf v. Praschma (1867–1935), Gutsbesitzer in Falkenberg. 1900–1918 MgPrAH, 1902–1918 MdR (Zentrum). 1919–1930 Mtgl. des Reichsrats für Oberschlesien.
[33] Hermann Pischke (* 1869), Mittelschullehrer. MdL Preußen (DVP).
[34] Siehe dazu Dok. Nr. 27, Anm. 9.
[35] Heinrich Runkel (1862–1938), Lehrer und Schulrat. 1919–1930 MdR (DVP).
[36] Margarete Poehlmann (* 1856), Lehrerin. MdL Preußen (DVP).

Abg. Dr. Stresemann macht ferner auf die am 14. November [1920] stattfindenden Landtagswahlen in Sachsen aufmerksam.[37] Es seien die ersten größeren Neuwahlen nach dem 6. Juni [1920]. Der Ausfall dieser Wahlen werde daher von entscheidender Bedeutung sein. Wir müßten daher alle verfügbaren Kräfte nach Sachsen werfen, um ein günstiges Ergebnis für uns zu erzielen. Nach Mitteilungen, die er aus Ostsachsen habe, halte der Zuzug von links und rechts an. An der Aussprache hierüber beteiligen sich die Abgeordneten Everling, Findeisen und Brüninghaus. Dr. Stresemann schließt die Aussprache ab mit einem dringenden Appell an die Abgeordneten, sich alle recht zahlreich für die sächsischen Wahlen zur Verfügung zu stellen. Die Vermittlung erfolge durch die Reichsgeschäftsstelle.

Im Anschluß hieran entwickelt sich noch eine Aussprache über die Aussichten der Partei überhaupt. Es herrschte eine erfreuliche Übereinstimmung, daß zu irgendwelchem Pessimismus kein Grund vorliege, daß vielmehr die Organisation der Partei in erfreulichem Maße weiter wachse und daß man in der Wählerschaft immer mehr Verständnis gewinne für die positive Aufbauarbeit, welche die Partei leiste.

Aufgrund einer Mitteilung von Herrn Dr. Scholz stellt der Vorsitzende fest, daß Herr Dr. Heinze verhindert ist, in der Sitzung zu erscheinen, da er in der zur gleichen Stunde tagenden Kabinettssitzung zu präsidieren hat[38] und selbst an den dort zur Verhandlung stehenden Fragen im besonderen Maße beteiligt ist. Die oberschlesische Frage wird daher zurückgestellt.

Die Ansicht Kuhbiers, die »maßgebenden Instanzen der Partei« *müßten sich mehr mit Steuer- und Wirtschaftsfragen befassen und sie im Zentralvorstand eingehend beraten, wird von Stresemann unter Hinweis auf die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit zurückgewiesen.*

Damit schließt die gemeinsame Sitzung.

III. Fortsetzung der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Es wird beschlossen, den Preußentag am 9. und 10. Januar 1921 in Potsdam abzuhalten. Seine Vorbereitung wird einem Ausschuß aus den preußischen Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses und den Mitgliedern der preußischen Landtagsfraktion übertragen. Vorarbeiten soll ein Unterausschuß (Vors. v. Richter, Leidig, Rose, Benecke, Frau Hoffmann) leisten. Rose bemerkt, daß »die bisherigen Methoden der Zentralvorstandssitzungen sich als nicht zweckmäßig erwiesen« *hätten und regt an, die sachliche Arbeit in einzelnen Ausschüssen zu leisten, die dann das Ergebnis ihrer Beratungen dem Plenum vorlegen sollen. Schon beim Preußentag sollte ein solcher Versuch unternommen werden.*

[37] Bei den Landtagswahlen in Sachsen am 14. 11. 1920 erhielt die KPD 5,7 % der Stimmen (6 Mandate), die USPD 13,9 % (13), die SPD 28,3 % (27), die DDP 7,7 % (8), das Zentrum 1,1 % (1), die DVP 18,6 % (18), die DNVP 21 % (20); zum Wahlergebnis siehe auch Rudolph, S. 270 ff.

[38] Die Kabinettssitzung vom 19. 10. 1920 begann um 18 Uhr, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 89.

Ein Antrag des Reichsfrauenausschusses (Bildung von Wahlkreisfrauenausschüssen, Anstellung von Geschäftsführerinnen für die Wahlkreisfrauenausschüsse) wird angenommen. Eine Entschließung des Wahlkreises Duisburg, den parteiinternen Fachausschüssen keinen Einfluß in Kandidatenfragen zuzubilligen, findet Zustimmung; außerdem wird beschlossen, daß Kundgebungen aller Fachausschüsse vom Geschäftsführenden Ausschuß oder von dessen Vorsitzenden genehmigt werden müssen.

Der Streitfall Garnich – Flathmann wird dem Schlichtungsausschuß (Kempkes, v. Richter, Rose) überwiesen[39]*. Zur Revision der Parteisatzung wird auf Antrag von Kuhbier ein Ausschuß (Kempkes, Leidig, Rose) eingesetzt. Die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses werden zur regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen aufgefordert. Mehrere Entschließungen des Wahlkreisverbandes Hessen-Nassau (Errichtung von Zweigstellen der NLC, engerer Kontakt von Reichsgeschäftsstelle und Bezirksgeschäftsstellen, verstärkte Redetätigkeit der Abgeordneten) werden zur Kenntnis genommen. Rose berichtet über die Tätigkeit der Pressekommission (Kempkes, Rose, Spieß, Trucksaess); Verhandlungen mit einem Berliner Korrespondenzbüro zwecks Angliederung des Pressedienstes der Partei stehen kurz vor dem Abschluß.*

Der stellvertr. Vorsitzende Geh. Rat Garnich schließt darauf die Sitzung.

34.

1. Dezember 1920: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Nürnberg

BAK R 45 II/54, p. 413–431. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 52.[1] **Überschrift: »Streng vertraulich! I. Reichstagswahlperiode, 2. Sitzung. Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. 2. Sitzung am 1. Dezember 1920 in Nürnberg«.**[2]

Bei der Vorbesprechung der Tagesordnung des Parteitages teilt Stresemann die Namen der Referenten mit, Schütz die zum Parteitag vorliegenden Anträge. Auf An-

[39] Flathmann hatte in einem Rundschreiben an einen Teil der Mitglieder des Reichswahlausschusses »schwere Angriffe« gegen Garnich gerichtet. Garnich beantragte deshalb, die Angelegenheit durch die Schlichtungskommission des GA untersuchen zu lassen, BAK R 45 II/54, p. 153 f.; der Spruch des Schlichtungskommission erging am 22.11.1920, siehe ebd. p. 337.

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 1) befindet sich auch im PA NL Stresemann 210.

[2] Laut beigefügter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Becker, Benecke, Bickes, Boerschmann, Carlsson, Dietrich, Dingeldey, Flathmann, Garnich, Geisler, Gildemeister, Hoffmann, Hollmann, Kempkes, v. Krause, Kuhbier, Mende, Rose, Schultz, Streiter, Stresemann, Thiel, Wiemer. Von der Reichsgeschäftsstelle: Kockelkorn, Schütz, Frau Schwarz, Stocksiek, Trucksaess. Tagesordnung: Vorbesprechung über den Parteitag. 1. Die politischen Referate. Vorzubereitende Entschließungen. 2. Entschließung für den Anschluß Österreichs. 3. Vorliegende Anträge. 4. Vorschlag für die Wahl der Parteivorsitzenden und der Schriftführer sowie der Mandatsprüfungs-Kommission. 5. Zuwahlen zum Zentralvorstand. 6. Zuwahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß. 7. Frage der Verbindung der Präsidentenwahl mit der Preußenwahl (Dr. Rose). 8. Mitteilung über die Erledigung des Falles Garnich-Flathmann (Abgeordneter Kempkes). 9. Eingänge. a) Austritt Knebel, Gutsche usw. b) Beschwerde über Begünstigung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung. c) Bericht des Archivdirektors Dr. Wentzcke über den Stand der Vorarbeiten der Geschichte der Nationalliberalen Partei. 10. Verschiedenes.

regung Stresemanns wird beschlossen, dem Zentralvorstand folgende Vorschläge zur Bildung des Büros des Parteitags zu unterbreiten: Vors.: Kahl, stellv. Vors. v. Krause, Frau Bassermann, Sachs; Schriftführer: Schütz, Frau Lürßen; Wahlprüfungskommission: Leidig, Flathmann, Frau Hoffmann, Stocksiek.

Eine Entschließung der Reichsfrauentagung (Abschluß von mehr Eheverträgen) wird zur weiteren Beratung einem Ausschuß (Kempkes, Frau v. Oheimb, Frau Mayer, Frau Hielscher, Garnich, Becker, Cremer) überwiesen. Dingeldey wird mit der Abfassung einer von Mittelmann angeregten Resolution zum Anschluß Deutschösterreichs beauftragt. Eine Entschließung Gildemeister/Zapf zu den Referaten über den Friedensvertrag wird mit geringen Änderungen angenommen.

2. Zuwahlen zum Zentralvorstand. Die Namensvorschläge vom Reichsjugendausschuß, vom Vorstand des Geschäftsführenden Ausschusses und von anderer Seite werden bekanntgegeben. Eine Kommission unter Vorsitz von Schulz (Hagen) wird beauftragt, sie zu beraten und ihre Vorschläge zur morgigen Sitzung dem Zentralvorstand[3] *vorzulegen.*

3. Zuwahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß. Zu weiteren Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses werden gewählt: v. Kardorff, v. Stauß, Poehlmann. Der Antrag Stresemanns, einen engeren Vorstand aus den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, der preußischen, bayerischen und sächsischen Landtagsfraktionen, dem Parteivorsitzenden und seinem Stellvertreter sowie dem Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses und seinem Stellvertreter zu bilden, der »in schwierigen Situationen schnell zusammentreten« *könne, wird auf die nächste Sitzung vertagt.*[4] *Um* »für die parlamentarische Führung frei zu werden«, *legt Stresemann sein Amt als Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses nieder. Auf Vorschlag Garnichs wird Kempkes zum neuen Vorsitzenden gewählt, Stresemann übernimmt die Stellung des ersten stellvertretenden Vorsitzenden.*

4. Vorberatung der Anträge zum Parteitag

Der Antrag Frankfurt am Main auf Einführung einer zweijährigen Karenzzeit für die Mandatsübernahme an solche Mitglieder, die aus anderen Parteien zu uns kommen. Dem Zentralvorstand soll Übergang zur Tagesordnung vorgeschlagen werden. Der Antrag Ostpreußen gegen den Zuzug der ostjüdischen Elemente wird befürwortet.[5] Der Antrag München betreffend einer Namensänderung soll gleichfalls durch Übergang zur Tagesordnung erledigt werden, nachdem auch Dr. Wiemer erklärt hatte, daß seine Freunde mit Rücksicht auf die bevorstehenden Preußenwahlen von der von ihnen ursprünglich gehegten Absicht einer Namensänderung absehen. Für einen Antrag Berlin auf Einführung des Wahlzwanges wird Ablehnung vorgeschlagen.

[3] Siehe Dok. Nr. 35.
[4] Siehe Dok. Nr. 36.
[5] Der Wahlkreisverband Ostpreußen hatte beantragt: »Die Reichsparteileitung soll in den Parlamenten und in der Regierung darauf hinweisen, daß im Wege der Gesetzgebung oder durch Verordnungen die Überflutung Deutschlands durch Ostjuden unmöglich gemacht wird und daß die bereits eingewanderten ostjüdischen Elemente wieder abgeschoben werden«, BAK R 45 II/54, p. 369.

Auf Antrag des Herrn Geheimrat Dr. Rose wird die Frage einer Verbindung der Präsidentenwahl mit den Preußenwahlen erörtert.[6] Der Antragsteller weist darauf hin, daß Schwierigkeiten sich diesem Plan wohl entgegenstellten, daß er aber großen Vorteil habe: Eine größere Wahlbeteiligung auf bürgerlicher Seite, größere finanzielle Opferwilligkeit und geringere Kosten. Die Personenfrage bietet zwar Schwierigkeiten, diese Schwierigkeiten seien aber auch noch in einem halben Jahr vorhanden. Im Wahlkreis 3 seien als Kandidaten genannt worden: Herr von Kahr und unser Vertreter in London, Herr Sthamer.

Abgeordneter Dr. Stresemann: Man müsse zweierlei auseinanderhalten. Einmal die Frage der Persönlichkeiten. Hierzu liegt bereits ein Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses vor: 1. Fürst Bülow, 2. Herr von Kahr, 3. sofern sich die Parteien nicht einigen: Geheimrat D. Dr. Kahl.[7] Er habe im interfraktionellen Ausschuß mit Zentrum und Demokraten Fühlung genommen. Damals waren beide Parteien nicht geneigt, die Präsidentenwahl jetzt in die Debatte zu werfen, weil das für die gegenwärtige Regierung eine außerordentliche Erschwerung der Situation bedeuten würde. Jetzt sei die Situation vielleicht anders, besonders nach den Wahlen in Sachsen, die auf die Sozialdemokratie wie eine kalte Dusche gewirkt haben.[8] In der Sozialdemokratie seien jetzt für eine Beteiligung an der Regierung Löbe und Wels, dagegen nach wie vor Hermann Müller.[9] Wir könnten also jetzt die Fühlung wieder aufnehmen. Trotzdem wäre es unzweckmäßig, jetzt schon einen bestimmten Termin vorauszusehen. Denn sofern keine Einigung erfolge, würden die Preußenwahlen damit schwer belastet werden.

Herr Dr. von Krause ist der gleichen Meinung, ebenso Herr Boerschmann. Der Ausschuß schließt sich dieser Auffassung an. Geheimrat Rose weist aber auf die Notwendigkeit hin, daß wir in der Sache die Führung in der Hand behalten müssen. Das Wahlgesetz[10] sei fertig. Die Präsidentenwahl werde in den Wahlversammlungen zweifellos erörtert werden.

Herr Dr. Stresemann sagt zu, daß er im interfraktionellen Ausschuß darauf zurückkommen werde, er halte sich dabei zunächst gebunden an die vom Geschäftsführenden Ausschuß beschlossenen Kandidaturen.

---

[6] Die Reichsgeschäftsstelle hatte Stresemann am 8.11.1920 mitgeteilt, der Rechnungsausschuß habe sich in seiner letzten Sitzung mit der Finanzierung der Preußenwahl beschäftigt: »Es ist dabei zum Ausdruck gekommen, daß diese Finanzierung leichter sein würde, wenn gleichzeitig die Wahl des Reichspräsidenten damit verbunden sein dürfte«, BAK R 45 II/54, p. 295. Zum Parteitag hatte die Reichsgeschäftsstelle dann folgenden Antrag vorgelegt: »Die Präsidentenwahl muß unbedingt mit den Wahlen zum preußischen Landtag erfolgen«, ebd., p. 349.

[7] Siehe Dok. Nr. 31, S. 357f.

[8] Siehe Dok. Nr. 33, Anm. 37.

[9] Auf ihrem Parteitag in Kassel vom 10.–16.10.1920 hatte die SPD mit Blick auf die DVP beschlossen, jede Zusammenarbeit mit einer nicht eindeutig republikanisch gesinnten Partei abzulehnen. Zu den innerparteilichen Diskussionen und zur Debatte über das Koalitionsproblem im Reich und in Preußen siehe Kastning, S. 64ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 450f.

[10] Gemeint: das Wahlgesetz zur Reichspräsidentenwahl, das im Mai 1920 verabschiedet worden war (RGBl. 1920, S. 849f.), siehe dazu auch Kolb, Reichspräsident, S. 139.

Abgeordneter Kempkes berichtet sodann über die Erledigung des Falles Flathmann-Garnich.[11] Die Differenzen seien durch eine von beiden Teilen unterzeichnete Erklärung beigelegt worden.

Eingegangen ist ein Schreiben des Gewerkschaftssekretärs Büttemeyer vom 9. November 1920 an den Arbeiterausschuß: »Im Auftrage der Herren Gutsche, Bricker, Knebel teile ich hierdurch mit, daß die Herren gleich meiner Person aus dem Reichsarbeiterausschuß der Deutschen Volkspartei austreten, gleichfalls austreten aus der Deutschen Volkspartei als solcher«. Im Zusammenhang damit stehen Beschwerden der Herren Görnandt (Magdeburg), Fecht (Frankfurt a.M.) und der Deutschen Volkspartei Braunschweig gegen die angebliche Bevorzugung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen[12], wie sie besonders durch den Besuch des Herrn Vizekanzlers Heinze bei der Tagung des Nationalverbandes Deutscher Gewerkschaften in Berlin[13] zum Ausdruck gekommen sei.

Abgeordneter Thiel: Er würde den Herren Knebel usw. abgeraten haben, diesen Schritt zu tun. Über Herrn Knebel seien wohl verschiedene falsche Auffassungen im Umlauf, besonders hinsichtlich seiner Stellung zur Sozialisierung und zur Frage des Generalstreiks bei dem Kapp-Putsch. In beiden Punkten sei eine durchaus zufriedenstellende Klärung erfolgt. Näheres wisse er über die Gründe des Austritts nicht zu sagen. Aber er müsse den Beschwerden über eine bevorzugte Behandlung des Nationalverbandes Deutscher Gewerkschaften recht geben. Das Erscheinen der Herren Dr. Heinze, Dr. Luther, Freiherr von Lersner und Rießer auf dieser Tagung habe im Lager des Deutschen Gewerkschaftsbundes außerordentlich befremdend gewirkt. Man ist dort der Auffassung, daß die Arbeitgeber die Zeit gekommen sehen, um über die Deutsche Volkspartei die gelbe Bewegung wieder aufzupäppeln.[14] Er müsse in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Wirtschaftsfriedlichen die Verpflichtung, die sie bei der Leipziger Besprechung übernommen hätten, nicht ausgeführt hätten. Sie hätten damals zugesagt, ihre Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft zu beantragen.[15] Irgendein Schritt dazu sei aber nicht getan worden. Es sei die Frage, ob unsere Partei den Boden für die Großziehung der gelben Arbeiterbewegung abgeben wolle.

Dr. Stresemann: Die Differenzen bestehen seit dem ersten Tag der Gründung der Partei. Die Stellung, die wir eingenommen haben, ist diejenige der Neutralität. Er habe sich dieser Neutralität jederzeit befleißigt, ebenso die Partei. Er mache hier auch darauf aufmerksam, daß die hauptsächlichen Vertreter der Industrie in unserer Partei, wie Vögler, Stinnes, sich durch [die] Arbeitsgemeinschaft in einen gewissen Gegensatz zu den Wirtschaftsfriedlichen gestellt haben. So hatte auch die andere Seite ein Recht zu sagen, daß wir nicht neutral seien. Die Kandidatur des Herrn Thiel

[11] Siehe Dok. Nr. 33, Anm. 39.
[12] Siehe Dok. Nr. 4–6.
[13] Der Nationalverband Deutscher Berufsverbände (NDB) hielt seine erste Reichstagung vom 31.10.–1.11.1920 in Berlin ab. Zum Verlauf der Tagung siehe detailliert Apolant, S. 55ff.; zur Haltung der Gewerkschaften gegenüber dem NDB siehe Potthoff, S. 361; Schneider, Gewerkschaften, S. 518f.
[14] Siehe dazu auch Dok. Nr. 4, Anm. 8; Dok. Nr. 5, Anm. 30.
[15] Siehe Dok. Nr. 12, Anm. 8.

habe nirgends Widerspruch gefunden.[16] Eine Kandidatur des Herrn Knebel wurde anscheinend aus persönlichen Gründen abgelehnt. Im Reichstag sitzen jetzt Thiel, Winnefeld[17] und in kurzem Herr Streiter auf der einen Seite, auf der anderen Seite Adams[18] und Geisler. Darin komme doch die Neutralität zum Ausdruck. Auf der Tagung der Wirtschaftsfriedlichen war auch die Deutschnationale Fraktion vertreten. Am besten wäre es natürlich, wenn beide Richtungen einen gemeinsamen Boden finden würden. Wenn er dazu aufgefordert würde, vor Vertretern des Gewerkschaftsbundes zu sprechen, so würde er das gern tun. Die Partei habe jedenfalls eine Politik der Neutralität befolgt.

Herr Kuhbier bringt die Ausführungen Stegerwalds auf dem Essener Gewerkschaftskongreß zur Sprache.[19]

Abgeordneter Thiel: Was Stegerwald in Essen vertreten habe, sei das Ergebnis einer zweijährigen Arbeit, die er mit Stegerwald geleistet habe. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung sei im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengefaßt, der sich heute auf alle bürgerlichen Parteien verteilt. In den letzten zwei Jahren sind zunächst die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen worden, um in die Kreise der Freien Gewerkschaften einzudringen. Der Angriff auf die freien Gewerkschaften sei deswegen jetzt nicht erfolgt, weil Zentrum und Sozialdemokratie bisher eng zusammenarbeiteten. Einer vollen Auswirkung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in parlamentarischer Hinsicht stehe nun weiter hemmend entgegen, daß ein Teil der Parteien, in denen die Vertreter des Gewerkschaftsbundes sitzen, in der Opposition stehe. Aus diesen Gründen sei der Gedanke eines interfraktionellen Ausschusses der Gewerkschaftsvertreter der bürgerlichen Parteien entstanden. Es handelt sich nicht um die Gründung einer Partei. Für die Deutschnationalen sei die Sache von großer Bedeutung, ebenso für das Zentrum.

Es wird beschlossen, die Erörterung über die Stegerwaldschen Ausführungen abzubrechen. Herr Thiel soll in der Sitzung des Zentralvorstandes im Sinne seiner heutigen Ausführungen darüber berichten.[20] Zur Frage Knebel macht noch Herr Geisler einige Ausführungen zu der Darstellung des Herrn Thiel. Im übrigen wird noch einmal die völlige Neutralität der Partei gegenüber den Gewerkschaftsrichtungen unterstrichen.

Nach einer erneuten Kritik Dingeldeys an der Haltung Heinzes gegenüber der Reichstagsfraktion[21] *wird an Heinze ein Telegramm abgesandt, mit der Bitte, zum*

---

[16] Thiel hatte auf dem Reichswahlvorschlag der DVP kandidiert.

[17] August Winnefeld (1877–1947), Bergmann. 1919–Juli 1932, Nov. 1932–März 1933 MdR (DVP).

[18] Otto Adams (1887–1966), Vors. des Deutschen Arbeiterbundes in Essen. 1920–1928 MdR (DVP).

[19] Auf der Tagung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften vom 20.–23.11.1920 in Essen hatte sich Stegerwald für die Sammlung des Bürgertums in einer neuen Partei ausgesprochen. Grundlage dieser interkonfessionellen antisozialistischen Sammlungspartei sollte der DGB sein, siehe Adam Stegerwald, Deutsche Lebensfragen. Vortrag, gehalten auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1920, bes. S. 50; Schneider, Gewerkschaften, S. 515f.; zur Gründung und Entwicklung des DGB siehe ebd., S. 486ff.; Roder, S. 238ff.

[20] Siehe Dok. Nr. 35.

[21] Siehe auch Dok. Nr. 32b, S. 371f.

Parteitag zu erscheinen; gleichzeitig wird der Vorstand beauftragt, Heinze zu einer engeren Fühlungnahme mit der Partei zu veranlassen. Kuhbier regt – besonders in der Frage der Sozialisierung – eine engere Zusammenarbeit zwischen der Parteileitung und den einzelnen Wahlkreisorganisationen an. Stresemann weist darauf hin, daß die Parteileitung oft schnelle Entscheidungen zu treffen habe und teilt mit, »er sei gerade von den Vertretern der Industrie dringend gebeten worden, innerhalb der Partei während der Verhandlungen[22] keine Debatte über die Sozialisierung herbeizuführen«.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 15 Minuten.

35.

2. Dezember 1920: Sitzung des Zentralvorstandes in Nürnberg

Sonderbericht der NLC über den 3. Parteitag in Nürnberg am 3./4. Dezember 1920. Überschrift: Nürnberg, den 2. Dezember. Sitzung des Zentralvorstandes«.[1]

In Nürnberg trat heute im Künstlerhaus der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen, die der Vorbereitung des morgen beginnenden Parteitages galt. Abg. Dr. Stresemann eröffnete die Sitzung mit dem Wunsche, daß der Parteitag ebenso erfolgreich verlaufen möge wie die von Jena und Leipzig.[2] Er teilte mit dem Ausdruck des Bedauerns mit, daß Minister von Raumer wegen Erkrankung nicht erscheinen könne.

In Erledigung der Tagesordnung wurden zunächst Zuwahlen zum Zentralvorstand vorgenommen. Es wurden gewählt: Pfarrer Lawin (Fischau), Bankdirektor Dr. von Stauß (Berlin), Frl. Mleinek (Berlin), Vorsitzende eines weiblichen Angestelltenverbandes, Fabrikant Schietrumpf (Jena), Bergassessor Krämer (Unterbreitbach), Frau Charlotte Mühsam (Charlottenburg), Gymnasiallehrer Kober (Mülheim), Studienrat Dörfing (Krefeld), stud. jur. Müller-Zimmermann (Charlottenburg), Frl. von Wüllen-Scholten (Hamburg), Arbeiter Hermann Steiner (Essen), Generalkonsul von Schwabach (Berlin), Generalsekretär Köster (Dortmund), Generalsekretär Bretschneider (Braunschweig), Frau Ina Le Mang (Halberstadt), Regierungsrat Hecker (Hannover), Frau Fähre (Dortmund) und Eisenbahnsekretär Heinemann (Guben).

Der Zentralvorstand trat alsdann in die Beratung der politischen Lage ein.

---

[22] Gemeint: während der Verhandlungen der Sozialisierungskommission.

[1] Das stenographische Protokoll dieser Sitzung hat als verloren zu gelten. Im Bestand BAK R 45 II/35 befindet sich nur ein kurzes handschriftliches Verlaufsprotokoll von Trucksaess (zum Teil in Privatstenographie), das keine über den offiziellen Bericht wesentlich hinausgehende Informationen bietet. Tagesordnung: Vorberatung über die Tagesordnung des Parteitages. Vertrauliche Aussprache über die politische Lage. Mitteilungen über die Finanzlage der Partei. Zuwahlen, siehe ebd., p. 321.

[2] Der 1. Parteitag hatte am 13.4.1919 in Jena, der 2. Parteitag vom 18.–20.10.1919 in Leipzig stattgefunden.

Abg. Dr. Stresemann leitete die Verhandlungen mit einem kurzen Referat ein. Er berührte darin zunächst die Erörterungen über eine Parteienbildung, die sich an die bekannte Rede des Ministers Stegerwald in Essen angeknüpft haben.[3] Abg. Dr. Stresemann trat dabei der falschen Auffassung entgegen, als ob etwa Gewerkschaftsführer, die der Deutschen Volkspartei angehören, irgendwie an dem Gedanken und dem Plan einer neuen Partei beteiligt seien.

Weiter beschäftigte sich Abg. Dr. Stresemann mit den auch neuerdings wieder aufgetauchten Gerüchten, die von einer Annäherung oder gar von Fusionsverhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei wissen wollen. Er betonte, daß die Partei von irgendwelchen Verhandlungen nichts wisse.

Abg. Dr. Stresemann ging dann weiter auf die Frage der oberschlesischen Autonomie[4] ein, in deren Beurteilung sich seit der Zentralvorstandssitzung in Hannover[5] die Lage geändert habe. Das Zentrum habe in vollem Bewußtsein den Autonomiegedanken in die oberschlesische Agitation geworfen und schließlich habe sich in Oberschlesien selbst von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten eine einheitliche Front gebildet, die für die Autonomiegewährung eintrete.

In vertraulichen Ausführungen ging der Vorsitzende alsdann ausführlich auf die auswärtige Lage ein, dabei besonders auch die Frage Südtirol berührend.[6] Auf ein ausführliches Referat verzichtete der Redner unter Bezugnahme auf die von ihm in Hannover gemachten Ausführungen und um den Vertretern aus dem Reiche Gelegenheit zu geben, sich ihrerseits zur Lage zu äußern.

In der Aussprache nahm zunächst der hessische Landtagsabgeordnete Dingeldey das Wort. Er sprach zu den Ausführungen Dr. Stresemanns, besonders zu denen über die auswärtige Politik, seine Zustimmung aus. In bezug auf die innere Politik hieß er das Vorgehen der Reichsregierung gegen den wilden Streik[7] willkommen, forderte aber auch eine entsprechende Justiz zur Durchführung der Regierungsabsichten. Er verlangte weiter die Abstreifung der heute längst überflüssig gewordenen Fesseln, die das Wirtschaftsleben immer noch einengen und die durch das Demobilmachungsgesetz[8] festgelegt worden sind. Gegen die Vorlage über eine beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers[9] äußerte der Redner lebhafte Bedenken und wandte sich

[3] Siehe Dok. Nr. 34, Anm. 19.
[4] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 15; Nr. 33, Anm. 9.
[5] Siehe Dok. Nr. 32a, b.
[6] Am 29.10.1920 hatte Reichsaußenminister Simons im Reichstag erklärt, Südtirol bilde den »Zankapfel« in den deutsch-italienischen Beziehungen, hatte aber jegliche Förderung einer Irredenta abgelehnt und lediglich »moralische Unterstützung« versprochen, VRT, Bd. 345, S. 866.
[7] Dingeldey bezieht sich hier offensichtlich auf den Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter vom November 1920. Zu Streikbeginn und -verlauf siehe Schultheß I, S. 291f. Zu der am 10.11.1920 erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 WRV siehe RGBl. 1920, S. 1865f.; zu den Maßnahmen der Regierung siehe die Beantwortung einer deutschnationalen Interpellation durch Reichsinnenminister Koch, VRT, Bd. 346, S. 1284f.; Ludwig Richter, Das präsidiale Notverordnungsrecht in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Friedrich Ebert und die Anwendung des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung, in: Eberhard Kolb (Hg.), Friedrich Ebert als Reichspräsident, München 1997, S. 208–256 (hier: S. 232f.).
[8] Zum Inhalt der Demobilmachungsverordnung vom 4.12.1919 siehe RGBl. 1919, S. 2145; zur Aufhebung der Zwangswirtschaft siehe Dok. Nr. 31, Anm. 4.
[9] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 5.

auch gegen die unstete Politik des Reichsfinanzministers in der Frage des organisatorischen Aufbaues der Finanzbehörden.[10] Zum Schluß sprach Dr. Dingeldey sein Bedauern über die Angriffe gewisser deutschnationaler Kreise gegen die Deutsche Volkspartei aus. Es liege darin ein Mangel an Verantwortungsgefühl, der sachliche, aber entschiedene Abwehr verdiene.

Generalsekretär Wenken (Kiel) sprach seine Genugtuung über die Ausführungen aus, die Dr. Stresemann zur Abwehr der Gerüchte über angebliche Fusionsbestrebungen gemacht hatte. Bei den großen grundsätzlichen Auffassungsunterschieden sei ein solcher Zusammenschluß undenkbar. Die Zustimmung des Zentralvorstandes zu diesen Ausführungen beweise, daß ein solcher Plan bei der Deutschen Volkspartei keine Gegenliebe finde.

Reichstagsabgeordneter Verbandsleiter Thiel gab Aufklärung über die bekannten Äußerungen des Gewerkschaftsführers und Ministers Stegerwald auf dem Christlichen Gewerkschaftskongreß in der Richtung einer stärkeren parlamentarischen Einflußnahme der christlich-nationalen Arbeiterschaft.[11] Abg. Thiel wies darauf hin, daß die Vorarbeiten zu diesem Plane schon geraume Zeit zurückgingen. In den christlichen Gewerkschaftskreisen gehe man davon aus, daß keine der bürgerlichen Parteien als besondere Vertreterin dieser Gewerkschaftsschichten gelten könne. Der Gedanke, eine eigene christlich-nationale Arbeiterpartei zu bilden, sei aber abgelehnt worden. Es handele sich vielmehr um eine interfraktionelle Arbeitsgemeinschaft der christlichen Gewerkschaftsvertreter aller bürgerlichen Parteien.

Geheimrat Cleinow betonte die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft für unsere Ideen zu gewinnen. Es sei notwendig, mit den Arbeitern von Mensch zu Mensch die Fühlung herzustellen. Auf diese Weise könnten die Betriebsräte ein aussöhnender Faktor im Wirtschaftsleben sein.

Die Debatte ging dann über zur Erörterung der oberschlesischen Frage.

Abg. Dr. Leidig begründete dabei den Standpunkt der Fraktion der D.V.P. in der Preußischen Landesversammlung, die bekanntlich dem Autonomiegesetz mit Bedenken gegenübersteht und von der Lostrennung Oberschlesiens von Preußen eine Gefahr für das Reich erblickt.[12]

Abg. von Kardorff betonte demgegenüber den Standpunkt der Reichstagsfraktion, wie er in der Rede des Herrn von Kardorff bei Verabschiedung der Autonomievorlage zum Ausdruck gekommen ist.[13] Kapitänleutnant Metzenthien (Breslau) gab dem Gedanken Ausdruck, daß die Verabschiedung des Autonomiegesetzes eine Notwendigkeit gewesen sei. Geheimrat Feuersänger (Oppeln) gab trotz einiger Einwendungen zu, daß das Autonomiegesetz eine günstige Wirkung auf die Abstimmung ausüben werde. Er wies darauf hin, daß der oberschlesische Bauer keinen Ter-

[10] Der Übergang der Steuerverwaltung von den Ländern auf das Reich hatte erhebliche Koordinationsprobleme nach sich gezogen, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 123; Werner Frotscher, Verwaltungsorganisation und Reichsreform, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, hg. v. Kurt G. A. Jeserich u. a., Bd. IV: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 177ff.; siehe auch Dok. Nr. 32b, Anm. 8.

[11] Siehe Dok. Nr. 34, Anm. 19.

[12] Siehe Dok. Nr. 33, Anm. 9.

[13] Siehe VRT, Bd. 345, S. 1260ff.

ror ausübe. Kein Deutscher brauche zu fürchten, bei der Ausübung seines Stimmrechts bedroht zu werden. In der ganzen Debatte kam unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung einmütig die Auffassung zum Ausdruck, daß Deutschland auf der vollen Gleichberechtigung der im Reich wohnenden Oberschlesier bestehen und den Gedanken einer nachträglichen oder örtlich getrennten Abstimmung dieser Oberschlesier mit aller Energie zurückweisen müsse.

In der weiteren Debatte ging Geh. Regierungsrat von Eynern auf das Problem der Sozialisierung[14] ein, das er als noch unausgereift bezeichnete. Auf die Ausführungen, die der Redner über die Verabschiedung der preußischen Verfassung machte, ging Abg. Dr. von Krause näher ein, indem er die Erklärung, die die Fraktion der Deutschen Volkspartei vor ihrer Zustimmung abgegeben hat, erläuterte.[15]

Abg. Dr. Hugo stellte in seinen Ausführungen die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund. Er führte aus, daß die unfruchtbare und gänzlich unbrauchbare Idee des wirtschaftlichen Sozialismus im deutschen Volk überwunden werden müsse. Nur dann könnten die schöpferischen Kräfte wieder voll zur Entfaltung kommen. Die Sozialisierungsfrage kennzeichnete Dr. Hugo als eine politische Machtfrage. Er betonte unter lebhaftem Beifall, daß das Bürgertum in dieser Frage nicht in einem Augenblick kapitulieren dürfe, in dem die sozialistische Partei in verschiedene Teile auseinanderfalle und sich unfähig erweise, ihre Theorie praktisch zu verwirklichen.

Abg. Dr. Casselmann (Bayreuth) schlug eine ausgesprochen süddeutsche Note an. Er erklärte unter stürmischem Beifall, daß man in Bayern ohne Unterschied der Parteien auf dem Standpunkt stehe, daß man auf Gedeih und Verderb auf immer mit dem Deutschen Reich verbunden bleiben müsse. Süddeutschland, das zur Gründung des Deutschen Reiches doch auch wesentlich beigetragen habe, werde nie und nimmer dazu beitragen, das Reich zu zertrümmern: »Mag kommen was kommen will – wir werden die Treue dem Deutschen Reich jederzeit wahren«. Der Redner betonte, daß der jetzige Kurs in Preußen den Bayern allerdings nicht gefalle. Von den preußischen Neuwahlen[16] dürfe man vielleicht hoffen, daß der sozialdemokratische Einschlag der preußischen Regierung durch sie beseitigt werde. Abg. Casselmann sprach weiter den Wunsch aus, daß man den besonderen bayerischen Verhältnissen die nötige Würdigung und Berücksichtigung zuteil werden lasse. Man dürfe den Bundesstaaten nicht ihre Selbständigkeit nehmen, und der Bayer lasse sich auch nicht den Wunsch nach der Rückkehr seiner Monarchie verkümmern. Diese Anschauung gehe bis tief in die demokratischen Kreise. Die Einwohnerwehr müsse sich Bayern erhalten. Man sei auf dem besten Weg, die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden.

Rechtsanwalt Dr. Kaiser (Dresden) sprach über den Wahlausfall in Sachsen[17] und stellte fest, daß der Stimmenausfall nicht mehr betrage, als der geringeren Wahlbeteiligung im allgemeinen entspreche. Prozentual stelle sich das letzte Ergebnis sogar noch besser als das vom 6. Juni [1920] (18,7 % zu 18,1 %). Die Deutsche Volkspartei

[14] Siehe auch Dok. Nr. 29, Anm. 8; Nr. 31, Anm. 20.
[15] Leidig hatte in der Preußischen Landesversammlung am 30.11.1921 seitens der DVP erklärt, seine Partei werde die preußische Verfassung »trotz schwerster Mängel« annehmen, VPrLV, Bd. 11, Sp. 14315.
[16] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 21.
[17] Siehe Dok. Nr. 33, Anm. 37.

stehe heute jedenfalls in Sachsen fest verankert da. Anlehnungsbedürfnis habe sie weder nach rechts noch nach links. Die Deutsche Volkspartei habe in der Reichsregierung viel geleistet und müsse auf der bisherigen Linie fortfahren.

Reichstagsabgeordneter Westermann hob hervor, die Landwirtschaft habe in den Jahren der Zwangswirtschaft ihre Pflicht getan. Die Verwaltung habe aber versagt. Jetzt müsse die Landwirtschaft ihre volle Pflicht tun, um alle auf sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich Baurat Boerschmann (Königsberg), Sozialsekretär Sartorius (Essen), Hüttendirektor Kuhbier (Duisburg), Dr. Neumann (Frohnau), Reichstagsabgeordneter Geisler, Gewerkschaftsvorsitzender Streiter, Ökonomierat Schiftan und Generalsekretär Dr. Helle (Koblenz), der Wünsche des besetzten Gebietes zum Ausdruck brachte und der Treue zu Preußen und zum Reiche Ausdruck gab.

Besondere Aufmerksamkeit fand Herr Kuhbier (Duisburg) mit seinem eindringlichen Hinweis auf die Notlage der gesamten Beamtenschaft, vor allem im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Er empfahl die hier herrschenden Verhältnisse der eingehenden Beachtung der maßgebenden Faktoren. Die besondere Lage im Industriegebiet erfordere auch besondere Maßnahmen.

Kammergerichtsrat Dr. Caspari betonte, daß dieses warmherzige Eintreten gerade der Vertreter der Industrie für die Beamtenschaft sympathisch berühre. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Wege gefunden werden, um den Beamten, vor allem in den teuren Gegenden, zu helfen.

36.

17. Dezember 1920: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/54, p. 493–521. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 52.[1] Überschrift: »Streng vertraulich! I. Reichstagswahlperiode, 3. Sitzung. Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. 3. Sitzung am 17. Dezember 1920 im Reichstag«.[2]

Der Vorsitzende Abgeordneter Kempkes eröffnet die Sitzung um 5 Uhr 30 nachmittags.

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 1) befindet sich auch im PA NL Stresemann 216.

[2] Laut beiliegender Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Becker (Hessen), Benecke, Blüher, Cremer, Dusche, Flathmann, Frau Fritsch, Garnich, Geisler, Dingeldey, Hartmann, Frau Hoffmann, Hollmann, Kalle, v. Kardorff, Kempkes, v. Krause, Frau Matz, Frau Mende, Moldenhauer, Piper, Frau Poehlmann, v. Richter, Rose. Von der Reichsgeschäftsstelle: Brüser, Schütz, Stocksiek, Trucksaess. Wie sich aus den Redebeiträgen ergibt, haben zumindest an TOP 4 auch Mitglieder der volksparteilichen Reichstagsfraktion (Curtius, Rießer, Gildemeister) teilgenommen. Tagesordnung: 1. Bericht der Satzungskommission. 2. Reichsgeschäftsstelle. 3. Preußenwahl. 4. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Bericht der Satzungskommission, bemerkt der Vorsitzende einleitend: Die Satzung, die in Jena beschlossen worden ist[3], sei den damaligen Verhältnissen angepaßt gewesen. Inzwischen habe sich herausgestellt, daß wir des leitenden politischen Organs entbehren. Wir hätten wohl einen Zentralvorstand und einen Vorstand des Zentralvorstands, sodann einen Geschäftsführenden Ausschuß, an dessen Spitze wiederum einen dreigliedrigen Vorstand. Der Zentralvorstand mit seinen 250 Mitgliedern könne ein leitendes politisches Organ nicht sein, ebensowenig der Geschäftsführende Ausschuß, der jetzt 50 Mitglieder zähle. Aus dieser Situation heraus sei der Plan entstanden, nunmehr einen eigentlichen Parteivorstand zu bilden, dem die Verantwortung für die politische Führung der Partei obliegen solle. Die endgültige Beschlußfassung hierüber müsse selbstverständlich dem Parteitag vorbehalten bleiben. Da wir aber für diesen Zweck allein einen Parteitag nicht einberufen können und die Regelung der Sache dringlich sei, so bleibe nur übrig, gewissermaßen durch Notstatut durch den Geschäftsführenden Ausschuß dieses Organ zu schaffen. Wenn wir praktische Politik machen wollen, dann dürfe dieses Organ nicht zu groß sein.

Geheimrat Dr. Rose berichtet im Anschluß daran über den Stand der Satzungsrevisionsarbeiten. Der Geschäftsführende Ausschuß habe vor dem Nürnberger Parteitag eine Kommission zur Vorbereitung der Satzungsrevision eingesetzt und ihn, Dr. Rose, mit dem Vorsitz betraut.[4] Die Wahlkreise seien hiervon in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, zu einer gelegentlich des Nürnberger Parteitags stattfindenden Sitzung Vertreter zu entsenden zwecks einer ersten grundsätzlichen Aussprache über die vorzunehmenden Änderungen.

Dieser ergänzte Satzungsausschuß sei nun in Nürnberg zu zwei Sitzungen zusammengetreten. Die Wahlkreisverbände waren durch je einen Delegierten vertreten. Angesichts des gewaltigen Anwachsens der Partei wurde allseitig die Notwendigkeit anerkannt, den Parteisatzungen eine neue Gestalt zu geben. In der weiteren Aussprache habe man sich auf folgenden Aufbau der Parteiorgane geeinigt: Parteitag, Zentralvorstand, Reichsausschuß, Parteivorstand.

Der Parteitag soll die gleichen Aufgaben wie bisher behalten und im allgemeinen auch in gleicher Weise wie bisher zusammengesetzt sein. Der Zentralvorstand soll, unter Verzicht auf die ihm nach dem jetzigen Wortlaut der Satzungen obliegenden Verwaltungsbefugnisse, zu deren Ausübung er sich infolge seiner jetzigen Größe als ungeeignet erwiesen hat, nur noch politischen Aufgaben dienen. Statt für je 30000 abgegebene Stimmen sollen die Wahlkreise bereits für je 25000 Stimmen ein weiteres Mitglied entsenden können; dafür aber sollen von der Reichstagsfraktion nur je ein Abgeordneter aus jedem Wahlkreis und drei Abgeordnete von der Reichsliste in den Zentralvorstand entsandt werden. Auch sollen die Zuwahlen wieder auf 30 beschränkt werden. Der Reichsausschuß soll aus dem Parteivorstand, den Wahlkreisvorsitzenden oder ihren Stellvertretern und zehn zugewählten Persönlichkeiten (Frauen usw.), insgesamt 56 Personen, bestehen. Ihm sollen die gleichen Aufgaben zufallen, wie sie bisher bereits auf den Tagungen der Wahlkreisvorsitzenden erledigt sind. Der Parteivorstand soll außer dem Vorsitzenden des Zentralvorstandes noch

[3] Siehe Anhang, S. 1263ff.
[4] Siehe Dok. 33.

zehn Mitglieder umfassen, die vom Zentralvorstand auf Vorschlag des Reichsausschusses gewählt werden.

Neben diesen Körperschaften, die sich mit den politischen Fragen zu beschäftigen haben, soll ein Verwaltungsrat für die Verwaltungsgeschäfte der Partei gebildet werden. Er soll aus fünf bis neun Mitgliedern, die vom Zentralvorstand auf Vorschlag des Reichsausschusses gewählt werden, bestehen und die nötigen Vollmachten erhalten, um auch die finanziellen Angelegenheiten der Partei zu regeln.

Aufgrund dieser Beschlüsse, die sämtlich einstimmig gefaßt worden seien, solle nunmehr ein Entwurf einer neuen Parteisatzung ausgearbeitet und den Parteiinstanzen zur Beschlußfassung vorgelegt werden.[5]

Der Vorsitzende dankt für diesen Bericht, bittet jedoch, in der Aussprache nur die Frage der Einsetzung des Vorstandes zu behandeln.

Dr. Benecke stellt die Frage, ob der Geschäftsführende Ausschuß bestehen bleibe. Wenn ja, was habe der Geschäftsführende Ausschuß dann noch zu tun, wenn die Politik ihm weggenommen wird? Der Geschäftsführende Ausschuß sei auch in seiner jetzigen Zusammensetzung wohl arbeitsfähig. Ursprünglich sollte doch wohl auch, wenigstens nach den Ausführungen des Herrn Dr. Stresemann in Nürnberg[6], dem Vorstand nur die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zukommen.

Der Vorsitzende antwortet hierauf, daß die Kompetenzen des Geschäftsführenden Ausschusses nicht geändert werden sollen. Aufgabe des Parteivorstandes soll es sein, in dringlichen Fällen zu politischen Fragen sofort Stellung zu nehmen.

v. Kardorff: Darüber sind sich alle einig, daß mit Rücksicht auf die Verantwortung, welche die Partei heute zu tragen hat, ein handliches Organ geschaffen werden muß, das innerhalb 24 Stunden zusammentreten kann. Wichtige politische Entschlüsse kann man in einem großen Gremium nicht fassen. Wenn man etwa zu 10 oder 12 um einen Tisch herumsitzt, so ist man in der Lage, Differenzen auszugleichen und die Richtlinien zu finden. Er denke sich die Sache so, daß den Vorstand bilden sollen: der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, das geschäftsführende Vorstandsmitglied, das geschaffen werden müsse, und dann etwa sieben Herren, die der Zentralvorstand wählt, und zwar durch Stimmzettel in einem Wahlgang. Dann wird dasjenige herauskommen, was wir brauchen.

Dr. v. Krause: Aufgrund der Einladung habe er nicht annehmen können, daß so wichtige Fragen in dieser Sitzung erörtert werden sollen. Er habe wohl an einen Verwaltungsausschuß gedacht, entsprechend den Mitteilungen Stresemanns in Nürnberg. Bei Punkt 2 der Tagesordnung habe er an Personalangelegenheiten gedacht. Nun sei aber in der Landtagsfraktion doch irgend etwas durchgesickert von weitergehenden Absichten. Er müsse namens der Mitglieder des Landtags Verwahrung dagegen einlegen, daß der Ausschuß nach irgendeiner Seite hin endgültige Beschlüsse fasse. Formell müsse er daher beantragen, daß die Beschlußfassung ausge-

[5] Siehe Anhang, S. 1262 ff.

[6] Stresemann hatte sich auf dem Nürnberger Parteitag am 4.12.1920 für die Schaffung eines Parteivorstandes ausgesprochen, der »schnell zu politischen Fragen« Stellung nehmen könne, siehe BAK R 45 II/26, p. 637.

setzt werde, und daß die Richtlinien für die neuen Organe den Mitgliedern des Ausschusses vorher mitgeteilt würden. Der neue Aufbau der Partei auf dem Wege einer revidierten Satzung müsse auch in einem Guß behandelt werden, man könne nicht heute den Kopf machen und den Rest hinterher.

Rechtsanwalt Dingeldey (Darmstadt): Er schließe sich diesen Ausführungen an. So praktisch der Vorschlag an sich scheine, so unmöglich sei es, ihn in der heutigen Sitzung zu verwirklichen. Auch er sei völlig überrascht worden. Wir hätten den Geschäftsführenden Ausschuß jetzt regional zusammengesetzt, weil man geglaubt habe, dadurch am besten gewissen Mißstimmungen im Lande die Spitze abbiegen zu können. Die ganze Parteiorganisation müsse in der Lage sein, zu dem neuen Plan Stellung zu nehmen.

Geheimrat Garnich: Er habe den beiden Vorrednern nicht mehr viel hinzuzufügen. Er sei der Ansicht, daß der eben hinter uns liegende Parteitag die Rücksicht doch hätte verlangen können, daß man ihm Kenntnis gegeben hätte von dem, was wenige Tage später hier durchgeführt werden soll.

Der Vorsitzende gibt zu, daß den vorgebrachten Bedenken eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen sei. Er schließe sich der Auffassung an, daß in der heutigen Sitzung, zumal bei deren schwachem Besuch, die Frage nicht endgültig entschieden werden könne. Es sei aber vielleicht doch zweckmäßig, die Frage vorbereitend zu behandeln, damit die Angelegenheit einmal aus der vielfachen Erörterung in privaten Kreisen heraus zur offiziellen Verhandlung gelange. Wenn dann der Geschäftsführende Ausschuß zu der Auffassung komme, daß tatsächlich die Einsetzung eines solchen politischen Organs zweckmäßig sei, dann hätten wir eine Unterlage für die weitere Behandlung der Angelegenheit. Die Schaffung eines politischen Organs sei eine Notwendigkeit, und wenn wir einmal davon überzeugt seien, dann müsse man auch über formelle Bedenken hinwegkommen. In diesem Sinne habe er auch von der Schaffung einer Notsatzung gesprochen. Von Bedeutung sei es jedenfalls, daß in der Sitzung der Satzungskommission sich sämtliche Vertreter der Wahlkreise für die Schaffung eines kleinen politischen Organs ausgesprochen haben. Daraus könne man doch schließen, daß die Wahlkreisorganisationen und dann auch der Parteitag dem Plane grundsätzlich zustimmen würden. Dem Wunsche des Herrn Dr. von Krause, hier keine abschließenden Beschlüsse zu fassen, sei Rechnung zu tragen, zweckmäßig [sei] aber, schon heute die Sache zu beraten.

Dr. Cremer: Er habe von der Angelegenheit Kenntnis erlangt dadurch, daß ihm Herr von Kardorff in liebenswürdiger Weise ein Zirkular übergeben habe. Zur Sache selbst bemerke er, daß bisher der Geschäftsführende Ausschuß die leitende Instanz gewesen sei. Es sei gut, daran festzuhalten, auch wenn die Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses mit der Zeit eine andere geworden sei. Die Trennung zwischen politischem Organ und Verwaltungsrat halte er nicht für glücklich. Eine solche Trennung der beiderseitigen Aufgaben lasse sich auch schwer durchführen. Er denke sich die Sache so, daß der Geschäftsführende Ausschuß, wie andere Unterausschüsse auch, einen politischen Ausschuß einsetze, daß aber das letzte Wort dem Geschäftsführenden Ausschuß selber vorbehalten bleibe. Der Plan eines unabhängigen Parteivorstands sei im Zeitalter der Demokratie ausgeschlossen. Der Wille zur Mitarbeit im Lande werde dadurch beeinträchtigt. Den Plan der Satzungskommis-

sion, anstelle des Geschäftsführenden Ausschusses einen Reichsausschuß zu setzen und diesen aus den Wahlkreisvorsitzenden, also geborenen Mitgliedern, bestehen zu lassen, könne er nicht billigen. Denn in vielen Fällen sei der Vorsitzende nicht der Führer. Die alte Satzung sei gar nicht so schlecht gewesen. Wir mögen Fehler gemacht haben, aber unsere Organisation habe gut gearbeitet. Auch vom Geschäftsführenden Ausschuß könne das gesagt werden. Es habe auch seine besondere Schwierigkeit, wenn über den Fraktionen noch eine höhere Instanz stehe. Die Politik müsse durch die Fraktionen gemacht werden, die auch die Verantwortung vor der Öffentlichkeit, vor der Partei und den Wählern trage. Er resümiere sich dahin: Die Frage müsse hier wohl erörtert, aber Beschlüsse müßten mindestens dem Zentralvorstand vorbehalten bleiben.

v. Kardorff: Er habe angenommen, daß alle Mitglieder informiert seien. Ein Überfall habe ihm ferngelegen. Herrn Dr. Cremer stimmt er darin bei, daß über die Fraktionspolitik nur die Fraktionen selbst zu entscheiden haben, aber darüber könne auch wohl kein Zweifel sein, daß zum Beispiel die Reichstagsfraktion und die preußische Landtagsfraktion eine homogene Politik zu treiben haben, was nur bei Schaffung einer besonderen politischen Leitung zu ermöglichen sei.

Dr. Gildemeister: Es kämen nicht nur die beiden Fraktionen in Betracht, auch in den übrigen einzelstaatlichen Parlamenten müßten wir Politik treiben. Zur politischen Führung sei der Geschäftsführende Ausschuß jetzt zu groß, deshalb begrüße er die Einführung eines Parteivorstands. Die Wahl müsse durch Zettelwahl erfolgen.

Dr. Rose: Über die Bildung eines politischen Ausschusses habe man sich im Geschäftsführenden Ausschuß schon im Mai 1919 unterhalten. Damals habe man die Einrichtung abgelehnt, der Geschäftsführende Ausschuß wollte die Sache selber machen.[7] Jetzt sei der Geschäftsführende Ausschuß zu groß geworden, seine Zusammensetzung sei auch nicht gerade sehr glücklich. Daraus ergebe sich, daß ein besonderes Gremium für politische Entscheidungen notwendig sei. Die Zusammensetzung müsse man aber dem Zentralvorstand überlassen.

Rechtsanwalt Dingeldey: Nach dem Gang der Erörterung bestehe wohl Übereinstimmung darüber, daß ein Parteivorstand oder wenigstens ein politischer Ausschuß geschaffen werden soll, nicht aber über den einzuschlagenden Weg. Auf der einen Seite stehe der Vorschlag Kempkes, die Angelegenheit auf dem Wege eines Notstatuts zu erledigen, auf der anderen Seite der Vorschlag, die Sache überhaupt heute nicht zu entscheiden. Der Geschäftsführende Ausschuß in seiner jetzigen Zusammensetzung dürfe unter keinen Umständen unter den Tisch fallen. Es müssen da, wo die wichtigsten Beschlüsse gefaßt werden, auch Vertreter des Landes sein. Den Entscheidungen der Fraktionen dürfen selbstverständlich keine Bindungen auferlegt werden. Aber das Recht der Kritik und der Mitberatung müsse dem Geschäftsführenden Ausschuß bleiben.

Dr. v. Krause stellt den Antrag, die Beschlußfassung zu vertagen auf eine neue Sitzung mit genauer Angabe der Tagesordnung. Inzwischen sollen den Mitgliedern diejenigen Schriftstücke zugestellt werden, die in der Aussprache erwähnt worden sind.

[7] Siehe Dok. Nr. 7; Nr. 8, S. 157.

Dr. Moldenhauer: Die Bildung eines Parteivorstands sei notwendig. Ein solches Gremium kann die notwendige Fühlung zwischen Reichs- und Landtagsfraktion besser herstellen als der einzelne.

Frau Dr. Matz[8]: Der Geschäftsführende Ausschuß soll im bisherigen Umfang bestehen bleiben. Daneben sei aber ein engerer politischer Vorstand notwendig.

Dr. Benecke: Man müsse zwei verschiedene Dinge auseinanderhalten. Einmal die Schaffung eines selbständigen, vom Geschäftsführenden Ausschuß unabhängigen Gremiums, zum anderen die Bildung eines politischen Ausschusses aus dem Geschäftsführenden Ausschuß heraus.

Garnich: Er würde es für gut halten, wenn wir als vorläufigen Ausweg aus dem Geschäftsführenden Ausschuß heraus einen politischen Ausschuß wählen. Das könnten wir ohne den Zentralvorstand machen. Selbstverständlich solle das aber auch erst in der nächsten Sitzung, entsprechend dem Antrag von Krause, erfolgen.

Dr. Rose schlägt vor, daß die Frage dem Satzungsausschuß überwiesen wird, der entsprechende Vorschläge machen solle. Rechtsanwalt Dingeldey erklärt sich hiermit einverstanden, wünscht aber, daß trotzdem sämtlichen Mitgliedern das vorhandene Material zugehe. Die Anträge von Krause und Rose werden angenommen.

Zu vielfachen Klagen aus dem Land über mangelnde Information seitens der Reichsgeschäftsstelle nimmt Schütz Stellung. Sein Vorschlag, ein Gremium zur Information der Reichsgeschäftsstelle über die Arbeit der Fraktionen und der Parteivertreter in der Reichsregierung zu schaffen, wird zurückgestellt. Nach längerer Aussprache über die Vorbereitung der Landtagswahl in Preußen wird ein Ausschuß eingesetzt, dem neben den Mitgliedern zur Vorbereitung des Preußentages (v. Richter, Leidig, Rose, Benecke, Frau Hoffmann) auch Kempkes, Flathmann, Garnich, Hollmann, Frau Poehlmann, Frau Mende und Stresemann angehören. Es wird weiter beschlossen, daß für die Feststellung der Landesliste der gleiche Ausschuß im Verein mit den 23 Vorsitzenden der preußischen Wahlkreise bzw. deren bevollmächtigten Vertretern zuständig sein soll.

4. Verschiedenes. Rose berichtet über den Schiedsspruch im Fall Thaer – Mittelmann[9] *(Thaers Verhalten* »stellt sich als schwere Schädigung der Interessen der Partei dar«*). Trucksaess legt einen Bericht Wentzckes über die Arbeiten an einer Geschichte der Nationalliberalen Partei vor (ein erstes Fundament wird mit einer von Wentzcke und Heyderhoff*[10] *bearbeiteten Briefsammlung liberaler Parlamentarier gelegt*[11]*). Der Ausschuß nimmt von den Darlegungen Kenntnis und beschließt, daß für weiter entstehende Kosten ein Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses notwendig ist. Ein Antrag des Reichsjugendausschusses zur Schund- und Schmutzliteratur (*»Die Strafen in den gesetzlichen Bestimmungen über die Bekämpfung der Schundliteratur

[8] Elsa Matz (1881–1959), Dr. phil. Studienrätin, 1932 Oberstudiendirektorin in Berlin. 1920–1933 MdR (DVP). Vors. des Reichsfrauenausschusses der DVP.

[9] Siehe Dok. Nr. 17, 27, 31.

[10] Julius Heyderhoff (1884–1949), Historiker und Archivar. 1927–1937 Bibliothekar der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Düsseldorf, 1938/1939 im Stadtarchiv Düsseldorf tätig.

[11] Siehe J. Heyderhoff/P. Wentzcke (Bearb.), Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, 2 Bde., Bonn/Leipzig 1925/26.

und Schundfilme sind zu erhöhen, das Strafverfahren ist zu vereinfachen, Unterstützung der Staatsanwaltschaft und Polizei bei Verbreitung und Einleitung des Verfahrens durch den Reichsausschuß für Jugendpflege«) *wird der Reichsgeschäftsstelle überwiesen.*

Abg. Dr. Becker gibt sodann einen Bericht über die politisch-parlamentarische Lage, die in den Stunden während dieser Sitzung sich zu einer Krisis im Reichsfinanzministerium zugespitzt hat. Die Angelegenheit habe ihren Ausgangspunkt in der Novelle zur beschleunigten Einziehung eines Teils des Reichsnotopfers.[12] Die Deutsche Volkspartei habe seinerzeit das Reichsnotopfer aufs stärkste bekämpft. Die Novelle verschärfe nun noch das Reichsnotopfer. Dazu käme, daß der eigentliche Zweck, dem Reiche Barmittel zuzuführen, nur unvollkommen durch die Vorlage erreicht wird, weil anzunehmen ist, daß mindestens 90 % durch Kriegsanleihe bezahlt werden. Bei den Verhandlungen hat sich herausgestellt, daß der Reichsbankpräsident[13] seinerzeit für eine Zwangsanleihe[14] und nicht für das Reichsnotopfer gewesen ist, auch jetzt noch eine Zwangsanleihe für besser hält, aber damit im Kabinett nicht durchgedrungen ist. Von den Parteien seien zunächst Deutschnationale und Deutsche Volkspartei gegen den entscheidenden Paragraphen der Novelle gewesen, die Demokraten hätten sich der Stimme enthalten und erklärt, sie stimmten nur dafür, wenn auch die Deutsche Volkspartei die Verantwortung mit übernehme. Wirth habe darauf erklärt, daß, wenn nur eine der Koalitionsparteien für das Gesetz sei, er dem Reichskanzler die Angelegenheit unterbreiten müsse. An sich sei niemand von dieser Erklärung bedrückt gewesen.

Hieran anschließend habe nun eine interfraktionelle Besprechung beim Reichskanzler stattgefunden.[15] Der Reichskanzler und der Finanzminister hätten sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Novelle nur zu machen sei, wenn alle drei Koalitionsparteien zustimmen. Wir hätten erklärt, daß uns die Koalition hierzu nicht verpflichte. Wir hätten früher das Notopfer abgelehnt, könnten also einer Verschärfung nicht ohne weiteres zustimmen. Diese Situation sei nach zwei Richtungen unangenehm für uns. Einmal ist es eine Regierungsvorlage, die von der ganzen Regierung getragen ist, nicht bloß vom Finanzminister. Die zweite Unannehmlichkeit liegt darin, ob man den Finanzminister gerade beim Reichsnotopfer fallen lassen solle. Man könnte uns diese Haltung ungünstig auslegen. Bei der Besoldungsvorlage wäre die Situation für

[12] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 5. Zur vehementen Beschwerde des Reichsfinanzministers Wirth wegen der Presseangriffe der der DVP nahestehenden »Kölnischen Zeitung« und der »Täglichen Rundschau« siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 141.

[13] Rudolf Havenstein (1857–1923), Jurist und Bankfachmann, seit 1890 im preußischen Finanzministerium. 1900–1908 Präsident der Seehandlung, 1908–1923 Präsident des Reichsbankdirektoriums.

[14] Siehe Dok. Nr. 31, Anm. 6. Der »Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs«, dem das gesamte Kabinett am 3.11.1920 grundsätzlich zugestimmt hatte (siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 103), wurde am 30.11., 1.12. und 2.12.1920 im Steuerausschuß des Reichstages beraten, siehe RTDrs., Bd. 367, Nr. 2251. Dort unterstützten die sozialistischen Parteien und das Zentrum den Entwurf, während ihm die DNVP, die DVP und die DDP starken Widerstand entgegensetzten, siehe »Vorwärts«, 18.12.1920, Nr. 618.

[15] Am 17.12.1920 fand eine um 10 Uhr vormittags beginnende interfraktionelle Besprechung statt, zu der seitens der DVP Stresemann und Hugo eingeladen waren, siehe BAK R 43 I/1028, p. 16.

uns viel günstiger gewesen.[16] Die Fraktion hat sich deshalb entschlossen, der Novelle unter der Voraussetzung der Annahme einiger wesentlicher Milderungen zuzustimmen.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abgeordneten Dr. Curtius, Kempkes, Dr. Rießer, Garnich, Dr. Kalle[17], Dr. Gildemeister und Dr. von Richter. Abg. Dr. Rießer spricht sich dahin aus, daß die Drohung des Finanzministers mit seinem Rücktritt diesmal kein Bluff sei. Die Demokraten würden ohne uns nicht mitmachen. Dann aber würde das Zentrum die Sache auch nicht allein mit den Sozialdemokraten machen. Die Situation liege in der Tat so, daß die Koalition gesprengt würde, wenn wir auf unserem ablehnenden Standpunkt verharren. Man würde dann sagen, daß wir dann energisch werden, wenn es sich um das Portemonnaie der Besitzenden handelt. Die Fraktion würde sich aber mit allen Kräften für die Milderungen einsetzen. Die Mitglieder der Fraktion werden darauf zur Abstimmung in den Sitzungssaal berufen.

Die Sitzung wird geschlossen.

37.

8. März 1921: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/55, p. 143–173. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 52.[1] Überschrift: »Streng vertraulich! I. Reichstagswahlperiode, 4. Sitzung. Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. 4. Sitzung am 8. März 1921 im Reichsklub und Reichstag«.[2]

Der Vorsitzende, Abgeordneter Kempkes, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25. Er heißt die Erschienenen willkommen und weist auf den schweren Ernst der Stunde

[16] Die schlechte Besoldung der Beamten bei gleichzeitigem Anstieg der Preise hatte seit Mitte des Jahres 1920 zu steigender Unruhe bei den Beamten geführt. Am 20.11.1920 verabschiedete das Kabinett eine Teilerhöhung der Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 108, 109, 116.

[17] Wilhelm Ferdinand Kalle (1870–1954), Chemiker. Dr. rer. nat. 1896 Eintritt in die elterliche Firma. 1915 Aufsichtsratsmtgl. der Kriegschemikalien-AG. 1919–1924 MdL Preußen, 1924–1932 MdR (DVP). Dez. 1927 Mtgl. des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform. 1926 Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmtgl. der IG Farben, der die Firma Kalle seit 1925 angehörte. 1938 zweiter, 1940 erster Vors. des Aufsichtsrates, 1945 ausgeschieden.

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 1) befindet sich auch im PA NL Stresemann 237.

[2] Laut beigefügter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Benecke, Bickes, Blüher, Boerschmann, Brandi, Brüninghaus, Carlsson, Cremer, Dietrich, Dingeldey, Dusche, Fritsch, Flathmann, Geisler, Gildemeister, Hartmann, Heinze, Frau Hoffmann, Hollmann, Kalle, von Kardorff, Kempkes, von Krause, Kuhbier, Leidig, Frau Matz, Frau Mende, Mittelmann, Moldenhauer, Frau von Oheimb, Frau Poehlmann, von Richter, Rießer, Rose, Schultz, Stresemann, Wiemer. Von der Reichsgeschäftsstelle: Stocksiek, Schütz, Frau Schwarz, Trucksaess. Tagesordnung: 1. Politische Aussprache. 2. Das Wahlergebnis in Preußen. 3. Bildung eines politischen Organs. 4. Verschiedenes a) Abkommen mit der Telegraphenunion, b) Ausschuß zur Vorbereitung der Revision des Versailler Vertrages, c) Ausschuß für die Rheinlandfrage, d) Technikerausschuß, e) Drucksachenlieferung an die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses, f) Beschwerde Streiter gegen Geisler.

hin, in der der Ausschuß zusammentrete. Der jetzige Zustand sei zwar nicht Krieg, aber jedenfalls dem Kriege ähnlicher als dem Frieden.[3] Wir hätten keine Machtmittel, um eine Änderung herbeizuführen. Wir seien angewiesen auf die Entschlossenheit des deutschen Volkes. Unsere Aufgabe müsse sein, den Geist der Entschlossenheit wachzuhalten, nicht bloß in öffentlichen Versammlungen, sondern vor allem auch in der Kleinarbeit, in der Aussprache im kleinen Kreise.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Politische Aussprache, führt einleitend Abgeordneter Dr. Stresemann aus: Die deutschen Gegenvorschläge in London seien von dem Sprecher der Alliierten in London als eine Herausforderung bezeichnet worden.[4] Dabei hätten sich Fachleute dahin ausgesprochen, daß sie nicht wissen, wie die deutschen Vorschläge verwirklicht werden sollen. Tatsächlich sei das deutsche Angebot außerordentlich weitgehend gewesen, so daß Vorwürfe nach dieser Richtung unberechtigt seien. Andere Vorwürfe gehen dahin, daß der Kontakt zwischen Auswärtigem Amt und Delegation nicht vorhanden gewesen sei. Diese Dinge würden im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zu prüfen sein. Nach den heutigen Mitteilungen habe nun Dr. Simons in London ein Provisorium auf fünf Jahre angeboten[5], eingeschränkt durch zwei Bedingungen, einmal, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibe, und zum zweiten, daß die Schranken bezüglich der Handelsfreiheit fallen.

Die Anweisung des Kabinetts habe noch eine dritte Bedingung enthalten, nämlich die Erteilung einer Generalquittung für die Sachleistungen. Sofern diese dritte Bedingung von Simons nicht genannt sei, sei das Provisorium außerordentlich bedenklich, denn anscheinend beabsichtige Lloyd George nach der Abstimmung in Oberschlesien[6] die Verhandlungen wieder aufzunehmen und zwar auf der Grundlage des

---

[3] Im Januar 1921 hatte sich die Interalliierte Konferenz in Paris auf eine deutsche Gesamtschuld von 226 Milliarden Goldmark, verteilt auf 42 Annuitäten, geeinigt. Zusätzlich wurde die Zahlung von 12% der deutschen Ausfuhr als Reparationsleistung verlangt; in einer Mantelnote wurde die Reichsregierung aufgefordert, bevollmächtigte Delegierte zu einer Ende Februar in London anberaumten Konferenz zu entsenden; zum Wortlaut der Note siehe RTDrs., Bd. 366, Nr. 1. Zu den Beratungen der Reichsregierung vor Beginn der Londoner Konferenz siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 165, 166, 169, 171, 172.

[4] Die deutschen Gegenvorschläge gingen von einer Gesamtsumme von 50 Milliarden Goldmark aus, wobei auf diese Summe noch die deutschen Vorleistungen angerechnet werden sollten, die sich nach deutscher Rechnung auf 20 Milliarden Goldmark beliefen; der noch verbleibende Betrag sollte durch eine internationale Anleihe gedeckt werden. Nach den dahingehenden Darlegungen von Simons brach Lloyd George die Sitzung abrupt ab und vertagte die Konferenz. Zu den deutschen Gegenvorschlägen siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 181, Anlage; zu den den Alliierten überreichten Denkschriften siehe RTDrs., Bd. 366, Nr. 1640. Siehe dazu auch Kolb, Weimarer Republik, S. 44f.; 201f.; Krüger, S. 127ff.; Sally Marks, The Myths of Reparations, in: CEH 11 (1978), S. 231–255; Georges Soutou, Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21, in: VfZ 23 (1975), S. 237–270.

[5] In der Vormittagssitzung der Konferenz vom 7.3.1921 hatte Reichsaußenminister Simons ein »Provisorium« für 5 Jahre vorgeschlagen, währenddessen Zahlungen entsprechend den Pariser Beschlüssen geleistet werden sollten. Dieser Vorschlag sollte jedoch nur gelten, wenn Oberschlesien aufgrund der Abstimmung bei Deutschland bliebe und die Beschränkungen für den deutschen Handel fallen würden, siehe RTDrs., Bd. 366, Nr. 1640, S. 169 sowie Trachtenberg, Kap. 4–6; Kent, S. 129ff.; zur Verhandlungsführung von Simons siehe Kaiser, S. 67ff.

[6] Die Volksabstimmung in Oberschlesien fand am 20.3.1921 statt; zu ihrem Ergebnis siehe Dok. Nr. 31, Anm. 13.

Simonschen Provisoriumsangebots. In diesem Punkte müsse Klarheit geschaffen werden. Wir müßten jetzt die größte Kaltblütigkeit an den Tag legen.

Die innere Politik stehe unter dem Eindruck des Ausfalls der preußischen Wahlen.[7] Das Ergebnis sei für uns erfreulich, die Deutsche Volkspartei habe festeren Fuß gefaßt als eine der großen Parteien. Wahltaktisch sei aus dem Ergebnis zu lernen, daß es falsch sei, alle Vorwürfe von deutschnationaler Seite einfach einzustecken. Das Verhalten der Deutschnationalen müsse in einer besonderen Broschüre beleuchtet werden. Wir müßten den Deutschnationalen klarmachen, daß, wenn sie mit ihren Angriffen gegen die Deutsche Volkspartei nicht aufhören, dann auch wir zur Offensive übergehen müssen. Wünschen die Deutschnationalen, daß das unterbleibt, dann müssen sie zunächst einmal hinsichtlich des von ihnen am letzten Tage vor der Wahl in Szene gesetzten großen Wahlschwindels vor der Öffentlichkeit eine Entschuldigungserklärung abgeben. Tatsächlich haben die Deutschnationalen den Kampf nicht mehr gegen die Sozialdemokratie geführt, sondern gegen uns. Wo wir den Kampf gegen die Deutschnationalen offen aufgenommen haben, wie zum Beispiel in Mitteldeutschland, da haben wir auch gewonnen. Im Bürgertum habe man Verständnis dafür, wenn wir die Politik der konservativen Exaltados bekämpfen. Die liberale Auffassung habe im Bürgertum guten Boden, deshalb dürften wir nicht immer hervorheben, daß wir dasselbe seien wie die Deutschnationalen. Der Wahlausfall habe bewiesen, daß wir berufen seien, auf lange Zeit hinaus der deutschen Politik Richtung zu geben, deshalb müssen wir unsere Partei mit allen Mitteln stärken.

In der Frage der Regierungsbildung dürfen allerdings diese rückblickenden Betrachtungen für uns nicht maßgebend sein. An Tatsachenmaterial für die Regierungsbildung liege zunächst vor: einmal die Vereinbarung der Koalitionsparteien im Reiche, etwaige Verhandlungen gemeinschaftlich zu führen[8] – damit ist ein Riegel vorgeschoben, daß sich Demokraten und Zentrum von uns trennen; zum zweiten der ausgesprochene Wunsch der Koalitionsparteien, daß die Bildung der Regierung im Reich und Preußen möglichst gleichartig sein solle; zum dritten die Bemühungen der Deutschen Volkspartei auf Herstellung einer Einheitsfront sowie die Ablehnung am gestrigen Tage[9] durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller.[10] Damit ist die Einheitsfront vorerst erledigt. Die Deutschnationalen waren

[7] Bei den Wahlen zum preußischen Landtag am 20.2.1921 erzielte die KPD 7,4 % der Stimmen (31 Mandate), die USPD 6,4 % (27), die SPD 25,9 % (109), die DDP 6,1 % (26), das Zentrum 17,9 % (76), die DVP 14 % (59) und die DNVP 18 % (76); zur Bildung des Kabinettes Stegerwald und zur Haltung der DVP siehe Schulze, S. 324–337; Hömig, S. 92ff.; Helmut J. Schorr, Adam Stegerwald, Recklinghausen 1966, S. 62ff.

[8] Am 22.2.1921 meldete das W.T.B., die in der Reichsregierung vertretenen Parteien hätten sich darauf geeinigt, daß »auf eine Lösung hingewirkt werden müsse, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von derselben Parteienkoalition getragen werden müsse«, »Vorwärts«, 23.2.1921, Nr. 89.

[9] Der SPD-Parteivorstand und (gegen den Widerstand Otto Brauns) auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte sich gegen ein Zusammengehen mit der DVP ausgesprochen, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 451, Kastning, S. 64ff.

[10] Hermann Müller (1876–1931), Handlungsgehilfe. 1916–1931 MdR (SPD), Juni 1919–März 1920 Reichsaußenminister, März-Juni 1920 Reichskanzler, 1920–1928 Vors. der SPD-Reichstagsfraktion, Juni 1928–März 1930 Reichskanzler.

an uns herangetreten, und es haben zwei Sitzungen stattgefunden.[11] Wir haben uns bereit erklärt, die Einheitsfront durch Anschluß der Sozialdemokratie und der Deutschnationalen herzustellen, und dabei haben die Deutschnationalen noch einmal ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, auch mit den Sozialdemokraten in ein Kabinett einzutreten. Die Deutschnationalen hätten dann die Frage der Regierungsbildung in Preußen aufgeworfen, worauf auch Vertreter der Landtagsfraktionen zu den Verhandlungen zugezogen worden seien. Wie weit die Verhandlungen bezüglich der Regierungsbildung in Preußen gediehen seien, darüber sei er im einzelnen nicht unterrichtet. Jedenfalls aber stehe fest, daß Herr Trimborn für das Zentrum erklärt habe, daß dieses nicht mitmachen werde, wenn etwa in Preußen der Versuch gemacht werden sollte, die alte Regierungskoalition wiederherzustellen. Das Zentrum wolle der Sozialdemokratie nahelegen, mit der Deutschen Volkspartei zusammen in eine Regierung einzutreten. Nach den neuesten Nachrichten habe aber die Sozialdemokratie dieses Ansinnen abgelehnt. Daraus ergibt sich eine neue Situation auch für das Zentrum. Die Deutschnationalen betrachten die Deutsche Volkspartei anscheinend als den Mandatar für beide Rechtsparteien, demgegenüber haben wir die Herren darauf hingewiesen, daß sie doch auch ihrerseits ihre Beziehungen zum Zentrum spielen lassen sollen.

Was die Regierung im Reiche anbelangt, so kann es hier jetzt nichts anderes geben als eine Fortsetzung der bisherigen Koalition, denn eine einseitige Erweiterung nach links kann für uns nicht in Frage kommen. Auch der Reichspräsident hat für diese Sachlage Verständnis.

Dr. von Krause teilt mit, daß nach seinen Informationen das Zentrum und die Sozialdemokratie beabsichtigten, wiederum den Sozialdemokraten Leinert[12] zum Landtagspräsidenten zu wählen. Zuverlässige neue Mitteilungen bezüglich der Regierungsbildung könne er nicht machen.

Vertagung der Sitzung bis 16[30], da Stresemann und Kempkes zu einer Besprechung beim Reichskanzler gerufen werden.

Herr von Kardorff teilt mit, daß er soeben über die Besprechung der alten Koalitionsparteien in Preußen erfahren habe, daß das Zentrum den Sozialdemokraten ganz klar erklärt hätte, daß es die alte Koalition nicht mehr mitmache. Die Sozial-

[11] Am 2.3.1921 hatten sich Kempkes, Stresemann und Zapf zu ersten Verhandlungen mit Hergt, Helfferich und Westarp getroffen. Zu Beginn der Beratungen erklärte Stresemann, »daß es die Ansicht der Fraktion der Deutschen Volkspartei sei, nach Möglichkeit auf eine nationale Einheitsfront von den Deutschnationalen bis einschließlich zu den Mehrheitssozialdemokraten hinzuwirken, da die außenpolitische Situation eine Zusammenfassung aller dieser Parteien dringend erfordere«. Das zweite Treffen »unter Einbeziehung von Vertretern der preußischen Landtagsfraktionen« fand am Nachmittag des 3.3.1921 statt, BAK R 45 II/55, p. 93; siehe auch den Artikel Stresemanns »Zur Frage der nationalen Einheitsfront«, in: DS 33 (1921), S. 113 f.; zu den Verhandlungen in Preußen siehe Schulze, S. 325 ff.; Hömig, S. 92 ff.; Arns, S. 121.

[12] Robert Leinert (1873–1940), Maler. Nov. 1918–Dez. 1924 Oberbürgermeister in Hannover. Dez. 1918–April 1919 Vors. des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik. 1919–1924 Präsident der preußischen Landesversammlung bzw. des Landtags. 1908–1933 MdL Preußen (SPD). Leinert wurde am 10.3.1921 mit 357 von 406 Stimmen zum Präsidenten des preußischen Landtags gewählt.

demokraten hätten erklärt, daß sie mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammengehen könnten. Herold[13] habe dann die Sozialdemokraten darauf aufmerksam gemacht, daß für das Zentrum auch andere Möglichkeiten bestehen. Die Sozialdemokratie andererseits habe darüber keine Zweifel gelassen, daß sie bereit sei, im Interesse der alten Koalition Konzessionen zu machen.

Dr. Dietrich (München) gibt Aufschluß über die Verhältnisse in Bayern. Man empfindet es dort mit Genugtuung, daß die sogenannten Sanktionen nicht im Zusammenhang mit der Entwaffnungsfrage erfolgt sind.[14]

Abgeordneter Dingeldey: Der Geschäftsführende Ausschuß müsse zur Frage der Regierungsbildung in Preußen sein Votum abgeben, denn die Rückwirkung auf die anderen Länder liege nahe, besonders da in Baden und Hessen in kurzem Landtagswahlen stattfinden.[15] Es sei dort die Stellung der Partei wesentlich mit abhängig von dem Vorgehen in Preußen. Eine Regierungsbildung mit Anschluß der Sozialdemokratie in Preußen würde von bedenklicher Rückwirkung auf den Süden sein. Die Gegensätze zwischen Preußen und Bayern würden dann noch schärfer hervortreten. Nach den Mitteilungen, die man hier gehört habe, sei die Frage allerdings praktisch gegenstandslos, besonders auch nach der gestrigen Rede des Abgeordneten Hermann Müller scheine jede Möglichkeit ausgeschlossen, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Für das weitere Vorgehen müsse richtunggebend sein, daß wir den Deutschnationalen nicht mehr die Möglichkeit schaffen, daß sie uns auch nur mit einem Scheine der Berechtigung den Vorwurf machen, wir hätten die Interessen des Bürgertums nicht genügend gewahrt. Nachdem die Sozialdemokratie abgelehnt habe, sei der nächste logische Schritt, daß die bürgerlichen Parteien sich zusammensetzen und den Versuch machen, etwas zustande zu bringen. Scheitere dieser Versuch, was ja zu erwarten sei, dann könnten wir darauf hinweisen, daß wir das unsrige getan haben. Die Initiative müßten wir in der Hand behalten, wir dürften die Deutschnationalen nicht an das Zentrum verweisen. Das Ergebnis werde wohl das sein, daß eine Minderheitskoalition auch in Preußen zustande komme, allerdings mit freund-

[13] Karl Herold (1848–1931), Gutsbesitzer. Seit 1884 Vorstandsmtgl. des Westfälischen Bauernvereins. 1889–1928 MdL Preußen, 1898–1931 MdR (Zentrum). Vors. der westfälischen und Ehrenvors. der Deutschen Zentrumspartei, stellv. Vors. der preußischen Landtagsfraktion.

[14] In seiner Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge am 3.3.1921 lehnte Lloyd George auf der Londoner Konferenz im Namen der Alliierten alle deutschen Gegenangebote ab und drohte eine Reihe von Sanktionen an, falls das Reich nicht bis zum 7.3. die Reparationsvorschläge der Pariser Note angenommen habe. Zur Rede Lloyd Georges siehe RTDrs., Bd. 366, Nr. 1640, S. 153–167 sowie Christoph Stamm, Lloyd George zwischen Innen- und Außenpolitik, Köln 1977, S. 59–80; zum Umfang der Sanktionen siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 188; zur Entwaffnungsfrage siehe auch Dok. Nr. 27–30.

[15] Trotz starker Verluste bestätigten die badischen Landtagswahlen vom 30.10.1921 die Weimarer Koalition. So erreichte die SPD 22,7 % der Stimmen (20 Mandate), die DDP 8,5 % (7), das Zentrum 37,9 % (34), die KPD erzielte 3,9 % (3), die USPD 3 % (2), die DVP 6 % (5), die DNVP 8,4 % (7), der Badische Landbund 8,3 % (7) und die WP 1,3 % (1); badischer Staatspräsident wurde Gustav Trunk (Zentrum). Auch die Wahlen in Hessen am 27.11.1921 brachten der Weimarer Koalition unter Carl Ulrich (SPD) erneut eine Mehrheit; die SPD erzielte 32,6 % der Stimmen (24 Mandate), die DDP 7,3 % (5), das Zentrum 17,4 % (13), die KPD erreichte 3,9 % (2), die USPD 3,8 % (2), die DVP 14,6 % (10), die DNVP 5,3 % (3) und der Hessische Bauernbund 15,1 % (11).

nachbarlicher Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei.[16] Darauf, daß wir jetzt taktisch geschickt operieren, käme aber außerordentlich viel an, denn sonst würden wir bei späteren Wahlkämpfen noch mehr Enttäuschungen erleben als jetzt in Preußen.

Frau Abgeordnete von Oheimb: Wir müßten uns immer wieder vor Augen halten, daß wir immer erklärt haben: Wir sind bereit, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Über diese Auffassung ist in der Partei noch nie ein Zweifel gewesen. An einem freundnachbarlichen Verhältnis zu den Deutschnationalen haben wir es nie fehlen lassen und tun es auch jetzt nicht. Aber so sehr wir uns auch anstrengen, wir finden doch nie den Beifall der Deutschnationalen. Wir sollten von den Deutschnationalen lernen. Sie arbeiten offen auf eine Zersplitterung unserer Partei hin, und wenn wir uns immer passiv verhalten, dann werden wir auch immer verlieren. Sie bedaure deshalb auch, daß jetzt wieder inoffizielle Fäden zu den Deutschnationalen geknüpft werden. Die Fraktion habe die Herren Stresemann, Kempkes und Zapf mit der Führung der Verhandlungen beauftragt. Andere Verhandlungen würden uns nur schaden. Sie stimme Herrn Dr. Stresemann vollkommen darin bei, wenn er sagt, die Deutschnationalen sollten ihrerseits mit dem Zentrum verhandeln.

Abgeordneter von Kardorff: Er gebe Herrn Dingeldey darin recht, daß die Wahlen uns da und dort einen Mißerfolg gebracht haben. Aber die Gründe seien leicht erkennbar. Sie lägen nicht in der politischen Haltung der Partei, sondern meist darin, daß wir in den betreffenden Wahlkreisen keine Presse gehabt haben. Das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ist keine rein theoretische Frage. Die Rede Hermann Müllers war zweifellos ein Affront für uns. Es gäbe aber auch noch andere Sozialdemokraten, zum Beispiel den Reichstagspräsidenten Löbe[17], der in diesen Tagen warme nationale Töne gefunden habe, auch stünde die Rede Hermann Müllers außenpolitisch in scharfem Gegensatz zur Haltung der Unabhängigen. In Bayern lägen die Verhältnisse anders als in Preußen. Dort gäbe es 30 %, in Preußen 40 % Sozialdemokraten. Eine bürgerliche Koalition würde in Preußen zudem abhängig von der Demokratie. Die Minderheitskoalition sei dadurch stark, daß sie entweder von rechts oder von links gestützt wird. Sie ist beim Zentrum und bei den Demokraten[18] durchzusetzen, wenn sie erreicht wird über eine Ablehnung der Sozialdemokratie.

Im übrigen würden die Süddeutschen für ihren Wahlkampf eine gute Plattform haben, wenn sie darauf hinweisen können, daß Braun[19] und Severing[20] in Preußen

---

[16] Am 21.4.1921 bildete sich in Preußen ein bürgerliches Minderheitskabinett aus Zentrum und DDP unter Adam Stegerwald (Zentrum), siehe Albertin/Wegner, Dok. Nr. 75a, 77; Schulze, S. 336f.

[17] Paul Löbe (1875–1967), Schriftsetzer. 1899–1920 Redakteur der »Volkswacht« in Breslau; 1919–1921 Mtgl. des preußischen Staatsrats; 1919–1920 Vizepräsident der Nationalversammlung, Juni 1920–Mai 1924, Dez. 1924–Juni 1932 Präsident des Reichstags; Sept. 1948–Mai 1949 Mtgl. des Parlamentarischen Rats, 1949–1953 Alterspräsident des Bundestages.

[18] In der Vorlage fehlerhaft: »Sozialdemokraten«.

[19] Otto Braun (1872–1955), Schriftsetzer. 1909–1920 Mtgl. des SPD-PV, 1911–1918 Schatzmeister, 1913–1933 MdL Preußen, 1919–1933 MdR (SPD). Nov. 1918–April 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, März 1920–April 1921, Nov. 1921–Febr. 1925, April 1925–Juli 1932 preußischer Ministerpräsident. 1933 Emigration.

[20] Karl Severing (1875–1952), Schlosser. April 1919–März 1920 Staatskommissar für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. März 1920–April 1921, Nov. 1921–Okt. 1926, Okt. 1930–Juli 1932

durch die Deutsche Volkspartei gefallen sind. Unsere Bereitwilligkeit, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, hätten wir oft genug ausgesprochen, auch die Deutschnationalen haben das im September 1919 getan, also zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie noch viel schlimmer war als heute. Die Wirkung werde auch für die Länder eine segensreiche sein. In Thüringen[21] und Sachsen[22] könnten sich die sozialistischen Regierungen nicht mehr halten. Sie müßten dort die Verbindung mit den Kommunisten aufgeben, wenn es in Preußen zu einer Zusammenarbeit zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie komme. Er glaube allerdings nicht, daß es erreicht werde. Wir müßten aber die Ablehnung der Sozialdemokratie herbeiführen. Wir müßten unsere Bedingungen stellen: kein Braun und kein Severing. Im übrigen: wer an eine nationale Erhebung glaubt, muß sich darüber klar sein, daß diese nur möglich ist, wenn wir die Arbeiterschaft nicht in die Opposition treiben. Wir müssen der Arbeiterschaft die Hände zur Zusammenarbeit bieten. Wenn das, wie gesagt wird, eine Illusion ist, dann ist aber auch die nationale Erhebung Illusion.

Direktor Kuhbier: Ein aggressives Verhalten zu den Deutschnationalen im gegenwärtigen Augenblick sei falsch. Er müsse hervorheben, daß in seinem Wahlkreis[23] die Erfolge für unsere Partei dadurch errungen worden seien, daß wir die Deutschnationalen nicht angegriffen hätten, allerdings hätten wir Angriffe auch energisch abgewehrt. Wenn bei der Regierungsbildung die Einheitsfront nicht möglich sei, dann sei auch eine bürgerliche Regierung nicht möglich, denn sonst ginge uns das Vertrauen der Arbeiterschaft verloren.

Dr. von Krause: Man dürfe die Regierungsbildung weder bloß theoretisch betrachten noch bloß danach entscheiden, wie die Dinge gerade liegen. Die heutige Notlage erfordert eine breite Front, also Heranziehung der Sozialdemokratie. Kann man das nicht erreichen, dann ist keine Kombination so weit von der Einheitsfront entfernt als eine rein bürgerliche Regierung. Sie sei sachlich nicht zu tragen. Da im übrigen das Zentrum und die Sozialdemokraten nicht mitmachen, so sei es zwecklos, sich hierüber des langen und breiten zu unterhalten. Die Frage werde sich praktisch dahin zuspitzen: entweder Regierungsbildung ohne Deutschnationale mit Sozialdemokratie, nicht aus Liebe zu letzterer, vielmehr würden wir unsere Bedingungen stellen – oder eine Minderheitsregierung wie im Reich. Welcher Weg begangen werde, das stehe dahin.

Im Reiche gehe es gut mit der Minderheitsregierung; ob das aber auch in Preußen der Fall sein werde, sei nicht ohne weiteres zu entscheiden. Vielleicht würde die Sozialdemokratie dort nicht so tolerant sein. Was die Frage der Initiative anlangt, so sei bisher die allgemeine Auffassung die gewesen, daß wir die Dinge an uns herankommen lassen. Vorwürfe von deutschnationaler Seite könnten uns nicht gemacht wer-

---

preußischer Minister des Innern. Juni 1928–März 1930 Reichsminister des Innern. 1919–1933 MdL Preußen, 1907–1912, 1919–1933 MdR (SPD).

[21] In Thüringen regierte seit November 1920 ein aus DDP und SPD bestehendes und durch die USPD toleriertes Minderheitskabinett unter dem Ministerpräsidenten Arnold Paulssen (DDP).

[22] Das nach den sächsischen Wahlen vom 14.11.1920 unter dem Sozialdemokraten Wilhelm Buck gebildete neue Kabinett stützte sich auf eine Minderheitskoalition von SPD und USPD, die durch die KPD toleriert wurde, zum Wahlergebnis siehe Dok. Nr. 33, Anm. 37 sowie Rudolph, S. 270ff.

[23] Wahlkreis 23 (Düsseldorf-West).

den. In den Verhandlungen mit ihnen waren wir den Deutschnationalen in weitestem Maße entgegengekommen. Darüber dürfen allerdings keine Zweifel bei uns sein, daß wir von deutschnationaler Seite Vorwürfe bekommen, was wir auch tun mögen.

Oberbürgermeister Dr. Blüher (Dresden): Die sozialistische Regierung in Sachsen werde sich auf die Dauer nicht halten können. Der sozialistischen Regierungsmehrheit von 49 Mandaten stehen 47 Bürgerliche gegenüber, ein Verhältnis, daß sich infolge Krankheit zweier Sozialisten noch ungünstiger gestaltet. Man hofft in Sachsen, daß die Regierungsbildung in Preußen eine entsprechende Rückwirkung habe. Von sächsischem Standpunkt aus sei zu wünschen, daß es zu einer Koalition zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie komme. Aber die Frage müsse selbstverständlich nach den Verhältnissen in Berlin beurteilt werden. Es dürften innerpolitische Erwägungen allein nicht maßgebend sein, sondern man müsse sich auf die große Frage der äußeren Politik einstellen. Ist die Einheitsfront nicht erreichbar, dann sollte im Interesse des Volksganzen das angestrebt werden, was ihr am nächsten komme. Lehnt die Sozialdemokratie ab – und wir müssen sie ablehnen lassen –, dann ist das gegebene die Minderheitsregierung wie im Reiche auch in Preußen.

Was ergibt sich für uns aus London? Er habe die Nachricht von dem Abbruch[24] mit einem Aufatmen begrüßt. Es sei doch endlich einmal gezeigt worden, daß der Deutsche noch einen Willen hat. Des weiteren sei eine Etappe auf dem Wege zur Revision des Versailler Friedens erreicht. Die üblen Folgen für unsere Wirtschaft sind freilich nicht zu verkennen, ebensowenig die Bedrängnis für das rheinische Volk. Deshalb sei an die Reichstagsfraktion die Bitte zu richten, die Brüder und Schwestern im Rheinland aus dem Munde des Reichstags der Hilfe des Reiches für den Schaden, den sie erleiden, zu versichern.

Dr. Cremer: Der Geschäftsführende Ausschuß müsse sich grundsätzlich zur Frage der Regierungsbildung äußern, das taktische Vorgehen sei freilich der Landtagsfraktion zu überlassen. Die Aufgabe der inneren Politik dürfe nicht mit außenpolitischen Rücksichten verquickt werden. Sozialdemokratie und Arbeiterschaft seien nicht dasselbe. Die Sozialdemokratie sei aufzufassen als etwas, was abstirbt. Der Druck fange an, nach rechts zu gehen, die Arbeiterschaft würde sich anders orientieren. Wir können die Arbeiterschaft nicht durch Nachgiebigkeit gegen die Sozialdemokratie gewinnen, sondern nur dadurch, daß man ihnen zeigt, daß man auch ohne, ja sogar gegen die Sozialdemokratie regieren kann. Als Stresemann im Vorjahr seinen viel erörterten Aufsatz in den »Deutschen Stimmen« schrieb, in dem er die Heranziehung der Sozialdemokratie zur Mitarbeit vertrat, habe auch er dieser Auffassung zugestimmt. Damals standen aber die Dinge anders als heute. Die Zeit der unmittelbaren bolschewistischen Gefahr sei jetzt vorüber. Wir brauchten nicht mehr so ängstlich nach Rußland zu schielen. Es handle sich jetzt nicht bloß darum, in eine Regierung hineinzukommen, sondern auch darum, ein Regierungsprogramm zu fin-

[24] In der Nachmittagssitzung der Londoner Konferenz vom 7.3.1921 hatte Lloyd George im Namen der Alliierten das von Simons angebotene Provisorium (siehe Anm. 5) als unzureichend abgelehnt und erklärt, die angedrohten Sanktionen würden sofort zur Ausführung gebracht werden, siehe RTDrs., Bd. 366, Nr. 1640, S. 187. Am 8.3.1921 wurden dann die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von alliierten Truppen besetzt, gleichzeitig übernahm die IRKO die Zollverwaltung für das gesamte besetzte Gebiet.

den. Es sei unmöglich, mit der Sozialdemokratie ein Regierungsprogramm auf vier Jahre zu vereinbaren.

Wenn gesagt wird, daß man den Sozialdemokraten die Ministerien des Innern, der Landwirtschaft und womöglich auch noch des Kultus abnehmen wolle, dann ist doch klar, daß das die Sozialdemokratie gar nicht kann (Zurufe: Ist ja gut). Ja, wenn sie das gleiche wollen, nämlich die Minderheitsregierung, dann ist das Herantreten an die Sozialdemokratie doch bloß eine taktische Frage. Für das Reich ist der Eindruck nach außen maßgebend, daher ist hier die Einheitsfront das gegebene. Aber die Einheitsfront ist heute überholt; wenn sie gebildet wurde, dann mußte das im Februar geschehen, als wir die Sache zum ersten Mal anregten.

Auf Antrag von Frau Mende wird die Redezeit auf fünf Minuten festgesetzt.

Abgeordneter Geisler: Unser Einfluß in einem Kabinett mit der Mehrheitssozialdemokratie sei zu schwach, da wir nur über 1/5 der Mandate in einer solchen Koalition verfügten. Den Deutschnationalen würden wir überdies einen willkommenen Agitationsstoff liefern. Der Wahlkampf bedeutete für uns einen Verlust, weil wir vom Zug nach rechts nichts abbekommen haben. Der Gedanke einer Erziehung der Sozialdemokratie zum nationalen Gedanken sei nicht zu verwirklichen.

Abgeordneter Dingeldey: Wir haben uns allzusehr in theoretische Betrachtungen verloren. Praktisch seien wir wohl einer Meinung. Er habe weder grundsätzlich ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie für unmöglich, noch eine bürgerliche Regierung für möglich erklärt. Es sei festzustellen: erstens, die nationale Einheitsfront ist gescheitert; zweitens, ein Zusammengehen der Deutschen Volkspartei mit der Sozialdemokratie, von uns erstrebt, wird von letzterer abgelehnt, der Gedanke scheidet also auch aus. Die Frage ist nun die: Wie wollen wir operieren, um zu dem praktischen Ergebnis der Minderheitsregierung zu gelangen?

Herr von Kardorff schlägt dazu vor, den Sozialdemokraten gegenüber entsprechende Forderungen zu stellen, von denen er annimmt, daß sie abgelehnt werden. Ich schlage vor, taktisch so zu verfahren, daß wir uns nicht von den Deutschnationalen ins Unrecht setzen lassen. Wir dürfen ihnen auch nicht den Schein eines Rechts geben zu behaupten, daß wir gar nicht versucht hätten, nach Ablehnung der Sozialdemokraten ein bürgerliches Kabinett zu bilden. Wir müssen beweisen können, daß wir diesen Versuch gemacht haben.

Abgeordneter Kempkes: Er müsse Herrn Dingeldey darin recht geben, daß die Einheitsfront erledigt ist, sofern nicht die Entwicklung auch hier noch etwas anderes bringt, daß ferner die bürgerliche Front erledigt ist, da Zentrum und Demokraten nicht mitmachen. Es bleibe also übrig die Frage: Wollen wir mit den Sozialdemokraten die Regierung bilden oder wollen wir die Minderheitsregierung? Die Dinge stünden nun nicht so, daß die Sozialdemokratie schon endgültig abgelehnt habe. Etwa abgegebene Erklärungen könnten sich bis zum 10. März[25] [1921] noch ändern. Aber das hängt nicht bloß von unserem Willen ab, sondern in erster Linie von dem des Zentrums und der Demokraten. Für uns spitzt sich daher die Sache dahin zu: Sollen wir außerhalb der Situation bleiben, weil wir sagen, mit der Sozialdemokratie gehen wir nicht zusammen, oder wollen wir mittun, damit durch uns, kurz gesagt, die

[25] Konstituierende Sitzung des Preußischen Landtags.

bisherige Mißwirtschaft auch in Preußen aufhört? Entscheiden wir uns für das letztere, worüber wohl kein Zweifel ist, dann müssen wir unsere Bedingungen stellen. Wenn dann die Sozialdemokratie, wie wahrscheinlich ist, ablehnt, dann werden Zentrum und Demokraten die Minderheitsregierung akzeptieren. Es wäre zweckdienlich, wenn der Ausschuß sich mit diesen Grundlinien einverstanden erklärte (Allgemeine Zustimmung).

Dr. Stresemann: Bezüglich der außenpolitischen Lage könne er seinen Ausführungen vom Vormittag folgendes hinzufügen: Eine ernste Schwierigkeit und eine kaum tragbare Situation sei durch das vollständig unerklärliche Verhalten des Herrn Außenministers in London gegeben. Das Provisorium in der Form, wie es Herr Simons angeboten habe, bedeute ein Mehrfaches von dem, was die Sachverständigen als tragbar bezeichnet haben. Bei der Beratung mit den Parteiführern am Sonntag (6. März[26] [1921]) habe von Dr. Simons ein Telegramm vorgelegen mit dem Vorschlag, ein Provisorium auf fünf Jahre auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse mit Zurverfügungstellung eines Teiles der Ausfuhrwerte anzubieten.

Dieser Gedanke sei von allen Parteiführern abgelehnt worden. Er habe erklärt, daß er dieses Provisorium für schlimmer halte als die Pariser Beschlüsse. Eine Summe von 15 Milliarden für fünf Jahre übersteige vollkommen die deutsche Leistungsfähigkeit und gebe uns zudem gar keine Sicherheit, was nach fünf Jahren komme. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten hätten sich dieser Auffassung angeschlossen. Überdies habe sich der Präsident der Reichsbank schon vorher mit bemerkenswerter Schärfe gegen die deutschen Gegenvorschläge ausgesprochen.[27] Das Kabinett habe sich nun gleichfalls gegen den Provisoriumsvorschlag erklärt. Das Kabinett habe den Vorschlag dann unter drei Bedingungen als tragbar angesehen: einmal, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibe, zum zweiten, daß alle Beschränkungen der Handelsfreiheit fallen, und zum dritten, daß alle besonderen Leistungen aufhörten und uns hierüber eine Generalquittung ausgestellt würde. Die ersten beiden Bedingungen habe Simons vorgetragen, dagegen die dritte Bedingung sei nach den vorliegenden Berichten und auch nach dem Wortlaut der Rede von Dr. Simons anscheinend unter den Tisch gefallen. Es sei kein Zweifel, daß das Telegramm an Simons in der richtigen Form abgegangen sei[28], möglich sei freilich, daß eine Verstümmelung vorliege, oder aber, daß Dr. Simons aus eigenem die dritte Bedingung nicht gestellt habe. Die Schwierigkeit der Situation liege nun darin, daß wir auf die Pariser Beschlüsse unter den beiden genannten Bedingungen festgelegt seien, denn Lloyd George habe sofort nach der Simonsschen Rede das Faktum festgelegt, daß wir, falls Oberschlesien bei Deutschland bleibe, bereit seien, die Pariser Beschlüsse auf fünf Jahre anzunehmen. Es sei daher außerordentlich wichtig, daß, noch ehe die Entscheidung in Oberschle-

[26] Die Besprechung mit den Führern der Parteien, dem Reichsbankpräsidenten Havenstein und Rathenau fand am Abend des 6.3.1921 statt, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 196. Das Telegramm von Simons vom 5.3.1921, 23 Uhr ist abgedruckt in: Kabinett Fehrenbach, Dok. 196, Anm. 1; zur Genese des deutschen Reparationsangebots siehe ebd., Dok. 188–199.

[27] Die Denkschrift Havensteins vom 4.3.1921, in der er sich sehr kritisch mit den von Simons am 1.3. in London vorgetragenen Gegenvorschlägen auseinandersetzt, ist in Auszügen abgedruckt in: ebd., Dok. 197, Anm. 2.

[28] Das nach der Ministerratssitzung vom 6.3.1921 an Simons abgesandte Telegramm ist abgedruckt in: ebd., Dok. 199, Anm. 1.

sien fällt, die Regierung und Reichstag erklären, daß die Annahme der Pariser Beschlüsse für die fünf Jahre nur dann gilt, wenn sämtliche drei Bedingungen erfüllt sind. Daraus ergibt sich, daß wir vor außerordentlich ernsten Entscheidungen stehen.

Baurat Boerschmann spricht noch vom ostpreußischen Standpunkt aus zur Frage der Regierungsbildung in Preußen.

Zu der weiteren Aussprache über die politische Lage wird sodann die Reichstagsfraktion zugezogen.

Abgeordneter Stinnes: Die Sachverständigen haben sehr lange über die möglichen Zahlungen diskutiert und sind zum Schluß darauf abgekommen, daß sie eine feste Zahl in ihrem Gutachten nicht geben können, sondern daß sie gewissermaßen sich auf eine negative beschränken. Aber aus den sehr umfangreichen Verhandlungen ging deutlich hervor, daß sie in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit auf eine Milliarde pro Jahr kamen als der Summe, die man mit einem gewissen Optimismus oder auch Leichtsinn würde anbieten können. Nennenswert über diesen Betrag [hinaus] wollte kein Sachverständiger gehen. Es bestehe kein Zweifel, daß das Kabinett, als es den Simonsschen Vorschlägen zugestimmt hat, über das Gutachten der Sachverständigen nicht orientiert war. Damit sei eine objektive Täuschung des Kabinetts gegeben. Wenn wir nun durch das angebotene Provisorium in London noch über die Beschlüsse des Kabinetts hinausgekommen sind, so seien wir bei den Verhandlungen auf eine Basis gekommen, die, wenn sie nicht geändert werde, eine Zertrümmerung des Reichs in sich schließe. Zustände, wie sie sich hier gezeigt haben, daß ein Kabinett in einer Lebensfrage unter falschen Annahmen beschließe und daß ein Kabinett Limite gibt, die nicht gehalten werden, daß wir für die Zukunft ohne jeden Erfolg festgelegt werden – das seien Dinge, die eine Beseitigung derjenigen bedingen, die an diesen Vorgängen schuld sind.[29] Die anwesenden Minister werden bestätigen, was er gesagt habe.

Auf eine Anfrage an die anwesenden Minister, ob etwa das Telegramm an Simons vom Sonntag unklar abgefaßt worden sei, stellt Minister von Raumer fest, daß das Telegramm eine Mißdeutung nicht zulasse. Die Stellung des Kabinetts sei die gewesen, daß, wenn man ein Provisorium überhaupt abgelehnt hätte, man unter Umständen Simons desavouiert und ihn dahin gebracht hätte, daß er nicht weiter verhandeln konnte. Deshalb habe das Kabinett mit den drei von Herrn Dr. Stresemann erwähnten Bedingungen das Provisorium äußerstenfalls als tragbar erklärt und Simons anheimgelegt, davon Gebrauch zu machen, sofern sonst eine weitere Verhandlung unmöglich sein sollte. Auf eine weitere Anfrage, ob das Kabinett bei der Zustimmung zu den deutschen Gegenvorschlägen der Meinung gewesen sei, daß die Sachverständigen damit einverstanden waren, stellt Minister von Raumer fest, daß er tatsächlich der Meinung war, daß die Sachverständigen zugestimmt hätten.

Minister Dr. Scholz stellt fest, daß Simons in der Kabinettssitzung gesagt habe, es sei Übereinstimmung unter den Sachverständigen erzielt, und zwar bezüglich des Gegenwartswerts von 30 Milliarden. Dann sei der Vorschlag von 50 Milliarden gekommen, abzüglich des bereits auf Reparationskonto bezahlten Betrages. Dieser Betrag

[29] Zu den heftigen Angriffen, die Stinnes im Wirtschaftlichen Ausschuß des Kabinetts und im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags gegen die Reichsregierung richtete, siehe Wulf, S. 257.

werde von uns allgemein auf 20 Milliarden beziffert. Er habe für seine Person dagegen Stellung genommen unter Hinweis darauf, daß die Entente den Betrag auf höchstens 8 Milliarden beziffert und daß unter diesen Umständen kaum anzunehmen sei, daß eine Einigung auf mehr als 10 Milliarden erfolgen würde.

Die Abgeordneten Stresemann und Kempkes stellen fest, daß in der Sitzung am Sonnabend mit den Parteiführern gleichfalls die Zustimmung der Sachverständigen hervorgehoben worden sei.[30] Abgeordneter Moldenhauer teilt mit, daß ihm Geheimrat Duisberg[31] gleichfalls gesagt habe, daß das Kabinett über die Vorschläge der Sachverständigen erheblich hinausgegangen sei. Minister von Raumer stellt fest, daß das Kabinett, als es den Gegenvorschlägen am Freitag (25. Februar) zustimmte, noch nicht im Besitz der Denkschrift der Sachverständigen war.

Minister Dr. Scholz: (fortfahrend) Am Freitag (4. März) sei das Kabinett durch ein Telegramm von Simons überrascht worden[32], wonach nach der Rede von Lloyd George Verhandlungen subversiver Natur angeknüpft worden seien, die auf den Abschluß eines Provisoriums hinauslaufen würden, wobei Dr. Simons angegeben habe, daß er sich bei etwaigen Vorschlägen in den Grenzen des ihm gegebenen Limits halten würde. Das Kabinett habe angenommen, daß damit das Limit gemeint sei, das während der Sachverständigenberatungen bereits erwogen worden sei, nämlich 2 Milliarden innerhalb der ersten zwei Jahre, und darauf sei Simons telegraphiert worden, daß das Kabinett mit den angegebenen Richtlinien einverstanden sei. Hier scheine der Ausgangspunkt des Mißverständnisses zu liegen. Simons habe anscheinend das Limitum so aufgefaßt, daß er von dem Gesamtvorschlag ausgegangen sei. Diese Rechnung sei allerdings so fehlerhaft wie nur möglich. Über das Telegramm am Sonntag [6. März] betreffend das Provisorium könne ein Zweifel nicht obwalten, denn es ging deutlich daraus hervor, daß das Provisorium höchst unerwünscht ist.

Abgeordneter Stinnes: Über das Sachverständigengutachten habe weder bei Simons noch bei den anderen ein Irrtum vorhanden sein können. Das Verhalten des Herrn Dr. Simons sei also ganz unerklärlich.

Abgeordneter Dr. Rießer betont, daß man, bevor man ein Urteil fällt, die Aufklärung durch Herrn Dr. Simons abwarten müsse. Dem wird zugestimmt.

Auf Anfrage, warum von den Sachverständigen die Vorschläge nicht positiv gemacht worden sind, teilt Abgeordneter Stinnes mit, daß das deswegen unterlassen worden sei, weil kein auswärtiges[33] Votum zu erzielen war. Die weit überwiegende Mehrheit war der Meinung, daß man über eine Milliarde Mark pro Jahr, und zwar ohne Zinsen, nicht hinausgehen könne. Einige wollten etwas weiter gehen, ein einzelner war der

[30] Zu den Kabinettssitzungen vom 22. und 25.2.1921 siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. 180, 181; zu der Besprechung mit den Parteiführern am 5.3. siehe ebd., Dok. Nr. 195; zur Zusammensetzung des Sachverständigengremiums siehe RTDrs., Bd. 366, Nr. 1640, S. 39. Zu den Auseinandersetzungen zwischen den Sachverständigen über die Höhe der deutschen Leistungsfähigkeit siehe Wulf, S. 254f.

[31] Carl Duisberg (1861–1935), Chemiker. 1903 Mtgl. des Vorstands, 1912 Generaldirektor von Bayer Leverkusen. Initiator des Zusammenschlusses der großen deutschen Farbwerke (Bayer, BASF, Hoechst) zur »Interessengemeinschaft Farben« (1916), seit 1925 Vors. des Aufsichtsrats der IG-Farbenindustrie-AG und Vors. des RdI.

[32] Siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 189.

[33] So in der Vorlage statt vermutlich gemeint: »einhelliges«.

Meinung, daß man in späteren Jahren noch weiter gehen könne. Aus diesen Gründen hat man sich darauf beschränkt, das Gutachten nicht positiv zu machen.

Die Aussprache wird damit beendet.

Bei der Fortsetzung der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses wird die Besprechung über das Ergebnis der Preußenwahlen vertagt. Das mit der »Telegraphen-Union« bezüglich der Verbreitung von Nachrichten über die Deutsche Volkspartei getroffene Abkommen wird auf Antrag des Vorsitzenden bestätigt.[34]

Die übrigen Punkte werden zurückgestellt.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 30.

38.

9. April 1921: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/55, p. 273–283. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 52.[1] Überschrift: »Streng vertraulich. I. Reichstagswahlperiode, 5. Sitzung. Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. 5. Sitzung am 9. April 1921 im Reichstag«.[2]

Kempkes eröffnet die Sitzung und weist darauf hin, daß der Ausschuß sich heute nur mit geschäftlichen Angelegenheiten befassen werde, eine politische Aussprache soll in der anschließenden Sitzung mit den Wahlkreisvertretern[3] stattfinden. Der Fall Streiter – Geisler wird zurückgestellt. Die Bildung eines Ausschusses zur Revision des Versailler Vertrages erübrigt sich durch die Gründung der Gesellschaft zur Bekämp-

[34] Kern des Vertrages zwischen der DVP und der unter Kontrolle Hugenbergs stehenden Telegraphenunion-Internationaler Nachrichtendienst GmbH (Berlin) vom 26.1.1921 war, daß »vertrauliche Informationen der Deutschen Volkspartei« der Telegraphenunion »frühzeitig übermittelt werden, damit sie in der Lage ist, sie bei der Herausgabe zu berücksichtigen. Umgekehrt wird die Telegraphenunion vertrauliche Informationen, welche von Interesse für die Deutsche Volkspartei sind, Herrn Spieß zugänglich machen«. Darüberhinaus sollte die DVP «ihre Parteinachrichten zur ausschließlichen und alleinigen Verbreitung« der Telegraphenunion zur Verfügung stellen, BAK R 45 II/55, p. 65f. Das von Carl Cremer in die Wege geleitete Abkommen stieß beim zuständigen Redakteur des Dammert-Verlags, Kurt Metger, auf vehementen Widerspruch, da »hier für eine einzelne Nachrichtenorganisation auf Kosten des Parteiinteresses ein Sonderrecht geschaffen« werde, wie er gegenüber Stresemann am 21.2.1921 erklärte, siehe ebd., p. 75. Zu den Besitzverhältnissen an der Telegraphenunion, die 1921 auch den Dammert-Verlag aufkaufte, siehe Holzbach, S. 283.

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 1) befindet sich auch im PA NL Stresemann 236.

[2] Laut beiliegender Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Benecke, Bickes, Brandi, Brüninghaus, Cremer, Dietrich, Dusche, Flathmann, Fritsch, Hartmann, Heinze, Frau Hoffmann, Kempkes, Kuhbier, Piper, Frau Schönherr, von Stauß, Stresemann. Von der Reichsgeschäftsstelle: Schütz, Frau Schwarz, Trucksaess. Tagesordnung: 1. Bildung eines politischen Organs. 2. Fall Streiter-Geisler. 3. Ausschuß zur Vorbereitung der Revision des Versailler Vertrags. 4. Ausschuß für die Rheinlandfrage. 5. Technikerausschuß. 6. Drucksachenlieferung an die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses.

[3] Ein Protokoll über diese Sitzung liegt nicht vor.

fung der Lüge von der deutschen Schuld.[4] *Die Schaffung eines Ausschusses für die Rheinlandfrage wird als erledigt betrachtet. Die Gründung eines Technikerausschusses wird zurückgestellt. Die kostenlose Lieferung der Parteidrucksachen an die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses soll beibehalten werden.*

Zu Punkt 1, Bildung eines politischen Organs, berichtet sodann der Vorsitzende, Abgeordneter Kempkes, auf Grund der früheren Verhandlungen[5] habe sich als Auffassung der Mehrheit des Ausschusses ergeben, daß man im Rahmen der gegenwärtigen Satzung bleiben und den politischen Ausschuß als Unterausschuß des Geschäftsführenden Ausschusses bilden wolle.

Er unterbreite folgenden Antrag: »Der Geschäftsführende Ausschuß wolle beschließen, einen besonderen politischen Ausschuß zu bilden (§ 14 der Satzung). Dem Ausschuß gehören an: 1. Der Parteivorsitzende. 2. Der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses. 3. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion und sein Stellvertreter. 4. Der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion und sein Stellvertreter. 5. Drei vom Geschäftsführenden Ausschuß zu wählende Mitglieder. Den Vorsitz führt der Parteivorsitzende, in seiner Vertretung der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses. Die Tätigkeit des Ausschusses besteht in der Mitwirkung bei wichtigen politischen Fragen. Die Berufung erfolgt durch den Vorsitzenden bzw. seinen Stellvertreter«.

Abgeordneter Kempkes macht weiter den Vorschlag, die Wahl der drei vom Geschäftsführenden Ausschuß zu wählenden Mitglieder den geborenen Mitgliedern des politischen Ausschusses zu überlassen. Abgeordneter Dr. Cremer stimmt dem Antrag im allgemeinen zu. Notwendig sei aber, daß unter den drei vom Geschäftsführenden Ausschuß zu wählenden Mitgliedern Süddeutschland berücksichtigt wird. Ferner erscheine ihm notwendig, daß ein Vertreter der Presse Mitglied des Ausschusses ist. Er empfehle aus diesem Grunde, fünf Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses statt drei zuzuziehen.

Abgeordneter Dingeldey tritt für Berücksichtigung Süddeutschlands ein.

Geheimrat Brandi weist auf die Mängel der Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses im allgemeinen hin. Richtiger erscheine ihm, daß die geschäftlichen Angelegenheiten von einem kleineren Organ, die politischen dagegen von einem größeren verhandelt werden.

Dr. Dietrich stimmt dem Antrag im wesentlichen zu, gibt aber zu bedenken, daß der politische Ausschuß nicht allzuviel auf seine Kappe nehmen solle.

Dr. Benecke: Nach seiner Auffassung soll der politische Unterausschuß nur in den Fällen zusammentreten, in denen es unmöglich ist, den Geschäftsführenden Aus-

[4] Auf dem Nürnberger Parteitag war beschlossen worden, einen »Ausschuß zur Vorbereitung der Revision des Friedensvertrags von Versailles« als Unterausschuß des GA einzusetzen, siehe dazu den Schriftwechsel im BAK R 45 II/55, p. 205 ff. Zum »Arbeitsausschuß Deutscher Verbände«, der 1921 unter Regie des Auswärtigen Amts gegründet wurde (Präsident: Kurt v. Lersner), siehe Hans Draeger, Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, Berlin 1931; Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 102–113.

[5] Siehe Dok. Nr. 36, 37.

schuß zusammenzurufen. Der Geschäftsführende Ausschuß dürfe sich von seinen Kompetenzen nichts nehmen lassen.

Direktor Kuhbier: Was wir hier beschließen, sei ein Provisorium. Die Anregungen des Herrn Brandi gehörten zur Frage der Satzungsänderung.

Abgeordneter Kempkes: Es liegt nicht in der Absicht des Antrags, die Kompetenzen des Geschäftsführenden Ausschusses zu schmälern. Die Anregung des Herrn Brandi sei für die Satzungskommission wertvoll. Was die Frage anlangt, in welchen Fällen der politische Ausschuß tätig sein soll, so lasse sich das formell nicht festlegen. Schon aus Klugheit werde der Ausschuß davon absehen, allzuviel auf seine Schultern zu nehmen.

Der Vorsitzende stellt dann fest, daß dem Antrag grundsätzlich zugestimmt würde. Zu klären sei nur noch die Anregung des Herrn Dr. Cremer auf Erweiterung der zuzuwählenden Mitglieder auf vier oder fünf. Den süddeutschen Interessen könne man dadurch Rechnung tragen, daß man festlege, daß eines der drei zuzuwählenden Mitglieder ein Süddeutscher sein muß. Was die Zuziehung eines Vertreters des Presse anlangt, so halte er dies nicht für notwendig. Man komme dabei auf eine abschüssige Bahn, da die Gefahr besteht, daß dann auch andere Berufsstände besondere Vertreter verlangen.

Abgeordneter Dr. Hugo bezeichnet die ganze Konstruktion des gegenwärtigen Geschäftsführenden Ausschusses als falsch. Die alte nationalliberale Organisation sei besser gewesen. Da habe der Geschäftsführende Ausschuß nur die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt[6], während die politischen Fragen im Zentralvorstand behandelt worden seien. Daneben habe man ein Zwischenglied gehabt: die Versammlung der Wahlkreisvorsitzenden. Man soll doch die Verantwortung für die Führung der Politik den Führern der Fraktionen überlassen. Die durch Parteibeschlüsse gebundene Sozialdemokratie müsse ein warnendes Beispiel für uns sein.

Dr. Hartmann spricht für die Zuziehung eines Vertreters der Presse.

Baurat Boerschmann bezeichnet es als notwendig, daß mindestens ein Vertreter der Partei in der Regierung diesem Ausschuß angehört.

Abgeordneter Stresemann: Auch wenn der Ausschuß eingesetzt werde, so behielten die Fraktionsvorsitzenden doch ihre Verantwortung. Für die Einsetzung des Ausschusses spricht, daß sich bisher immer noch nicht habe feststellen lassen, wer denn eigentlich die Parteileitung darstellt. Auf diese Frage müssen wir eine Antwort haben. Bei der Frage der preußischen Regierungsbildung zum Beispiel sei nicht bloß die Landtagsfraktion, sondern die gesamte Partei interessiert. Was die Zuwahl eines Vertreters der Presse anlangt, so bitte er Herrn Dr. Hartmann, seinen Antrag fallen zu lassen. Es ergeben sich daraus weitreichende Konsequenzen.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag auf Einsetzung eines politischen Ausschusses mit Mehrheit angenommen. Bezüglich der Zusammensetzung werden die Ziffern 1–4 angenommen. Bezüglich der Zuzuwählenden wird zunächst ein Antrag Hugo, keine weiteren Mitglieder zuzuwählen, abgelehnt, gleichfalls abgelehnt ein Antrag Brüninghaus auf Zuwahl eines Mitgliedes der süddeutschen Landtagsfraktio-

[6] Siehe Reiß, S. 59f.

nen, ferner abgelehnt die Anträge auf Zuwahl von fünf und vier Mitgliedern. Angenommen dagegen wird der Antrag auf Zuwahl von drei Mitgliedern, dazu eine Entschließung, daß unter diesen dreien möglichst ein Süddeutscher sein soll. Ein Antrag Hartmann, daß unter den drei Mitgliedern ein Vertreter der Presse sein soll, wird abgelehnt. Angenommen wird ferner ein Zusatz zur Geschäftsordnung des Ausschusses dahingehend, daß zu den Sitzungen die volksparteilichen Mitglieder der Reichsregierung und der preußischen Regierung einzuladen sind. Die Frage der Vornahme der Wahl der drei Zuzuwählenden wird dahin entschieden, daß die Wahl durch den Geschäftsführenden Ausschuß erfolgen soll, und zwar in einer Sitzung noch im Laufe des Tages.

[Pause]

Nach Wiederaufnahme der Beratungen um 13[30] Uhr werden in den politischen Ausschuß gewählt: Dingeldey als Vertreter für Süddeutschland, ferner Hugo. Die Abstimmung über die Besetzung des dritten Platzes, für den v. Kardorff und Brüninghaus vorgeschlagen sind, ergibt eine Mehrheit für Brüninghaus. Da Stresemann dem Ausschuß bereits als Parteivorsitzender angehört, werden die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rießer und Becker in den Ausschuß entsandt.

39.

10. Juni 1921: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Hamburg

BAK R 45 II/55, p. 329–337. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 52.[1] Überschrift: »Streng vertraulich! I. Reichstagswahlperiode, 6. Sitzung. Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. 6. Sitzung am 10. Juni 1921 in Hamburg, Klubhaus des Norddeutschen Regattavereins«.[2]

Die Vorbesprechung über die Sitzung des Zentralvorstands[3] ergibt Einigkeit darüber, daß die Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion zur Sitzung zugelassen sind; die Frage von Groß-Hamburg soll in einer Sondersitzung behandelt werden. Als Tagungsort für den nächsten Parteitag wird Stuttgart festgelegt; als Termin wird der 8. und 9. Oktober 1921 in Aussicht genommen.[4]

---

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 1) befindet sich auch im PA NL Stresemann 233.

[2] Laut beigefügter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Becker (Hessen), Benecke, Bickes, von Campe, Dietrich, Flathmann, Garnich, Geisler, Gildemeister, Hartmann, Heinze, Frau Hoffmann, Hollmann, Kalle, von Kardorff, Kempkes, von Krause, Kuhbier, Frau Mende, Moldenhauer, Frau von Oheimb, Piper, Frau Poehlmann, Frau Schönherr, Schultz, Streiter, Stresemann, Thiel, Wiemer. Von der Reichsgeschäftsstelle: Schütz, Frau Schwarz, Trucksaess. Tagesordnung: 1. Vorbesprechung über die Sitzung des Zentralvorstandes. 2. Festsetzung von Zeit und Ort des nächsten Parteitages. 3. Satzungsänderung. 4. Beschlüsse der Eisenacher Parteibeamtenkonferenz. 5. Einsetzung eines technischen Parteiausschusses. 6. Reisekostenfrage.

[3] Siehe Dok. Nr. 40.

[4] Der vierte Parteitag der DVP fand am 1. und 2. 12. 1921 in Stuttgart statt; ein stenographisches Protokoll der Verhandlungen findet sich im BAK R 45/II, 27.

Zur Vorbereitung der Satzungsänderung, die dem Stuttgarter Parteitag zur Entscheidung vorgelegt werden soll, wird eine Kommission (Kempkes, Rose, Leidig) eingesetzt. Die Fragen der Besoldung und Altersvorsorge der Parteibeamten und die Gewährung von Reisekosten für Mitglieder des Politischen Ausschusses werden zur weiteren Beratung an den Rechnungsausschuß verwiesen. Es wird beschlossen, einen Technikerausschuß als Unterausschuß des Reichsangestelltenausschusses einzusetzen. Zur Klärung des Streitfalles Geisler – Thiel[5] wird der Schlichtungsausschuß (Kempkes, v. Richter, Krause) angerufen.

40.

11. Juni 1921: Sitzung des Zentralvorstandes in Hamburg

NLC-Sonderausgabe.[1] Überschrift: »Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei«.

Stresemann eröffnet um 10 Uhr vormittags die von über 300 Delegierten besuchte Sitzung des Zentralvorstandes. Nach Begrüßungsworten von Piper und Chapeaurouge werden Brues, Schindler[2], Sartorius[3] und Frau Fritsch durch Zuruf in den Zentralvorstand zugewählt.

Dr. Stresemanns Bericht über die politische Lage.

Alsdann ergriff Dr. Stresemann das Wort zu seinem Bericht über die politische Lage, in der er etwa folgendes ausführte: Fast ein Jahr ist verflossen seit den Wahlen zum Reichstag, die einen Wendepunkt in der Reichspolitik bedeuteten. Ich habe oft auf die Linie der Entwicklung hingewiesen, die vom 9. November 1918 bis zum 6. Juni 1920 hinführt, von der Diktatur der Volksbeauftragten zu einer bürgerlichen Regierung. Es war eine gerade Linie. Heute ist sie durchbrochen.[4] Lassen Sie uns in diesem Entwicklungsmoment einen Rückblick auf die Ereignisse halten, die zu dieser Un-

---

[5] Nachdem Geisler in der NLC (3.5.1921, Nr. 101) anläßlich der Gründung der »Vereinigung Berliner Bühnenkünstler« die »nivellierenden, unfreiheitlichen, demokratischen Fesseln« der Gewerkschaften scharf attackiert hatte, die an die »Massenindustrie« appellierten, während der Nationalverband Deutscher Gewerkschaften für »Selbstbewußtsein, Vernunft und Berufserfolg« stehe, hatte Thiel in einer vehementen Replik die Darstellung Geislers als »einseitig und irreführend« bezeichnet und die Gelben Gewerkschaften, die »direkt oder indirekt von den Arbeitgebern« finanziert würden und daher für den »Arbeiter nie eine wirkliche Alternative bieten könnten«, heftig angegriffen (NLC, 13.5.1921, Nr. 108).

[1] Im Bestand BAK R 45 II/36 fehlt ein stenographisches Protokoll dieser Sitzung. Dort finden sich nur die Sitzungseinladung vom 1.6.1921 und die Tagesordnung: 1. Zuwahlen, 2. Die politische Lage. Berichterstatter: Dr. Stresemann. M.d.R., 3. Aussprache.

[2] Schindler, Generalsekretär in Frankfurt/M.

[3] Otto Sartorius (1885–1951), Jurist. Vor 1920 Geschäftsführer der NLP in Bochum, 1920–1922 Geschäftsführer des Westfälisch-Lippischen Wirtschaftsbundes, 1922–1946 Erster Syndikus der Handelskammer Bielefeld. Mtgl. des Hauptausschusses des RdI und des Hauptausschusses des Langnam-Vereins. Mtgl. des Propagandaausschusses der DVP.

[4] Nachdem die Alliierten die deutsche Reparationsnote vom 24.4.1921 (Text: Schultheß 1921 II, S. 297ff.) abgelehnt hatten, trat die Regierung Fehrenbach am 4.5. zurück. Am 10.5.1921 bildete sich eine Minderheitsregierung aus den Parteien der Weimarer Koalition unter Führung

terbrechung geführt haben, und einen Ausblick auf die Zukunft, die jetzt zu erwarten ist.

Ein Wort über die bürgerliche Regierung, die durch die neuen Ereignisse abgelöst worden ist. Auch in unseren eigenen Kreisen ist oft und lebhaft an der Tätigkeit dieser Regierung Kritik geübt worden. Ich glaube, wir dürfen dabei eins nicht vergessen: daß dieses eine Jahr der Regierung Fehrenbach uns auf vielen Gebieten zu einer wesentlichen Konsolidierung der Verhältnisse geführt hat. Alle die Anfänge zur Aufhebung der Zwangswirtschaft, die jetzt zur Befreiung von diesen Fesseln führen, fallen wesentlich in die Zeit dieser bürgerlichen Regierung. Das, was dieses eine Jahr bürgerlicher Regierung erbracht hat, liegt im übrigen vielleicht weniger auf dem Gebiet abgegrenzter Tätigkeit einzelner Ressorts, als vielmehr darin, daß es die Kraft des bürgerlichen Gedankens gezeigt hat, der von uns in die Regierung getragen worden ist. Die Parole, unter der wir den Reichstagswahlkampf geführt haben, das Bekenntnis zum Nationalbewußtsein und die Stärkung der Staatsautorität, hat doch ihre Wirkung nicht verleugnet. Dies hat noch in letzter Zeit dazu geführt, daß Kreise, die fürchteten, durch die neue Regierungsbildung nach links gedrängt zu werden, uns aufforderten, nicht beiseite zu stehen.[5] Auch diese Wirkung dürfen wir in der Entwicklung der deutschen Reichspolitik als einen Erfolg buchen (Lebhafte Zustimmung).

Wir sind in die Kritik gegen das Kabinett eingetreten, als es in der auswärtigen Politik Bahnen einschlug, auf denen wir nicht mitgehen konnten. Wir werden auf dem Gebiet der auswärtigen Politik die schwersten Belastungen auf uns nehmen müssen; gerade unserer Partei ist dies außerordentlich schwer geworden. Ich erinnere nur daran, daß kurz nach der Bildung der Regierung die Konferenz von Spa lag und die Verhandlungen über unsere Entwaffnung, ferner an die Flaggen-Zwischenfälle in Berlin und Breslau.[6] Das zu sagen, war gegenüber dem aufflammenden Nationalgefühl sehr schwer, und wenn wir die preußischen Wahlen ohne wesentliche Schadensnahmen bestanden haben[7], so war das ein Erfolg gegenüber der Schwere der Verantwortung, die wir gerade in dieser Zeit zu tragen hatten.

Bei aller sachlichen Kritik gegen die Politik des Außenministers Dr. Simons wollen wir nicht vergessen, daß dieser Mann von durchaus nationalem Wollen für sein Va-

---

Joseph Wirths (Zentrum), siehe dazu Kabinette Wirth I/II, S. XIX ff.; Morsey, Zentrumspartei, S. 379 f.; Arns, S. 126 ff.; Kastning, S. 64 ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 414 ff.

[5] Im Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 hatten die Alliierten angedroht, bei Nichtanerkennung des Londoner Zahlungsplans und seiner Festsetzung des Gesamtbetrags der Reparationsschuld auf 132 Milliarden Goldmark das Rheinland zu besetzen und die Blockade wieder aufzunehmen, siehe Krüger, S. 128 ff.; Kaiser, S. 48 f.; 117 f.; der Londoner Zahlungsplan ist abgedruckt in: RTDrs., Bd. 367, Nr. 1979. Am 10.5.1921 lehnte die DVP das Londoner Ultimatum endgültig ab, siehe »Deutsche Allgemeine Zeitung«, 10.5.1921, Nr. 215. Zu der von Stresemann angestrebten eigenen Kanzlerkandidatur findet sich zahlreiches Material im NL Stresemann 234, darunter auch der Entwurf einer Kabinettsliste mit Stresemann als Reichskanzler und Stegerwald (Zentrum) als Vizekanzler; siehe dazu auch die Eintragungen in Stresemanns Tagebuch unter dem 13.5.1921, Vermächtnis I, S. 20 f. sowie die detaillierte Analyse bei Turner, S. 90 ff. Das Ultimatum wurde im Reichstag am 10.5.1921 mit 220 gegen 171 bei 1 Stimme Enthaltung angenommen, siehe VRT, Bd. 349, S. 36.

[6] Siehe Dok. Nr. 29, Anm. 11.

[7] Siehe Dok. Nr. 37, Anm. 7.

terland beseelt war. Deshalb habe ich auch dem Gedanken immer Widerstand geleistet, Simons zum Rücktritt zu zwingen, ehe ein geeigneterer Nachfolger zur Stelle war. Dann aber kam mit dem Angebot an den amerikanischen Präsidenten eine Aktion[8], die es uns unmöglich machte, dem Außenminister weiter zu folgen, die aber nicht allein von Dr. Simons, sondern von dem ganzen Kabinett verantwortlich zu tragen war. Gegen diese Aktion hat sich die öffentliche Meinung aufgebäumt, und zwar mit Recht. Zu sinnfällig war doch der Vergleich mit jener Zeit, da wir auf Wilson hofften. Der Versuch, die Vereinigten Staaten zu einer Vermittlung zu bewegen, war an sich zu billigen. Unmöglich aber war die Art, in der man hier das Schicksal eines ganzen Volkes von dem Schiedsspruch des Vertreters eines anderen Volkes abhängig machte. Dazu kam, daß das Angebot der Regierung an Harding[9] in materieller Beziehung keine Grenzen zog und daß es in seinem Kern für unser Empfinden unerträglich war. Das Kabinett mußte sich darüber klar sein, daß ein Scheitern der amerikanischen Mission sein eigenes Schicksal besiegelte. In der Zentrumspresse wird in der letzten Zeit die Legendenbildung verfaßt, die Deutsche Volkspartei habe das Kabinett Fehrenbach/Simons gestürzt. Demgegenüber ist dabei darauf hinzuweisen, daß Dr. Simons nach der ablehnenden Antwort Hardings fest entschlossen war, zu gehen, und daß der Reichskanzler Fehrenbach sich mit ihm solidarisch erklärte. Eine andere Haltung war auch nicht möglich. Wenn das Kabinett nach dem Scheitern seiner Aktion vor den Reichstag getreten wäre, dann hätte sich die Situation beim besten Willen nicht retten lassen. Es handelte sich also um einen unvermeidlichen eigenen Entschluß des Reichskanzlers und des Außenministers Dr. Simons und nicht um eine Situation, die von der Deutschen Volkspartei schuldhaft herbeigeführt worden wäre.[10]

In der Lage, die durch den Rücktritt des Kabinetts Fehrenbach/Simons entstanden war, erfolgte eine schwere außenpolitische Belastung durch zwei Ereignisse. Das er-

[8] Am 20.4.1921 hatte die Reichsregierung, nachdem ein Versuch des Vatikans, zwischen Deutschland und den USA eine Verbindung herzustellen, an einer Indiskretion gescheitert war (siehe Stewart A. Stehlin, Weimar and the Vatikan 1919–1933, Princeton, New York 1983, Kap. II), den neugewählten amerikanischen Präsidenten Harding in einer Note (Text: Schultheß 1921 II, S. 297) um die Übernahme des Schiedsrichteramtes in der Reparationsfrage gebeten. Am folgenden Tag lehnte die amerikanische Regierung diesen Vorschlag ab (Text: ebd., Teil I, S. 121 f.), gab gleichzeitig jedoch zu verstehen, daß sie bei der Vorlage neuer deutscher Reparationsvorschläge diese an die Alliierten weiterreichen würde, siehe dazu auch Link, S. 44 ff.; Krüger, S. 124 ff.

[9] Warren Harding (1865–1923), Zeitungsverleger; am 2.11.1920 zum amerikanischen Präsidenten gewählt (Republikaner), seit dem 4.3.1921 im Amt.

[10] Die Mehrheit der DVP-Fraktion vertrat in der Fraktionssitzung vom 23. und 24.4.1921 die Auffassung, daß die Note des Außenministers an die USA in einem unnötig unterwürfigen Ton abgefaßt worden sei und ihre Ablehnung deshalb einen besonders erniedrigenden Rückschlag bedeute; die DVP könne es sich nicht leisten, eine solche Politik weiterhin zu unterstützen. Da Stresemann jedoch entschieden auf die unerwünschten Konsequenzen eines Regierungsaustritts hinwies, wurde nur der Beschluß gefaßt, die sofortige Ablösung von Simons und Fehrenbach zu verlangen, was die übrigen Regierungsparteien in einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses jedoch ablehnten. Am Abend des 28.4.1921 unterbreiteten Becker, v. Raumer, Stinnes und Vögler bei einer Zusammenkunft im Hotel Adlon Stresemann den Vorschlag, den Sturz des Kabinetts Fehrenbach herbeizuführen, siehe die Aufzeichnungen Stresemanns über die Sitzungen der Reichstagsfraktion am 23. und 24.4. und über die Ereignisse vom 24.–29.4.1921, PA NL Stresemann 234. Zu den Bemühungen Stresemanns, Grundlagen für ein Kabinett unter seiner Leitung zu schaffen, siehe Turner, S. 89 ff.; zur Haltung des Zentrums und der der Partei nahestehenden Presse siehe Morsey, Zentrumspartei, S. 358 ff.; 379 ff.

ste war der Einbruch Korfantys in Oberschlesien[11], das zweite das fünf Tage später eintreffende Ultimatum der Entente. Das Zusammentreffen dieser beiden Ereignisse war für die deutsche Öffentlichkeit von tiefgreifender Bedeutung. Bis dahin bestand eine ungebrochene innere Front. Die Unerträglichkeit und Unausführbarkeit der wirtschaftlichen Leistung, die die Entente forderte, war bis dahin von allen Seiten betont worden, auch von der Sozialdemokratie. Wenn die Diskussion auf dieser Basis geblieben wäre, wenn es sich lediglich um die wirtschaftlichen Forderungen und die über den Friedensvertrag hinausgehenden Forderungen der Entfestigung unserer Ostgrenzen gehandelt hätte, so wäre zweifellos die Einheitsfront als Abwehr gegen diese Zumutung aufrecht erhalten worden. So aber entstand eine doppelseitige Situation, und die von ihr ausgehenden politischen Wirkungen wurden bald fühlbar. Die Sorge um Oberschlesien trat in den Vordergrund. Vor unseren Augen enthüllte sich dort ein abermaliger weltpolitischer Betrug, der Deutschland um seine Rechte bringen sollte. Die Korfanty-Linie ist binnen 72 Stunden nach dem Beginn des polnischen Einbruchs erreicht worden, und das von angeblich regellosen Massen. Die ganze Situation war vollkommen vorbereitet von Polen im Einverständnis mit Frankreich, sonst wäre eine so rasche Besetzung nicht möglich gewesen (Lebhafte Zustimmung).

Dieser polnische Einbruch in Oberschlesien und sein Zusammentreffen mit dem Ultimatum haben die einheitliche deutsche Abwehrfront gegen die Entente-Forderungen durchbrochen. Unsere Lage war schon dadurch schwierig geworden, daß unsere Regierung die Unerfüllbarkeit der gegnerischen Entschädigungsforderungen betonte und daß trotzdem unser Angebot stoßweise immer weiter erhöht wurde. Zu den materiellen Forderungen des Ultimatums kam weiter das Verlangen nach der vollständigen Entfestigung unserer Ostgrenzen und der Bestrafung der sogenannten Kriegsverbrecher. Dieser letzte Punkt wird meiner Ansicht nach in Bezug auf die Wirkung, die von ihm ausgehen soll, viel zu gering bewertet. Ich weiß nicht, warum die deutsche Presse spaltenlange Berichte über diese Prozesse bringt[12] (Zustimmung). Unsere Gegner beabsichtigen durch diese Prozeßverhandlungen doch ganz gewiß nichts anderes als eine abermalige Zermürbung der öffentlichen Meinung in Deutschland, und dann gehen über diese Verhandlungen Kabel, Telegramme durch alle Welt, und damit beginnt eine neue Welthaßpropaganda gegen das Deutschtum, der wir mit einer entschiedenen Offensive entgegentreten müssen (Lebhafter Beifall).

[11] Am 3.5.1921 waren polnische Insurgenten unter der Führung des ehemaligen Plebiszitkommissars Korfanty in das unter der Verwaltung der alliierten Abstimmungskommission stehende Gebiet eingedrungen, siehe dazu Schultheß 1921 I, S. 151 ff. Zu den Überlegungen der Reichsregierung, gegen die Aufständischen militärisch vorzugehen, siehe Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 241, 242, 246; zu den Erfolgen der Aufständischen, die bei ihrem Vordringen nur auf schwachen Widerstand der Alliierten gestoßen waren, siehe Kabinette Wirth I/II, S. LII f.; Gregory Campbell, The Struggle for Upper Silesia 1919–1922, in: JMH 42 (1970), S. 361–385 (hier: S. 374 ff.).

[12] Die ersten Verhandlungen über Kriegsverbrechen hatten am 10.1.1921 vor dem Leipziger Reichsgericht begonnen, siehe Schultheß 1921 I, S. 5. Am 22.7. stimmte das Kabinett einem Vorschlag von Reichsjustizminister Schiffer »auf Herausgabe eines Weißbuchs mit wortgetreuer Wiedergabe der bisher ergangenen Leipziger Urteile« zu, Kabinett Wirth I/II, Dok. 53; zum Weißbuch siehe RTDrs., Bd. 368, Nr. 2584.

Das waren die drei Punkte, die eine Einheitlichkeit der öffentlichen Meinung gegenüber dem Ultimatum schufen. Bis zum 7. Mai war kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber vorhanden. Auch führende Persönlichkeiten, die nachher mit »Ja« gestimmt haben, traten damals noch für die Ablehnung ein. Am darauffolgenden Sonntag fanden interfraktionelle Besprechungen statt und nun kam die Erklärung des Zentrums, es hätte einstimmig beschlossen, das Ultimatum anzunehmen.[13] So entstand eine ganz neue Situation. Dr. Simons hat, über seine Meinung befragt, die Erklärung abgegeben, man solle »Nein« sagen, wenn man die Sicherheit habe, daß eine große Mehrheit dahinter stehe, und daß auch das Volk dabei beharre. Habe man diese Sicherheit nicht, dann würde man lieber gleich »Ja« sagen. Eine Regierung des »Nein« mußte eine Regierung der breitesten Basis sein, sie mußte die Sozialdemokratie mit umfassen (Zustimmung). Es mußte ein entschlossener Widerstand bis in die Gewerkschaftskreise hinein vorhanden sein. Die Möglichkeit, das »Nein« auf dieser Basis auszusprechen, war aber am 8. Mai nicht mehr vorhanden. Das Zentrum war abgeschwenkt, und nun war natürlich auch die Sozialdemokratie nicht mehr zu halten. Unsere zweite Kraftquelle war damit verschüttet. Die erste Kraftquelle, unsere Macht, war längst dahin. Nun konnte auch die zweite, der einheitliche nationale Wille, der die Leistung eines festen Widerstandes ermöglicht hätte, keine Wirkung mehr tun. Es blieb die letzte Quelle übrig, die einzige, mit deren Hilfe wir noch Außenpolitik machen können, die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes als Produktions- und Verbraucherland. Auf dieser Basis hatten wir uns darüber klar zu werden, wie die Fraktion der Deutschen Volkspartei sich dem Ultimatum gegenüber verhalten sollte.

Gewiß gab es unter uns Mitglieder, die für unbedingte Zustimmung eintraten. Sie gingen von der Ansicht aus, daß man die Wirtschaftskraft Deutschlands nicht zerschlagen lassen dürfe. Für sie war in erster Linie die oberschlesische Frage maßgebend. Nach ihrer Ansicht war Oberschlesien verloren, wenn das Ultimatum abgelehnt wurde. Wenn man der Meinung war, daß man es auf die Besetzung des Ruhrgebietes überhaupt nicht ankommen lassen dürfe, dann hätte man aber schon die Pariser Beschlüsse annehmen müssen und nicht für einen schließlich doch zwecklosen Widerstand eintreten sollen. Wenn die Politik des Kabinetts Fehrenbach/Simons das Risiko der Ruhrbesetzung nicht tragen wollte, dann war sie verfehlt. In Bezug auf Oberschlesien könnte allerdings die Entscheidung durch die Annahme oder Ablehnung des Ultimatums beeinflußt werden. Die Polen hätten im Falle der Ablehnung die Besetzung als Sanktion mit ihrer Armee durchgeführt und die Aussicht, Oberschlesien zurückzuerhalten, wäre dann äußerst erschwert worden. Aber andererseits muß man, wenn man an die Zukunft denkt, doch auch sagen, daß die Entscheidung über Oberschlesien eine internationale Frage ersten Ranges von so großer weltwirtschaftlicher Bedeutung ist, daß sie nicht allein durch das Ultimatum entschieden werden kann (Lebhafte Zustimmung). England müßte von allen politischen Geistern verlassen sein, wenn es ruhig zusehen wollte, wie Frankreich sich den Besitz aller großen mitteleuropäischen Kohlen- und Erzfelder sichert. Ich glaube also, daß diejenigen, die unter allen Umständen das Ruhrgebiet vor einer feindlichen Besetzung bewahren und Oberschlesien retten wollen, durch die Deduktionen, die

[13] Siehe dazu Morsey, Zentrumspartei, S. 379ff.

sie jetzt anstellen, zur Annahme der Pariser Beschlüsse hätten geführt werden müssen, daß aber ihre Gründe der Logik entbehren, wenn sie allein die Annahme des Ultimatums treffen (Lebhafte Zustimmung).

Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Ultimatums war mit der ablehnenden Haltung, die das Zentrum am Sonntag, den 8. Mai, einnahm, wie gesagt, schon gefallen. Ich habe deshalb in der interfraktionellen Besprechung die Frage erörtert, ob es nicht möglich sei, wenn Deutschland »Ja« sage, dieses »Ja« wenigstens an die Erfüllung von Voraussetzungen zu knüpfen, die uns Sicherheiten zugunsten Deutschlands geben sollen. Diese Voraussetzungen betrafen die Leistungsverpflichtung Deutschlands für den Wiederaufbau der Entente-Länder, die Aufhebung der 50 % Abgabe auf die deutschen Waren, die Aufhebung der »Sanktionen« am Rhein und in der Hauptsache die Sicherstellung des oberschlesischen Industriegebietes für Deutschland. Wie ich erklärte, wenn diese Voraussetzungen erfüllt würden, sei ich bereit, meiner Fraktion die Abstimmung mit »Ja« zu empfehlen (Zustimmung). Man mußte den Vertretern der Entente sagen: Wenn Ihr Wert auf die Erfüllung des Ultimatums legt, dann seht zu, daß diese Voraussetzungen erfüllt werden. Eine Antwort traf aber bis zur Stunde der Abstimmung nicht ein, und da die von uns verlangten Sicherungen nicht gegeben waren, so war es uns unmöglich, mit »Ja« zu stimmen.[14] Hätten wir erreicht, was wir wollten, hätten wir namentlich das oberschlesische Industriegebiet für Deutschland sichergestellt, dann bin ich dessen sicher, daß auch die Deutsche Volkspartei für unsere Zustimmung zum Ultimatum Verständnis gehabt hätte (Zustimmung). Wir haben davon abgesehen, bei der Abstimmung einen Fraktionszwang auszuüben. Wir haben damit recht getan. Wir sind eine liberale Partei, die Persönlichkeiten erziehen, nicht brechen will. Wir können deshalb bei einer Abstimmung über derartig bedeutungsschwere Fragen keinen Zwang ausüben. Die Deutschnationalen, die anders vorgegangen sind, standen deshalb nicht glänzend da. Man kann nicht erklären, es handele sich um eine Lebensfrage und damit in Einklang bringen, daß bei der Abstimmung ein Dutzend Mitglieder fehlen (Sehr richtig).[15] Im übrigen haben in allen Fraktionen Kämpfe um die Abstimmung stattgefunden.

Die bei uns unbedingt mit »Nein« stimmten, gingen davon aus, daß es notwendig sei, folgerichtig bei dem einmal eingenommenen Standpunkt zu bleiben, daß man das Ultimatum ablehnen müsse, nachdem man den Frieden von Versailles abgelehnt habe. Sie vertraten die Auffassung, daß es im deutschen Volk Kräfte geben müsse, die den Widerstand aufrechterhalten und stärkten. Die große Bedeutung dieses Gesichtspunktes läßt sich nicht verkennen. Ich weiche nur insofern ab, als ich sage, daß schon in Versailles unsere Hände nicht mehr frei waren, daß vielmehr der erste Schritt, der alles andere nach sich zog, getan wurde, als die deutsche Armee zerbrach und völlig zur Auflösung kam (Lebhafte Zustimmung).

[14] Zum Verlauf der interfraktionellen Besprechung vom 8.5.1921 und zum Inhalt der am Morgen des 9.5. von Stresemann der britischen Botschaft übermittelten Fragen siehe detailliert Turner, S. 91f.

[15] Bei der Abstimmung am 10.5.1921 (siehe Anm. 5) fehlten von der Reichstagsfraktion der DNVP 8 Mitglieder (von 95), siehe VRT, Bd. 349, S. 3652ff.; zur Haltung der Partei in der Frage des Londoner Ultimatums siehe Striesow, S. 290ff.

Nun ein kurzer Ausblick auf das Kommende. Wir sind aus der Regierung ausgeschieden. Die »Germania« behauptet, wir hätten durch die Ablehnung, uns an der neuen Regierung zu beteiligen, eine große Stunde versäumt. Tatsächlich aber hat das Angebot, das man uns machte, nur darin bestanden, daß Dr. Heinze als Reichsjustizminister weiter im Amt bleiben soll.[16] Auf eine Erörterung dieses Angebots hat sich die Fraktion überhaupt nicht eingelassen (Lebhafte Zustimmung). Es ist vielleicht zutreffend, daß Dr. Wirth nicht zu den persönlichen Freunden Erzbergers gehört, aber er vertritt doch eine ähnliche Gedankenwelt. Unter diesen Umständen waren wir uns darüber einig, daß dem neuen Kabinett gegenüber sachliche Opposition die richtige Haltung sei. Mit einer Opposition um jeden Preis, mit einem Sturz des Kabinetts Wirth und der Herbeiführung von Neuwahlen würden wir nur der Sozialdemokratie einen Gefallen tun (Sehr richtig). Deshalb war es von uns sehr wohl bedacht, daß wir uns im Reichstag in den letzten Wochen abwartend verhalten haben. Daß wir die Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Wirth über Oberschlesien billigten, war vom nationalen Gesichtspunkt aus durchaus notwendig.[17] Wir wollen in sachlicher Opposition bleiben, wobei wir der Überzeugung sind, daß das Kabinett nicht den Abschluß einer Entwicklung darstellt, sondern, daß die Entwicklung erst anfangen wird, wenn es sich um die Durchsetzung der Steuerpolitik handelt.[18] Es war bezeichnend, daß die Demokraten mit dem Austritt aus der Regierung drohten, wenn wir uns von dem Vertrauensvotum ausschlössen.[19] Wir haben uns durch diese Ankündigung nicht beeindrucken lassen. Der ganze Vorgang beweist aber doch eins: Die großen Kräfte des produktiven Lebens sind in uns so stark vertreten, daß man ohne die Deutsche Volkspartei nicht glaubt, auskommen zu können. Und wenn wir selbständig in unserer Politik bleiben, dann können wir weiter das gute Gewissen des nationalen Bürgertums sein. Das ist die Stärke unserer Stellung außerhalb der Regierung. In unsere Hand wird die Entscheidung mitgelegt sein, wenn praktische Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben werden soll. Ich sehe die Zukunft in einem Kabinett auf breiter Basis oder aber in einer Rückbildung zu dem bürgerlichen Kabinett, wenn die Sozialdemokratie weiterhin ihre Mitwirkung an einem Kabinett der

[16] Noch am 10.5.1921 hatte Stresemann deutlich die Bereitschaft seiner Partei zum Ausdruck gebracht, die Verantwortung für die Erfüllung des Ultimatums zu teilen, falls der Partei volle Gleichberechtigung im Kabinett zugestanden würde, siehe Turner, S. 93; Kabinette Wirth I/II, S. XIX ff.

[17] In einer Note vom 19.5.1921 (Text: Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 7, Anm. 1) hatte die französische Regierung u.a. gefordert, das Reich solle die Grenze zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abstimmungsgebiet gegen das Eindringen von Freiwilligen und Waffen für den oberschlesischen Selbstschutz abriegeln. Die Reichsregierung kam dieser Forderung unter Vorbehalten nach, siehe die deutschen Antwortnote vom 23.5.1921 (Text: UuF, Bd. 4, S. 57) sowie die Regierungserklärung Wirths vom 1.6.1921, VRT, Bd. 349, S. 3709 ff.

[18] In seiner Regierungserklärung vom 1.6.1921 (VRT, Bd. 349, S. 3711) hatte Reichskanzler Wirth zur Abdeckung der nach dem Londoner Zahlungsplan vorgesehenen Verbindlichkeiten als wichtigste Maßnahme einen umfassenden Ausbau des Steuersystems genannt, siehe dazu auch die von Reichswirtschaftsminister Schmidt (SPD) in der Kabinettssitzung vom 17.5.1921 skizzierten Pläne zu Steuererhöhungen, Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 3.

[19] Am 3.6.1921 hatte die DNVP, am 4.6. die USPD einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung gestellt (RTDrs., Bd. 367, Nr. 2106, 2116); am selben Tag stellten SPD, Zentrum und DDP den Antrag, der Reichstag solle die Politik der Reichsregierung billigen (ebd., Nr. 2117). In der Abstimmung am 4.6. nahm der Reichstag dieses Billigungsvotum mit 211 zu 71 Stimmen bei 48 Enthaltungen an, siehe VRT, Bd. 349, S. 3775.

breiten Basis versagt. Nachdem wir ein Jahr lang uns bereit erklärt haben, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, müssen wir jetzt mit aller Entschiedenheit betonen, daß die Sozialdemokratie es durch ihre Demagogie und dadurch, daß sie die Partei über das Ganze stellt, ganz allein verschuldet, wenn ein Zusammenarbeiten auf breiter Grundlage nicht zustande kommt (Lebhafte Zustimmung). Wir werden die Konsequenzen ziehen, wenn man uns den Kampf aufzwingt (Lebhafte Zustimmung).

Lassen Sie mich mit einem kurzen außenpolitischen Ausblick schließen: Man sagt uns, durch die Politik des Kabinetts Wirth sei eine außenpolitische Entspannung eingetreten. Briand[20] spreche zu uns in einem anderen Ton und auch in England habe man die Tonart gewechselt. Das verdanke man der Annahme des Ultimatums. Daß das Ultimatum eine Entspannung bringen werde, das habe man doch wohl nicht anders erwartet. Wenn man darin schon einen Erfolg sehen will, so beweist das nur, wie außerordentlich bescheiden man geworden ist. Aber die Frage ist, ob wirklich schon eine dauernde Entspannung vorliegt. Hat sich das Verhalten des Generals Le Rond[21] geändert? Nein, das alte Spiel mit Korfanty geht ruhig weiter (Sehr richtig). Gewiß, Briand spricht sehr anders. Das beruht aber auf der Annäherung zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Lloyd George ist jetzt der Mitwirkung der Vereinigten Staaten im Obersten Rate sicher und das Zusammengehen dieser beiden Mächte hat auch die Sprache Briands geändert. Auch in der Beteiligung Englands und Amerikas am russischen Wiederaufbau liegt die Entspannung der außenpolitischen Lage, nicht aber in der Linksrichtung des Kabinetts.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, mitzuarbeiten, um zu verhindern, daß wir wirtschaftlich und finanziell durch falsche Wirtschaftspolitik ruiniert werden und wir auch außerhalb der Regierung die Grundsätze unserer Partei künftig zur Geltung zu bringen, ohne deren Durchsetzung wir uns einen Wiederaufbau Deutschlands nicht denken können (Stürmischer Beifall).

Der Rede des Abgeordneten Dr. Stresemann folgte eine eingehende, durchweg von sachlichem Verantwortungsgefühl getragene Aussprache, in der zunächst diejenigen Mitglieder der Fraktion, die für die Annahme des Ultimatums gestimmt hatten, Gelegenheit erhielten, die Gründe für ihre Stellungnahme darzulegen.

In längerer Rede tat dies insbesondere der ehemalige Reichsjustizminister Dr. Heinze. Er wies darauf hin, daß in der Politik gewisse Strömungen des Volkes zwar nicht mißachtet werden dürfen, daß aber letzten Endes der kühle Verstand ausschlaggebend sein müsse. Der wütende Haß der Gegner sei eine Tatsache, mit der zu rechnen sei. Jeder aktive oder auch jeder passive Widerstand, der sich in Aktivität umsetzen wolle, würde rücksichtslos zu Boden getreten. Wohl müßten wir aktive Politik treiben, aber der Weg zur Erreichung dieses Ziels gehe über Jahre und Jahrzehnte. Das nächste Ziel sei die wirtschaftliche Erstarkung. Erst von hier aus können wir zur politischen Erstarkung kommen. Er sei kein Pazifist. Er stehe auf dem Standpunkt, daß ein Volk sich letzten Endes nur durch eigene Kraft befreien könne. Aber erst

[20] Aristide Briand (1862–1932), Jurist. Französischer Politiker (Radikalsozialist). 1909–1911, 1913, 1921/1922, 1925/1926 und 1929 Ministerpräsident. 1915–1917, 1925–1932 Außenminister.

[21] Henri Le Rond (1864–1949), Offizier. 1919 Divisionsgeneral, 1920/1921 Vors. der Interalliierten Regierungskommission in Oberschlesien (Oppeln).

müßten wir unsere Kräfte sammeln. Die Sozialdemokratie müsse zur positiven Mitarbeit gezwungen werden. Dabei brauche man sich der Sozialdemokratie keineswegs zu unterwerfen, aber man müsse entgegenkommen. Es komme auf das Endresultat an. Was wir erreicht hätten, könne uns gewiß nicht befriedigen. Unser großer Erfolg von der Reichstagswahl 1920 sei durch die Preußenwahlen noch verbessert worden.

Dr. Heinze begründete in seinen weiteren Ausführungen im einzelnen, was ihn veranlaßt habe, für die Annahme des Ultimatums zu stimmen. Der Grundsatz, keine Unterschrift zu geben, wenn man von der Möglichkeit der Erfüllung nicht überzeugt sei, sei im Privatleben gewiß richtig, aber in der Politik kämen auch noch andere Faktoren in Betracht, und unsere Unterschrift könne nur bedeuten, daß wir versuchen werden, nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Hinter einem »Nein« hätte das ganze Volk stehen müssen, das wäre aber nicht der Fall gewesen. Eine Mehrheit für das »Nein« zu bekommen, war nach der Haltung des Zentrums von vornherein ausgeschlossen. All diese Faktoren mußten bei der Abwägung berücksichtigt werden. Gefühlsmomente dürfen demgegenüber nicht aufkommen. Wir stehen jetzt vor der außerordentlichen Schwierigkeit, unseren Einfluß wieder geltend zu machen. Das werde und müsse uns gelingen. Die Schwierigkeiten würden groß sein. Aber wir würden sie überwinden, weil wir in den entscheidenden Fragen grundsätzlich einig seien, in der Liebe zu unserem Vaterland, in der Auffassung über die Quellen unserer nationalen Kraft und unseres Wiederaufstieges. Aber hüten wir uns, uns allzusehr von Gefühlsmomenten leiten zu lassen. Die Realität der Dinge müsse uns immer vor Augen sein. Dann werden wir unsere Ideen verwirklichen.

Der Abgeordnete von Rheinbaben geht im besonderen auf die Gefahr ein, die über Oberschlesien bei der Ablehnung des Ultimatums schwebte. Der Aufstand Korfantys sei letzten Endes eine Folge der Annahme des Ultimatums. Bei einer Ablehnung wären die polnischen Armeen, offen sanktioniert von Frankreich, in Oberschlesien eingerückt.

Abgeordneter von Kardorff betont, daß uns nur zwei Möglichkeiten blieben, entweder die Politik Gambettas[22] oder die des Freiherrn von Stein.[23] Wo ist der Gambetta? Wo ist das Volk, das einen Gambetta braucht? Wenn man zugesteht, daß man tagelang um die Entscheidung gerungen habe, dann mußte man auch Freiheit der Abstimmung zulassen. Man muß den Mut auch zu einer unpopulären Politik haben. Wenn die Sache gut geht, dann wird sich zeigen, daß wir recht gehabt haben. Aber auch, wenn sie schlecht geht, dann werden wir immer vor Ihnen und dem Vaterlande guten Gewissens stehen können.

Der Abgeordnete Thiel betont, daß ein »Nein« nur dann einen Sinn haben konnte, wenn es gelang, eine geschlossene große Mehrheit dahinter zu stellen. Nachdem offenbar war, daß dies nicht möglich war, habe er sich für das »Ja« entschieden.

[22] Léon Gambetta (1838–1882). Gegner des Zweiten Kaiserreichs, proklamierte nach der Kapitulation von Sedan (4.9.1870) die Republik und organisierte den Widerstand des französischen Volksheeres; als Verfechter eines »guerre à outrance« lehnte er das Waffenstillstandsabkommen und den Friedensvertrag ab; nach 1871 vertrat er als Abgeordneter eine Revanchepolitik gegenüber Deutschland, 1881/82 Ministerpräsident.

[23] Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757–1831), 1804–1807 Minister des Zoll-, Kommerzial-, Salz- und Fabrikwesens, 1807/1808 leitender preußischer Minister, Initiator der preußischen Reformen. 1812–1816 politischer Berater des russischen Zaren Alexander I.

Zum Ausdruck dessen, daß wir mitwirken wollen, daß dereinst doch noch der nationale Widerstand sich durchringt. In ähnlichem Sinne sprach Bechly (Hamburg).

Von den übrigen Rednern wurde die Politik der Fraktion durchweg gebilligt. Es kam bei aller Würdigung der sachlichen Gründe der zustimmenden Gruppe allgemein das Bedauern zum Ausdruck, daß die Fraktion nicht einheitlich abgestimmt hat.

Der Abgeordnete Dingeldey (Darmstadt) betonte, daß die Geschlossenheit der Fraktion eine Notwendigkeit sei. Man dürfe über die Gefühlsmomente nicht leicht hinweggehen. Andererseits habe die Wählerschaft unserer Partei wiederholt der verstandesmäßigen Überlegung der Vertreter der Regierung Rechnung getragen. Wir haben wiederholt unsere Bereitwilligkeit ausgesprochen, auch mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, aber wenn die Sozialdemokratie nicht wolle, dann müssen wir den Mut haben, noch einmal den Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen. In der Arbeiterschaft gibt es weite Kreise, in denen die Überzeugung lebendig sei, daß durch fortgesetzte Demütigung nichts erreicht wird. Auch in der Arbeiterschaft sehne man sich danach, endlich mal wieder auf festen nationalen Boden zu kommen.

Abgeordneter Dr. von Krause betonte, daß wir die einzige Kraft, über die wir noch verfügen, nämlich die seelischen Kräfte, nicht rechtzeitig eingesetzt hätten. Das sei die größte Schuld. Aus dieser Unterlassung seien der Reihe nach der Waffenstillstand, Versailles und das Ultimatum gekommen. Einmal haben wir davon Gebrauch gemacht, nämlich bei der Frage der Auslieferung[24], und da hatten wir auch Erfolg. Wenn man auf dem Standpunkt des Herrn von Kardorff stehe, dann müsse man immer nachgeben, auch wenn die Zumutungen der Feinde immer schlimmer kommen. Es ist richtig, daß unser Ziel die Mitarbeit sein muß, aber wir müssen unsere Grundsätze dabei wahren.

Abgeordneter Dr. Hugo betont, daß gerade vom Standpunkt der Realpolitik aus die Ablehnung des Ultimatums geboten war. Das werde sich zeigen, wenn man an die Ausführung der Erfüllung gehe. Die Realpolitik liege bei denen, die erkannt haben, daß eine Partei wie die Deutsche Volkspartei nicht die Garantie für einen unerfüllbaren Vertrag übernehmen könne.

Fabrikant Hembeck[25] (Lüdenscheid) begründet eine Entschließung der westdeutschen Arbeitsgemeinschaft[26], die die Ablehnung des Ultimatums billigt. Eine gleiche Entschließung legt die südwestdeutsche Arbeitsgemeinschaft[27] vor. Im Sinne dieser Entschließung sprechen weiter der Abgeordnete Geisler, Frau Abgeordnete Mende und Dr. Rudolf Schneider. Wallis[28] (Hildesheim) bedauert die Untätigkeit der gegenwärtigen und früheren Regierung in Bezug auf die Brandmarkung der feindlichen

[24] Gemeint: die von den Siegermächten verlangte Auslieferung deutscher Offiziere, denen Völkerrechtsverletzungen vorgeworfen wurden, siehe auch Anm. 12.

[25] Otto Hembeck (1881–1958), Metallwarenfabrikant. Wirtschaftstreuhänder und Geschäftsführer der Vereinigung der freien Drahtwerke- und Drahtstiftefabrikanten. Mtgl. des preußischen Staatsrats. Ende 1931 Übertritt zur DNVP, 1932–1933 MdR (DNVP).

[26] Wahlkreisverbände Köln-Aachen, Düsseldorf-Ost und -West, Koblenz-Trier, Westfalen-Nord und -Süd.

[27] Wahlkreisverbände Baden, Pfalz, Württemberg, Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt.

[28] Wallis (Hildesheim), Schriftleiter der »Hildesheimer Nachrichten«.

Kriegsverbrechen.[29] Dr. Reinke-Bloch fordert positive Mitarbeit der Deutschen Volkspartei an den zu lösenden Aufgaben.

In seinem Schlußwort faßt der Abgeordnete Dr. Stresemann die Ergebnisse der Aussprache zusammen. In Bezug auf die Frage, welche Folgen die Ablehnung des Ultimatums durch die Deutsche Volkspartei gehabt habe, hob er hervor, daß kein Grund zu der Annahme vorliege, die Deutsche Volkspartei habe an Einfluß verloren. Es könne zweifelhaft sein, ob man in einem gegebenen Falle innerhalb oder außerhalb der Regierung mehr Einfluß ausüben könne. Jedenfalls sei die Deutsche Volkspartei weder in der preußischen noch in der Reichspolitik einflußlos geworden. Man könne nicht davon sprechen, daß der Erfolg der Wahlen vom 6. Juni [1920] verflogen sei. Die Deutsche Volkspartei könne nicht von der Linie ihrer nationalen Politik abweichen, und nur auf diesem Wege sei es möglich, die breiten Arbeiterschichten für eine nationale Politik zurückzugewinnen. Das Schlußwort fand stürmische Zustimmung.

Eine Entschließung zur Innen- und Wirtschaftspolitik (Billigung der Ablehnung des Ultimatums durch die Reichstagsfraktion und der Politik der »sachlichen Opposition«*; Ablehnung aller sozialistischen Experimente auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik) wird gegen eine Stimme angenommen.*

Eine Entschließung zur oberschlesischen Frage (»Einspruch gegen die furchtbare Vergewaltigung der Deutschen durch die polnischen Banden«; *Forderung eines ungeteilten Verbleibs Oberschlesiens bei Deutschland; Dank an die aufopfernde Tätigkeit des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien) wird einstimmig angenommen.*[30]

Die Sitzung des Zentralvorstands wird vom Vorsitzenden geschlossen.

[29] Das Reichskabinett beschloß am 22.7.1921, die Veröffentlichung »einer Gegenliste von feindlichen Kriegsverbrechern [...] im Interesse der nächsten Ziele unserer jetzigen Politik« möglichst zu vermeiden, Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 53, S. 149.

[30] Wortlaut beider Entschließungen in: NLC-Sonderausgabe vom 11.6.1921.

41.

3. Oktober 1921: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/55, p. 439–461. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 52.[1] Überschrift: »Streng vertraulich! I. Reichstagswahlperiode, 7. Sitzung. Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. 7. Sitzung am 3. Oktober 1921 im Reichsklub«.[2]

Kempkes eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 und macht Mitteilungen über die demnächst in Berlin erscheinende neue volksparteiliche Zeitung »Die Zeit«; er stellt heraus, daß »der Einfluß der Parteileitung auf die Zeitung« *gewährleistet sei. Zur Klärung der Differenzen mit dem Herausgeber der Geschichte der Nationalliberalen Partei, Wentzcke, wird eine Kommission (Kempkes, Leidig, Rose) eingesetzt. Hinsichtlich der Versicherung der Parteibeamten teilt der Rechnungsausschuß mit, daß eine Übernahme der Ausgaben durch die Reichsgeschäftsstelle aus Kostengründen nicht in Frage kommt. Die Wahlkreisverbände werden angewiesen, für ihre Angestellten eigene Versicherungen abzuschließen. Die Frage der Ausbildung der Parteibeamten wird einem Ausschuß (Kempkes, Flathmann, Kuhbier, Sartorius, Geisler, Frau Mende) überwiesen. Die Tagesordnung für den Stuttgarter Parteitag wird genehmigt, ebenso die Vorschläge für den Vorsitz des Parteitages. Die Bildung eines Ausschusses für Kriegsbeschädigten-, Hinterbliebenen- und Flüchtlingsfürsorge wird zurückgestellt; in den Ausschuß für österreichische Angelegenheiten werden Dr. Mittelmann, Rippler[3], v. Kemnitz, Geisler und Streiter gewählt. Die Arbeiten des Ausschusses für Satzungsänderung werden zur Kenntnis genommen.[4] Die Streitfälle Geisler – Thiel und Streiter – Geisler sind durch die Schlichtungskommission geklärt worden.[5]*

Es wird sodann in die Aussprache über die politische Lage eingetreten.

Abgeordneter Dr. Stresemann führt einleitend dazu aus: Die Reichstagsfraktion habe ihre Stellungnahme zur Frage der Bildung einer breiten Koalition in ihrer Heidelberger Sitzung festgelegt. Diese Heidelberger Tagung sei zufällig auf denselben Zeitpunkt gefallen wie der Görlitzer Parteitag der Sozialdemokratie.[6] Irgendein Zusam-

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 1) befindet sich auch im PA NL Stresemann 230.

[2] Laut beigefügter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Benecke, Bickes, von Campe, Carlsson, Cremer, Dietrich, Dingeldey, von Eynern, Flathmann, Geisler, Hartmann, Heinze, Hollmann, Frau Hoffmann, Kalle, von Kardorff, Kempkes, Kuhbier, Leidig, Frau Mende, Meyer (Herford), von Richter, Rose, Schultz, Schwarz, von Stauß, Streiter, Stresemann, Wiemer. Von der Reichsgeschäftsstelle: Schütz, Kockelkorn, Stocksiek, Frau Schwarz, Trucksaess. Tagesordnung: 1. Aussprache über die politische Lage, 2. Festsetzung der Tagesordnung des Stuttgarter Parteitags, 3. Vorberatung des neuen Satzungsentwurfs, 4. Herausgabe der Geschichte der Nationalliberalen Partei, 5. Frage der Ausbildung der Parteibeamten und Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses, 6. Verschiedenes.

[3] Heinrich Rippler (1866–1934), bis Sept. 1921 Chefredakteur der »Täglichen Rundschau«, dann Chefredakteur der »Zeit«, 1920–1924 MdR (DVP).

[4] Siehe Dok. Nr. 39.

[5] Siehe Dok. Nr. 38, 39.

[6] Der Parteitag der SPD hatte vom 18.–24.9.1921 in Görlitz stattgefunden. Zur Entstehungsgeschichte des Görlitzer Programms siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 439–450; ders., Klassenbe-

menhang habe selbstverständlich nicht bestanden. Die Reichstagsfraktion habe ursprünglich die Absicht gehabt, auf dieser Tagung lediglich sich mit den Steuerfragen zu beschäftigen. Nun habe damals der Görlitzer Beschluß der Sozialdemokraten den Weg für eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei freigemacht.[7] Entsprechende Verhandlungen seien dann auch alsbald eingeleitet worden. Die ersten Verhandlungen hätten am 29. September stattgefunden[8], denen heute eine zweite Besprechung gefolgt sei. In diesen Besprechungen ist nun, nachdem grundsätzlich festgestellt war, daß man zusammenarbeiten wolle, ein sachliches Programm in Angriff genommen worden, und zwar sowohl auf dem Gebiete der Außenpolitik wie auf dem der Innenpolitik und hier besonders in der Steuerpolitik. In der Außenpolitik sei im wesentlichen auf der von uns gekennzeichneten Grundlage eine Übereinstimmung erzielt worden, und zwar dahin, daß unsere Außenpolitik keine einseitige Kontinentalpolitik sein dürfe, daß man sich vielmehr an den angelsächsischen Block anschließen müsse. Auch darüber sei eine Übereinstimmung erzielt worden, daß das Ultimatum[9] unerfüllbar ist und daß auch zu gegebener Zeit eine entsprechende Erklärung erfolgen müsse, daß aber gegenwärtig der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen sei, und zwar besonders mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs. Es wurde weiter eine Übereinstimmung über ein Zusammenwirken mit England und Amerika zum Wiederaufbau Rußlands erzielt, um damit zunächst einmal eine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit diesen Staaten zu schaffen. Was die Innenpolitik anlangt, so hätten die demokratischen Unterhändler versucht, von der Deutschen Volkspartei eine Erklärung bezüglich des Schutzes der Verfassung und des Verzichts auf monarchistische Agitation zu erlangen. Die Abgabe einer solchen Erklärung sei von uns abgelehnt worden. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen ist niemand mehr auf die demokratische Forderung zurückgekommen. Weiter wurde über die Frage verhandelt, ob eine Neubildung der Regierung erfolgen soll oder ob nur von einem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung die Rede sein könne. Demokraten und Deutsche Volkspartei forderten den Rücktritt der jetzigen Regierung, Zentrum und Sozialdemokraten waren der Meinung, daß eine Demission nicht zu erfolgen brauche. Eine endgültige Entscheidung über diese Frage sei nicht erfolgt. Bei Besprechung der Steuerpolitik habe sich

wegung oder Volkspartei? Zur Programmdiskussion der Weimarer Sozialdemokratie 1920–1925, in: GG 8 (1982), S. 9–54.

[7] Auf dem Görlitzer Parteitag war mit großer Mehrheit eine Resolution zur Koalitionsfrage angenommen worden, die die Möglichkeit zu einem Zusammengehen von SPD und DVP offenhielt, siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Görlitz vom 18.–24.9.1921, Neudruck Glashütten 1973, S. 389 sowie Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 454ff.; Kastning, S. 64f. Auf der gemeinsamen Tagung von Reichstagsfraktion und preußischer Landtagsfraktion in Heidelberg wurde – gegen die Opposition Vöglers und anderer – Stresemanns Vorschlag einer Großen Koalition der Mitte unter Einbeziehung der SPD angenommen, siehe »Politische Umschau«, in: DS 33 (2.10.1921), S. 237f. Schiffer (DDP) notierte in seinem Tagebuch über diese Flügelkämpfe: »Kardorff beklagt sich über die Zustände in der Volkspartei, besonders über das direktionslose Verhalten von Cremer, Mittelmann oder Quaatz [...] Stresemann habe ihn neulich um Unterstützung gegen Stinnes bitten lassen«, BAK NL Schiffer 4, p. 43.

[8] Am 28.2.1921 hatten erste Vorbesprechungen zwischen Vertretern der Koalitionsparteien und der DVP über eine Erweiterung der Koalition stattgefunden, siehe Kabinette Wirth I/II, Bd. 1, Dok. 102; Arns, S. 128f.

[9] Gemeint: das Londoner Ultimatum; siehe Dok. Nr. 40, Anm. 5.

zunächst gezeigt, daß der Reichskanzler großen Wert auf die Kreditaktion der Industrie, der Banken und der Landwirtschaft[10] lege, weil er darin ein Opfer des Besitzes sieht. Die Sozialdemokratie stand demgegenüber auf dem Standpunkt, daß noch ein besonderes sichtbares Opfer des Besitzes notwendig sei. Es wurde zunächst die Erhebung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers[11] im Laufe des nächsten Jahres ins Auge gefaßt. Wir haben uns bereit erklärt, die Anregung unserer Fraktion zu unterbreiten. In der heutigen zweiten Sitzung hätten jedoch die Sozialdemokraten erklärt, daß das noch nicht genüge. Auf die Frage, was sie denn noch verlangten, blieben sie die Antwort schuldig. Sie hoben nur immer wieder darauf ab, daß eine Belastung der Sachwerte[12] stattfinden müßte. Bei sämtlichen bürgerlichen Parteien herrschte Übereinstimmung darüber, daß eine Heranziehung der Sachwerte, das heißt ein Eingriff in die Vermögenssubstanz, nur erfolgen könne, wenn zwei Voraussetzungen gegeben seien, nämlich einmal die Stabilisierung der Mark und zum zweiten die bestimmte Aussicht auf eine Revision des Ultimatums. Demgegenüber machte die Sozialdemokratie geltend, daß ein Akkord mit der Entente nicht erreicht werde, bevor nicht die Sachwerte steuerlich herangezogen sind. Es sei aber bemerkenswert gewesen, wie in dieser Frage die Sozialdemokratie völlig isoliert blieb und wie einmütig sich hier die übrigen bürgerlichen Parteien zusammengefunden hatten. Es ist dann beschlossen worden, daß der Reichskanzler die Verhandlungen über die Kreditaktion der Wirtschaft zunächst weiterführen solle. Danach soll eine neue Besprechung angesetzt werden. Es wurde noch über die Frage der Hinzuziehung der Unabhängigen zu der Koalition verhandelt.[13] Dabei wurde von Demokraten und dem Zentrum betont, daß dabei durchaus nicht nur die Unabhängigen Bedingungen zu stellen hätten. Im übrigen erklärten beide Parteien, daß sie größtes Gewicht darauf legten, daß die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintrete. Die Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien sei immer wieder deutlich in Erscheinung getreten. Möglich sei, daß, wenn die Berliner Stadtverordnetenwahlen vorüber seien, die Sozialdemokratie nachgeben würde.[14] Er sei überzeugt davon, daß, wenn die Koalition zustande käme, das bürgerliche Element entschieden die Führung hätte. Würden wir der Koalition fernbleiben, so würde das eine Schwächung des bürgerlichen Elements bedeuten und der Sozialdemokratie die Führung völlig in die Hand spielen.

[10] Die deutsche Industrie hatte sich im Oktober 1921 unter bestimmten Bedingungen zur Bereitstellung von Devisen für die Erfüllung der Verpflichtungen des Londoner Zahlungsplans bereit erklärt, siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. 133, 134; Wulf, S. 266ff.; Lothar Albertin, Die Verantwortung der liberalen Parteien für das Scheitern der Großen Koalition im Herbst 1921, in: HZ 205 (1967), S. 566–627.

[11] Siehe Dok. 31, Anm. 5.

[12] In den interfraktionellen Verhandlungen beharrte Hermann Müller seitens der SPD auf dem Standpunkt, die Kreditaktion der Industrie könne kein vollwertiger Ersatz für eine Besitzsteuer sein, siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. 114–116; siehe auch Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 416f., 455f.

[13] Der PV der SPD hatte am 1.10.1921 bei der USPD angefragt, ob sie bereit sei, Minister in eine von Wirth geführte Regierung zu entsenden, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 456f.: Krause, S. 233f. Zu dem sich anschließenden Briefwechsel zwischen den Parteileitungen von SPD und USPD siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. 106, Anm. 6.

[14] Bei den Wahlen zur Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 16.10.1921 erhielt die SPD 20,5% der Stimmen, die USPD 19,2%, die KPD 9,5%, die DDP 7,4%, das Zentrum 3,7%, die DVP 15,3%, die WP 5,1% und die DNVP 17,3%.

Während der ganzen Zeit habe die Deutsche Volkspartei Fühlung mit den Deutschnationalen gehalten und dabei festgestellt, daß dort in ganz merklicher Weise die Einsicht wächst, daß die Deutsche Volkspartei taktisch die bessere Politik gemacht hätte. In den deutschnationalen Reihen seien viele davon überzeugt, daß die Partei nicht dauernd in der Opposition bleiben könne.[15] Einsichtige Deutschnationale haben auch zugegeben, daß die Deutsche Volkspartei jetzt gar keine andere Politik machen könne, als in die breite Koalition einzutreten. Nun sei nicht zu verkennen, daß im Lande unter unseren Anhängern eine starke Stimmung gegen eine Beteiligung an einer Koalition unter Führung Wirths vorhanden sei. Wirth sei nahe daran gewesen, von seiner eigenen Partei im Stich gelassen zu werden, als die bekannte Meldung der »Kölnischen Zeitung« von seinem bevorstehenden Rücktritt ihm wieder Oberwasser gegeben hätte.[16] Augenblicklich scheine es, daß das Zentrum aus Prestigerücksichten Herrn Wirth zu halten suche. Die Deutsche Volkspartei habe die Personenfrage vorläufig vollkommen zurückgestellt und habe darauf hingearbeitet, zunächst ein sachliches Arbeitsprogramm herbeizuführen. Diese sachliche Seite sei wichtiger als die Personenfrage. Soviel allerdings sei sicher, daß Herr Wirth, wenn er Wert darauf legt, an der Spitze zu bleiben, nicht solche Reden halten dürfe wie gegenwärtig. Wichtig sei, daß wir im gegenwärtigen Moment den Sozialdemokraten den Gefallen nicht tun, sie in Preußen in die Regierung aufzunehmen.[17] Deshalb sei auch in Preußen eine gewisse Zurückhaltung am Platze, bis sich die Verhältnisse im Reiche weiterentwickelt hätten (Lebhafter Beifall).

Abgeordneter Dingeldey äußert sich skeptisch hinsichtlich der Einigung mit der Sozialdemokratie. Wenn die Sozialdemokratie keine Eile habe, dann könnten auch wir noch viel länger warten. Herr Wirth jedenfalls dürfe nicht an der Spitze der neuen Regierung bleiben. Zu seiner Beseitigung müßten alle Versuche unternommen werden.

Abgeordneter Dr. Leidig berichtet über die Lage der Dinge in Preußen. Die Gegensätze zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokraten seien dort noch schärfer als im Reich. Er spricht sich dahin aus, daß die Verhandlungen über die Koalition in Preußen und im Reiche vollkommen parallel laufen müßten und daß man möglichst gleichzeitig und einheitlich vorgehen müsse.

Abgeordneter Dr. Curtius berichtet, daß man auch in Baden außerordentlich stark gegen Wirth Stellung nehme. Wirth müsse auch in sachlicher Hinsicht bekämpft werden. Möglichste Zurückhaltung sei am Platze.

Geheimrat Dr. Rose: In seinem Wahlkreis Hannover-Ost halte man den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für dringend notwendig. Der Gedanke der

[15] Am 1.9.1921 hatte der Parteivorsitzende Hergt auf dem Münchener Parteitag der DNVP ein Zusammengehen mit der SPD für ausgeschlossen erklärt und die DVP dazu aufgerufen, gemeinsam mit der DNVP eine große Rechtspartei zu gründen. Stresemann hatte diesen Plan jedoch verworfen und sich für die Bildung eines Blocks der Mitte unter Einschluß der SPD ausgesprochen, siehe »Politische Umschau«, in: DS 33 (18.9.1921), S. 189ff.

[16] Die »Kölnische Zeitung« vom 2.10.1921, Nr. 659, hatte Wirth als »Stein des Anstoßes« bezeichnet, der sich nicht für das Amt des Reichskanzlers eigne und seinen baldigen Rücktritt gemeldet; zur Haltung des Zentrums gegenüber Wirth siehe Morsey, Zentrumspartei, S. 400ff.

[17] Seit dem 21.4.1921 regierte in Preußen ein bürgerliches Minderheitskabinett unter Stegerwald (Zentrum), siehe Dok. Nr. 37, Anm. 16.

Großen Koalition werde begrüßt. Angesichts unserer ganzen wirtschaftlichen Lage sei es allerhöchste Zeit, daß unsere Regierung nicht mehr einem radikalen Kurs überlassen werde. Bezüglich unserer Anhängerschaft im Lande seien Befürchtungen unangebracht. Wenn man für die nötige Aufklärung sorge, dann fänden wir volles Verständnis für unser Haltung. Vielfach sei bereits auch ein Rückstrom von den Deutschnationalen zu uns zu bemerken.

Abgeordneter Dr. Cremer bezeichnet den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Große Koalition als notwendig. Aber wir müssen uns Garantien geben lassen, daß wir im Kabinett auch etwas erreichen. Wir müssen vor allem den Reichshaushalt in Ordnung bringen. Gegen Wirth bestehen große sachliche Bedenken. Wenn er als Reichskanzler bliebe, so wäre das eine außerordentliche Belastungsprobe für uns. Wir müssen alles tun, um ihn zu beseitigen.

Bankdirektor Dietrich (München): Auch in Bayern ist man der Meinung, daß der Versuch der breiten Koalition gemacht werden muß. Den Erfolg müsse man abwarten. Wirth sei eine schwere Belastung. Die Frage der Kreditaktion der Industrie behandelt der Redner skeptisch.

Abgeordneter Dr. Kalle: Nachdem einmal die Kreditaktion in Aussicht gestellt ist, muß alles getan werden, um sie durchzuführen. Die Aussichten seien freilich gering. Wenn Wirth nicht zu beseitigen ist, dann müssen wir wenigstens solche Leute im Kabinett haben, die hieb- und stichfest sind.

Justizrat Schultz (Hagen): Die Westfalen schlucken Wirth eher als Severing.

Abgeordneter Dr. Bickes (Stuttgart): Es bestehe Einigkeit über die Notwendigkeit der Erweiterung der Koalition. Wirth als Reichskanzler sei freilich eine starke Zumutung. Man könne aber zur Parteileitung das Vertrauen haben, daß sie alles versuchen wird, um Wirth zu beseitigen.

Der Vorsitzende stellt fest, daß in der Grundfrage eine Einmütigkeit bestehe. Die Vorteile für das Vaterland, welche die breite Koalition verspreche, seien so zwingend, daß bei sachlicher Durchsetzung unseres Programms Einzelheiten, die uns nicht gefallen, in Kauf genommen werden müssen. Treten wir nicht in die Regierung ein, dann kommt sicher die Verbreiterung nach links. Wenn man Herrn Wirth beseitigen will, dann darf man das in der Öffentlichkeit jedenfalls nicht sagen, sonst stütze man ihn. Im übrigen sei alles im Fluß. Irgend ein Beschluß in dieser Hinsicht sei daher nicht möglich (Zustimmung).

Eine detailliertere Information der Wahlkreise durch die Reichsgeschäftsstelle wird zugesagt.

42.

2. November 1921: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/55, p. 535–545. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Expl. Nr. 52.[1] Überschrift: »Streng vertraulich. I. Reichstagswahlperiode, 8. Sitzung. Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei. 8. Sitzung am 2. November 1921 im Reichsklub«.[2]

Kempkes eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 50.

Die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1 (Richtlinien für die Fachausschüsse[3]) ergibt Einigkeit darüber, daß die Fachausschüsse keine eigene Finanzgewalt haben sollten; eine endgültige Entscheidung über diese Frage wird bis zur nächsten Sitzung vertagt.

[1] Ein Exemplar des Protokolls (Nr. 1) befindet sich auch im PA NL Stresemann 225.

[2] Laut beigefügter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Benecke, Bickes, Brüninghaus, Carlsson, Dusche, Garnich, Gildemeister, Hartmann, Frau Hoffmann, Hollmann, Kalle, Kempkes, Kuhbier, Frau Mende, Meyer (Herford), Mittelmann, Frau von Oheimb, Piper, Frau Schönherr, von Stauß, Thiel, Wiemer. Von der Reichsgeschäftsstelle: Schütz, Frau Schwarz, Stocksiek, Trucksaess. Tagesordnung: 1. Richtlinien für die Fachausschüsse, 2. Verschiedenes. Von der sich an diese Sitzung anschließenden Tagung des RA liegt kein Protokoll vor.

[3] Die Reichsgeschäftsstelle hatte folgenden Entwurf vorgelegt: »1. Zur Beratung der besonderen Berufsfragen können entsprechend den Bestimmungen der Satzung der D.V.P. durch den Geschäftsführenden Ausschuß besondere Ausschüsse eingesetzt werden. Der Geschäftsführende Ausschuß bestimmt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und kann weitere Mitglieder in den Ausschuß wählen. Die endgültige Zusammensetzung ist Sache der Ausschüsse selbst. Es sollen möglichst Vertreter aller an dem betreffenden Arbeitsgebiete interessierten Berufskreise hinzugezogen werden. Die Wahlkreisverbände haben das Recht, Vertreter in die einzelnen Ausschüsse zu entsenden. Die Kosten dafür gehen zu Lasten der Wahlkreisverbände. 2. Die Fachausschüsse sollen der Parteileitung, insbesondere auch den Fraktionen in den Parlamenten, als Beiräte für die betreffenden Fachgebiete dienen. Sie sollen dabei nicht nur die ihnen durch besondere Beschlüsse überwiesenen Einzelfragen behandeln, sondern selbständig die Fragen der Zeit aufgreifen, durchberaten und der Parteileitung und den Fraktionen Anregungen für Kundgebungen oder parlamentarische Aktionen und Anträge geben. Für die regelmäßige Abhaltung der Sitzungen ist der Vorsitzende verantwortlich. 3. Von besonderer Wichtigkeit für die Arbeit der Fachausschüsse ist die Verfolgung der Fachpresse. Es empfiehlt sich, mit dieser Aufgabe bestimmte, besonders dafür geeignete Mitglieder zu betrauen. Dabei sollen die Ausschüsse aus dieser Presse nicht bloß Anregungen nehmen, sondern gegebenenfalls, besonders bei unrichtigen Darstellungen, auch dazu übergehen, in den betreffenden Fachblättern für die Partei einzutreten. Es geschieht das am wirksamsten, wenn eine solche Beeinflussung von einem Angehörigen des betreffenden Berufsstandes ausgeht. 4. Die parteitaktische Seite der Ausschußarbeit ist nicht aus dem Auge zu lassen. Dazu gehört im besonderen regelmäßiger Bericht für die Presse über die Arbeit der Ausschüsse. 5. Die Geschäftsführung der Ausschüsse erfolgt im allgemeinen durch die Reichsgeschäftsstelle. Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses können jedoch bestimmte Arbeiten an ein dazu vom Ausschuß bestimmtes Mitglied übertragen werden. Die Einladungen zu den Sitzungen erfolgen stets durch die Reichsgeschäftsstelle. 6. Kundgebungen nach außen können nur im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß bzw. dessen Vorsitzenden erfolgen. 7. Durch die Hinzuziehung der Vertreter der Wahlkreisverbände in größerer Zahl werden die Sitzungen der Reichsausschüsse mit besonderen Kosten verbunden werden. Es empfiehlt sich daher, die Sitzungen in der Regel mit allgemeinen Parteitagungen zusammenzulegen. Für die laufenden Geschäfte wird dann zweckmäßigerweise ein geschäftsführender Vorstand oder Arbeitsausschuß bestellt. 8. Bei den Wahlkreisverbänden, ebenso bei den kleineren Organisationen, können in gleicher Weise Fachausschüsse gebildet werden. Für die Zusammenarbeit dieser Ausschüsse mit

Unter 2. Verschiedenes stimmt der Ausschuß der Verschiebung des Parteitages auf den 1. und 2. Dezember 1921 zu.[4] *Zuwahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß und zum Zentralvorstand sollen bis zum Ablauf der Wahlperiode unterbleiben. Kempkes weist darauf hin, daß die neue Satzung die Bildung eines Parteivorstandes vorsehe, der sich aus vier geborenen Mitgliedern (Parteivorsitzender, Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses, Vorsitzender der Reichstagsfraktion, Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion) sowie fünf vom Zentralvorstand zuzuwählenden Mitgliedern zusammensetzen soll.*[5] *Die Beratung ergibt Einigkeit darüber, daß* «bei der Auswahl der Persönlichkeiten das regionale Prinzip ausscheiden soll, daß die Auswahl vielmehr nur nach den Persönlichkeiten und nach der Arbeitsfähigkeit erfolgen soll«. *Der dem Zentralvorstand zu unterbreitende Vorschlag soll in einer in Stuttgart stattfindenden Tagung des Geschäftsführenden Ausschusses*[6] *endgültig beschlossen werden.*

Auf Antrag Thiels und Frau Mendes wird ein Ausschuß für Kriegsbeschädigten-, Hinterbliebenen- und Flüchtlingsfürsorge eingesetzt[7] *(Vors. Frau Mende, v. Schoch, Thiel, Roeschmann*[8]*, Frau Margis*[9]*).*

Kempkes bringt erneut den neuen Satzungsentwurf zur Sprache[10] *und weist auf die Änderung in der Zusammensetzung des Zentralvorstandes hin, wonach künftig dem Geschäftsführenden Ausschuß das Zuwahlrecht zustehen solle, wogegen die Zuwahlen durch den Zentralvorstand selbst wegfallen. Er weist darauf hin, daß der bisherige Modus der Zuwahlen* »der Sache selbst sehr wenig förderlich gewesen sei«. *Ein so großes Gremium wie der Zentralvorstand sei nicht in der Lage, über die Zuwahlen* »nach sachlichen Gesichtspunkten« *zu entscheiden. Der Zentralvorstand habe sich auch selbst nur dadurch geholfen, daß er sämtliche Vorschläge akzeptiert habe, wor-*

---

den vom Geschäftsführenden Ausschuß eingesetzten Ausschüssen (»Reichs-Ausschüsse«) können diese Richtlinien im Rahmen der Satzung der Partei und der vorstehenden Bestimmungen erlassen. Die von den Reichsausschüssen aufgestellten Richtlinien bedürfen der Genehmigung des Geschäftsführenden Ausschusses. 9. Die Reichsausschüsse habe keine finanzielle Selbständigkeit. Die finanziellen Verhältnisse der übrigen Ausschüsse regelt der Wahlkreisverband bzw. die zuständige Organisation«, BAK R 45 II/55, p. 517.

[4] Siehe Dok. Nr. 39, Anm. 4.

[5] 1921 setzte sich der Parteivorstand zusammen aus: Stresemann, Kempkes, Dr. Becker, Dr. v. Krause. Für die Zuwahlen waren in Aussicht genommen: Brüninghaus, Dingeldey, Dr. Hugo (vom politischen Ausschuß) sowie Dr. v. Campe, Dr. Heinze, Dr. Kahl, v. Kardorff, Dr. Leidig, Dr. Moldenhauer, Dr. Zapf, siehe BAK R 45 II/55, p. 523.

[6] Protokolle der Stuttgarter Tagungen des GA vom 30.11. und 3.12.1921 sind im Bestand BAK R 45 II nicht vorhanden. Zu der Sitzung vom 30.11. findet sich nur die Einladung mit einer Tagesordnung (Wahlvorschläge für die vom Zentralvorstand zu wählenden 5 Mitglieder des künftigen Parteivorstands); zu der Tagung vom 3.12.1921 enthalten die Akten lediglich ein Blatt mit folgender handschriftlicher Notiz von Trucksaess: »Gesch. Ausschuß 3.12.21 (Stuttg.)«, siehe BAK R 45 II/55, p. 547, 583.

[7] Frau Mende, Frau Margis und Thiel hatten dem GA umfangreiche Denkschriften zu den geplanten Aufgaben des Ausschusses vorgelegt, siehe BAK R 45 II/55, p. 505–509, 511–515.

[8] Dr. Hermann Roeschmann (* 1873). Dermatologe in Berlin. Dez. 1928 Vors. des Ärzteausschusses der DVP.

[9] Hildegard Margis (Charlottenburg), Mtgl. des Reichsfrauenausschusses der DVP.

[10] Siehe S. 1263ff.

aus sich dann weiter die Notwendigkeit ergeben habe, fortgesetzt die von der Satzung vorgesehene Höchstzahl zu überschreiten.

Es wird festgestellt, daß der Geschäftsführende Ausschuß in dieser Frage einer Meinung ist; es soll versucht werden, diese Bestimmung durchzusetzen.

Auf die Forderung Kuhbiers, in die Satzung eine »Strafbestimmung« *für diejenigen Wahlkreise einzufügen, die ihre Beiträge an die Reichsgeschäftsstelle nicht bezahlen, betont Kempkes, daß die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses sich in ihren Wahlkreisen dafür einsetzen sollen; man müsse* »allmählich dazu kommen, daß tatsächlich alle Wahlkreise, die irgendwie dazu in der Lage sind, ihren Beitragsverpflichtungen nachkommen«.

Die Verteilung der Sitze im Zentralvorstand für die Reichstagsfraktion und die einzelnen Landtagsfraktionen wird nach Auffassung Kuhbiers »auf Widerspruch stoßen«; *Kempkes hebt die Schwierigkeiten hervor,* »hierfür einen alle Ansprüche befriedigenden Schlüssel zu finden« *und bittet, es bei den gemachten Vorschlägen zu belassen.*

43.

30. November 1921: Sitzung des Zentralvorstandes in Stuttgart

NLC-Sonderausgabe mit Gesamtbericht über den 4. Parteitag der DVP in Stuttgart am 1. und 2. Dezember 1921. Überschrift: »Der Verhandlungsbericht. Die Sitzung des Zentralvorstandes. Stuttgart, den 30. November 1921«.[1]

Der zweite Vorsitzende des Zentralvorstandes, von Richter, eröffnet die von über 300 Teilnehmern besuchte Tagung und teilt mit, daß Stresemann erkrankt sei.[2]

Anstelle Stresemanns erstattet Hugo den unter Tagesordnungspunkt 1 vorgesehenen Bericht zur politischen Lage.

Er [Hugo] betonte, daß man von den Tatsachen ausgehen müsse, die zur Zeit die Voraussetzungen unserer politischen Lage seien. Die fundamentale Tatsache, so etwa führte er aus, ohne die man keine Politik treiben kann, ist der Druck der Gewalt, der von außen auf Deutschland ruht. Im Mittelpunkt unserer Politik muß das Streben stehen, diese Gewalt zu beseitigen, Deutschland wieder aktionsfähig zu machen, so daß es wieder Schmied seines eigenen Schicksals sein kann. Das wird nicht eher kommen, als bis die Grundforderung unserer Partei erfüllt ist: die Revision der Verpflichtungen, die die deutsche Reichsregierung gegenüber der Entente eingegangen

[1] Das stenographische Protokoll dieser Sitzung fehlt im Bestand BAK R 45 II. Die vom 10.11.1921 datierte Einladung zur Sitzung (BAK R 45 II/36) führt folgende Tagesordnung auf: 1. Politische Aussprache. Vorbesprechung der Tagesordnung des Parteitages. Einleitendes Referat: Dr. Stresemann, M.d.R. 2. Beratung der Satzungsänderung. Berichterstatter: Rechtsanwalt Kempkes, M.d.R. 3. Geschäftsbericht: Berichterstatter: Rechtsanwalt Kempkes, M.d.R.

[2] Stresemann hatte bereits am Vortag dem Zentralvorstand telegraphisch mitgeteilt, er sei aus Gesundheitsgründen außerstande, an der Sitzung teilzunehmen, PA NL Stresemann 229.

ist (Lebhafte Zustimmung). Wir haben es deshalb immer abgelehnt, der Regierung für diese Verpflichtungen eine politische Vollmacht auszustellen. Trotzdem stehen wir vor der Tatsache, daß solche Verpflichtungen vorhanden sind. Unsere reale Macht ist gering. Wir haben auch keine Veranlassung, uns der Illusion hinzugeben, als ob die internationalen Mächte bereit wären, den deutschen Interessen irgendwie Rechnung zu tragen. Von deutscher Seite aus erscheint es mir deshalb notwendig, vor der Welt den bündigen und klaren Nachweis zu erbringen, daß die Lasten, die man uns auferlegt hat, unerfüllbar sind, und daß die Politik der Erfüllung eine Illusion ist (Lebhafte Zustimmung). Wir müssen es offen aussprechen, daß die Tatsachen die Undurchführbarkeit dieser Politik erwiesen haben und zwar viel schneller, als wir es selber glaubten (Sehr richtig!).

Wir müssen deshalb fordern, daß auf Grund des Artikels 234 des Friedensvertrages eine Revision eintritt, da Deutschland nicht in der Lage ist, das von ihm Geforderte zu leisten.[3] Leider läßt es die Reichsregierung in der Führung der auswärtigen Politik an der nötigen Initiative fehlen (Sehr richtig!). Wir vermissen es auch, daß die Reichsregierung nicht in scharfer Weise gegen die Unsinnigkeit der Besatzungspolitik Front macht, die uns zu den unproduktivsten Ausgaben zwingt. Wir vermissen es weiter, daß sie nichts unternimmt, um den Beweis gegen die Schuldlüge zu führen[4] (Lebhafte Zustimmung). Alle diese Unterlassungsfehler sind der Auffassung zuzuschreiben, die die Regierung von ihrer Erfüllungspolitik hat. Wir empfinden es schmerzlich, daß der Reichskanzler bisher kein Wort der Erwiderung auf die Verdächtigungen gefunden hat, mit denen Briand in Washington Stimmung gegen Deutschland zu machen versuchte.[5] An allen diesen Dingen sehen wir, wie falsch die politische und seelische Einstellung der gegenwärtigen Erfüllungspolitik ist (Lebhafte Zustimmung).

Eine deutsche Regierung muß in erster Linie das deutsche Interesse vertreten. Sie könnte dabei sehr wohl die großen Notwendigkeiten unserer Politik berücksichtigen. Abg. Dr. Hugo berührte in diesem Zusammenhang die Frage der Aufbringung weiterer Goldzahlungsmittel für die nächste Rate und die in Verbindung damit ste-

---

[3] Nach dem Londoner Zahlungsplan vom 5.5.1921 sollte Deutschland zunächst innerhalb von 25 Tagen 1 Milliarde Goldmark in anerkannten Devisen, Gold oder Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit aufbringen, siehe auch Peter Krüger, Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht, in: VfZ 29 (1981), S. 21–47; zu den Zahlungsmodalitäten und dem Vorgehen der Reichsbank bei der Aufbringung der Summe siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 3, 68. Zum Fernziel der deutschen Politik, durch äußerste Anstrengungen die Zahlungen für Januar und Februar 1922 aufzubringen, um dann durch den Nachweis der Unmöglichkeit weiterer Zahlungen ein Moratorium zu erwirken, siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 143.

[4] Reichskanzler Wirth hatte die Anregung des bayerischen Ministerpräsidenten Lerchenfeld, »durch Bildung eines neutralen Gerichtshofs« die Kriegsschuldfrage zu klären, aus »taktischen Gründen« abgelehnt, siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 192; siehe dazu auch Wirths Ausführungen in der Besprechung der Reichsregierung mit Ländervertretern am 22.8.1922, ebd., Dok. Nr. 357.

[5] Die Washingtoner Konferenz, zu der der amerikanische Präsident die Regierungen von England, Frankreich, Italien und China eingeladen hatte, wurde am 12.11.1921 eröffnet; die Verhandlungen zogen sich bis in den Februar 1922 hin, siehe Schultheß 1921 II, S. 310–318. Zur Rede Briands und seiner Warnung vor der »deutschen Gefahr« siehe ebd., S. 315.

hende Kreditaktion der Industrie.[6] Es ist die Frage, ob man nicht alles versuchen müßte, um die französische Exekutive solange wie möglich aufzuhalten und damit neue Entwicklungsmöglichkeiten für die deutsche Sache zu schaffen. Dr. Hugo betonte, daß die Kreditaktion der Industrie keine Sache der Partei und daß die Deutsche Volkspartei für keine Kundgebung des Reichsverbandes der deutschen Industrie verantwortlich sei. Man müsse aber die Kreditaktion als das Mittel betrachten, die sofortige Anwendung von Zwangsmaßnahmen zu verhindern. Selbst wenn sie versage, so habe sie trotzdem sehr starke politische Beweiskraft, insofern sie aller Welt vor Augen führe, daß die deutsche Wirtschaft unmöglich in der Lage sei, die geforderten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Revisionsidee, so führte Dr. Hugo weiter aus, ist im Wachsen. Ich zweifle nicht daran, daß ihr Tag kommt, weil es im wirtschaftlichen Interesse liegt, die Revision herbeizuführen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß, wenn eine Revision kommen soll, unsere innere Finanzwirtschaft ganz anders geregelt werden muß. Wir können nicht die Revision verlangen, solange wir nicht selbst den ernsten Willen beweisen, unsere Finanzwirtschaft im Innern in gesunde Bahnen zu lenken (Lebhafte Zustimmung!). Es ist ein Verdienst des Reichsverbandes der deutschen Industrie, daß er auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, unsere Staatsbetriebe zu sanieren. Im übrigen stehen Form und Inhalt seiner Kundgebung hier nicht zur Debatte, da die Deutsche Volkspartei dafür keine Verantwortung trägt. Wir können uns darauf beschränken auszusprechen, daß es für uns eine absolute Selbstverständlichkeit ist, daß die Rechte der Beamtenschaft durch eine etwaige Umstellung der Reichsbetriebe in keiner Weise beeinträchtigt werden dürfen und daß dabei auch das öffentliche Interesse gegenüber etwaigen Privatinteressen gewahrt werden muß (Lebhafte Zustimmung).

Die parteipolitischen Gegensätze sind bei der eben berührten Frage wieder stark in die Erscheinung getreten. Das führt uns erneut die Notwendigkeit vor Augen, alle politischen Energien des deutschen Volkes zusammenzufassen. In diesem Sinne haben wir auch die Frage der Koalitionsbildung stets vom vaterländischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Es muß dabei unterstrichen werden, daß die politische Zweckmäßigkeit der sogenannten Großen Koalition für uns nur gegeben ist, wenn die Deutsche Volkspartei innerhalb der Regierung eine genügend starke Möglichkeit zur Ausübung ihres politischen Einflusses besitzt (Sehr richtig!). Als uns die Möglichkeit versagt war, bei der oberschlesischen Entscheidung im Sinne unserer Auffassung zu wirken, haben wir den Gedanken der großen Koalition zurückstellen und es uns versagen müssen, an der Regierung teilzunehmen[7] (Lebhafte Zustimmung!).

---

[6] Siehe dazu Dok. Nr. 41, Anm. 10. Kernpunkt der Bedingungen einer Kredithilfe des RdI war – neben einer »sparsamen Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens« – eine Privatisierung der Reichsbahn, Resolution des RdI vom 5.11., Vorwärts, 6.11.1921, Nr. 525. Zu der strikt ablehnenden Haltung seitens der Gewerkschaften und der SPD siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 133; Wulf, S. 272f.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 416f.

[7] Am 20.10.1921 hatte der Völkerbund bekanntgegeben, daß nahezu das gesamte Industriegebiet Oberschlesiens einschließlich zahlreicher Gebiete, in denen für eine weitere Zugehörigkeit zu Deutschland gestimmt worden war, an Polen fallen sollte. Zur darauf erfolgenden Demission der Regierung siehe Kabinette Wirth I/II, S. LIIf.; die Note der Alliierten Botschafterkonferenz vom 20.10. ist abgedruckt in: RTDrs., Bd. 369, Nr. 2841. Nach dieser Entscheidung hatte Stresemann eine Front des nationalen Widerstands vorgeschlagen, die aus SPD, DDP, Zentrum und DVP bestehen und diese Entscheidung zurückweisen sollte. Nachdem sein Vorschlag von den

Es ist auch notwendig auszusprechen, daß die Deutsche Volkspartei von sich aus gar keine Veranlassung hat, bei der Frage der Koalitionsbildung die Deutschnationalen auszuschalten (Lebhafte Zustimmung). Das Gegenteil ist richtig. Es war aber bisher unmöglich, die Zustimmung der Sozialdemokraten, der Demokraten und auch des Zentrums zur Einbeziehung der Deutschnationalen zu erhalten. Die große Koalition kann nicht auf dem Wege langwieriger Verhandlungen erzielt werden, sondern sie muß aus der politischen Lage heraus sich ergeben und praktischen Notwendigkeiten Rechnung tragen. Für uns wird dabei immer die Voraussetzung bleiben, daß gewisse Mindestforderungen unserer Partei in der inneren und äußeren Politik erfüllt werden müssen. Die Reichstagsfraktion steht hierzu auf dem gleichen Standpunkte wie bisher. In Preußen ist die große Koalition durchgeführt worden.[8] Auch hier ist nicht die Idee an sich die Rechtfertigung, sondern erst die tatsächlichen Erfolge werden zu beweisen haben, ob sie ihre Aufgabe wirklich erfüllt (Sehr richtig!). Dr. Hugo schloß mit dem Hinweis darauf, daß das deutsche Volk nach wie vor vor einer dunklen Zukunft stehe. Ein Haupterfordernis der deutschen Politik sei die Stärkung des nationalen Willens. Kein Staatsmann könne das deutsche Volk emporführen, wenn die nationale Widerstandskraft so schwach sei wie bisher und vor ernsten Proben immer wieder versage. Aufgabe der Deutschen Volkspartei ist es, den nationalen Geist aufzurütteln und auch auf dem gegenwärtigen Parteitag nationale Arbeit dieser Art zu leisten. National durchdrungen und durchhalten, das sei unsere Parole (Lebhafter Beifall).

Dr. Boelitz über sein Programm.

In der Debatte spricht Minister Dr. Boelitz zunächst über die Notwendigkeit der Großen Koalition, die von der gesamten Fraktion gefordert worden sei und die an Personenfragen nicht hätte scheitern dürfen. Jede der Parteien ist sich bewußt, daß sie bei der taktischen Durchführung in einer Anzahl von Fragen Opfer bringen muß. Grundsätze braucht dabei keine Partei aufzugeben. Das hat Ministerpräsident Braun vor wenigen Tagen in sozialistischen Versammlungen erklärt und das ist auch hier zum Ausdruck gebracht worden. Das gilt für alle drei Parteien. Für mich ist es hier vor allen Dingen von Wichtigkeit, mit einigen wenigen Worten auf die schwierige Frage einzugehen, wie sich die Grundsätze der Kulturpolitik der Deutschen Volkspartei im Rahmen der Koalitionsregierung verwirklichen lassen.[9] Da kann das offizielle Regierungsprogramm vollständig beruhigen. Es fordert an erster Stelle die so-

führenden Politikern der Regierungsparteien nicht akzeptiert worden war, zog sich Stresemann von den Erörterungen über die Bildung einer neuen Regierung zurück, siehe dazu seinen Brief an Ebert vom 25. 10. 1921, PA NL Stresemann 225 sowie Kabinette Wirth I/II, S. XXXI; Albertin/Wegner, Dok. Nr. 87.

[8] Am 5. 11. 1921 erfolgte die Bildung einer Großen Koalition in Preußen aus SPD, DDP, Zentrum und DVP unter Ministerpräsident Otto Braun (SPD), siehe Schulze, S. 351 ff.; Hömig, S. 113 ff. Seitens der DVP gehörten ihr v. Richter als Finanzminister und Boelitz als Kultusminister an. Zu den »Grundsätzen«, auf die sich die Koalitionsparteien am 8. 11. 1921 einigten, siehe »Frankfurter Zeitung«, 8. 11. 1921, Nr. 826. Im Bestand BAK R 45 II/55 finden sich zahlreiche Entschließungen von Wahlkreisverbänden, die die Rolle der preußischen Landtagsfraktion bei der Regierungsbildung scharf kritisieren.

[9] Die schulpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition konzentrierten sich vor allem auf die Frage einer Einführung der Simultanschulen und weltlichen Schulen, siehe Grünthal, S. 122 f.; 119 ff.; Wittwer, S. 58 f., 107 ff.

ziale Versöhnung, den Ausgleich der großen Gegensätze auf sozialem Gebiet. Die Deutsche Volkspartei hat seit ihrem Bestehen die Einheitsschule gerade von diesem sozialem Gesichtspunkt aus gefordert. Die Partei der »Arbeitsgemeinschaft« sieht gerade in dem sozialen Ausgleich eine ihrer Hauptforderungen. Wir wollen keine überspannte Individualisierung, sondern Dienst in und an der Volksgemeinschaft. Hier muß die Erziehung in stärkerem Maße einsetzen als bisher, auch die höchste Intelligenz muß vollkommen hineingestellt werden in das Volksganze, in den Dienst am Volke. Und gerade die Deutsche Volkspartei hat, als die viel geschmähte Partei der Intelligenz, die Aufgabe, hierbei in hervorragendem Maße mitzuwirken. Wenn die Regierungserklärung von der Erziehung zur Staatsgesinnung, zur Bejahung des Staates spricht, so deckt sich das mit allem, was auch von der Deutschen Volkspartei gefordert worden ist. Alles andere würde Anarchie bedeuten. Der Ausbau der Schule soll sich im Rahmen der Reichsverfassung vollziehen. Ich lege Gewicht darauf, auch an dieser Stelle zu betonen, daß ich als liberaler Politiker immer an der Forderung der absoluten Gewissensfreiheit festgehalten habe. Die weltliche Schule mag kommen und sie wird kommen. Es wäre unliberal, sich ihr mit Machtmitteln des Staates entgegenzustemmen. Im friedlichen Wetteifer mit anderen Schularten mag sie ihre Existenzberechtigung beweisen. Was wir verlangen, ist unter allen Umständen für uns und unsere Kinder die Möglichkeit der Erziehung zur religiösen Persönlichkeit, wie sie nach der Reichsverfassung den Erziehungsberechtigen zugesichert ist. Es wird in Zukunft weltliche Schulen geben, es wird Simultanschulen, es wird aber auch konfessionelle Schulen geben. An der unbedingten Garantie der Erhaltung des religiösen Geistes in der Erziehung werden wir mit allen Mitteln festhalten. Unser Ziel und unser Ideal ist die nationale christliche Einheitsschule. Sie ist durch das Kompromiß in Weimar zugesichert worden.[10] Es gilt jetzt zu erhalten, was erhalten werden muß für uns und unsere Kinder. In diesen Schulen unsere Jugend aus den stolzen Erinnerungen des deutschen Volkes heraus zu deutschen Staatsbürgern zu erziehen, wird immer unsere Hauptaufgabe sein. Hier braucht die Deutsche Volkspartei nichts aufzugeben.

Die Große Koalition ist von der preußischen Landtagsfraktion einstimmig gefordert worden, sie ist gefordert worden als eine Staatsnotwendigkeit. Da durfte der Gedanke an Personenfragen nicht scheitern. Die Namen Severing und Braun werden uns immer entgegengehalten, aber glauben Sie, auch den sozialdemokratischen Ministern werden genauso die Namen von Richter und Boelitz entgegengehalten. Es ist uns beiden der Entschluß wahrlich nicht leicht geworden. Aber nachdem der Ruf an uns ergangen war, wäre es eine Feigheit gewesen, in diesem Augenblick nicht an die Stelle zu treten, auf die uns das Vertrauen unserer Fraktion stellen wollte. Haben Sie Vertrauen zu uns, stellen Sie sich hinter uns, dann bin ich überzeugt, daß die Große Koalition ihre Aufgaben erfüllen wird, in der Zusammenfassung aller Kräfte der Mitte am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten (Lebhafter Beifall).

Es folgt eine ausgedehnte Aussprache, die mit der Annahme folgender Entschließungen abschloß: »Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei spricht der Parteileitung, der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion sein Vertrauen

[10] Zum Weimarer Schulkompromiß siehe Richter, S. 654ff.

aus. Er ist überzeugt, daß auch bei künftigen Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildungen die Grundsätze der Deutschen Volkspartei gewahrt werden«.

Ferner wurde zur Frage der Entstaatlichung der Eisenbahner[11] folgende Entschließung angenommen: »1. Zur Frage der Gesundung der Reichsbetriebe Stellung zu nehmen, besteht keine Möglichkeit, solange keine Vorschläge der Regierung vorliegen. 2. Die Deutsche Volkspartei kann keiner Betriebsform ihre Zustimmung geben, in der nicht die wohl erworbenen Rechte der Beamten vollkommen sichergestellt bleiben«.

Über die Änderung der Satzung berichtete Abg. Kempkes. Die dazu vorliegenden Abänderungsanträge wurden einer Kommission überwiesen, die Vollmacht erhielt, dem Parteitag einen endgültigen Entwurf vorzulegen.[12]

Damit schloß die Sitzung.

44.

11./12. März 1922: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 13.3.1922, Nr. 50. Überschrift: »Tagung des Reichsausschusses der D.V.P.«.[1]

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hielt am 11. und 12. März in Berlin unter dem Vorsitz des Parteiführers Abg. Dr. Stresemann eine aus allen Reichstagswahlkreisen besuchte Tagung ab. Sie beschäftigte sich am ersten Tag mit der Aufbringung der finanziellen Mittel für die Partei. Es wurde festgestellt, daß die vor drei Jahren systematisch begonnene Arbeit der Erziehung der Mitglieder zur Opferwilligkeit überall mit Erfolg durchgeführt ist. Die inzwischen eingetretene Geldentwertung stellt an die Organisationen neue große Anforderungen. Es herrscht aber eine völlig einmütige Auffassung und Zuversicht darüber, daß es gelingen wird, die Parteifinanzen in der bisherigen gesunden Ordnung weiter zu führen. Entsprechende Beschlüsse wurden gefaßt. Das aus allen Wahlkreisen festgestellte anhaltende Wachsen der Organisation bietet die Gewähr für den erhofften Erfolg. Der zweite Tag war mit der Aussprache über die politische Lage ausgefüllt.

An Stresemanns einleitendes Referat schließt sich eine eingehende Aussprache an[2]*, in der die Tätigkeit der Reichstagsfraktion, besonders ihre* »positive Mitarbeit« *am*

[11] So in der Vorlage statt wohl richtig: »Eisenbahnen«.

[12] Der Parteitag nahm die Satzungsänderungen nach einem Bericht von Kempkes en bloc an, siehe BAK R 45 II/27, p. 129.

[1] Dieser ersten Tagung des RA war am 28.1.1922 eine Sitzung des GA vorausgegangen, über die lediglich eine nicht ausgearbeitete Gesprächsmitschrift von der Hand Trucksaess' sowie eine Tagesordnung (1. Die politische Lage. Abg. Stresemann, 2. Beschlußfassung über die Richtlinien für die Fachausschüsse, 3. Heranbildung eines Nachwuchses für die Parteibeamtenschaft, 4. Wahl eines neuen Vorsitzenden für den Reichsarbeiterausschuß, 5. Verschiedenes) vorliegt, siehe BAK R 45 II/56, p. 73–111.

[2] An der Aussprache beteiligten sich: Dingeldey, Burger, v. Hintze, Benecke, Boelitz, v. Kardorff, Kempkes, v. Campe, Heinze, Kalle, Brüninghaus, Thiel, Leidig, Chapeaurouge, Dahn, Bach, Hell, Reinke-Bloch, Kuhbier, Feuersänger, v. Stauß.

Steuerkompromiß[3]*, einhellige Billigung findet. Parteileitung, Reichstagsfraktion und den preußischen Ministern der Partei wird in einer Entschließung einmütig das Vertrauen ausgesprochen.*

Damit war zum ersten Mal der Reichsausschuß als verfassungsmäßiges Organ der Partei in Wirksamkeit getreten; er besteht bekanntlich aus den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses, den Vorsitzenden der Wahlkreisverbände oder deren Stellvertretern und den Hauptgeschäftsführern der Partei wie der Wahlkreisverbände. Die sehr eingehende Aussprache hatte das erfreuliche Ergebnis, daß in der gesamten Partei und ihren Zweigen vollste Einmütigkeit in der Beurteilung der außen- und innenpolitischen Lage des Reiches, wie der von der Reichstagsfraktion eingenommenen Haltung [herrscht]. Dies gilt ganz besonders für die Stellungnahme zur Erfüllungspolitik der Reichsregierung, zum Eisenbahnerstreik und für das Verhältnis dem Reichskanzler gegenüber, wie für das Steuerkompromiß und die Frage der Großen Koalition.

Angesichts der zu Tage getretenen Entschlossenheit der Partei könnten auch die Gegner der Deutschen Volkspartei nicht mehr von einem rechten oder linken Flügel reden.

45.

17. Juni 1922: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

NLC vom 20.6.1922, Nr. 116. Überschrift: »Der Geschäftsführende Ausschuß«.[1]

Nach einem Referat Moldenhauers über die Stellung der Mitglieder verschiedener Gewerkschaftsrichtungen hält der Ausschuß nach eingehender Aussprache einstimmig an seiner Stellungnahme fest, »wonach die Partei beiden in ihr vertretenen Gewerkschaftsrichtungen vollkommen neutral gegenübersteht«.[2] *Die Aussprache über die Stellung der Arbeitsgemeinschaften ergab Übereinstimmung in der Auffassung, daß* »den Arbeitsgemeinschaften in der Hauptsache die Erledigung rein organisatorischer Fragen obliege«. *Für den Herbst wurde eine Sitzung des Zentralvorstandes in*

[3] Das zur Erfüllung des Londoner Ultimatums erarbeitete Steuerprogramm vom Juni 1921 war nach dem Austritt der DDP aus der Regierung Wirth im Oktober 1921 in Gefahr geraten, so daß die Regierung der DVP beträchtliche Zugeständnisse machen mußte. Zu dem ursprünglichen Plan des Kabinetts siehe die Regierungserklärung Wirths vom 26.1.1922, VRT, Bd. 352, S. 5561; zu den Steuerforderungen der DVP siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 205, 209, 212. Der schließlich erzielte Kompromiß faßte die verschiedenen Entwürfe in einem Mantelgesetz zusammen, siehe das Gesetz über die Änderungen im Finanzwesen vom 8.4.1922, RGBl. 1922 I, S. 335 sowie das Gesetz über die Zwangsanleihe vom 20.7.1922, ebd., S. 601.

[1] Ein Protokoll der Sitzung liegt nicht vor, lediglich eine Tagesordnung: 1. Die politische Lage, 2. Beschwerde Thiel gegen Geisler, 3. Die Tätigkeitsgebiete der Arbeitsgemeinschaften mehrerer Wahlkreise, 4. Besprechung von Zeit und Ort des nächsten Parteitages, 5. Verschiedenes sowie eine Anwesenheitsliste mit 36 Unterschriften, siehe BAK R 45 II/56, p. 129f.

[2] Siehe auch Dok. Nr. 34, S. 391f.

Breslau[3] *und für das kommende Frühjahr die Abhaltung eines Parteitages in Essen in Aussicht genommen.*

46.

9. Juli 1922: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 10.7.1922. Überschrift: »Der Verlauf der Sitzung«.

Nach einem Bericht Stresemanns zur politischen Lage[1] *wird nach eingehender Aussprache folgende Entschließung angenommen:*

»Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei erhebt einmütig Protest gegen die Verpestung unseres öffentlichen Lebens durch Mordorganisationen und durch Aufreizung der Mordinstinkte. Die schärfsten Maßregeln gegen solche Agitation und Organisation finden seine Zustimmung. Der Streit um die Frage der Staatsform hat in dieser schweren Not unseres Vaterlandes zu schweigen. Wir sind der Überzeugung, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich ist. Deshalb stimmen wir einem Schutz dieser Verfassung und der Bereitschaft der Reichstagsfraktion zu, an dem Gesetze zum Schutz der Republik[2] mitzuwirken. Wir sind mit der Annahme des Gesetzes einverstanden, wenn ihm der Charakter eines einseitigen Ausnahmegesetzes genommen wird. Von der Regierung verlangen wir Wiederaufrichtung der Staatsautorität gegen die Herrschaft der Straße und erheben den schärfsten Einspruch gegen die unerhörten Ausschreitungen bei den letzten Demonstrationen. Wir verwahren uns weiter gegen jede Schmähung der Vergangenheit und unserer großen vaterländischen Geschichte. Wir wollen die Reichsflagge gegen Verächtlichmachung und Beschimpfung geschützt wissen, aber wir wenden uns ebenso gegen jede Beschimpfung der schwarzweißroten Farben, die uns nicht Farben einer Partei, sondern Symbol der nach harten geschichtlichen Kämpfen errungenen deutschen Einigkeit sind. Wir haben ungeachtet der Agitation der Deutschnationalen Volkspartei gegen uns bisher in guten Beziehungen zu ihr zu stehen gesucht. Im Interesse der so notwendigen inneren Gesundung wenden wir uns aber gegen jede Verhetzung auch durch rechtsradikale Elemente mit rücksichtsloser Schärfe. Unsere Parteifreunde im Reich fordern wir auf, im Sinne dieser Richtlinien die Politik der Partei zu führen und zu unterstützen«.

Nach einem Bericht Kalles und Leidigs zur politischen Lage im Reich und zur Politik der preußischen Landtagsfraktion nimmt der Ausschuß einstimmig folgende Entschließung an: »Nach den Darlegungen der Vertreter der Reichstags- und preußi-

[3] Siehe Dok. Nr. 47.

[1] Die Sitzung des RA war notwendig geworden, da »durch die Ermordung des Ministers Dr. Rathenau und die Folgeerscheinungen eine ungemein ernste Lage nach außen und innen entstanden« war. Zur Ermordung Rathenaus am 24.6.1922 siehe Dok. Nr. 47, Anm. 9.

[2] Siehe dazu Dok. Nr. 47, Anm. 14. Über den Verlauf der RA-Sitzung teilte Stresemann am 11.7.1922 Geheimrat Vogel mit: »Sie ist [...] in voller Einigkeit verlaufen und bildet, wie ich hoffe, einen Wendepunkt in unserer Entwicklung, der uns in Zukunft in großer Einheit und Geschlossenheit den für richtig erkannten Weg gehen läßt«, PA NL Stresemann 247.

schen Landtagsfraktion in der heutigen Sitzung spricht der Reichsausschuß beiden Fraktionen für ihre bisherige Haltung und Stellungnahme seinen Dank aus. Dank und Zustimmung dehnt er auch aus auf die opferwillige Tätigkeit der Minister Dr. von Richter und Dr. Boelitz in der preußischen Regierung«.

47.

24. September 1922: Sitzung des Zentralvorstandes in Breslau

NLC vom 25.9.1922, Nr. 164, Überschrift: »Die Politik der Deutschen Volkspartei«.[1]

Stresemann eröffnet die von über 250 Mitgliedern besuchte Tagung des Zentralvorstandes. Nach einem Grußwort von Admiral von Hintze, des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Mittelschlesiens, nimmt der Zentralvorstand zu Tagesordnungspunkt 1 die Wahl von fünf Mitgliedern des Parteivorstands vor.[2] *Entsprechend dem Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses werden gewählt: Kalle, Heinze, Frau Mende, Dingeldey, Leidig.*[3]

Dann erhält Stresemann das Wort zu seinem Referat über die politische Lage.

Dr. Stresemann führte etwa folgendes aus: Die schwierige Lage, in der wir heute außenpolitisch und wirtschaftlich stehen, ist durch die falsche Einschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit seitens derjenigen herbeigeführt worden, die da glaubten, durch eine starke Betonung des deutschen Erfüllungswillens moralische Eroberungen machen zu können, ohne Deutschland dabei bis zur größten Not zu schwächen. Das, was wir heute sehen und was sich vom wirtschaftlichen Zusammenbruch kaum mehr unterscheidet, hat seinen Anfang mit der Zahlung der ersten Goldmilliarde durch Deutschland genommen.[4] Und damit beginnt der große Sturz unserer Währung und das schwindende Vertrauen des Auslandes (Sehr richtig!). Heute haben auch die deutschen Staatsmänner ihren Irrtum von damals erkannt. Sie wissen, daß nicht nur unsere Goldleistungen und unsere Ausgleichszahlungen, sondern auch

[1] Ein stenographisches Protokoll über die Verhandlungen des Zentralvorstandes ist nicht überliefert. Bei den Akten (BAK R 45 II/37) findet sich lediglich die Sitzungseinladung vom 11.9.1922 mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl von 5 Mitgliedern des Parteivorstandes, 2. Die Politik des Reichs. Berichterstatter: Dr. Stresemann, M.d.R., 3. Die politische Lage in Preußen. Berichterstatter: Dr. v. Campe, M.d.pr.L., 4. Aussprache.

[2] Der GA, der nach § 18, Ziffer 5 der Satzung (siehe S. 1271 f.) dem ZV einen Wahlvorschlag für 5 Mitglieder des PV zu unterbreiten hatte, nahm diese Wahlen in einer Sitzung am 19.9.1922 vor, von der kein Protokoll, sondern lediglich die Tagesordnung (1. Die politische Lage: Abg. Dr. Stresemann, 2. Vorbesprechung über die Sitzung des Zentralvorstandes, 3. Wahlvorschlag betr. die 5 vom Zentralvorstand für den Parteivorstand zu wählende Mitglieder, 4. Verschiedenes), eine Anwesenheitsliste sowie handschriftliche Notizen von Trucksaess überliefert sind, siehe BAK R 45 II/56, p. 137 f.

[3] Aus den ebd. überlieferten Stimmzetteln ist folgendes Ergebnis der im GA vorgenommenen Wahl zu entnehmen: Kalle 20 Stimmen, Heinze 20, Frau Mende 19, Dingeldey 18, Leidig 14; auf Burger entfielen 11, auf Hugo, v. Kardorff und v. Krause jeweils 1 Stimme.

[4] Siehe Dok. Nr. 43, Anm. 3. Zu der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und dem rapiden Verfall der Währung seit dem Sommer 1922 siehe Kabinette Wirth I/II, S. LXIII ff.

die übrigen sogenannten Entschädigungsleistungen im bisherigen Ausmaß unmöglich sind. Dieser neuen Lage gegenüber hat die Entente jetzt Stellung zu nehmen. Das große wirtschaftliche Abkommen, das mitten in dieser Lage abgeschlossen worden ist, wird vielfach so gedeutet, als habe sich ein namhaftes Mitglied der Deutschen Volkspartei als wirtschaftlicher Führer durch den Abschluß eines solchen Abkommens auf den Boden der Erfüllungspolitik gestellt. Diese Auffassung ist irrig.

Stinnes hat das Wiesbadener Abkommen[5] deswegen als unmöglich bezeichnet, weil es Frankreich ein unbedingtes Optionsrecht auf die deutsche Konjunktur gibt, das unmöglich von der deutschen Wirtschaft getragen werden konnte. Durch das Abkommen, das Stinnes abgeschlossen hat[6], ist eine solche Ausnützung unmöglich gemacht. Das Abkommen kann wirtschaftlich und politisch sehr große Folgen haben. Was die wirtschaftliche Seite anlangt, so liegt natürlich keine Veranlassung vor, das Abkommen irgendwie mit Freude zu begrüßen. Es handelt sich um Leistungen, die deutsche Arbeiter und die deutschen Industrien übernehmen und für die das Deutsche Reich mit Papiergeld Zahlungen leisten muß. Wichtiger indessen als die wirtschaftlichen sind die politischen Folgen, die von dem Abkommen ausgehen. Das Abkommen kann ein Wendepunkt in der Richtung werden, daß Frankreich mehr in die wirtschaftlichen Gedankenkreise hineingezogen und von seiner Politik des Machtstandpunktes abgelenkt und daß uns auf diese Weise vielleicht eine weitgehende Atempause geschaffen wird, die uns von den Sanktionsdrohungen befreit. Denn jede weitere Sanktionspolitik Frankreichs ist mit diesem Abkommen unvereinbar (Sehr richtig!). Die Aufgabe der Retorsionen ist bereits auf das Abkommen zurückzuführen. In diesem Zusammenhang ist sogar von sozialdemokratischer Seite, wenn auch unwillig, zugestanden worden, daß die erste wirtschaftliche Tat einer Entspannung der Weltlage nicht eine Tat des Sozialismus, sondern eine solche des Kapitalismus gewesen sei. Kritik ist auch daran geübt worden, daß durch das Abkommen einem einzelnen eine große Finanzgewalt und ein reicher Gewinn gegeben werde. Demgegenüber hat Stinnes erklärt, daß schon bei dem Abschluß des Vertrages für ihn festgestanden habe, daß er als Person keinen Pfennig an dem Abkommen verdie-

[5] Das zwischen Rathenau und dem französischen Minister für die befreiten Gebiete und Großindustriellen Loucheur in Wiesbaden Ende August 1921 ausgehandelte Sachlieferungsabkommen sah die Einrichtung privatrechtlicher Organisationen zur Abwicklung der nach dem Versailler Vertrag fälligen Warenlieferungen zum Wiederaufbau Frankreichs vor, deren Gegenwert Deutschland auf dem Reparationskonto gutgeschrieben werden sollte, siehe dazu Kabinette Wirth I/II, S. XLVI, Dok. Nr. 78, 97; Felix, S. 86 f.; zum Text des Abkommens siehe RTDrs., Bd. 369, Nr. 2792; RGBl. 1922 II, S. 625 ff. Zur Reichstagsdebatte über die Sachlieferungen nach einer Interpellation der DNVP siehe VRT, Bd. 355, S. 7985 ff. In einer Unterredung mit Rathenau am 26. 9. 1921 fand das Abkommen auch die Billigung von Vertretern der DVP (Stresemann, Rießer, Quaatz), siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. 97, Anm. 20; zur Haltung von Stinnes, der das Abkommen entschieden ablehnte, siehe Wulf, S. 322 ff.

[6] Hugo Stinnes hatte im September 1922 unter größter Geheimhaltung mit dem französischen Industriellen und Präsidenten der Vereinigung der französischen Wiederaufbauverbände, Baron Jean de Lubersac, ein Sachlieferungsabkommen (Text: UuF, Bd. 4, S. 411 ff.) geschlossen, nach dem zunächst im wesentlichen Baumaterialien in die zerstörten Gebiete geliefert werden sollten; zum weiteren Inhalt des Abkommens, das dem Stinnes-Konzern enorme Gewinne einbrachte, siehe die detaillierte Darstellung bei Wulf, S. 324 ff.; zur Haltung Poincarés siehe Bariéty, S. 101 ff.

nen wolle und daß er die an ihn fließende Provisionssumme an die wirklich Bedürftigen in Deutschland verteilen werde.

Eins hat der Abschluß des Abkommens deutlich gezeigt: Es ist ein Irrtum, wenn die Regierenden in Deutschland annehmen, daß eine Linksorientierung ihrer Politik dem Lande auf dem auswärtigen Gebiete Vorteile bringen könne, daß die sogenannten belasteten Persönlichkeiten nicht fähig seien, internationale Politik zu treiben. Im Gegenteil! Wie das Beispiel beweist, vermögen sich gerade diejenigen im Auslande durchzusetzen, die in den nationalen Fragen offen zu ihrem Vaterlande gestanden haben und nicht solche, die etwa auf internationalen Kongressen gegen die Wahrheit ein deutsches Schuldbekenntnis ablegen (Lebhafte Zustimmung!). Es ist ferner ein Irrtum anzunehmen, daß ein weitgehender sozialistischer Einfluß unsere Politik gegenüber dem Auslande erleichtere. Auch hier ist das Gegenteil der Fall (Sehr richtig!). Sie erschwert unsere Lage. Die Welt draußen steht im Zeichen der individuellen Wirtschaft und nicht im Zeichen des Sozialismus.

Alles in allem erhoffen wir von dem Vertrage, daß die Kriegsgeschädigten in Frankreich, die eine politische Macht in der Öffentlichkeit ihres Vaterlandes sind, durch ihren Einfluß auf die Gesamtpolitik Frankreichs eine günstige Wirkung ausüben könnten, so daß wir die Politik dieses Landes allmählich in die Bahnen einmünden sehen, die von den angloamerikanischen Wirtschaftsmännern vorgezeichnet sind und die auf eine Revision des Friedensvertrages hinauslaufen. Was die internationalen Auswirkungen des Abkommens anlangt, so bedeutet das Abkommen selbstverständlich nicht die Schaffung einer Grundlage für eine deutsch-französische Kontinentalpolitik mit einer Spitze gegen die Politik eines anderen Landes. Wir müssen in engster Fühlung mit England bleiben, das die Verhandlungen gekannt und uns selbst auf eine Verständigung mit Frankreich hingewiesen hat (Sehr richtig!). Wir müssen auch fernerhin den Blick nach Osten gerichtet halten (Lebhafte Zustimmung). Es handelt sich nicht um das Rußland von heute, sondern um das der Zukunft. Daß im übrigen England durch das Abkommen keineswegs verstimmt ist, hat das Ergebnis der Verhandlungen Havensteins in London[7] bewiesen. Im übrigen ein Wort der Warnung: Ich sehe das politische Ergebnis des Abkommens stark gefährdet, wenn jetzt ein Wettrennen der deutschen Industriegesellschaften einsetzen sollte, um ein Abkommen dem andern folgen zu lassen, ohne daß uns dabei ähnliche politische Auswirkungen gesichert sind, die wir von dem Vertrag Stinnes-Lubersac[8] erwarten können (Sehr richtig!).

Und nun zur inneren Politik! Wir waren auf dem Wege zur Volksgemeinschaft und zur Befestigung unserer inneren Verhältnisse. Die Entwicklung ist durch den ruchlosen Mord an Rathenau[9] unterbrochen worden. Der Gedanke der Volksgemein-

[7] Die Verhandlungen von Reichsbankpräsident Havenstein im August und September 1922 mit der Bank von England über die Frage der Kreditbeschaffung drohten an der von der deutschen Regierung wegen ihrer Zahlungsunfähigkeit gewünschten Prolongation der vorgesehenen sechsmonatigen Schatzwechsel zu scheitern; zum schließlich erzielten Kompromiß vom 18.9.1922 siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. 375; Kaiser, S. 89f.

[8] Guy Jean Baron de Lubersac (1878–1932), Bankier und Politiker. Präsident der Confédération Générale des Coopératives de Reconstruction; siehe auch Anm. 6.

[9] Reichsaußenminister Walther Rathenau wurde am 24.6.1922 auf dem Weg von seiner Villa zum Auswärtigen Amt durch Angehörige der rechtsextremistischen »Organisation Consul« ermor-

schaft konnte nicht tödlicher getroffen werden, als es durch diese Tat geschehen ist. Auch außenpolitisch war die Tat verhängnisvoll. Rathenau war in diesem Augenblick ein Außenminister, der geeignet war, die Finanzverhandlungen zu führen, die nötig sind, wenn wir zum Wiederaufbau kommen wollen.[10] Auch die internationalen Finanzkräfte sind eine Macht, an der kein Realpolitiker vorbeigehen kann. Ich bin überzeugt, daß Bismarck sich in unserer außenpolitischen Lage den Unfug des politischen Antisemitismus entschieden verbeten hätte. Auf dem Gebiete der inneren Politik sind wir durch die ruchlose Tat zunächst stark nach links getrieben worden. Wir standen damit damals vor einer grundlegenden Entscheidung in unserer inneren Politik. Die Frage war für uns dabei die, sollten wir Seite an Seite stehen in der gemeinschaftlichen Opposition mit den Deutschnationalen oder sollten wir Fühlung nach der anderen Seite suchen. In jenen Tagen ist der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft der Mitte geboren worden.[11] Man fühlte in den bürgerlichen Parteien der Mitte die Schwere der Entscheidung. Wenn es irgendwie möglich war, so mußte der Bürgerkrieg vermieden werden, aber ebenso eine Linksentwicklung der deutschen Politik. Wenn wir heute zurückblicken, so sehen wir, daß die alte Regierung nicht durch die Unabhängigen ersetzt worden ist und daß Zentrum und Demokraten sich auf den Standpunkt gestellt haben, eine einseitige Erweiterung der Regierung nach links abzulehnen.[12] Was das heißen will, erkennt man erst, wenn man dieses Ergebnis im Lichte jener Tage betrachtet, in denen man noch nicht wußte, wo die Demonstrationen enden würden[13] (Stürmische Zustimmung!). Und dieses Ergebnis ist doch wohl entscheidend für unsere zukünftige Entwicklung. Was das Schutzgesetz selbst anlangt, so sind durch unsere Mitwirkung untragbare Bestimmungen des Entwurfs beseitigt worden.[14] Hätten wir es anstatt dessen zu einer Auflösung des Reichstags

det. Zur Planung und Durchführung des Anschlags siehe detailliert Sabrow, bes. S. 86ff.; zur Stellungnahme des RA vom 9.7.1922 siehe Dok. Nr. 46. Stresemann teilte seinem Fraktionskollegen Becker am 10.7.1922 mit: »Die politische Arbeit erscheint mir oft als eine Sisyphusarbeit. Immer, wenn man den Stein so weit heraufgerollt hat, daß man an eine Beruhigung und Befriedung der allgemeinen Verhältnisse glauben kann, dann stürzt uns irgendein Fanatiker in ein neues Unglück«, PA NL Stresemann 248.

[10] Im Anschluß an die Konferenz von Cannes (6.–13.1.1922) hatte Rathenau mit Vertretern der Alliierten Finanzverhandlungen mit dem Ziel eines Zahlungsmoratoriums geführt, siehe Kabinette Wirth I/II, S. XXXIXf.; Dok. 230, 231; Felix, S. 120ff.

[11] Am 19.7.1922 hatten sich die Reichstagsfraktionen von DDP, Zentrum und DVP als Reaktion auf die am 15.7. erfolgte Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft von USPD und SPD zur »Arbeitsgemeinschaft der Mitte« zusammengeschlossen. Zur (zunächst) sehr positiven Einschätzung Stresemanns hinsichtlich der »Arbeitsgemeinschaft der Mitte« und zu seinen Hoffnungen, auf diesem Wege eine baldige Rückkehr der DVP in die Regierung sicherzustellen, siehe seine Briefe an Stinnes vom 21.7. und 3.8.1922, PA NL Stresemann 248.

[12] Nach der Verschmelzung von USPD und SPD hatten DDP und Zentrum die Aufnahme der DVP in die Regierung gefordert; zur ablehnenden Haltung der SPD siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. 302, 307; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 486ff.

[13] Zu den großen Arbeiterdemonstrationen nach dem Rathenaumord siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 543f.; Sabrow, S. 157ff.

[14] Der am 3.7.1921 im Reichstag eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik (RTDrs., Bd. 374, Nr. 4661) wurde nach zähen Verhandlungen am 18.7.1922 gegen die Stimmen der KPD, der DNVP, der BVP und dreier Abgeordneter der DVP (Janson, v. Schoch, Zapf) verabschiedet, siehe VRT, Bd. 356, S. 8687ff. Zum Inhalt der nach der Ermordung Rathenaus erlassenen Verordnungen zum Schutz der Republik vom 26. und 29.6.1922 (RGBl. 1922 I, S. 521ff.) siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. 299, 300, 305; Jasper, S. 64ff.; ders., Justiz und Politik

kommen lassen sollen? Wir hätten als Partei diesen Wahlkampf nicht zu fürchten brauchen; aber um die Partei handelte es sich nicht, sondern um die Frage, was aus der deutschen Politik geworden wäre, wenn wir damals in den Wahlkampf gegangen wären[15] (Lebhafte Zustimmung). Gewiß wäre damals eine starke Schwächung der Deutschnationalen die Folge gewesen, auf anderen Seite aber auch eine Stärkung der sozialdemokratischen Parteien. Die Frage der Stellung zur Staatsform, die wir aus dem politischen Kampf entfernen müssen, wäre in den Mittelpunkt gestellt worden, die Not, in der weite Kreise unseres Volkes stehen, die Parole des Brotwuchers – alles das hätte zur Zerreißung und Zerfleischung des Volkes geführt und dann hätte die Linke nach geschlagenem Wahlkampf ein ganz anderes Gesetz gemacht, als wir es jetzt haben (Lebhafte Zustimmung). Oder man hätte das Gesetz unter ausschließlicher Mitwirkung der Unabhängigen gemacht. Und in diesem Falle hätten die Unabhängigen natürlich ihre Forderungen gestellt. Dadurch wäre auch das Verhältnis Bayerns zum Reich viel schwerer belastet worden.[16] Das wurde vermieden.

Die Bayerische Volkspartei, die Demokraten, das Zentrum und wir haben damals praktisch an der Gestaltung des Gesetzes mitgearbeitet. Wir müssen uns allerdings jetzt gegen eine Anwendung des Schutzgesetzes wenden, die mit dem Geiste des Gesetzes nichts mehr zu tun hat. Der Justizminister Radbruch[17] hat im Ausschuß[18] versichert, daß die nationale Agitation in gesetzmäßigen Formen auf Grund des Gesetzes nicht gehindert werden solle; aber heute sehen wir, daß die Regierungen der Länder in der Auslegung des Gesetzes eine Willkür walten lassen, gegen die wir uns auf das Entschiedenste wenden müssen (Lebhafte Zustimmung). Gegen die Aufhebung des Jungdeutschen Ordens[19] wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Die ganze Art, wie man versucht, gegen jede Bekundung nationalen Empfindens vorzugehen, ist mit aller Entschiedenheit zu verurteilen. Wenn kürzlich der demokratische Beamtenbund ein Rundschreiben an seine Mitglieder mit der Aufforderung erlassen hat, die Feinde der Republik unter den Beamten namhaft zu machen, so ist das eine

in der Weimarer Republik, in: VfZG 30 (1982), S. 167–205 (hier: S. 175 f.); Irmela Nagel, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln 1991, S. 146 ff.; Gusy, S. 134 ff.

[15] Stresemann befürchtete, daß es bei Neuwahlen den Sozialisten mit dem Schlagwort »Gegen die Mörderorganisationen und für billiges Brot« gelingen könnte, im Reichstag eine absolute Mehrheit zu erreichen, wie er Kronprinz Wilhelm am 21.7.1922 schrieb, PA NL Stresemann 248. Am selben Tag teilte er Professor Böckelmann (Herford) mit, daß die Partei keine andere Möglichkeit habe, als durch die Billigung des Republikschutzgesetzes Neuwahlen zu vermeiden, ebd.; zu den scharfen Auseinandersetzungen Stresemanns mit dem rechten Flügel der Reichstagsfraktion siehe Turner, S. 102 f.

[16] Bayern hatte der Ausführung des Republikschutzgesetzes erheblichen Widerstand entgegengesetzt, siehe Kabinette Wirth I/II, Dok. 325, 328, 331, 335; siehe dazu und zu dem Bayern schließlich zugebilligten Sonderstatus Jasper, S. 94 ff.; Schulz, Bd. 1, 378 f.; Benz, S. 313.

[17] Gustav Radbruch (1878–1949), Rechtsphilosoph und Strafrechtslehrer, 1919 Professor in Kiel, 1926 in Heidelberg, seit 1919 Mitglied der SPD. 1920–1924 MdR (SPD), Okt. 1921–Nov. 1922; Aug.–Nov. 1923 Reichsjustizminister. 1933 aus dem Lehramt entlassen, 1945–1949 erneut Professor in Heidelberg.

[18] Gemeint: im Rechtsausschuß des Reichstags.

[19] Nachdem die Polizei bei Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens umfangreiche Waffenfunde gemacht hatte, wurde er am 31.8.1922 in Preußen, Thüringen und anderen Staaten verboten, siehe Hornung, S. 34 f.

Auffassung, gegen die hoffentlich die Demokratische Partei selbst Abhilfe schaffen muß[20] (Lebhafte Zustimmung).

Wenige Worte über die bayerische Frage. Die ganzen Verhältnisse Bayerns zum Reiche bedürfen größter Aufmerksamkeit und Pflegsamkeit. Wenn die Verhältnisse gespannt wurden, so liegt die Schuld daran auf beiden Seiten; auf der Seite des Reiches in dem Mangel an der notwendigen psychologischen Einstellung gegen Bayern. Verurteilenswert ist es auch, wie einzelne Reichskommissare geglaubt haben, Bayern als Ausland behandeln zu können. Auf der anderen Seite muß man auch der Auffassung entgegentreten, die zwischen dem bayerischen Ordnungsstaate und dem vom Bolschewismus bedrohten Norden einen scharfen Trennungsstrich ziehen will (Sehr richtig!). Sind denn im Norden nicht Kräfte vorhanden, die sich für die Wiederherstellung der Autorität und die Erhaltung der inneren Ordnung einsetzen? Bedeutet es nichts, wenn in dem kaiserlichen Deutschland in der Reichshauptstadt eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden war, während heute in Groß-Berlin die bürgerlichen Parteien die Mehrheit besitzen? In Berlin sind keine Straßen umgetauft und keine Bilder entfernt worden. Auch in dem viel verleumdeten Berlin wohnt ein Bürgertum, das sich in schwerster Zeit zu behaupten weiß, und diese Tatsache scheint mir doch mehr zu beweisen als das kritiklose Schimpfen auf Berlin und Preußen (Lebhafte Zustimmung). Alles das, was gegen den »bolschewisierten Norden« in Umlauf gesetzt wird, wird von den französischen Agenten in Schlesien und in Ostpreußen und von den Welfen für ihre Agitation verwertet. Bei allen diesen Agitationen, auch der monarchistischen, muß die Rücksicht auf die Reichseinheit an erster Stelle stehen (Stürmischer Beifall).

Über die Gestaltung der parteipolitischen Verhältnisse führte Dr. Stresemann u.a. folgendes aus: Die sozialdemokratische Einigung soll heute vollzogen werden.[21] Welches wird ihre Wirkung sein? Die einen sehen sie in einer weiteren Radikalisierung der Sozialdemokratie. Ob aber diese Folge eintritt, werden wir abwarten müssen. In wirtschaftlicher Beziehung ist es vielleicht ein Fortschritt, daß die Gewerkschaften, die bisher durch die sozialdemokratische Trennung zerrissen waren, wieder verhandlungsfähiger geworden sind als in der Zeit ihrer inneren parteipolitischen Zerklüftung. Jedenfalls ist die vereinigte sozialdemokratische Partei ein großer Machtfaktor, und es handelt sich um die Frage, ob man ihr die Alleinherrschaft oder die entscheidende Führung überlassen soll oder ob man ihr etwas Gleichwertiges gegenüberstellen muß. Die Deutschnationalen geraten durch ihre Politik in eine Isolierung, die wir bedauern. Gerade wenn wir wünschen, daß die Idee der Volksgemeinschaft nicht bei den Deutschnationalen aufhöre, so müssen wir mit aller Klarheit wünschen, daß die Deutschnationalen sich von den rechtsradikalen Elementen trennen. Wir müssen mit den bürgerlichen Parteien der Mitte gemeinschaftlich praktische Arbeit leisten. Sie ist die einzig mögliche, Erfolg versprechende Politik. Wel-

[20] Das Gesetz zum Schutze der Republik (siehe Anm. 14) untersagte den Beamten bei Androhung der Entlassung u.a., ihr Amt für Bestrebungen zur Änderung der republikanischen Staatsform zu mißbrauchen, siehe RGBl. 1922 I, S. 590; zur Haltung des demokratischen Beamtenbundes siehe Albertin/Wegner, Dok. Nr. 95.

[21] Die Wiedervereinigung von USPD und SPD fand auf einem gemeinsamen Parteitag beider Parteien am 24.9.1922 in Nürnberg statt; siehe dazu Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 486ff.; Krause, S. 254ff.; zur Haltung der Freien Gewerkschaften siehe Potthoff, S. 374ff.

che Auswirkungen sie hat, wird davon abhängen, wie die Entwicklung der Sozialdemokratie sich nach ihrer Einigung vollziehen wird.

Im übrigen begrüßen wir die Initiative, die die großen Führer der deutschen Wirtschaft in Bezug auf internationale wirtschaftliche Abmachungen ergriffen haben. Die politische Auswirkung der damit geschaffenen Lage ist Aufgabe der politischen Parteien. Wir sind stolz darauf, daß große Teile der deutschen Wirtschaft zu uns gehören, aber wir sind mehr als nur die Partei der deutschen Wirtschaft. Der Begriff Deutsche Volkspartei umfaßt den großen Gedanken unserer kulturellen Aufgaben, deshalb müssen die Entscheidungen über die Gesamtpolitik in der Hand der politischen Führer bleiben, die ihrerseits zu der gegebenen Lage Stellung zu nehmen haben (Stürmischer Beifall).

Zum Schluß einige Worte zur wirtschaftlichen Lage. Mit Gesetzen allein läßt sich eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht erzielen, wir müssen mehr an die Gesinnung appellieren. Oft scheint es fast, als ob alle moralischen Dämme eingerissen wären, wenn man sieht, mit welcher Rücksichtslosigkeit sich die Einzelinteressen gegenüber der Gesamtheit und dem Staate durchzusetzen versuchen (Lebhafter Beifall). Eigentlich müßte es für jeden Deutschen moralisch unmöglich sein, in Devisen auf Dollarsteigerung zu spekulieren und dadurch die Währung seines eigenen Landes schwer zu schädigen (Stürmischer Beifall). Es geht nicht an, daß manche ganz offen mit Genugtuung sagen: Ich habe englische Pfunde, ich habe Schweizer Franken, ich habe mich eingedeckt. Wie falsch war es auch, diejenigen, die während des Krieges ihr Gold behalten haben, jetzt dadurch zu belohnen, daß man ihnen von Woche zu Woche eine höhere Entschädigung zahlt. Der heilige Egoismus des einzelnen darf sich nicht durchsetzen (Lebhafte Zustimmung). Wir müssen uns mit Entschiedenheit gegen die Nivellierung der Arbeitsleistung wenden. Es ist grundverkehrt und volkswirtschaftlich schädlich, wenn der Qualitätsarbeiter und der Hilfsarbeiter nach den gleichen Grundsätzen entlohnt werden. Man sollte auf die Arbeiterschaft einwirken, daß sie dies einsieht, aber mit der gleichen Entschiedenheit müssen wir uns auch gegen das Bürgertum wenden, wenn es durch Devisenspekulation und Überteuerung schwere Verfehlungen begeht. Wir fordern auch eine Beschränkung der Luxuseinfuhr. Notwendig ist auch eine Abkehr von dem unverantwortlichen Anreiz zum Schnapskonsum. Ein genügender Teil des Zuckers muß für den Verbrauch des Volkes sichergestellt werden, und er darf nicht für den Gebrauch von Luxusindustrie Verwendung finden (Lebhafte Zustimmung). Dies ist um so mehr notwendig, als wir auf der anderen Seite sehen, wie ganze Schichten des Deutschen Volkes der Verelendung entgegengehen. Wir haben die Verpflichtung, hier mit ganz anderen Mitteln einzugreifen, als es bisher geschehen ist. Auch der Todeskampf der Presse sollte für uns ein warnendes Menetekel sein. Wenn die Stadt Berlin sich gezwungen sieht, die Schulen zu schließen wegen Mangels an Mitteln für die Heizung, so sollte man lieber die zahlreichen Bars und Dielen schließen, um Heizungsmittel zu gewinnen (Stürmischer Beifall).

Nach allen diesen Richtungen ist der Ausblick auf die Zukunft wenig erfreulich. Wenn es unter den heutigen Verhältnissen möglich wäre, in Deutschland grundsätzliche Opposition zu treiben, so wäre das für uns sicher einer bequemere Lage. Aber wir stehen vor den größten Gefahren. Ob wir in der Außenpolitik wirklich in der nächsten Zeit eine Atempause haben werden, läßt sich noch nicht garantieren. Wir

sehen im Innern die Zeichen drohenden Verfalles, und wir müssen uns davor durch größere Leistungsfähigkeit und durch größere Produktivität retten. Wir können diesen Erfolg nicht nur durch Gesetze erzielen, sondern wir müssen auch einen Appell an die Gesinnung richten. Den Notwendigkeiten der unmittelbaren Gegenwart müssen wir größte Beachtung schenken, und wir müssen uns dabei leiten lassen von dem unmittelbaren Gedanken der Volksgemeinschaft. Deshalb bekennen wir uns [dazu] auch mit dem Grundsatz der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die nicht eine Kampfansage ist, sondern die Zusammenfassung der Kräfte. Das ist die einzige Politik, die wir treiben können, wenn anders das Volk nicht leiden soll.

Der Rede folgt minutenlanger stürmischer Beifall, der sich immer wieder erneuert.

Dr. von Campe über die preußische Politik.

Über preußische Politik sprach der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, Abg. Dr. von Campe. Er führte aus: Die Politik der Länder läßt sich von der Politik des Reiches nicht trennen. Die Länder sind heute fast in allen Punkten abhängig vom Reiche. Dadurch sind auch in Preußen die Schwierigkeiten viel größer als früher. Für Preußen kommt besonders hinzu, daß seine staatsrechtliche Stellung zum Reiche eine andere geworden ist. Ein Streit, wie wir ihn zwischen dem Reiche und Bayern gehabt haben, ist im Verhältnis Preußens zum Reiche unmöglich. Er würde das Ende des Reiches bedeuten. Es kommt weiter hinzu, daß durch die neue Finanzpolitik die Länder letzten Endes nicht viel mehr als nur autonome Provinzen des Reiches noch sind.[22]

Nach den Neuwahlen[23] gab es für die Weiterführung der politischen Geschäfte in Preußen theoretisch drei Möglichkeiten. Einmal eine Majorität der bürgerlichen Parteien, die allen, mit Ausnahme der Deutschnationalen, von vorneherein wegen der damit verbundenen schweren politischen Gefahren als unmöglich erschien. Die zweite Möglichkeit war die alte Koalition aus der Revolutionszeit. Auch sie mußte ausscheiden, da die Majorität nur wenige Stimmen betrug. Der dritte Weg war der der Großen Koalition, die heute besteht. Sie ist unter schweren inneren Kämpfen zustandegekommen. Die erste Etappe dafür war das Ministerium Stegerwald, gestützt auf Demokratie und Zentrum. Dieses Ministerium erwies sich auf die Dauer als nicht lebensfähig. Es war parlamentarisch nicht möglich. Was wir aus jener Periode gelernt haben, ist die Erkenntnis, daß uns eine oberste Stelle fehlt, wie sie im Reiche durch das Amt des Reichspräsidenten gegeben ist. Hier liegt ein Fehler der preußischen Verfassung vor. Das Ministerium Stegerwald bedeutete die Vorarbeit für die Bildung der Großen Koalition. Diese Koalition kam, weil sie kommen mußte. Zwei Voraussetzungen mußten erfüllt werden, einmal die Wendung der Sozialdemokratie, die durch den Görlitzer Beschluß[24] herbeigeführt wurde – man stellte rein

[22] Die Reichsfinanzreform vom August 1919 hatte dem Reich die Verfügungsbefugnis über alle wesentlichen Steuergesetze und Steuerquellen zugesprochen, siehe Dok. Nr. 32b, Anm. 8. Zu den Auseinandersetzungen um den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern siehe Eimers, S. 285ff.; Schulz, Demokratie, Bd. 1, S. 363ff..

[23] In Preußen hatten am 21.2.1921 Landtagswahlen stattgefunden; zur Bildung der Großen Koalition aus SPD, DDP, Zentrum und DVP am 5.11.1921 nach dem Rücktritt des Kabinetts Stegerwald siehe Dok. Nr. 43, Anm. 8.

[24] Siehe Dok. Nr. 41, Anm. 7.

sozialistische Forderungen zurück -; die zweite Voraussetzung war die Beseitigung des Mißtrauens gegen die Deutsche Volkspartei in Bezug auf ihre Stellung zur Verfassung. Wenn wir sagen, daß wir auf dem Boden der Verfassung stehen, so heißt das nicht, daß wir für Republik und für Demokratie schwärmen, daß wir abschwören, was wir früher geglaubt haben. Auf der anderen Seite erschöpft sich die Bedeutung des Wortes auch nicht darin, daß wir keine Hochverräter sind und daß wir jede Gewalt gegen die Verfassung verwerfen. Vielmehr verstehen wir darunter dies, daß wir es als eine politische Notwendigkeit erkannt haben, daß wir loyal mitarbeiten wollen am Aufbau unseres darniederliegenden Vaterlandes, im Rahmen der nun einmal beschlossenen Weimarer Verfassung. Das sehen wir nun einmal als eine selbstverständliche vaterländische Pflicht an (Lebhafter Beifall). Damit ist in der innerpolitischen Entwicklung unserer Partei ähnliches eingetreten wie im vorigen Jahrhundert, als einige Konservative sich entschlossen, Frieden zu machen mit der neuen Zeit und die freikonservative Partei schufen.[25] Je mehr die Republik leistet, je mehr sie uns herausholt aus dem Sumpf, desto mehr wird sich mancher auch innerlich auf sie einstellen, der heute nur politischen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Uns ist das Volkswohl oberstes Gesetz, deshalb arbeiten wir im Rahmen des einmal Gegebenen mit, unbeschadet der Stimmungen unseres Gemütes und unseres Herzens. Die Gründe, die uns bestimmt haben, in die Koalition einzutreten, lassen sich dahin kennzeichnen: wir wollten nicht in den Fehler verfallen, in den das alte Reich verfallen ist, als es große Teile des deutschen Volkes abseits drängte. Wir haben den Optimismus, daß in weiten Schichten der deutschen, auch der sozialistisch organisierten, Arbeiterschaft der vaterländische Gedanke nicht verstummt ist, trotz allem, was wir erlebt haben. Daß der sozialdemokratische Reichspräsident uns das Deutschlandlied wiedergab[26], daß auf einem sozialdemokratischen Parteitag gefordert wird, daß auch die deutschen Arbeiter in erster Linie deutsch fühlen müßten, das scheinen mir Zeichen zu sein, die einen solchen Optimismus rechtfertigen. Wir müssen uns ferner fragen, was geschehen würde, wenn wir den nationalen Instinkt in der Sozialdemokratie nicht an uns zu fesseln suchten. Es leitete uns weiter der Gedanke, daß, wenn der Aufstieg wiederkommen soll, er nur aus der wirtschaftlichen Kraft kommen kann. Die wirtschaftliche Kraft wird uns aber nur erhalten bleiben, wenn endlich einmal der wirtschaftliche Frieden zwischen Unternehmer und Arbeiter hergestellt wird. Es würde der Krieg aller gegen alle sein, wenn wir die Parole ins Volk schleudern würden: hie bürgerlich, hie sozialdemokratisch. Eine Partei, die sich Partei des Wiederaufbaues nennt, kann sich der verantwortlichen Mitarbeit nicht entziehen. Wir müssen mitwirken, selbst wenn wir uns damit mit einer Vergangenheit belasten, an der wir selbst unschuldig sind. Wir sind eine Partei der Überleitung. Wir

[25] Die Freikonservative Partei wurde in Preußen 1866 gegründet; zu Organisation und Mandatsanteil siehe Nipperdey, S. 241 f.; Wilhelm Ribhegge, Konservative Politik in Deutschland, Darmstadt 1989, S. 86 f.

[26] Bereits am 17.6.1920 hatte sich Reichswehrminister Geßler für eine Erklärung des Deutschlandliedes Hoffmann v. Fallerslebens zur Nationalhymne ausgesprochen, siehe BAK R 43 I/1832, p. 65. Im Zuge der Beratungen über den Verlauf der Verfassungsfeier 1922 hatten sich sowohl Reichspräsident Ebert als auch Reichsinnenminister Adolf Köster (SPD) nach anfänglichen Widerständen dieser Ansicht angeschlossen, siehe BAK R 43 I/570, p. 123; Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 316; Fritz Poetzsch-Heffter, Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung vom 1.1.1920 bis 31.12.1924, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 13 (1925), S. 1–248 (hier: S. 32).

wollen das gute Alte in den neuen Staat hinüberretten. Das ist nicht möglich, wenn wir in der Opposition stehen, sondern nur, wenn wir uns den notwendigen Einfluß auf die Neugestaltung des politischen Lebens sichern.

Von solchen Gedanken hat sich unsere Fraktion leiten lassen, und sie hält auch heute noch an ihnen fest. Nichts ist schlimmer in der Politik als ein Schwanken. Wir müssen Kurs halten. Niemand soll glauben, daß wir alles billigen, was von der Koalition geschehen ist. Wir stehen sehr vielem kritisch gegenüber und haben dem auch offen Ausdruck gegeben. Die Koalition ist uns nicht Selbstzweck. Deshalb werden wir auch die Grenzen unseres Entgegenkommens zu ziehen wissen. Eine solche Grenze liegt einmal da, wo man uns nicht den unserer Bedeutung entsprechenden Einfluß gibt, zum anderen da, wo Beschlüsse gefaßt werden, die wir mit dem Volkswohl schlechterdings nicht in Einklang bringen können. Gerade dabei müssen wir uns aber die Frage vorlegen, ob das Volkswohl nicht noch mehr gefährdet würde, wenn wir uns zurückziehen. Endlich warten wir ab, ob die Sozialdemokratie bei den Grundsätzen beharrt, die sie in Görlitz festgelegt hat. Wir haben durch unsere Mitarbeit manches erreicht. Wir haben auch in der Koalition darauf gehalten, so weit es irgend ging, die Deutschnationalen zu positiver Arbeit heranzuziehen in offener Loyalität zu unseren Koalitionsverpflichtungen. Wir haben das nicht aus Liebe zu dieser Partei getan, sondern aus dem Gedanken heraus, daß es wünschenswert ist, eben alle Kräfte heranzuziehen und tunlichst die Anschauung, die wir in der Koalition vertreten, von dieser Seite unterstützt zu sehen.

Aber es sei mir auch ein offenes Wort gestattet: Ob wir diese freundschaftliche Stellung zu den Deutschnationalen werden auf die Dauer aufrecht erhalten können, das wird von den Deutschnationalen selbst abhängen. Wir haben bittere Klage zu führen, daß die Art und Weise der deutschnationalen Kritik vielfach einen demagogischen Zug gehabt hat. Das muß künftig unterbleiben. Wir haben in der Koalition unseren schützenden Arm über manchen deutschnationalen Beamten gehalten, wiewohl unserer Partei zugebilligt war, einen eventuellen Nachfolger zu stellen. Das ist eine Politik der Uneigennützigkeit, die sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten läßt, wenn ein unfreundliches Echo aus dem deutschnationalen Walde herausschallt. Unserer Mitarbeit in der Koalition ist es zu verdanken, wenn die geschäftliche Behandlung der Landtagsarbeiten eine andere geworden ist, damit haben wir dem Lande einen guten Dienst geleistet. Wir konnten eine Geschäftsordnung schaffen, mit der wir die Ordnung aufrechterhalten können.[27] Wir sehen einen weiteren Erfolg unserer Mitarbeit darin, daß demnächst uns ein Gesetz vorgelegt werden wird, nach dem die Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen verwaltet werden sollen. Wir haben weiter eine Beamtenpolitik in die Wege geleitet, die unsere Grundsätze zur Geltung bringt. Unser Standpunkt ist der: Wir wünschen in erster Linie, daß die Beamtenschaft sich aus ihren eigenen Reihen heraus ergänzt. Der sachlich und fachlich Tüchtige muß genommen werden, gleichviel, welcher Partei er angehört. Wir wünschen weiter nicht, daß gerade Parlamentarier in die höheren Verwaltungsstellen berufen werden, und wir haben auch die Beweise gegeben, daß es uns ernst mit dieser Auffassung ist. Unsere Stellung wäre eine leichtere, wenn auch die anderen Parteien

[27] Zu den Beratungen über die Geschäftsordnung des preußischen Landtags vom 21.11.1921 siehe Möller, S. 193 ff.

diese Grundsätze gelten lassen wollten. Gegen die Abschiebung verdienter Verwaltungsbeamter, wie sie in letzter Zeit vorgekommen ist, haben wir Widerspruch erhoben. Wir bedauern auch ausdrücklich die Form, in der diese Maßnahmen erfolgt sind. Wir müssen uns vor einem Denunziantentum schützen. Was wir erlebt haben, bedeutet einen Rückfall in die schlimmsten Zeiten der Reaktion. Was in diesen Punkten die demokratische Republik sich geleistet hat und leistet, ist ganz unerträglich. Wir müssen auch verlangen, daß den Beamten Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern, bevor sie gemaßregelt werden.

In gleicher Weise haben wir uns zu beklagen über die Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Die Verbote und Maßregelungen auf diesem Gebiete sind zum Teil unerhört. Wenn ein Verbot in erregten Zeiten zu rechtfertigen war, so ist das heute nicht mehr möglich. Wir werden hier sagen müssen: bis hierher und nicht weiter (Stürmischer Beifall). Und ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß jetzt, nachdem die Gemüter sich beruhigt haben, wir weiteren Maßregelungen uns widersetzen werden. Wir müssen verlangen, daß Maßregelungen nur dann noch erfolgen, wenn wirkliche Beschwerden vorliegen, und daß so manche Maßnahme jetzt, wo die Erregung abgeebbt ist, rückgängig gemacht wird, so das Verbot mancher Zeitungen, nationaler Vereine, z. B. des Jungdeutschen Ordens. Wir werden darüber wachen, das versichere ich auf das Bestimmteste, daß wirklich eine objektive Anwendung nach beiden Seiten erfolgt, daß die Verbeugungen vor der Straße endlich aufhören und daß man mit der üblen Phrase, daß das Zeigen schwarz-weiß-roter Fahnen, z. B. bei Kriegertotenfeiern, eine Provokation sei, die verboten werden müsse, gründlich aufgeräumt wird. Man kann die nationalen Instinkte nicht untergraben. Sie sind die Grundlagen für einen Aufstieg. Dazu wird sich auch die Sozialdemokratie bekennen müssen – jetzt, wo eine Beruhigung eingetreten ist. Eine Republik, die sich auf polizeiliche Maßnahmen stützt, ist, wie auch Severing anerkannt hat, ein Widerspruch in sich.

Wenn jetzt der Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien erfolgt, dann ist die Koalitionspolitik noch notwendiger als zuvor. Es bedarf dann eines um so größeren Gegengewichts. Neben einer Sozialdemokratie, in der der Geist eines Crispien lebendig ist, wäre für uns kein Raum. Es wird aber unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß solcher Geist nicht aufkommt. Von diesem Standpunkt begrüßen wir auch die Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die sich im Reiche angebahnt hat. Wir lehnen den Standpunkt ab, daß es keinen Zweck habe, mitzuarbeiten, weil doch der Zusammenbruch nicht aufzuhalten sei. Niemand kann in die Zukunft sehen. Wir müssen Gegenwartspolitik treiben, und die Gegenwart verlangt, daß wir Hand anlegen. Unsere Aufgabe ist, eine Volksgemeinschaft herzustellen. Ich wünsche, daß wir mit der ganzen Kraft des leidenschaftlichen deutschen Herzens an diese Aufgabe herantreten (Stürmischer Beifall).

Die Aussprache.

An die beiden Referate schloß sich eine eingehende Aussprache [an], die die Nachmittagsstunden ausfüllte. Dr. Dahn (München) sprach seine Befriedigung darüber aus, daß die nach der Weimarer Verfassung den Ländern verbliebenen Rechte nicht weiter ohne ausdrückliche Zustimmung der betreffenden Länder angetastet werden

sollen. Zur allgemeinen politischen Lage äußerten Dr. Dahn wie Professor Lent[28] (Erlangen) ihr Einverständnis mit der Politik der Reichstagsfraktion, wenn sie auch in Bezug auf die Schutzgesetze den bekannten bayerischen Standpunkt vertraten. Über die Anwendung der Schutzgesetze wurde fast von allen Rednern Klage geführt, insbesondere äußerten sich nach dieser Richtung Dr. Dingeldey (Darmstadt), Carlsson[29] (Halle), Halbach[30] (Essen), Reichsanwalt Bünger (Leipzig). Dr. Kalle (Biebrich) vertrat den Gedanken der Volks- und Arbeitsgemeinschaft unter besonderem Hinweis auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet und auf den engen Zusammenschluß aller dort vertretenen Parteien. Zu demselben Thema äußerten sich Abgeordneter Dr. Leidig, der auch auf die wirtschaftlichen Fragen näher einging, Abgeordneter Piper (Hamburg), Dr. Köster (Dortmund), Abgeordneter Geisler.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft der Industrie fand warme Verteidiger in Dr. Rudolf Schneider (Berlin) und dem Abgeordneten von Raumer, der auch die wirtschaftlichen Fragen behandelte und hervorhob, daß sich in der Frage der Währung ein Volk von 60 Millionen selbst helfen müsse. Kultusmister Dr. Boelitz fand Gelegenheit, mehrere irrtümliche Auffassungen unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden richtig zu stellen. Abg. Dr. Stresemann griff wiederholt in die Aussprache ein und konnte in seinem Schlußwort feststellen, daß die Sitzung des Zentralvorstandes die Einmütigkeit der Partei in der Frage der Volksgemeinschaft und ihrer praktischen Verwirklichung von neuem erwiesen habe.

Anschließend werden vier Entschließungen einmütig angenommen.[31] *1. Die Entschließung zur politischen Lage bezeichnet die Arbeitsgemeinschaft der Mitte als* »die wünschenswerte Zusammenfassung derjenigen parlamentarischen Kräfte, deren Fühlungnahme und Zusammenwirken gerade gegenwärtig notwendig ist, um gegenüber dem verstärkten sozialdemokratischen Einfluß ein Gleichgewicht der parlamentarischen Kräfte herzustellen; *die preußische Regierungskoalition habe* »nicht alle Wünsche erfüllt, die von der Deutschen Volkspartei mit Recht gestellt werden konnten. Sie bildet aber gegenwärtig die einzige Möglichkeit einer stetigen, auf Erhaltung von Ruhe und Ordnung gerichteten Politik«. *2. Die Entschließung zur Anwendung des Republikschutzgesetzes erhebt Protest gegen die Ausführung des Gesetzes, die* »weder dem Zwecke des Gesetzes noch seinem Geiste entspricht«, sowie *gegen die Auflösung des Jungdeutschen Ordens und gegen die* »Knebelung der Gesinnungsfreiheit der Beamten«. *3. Die Entschließung zur wirtschaftlichen Lage stellt fest: ohne Herabsetzung der* »unerträglichen und die Kraft des deutschen Volkes weit übersteigenden Lasten« *des Versailler Vertrags auf* »ein vernünftiges Maß ist die völlige Zerrüttung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des deut-

[28] Friedrich Lent (1882–1960), Universitätsprofessor für Zivilrecht in Erlangen. 1924–1932 MdL Bayern (DVP; Übertritt zur DNVP), Juli 1932–Nov. 1933 MdR (DNVP).

[29] Wilhelm Carlsson (* 1886), Dr. iur. Nach dem Krieg im Verband des Industriellen Mittelstandes und der Haus- und Grundbesitzer tätig, dann Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Lesezirkelbesitzer.

[30] Otto Halbach (* 1881), Dr. iur. Direktor der Hütten- und Walzwerke-Berufsgenossenschaft. Generalsekretär des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen. Geschäftsführer des Verbandes rheinisch-westfälischer Betriebskrankenkassen.

[31] Wortlaut der Entschließungen: NLC vom 25.9.1822, Nr. 164.

schen Volkes unabwendbar«. *4. Die Entschließung zur Oberschlesienfrage erhebt Protest gegen die Abtrennung Ostoberschlesiens.*

48.

10. Dezember 1922: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 11.12.1922, Nr. 186. Überschrift: »Sitzung des Reichsausschusses der D.V.P.«

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hielt am Sonntag unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Stresemann in Berlin eine aus allen Teilen des Reiches gut besuchte Sitzung ab. Zur Aussprache über die politische Lage gab Dr. Stresemann einen einleitenden Bericht, in dem er zunächst nähere Mitteilungen über die Vorgänge beim Sturz des Kabinetts Wirth und bei der Bildung des Kabinetts Cuno[1] machte.[2] Dr. Stresemann gab dann weiter Aufschluß über die Politik des neuen Kabinetts und wies eindringlich auf die Schwierigkeiten hin, die auf außenpolitischem Gebiet zu überwinden sind. Die Ausführungen im einzelnen waren vertraulicher Natur.

Es schließt sich eine Aussprache an.[3] *Einstimmig wird eine Entschließung angenommen, die Protest erhebt gegen die allein auf* »nackter Machtpolitik« *beruhenden Pläne*[4] *zur Abtrennung des Rheinlands von Deutschland.*

[1] Wilhelm Cuno (1876–1933), seit Ende 1918 Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag), nahm als Wirtschaftsexperte für die Reichsregierung an den Waffenstillstands-, Friedens- und etlichen Reparationskonferenzen teil. Nov. 1922–Aug. 1923 Reichskanzler (parteilos, aber der DVP nahestehend), 1926–1933 erneut Generaldirektor der Hapag, die auf seine Initiative 1930 mit dem Norddeutschen Lloyd fusionierte.

[2] Das Kabinett Wirth II aus SPD, DDP und Zentrum war am 14.11.1922 zurückgetreten. Das bürgerliche Minderheitskabinett Cuno (mit Heinze als Justizminister und Becker als Wirtschaftsminister) trat sein Amt am 22.11. an, siehe Kabinett Cuno, S. XXff.; Arns, S. 138ff. Zu der anfänglichen Skepsis Stresemanns gegenüber der Person Cunos siehe Turner, S. 107f.

[3] An der Aussprache, deren Inhalt in dem Bericht nicht wiedergegeben wird, beteiligten sich: Rießer, Kuhbier, v. Hintze, Leidig, Landgrebe, Bünger, Pietzsch.

[4] Die französische Regierung teilte am 27.11.1922 mit, sie habe folgende Maßnahmen zur Sicherung der französischen Entschädigungsansprüche in Betracht gezogen: »1. Eine vollständige Beschlagnahme der Rheinlande, die Frankreich jetzt besetzt hält, eine Beschlagnahme, die namentlich in der Ersetzung von deutschen durch französische Beamte zum Ausdruck kommen könnte, 2. Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebiets einschließlich Essens und Bochums, so daß die Frankreich von Deutschland auf Entschädigungskonto zu liefernden Kohlen und der für die französische Industrie erforderliche Hüttenkoks gesichert würden«, Schultheß 1922, S. 222. Siehe auch die Aufzeichnungen StS Bruggers über seine Besprechungen in Köln Anfang Dezember 1922, Kabinett Cuno, Dok. Nr. 9.

49.

10. Februar 1923: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

NLC vom 12.2.1923, Nr. 13.[1] Überschrift: »Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei«.

Zugewählt werden: Pfarrer Luther (Vors. des Reichsjugendausschusses), Westermann (Vors. des Landwirtschaftsausschusses), Havemann[2] (Vorsitzender des Handwerkerausschusses) und Beythien (Vorsitzender des Reichsausschusses für Kleinhandel und Gewerbe).

Hinsichtlich des nächsten Parteitages, der im April oder Mai des Jahres in Essen stattfinden sollte, wird beschlossen, von einer Festsetzung des Termins vorläufig abzusehen.[3]

Der Beitrag der Wahlkreise an die Parteizentrale wurde dem gesunkenen Geldwert angepaßt. Die Frage der Organisation soll in einer besonderen Sitzung des Reichsausschusses eingehend behandelt werden.

Garnich wird zum Vorsitzenden des neugeschaffenen Technikerausschusses[4] *gewählt. Zur Prüfung der gegen Geisler vorgebrachten Beschwerden wird ein besonderer Ausschuß eingesetzt.*

Im zweiten Teil der Sitzung gab Abg. Dr. Stresemann einen Bericht über die politische Lage. Er kennzeichnete die schwierige Situation, die das Kabinett Cuno bei seinem Amtsantritt vorgefunden habe[5] und schilderte im einzelnen die Aktivität, die das Kabinett Cuno seither entfaltet hat, einmal durch seinen positiven Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage, dann durch den Vorschlag einer Kooperation der deutschen Industrie mit der französischen Industrie, endlich durch das Angebot eines Friedenspaktes am Rhein.[6] Durch diese Offensive sei es gelungen, Frankreich wenigstens moralisch zu isolieren. Im Innern habe sie die jetzt geschaffene Einheitsfront vorbereitet. Der Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet[7] bedeute nichts anderes als eine furchtbare Zerstörung der Wirtschaftskräfte und zwar in Deutschland wie in Frankreich, für dessen Finanzlage die Kosten für das Ruhrabenteuer von katastrophaler Wirkung sein müßten.[8] In Paris sei auch die Enttäuschung sehr groß und die Stimmung außerordentlich schlecht. Hierfür sei neben anderem die Zitierung Poin-

[1] Im Bestand BAK R 45 II fehlen alle Unterlagen des GA aus dem Jahre 1923.
[2] Heinrich Havemann (1871–1951), Malermeister in Hildesheim. Vors. des Innungsausschusses. Vorstandsmtgl. des Nordwestdt. Handwerksbundes. 1920–1928, Okt. 1929 bis 1930 MdR (DVP).
[3] Der 5. Parteitag der DVP fand am 29. und 30.3.1924 in Hannover statt, siehe BAK R 45 II/28.
[4] Siehe Dok. Nr. 38, S. 417; Nr. 39.
[5] Siehe Dok. Nr. 48, Anm. 1, 2.
[6] Zum Vorstehenden siehe Dok. Nr. 51, 53.
[7] Siehe Dok. Nr. 51, Anm. 2.
[8] Die französische Haushaltspolitik hatte sich nach einem Bericht des deutschen Botschafters in Paris, Wilhelm Mayer, bis zum Ruhreinmarsch ganz darauf gegründet, daß die finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland ausführbar seien, siehe Kabinett Cuno, Dok. Nr. 42; Vermächtnis I, S. 32f. Zur französischen Finanzlage vom Winter 1922/23 siehe

carés vor den Kammerausschuß ein deutliches Zeichen. Auf unserer Seite könnten wir eine weit bessere Stimmung buchen. Die Einheitsfront sei heute noch fester als am Anfang. Auch die Besserung der Währung sei ein Symptom der deutschen Entschlossenheit zum Widerstand.[9]

Dr. Stresemann ergänzte seinen Bericht noch durch die Beantwortung verschiedener Anfragen. Von einer eingehenderen Aussprache wurde abgesehen; es wurde aber allseitig der Genugtuung über die entschlossene Abwehr der Ruhrbevölkerung Ausdruck gegeben und der Vorsitzende beauftragt, den herzlichsten Dank hierfür den Beteiligten zu übermitteln. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

50.

2. Mai 1923: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 3.5.1923, Nr. 36. Überschrift: »Sitzung des Reichsausschusses der D.V.P.«

In der Sitzung referieren Stresemann über die außenpolitische und v. Campe über die innenpolitische Lage. Nach eingehender Aussprache[1] *wird einstimmig eine Entschließung zur Außenpolitik angenommen:*

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei billigt ohne Ausnahme die von der Reichstagsfraktion und ihrem Vorsitzenden Dr. Stresemann vertretene Politik der Unterstützung des Kabinetts Cuno. Der Reichsausschuß erkennt mit Genugtuung die von der Reichsregierung entwickelte Aktivität in der auswärtigen Politik an. Er unterstützt die Politik des Kabinetts, welche die Ehre des deutschen Namens wahrt, jeden Eingriff in die staatlichen Verhältnisse des besetzten Gebiets zurückweist und sich für die Souveränität und den territorialen Bestand des heutigen Deutschen Reiches mit aller Energie einsetzt. Der Reichsausschuß steht einmütig hinter der Reichstagsfraktion und ihrem Führer Dr. Stresemann.

In der Aussprache über die Innenpolitik wurden die von dem Führer der preußischen Landtagsfraktion [v. Campe] vorgebrachten Bedenken gegen die Politik des Ministers Severing im Falle der Aufhebung der Deutschvölkischen Freiheitspartei stark unterstrichen.[2] Andererseits bestand aber Einmütigkeit darüber, daß in der ge-

Bariéty, S. 136ff.; Walter A. McDougall, France's Rhineland Diplomacy 1919–1924, Princeton 1978, S. 234ff.

[9] Durch eine äußerst scharfe Restriktionspolitik war es der Reichsbank seit Beginn des Jahres 1923 gelungen, den Wechselkurs der Mark gegenüber dem Dollar eine Zeitlang auf einem gleichbleibenden Niveau zu halten. Gleichzeitig stiegen allerdings der Notenumlauf und die nichtkonsolidierte Reichsschuld rapide an, siehe auch Dok. Nr. 51, Anm. 35.

[1] An der Aussprache, deren Inhalt in dem Bericht nicht wiedergegeben wird, beteiligten sich: Burger, v. Hintze, Kuhbier, Hembeck, Carlsson, Hintzmann, Dingeldey, Dahn, Hoffmann, Feuerstein, Gildemeister, Sorge, Leidig, Moldenhauer, Kalle, v. Kardorff, Schuster.

[2] Der preußische Innenminister Severing hatte am 23.3.1923 aufgrund des Gesetzes zum Schutz der Republik die Organisationen der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Preußen verboten, siehe Dok. Nr. 51, Anm. 36.

genwärtigen Zeit mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage eine innenpolitische Krisis zu vermeiden ist.

51.

7. Juli 1923: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

NLC vom 8.7.1923[1], Nr. 59. Überschrift: »Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei«.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat am Sonnabend, den 7. Juli, im deutschen Reichstag zu einer außerordentlich stark besuchten Tagung zusammen.

Die Verhandlungen wurden durch den Ersten Vorsitzenden der Partei, Dr. Stresemann, eröffnet, der einleitend dem Protest der Partei gegen den französisch-belgischen Einbruch[2] Ausdruck gab und insbesondere Verwahrung dagegen einlegte, daß einem Teil der Parteifreunde durch das neue französisch-belgische Aus- und Einreiseverbot[3] die Teilnahme an den Sitzungen des Zentralvorstandes unmöglich gemacht worden sei. Die Stimme der besetzten Gebieten klinge dennoch in die Beratungen des Zentralvorstandes hinein. Sie habe zum Vaterland und zur Partei am letzten Sonntag von Hamm aus gesprochen, wo sich die Vertreter der Deutschen Volkspartei des alt- und neubesetzten Gebietes zu einer eindrucksvollen Kundgebung zusammengefunden und Zeugnis für die Politik der Partei ablegt hätten. Daß der Haß der Belgier und Franzosen sich in auffallendem Maße gegen die Vertreter der Deutschen Volkspartei an Rhein und Ruhr richte, daß in der letzten Woche allein in Duisburg vier führende Männer der Partei verhaftet worden seien, dies sei zwar tief bedauerlich für die Betroffenen, aber eine Ehre für die Partei, in der der Feind offenbar die stärkste Stütze des passiven Widerstandes erblicke. Als Geiseln seien verhaftet worden: Reichstagsabgeordneter Dr. Most[4], der Wahlkreisvorsitzende Fa-

[1] Im Bestand BAK R 45 II/38 ist von dieser Sitzung nur ein Fragment des Wortprotokolls überliefert. Es besteht aus zwei Redebeiträgen von Quaatz mit dessen handschriftlichen Korrekturen (insgesamt 9 Blatt) und einem mit »Teile des stenographischen Berichts« überschriebenen Vorblatt.

[2] Am 11.1.1923 war das Ruhrgebiet, nachdem die Repko eine wiederholte Nichterfüllung der Lieferungen von Kohle und Holz konstatiert hatte, durch belgische und französische Truppen besetzt worden. Zu Hintergrund und Verlauf der Aktion siehe Rupieper, S. 13 ff.; Jaques Bariéty, Die französische Politik in der Ruhrkrise, in: Klaus Schwabe (Hg.), Die Ruhrkrise 1923, Paderborn 1984, S. 11–27; Klaus Schwabe, Großbritannien und die Ruhrkrise, ebd, S. 53–87; Denise Artaud, Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923. Das Problem der interalliierten Schulden, in: VfZ 27 (1969), S. 241–259. Zu den Verhandlungen der Repko sowie zu dem Versuch der deutschen Seite, die Besetzung doch noch zu vermeiden, siehe Jean-Claude Favez, Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923, Genf 1969, S. 47–58; Kabinett Cuno, Dok. Nr. 20, 24, 28.

[3] Am 27.4.1923 war ein Paßzwang für Reisen aus dem besetzten Gebiet erlassen worden, siehe RTDrs. Bd. 379, Nr. 6126, S. 81 ff., der dann am 8.5. noch verschärft wurde, siehe ebd., S. 141 ff.

[4] Otto Most (1881–1971), Nationalökonom, Dr. phil. 1907–1911 Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf. 1918 Oberbürgermeister von Sterkrade. 1917–1920 Mtgl. des Rheinischen Provinziallandtages. Ab 1920 1. Syndikus der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer in Duisburg-Wesel. 1919–1928 MdR (DVP).

brikdirektor Kuhbier, der Generalsekretär der Partei Dr. Leonhardt und der Schatzmeister Foerster, alle aus Duisburg. Ihnen sende der Zentralvorstand seine besonderen Grüße und die Versicherung unverbrüchlicher Treue.

Darauf nahm der Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Leidig das Wort zu seinem Referat über die Preußenpolitik. Er führte aus: Die preußische Politik führt mitten hinein in den Kampf, der am Rhein und an der Ruhr ausgetragen wird. Es ist nicht nur deutsches Volk und deutsches Land, um das es dort geht, sondern auch preußisches Volk und preußisches Land. Je nach dem Ausfall dieses Kampfes wird das Schicksal Preußens als Land und als Staat sich entscheiden. Deshalb ist dieser Ruhrkampf auch preußischer Kampf und hängt aufs innigste zusammen mit der Politik und der Stellung des preußischen Staates. Wir haben schon in den Tagen der Gründung unserer Partei den Grundsatz vertreten: Es ist ein Lebensbedürfnis der deutschen Politik, Preußen als einheitlichen Staat zu erhalten. Und was wir damals, vielleicht als einzige Partei, ausgesprochen haben, das ist heute bei allen, die politisch denken, Verstandes- und Herzenssache geworden. Kein Staat hat durch den Versailler Vertrag und dann durch den Einbruch des Feindes in das Ruhrgebiet so furchtbar gelitten wie Preußen, und doch besteht der brennende Haß unserer Feinde gegen Preußen fort. Es muß also doch etwas Starkes und Kraftvolles in diesem Preußen liegen (Sehr richtig!). Man betrachtet auf der Seite des Feindes die Zertrümmerung Preußens als den entscheidenden Schritt zur Vernichtung Deutschlands. Wir selbst haben die Bedeutung des preußischen Staates in unserem Existenzkampf deutlich genug empfunden. Dieses einheitliche Staatsbild, das sich von der Ost- bis zur Westgrenze Deutschlands erstreckt, hat ganz wesentlich dazu beigetragen, daß wir über die ungeheuren Schwierigkeiten der letzten Jahre hinweggekommen sind, und daß wir den Kampf bis jetzt bestanden haben. Deshalb sind auch wir uns darüber klar: Geht der Kampf an der Ruhr und am Rhein so aus, wie unsere Feinde es wollen, dann geht es auch mit Preußen zu Ende. Und das würde der härteste Schlag für Deutschlands Zukunft sein. Darum ist es mehr als je heute ein deutsches Interesse, Preußen als einheitlichen Staat zu erhalten.

Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Zunächst dadurch, daß wir mit denjenigen Parteien zusammenhalten, die in der Beurteilung der preußischen Frage auf demselben Boden stehen wie wir. Und hier ist nicht zu verkennen, daß wir uns in dieser Frage am engsten berühren mit den Deutschnationalen und mit der Sozialdemokratie.[5] Im Rahmen der preußischen Politik erhebt sich aber auch noch eine andere Frage. Preußen hat eine außerordentlich starke industrielle Bevölkerung. Unter diesen Umständen ist es ganz selbstverständlich, daß wir in Preußen nicht dieselbe Politik treiben können, wie sie etwa in Bayern möglich ist. In Preußen müssen wir unsere Politik, soweit wie nur irgend möglich, darauf einstellen, daß die von der Sozialdemokratie gewonnenen und geführten Massen nicht unter die Herrschaft radikaler Elemente geraten. Auf diese Notwendigkeit haben Bassermann und Stresemann schon in früherer Zeit hingewiesen. Das Wort von der politischen Einstellung auf den Bürgerkrieg darf in der Deutschen Volkspartei überhaupt nicht ausgesprochen werden

[5] Die DNVP hatte die Ruhrbesetzung scharf verurteilt und die Einstellung aller Reparationszahlungen gefordert, siehe Liebe, S. 74 f.; Striesow, S. 421 ff. Zur Auffassung der SPD siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 555 f.; zur Haltung der ehemaligen USPD-Mitglieder siehe Günter Arns, Die Linke in der SPD-Reichstagsfraktion im Herbst 1923, in: VfZG 22 (1974), S. 191–203.

(Sehr richtig!). Bürgerkrieg heißt nichts anderes, als die Existenz Preußens und Deutschlands auf das Spiel setzen. Wenn wir eine solche Entwicklung ablehnen, und wenn wir alles tun, was wir können, um ein Abgleiten der Massen nach links zu verhüten, so ist das diejenige Politik, die wir in der Deutschen Volkspartei von jeher programmatisch vorgenommen haben. Hat denn das Wort von der Volksgemeinschaft überhaupt noch einen Sinn, wenn wir nicht auch versuchen, wirklich über alle Schwierigkeiten hinweg zu einem inneren Zusammenschluß zu kommen? (Sehr richtig!)

Aus diesen Erwägungen heraus ist die Große Koalition in Preußen entstanden.[6] Niemand von uns hat geglaubt, daß wir durch diese Koalition der Deutschen Volkspartei in Preußen einen beherrschenden Einfluß sichern könnten. Jeder hat gewußt, daß wir in der Koalition mit anderen Parteien zusammengehen müssen und daß wir in dieser Koalition als Partei in der Minderheit sind. Wir haben uns also mit sehenden Augen in diese Koalitionspolitik begeben, eben weil wir als Deutsche Volkspartei nicht dauernd in der Opposition stehen und nicht dauernd darauf verzichten konnten, einen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge zu nehmen. Das ist die Auffassung, die nicht nur von unserer Landtagsfraktion, sondern von der Deutschen Volkspartei selbst vertreten ist. Eine Erwartung hat sich allerdings nicht erfüllt, die wir bei dem Abschluß der Koalition in Preußen hegten. Wir glaubten, daß die Große Koalition in Preußen die Vorstufe derselben Mehrheitsbildung im Reiche sein würde. Dazu ist es nicht gekommen. Aber das konnte uns nicht dazu führen, die Große Koalition in Preußen nun wieder aufzugeben. Denn in demselben Augenblick, in dem wir das getan hätten, wäre der Kurs in Preußen vollkommen nach links umgelegt worden (Richtig!).

Wie steht es nun um die Erfolge der Koalition? Wir haben eine ganze Reihe von Gesetzen von wesentlicher wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung durchgeführt, von denen wir bestimmt glauben, daß sie für Preußen von Nutzen sein werden. Aber diese Frage ist nicht umstritten. Es steht vielmehr eine andere Frage im Vordergrund. Hat sich die Große Koalition politisch bewährt? Ist es der Fraktion der Deutschen Volkspartei ohne den Verzicht auf ihre Grundsätze möglich gewesen, im Rahmen der Koalition erfolgreich zu arbeiten? Diese Frage wird sehr häufig, vor allem in Bezug auf die preußische Beamtenpolitik[7], gestellt. Hier darf man einen wesentlichen Gesichtspunkt nicht außer acht lassen. Wir sind in der Deutschen Volkspartei der Auffassung, daß das Beamtentum in den Ländern wie im Reich als Berufsbeamtentum unter Ausschaltung der Parteipolitik erhalten werden muß, wie es sich früher bewährt hat. Wir lehnen es auch ab, daß nach dem früheren amerikanischen System im politischen Beamtentum mit jedem Regierungswechsel selbst ein völliger Wechsel vorgenommen werden muß.[8] Andererseits aber muß die Regierung das Recht haben, die führenden politischen Beamten so auszuwählen, daß sie mit der Regierungspoli-

[6] Am 5.11.1921 erfolgte in Preußen die Bildung einer Großen Koalition aus SPD, DDP, Zentrum und DVP, siehe Dok. Nr. 43, Anm. 8.

[7] Das nach dem Mord an Rathenau von der preußischen Regierung eingeleitete Beamtenreviriement stieß auf scharfe Kritik seitens der DVP, siehe Severing, Bd. 1, S. 352f.; Schulze, S. 418f.; Runge, S. 134ff.; Ehni, S. 47ff. Zu den Ermittlungen gegen Beamte auf Grund des Republikschutzgesetzes siehe Gusy, S. 138; siehe auch Dok. Nr. 47, Anm. 20.

[8] So in der Vorlage.

tik im Einklang stehen. Werden von diesem Gesichtspunkte aus politische Beamte zur Disposition gestellt, so ist das selbstverständlich keine Maßregelung (Sehr richtig!). Es handelt sich dabei gar nicht um die Frage des persönlichen Verdienstes und der persönlichen Eignung, im Gegenteil. Es werden in solchen Fällen gewöhnlich gerade die tüchtigsten Beamten getroffen, die sich in ihrer Stellung hervorgetan haben. Die Art und Weise, wie namentlich die Deutschnationalen solche Fälle behandeln, ist gerade deswegen so gehässig, weil man von dieser Seite den Eindruck zu erwecken versucht, als handele es sich um eine disziplinarische Maßregelung (Lebhafte Zustimmung). Die preußische Regierung hat allerdings auch häufig den Fehler begangen, daß sie die Verabschiedung von politischen Beamten durch mangelnde Fähigkeit zu rechtfertigen versuchte. Aber bei allem Recht der Auswahl der politischen Beamten nach politischen Gesichtspunkten muß doch auch eine gewisse Stetigkeit vorhanden sein. Deshalb haben wir, als wir in die Koalition eintraten, die Auffassung vertreten, daß es nicht am Platze sei, mit dem Ministerwechsel auch zugleich einen Wechsel der Staatssekretäre durchzuführen. Diesem Grundsatz mußten wir treu bleiben, wenn wir uns nicht selbst der Möglichkeit berauben wollten, ihn auch in der Opposition zu vertreten.

Wie stehen die Dinge nun heute? Die deutschnationalen Blätter verlegen sich häufig darauf, uns vorzurechnen, was die Partei in der Beamtenpolitik erreicht habe. In diesen einzelnen Personalfragen sollten wir uns nicht verleiten lassen, den Deutschnationalen auf ihren Wegen zu folgen. Wenn wir heute das gesamte preußische Beamtentum vor die Frage stellen könnten, wie sie sich zu der Beamtenpolitik der Deutschen Volkspartei verhalten, so bin ich fest davon überzeugt, daß man unserer Partei die Politik, die wir verfolgt haben, als einen ganz wesentlichen Erfolg für das Beamtentum anrechnen würde (Zustimmung). Und das aus dem guten Grunde, weil man es unserer Politik zu verdanken hat, wenn die Integrität, der Zusammenhalt, die Berufsfreudigkeit des preußischen Beamtentums erhalten worden ist. Ich erinnere sie an die Tage, in denen es sich darum handelte, die preußischen Ausführungsbestimmungen zum Schutzgesetz festzulegen. Damals haben wir einen erbitterten Kampf für das preußische Beamtentum geführt und in allem wesentlichen gesiegt. Bis heute ist in Preußen kein einziges Disziplinarverfahren auf Grund des Republikschutzgesetzes eingeleitet worden. Die Deutschnationalen gehen darauf aus, uns Knüppel zwischen die Beine zu werfen, und von diesem Gesichtspunkte aus müssen Sie einen großen Teil der Kämpfe beurteilen, die von den Deutschnationalen im Landtage gegen die Politik der Deutschen Volkspartei geführt werden[9] (Sehr richtig). Ist das verantwortliche Politik, wenn sie gegen die Fraktion der Deutschen Volkspartei Angriffe richten, obgleich sie wissen, daß es ungemein schwer ist, in einem Augenblicke, in dem der Feind im Lande steht, alle Fäden der Politik bloßzulegen. Ich habe den Eindruck, daß der Minister Severing bei den letzten parlamentarischen Kämpfen schon mehr gesagt hat, als er eigentlich hätte sagen dürfen (Sehr richtig!).

[9] Am 26.6.1923 hatte Stresemann in einem Schreiben an den preußischen Kultusminister Boelitz die Auffassung vertreten, der »Kampf gegen die widerlichen Angriffe der Deutschnationalen« müsse nun verstärkt aufgenommen werden, und sich mit der Haltung der NLC, in der Kokkelkorn seit Mitte April 1923 zahlreiche scharfe Artikel gegen die Deutschnationalen publiziert hatte, einverstanden erklärt, PA NL Stresemann 259.

Es ist klar, daß unsere Ziele letzten Endes andere sind als die eines sozialdemokratischen Ministers. Es bleibt uns unter diesen Umständen gar nichts anderes übrig, als Grenzen zu ziehen und da Widerstand zu leisten, wo diese Grenzen überschritten werden sollen.

Im übrigen müssen wir uns mit manchem abfinden, was wir nicht vertreten würden, wenn wir eine einheitliche Regierung der Deutschen Volkspartei wären. Aber auch so haben wir keinen Anlaß, unsere Mitarbeit in der Koalition vom allgemeinpolitischen Standpunkt aus für erfolglos zu halten. Als die Sozialdemokratie sich mit den Unabhängigen vereinigte[10], lag die Möglichkeit sehr nahe, daß die preußische Politik eine Entwicklung nach links nehmen werde. Diese Gefahr ist verhütet worden. Man kann sogar sagen, daß ein großer Teil der Unabhängigen sich in seiner Haltung der sozialdemokratischen Partei durchaus angeschlossen hat und die Politik unterstützt, die sie vorher stark bekämpft hat! Ist es denn richtig, wenn deutschnationale Blätter so tun, als habe es gar nichts zu sagen, wenn sozialdemokratische Minister und Führer in ihren Reden einen nationalen Ton anschlagen, der früher nicht zu hören war? Hat nicht der Deutschnationale Wallraf[11] im preußischen Landtag gesagt, er sei, trotzdem er sich in der Opposition befinde, ganz damit einverstanden, daß man die Rede des preußischen Ministerpräsidenten Braun im Land anschlage?[12] Ist es nicht außerordentlich erfreulich, wenn der Minister Severing in einer viel zu wenig beachteten Landtagsrede gesagt hat, man solle sich nicht über den Wert der Farben schwarz-weiß-rot oder schwarz-rot-gold streiten, da beide Farben darauf Anspruch hätten, von uns respektiert und geachtet zu werden. Es gehört Mut dazu, wenn ein sozialdemokratischer Minister solche Worte seinen eigenen Parteigenossen gegenüber vertritt (Sehr richtig!).

Und weiter die großen entscheidenden Fragen unseres Existenzkampfes! Ein sozialdemokratischer Staatssekretär hat vor wenigen Wochen ausdrücklich anerkannt, daß ein derartig vertrauensvolles Zusammenarbeiten, wie es heute zwischen der Regierung Dr. Cuno und der preußischen Staatsregierung besteht, unter keiner früheren Regierung da gewesen ist. In den Fragen der Organisation und der Ausgestaltung unseres Abwehrkampfes an der Ruhr hat die preußische Staatsregierung eine Haltung eingenommen, die wir jederzeit vor unserem Gewissen und vor dem Lande verteidigen können (Lebhafte Zustimmung).

Die Große Koalition ist keine Einrichtung für die Ewigkeit. Ganz gewiß wird der Augenblick kommen, in dem diese Koalition von einer anderen Mehrheitsbildung abgelöst werden wird. Soll aber eine Änderung im Sinne der Deutschnationalen

[10] Siehe Dok. Nr. 47, Anm. 21.

[11] Max Wallraf (1859–1941), Jurist, seit 1886 im preußischen Verwaltungsdienst. 1907 Oberbürgermeister von Köln, Aug. 1917–Okt. 1918 StS des Reichsamt des Innern, 1921–1924 MdL Preußen, 1924–1930 MdR (DNVP).

[12] Otto Braun hatte am 10. 1. 1923 vor dem preußischen Landtag die Ruhrbesetzung scharf verurteilt und ausgeführt: »Wir können der Gewalt nur das Recht, der Willkür nur die Gesetzlichkeit entgegensetzen in der unbeirrbaren Hoffnung, daß Recht und Gesetzlichkeit von dauernderem Bestande sein werden als Gewalt und Willkür«, VPrLT, Bd. 35, Sp. 14030. Der deutschnationale Abgeordnete Wallraf stellte in der Landtagssitzung vom 12. 1. 1923 den Antrag, die Rede Brauns »auf Staatskosten« im Land anschlagen zu lassen, ebd., Sp. 15131; zur Haltung Brauns in der Frage der Ruhrbesetzung siehe Eimers, S. 291 ff.; Schulze, S. 426 ff.

kommen, so ist die erste Voraussetzung, daß die Deutschnationalen sich in ihrer Politik ganz anders einstellen, als sie es gegenwärtig tun (Sehr richtig!). Wenn die Deutschnationalen ihre absolute Opposition gegen die Verhältnisse des Staates, wie er ist, weiter treiben, wenn sie sich nicht dazu verstehen können, das Volk in seiner staatlichen Organisation aufrecht zu erhalten, dann können wir die Deutschnationale Partei als ein Aktivum in unserer Politik nicht betrachten. Und solange die Dinge so stehen, werden wir in Preußen mit den anderen großen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie zusammengehen müssen. Die Koalition heute auflösen, in einem Augenblick, in dem die sozialdemokratischen Arbeiter Schulter an Schulter mit den übrigen deutschen Volksgenossen im nationalen Abwehrkampfe stehen, das wäre gleichbedeutend mit der Entfachung eines Kampfes im Innern, und das würde an Landesverrat streifen (Lebhafte Zustimmung). Auch die Deutschnationalen erkennen das an, lassen sich aber trotzdem nicht davon abhalten, unsere Haltung aus Gründen der Wahlagitation zu bekämpfen. Wir denken anders. Wir bleiben dem Grundsatz treu: Mag auch die Partei in Trümmer gehen, wenn uns das Vaterland in Reich und Staat erhalten bleibt. Wenn wir das erreichen, so haben wir unsere Pflicht getan (Starker lebhafter Beifall und Bravo!).

In der anschließenden Aussprache wird »allseitig anerkannt, daß die taktische Zusammenarbeit der Deutschen Volkspartei mit der Sozialdemokratie in der preußischen Koalition durch die äußere und innere Lage ein nationales Erfordernis« *sei. Obwohl eingeräumt wird, daß* »die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und die Sicherung des Staates nach außen Sache des Staates und seiner Organe selbst« *sei, verlangen mehrere Redner, darunter Maretzky, Quaatz*[13]*, Dingeldey und Hembeck,* »daß der preußische Innenminister Severing auch nach rechts und den nationalen Verbänden gegenüber unbedingt Gerechtigkeit walten lasse«.

Kaiser (Dresden) betont, »daß das sächsische Bürgertum neidisch sei auf das, was die Deutsche Volkspartei durch die preußische Koalition bis jetzt für das preußische Bürgertum erreicht habe. In Sachsen lägen die Dinge heute so, daß die Staatsgewalt ganz in die Hände des Linksradikalismus übergegangen sei, der das Beamtentum zertrampele und selbst die Volksschule zu einer Agitationsstätte für den sozialistischen Geist gemacht« *habe.*[14]

Lebhaft und wiederholt wurde auch von verschiedener Seite die unverantwortliche Agitation der Deutschnationalen gegen die Deutsche Volkspartei verurteilt. Mit dem Verlangen nach stärkerer Aufklärung durch die Zentrale der Partei in dieser Hinsicht wurde die Mahnung verknüpft, daß die Parteifreunde im Lande nicht auf die Agitation der Deutschnationalen hereinfallen möchten, nachdem diese im preußischen Landtag zusammengebrochen sei. Es sei doch festzustellen, daß sich in den Anschauungen über die preußische Koalition insofern auch ein Wandel vollziehe, als man-

[13] Quaatz kritisierte vor allem den Erlaß des Oberpräsidenten von Westfalen, Gronowski (Zentrum), vom 14.3.1923, wonach die Ortsverbände des Jungdeutschen Ordens und des Stahlhelm besonders zu überwachen seien; siehe auch Anm. 1.

[14] Seit Ende März 1923 war in Sachsen eine rein sozialdemokratische Regierung unter Erich Zeigner (SPD) im Amt, die offiziell von der KPD unterstützt wurde; zu den Auseinandersetzungen der Reichsregierung mit der sächsischen Regierung seit April 1923 siehe Rudolph, S. 300ff.

cher, der früher der preußischen Koalition ablehnend gegenüber gestanden habe, heute ihre Notwendigkeit anerkenne. Bei Beurteilung dessen, was erreicht sei, dürfe man nicht vergessen, daß es sich bei den Handlungen der preußischen Regierung vor allem um Verwaltungsmaßnahmen handele, auf die man jeden Einfluß verliere, wenn man die Koalition verlasse. Ein solcher Schritt würde nur eine Stärkung des Linksradikalismus bedeuten, also das Gegenteil verantwortungsvoller Politik.

Besonders begrüßt wurde die Erklärung des preußischen Staatsministers von Richter, daß die preußische Regierung den größten Wert darauf lege, in allen entscheidenden politischen Fragen mit der Reichsregierung zusammenzuarbeiten, und daß auch in dieser Hinsicht völlige Übereinstimmung über die Behandlung gewisser wichtiger Ruhrfragen erreicht worden sei. Die von dem Referenten Dr. Leidig in seinem Schlußwort klar formulierte Frage: »Sollen wir in der preußischen Koalition bleiben oder nicht?«, wurde durch die am Schluß mitgeteilte Resolution bejahend beantwortet.

Abgeordneter Dr. Stresemann[15]: Als der Zentralvorstand im Herbst vorigen Jahres in Breslau[16] zusammentrat, standen wir vor der Belastung unserer Politik durch die Ermordung Rathenaus[17] und die daraus hervorgehende politische Bewegung. Wir haben damals die Partei für eine Politik eingesetzt, die nicht etwa Grundsätze aufgab, aber Grundsätze zurückstellte, die Gegenwärtiges bei Seite rückte, um die Zukunft zu retten. Weiter haben wir uns damals mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beschäftigt, die im Entstehen war.[18] Beide Punkte waren damals umstritten.

Auch heute ist bei uns noch keine Befriedigung über das Gesetz zum Schutz der Republik[19] vorhanden. Zweifellos ist aber doch durch die Politik, die wir damals eingeleitet haben, eine große Befestigung unserer inneren Verhältnisse eingetreten. Das kann man schon daraus ersehen, daß wir kürzlich im Reichstag eine Mehrheit für den Abbau des Schutzgesetzes hätten haben können, wenn nicht die Deutschnationalen durch den Antrag, das Schutzgesetz überhaupt zu beseitigen, unsere Absicht durchkreuzt hätten.[20] Dieses Verhalten ist ein Schulbeispiel dafür, wie man Politik nicht machen soll (Lebhafte Zustimmung!). Wir werden unsere Bemühungen um den Abbau des Schutzgesetzes nicht aufgeben, und wir hoffen, zur Herstellung der Versammlungs- und Organisationsfreiheit zu gelangen, und hoffen weiter, daß wir dann nicht wieder an einem solchen politischen Ungeschick scheitern. Für eine Aufhebung der Schutzbestimmungen gegen Mordorganisationen treten wir nicht ein. Denn wir leben in einer Ausnahmezeit, die nach dieser Richtung Ausnahmebestimmungen verlangt (Sehr richtig!).

---

[15] Handschriftliche Notizen Stresemanns zu seiner Rede finden sich im PA NL Stresemann 255.
[16] Siehe Dok. Nr. 47.
[17] Siehe Dok. Nr. 47, Anm. 9.
[18] Siehe Dok. Nr. 47, Anm. 11.
[19] Siehe Dok. Nr. 47, Anm. 14.
[20] Am 17.7.1922 hatten DDP, Zentrum, BVP und DVP einen Antrag auf Einfügung eines § 107a in das Strafgesetzbuch gestellt, der die Sprengung oder Bedrohung von Versammlungen mit Gefängnis und einer hohen Geldstrafen bedrohte, siehe RTDrs., Bd. 374, Nr. 4825. Nachdem der Gesetzentwurf im Rechtsausschuß gegen den Widerstand der SPD erheblich verschärft worden war, siehe RTDrs., Bd. 376, Nr. 5477, kam es am 24. und 25.4.1923 im Reichstag zu heftigen Auseinandersetzungen, siehe VRT, Bd. 359, 10720ff., 10907ff.; zum schließlich verabschiedeten Gesetz siehe RGBl. 1923 I, S. 296.

Die Politik der Arbeitsgemeinschaft begegnet heute in unseren Reihen wohl überhaupt keiner Ablehnung mehr. Durch die Fusion der Sozialdemokratie mit den Unabhängigen ist kein einheitliches politisches Gebilde geschaffen worden. Die Sozialdemokratische Partei zählt vielmehr heute neben dem rechten Flügel in ihren Reihen auch sehr weit links stehende ehemalige Unabhängige. Dadurch sind im Reiche und in den Ländern viele Schwierigkeiten entstanden, und es war deshalb richtig, daß gegenüber diesem Massenzusammenschluß der Sozialdemokratie ein Zusammenwirken der bürgerlichen Parteien der Mitte geschaffen wurde.

Die weitere innerpolitische Entwicklung hat dann zur Bildung des Kabinettes Cuno geführt, das in den schwersten außenpolitischen Konflikt gekommen ist, in dem wohl jemals seit dem Kriege eine deutsche Regierung gestanden hat. Wir wußten, daß wir vor große außenpolitische Entscheidungen gestellt werden würden.[21] Wir wußten nicht, ob diese Entscheidungen zu einer Lösung des Konfliktes oder aber zur Häufung von neuem Konfliktstoffe führen würde. Aber eins war uns gewiß: Wie die Entscheidung auch immer fallen würde, es war eine unbedingte Notwendigkeit für das deutsche Volk, diesen Entscheidungen mit innerer Geschlossenheit entgegenzutreten. Deshalb bin ich auch heute noch der Ansicht, daß es unbedingt richtig war, die Frage der Präsidentenwahl aus unserer inneren Politik auszuscheiden[22] (Lebhafte Zustimmung!). Wir haben damit gewiß ein Zugeständnis gemacht. Aber wir wissen doch auch gerade in unserer jetzigen Lage zu würdigen, daß der gegenwärtige Reichspräsident eine Brücke zur sozialdemokratischen Partei bildet. Wir dürfen auch aussprechen, daß Präsident Ebert wiederholt bewiesen hat, daß er für eine Politik der Volksgemeinschaft eintritt. Wir werden ihm nicht vergessen, daß er das Deutschlandlied zu unserem Nationallied gemacht hat[23] (Lebhafte Zustimmung!). Und wenn bei den sozialdemokratischen Führern die Absicht besteht, eine Brücke zu bauen zwischen der marxistisch-internationalen Auffassung der Vergangenheit und einem deutschen Sozialismus der Zukunft, mit dem wir arbeiten können, dann sollen wir diesen Brückenbau unterstützen. Wir dürfen nicht sagen: »Über diesen Gegensatz führt kein Weg«. Führt wirklich kein Weg hinüber, dann kann die Folge nur die sein, daß wir in diesen Abgrund stürzen (Lebhafte Zustimmung!).

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat gerade in den letzten Tagen im Reichstag wiederholt ihre Auffassung durchgesetzt. Mit Taktik allein erringt man aber solche Erfolge nicht, wenn nicht bei denjenigen Parteien, mit denen wir verhandeln, Vertrauen vorhanden ist. Und dieses Vertrauen liegt in der Überzeugung, daß wir eine ehrliche Politik der Volksgemeinschaft treiben.

---

[21] Nur Stresemanns energischer Unterstützung Cunos Ende Mai 1923 war es zu verdanken, daß DDP und Zentrum ihre Drohung, dem Kabinett das Vertrauen zu entziehen, nicht in die Tat umsetzten, siehe dazu und zur (auf Vermittlung Stresemanns) gefundenen Kompromißlösung seine Aufzeichnung über eine Besprechung der Arbeitgemeinschaft der Mitte, PA NL Stresemann 259.

[22] Die Wahl des Reichspräsidenten, für die ursprünglich der 3.12.1922 als Termin in Aussicht genommen war, wurde nach kurzer Debatte im Reichstag am 24.10. verschoben. Zur Annahme gelangte ein Antrag Müller (Franken), Marx, Stresemann, Leicht, die Amtszeit des Reichspräsidenten bis zum 30.5.1925 zu verlängern, siehe VRT, Bd. 357, S. 8937 sowie die detaillierte Darstellung bei Kolb, Reichspräsident, S. 146ff.

[23] Siehe Dok. Nr. 47, Anm. 26.

In diesem Zusammenhang ein Wort über die Verordnung der Reichsregierung, wie dieses Mal der Verfassungstag begangen werden soll.[24] Ich begrüße diese Verordnung. Verschiedene republikanische Bünde, Bünde, die völlig überflüssig sind, haben erklärt, man müsse den Nationalfeiertag durchsetzen, weil er ein Bekenntnis zur Republik sei. Die Reichsregierung aber ordnet an, daß der Verfassungstag gefeiert werden soll als ein Tag des Gedenkens an Ruhr und Rhein. Ist das nicht ein Fortschritt gegenüber den Bemühungen, die auch hier auf unsere innere Zerrissenheit hinarbeiten wollen? Im Gegensatz zu ihnen sagen die Regierungen des Reiches und der Länder: »Nein, wir wollen uns einigen. Diese Angelegenheit soll befreit werden von der Atmosphäre des inneren Parteikampfes«. Das sind Bestrebungen, die man unterstützen soll (Stürmische Zustimmung).

In derselben Richtung lag der Beschluß des Reichsausschusses der D.V.P., den Kampf um die Staatsform jetzt zurücktreten zu lassen.[25] Wenn wir nach diesem Beschlusse handeln, so gehen wir dabei von der Auffassung aus – die ich hier in vollem Ernste ihrer Bedeutung ausspreche –, daß es jetzt bei dem Kampfe, den wir ausfechten, um das Reich als Ganzes geht (Lebhafte Zustimmung). Während des Krieges hat Bassermann oft gesagt: Es geht um Reich und Krone. Die Krone ist dahin, das Reich ist geblieben. Jetzt aber geht es auch um das Reich. Und wenn der Ruhrkonflikt nicht so beendet wird, daß das Reich erhalten bleibt, dann wird von diesem Kampf eine Entwicklung ausgehen, die noch mehr für uns bedeuten kann als die Folgen, die der Vertrag von Versailles gehabt hat (Lebhafte Zustimmung). Es ist eine geradezu törichte Auffassung, zu sagen, das Kabinett Cuno sei für den Ruhreinbruch verantwortlich. Aber das Kabinett Cuno hat jedenfalls die Aufgabe vor sich, den Ruhrkonflikt in einer für uns erträglichen und für das Reich ehrenvollen Weise zu beendigen.

Man hört jetzt oft das Schlagwort, die Deutsche Volkspartei habe sich zur Erfüllungspolitik bekehrt. Wenn man unter Erfüllungspolitik die Bereitwilligkeit versteht, für den verlorenen Krieg die Folgen in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit auf uns zu nehmen, dann sind auch die Deutschnationalen Anhänger der Erfüllungspolitik (Sehr richtig!). Das hat Helfferich ausgesprochen, und dazu hat sich auch Hergt bekannt, als er davon sprach, er werde keinen Augenblick länger an der Spitze seiner Fraktion bleiben, wenn er nicht davon überzeugt sei, daß auch die Deutschnationale Partei für die Verpflichtung unserer Wirtschaft bis zu ihrer Leistungsgrenze eintrete. Wir haben unsere Gegnerschaft gegen die frühere Politik darin gesehen, daß wir es ablehnten, uns einem Ultimatum zu unterwerfen und Leistungen auf uns zu nehmen, deren Unmöglichkeit sich in kurzer Zeit herausstellen mußte.[26] Im übrigen aber sind wir stets der einmütigen Auffassung gewesen, daß wir diejenigen Leistungsverpflichtungen, die wir tragen können, auch auf uns nehmen müssen (Zustimmung).

---

[24] Das Reichskabinett hatte am 17.7.1923 eine weitgehende Dienstbefreiung für den Verfassungstag (11. August) beschlossen, siehe Kabinett Cuno, Dok. Nr. 218. Nach dem Widerspruch von Reichsjustizminister Heinze wurde die Verordnung weiter gefaßt und sah nur noch vor, daß die Reichsbehörden sich »möglichst weitgehend, mindestens aber in allen größeren Orten mit den Landes- und Gemeindebehörden wegen der Veranstaltung einer gemeinsamen amtlichen Mittagsfeier in Verbindung setzen« sollten, BAK R 43 I/570; zum Wortlaut der Verlautbarung des Reichspräsidenten siehe Schultheß 1923 I, S. 151 f.

[25] Siehe Dok. Nr. 46.

[26] Zur Haltung der DVP gegenüber den Londoner Ultimatum siehe Dok. Nr. 40.

Mit dieser Frage steht ein anderer Gedankenkomplex in Verbindung, den ich kürzlich in einem Aufsatz über Politik und Wirtschaft berührt habe.[27] Wir stehen heute vor der Frage: Wie weit wird es möglich und notwendig sein, daß wir über unsere Leistungsverpflichtungen hinaus auch Garantien anbieten, die auf der deutschen Gesamtwirtschaft lasten? Wenn in diesem Zusammenhange gesagt wird, die Deutsche Volkspartei sei heute schon bereit, das deutsche Privatvermögen dem Feinde zu verpfänden, so ist das die denkbar größte Demagogie, denn es war immer klar, daß die Kriegsentschädigung durch Leistungen des Privatvermögens aufgebracht werden mußte. Die Frage ist nur, welche Form der Wirtschaftsgarantie gegeben werden muß und wie weit sie getragen werden kann. Es wird in der Agitation behauptet, auf diesen Weg der wirtschaftlichen Garantieleistung sei die Regierung durch die Deutsche Volkspartei und besonders durch mich gedrängt worden. Wenn das richtig wäre, so würde ich mich dazu bekennen. Denn es gibt keine Partei, die auf einem anderen Standpunkt steht als diesem. Wenn es sich um die Freiheit Deutschlands handelt, dann müssen in erster Linie diejenigen die Träger der Wirtschaftsgarantien sein, die Besitzer des Sachvermögens sind. In Deutschland ist an denjenigen Kreisen, die Reichs- und Staatsanleihen besaßen, die ihr ganzes Vermögen in Kriegsanleihen angelegt haben, eine Enterbung und eine Expropriation vorgenommen worden, wie sie beispiellos dasteht[28] (Lebhafte Zustimmung). Wir stehen hier an den Trümmern ganzer und wertvoller Volksschichten. Wenn diese Schichten so gewaltige Opfer gebracht haben – kann man dann überhaupt noch darüber debattieren, ob diejenigen Kreise die Garantieverpflichtung übernehmen sollen, die so glücklich gewesen sind, sich ihren Besitzwert zu erhalten und die die Möglichkeit gefunden haben, ihre Hypotheken mit Papiermark abzutragen, dann besteht für diejenigen, die ihren Besitz erhalten haben, die selbstverständliche Verpflichtung, jetzt vor die Front zu treten und zu sagen: Vaterland, hier sind wir, nimm unser Opfer! (Stürmische, wiederholte Zustimmung). Wie kann man unter diesen Umständen jene Agitation treiben, die ich vorhin erwähnt habe. Wenn ich diese Agitation sehe, so erinnert mich das an den verhängnisvollen Fehler, der gemacht wurde, als die Erbschaftssteuer von den Konservativen abgelehnt wurde.[29] Wir haben bei allem, was wir tun und lassen, die Erhaltung der deutschen Wirtschaft im Auge. Die Wirtschaft muß mit der Politik gehen und sie unterstützen. Würde die Wirtschaft denen folgen, die jetzt gegen die Politik des Reichsverbandes[30] agitieren, so könnten politische Folgen eintreten, die gerade für die Wirtschaft nicht abzusehen sind! (Stürmische Zustimmung.)

---

[27] Stresemanns großer grundsätzlicher Artikel »Politik und Wirtschaft«, in dem er sich u.a. für eine Besteuerung industrieller Investitionsgüter sowie für eine schnelle Beendigung der Inflation einsetzte, erschien am 15.5.1923 in der »Zeit«; wieder abgedruckt in: Vermächtnis I, S. 58–64.

[28] Die Anleihen und unverzinslichen Schatzwechsel, die das Deutsche Reich zur Finanzierung des Krieges ausgegeben hatte, waren durch die schnell voranschreitende Inflation nahezu vollständig wertlos geworden, siehe Peter-Christian Witt, Finanzpolitik und sozialer Wandel in Krieg und Inflation 1918–1924, in: Hans Mommsen u.a. (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 395–425.

[29] Zur hemmungslosen Agitation der Konservativen in der Frage der Erbschaftssteuer, die zum Scheitern Reichskanzler Bülows führte, siehe Peter-Christian Witt, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1903–1913, Lübeck/Hamburg 1970, S. 256ff.

[30] Gemeint: des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Die vom Reichskanzler gewünschte offizielle Erklärung, daß die deutschen Unternehmer grundsätzlich bereit seien, an der Erfül-

Die Wirtschaft ist eine der wenigen Kraftquellen, die wir besitzen. Sie ist für Deutschlands Zukunft von entscheidender Bedeutung. Wenn wir über diese Garantieleistung der Wirtschaft nicht zu einer Verständigung kommen, so ist es mir zweifelhaft, ob wir die weitere politische Entwicklung überhaupt noch parlamentarisch in der Hand behalten können, ob nicht vielmehr der Radikalismus Gelegenheit bekommt, sich durchzusetzen (Lebhafte stürmische Zustimmung). So liegen die Dinge in der Tat. Wir tanzen auf einem Vulkan, und wir stehen vor einer Revolution, wenn wir nicht durch eine ebenso entschlossene wie kluge Politik die Gegensätze versöhnen können. Es lag gar kein Grund vor, gegen die Regierungsentscheidung über die Heranziehung der Wirtschaft zur Garantieleistung Sturm zu laufen. Denn diese Entscheidung ist tatsächlich schon am 29. Dezember [1922] gefallen und zwar auf Grund eines Programmes, das auch von den Sozialdemokraten gebilligt worden ist. Es darf nicht im deutschen Volke eine Stimmung gegen die Wirtschaft aufkommen. Wir gehen zu Grunde, wenn wir nicht imstande sind, uns die Einzelwirtschaft zu erhalten. Deshalb halte ich es für falsch, wenn die Konzentrationsbildung in der deutschen Großindustrie in der bisherigen Weise weitergeht. Wir brauchen unbedingt einen gesunden industriellen Mittelstand. Wir brauchen den Kaufmann und den Industriellen, die selbständig arbeiten (Lebhafte Zustimmung).

Gegen die Note[31] und das Memorandum[32] der Regierung werden unberechtigte Angriffe gerichtet. Die Aufnahme des Memorandums war günstig, und es ist dadurch eine internationale Basis geschaffen worden, die Erfolg verspricht, wenn wir im Innern zusammenhalten. Es wird in diesem Zusammenhange auch von deutschnationaler Seite die Behauptung aufgestellt, ich sei dem Kabinett und namentlich dem Außenminister durch meine Reichstagsrede vor der Absendung der deutschen Note in den Rücken gefallen.[33] Ich stelle demgegenüber fest, daß diese Rede keine Abweichungen von der Rede Rosenbergs enthielt. Es handelte sich lediglich um anders geartete Vorschläge, die grundsätzlich von der Auffassung der Regierung nicht abwichen. Die ganze Art, in der von radikaler Seite in der letzten Zeit persönliche An-

lung der Reparationslasten mitzuwirken, war am 5.5.1923 am Widerspruch von Stinnes gescheitert. Zur Haltung des RdI vom Mai 1923, nach dessen Auffassung nur der gesamte Besitz an unbeweglichem Vermögen Pfand für die Leistungen der Wirtschaft sein konnte, siehe Kabinett Cuno, Dok. Nr. 168, 174, 178; Wulf, S. 384ff.; Rupieper, S. 155ff.; zur Haltung der Gewerkschaften siehe Potthoff, S. 320f.; Schneider, Gewerkschaften, S. 515–523.

[31] Die Reichsregierung hatte in einer Note vom 2.5.1923 für 37 Jahre Annuitäten in Höhe von 1,2 Milliarden Goldmark angeboten, allerdings entgegen den Forderungen der Alliierten keine konkreten Sicherheitsgarantien benannt, siehe RTDrs., Bd. 379, Nr. 6204; siehe auch Rupieper, S. 379ff.

[32] Das deutsche Memorandum vom 7.6.1923 bot Garantieleistungen der Reichsbahn und der Privatwirtschaft in Höhe von je 10 Milliarden Goldmark an, die ab dem 1.7.1927 mit 7% zu verzinsen waren und eine jährliche Leistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellten, siehe RTDrs., Bd. 379, Nr. 6204.

[33] Stresemann hatte in seiner Reichstagsrede vom 17.4.1923 die Haltung des Außenministers Rosenberg kritisiert, siehe VRT, Bd. 359, S. 10572ff.; zur Rede Rosenbergs vom 16.4. siehe ebd., S. 10539ff. Auf einer öffentlichen Kundgebung in Berlin führte Stresemann dann am 22.4.1923 aus: »Unser Leben und Sterben hängt nicht davon ab, ob wir eine Goldmilliarde mehr oder weniger zahlen, ob wir einige Jahre später oder früher die Grundlage für ein neues wirtschaftliches Emporsteigen gewinnen. Davon aber, daß Rhein und Ruhr deutsch bleiben, davon hängt unser Leben und Sterben ab«, Vermächtnis, Bd. 1, S. 56.

griffe gegen mich gerichtet wurden, zeugt von einer Skrupellosigkeit ohnegleichen (Lebhafte Zustimmung).

Nach vertraulichen Ausführungen über die außenpolitische Lage bemerkte Dr. Stresemann: Die Entwicklung in der auswärtigen Politik hat in den letzten Tagen immer mehr bewiesen, daß das deutsche Memorandum eine günstige Wirkung ausübt. England und Italien setzen sich, das erstgenannte in aktiver Weise, für das Zustandekommen von Verhandlungen ein. Auch der Schritt des Papstes[34] dient der Verständigung und ist dankbar zu begrüßen. In Paris selbst macht man sich Sorgen, wie es im kommenden Winter werden soll, wenn die Kohlenzufuhr aus dem Ruhrgebiet ganz aufhört. Alles deutet jedenfalls darauf hin, daß der Kampf der Nerven und des Durchhaltens jetzt auf dem Höhepunkt angelangt ist. Deshalb hängt jetzt alles davon ab, daß wir nicht zum zweiten Mal eine Erschütterung unseres unbedingten Abwehrwillens erleben (Lebhafte Zustimmung).

In diesem Zusammenhange spielt die Frage, ob passiver oder aktiver Widerstand, eine große Rolle. Hier gibt es eine ganz klare Linie: Alles, was geschieht, um zu verhindern, daß das Ruhrgebiet für Frankreichs Wirtschaft ertragreich wird, alles das ist berechtigt, alles das muß geschehen und wird von uns gebilligt[35] (Lebhafte Zustimmung). Frankreich und Belgien müssen die Empfindung haben: Wir sind im feindlichen Gebiet und werden von der Bevölkerung nur als Eindringlinge betrachtet (Wiederholte stürmische Zustimmung). Das bedingt aber nicht, daß der Einzelne sich berechtigt glaubt, sinnlose Gewaltakte vorzunehmen. Der intellektuelle Urheber aller dieser Gewalttaten aber ist und bleibt Frankreich (Erneute lebhafte Zustimmung).

Was unsere Stellung zu den Parteien anlangt, so ist unser Verhältnis zu den Deutschnationalen getrübt. Wir gehen in vielen Fragen der Wirtschaft und der Finanzpolitik wie auch in denen der Außenpolitik Hand in Hand. Wenn trotzdem die Beziehungen getrübt sind, so liegt das daran, daß sich die Deutschnationale Partei leider auf die Bedürfnisse der Agitation einstellt, vielleicht aus Rücksicht auf den Wettbewerb der Deutschvölkischen.[36] Im stillen sind die Deutschnationalen froh, daß die Deutsche Volkspartei sich in ihrer Politik nicht stören läßt. Um zu erkennen, was wir durch diese Politik erreicht haben, sollte man die Ergebnisse unserer praktischen Politik einmal mit dem vergleichen, was man erzielt hätte, wenn wir deutschnationale Poli-

[34] Papst Pius XI. gab in einem offenen Brief an Kardinalstaatssekretär Gasparri vom 27.6.1923 zu bedenken, ob es notwendig sei, »falls der Schuldner zur Tilgung der schweren Schäden seinen festen Willen« beweise, »auf jeden Fall Gebietsbesetzungen aufrecht zu erhalten, die sowohl der besetzenden Macht als auch den besetzten Gebieten schwere Opfer auferlegen«, UuF, Bd. 5, S. 148ff.

[35] Die Finanzierung des passiven Widerstands beschleunigte die Inflation erheblich. Zu den einschneidenden finanz- und wirtschaftspolitischen Folgen siehe Gerald D. Feldman, Iron and Steel in the German Inflation 1916–1923, Princeton 1977, S. 346–393; ders./Heidrun Homburg, Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923, Hamburg 1977, S. 129f., 352ff.; Wulf, S. 344ff.; zur Höhe der schwebenden Schuld des Reiches siehe Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914–1923, Berlin 1981, S. 64f.

[36] Im Dezember 1922 hatte sich die Deutschvölkische Freiheitspartei von der DNVP abgespalten, siehe Liebe, S. 61ff.; Striesow, S. 409ff. Zum Verbot der Partei in Preußen durch Innenminister Severing am 23.3.1923 siehe Kabinett Cuno, Dok. Nr. 108, 131; Severing, Bd. 1, S. 383ff.

tik getrieben hätten. Wir können stolz sein auf unsere Politik und auf das, was wir dadurch erreicht haben (Lebhafter Beifall).

Was unsere Stellung zu den einzelnen Wirtschaftsgruppen anlangt, so erweckt die Entwicklung, die der Landbund in der letzten Zeit genommen hat, mehr und mehr unsere Bedenken. Man gewinnt aus manchen Äußerungen, die von dieser Seite kommen, den Eindruck, als sei der Landbund eine deutschnationale Organisation.[37] Wir verlangen unbedingte Parität vom Landbund, sonst sind wir zweifelhaft, ob wir unseren politischen Freunden empfehlen können, den Landbund noch zu unterstützen (Lebhafte Zustimmung). Die größte Beachtung schenken wir der Erhaltung und der Stärkung eines selbständigen Mittelstandes. In diesen Kreisen herrscht eine Verstimmung, die man wohl begreifen kann. Diese Kreise des geistigen und gewerblichen Mittelstandes bilden den Kern unserer Partei. In den Mittelstandskreisen empfindet man viele wirtschaftliche Maßnahmen als tief einschneidend, und man sieht sich dazu gezwungen, den Kampf gegen Sozialisierung und Kommunalisierung zu führen, um die eigene Lebensfähigkeit zu erhalten. Wir sind in unserer Partei auch die Vertreter der geistigen und der Kulturkräfte, die in diesem Mittelstande ruhen, und wir müssen den größten Wert darauf legen, diese Kräfte zu erhalten, sowohl gegen die Verneinung der relegierenden Arbeit von links wie gegen den dogmatischen Zwang, der von rechts droht (Lebhafte Zustimmung). Es herrscht in unserer Zeit ein wahrer Heißhunger nach geistigen Dingen und nach den unverlierbaren Gütern. Hier müssen wir vorangehen und zeigen, daß diese Stimmen auch in den politischen Parteien ein Echo finden.

Gelingt es uns, den Ruhrkampf zu unseren Gunsten zu beenden, so kommt erst dann das Schwerste. Wir müssen dann unsere Handelsbilanz ins Gleichgewicht bringen, wir müssen unseren inneren Etat ordnen und Reparationsleistungen übernehmen. Das alles wird nicht gehen, ohne daß wir eine Produktionssteigerung durchsetzen. Aber dann wird auch auf der anderen Seite der Besitz ganz anders steuerlich belastet werden müssen, als es bisher geschehen ist. Man wird dann nicht davor zurückschrecken dürfen, besonders den Vermögenszuwachs zu besteuern, der während des Krieges und in den Jahren nach dem Kriege erworben worden ist.[38] Dieser Zuwachs, der in den Opfer- und Elendsjahren des deutschen Volkes erworben worden ist, muß in erster Linie für das Reich herangezogen werden (Lebhafte stürmische Zustimmung!). Nur wenn wir in dieser Weise vorgehen, werden wir auch die Produktionssteigerung durchführen können. Nicht das eine oder das andere, sondern das eine und das andere. Vor diese Entscheidung werden wir gestellt sein.

Und nun ein Schlußwort. Warum habe ich in meinen Ausführungen so großen Wert auf die Frage der inneren Politik gelegt? Weil ich den Eindruck habe, daß der Ausgang des Ruhrkampfes in erster Linie nicht von den Vorgängen draußen, sondern von der inneren Geschlossenheit des deutschen Volkes abhängt, einer Geschlossen-

[37] Der geschäftsführende Vorsitzende des Reichslandbundes, Gustav Roesicke (DNVP), hatte auf dem Reichslandbundtag am 17.2.1923 die DVP scharf angegriffen. Am 14.5. hatte Stresemann gegenüber seinem Fraktionskollegen Hepp, dem Präsidenten des Reichslandbundes, scharfe Kritik an der Rechtsentwicklung im Landbund geäußert, siehe PA NL Stresemann 259. Zum spannungsvollen Verhältnis von DVP und Landbund siehe Schumacher, Land, S. 465ff.

[38] Am 30.7.1923 stimmte das Reichskabinett einer Erhöhung der Vermögenssteuer zu, siehe Kabinett Cuno, Dok. Nr. 231; das Gesetz trat am 14.8. in Kraft, siehe RGBl. 1923 I, S. 777.

heit, die nicht nur bis zu dem Anfang etwaiger Verhandlungen, sondern bis zu dem Augenblick durchgeführt werden muß, in dem die Unterschriften unter den Vertrag gesetzt werden. Bis dahin dürfen wir auch mit der Propaganda für unsere gute Sache nicht erlahmen. Daß die Partei im Parlamente Unterstützung findet, liegt vor allem in dem Vertrauen, das sie sich durch ihre Politik erworben hat. Diese Politik muß fortgesetzt werden, weil ohne sie ein Erfolg unmöglich ist. Wenn man diese Politik eine Politik des schwächlichen Kompromisses nennt, so möge man bedenken, daß mehr Charakter zu ihr gehört als zur Kritik und Opposition (Lebhafte Zustimmung!). Die Politik der Volksgemeinschaft ist kein Idol und keine Phrase. Wer sie dafür hält, der gibt damit den Glauben an die deutsche Zukunft auf. Kommt einmal die Zeit, in der wir wieder ringen und kämpfen werden für die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reiches, dann können wir in diesem Kampfe nur siegen, wenn die Volksgemeinschaft geschaffen worden ist (Erneute stürmische Zustimmung!). Von diesem Gedanken ist unsere Politik erfüllt. Im Vertrauen auf die Zukunft ertragen wir die Gegenwart. Und die Zukunft wird sicher einmal denen danken, die diese Politik der praktischen Verantwortung auf sich genommen haben.

Der Rede folgte eine stürmische Kundgebung des Beifalls, der immer wieder von neuem ausbrach. Erst allmählich nahmen die Mitglieder des Zentralvorstandes, die sich von den Plätzen erhoben hatten, wieder ihre Sitze ein zur Fortsetzung der Verhandlung.

Die sich an das Referat anschließende Debatte[39] *ergibt eine grundsätzliche Übereinstimmung mit den Ausführungen Stresemanns.*

Nach kurzer Aussprache werden drei Entschließungen angenommen.[40] *Entschließung zur Reichspolitik: scharfer Protest gegen* »den frevelhaften Einbruch der Franzosen und Belgier in deutsches Gebiet und gegen die Terrorisierung Millionen Deutscher, die in ihrer Arbeit und der Betätigung ihre Volkstums mitten im Frieden gehindert, an denen mitten im Frieden Mord, Raub, Verbrechen jeder Art von fremder Soldateska verübt werden«; *Forderung eines scharfen Vorgehens gegen verantwortungsloses Spekulantentum. Entschließung zur Preußenpolitik: die Große Koalition* »stellt zur Zeit trotz schwerer Opfer, die in einzelnen Fällen gefordert werden, den einzigen Weg dar, um schwere innere Wirren zu verhindern und den preußischen Staat vor schweren Gefahren zu bewahren«; *gleichmäßige Anwendung der bestehenden Gesetze mit aller Entschiedenheit gegen alle Bedrohungen des Staates von links oder rechts. Entschließung zum Roten Kreuz: dringende Bitte an das Internationale Rote Kreuz,* »bei den belgischen und französischen Behörden dahin zu wirken, daß dem deutschen Roten Kreuz seine volle Bewegungsfreiheit gegeben wird«.

[39] An der Debatte, deren Inhalt in dem Bericht nicht wiedergegeben wird, beteiligten sich: Geilenkirchen (Düsseldorf), Poehlmann (Tilsit), Dingeldey (Darmstadt), Kaiser (Dresden), Rose (Hamburg), v. Richter (Berlin), Hintzmann (Bremen), v. Kardorff (Berlin), v. Campe (Hildesheim), Quaatz (Berlin), Rappmundt (Querfurt), Kalle (Bieberich), Stendel (Leer), Frau Garnich (Berlin), Maretzky (Berlin), Graf Stolberg (Dönhofstädt), Hembeck (Lüdenscheid), Walter (Rostock).

[40] Wortlaut der Entschließungen: NLC vom 8.7.1923, Nr. 59.

Der nächste Parteitag soll in Verbindung mit einem Reichsjugendtag Ende September oder Anfang Oktober 1923 in Mitteldeutschland stattfinden.[41]

Stresemann schließt die Sitzung des Zentralvorstandes mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das kommende freie Deutschland.

52.

6. September 1923: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 17.9.1923, Nr. 83. Überschrift: »Tagung des Reichsausschusses der D.V.P.«

In seinem Bericht über die politische Lage referiert Scholz über die Bildung des Kabinettes Stresemann und weist die »Legende von dem Sturz des Kabinettes Cuno durch die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft« *zurück.*[1] *Die Überwindung der innen- und außenpolitischen Gefahren, insbesondere die Beseitigung der schweren wirtschafts- und finanzpolitischen Notlage, erfordere die Zusammenfassung aller arbeitswilligen Kräfte im Dienste des Staates und des Volkes. Eine Lebensfrage für das deutsche Volk sei die Steigerung der Produktion. Stresemann verlangt unter einmütiger Zustimmung der Anwesenden* »die sittliche Erneuerung des Volksgeistes und die Überwindung der alle Stände und Klassen des Volkes beherrschenden Ichsucht, an der der Staat zugrunde« *gehe.*

In der anschließenden Aussprache[2]*, die* »Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen der inneren und äußeren Politik« *ergibt, wird gefordert, die Reichsregierung möge baldmöglichst geeignete Währungsmaßnahmen zur Durchführung bringen. Die* »zweideutige Haltung« *der Deutschnationalen zu den Steuergesetzen wird kritisiert.*[3] *Was die Lage in Sachsen und Thüringen angeht, erwartet man von der Reichs-*

[41] Der 5. Parteitag der DVP fand am 29. und 30.3.1924 in Hannover statt.

[1] Stresemann wurde am 13.8.1923 zum Reichskanzler ernannt. Zur Bildung des Kabinettes Stresemann I aus SPD, DDP, Zentrum und DVP siehe Kabinette Stresemann I/II, S. XXI ff.; XXXVI f.; Arns, S. 155 ff.; Turner, S. 114 ff. Dem Kabinett der Großen Koalition gehörte außer Stresemann als Reichskanzler und Außenminister seitens der DVP noch v. Raumer als Wirtschaftsminister an (StS in der Reichskanzlei: Werner Frhr. v. Rheinbaben; Pressechef: Wilhelm Kalle). Zu den internen Diskussionen in der DVP, die der Übernahme des Kanzleramtes vorausgingen, siehe die Aufzeichnungen Stresemanns in Vermächtnis I, S. 79, 88 sowie Günter Arns, Die Krise des Weimarer Parlamentarismus im Frühherbst 1923, in: Der Staat 8 (1969), S. 180–216. Bereits in der zweiten Besprechung Cunos mit den Parteiführern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft (Marx, Stresemann, Koch-Weser, Leicht) am 12.8.1923 hatte Marx auf eine entsprechende Fassung des Demissionsschreibens Cunos gedrängt, »damit es nicht aussehe, als sei das Kabinett von den Parteien der Arbeitsgemeinschaft gestürzt«, Kabinett Cuno, Dok. Nr. 248, S. 744.

[2] An der Aussprache beteiligten sich: Dingeldey, Leidig, Heinze, Engberding, Wentz, Chapeaurouge, v. Kardorff, Burger, Gildemeister, Kalle, Hintze, Schiftan, Hermann, Carlsson, Mende, Graf Stolberg.

[3] Der Reichstag hatte am 10.8.1923 mit den Stimmen der DNVP den Entwurf eines Steuerzinsgesetzes, eines »Rhein-Ruhr-Opfers« und ein Gesetz zur Änderung einzelner Verbrauchssteuersätze verabschiedet, siehe VRT, Bd. 361, S. 11860 ff. Im August entfesselte die DNVP dann eine Steuerverweigerungskampagne, die solche Ausmaße annahm, daß der Finanzminister am 30.8.1923 im Kabinett von einer »Sabotage der Steuermaßnahmen« sprach, Kabinette Strese-

regierung, daß sie »alles erforderliche tun werde, um den unhaltbar gewordenen Zuständen dort ein Ende zu machen«. *Mit Bedauern wird aber auch darauf hingewiesen, daß* »in Bayern von manchen Schichten der Bevölkerung politische Bewegungen unterstützt werden, die ebenfalls die Autorität des Staates und die Einheit des Reiches gefährden«.[4]

Einstimmig wird eine Entschließung angenommen: Dank an Stresemann, daß er die Leitung der Reichsgeschäfte übernommen hat, unumschränktes Vertrauen zu seiner bewährten Führung der Partei.[5]

53.

18. November 1923: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

NLC vom 19.11.1923, Nr. 115. Überschrift: »Sitzung des Zentralvorstandes der D.V.P«.[1]

Nach der Eröffnung der außerordentlich stark besuchten Tagung durch den zweiten Vorsitzenden, v. Richter, erhält Stresemann das Wort zu einem Referat über die politische Lage.[2]

[Stresemann]: Ich danke Ihnen für die Begrüßung, die Sie mir zuteil werden lassen. Ich habe Wert darauf gelegt, als Reichskanzler dem Zentralvorstand der Partei, ohne dessen Zustimmung ich mein Amt nicht hätte übernehmen können, Bericht über die drei Monate meiner Regierungspolitik zu erstatten. Ich habe Wert darauf gelegt, mich mit meinen Parteifreunden darüber auszusprechen, weil ihre Entscheidung für die Ereignisse der nächsten Tage und ihre Folgewirkungen von größter Bedeutung ist. Es handelt sich darum, ob diese Politik in meiner eigenen Partei Zustimmung oder Ablehnung findet. Das Weitere hängt davon ab: Entweder ist die Partei mit ihrem Kanzler nicht einverstanden, dann hat er die Konsequenzen zu ziehen. Oder aber die Partei steht hinter ihrem Kanzler, dann haben andere die Konsequenzen für ihr Verhalten zu ziehen[3] (Stürmische Zustimmung). Ich lege auch Wert darauf, daß

mann I/II, Dok. Nr. 33, S. 156; auch die »Zeit«, 31.8.1923, Nr. 200, kritisierte die »deutschnationale Aufforderung zur Steuersabotage« vehement.

[4] Zu den Krisen in Bayern, Sachsen und Thüringen siehe Dok. Nr. 53.

[5] Wortlaut der Entschließung: NLC vom 17.9.1923, Nr. 83.

[1] Im Bestand BAK R 45 II/38 fehlt ein stenographisches Protokoll der Verhandlungen. Dort nur die Einladung vom 12.11.1923 mit der Angabe der Tagesordnung: »Aussprache über die politische Lage. Einleitendes Referat des Herrn Parteivorsitzenden, Reichskanzlers Dr. Stresemann«.

[2] Der Redeentwurf Stresemanns, von ihm handschriftlich mit »Centralvorstand, 18. November 1923« überschrieben, findet sich im PA NL Stresemann 4. Im Anschluß an die Stichworte handschriftliche Notizen Stresemanns aus der Diskussion.

[3] Seit Beginn seiner Kanzlerschaft sah sich Stresemann mit einer ständig zunehmenden Opposition des rechten Flügels der Fraktion unter Führung von Curtius, Gildemeister, Quaatz und Stinnes konfrontiert, die ultimativ eine Einbeziehung der DNVP in das Kabinett forderten. Obwohl Stresemann am 5.11., nach dem Austritt der sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett am 3.11. (siehe Anm. 20), an die oppositionelle Gruppe appellierte, die Bildung des neuen Kabinetts ihm zu überlassen und warnend darauf hinwies, er habe »das Hundeleben

man mit voller Offenheit auf beiden Seiten spricht und daß man dabei alle Fragen berührt, an denen zum Teil heftige Kritik geübt worden ist. Zunächst die Außenpolitik.

Hier kann ich von der Frage ausgehen, in der die Politik des Kabinetts wohl überall Zustimmung gefunden hat. Daß die Aufgabe des passiven Widerstandes[4] eine Notwendigkeit ist, bestreitet niemand. Es wird uns aber vorgeworfen, die Aufgabe sei bedingungslos erfolgt und habe den vollständigen Zusammenbruch unserer Außenpolitik dokumentiert. Demgegenüber wird man zweierlei feststellen müssen. Es bestand natürlich nicht die Absicht, den passiven Widerstand bedingungslos abzubrechen. Wenn man aber Kritik übt und fragt, warum gelang es der Regierung nicht, die Durchführung ihrer Bedingungen zu erreichen, dann muß man auch fragen: Welche Mittel standen der Regierung zur Verfügung? (Lebhaftes sehr richtig!) Machtmittel gab es nicht, und die ideelle Widerstandskraft, auf der der passive Widerstand zunächst aufgebaut wurde, war nicht von unbegrenzter Dauer. Je schwächer der Funke der ursprünglichen Begeisterung wurde, und je schwerer die Ausgaben auf unseren Finanzen lasteten[5], um so mehr mußten wir uns entschließen, den Widerstand auch ohne Durchsetzung unserer Bedingungen aufzugeben. Uns trotz alledem auf die Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes einzustellen, wäre keine richtige Politik gewesen. Ich habe als Abgeordneter einmal unter Bezugnahme auf den damaligen Außenminister Dr. Simons gesagt, daß kein deutscher Außenminister imstande sei, eine populäre Politik zu treiben, weil immer zwischen dem hochgespannten Nationalgefühl des Volkes und der Politik des Möglichen eine starke Diskrepanz besteht.

Der zweite Punkt, der hier in Betracht kommt, sind unsere Verhandlungen mit Frankreich. Man hat gesagt, diese Verhandlungen seien von vornherein aussichtslos gewesen. Es gibt Verhandlungen, die man führen muß, auch wenn man fürchtet, daß sie keine Aussicht bieten. Deshalb mußte versucht werden, ob sich mit Frankreich zu einer Lösung kommen ließe oder nicht, und mich dünkt doch, als ob die Entwicklung, die seitdem auf diplomatischem Gebiet eingesetzt hat, auch wenn sie sich praktisch noch nicht voll auswirkt und erst in späteren Zeiten auswirken kann, doch wohl kein Recht gibt, von einem außenpolitischen Mißerfolg zu sprechen, soweit das Kabinett überhaupt imstande ist, auf diese Entwicklung unmittelbar einzuwirken[6]

satt«, das ihm ihre »Intrigen« aufgezwungen hätten (Protokoll der Fraktionssitzung vom 5. 11. 1923, PA NL Stresemann 87), kam es in den folgenden Tagen zu einer offenen Revolte gegen seine politische Linie, siehe dazu die detaillierte Darstellung bei Turner, S. 132 ff. Zu den vielfältigen Verbindungen der Opponenten mit der Gruppe um Seeckt und Wiedtfeld, die den Sturz Stresemanns und die Errichtung eines Direktoriums der »nationalen Diktatur« planten, siehe Carsten, S. 193 ff.; Meier-Welcker, S. 406 ff.; Thimme, S. 37 ff.; Ernst Schröder, Otto Wiedtfeld, Essen 1964, S. 158 ff.

[4] Nach langwierigen Verhandlungen innerhalb des Kabinetts war der passive Widerstand am 26. 9. 1923 abgebrochen worden, siehe Kabinette Stresemann I/II, Dok. 76, 77, 79, 80; Wulf, S. 388 ff.; Schultheß 1923, S. 117 f. Zu den erheblichen Widerständen, auf die diese Entscheidung beim rechten Flügel der Reichstagsfraktion, die diesen Schritt als Kapitulation vor Frankreich auslegte, stieß, siehe das Protokoll der Fraktionssitzung vom 6. 11. 1923, PA NL Stresemann 87; siehe auch Thimme, S. 20 f.

[5] Der Reichshaushalt wurde durch die Finanzierung des passiven Widerstands immens belastet, siehe Dok. Nr. 51, Anm. 35.

[6] Am 10. 9. 1923 hatte der französische Botschafter Stresemann mitgeteilt, Poincaré sehe als Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen die Einstellung der Zahlungen des Reichs für

(Lebhafte Zustimmung). Alle unsere Maßnahmen politischer und diplomatischer Natur haben doch dazu beigetragen, daß in dem zielbewußten Zusammenwirken der beiden angelsächsischen Mächte, in der Trennung Italiens von seinem Nachbarn[7] und in dem Schwanken Belgiens eine Lage für Frankreich eingetreten ist, die dieses Land auf die Dauer nicht so wird tragen können wie bisher. Ich will gar nicht behaupten, daß die Wirkung dieser Politik für uns zunächst unter allen Umständen glücklich sein wird. Die Bedeutung der Entwicklung liegt für uns darin, daß sie vielleicht einen neuen europäischen Geschichtsabschnitt einleitet. Und diese Bedeutung bleibt bestehen, auch wenn die nächste Folge in weiteren Gewalttaten Frankreichs besteht (Lebhafte Zustimmung).

Die Zeit, in der wir leben, trägt alle Merkmale einer fieberhaften Übergangszeit. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir alle Ereignisse beurteilen. Für uns hat sich die Lage praktisch zunächst nicht gebessert. Ich kann keine Hoffnungen machen, daß es in Deutschland in der nächsten Zeit besser werden wird. Wir stehen vor einem furchtbar harten Winter. Wir können auch unserer Wirtschaft nicht sofort aufhelfen und ein weiteres Wachsen der Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Hat irgend jemand den Zauberstab, mit dem alle diese Mißstände sich sofort beseitigen lassen, dann trete er hervor; wir sind alle bereit, ihn auf den Schild zu heben. Aber ich glaube, es gibt einen solchen Mann nicht, und wir werden noch durch ein finsteres Tal hindurch müssen (Lebhafte Zustimmung). Hat doch auch Herr von Kahr zu bedenken gegeben, man könne von ihm nicht erwarten, daß er in wenigen Monaten wieder gutmache, was durch Jahre des Krieges und der Revolution zerrüttet worden sei.[8]

Es berührt wirklich seltsam, wenn heute in der Presse behauptet wird, der 15. November hätte als der Einführungstag der neuen Währung[9] ein großer Tag sein müssen. Das läßt sich in Zeitungsartikeln leicht behaupten; aber wie sehen denn die Dinge in der Praxis aus? Auf dem Papier ist der Etat ins Gleichgewicht gebracht. Ob er

---

den passiven Widerstand an, siehe Vermächtnis I, S. 115 f.; Kabinette Stresemann I/II, Dok. 59, 61, 62, 64; Krüger, S. 183 ff.; Bariéty, S. 266 ff.; Maxelon, S. 136 ff. Zu den Verhandlungen mit England siehe Kaiser, S. 277 ff.; Weidenfeld, S. 173 ff.

[7] Sowohl Italien wie Jugoslawien erhoben Anspruch auf den Freistaat Fiume, der 1919 durch D'Annunzio für Italien besetzt worden war. Nach gescheiterten Verhandlungen zwischen beiden Ländern setzte die italienische Regierung am 17.9.1923 eine Regierung in Fiume mit diktatorischen Vollmachten ein. Zu den Bemühungen Englands, Italien und Belgien in den Reparationsfragen auf seine Seite zu ziehen, siehe Torunsky, S. 52 ff.; zum Zusammenspiel von England und den USA siehe Dohrmann, S. 189 ff.; Berg, S. 155 f.

[8] Ende September 1923 hatte die bayerische Regierung den Ausnahmezustand nach Art. 48 IV WRV verhängt und v. Kahr (BVP) zum Generalstaatskommissar mit praktisch diktatorischen Vollmachten ernannt, siehe dazu detailliert Benz, S. 317 ff.; Schulz, Demokratie, Bd. 1, S. 422 f. Zur Verhängung des Ausnahmezustands über das Reich am 26.9.1923 siehe Kabinette Stresemann I/II, Dok. 83, 84; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 612 ff.; Heinz Hürten, Reichswehr und Ausnahmezustand, Opladen 1977, S. 33 f.; zur zwielichtigen Rolle v. Seeckts siehe Meier-Welcker, S. 390 ff.; Carsten, 183 ff.

[9] Nach Errichtung der Deutschen Rentenbank am 16.10.1923 war am 15.11. die Rentenmark im Verhältnis 1 : 1 000 000 eingeführt worden, siehe Kabinette Stresemann I/II, S. LXXV ff.; Claus-Dieter Crohn, Helfferich contra Hilferding. Konservative Geldpolitik und die sozialen Folgen der Inflation, in: VSWG 62 (1975), S. 62–92; Martin Vogt, Rudolf Hilferding als Finanzminister im ersten Kabinett Stresemann, in: Otto Büsch/Gerald D. Feldman (Hg.), Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914–1924, Berlin 1978, S. 127–158 sowie die in Dok. Nr. 51, Anm. 28, 35 genannte Literatur.

sich aber wird durchführen lassen, das muß die Praxis erst ergeben. Man kann heute leider nicht Politik auf lange Sicht machen, weil man gar nicht weiß, wie die Entwicklung auch nur der nächsten Zeit sein wird (Lebhafte Zustimmung). Man spricht auch im Tone des höchsten Vorwurfes von der Programmlosigkeit des Kabinetts. Auf der einen Seite verlangt man von der Regierung Taten, und auf der anderen Seite scheint man zu glauben, daß man unsere ganze Zeit durch Programme heilen könne. Wenn das möglich wäre, dann müßten die Programme der Parteien dieses Wunder längst vollbracht haben. Man stelle sich nur einmal vor, was an ungeheuren Schwierigkeiten alles auf das Kabinett einstürmt, von innen und von außen, und dann frage man sich, ob man das mit einem Programm meistern kann. Wer das glaubt, der kennt unsere Zeit und ihre Notwendigkeiten schlecht (Lebhafte Zustimmung).

Wie stehen die Dinge an Rhein und Ruhr? Frankreich hat die Dinge dahin getrieben, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Industriellen nicht zum Abschluß gekommen sind.[10] Infolgedessen sind wir gegenüber dem besetzten Gebiet in einer außerordentlich schweren Lage. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir Rhein und Ruhr nicht mehr finanzieren können, ohne daß das ganz Reich zusammenbricht. Man macht sich in der Öffentlichkeit noch nicht die richtige Vorstellung davon, daß wir unter einer inländischen Finanzkontrolle stehen, nämlich der der Rentenbank. Mit den Krediten, die wir von dieser Seite bekommen, müssen wir unbedingt auskommen. Das besetzte Gebiet braucht für 10 bis 14 Tage etwa 100 Millionen Goldmark.[11] Unser Kredit würde also, wenn wir auch noch wenige Wochen weiterzahlen wollten, bald erschöpft sein, und damit wäre alles verloren, was wir mit der Rentenmark erreichen wollten. Wir sind uns gewiß darüber klar, daß das besetzte Gebiet in eine furchtbare Lage kommen wird. Deshalb haben wir auch versucht, wenn irgend möglich, zu einer Verständigung zu kommen, und wir haben uns bereit erklärt, der Industrie gegenüber eine Garantie für die Abmachungen zu übernehmen, die sie mit Frankreich treffen würde. Wir haben uns bereit erklärt, ihr die Auslagen nach der Gesundung unserer Finanzen wieder zurückzuerstatten und ihre Zahlungen auf Steuerkonto gutzuschreiben. Die Verhandlungen, die sie geführt hat, sind mit dem Einverständnis der Regierung geführt worden. Sie sind gescheitert, weil Frankreich die Kohlenlieferungen nicht unserem Reparationskonto gutschreiben, sondern für »andere Verpflichtungen« Deutschlands anrechnen wollte.[12] Wie die Dinge liegen, konnte in dieser Forderung nur der Versuch liegen, uns dazu zu zwingen, den Ein-

[10] Am 5.10.1923 hatte eine erste Besprechung zwischen Stinnes, Vögler und Klöckner sowie dem Befehlshaber der französischen Besatzungstruppen, General Degoutte, über die Freigabe von Zechen stattgefunden, die die Okkupationsmächte in eigene Regie übernommen oder durch ihre Truppen besetzt hatten; die bei dieser Gelegenheit von Klöckner erhobene Forderung einer Wiedereinführung des Zehnstundentages wurde von Degoutte jedoch abgelehnt, siehe Wulf, S. 393ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 640f.; zu der reservierten Haltung Stresemanns gegenüber diesen Verhandlungen siehe Vermächtnis I, S. 158ff.

[11] Bereits am 23.8.1923 hatte Finanzminister Hilferding in einer Kabinettssitzung klargestellt, daß der »Ruhrkampf aus Steuern oder sonstigen Einnahmen nicht zu finanzieren« sei, Kabinette Stresemann I/II, Dok. Nr. 18, S. 82; die Gesamtkosten des passiven Widerstands beliefen sich auf ca. 40 Millionen Goldmark täglich, siehe Vermächtnis I, S. 110.

[12] Am 23.11.1923 wurde ein Abkommen mit der Micum getroffen, nach dem die deutschen Kohlenlieferungen zwar voll auf das Reparationskonto angerechnet wurden, die rückwirkend zu zahlende Kohlensteuer und andere Abgaben aber an die Micum abgeführt werden mußten, siehe Kabinette Stresemann I/II, Dok. 208, 212; Wulf, Stinnes, S. 395ff.; Maier, S. 387ff.; Barié-

bruch in das Ruhrgebiet als legal anzuerkennen und uns mit den Kosten dieses Ruhreinbruches zu belasten. Wir haben deshalb erklärt, daß wir diese Forderung unbedingt ablehnen (Lebhafte Zustimmung), und die Vertreter der Industrie haben demgemäß geantwortet. Die zehnstündige Arbeitszeit[13], von der Poincaré in seiner letzten Rede spricht, hat dabei überhaupt keine Rolle gespielt. Die Entscheidung, die wir haben treffen müssen, ist unendlich schwer und zerreißt die Seele. Trotzdem haben wir sie treffen müssen, weil wir ein nationales Grundrecht Deutschlands nicht preisgeben durften.

Nach vertraulichen Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Vertretern des besetzten Gebiets fuhr der Reichskanzler fort: Nun ein Wort zur Währungsfrage. Ich bin der Ansicht, daß der Billionenkurs, zu dem wir gelangt sind, die Folgewirkung eines automatischen Prozesses ist. Der Stein macht um so größere Sprünge, je tiefer er fällt. Inzwischen ist der Gedanke einer neuen wertbeständigen Währung durchgeführt worden. Man hat die schärfsten Vorwürfe erhoben, weil diese Durchführung so lange gedauert hat. Demgegenüber möchte ich hervorheben, daß die Einführung des wertbeständigen Geldes ihre besonderen Gefahren hatte, solange der passive Widerstand noch im Gange war. Bei den Ausgaben, die wir während dieser Zeit hatten, wäre das wertbeständige Geld in kurzer Zeit verbraucht worden. Damals brauchten wir noch das Papiergeld (Sehr richtig!). Wenn die Lösung dieses Währungsproblems dann vielen nicht schnell genug gegangen ist, so geben sich alle diese Kritiker keine Rechenschaft darüber, daß auf keinem Gebiete die Ansichten der Sachverständigen einander so sehr widersprachen wie hier. Jeder Sachverständige ist der Ansicht, daß sein Weg allein zum Ziel führt und jeder andere zur Katastrophe. Wenn das Kabinett unter diesen Umständen seine Entschlüsse nicht von einer Stunde zur andern faßt, sondern bei der Auswahl des richtigen Mittels sich seiner Verantwortung bewußt bleibt, so sollte man dafür Verständnis haben. Die Regierung hat so rasch und schnell gehandelt, wie sie unter den gegebenen Voraussetzungen konnte. Dabei gebe ich die Kritik an einzelnen währungstechnischen Maßnahmen der Regierung völlig frei. Manche dieser Maßnahmen sind weder aus wirtschaftlichen oder währungstechnischen Gründen erfolgt, sondern aus rein politischen Gründen. Sie sollten dazu dienen, die Lage zu halten und uns über eine schwierige Übergangszeit hinwegzuhelfen. Dabei mußten wir uns manchmal zu einer Politik auf Tage verstehen. Der politische Grund aber war ausschlaggebend, und wenn es gelungen ist, unter den denkbar schwierigsten Umständen die soziale Ruhe und Ordnung in Berlin und im Reich aufrechtzuerhalten und den Ausbruch einer sozialen Revolution zu verhindern, so sehe ich [darin] den Beweis dafür, daß unsere Maßnahmen richtig gewesen sind (Stürmische Zustimmung).

---

ty, S. 241 ff. Zu der im April 1917 eingeführten Kohlensteuer, die seit April 1922 40 % des Wertes der zu besteuernden Kohle betrug, siehe Kabinette Stresemann I/II, Dok. Nr. 13.

[13] Die Regierung hatte am 13.10.1923 dem von Arbeitsminister Brauns vorgelegten Gesetzentwurf über ein Arbeitszeitgesetz zugestimmt, siehe Kabinett Stresemann I/II, Dok. Nr. 133; zum Wortlaut des Entwurfs, der am 22.10. im Reichstag eingebracht wurde, siehe RTDrs., Bd. 380, Nr. 6279. Zur weiteren Behandlung der Frage siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 25; Bischoff, S. 45 ff. Zur skeptischen Haltung Stresemanns gegenüber einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit siehe Vermächtnis, Bd. 1, S. 245 f.; Turner, S. 121 f.

Innerpolitisch haben uns die bayerische und sächsisch-thüringische Frage am meisten beschäftigt. Daß es gelungen ist, die Lösung der sächsischen Frage[14] unter Zustimmung der sozialdemokratischen Minister in Angriff zu nehmen, war die Folge einer Politik, die man doch wohl nicht als einen Fehlschlag bezeichnen kann (Lebhafte Zustimmung). Die Regierung konnte erst eingreifen, als die Dinge dazu reif geworden waren. In der Öffentlichkeit hat man es leicht zu sagen: Ach, dieser Zeigner! Für die Regierung aber war er Ministerpräsident eines Landes, und es wäre gefährlich, wenn eine Reichsregierung sich auf den Standpunkt stellen wolle, sie könne nach Belieben gegen eine Landesregierung vorgehen. Um die Grenze zu wahren, wurde im Kabinett Wert darauf gelegt, daß das Einschreiten gegen Sachsen nicht als eine militärische Aktion aufzufassen sei, sondern daß der Reichskanzler die Verantwortung dafür übernehmen müsse. Ich habe diese Verantwortung übernommen, und habe mir die Folgen sehr genau überlegen müssen. Es wäre in Deutschland gefährlich, wenn man den Bogen des Zentralismus überspannen wollte. Was dann in Sachsen nach dem Sturze Zeigners geschah, entzog sich der Kompetenz der Reichsregierung. Ich bin gefragt worden, ob das Reichskabinett eine neue sozialistisch gebildete sächsische Regierung als verfassungsmäßig anerkennen werde. Ich habe diese Frage selbstverständlich bejahen müssen. Die Neubildung der sächsischen Regierung war Sache der sächsischen Landtagsfraktionen. Auch in Thüringen sind die Kommunisten inzwischen aus der Regierung ausgeschieden. In Thüringen hat sich das Ausscheiden der Kommunisten erfreulicherweise ruhig vollzogen.[15] Die Bildung einer neuen thüringischen Regierung ist selbstverständlich Sache der dortigen Landtagsfraktionen. Was die Zustände in Bayern[16] anlangt, so erhielt man von der Linken her den Vorwurf, es sei mit ungleichem Maß gemessen worden. Diese Behauptung trifft nicht das Richtige. Bis zum 9. November [1923] lagen die Dinge in Sachsen und Bayern nicht gleich. In Bayern waren Leben und Eigentum nicht bedroht. Der Kampf spielte sich in Bayern auf dem Gebiet bundesstaatlicher Forderungen gegenüber der Zentralgewalt ab, ohne daß dabei die Notwendigkeit eines direkten Ein-

[14] Der sächsische Ministerpräsident Erich Zeigner (SPD) hatte am 10. 10. 1923 eine Regierung aus SPD und KPD gebildet; daraufhin kam es am 29. 10. zur Reichsexekution gegen Sachsen, wobei Rudolf Heinze zum Reichskommissar ernannt wurde, siehe Rudolph, S. 344 ff. Zur ablehnenden Haltung der SPD gegenüber dem Vorgehen Stresemanns siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 656 ff.; Vermächtnis I, S. 187 ff. Zu dem Generalstreikaufruf der Chemnitzer Parteileitungen von KPD und SPD siehe Klaus Hohlfeld, Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahr 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung, Diss. phil. Erlangen 1964, S. 134 ff.

[15] Nachdem es in Thüringen am 16. 10. 1923 zur Bildung einer Regierung aus SPD und KPD unter dem Sozialdemokraten August Frölich gekommen war, marschierte am 6. 11. 1923 die Reichswehr in Thüringen ein und zwang die kommunistischen Minister zum Rücktritt, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 619 ff.; Angress, S. 426 ff.; Hans-Ulrich Ludewig, Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterbewegungen in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920–1923, Husum 1978, S. 200 ff.

[16] Zum »Hitler-Putsch«, der in München am 8./9. 11. 1923 kläglich scheiterte, siehe Ernst Deuerlein (Hg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. 11. 1923, Stuttgart 1968; Harold J. Gordon, Hitler-Putsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt 1971; George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt [2]1962, S. 31 ff. Zur Haltung der Reichswehr siehe Meier-Welcker, S. 405–409; Carsten, S. 205 f.; zur Reaktion der Reichsregierung siehe Kabinett Stresemann I/II, Dok. Nr. 231, 232. Zum Vergleich der Krisen um Bayern und Sachsen siehe Gerald D. Feldman, Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, in: HZ 238 (1984), S. 569–609.

greifens vorlag oder sich erkennen ließ. Daß Bayern im alten Reich Reservatrechte hatte, war Bismarcksche Politik, und daß diese Rechte im Sturme der Revolution preisgegeben worden sind, hat in Bayern, wie man verstehen kann, nachgewirkt. Es war das Recht Bayerns, zu versuchen, die alten Rechte wiederzuerlangen. Die Reichsregierung hat auch dagegen niemals Front gemacht, sobald der Versuch auf verfassungsmäßigem Wege erfolgte. Man muß allerdings unter den heute gegebenen Verhältnissen zwischen militärischen und anderen Fragen unterscheiden. Die einzelnen Teile der Reichswehr müssen unbedingt unter einer zentralen Leitung zusammengefaßt sein (Lebhafte Zustimmung). In der Frage der militärischen Gewalt handelt es sich allerdings um eine grundsätzliche Frage. Ist es tatsächlich so, wie behauptet worden ist, daß man den Gedanken der Befehlsgewalt überspannt hat? Man kann dabei die Angelegenheit des »Völkischen Beobachters« ausschalten, obgleich kein Zweifel möglich ist, daß dieses Blatt, wenn es den General von Seeckt als unnational hinstellte, eine wüste Hetze entfaltet hat. Aber von diesem Einzelfall abgesehen: Ich bin doch der Ansicht, daß ein militärischer Befehl, der gegeben worden ist, auch ausgeführt werden muß (Stürmische Zustimmung).[17] Gewiß konnte der Befehlsempfänger der Ansicht sein, er könne den Befehl nicht ausführen, dann aber mußte er sein Amt niederlegen (Lebhafte Zustimmung). Inzwischen haben die Dinge in Bayern eine neue Entwicklung eingeschlagen. Es ist dort ein Zusammenbruch von Charakteren und Persönlichkeiten erfolgt, wie ihn wohl niemand für möglich gehalten hatte. Und welches ist der politische Schluß, den man daraus ziehen muß? Es wird der Reichsregierung immer zugerufen: »Taten!« Nun, dort in München waren die »Tatmenschen«. Wie soll man sich aber die Politik denken, wenn sie von solchen Tatmenschen gemacht wird? (Sehr richtig.)

Was im übrigen gegen die Persönlichkeiten des neunten November zu tun ist, das muß Sache des Reichsanwalts sein.[18] Woher sind diese Verhältnisse in Bayern gekommen? Dort bestanden drei Regierungen, die des Generalstaatskommissars, die der verfassungsmäßigen Regierung und die der nationalen Verbände. Es gibt viele, die behaupten, die Parteien seien tot und die Regierung müsse sich auf die nationalen Kraftquellen des Landes stützen. Gewiß sind die Parteien nicht die einzigen Kraftquellen, es gibt auch sehr starke Kräfte des Volkslebens, die sich außerhalb der Parteien auswirken. Aber was diese Bestrebungen, wie die der erwähnten Verbände, so bedenklich macht, ist das eine: geistige Kraftquellen sieht man nicht. Man sieht nur Wirtschaft und die angeblich alleinige Versinnbildlichung des nationalen Gedankens und nationalen Verbandes. Wenn sich eine Regierung allein darauf stützen wollte, so wäre eine solche Diktatur die abhängigste Regierung, die sich denken läßt. Dann hat man eine Diktatur, die ausgeübt wird von gewissen Führern des Wirtschaftslebens

[17] Der »Völkische Beobachter«, das Organ der NSDAP, hatte am 27.9.1923 unter der Überschrift »Die Diktatoren Stresemann – Seeckt« heftige Angriffe gegen den Reichskanzler und den Chef der Heeresleitung gerichtet. Sowohl v. Kahr als auch General v. Lossow, der Kommandeur der in Bayern stehenden Reichswehrtruppen, hatten sich sich jedoch geweigert, das daraufhin vom Reichswehrminister als Inhaber der vollziehenden Gewalt angeordnete Verbot des Organs zu vollstrecken.

[18] Die bayerischen Putschisten wurden im März und April 1924 vor Gericht gestellt, siehe Gusy, S. 343 ff. Zum Hitler-Prozeß siehe Bernd Steger, Der Hitler-Prozeß und Bayerns Verhältnis zum Reich 1923/24, in: VfZ 25 (1977), S. 441–466; Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

und von den nationalen Verbänden, und der Inhalt der Regierungspolitik richtet sich dann danach, was diese Verbände als nationale Politik ansehen. Glaubt man, daß auf diese Weise überhaupt eine vernünftige Politik möglich ist? (Stürmische Zustimmung). Und hat jemals eine verfassungsmäßige Regierung keine Rücksicht auf die Wirtschaft genommen?

Die Art, wie manche Teile des Landbundes vorgehen, weise ich zurück[19] (Stürmische Zustimmung). Man läßt von dieser Seite immer durchblicken, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen Landwirtschaft und Regierung für die Volksernährung unerläßlich sei. Gewiß, aber ich bin der Ansicht, daß es unter allen Umständen Pflicht der Landwirtschaft ist, für die Ernährung des deutschen Volkes zu sorgen (Stürmische Zustimmung). Wenn der Landbund das abhängig macht von der Zusammensetzung der Regierung, dann gibt er damit den Beamten und Arbeitern ein böses Beispiel. Dann kann dasselbe schließlich auch von links verlangt werden, dann können auch die Notendrucker verlangen, daß ein Kommunist Wirtschaftsminister sein soll, wenn sie dem Deutschen Reiche die Noten drucken sollen. Schließlich produzieren doch nicht nur diejenigen, die sich Produzenten nennen, auch die geistigen Arbeiter, die am Wiederaufbau des Vaterlandes arbeiten, sind Produzenten (Stürmische Zustimmung). Deshalb warne ich vor dem Wege, den diejenigen gehen wollen, die sich lediglich auf die wirtschaftlichen Kraftquellen stützen, und was die nationalen Verbände anlangt, so haben die »Münchener Neuesten Nachrichten« sehr zutreffend an die Politik des Freiherrn vom Stein vor hundert Jahren erinnert. Es ist ganz natürlich, daß die Jugend überschäumt, aber es ist ebenso verständlich, daß die Geschicke des Staates nicht ihr anvertraut werden können. Das hat man der verantwortlichen Regierung zu überlassen (Lebhafte Zustimmung). Das Richtige trifft diejenige Regierung, die in vernünftigen Bahnen das ganze Volk zum nationalen Denken erzieht, die nicht ängstlich wird, wenn die Begeisterung einmal überschäumt, die sich aber dadurch in ihrem Wege nicht beirren läßt und das tut, was sie für notwendig hält. Wenn man die Regierung nur noch in Wirtschaftsverbänden befragen und die Parteien ausschalten will, so liegt darin die Auslöschung des Idealismus im politischen Leben, so ist die Folge, daß man alles Geistige beiseite schiebt und nur noch das Materielle zur Geltung kommen läßt. Und das wäre das Ende. Denn nicht vom Materiellen, sondern vom Geistigen muß der Wiederaufstieg kommen (Stürmischer Beifall).

Ein Kabinett, das sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, ist im Deutschen Reichstag von vornherein durch keine Kombination zu erzielen. Das gegenwärtige Kabinett hat diese Mehrheit gewiß auch nicht.[20] Es muß sich die Mehrheit suchen, und wenn es die Mehrheit nicht findet, so wird die Frage akut werden: Soll nun der

[19] Der Reichslandbund und sein Präsident Hepp hatten sich hinsichtlich der Währungsreform für den Plan Helfferichs ausgesprochen, die sogenannte »Roggenmark« als neue Währung einzuführen; zudem hatte der Reichslandbund vehement gegen die zu hohe steuerliche Belastung der Landwirtschaft protestiert und die Zusammensetzung der Regierung dabei scharf kritisiert, siehe Kabinette Stresemann I/II, Dok. Nr. 22, 82; Vermächtnis I, S. 201; siehe auch Dok. Nr. 51, Anm. 37.

[20] Die sozialdemokratischen Minister waren am 3. 11. 1923 aufgrund der Ereignisse in Sachsen und Bayern zurückgetreten, siehe Kabinett Stresemann I/II, S. XLVIII ff., Dok. Nr. 216; Vermächtnis I, S. 189 ff.; Albertin/Wegner, Dok. Nr. 110; Arns, S. 172 ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 668 f.; Kastning, S. 122 ff.

Reichstag aufgelöst werden oder soll das Direktorium kommen[21], das sich unter Ausschaltung der Parteien auf die wirtschaftlichen Verbände stützt? Vor diesem zweiten Wege warne ich, warne ich nicht aus persönlichen Gründen, da ich persönlich den Augenblick begrüßen würde, der mich von der Amtsbürde befreit. Wenn ich aber im Amte bleiben und die bisherige Politik weiter vertreten soll, dann kann ich es nur, wenn mir in der eigenen Fraktion keine Schwierigkeiten gemacht werden (Stürmischer, immer wieder einsetzender Beifall). Eine Abkehr von der jetzigen verfassungsmäßigen Regierungspolitik ist nicht innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch verhängnisvoll. Käme die Diktatur, so würden wir die außenpolitische Mehrbelastung, die daraus erwächst, nicht mehr tragen können. Wir haben außenpolitisch viele Belastungsproben aushalten müssen, die Fortführung der Militärkontrolle haben wir ablehnen müssen. Wir haben eine Belastung zu tragen, die uns die Vorgänge in München außenpolitisch verursachte.

Man wirft uns die Rückkehr des Kronprinzen[22] vor und droht uns mit neuen Sanktionen. Ich halte es aber doch für besser, neuen französischen Brutalitäten ausgesetzt zu sein, als dem Vorwurf, daß der letzte Deutsche aus dem Weltkriege noch im Auslande fern von seiner Familie weilen muß (Stürmische Zustimmung). Alle diese Belastung ist außenpolitisch von uns zu tragen. Man wird uns voraussichtlich die Forderung stellen, den Kronprinzen auszuliefern, und wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen (Stürmischer Beifall). Wir stehen in Verhandlungen über ausländische Kredite. Diese Verhandlungen können nur zum Erfolg führen, wenn Deutschland sich von inneren Krisen frei hält. Diese Forderung wird von allen ausländischen Finanzkreisen erhoben, weil sie der Ansicht sind, daß nur bei ruhiger und stetiger politischer Entwicklung eine Gesundung unserer Wirtschaft möglich ist. Dafür zu sorgen, ist unsere Sache. Für die Mehrleistung und Mehrproduktion wird die Regierung die Voraussetzung schaffen. Die Regelung der Arbeitszeit wird ungefähr in dem Sinne erfolgen, wie sie durch das Arbeitszeitgesetz vorgesehen war. Daß es hier mit dem einfachen Diktieren nicht getan ist, haben die Erfahrungen im Ruhrgebiet bewiesen. Die Verminderung des Beamtenapparates, die Aufhebung der Ausfuhrkontrollen, die Führung von Kreditverhandlungen und alles, was an Regierungstätigkeit vor Augen liegt, wird Ihnen zeigen, daß das Kabinett es an Arbeit, Aktivität und Verantwortungsfreudigkeit nicht hat fehlen lassen. Ob seine Tätigkeit in allen Punkten ein Erfolg ist, wird sich erst später zeigen können. Eins aber ist heute schon klar: Sie haben das Recht, Sie hier im Zentralvorstand und Sie hier in der Fraktion, ein Urteil darüber zu fällen, ob der Weg, den wir gegangen sind, richtig war oder nicht. Sie können aber von dem Führer Ihrer Partei nur verlangen, daß er das Opfer

[21] Siehe Anm. 3.

[22] Stresemann hatte bereits seit mehreren Jahren mit dem Kronprinzen Wilhelm, der an erster Stelle der von den Alliierten zusammengestellten Kriegsverbrecherliste stand (Schultheß 1920 II, S. 315), in Verbindung gestanden und ihn sogar im Herbst 1920 im holländischen Exil besucht. Nachdem das Kabinett beschlossen hatte, dem Kronprinzen eine Heimkehr unter der Maßgabe zu gestatten, daß er sich jeder politischen Tätigkeit enthalte, kehrte dieser am 10.11.1923 nach Deutschland zurück, wobei ihm Stresemann in einem Schreiben vom 24.10.1923 (PA NL Stresemann 261) unmißverständlich zu verstehen gab, er stehe rückhaltlos hinter dem Beschluß des Kabinetts, siehe dazu auch Jürgen Heideking, Das Ende der Sanktionspolitik: Die alliierten Mächte und die Rückkehr des deutschen Kronprinzen im November 1923, in: Francia 7 (1979), S. 365–400; Kabinett Stresemann I/II, Dok. 167; Vermächtnis I, S. 215ff.

bringt, diesen Weg weiterzugehen, wenn er seine eigene Partei hinter sich hat (Stürmischer, sich immer wieder erneuernder Beifall. Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und bereiten dem Reichskanzler eine stürmische Ovation).

In der sich an die Rede Stresemanns anschließenden »vielstündigen gründlichen Aussprache« *erklärt Heinze* »namens derjenigen Gruppe, die im einzelnen abweichende Meinungen zu vertreten hatte«, *in längeren Ausführungen, daß eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung eine* »einheitliche Linie unmöglich« mache, da »die bevorstehenden wichtigen Fragen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet« *mit den Sozialdemokraten nicht zu lösen seien*: »Deshalb müsse die große bürgerliche Koalition als Gebot der Stunde erkannt werden«.

Quaatz anerkennt zwar die »Notwendigkeit der Bildung der Großen Koalition im August«, *betont aber, daß nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie eine* »tragfähige Mehrheit« nur »auf dem Wege der bürgerlichen Koalition unter Ablehnung jeder Anlehnung an die Sozialdemokratie« möglich sei.

Gegenüber der Auffassung Hugos, die Deutschnationalen zur Verantwortung heranzuziehen, erklärt Brandi »seine freudige Zustimmung zu den Grundlinien der von Dr. Stresemann entwickelten Politik«; *die* »Zumutung der Deutschnationalen sei unerträglich«.

Zahlreiche Redner würdigen die »mutige und erfolgreiche« *Arbeit Stresemanns und mahnen die Partei und ihre Organe zur Einheit und Geschlossenheit.*

Kaiser (Dresden) dankt dem Reichskanzler »für sein entschlossenes Vorgehen gegenüber den Verhältnissen in Sachsen« *und fordert,* »daß man dem Kanzler Ruhe für die Arbeit lasse und daß man ihn nicht von einer Krise in die andere stürze«. Hell (München) erkennt »die versöhnliche Haltung des Kabinetts Stresemann gegenüber Bayern an, die dort leider nicht das richtige Verständnis gefunden« *habe. Dingeldey weist auf die Tatsache hin, daß die Deutschnationalen sich schon vor Wochen der Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien entzogen hätten;* »nachdem sie jetzt entehrende Bedingungen für uns stellten, seien neue Verhandlungen in dieser Frage von unserer Seite im Augenblick undenkbar. Bei den Deutschnationalen liege nicht nur persönliche Gegnerschaft gegen Dr. Stresemann vor, sondern ausschlaggebend sei für sie die Absicht, die Deutsche Volkspartei in die Abhängigkeit von ihr zu zwingen«. *Bickes verurteilt die* »schamlose Hetze der deutschnationalen Presse gegen die Deutsche Volkspartei«.

Scholz verteidigt die Haltung der Reichstagsfraktion.[23] »Es seien zweifellos Fehler im einzelnen begangen worden. Ebenso seien aber durch falsche Nachrichten der

[23] Ernst Scholz, seit dem 14.8.1923 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, teilte in zahlreichen Punkten die Ansichten des rechten Parteiflügels, siehe dazu seinen Bericht über seine Verhandlungen mit der DNVP vor dem Fraktionsvorstand am 3.10. (BAK R 45 II/66, p. 6) sowie seine Ausführungen in der Fraktionssitzung vom 5.11.1923, PA NL Stresemann 87 (gekürzte Fassung in: Vermächtnis I, S. 195ff.). Zu seiner ambivalenten Rolle innerhalb der Fronde gegen Stresemann und zum Zustandekommen seiner Presseerklärung vom 10.11.1923 (Text: DVP-Nachrichtenblatt 23.11.1923, Nr. 24), in der er den von der DNVP geforderten Rücktritt Stresemanns ablehnte und die Frage des Eintritts der DNVP in die Regierung für erledigt erklärte, siehe Turner, S. 131ff.; Thimme, S. 45f.

Presse vielfach Irrtümer geschaffen worden. Es gäbe niemand in der Fraktion, der den Deutschnationalen gegenüber den Parteiführer um den Preis des Bürgerblocks zu opfern bereit sei. Im Volke sei eine starke nationale Bewegung unverkennbar. Wünschenswert sei, daß diese Stimmung des Volkes auch im Parlament als Grundlage einer Regierung zum Ausdruck komme. Die sachlichen Voraussetzungen für die bürgerliche Regierung seien gegeben. Die Sozialdemokratie habe selbst die Große Koalition gekündigt, deshalb können wir uns nicht mehr nach dieser orientieren. Es sei vom Standpunkt der Volkspartei selbstverständlich, daß auch ein neues Kabinett, das die bürgerlichen Parteien zusammenfasse, den Namen Stresemann tragen müsse. Wenn wir ernstlich wollen, dann können wir unser Ziel auch erreichen«.

v. Campe begrüßt die Erklärung von Scholz, die »die Lage geklärt« *habe. Cremer hebt die Schwierigkeit hervor, eine parlamentarische Mehrheit zu schaffen:* »Neue Kombinationen gäbe es nicht mehr. Die Deutschnationale Partei wolle gar nicht unsere Bundesgenossin sein, sondern unsere Herrin und Despotin. Wenn die Deutschnationale Partei ernstlich den Willen habe, die bürgerlichen Interessen zu vertreten, dann habe sie Gelegenheit genug gehabt. Die Haltung der Deutschnationalen erkläre sich daraus, daß die Partei völlig unter dem Einfluß des Rechtsradikalismus stehe. Die Bedeutung der nationalen Verbände werde vielfach überschätzt. Es gäbe auch solche und zwar sehr maßgebende Verbände, die hinter der verfassungsmäßigen Regierung stehen«.

Reichskanzler Dr. Stresemann antwortete im Laufe der Aussprache besonders auf die angeregten Wirtschaftsfragen. Eine glatte Lösung derselben gebe es nicht, alle Vorschläge finden sogleich auch ihre Widersprüche. Die Regierung ist aber nicht etwa ohne Rat und Entschluß, sondern sie führt Verhandlungen, von denen die Möglichkeit abhängt, die schwere Zeit des kommenden Winters zu ertragen. Verhandlungen mit dem Ausland können aber nicht dadurch gefördert werden, daß alle Monate ein neues Kabinett und neue Leute als Kontrahenten auftreten. Innenpolitisch mag ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen Vorteile und Erleichterungen bringen, außenpolitisch aber sind, wie ein bekannter Großindustrieller sagte, die Deutschnationalen kein Exportartikel. Das Wort von dem Primat der äußeren Politik gilt ganz besonders für ein schwaches und getretenes Land. Bisher haben die Deutschnationalen nicht diejenige Art der Politik getrieben, durch die man zur gemeinsamen Arbeit kommen kann. Durch Aufrufe und Angriffe schärfster Art haben sie gegen unsere Partei Stimmung gemacht und die Autorität der Regierung zu untergraben gesucht. Herrn Abgeordneten Dr. Heinze erinnert er daran, daß gerade er der erste nationalliberale Ministerpräsident einer großen Koalition war, nämlich im Königreich Sachsen, und daß er im Jahre 1920 den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurückgegeben habe, als die Sozialdemokraten ihm die Mitarbeit versagten.[24] Er, Dr. Stresemann, habe aber entschlossen das Kabinett weitergeführt, als vor kurzem die Sozialdemokraten ausgeschieden sind«.

In der weiteren Aussprache bringen die Vertreter der Wahlkreise Pommern, Berlin, Potsdam I, Hessen-Nassau, Lüneburg, Oberbayern, Niederschlesien, Schleswig-Hol-

[24] Siehe Dok. Nr. 27, Anm. 29.

stein, Weser-Ems, Mittelschlesien, Ostpreußen, Thüringen, Westfalen und Baden sowie der sächsischen Wahlkreise »ihre Zustimmung zur Politik des Reichskanzlers und das uneingeschränkte Vertrauen zu seiner Führung« *zum Ausdruck.*

Nach längerer Debatte wird mit 206 gegen 11 Stimmen[25] *eine von Burger (München) eingebrachte Entschließung angenommen:* »Der Zentralvorstand gedenkt in Trauer und Stolz der kämpfenden Volksgenossen an Rhein und Ruhr in ihrer tiefsten Not und ist mit der Reichsregierung darin einig, daß der staatsrechtliche Zusammenhang des besetzten Gebietes mit Reich und Ländern unverändert bleibt. Deutsch ist das besetzte Gebiet, und deutsch soll es bleiben immerdar!

Der Zentralvorstand spricht dem Parteiführer Dr. Stresemann sein volles Vertrauen aus und ist der Auffassung, daß schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen jede Änderung in der Führung der politischen Geschäfte völlig ausgeschlossen ist. Solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett zustande zu bringen, sieht er in der Zusammenfassung der zur Zeit das Kabinett stützenden Parteien unter Führung des Reichskanzlers Dr. Stresemann die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine gedeihliche politische Weiterarbeit. Dabei nimmt der Zentralvorstand von der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz Kenntnis, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers irgendwelchen Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichstagsfraktion und ist von ihr überzeugt, daß sie ihren Führer in seiner Politik restlos unterstützen wird«.[26]

v. Richter schließt darauf gegen 10 Uhr abends die Sitzung.

[25] Gegen die Entschließung stimmten u. a.: Heinze, Becker, Quaatz, Maretzky, Hepp, Piper, Rießer (BAK R 45 II/38; PA NL Stresemann 88). Maretzky erklärte in der Fraktionssitzung des folgenden Tages, die Entschließung werde auf seine Haltung nicht den geringsten Einfluß ausüben (PA NL Stresemann 87).

[26] Gildemeister, einer der Führer der Opposition gegen Stresemann, kritisierte in einem Schreiben an den GA vom 24.12.1923 (BAK R 45 II/57, p. 47f.) das Zustandekommen und den Wortlaut der Entschließung vehement: »Es muß daher vor dem Geschäftsführenden Ausschuß darüber Klage geführt werden, daß auf der Sitzung des Zentralvorstandes vom 18. November [1923] ein Beschluß angenommen ist, in dem dessen Aufgabe, ›die Richtlinien der Durchführung der Politik der Partei aufzustellen‹, weit überschritten ist, indem erstens eine Stellungnahme zur Regierungsbildung im Reich erfolgt ist, [...], drittens der Erwartung Ausdruck gegeben ist, daß die Reichstagsfraktion ihrem Führer – als den der Zentralvorstand offenbar den Parteivorsitzenden verstanden wissen wollte – restlos unterstützen würde. Damit hat der Zentralvorstand in die parlamentarischen Aufgaben der Reichstagsfraktion eingegriffen, dieser gegenüber das Recht einer übergeordneten Stelle und endlich sogar ein Recht des Eingriffs in deren Entschlüsse in Anspruch genommen. Demgegenüber ist festzuhalten, daß über Regierungskoalitionen im Reich nur die Reichstagsfraktion zu entscheiden hat, der auch das unbeschränkbare Recht zusteht, ihre in der Reichsregierung tätigen Mitglieder oder Parteiangehörigen von dort abzuberufen, wenn ihr der Zeitpunkt dafür als gekommen erscheint«.

54.

29. Januar 1924: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

NLC vom 30.1.1924, Nr. 14.[1] Überschrift: »Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der D.V.P.«

Stresemann erstattet ein Referat zur politischen Lage. In der sich daran anschließenden Aussprache wird eingehend die Lage an Rhein und Ruhr behandelt, wobei besonders die »Klagen über die drückende Last der Besatzung« *zum Ausdruck kommen. Einstimmig wird eine Entschließung zur Lage der besetzten Gebiete angenommen: wirtschaftliche und soziale Folgen der Besetzung; Forderung einer Befreiung von den* »unproduktiven und erdrückenden« *Besatzungsausgaben, die* »eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage unmöglich« *machen. Eine Lockerung des staatsrechtlichen Zusammenhangs des besetzten Gebietes mit dem Reich wird mit* »aller Entschiedenheit« *abgelehnt. Die Erklärung Vöglers, daß* »kein Mitglied der Deutschen Volkspartei sich irgend jemals in Verhandlungen über die politische Gestaltung von Rhein und Ruhr einlassen« *werde, wird mit größter Zustimmung aufgenommen. Zur Klärung der Frage, inwieweit Verfassungsänderungen im Verhältnis zwischen Reich und Ländern geboten sind, wird ein Ausschuß eingesetzt (Curtius, Burger, Leidig, zwei von der Reichsgeschäftsstelle zu kooptierende Mitglieder). Der Geschäftsführende Ausschuß billigt die Ausführungen v. Campes, Leidigs und v. Richters über die preußische Politik; Beythien und Havemann treten für Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes ein. Zur* »unwürdigen Behandlung der Ruhrgefangenen« *wird einstimmig eine Entschließung angenommen*[2] *(Forderung an die Reichsregierung,* »nichts unversucht zu lassen, um die Gefangenen zu befreien«*).*

[1] Im Bestand BAK R 45 II/57 fehlt ein Protokoll dieser Sitzung. Neben einer Anwesenheitsliste findet sich dort nur die Sitzungseinladung vom 18.1.1923 mit folgender Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Einleitender Bericht: Außenminister Dr. Stresemann, 2. Vorbereitung zu den kommenden Wahlen. Einleitender Bericht: Staatssekretär z.D. Kempkes. Hierzu Antrag Gildemeister auf Einsetzung eines Unterausschusses zur Vorbereitung der Reichstagswahlen, 3. Antrag des Landesverbandes Baden auf Einberufung des Zentralvorstandes zwecks Aufstellung von maßgebenden Richtlinien über folgende Fragen: 1. Rheinlandpolitik, 2. Das Verhältnis der Länder zum Reich, 3. Koalitionspolitik, 4. Neugestaltung des Wahlgesetzes, 5. Die Nöte des Mittelstandes, Beamtenpolitik, 6. Die Beschwerde des Abgeordneten Gildemeister über die Überschreitung der Kompetenzen des Zentralvorstandes durch dessen Beschluß vom 18. November [1923], 7. Antrag Gildemeister II: es wird beantragt, eine durch die Einführung des parlamentarischen Systems notwendige Revision der Satzungen vorzubereiten und dafür gemäß § 17 der Satzungen einen Unterausschuß einzusetzen, 8. Verschiedenes sowie einige handschriftliche Notizen von Trucksaess.

[2] Wortlaut: NLC vom 30.1.1924, Nr. 14.

Gebilligt werden ferner die von der Parteileitung zur Wahlvorbereitung vorgeschlagenen Maßnahmen[3] *sowie die Vorschläge des Rechnungsausschusses hinsichtlich der Beitragsleistungen der Wahlkreisverbände.*[4]

55.

28. März 1924: Sitzung des Zentralvorstandes in Hannover

NLC-Sonderausgabe zum fünften Parteitag der Deutschen Volkspartei in Hannover am 29. und 30. März 1924. Überschrift: »Die Aussprache im Zentralvorstand. Einmütige Beschlußfassung«.[1]

Vor Beginn des Parteitages der Deutschen Volkspartei trat der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei am 28. März [1924] in Hannover zu einer Sitzung zusammen. Die Versammlung fand in dem großen, mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückten Saal des Parkhauses statt und war aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark besucht. Anwesend waren 261 Vertreter.

Als Vorsitzender des Zentralvorstandes erstattete Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein kurzes Referat über die politische Lage und die Politik der Partei.[2] Stürmi-

[3] Die Reichsgeschäftsstelle hatte den Gliederungsentwurf für ein Wahlhandbuch erarbeitet (BAK R 45 II/57, p. 121f.), das vor der Reichstagswahl vom 4.5.1924 erscheinen sollte, siehe auch »DVP-Wahlhandbuch, hg. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP« (Berlin 1924); zudem hatte der GA die Kosten für eine umfangreiche Wahlpropaganda mittels Filmen und Dias prüfen lassen.

[4] Angenommen wurde der Vorschlag des Rechnungsausschusses, den Beitrag der Wahlkreisverbände an die Parteizentrale für das Jahr 1924 auf 3 Pfennig je abgegebener Stimme festzusetzen, siehe BAK R 45 II/57, p. 135. In einer Besprechung über die finanzielle Lage der Partei am 8.1.1924 hatte Stocksiek ausgeführt, die notwendige »erhebliche Besserung« der Organisationsstruktur sei »davon abhängig, daß es gelänge, die Finanzen der Ortsgruppen durch Einführung und Erhebung entsprechender Beiträge wieder in Ordnung zu bringen«, ebd., p. 69.

[1] Im Bestand BAK R 45 II/39 fehlt ein Wortprotokoll der Verhandlungen. Dort nur die Sitzungseinladung vom 17.3.1924 mit folgender Tagesordnung: 1. Der Wahlkampf. Einleitender Bericht: Reichsminister Dr. Stresemann, 2. Vorberatung des Wahlaufrufs, 3. Vorbereitung des Parteitags.

[2] Die Reichstagsfraktion hatte am 12.1.1924 beschlossen: »Ziel deutscher innerer Politik muß die Volksgemeinschaft sein. Sie setzt den Ausgleich der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze und die Zusammenfassung aller Kräfte zur Erreichung äußerer Freiheit sowie innerer Ordnung und Gerechtigkeit voraus. Sie bedeutet deshalb im Grunde dasselbe wie nationale Einheit. Die sogenannte Große Koalition war noch nicht die Erreichung, wohl aber ein Weg zu diesem Ziel. Das taktische Zusammengehen mit der Sozialdemokratie wurde von der Reichstagsfraktion in ihrer Heidelberger Erklärung im September 1921 grundsätzlich gutgeheißen. Am 12. August 1923 wurde die Große Koalition dementsprechend Grundlage für das Kabinett Stresemann. Sie ist am 7. November 1923 gescheitert, nachdem die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Stresemann eingebracht hatte, weil sie sich den Maßnahmen zur Wiederherstellung der inneren Ordnung und zur wirtschaftlichen Gesundung des Reiches widersetzte. Die V.S.P.D., die seit der Fusion der Sozialdemokratischen Partei mit der früheren Unabhängigen Partei unter den Einfluß ihres radikalen linken Flügels geraten war, hat nicht die Kraft aufgebracht, von sich aus die Verbindung der Partei in einzelnen Landesteilen mit der Kommunistischen Partei zu lösen. Sie hat durch diese Politik die wirtschaftlichen und staatlichen Notwendigkeiten einseitiger parteitaktischer Einstellung geopfert und damit den Beweis erbracht, daß mit ihr in der jetzigen Zusammensetzung

scher, immer wieder erneut einsetzender Beifall folgte seinen Ausführungen. Daran schloß sich die Aussprache, die bis in die Abendstunden dauerte. Die Aussprache wurde in einem Geiste geführt, der bewies, daß die Mitglieder der Deutschen Volkspartei sich nicht nur Parteifreunde nennen, sondern es auch sind. Zur Gründung der »Nationalliberalen Vereinigung«[3] wurde gegen vereinzelte Stimmen folgender Beschluß gefaßt: »Der Zentralvorstand stellt fest, daß politische Organisationen und ähnliche Verbindungen von Mitgliedern innerhalb der Partei nur möglich sind, soweit die Satzungen dies gestatten oder die zuständigen Parteiinstanzen sie ausdrücklich genehmigen. Andere politische Organisationen innerhalb der Partei sind unmöglich«.

Zu diesem Beschluß des Parteivorstandes erklärten anwesende Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung folgendes[4]: »Die anwesenden Mitglieder der Nationallibe-

---

und bei ihrer Abhängigkeit von dem Radikalismus im eigenen Lager fruchtbare Reichspolitik nicht getrieben und das Ziel der Volksgemeinschaft nicht erreicht werden kann. Das taktische Zusammengehen mit der Sozialdemokratie hat übrigens niemals etwas geändert an der grundsätzlichen Einstellung der Partei auf Bekämpfung der Sozialdemokratie, eine Bekämpfung, die den Grundsätzen des Parteiprogramms der Deutschen Volkspartei entspricht. Nachdem die Große Koalition im Reiche durch die Politik der V.S.P.D. zerstört worden ist, erwächst der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei die Aufgabe, an der Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Koalition zu arbeiten. Die Deutsche Volkspartei ist berufen, Sammelpunkt aller staatsbejahenden bürgerlichen Kräfte zu sein, betrachtet aber auch die hierdurch angestrebte Entwicklung nur als eine Etappe auf dem Weg zur Volksgemeinschaft, wie auch die Große Koalition ein Weg zu diesem Ziel gewesen ist. Eine Zusammensetzung der bürgerlichen Kräfte setzt die unbedingte Anerkennung des Grundsatzes voraus, daß Änderungen der heutigen Reichsverfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege möglich sind, und erfordert das Bekenntnis zur positiven Mitarbeit am Staat sowie das Aufgeben jeder lediglich negativen zerstörenden Kritik und einer die Idee der Volksgemeinschaft ausschließenden Art der Agitation«, NLC 13.3.1924.

[3] Am 12.3.1924 hatte sich eine »Nationalliberale Vereinigung« gebildet (Teilnehmer an der Gründungsversammlung: u.a. Becker, Gildemeister, Klönne, v. Lersner, Maretzky, Piper, Quaatz, Sorge, Stauß, Vögler, PA NL Stresemann 89). Ziel der »Nationalliberalen Vereinigung« war es, alle Parteimitglieder zu sammeln, »die in nationaler, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht an den Grundsätzen der alten nationalliberalen Partei festhalten wollen, wie sie im Programm der Deutschen Volkspartei vom Jahre 1920 zugrunde gelegt sind. Insbesondere soll auf die Einstellung der Deutschen Volkspartei in der Richtung einer straff nationalen, antisozialistischen Politik eingewirkt werden« (Bericht über die Gründungsversammlung, ebd.). Zu den weiteren Zielen der Vereinigung, die in Berlin vor allem von den konservativen Blättern »Der Tag« und der »Berliner-Börsenzeitung« unterstützt wurde, siehe vor allem die Rede Vöglers auf einer gemeinsamen Tagung des RdI und der VdA, Veröffentlichungen des RdI, Berlin 1924, S. 35; Thimme, S. 49ff.; Wulff, S. 522f.; Vermächtnis I, S. 372. Bereits am 19.3.1924 hatte der Fraktionsvorstand beschlossen, die Angelegenheit »wegen nicht vorhandener Zuständigkeit« dem PV zu überweisen, BAK R 45 II/66, p. 14; siehe auch Anm. 4.

[4] Noch vor dem Zusammentritt des Zentralvorstands hatten Verhandlungen mit einigen Angehörigen der Nationalliberalen Vereinigung, darunter Gildemeister und Quaatz, stattgefunden. Chapeaurouge hielt dazu in einer Aktennotiz fest: »Es wurde anerkannt, daß eine Zugehörigkeit zu beiden Organisationen nicht möglich sei. Auf Anfrage in der Vollversammlung haben Herr Dr. Stresemann und ich dieses mit aller Schärfe hervorgehoben«, BAK R 45 II/39, p. 41. Nachdem der Unvereinbarkeitsbeschluß des Zentralvorstandes auch vom Parteitag mit überwältigender Mehrheit bestätigt worden war (siehe Vermächtnis I, S. 372ff.), unterrichtete die Parteileitung die Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung davon, daß sie aus der Partei ausgeschlossen würden, wenn sie sich nicht umgehend aus der Vereinigung zurückziehen würden. Daraufhin erklärten Adams, Becker, Dauch, Gildemeister und Sorge ihren Austritt, während v. Lersner, Maretzky und Vögler die DVP verließen und zu den Reichstagswahlen mit einer

ralen Vereinigung erklären, daß sie nach der von dem Zentralvorstand festgestellten Einmütigkeit in den politischen Grundauffassungen bei ihren Freunden für die Ausführung des heutigen Beschlusses des Zentralvorstandes eintreten werden«.

Diese Einmütigkeit zeigte sich auch bei der einstimmigen Annahme des von Herrn Prof. Dr. Leidig verfaßten Wahlaufrufes.[5]

56.

6. Juli 1924: Sitzung des Zentralvorstandes in Frankfurt

BAK R 45 II/39, p. 239–545. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll mit handschriftlichen Korrekturen[1]; Erstschrift.

Stresemann eröffnet um 10 Uhr die Tagung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag von Landgrebe wird Stresemann wiederum durch Zuruf zum ersten Vorsitzenden des Zentralvorstandes gewählt. Als Stellvertreter für die heutige Sitzung werden v. Campe und Zapf berufen.

Nach langer und heftiger Debatte wird mit großer Mehrheit beschlossen, entsprechend dem Wahlvorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses en bloc in den Zentralvorstand zuzuwählen[2]: Verbandsvorsteher Bechly (Berlin), Magistratsbaurat Brüggemann (Berlin), Frau Reichsrat von Buhl (Deidesheim), Generalsekretär a. D. Brune (Melle), Stadtrat Findeisen (Plauen i. V.), Johannes Flathmann (Berlin), Frau Milka Fritsch[3] (Königsberg), Malermeister Havemann (Hildesheim), Lehrerin Antonie Hoffmann (Steglitz), Reichsminister Dr. Jarres[4] (Berlin), Fabrikbesitzer Kehrl[5]

---

eigenen Kandidatenliste antraten. Drei weitere Führer der Nationalliberalen Vereinigung (Doebrich, Klönne, Quaatz) traten ebenfalls aus der Partei aus und schlossen sich der DNVP an, siehe dazu auch Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 437 f.

[5] Der vom Parteitag beschlossene Aufruf zur Reichstagswahl 4.5.1924 ist abgedruckt in: NLC 1.4.1924.

[1] Im stenographischen Sitzungsprotokoll fehlen die Ausführungen zu TOP 1 und der Anfang der Debatte zu TOP 2, obwohl die Paginierung mit Seite 1 beginnt. Tagesordnung: 1. Konstituierung des Zentralvorstands. Wahl des Vorsitzenden, 2. Zuwahlen, 3. Wahl des Parteivorstands, 4. Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses, 5. Aussprache über die politische Lage. Einleitender Bericht des Herrn Parteivorsitzenden.

[2] Die im Protokoll nicht verzeichneten Namen der 30 Zugewählten werden im folgenden so aufgeführt, wie sie in der Sondernummer der NLC vom 6.7.1924 angegeben sind. Über die Sitzung des GA, die einen Tag vor der Sitzung des ZV stattfand, finden sich im Bestand BAK R 45 II/57 nur die Sitzungseinladung vom 27.6.1924, eine Tagesordnung (Vorbereitung der Wahlvorschläge für die konstituierende Sitzung des Zentralvorstandes am 6. Juli [1924]), die Anwesenheitsliste sowie einige knappe handschriftliche Notizen von Trucksaess.

[3] Milka Fritsch (* 1867), Hausfrau. März 1923–1924 MdR (DVP).

[4] Karl Jarres (1874–1951), Dr. iur. 1914–1933 Oberbürgermeister von Duisburg. 1919–1933 MdL Preußen (DVP), Mtgl. des preußischen Staatsrates. 1923–1925 Reichsinnenminister. 1925 beim 1. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Kandidat des Bürgerblocks. Nach der Auflösung der DVP in der Wirtschaft tätig.

[5] Gustav Kehrl (* 1867). Mitinhaber der Firma Rudolph Kehrl Tuchfabrik, Cottbus. Mtgl. des Brandenburgischen Provinziallandtages. 1933 Präsident der Handelskammer Niederlausitz.

(Cottbus), Bankdirektor Kiehl[6] (Schöneberg), Geh. Sanitätsrat Dr. Mugdan (Berlin), Frau Charlotte Mühsam[7] (Charlottenburg), Frau K. v. Oheimb (Goslar), Handelskammersyndikus Sartorius (Bielefeld), Generaldirektor Dr. Sorge (Berlin), Gewerkschaftsvorsitzender Streiter (Berlin), Fräulein Dr. Wolf[8] (München), Hauptgeschäftsführer v. Zengen[9] (Berlin), als Vertreter der Jugendgruppen der D.V.P. stud. iur. Kurt Trampler (München), Kaufmann Hans Erich Kemper (Elberfeld), als Vertreter der Studentengruppen Dipl. ing. Kruspi[10] (Charlottenburg); weiter werden zugewählt die Generalsekretäre Bretschneider[11] (Braunschweig), Hintzmann (Bremen), Schindler (Frankfurt a. M.), Wenken (Kiel), Frau Rahmlow (Dortmund) sowie Herr Kilburger (Königsberg).

In den Parteivorstand, dem die Vorsitzenden des Zentralvorstandes, des Geschäftsführenden Ausschusses, der Fraktionen des Reichstags und des Preußischen Landtages ohne weiteres angehören, hat der Zentralvorstand weitere fünf Mitglieder zu wählen. Die Wahl fiel auf die Abg. Dingeldey, Kalle, Dr. Leidig, Frau Mende und Dr. Moldenhauer.[12] In den Geschäftsführenden Ausschuß, dem zunächst die Mitglieder des Parteivorstands angehören, wurden gewählt die Abg. Kempkes, Garnich, Dr. Becker (Hessen), Beythien, Dr. Cremer, Dr. Curtius, ferner Dr. Dr. Dietrich (München), Frau Dr. Matz, Abg. Meyer (Herford), Frau v. Oheimb, Dr. v. Stauß und Abg. Thiel. Weitere acht Mitglieder wählt der Geschäftsführende Ausschuß selbst zu.[13]

v. Campe übernimmt den Vorsitz.

Nach der Pause führt Stresemann zur politischen Lage aus:

Meine Damen und Herren! Nach der Tagesordnung soll ich einen einleitenden Bericht geben für die politische Aussprache. Ich bitte, mir zu gestatten, daß ich mich an das Wort »einleitend« auch halte, und nicht zu erwarten, daß ich etwa die Gesamtheit der politischen Fragen in dieses Referat einbeziehe. Ich möchte mich im wesentlichen darauf beschränken, diejenigen Fragen zu erörtern, die jetzt wohl im Mittel-

[6] Johannes Kiehl, stellv. Vorstandsmtgl. der Deutschen Bank.

[7] Charlotte Mühsam-Werther (* 1870), Vorstandsmtgl. des Reichsverbandes Deutscher Hausfrauenvereine. Vors. des Landesverbandes Groß-Berlin. Vors. des hauswirtschaftlichen Ausschusses beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit. Mtgl. des vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

[8] Gertrud Wolf (* 1887), Nationalökonomin. Dr. phil. Vorstandsmtgl. in verschiedenen Verbänden der Frauenbewegung. 1920–1928 MdL Bayern (DVP). Stadträtin in München.

[9] Hans-Werner von Zengen (* 1890), 1919–1926 Geschäftsführer der VDA. Ab 1926 Direktor der N. V. Maatschappij Kryka Amsterdam-Berlin (Hersteller von Chiffriermaschinen). Nach 1933 erneut Geschäftsführer der VDA. Ab Oktober 1933 Vertreter Hessens beim Reich, Ministerialrat im Hessischen Staatsministerium.

[10] Friedrich Kruspi (* 1898), Diplom-Ingenieur. Dr. ing. 1923/1924 Referent im Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten. 1924/1925 Schriftleiter der Zeitschrift »Technik und Wirtschaft« im VDI. 1926/1927 Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Pumpenfabriken. Vorstandsmtgl. des Reichsausschusses der Hochschulgruppen und der RjV.

[11] Friedrich Bretschneider (* 1884). 1919–1933 Landesgeschäftsführer in Braunschweig. 1920–1927 MdL (Braunschweig).

[12] Auf Kalle entfielen 132 Stimmen, auf Dingeldey 128, auf Moldenhauer 127, auf Leidig 119 und auf Frau Mende 115 Stimmen.

[13] Siehe Dok. Nr. 57.

punkte aller Entscheidungen stehen, das ist die Frage der Außenpolitik und die Frage der Londoner Konferenz.

Wenn man im allgemeinen die Einstellung in Deutschland betrachtet gegenüber dem Sachverständigengutachten[14], dann wird man, glaube ich, einen sehr großen Einschnitt finden. Dieser Einschnitt ist gekennzeichnet durch die Reichstagswahlen.[15] Während der Reichstagswahlen hat man es in weiten Kreisen so darzustellen versucht, als wenn eine Zustimmung zu dem Sachverständigengutachten etwa gleichbedeutend wäre mit einer neuen Versklavung des deutschen Volkes, daß diese Zustimmung nur möglich, nur zu erklären wäre aus einer Einstellung heraus, die durch bewußte weitgehende Erfüllung der Forderungen der Gegner eine bessere Atmosphäre in den Beziehungen der Völker zu erzielen versuche.[16] Sehr viel hat dazu beigetragen ein Aufsatz des verstorbenen Dr. Helfferich, dem er unglücklicherweise die Überschrift »Das zweite Versailles«[17] gegeben hat. Ich möchte hier eine private Äußerung eines deutschnationalen Freundes von Dr. Helfferich erwähnen; wie ich überhaupt bemerke, daß ich der Auffassung bin, daß unsere ganzen Verhandlungen vertraulich sind und daß ich Wert darauf lege – das bemerke ich besonders gegenüber der Presse –, daß meine Ausführungen nicht in die Presse kommen. In dem Augenblick, wo ich vor der Öffentlichkeit sprechen müßte, müßte ich, besonders vor dem Generalangriff von Poincaré[18] am 8. Juli, jeden Satz sorgfältig stilisieren. Ein Freund von Dr. Helfferich, von Glasenapp[19], Vizepräsident der Reichsbank, hat mir einmal

[14] Das Gutachten der unabhängigen Sachverständigenkommission unter Vorsitz des amerikanischen Bankiers Charles G. Dawes wurde am 9.4.1924 veröffentlicht (Text: Die Berichte der von der Reparationskommission eingesetzten beiden Sachverständigenkomitees vom 9.4.1924, Berlin 1924). Zu den Kernpunkten der vom Dawes-Ausschuß vorgesehenen vorläufigen Regelung der Reparationsfrage siehe Kolb, Weimarer Republik, S. 64ff.; Kabinette Marx I/II, S. XXXI–XLV, Dok. Nr. 172; zum Dawes-Plan allgemein siehe Link, S. 201f.; Eckhard Wandel, Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924–1929, Tübingen 1971, S. 14ff.; Carl-Ludwig Holtfrerich, Amerikanischer Kapitalexport und Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft 1919–1923 im Vergleich zu 1924–1929, in: VSWG 64 (1977), S. 497–529; Stephan A. Schuker, The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes-Plan, Chapel Hill 1976; Charles S. Maier, The Two Postwar Eras and the Condition for Stability in Twentieth-Century Western Europe, in: American Historical Review 86 (1981), S. 327–352.

[15] Bei den Reichstagswahlen vom 4.5.1924 erhielt die DVP 9,2 % der Stimmen (45 Mandate), was gegenüber der Wahl vom 6.6.1920 einen Verlust von 4,7 % der Stimmen und 20 Mandate bedeutete; die NS-Freiheitsbewegung erzielte 6,5 % der Stimmen (32 Mandate), die DNVP 19,5 % (95), die Wirtschaftspartei 2,4 % (10), die DHP 1,1 % (5), der Landbund 2,0 % (10), das Zentrum 13,4 % (65), die BVP 3,2 % (16), die DDP 5,7 % (28), die SPD 20,5 % (100) und die KPD 12,6 % (62); eine ausführliche Analyse der Wahlergebnisse bei Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 177ff.

[16] Die Deutschnationalen bestritten den Wahlkampf vom Frühjahr 1924 mit extrem nationalistischen Parolen und machten vor allem Front gegen den Dawes-Plan, siehe Elfi Benedikat/Detlev Lehnert, »Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold«. Identifikation und Abgrenzung politischer Teilkulturen im Reichstagswahlkampf des Frühjahrs 1924, in: Detlev Lehnert/Klaus Megerle (Hg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 102–142.

[17] Karl Helfferich, einer der führenden Politiker der DNVP und potentieller Kandidat für den Posten des Reichskanzlers, war am 23.4.1924 bei einem Zugunglück in Bellinzona ums Leben gekommen; zu seinem Artikel »Das zweite Versailles« siehe Kreuzzeitung, 18.4.1924, Nr. 213.

[18] Raymond Poincaré (1860–1934), 1913–1920 französischer Staatspräsident. 1922–1924 Ministerpräsident und Außenminister. 1926–1928 Ministerpräsident und Finanzminister.

[19] Otto v. Glasenapp (1853–1928), 1907–1924 Vizepräsident der Reichsbank.

gesagt, er hielte es geradezu für ein Verhängnis, daß Helfferich während der entscheidenden Zeit außerhalb Deutschlands gewesen sei. Er hielte es für unmöglich, daß Helfferich diesen Aufsatz geschrieben hätte, wenn er über die Vorgänge, die zur Entstehung des Sachverständigengutachtens geführt haben, unterrichtet gewesen wäre.

Seitdem die Reichstagswahlen zu Ende sind, ist die Kritik viel milder gegenüber denjenigen, die damals den Mut gehabt haben, dem Volke gegenüber das Gutachten zu vertreten. Exzellenz Hergt hat vor wenigen Tagen in der Presse, und ich bin über diese Worte sehr erfreut gewesen, von der Deutschen Volkspartei als von der lieben Bruderpartei gesprochen. Ich muß bemerken, daß ich von dieser brüderlichen Gesinnung während der Wahlen wenig gemerkt habe (Heiterkeit). Aber sachlich wichtiger ist, daß er erklärte: Sie können von mir nicht verlangen, daß ich sage, ob ich dem Sachverständigengutachten zustimme oder nicht, das hängt davon ab, was bei den Verhandlungen über das Gutachten erreicht wird. Meine Damen und Herren, wenn Exzellenz Hergt diese sachliche Einstellung auch vor den Wahlen gehabt hätte, dann wäre sehr viel an Verhetzung und Verbitterung im deutschen Volke nicht vorhanden gewesen (Sehr richtig!), und dann würden wir in ganz anderer objektiver Weise an die Dinge herangehen können.

Ich möchte hier einmal etwas Spezielles sagen: Bei Fragen von so großer Bedeutung, wie sie das Sachverständigengutachten in sich birgt, würde es meiner Meinung nach im nationalen Interesse liegen, daß, gleichgültig, wie man innenpolitisch dazu steht, direkt ein Abkommen bestehen müßte zwischen Regierung und Opposition, daß die Opposition der Deutschnationalen dem Außenminister zur Verfügung steht, um seine Politik zu erleichtern. Dabei könnte sich die Opposition ruhig ihre Entscheidung vorbehalten. Sie müßte eingesetzt werden, um das zu fordern, was der Verhandelnde nicht mehr erreichen kann (Sehr richtig!). Aber hier in diesen ganz großen weltpolitisch entscheidenden Fragen hat das deutschen Volk von innerpolitischen Rücksichten aus Stellung genommen bei den Wahlen und infolgedessen ist jetzt die große Schwierigkeit der Lage die, daß die Deutschnationalen nicht den Dreh finden, von ihrer Wahlagitation zu wirklich sachlicher Betrachtung der Lage zurückzukommen. Das ist letzten Endes schließlich die Frage, vor der wir in der parlamentarischen Entscheidung stehen werden und die jetzt die ganzen Dinge auch bei der Regierungsbildung so unendlich kompliziert gemacht hat. Ich habe nicht die Absicht, hier über die Regierungsbildung im einzelnen zu sprechen[20], vielleicht geschieht es in der Diskussion. Ich glaube, die Stellung der Reichstagsfraktion ist wirklich unangreifbar.

[20] Nach der Reichstagswahl vom 4.5.1924 kam es zu der – durch eine Initiative der DVP ausgelösten – Demission des Kabinettes Marx I am 26.5.1924. Danach fanden Verhandlungen zwischen dem erneut mit der Regierungsbildung beauftragten ehemaligen Reichskanzler und der DNVP statt, in denen die Deutschnationalen einen Kurswechsel in der Außenpolitik, die Ablösung Stresemanns als Außenminister, eine Kanzlerschaft v. Tirpitz' und eine baldige Umbildung der preußischen Regierung verlangten. Obwohl die DVP-Fraktion – zu Stresemanns größtem Ärger – den deutschnationalen Wünschen weit entgegenkam und erklärte, man könne die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit nicht durch die Frage der Beibehaltung eines einzigen Ministers gefährden lassen (siehe Vermächtnis I, S. 407ff.), hielt die DNVP-Fraktion an ihren Forderungen fest, so daß Marx am 3.6.1924 die Verhandlungen abbrach; die bisherigen Minister wurden noch am selben Tag in ihren Ämtern bestätigt, siehe Liebe, S. 86ff.; Hertzman, S. 232f.; Grathwol, S. 46ff.; Stürmer, S. 38ff.; Thimme, S. 74f.

Sie ist in ihren Bemühungen zur Schaffung eines Blocks der staatserhaltenden bürgerlichen Parteien so weit gegangen, daß gegen sie der Vorwurf erhoben wurde, daß an ihr die große bürgerliche Koalition gescheitert wäre. Die Koalition ist gescheitert, weil es bei der innenpolitischen Demagogie der Deutschnationalen Partei ihr unendlich schwer war, in so kurzer Zeit in eine Regierung einzutreten, die naturgemäß eine ganz andere Stellung zum Gutachten einnehmen mußte, als es die Deutschnationalen während der Wahlagitation getan hatten, und ich bin deswegen stets der Meinung gewesen, daß man zu einer Verständigung nach dieser Richtung erst kommen würde, wenn auch diese außenpolitische Frage bereinigt wäre. Ich hätte mir von dem Gesichtspunkte aus, daß diese ganzen Dinge nicht vom Standpunkte der Parteipolitik, sondern vom Standpunkte des Staatswohles erledigt würden, sehr wohl denken können, daß in einer interfraktionellen Sitzung, denn so sehe ich es wenigstens in meinen Träumen, nennen Sie es idealistisch, utopistisch –, ein Deutschnationaler folgende Rede gehalten hätte: Wir haben das Recht, in der Opposition zu bleiben. Augenblicklich sind wir aus inneren Parteigründen nicht in der Lage, Ihnen die Erklärung zu geben, wie Sie es verlangen müssen. Weiter sind wir außenpolitisch für Sie nicht ein Plus, sondern ein Minus. Bei der Einstellung, die die Welt gegenüber Deutschland hat, würden wir sie außenpolitisch belasten, wenn wir jetzt die Führung Deutschlands innerhalb der Regierung in diesem Augenblick übernähmen. Deshalb bitten wir Sie, führen Sie die Geschäfte fort, die Sie auch begonnen haben, in denen Sie drinstehen, in denen ein Personenwechsel auch bedeutet, daß alle staatlichen Beziehungen, die von diesem Mann angeknüpft sind, nicht vererbt werden können auf seinen Nachfolger. Wir werden Ihnen Opposition machen. Sie können sich dieser Opposition bedienen. Wir hoffen, daß es zu einer Verständigung kommt, und wenn dieser Teil der deutschen Politik erledigt ist, dann erwarten wir von Ihrer Politik, daß Sie eine neue Regierung bilden.

Meine Damen und Herren, das wäre staatserhaltende Politik, aber leider Gottes sind das in Deutschland nur Träume, und die Wirklichkeit ist das traurige Spiel, das wir in Deutschland haben. Aber, meine Damen und Herren, abgesehen von dieser innerpolitischen Betrachtung der Dinge, wie stehen denn nun einmal, unter größeren Gesichtspunkten gesehen, die Dinge bezüglich des Sachverständigengutachtens?

Es ist unzweifelhaft, das Sachverständigengutachten geht in Einzelheiten über den Friedensvertrag hinaus. Es beschränkt unsere Souveränität in einem ganz weitgehenden Maße; es legt uns Lasten auf, von denen man zweifeln kann, ob wir selbst bei einer günstigen Entwicklung unserer Wirtschaft sie jemals in Deutschland werden aufbringen können.[21] Man kann die Frage aufwerfen, ob die Bestimmung, daß nur

[21] Das Gutachten selbst nannte keine konkrete Gesamtsumme für die deutschen Reparationszahlungen, ging aber offenbar davon aus, daß die im Londoner Ultimatum vom Mai 1924 aufgestellte Forderung von 132 Milliarden Goldmark die Leistungsfähigkeit Deutschlands überstieg. Um die deutsche Währung nicht zu gefährden, sollte ein von den Gläubigerstaaten berufener Reparationsagent für Transferschutz sorgen. Die Annuitäten sollten mit 1 Milliarde Goldmark beginnen, zusammengesetzt aus einer deutschen Zahlung von 200 Millionen Mark und einer internationalen Anleihe von 800 Millionen Mark, und bis 1928/29 auf jene 2,5 Milliarden Mark steigen, die schon der Londoner Zahlungsplan vorgesehen hatte. Um die deutschen Zahlungen abzusichern, schlug die Dawes-Kommission ferner vor, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, die mit bestimmten Obligationen belastet wurde und deren Aufsichtsrat auch Vertreter der Gläubigerstaaten angehören sollten, siehe auch Erich Dombrowski, Die Wir-

ans Ausland übertragen werden darf, was ohne Schädigung unserer Währung möglich ist, eine Gegenleistung, namentlich gegen die Leistung von [Zahl fehlt] Millionen im letzten Jahre, ist. Was uns ermöglicht, diese Dinge innerwirtschaftlich und innerpolitisch als tragbar anzusehen, das ist die eine Erwägung, daß in dem Vertrage von Versailles bestehen bleibt jene Bestimmung, die uns die Möglichkeit gibt, jederzeit die Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit zu fordern, und so wie ich die Dinge ansehe, werden wir das im Jahr 1927 tun.[22] Und wir werden dann in den Jahren, die seitdem verflossen sind, sehen, wie weit sich die Anschauungen der Welt über die deutsche Leistungsfähigkeit weiter gewandelt haben. Ich habe als Außenminister nie davon gesprochen, daß wir von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden. Ich würde das auch für ganz falsch halten, denn das würde nach außen so aussehen, daß, ehe wir noch überhaupt den Vertrag unterschreiben, wir in unserm Innern schon daran denken, daß er für uns gar nicht erfüllbar ist (Sehr richtig!). Aber wir haben im Auswärtigen Ausschuß und im Reichsrat ohne Widerspruch festgestellt, daß dieser Artikel des Versailler Vertrages bestehenbleibt und uns die Möglichkeit gibt, die ganze Frage der deutschen Leistungsfähigkeit weit mehr aufzurollen, als es nach diesem Sachverständigengutachten erscheint. Das Sachverständigengutachten sagt ja selbst, es trage einen provisorischen Charakter, und es hat ihn. Ein maßgebender französischer Politiker der Mitte, der neulich gefragt wurde, ob er nach London ginge[23], hat wohl so unrecht nicht, wenn er sagte: »Nein, mich interessiert mehr die nächste Konferenz, die auf die Londoner Konferenz folgen wird.« Diese fortwährenden internationalen Konferenzen sind ja eigentlich doch die stärkste Anklage gegen den Versailler Friedensvertrag (Sehr richtig!), weil sie zeigen, daß man in der Welt empfindet, daß auf dieser Basis die Dinge nicht weitergehen. In diesen Belastungen der Souveränität auf dem Gebiete der indirekten Steuern, der Reichseisenbahn und auf anderen Gebieten liegen die großen Schattenseiten des Vertrages, wobei ich in diesem Kreise, mit der Bitte, es nicht nach außen gelangen zu lassen, aber doch auch das eine sagen muß, was ich auch im Reichsrat ausgeführt habe über die völlig unpolitische Einstellung unserer Industrie. Man hat damals von mir gewünscht, daß ich die Herren Sachverständigen zusammenbringen sollte mit den Führern der deutschen Großindustrie.[24] Ich habe das selbstverständlich gern vermittelt, jetzt ist folgende Situation gekommen: Sowohl die Italiener wie die Engländer

kungen der Reparationsverpflichtungen auf die Wirtschaftsführung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Diss. phil. Berlin 1931, S. 7ff.; zum Gesetz über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft vom 30.8.1924 siehe RGBl. 1924 II, S. 272.

[22] Nach §9 der Anlage II zu Teil VIII des Versailler Vertrags hatte die Repko auf Antrag der deutschen Regierung »alle Gründe und Beweise anzuhören, die von Deutschland hinsichtlich aller seine Zahlungsfähigkeit betreffenden Fragen vorgebracht werden«, siehe auch die in Art. 234 festgelegte Überprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands.

[23] Auf der Londoner Konferenz vom 16.7.–16.8.1924 wurde der Dawes-Plan von allen beteiligten Regierungen akzeptiert, zudem erhielt Deutschland die förmliche Zusicherung, daß das Ruhrgebiet innerhalb eines Jahres geräumt werde; zu den Verhandlungen siehe RTDrs., Bd. 397, Nr. 263 sowie Kabinette Marx I/II, S. XXXVI; Krüger, S. 237ff. Zu den französisch-englischen Meinungsverschiedenheiten, zum Programm der Londoner Konferenz und zur Durchführung des Sachverständigengutachtens siehe Vermächtnis I, S. 449ff.

[24] Das Reich beteiligte sich nach langen Verhandlungen ab Juni 1924 in wachsendem Umfang an den Kosten, die dem Ruhrkohlenbergbau aus den Reparationslieferungen an die Micum entstanden, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 210, 217, 218; Wulf, S. 520ff.

hielten 7500 Millionen Goldmark für die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit. Die 2800 Millionen Goldmark haben die Amerikaner hineingesetzt und haben sie durchgebracht, indem sie sich bezogen auf ihre Unterhaltungen mit der deutschen Großindustrie, die ihnen nicht etwa gesagt hätte, daß wir das nicht tragen können, sondern die ihnen stark auseinandergesetzt hätte, daß das ganze wirtschaftliche Elend in Deutschland ja im wesentlichen nur von der deutschen Gesetzgebung, von den innerpolitischen Verhältnissen herkäme und daß wir in Deutschland längst in einer großen Aufwärtsentwicklung wären, wenn nicht die Politik im Innern Deutschlands derartig falsch wäre. Nun mag jemand zu all den Dingen, die seit 1918 vorgegangen sind, stehen, wie er will; er mag der Meinung sein, daß wir schon vor drei Jahren den Achtstundentag hätten abbauen müssen oder gar nicht hätten beginnen dürfen, aber in dem Augenblick, bei diesen weltpolitischen Verhältnissen den Amerikanern mit dieser Deduktion zu kommen, das heißt doch gerade, sie auf die Höchstziffer hinaufzutreiben (Sehr richtig). Jetzt kommen doch die Leute damit und sagen, an sich ist Deutschland reich, glänzend, wohlhabend, nur diese Entwicklung hat es gehindert, und nur dadurch sind gegen die Stimme Amerikas England und Italien zurückgedrängt worden. Diese kleine Episode hat doch auch das eine gezeigt, daß der Deutsche anscheinend niemals aus den politischen Vorgängen etwas lernt, daß er alle Dinge stets nur unter dem Gesichtswinkel seiner Partei ansieht, aber niemals von dem Gesichtspunkt aus: Was muß ich jetzt tun, damit Deutschland der Welt gegenüber in eine bessere Situation hineinkommt.

Mit all diesen Schattenseiten, die hier bestehen, sehe ich aber doch in dem Sachverständigengutachten ein ganz großes weltpolitisches Ereignis und darf mich darauf beziehen, daß ein Mann, den ich wirklich nicht beeinflußt habe, der deutschnationale Außenpolitiker [Name fehlt], in einer Kundgebung über die Außenpolitik, mit Worten, die viel stärker gewesen sind, als ich sie hier jemals gebraucht habe, von diesem Sachverständigengutachten gesprochen hat als von einer der ganz großen Drehungen, die sich in der Weltgeschichte vollzogen haben. Mir scheint es – ich kann das ja nur sagen in der Erwartung, daß es nicht hinausdringt – doch einigermaßen, daß das Sachverständigengutachten Ähnlichkeit hat mit einer Einmischung, die einmal europäische Mächte in einem großen Konflikt zwischen zwei Staaten vorgenommen haben, indem sie dem Sieger bei Ausnutzung des Sieges in den Arm fielen. Was sich jetzt vollzieht, in diesem Gutachten, das ist doch nichts anderes als die Einleitung der anglo-amerikanischen weltwirtschaftlichen Tendenzen gegenüber dem französischen Imperialismus.[25] Das war schließlich, auf einen Nenner gebracht, auch der ganze Kampf, in dem wir bei dem Sachverständigengutachten stehen, der sich ausdrückt in den beiden Namen Poincaré oder Herriot.[26] Ich glaube nicht, daß es überhaupt einer französischen Regierung möglich gewesen wäre, diesem Gutachten zuzustimmen, wenn nicht der ganz große Druck der Vereinigten Staaten von Amerika

[25] Das Ergebnis der Londoner Konferenz war für Frankreich eindeutig negativ: Die deutschen Reichsbahn- und Industriebelastungen wurden so gestaltet, daß die entsprechenden Obligationen nicht als ein Ersatzinstrument für die französische Einflußnahme und Beteiligung bei der deutschen Industrie genutzt werden konnten. Zudem mußte Frankreich im Hinblick auf die Neuorganisation der Reichsbahnleitung auch seine Beherrschung der Eisenbahnen im besetzten Gebiet aufgeben, siehe auch Krüger, S. 245 f.; Maxelon, S. 155 f.; Trent, 245 ff.

[26] Edouard Marie Herriot (1872–1957), Juni 1924–April 1925 französischer Ministerpräsident und Außenminister; siehe auch Anm. 35.

dahintergestanden hätte. England kann gegenüber Frankreich gar nichts durchsetzen, England ist gegenüber Frankreich so schwach, daß Sie gar nicht darauf zu vertrauen brauchen, daß es irgendwie in der Lage ist, den Franzosen entgegenzutreten. Die Vereinigten Staaten dagegen haben die wirtschaftlichen Machtmittel, um Frankreich an den Rand des Abgrundes zu bringen. Ein einziges Dekret, durch das sie die Zinszahlung für die französischen Schulden verlangen oder die Rückzahlung, würde den Franken derartig in den Abgrund werfen, daß jede Regierung in Paris hinweggefegt wäre, die gegen diese amerikanische Erklärung stände.[27]

Deshalb soll man doch bei diesen Dingen das eine beachten: Wer hat denn das Sachverständigengutachten gefordert? Schließlich war es doch immer Deutschland, das erklärt hat, es müsse diese Frage herausgehoben werden aus dem Gewirr der Politik, der politischen Macht, müsse hineingebracht werden in die Ära der wirtschaftlichen Vernunft, und als Hughes[28] in Newhaven die erste Anregung in dieser Richtung gab, hat ihm Cuno sofort in seiner Silvesterrede zustimmend geantwortet.[29] Wenn dann in Paris und London alle Versuche scheiterten, wenn es nicht gelang, ins reine zu kommen, so lag das tatsächlich an der Absicht Poincarés, durch Entfesselung des Ruhrkampfes[30] ein derartiges Eingreifen von Sachverständigen unmöglich zu machen. Aus seinem Munde kamen doch damals die Sätze: Frankreich denkt nicht daran, sich seinen Sieg durch internationale Bankhäuser aus der Hand nehmen zu lassen. Nach dem verlorenen Ruhrkampf haben diese Bemühungen der Vereinigten Staaten wieder eingesetzt und zu dem Gutachten der Sachverständigen geführt. Das liegt heute vor uns. Ich habe niemals den dummen Satz gesprochen, das Gutachten sei eine wirtschaftliche Lüge, sondern habe erklärt, für die Amerikaner, für deren Auffassung, ist es eine wirtschaftliche Lüge. Von den Amerikanern haben doch kaum 50 Menschen das Gutachten gelesen, aber 150 Millionen Menschen sind doch der Meinung, daß das Gutachten das Erzeugnis amerikanischen Geistes sei, und wenn das Gutachten das Erzeugnis amerikanischen Geistes ist, schließt der Amerikaner, daß es gut ist. Darin unterscheidet sich der Amerikaner von dem Deutschen, der es angreifen würde. Für die Amerikaner gibt es die beiden großen Sätze: Erstens, wir haben den Krieg entschieden, worin sie gar nicht so unrecht haben. Zweitens, wir haben auch den gerechten Frieden gemacht. Hughes hat es angeregt, Dawes hat es gemacht – er hat allerdings am wenigsten mitgearbeitet –, und jetzt stehen sie wie eine geschlossene Mauer hinter diesem Gutachten. Wer sich dagegen wendet – ganz gleichgültig, was auch sonst herauskommen mag –, muß gewärtigen, daß er die Regierung, die gesamten Vereinigten Staaten gegen sich hat. Das ist meiner Meinung nach auch der Grund, weshalb Frankreich nicht wagt, das »Nein« auszusprechen. Wenn wir

[27] In der Vorlage: »(?) stände (stimmte ?)«.

[28] Charles E. Hughes (1862–1948), Jurist. 1907–1910 Gouverneur des Staates New York (Republikaner). 1921–1926 StS des Auswärtigen, 1928–1930 Richter am Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag, 1930–1945 Oberster Bundesrichter.

[29] Der amerikanische Außenminister Hughes hatte in seiner Rede am 29.12.1922 in Newhaven die Einberufung eines internationalen Sachverständigenausschusses vorgeschlagen, der Höhe und Art der deutschen Reparationszahlungen unter Berücksichtigung der deutschen Leistungsfähigkeit feststellen sollte. Unter diesen Voraussetzungen seien die USA bereit, an der Lösung der Reparationsfrage teilzunehmen. Zum Wortlaut der Rede siehe Archiv der Friedensverträge, Bd. II, Berlin 1926, S. 220ff.; die Rede Cunos ist abgedruckt in: Kabinett Cuno, Dok. Nr. 32.

[30] Siehe Dok. Nr. 51, Anm. 2.

aber das Nein aussprechen, glaube ich, würde unsere Lage eine überhaupt nicht mehr zu beschreibende sein, und ich muß sagen, daß mich gegenüber manchem, was ich in den letzten Monaten erlebt habe, außerordentlich gefreut hat die Art und Weise, wie der bayrische Ministerpräsident [Heinrich Held[31]] gegen die Demagogie eingetreten ist, die das Gutachten verwirft, ohne etwas anderes an seine Stelle setzen zu können. Er hat seine Rede mit zwei Sätzen geschlossen: »Ich verstehe es durchaus, daß angesichts der schweren Bedenken, die jeder Deutsche gegen das Gutachten haben muß, jemand erklärt, er könne es nicht annehmen. Ich erwarte aber, daß angesichts der wirtschaftlichen Situation, in der Deutschland sich befindet, und angesichts der außenpolitischen Situation derjenige, der diese Auffassung vertritt, auch dem deutschen Volke sagt, was dann werden soll, um Deutschland zu retten und es einer besseren Zukunft entgegenzuführen«. Und am Schluß sagte er: »Wenn jemand nein sagt, ohne die Mittel und Wege zu nennen, wie es anders gemacht werden kann, dann bin ich nicht mehr in der Lage, ihn politisch ernst zu nehmen (Sehr richtig!).

Ich glaube, in diesen Sätzen zeigt sich die ganze Bedingtheit, die ganze Begrenztheit unserer politischen Freiheit, zeigt sich aber gleichzeitig auch, daß die deutsche Alternative sein muß: Wir sind nicht frei in unseren Entschließungen, in dem Sinne, daß wir einfach nach Gefühlswallungen oder auch nach sachlichen Beschwerden entscheiden können. Ich habe mich oft gegen einen Satz gewandt, der so außerordentlich populär ist und der in jeder Volksversammlung rasenden Beifall findet und der vollkommen dumm ist für die Politik, nämlich der Satz:

»Der eine fragt: Was kommt danach?
Der andre: Was ist Recht?
Und darin unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht.«

Das ist für einen verantwortlichen Staatsminister der größte Unfug, den es gibt. Wenn Sie keine Leute mehr an verantwortlicher Stelle haben, würden Sie einer sehr bösen deutschen Zukunft entgegengehen (Sehr wahr!). Ich bin nicht der Meinung, daß das Gutachten richtig ist, ich habe sogar die Absicht, eine Gegenschrift auszuarbeiten, schon für die etwaige Reklamation im Jahre 1927. Ich wünsche, daß die Deutschnationalen einmal eine Gegendenkschrift schreiben und einmal darlegen, wie schief und falsch vieles gesehen ist, was wir nicht erfüllen können. Es ist nicht recht, aber trotzdem müssen wir es gegenwärtig annehmen, denn, was danach gefolgt wäre, meiner Ansicht nach, im Innern und außen, wäre nicht zu ertragen.

Und zwar einmal im Innern. Da komme ich auf das, was ich als das Essentielle der gegenwärtigen Situation ansehe. Das ist meiner Meinung nach das Verhältnis Deutschlands zu den besetzten Gebieten. Ich glaube mich in dieser Beziehung einigermaßen als sachverständig ansehen zu können, weil ich die Zeit der schwersten Belastung der besetzten Gebiete mitgemacht habe als Kanzler des Reiches[32], und ich erzähle Ihnen hier nichts, was Sie nicht kennen, die in den besetzten Gebieten

[31] Heinrich Held (1868–1938), Redakteur. 1907–1933 MdL Bayern (Zentrum/BVP), 1914–1918 Vors. der bayerischen Zentrumsfraktion, 1919–1924 der BVP-Fraktion im Landtag, Juni 1924–März 1933 bayerischer Ministerpräsident, 1927–1928 auch Handelsminister. Zur Haltung Helds gegenüber dem Dawes-Plan siehe Schönhoven, S. 97ff.

[32] Stresemann war vom 13.8.–30.11.1923 Reichskanzler.

leben, wenn ich Ihnen sage, es gibt eine Grenze der seelischen Belastung des besetzten Gebietes. Reißt einmal hier der Faden dessen, was die Menschen noch ertragen können, dann können die, die hundert Meilen weiter östlich sind, wohl die Stirn runzeln und sagen: Pfui, das ist unpatriotisch. Wir haben aber damit zu rechnen, daß eines Tages die Tatsache dastehen kann, daß diese Länder nicht mehr in der Form zu Deutschland gehören wie heute. Damals sind die Menschen zu mir gekommen, in der Zeit der Inflation, damals, als die Goldnotenbank in Köln errichtet werden sollte[33], und es konnte ihnen nichts geboten werden. Immer wieder die Klagen: Franzosennot, Not im Innern und das ohnmächtige Deutsche Reich in Berlin. Nirgends ein Silberstreifen, der den Leuten einmal zeigte, es kann einmal besser werden. Daß da die Leute zur Verzweiflung kommen und daß es Leute gibt, die diese Stimmung benutzen – täuschen Sie sich nicht darüber! Ich fürchte nicht das Gesindel der Separatisten – die werden, wenn sie sich wieder mausig machen, Gott sei Dank totgeschlagen werden –, aber ich fürchte die geistigen Separatisten, die sind viel gefährlicher als alle die anderen, die Leute, die herumgehen und sagen: Habt ihr etwas von Berlin? Seht doch, wer es gemacht hat! Ihr müßt euch mit den Franzosen stellen!

Wenn die Leute Jahre hindurch zu der Empfindung kommen, Berlin kann uns nicht helfen, wird diese Stimmung wieder hochkommen. Täuschen Sie sich nicht! Durch die Stabilisierung auf der einen Seite und durch die Aussichten auf Festigung der Verhältnisse auf der anderen Seite haben alle diese Leute in den Winkel kriechen müssen. Sie kommen wieder heraus, wenn wir ihnen nicht zeigen können, daß etwas zustande kommt, das eine Erleichterung bringt (Sehr richtig!). Wenn ich mir vorstelle, daß schließlich die Erhaltung der Reichseinheit, die Erhaltung der Reichssouveränität das Wichtigste ist, was es gegenwärtig gibt, so muß ich diesen Gedanken in den Vordergrund stellen, und ich muß mich, wenn es auch vielleicht manchen geben mag, der das leichtfertig genannt hat, doch zu dem tiefen Sinn dessen bekennen, was ich einmal während des Ruhrkampfes gesagt habe, dieser viel angefeindete Satz: Es kommt nicht in erster Linie darauf an, ob die Endsumme der deutschen Belastung eine Milliarde Goldmark mehr oder weniger beträgt, sondern es kommt darauf an, daß wir mit dieser Belastung politische Freiheiten in Deutschland durchsetzen.[34] Meine Damen und Herren, das ist doch das, um was es sich tatsächlich gegenwärtig dreht, dieses ganze Eingreifen der anglo-amerikanischen Kapitalisten-Mächte bedeutet doch das eine: daß ihnen die Art dieses französischen Imperialismus nicht paßt, daß sie aus diesem Grunde die Dinge wirtschaftlich aufziehen wollen in einer Form, die immerhin die Möglichkeit gibt, in einer bestimmten Frist von diesen Dingen los zu kommen.

In diese Situation sind hineingefallen die Wahlen in Frankreich.[35] Ob Herr Poincaré gegenüber den Vereinigten Staaten Nein gesagt hätte, bezweifle ich. Er war ein viel

[33] Der Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer, Louis Hagen, hatte im Oktober 1923 zur Errichtung einer Rheinischen Goldnotenbank geraten, um für das Rheinland ein wertbeständiges Notgeld zu schaffen, siehe Kabinette Stresemann I/II, Dok. 145, 219, 233, 234; Vermächtnis I, S. 177; Wulf, S. 507ff.; Hans-Otto Schötz, Der Kampf um die Mark, Berlin 1987, S. 123ff.

[34] Siehe auch Dok. Nr. 51, Anm. 33.

[35] Bei den französischen Kammerwahlen vom 11.5.1924 hatte der von Poincaré geführte bloc national die Mehrheit an den Block der Linken verloren; sein Nachfolger als Ministerpräsident und Außenminister wurde der Radikalsozialist Edouard Herriot.

zu guter Diplomat, er hätte Ja und Aber gesagt und hätte gewußt, dieses Ja und Aber gegenüber England in den Vordergrund zu stellen. Er war noch am Ruder, als wir die erste Antwort gegeben hatten auf das Ersuchen der Entente, ob wir das Gutachten als eine Grundlage für eine Zwischenlösung der Reparationsfrage ansehen.[36] Es hätte sehr nahegelegen – die öffentliche Meinung hat es auch erwartet –, daß wir antworten würden mit einer großen Kundgebung: schwere Lasten, kaum tragbar, nicht tragbar – nur tragbar, wenn so viele Vorbehalte gemacht werden.

Meine Damen und Herren, ich erkenne mich für schuldig, wenn ich, allerdings gemeinschaftlich mit Dr. Luther[37], der mir als Finanzminister vollkommen zugestimmt hat, im Kabinett durchgesetzt habe[38], gegen Widerspruch, daß wir das reine Ja als Antwort zu geben haben, und zwar aus folgender Erwägung heraus: Poincaré wartet ja nur auf deutsche Vorbehalte. Mache ich zehn Vorbehalte, dann macht er 25, und er sitzt mit der Hand am Hebel, er hat ganz andere Möglichkeiten, für seine Vorbehalte einzutreten als ich für meine, für die mir eine Macht nicht zur Verfügung steht. Infolgedessen war es für die damalige Situation unbedingt notwendig, das glatte Ja zu sagen. Wir mußten auf den Boden der Ansicht treten, daß das Gutachten ein unteilbares Ganzes war, denn dann treten die politischen Fragen auch sofort in Konnex mit den wirtschaftlichen Fragen. Alles andere, alles Anzweifeln von uns, hätte diesen Konnex erschüttern können, und dieser Konnex ist es ja allein, der die ganzen Dinge tragbar erscheinen läßt.

Nun sind inzwischen die französischen Wahlen gewesen, und trotz des Ausfalles der deutschen Wahlen sind sie verhältnismäßig stärker nach links gegangen, als man angenommen hatte, allerdings nicht in dem Maße, daß wir mit der jetzigen französischen Regierung rechnen könnten als mit einer festen Regierung. Das ist sie nicht, sie hat eine kleine Mehrheit, und sie hat ihre Macht überspannt, und sie hat durch Überspannung der Macht eine Niederlage nach der andern bereits erlitten. Sie hat Millerand beseitigt, aber nicht ihren Kandidaten an dessen Stelle setzen können[39]; sie hat einen Vorsitzenden des Senats, der rechts eingestellt ist[40]; sie hat einen Vorsitzenden des Heeres-Ausschusses, der unter Poincaré Kriegsminister gewesen ist[41]; sie hat einen idealistischen Ministerpräsidenten, der aber die parlamentarische Praxis viel-

[36] In ihrer Note vom 11.4.1924 hatte die Repko erklärt, sie sehe in den Berichten der Sachverständigen eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems; am 16.4. hatte die deutsche Regierung in ihrer Antwortnote dieser Auffassung zugestimmt und ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zugesichert, siehe Schultheß 1924, S. 406f.

[37] Hans Luther (1879–1962), Dr. iur. 1918–1922 Oberbürgermeister von Essen. 1922/1923 Ernährungs-, Okt. 1923–Jan. 1925 Reichsfinanzminister, Jan. 1925–Mai 1926 Reichskanzler; seit 1927 Mtgl. der DVP. 1930–1933 Reichsbankpräsident. 1933–1937 Botschafter in Washington.

[38] In der Kabinettssitzung vom 14.4.1924 hatte Stresemann ausgeführt, das Sachverständigengutachten sei »gegen den Willen Poincarés« zustandekommen und entspreche »in der Form einem wiederholt von Deutschland geäußerten Wunsche«, Kabinette Marx I/II, Dok. 175, S. 556; siehe auch Vermächtnis I, S. 405ff.

[39] Als Nachfolger Millerands wurde am 13.6.1924 Gaston Doumergue zum Präsidenten der Republik gewählt, während der Kandidat Herriots, Kammerpräsident Painlevé, bei der Abstimmung unterlag, da zahlreiche Abgeordnete des Linkskartells für Doumergue stimmten.

[40] Bei der Wahl des Senatspräsidenten am 19.6.1924 unterlag der Kandidat des Linkskartells, Bienvenu, dem Kandidat der Rechten, de Selves.

[41] Am 2.7.1924 wurde der Kriegsminister im Kabinett Poincaré, Maginot, als Gegenkandidat zum Sozialisten Paul-Boncour zum Vorsitzenden des Heeresausschusses gewählt.

leicht unterschätzt, der da glaubt, mit seinen Ideen, namentlich seinen freigeistigen Ideen, sofort durchkommen zu können, und der Widerstände, an allen Ecken und Enden, bereits in starkem Maße innerpolitisch, hat (Abberufung des Botschafters beim Vatikan, Kirchengesetze in Elsaß-Lothringen[42] usw.).

Ich will gar nicht wissen, ob er den Sturm besteht, den Poincaré am 8. Juli gegen ihn in der Kammer entfachen wird. Es wäre sehr wohl möglich zu sagen, theoretisch möglich, wie ich es in einzelnen Zeitungen gelesen habe: Du lieber Gott, es hat sich ja nichts geändert, Herriot wird ja doch nicht bleiben. Ich muß gestehen, bei manchen Zeitungen hatte ich die Empfindung, als ob sie beinahe wünschten, daß Herriot wieder geht. Sie waren so innerpolitisch eingestellt, daß sie überhaupt nicht wollten, daß in Frankreich ein anderer Kurs wäre. Ich ziehe aus der Schwäche von Herriot die eine Folgerung: Gerade weil ich nicht weiß, wie lange der Mann bleibt, müssen wir die ganzen Dinge beschleunigen, soweit sie zu beschleunigen sind, um jetzt die Dinge fertig zu bringen, die wir vielleicht in acht Wochen nicht mehr machen können. Infolgedessen haben wir von uns aus alles getan, um dafür zu sorgen, daß die Gesetze fertig würden und die Organisationskomitees möglichst bald zum Entschluß kämen. Wir sind durch mit dem Bankgesetz[43], auch mit dem Eisenbahngesetz[44] – ich spreche darüber noch ein paar Worte –, wir sind nicht durch mit dem Gesetz über die Industrieobligationen, weil die Franzosen da einen Mann hineingesetzt haben, der sich absolut auf irgendwelche Verhandlungen nicht einläßt, der jetzt auch durch einen andern ersetzt ist, ein Zeichen, daß sich Herriot in dieser Beziehung durchgesetzt hat.[45] In Bezug auf die Eisenbahnen, die ja am härtesten umstritten sind, den einen Hinweis: In den Verhandlungen, die wir geführt haben, haben wir durchgesetzt, daß die Tarifhoheit des Reiches erhalten bleibt, soweit durch Maßnahmen der Reichsregierung nicht die Verzinsung der Obligationen gefährdet wird. Das heißt, wenn das Reich Tariferhöhungen verlangt, müssen sie durchgeführt werden; ebenso, wenn das Reich Ermäßigungen verlangt, müssen sie durchgeführt werden. Der Verwaltungsrat kann nur den Einspruch erheben: Das geht nicht, dadurch bekomme ich die Verzinsung nicht zustande. Er kann aber nur appellieren an ein Schiedsgericht, das gebildet wird von dem Präsidenten des Reichsgerichts und von deutschen Richtern. Das hat darüber zu entscheiden, ob der Verwaltungsrat recht hat oder das Reich. Der Verwaltungsrat wird zusammengesetzt aus vier Ausländern und 14 Deutschen, also, es besteht unsererseits eine gewaltige Mehrheit.[46] Der Passus über die Befugnis des Verwaltungsrates, den Betrieb zu verkaufen, ist gestrichen worden (Bravo!). Es ist weiter festgestellt, daß, wenn die 600 Millionen nicht aufgebracht

[42] Zur antiklerikalen Offensive der französischen Linken 1924 siehe Rémond, S. 114f.; 135f.

[43] Der Entwurf eines Bankgesetzes war in der Kabinettssitzung vom 21.5.1924 verabschiedet und dann dem Organisationskomitee für die Notenbank (Kindersley, Schacht) zugeleitet worden, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 240, 249. Zur Begründung des Gesetzentwurfs siehe den »Bericht des Organisationskomitees zur Feststellung der vorbereitenden Maßnahmen für die Organisation einer Notenbank in Deutschland«, RTDrs., Bd. 383, Nr. 448; zum Privatnotenbankgesetz vom 30.8.1924 siehe RGBl. 1924 II, S. 246.

[44] Siehe Anm. 21.

[45] Im Organisationskomitee für die Industrieobligationen war das französische Mitglied Descamps zurückgetreten und durch Allix ersetzt worden.

[46] Der Verwaltungsrat der Reichsbahn ernannte den Präsidenten des Generaldirektoriums und bestimmte die allgemeinen Richtlinien für die Leitung des Unternehmens, siehe die §§15, 16 der Satzung der Deutschen Reichsbahngesellschaft vom 30.8.1924, RGBl. 1924 II, S. 281.

werden, wir ein halbes Jahr Zeit haben, die Summe, die die Eisenbahn nicht aufbringt, aus anderen deutschen Staatsmitteln zu decken. Die erste Verzinsung soll erst dann beginnen, wenn diese Summe aus andern deutschen Mitteln nicht beschafft werden kann. Daß es eine deutsche Regierung gäbe, die ein solches Defizit nicht herbeischaffen könnte, aus Anleihe oder anderen Mitteln, kann ich mir nicht denken. Ich glaube, daß in der Eisenbahnpolitik das Abflauen der deutschnationalen Opposition zeitlich ziemlich stark mit dem Tag übereinstimmt, an dem ich den Herren Deutschnationalen Bericht erstatten ließ über die Reichseisenbahn, aus dem sie doch wohl gesehen haben, daß sie sich wirklich darauf verlassen können, daß die Regierung genauso wacht über unsere Hoheitsrechte und sich bemüht, aus den Verhandlungen das Beste herauszuholen, als irgendeine Oppositionspartei es nur tun könnte. Auch in Bezug auf die Zahlung sind wesentliche Änderungen erzielt, wie überhaupt Herr Dr. Schacht in allen diesen Dingen sehr gut und sehr geschickt gearbeitet hat.[47] Ich sehe die Bedenken nicht nach diesen beiden Richtungen. Wenn wir normale Zeiten haben, werden wir auch die 660 Millionen aus der Eisenbahn herausholen.

Ich erinnere Sie daran, als Cuno sein Memorandum schrieb, da kam damals eine Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie.[48] Wir haben damals versucht, auf den Reichsverband einzuwirken, daß er die Summe von einer Milliarde aus seiner Denkschrift herausließe. Er sprach davon, daß die Eisenbahn bei richtiger Bewirtschaftung 500 Millionen und später eine Milliarde Mark ergeben könnte. Wir haben als Parteiführer damals der Regierung Cuno gesagt, es ist ja unmöglich, daß diese Summe in einer Denkschrift von der deutschen Industrie erscheint. Sie ist leider nicht zurückgenommen worden. Wenn jetzt die internationalen Sachverständigen auf 660 Millionen als Höchstmaß der Leistungsfähigkeit der gesamten Deutschen Reichsbahn sich geeinigt haben, wird man zugeben müssen, daß sie einen objektiven Maßstab angelegt haben. Und so wie die Dinge jetzt stehen, allerdings bei sehr hohen Tarifen, glaube ich Ihnen sagen zu können, daß nach dem jetzigen Stande der Dinge schon das Höchstmaß, das glaube ich im dritten oder vierten Jahre eintritt, von uns gegenwärtig bereits erreicht werden könnte. Ich glaube deshalb, daß in diesen Dingen, soweit es möglich war, auch unsere Souveränitätsrechte gewahrt sind und wir allerdings vor der Situation stärkerer internationaler Einflüsse in diesen deutschen Einrichtungen stehen, andererseits aber auch der internationalen Hilfe in der Kreditfrage. Jene 800 Millionen, die für das erste Jahr als internationale Anleihe gegeben werden, sehe ich doch unter einem viel weitergehenden Gesichtspunkte als dem der Behebung der gegenwärtigen Kreditnot. Zunächst geben uns diese 800 Millionen im allerschlimmsten Falle das Recht, 1,6 Milliarden Papiergeld daraufhin neu auszugeben, im besten Falle 2,4 Milliarden, weil ja die Deckung von 32⅓% in der neuen Bank uns diese Möglichkeit gewährt. Und was das bedeutet bei dem Durst nach Kredit, weiß jeder, der diese Dinge einigermaßen kennt.

Das ist nur das Aktuelle. Darüber hinausgehend sehe ich noch ein Zweites. Dieser Kredit, der Deutschland gegeben wird, der abgerufen wird für Sachleistungen inner-

[47] Reichsbankpräsident Schacht hatte sich besonders für eine größere finanzielle Beweglichkeit des am 12.2.1924 gegründeten Unternehmens »Deutsche Reichsbahn« eingesetzt, das seine Ausgaben aus eigenen Einnahmen und aus der Inanspruchnahme des Kapitalmarkts decken mußte, siehe James, Reichsbank, S. 25ff.; Pentzlin, S. 34ff.

[48] Siehe dazu Dok. Nr. 51, Anm. 30.

halb der nächsten zwölf Monate, ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist etwas anderes. Unsere Industrie hat teilweise kurzfristige, teilweise langfristige Kredite im Ausstand, zum Teil kämpft sie um diese Kredite noch. Wie verschuldet unser Bergbau ist, ich glaube, die wenigsten machen sich davon einen Begriff, wie wenig uns davon noch tatsächlich gehört. Wenn wir mit dem Gutachten durchkommen, wenn diese Anleihe gelingt, dann wird auch der Markt für die privaten Kredite erst offen sein. Ich weiß nicht, ob einer unserer hervorragendsten Führer in der Deutschen Bank, den wir zu unserer Freude unser Mitglied im Zentralvorstand nennen[49], damit recht hat, wenn er sagt: Wenn die Leute erst wissen, daß das Gutachten angenommen ist, daß Deutschland politisch befriedet ist, daß nicht mehr neue Sanktionen in Aussicht stehen, dann würde überhaupt eine große finanzielle Hilfe des Auslandes einsetzen, speziell für Deutschland. Ob das richtig ist, weiß ich nicht. Jedenfalls werden wir dann die Kredite bekommen, die jetzt bis zum Eintritt des Inkrafttretens des Gutachtens zurückgehalten werden.

Darüber hinaus noch ein anderer Gesichtspunkt. Was hat uns denn im Kriege am meisten geschadet? Daß wir keine Mächte hatten, die wirtschaftlich an unserem Sieg interessiert waren, durch die Milliarden, die sie hingegeben hatten. Jetzt geht es leider nicht mehr um den Sieg, sondern um unsere Existenz, und ich bin der Überzeugung, daß uns diese Leute – ich denke da sehr nüchtern in Bezug auf Idealismus und Menschheitsfühlen – in der Welt elend als Kreaturen krepieren ließen bis zum letzten Mann, wenn sie nicht ein Interesse daran hätten, daß dieses Deutschland nicht zugrunde ginge. Sie hatten einmal Interesse durch unsere Konsumkraft, das war schließlich das Letzte, was wir bei den Verhandlungen in die Waagschale werfen konnten. Sie werden weiter interessiert sein, wenn ihre Milliarden in Deutschland investiert sind. Davon wird es abhängen, ob man uns handelspolitisch anders behandelt, den deutschen Kaufmann drüben wieder zuläßt, und dann werden sie daran interessiert sein, daß wir wieder höher kommen. Das wird für die weitere Zukunft entscheidender sein als die gegenwärtige Bekämpfung der aktuellen Not, obwohl ich mir ganz klar darüber bin, daß, wenn wir dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft keine Rettung bringen können, das Nein aussprechen würden und nichts anderes an die Stelle setzen könnten, es zu Erschütterungen kommen würde und daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen gar nicht abzusehen wären, weil eine allgemeine Hoffnungslosigkeit durch das ganze deutsche Volk geht. Dann würde alles, was von uns gesprochen wird von Rechtsentwicklung, zu übersetzen sein: Entwicklung nach den beiden äußersten Extremen.

Mit diesen beiden Extremen hätten wir uns dann auseinanderzusetzen, so ist die Situation, und in dieser Situation, die ja auch dem Auslande bekannt ist, ist es ja gerade nicht sehr leicht, die deutsche Sache zu führen und den andern klarzumachen, daß sie über die Dinge des Gutachtens hinaus uns auch entgegenkommen müssen.

Ich darf aber bemerken, daß in keinem Stadium der ganzen Verhandlungen, die ja doch nun seit Monaten geführt werden, von uns die politischen Fragen anders als in erster Linie stehend behandelt worden sind. Auch als Poincaré am Ruder war, hatten wir damals gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß für uns zunächst die Räumung des Ruhrgebietes eine selbstverständliche Voraussetzung für die Zustimmung zum

[49] Emil Georg von Stauß.

Sachverständigengutachten ist.[50] Die steht nicht im Gutachten drin, dort ist nur die Rede von der wirtschaftlichen Regelung. Aber, meine Damen und Herren, sie liegt in der ganzen Entwicklung der Verhältnisse drin. Ich habe einigermaßen Wert gelegt auf eine bestimmte Formulierung, weil sie alles in sich schließt: Ruhrgebiet und andere Gebiete, nämlich die Formulierung, daß nach der eigenen Auffassung der Alliierten das Sachverständigengutachten die Lösung der Reparationsfrage sein sollte. Ist es nämlich die Lösung der Reparationsfrage, dann sind damit alle Kampfmethoden erledigt, die bisher angewandt wurden, um deutsche Leistungen zu erzwingen. Wenn die deutsche Reparationsfrage gelöst, die Leistungen festgesetzt sind, dann sind damit logisch natürlich alle diese Dinge erledigt, die die deutschen Leistungen erzwingen wollen.

Wir sind mit dieser Formulierung einverstanden, wie ich überhaupt das eine sagen möchte, daß bisher der französische Ministerpräsident uns gegenüber vollkommen das Wort gehalten hat, das er uns gegeben hat. Ich habe Gelegenheit gehabt, ehe er Ministerpräsident wurde, mit ihm und MacDonald[51] in einen Gedankenaustausch einzutreten. Da ist mir ein Schriftstück überreicht worden, in dem in Bezug auf Wünsche, die ich ausgesprochen hatte, gesagt war: Der deutsche Außenminister kann überzeugt sein, daß wir ihm keine Schwierigkeiten machen werden in der Frage der Gefangenen und Ausgewiesenen. Wir werden die Frage erörtern, ob sich ein Weg bietet, die Gefangenen- und Ausgewiesenenfrage vielleicht zum größten Teil schon vorher zu regeln. Ich habe diese vorherige Regelung als eine Notwendigkeit bezeichnet. Aber das Wort »vielleicht« war auch dick unterstrichen. Ich habe mich eigentlich nicht der Hoffnung hingegeben, daß es erreicht werden könnte.[52]

Nun hat Herriot eine Ausnahme gemacht bei den Gefangenen in Bezug auf die, die sich gegen die Sicherheit der französischen Truppen vergangen haben. Ich bemerke, daß mir auch ein Vorschlag vorliegt, diese Frage zu lösen, und daß ich glaube, diesen Vorschlag akzeptieren zu können, daß ich keinen Zweifel habe, daß diese Dinge in Ordnung gebracht werden. Daß aber der französische Ministerpräsident gar nicht erst das Sachverständigengutachten abwartete, sondern den Befehl gab, daß seine Rede in die Tat umgesetzt würde, sollten wir mindestens als den Beweis eines persönlich guten Willens auch unsererseits einmal ruhig anerkennen (Sehr richtig!). Ich muß gestehen, daß mir das, als einige Zeitungen in Berlin dem Manne grob gekommen sind, eigentlich das Unpsychologischste zu sein scheint, was gegenwärtig in dieser Beziehung geleistet worden ist. Die Leute, denen das, nachdem die Leute freigegeben sind, anscheinend nicht in ihr Programm paßte, kamen nun damit, dem Mi-

[50] Das Reichskabinett hatte am 14.8.1924 beschlossen, auf der Londoner Konferenz (16.7.–16.8.1924) unter allen Umständen an der Zusage eines festen Räumungstermins festzuhalten, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. 273, 274, 275, 276 sowie Bariéty, Teil 4; Maxelon, S. 156ff.; Weidenfeld, S. 257ff. Die deutsche Delegation erreichte in London nach zähen Verhandlungen die Zusicherung, daß das Ruhrgebiet innerhalb eines Jahres geräumt werden würde.

[51] James Ramsay MacDonald (1866–1937), Jan. 1924–Nov. 1924 englischer Premierminister und Außenminister.

[52] Art. 7 des Abkommens zwischen den alliierten Regierungen und Deutschland (Anlage III) sah vor, daß sowohl Deutschland als auch die Besatzungsmächte alle politischen Straftaten amnestieren, die im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung in den besetzten Gebieten begangen worden waren, siehe RTDrs., Bd. 383, Nr. 446, S. 34f.; zudem wurden alle Ausweisungen rückgängig gemacht.

nisterpräsidenten zu sagen: Nein, die Freigabe sei ein reiner Hohn, denn die Leute könnten ja nicht zurückkehren, da sie ein Nichts vorfänden, nicht unterkommen könnten usw. Meine Damen und Herren, das ist der zweite Akt; daß die Dinge sich nicht so vollziehen, wie manche sich denken, daß bei der Rückkehr in die Heimat jetzt wieder der Kampf um den Aufbau des zerstörten Lebens beginnt, ist selbstverständlich; hier beginnen die Pflichten des Deutschen Reiches, das für diese Leute einzutreten hat. Aber erst muß doch der erste Schritt geschehen, daß die Leute zurückkehren.

Das ist das Seltsame beim deutschen Volk: Wenn das, was es mit aller Inbrunst gefordert, ersehnt hat, da ist, dann, in dem Augenblick, wo es da ist, hat es auf einmal gar keine Bedeutung mehr. Man erzählt sich im Vogtlande eine Geschichte, daß der Junge zu seiner Mutter sagt: Mutter, wo ist denn der Runzen, den ich zum Abendbrot kriegen soll. Und als ihm die Mutter sagt: »Da ist er ja!«, sagt er: »Gott, dat Rinzken?!« In dem Augenblick, wo er das Ersehnte hat, ist aus dem Großen etwas Kleines geworden. So ist es hier auch. Vorher hat man gesagt: Das kriegt ihr ja gar nicht fertig, daß die Ausgewiesenen zurückkommen. In dem Augenblick, wo sie kommen, wird die ganze Geschichte beinahe ins Lächerliche gezogen und als ein Hohn hingestellt (Sehr wahr!).

Das ist aus folgendem Grunde sehr gefährlich: Politik, auch Weltpolitik, hängt vielfach weit mehr von Persönlichkeiten ab als von Systemen. Eine Persönlichkeit wie Herriot, der von ganz bestimmten Idealen ausgeht, wird in dieser oder jener Art versuchen, diese Ideale durchzuführen. Ob er damit durchkommt, sage ich, ist sehr zweifelhaft. Dieser Mann ist eminent beeinflußbar, sehr stark sentimental. Auch ihn hat bei dieser ganzen Maßnahme, wie er selber mitgeteilt hat, der Gesichtspunkt geleitet: Er wollte einmal ein Echo aus Deutschland haben, in dem gesagt wurde, daß man diese Behandlung anerkennt. Anstatt dieses freundlichen Echos hat er die Grobheiten der Berliner Presse bekommen und hat infolgedessen ausgesprochen, daß er es sich in Zukunft stark überlegen würde, ob er noch irgendwie unseren Wünschen entgegenkommen solle und ob das der Dank sei.

Dabei wäre der Dank politisch gar nicht in dem Sinne zu deuten, daß er etwas Großes für das Deutsche Reich getan hätte. Aber dem Manne gegenüber – das unterstreiche ich – sollte man anders handeln. Nicht die französische Politik war damit gerechtfertigt, aber schließlich war das Vertrauen gerechtfertigt zu einem Manne, der diese Idee durchführen wollte und den wir nach dieser Richtung hin stärken müssen. Herriot kämpft gegen die allerstärksten Widerstände im Innern, gegen Millerand, gegen fast sein gesamtes Personal im Auswärtigen Amt, gegen Poincaré, der als früherer Ministerpräsident vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein Konferenzen abhält und nur auf den Augenblick wartet, wo er ihn stürzen kann. Infolgedessen kommt über Herriot eine Unsicherheit. Dinge, die er geglaubt hat, früher glatt zu nehmen, so wie man ein großes Hindernis nimmt, scheinen ihm jetzt doch gefährlich. Die ganzen Dinge, bei denen man mit ihm, wenn man es mit ihm allein zu tun hätte, sehr bald zu einer Verständigung käme, sind sehr in Frage gestellt, so wie er ja selber in Frage gestellt ist.

Das hindert uns nicht, darf uns nicht hindern, all die Dinge, die uns am Herzen liegen, in den Vordergrund zu stellen, einmal die Räumung des Ruhrgebietes. Wie

wenig die Militärs im Ruhrgebiet daran gedacht haben, das können Sie daraus ersehen, daß noch in der letzten Zeit Poincarés, als er bereits seine Demission angekündigt hatte, in diesen Wochen zwölf Kasernenbauten von den Franzosen im Ruhrgebiet gefordert worden sind. Es ist ganz falsch, daß nur in Düsseldorf Kasernen gefordert worden wären, sondern überall im Ruhrgebiet ist das geschehen. Auch diese Anforderungen sind ein Zeichen dafür, daß man sich dort festsetzen wollte. Auf unser Bestreben – wir haben zunächst die Dinge liegen lassen müssen bis Poincaré gegangen war, sonst hätten wir natürlich eine verneinende Antwort bekommen – sind diese Kasernenbauten dann eingestellt worden.

Sie ersehen daraus, wie groß die Widerstände sind, und da gibt es für uns nur das eine, und das ist auch die Linie, die wir gehen wollen, mit der sich auch der Reichsrat einverstanden erklärt hat: Es ist für uns unmöglich, von dem Prinzip der Räumung abzugehen. Wir können entgegenkommen im Termin, wir können nicht entgegenkommen in der Sache. Wir müssen den Tag wissen, an dem der letzte französische und belgische Soldat den Boden verläßt, den er vertragsmäßig niemals hätte betreten dürfen (Sehr gut!). Wir haben in London und Rom, in Brüssel und Paris – von Rom bekommt man seit längerer Zeit keine Antwort, die haben anscheinend sehr viel mit ihren inneren Angelegenheiten zu tun – wissen lassen: Wir müssen über vier Dinge Klarheit haben in London. Einmal: Wir würden keine Vorleistungen machen, wir seien bereit, die Gesetze annehmen zu lassen im Reichstag und in Kraft treten zu lassen, aber erst, wenn die belgischen und französischen Ordonnanzen zurückgenommen werden, d. h. wenn die finanzielle und wirtschaftliche Einheit Deutschlands hergestellt wäre. Damit hat sich England vollkommen einverstanden erklärt und vorgeschlagen: Macht erst die deutschen Gesetze, vierzehn Tage später Zurücknahme der französischen und belgischen Ordonnanzen, und dann Ausführung des Gutachtens.

Wir haben weiter darauf hingewiesen: Wer entscheidet über die Auslegung des Gutachtens? (Denn es sind zum Teil störende Übersetzungsfehler aufgetreten.)

Wir haben ferner erklärt, diese ganzen Dinge seien für uns nur durchführbar, wenn der Vertrag von Versailles wieder hergestellt würde in dem, was er uns anrechnen will. Nach der Richtung stehen die Dinge so, wie sie schon vor Wochen gestanden haben: Die Räumung des Ruhrgebietes bekommen wir anscheinend durch, ich hätte beinahe gesagt, glatt durch. Ich will nicht so optimistisch sein, aber nach der Richtung hat überhaupt noch kein prinzipieller Widerspruch eingesetzt.

Dagegen wird unter dem Vorgeben, daß Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort nichts zu tun hätten mit dem Ruhrkampf, oder in irgendeiner Form der »Sequeritées« für Frankreich, die Frankreich jetzt in die Debatte werfen müssen wird, versucht, hier von französischer Seite Widerstand zu leisten. England hat erklärt, daß es die Räumung von Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort für notwendig erachtet, hat sich in dieser Beziehung überhaupt auf einen sehr korrekten Standpunkt gestellt.[53] Herriot möchte nach dieser Richtung dem rechten Flügel in seiner eigenen Partei und auch der Opposition eine Konzession machen, um sich zu halten. Hier wird der ganze Kampf

[53] Siehe dazu das Schreiben MacDonalds an Marx vom 19.8.1924 zur Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, RTDrs., Bd. 383, Nr. 446, S. 55. Siehe auch die Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen deutschen, französischen und belgischen Delegierten in London am

einsetzen, und ich darf Ihnen vertraulich sagen, daß ich selber gebeten habe, daß man aus den betreffenden Stellen, vielleicht auch aus der näheren Umgebung, uns etwas mehr unterstützen möchte durch Protest-Resolutionen, durch Erklärungen. Ich habe eine Erklärung, die ich aus Düsseldorf bekommen habe, sofort an das W.T.B. gegeben, damit die ganze Welt sofort widerhallt von dem, was wir in dieser Richtung fordern müssen. Es ist einmal von der anderen Seite mit Recht gesagt worden, wenn nicht der Außenminister das deutsche Volk in Erregung brächte, dann würde sich keine Erregung des Volkes bemächtigen. Ich habe geglaubt, es bedürfe keiner Anstrengung, die Herren von der Rechten in Erregung zu bringen. Aber in Wirklichkeit herrscht in Deutschland große Kirchhofsruhe. Anstatt daß sich alles konzentriert auf diese Dinge, daß immer wieder diese unsere Forderungen in immer neuer Aufmachung der Öffentlichkeit unterbreiten würden, sehen wir, daß alles andere die Öffentlichkeit mehr interessiert als die Dinge, die vielleicht vor 14 Tagen noch uns so lebhaft bewegt haben (Sehr richtig!). Ich habe kürzlich, ehe wir mit den Deutschnationalen sprachen, das Kabinett gefragt, wie es sich zu meiner Einstellung verhielte wegen der Räumung der nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete. Ich habe eine vollkommene Einmütigkeit des Kabinetts darüber gefunden[54] und habe eine vollkommene Einmütigkeit im Reichsrat gefunden. Wir haben darin eine klare Linie. Ich würde Sie bitten, die auch von der Partei aus zu nehmen und von der Partei zu unterstützen. Wenn wir mit diesen Dingen durchkommen, auch wenn die Räumung nicht sofort erfolgt, auch wenn sich das vielleicht hinausschleppt, dann habe ich doch die Empfindung, daß wir ein ganzes Stück Weges zurückgelegt haben zu einer Wiederaufrichtung des Reiches. Denn sie kann nur erfolgen auf der Grundlage der Wiederherstellung der Souveränität des Reiches, der wirtschaftlichen und der politischen.

Es ist die Frage gestellt worden – sie wird jetzt immer sehr stürmisch gestellt –, ob die Kölner Zone geräumt werde im Januar nächsten Jahres. Ich habe mich stets dagegen gewehrt, irgendwie amtlich dazu Stellung zu nehmen, weil ich nämlich in diesem Falle der Meinung bin, daß es ganz falsch wäre, amtlich über etwas anzufragen, was ganz selbstverständlich und von den in Betracht kommenden Staaten noch niemals in Frage gestellt ist. Wer hat denn die Besatzungsfrist verneint? Das war ein früherer französischer Ministerpräsident; er hat es nie getan für Frankreich als solches, und es ist niemals in einer offiziellen Kommission erklärt worden, die Besatzungsfrist laufe nicht, sondern nur in seinen Sonntagsreden und in seinen Veröffentlichungen hat Poincaré das ausgesprochen. Kein englischer Minister hat sich auf einen anderen Standpunkt gestellt, als daß die Besatzung zu dem vertragsmäßigen Termine aufgehoben wird. Wenn heute eine derartige Anfrage gestellt würde, so hätte es ja den Anschein, als ob wir selbst daran zweifelten. Ich bin der Meinung, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß bei Eintritt neuer Verhältnisse auch die Räumung der Kölner Zone eintritt.[55] Ich habe ja auch die Überzeugung, daß niemand in diesem Gremium daran denkt, England eine andere Stellung einzuräumen als einer anderen Macht, und daß ebenso gut die Gegenfrage gestellt werden könnte, aus welchem Grunde

13.8. sowie das deutsche Memorandum an die alliierten Ministerpräsidenten vom 16.8.1924, Kabinette Marx I/II, Anhang, Dok. 5, 10.

[54] Siehe Kabinett Marx I/II, Dok. Nr. 241, 243.

[55] Bereits in einer Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder über das Sachverständigengutachten am 3.7.1924 (Kabinette Marx I/II, Dok. 243) hatte sich Stresemann ähn-

denn die deutsche Regierung annehme, daß die Engländer nicht herausgehen wollten. Hier werden wir, wenn die ganzen Dinge an sich vernünftig weitergehen, deshalb auch mit dem Abbau[56] des ersten Gebietes zu rechnen haben, das damals unter Fremdherrschaft gekommen ist.

Meine Damen und Herren, unter diesen Gesichtspunkten bin ich der Meinung, daß wir im Reichstag keine Schwierigkeiten haben werden, diese Gesetze durchzubringen.[57] Man hat von französischer Seite von uns verlangt, wir sollten erst die Gesetze annehmen lassen durch den Reichstag und dann in London verhandeln. Das haben wir abgelehnt, wir haben erklärt, wir wünschten erst zu wissen, wie die politischen Fragen geregelt würden, dann würden wir mit den Gesetzen vor den Reichstag gehen. Die Londoner Konferenz ist eingesetzt worden ohne Rücksicht auf die Annahme der Gesetze. Wir werden sie annehmen seitens der Regierung, wir werden sie dem Reichsrat und dem Reichstag übersenden, aber ich habe gar kein Interesse daran, daß der Reichstag sie vorher annimmt. Ich habe auch in einer Parteiführerkonferenz, als einer sagte, es sei eine Schwäche der Regierung, daß sie jetzt nicht wüßte, ob sie eine Mehrheit hätte, erwidert: Im Gegenteil, das sei eine Stärke der Regierung, denn im anderen Falle würde gesagt werden: Wenn die Regierung wüßte, daß sie die Mehrheit nicht habe, dann stünde sie auch ein für die Gesetze. Es ist sicher, daß ich diese Erklärung nicht abgebe, aber das, womit ich arbeite, was ja auch aus den Zeitungen hervorgeht – ich nenne nur den »Daily Telegraph« –, ist ja gerade der Gesichtspunkt, daß ich den Herren sage: Ja, verehrte Herren, ich kriege den Reichstag nicht dazu, wenn Ihr nicht in dieser politischen Frage nachgebt (Sehr richtig!). Das ist das, was ich vorhin meinte. In dieser Frage könnte ich mir sogar ein Zusammenspiel zwischen der Regierung und einer nationalen Opposition denken. Gegenüber dem Ziel, das es hier zu erreichen gilt, müßten alle anderen Bedenken und Rücksichten zurücktreten.

Man hat auch im Reichsrat die Frage aufgeworfen, ob es nicht angängig sei, die Kriegsschuldlüge bei der Gelegenheit auch zu erörtern. Ich habe den Herren, die das anregten, gesagt: Wenn ich eine schickliche Gelegenheit finde, in einer Erklärung der deutschen Reichsregierung – sei es bei der Annahme der [ein Wort fehlt] – dahinter muß ich noch ein Fragezeichen machen –, sei es bei Annahme der Gesetze, einer Erklärung derart, daß wir diesen Lasten zustimmten im Sinne einer moralischen Verpflichtung, im Sinne des Gutachtens, das von einer moralischen Verpflichtung spricht, weil wir keine zerstörten Gebiete hätten, nicht auch im Sinne der Erfüllung des Vertrages, den wir damals nur notifizierten, ohne unsere Schuld am Kriege anzuerkennen, daß wir dann die Frage aufrollen und ein internationales Gericht for-

lich geäußert; die deutschen Delegierten auf der Londoner Konferenz wurden angewiesen, »die Frage der Kölner Zone möglichst nicht mehr« anzusprechen, ebd., Dok. Nr. 276, S. 962.

[56] Gemeint: der Räumung.

[57] Bei der Abstimmung im Reichstag über die Dawes-Gesetze am 29.8.1924 erhielt auch das verfassungsändernde Reichsbahngesetz die erforderliche Zweidrittelmehrheit, da von der DNVP-Fraktion 48 Abgeordnete dafür und 52 dagegen stimmten, siehe VRT, Bd. 381, S. 1085ff.; Vermächtnis I, S. 559ff. sowie Hertzman, S. 204ff.; Thimme, S. 78ff.; Turner, S. 167f.; Grathwohl, S. 38ff.

dern würden.[58] Dann ist meiner Ansicht nach das getan, was man in diesem Zusammenhang der Dinge tun kann, es sei denn, daß die Frage von andrer Seite provoziert wird. Es würde mir ein großes Vergnügen sein, ich weiß aber nicht, ob man mir auf der anderen Seite den Gefallen tun wird. Aber mitten hinein in eine ganz andere Verhandlung diese Dinge von uns provozierend hineinzubringen, halte ich nicht für richtig angesichts der Dinge, die auf dem Spiel stehen. Wir müssen auch bei der Kriegsschuldfrage zweierlei unterscheiden, und das habe ich kürzlich doch auch einmal im Reichsrat ausgeführt, weil mir scheint, daß man sich namentlich in Bayern ganz falschen Anschauungen darüber hingibt.

Die moralische Infamierung des deutschen Volkes aus der Welt zu schaffen, das wird uns, glaube ich, hoffentlich gelingen, aber man bringt nicht in das Volk die neue Illusion, als ob mit der Entscheidung der Kriegsschuldfrage der Versailler Vertrag fällt. Heute gibt es viele Leute, die schreiben mir Briefe: Wie können Sie solche Lasten übernehmen, da wir am Kriege überhaupt nicht schuld sind! Das ist ja eine ganz illusionäre Einstellung. Es hat die Kriegsschuldfrage in der Welt vielfach gegeben. Ob Friedrich der Große[59] beim ersten Schlesischen Kriege wirklich alle ethischen Gründe auf seiner Seite hatte und nicht vielmehr von dem Gedanken ausging, die Situation zu benutzen, darüber sind die Geschichtsforscher verschiedener Meinung. Aber Schlesien würde er behalten haben, auch wenn vielleicht alle Professoren ihm gesagt hätten, es sei nicht richtig gewesen. Deshalb muß in der Kriegsschuldfrage, wenn es auch eine infame Art ist, wie man uns menschlich behandelt und die Verbrecher zweifellos auf der anderen Seite gewesen sind, die politische Einstellung eine andere sein. Denn an der Situation, daß uns als waffenlosem Gegner das waffenstarrende Europa gegenübersteht, hat sich nicht das geringste geändert. Wir sollten uns vor der Illusion hüten, als ob lediglich durch die Erörterung der Kriegsschuldfrage die Situation sich für uns ändern könnte. Deshalb kommt auch für mich nicht in Betracht, daß ich diesen Gedanken hineinbringe in die Londoner Verhandlungen, denn das würde uns nicht das mindeste nutzen. Ich kann aber bei Annahme der Gesetze die Dinge dokumentarisch niederlegen und kann auch, wenn ich provoziert werde, darauf antworten. Ich habe aber keinen Anlaß, in Anbetracht der ganzen Schwierigkeiten, die Herriot zu überwinden hat, von mir aus diese Dinge in einen Zusammenhang zu bringen, in den sie nicht gehören. Ich schließe daran die Bitte, daß, wenn diese Situation eintritt, sie auch von dem Parteivorstand und von der Partei verteidigt wird. Ich darf mich im übrigen darauf beziehen, daß erfreulicherweise zum ersten Mal kürzlich gerade ein Bund, der sich die Erörterung der Kriegsschuldfrage als Aufgabe gestellt hat, der Bund zur Errettung der Ehre Deutschlands, durch seinen Führer hat erklären lassen, daß diese Regierung doch mehr in der Kriegs-

[58] Auch auf der Besprechung des Reichskabinetts mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder hatte Stresemann sich dafür eingesetzt, die Kriegsschuldfrage vor der Londoner Konferenz nicht aufzuwerfen, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. 243; die amtliche Kundgebung der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage wurde dann am 29.8.1924 veröffentlicht, siehe ebd., Dok. 290. Die von Stresemann im Einvernehmen mit dem Kabinett den Deutschnationalen zugesagte Note (Text: Vermächtnis I, S. 524f.), in der nach der Annahme des Dawes-Plans die Ablehnung der Kriegsschuldklausel erklärt werden sollte, wurde den alliierten Regierungen aufgrund massiver Warnungen, vor allem von englischer und französischer Seite, jedoch nicht zugestellt, siehe ebd., S. 559 sowie Vermächtnis I, S. 559; Thimme, S. 85.

[59] Friedrich II. (1712–1786), 1740–1786 König von Preußen.

schuldfrage getan hätte als irgendeine Regierung vorher. Ich habe nur Bedenken, durch die Aufwerfung dieser Frage eine Konferenz zu sprengen, an der uns außerordentlich gelegen sein muß. Einen praktischen Erfolg vermag ich mir, wie gesagt, davon nicht vorzustellen. Man wird uns mit allerlei Gründen zurückweisen, weil diese realpolitischen Engländer, die doch ihre ganze Weltpolitik und Weitereroberungen auf [ein Wort fehlt] aufgebaut haben, bei ihrer politischen Heuchelei und ihrer bekannten Taktik, bei ihrer Einstellung zu diesen ganzen Dingen das gar nicht zugestehen würden, wenn sie nicht ihre Stellung gegenüber den Millionen von Indern erschüttern wollten. Man würde sagen: Dieses erschlichene Urteil erkennen wir nicht an, und es würde Aufgabe des deutschen Volkes sein, in den nächsten Jahren weiter zu kämpfen. So stehen die Dinge. Man soll das, was moralisch und politisch notwendig ist, tun, aber keine Illusionen nähren, die wir nicht erfüllen können, solange die Politik Machtpolitik ist.

In der Sitzung des Reichsrates hat ein Mitglied des Reichsrates in starker Opposition gestanden und erklärt: Er sei enttäuscht über die Haltung der Regierung und werde mit Nein stimmen. Er hat dann die Frage an die Regierung gerichtet, ob sie nicht bei ihrem ferneren Handeln in ihrem Herzen [mehrere Worte fehlen], daß sie das bedauerliche Ja ausspräche. Ich habe darauf erwidert, ich könnte mir einigermaßen vorstellen, was er damit meint, und ich wollte es einmal in die Worte fassen, daß eine Zeit käme, in der wir wieder ein Deutschland vor uns hätten, daß wir selbständig eingreifen könnten in die Geschicke der Völker und wir demgemäß auf die Dinge Einfluß hätten, auf die Dinge, auf die wir ein Anrecht haben. Ich glaube, daß er mit mir übereinstimmte, daß das angestrebt werden müsse, daß aber, wer das anstrebt, an diesem Ja gar nicht vorübergehen könne, weil wir ja erst die Grundlage schaffen müssen für ein einheitliches, wirtschaftlich wiedererstarktes Deutschland, so daß, wer den ersten Schritt tun wolle, erst den zweiten und ersten Schritt mit uns machen müsse. Der Weg, den wir gehen müssen, ist mühselig, und man glitscht auch einmal ab auf diesem Wege, man muß oft Hilfe suchen und oft Dornenzweige anfassen, an denen man sich die Finger blutig reißt. Wer das nicht will, wer seine guten politischen Finger nicht in Gefahr bringen will und sich davor fürchtet, einmal durch Verantwortlichkeit blutig geritzt zu werden, der soll alle politischen Geschäfte niederlegen, denn mit ihm kann man wirklich vaterländische Politik nicht machen (Starker Beifall). Was früher der Weg des Wiederaufstiegs gewesen ist, wird auch jetzt der Weg des Wiederaufstiegs sein, so schwer auch die Dinge sind, die uns zugemutet werden. Ich glaube, wirtschaftlich sind sie zunächst eine Erleichterung für zwei bis drei Jahre, sie geben uns die Möglichkeit, daß wir aus dem Budget zunächst keinen Pfennig zu zahlen haben; sie geben uns Zeit, wo wir uns erholen können.

Wenn die bange Frage durch das Volk geht: Soll denn kein Mensch eine Aufwertung erfahren von all den Dingen, die er früher dem Reiche hingegeben hat in Form von Kriegsanleihe[60], in Form von Verpflichtungen, von denen er Mehrwert erhoffte, so kann doch das Reich praktisch an diese Dinge überhaupt erst herangehen, wenn es seinerseits die Höhe seiner Verpflichtungen gegenüber dem Auslande kennt und dann überhaupt erst über ein Mehr verfügen kann, das ihm zur Verfügung steht.

[60] Siehe dazu Dok. Nr. 51, Anm. 28.

So hängen auch diese Fragen auf das engste zusammen mit einer Regelung nach dieser Richtung. Man kann allerdings den Einwand erheben, warum habt Ihr bei den Verhandlungen eine Endsumme nicht verlangt? Nein, die habe ich nicht verlangt. Ich würde es für den allergrößten Fehler halten, sie gegenwärtig zu verlangen. Noch steht die Welt trotz unserer Kreditkrisis unter dem Eindruck der ungehemmten Entwicklung der deutschen Industrie und der deutschen Wirtschaft. Die Summe unserer Endverpflichtungen ist immer zurückgegangen in den letzten Jahren. Man hat erst geträumt von [Zahl fehlt] Milliarden, hat dann in London diese Summe für unmöglich erklärt![61] Man diskutiert heute über Summen, die weit darunter stehen. Wenn erst die Möglichkeit der Transferierung, der Übertragung der Leistung an andere Mächte feststeht, dann wird man überhaupt zu ganz anderen Fragen der Regelung all dieser Verpflichtungen kommen. MacDonald hat etwa vor einem Jahre einmal gesagt: Der Welt muß erst einmal bewiesen werden, daß man von Deutschland keine Reparationen fordern kann, wenn man sich nicht gleichzeitig der Herrschaft des deutschen Welthandels unterwirft. Entweder hat Deutschland eine ungeheure Entwicklung und kompensiert allen Welthandel, dann kann es Reparationen zahlen, oder Deutschland hat diese Entwicklung nicht, dann wird es aufhören, Reparationen zu zahlen. Die Dinge gehen doch darauf hinaus: Wir sollen zahlen aus dem Überschuß der deutschen Wirtschaft, wir sollen zahlen, wenn die deutsche Wirtschaft nicht darunter leidet, folglich werden die Summen nicht transferiert. Dann werden sie zu Anlagen im Innern verwendet, was aber für die Franzosen kein Trost ist. Die Welt wird noch einmal auch den Weg der nächsten zwei, drei, vier Jahre gehen. Sie wird sehen, daß dieser Weg auch nicht derjenige ist, der zum Ziele führt, und dann wird nach diesem ganzen Leidensweg irgendein Endpunkt sein, wo man sich auf einer wirklich vernünftigen Basis wird verständigen können.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn wir diesen ganzen Weg der ersten fünf Jahre einmal übersehen, täuschen wir uns doch über das eine nicht: Es ist doch in Deutschland in diesem halben Jahrzehnt vieles unendlich schneller besser geworden, als wir uns im Januar 1919 etwa vorgestellt haben (Sehr wahr!). Sie sehen, daß diese revolutionären Errungenschaften – wir hatten keine Revolution, aber die Folgen einer Revolution –, diese Errungenschaften doch schneller abgebaut worden sind, als wie irgendwie geschichtlich einmal revolutionäre Errungenschaften abgebaut worden sind. Durch das ganze Volk geht doch wieder ein ganz tiefer Zug nach Ordnung, nach Autorität. Nur nach außen, politisch, haben wir zunächst weder Macht noch Einfluß.[62] Eine Politik des Erfolges können Sie nur führen, wenn Sie das eine oder das andere oder das Erstere durch das Zweite haben. Ich halte alle Spielereien, geheimnisvoll wieder zur Macht zu kommen, für groben Unfug.[63] Sie können nicht geheimnisvoll schwere Artillerie herstellen oder tausend Flugzeuge bauen, das schädigt uns außenpolitisch, ohne daß es uns etwas einbringt. Es kann nur die Politik Erfolg haben, die darauf hinausgeht, für andere Völker bündnisfähig zu werden; um

[61] Zum Londoner Zahlungsplan und den Verhandlungen der Londoner Konferenz im Frühjahr 1921 siehe Dok. Nr. 37.

[62] In der Vorlage: »Einfluß (Ansehen?)«.

[63] Die geheimen Aufrüstungsbestrebungen der Reichswehr waren bereits am 10.3.1923 von Ludwig Quidde in der »Welt am Montag« angeprangert worden, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. 139, 172, 359 sowie Salewski, S. 257ff.; Carsten, S. 137ff.; Zeidler, S. 107ff.

in dem Moment der Bündnisfähigkeit von andrer Seite das zu erhalten, was Sie niemals durch vergrabene alte Flinten in wirkliche Macht werden umsetzen können.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn so die ersten fünf Jahre ein Weg der inneren Konsolidierung waren, dann müssen die nächsten fünf Jahre der außenpolitischen Konsolidierung dienen, und dazu ist es notwendig, daß einmal ein Schlußpunkt gemacht wird unter die Periode, die außenpolitisch gekennzeichnet war durch die Schlagworte, daß Deutschland den betrügerischen Bankrott herbeigeführt hätte, daß Deutschland nicht zahlen wolle, sich drücke, und das arme Frankreich, um zu seinem Recht zu kommen, das Ruhrgebiet hätte besetzen müssen. Mit dieser Lüge hat das Gutachten gebrochen. Das Gutachten hat ausdrücklich gesagt: Ihr könnt nur nicht zahlen, Ihr dürft nicht zahlen, weil das Eure ganze Währung zerbrechen müßte. Nun kommt jetzt eine ganz andere Situation. Kommen jetzt die Vereinigten Staaten von Amerika in diese Dinge hinein und gehen wir von der Londoner Konferenz mit einem Erfolg nach Hause, der uns erwarten läßt, daß am 1. September [1924] das Gutachten in Kraft tritt, daß später unsere Gebiete frei werden, daß die internationale Anleihe in diesem Jahre kommt, daß die Welt interessiert wird für unsere wirtschaftliche Entwicklung, dann haben Sie auch ganz andere Perspektiven einer Außenpolitik, die uns einmal weiterbringen kann. Ich möchte gegenüber dem Mißerfolg, den unsere Partei bei den letzten Wahlen erlitten hat und von dem ich bei der Eröffnung der Sitzung des Zentralvorstandes sprach, das eine sagen: Ich schätze ihn in seiner ganzen Schwere ein in der Gegenwart, ich schätze ihn gering ein für die Zukunft (Sehr richtig!). Ich bin der festen Überzeugung, daß der Weg, den wir bisher gegangen sind, nach innen und nach außen, trotz der vielfachen scharfen Kritik, viel schneller angetreten wird von Europa, als es gegenwärtig erscheint. Das, was sich in den drei letzten Wochen schon vollzogen hat in der Umstellung der einzelnen, zur Frage des Gutachtens, das zeigt doch schon, wie stark man erkennt, daß überhaupt der realistische Mensch das Problem nur vorwärts zu bringen vermag und daß nur diese nüchterne Realpolitik, die uns vielleicht nicht den Schwung gegeben hat gegenüber anderen Parteien, die noch leicht entzündliche Jugend in ihren Reihen haben, sich auf die Dauer durchsetzen wird, daß man später denen danken wird, die in dieser Zeit verantwortliche Arbeit geleistet haben (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

Vorsitzender von Campe: Meine verehrten Damen und Herren! Der rauschende Beifall, den die Ausführungen unseres verehrten Führers bei jedem einzelnen von uns gefunden haben, überhebt mich eigentlich der Verpflichtung, ein besonderes Wort des Dankes Ihnen, verehrter Herr Dr. Stresemann, auszusprechen. Aber eines möchte ich Ihnen doch in diesem Augenblick sagen: Sie haben entsprechend unserer Tagesordnung damit begonnen, Sie würden nur einen einleitenden Vortrag halten. Ich muß sagen, eigentlich hätte ich Sie zur Ordnung rufen müssen (Heiterkeit), denn das haben Sie tatsächlich nicht getan. Aber ich bin überzeugt, meine verehrten Damen und Herren, daß Sie auch mir Verzeihung gewähren werden, wenn ich es nicht getan habe, denn in gewohnter Weise mit seiner glänzenden Rhetorik hat Herr Dr. Stresemann es wiederum verstanden, uns in die weiten, großen vaterländischen Gesichtspunkte einzuführen, von denen er seine Außenpolitik zu führen gedenkt und von denen aus er auch die Leitung der Partei in Zukunft führen will. Seien Sie versichert, Herr Dr. Stresemann, daß wir nach wie vor in Treue zu Ihnen stehen werden (Leb-

haftes Bravo und Händeklatschen). Wir treten nun in die Besprechung ein. Ich bitte um Wortmeldungen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Ausführungen des Herrn Dr. Stresemann zur auswärtigen Politik nach der sachlichen Seite hin etwas hinzufügen zu wollen, wäre wohl vermessen. Ich möchte mich darauf beschränken, hier zum Ausdruck zu bringen, daß nach meiner persönlichen Auffassung die Gesamtheit der Partei geschlossen hinter der Politik steht, die Herr Dr. Stresemann hier eben zum Ausdruck gebracht hat (Lebhafte Zustimmung). Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß in der Führung der Außenpolitik unser Außenminister, den wir gestellt haben, der erste Politiker im neuen Deutschland ist, der nach großen staatsmännischen Gesichtspunkten internationale Atmosphäre zu unseren Gunsten und die ersten Voraussetzungen geschaffen hat, daß wir überhaupt in der Behandlung dieses für uns so außerordentlich schwierigen Problems der Lösung der Reparationsfrage vorwärtsgekommen sind (Erneute lebhafte Zustimmung).

Auch aus einem anderen Grunde will ich das Gebiet der auswärtigen Politik nicht behandeln, weil ich annehme, daß noch ein Fraktionskollege aus dem besetzten Gebiet einiges dazu zu sagen haben wird hinsichtlich des Wunsches, den Herr Dr. Stresemann selbst zum Ausdruck gebracht hat, daß es Aufgabe aller an dieser großen Lösung des deutschen Außenproblems interessierten Politiker Deutschlands ist, immer wieder und wieder die notwendigen Voraussetzungen zur Lösung der Reparationsfrage zu unterstreichen, was auch durch diese Versammlung geschehen soll, in Form einer Resolution, die Ihnen hernach vorgelegt werden wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich zum Wort gemeldet, um etwas Ergänzendes auszuführen, um in dieses Bild, das uns Herr Dr. Stresemann nach der einen Seite gegeben hat, einzufügen den schweren Stand oder den schweren Kampf, den unsere Partei im Innern zu führen und in der Zukunft durchzuführen hat, unter einer Voraussetzung, daß diese auswärtige Politik, die Herr Dr. Stresemann inauguriert hat, restlos zu Erfolgen kommt. Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, daß es einigermaßen nebensächlich wäre, wie sich der Gang der Innenpolitik bis zu diesem Termin vollzieht, man könnte sagen: In dem Augenblick, wo diese Außenpolitik Erfolg hat, steht die Deutsche Volkspartei so turmhoch mit ihren Führern da, daß sie die Meinung des deutschen Volkes unbedingt auf ihrer Seite habe. Aber gestatten Sie mir doch trotzdem, meine Bedenken auszusprechen. Ich gehöre nicht zu den Optimisten, die unbedingt glauben, daß dieses Ziel im Sturmschritt zu erreichen ist und so zu erreichen ist, daß nur zustimmende Kritik in Deutschland gegenüber diesem Erfolg einsetzen wird. Ich sehe, daß Herr MacDonald die Sippe hinter sich hat, deren Wünsche er erfüllen muß, und ich sehe, daß Herriot die Peitsche eines Poincaré über sich fühlt, und wie die Dinge gehen werden, vermag im Augenblick noch niemand zu sagen. Wir können uns aber nicht nur darauf einstellen, daß das Schicksal des deutschen Volkes und auch unserer Partei einzig und allein steht und fällt mit dem Erfolg oder Mißerfolg der auswärtigen Politik, denn wir haben eine große Aufgabe, die die Nationalisten, die wir im Innern nun erfüllen können.[64] Wir müssen uns als Partei unbedingt arbeitsfähig für die Zukunft erhalten, denn die Kritik, die Herr Dr. Stresemann hier an den Deutschnationalen geübt hat, trifft absolut ins Schwarze.

[64] So – etwas unverständlich – in der Vorlage.

Wir sehen dort keine staatsmännischen Persönlichkeiten, wir sehen dort nicht die bedingungslose Hingabe an die Wiederaufrichtung unserer Verhältnisse unter Ausschaltung des Parteiegoismus. Wir sehen dort nicht die überragenden Führer, die es fertigbrächten, auch nur die 106 Deutschnationalen[65] in einer Hand zu halten. Wir sehen dort ein gewaltiges Demagogentum, und gegenüber diesem Demagogentum muß unbedingt die starke Aktionskraft unserer Partei erhalten werden (Sehr richtig!). Deshalb halte ich es für notwendig, daß wir nicht nur auf die Lösung unserer außenpolitischen Fragen allein eingestellt sind. Herr Dr. Stresemann hat zum Ausdruck gebracht, daß diese Regierung sich auf die Führung der auswärtigen Politik beschränken will, daß also die wirtschaftlichen und sozialen Fragen zunächst zurückzustellen seien. Es kann aber niemand verkennen, daß wir auch schon heute in Deutschland in überaus trostlosen Zuständen uns befinden, daß die Nöte so gewaltig groß sind, daß es viele Menschen in Deutschland gibt, die nicht in der Lage sind, die große Linie der auswärtigen Politik allein als das Erlösende anzusehen, sondern in der Verzweiflung schweben, daß sie nicht von heute auf die nächste Zukunft wissen, ob sie überhaupt noch die wirtschaftliche Funktion ihrer Betriebe aufrechterhalten und ihre Arbeiter beschäftigen können (Sehr richtig!).

Meine Damen und Herren, wir stehen vor der Tatsache, daß wir uns als Partei in einer ganz außerordentlich starken Bindung befinden hinsichtlich der Wahrnehmung derjenigen Gesichtspunkte, die nach der inneren Seite ergänzend zu dieser auswärtigen Politik auch im Augenblick schon durchgeführt werden müssen. Der Reichstag ist nach den Wahlen zweimal zusammengetreten[66], und beide Male hat er darauf verzichtet, auch nur ein einziges Wort über diese Nöte in der allgemeinen Wirtschaft zu sprechen und dem deutschen Volk, der deutschen Öffentlichkeit gegenüber einmal eine Rechenschaft über das abzulegen, was die Regierung tat, und dazu Stellung zu nehmen, was etwa zur Erleichterung der Gesamtlage noch geschehen kann und geschehen müßte. Als ich vor kurzem in der Reichstagsfraktion bei dem zweiten Zusammentritt des Reichstages die Forderung stellte, daß wir von uns aus eine Interpellation einbringen möchten, um zu der Kreditnot[67], zu der weiteren Politik des Reiches, zu den Tariffragen vor allen Dingen der Eisenbahn[68], schließlich zu den Problemen der Arbeitszeitfrage[69] Stellung zu nehmen, alles Fragen, die das gesamte

[65] Die DNVP verfügte im neugewählten Reichstag über 95 Mandate. Durch die mit ihr in Fraktionsgemeinschaft stehenden Abgeordneten des Landbundes erreichte die DNVP-Fraktion eine Stärke von 105 Mandaten.

[66] Der Reichstag hatte am 6. und 24.6.1924 getagt.

[67] Nach der Konsolidierung der Währung benötigte die Wirtschaft dringend ausländische Kredite, siehe Krohn, S. 36ff.; Netzband/Widmaier, S. 54ff.; zur Haltung der Reichsbank siehe Hardach, S. 64f.; James, Reichsbank, S. 45ff.

[68] Eine allgemeine Ermäßigung der Gütertarife um 10% war vom Kabinett bereits am 25.2.1924 beschlossen worden, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 121, 293. Nach §33 des Gesetzes über die Deutsche Reichsbahngesellschaft, das zusammen mit den anderen Gesetzen zur Durchführung des Dawes-Gutachtens am 30.8.1924 verkündet wurde (RGBl. 1924 II, S. 272), ging die Befugnis zur Änderung der Bahntarife auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft über, die dazu allerdings die Genehmigung der Reichsregierung einholen mußte; siehe auch Vermächtnis I, S. 273f.

[69] Am 21.12.1923 war aufgrund des Ermächtigungsgesetzes vom 8.12.1923 eine Verordnung über die Arbeitszeit ergangen (RGBl. 1923 I, S. 1249ff.), die den Achtstundentag grundsätzlich als Normalarbeitstag festlegte, allerdings zahlreiche Ausnahmeregelungen enthielt, siehe Winkler,

Gebiet unserer Wirtschaft gegenwärtig interessieren, hatte die Fraktion Bedenken und hat davon abgesehen, eine solche öffentliche Verhandlung dieser Fragen im Reichstag vorzunehmen, weil man sich doch durch die Verantwortung für die Mitarbeit in der Regierung so sehr gebunden fühlte, daß man nicht in der Lage wäre, in der Öffentlichkeit dem Lande gegenüber auszusprechen, was man zu diesen Fragen zu sagen habe.

Das ist eine Bindung, die nicht so leicht zu tragen ist, vor allem deshalb nicht, weil die Deutschnationalen unsere Schwäche selbstverständlich auszunutzen suchen, und nachdem wir diese Fragen nicht behandeln konnten, haben jetzt die Deutschnationalen eine Interpellation in dieser Richtung eingebracht. Nachdem die landwirtschaftliche Interpellation als ihr erstes Interesse vorüber ist[70], wenden sie jetzt auch diesen Fragen Interesse zu, und sie werden von sich aus diese Fragen anschneiden. Nun liegen die Dinge durchaus nicht so, daß man zu all dem, was die verschiedenen Regierungsstellen in diesen innerwirtschaftlichen Fragen getan haben, Ja und Amen sagen müßte (Sehr richtig!). Wir haben eine sehr sachliche, aber auch eine sehr schwerwiegende Kritik an vielen Dingen zu üben. Wir haben eine sachliche Kritik zu üben an der Art, wie heute Eisenbahn-Tarifpolitik getrieben wird, ohne Rücksicht auf das Problem der Wirtschaftsförderung (Sehr richtig!). Wir haben Veranlassung, über die Frage zu sprechen, ob es nicht an der Zeit ist, die Frage der Arbeitszeit aus dem Streit der Parteien besser herauszuheben, als es jetzt durch die letzte Verordnung geschehen ist.

Ich deute das alles nur an, nicht um hierüber eine große Diskussion zu entfachen, sondern um Ihnen zu zeigen, wie eine Partei wie die unsrige in dem gegenwärtigen Stadium sich außerordentlichen Hemmungen ausgesetzt sieht, und diese Hemmungen stören und schwächen natürlich unsere Wirkungskraft nach innen. Mir passiert es jetzt alle Tage, daß Leute zu mir kommen und sagen: Warum sagen Sie das, was Sie mir persönlich jetzt gesagt haben, nicht einmal von der Tribüne des Reichstages herunter. Meine Damen und Herren, ich kann doch nicht jedem einzelnen sagen: Ich bin gehemmt, da ich in einer politischen Regierungskoalition stehe und daß wir Rücksichten nehmen müssen, die uns nicht gestatten, in voller Freiheit schließlich das zu sagen, was andere sagen können. Ich wehre mich nicht gegen diesen Zustand insofern, als ich etwa sagen möchte, wir hätten diese Regierung nicht bilden sollen; wir mußten sie bilden, weil wir keine andere Möglichkeit hatten. Aber ich unterstreiche das, was ich als Schatten in dieser Situation sehe, damit sich der Zentralvorstand Rechenschaft darüber gibt, daß dieser Zustand keineswegs ein Zustand ist, der unserer wirklichen Partei und damit dem Arbeitsinteresse für das deutsche Volk gerecht wird. Ich sehe in der Notwendigkeit, auf diese Sachlage fortgesetzt Rücksicht nehmen zu müssen, in der Tatsache, daß wir gehindert und gehemmt sind, unsere parlamentarische Arbeit so frei zur Entfaltung zu bringen, in der Tat eine starke Zertrümmerung des Ansehens der Partei nach außen, die schließlich, wenn dieser Zustand zu lange anhält, so weit gedeihen kann, daß der Charakter der Partei in Gefahr kommt, und wir haben alle Veranlassung, den Ruf, den wir uns als Wirtschaftspartei erwor-

Arbeiter, Bd. 1, S. 684 f.; Potthoff, S. 181 ff.; Bischoff, S. 57 ff.; zu den Kabinettsberatungen siehe Kabinett Marx I/II, Dok. Nr. 1, 4, 25, 236, 358.

[70] Die DNVP hatte im Reichstag am 30.5., 4.6. und 20.6. Interpellationen zu Fragen der Landwirtschaft eingebracht, siehe RTDrs., Bd. 382, Nr. 91, 186, 229.

ben haben, uns auch vor dem Lande zu erhalten, weil wir in einem Zeitalter leben, in dem diese Fragen der Ernährung unseres Volkes, der Erhaltung der Lebensfähigkeit der breitesten Massen des deutschen Volkes als die wichtigsten Lebensfragen im Mittelpunkt aller Dinge stehen und schließlich ja auch den großen Inhalt und das große Ziel der Stresemannschen Außenpolitik darstellen (Bravo!). Bei Betrachtung der gegenwärtigen Lage gebe ich unbedingt zu, daß gegenüber den Deutschnationalen in den Kreisen von Handel und Industrie und Wirtschaft und in den Kreisen der städtischen Bevölkerung ein sehr starker Umschwung eingetreten ist gegenüber denen, die unser Lager aus Popularitätsgründen verlassen und der Angel der Deutschnationalen gefolgt sind.[71]

Aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir reale Werte verloren haben. Die Bauern haben uns verlassen. Das ist eine Tatsache, die wir nicht verschweigen, sondern der wir ruhig ins Gesicht sehen wollen, um zu prüfen, wie wir uns umstellen müssen, damit unsere Politik in der Lage ist, diese Schichten wieder heranzuführen. Verlassen hat uns ein großer Teil der Industrie, ohne Frage. Verlassen haben uns ganz gewaltige Massen der Beamtenschaft. Wir haben für die Beamten gefochten, besonders unser Freund Morath, wie nur einer. Wir haben es jetzt wieder erlebt, daß Morath die Führung in diesen Dingen hatte und vor allen Dingen dem unteren Beamtentum wieder vorwärts geholfen hat. Die Beamten gehen ins deutschnationale Lager, und zwar in gewaltiger Zahl, das ist gar keine Frage. Was wir gehalten haben, sind die mittleren Schichten von Industrie, Handel und Gewerbe und Handwerk. Das sind in erster Linie die Kreise, die bei uns geblieben sind. Denen müssen wir etwas bieten, denen gegenüber müssen wir auch eine Politik betätigen, die ihnen die Möglichkeit gibt zu sagen: Wir haben an der richtigen Stelle gestanden und stehen auch jetzt weiter da.

Eine andere Frage. Sehen Sie sich einmal in diesem gegenwärtigen Staatszustand, in dem wir uns befinden, um. Wo sitzt denn heute die Macht? Wer hat denn heute die Macht? Haben wir sie? (Zuruf: Nein!). Ich glaube, der Sozialismus hat heute noch eine Macht, die viel stärker ist als ihr zukäme (Sehr richtig!). Der Sozialismus zwingt uns noch in vielen Fällen zur absoluten Passivität. Der Sozialismus übt heute noch die Macht aus, daß wir den kommenden Preußenwahlen entgegengehen mit einem Severing als Innenminister.[72] Das ist ein Zustand, der für die Existenz der Partei geradezu verhängnisvoll werden kann, wenn dieser Zustand nicht baldigst behoben werden kann (Zurufe). Es sind Termine gesetzt. Als ich vor den Reichstagswahlen in dem Geschäftsführenden Ausschuß die Forderung vertreten habe, daß noch vor den Reichstagswahlen im Interesse der Partei und ihrer Stärke, dieser Zustand in Preußen behoben werden müßte, da hat man mir gesagt, ich solle warten, bis die Abstimmungen gewesen wären. Die Abstimmungen sind längst gewesen. Vor den Wahlen konn-

[71] Siehe Dok. Nr. 55, Anm. 4.

[72] In Preußen bestand seit dem 5.11.1921 eine Große Koalition aus SPD, DDP, Zentrum und DVP, in der die DVP die Minister für Finanzen (v. Richter) und Kultus (Boelitz) stellte. Bei den preußischen Landtagswahlen am 7.12.1924 erhielt die SPD 24,9 % der Stimmen (114 Mandate), die DDP 5,9 % (27), das Zentrum 17,6 % (81), die DVP 9,8 % (45), die KPD 9,6 % (44) und die DNVP 23,7 % (109); zur preußischen Kabinettskrise vom Winter 1924/25 und zur Bildung des Kabinettes Braun aus SPD, DDP und Zentrum siehe Schulze, S. 466ff.; v. Hehl, S. 326ff.; Ruppert, S. 90f.; zum Austritt der DVP aus der Preußenregierung siehe Anm. 82.

ten wir uns von diesem Zustande nicht befreien, und nun tun wir es aus außenpolitischen Gründen nicht. Wenn diese Dinge sich weiter hinziehen, wo kommt einmal der Punkt, wo die Partei erklärt: Wir gehen nicht mehr mit Severing?

Ich spreche nicht aus Oppositionslust heraus, die nicht von dem nötigen Verantwortungsbewußtsein getragen wäre, ich spreche das aus, weil es Lebensfragen unserer Partei sind, weil ich eine Aufgabe darin sehe, daß wir uns nicht vormachen, mehr zu sein, als wir sind, und mehr vor dem Lande zu sein scheinen, als wir in Wirklichkeit halten können. Die Wählermenge urteilt schließlich nach den Dingen, die ihr am nächsten stehen. Der sozialdemokratische Landrat, den Severing eingesetzt hat für die kleinen Landgemeinden und die kleinen Städte, beeinflußt die Wählerschaft in seinem Sinne.[73] Wer sind die übrigen Machthaber in diesem Staat? Das sind die Demokratie und das Zentrum. Alle die großen Positionen, die in den verantwortlichen Staatsstellen zu vergeben waren, in der preußischen Verwaltung, aber auch in den Ministerien, befinden sich zumeist in den Händen der demokratischen und der Zentrumspartei. Die paar Leute, die als Volksparteiler dort sind, können Sie an den Fingern der beiden Hände abzählen.

Aber noch mehr: Die großen wirtschaftlichen Kraftzentren in unserem ganzen Volksleben, das sind die Eisenbahn und die Post mit ihren gewaltigen Massen und mit der unendlichen Bewegung von Materialien im Wirtschaftsleben. An der Spitze dieser Organisationen stehen Demokratie und Zentrum.[74] An der Spitze der Reichsbank steht eine von mir sonst durchaus hochgeschätzte Persönlichkeit, Herr Dr. Schacht (Zuruf: Das ist kein Gesichtspunkt!). Lassen Sie mich doch ruhig einmal aussprechen. Ich frage Sie: Ist das nicht auch eine Konsequenz, die wir einmal aus dieser Sachlage ziehen müssen? Wozu tragen wir diesen unendlichen Druck der Verantwortung, wenn wir nicht der Mann sind, nun schließlich auch die Macht des Staates formaliter auszuüben. Solange die Politik in diesem neuen Reiche geführt ist, hat das Zentrum den Postminister in der Hand.[75] Solange diese Dinge gehen, haben immer Demokratie und Zentrum es verstanden, sich in allen Situationen an den maßgebenden Stellen zu halten.

Meine Damen und Herren, nehmen sie mir nicht übel, wenn ich in dieser Beziehung eine Kritik übe, die vielleicht nicht ganz in Ihre Stimmung hineinpaßt, aber es ist unbedingt notwendig, daß diese Schattenseiten in unserem Zentralvorstand einmal erörtert werden. Nur Verantwortung tragen und Opfer bringen, das hält eine Partei auf die Dauer nicht aus. Ein Stresemann mit seinem großen Verantwortlichkeitsbe-

[73] Die konservativen Landräte, die nach der Revolution im Dienst geblieben waren, gaben 1919/1920 zum Teil aus eigenem Antrieb ihre Stellung auf, zum Teil verloren sie durch den mehrfachen, vom Innenministerium vor allem nach dem Kapp-Putsch vollzogenen Ämterschub ihre Posten, wobei in vielen Fällen Mitglieder oder Anhänger der Weimarer Koalition die freiwerdenden Posten erhielten. Nach einer Aufstellung aus dem Jahr 1926 gehörten von den 417 Landräten 50 der SPD, 78 dem Zentrum, 44 der DDP, 65 der DVP und 4 der DNVP an; von 175 Landräten ist die Parteizugehörigkeit nicht bekannt, siehe Thomas Aders, Die Utopie vom Staat über den Parteien. Biographische Annäherungen an Hermann Höpker Aschoff (1883–1954), Frankfurt/M. 1994, S. 112; siehe auch Runge, S. 201 f.

[74] Vom 30.11.1923–11.10.1924 war Rudolf Oeser (DDP) Reichsverkehrsminister; Anton Höfle (Zentrum) war vom 23.10.1923–15.1.1925 Reichspostminister.

[75] Vorgänger von Höfle waren Giesberts (Zentrum; 13.2.1919–22.11.1922) und Stingl (BVP; 22.11.1922–13.8.1923).

wußtsein kann sich mit seinem Idealismus, seiner Tatkraft, seinem Weitblick über alle Rücksichten hinwegsetzen. Aber als Gesamtheit der Partei müssen wir danach streben, daß wir ein reales Machtfundament im Staate hinter uns haben, und das haben wir zur Zeit nicht. Wenn morgen die Situation eintritt, daß wir so oder so aus der Regierung herausfliegen oder -gehen, meine Damen und Herren, was verbleibt von unserem Geiste? (Zurufe). Verweht in alle Lande ist er, und nirgends eine Spur mehr, und die anderen sitzen da und behalten die Macht. Wir sind heute politisch verbündet mit dem Zentrum und den Demokraten. Mit dem Zentrum müssen wir verbündet sein, das halte ich für selbstverständlich, weil in ihm so viel aktive politische Macht steckt, daß im gegenwärtigen Staat ohne Zentrum gar nicht regiert werden kann. Ich bin viel zu realpolitisch, als daß ich über diese Tatsache hinweggehe. Aber ich möchte mich noch mit einem Wort mit den Demokraten beschäftigen. Der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, Herr Koch, ist wesentlich einer derjenigen, der das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung verhindert hat[76], weil er vom ersten Tage an in die Regierung wollte, und der jetzt vor der Öffentlichkeit des Landes sich damit rühmt, daß er die große bürgerliche Koalition nicht gewollt und sie verhindert hat.

Meine Damen und Herren, wir sind in der Zwangslage, daß wir kein Wort demgegenüber in der Gegenwart sagen und gesagt haben. Wir können uns mit den Demokraten im Reichstag nicht so auseinandersetzen, wie wir es eigentlich einmal tun müßten, um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß uns unendlich viel von dieser demokratischen Fraktion im Reichstag trennt (Sehr wahr!). Das sind alles Schwächen unserer Position. Wir laufen eine Gefahr, die Sie nicht unterschätzen dürfen, eine Gefahr, die darin besteht, daß im Lande der Eindruck entsteht, den ich nicht für berechtigt halte, aus meiner inneren Kenntnis der Parteiverhältnisse heraus, daß wir mehr und mehr so etwas Ähnliches wie ein Gebilde des Asphalt-Liberalismus werden. Retten wir uns davor, daß wir in diesen Ruf kommen, denn eine Verdächtigung, die an einer politischen Partei hängt, ist verflucht schwer loszuwerden. Wir befinden uns in einer schwierigen Lage, in der wir nicht imstande sind, diesen eben geschilderten Zustand mit einem Schlage zu ändern. Wir befinden uns in einer Zwangslage, die dadurch hervorgerufen ist, daß es nicht gelungen ist, die große bürgerliche Koalitionsregierung zu schaffen. Die Parteileitung, vor allen Dingen die Fraktionsleitung, hat damals alles getan, um dieses Ziel zu erreichen. Es ist nicht gelungen. Das bedauern wir auf das lebhafteste. Das hat uns in diese schwere Lage hineingebracht, die ich geschildert habe. Ich sehe aber noch eine Notwendigkeit, daß wir unsere Meinung heute klipp und klar zum Ausdruck bringen, wie wir uns zum gegenwärtigen Zustand, wie ihn die politischen Verhältnisse bedingen, stellen nach dieser innerpolitischen Seite hin, und daß wir uns zu der Tatsache nach wie vor bekennen, daß wir nur notgedrungen diese Regierungskoalition eingegangen sind, daß in Wirklichkeit die Partei, den Willen der Wählerschaft gemäß an der großen bürgerlichen Koalition festhält. Aus diesem Gedanken heraus möchte ich Ihnen eine Resolution vorschlagen, die jede Schärfe vermeidet, aber klar zum Ausdruck bringt, was ich vorbringen möchte (Redner verliest die Resolution[77]) (Bravorufe).

[76] Erich Koch-Weser hatte vehement gegen eine Einbeziehung der DNVP in die Regierung opponiert, siehe Albertin/Wegner, Dok. 114; Stürmer, S. 56f.; Papke, S. 106f.; siehe auch Anm. 117.

[77] Liegt nicht vor.

Vorsitzender [v. Campe] : Meine Damen und Herren, diese Resolution steht mit zur Erörterung. Es ist noch ein zweiter Entschließungsantrag eingegangen, den der übernächste Redner selbst begründen will. Zunächst hat das Wort Herr Hintzmann.

Hintzmann: Meine Damen und Herren! Zu dem, was Herr Dr. Hugo über die Ausführungen des Herrn Parteivorsitzenden zur Außenpolitik gesagt hat, würde ich nichts hinzufügen können, und ich bin der Ansicht, daß wohl die meisten hier der Auffassung sind, daß die dort festgelegten Richtlinien für die Außenpolitik für die nächste Zeit für uns gelten sollen. Ich habe mich zum Wort gemeldet, um einige Ausführungen mehr nach der Seite der Innenpolitik hin zu machen, und ich darf da anknüpfen an zwei Bemerkungen, die heute hier gefallen sind. Einmal hat Herr Rose heute morgen gelegentlich der Aussprache über Organisationsfragen sich dahin geäußert, daß der Zentralvorstand ja gar kein politisches Organ der Partei mehr sei, daß er nichts weiter zu tun habe, als zu den Ausführungen des Herrn Parteivorsitzenden oder den Anträgen des Parteivorstandes ja oder nein zu sagen.[78] Meine Damen und Herren, das mag bisher so gewesen sein, ich gebe zu, daß es vielfach so gewesen ist, aber ich bin der Auffassung, daß es nicht so bleiben sollte und nicht so bleiben darf (Sehr richtig!). Ich glaube, daß der Zentralvorstand, wie es auch in der Satzung festgelegt ist, auch heute noch das Recht und die Möglichkeit hat, seinerseits ein politisches Organ der Partei zu sein. Er muß dann nur, wenn er zu seinen Aussprachen zusammenkommt, sich wenige, klare Fragen vorlegen und zu diesen Fragen Stellung nehmen. Er wird nicht politisches Organ sein können, wenn er glaubt, in einer Sitzung von wenigen Stunden alle Fragen der Politik erledigen zu können und zu allen Fragen, die es auf dem Gebiete der Politik gibt, eine Resolution fassen zu können.

Wenn ich mir von diesem Gesichtspunkt aus versuche, ein Bild zu machen der Aufgabe, die heute vor uns liegt und zu der der Zentralvorstand satzungsgemäß Richtlinien für die Durchführung aufzustellen hätte, dann ist die Aufgabe durch zwei Tatsachen sehr klar umrissen. Das berufene Organ der Partei, der Parteitag, hat in Hannover nahezu einstimmig festgestellt, daß mit der Sozialdemokratie fruchtbare Reichspolitik nicht getrieben werden kann.[79] Ich glaube, das Ergebnis der Reichstagswahlen hat an dieser Feststellung nichts geändert und auch das Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitags nicht.[80] Daneben steht wohl als Feststellung – das wird wohl von keiner Seite bestritten werden können – das, was Herr Dr. Hugo vorhin sagte: Auf die Dauer ist in Deutschland – auch in jedem anderen Lande der

[78] Rose hatte im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Zuwahlen zum Parteivorstand ausgeführt: »Der Parteivorstand ist offenbar die wichtigste Instanz, denn er macht die Politik, wenn auch der Zentralvorstand die Richtlinien angibt. Der Zentralvorstand als solcher macht überhaupt keine Politik«, BAK R 45 II/39, p. 261.

[79] Stresemann hatte der Sozialdemokratie auf dem Hannoveraner Parteitag am 30.3.1924 vorgeworfen, von »radikalen Elementen« beherrscht zu werden. Zudem hatte der Parteitag eine Entschließung gegen die von »wirtschaftsutopischem Radikalismus beflügelten Sozialisierungsbestrebungen« der SPD gefaßt und die Entschließung der Reichstagsfraktion vom 12.1.1924 (Wortlaut: Dok. Nr. 55, Anm. 2) gebilligt, siehe Beilage zum »Hannoverschen Kurier«, 30.3.1924, Nr. 153.

[80] Auf dem sozialdemokratischen Parteitag vom 11.–14.6.1924 in Berlin hatten schwere Auseinandersetzungen zwischen Koalitionsgegnern und -befürwortern stattgefunden, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 681f., 700f.; zu den internen Auseinandersetzungen in der SPD siehe auch Klenke, Bd. 1, S. 366ff.; Kastning, S. 157ff.

Welt – fruchtbare Reichspolitik nicht zu treiben, ohne daß hinter der Regierung eine Mehrheitskoalition steht, denn auf die Dauer kann fruchtbare Politik mit einer Minderheitskoalition nicht getrieben werden, weil sie mal nach rechts, mal nach links Anlehnung suchen muß und dann nur schwanken kann. Wenn man diese beiden Voraussetzungen festhält, dann ist es die Aufgabe, diese Mehrheitskoalition, die wir brauchen, um Reichspolitik zu treiben, zu bilden, und sie kann, wie die Dinge heute liegen, nur mit den Deutschnationalen gebildet werden. Einen anderen Weg gibt es rein zahlenmäßig nicht.

Mir scheint es deshalb notwendig festzulegen, welche Richtlinien für die Durchführung der Politik der nächsten Zeit zu geben wären, und zu prüfen, woran die Koalitionsbildung bisher gescheitert ist. Der Herr Parteivorsitzende und Herr Dr. Hugo haben die Gründe bereits genannt. Daß diese Gründe zum großen Teil außerhalb unserer Partei liegen, wird jeder anerkennen. Aber Richtlinien dafür aufzustellen, wie der Geist anderer Parteien geändert werden soll, darüber haben wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen. Etwas anderes jedoch ist es, ob nicht Tatsachen vorliegen, die das Zustandekommen der großen bürgerlichen Koalition verhindert haben, die die Lösung der Aufgaben, die wir uns gestellt hatten, erschwert oder unmöglich gemacht haben. Wenn solche Tatsachen vorliegen, wäre der Zentralvorstand die berufene Stelle der Deutschen Volkspartei, die klar ausspricht: Diese Tatsachen wünschen wir geändert zu sehen. Und da sehe ich zwei Punkte, die im Vordergrunde stehen: Einmal die Einstellung zum Sachverständigengutachten und zum andern zur Preußenkoalition. Wenn man es auf eine kurze Formel bringen, in einem kurzen Satz zusammenfassen will, scheint es beinahe so, als ob die ganze Differenz zwischen den Deutschnationalen und den anderen beteiligten Parteien darin bestanden hat, daß die Deutschnationalen das, das wir mit ihnen gemeinsam politisch tun wollten, als Kursänderung bezeichnet und es auch so öffentlich bezeichnet haben, während wir sagen, daß das keine Kursänderung ist, auch nicht äußerlich so bezeichnet werden darf. Ich sage, es scheint so, und im Lande besteht dieser Eindruck ganz unzweifelhaft. Eine solche Differenz ist eigentlich doch, glaube ich, sachlich so wenig wichtig, daß sie bei weiteren Verhandlungen unmöglich ein Grund zum Scheitern sein dürfte. Ich frage mich auch, warum man denn jetzt plötzlich so furchtbar störrisch ist und eine solche Formulierung festlegen will. Früher ist man doch nie so ängstlich gewesen. Als wir nach dem Scheitern der Wirth-Koalition[81] mit den Sozialdemokraten zusammengingen, hat man uns auch Erfüllungspolitik vorgeworfen, während wir sagten: Wir denken ja gar nicht daran. Und während die anderen aus Agitationsgründen vorgaben, eine andere Politik zu treiben, beschränkten wir uns darauf zu sagen, daß es darauf ankomme, was wir zu gegebener Zeit tun würden. In diesem Sinne, glaube ich, kann der Zentralvorstand heute sagen: Wir wünschen, daß bei den weiteren Verhandlungen solche formulierten Erklärungen möglichst unterbleiben und daß man sich darauf beschränkt, sich möglichst auf die Sache zu verständigen, und es den einzelnen Parteien überläßt, sich aus ihren Programmen her vor ihren Wählern zu rechtfertigen.

Das Zweite ist die Einstellung zur Preußenkoalition. Was der Parteivorsitzende heute und als Außenminister vor wenigen Tagen an anderer Stelle mitgeteilt hat, daß

[81] Siehe Dok. Nr. 48, Anm. 2.

gewisse außenpolitische Gründe dagegen sprechen, aus dieser Koalition auszutreten, so sind die außenpolitischen Gründe ganz zweifellos beachtenswert, vielleicht durchschlagend. Und ich würde es deshalb gar nicht für richtig halten, jetzt hier die Forderung aufzustellen, trotz der außenpolitischen Gründe muß der Austritt sofort erfolgen. Aber ich meine doch, der Widerstand, der der Lösung der Aufgaben, die wir uns nun einmal innenpolitisch gestellt haben, vielleicht auch stellen müssen, durch die Preußenkoalition entgegensteht, muß soweit als möglich beseitigt werden, und es wäre dringend notwendig, daß die preußische Landtagsfraktion doch noch einmal sorgfältig prüfte (Zuruf: Das hat sie bereits getan! Sehr sorgfältig!), ob nicht trotz der außenpolitischen Bedenken die gesamte politische Einstellung der Partei es erforderlich macht, aus der Regierung auszuscheiden.[82] Der Termin der Preußenwahlen rückt näher, und es besteht die Gefahr, wenn wir erst wenige Monate vor der Wahl stehen, daß dann wieder gesagt werden wird: Ja, jetzt kann der Austritt natürlich nicht mehr erfolgen, denn dann erscheint es als Wahlmanöver, und wir sind bei der Bevölkerung so blamiert, daß wir gar keine Stimmen bekommen. Das ist mit Recht vor den Reichstagswahlen angeführt worden, das wird wieder angeführt werden, und wir kommen nicht weiter. Aus diesem Grunde müßte so schnell wie möglich gehandelt werden. Wenn die Deutsche Volkspartei jetzt aus der Preußenkoalition ausscheidet, etwa, weil in dem Konflikt, der zwischen den preußischen Ministerien entstanden ist, ihren Wünschen nicht Rechnung getragen würde, oder wegen der Steuerfragen oder wegen anderer Fragen, indem sie erklärt: Wir können die von den anderen Koalitionsparteien geforderte Richtung der Politik mit unserer Verantwortung nicht mehr decken, dann scheidet die Deutsche Volkspartei aus eigenem Entschluß aus und hat ihn sachlich begründet. Warten wir aber mit dem Austritt bis zur Lösung der mit der Londoner Konferenz zusammenhängenden und der anderen Fragen, warten wir darauf, bis die Deutschnationalen im Reiche wieder [Worte fehlen[83]], dann scheint der Austritt nach außen hin unter dem Druck der Deutschnationalen zu erfolgen, und das würde ich für einen Nachteil halten. Aus diesem Grunde halte ich es nochmals für notwendig, daß die preußische Landtagsfraktion noch einmal sehr gründlich prüft, ob jetzt der Austritt erfolgen kann (Zurufe). Der Zentralvorstand kann den einzelnen Fraktionen nicht Vorschriften erteilen, ob sie so oder so handeln sollen. Das hat die Fraktion selbst zu entscheiden. Aber ich glaube, daß der Zentralvorstand satzungsgemäß das Recht und die Pflicht hat, auf die Preußenfraktion etwa in der Weise einzuwirken, daß er sie dringend bittet, diese Frage noch einmal sorgfältig zu prüfen und ausdrücklich darauf aufmerksam macht, daß im Sinne der im Reiche erfolgenden Politik es liegt, daß die Preußenkoalition so schnell wie möglich aufgelöst wird. Ich glaube, daß diese Forderung der Reichspolitik in

[82] Ein großer Teil der preußischen Landtagsfraktion hielt den Zeitpunkt für gekommen, aus der Großen Koalition in Preußen auszutreten, um nach den Neuwahlen in Preußen gemeinsam mit der DNVP und dem Zentrum eine bürgerliche Koalition einzugehen. Der Fraktionsvorsitzende v. Campe teilte Stresemann dazu am 5.9.1924 mit, die Lösung der Großen Koalition sei zur Notwendigkeit geworden, da »weiteste Kreise der Parteifreunde sie wünschen«, PA NL Stresemann 90. Am 6.1.1925 traten die DVP-Minister v. Richter und Boelitz in Preußen zurück und lösten damit eine langandauernde Regierungskrise aus, siehe Schulze, S. 464ff.; Stürmer, S. 33ff.; Thimme, S. 91ff.

[83] In der Vorlage Bemerkung des Stenographen: »einige Worte unverständlich«.

Preußen vorangestellt wird auch den Forderungen, die in Preußen verhandelt werden müssen.

Hintzmann kritisiert die Haltung der Parteipresse, die sich »nicht immer ganz eindeutig im Sinne der Politik« *eingesetzt habe, die auf dem Parteitag in Hannover beschlossen worden sei.*[84]

Dr. Moldenhauer: So reizvoll es hier wäre, den Faden, den meine Vorredner gesponnen haben, weiter zu spinnen und in die Fragen der inneren Politik und die Frage, ob die Preußenkoalition aufgelöst werden soll oder nicht und wann, einzutreten, so bitte ich um Entschuldigung, wenn ich diesem Wege nicht folge, sondern auf die außenpolitischen Ausführungen unseres Herrn Vorsitzenden Dr. Stresemann zurückgehe (Sehr gut!).

In diesen Ausführungen war der Satz enthalten, daß die ganze Stellung zu dem Sachverständigengutachten sich im wesentlichen erkläre aus der Stellungnahme oder aus der Rücksicht auf das besetzte Gebiet. Nicht, als ob wir im besetzten Gebiet den Anspruch erheben wollten, daß unsere Not bestimmend sein müsse für die Richtung der Reichspolitik, als ob wir verlangen wollten, daß ganz wichtige Belange des Reichs unserethalben geopfert werden müssen, sondern wohl so ist die Politik zu verstehen, daß in der Frage des Sachverständigengutachtens auch mit ein Teil der Entscheidungen fällt des großen, jahrhundertelangen Kampfes um den Rhein (Sehr richtig!). Der Franzose hat in den letzten fünf Jahren Schritt für Schritt seine Politik hier weiter fortgeführt bis zur Besetzung des Ruhrgebietes, also den Erscheinungen, die Sie kennen, und hier wird allerdings die Möglichkeit gegeben, wenn wir das Sachverständigengutachten annehmen – um diesen Ausdruck einmal zu gebrauchen –, in diesem großen Kampf um den Rhein, der ja nicht nur ein Kampf um dieses Gebiet, sondern, wie Stegemann[85] einmal gesagt hat, ein Kampf um den Bestand Deutschlands überhaupt geworden ist, in diesem Kampfe wiederum viele Positionen für uns zurückzugewinnen, so daß der Kampf, den wir weiterzuführen haben, auf ganz anderer Basis und mit ganz anderer Aussicht auf Erfolg ausgefochten werden kann. Das bedeutet allerdings, daß in der Frage: Annahme oder Nichtannahme des Sachverständigengutachtens, die politischen Forderungen, die Herr Dr. Stresemann erwähnt hat, eine solche Rolle einnehmen, daß, wenn wir in diesen politischen Forderungen unterliegen, für uns allerdings eine Annahme des Sachverständigengutachtens nicht möglich ist. Denn dann würden wir allerdings so hemmungslose Erfüllungspolitiker, wie es heute die Sozialdemokraten zu sein erklären.

Diese Forderungen hat Herr Dr. Stresemann ja bereits umrissen und sie gekennzeichnet als die Notwendigkeit der Ausführung vertragsmäßiger Zustände im Westen, gipfelnd besonders in der militärischen Räumung des Ruhrgebietes und beson-

[84] Siehe Anm. 79.

[85] Hermann Stegemann (1870–1945), schweizerischer Schriftsteller, Publizist und Historiker; während des Weltkrieges Militärberichterstatter des Berner »Bund«, seit 1922 Professor für Geschichte an der Universität München; weit verbreitet und viel gelesen war sein Werk: Der Kampf um den Rhein. Das Stromgebiet des Rheins im Rahmen der Großen Politik und im Wandel der Kriegsgeschichte, Stuttgart 1924.

ders der Stätten[86], die dort über das Rheinlandabkommen hinaus besetzt sind, wie Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort, aber auch der Städte im Badischen und einer ganzen Reihe von Städten auf dem rechten Rheinufer, von denen man nicht mehr spricht, die aber auch nicht mehr unter die ursprüngliche Besetzung fallen, wie Königswinter und eine ganze Reihe anderer. Diese politischen Forderungen zu unterstreichen scheint mir eine besondere Aufgabe des Zentralvorstandes zu sein (Sehr gut!). Herr Dr. Stresemann hat mit Recht hervorgehoben, daß eigentlich im Lande viel zu wenig Widerspruch sich regt, daß aus dem Lande heraus viel zu wenig Proteste erhoben werden, so daß, wenn er nach London geht, ihm unter Umständen entgegengehalten werden kann: Die Bevölkerung scheint sich mit diesen Fragen und Zuständen mehr oder minder abgefunden zu haben. Ich habe deshalb mit einer Reihe rheinischer Freunde eine Resolution ausgearbeitet und mit dem Herrn Parteivorsitzenden auch als Außenminister gesprochen, der seine Zustimmung gegeben hat, in der diese Wünsche zusammengefaßt werden. Auch die Wünsche, von denen man so wenig hört, daß die Bevölkerung im besetzten Gebiet verlangt, daß ihr die Grundrechte eines jeden Menschen gewährleistet werden. Frankreich hat in sehr geschickter Politik das eine verstanden: scheinbar immer auf dem Besatzungsabkommen fußend das ganze Rheinlandabkommen vollkommen zu verdrängen, sich Rechte anzumaßen, wie der Ausweisung der Beamten, Absetzung und Ausweisung der politischen Verwaltung, wovon im Rheinlandabkommen selbst absolut nichts steht. Da wird nur gesprochen von der Sicherheit der Besatzung und deren Unterbringung und der Verpflegung. Daraus ist eine Fülle von angeblichen Rechten abgeleitet worden, durch die Frankreich in alle unsere Verwaltungsmaßnahmen eingreifen kann. Herr Dr. Stresemann hat mit Recht hervorgehoben, daß die Engländer sich schon bereit erklärt haben, daß, wenn wir das Sachverständigengutachten annehmen, im selben Augenblick oder in kurzer Frist alle die Ordonnanzen, die gegen den Geist und Sinn des Rheinlandabkommens verstoßen, zurückgenommen werden. Aber im Rheinlandabkommen steht allerdings auch noch das eine, die Möglichkeit der Ausweisung. Wir sind uns darüber klar, daß wir kaum heute erreichen können, daß dieser Paragraph herausgenommen wird. Aber Kautelen müssen geschaffen werden, daß nicht ganz willkürlich jeder Delegierte einfach Ausweisungen verfügen kann (Lebhaftes sehr richtig!). Das ist unendlich wichtiger als viele andere Fragen, denn der Druck, der über jedem einzelnen liegt, daß die Willkür eines einzelnen Militärs jeden einzelnen von Haus und Hof wegjagen kann, ist ein ganz enormer, nachdem man gesehen hat, daß er nicht nur den einzelnen, sondern unter Umständen Hunderttausende treffen kann. Hier können Kautelen geschaffen werden durch übereinstimmenden Beschluß der Rheinlandkommission, durch ein Rechtsverfahren und dergleichen mehr.[87] Wir erleben ja im Augenblick, daß gegenüber den freundlichen und, wie ich glaube, absolut ehrlich gemeinten Worten Herriots die militärischen Befehlshaber im besetzten Gebiet die alte Politik Poincarés weiter treiben und absolut machen, was sie wollen.

Ich möchte doch auch zur Sprache bringen, daß wir wissen, was im Hintergrunde steht. Wir fürchten im besetzten Gebiet und in ganz Deutschland, daß, wenn die

[86] So in der Vorlage statt richtig: »der Städte«.

[87] Die französische Militäradministration im Rheinland griff immer wieder in Verwaltungsverfahren ein, siehe Maxelon, S. 154 f.

Dinge so weit gelaufen sind, daß sie beginnen, für Deutschland einen günstigen Ausblick zu gewähren, daß in dem Augenblick Frankreich die Sicherheitsfrage aufwirft, und wir wissen, daß wir in der Sicherheitsfrage uns nicht absolut sicher auf MacDonald verlassen können. Sie wissen, es gibt Leute in englischen Kreisen, die dem Gedanken des Generals [Wort fehlt[88]] zustimmen – und MacDonald und andere sind diesem Gedanken sehr zugänglich –, die Sicherheit Frankreichs darin zu sehen, daß der Rhein unter den Völkerbund gestellt wird und daß der Völkerbund die Sicherheit Frankreichs vor einem deutschen Übergriff dadurch gewährleistet, daß am Rhein Garnisonen des Völkerbundes sein sollen zu allen Zeiten. Man denkt sich die Sache so, daß die Besatzungen zurückgezogen werden, in den Grenzstädten aber für alle Zeiten Garnisonen des Völkerbundes bleiben, und man sagt uns sogar, das ist uns mitgeteilt worden von englischer Seite: Da Deutschland dann dem Völkerbund angehört, hat es gewissermaßen auch seine eigenen Garnisonen in seinem Lande (Heiterkeit). Wir lachen darüber, aber dem Ausländer, dem Engländer, dem Amerikaner, wird es vorgesetzt: keine französische Besatzung, eine Völkerbundgarnison![89]

Gegen diese Idee mit aller Schärfe aufzutreten, scheint uns Aufgabe zu sein, und es kann nicht genügen, hier eine Entschließung anzunehmen, es ist die Pflicht eines jeden, gerade jetzt, um Dr. Stresemann in London den Kampf zu erleichtern, dafür zu sorgen, daß die deutsche Presse widerhallt von Aufsätzen, von Reden, von Entschlüssen, die alle erklären: Das sind Lösungen, die wir absolut ablehnen müssen. Und wenn das Ausland weiß, daß das deutsche Volk geschlossen sie ablehnt, wird sie sie zurückziehen. Und wir wollen über eins uns klar sein. Es genügt, wenn die Deutsche Volkspartei entschlossen ist, diese Forderungen abzulehnen, denn dann ist eine Mehrheit im Reichstag dafür nicht vorhanden. Wir haben hier eine große Kraft und große Macht in der Hand, wir müssen sie ausnutzen, und im Auslande wird man wissen, daß die Stimmen der Deutschen Volkspartei für das Sachverständigengutachten nur zu haben sind, wenn die politischen Forderungen erfüllt sind. Deshalb schlagen wir [dies] in einer Resolution vor, in die wir allerdings auch noch ein paar wirtschaftliche Gedanken mit hineingenommen haben, die das Sachverständigengutachten berühren, weil wir uns auch nach der Richtung hin wehren müssen gegen den Vorwurf, als ob wir Erfüllungspolitik trieben wie diejenigen, denen wir sie damals vorgeworfen haben. Die Entschließung lautet (verliest[90]).

---

[88] Hier handschriftliche Einfügung: »P… (?)«.

[89] Die Reichsregierung hatte die Stationierung einer Völkerbundgarnison im Rheinland energisch abgelehnt, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 301–306; Vermächtnis I, S. 577ff.; Spenz, S. 33ff.; Walsdorff, S. 176f.; Krüger, S. 376ff.; Ulrich Hochschild, Sozialdemokratie und Völkerbund. Die Haltung der SPD und der S.F.I.O. zum Völkerbund von dessen Gründung bis zum deutschen Beitritt (1919–1926), Karlsruhe 1982, S. 214ff. Zu den Zielen der französischen Sicherheitspolitik im Herbst 1924 siehe Wurm, S. 25ff.; das Memorandum der Reichsregierung vom 29.9.1924 an die im Völkerbund vertretenen Regierungen ist abgedruckt in: UuF, Bd. 6, S. 476ff.

[90] Der Text der Entschließung fehlt im stenographischen Protokoll der Rede. Die Sondernummer der NLC vom 6.7.1924 meldete, folgende Entschließung der Abgeordneten Dr. Becker (Hessen), Dr. Kalle, Dr. Moldenhauer und Zapf sei einstimmig angenommen worden: »Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Politik der Reichsregierung, insbesondere des Herrn Außenministers, in der Frage des Sachverständigengutachtens. Das Sachverständigengutachten legt dem deutschen Volke große über die gegenwärtige Leistungsfähigkeit sowie über die

Ich bitte Sie im Namen meiner Freunde vom Rhein, in deren Namen ich die Entschließung eingebracht habe, ihr zuzustimmen, weil ich glaube, daß sie die Richtlinien wiedergibt, die Herr Dr. Stresemann in seinem Vortrage gezeigt hat und die in alle Welt deutlich hinausgesprochen werden müssen. Aber auch noch aus einem innerpolitischen Grunde: Viel wichtiger als Resolutionen, als die Erklärung, daß die bürgerliche Koalition leider nicht zustande gekommen ist – ich weiß nicht, ob solche Erklärungen immer zum Ziele führen (Lebhaftes: Sehr richtig!) – ist das eine: die Politik zu schaffen, die uns den Boden für eine gemeinsame große bürgerliche Koalition ermöglicht (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen).

Leidig: Meine Damen und Herren! Meine Freunde und Freundinnen in der preußischen Landtagsfraktion und ich selbst sind viel zu bescheiden gewesen, als daß wir hätten annehmen können, daß in der heutigen Debatte, bei der es sich um große politische Fragen, um Sein oder Nichtsein Deutschlands, um seine Zukunft handelt, die Frage der Koalition so in den Mittelgrund geschoben werden könnte, wie es von Herrn Dr. Hugo, insbesondere von Herrn Hintzmann geschehen ist (Sehr richtig). Aber, meine Damen und Herren, wir begrüßen es mit ganz besonderer Dankbarkeit, daß uns durch diese beiden Herren Gelegenheit gegeben ist, hier vor dem Zentralvorstand einmal darzulegen, was denn eigentlich die Ziele unserer preußischen Politik gewesen sind und sind. Ich hoffe, daß diese Darlegungen, die ich mit möglichster Kürze mir vorzutragen erlauben werde, uns wieder zurückführen zu den großen weltpolitischen Ausblicken, die uns heute hier eröffnet worden sind.

Das innerpolitische Ziel der preußischen Politik der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist gewesen und ist auch heute noch, den Preußenstaat, den wir als eine deutsche Notwendigkeit betrachten, unversehrt aufrechtzuerhalten (Lebhaftes Bravo). Von diesem Gesichtspunkte aus ist unsere Politik im Laufe der letzten Jahre innerpolitisch zu verstehen. Unversehrt wollen wir ihn aufrechterhalten, das heißt, wir wollen, daß der Osten, der Norden und daß vor allem Rheinland und Westfalen bei Preußen bleiben, daß es nicht aus Preußen herausgerissen wird, weil wir sagen: Nur dieser preußische Staat, so wie er ist, der von der Ostgrenze herübergreift über

mit dem Vertrag von Versailles übernommenen Verpflichtungen hinausgehende Lasten auf. Der Zentralvorstand ist sich darüber einig, daß diese Lasten, insbesondere nach der in den letzten Monaten eintretenden Verschlechterung aller wirtschaftlichen Verhältnisse, nur übernommen werden können, wenn mit Annahme des Gutachtens die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit und der Hoheitsrechte des Reiches, insbesondere der vertragsmäßigen Zustände am Rhein, gesichert ist. Dies erfordert vor allem die wirtschaftliche und militärische Räumung aller über das Rheinlandabkommen hinaus besetzten Gebiete, die Feststellung, daß Neubesetzungen als Sanktionen in Zukunft ausgeschlossen sind, die uneingeschränkte Rückgabe der von der Regie verwalteten deutschen Bahnen, die Aufhebung der Zollgrenze, ein Aufhören der Micum-Lasten angesichts der nun einsetzenden allgemeinen Reparationsleistungen, die Sicherung der Grundrechte der Bevölkerung des zunächst noch besetzt bleibenden Gebietes vor der Willkür der Besatzung, die Rückkehr aller Vertriebenen und Verhafteten und ihre Wiedereinsetzung in ihre früheren Stellungen. Der Zentralvorstand setzt als selbstverständlich voraus, daß Versuche, die Räumungsfristen des altbesetzten Gebietes hinauszuschieben, mit aller Entschiedenheit verhindert werden. Das Sachverständigengutachten selbst sieht vor, daß durch die gewaltigen Deutschland auferlegten Leistungen die deutsche Währung nicht erschüttert und die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung nicht unter die der anderen Nationen herabgedrückt werden darf. Der Zentralvorstand ist sich darüber einig, daß so ungeheure Lasten dem deutschen Volke nur unter diesen beiden Voraussetzungen zugemutet werden können«.

ganz Deutschland bis an die heutige, leider verschwimmende Reichsgrenze im Westen, nur dieser preußische Staat – ganz unbeschadet dessen, ob in der Tagespolitik einmal Differenzen zwischen der preußischen Regierung und der Reichsregierung bestehen – ist seinen Natur- und Lebensbedürfnissen nach bestimmt und kann nicht anders, als eine starke Stütze der Reichspolitik zu sein. Diese Situation ändert sich in dem Augenblick, in dem Preußen zerschlagen und aus Preußen so und so viele andere Mittelstaaten entstehen, die dann ihre eigenen Wege gehen, die durchaus nicht immer mit den Zielen der Reichspolitik, wie wir sie uns denken, in Einklang zu bringen sind. Es mag hier, im Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, erlaubt sein, auch zu sagen, daß wir allerdings diese Politik nicht nur und allein als Verstandespolitik betrachten, sondern daß, für uns auch nicht entscheidend, aber in der Art und Weise, wie wir diese Politik führen, auch das Herz mitspricht. Denn für uns ist Preußen etwas anderes als nur ein Begriff, für uns ist Preußen eine große geschichtliche nicht nur Ehre, sondern Tatsache, die aus der deutschen Geschichte herauszunehmen heißt, einen großen Kern aus der deutschen Geschichte herauszubrechen.

Dann etwas anderes, was mich jetzt mehr in die Tagespolitik hineinführt. Leider Gottes hat ja der Deutsche nicht nur wenig außenpolitisches Verständnis, sondern hat auch ein ganz ungemein kurzes politisches Gedächtnis (Sehr richtig!). Ich darf Sie erinnern an jene Tage, die nach dem Rathenaumord über Deutschland kamen.[91] Da standen wir ganz zweifellos vor den schwersten inneren Erschütterungen in Deutschland. Ich glaube, daß damals wesentlich dadurch, daß eine große bürgerliche Koalition in Preußen bestanden hat, es gelungen ist, diese schweren Erschütterungen nicht zu einem Bürgerkrieg auswachsen zu lassen (Sehr richtig!). Das nehmen wir als ein Verdienst für uns in Anspruch. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß nach der Auffassung nicht nur der preußischen Regierung[92], sondern auch der Reichsregierung[93], und ich darf in diesem geschlossenen Kreise wohl als Zeugen den Herrn Reichsinnenminister Jarres anführen, wir befürchten müssen, daß in der nächsten Zeit wieder schwere innerpolitische Erschütterungen Deutschland heimsuchen werden im Zusammenhang mit der leider vorhandenen schweren Arbeitslosigkeit[94], die weite Kreise des deutschen Arbeitertums in den nächsten Wochen und Monaten umfassen wird. Wenn es uns gelingt, nach dieser Richtung hin zu verhindern durch unsere preußische Politik, daß bei diesen schweren Erschütterungen, die von Moskau aus mit großen Geldmitteln und mit starker Agitation noch geschürt werden, aus dem großen Teil der deutschen Arbeiterschaft auch denjenigen, der in der Sozialdemokratie politisch organisiert ist, auf seiten der Ordnung zu halten, dann glauben wir, daß wir auch damit im Interesse des ganzen deutschen Vaterlandes wirken. Aber, meine Damen und Herren, das ist ja nicht das Entscheidende.

[91] Siehe dazu Dok. Nr. 46; Nr. 47, Anm. 9.
[92] In der Vorlage versehentlich: »Reunion«.
[93] In der Vorlage versehentlich: »Reunion«.
[94] Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug im Juli 1924 526000; zur branchenmäßigen Aufgliederung siehe die Übersicht bei Eva Cornelia Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die Gewerkschaftspolitik der KPD 1920–1928, Frankfurt/M. 1977, S. 234. Zu den Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Konjunkturentwicklung im Herbst 1924 siehe Preller, S. 364f.; Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 721f.

Und nun komme ich zur Frage der letzten Regierungsbildung. Ich bin erstaunt, daß Herr Hintzmann, der doch durch eine Nachfrage bei irgendeinem von uns sehr leicht eines Besseren hätte belehrt werden können, es für richtig gehalten hat, vor einem so hohen und erleuchteten Gremium die völlig haltlose und aus der Luft gegriffene Behauptung aufzustellen, daß die bürgerliche Regierungskoalition des Reiches etwa irgendwie und irgendwann an dem Verhalten der preußischen Landtagsfraktion gescheitert ist (Zurufe). Das Gegenteil ist richtig. Wir haben von der Deutschnationalen Volkspartei und ihren Führern mündlich und schriftlich die Erklärung erhalten, daß sie anerkennt, daß die preußische Landtagsfraktion in jedem Stadium dieser Verhandlungen bereit gewesen ist, der Deutschnationalen Partei die Wege zur Regierung zu ebnen (Hört! Hört!). Ich meine, das hätte Herr Hintzmann, wenn er Herrn v. Campe, der diese schriftliche Erklärung, ich glaube, sogar bei sich hat oder einen von uns oder Herrn Dr. Stresemann oder den ihm besonders nahestehenden Abgeordneten Gildemeister gefragt hätte, leicht erfahren können (Sehr richtig!).

Nun aber weiter. Für uns in Preußen ist es ja ganz ungemein ehrenvoll und wertvoll – vielleicht darf ich da doch ein kleines Wort noch über etwas anderes hinzufügen –: wir erkennen es aber unsererseits als Pflicht an, daß wir in höherem Maße als jedes andere deutsche Land uns einzufügen haben in die großen Belange und Ziele deutscher Reichspolitik (Sehr gut!). Vielleicht darf ich da Herrn Kollegen Becker gegenüber hervorheben, daß, weil wir diese Pflicht für uns anerkennen aber auch weil Sie uns, meine Damen und Herren, diese Pflicht in Preußen in ganz anderem Umfange auferlegen, als sie irgendein anderes Land und dessen Vertretung auf sich nimmt und vielleicht auch auf sich zu nehmen braucht – ich meine, dann ist es vielleicht nicht ganz ungerecht, daß wir auch ein wenig mehr Vertretung in den Organen der Partei für uns erbitten, als vielleicht zahlenmäßig uns zuzubilligen sein wird.

Aber davon nun wieder zurück zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Die Deutsche Volkspartei in Preußen und deren Landtagsfraktion ist seit dem 13. August 1923, seitdem unser Parteiführer als Reichskanzler an die Spitze der Reichsregierung getreten ist, und wir dürfen wohl sagen, daß er, auch nachdem er nicht mehr Reichskanzler ist, doch in führender Stellung zu der Reichsregierung steht (Heitere Zustimmung) –, ich sage, seit diesen Monaten her ist für uns in Preußen das Ziel und die Aufgabe unserer preußischen Politik gewesen, die ungemein schweren Aufgaben und Pflichten, die Dr. Stresemann auf sich genommen hat, nicht zu stören, sondern nach aller Kraft, die uns zur Verfügung steht, zu unterstützen (Lebhafter Beifall). Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir seither unsere Politik in Preußen geführt. Und da kommt allerdings das für uns in Frage, was Herr Dr. Stresemann zu Eingang seiner heutigen Ausführungen gesagt hat, daß wir uns darüber klar sind, daß über allen Schwierigkeiten der inneren Politik, über allen Schwierigkeiten der Koalitionspolitik hin, die wir tagtäglich auch ungemein schwer empfinden und tragen, daß über dem Gefühl, daß die breiten Massen innerhalb der Partei diese verschlungenen Wege einer Koalitionspolitik mit Parteien, die in ihren Grundsätzen und Auffassungen uns fernstehen, vielfach nicht verstehen, daß gegenüber selbst der Gefahr, daß wir die Partei vielleicht dann schwächen könnten, daß weit darüber für uns die großen Ziele unserer Außenpolitik und der Rettung unseres Vaterlandes stehen (Bravo!). Und, meine Damen und Herren, wenn es anders wäre, dann müßten wir uns ja schämen,

Deutsche Volksparteiler zu sein, denn wir haben immer gesagt: Über der Partei steht das Vaterland (Lebhaftes Bravo!).

Meine Damen und Herren, was ist denn nun der Inhalt der Politik der letzten Monate seit dem 13. August 1923 für die Preußenfraktion gewesen? Die Preußenfraktion hat sich in all diesen Monaten, insbesondere im Laufe der letzten Wochen und Monate, immer der Reichstagsfraktion zur Verfügung gestellt und gesagt: Wir wollen Euch helfen in Eurer Reichspolitik, wir stehen Euch zur Verfügung. Das Aktivum, daß wir aus der Koalition herausmüssen, daß wir eine andere Koalition werden, dieses Aktivum könnt Ihr bei Euren Verhandlungen und bei Euren Vereinbarungen mit anderen Parteien immer in die Waagschale werfen (Sehr gut!). Wir würden ja eine politische Dummheit ersten Ranges machen, wenn wir in der heutigen Situation, in der, wie wir annehmen, doch in Kürze Verhandlungen mit der Deutschnationalen Partei stattfinden werden, ein Gewicht, ein Aktivum, das den Deutschnationalen für eine andere Nachgiebigkeit entgegengebracht werden könnte, bereits vorher unseren Parteiführern und den Führern der Reichstagsfraktion aus der Hand schlagen würden (Lebhaftes: Sehr richtig!). Meine Damen und Herren, wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten – es ist ja aus den Ritzen unseres Fraktionszimmers auch das eine oder andere in die Öffentlichkeit hinausgedrungen, völlig falsch angesehen, falsch aufgefaßt, wir können leider nicht all unsere Fenster verhüllen und luftdicht zustopfen, wenn Dr. Stresemann oder die Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion zu uns kommen – ich sage, wir haben in den letzten Wochen und Monaten über diese Dinge in unseren Kreisen uns lebhaft unterhalten.

Meinen Sie denn, uns drückte nicht die Unpopularität unserer Politik? Daß, leider Gottes, auch unsere Parteipresse ein wenig zu wenig unsere Politik unterstützt und daß auch einer oder der andere unserer hochverehrten Reichstagskollegen, der die Dinge doch besser kennen sollte, nicht immer mit vollem Herzen gesagt hat während des letzten Wahlkampfes und vorher: Kinder, die Deutsche Volkspartei in Preußen steht eben als Reserve und als Sujet, um mal diesen alten militärischen Ausdruck der früheren Zeit zu gebrauchen, uns zur Seite, und wir werden diese Reserve in den Kampf werfen, wenn wir es in der Außen- und Reichspolitik für nötig halten. In den letzten Wochen ist für uns doch die Frage aufgetreten: Können wir jetzt die Koalition lösen? Können dadurch nicht irgendwo und irgendwie, im Auslande vielleicht noch eher als in Deutschland, Hemmungen ausgelöst werden, die nachher Schwierigkeiten bringen könnten, die niemand von Ihnen und ganz gewiß niemand von uns auf sich nehmen wird? Es kann sein, mag sein, daß Herr Dr. Hugo recht hat. Es kann aber auch sein, und es mag sein, daß andere, den Regierungen noch näherstehende Männer in ihren etwas pessimistischen Auffassungen und Beurteilungen ausländischer Politiker, mit denen wir rechnen müssen, recht haben.

Meine Damen und Herren, wenn auch nur eine Möglichkeit besteht, daß durch die Lösung der Großen Koalition in Preußen im jetzigen Augenblick der ruhigen und zielsicheren Führung der auswärtigen Politik Deutschlands irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden könnten – wer von Ihnen will die Verantwortung übernehmen, daß nachher gesagt wird: Wenn Ihr nicht aus innerpolitischen Gründen, aus dem Gefühl, die Unpopularität nicht mehr tragen zu können, im unrichtigen Augenblick eine innerpolitische Krise herbeigeführt hättet, dann wären die Dinge für Deutschland günstiger gekommen, als sie jetzt gekommen sind! Wer diese Verant-

wortung auf sich nehmen will, soll aufstehen und sagen: Ich will es tun. Wir wollen es nicht, und wir werden es nicht. Deshalb kann ich Ihnen sagen, was wir in Preußen machen seit 3/4 Jahren, ist überhaupt keine preußische Landespolitik. Wenn wir innerpolitisch in Preußen nicht so gebunden gewesen wären, würden wir manches in diesen Monaten anders gemacht haben. Was wir seit August 1923 machen, ist im besten Sinne deutsche Reichspolitik (Bravo!). Und solange unser Reichsaußenminister und unsere Reichstagsfraktion nicht erklären: Jetzt haben wir kein Interesse daran, was Ihr macht, nun möchtet Ihr doch Eure politische Auffassung so vertreten, wie es Euch richtig erscheint, solange, als uns von seiten der verantwortlichen Minister in der Reichstagsfraktion dies nicht gesagt wird, solange können und werden wir keine andere Politik machen. Ich kann nur erklären, daß uns dies nicht nur von unseren Ministern, sondern auch von der Reichstagsfraktion bisher nicht gesagt worden ist. Denn die Reichstagsfraktion will ebensowenig dieses Maß von Verantwortung übernehmen, als wie wir es wollen.

Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich Sie bitten, davon überzeugt zu sein, daß wir das, was Herr Hintzmann uns empfohlen hat, schon von selbst sehr sorgfältig tun. Wir prüfen und prüfen immer wieder sorgfältig, ob wir nicht andere politische Ziele erstreben, andere politische Wege gehen können. Aber für uns bleibt immer das, daß wir sagen: Das Höchste, dem der einzelne sich opfern muß, auch wenn es vielleicht manchem von uns bei den nächsten Wahlen um deswillen schlecht gehen wird, das höchste, was wir können und tun dürfen und müssen, ist doch das Bewußtsein, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen und in Übereinstimmung mit den maßgebenden Reichsinstanzen versucht haben, dem Vaterlande zu helfen (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen).

Burger: Meine Damen und Herren! Es trifft sich ja ganz gut, daß nach einem hervorragenden Preußen ein weniger hervorragender Bayer spricht (Heiterkeit). Der Herr Parteivorsitzende hat heute ein Wort des neuen bayrischen Ministerpräsidenten im Zusammenhang der Darstellungen über das Sachverständigengutachten erwähnt. Ich will die Ausführungen durch eine interessante Darstellung ergänzen. Nach dem Ministerpräsidenten hat ein Vertreter der Völkischen gesprochen und hat gesagt: Man macht uns den Vorwurf, daß wir nicht sagen, wie wir es machen würden. Als Opposition haben wir das nicht nötig; wenn wir die Regierung in die Hand bekämen, dann wüßten wir schon, was zu machen ist. Darauf hat der bayrische Handelsminister [Wilhelm von Meinel[95]], der ein bißchen mit den Wirklichkeitsfragen zu tun hat, folgende Antwort gegeben: Ich habe die Überzeugung, daß die Herren von den Völkischen so gute Deutsche sind, daß sie aus deutschem Pflichtgefühl uns sagen würden, wie sie es machten, auch wenn sie nicht in der Regierung sind. Ich glaube nicht, daß sie so schlechte Deutsche sind, daß sie das dem deutschen Volke verschweigen, weil sie gerade nicht in der Regierung sind. Weil sie es aber verschweigen, sage ich es ihnen ganz offen: sie wissen keinen anderen Weg (Sehr gut). In diesem Zusammenhang nun konstatieren wir, die wir vom besetzten Gebiet ganz besonders stark am Reich hängen, mit besonderer Freude, daß in den letzten Tagen von der

[95] Wilhelm von Meinel (1865–1927), Jurist im bayerischen Außenministerium (1916 Staatsrat), Nov. 1922–Febr. 1927 Handelsminister.

Bayerischen Volkspartei im Landtage Verteidigungsreden zum Sachverständigengutachten und über die Haltung unserer Regierung zum Sachverständigengutachten gehalten worden sind, wie sie ein Deutsch-Volksparteiler, der hinter Stresemann steht, auch nicht besser hätte halten können. Ein Zeichen, daß der Ernst und die Wirklichkeit auf unserer Seite sind (Sehr gut!).

Und in diesem Zusammenhange noch etwas anderes ganz offen: Man hat unserem Außenminister den Vorwurf gemacht, daß er öfter aufgetreten ist wie ein Anwalt des Auslandes. Meine Damen und Herren, der Herr Parteivorsitzende hat selbst gesagt, Kritik muß sein, und er hat sogar nachgewiesen, daß eine Kritik ein Aktivum sein kann in seiner Politik. Aber ich glaube, daß der Außenminister manchmal Dinge reden mußte, die ihn nach der Auffassung der anderen zum Anwalt des Auslandes machten. Daran sind die Kreise schuld, die Kraft von deutschen Ministern und deutschen Leuten haben verwenden lassen in einem Sinne, der der deutschen Sache abträglich ist (Sehr wahr!). Es wäre besser, wenn in einem Sinne Kritik geübt worden wäre, die uns und unsere Führer nicht in die Notwendigkeit versetzen würde, in der Öffentlichkeit Dinge zu sprechen, die sich wirklich fast anhören, als ob ausländische Belange zu verteidigen wären. Es müßte so sein, daß Opposition und Führung zusammenklingen in dem einen: Wir tun das, was notwendig ist für das deutsche Volk.

Auch ich stimme in vielem dem zu, was Herr Dr. Hugo von der Innenpolitik gesagt hat, aber auch zwei ganz offene Fragen, deren Beantwortung ich geben werde. Wer hindert denn eigentlich oder wer hilft denn eigentlich nicht mit in dem Sinne, Innenpolitik, bürgerliche Innenpolitik zu treiben, wie es die allermeisten von uns im Auge haben? Wenn die Deutschnationalen an unserer Seite in die Regierung treten würden, dann könnten wir, wollen wir einmal sagen, die bürgerliche Auffassung ganz anders in die Waagschale werfen, als das gegenwärtig der Fall ist (Sehr wahr!). In Bayern hatten die Völkischen seit Monaten einen scharfen Kampf gegen die Bayerische Volkspartei geführt, und als es gegolten hat, der Bayerischen Volkspartei etwas von ihrer Macht zu nehmen, als es gegolten hat, ihnen das außerordentlich wichtige Innenministerium, das nur die Völkischen ihnen nehmen konnten, zu entwenden, da haben die Völkischen erklärt: Sie beteiligten sich nicht an der Regierungsbildung und damit blieb der Bayerischen Volkspartei die Macht.[96]

Und nun noch etwas anderes; das gilt für uns – es wurde ja gesagt, wir wären vertraulich beieinander –: daß die Deutschnationalen ihren Beitritt zur bürgerlichen Koalition, die wir dringend von Herzen wünschen, immer verbinden mit Forderungen, die für uns unannehmbar sind (Sehr wahr!). Daran, das sage ich nun ganz offen, ich habe diesen Eindruck, daran tragen verschiedene unter uns selbst etwas die Schuld (Lebhafte Zustimmung!). Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß von uns bewußt oder unbewußt manchmal zuviel nach der Seite gesprochen wird, als ob der Moment käme, wo wir schließlich zu solchen Opfern, die unerträglich sind, bereit wären (Sehr wahr!). Und daß dieser Eindruck entsteht und immer wieder

[96] In der bayerischen Landtagswahl vom 6.4.1924 hatte sich die regierende Mitte-Rechts-Koalition aus BVP, Bauernbund, DVP und Mittelpartei knapp behaupten können; zur Bildung der neuen Regierung unter Heinrich Held (BVP) am 28.6.1924 siehe detailliert Schönhoven, S. 89ff.

erhalten wird, ist die Schuld auf unserer Seite und ist mit schuld, daß die bürgerliche Koalition nicht kommt (Sehr richtig!).

Und hier lassen Sie mich bitte auch ganz offen etwas sagen: Ich habe oft, manchmal in Ihren Kreisen und in anderen Kreisen, jahrelang gewissen Auffassungen und Darstellungen unseres Herrn Parteivorsitzenden opponiert. Ich habe in dem Moment diese oppositionelle Stellung aufgegeben, als unser Führer Reichskanzler und Außenminister geworden ist (Bravo!), denn hier habe ich mich von einer anderen Überlegung leiten lassen. Welche entsetzlichen persönlichen Opfer trägt der Mann, der sich bereit erklärt hat, das Reichskanzleramt anzunehmen und das Amt als Außenminister auch unter gewissen Demütigungen weiterzuführen (Sehr richtig!). Welche Opfer trägt er! Wir sehen die Dinge von außen an, sehen die Dinge, auch wenn wir zur Partei gehören, doch vielfach nur als Zuschauer an. Ich kann mich aber in die Seele des Mannes denken, der für diese Dinge, für jedes Wort, das er über sie spricht, mit seinem Herzen, seiner ganzen Verantwortung und auch seiner ganzen Zukunft einzustehen hat, und wenn diesem Manne bei schweren Entscheidungen nicht das Bewußtsein zur Seite steht, daß er wenigstens seine Partei und die führenden Leute seiner Partei unbedingt hinter sich als Freunde hat, dann ist es vorbei mit (die letzten Worte gehen am Stenographentisch unter dem brausenden Beifall der Versammlung verloren). Ich bin zu einfach erzogen, als daß ich in allen Fragen immer nur die ganz großen Dinge sehe, ich schaue manchmal auch das rein Menschliche an, und da verstehe ich vollkommen, daß der Mann, der nun einmal die Dinge mit eigenem Willen und eigener Kraft, und ich sage, auch mit eigenem Mut zu meistern versucht, daß der Mann das Bedürfnis haben darf und haben muß, sich im Freundeskreise darüber auszusprechen und die Unterstützung und das Vertrauen seiner Freunde zu erbitten.

Und wenn wir sagen, das sind Hoffnungen, Illusionen – ja mein Gott, wenn wir im besetzten Gebiet und die andern, die auswärts sind, keine Hoffnungen und keine Illusionen hätten, dann stünden die Dinge im Deutschen Reich heute ganz anders (Sehr wahr!). Ohne Hoffnungen und ohne Illusionen und ohne Glauben an etwas, was nicht kommen darf und auf der anderen Seite kommen muß, lassen sich von Führern und vom Volke und auch vom Volke im besetzten Gebiet die schweren Dinge nicht meistern (Sehr richtig!). Und ich habe mich manchmal gefragt, der ich gerade in gewissen Teilen Deutschlands Demonstrationen und andere Dinge mitanzusehen Gelegenheit hatte: Wozu gehört mehr Opfersinn, eine gewisse Zeit des Schweigens und des Duldens auf sich zu nehmen oder immer genau so zu handeln und so zu leben, wie es der unkontrollierte Instinkt für den Moment gerade eingibt?

Und weil ich in diesem Zusammenhang vom besetzten Gebiet rede, habe ich zwei Anliegen. Es ist vorhin davon gesprochen worden, daß unsere Partei noch Freunde hat in Preußen, die Mittelschichten des Gewerbes, des Bürgertums. Ich bitte unsere Reichstagsfraktion, allen diesen Fragen, die mit den Mittelschichten zusammenhängen, Angestellten-, Beamtenfragen usw., allen diesen Fragen eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen und sie ihnen nicht bloß angedeihen zu lassen durch Angestellten- und Beamtenführer selber. Das Volk muß das Gefühl haben: Dahinter stehen auch alle diejenigen, die beruflich nichts mit den Dingen zu tun haben. Ich habe den Eindruck, die Parteiverhältnisse liegen nicht einfach. Es geht immer noch ein Wogen und Weben herüber und hinüber. Den Eindruck aber muß das deutsche Volk und gerade das leidende mittlere deutsche Volk bekommen: Hier ist eine Partei,

national nicht nach der Phrase, national nach der Gesinnung und dem Willen, aber auch sozial und liberal, daß wir ihr vertrauen können in einer Zeit, wo Deutschland wieder einmal eine freundlichere Sonne leuchtet. Und die mittleren Schichten sind es gerade im besetzten Gebiet, die die ganz besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung erfordern. Sie haben mit am treuesten ausgehalten, und gerade die mittleren Betriebe leiden gegenwärtig unter einer solch furchtbaren Kreditnot, daß für sie in irgendeiner Weise Hilfe geschaffen werden müßte. Sie sind gewohnt, vieles zu ertragen, sie klagen und jammern nicht, und gerade darin liegt die Gefahr. Sie sagen nicht, morgen oder übermorgen können wir nicht mehr, sondern da sagen sie: Wir legen es nieder, wir sind fertig. Und dann kommt wieder die Stunde der vom Herrn Parteivorsitzenden vorhin erwähnten geistigen Separatisten. Dann folgen Klänge in der Not, und in dem Entsetzen greift man nach der Rettungsplanke, die mit rostigen Nägeln besetzt ist. Aber in dieser Not können Dinge geschehen, die gerade niemand von uns aus dem besetzten Gebiet will. Auf diese Dinge muß daher unbedingt das Augenmerk auch des Herrn Außenministers gelenkt werden. Ich stimme ganz der von Herrn Moldenhauer vorgeschlagenen Entschließung zu, aber besonders eines muß in der Zukunft bedacht werden: Der Mann, der im öffentlichen Leben steht, weiß, daß er sich allen Gefahren aussetzt, und er trägt dieses Bewußtsein. Aber lieber soll er eingesperrt werden, lieber soll er monate- und jahrelang ins Gefängnis wandern – eines erträgt der Mann nicht, das muß besonders bedacht werden, jetzt, wo die Zehntausende von Familien zurückkehren, eines erträgt er nicht, daß seine Frau und Kinder aufs neue in die furchtbare Ungewißheit gestoßen und erhalten werden. Hier bitte ich ganz dringend, hier müssen Garantien geschaffen werden, der barbarische Zustand kann nicht wiederkehren, daß unschuldige arbeitsame Frauen und noch unschuldigere Kinder büßen müssen für die mannhafte Haltung ihres Mannes (Lebhafte Zustimmung!).

Meine Damen und Herren, ich wollte nicht lange reden (Heiterkeit). Sie lachen, ich habe nicht lange geredet. Ich wollte nur an unsere Herzen, nicht bloß an unseren Parteivorstand appellieren – den Regierungen sagt man ja nach, sie hätten keins, aber von unserem Außenminister weiß ich, er hat eins (Heiterkeit) –, an diese Herzen wollte ich appellieren und wollte Ihnen in dieser Stunde zurufen: Unsere Regierung hat eine Zukunft, wenn sie auch in der Gegenwart etwas zurückgegangen ist, sie hat eine Zukunft, wenn wir uns unserer Pflichten bewußt sind (Bravorufe und Händeklatschen).

Frau Mende: Meine Damen und Herren: Einen Satz möchte ich in den Ausführungen meines Herrn Vorredners unterstreichen, das ist die Behandlung der Schuldfrage in unserem Volke. Ich möchte dringend bitten, bei Behandlung dieser Frage sich von dem fernzuhalten, was auch der Herr Außenminister gesagt hat, von dem Überschwang des Gefühlsmäßigen, sondern als erstes einmal anzufangen, diese Frage etwas gründlicher zu behandeln, daß man innerhalb der breiten Schichten des deutschen Volkes einmal anfängt, sich den Schriften zuzuwenden, mit denen die besten Erforscher der Wahrheit im Inland und Ausland bereits vorgegangen sind, daß man nicht immer rein gefühlsmäßig diese Fragen behandelt, sondern daß wir uns, um gerade für diese Frage zu kämpfen, mit dem vollen Rüstzeug der wissenschaftlichen Forschung ausstatten. Die einzelnen, die dafür eintreten müssen, müssen diese wissenschaftliche Forschung kennen und ihren Inhalt propagandistisch verwerten zum

Besten des deutschen Volkes. Aber nicht in dem Sinne, daß man einfach nur gefühlsmäßig herausnimmt, was uns paßt. Wir haben das große Glück, einige von den besten Forschern Deutschlands zu unseren Parteifreunden zu zählen, so daß wir bei jeder Gelegenheit die Möglichkeit haben, uns zu orientieren (Zuruf). Daß ich Herrn von Lersner nicht meine, ist selbstverständlich.

Noch eine andere Frage möchte ich hier an den Herrn Außenminister richten, die Frage, ob es ihm möglich ist, uns auch noch mit ein paar Worten die Stellung der deutschen Regierung zu der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu beantworten, weil das auch wichtig für die Partei ist, damit wir draußen im Lande nicht entgegen der Auffassung unserer Mitglieder in dieser verantwortlichen Frage reden und handeln.

Frau Mende spricht Stresemann den Dank der Frauen der besetzten und abgetretenen Gebiete aus und bittet, »daß bei Behandlung der Fragen des besetzten Gebietes etwas mehr die evangelischen Belange in Berücksichtigung gezogen werden sollten«.

Dauch: Ich glaube, in unserem Kreise und ebenso auch in der Reichstagsfraktion hat es nur eine Stimme gegeben, daß wir hinsichtlich der Außenpolitik keinen anderen Weg einschlagen können, als er von Herrn Dr. Stresemann eingeschlagen ist. Wenn es nicht zu einer Verständigung mit unseren ehemaligen Gegnern kommt, so haben wir zunächst wahrscheinlich das Chaos zu befürchten. Wir müssen daher alles tun, was in unseren Kräften steht, eine solche Einigung mit unseren Gegnern herbeizuführen.

Auch sonst, weil das heute noch nicht besprochen ist, möchte ich eins zu bedenken geben, nämlich in der Frage der Antwort, die wir auf die Note wegen der Militärkontrolle gegeben haben.[97] Ich muß sagen, es mag dem einen oder anderen wohl schwer gewesen sein, diese Zustimmung zu geben. Aber wir sind wohl alle der Meinung, daß diese Note außerordentlich geschickt und wirkungsvoll abgefaßt war (Sehr richtig!).

Nun möchte ich aber hinsichtlich des Sachverständigengutachtens und seiner Annahme doch auf das deutlichste betonen, daß sowohl die Sachverständigen wie auch breite Wirtschaftskreise bei uns von einem sehr starken Optimismus hinsichtlich der künftigen Leistungsfähigkeit Deutschlands befangen sind. Dieser Optimismus hat in all den Jahren, die vergangen sind, obgewaltet, und wenn ich auch zugebe, daß es ausgeschlossen ist, heute den Propheten spielen zu wollen, so bin ich doch persönlich der Überzeugung, daß die wirtschaftliche Kraft Deutschlands auch in Zukunft ganz wesentlich durch das Sachverständigengutachten überschätzt ist. Dieses Sachverständigengutachten wird selbst in entscheidenden Kreisen der Vereinigten Staaten

[97] Mit ihrer Note vom 28.4.1924 (Schultheß 1924, S. 410) hatte die Alliierte Botschafterkonferenz auf die deutsche Note zur Frage der Militärkontrolle vom 31.3. (ebd., S. 400ff.) geantwortet. Kernpunkt der alliierten Note war die Ablehnung des deutschen Vorschlags, die Durchführung der Militärkontrolle einer dem Völkerbund unterstellten Kommission anzuvertrauen; zum weiteren Verlauf siehe Kabinette Marx I/II, Dok. 158, 226, 359; Salewski, S. 240ff.

nicht etwa als erfüllbar angesehen, sondern als eine Art der Reparationslüge[98], denn es ist eine Reparationslüge, daß Deutschland so große Summen zum Wiederaufbau aufbringen könnte. Nun aber – und auch Herr Dr. Stresemann hat dieser Befürchtung Ausdruck gegeben – wird vielleicht in zwei Jahren der Moment kommen, wo wir nicht mehr weiter können, und dann hat Dr. Stresemann als unsere Sicherheit angesehen den Artikel 232 des Vertrages von Versailles, wonach wir unsere Leistungsfähigkeit nachprüfen lassen können. Er hat auch gesagt, daß diese Auffassung im Auswärtigen Ausschuß keinen Widerspruch erfahren hätte. Da muß ich aber doch sein Gedächtnis etwas auffrischen. Ich habe Widerspruch nicht allein nur geleistet gegen diese Auffassung (Außenminister Dr. Stresemann: Dagegen, daß dieser Artikel besteht, ist kein Widerspruch erhoben worden!), sondern ich habe auch Zustimmung bei vielen anderen gefunden. Die Sache liegt so: Der Temps[99] und verschiedene andere französische Zeitungen haben in der letzten Zeit die Frage einer Ausschaltung der Reparationskommission durch ein internationales Schiedsgericht dahin gedeutet, daß dies eine Art [Wort fehlt] sei, daß, wenn also eine Veränderung vorgenommen würde, auch die anderen Fragen und Bedingungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeitsprüfung einem Zweifel unterliegen können.

Nun haben wir doch eine recht traurige Erfahrung gemacht, nämlich die, daß bisher nie von dem Artikel 232 Gebrauch gemacht worden ist, weder vor London, noch hat der Artikel uns geschützt, daß Frankreich wegen Nichtlieferung einiger tausend Telegraphenstangen und einiger hunderttausend Tonnen Kohlen ins Ruhrgebiet einmarschiert ist. Dieser Artikel hat uns, wie gesagt, einen Schutz bisher nicht gewährt, und ich fürchte nach dem, was wir erlebt haben, wir sollten uns da nicht so sehr auf diesen Artikel verlassen, sondern etwas anderes tun, nämlich in der Mantelnote ganz bestimmt zum Ausdruck zu bringen, daß in dem Sachverständigengutachten selbst zwei Punkte, und zwar die, die Herr Dr. Moldenhauer in seiner Resolution vorgeschlagen hat, aufgenommen werden, nämlich soweit der Lebensstandard des deutschen Volkes unter den anderer Kulturvölker sinkt und soweit die anderen internationalen [Worte fehlen[100]].

Die Sache liegt so: Solange wir nicht mindestens eine so starke Ausfuhr wie Einfuhr haben, muß letzten Endes unsere Währung abgleiten, wenn wir nicht in der Lage sind, die entstehenden Löcher durch Kredite zuzustopfen. Das ist die Frage, ob das gemacht wird. In dem Augenblick, wo unsere Währung verfällt, müßten wir die absolute Befugnis haben, in dem geforderten Sinne zu verfahren, und deshalb müßte in der Mantelnote stehen, daß wir berechtigt sind, dann eine Revision unserer Leistungen zu verlangen. Sie dürfen nicht vergessen, daß, solange wir nicht die Hand am Hebel haben, solange wir leben, sämtliche Bedingungen, die zu unseren Gunsten sprechen, ausgelegt werden zugunsten der anderen Seite. Wir können dann den Vorwurf zurückweisen, der von der deutschnationalen Seite erhoben wird: Wir betrieben Erfüllungspolitik. Haben wir eine solche Revisionsmöglichkeit, dann erfüllen

[98] Die USA, die vor allem an einer klaren Reparationsregelung und stabilen Kreditvoraussetzungen interessiert waren, unterstützten den Dawes-Plan nachhaltig, siehe Berg, S. 204ff.; Link, S. 241ff.

[99] Stresemann wies die Angriffe des »Temps« am 6.2.1924 in der »Zeit« zurück, siehe Vermächtnis I, S. 294f.

[100] Hier Bemerkung des Stenographen: »bitte aus der Resolution einfügen«; siehe auch Anm. 90.

wir tatsächlich nicht mehr, als wir leisten können. Das ist der Unterschied gegenüber der Politik, die in den letzten fünf Jahren betrieben worden ist vom Zentrum und von den Demokraten und die wir deswegen hart angegriffen haben. Ich selbst habe ja mehrfach im Reichstage das Wort ergriffen, um gegen diese Politik Sturm zu laufen.

Dann eine andere Frage, die der Herr Reichsaußenminister berührt hat, nämlich die Frage: Sollen wir die Schuldfrage aufrollen? Ich teile vollkommen seine Ansichten und will nur eines dazu sagen: Wenn die andere Seite die Gelegenheit bietet, daß wir die Schuldfrage mit guten Gründen aufrollen können, dann sollten wir natürlich eine solche Gelegenheit ergreifen, und ich glaube, die Gelegenheit wird kommen, wenn Frankreich spricht, es müßte von uns Sicherheiten haben. Denn der Schrei Frankreichs nach Sicherheiten beruht auf jenem Artikel des Friedensvertrages, der Deutschland die Alleinschuld an dem Angriff zum Kriege zuspricht.[101] Wenn es mit diesen Sicherheitsforderungen kommen sollte, dann können wir auftreten und sagen: Diese Sicherheitsforderung baut sich auf der Lüge auf, daß Deutschland den Krieg entfesselt habe. Wir verlangen, daß die Schuldfrage aufgerollt wird.

Wenn Herr Dr. Stresemann – damit komme ich mit ein paar Worten zur inneren Lage – gesagt hat, daß in den hinter uns liegenden fünf Jahren doch eine gewisse Konsolidierung eingetreten wäre, so kann man das doch nicht als richtig ansehen, wenn man die eigenartigen Parteiverhältnisse im neuen Reichstag, das demagogische und die Verhandlung störende Verhalten der Völkischen sowohl wie der Kommunisten betrachtet.[102] Der letzte Reichstag zeigt viel weniger das Bild einer Konsolidierung als der alte. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß dies zum großen Teil zurückzuführen ist auf unsere ganz entsetzliche wirtschaftliche Lage, über die Herr Dr. Hugo schon einige Worte gesagt hat. So schlecht, wie es augenblicklich mit der wirtschaftlichen Lage steht, hat es bisher noch nicht gestanden, und wer da die Augen schließen wollte, der würde eine Vogel-Strauß-Politik treiben. Ich sehe klar und deutlich, daß diese Schwierigkeiten auch zu inneren Konflikten führen werden, denen wir nur begegnen können, wenn wir eine starke, homogen zusammengesetzte Regierung haben. In diesem Kampfe werden wir nicht auf die Sozialdemokraten rechnen können, diesen Kampf müssen die Bürgerlichen allein durchfechten. Deshalb bitte ich Sie, für die Resolution Hugo zu stimmen, und zwar auch deswegen, damit gegenüber dem, was die Demokraten landauf, landab immer wieder erzählen, daß sie diesen Bürgerblock zerschlagen hätten, der Wille der Deutschen Volkspartei zutage tritt, daß wir doch an diesem Programm festhalten, das wir auf unserem Parteitag festgesetzt haben und das auch – das muß immer wieder gesagt werden – in der Hauptsache unserem Parteiprogramm entspricht (Lebhafter Beifall).

[101] Der Artikel 231 des Versailler Vertrages lautet: »Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben«; zur Entstehung des Art. 231 siehe Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919, München 1964.

[102] Sowohl KPD als auch Deutschvölkische hatten die ersten Reichstagssitzungen durch Trillerpfeifen, Kindertrompeten und ständige Zwischenrufe gestört, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 462f.; Orlow, S. 46ff.

Greve[103] (Harburg): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon von verschiedenen Rednern die Lage geschildert worden, in der wir uns augenblicklich befinden. Herr Dr. Stresemann hat gesagt, daß augenblicklich im Lande gewissermaßen eine Kirchhofsstille herrsche, die vom Auslande so gedeutet würde, als wenn die Deutschen mit allem zufrieden wären. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, die das gesagt haben, verkennen die augenblickliche Lage vollkommen. Herr Dauch hat eben gesagt, daß die wirtschaftliche Lage noch nie so schlecht gewesen wäre, wie sie augenblicklich ist, und ich glaube, darin muß ihm jeder, der im Wirtschaftsleben steht, zustimmen. Aber die Folge dieser wirtschaftlichen Lage ist doch die, daß heute alles auf die Regierung wartet, alles darauf wartet, daß das Gutachten angenommen wird, und wie man überall in wirtschaftlichen Kreisen hofft, daß damit die wirtschaftliche Lage wieder eine Besserung erfahren würde – das ist die Tatsache, die ich auf allen meinen geschäftlichen Reisen in der letzten Zeit von allen Wirtschaftlern gehört habe, und ich glaube, daß man Herrn Dr. Stresemann die Meinung mit auf den Weg geben darf und muß, dieses Gutachten so bald wie möglich in die Wirklichkeit umzusetzen. Herr Dr. Stresemann hat uns gesagt, daß es vielleicht bis zum 1. September dauern würde. Wenn ich da zu meinen wirtschaftlichen Freunden kommen werde, ich glaube, die sagen mir, bis dahin werden wir am Boden liegen (Außenminister Dr. Stresemann macht, zu dem Redner gewendet, eine Zwischenbemerkung, die am Stenographentisch nicht verständlich ist).

Das ist eine Auskunft, die mich in hohem Maße interessiert und erfreut. Wir können dann im Augenblick damit rechnen, daß wir diese Schwierigkeiten überwinden. Selbst die Kreise, meine Damen und Herren, die dem Gutachten im Wahlkampf sehr skeptisch gegenübergestanden haben, sehen heute auf den Zeitpunkt, an dem sie die wirtschaftlichen Erfolge dieses Gutachtens in Rechnung stellen können. Ich möchte da ein kleines Streiflicht werfen auf unseren Wahlkreis. Gerade die Wirtschaftskreise in unserem Wahlkreis haben bis in die Wahlzeit hinein mit einer Ablehnung des Gutachtens geliebäugelt, immer mit den Maximen der Deutschnationalen, und zwei, drei Tage vor der Wahl sind führende Wirtschaftskreise aus unserem Wahlkreise an uns herangetreten, die eingesehen haben, daß, wenn die Sache so weiter geht, man doch zu unendlichen Schädigungen kommen würde. Wir haben von der Wirtschaftsseite eine Erklärung erhalten, die in Harburg selbst die Wahlen auf einen ganz anderen Boden gestellt haben. Wir haben in der Stadt Harburg – ich glaube nicht zuletzt durch diese Erklärung – nicht allein nichts verloren, sondern sogar noch gewonnen.

Aber dann ist mir auch hier immer wieder aufgefallen die Kritik, die man übt an den Maßnahmen unserer Leitung, die auch hier immer wieder darauf abgestimmt ist: Wie ist unser Verhältnis zu den anderen Parteien? Das ist eine Kritik, der man überall in allen Versammlungen unserer Partei begegnet. Ja, meine Damen und Herren, treiben wir denn deutschnationale Politik? (Sehr wahr!). Treiben wir demokratische Politik? Ich habe es kürzlich in einer Versammlung unseres Wahlkreises einmal gesagt: Meine Herren, wenn Sie hinausgeschickt werden, um unsere Politik zu verteidigen, dann machen Sie gefälligst Deutsche-Volkspartei-Politik. Wir haben ein Programm, das

[103] Greve († 1929), Fabrikdirektor in Harburg (Elbe). Vors. des Wahlkreises Hannover-Ost; Name im Protokoll irrtümlich: »Grebe«.

sich sehen lassen kann, und mit diesem Programm können wir unsere Wähler bei der Stange halten (Sehr richtig!).

Aber Herr Dr. Hugo hat uns schon gesagt, daß wir auch in die fernere Zukunft sehen müssen. Denn nicht nur um unserer selbst willen, um unserer Partei willen, sondern um unseres Vaterlandes willen müssen wir auch sehen, daß die Deutsche Volkspartei wieder die Stellung erringt, die sie verloren hat, und darüber hinaus gestärkt wird. Herr Dr. Hugo hat schon darauf hingewiesen, daß es nicht allein die Kreise gewesen sind, die an der Annahme des Gutachtens einen hervorragenden Anteil haben, sondern auch andere Kreise aus der Beamtenschaft und Landwirtschaft uns in großen Mengen entschwunden sind. Da gilt es doch auch, die Ursache zu untersuchen, wodurch uns diese Gesellschaftsschichten entschwunden sind. Aber auch beim Kleinbürgertum, beim Rentnertum haben wir Verluste zu verzeichnen. All diese Fragen hier zu behandeln, würde zu weit führen. Aber, meine Damen und Herren, etwas ist zuletzt schon von Herrn Dauch angedeutet worden, die Radikalisierung unserer beiden Flügel.[104] Sehen Sie sich doch einmal die Kreise an, die diese radikalen Flügel ausmachen. Woher kommt es denn, daß diese Kreise das große Wort führen? Weil die, die diese Leute wählen, meistens doch Jungens sind, Menschen, die noch nicht ganz trocken hinter den Ohren sind. Deshalb ist es meine Meinung, daß es recht bald dazu kommen muß, daß unsere Verfassung auch in dieser Beziehung geändert wird, daß wir das Wahlmündigkeitsalter wieder hinaufschrauben, daß wir wieder auf 25 Jahre kommen. Dann sind wir diese Leute mit einem Schlage los, und ich glaube, die dieses Gesetz damals hervorgerufen hat, die Sozialdemokratie, ist es nicht am wenigsten, die unter diesem Zustande leidet; die wird jetzt ganz und gar dafür sein. Deshalb möchte ich bitten, daß der Antrag, der das Wahlalter heraufsetzen will, nicht dilatorisch behandelt wird, sondern mit aller Kraft dahin gestrebt wird, die Wahlmündigkeit recht bald heraufzusetzen.[105]

Nur noch eins. Auf dem letzten Parteitag in Hannover stand die Welfenfrage im Mittelpunkt unserer Erörterungen. Ich hatte damals darum gebeten, daß auch die Parteifreunde aus dem Lande uns in diesem Kampfe um den Bestand des Deutschen Reiches Hilfe leisten möchten. Leider sind wir in dieser Beziehung von unseren Freunden sehr wenig unterstützt worden, insbesondere auch nicht von allen Mitgliedern der preußischen Landtagsfraktion. Wir haben uns selbst helfen müssen, wir sind auch fertiggeworden, hätten aber einen viel eklatanteren Sieg erfochten, wenn wir größere Hilfe [gehabt] hätten.[106] Der § 18 unserer Verfassung muß geändert wer-

[104] Gemeint: die äußerste Linke und Rechte im Parteienspektrum.

[105] Stresemann unterstützte in der Kabinettssitzung vom 12.6.1924 die Forderung von Reichswirtschaftsminister Eduard Hamm (DDP) nach einer Heraufsetzung des Wahlalters, das durch Art. 1 des Reichstagswahlgesetzes vom 27.4.1920 auf 20 Jahre festgeschrieben war, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. 220. Die am 21.8. dem Reichstag zugeleitete Wahlreformnovelle sah in der Hauptsache eine Verminderung der Abgeordnetenzahl und eine Vermehrung und Verkleinerung der Zahl der Wahlkreise vor, RTDrs., Bd. 383, Nr. 445; der Reichstag beriet vor seiner Auflösung (20.10.1924) jedoch nicht mehr über diese Novelle; siehe auch Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 319.

[106] Am 18.5.1924 fand eine Vorabstimmung in den preußischen Regierungsbezirken Stade und Lüneburg über die Bildung eines selbständigen Landes Hannover statt. Sie ergab zwar eine überwältigende Mehrheit für die Selbständigkeit, da aber das für die Herbeiführung einer

den.[107] Die Welfenbewegung ist in unserem hannoverschen Lande noch lange nicht tot, die zehrt wie ein Feuer am Volkskörper.[108] Es ist ein Geschwür, das aufgestochen werden muß, damit wir zur Heilung kommen, denn die verführten Kreise, die heute zur Welfenbewegung halten, werden wir wiedergewinnen, sobald dieser elende § 18 geändert ist.

Auf den früheren Parteitagen haben wir uns auch so oft unterhalten über die Zwangsverwaltung. Wir haben noch ein böses Zwangsverwaltungsgesetz, das sogenannte Mieterschutzgesetz.[109] Dieses Gesetz wird auch von den linken Parteien, dort, wo sie die Macht haben, teilweise in der rigorosesten Weise gehandhabt. Bei den letzten Bürgervorsteherwahlen in Hannover sind in die Bürgerschaft Leute eingezogen, die auf die sogenannte Mieterliste gesetzt waren, Leute, die unter falscher Flagge hineingekommen sind, aber jetzt bei uns ihre Macht dazu benutzen, um in der unverantwortlichsten Weise dieses Mieterschutzgesetz zu schikanösen Maßnahmen gegen die gesamte Bürgerschaft zu benutzen. Ich weiß es von dem Leiter des Wohnungsamtes selbst, daß er sich vor diesen Leuten überhaupt nicht zu schützen vermag. Welche Erbitterung das gerade in die Kreise hineinträgt, die treue Mitglieder unserer Partei sind, davon machen Sie sich gar keinen Begriff. Es ist soweit, daß man erwägt, einen Verein oder einen Zusammenschluß gegen die Übergriffe des Wohnungsamts zu schaffen. Leute, die vielleicht ein Eckchen irgendwo frei haben, werden aus den Zimmern herausgetrieben, es wird gesagt, die Dienstmädchen sollten in den Wohnungen schlafen usw. In dieser Weise haben sich auf dem Gebiete der Zwangsverwaltung im Wohnungswesen die unerträglichsten Zustände eingeschlichen. Wenn wir das Geld, das für diese Zwangsverwaltung und für alle Maßnahmen dieser Art ausgegeben worden ist, für die Herstellung von Wohnungen verwendet hätten, dann wären wir heute viel weiter und hätten heute den wesentlichsten Faktor der Unzufriedenheit ausgeräumt.

Meine Damen und Herren, wir dürfen über den großen Zielen auch nicht vergessen, in der Kleinarbeit durch Verfolgung der Interessen unserer Parteimitglieder, der unserer Partei angehörenden Stände, die Unzufriedenheit auszuräumen. Aber nochmals zum Schluß sei gesagt: Heute müssen wir alles darauf richten, daß unsere äußere Lage eine befriedigende wird. Die Äußerung von Herrn Dr. Stresemann hat mich in vollem Maße befriedigt. Ich freue mich, daß ich mit dieser Auskunft nach Hause komme.

Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Ich möchte auf einige Ausführungen, die in der Debatte gemacht worden sind, hier eingehen, und zwar zunächst, soweit sie die Außenpolitik betreffen. Eine Frage, die die Außenpolitik mitbetrifft, obwohl sie keine rein politische ist, ist die Diskontpolitik der Reichsbank. Gegenwärtig ist keine andere Möglichkeit gegeben: Entweder eine neue Inflation oder die Fortfüh-

Hauptabstimmung erforderliche Drittel aller Stimmberechtigten nicht erreicht wurde, scheiterte die Bildung eines selbständigen Landes bereits bei der Vorabstimmung.

[107] Der Artikel 18 WRV regelte die Verfahren bei Änderungen des Gebietsstands und der Neubildung von Ländern.

[108] Die DHP, die Welfenpartei, führte in Hannover eine »ebenso intensive wie skrupellose Agitation« durch, wie der Oberpräsident der Provinz Hannover, Gustav Noske, am 30.4.1924 an Reichspräsident Ebert schrieb, zit. nach: Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 200, Anm. 1.

[109] Zur Mietgesetzgebung und Wohnraumbewirtschaftung siehe detailliert Führer, Mieter, S. 87ff.

rung der Diskontpolitik der Reichsbank. Ich glaube, daß Sie mit mir darin übereinstimmen, wenn ich sage: Dem deutschen Volk ist sehr viel zugemutet worden, aber eine neue Inflation darf ihm nicht zugemutet werden (Sehr richtig!). Wir haben hier eine Situation vor uns, die ebenso gefährlich ist wie die Dinge, die das Reich belasten. Lassen Sie mich in Ergänzung dessen, was ich vorhin sagte, auch darüber sprechen. Denn ich glaube, die Zentralvorstandssitzungen sind auch dazu da, um Tatsachenmaterial zu schaffen, das einmal draußen mitverwertet werden kann. Es ist gar kein Zweifel, daß die rigorose Finanzpolitik der Regierung zunächst einen über alle Erwartung großen Erfolg gehabt hat, und da die Franzosen Spione haben, die in unseren sämtlichen Reichsministerien und übrigens, wie ich bemerken möchte, in sämtlichen wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands, und zwar vielfach in der nächsten Umgebung derjenigen, die in den Kommissionen mitberaten, sitzen, ist bei den vorletzten Micum-Verträgen den Unterhändlern entgegengehalten worden, daß das Reich durchaus in der Lage sei, die Micum-Verträge aus eigener Tasche zu bezahlen, da unsere monatlichen Überschüsse weit größer wären als die Lasten der Micum-Verträge.[110] Es ist richtig, daß wir Überschüsse gehabt haben; es ist richtig, daß wir die Goldanleihe aufgekauft haben, aber diese Situation ist jetzt auch zu Ende, aus zweierlei Gründen.

Einmal haben wir, nachdem das Finanzministerium auch uns gegenüber diese Tatsache entgegengehalten hat, die Beschlüsse gefaßt in der Frage der Beamtenbesoldung.[111] Ich möchte gegenüber der scharfen Kritik, die diese Beamtenbesoldungsvorlage gefunden hat, doch hier auch einmal meinen Standpunkt, den ich im Kabinett eingenommen habe, kennzeichnen. Man hat uns vorgeworfen, daß wir zuwenig Rücksicht genommen haben auf die unteren und mittleren Beamten. Es gibt noch einen anderen Weg, man könnte die Sache so halten, daß man hauptsächlich für die unteren ein Mehr gewährt hätte. Ich hielt es aber unbedingt für notwendig, von meiner Einstellung aus dafür zu sorgen, daß diese Differenzierung zwischen unteren und mittleren Beamten einmal aufhört, daß unbedingt auch hier die Qualitätsarbeit zur Geltung kommt, wie ich auch der Meinung bin, daß die Industrie sehr darunter gelitten hat, daß die Qualitätsarbeit so sehr in den Hintergrund gestellt worden ist (Sehr richtig!). Ich habe mich deswegen trotz aller Widerstände im Kabinett auf den Standpunkt gestellt: Nach all dem, was das führende höhere Beamtentum an Verlusten erlitten hat – ich glaube, es gehört am meisten zu denen, die ihr Vermögen verloren haben[112] –, müssen wir jetzt auch, wenn die anderen 80 % des Friedensgehaltes erhalten, ihnen es geben, damit wieder eine Jugend auferzogen wird, die den geistigen Mittelstand repräsentiert. Wir brauchen nicht nur die Söhne der Neureichen, wir

[110] Das Micum-Abkommen vom 23.11.1923 zwang den Ruhrbergbau, die Reparationskohlenlieferungen an Belgien und Frankreich wieder aufzunehmen, wobei die Kosten zunächst von der Industrie selbst aufgebracht werden mußten, siehe auch Anm. 24 sowie Dok. Nr. 53, Anm. 12.

[111] Das Kabinett hatte am 27.6.1924 eine Erhöhung der Grundgehälter in den Besoldungsgruppen I–VI beschlossen, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 237.

[112] Die nahezu totale Entwertung aller Geldvermögen traf vor allem die Inhaber öffentlicher Anleihen und die Sparer, während unter der Inflation Handwerker und Kleingewerbetreibende kaum litten. Zu den sehr unterschiedlichen Auswirkungen der Inflation auf den heterogenen »Mittelstand« siehe Feldman/Steinisch, S. 54ff., 79, 217; zu den Nivellierungstendenzen der Inflation hinsichtlich der Beamtengehälter siehe den Forschungsüberblick bei Kolb, Weimarer Republik, S. 192f.

brauchen wieder jene alten Schichten, die früher eine angesehene Stellung eingenommen haben im Deutschen Reich (Sehr wahr!). Ich habe in starken Auseinandersetzungen gegen Dr. Höfle[113] diesen Standpunkt vertreten, und ich bin der Meinung, ich habe dabei einen liberalen Standpunkt vertreten. Es ist viel zu sehr unter dem Einfluß der Revolution, unter dem Einfluß von demokratischen Ideen, mit denen wir nichts zu tun haben, der Gedanke in das deutsche Volk hineingetragen worden, alles auf ein einheitliches großes Schema zu bringen. Meine Damen und Herren, wenn Sie nur noch ein Volk haben, das eine Mitte hat, dann wird diese Mitte sehr karg sein in diesem Niveau, wenn Sie nicht die Möglichkeit haben, die Schichten zu erfassen, die jetzt so große Verluste erlitten haben, und sie bei dem geistigen Wiederaufbau in Deutschland wieder heranzuziehen. Das war die Auffassung, von der wir ausgegangen sind.

Mit dem, was inzwischen beschlossen ist, haben diese Besoldungserhöhungen[114] einen großen Teil der Überschüsse überhaupt aufgenommen. Ich habe es für notwendig gehalten, daß in diesem Maße die Gehälter erhöht würden, und zwar aus dem Grunde, weil ich früher stets den Standpunkt vertreten habe, auch gegenüber Wirth, der heutige Etat des Deutschen Reiches ist ein Notetat, ein Etat, der eines Kulturvolkes unwürdig ist. Einstweilen müssen wir diesen Etat als Grundlage nehmen für die deutschen Reichsbedürfnisse. Infolgedessen haben wir Wert darauf gelegt, daß zwei Dinge in das Gutachten hineingekommen sind. Einmal, daß wir ein Recht darauf haben, daß der Lebensstandard des Deutschen Volkes derselbe ist wie der anderer Völker. Es ist das eine Grundtatsache, von der viele Forderungen für die Zukunft abgeleitet werden (Sehr wahr!). Zweitens, daß in dem Gutachten die Notwendigkeit der Erhöhung der Beamtengehälter zum Ausdruck käme, Sie finden das in dem Gutachten zum Ausdruck gebracht. Es ist anzunehmen, daß die deutsche Reichsregierung diese Gehälter gewährt und daß dadurch die zum großen Teil früher herausgewirtschafteten Überschüsse aufgezehrt werden. Es kommt hinzu, daß die katastrophale Wirtschaftslage, über die hier auch gesprochen worden ist, die nicht nur in der Industrie, sondern auch vor allem in der Landwirtschaft besteht, daß die naturgemäß in den Steuererträgnissen zum Ausdruck kommt, daß die Verhältnisse jetzt so sind, daß wir vom 1. Juli bis 1. Oktober voraussichtlich 140 Millionen Goldmark Erwerbslosenetat haben werden. Dazu kommt ferner, daß wir nicht nur, wie wir bekanntgegeben haben, von den Micum-Verträgen die Hälfte bezahlen werden, sondern die haben wir ganz auf das Reich übernommen. Wir konnten der Industrie nicht mehr zumuten, sich noch mehr zu belasten, denn sie ist weit bis in den Schornstein hinein international verschuldet, und wir haben das Experiment gemacht, vom Reich aus die Mittel zu übernehmen für Herabsetzung der Kohlenpreise.[115]

[113] Anton Höfle (1882–1925), Volkswirt. 1920–1923 Direktor des Gesamtverbandes Deutscher Beamtengewerkschaften, 1920–1925 MdR (Zentrum), Aug. 1923–Jan. 1925 Reichspostminister, seit Nov. 1923 zugleich auch Minister für die besetzten Gebiete; Rücktritt wegen Verwicklung in den Barmat-Skandal; im April 1925 in der Untersuchungshaft verstorben.

[114] In der Vorlage: »Beamtenerhöhungen«.

[115] Die Bergbauindustrie im Ruhrgebiet hatte sich im Juni 1924 bereit erklärt, die Preise um durchschnittlich 20% zu senken, wenn die gesamten Micum-Lasten durch das Reich übernommen würden, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 239. Zur Übernahme der Reparationsleistungen der Industrie durch das Reich und den Verhandlungen mit dem Micum-Präsidenten Frantzen siehe ebd., Dok. Nr. 222. Am 30.6.1924 wurde dann das vierte Micum-Abkommen

Ich glaube, man wird zugestehen müssen, daß wir volkswirtschaftliche Finanzpolitik getrieben haben. Vom rein finanziellen Standpunkt aus hätte der Reichsfinanzminister das ablehnen können, aber wir waren der Meinung, daß, wenn die Industrie billige Rohstoffe bekommt, das wichtiger ist als die finanziellen Opfer, die hier vom Reiche gebracht werden. Nun ist die Situation so, daß wir in den Finanzen kein Mittel mehr haben, von dem wir etwa sagen könnten, daß hier eine andere Diskontpolitik möglich ist. Bei der Reichsbank stellt sich die Lage so dar, wie ich sie vorhin dargestellt habe. Die Reichsbank stellt sich vollkommen ab auf das Sachverständigengutachten. Durch das Gutachten ist eine vollständig neue Situation gegeben; sobald diese Situation geklärt ist, kann sie eine andere Diskontpolitik treiben. Die Mittel, die dann verfügbar werden, sind sehr groß. Ich bin der Meinung, daß wir alles Interesse an der Beschleunigung haben. Wenn sie aber die Daten mit mir durchgehen, sind die Dinge so:

Am 16. [Juli 1924]: Beginn der Londoner Konferenz, wahrscheinlich bis zum 23. [Juli] – wird uns heute mitgeteilt – Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England. Die Herren sind so weit auseinander, daß sie glauben, sechs Tage zu brauchen, um untereinander einig zu werden über die Dinge, die jetzt strittig sind. Dann Eintreffen der deutschen Delegierten.[116] Man rechnet mit den deutschen Delegierten und rechnet damit, daß die Verhandlungen vier bis fünf Tage dauern werden. Dann Zurückkehr nach Deutschland. Ich werde sofort, vorausgesetzt, daß die Dinge gut abgehen, die Gesetze dem Reichstag vorlegen. Ich hoffe, daß der Reichstag keine Schwierigkeiten bereiten wird. Von Kommissionsverhandlungen kann keine Rede sein. Jetzt hört das Maulspitzen auf, jetzt muß gepfiffen werden. Er kann nur Ja oder Nein sagen, denn es handelt sich um große politische Entscheidungen, nicht um Paragraphen. Immerhin wird man eine dreitägige Debatte im Plenum haben. Auch eine Besprechung mit den Parteiführern wird wohl stattfinden. Ich nehme also an, daß wir vielleicht am 1. August mit den Sachen fertig sein können. Über das Verhalten der Deutschnationalen nachher noch ein Wort.

Ich nehme nicht an, daß wir zur Ablehnung kommen. Käme eine Ablehnung, so müßte die Regierung aufgelöst werden, denn die fremden Regierungen haben von uns verlangt – und das ist selbstverständlich –, daß wir alle parlamentarischen Machtmittel anwenden, um das Gutachten durchzubringen. Ich habe aber die Empfindung, ich glaube, daß ich das sagen darf – als wenn in der Deutschnationalen Volkspartei doch allmählich eine Scheidung sich vollzieht, einmal zwischen denen, die politisch gemäßigt sind – dazu gehören die Führer, die die Massen nicht in der Hand haben – und den agrarisch eingestellten Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei. Die sehen ganz klar, daß die große Agrarpolitik gar keinen Sinn hat, wenn das Sachverständigengutachten nicht angenommen wird, denn dann bleiben die ganzen Verhältnisse im Westen, dann bleibt das Loch im Westen, dann hat auch diese ganze Politik keinen Sinn. Ich glaube deshalb annehmen zu können, daß die Stellung der Deutschnationalen folgende sein wird. Ich glaube nicht, daß sie mit Ja oder Nein stimmen werden, daß eine Anzahl sich auf den Standpunkt stellen wird: Die Verantwortung

unterzeichnet, das dem Ruhrbergbau eine Ermäßigung der Geldabgaben und des Liefersolls konzedierte, siehe Schultheß 1924, S. 415 f.; Vermächtnis I, S. 415 f.

[116] Die deutsche Delegation unter der Führung von Marx, Stresemann und Luther reiste erst am 4. 8. 1924 nach London ab.

für das Gutachten hat die Regierung, die seinerzeit diese Antwort gegeben hat. Wir können die weltpolitischen Folgen, die sich aus dem Gutachten ergeben, jedenfalls nicht übersehen. Ich habe Grund dazu zu glauben, daß es die Deutschnationalen nicht auf einen Wahlkampf über das Sachverständigengutachten ankommen lassen werden. Ich glaube, daß dieser Wahlkampf für manche unerwünscht sein würde.[117]

Kommen wir aber dann zum 1. August [1924], dann kommt folgendes: 1. August: Annahme der deutschen Reichsgesetze. Bis 15. August: Zurücknahme der französischen und belgischen Ordonnanzen, dann vielleicht acht Tage später Inkrafttreten des Gutachtens. Wenn es technisch möglich wäre, würde ich einfach sagen: 24 Stunden nach Zurückziehung der französischen und belgischen Ordonnanzen, Inkraftsetzung des Sachverständigengutachtens, schon aus der Überlegung heraus, daß wir die Micum-Verträge weiterlaufen lassen müssen bis zum August, solange, bis das Gutachten in Kraft getreten ist. Haben wir die Industrie bislang nicht fallen lassen, so können wir sie jetzt auch nicht im Stiche lassen. Die Diskontpolitik der Reichsbank kann von dem Moment an geändert werden, wo die Reichsbank weiß, daß das Sachverständigengutachten angenommen ist. Denn sie bekommt ja dann Millionen, die vorschußweise gegeben werden müssen. Bezüglich der Anleihe liegen die Dinge so, daß Staatssekretär Hughes mich fragen ließ: Er habe die Absicht, die Anleihe zur Zeichnung auflegen zu lassen in Amerika; ob ich ihm die Sicherheit geben kann, daß das Sachverständigengutachten angenommen wird. Dann würde sofort die Zeichnung erfolgen. In der glücklichen Lage war ich damals nicht. Ich mußte ihn vielmehr darauf hinweisen, daß noch sehr große Schwierigkeiten vorhanden wären. Er hat dann logischerweise auch geantwortet, dann könne mit irgendeiner Agitation für die Anleihe noch nicht begonnen werden. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß die Reichsbank zunächst nicht anders verfahren kann, aber auch so verfahren muß, um nicht bürokratische Schwierigkeiten zu machen.

Eine zweite Frage ist die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, deretwegen Frau Mende eine Anfrage gerichtet hat. Bisher ist die Frage des Völkerbundes amtlich an uns überhaupt noch nicht herangetreten. Ich darf hier vielleicht vertraulich etwas sagen. Die Dinge lagen in der Beziehung bislang bei uns so. Der schärfste Gegner des Eintritts in den Völkerbund ist einer unserer Gesandten, der der [Wort fehlt] Partei angehört. Ich glaube übrigens, es ist einer der Befähigsten, den wir über-

[117] Die Reichstagsfraktion der DNVP beschloß am 22.8.1924, eine Woche nach Abschluß der Londoner Konferenz, alle mit dem Dawes-Plan in Verbindung stehenden Gesetze abzulehnen. Stresemann war jedoch auch nach diesem Beschluß davon überzeugt, daß die DNVP den Dawes-Plan nicht zum Scheitern bringen würde und zeigte zunächst kein Interesse an dem ihm von Curtius und Zapf am 23.8. unterbreiteten Vorschlag, nach dem die DNVP die Gesetze unterstützen werde, wenn die DVP ihre Zustimmung dazu gäbe, im Herbst ultimativ eine Aufnahme der DNVP in die Regierung zu fordern (PA NL Stresemann 269, Aufzeichnung über eine Unterredung mit Curtius und Zapf am 24.8.1924). Obwohl Reichspräsident Ebert am Morgen des 27.8. bekanntgab, er werde den Reichstag auflösen und Neuwahlen ausschreiben, falls die Dawes-Gesetze abgelehnt würden, ergab eine am Abend des gleichen Tages im Reichstag vorgenommene Vorabstimmung eine Ablehnung der Gesetze. Stresemann revidierte daher seinen früheren Standpunkt und stimmte den Vorschlägen von Zapf und Curtius zu: Am 28.8.1924 veröffentlichte die DVP-Fraktion einen offenen Brief an die DNVP, in dem sie sich verpflichtete, eine Aufnahme der DNVP in die Regierung zu unterstützen, falls diese die Dawes-Gesetze billigte (siehe Vermächtnis I, S. 559); zum Auseinanderbrechen der DNVP-Fraktion in der Abstimmung des 29.8.1924 siehe Anm. 57.

haupt besitzen, es ist [Wort fehlt].[118] Er hat die ganze Politik des Völkerbundes sich abspielen sehen, und er hat in seinen Berichten an uns auf das allerdringendste davor gewarnt, dem damaligen Anstoß von links zu folgen und dem Völkerbund beizutreten. Ich habe im Kabinett, der Anregung folgend, den Antrag der Sozialdemokratischen Partei abgelehnt.[119] Vor zehn Tagen ist die englische Regierung an uns herangetreten, und der englische Minister hat offiziell die Frage an unsere Reichsregierung gestellt, wie sie sich zum Eintritt in den Völkerbund stellen würde.[120] Ich habe nicht die Absicht, diese Frage vor der Londoner Konferenz zu beantworten (Sehr richtig!), weil ich der Meinung bin, es ist für unsere Stellung entscheidend, und es hängt viel davon ab, welche Stellung etwa dem Völkerbund über die Befugnisse hinaus, die er jetzt hat, eingeräumt werden sollen.

Wenn vorhin erwähnt worden ist, daß der Völkerbund hier etwa ein Protektorat über das Rheinland erhalten soll, und zwar für ewige Zeit, so darf ich darauf hinweisen, daß ich mich gegen derartige Gerüchte auch im Reichstage gewandt habe. Hier liegen in der Tat sehr große Gefahren, weil nämlich beide Ministerpräsidenten in England und Frankreich auf diesem Gebiete für uns viel gefährlicher sind als alle konservativ gerichteten Persönlichkeiten. Wenn ich damals gesagt habe, daß eine Kontrolle des Völkerbundes, wenn sie internationalen Zweck haben soll, und eine internationale Gendarmerie unter Umständen für uns noch schwerer zu ertragen ist als die französische und belgische Besatzung, so halte ich das heute noch aufrecht.

Ich glaube, wir dürfen einen Gesichtspunkt bei dieser Frage nicht vergessen. Nach der Annahme des Sachverständigengutachtens zahlt jeder Staat seine Wirtschaftskosten selbst. Infolgedessen wird die Lust des französischen Finanzministers, die bisherige Besatzung beizubehalten, außerordentlich verringert sein, und ich glaube, der französische Bauer versteht in Geldsachen absolut keinen Spaß. Ich glaube, daß er in dieser Frage nicht weltpolitisch, sondern rein bäuerlich denken wird und absolut kein Verständnis dafür haben wird, daß statt 125 Millionen Goldmark, die Frankreich vom ersten Jahr an bekommt, vielleicht nur 25 Millionen eingehen, weil 100 Millionen auf die Besatzung übergehen. Darin liegt automatisch ein Schutz gegen diese Überschwemmung. Deshalb haben wir um so weniger Veranlassung, uns gerade in dieser Zeit mit einer Völkerbundsbesatzung einverstanden zu erklären. Was die Frage betrifft, ob Deutschland überhaupt dem Völkerbund beitreten soll, so liegt diese Frage nicht prinzipiell, sondern es kommt rein darauf an, ob wir dadurch einen finanziellen oder materiellen Erfolg erwarten. Wir werden dem Völkerbund nicht

[118] Gemeint ist höchstwahrscheinlich der deutsche Gesandte in Bern, Adolf Müller (SPD), siehe Karl Heinrich Pohl, Adolf Müller, Köln 1995, S. 269ff.

[119] Siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 243.

[120] Eine offizielle Anfrage der britischen Regierung zur deutschen Haltung hinsichtlich eines Eintritts in den Völkerbund lag zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor. Wie Stresemann in einer Ministerbesprechung am 15.9.1924 erklärte, hatte Graf Kessler lediglich mit Lord Parmoor, dem britischen Delegierten beim Völkerbund, vorbereitende Gespräche geführt, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. 301, Stresemann, Vermächtnis I, S. 577f.; Peter Grupp, Harry Graf Kessler 1868–1937, München 1995, S. 201ff. Stresemann wollte vor einem offiziellen Aufnahmegesuch in den Völkerbund vor allem die Fragen der Militärkontrolle, der allgemeinen Abrüstung und der Schiedsgerichtsbarkeit sowie die Rechte der deutschen Minderheiten geklärt wissen, siehe seine Rede am 27.9.1924 vor dem Berliner Bezirksparteitag der DVP, »Die Zeit«, 30.9.1924, Nr. 243 (Stresemanns Rededisposition: PA NL Stresemann 17).

beitreten, wenn wir nicht einen ständigen Sitz im Völkerbund haben. Wir haben jetzt gehört, daß man englischerseits eine ganz neue interessante Version hat, nämlich die, es wäre viel ehrenvoller, in den Völkerbund frei gewählt zu werden, als ihm aufgrund der Satzungen anzugehören. Ich weiß nicht, ob die Herren vom Zentralvorstand auch der Meinung sind, daß es viel ehrenvoller sei, in den Parteivorstand frei gewählt zu werden, als ihm aufgrund der Satzungen anzugehören (Heiterkeit). Jedenfalls habe ich erklärt, daß ich auf diese Ehre kein Gewicht lege, vielmehr auf ein satzungsmäßiges Recht. Einmal muß es aufhören bzw. neu anfangen. Es muß neu anfangen, daß Deutschland als gleichberechtigte Großmacht dann wirklich eingeladen wird, entweder als gleichberechtigte Großmacht oder gar nicht. Würden wir uns bereit erklären, auch ohne diese Bedingung der Gleichberechtigung in den Völkerbund einzutreten, so würde das ja ein direktes Schuldbekenntnis sein, als hätten wir nicht das Recht, völlig gleichberechtigtes Mitglied zu werden.

Das Zweite, worüber die anderen Mächte auch unterrichtet sind, ist, daß wir gar nicht daran denken, irgendwelche Erklärungen bei unserem Eintritt abzugeben, die sich beziehen auf die bisher geschlossenen Verträge. Diese Verträge enthalten auch das Schuldanerkenntnis Deutschlands aus dem Frieden von Versailles. Das irgendwie anzunehmen, ist ausgeschlossen. Man scheint sich in dieser Richtung auf der anderen Seite völlig beruhigt zu haben, wie man sich überhaupt mit der neuen Tonart der deutschen Regierung offiziell allmählich abfindet. Darin ist es so weit gekommen, daß man die Bitte an mich gerichtet hat, ich möchte doch vorläufig nicht über die Schuldfrage sprechen, weil es eine sehr große Erschwerung für die Auffassung anderer wäre. Jedenfalls, glaube ich, ist das eine ganz gute Anerkennung, daß die bisherigen Reden darüber eine ganz gute Wirkung gehabt haben müssen.

Die dritte Forderung ist, daß wir verlangen, daß der Völkerbund darüber einig ist, daß er im Falle einer Einladung von uns auch Rußland zum Eintritt auffordert. Wir haben ein Interesse daran, daß, wenn der Völkerbund überhaupt wirkt, er monumental ist und Rußland ihm beitritt. Ob Rußland ja sagt, weiß ich nicht.[121] Ich weiß, daß diese Frage hier vielfach anders aufgefaßt wird. Deshalb möchte ich darüber ein Wort sagen. Das Verhältnis zu Rußland wird bei uns vielfach aufgefaßt nach innerpolitischen Gesichtspunkten. Ich glaube, wir müssen hier zwei Sachen vollkommen voneinander trennen. Es wäre ganz falsch, unbismarckisch, möchte ich sagen, sich darum zu kümmern, wer die Macht in einem Staat hat, wenn ich diese Macht für meinen Staat haben kann. An einer Rückkehr der russischen Monarchie haben wir außenpolitisch nicht das geringste Interesse, denn das sind die Leute, die vielleicht zuerst ein Bündnis mit Frankreich schließen und vielleicht eine Gefahr für uns sein würden, während die Meinung anderer Völker, daß wir bestimmte Abmachungen mit Rußland hätten, die über das Wirtschaftliche hinausgehen, für uns wiederholt ein Aktivposten in unserer Außenpolitik gewesen sind, und das Vorgehen der Polizei am

[121] Zu Stresemanns Rußlandpolitik im Zeichen der deutschen Erwägungen eines Völkerbundseintritts und zu den deutsch-sowjetischen Spannungen im Jahr 1924 siehe Walsdorff, bes. S. 133ff.; Krüger, S. 266 sowie die Forschungsüberblicke bei Kolb, Weimarer Republik, S. 208ff. Zur Weigerung der Sowjetunion, in den Völkerbund einzutreten, der als antisowjetische Institution betrachtet wurde, siehe Karl Dietrich Erdmann/Helmut Grieser, Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik als Problem der deutschen Innenpolitik, in: GWU 26 (1975), S. 403–426.

3. Mai war saudumm gerade in dieser Beziehung.[122] Es mußte unbedingt mit dem Auswärtigen Amt darüber gesprochen werden, ob diese Situation in irgendeiner Weise entstehen durfte, wie sie entstanden ist. Als Folge kann ich nur die Artikel englischer Blätter anführen mit der Überschrift: Die Maske fällt; wir sehen, daß Deutschland in Wirklichkeit ganz isoliert ist; wenn es in Wirklichkeit derartige Abmachungen hätte, wäre ein derartiges Verhalten der preußischen Polizei unmöglich. Die Aufrechterhaltung dieser Anschauung war für uns hundertmal wichtiger als diese in der Form und Art ganz töricht und dumm durchgeführte Aktion, für die wir nun wieder die Fensterscheiben kleben müssen, die dadurch eingeschlagen sind.

Wir werden also in der Frage des Völkerbundes London kein »Nein« antworten, sondern werden sehen, ob dem Völkerbund neue Aufgaben zugewiesen werden, die ein Interesse bei uns erwecken, ihm anzugehören, und wir werden die Forderungen stellen, die ich angedeutet habe.

Es ist weiter berührt worden die Frage der Militärkontrolle. Die Erfahrungen, die ich mit der Militärkontrolle gemacht habe, sind geradezu ein Leitfaden auch für die innere deutsche Politik. Wir haben an sich die anderen Nationen sehr lange hingehalten mit dieser ganzen Kontrolle. Es ist, glaube ich, ein Jahr [und] vier Monate, daß wir durch Notenwechsel die Sache dilatorisch behandelt haben. Das ist immerhin etwas, in dieser Zeit ist nichts von Belang geschehen als vielleicht einige Demonstrationen in Stuttgart[123] und anderen Orten. Wir haben, übrigens nur rein formell, zugestimmt, in der Erwartung, daß es die letzte Kontrolle dieser Art sein würde. In dieser Anschauung haben uns England und Italien stark unterstützt und haben uns auch erklärt durch ihre Vertreter, daß sie uns in dieser Frage keine Schwierigkeiten mehr machen würden. Frankreich hat fortwährend gedrängt wegen Neuvornahme der Kontrolle. Es kam nur eins heraus, was Frankreich durchsetzte, eine Note wegen der Geheimorganisationen in Deutschland, die wir vorläufig noch nicht beantwortet haben, in der sie unsere Aufmerksamkeit lenken auf den Werwolf und andere Dinge und sagten, daß da Dinge vorgehen sollten, die auch unsere Sicherheit gefährdeten.[124]

---

[122] Am 3.5.1924 hatte die preußische Polizei im Zuge der Fahndung nach einem vom Staatsgerichtshof verurteilten Kommunisten in der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin eine Hausdurchsuchung vornehmen lassen und damit die sowjetische Regierung brüskiert, siehe Schultheß 1924, S. 32; Kabinette Marx I/II, Dok. 191, 195 sowie die Aufzeichnung Stresemanns über seine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Krestinski am 3.5.1924, Vermächtnis I, S. 401 ff.

[123] In Stuttgart kam es im Januar 1924 anläßlich eines Kontrollbesuchs der IMKK zu tätlichen Angriffen auf die Kontrolleure, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 50. Zu dem Versuch einer dilatorischen Behandlung der Kontrollfrage durch die Reichsregierung im Winter 1922 und Frühjahr 1923 siehe Salewski, S. 198 ff.

[124] Am 22.6.1924 hatten MacDonald und Herriot eine persönliche Note an den Reichskanzler gerichtet, in der sie hinwiesen auf die »beunruhigenden Berichte über die unausgesetzte und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militärischen Organisationen in Deutschland, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen, um in Europa neue bewaffnete Konflikte hervorzurufen«, Zusammenfassung der Note in: Schultheß 1924, S. 412. Zur Meldung des W.T.B. siehe »Deutsche Allgemeine Zeitung«, 25.6.1924, Nr. 294; zur Beratung der deutschen Antwortnote vom 30.6. (Text: Schultheß 1924, S. 413 ff.) im Kabinett unter Hinzuziehung der Reichswehrführung siehe Kabinette Marx I/II, Dok. 229, 234 sowie die Erklärungen Stresemanns vor der ausländischen Presse am 30.6.1924, Vermächtnis I, S. 441 ff.

Dann kam der »Deutsche Tag«[125] und die Art, wie der Deutsche Tag gehalten wurde. Ich möchte hier das eine sagen, was ich auch in Hannover ausgeführt habe. Es gibt nichts, was törichter ist, als die Art dieser Demonstration. Ich kann mir Deutsche Tage denken, ich kann mir die Einweihung von Kriegerdenkmälern denken, gerade, wenn ein solches Denkmal von Kommunisten niedergeschlagen wird – daß es dann wieder aufgerichtet wird, ist eine Selbstverständlichkeit –, dann aber müßte eine solche Feier einmal wirklich das gesamte Volk umfassen, dann müßten selbstverständlich die Reichsregierung und die Landesregierungen dabei vertreten sein; es müßte kein Mensch gefragt werden, zu welcher Partei er gehört, sondern das Ganze müßte angelegt sein als eine Erinnerungsfeier für die für Deutschland Gestorbenen und als ein Hinweis auf Deutschlands Zukunft, und von Monarchie und dergleichen dürfte kein Wort gesprochen werden, sondern nur vom Deutschen Vaterland, und dafür müßten alle zusammenstehen, wenn es gilt, diese Freiheit wieder zu erkämpfen. Statt dessen wird die Feier begangen in der radikalen Aufmachung der Völkischen, einer Aufmachung, veranstaltet von denen, die nicht mehr Militär sind, sondern Politiker geworden sind. Ludendorff, der mir persönlich früher sehr nahestand[126], hat mir selbst einmal sein Bild mit einer schmeichelhaften Widmung übersandt, hat mir auch einmal geschrieben: Ich werde nicht wieder kandidieren, ohne Sie vorher zu fragen. Leider hat er das nicht getan. Ich habe ihm gegenüber den Standpunkt vertreten: Die großen Feldherren des Weltkrieges sind viel zu gut dazu, als daß sie sich mit der Politik befassen. Ich hätte Ludendorff auch für unsere Partei gewinnen können. Wir sind in dieser Beziehung innerlich viel mehr national als andere Leute, die diese Personen als Firmenschild benutzen. Es war nur gut, daß Hindenburg nicht auch noch in die Politik hineingezogen worden ist. In diesem Namen versinnbildlicht sich doch für Millionen die Erinnerung an eine ganz große Zeit, die groß geblieben ist, wenn wir auch eine Niederlage erlitten haben. Ist denn das etwas Befremdendes, daß wir unterlegen sind? Ist es nicht etwas Gewaltiges, daß wir über 4½ Jahre lang uns gegen die ganze Welt gehalten haben (Fortgesetzte Zustimmungs- und Beifallsrufe)? Deshalb sollten weder Ludendorff noch Tirpitz[127] noch andere in die Parteipolitik hineingezogen werden, sondern es sollten Volkskundgebungen stattfinden, die von rechts bis links das ganze Volk umfassen. Ludendorff hält nach wie vor Reden, die außenpolitisch überhaupt nicht zu ertragen sind. Sie werden nie den Tag der Revanche bekommen, wenn jeder jeden Tag darüber spricht (Lebhafte Zustimmung).

Nicht schreien, sondern diese Tapferkeit der Geduld, das wäre das, womit die Leute einmal unsere seelische Not ertragen lernen sollten, anstatt Macht vorzugeben, die

[125] Der »Deutsche Tag« in Halle am 11.5.1924, ursprünglich geplant zur Einweihung eines im Januar 1924 zerstörten Moltke-Denkmals, wurde unter der Regie des Geschäftsführers der DNVP in Halle und späteren zweiten Stahlhelm-Bundesführers, Duesterberg, mit 150000 Teilnehmern zu einer großangelegten Demonstration der politischen Rechten, bei der es zu erheblichen Zusammenstößen mit der Polizei kam, siehe Severing, Bd. 2, S. 11f.; Orlow, S. 98ff.; Berghahn, S. 68.

[126] Stresemann, der in den Anfangsjahren der Republik einen engen brieflichen Kontakt mit Ludendorff hielt, brach diesen bereits vor dem Hitlerputsch im November 1923, in den auch Ludendorff verwickelt war, ab, siehe dazu Turner, S. 138, 150.

[127] Alfred von Tirpitz (1849–1930), preußischer Marineoffizier. 1892–1895 Chef des Oberkommandos der Marine, 1897–März 1916 StS des Reichsmarineamts, 1917 (mit Kapp) Gründer der Vaterlandspartei, 1914–1928 MdR (DNVP); siehe auch Anm. 20.

wir gar nicht haben, und uns die Führung der Außenpolitik – ich weiß nur zu gut, wie es geschehen ist – besonders schwer zu machen. Die Vertreter der Vaterländischen Verbände haben – die Empfindung habe ich – zum Teil eine verständige Einsicht in die Dinge, aber es werden große Fehler gemacht. Ich habe gesagt, daß ich es durchaus billige, Waffen zu haben, die ich nicht zeige. Ich halte jeden für einen Lumpen, der deutsche Brüder deswegen zur Anzeige bringt. Aber keine Waffen zu haben und doch so zu tun, als ob man ein großes Heer hätte, das ist ungefähr das Irrsinnigste, was ich mir in der gegenwärtigen Situation denken kann (Lebhafte Zustimmung).

Das hat sich sofort bewiesen. 48 Stunden nach der Feier in Halle, bei der die Zahl der Teilnehmer vom Lokalanzeiger auf 100 000 heraufgeschraubt war – ich glaube, 40 000 waren es wohl –, für den Vorsitzenden des Stahlhelm[128] war kein Platz an der Ehrentafel gedeckt, er war ja nur ein einfacher Soldat, aber an der Spitze saß unter anderen der Herr von Heeringen[129], der schuld daran war, daß wir die zwei Armeekorps nicht bekommen haben, die unbedingt nötig waren, weil er die Kritik des Reichstages fürchtete, die stellen sich hin und werden als Retter des Vaterlandes gepriesen! – und ich sage, 48 Stunden später kam der Vertreter des englischen Botschafters, ich selbst war nicht anwesend –, und gab uns die Erklärung: Nach diesen Vorgängen, nach der Art Ihrer Demonstration ist die englische Regierung nicht mehr in der Lage, ihren Standpunkt in der Frage der Militärkontrolle aufrechtzuerhalten. Dann kam die Note wegen der Militärkontrolle, und das, was ich wiederholt in Versammlungen gesagt habe: Wir kommen nie mit der Militärkontrolle zu Ende, wenn Sie solche dummen Demonstrationen machen, hat sich leider bewahrheitet. Wir haben leider jetzt in diesen neuen Demütigungen die Folgen zu tragen für die törichten Demonstrationen, die die Leute ohne Verantwortungsgefühl machen. Wenn deshalb jetzt einmal von der Regierung eingegriffen und diese Art der Feiern verhindert wird, so müssen wir durchaus einmal dazu stehen, ohne einen Unterschied zu machen zwischen Nationalen und anderen Demagogen (Sehr gut!).

Wir befinden uns jetzt vor dieser Entscheidung in einer Situation, die ganz eigenartig ist und die viele noch nicht recht erfassen, nämlich, in der Frage der Abrüstung sind wir gegenüber den Ministerpräsidenten MacDonald und Herriot in viel schwierigerer Lage als früher, denn die fassen die ganze Sache vom Gesichtspunkt des Pazifismus an. Es kam dann das Schreiben der beiden Ministerpräsidenten an den Reichskanzler[130], und ich muß gestehen, in der Form klang es anders, als wir es bisher gewohnt waren, aber es war auch das eine klar; jetzt stand die Frage der Militärkontrolle im Mittelpunkt des Sachverständigengutachtens, jetzt war unsere Antwort gleichzeitig eine Antwort über die ganze Art der Londoner Konferenz. Es hat schwerer Kämpfe bedurft, um einig zu werden, denn wir haben bei diesen Dingen die Militärs mit herangezogen, nicht nur den Herrn Reichswehrminister, sondern auch diejenigen, die die Dinge mit auszuführen haben, und es ist uns schließlich

[128] Franz Seldte (1882–1947), Fabrikant in Magdeburg. Im Weltkrieg Hauptmann der Reserve (1916 schwer verwundet); im Nov. 1918 Gründer des »Stahlhelm« (»Bund der Frontsoldaten«), 1920–1933 erster Bundesführer, 1933–1945 Reichsarbeitsminister.

[129] Josias von Heeringen (1850–1926), preußischer Offizier, Aug. 1909–Juli 1913 preußischer Kriegsminister.

[130] Siehe Anm. 124.

gelungen, ein Einverständnis herbeizuführen. Ich bin Herrn Dauch sehr dankbar, daß er so gütig war, die Note richtig zu finden, die abgeschickt worden ist. Die Note mußte sehr geschickt abgefaßt werden. Mit einem Nein kam man absolut nicht weiter. Es wurde dann gebeten, daß das Außenministerium selbst einmal eine Note schriebe. Es scheint nun, als ob diese Note, obwohl sie als ein Zeichen deutscher Frechheit und Unverschämtheit von Frankreich hingestellt worden ist, ihren Zweck erfüllt hat. Von den beteiligten Instanzen ist nur ein Satz geändert worden. Bei sechs Seiten Schreibmaschinenschrift ist das eigentlich keine Änderung. Ich habe es für notwendig gehalten, wenn wir den Dingen zustimmen, dann keinen Zweifel zu lassen über die innere Einstellung des deutschen Volkes diesen Dingen gegenüber, und da der Minister Herriot gerade erklärt hatte, die Turn- und Sportvereine seien eine Gefahr, habe ich es für wünschenswert gehalten, auch der ganzen Welt einmal das eine noch zu sagen, daß unsere allgemeine Wehrpflicht nicht nur militärisch, sondern auch volkserzieherisch gewirkt hat und daß es selbstverständliche Pflicht des deutschen Volkes ist, alles zu unterstützen, was dazu geeignet ist, anstelle der Wehrpflicht eine andere Erziehung zu setzen und das nicht als einen formellen Einwand, sondern als Ansicht der Regierung hinzustellen. Ferner habe ich keinen Zweifel drüber gelassen, daß die ganze Art der von Poincaré betriebenen Politik verantwortlich ist für die Entwicklung zu den Extremen in Deutschland, denn in Wirklichkeit können die Deutschen Poincaré ein Denkmal setzen, seine Sonntagsreden haben auch die andere Seite über seine wirklichen Ziele und Absichten genau aufgeklärt.

Die Form, wie die Kontrolle durchgeführt [wird], wird von den Kommissionen und uns besprochen werden. Ich habe den Wunsch geäußert, daß man uns nicht hineinkommen möge mit diesen Dingen in die Phase der Konferenz. Ich höre, daß man am 20. Juli damit beginnen will, daß man auch diesem Wunsch nachgekommen ist. Wir wollen zunächst, daß eine Revision stattfindet der sogenannten [Wort fehlt], der sogenannten fünf Punkte.[131] Bei den Fabriken können wir die Kontrolle ruhig zulassen, denn es ist so, was aber seltsamerweise in Deutschland bisher noch nie nach außen ausgesprochen worden ist, daß wir seit 1919 überhaupt noch keine Kanone hergestellt und weniger Munition haben, als wir das Recht haben, nach dem Friedensvertrag von Versailles zu besitzen. Derartige Tatsachen laut herauszuschreien ist doch hundertmal wichtiger für Deutschland, als sich mit der Welt lediglich juristisch auseinanderzusetzen über Recht und Unrecht. Es hat keinen Zweck, auf vier Seiten einer Note auseinanderzusetzen, daß wir im Recht seien und auf der fünften Seite zu sagen: Wir tun es doch. Wenn es dahin kommen sollte – ehe es nicht geschieht, äußere

[131] Um die Militärkontrolle zu erleichtern und abzukürzen, hatten die alliierten Regierungen in ihrer Note vom 5.3.1924 den Vorschlag unterbreitet, die Tätigkeit der IMKK auf die Bereinigung der fünf Punkte zu beschränken, die in der alliierten Kollektivnote vom 29.2.1922 aufgeführt waren: 1. Reorganisation der Polizei, 2. Umstellung der Kriegsmaterialfabriken, 3. Auslieferung der Reste des nicht zugelassenen Materials, 4. Auslieferung von Aufstellungen über den Bestand an Kriegsmaterial und über die Produktion der Fabriken, 5. Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen, die die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial verbieten sowie die Rekrutierung und Organisation des Heeres in Einklang mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags bringen. Nach Erfüllung dieser Forderungen könne die IMKK unter der Bedingung, daß zunächst eine allgemeine Inspektion der IMKK über den derzeitigen Stand der Rüstung und der Rekrutierung stattfinde, durch ein Garantiekomitee ersetzt werden, siehe Schultheß 1924, S. 399f. sowie Salewski, S. 242ff.; Kaiser, S. 231ff.; Baumgart, S. 171ff.

ich mich darüber nicht –, daß auch eine Kontrolle der Kasernen stattfindet, dann beziehe ich mich auf das, was der Vertreter der Wehrmacht mir gegenüber zum Ausdruck brachte und was ich vollkommen verstehe: Ich kann es nur ertragen, und meine Leute können das nur ertragen, wenn sie sehen, daß auch dieser Vorgang nur ein Glied in der Kette ist, durch das Sachverständigengutachten zur politischen Freiheit in Deutschland zu kommen.

Deshalb wollen wir versuchen, das in den weiteren Verhandlungen zu erreichen, und ich bin fest überzeugt, daß es gelingt. Deshalb erwarten wir, daß diese Kontrolle erst stattfindet nach der Londoner Konferenz, daß wir eben auch darauf hinweisen können: Ihr tut das um dieser Freiheit willen, und daß wir bei diesen ganzen Dingen nachher uns vollkommen geeint haben, zunächst im Innern, das zeugt doch auch dafür, daß der Mann, der an der Spitze unserer Wehrmacht steht, auch ein starkes politisches Verständnis hat (Sehr wahr!), und ich freue mich, daß wir diese Note haben abschicken können im gegenseitigen Einverständnis. Das wollte ich hinzufügen zu dem, was über die außenpolitischen Dinge hier gesagt worden ist.

Dann noch ein Wort zu den Ausführungen des Kollegen Dauch. Ich weiß sehr wohl, Kollege Dauch, welcher Kampf jetzt in der französischen Öffentlichkeit vor sich geht wegen dessen, was sie als [Wort fehlt] bezeichnet haben. Ich sehe in diesen Vorgängen auch nur eine Phase des Kampfes, der um das Sachverständigengutachten geführt wird. Darüber hat sich Herriot mit dem Senat noch auseinanderzusetzen, und ich sehe dem 8. Juli nicht ohne Bedenken entgegen. Die Erregung, die in Frankreich jetzt vor sich geht, ist dadurch entstanden, daß durch eine dumme Ungeschicklichkeit der Text der englischen Einladung vorher bekanntgeworden ist, so daß die französische Öffentlichkeit sofort weiß, worauf England hinaus will.[132] Denn Herriot hätte sehr gern gehabt, daß man ihn mit den Dingen in Ruhe gelassen hätte, bis er auch sein Parlament nach Hause geschickt hätte. Dadurch, daß diese Dinge durchgesickert sind, ist das ganze Parlament in den Mittelpunkt getreten. Ich wiederhole das eine, was ich vorhin gesagt habe, Kollege Dauch: Sie unterschätzen doch den ganzen Geist des Gutachtens – hier glaube ich wirklich nicht Illusionist zu sein –, wenn Sie annehmen, daß man auf der anderen Seite, bei den Amerikanern, bei den Engländern – von den Italienern will ich zunächst nicht reden – tatsächlich damit rechnete, daß wir diese Summen aufbringen könnten. Nach dem, was ich in persönlichen Unterredungen habe feststellen können, hat man volles Verständnis dafür und rechnet damit, daß diese Dinge 1926/27 wieder aufgerollt werden.

In dieser Situation, wie sie jetzt ist, gilt auch für den Außenminister das, was einer der Herren Vorredner für die besetzten Gebiete gesagt hat: Man muß auch für seine Freunde etwas wagen, muß auch einmal erwarten, daß vielleicht die politische Situation etwas anders wird, als sie gegenwärtig ist. Was sich in der Ferne abzeichnet, ist eine sehr starke Tendenz auf die Isolierung Frankreichs auch von englischer Seite. Ich glaube, das wollen wir doch nicht irgendwie unterschätzen. Zwar England befindet sich gegenwärtig in einer ganz unmöglichen, in einer ganz einflußlosen Lage, England hat immer die Rachegefühle genossen und seine Vorbereitungen getroffen, um zu gegebener Zeit seine früheren Freunde zu verraten, wenn es sie nicht mehr

[132] Zum Verlauf der französisch-englischen Unterredungen am 8. und 9.7.1924 in Paris siehe Schultheß 1924, S. 235; Text des englisch-französischen Abkommens: ebd., S. 416ff.

brauchte, wie es ein gutes Beispiel für die Realpolitik auch Deutschlands wäre. Ich glaube, daß England sich durch Bündnisse, wie wir sie mit Österreich hatten, nicht derartig hätte in einen Weltkrieg hineintreiben lassen, wie es bei uns geschehen ist (Lebhafte Zustimmung). Deshalb erwarte ich, nachdem von England selbst das Gutachten als ein Provisorium bezeichnet worden ist, daß vielleicht schon vorher, namentlich dann, wenn die Transferierung nicht erfolgt, die Notwendigkeit sich ergibt, neue Verhältnisse zu schaffen. Und ich darf sagen, daß von französischer Seite selbst uns Anregungen gekommen sind, die uns gesagt haben, wenn es möglich wäre, durch eine Anleihe nach Befriedigung des Sachverständigengutachtens, auch wenn sie weit geringer wäre, als die französischen Ansprüche waren, ihnen eine größere Summe Geldes überhaupt einmal in die Hand zu geben, daß wir dann über die ganze Frage der Regelung der Reparationen ganz anders mit ihnen sprechen könnten als jetzt, denn sie stehen ja in Frankreich vor einer so miserablen finanziellen Lage, nein, eigentlich vor dem Zusammenbruch, und niemand zahlt unwilliger als der französische Bürger und Bauer. Ich glaube, diese ganzen Dinge sind auch eine Episode, die einer neuen Entwicklung Platz machen wird, wenn diese Entwicklung nicht eintreten sollten, wird uns aber jedenfalls in einiger Zeit Artikel 232 die Möglichkeit geben, diese Dinge zu ändern. Kollege Moldenhauer sagte, diese Bestimmungen hätten uns noch nie etwas genützt. Das ist doch ein Irrtum. Wir haben schon einmal davon Gebrauch machen können, die Abschätzung der Leistungsfähigkeit zu fordern, und das eine Gute hat es doch gehabt, daß man uns in Ruhe gelassen hat von anderer Seite. Frankreich hat große Sachleistungen von uns erpreßt durch die Micum-Verträge. Es waren nicht kleine Summen, sondern es hat uns ausgequetscht wie eine Zitrone, die deutschen Industriellen haben mehr als das Mögliche dazu beigetragen. Was alles auf Kosten der Reparationen auch von anderer Seite von uns herauszuholen versucht worden ist, können Sie daraus ersehen, daß z. B. von [Wort fehlt] – wer dieses Drecknest gesehen hat, wird sich einen Begriff von der Berechtigung dieser Forderung machen – ein elektrischer Leichenwagen angefordert worden ist.

Der jetzige Kampf von Herriot gegen die frühere französische Regierung fußt ja gerade darauf, daß er sagt: Ihr hattet das Recht, nach dem Abkommen von Deutschland mehr zu fordern, und habt die Sachen ja gar nicht bezogen von Deutschland, aus Protektionismus gegenüber der französischen Industrie. Aus dem Grunde, daß man uns vollkommen in Ruhe gelassen hat, daß man auch die Reparationsabgabe ermäßigt hat, haben auch diese Dinge hier ihren Wert.

Noch ein paar Worte über die Innenpolitik. Ich habe vorhin ja nur einen einleitenden Bericht gegeben und von Innenpolitik kaum gesprochen. Herr Dr. Hugo hat gesagt, wir sind hier in einer schwierigen Situation, weil wir gebunden und gehemmt sind durch die Koalitionspolitik. Ich gebe das in gewissem Sinne zu, aber das gilt für die anderen Koalitionsparteien doch ebenfalls, und die weitere Zurückdrängung der Demokratischen Partei ist doch auch vor sich gegangen unter diesen Hemmungen. Aber ich darf doch sagen, daß diese Hemmungen nur begrenzte sind. Denn beispielsweise, um eines herauszugreifen, die Anregung von Frau Mende wegen Überwiegens des Zentrumseinflusses in verschiedenen Regierungen, das war ein Teilausschnitt aus einem Ganzen. Dagegen anzukämpfen hindert uns meines Erachtens keine Koalition. Im Gegenteil, wenn wir in der Koalition sind, müssen wir mehr Rücksicht verlangen. Und, meine Damen und Herren, wenn Sie immer sprechen von Machtan-

sprüchen der Sozialdemokratie und wenn Sie das vergleichen mit dem Zentrum, so hat das Zentrum einen viel größeren Machtanspruch als die Sozialdemokratie (Sehr richtig!). Aber nach einer Richtung ist nicht zutreffend, was Herr Dr. Hugo gesagt hat, nämlich daß wir, wenn wir aus der Regierung heraus sind, von unserer Partei aus keine Vertretung und keinen Einfluß mehr in der Regierung hätten. Sowohl der Staatssekretär [Name fehlt] als auch der Staatssekretär [Name fehlt] gehören der Deutschen Volkspartei an, wie überhaupt die höheren Beamten zum großen Teil unserer Partei angehören. Es kommt meiner Ansicht nach darauf an, gerade diese Posten zu besetzen. Das ist auch von uns in höherem Maße geschehen, als es nach seinen Ausführungen der Fall zu sein scheint.

Ich glaube, wenn wir jetzt die Antwort gegeben haben auf die Interpellation des Grafen Kanitz wegen der Lage der Landwirtschaft, daß wir die Einführung von Agrarzöllen seitens der Regierung prinzipiell zugesagt haben[133] und gewillt sind, es zu tun, zeigt doch wohl das eine, daß wir uns von der Sozialdemokratischen Partei nicht abhängig fühlen, sonst hätten wir doch diese Erklärung nicht abgeben können. Überhaupt ist jetzt für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Londoner Planes, der Londoner Konferenz, irgendeine Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nicht gegeben, weil die ja so dumm gewesen sind, ihre Zustimmung zu dem Gutachten derart öffentlich festzulegen, daß sie gar keine Gegenleistung mehr verlangen können und ihre Zustimmung nicht mehr zurücknehmen können. Den Einfluß des Herrn Oeser im Reichsverkehrsministerium schätze ich so groß nicht ein, und was Dr. Schacht betrifft, so kann ich Herrn Dr. Hugo über das demokratische Gewissen von Dr. Schacht einige Mitteilungen machen, die ihn nach dieser Richtung einigermaßen beruhigen werden. Aber auch die vielen Gegner, die Dr. Schacht hatte, werden doch zugeben, daß mit ihm eine frische, aktionsfähige Persönlichkeit an die Spitze der Reichsbank gekommen ist, und die Art und Weise, wie die Verhandlungen mit London über die Kreditbeschaffung, über die Golddiskontbank, geführt worden sind und die Verhandlungen mit anderen Ländern, die uns Golddiskontkredit geben, zeigen, daß doch ein ganz anderer Geist in die Reichsbank eingezogen ist. Und dann wollen wir doch, wenn wir solche Persönlichkeiten haben, das eine nicht vergessen, daß wir immer den Standpunkt vertreten haben, daß bei der Besetzung solcher Stellen nicht parteipolitische Gesichtspunkte entscheiden dürfen (Sehr richtig!). Ich habe nicht den Demokraten Dr. Schacht empfohlen, sondern ich habe ihn empfohlen, weil ich wußte, daß er glänzende Beziehungen zu England hatte und viel für uns tun konnte. Sie würden das bestätigt finden, wenn Sie einen Blick tun könnten in die mit London getroffenen finanziellen Abmachungen, die in einer für unsere Außenpolitik sehr wertvollen Form geschlossen worden sind.

[133] Das Kabinett stimmte am 2.7.1924 einem Gesetzentwurf über Zölle und Umsatzsteuern zu, der hinsichtlich der Agrarzölle eine Rückkehr zu der Schutzzollpolitik der Vorkriegszeit beinhaltete, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 242; Wortlaut des Gesetzentwurfs in: RRDrs. 1924, Nr. 104. Am 30.8., einen Tag nach Abstimmung über die Dawes-Gesetze, kam jedoch keine parlamentarische Mehrheit für den Regierungsentwurf zustande, da SPD und KPD durch ihren Auszug den Reichstag beschlußunfähig machten; daraufhin wurde der Gesetzentwurf am 12.10.1924 zurückgezogen, siehe auch Gessner, S. 67f.; Krohn, S. 174ff.; Dirk Stegmann, Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/25–1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen, in: Hans Mommsen u.a. (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 499–513.

In Bezug auf das Ende der ganzen Verhältnisse, was dann kommen soll im Reiche und in Preußen, haben mir unsere preußischen Freunde die Frage vorgelegt, ob eine Kündigung der Koalition mir als Außenminister gegenwärtig genehm oder erwünscht wäre, und ich habe ihnen zum Ausdruck gebracht, daß mir das gegenwärtig unerwünscht wäre. Wenn ich danach gefragt werde, habe ich selbstverständlich meinen Standpunkt als Außenminister zum Ausdruck zu bringen. Sie haben einen sozialistischen Außenminister in England [MacDonald] und einen sozialistischen Außenminister in Frankreich [Herriot], der von dem Sozialisten Blum[134] abhängig ist. In dieser Situation, drei Wochen vor der Londoner Konferenz, eine Aktion zu unternehmen, die unter Umständen bei dem kolossalen Affront gegen das, was deutsche Reaktion genannt wird, dann, wenn sie von der Partei des Außenministers ausgeht, auch den Außenminister in diese Situation bringt, muß ich zum mindesten als eine Erschwerung der Lage bezeichnen. Habt Ihr es 2½ Jahre getan, dann könnt Ihr es vielleicht auch noch weiter tun. Dazu sind die Dinge, die jetzt auf dem Spiele stehen, doch viel zu bedeutend, als daß man mit einer solchen Aktion jetzt gerade in diese Dinge hineinplatzen könnte.

Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß man auch später einmal diese Zeit der preußischen Koalitionspolitik gerechter beurteilen wird, weil sie uns zu ihrer Zeit, zum größten Teil, eine Sicherheit gegeben hat des Eingreifens gegen links, gegen die Kommunisten, eine Sicherheit, die wir dringend brauchen, und weil man bei der Kritik so oft das eine vergißt, daß ja auch jetzt nicht das Ausscheiden der Volkspartei etwa das Kommen des Bürgerblocks zur Folge haben wird, sondern daß wahrscheinlich die Linkskoalition bleibt und daß die Klagen über sozialistische Landräte nicht aufhören, sondern stärker werden. Etwas anderes ist die Wirkung nach außen, aber ich spreche hier das aus, was sachlich gewesen ist.

Zweitens die Frage im Reich. Mit den Gedanken, die Kollege Dr. Hugo in seiner Entschließung zum Ausdruck gebracht hat, kann ich mich ganz einverstanden erklären. Etwas anderes aber ist es, ob sie sich in dieser Situation nach außen verwirklichen lassen (Sehr richtig!). Ich bin der Meinung, daß wir eine ruhige, stetige Entwicklung nur haben können, wenn wir eine möglichst große Mehrheit hinter der Regierung haben. Dazu gehören wohl heute nicht nur die Deutschnationalen. Ich würde mich freuen, wenn wir auch die Bayerische Wirtschaftspartei[135] mit hineinnehmen. Ich bin, wenn auch in alter Anwendung, ganz entschieden gegen den Ausdruck Bürgerblock, sondern finde den Ausdruck »Zusammenfassung aller staatserhaltenden Kräfte« für viel besser, weil das uns unterscheidet von den Deutsch-Völkischen, die zwar zu den staatserhaltenden Kräften gehören, aber die Frage, wie man zu diesem Ziel kommt, kann man taktisch unter ganz anderen Gesichtspunkten betrachten. Die Deutschnationalen wollen in die Regierung, sie sind sozusagen brünstig nach der Teilnahme an der Regierung, möchten am liebsten noch vor London hinein. Das bitte ich ein für allemal abzulehnen. In dieser Situation können wir eine neue Regierung nicht gebrauchen. Wenn aber diese Dinge zu Ende sind, wenn entweder Ferien kommen oder Fortsetzung der parlamentarischen Verhandlungen – ich

[134] Léon Blum (1872–1950). Sekretär der Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO). 1936–1938, 1946/1947 französischer Ministerpräsident.

[135] So in der Vorlage; wohl Verschreibung für: »Bayerische Volkspartei«.

weiß nicht, wie das gedacht ist –, dann, Kollege Dr. Hugo, werden Sie die Deutschnationalen am ehesten zu verständigen und [zu] von uns zu stellenden Bedingungen hineinbekommen; es wird umso besser sein, je weniger oft wir ihnen Anerbietungen machen (Sehr richtig!).

Es ist vollkommen richtig, wenn gesagt wird, ohne die Deutschnationalen ist eine kraftvolle Regierung nicht zu bilden. Aber ohne Deutsche Volkspartei ist eine kraftvolle Regierung auch nicht zu bilden (Lebhaftes: Sehr richtig!). Und dieser Gesichtspunkt tritt allmählich ganz in den Hintergrund. Wir sind der gegebene Kern für eine derartige Regierungsbildung. Dabei halte ich es nicht für richtig, daß in einer solchen Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte die am weitesten rechts stehende Partei gleich im ersten Augenblick ihres Eintretens die Führung beansprucht. In einer solchen Koalition kann die Führung nicht bei den Extremen liegen, die Führung muß bei der Mitte liegen, sonst würden wir es erleben, daß wir in dieser Koalition mit den Sozialisten, insbesondere auch mit weiten Kreisen der Demokratie und des Zentrums nicht rechnen könnten. Dabei darf ich vielleicht einmal aussprechen, obwohl ich in dieser ganzen Frage auch seelisch sehr stark gehemmt war, weil der ganze Kampf um meine Person ging – sehen Sie aber von meiner Person einmal ganz ab –, ich sage: Es wäre der größte politische Fehler, wenn in dieser Situation die Deutschnationalen im Außenministerium wären. Sie sind absolut nicht in der Lage, diese Außenpolitik so zu führen, wie sie heute geführt werden muß. Ob die Einstellung des Auslandes den Deutschnationalen gegenüber richtig oder unrichtig ist, lasse ich einmal ganz dahingestellt. Wir müssen damit rechnen, wie die Einstellung ist. Mit der Annahme des Sachverständigengutachtens ist die Sache noch nicht zu Ende, nun kommt erst die Durchführung. Nun kommt es darauf an, eine Festigung mit den uns nahestehenden Nationen England, vielleicht auch Italien, zu finden, die uns die Möglichkeit gibt, nicht allein dazustehen, sondern wenn sich die Möglichkeit bietet, wenn es sich um neue internationale Fragen handelt, auch einmal eine andere Konstellation auszunutzen. In diesem Augenblick dürfen die Deutschnationalen nicht den Kanzler- oder Außenministerposten erhalten, in diesem Falle müssen die Herren auch einmal vaterländisch denken und müssen sagen: Über der Partei steht das Vaterland. In dieser Beziehung läßt man sich oft von einer ganz falschen Einschätzung der Demokratie leiten. Wir haben uns in einer Weise zur Demokratie entwickelt, daß ich darüber maßlos erstaunt bin. In so und so vielen Resolutionen kommt zum Ausdruck: Das Ergebnis der Reichstagswahl müsse in der Regierung zum Ausdruck kommen. In erster Linie sollte doch das Staatswohl berücksichtigt werden. Ich habe mich auch dagegen gewehrt, als es hieß, Wallraf muß Präsident werden, weil er deutschnational ist, sondern habe gesagt, er soll gewählt werden, weil er geeignet ist.[136] Einfach aus der Stärke der Partei werden auch in wichtigen Fällen Konsequenzen hergeleitet, die ich als liberaler Mann entschieden ablehne. Ich kann mir sehr wohl einen deutschen Kanzler denken, der gar keiner Partei angehört (Sehr richtig!). In dieser Beziehung sollte man sich, glaube ich, mehr Zurückhaltung auferlegen.

Mit der Sozialdemokratie ist derzeit keine gesunde Reichspolitik zu führen. Ihr Parteitag war kein schönes Ergebnis, er zeigte ein ganz niedriges Niveau, ein starkes

[136] Max Wallraf (DNVP) wurde am 4.6.1924 mit den Stimmen der DVP zum Reichstagspräsidenten gewählt, siehe VRT, Bd. 381, S. 65 ff.

Aufeinanderplatzen der Gegensätze, außer Löbe scheint sie neue führende Persönlichkeiten nicht zu haben. Es wird deshalb dahin kommen, daß die Deutschnationalen in die Regierung hineinkommen, und wenn wir dann auch in dieser neuen Regierung, wie ich annehme, den Wunsch haben, an führender Stelle mitzuwirken, weil wir den Ausgleich bilden zwischen Zentrum und Demokratie auf der einen und Deutschnationalen auf der anderen Seite, dann glaube ich, genügt es durchaus, wenn wir erklären, daß unsere Grundsätze seit Januar diesen Jahres unverändert dieselben geblieben sind, daß wir aber irgendwelche Einladung an die deutschnationale Seite nicht erlassen und daß wir von dem Ausdruck eines Bedauerns absehen. Wir haben unsere Pflicht getan bei dieser Regierungsbildung. Diejenigen, die ihre Pflicht nicht getan haben, weil sie nicht schnell genug durch entscheidende Entschließungen uns entgegengekommen sind, die mögen nun auch selbst einmal den Weg suchen, bei dem sie sich an uns wenden, aber nicht wir uns an sie wenden (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen).

Es folgt eine Geschäftsordnungsdebatte, in der Begrenzung der Redezeit auf fünf Minuten und Schluß der Debatte beantragt werden. Letzterer Antrag wird abgelehnt, der Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten angenommen.

Weber: Ich möchte mich darauf beschränken, zu den beiden Resolutionen kurz einige Worte zu sagen. Über die Resolution Hugo hat Herr Dr. Stresemann bereits einer Ansicht Ausdruck gegeben, die auch ich, wenn ich vorhin zu Wort gekommen wäre, ausgesprochen hätte. Es geht wohl nicht an, in dieser Zeit die Koalitionspolitik einseitig von vornherein vom innerpolitischen Standpunkt aus zu betrachten. Denn wenn je die Koalitionsfrage eine Frage der Außenpolitik gewesen ist, so ist sie es jetzt. Ich glaube, es hat der Resolution Hugo und ihrem Eindruck hier in der Versammlung etwas geschadet, daß von anderer Seite ihr Sinn dahin ausgelegt worden ist, als wenn die Deutsche Volkspartei doch schuld daran gewesen wäre, daß die Koalitionsverhandlungen gescheitert sind. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich feststellen, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei in den Verhandlungen vom ersten bis zum letzten Augenblick getan haben, was sie tun konnten, und manchmal meiner Meinung nach noch etwas mehr, um die Koalition mit den Deutschnationalen zustande zu bringen, und daß die Schuld, daß sie gescheitert ist, lediglich auf der Seite von rechts liegt (Sehr richtig!). In diesem Zusammenhang möchte ich auch feststellen, daß gerade die Forderung von deutschnationaler Seite, daß wir aus der preußischen Koalition auszuscheiden hätten, ursprünglich überhaupt nicht in den Verhandlungen stand, sondern daß sie erst in einer Zeit wieder vorgebracht worden ist, als die deutschnationalen Führer erkannten, daß sie bei diesen Verhandlungen ihre Partei nicht hinter sich hatten.

Zur Resolution Moldenhauer hat der Herr Parteivorsitzende nicht gesprochen oder nur ganz kurz. Ich darf daraus wohl schließen, daß er damit im großen und ganzen und auch mit den einzelnen Punkten einverstanden ist. Ich begrüße die Resolution Moldenhauer in erster Linie deswegen, weil sie ohne irgendwelche Verallgemeinerung ganz bestimmt diejenigen Punkte aufstellt, auf die wir nicht verzichten können als Deutsche, auf die die Deutsche Volkspartei nicht wird verzichten können als deutsche Partei, und wenn der Parteiführer dadurch, daß er diese einzelnen Punkte

nicht angegriffen oder in einer anderen Weise ausgelegt hat, damit zugleich zum Ausdruck gebracht hat, daß mit der Annahme dieser Punkte der Räumung in jeder Beziehung und der Wiederherstellung des vertragsmäßigen Zustandes auch seine Politik, die er von Anfang bis zum Ende in den Londoner Verhandlungen vertreten wird, gekennzeichnet wird, dann wollen wir diese Richtung von seiten der Partei auch anerkennen und glauben, daß er und die Partei und damit die Politik, die die Partei vertreten hat, mit dieser Forderung steht und fällt.

Ich möchte als Vertreter eines südwestdeutschen Wahlkreises[137] im Zusammenhang mit dieser Forderung der Räumung der nach dem Versailler Vertrag widerrechtlich besetzten Gebiete ganz besonders an dieser Stelle betonen, daß zu diesen Gebieten immer noch doch auch das Gebiet von Offenbach[138] in Baden gehört, daß dazu gehört das Gebiet des Rheinhafens bei Karlsruhe und das Hafengebiet bei Mannheim (Zuruf des Herrn Dr. Stresemann). Es ist mir außerordentlich erfreulich, diese Zusage vom Parteivorsitzenden als Außenminister zu hören. Es wird sich damit auch ergeben, daß das unter nichtigen Vorwänden besetzte Hafengebiet von Mannheim und Karlsruhe bei den weiteren Verhandlungen von der Gegenseite aufgegeben werden wird.

v. Campe: Meine Damen und Herren! Herr Hintzmann (Bremen) hat die preußische Landtagsfraktion aufgefordert, noch einmal in Erwägung zu ziehen, ob sie nicht die Koalition in Preußen auflösen könne. Ich darf Herrn Hintzmann in Anlehnung an die Ausführungen meines Freundes Leidig nochmals sagen, daß die Preußenfraktion im Laufe der letzten vier Tage lang über diese Frage beraten hat und daß sie zu einer einmütigen Auffassung gekommen ist. Herr Hintzmann wird dann, glaube ich, seine Anregungen kaum noch aufrechterhalten wollen. Ich darf Ihnen aber sagen, daß gar kein Zweifel darüber aufkommen kann, daß die Landtagsfraktion bei ihren Beratungen sich voll bewußt gewesen ist der schweren Verantwortung, die tatsächlich in diesem Augenblick auf ihr ruht.

Und nun in Anlehnung an die Ausführungen von Herrn Leidig und im Anschluß an die Ausführungen von Herrn Dr. Stresemann nur die eine Bemerkung: Meine Damen und Herren, wir stehen auf dem Standpunkte, daß, wenn die Außenpolitik unseres Führers Stresemann Erfolge hat, wir damit in demselben Augenblick vor einer ganz neuen auch innerpolitischen Lage stehen, ebenso würden wir vor einer ganz neuen Situation stehen, wenn, was wir alle nicht hoffen, die Außenpolitik mit einem Mißerfolg enden sollte. Unter diesen Umständen im Augenblick eine Entscheidung zu treffen, wäre meines Erachtens durchaus leichtfertig gewesen, und dem hat sich niemand verschließen können. Und nun haben wir das Weitere getan, wir haben die Herren von der Reichstagsfraktion zugezogen und haben Herrn Dr. Stresemann um seinen Rat gebeten und sind nach reiflicher Überlegung, wie auch Kollege Leidig ausgeführt hat, dem Rate des Herrn Außenministers in diesem Augenblick gefolgt, weil wir uns sagen: Wir wollen die Dinge, die wir bis in ihre letzten Konsequenzen nicht übersehen können, in diesem Augenblick nicht stören und wollen uns in einem gewissen Grade abhängig machen von dem Gutachten und von der Auffassung derjenigen Persönlichkeit, die das beste Urteil über diese Dinge, jedenfalls den tiefsten

[137] Wahlkreis 18 (Westfalen-Süd).
[138] So in der Vorlage statt richtig: »Offenburg«.

Einblick in diese Verhältnisse hat. Unter diesen Umständen haben wir sehr eingehende Verhandlungen mit Herrn Dr. Stresemann gepflogen und sind mit der einmütigen Auffassung der Fraktion auseinandergegangen, daß, sobald die außenpolitischen Interessen des Deutschen Reiches das zulassen und sobald die außenpolitischen großen Entscheidungen im Reiche gefallen sind, dann der Zeitpunkt gekommen ist, wo entsprechende Beschlüsse gefaßt werden und entsprechende Konsequenzen gezogen werden müssen. Meine Damen und Herren, wir sind überzeugt davon, und auch Ihrerseits werden Sie nach diesen Ausführungen davon überzeugt sein, daß das die einzige Entscheidung war, die in diesem Augenblick getroffen werden konnte.

Lohmann[139]: Verehrte Damen und Herren! Ich habe Ihnen zwei Wünsche vorzutragen. Herr Dr. Stresemann hat vorhin in seinen Ausführungen gesagt, daß die Situation in der Deutschen Volkspartei infolge der Entwicklung der außenpolitischen Verhältnisse sehr viel günstiger geworden sei und wir einem neuen Wahlkampf mit Ruhe entgegensehen könnten. Das ist ganz gewiß richtig, aber ich warne doch vor einer Überschätzung. Sie rechnen dann nicht mit den Massen, die ihre politischen Bedürfnisse mit einem möglichst geringen Aufwand von Macht befriedigen möchten. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß massenweise jetzt in der Bevölkerung verbreitet wird eine Broschüre von dem Oberregierungsrat Dr. Bang[140], den Sie auch kennen, worin auf die Gedankenlosigkeit der großen Masse spekuliert wird. Wir befinden uns jetzt doch in einer Situation, die am besten durch die Worte Dr. Stresemanns charakterisiert wird: Das Beste, was du weißt, darfst Du nicht sagen. In dieser Broschüre wird verlangt, nein zu sagen und die Schuldlüge aufzurollen. Nur aus dieser Politik der Wahrhaftigkeit ergäbe sich die Emporentwicklung. Eine andere Politik führe zum Untergang. An einer anderen Stelle, auf Seite 22, wird das noch krasser ausgedrückt.

Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe hier eine Bitte an unsere Presse und an diejenige Presse zu richten, die uns zugänglich ist. Führt sie[141] doch die Argumentation wie das Stresemann zeitweilig auch getan hat, wie folgt: Es ist richtig, daß Lloyd George nicht einmal, sondern zweimal im Unterhaus erklärt hat, daß sich die ganze Frage richtet auf die Frage nach der Schuld des Krieges. Wenn es Deutschland gelingt nachzuweisen, daß es die Schuld am Kriege nicht trägt, würde die Konsequenz die sein, den Friedensvertrag abzubauen und Deutschland günstigere Bedin-

[139] Walter Lohmann, Amtsgerichtsrat in Weilburg.

[140] Paul Bang (1875–1945), Dr. iur. 1911–1919 Geheimer Oberfinanzrat im sächsischen Finanzministerium. Ab 1915 Mtgl. im Alldeutschen Verband, ab 1920 dort in der Hauptleitung, ab 1921 Präsidiumsmtgl. der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands. Bang hatte sich auf einer auch in hoher Auflage als Broschüre verbreiteten Rede vor der Deutschen Industriellen-Vereinigung vehement für eine Ablehnung der Dawes-Gesetze ausgesprochen und gefordert, gegenüber den Alliierten die Lüge von der deutschen Kriegsschuld mit allen Mittel zurückzuweisen, siehe Paul Bang, Die Sachverständigenberichte nach Ursprung, Inhalt und Folgen. Rede des Paul Bang, gehalten auf der Tagung der Deutschen Industriellen-Vereinigung am 19.5.1924, Berlin 1924; zur Absplitterung der Deutschen Industriellen-Vereinigung vom RdI wegen dessen grundsätzlicher Zustimmung zum Dawes-Plan im Mai 1924 siehe Dieter Niederstadt, Rechtsradikale Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen in der Weimarer Republik zwischen Spannschule und Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung von Paul Bang, Diss. phil. Münster 1974.

[141] So in der Vorlage statt richtig: »Führen Sie«.

gungen zuzugestehen. Daran knüpfen die Optimisten, daran hängen sie sich, deshalb wollen sie den Beweis führen, daß Deutschland am Kriege unschuldig ist. Daß Lloyd George und andere Führer genau wissen, daß Deutschland nicht schuld ist, sondern andere, davon dürfen wir überzeugt sein. Aber stellen Sie sich einmal vor, daß sich Lloyd George hinstellen und erklären würde: Ich habe mich inzwischen überzeugt, daß die Deutschen nicht allein die Schuld am Kriege tragen, und muß nun leider die Konsequenzen daraus ziehen, die deutsche Flotte muß wieder herausgegeben werden, die deutschen Auslandsguthaben müssen freigegeben werden usw. Er würde seine Rede gar nicht zu Ende bringen, dann wäre er schon außerhalb des Hauses, dann schmissen sie ihn hinaus. Haben Sie schon einen Prozeßsieger gesehen, der bereit ist, sich nachher von seinem unterlegenen Gegner beweisen zu lassen, daß er doch nicht recht habe! Solche naiven Leute, die das glauben, gibt es. Ich glaube, es ist durchaus Aufgabe unserer Presse, solche Gedankengänge energisch klarzulegen.

Ein Zweites geht dahin. Sie werden mir alle zugeben, daß für die politischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte charakteristisch war, daß man in der gehässigsten Weise gegen die Deutsche Volkspartei gekämpft hat. Aber vielleicht noch bemerkenswerter ist die Tatsache, daß man in der wüstesten, zum Teil schmutzigsten Weise den Kampf gegen die Führer der Deutschen Volkspartei geführt hat (Sehr richtig!). Sogar der Deutsche Verband[142] schickt seine Redner herum, die in dieser Weise unsere Führer verunglimpfen. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, einen derartigen Herrn zu hören. Die Quintessenz seiner Ausführungen war: Die Deutsche Volkspartei: ausgezeichnet, Vergangenheit hervorragend, aber leider, leider Herr Dr. Stresemann … . Meine Damen und Herren, etwa so, als ob jemand von seiner Familie spricht: Die Frau, die Mutter, die Schwester: Hervorragend, aber vom Vater wollen wir lieber nicht reden! Meine verehrten Herrschaften, wenn die Deutsche Volkspartei sich das gefallen läßt, und sie hat es sich leider schon allzu lange gefallen lassen, dann verdient sie es nicht besser (Lebhaftes: Sehr richtig!). Es gibt da ein Wort, das heißt: Die Ehre der Parteiführer ist die Ehre der Partei (Sehr richtig!). Das wollen und dürfen wir uns nicht länger gefallen lassen, sondern wir müssen dagegen Front machen und wollen erklären: Wir stehen treu zu unserem Führer, wie wir früher zu unseren Königen gestanden haben. Meine Damen und Herren, das ist ja eine absolut falsche Darstellung, wenn man so tut, als ob Herr Dr. Stresemann als zur Zeit ungeeigneter Führer der Deutschen Volkspartei gilt. Dieser Kampf ist gegen jeden Führer der Nationalliberalen Partei früher geführt worden. Er ist gegen Bassermann geführt worden mit derselben Methode. Sogar Rudolf von Bennigsen ist von derartigen Verdächtigungen nicht frei geblieben. Man hat ihn dem alten König Wilhelm[143] gegenüber verdächtigt, daß er nicht genug königstreu sei, und man hat ihm dadurch vielfach die politische Betätigung unmöglich gemacht, wo sie nutzbringend gewesen wäre. Also, mit solchen Mitteln sollte man sich nicht fangen lassen. Es ist eine Methode, die eine Partei ruiniert, wenn sie es sich gefallen läßt. Wird einmal ein Parteiführer aus einem sol-

[142] Gemeint: der Alldeutsche Verband, der unter seinem Vorsitzenden Heinrich Class eine militante völkische und antisemitische Kampagne gegen den Dawes-Plan und die ihn stützenden Parteien entfesselte und entscheidend an der Gründung der Deutschen Industriellen-Vereinigung (siehe Anm. 140) beteiligt war.

[143] Wilhelm I. von Preußen (1797–1888), 1861–1888 König von Preußen, 1871–1888 Deutscher Kaiser.

chen Grunde gestürzt, so möchte ich den Führer sehen, der noch einmal die Führung einer solchen undankbaren Partei übernehmen möchte. Deshalb müssen wir energischer als je gegen derartige Methoden des Kampfes vorgehen, denn wir lassen dadurch nicht nur unsere Führer schlechtmachen, sondern ruinieren die Partei selbst (Lebhaftes Bravo!).

Dr. Becker: In Form einer Fünfminutenunterhaltung ist ja eine Diskussion nicht mehr möglich. Da Sie aber den Beschluß vorhin gefaßt haben, will ich mich nicht mehr dagegen wehren und das Wenige, was ich zu sagen habe, kurz zusammendrängen, und ich würde überhaupt auf das Wort verzichten, wenn ich nicht die abgeänderte Resolution Hugo der leider nur noch kleinen Zahl hier Versammelter mit ein paar Worten begründen möchte.

Eine kurze Vorbemerkung. Ich glaube, wir können heute von dem Verlauf dieser Zentralvorstandssitzung, abgesehen von einigen Tropfen der Wehmut, die in dieser oder jener Richtung fielen, wohl sagen: Unser Zentralvorstandsvorsitzender hat alle Beteiligten ferngehalten von dem Hinübergleiten auf das persönliche Gebiet, und wir dürfen erfreulicherweise auch weiter feststellen, daß in der Frage der Außenpolitik keine Meinungsverschiedenheit besteht, daß auch im Lande keinerlei Meinungsverschiedenheit besteht, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß, wenn man das Ziel erreichen will, dem alle zustreben, mit kleinen Nuancen, diese Politik nicht anders geführt werden konnte, als sie zur Zeit geführt wird, und ich glaube, daß es ein viel stärkerer Vertrauensbeweis ist, wenn wir das hier konstatieren, als wenn wir eine große Resolution fassen würden, wonach wir zu der Person des Führers ganz unentwegt, wie die Wünsche und Ausdrücke alle lauten, stehen. Ich konstatiere ausdrücklich nochmals, daß in politischen Fragen keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Aber eines möchte ich noch sagen: Ich glaube, es wären auch draußen viel weniger Meinungsverschiedenheiten entstanden, wenn über die Auffassung des Parteiführers und Außenministers in dieser einen großen außenpolitischen Frage draußen etwas mehr Klarheit bestanden hätte. Es ist uns im Wahlkampf sogar vorgehalten worden, der Außenminister schlucke das Sachverständigengutachten mit Haut und Haaren. Es hat uns niemand draußen geglaubt, daß Dr. Stresemann auf einem ganz anderen Standpunkt stehe, den in unserer Fraktion Dr. Stresemann dahin präzisiert hat, daß seine Entschließung heute noch keineswegs dahin feststehe, daß das Sachverständigengutachten die Lösung des Reparationsproblems sei. Er hat ausdrücklich erklärt, daß die Frage, ob man demnächst zur Lösung der Reparationsfrage gelangen könne, abhängig sei von dem Ergebnis der Verhandlungen, die man zu den entsprechenden Zeitpunkten durchführen müsse, und ich meine nun, auch seine heutigen Ausführungen sind nicht anders als dahin zu verstehen, daß die endgültige Entscheidung darüber, ob wir das Sachverständigengutachten, und was daraus sich ergibt, abzulehnen oder anzunehmen haben, nicht heute gefällt wird, sondern auf der Londoner Konferenz. Herr Dr. Stresemann bestätigt das eben mit dem Ausdruck, das sei ganz selbstverständlich. Wenn das draußen bekannt wäre, würde viel weniger Opposition gegen die Haltung der Deutschen Volkspartei und gegen die Haltung des Außenministers entstanden sein. Ich mache keinerlei Vorwurf nach dieser Richtung, ob es möglich gewesen wäre, die klare und eindeutige Haltung so festzustellen, daß es auch dem bitterbösesten Deutschnationalisten nicht möglich gewesen wäre, es umzudeu-

ten. Mancher von uns ist aber irre geworden an der Haltung der Partei und an der Haltung des Parteiführers und Außenministers. Das hätte man vielleicht vermeiden können.

Wir sind außerordentlich erfreut nicht nur über das, was Herr Dr. Stresemann als Zukunftsmöglichkeiten auf diesem Gebiete mitgeteilt hat, sondern was er schon erreicht hat in Bezug auf die Ausgestaltung der Eisenbahnfrage und anderer Dinge. Hoffen wir, daß sein Optimismus, den jeder von uns in diesen schweren Zeiten nötiger hat denn je, nicht trügt und daß auch außerdem das, was er an Hoffnungen in Aussicht gestellt hat, in Erfüllung geht.

Ich komme nun zum zweiten Punkt, dem Nichtzustandekommen der Großen Koalition.[144] Ich glaube, darüber braucht man heute nichts mehr zu sagen. Wer nur einigermaßen die Dinge verfolgt hat, weiß ganz genau, wie die Verhältnisse damals gelegen haben und daß wir nicht Schuld daran tragen. Wenn man auch die Preußenkoalition im Zusammenhang in die Erörterung der Frage der Bildung der großen Koalition gezogen hat, so hat mich eins gewundert vom Kollegen Leidig. Er hat hingewiesen auf meine bescheidene Person und hat gemeint, diese Preußenkoalition sei ja eigentlich nur aufrechterhalten worden, weil man auf die Weisungen der Parteiführung und auf die Weisungen der Reichstagsfraktion gewartet hätte (Zuruf). Das ist, glaube ich, nicht nur mir, sondern meinen sämtlichen Kollegen in der alten und neuen Reichstagsfraktion etwas völlig Neues, daß die Preußenfraktion jemals darauf gewartet hätte, nur die Meinung der Reichstagsfraktion zu hören und zu befolgen (Zuruf). Ich glaube, darüber war man sich auch vollständig klar, wie die Reichstagsfraktion über diese Dinge denkt.

Das seinerzeitige Ergebnis kann auch heute festgestellt werden, daß wir die Koalitionsbemühungen in dem gleichen Sinne, wie wir sie bisher geübt haben, fortsetzen müssen – auch Herr Dr. Stresemann hat das deutlich unterstrichen –, und zur Begründung meiner Auffassung brauche ich nichts hinzuzufügen. Ich habe nur den Wunsch, daß wir es nicht so ausdrücken, wie Herr Dr. Hugo es ausgedrückt hat. Es ist das ein erster Entwurf gewesen, der nach meiner Ansicht verbesserungsbedürftig ist. Ich lese Ihnen gleich vor, was ich zusammen mit einer Reihe anderer Freunde formuliert habe.

Was einer der Herren Vorredner über die Haltung der Deutschen Volksparteipresse in dieser Frage gesagt hat, unterstreiche ich stark. Unsere sogenannte offizielle und offiziöse Presse hat in dieser Frage völlig versagt. Sie hat nach rechts mit einer außerordentlichen Schärfe gekämpft. Ich möchte doch feststellen, daß auch die Freunde auf der demokratischen Seite uns in der gemeinsten Weise beschimpft haben und daß sie gegenüber dieser Seite kein Wort der Mißbilligung gefunden hat. Ich darf daran erinnern, daß gerade die demokratische Presse in den letzten Wochen, besonders die »BZ am Mittag«, gewisse Leute, die der Deutschen Volkspartei angehören, angegriffen hat, ohne daß unser offiziöse Presse sich dagegen gewandt hat.

Nachdem mich der Herr Vorsitzende bereits zweimal gemahnt hat, muß ich zum Schluß kommen, aber das eine möchte ich doch für die Zukunft ablehnen, daß wir meinen, um ½5 Uhr müßte unter allen Umständen Schluß gemacht werden. Wir

[144] Gemeint: Einbeziehung der DNVP in die bürgerliche Koalition.

kommen doch nicht aus Frankfurt und seiner unmittelbaren Nachbarschaft, sondern kommen zum Teil von weit her in der Hoffnung, uns auszusprechen und uns gegenseitig politisch zu belehren. Wer das nicht will und wem es schon zu spät ist, der mag sich zweckmäßiger von vornherein darauf einrichten, etwas länger zu bleiben oder gar nicht zu kommen.

Nun zur Resolution. Herr Dr. Hugo hat zwei Sätze formuliert. Der erste spricht das Bedauern aus, daß die Koalition an den bekannten Bedingungen gescheitert ist. Damit sind wir alle einverstanden, das darf man konstatieren. Ohne eine Entschließung auf innerpolitischem Gebiet können Sie aber hier nicht fortgehen. Sie mögen das Primat der Außenpolitik noch so scharf betonen, aber es gibt auch eine Innenpolitik, deren Fragen dringend der Erledigung harren. Meine Damen und Herren! Wir dürfen nicht, um einen Ausdruck des Herrn Dr. Stresemann zu gebrauchen, mit dem brünstigsten Verlangen nach den Deutschnationalen schreien. Meine Damen und Herren, die reichen uns ja gar nicht, denn wir wollen alle Kräfte, die auf bürgerlichem Boden stehen, die unsere Politik mitmachen wollen, heranziehen, nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die andern. Auch in den Reihen der Deutschnationalen und verwandten Kreisen stecken Kräfte, die gar nicht mitarbeiten wollen. Ich schlage deshalb in Übereinstimmung mit einer Reihe anderer Herren vor, die Deutschnationalen gar nicht besonders zu nennen und demnach diesen Satz wie folgt [zu] fassen: Den zweiten Satz würde ich streichen. Ich würde vorschlagen, es unpersönlich und unparteipolitisch abzustellen und etwa folgendermaßen zu formulieren: [Worte fehlen] »herangezogen werden.« Das grenzt meiner Ansicht nach sowohl links wie rechts sehr deutlich ab. Es greift alle Parteiangehörigen mit hinein, die auf der einen Seite auf dem Boden des Staates, auf der Seite der staatsbejahenden Elemente, wie Herr Dr. Stresemann es genannt hat, stehen, auf der anderen Seite auf dem Boden der Wirtschaft, und auf der anderen Seite wird auch die Staatsautorität genau abgegrenzt.

Und der Schlußsatz ist, glaube ich, auf der einen Seite so allgemein, daß die Deutschnationalen das nicht als unbedingtes Verlangen der Deutschen Volkspartei ansehen werden, gerade unbedingt mit ihnen allein die Sache zu machen. Und auf der anderen Seite ist es so spezialisiert, rein sachlich spezialisiert, daß niemand etwas gegen diese Resolution wird einwenden können. Ich empfehle Ihnen die Annahme der Resolution in dieser Fassung. Ich wiederhole, daß Sie allein mit einer außenpolitischen Resolution nicht durchkommen, weil das Land und die Öffentlichkeit sonst ganz falsche Schlüsse ziehen würden.

Vorsitzender v. Campe: Ich habe Herrn Dr. Becker in diesen dividendenlosen Zeitverhältnissen 100 % Dividende gegeben auf die fünf Minuten Redezeit (Heiterkeit). Ich bitte nun aber nicht den Anspruch zu erheben, daß nun jeder der folgenden Redner ebenso behandelt wird. Es handelt sich hier um einen neuen Antrag, deshalb war es wohl geboten, die Redezeit etwas auszudehnen.

Hembeck: Es ist sicherlich kein Genuß, vor leeren Bänken zu sprechen. Wenn ich trotzdem die mir noch zustehenden fünf Minuten in Anspruch nehme, so entledige ich mich eines Auftrages, hinzuweisen auf den schweren Kampf, den die Industrie gegenwärtig durchzukämpfen hat, und die dringende Bitte an die Reichstagsfraktion und die Reichsregierung zu richten, doch nach Möglichkeit darauf bedacht zu sein,

daß nachher bei Annahme des Sachverständigengutachtens noch irgendwelche Möglichkeiten des Aufkommens gegeben sind. Wir erleben zum Teil, infolge des Anspannens der Steuerschraube, daß Firmen, die mehr als ein Jahrhundert der Wirtschaft große Dienste geleistet haben, am Erliegen sind. Wenn die Erwerbslosenziffer weiter in dem Maße anschwillt, wie es schon in den letzten Wochen zu beobachten ist, dann, meine verehrten Herrschaften, werden wir der allernächsten Zukunft in den großen Industriezentren mit der schwersten Besorgnis entgegengehen. Meine Bitte an den Herrn Außenminister geht dahin, möglichst doch Anweisungen ergehen zu lassen, daß vor allen Dingen auch nicht die schweren Zinsen genommen werden, die stellenweise ganz rigoros eingetrieben werden, wenn nur ein oder zwei Tage verstrichen sind (Es herrscht etwas Unruhe im Saal). Die Unaufmerksamkeit einiger Herren scheint zu beweisen, daß sie das, was wir in schwerer Besorgnis über die bedrohliche Lage der Wirtschaft draußen hier vortragen, als nicht wichtig und belanglos ansehen (Widerspruch).

Ich danke dem Herrn Außenminister für die Worte, die er bezüglich der Deutschen Tage gesagt hat, und ich bitte Sie auf das dringendste, in Ihren einzelnen Bezirken all Ihren Einfluß geltend zu machen, wo es auch nur geht, um zu verhindern, daß der Scherbenhaufen nicht immer größer wird. Wir haben im Westfalenlande, im Siegerland auch sogenannte Deutsche Tage gehabt, die wir in würdiger Weise, unter Hinzuziehung aller in Frage kommenden Kreise, veranstaltet haben. Es ist also möglich, in dieser Beziehung aktiv zu verhandeln und zu vermeiden, daß der Scherbenhaufen immer größer wird. Nur in dieser Weise kann man die Außenpolitik richtig unterstützen. Noch eins. Wenn wieder ein Wahlkampf kommt, bei der Preußenwahl, dann führen Sie den Wahlkampf schneidig; wenn dann in den Wahlversammlungen die Deutsche Volkspartei und Dr. Stresemann angegriffen werden, dann teilen Sie die Hiebe nach allen Seiten so aus, daß die Angreifer die Augen nicht wieder aufmachen. Wenn wir uns die letzten Wahlergebnisse in Deutschland ansehen, dann müssen wir die Anklage erheben, daß in einzelnen Bezirken der Wahlkampf nicht so geführt worden ist, wie wir es wünschen müssen. Bei uns war alles ausgeschöpft bis zum letzten, und trotzdem haben wir 30% mehr geholt, weil wir unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan haben.

Dr. Stresemann: Ich wollte nur zu der Resolution ein Wort sprechen, die Kollege Becker vorhin verlesen hat. Soweit ich ihr habe folgen können, würde ich einige Änderungsvorschläge machen. Sie sagen an einer Stelle: Die an der Aufrechterhaltung des Privateigentums interessierten Kreise. Ich glaube, das lautet nicht gut, es müßte irgendeine andere, geeignetere Fassung gefunden werden.

Ein Zweites. Es heißt, diese Kreise müssen zur Verantwortung herangezogen werden. Das könnte den Eindruck erwecken, als wenn man ihnen dazu nicht Gelegenheit geboten hätte. Ich glaube, es würde eine falsche Auffassung entstehen. Man könnte es anders fassen, indem man sagt, daß auch diese Kreise die Verantwortung mit übernehmen. Man muß es immer als Pflicht hinstellen, sonst würden sie sagen: Ja, wir wollen es übernehmen, sind aber nicht herangezogen worden.

Bei dem dritten Satz habe ich Bedenken. Da bitte ich Herrn Dr. Becker zu überlegen, ob der dritte Satz nicht ganz fällt. Das ist nämlich eine neue captatio benevolentiae an die Partei, daß sie ihre Bemühungen wieder aufnimmt. Wir haben das doch das letzte

Mal getan. Die Auffassung der Partei, des Zentralvorstandes, ist ja in den ersten beiden Sätzen sachlich festgelegt. Was daraus folgt, in welcher Situation die Partei die Dinge wieder in die Hand nimmt, muß man ihr überlassen. Ich fürchte sonst, dieser Satz würde so ausgelegt werden können, als wenn die Partei erwartet, daß nach der Zentralvorstandssitzung neue Bemühungen einsetzen. Ich möchte zur Erwägung anheimgeben, ob man nicht den dritten Satz weglassen will, ohne der ganzen Resolution zu schaden.

Vorsitzender [v. Campe]: Ich frage, ob Herr Dr. Becker nicht dieser Anregung stattgeben will?

Dr. Becker: Ich will mir das nochmals überlegen.

Schnee[145]: Meine Damen und Herren! Herr Dr. Stresemann hat in seiner letzten Rede von der Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gesprochen. Er hat die Bedingungen dargelegt, von denen er den Eintritt eventuell abhängig machen will. Ich glaube, wir sind mit dem, was er darüber ausgeführt hat, einverstanden. Ich habe dabei aber eins vermißt. Nach meiner Überzeugung müssen wir einen solchen Eintritt davon abhängig machen, daß wir das Mandat über die deutschen Kolonien erhalten (Lebhaftes: Sehr richtig!). Seit dem Versailler Vertrag ist Deutschland der Verzicht auf seine Kolonien aufgezwungen worden.[146] Unter dem Vorwand, daß Deutschland zum Kolonisieren unfähig sei, sind die Kolonien an verschiedene Nationen verteilt worden, die sie als Mandatare übernommen haben. Wenn wir nun kein Mandat erhalten, so würden wir, wie Herr Dr. Stresemann gesagt hat, daß wir bei Nicht-Gleichberechtigung die Schuldlüge anerkennen, auch bei den Kolonien die Schuldlüge anerkennen (Sehr richtig). Es liegen zwingende Gründe dafür vor, daß wir die Kolonien wiedererhalten. Deutschland vermag auf seinem eigenen Grund und Boden seine Bevölkerung nicht mehr zu erhalten, es muß Nahrungsmittel und Rohstoffe in großem Maße einführen. Wir bedürfen der Ergänzung der schmalen Wohngrundlage durch überseeische Besitzungen; wir müssen auch Auswanderungsmöglichkeiten erhalten für Deutsche, die in der Heimat ihr Fortkommen nicht mehr finden können. Unsere Volkswirtschaft würde in eine ganz andere Lage gelangen, wenn ihr nur ein kleiner Teil jener ungeheuren Gebiete mit unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung stände. Es sprechen aber auch zwingende politische Gründe dafür. Wenn ein großes Volk von der Tätigkeit draußen in der Welt ausgeschlossen wird, so ist es in Gefahr, in kontinentaler Hinsicht zu verkümmern. Weiter liegen kulturelle Gründe vor. Unser großes deutsches Kulturvolk darf nicht draußen stehen, wenn es sich um die Weiterentwicklung jener Völker handelt. Es liegt im Interesse auch jener Völker, denen wir geistig viel gebracht haben, durch Unterricht, durch Seuchenbekämpfung usw. Gegenwärtig leben jene Völker unter

[145] Heinrich Schnee (1871–1949), Jurist. 1897 Eintritt in das Auswärtige Amt. Richter in Deutsch-Guinea, Bezirksamtmann in Samoa. 1904 Legationsrat. 1911 Ministerialdirektor im Reichskolonialamt. 1912–1919 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika. 1924–1945 MdR (DVP/NSDAP).

[146] Nach Art. 119–127 des Versailler Vertrages verlor Deutschland alle Kolonien. Zur Tätigkeit Schnees in der Deutschen Kolonialgesellschaft, deren Präsident er von 1930–1936 war, sowie zu den kolonialpolitischen Zielen der Gesellschaft im Vorfeld der Verhandlungen um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund (vor allem der Beteiligung Deutschlands als Mandatar bei der Verwaltung der Kolonien) siehe Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 724–748; siehe auch Dok. Nr. 61, Anm. 104.

einer mangelhaften Mandatur und ersehnen unsere Rückkehr. Schließlich liegt ein Interesse der Menschheit vor, daß die reichen Kräfte, die Deutschland dafür aufzuwenden in der Lage ist, nicht brachliegen bleiben. Wir müssen unseren Anspruch auf die gesamten Kolonien aufrechterhalten. Wir können bei der gegenwärtigen Lage bei dem Eintritt in den Völkerbund nicht darauf rechnen, alle Kolonien zurückzuerhalten. Über einige Kolonien verfügen die Mächte, mit denen wir jetzt verhandeln, zwar nicht unbedingt, es haben z. B. auch einige der englischen Dominions Mandate. Aber über einige der Kolonien verfügen die Mächte, mit denen wir jetzt in Beziehung stehen, vollkommen frei. Wir müssen diese Forderung unbedingt erheben, denn es handelt sich um eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk.

Hille[147]: Es ist ein eigenartiger Zufall, daß in der Aussprache drei Vertreter des Wahlkreises jetzt eben hintereinander gesprochen haben oder sprechen sollten, die dem nicht ganz unbekannten Wahlkreise 4 [Potsdam I] angehören. Aber ich spreche für diesen Wahlkreis in einem anderen Sinn. Bekanntlich hat sich der Wahlkreis, in dem Herr Dr. Maretzky Unheil zu stiften versuchte, verhältnismäßig sehr gut gehalten.[148] Herrn Dr. Maretzky in irgendeiner Weise zu charakterisieren ist überflüssig, er hat das bereits selbst getan, und zwar nicht nur bei uns. Aber es ist unsere Pflicht, unseren Parteiführern gegenüber zu erklären, daß in dem Wahlkreise 4 eine ganze Reihe von Männern und Frauen sind, die nicht zugeben werden, daß der Wahlkreis bei uns zerschlagen wird, sondern die stark und bestimmt, überzeugt und mit Tatkraft gezeigt haben, daß Herr Dr. Maretzky nicht recht hatte, als er behauptet hat, er wolle den Wahlkreis zerschlagen. Wir freuen uns, daß wir ihm das Bein, das wir ihm stellen mußten, in der richtigen Art und Weise gestellt haben. Diese Zusicherung geben wir Ihnen, wobei ich zugebe, daß ich eine lange Zeit für Dr. Maretzky eingetreten bin.

Nachdem ich sozusagen um ein gewisses gutes Wetter gebeten habe, möchte ich persönlich als Ostmärker sprechen und den Dank, den Frau Mende ausgesprochen hat, unterstreichen, zum anderen aber bitten, daß, wenn auch alle diese großen Fragen, die natürlich um das Ruhrgebiet gehen, wichtig sind und das besetzte Gebiet eine große Rolle spielt, doch nicht zu vergessen, daß wir unendlich viel abgetretene Brüder und Schwestern haben und daß ich in deren Namen mich befugt fühle, Sie zu bitten, daß Sie weiter so tatkräftig für sie eintreten, wie es bisher geschehen ist. Wir sind dankbar dafür.

Und schließlich noch ein Wort an uns alle, an die Führer unter uns – denn so schätze ich diesen Kreis ein –: In dem Wahlkampf ist immer hervorgetreten, daß wir nicht die Feinde unter den Deutschnationalen, sondern woanders haben, nämlich in unseren eigenen Reihen. Wenn es auch ein Recht ist, daß wir als liberale Männer Kritik üben, so rufe ich doch als Mann ins Land hinaus: Seien wir doch etwas vorsichtig in unseren eigenen Reihen, denn dadurch kommt eine Verwirrung in uns. Über die Deutschnationalen noch ein Wort zu verlieren ist überflüssig. Ich habe aber die Beobachtung

[147] Curt Hille (* 1882), Dr. phil. Prorektor der Jahnaufbauschule in Kyritz (Prignitz). Hille kandidierte zu den Reichstagswahlen im Mai 1924 im Wahlkreis 4 an 5. Stelle.

[148] Die Nationalliberale Vereinigung (siehe Dok. Nr. 55, Anm. 3, 4) war bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 im Wahlkreis 4 (Potsdam I) mit einer eigenen Kanditatenliste unter der Führung von Maretzky und v. Lersner gegen die von Schnee geführte Liste der DVP angetreten, hatte jedoch nur 8440 Stimmen erzielt (DVP: 68477). Aufgrund ihrer Listenverbindung mit dem Reichslandbund erhielt Maretzky, der dann im Februar 1925 zur DNVP übertrat, ein Mandat.

gemacht, daß wir überall da mit den Deutschnationalen in der Abwehr gut gefahren sind, wo wir gezeigt haben, daß wir eben nicht die Deutschnationalen unbedingt brauchen.

Schließlich noch ein Wort über Severing. Man muß doch das eine zugeben, daß Severing nicht nur schlechte Seiten hat, sondern auch sehr männliche, sehr gute deutsche Worte gefunden hat gegen eine andere Gefahr, gegen die wir sehr energisch kämpfen, das sind die Kommunisten. Man soll den Gegner nicht immer nur so sehen, wie man meint, ihn sehen zu müssen, sondern soll auch das Gute bei ihm anerkennen.

In diesem Sinne können wir befriedigt heimgehen in dem Bewußtsein, daß heute nicht nur sachliche, sondern auch positive Arbeit geleistet worden ist.

Streiter: Ich glaube, wir können gegenwärtig davon absehen, über die Notwendigkeit einer Fortführung gesunder Sozialpolitik hier zu sprechen. Aber ich glaube, wir sind darüber einig, daß wir uns von anderen Parteien in der Sozialarbeit nicht übertreffen lassen wollen. Ich schlage deshalb vor, hinter die Worte »Wirtschaftspolitik« auch »Sozialpolitik« einfügen zu wollen. Exzellenz Becker hat sich erfreulicherweise damit einverstanden erklärt.

Vorsitzender [v. Campe]: Der Berichterstatter, Herr Dr. Stresemann, verzichtet auf das Schlußwort. Wir würden dann zur Abstimmung kommen.

Nach Diskussion wird die erste Resolution in folgender Fassung angenommen[149]*:*

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Politik der Reichsregierung, insbesondere des Herrn Außenministers, in der Frage des Sachverständigengutachtens. Das Sachverständigengutachten legt dem deutschen Volke große, über die gegenwärtige Leistungsfähigkeit sowie über die mit dem Vertrag von Versailles übernommenen Verpflichtungen hinausgehende Lasten auf. Der Zentralvorstand ist sich darüber einig, daß diese Lasten, insbesondere nach der in den letzten Monaten eingetretenen Verschlechterung aller wirtschaftlichen Verhältnisse, nur übernommen werden können, wenn mit Annahme des Gutachtens die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit und der Hoheitsrechte des Reiches, insbesondere der vertragsmäßigen Zustände am Rhein, gesichert ist. Dies erfordert vor allem die wirtschaftliche und militärische Räumung aller über das Rheinlandabkommen hinaus besetzten Gebiete, die Feststellung, daß Neubesetzungen in Zukunft als Sanktionen ausgeschlossen sind, die uneingeschränkte Rückgabe der von der Regie verwalteten deutschen Bahnen, die Aufhebung der Zollgrenze, ein Aufhören der Micumlasten angesichts der nun einsetzenden allgemeinen Reparationsleistungen, die Sicherung der Grundrechte der Bevölkerung des zunächst noch besetzt bleibenden Gebietes vor der Willkür der Besatzung, die Rückkehr aller Vertriebenen und Verhafteten und ihre Wiedereinsetzung in ihre früheren Stellungen. Der Zentralvorstand setzt als selbstverständlich voraus, daß Versuche, die Räumungsfristen des altbesetzten Gebietes hinauszuschieben, mit aller Entschiedenheit verhindert werden.

[149] Der nicht in das Protokoll aufgenommene Text der Resolution wird inseriert nach dem Abdruck in der NLC vom 6.7.1924.

Das Sachverständigengutachten selbst sieht vor, daß durch die gewaltigen Deutschland auferlegten Leistungen die deutsche Währung nicht erschüttert und die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung nicht unter die der anderen Nationen herabgedrückt werden darf. Der Zentralvorstand ist sich darüber einig, daß so ungeheure Lasten dem deutschen Volke nur unter diesen beiden Voraussetzungen zugemutet werden können.

Über den zweiten Antrag, die Innen- und Wirtschaftspolitik betreffend, kommt es zu einer längeren und kontroversen Debatte. Nachdem die einzelnen Sätze des Resolutionsentwurfs mit wechselnden Mehrheiten bereits angenommen sind, erfolgt in der Gesamtabstimmung eine Ablehnung, nicht zuletzt wegen der von Stresemann geäußerten Bedenken gegen den letzten Satz, der baldige Bemühungen um die Bildung einer großen bürgerlichen Koalition nahelegt. Nach erregten Auseinandersetzungen kommt es zu einer erneuten Abstimmung.

Vorsitzender [v. Campe]: Meine Damen und Herren! Ich möchte eigentlich glauben, daß ich die ersten vier Sätze nicht mehr zu verlesen brauche (Zustimmung). Wir würden zur Abstimmung kommen. Das ganze Verfahren läuft darauf hinaus, daß wir zweimal abstimmen. Ich nehme an, daß die ersten vier Sätze angenommen werden (Zuruf: Abstimmen!). Also Satz 1 (Zuruf: zusammen abstimmen!). Gut, dann stimmen wir über alle vier Sätze zusammen ab. Wer ist dagegen, daß die vier Sätze angenommen werden? Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Nun lese ich den fünften Satz nochmals vor. Er lautet: »Der Zentralvorstand vertraut darauf, daß alle dazu berufenen Instanzen auch weiterhin eine auf dieser Grundlage sich aufbauende bürgerliche Regierung herbeizuführen suchen werden«. Jetzt ist der Antrag gestellt, das Wort »bürgerliche« zu streichen und die Worte »zu gegebener Zeit« einzufügen. Also wer will, daß für den Fall der Annahme dieses Satzes das Wort »bürgerliche« gestrichen wird, den bitte ich die Hand zu erheben. 12 Stimmen sind dafür, das ist die Minorität. Das Wort »bürgerliche« ist also geblieben. Wer nun weiter die Worte »zu gegebener Zeit« für den Fall der Annahme dieses Antrages einfügen will, den bitte ich, die Hand zu erheben. Das ist die Mehrheit. Die Worte »zu gegebener Zeit« sind also eingefügt im Falle der Annahme dieses Satzes. Wir kommen jetzt zur Abstimung über den fünften Absatz überhaupt. Wer den fünften Absatz annehmen will, den bitte ich die Hand zu erheben.

37 Stimmen sind dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. 49 Stimmen sind dagegen. Der Antrag ist also auch in dieser Form gefallen. Der Sicherheit halber will ich nun doch nochmals abstimmen lassen, ob die vier Absätze als Ganzes angenommen werden sollen. Ich nehme ohne weiteres an, daß kein Widerspruch erfolgt.

Dr. Becker: Wenn Sie vorhin, wo alle einzelnen Absätze mit Mehrheit angenommen waren, über die ganze Resolution haben abstimmen lassen, dann müssen Sie das nunmehr umso mehr (Zurufe). Sie müssen nunmehr über die fünf Absätze zusammen abstimmen (Zurufe: über vier).

Vorsitzender [v. Campe]: Meine Damen und Herren! Über fünf Absätze können wir nicht abstimmen, da keine fünf Absätze da sind, nachdem der fünfte Absatz vorhin gefallen ist. Ich habe vorhin gesagt, ich nehme an, daß damit die Abstimmung auch

erledigt ist, wenn kein Widerspruch erfolgt (Zuruf). Herr Dr. Becker widerspricht dem. Ich bitte also diejenigen, die nunmehr die Gesamtresolution mit ihren vier Absätzen ablehnen wollen, die Hand zu erheben. Das ist die Minderheit. Die ersten vier Sätze sind also als Gesamtresolution angenommen. Wir kommen nunmehr dazu, diejenigen Herren zu bestimmen, die die endgültige Redaktion der Einleitung und des vierten Satzes vorzunehmen haben (Zurufe).

Es wird vorgeschlagen, daß die Herren Kempkes und Leidig die Schlußredaktion vornehmen sollen. Sind sie damit einverstanden? Das ist der Fall, die genannten Herren werden somit die Schlußredaktion vornehmen.[150]

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Schluß unserer Sitzung angelangt. Es ist vorhin darauf hingewiesen worden, daß unsere Besprechungen von einer seltenen Einmütigkeit getragen [gewesen] seien und daß leider in den letzten Augenblicken eine Differenz aufgetreten ist, über die wir uns nicht haben einigen können. Ich möchte aber doch glauben, daß wir alle in diesem Augenblick auseinandergehen unter dem Eindruck, daß tatsächlich unsere Verhandlungen von dem ernstesten Willen getragen gewesen sind, in allen Anschauungen zusammenzukommen und eine Einigkeit auch nach außen hin zu zeigen. Nur, wenn das der Fall ist, meine Damen und Herren, wird es möglich sein, daß wir in den kommenden Kämpfen unseren Mann stehen, so wie wir ihn früher gestanden haben. Ich habe das Vertrauen, daß diese Einigung immer mehr in unsere Reihen einziehen wird, nachdem einige Elemente abgesplittert sind, die sich innerlich längst von uns losgesagt hatten. In dieser Hoffnung, daß, wenn wir, auch kleiner, so doch geeint, in die bevorstehenden Kämpfe eintreten werden, schließe ich die Sitzung (Lebhaftes Bravo!).

Schluß der Sitzung 6 Uhr 40.

[150] Nach der NLC vom 6.7.1924 wurde zur inneren Politik folgender Antrag angenommen: »Der Parteitag in Hannover hat in Übereinstimmung mit der Reichstagsfraktion, der Fraktion des Preußischen Landtags und dem Parteivorstand die Auffassung der Partei dahingehend kundgegeben, daß die Deutsche Volkspartei sich fühle als der Mittelpunkt einer Zusammenfassung aller staatserhaltenden bürgerlichen Kräfte. Der Zentralvorstand dankt der Reichstagsfraktion dafür, daß sie in Ausführung dieses Beschlusses sich in entschiedenen Bemühungen für die Bildung einer großen bürgerlichen Koalitionsregierung eingesetzt hat, Bemühungen, die leider durch das Versagen anderer Faktoren erfolglos geblieben sind. Er erkennt die Notwendigkeit an, daß die Reichstagsfraktion nach dem Scheitern dieser Bemühungen sich erneut zu verantwortlicher Mitarbeit in der Reichsregierung zur Verfügung gestellt hat. Auf die Dauer können die bestehenden innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten nur behoben werden, wenn alle Volkskräfte zusammen wirken, die auf dem Boden des Schutzes der Privatwirtschaft eine gesunde nationale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik treiben und sich in der Notwendigkeit der Erhaltung des Staates und seiner Autorität in verantwortlicher Mitarbeit zusammenfinden«.

57.

22. Oktober 1924: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

NLC vom 23.10.1924, Nr. 174.[1] Überschrift: »Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses«.

Bei der endgültigen Konstituierung bestätigt der Ausschuß die bereits früher vorgenommene Wahl von Kempkes zum Vorsitzenden und Garnich zu dessen Stellvertreter. Zugewählt werden Havemann, Hepp, Hollmann, Hugo, Pfarrer Luther, Mittelmann, Steffens und Winnefeld. Kempkes berichtet, daß die Leitung der Jugendabteilung der Reichsgeschäftsstelle Generalsekretär Husen (bisher Danzig) übertragen wurde. Die Richtlinien der Fachausschüsse werden bestätigt.[2] *Zu Vorsitzenden der Fachausschüsse werden gewählt: Hepp (Landwirtschaft), Hugo (Handel und Industrie), Havemann (Handwerk), Beythien (Kleinhandel), Meyer-Herford (Beamte), Thiel (Angestellte), Winnefeld (Arbeiter), Hollmann (Schule und Kirche), Garnich (Technik), Leidig (Kommunalpolitik), Frau Mende (Kriegsopfer), Mittelmann (österreichische Fragen), Steffens (Ostfragen), Luther (Jugend), Frau Matz (Frauen).*

Weiter wird beschlossen, den Wahlkampf mit einem Reichsparteitag Mitte November in Dortmund[3] *zu eröffnen, wobei hinsichtlich der Wahlparole* »völlige Einmütigkeit« *herrscht*: »Die Deutsche Volkspartei wird den Wahlkampf selbständig führen, ohne jede Anlehnung nach links oder rechts«.[4]

---

[1] Im Bestand BAK R 45 II/57 fehlt ein Protokoll der Sitzung; dort nur die Tagesordnung (1. Zuwahlen, 2. Wahl der Ausschußvorsitzenden, 3. Politische Lage. Parteitagungen, 4. Verschiedenes), die Anwesenheitsliste sowie handschriftliche, teils in Privatstenographie abgefaßte Protokollnotizen von Trucksaess.

[2] Siehe auch Dok. Nr. 42, Anm. 3.

[3] Der 6. Parteitag der DVP fand am 14.11.1924 in Dortmund statt; ein stenographisches Protokoll der Verhandlungen findet sich im BAK R 45 II/29.

[4] Im Wahlaufruf der DVP vom 15.11.1924 hieß es: »Wir kämpfen für nationale Realpolitik einer starken Regierung auf den Grundlagen des Rechtsstaates und gesunder Wirtschaft. Unter dem Symbol der alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot wollen wir ein neues glückliches Deutschland schaffen. Der Weg zu diesem Aufstieg führt nicht rechts noch links, er führt geradeaus!«, »Die Zeit«, 16.11.1924, Nr. 271.

58.

13. November 1924: Sitzung des Zentralvorstands in Dortmund

»Die Zeit« vom 14.11.1924, Nr. 269. Überschrift: »Der Auftakt. Große Rede Stresemanns. Unser Verhältnis zu den anderen Mächten«.[1]

Die Sitzung wird von Stresemann mit Gedenkworten für die verstorbenen Zentralvorstandsmitglieder eröffnet. Nach einem Grußwort von Hembeck ergreift Stresemann das Wort zur politischen Lage[2]:

[Stresemann]: Im normalen Verlauf der Dinge würde ich gegenwärtig als deutscher Außenminister die Grundlagen unserer außenpolitischen Lage vor dem Reichstag und seinen Ausschüssen zu vertreten haben. Die Auflösung des Reichstages hat eine solche Aussprache verhindert.[3] Ich lege aber bei der gegenwärtigen Gestaltung der außenpolitischen Lage, bei der Bedeutung wichtiger politischer Entscheidungen im Leben anderer Völker, vor allem aber bei der grundsätzlichen Bedeutung der Frage der Neuregelung unserer Handelsvertragsbeziehungen, Wert darauf, meine Anschauungen zu der außenpolitischen Lage auch der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck zu bringen.[4] Ich bitte deshalb, vor dem hier versammelten Gremium diese Stellungnahme darlegen zu dürfen.

Die künftige Geschichtsschreibung wird, wie ich mit Sicherheit glaube sagen zu können, bei ihrer Schilderung der Auswirkungen des Weltkrieges, das Jahr 1924 als das Jahr bezeichnen, das nach fünfjährigem fruchtlosen Hader den Umschwung zum Besseren gebracht hat. Wir haben in diesem Jahre zum erstenmal Anzeichen dafür gesehen, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der Völker und eines friedlichen Ausgleichs ihrer Interessen Herr zu werden beginnt über die Gegensätze des Krieges und seine furchtbaren Folgen.

Die Stadt Dortmund kann wie kaum eine andere deutsche Stadt diese Entwicklung aus unmittelbarster Erfahrung bezeugen. Vergegenwärtigen Sie sich unsere Lage, wie sie heute vor einem Jahre war und wie sie heute ist. Nach dem Abbruch des opferreichen Ruhrkampfes[5] standen im November 1923 die alliierten Länder, insbesondere

---

[1] Im Bestand BAK R 45 II/39 fehlt ein stenographisches Protokoll der Sitzung; auch die NLC berichtete lediglich summarisch über ihren Verlauf.

[2] In der »Zeit« wird Stresemanns Rede im vollen Wortlaut im Anschluß an einen kurzen Bericht über den Sitzungsverlauf abgedruckt. Sie wird hier diesem Kurzbericht inseriert. Im PA NL Stresemann 18 findet sich eine maschinenschriftliche Stichwortsammlung mit zahlreichen handschriftlichen Korrekturen Stresemanns, von ihm überschrieben mit: »Material für Rede in Dortmund 13.11.1924«.

[3] Siehe Dok. Nr. 56, Anm. 105, 117.

[4] Die überwiegende Mehrheit der Delegierten des am folgenden Tag beginnenden Parteitages (Tagungsprotokoll im BAK R 45 II/29) scheinen bereits an dieser vorausgehenden Sitzung des Zentralvorstandes teilgenommen zu haben; so meldete die »Zeit« vom 14.11.1924, Nr. 269, »etwa 800 Delegierte« hätten an der Tagung teilgenommen. Entgegen der sonst üblichen Praxis waren somit die Ausführungen auf dieser Zentralvorstandssitzung nicht als »vertraulich« einzustufen.

[5] Siehe Dok. Nr. 53, Anm. 4.

das damalige Frankreich, unseren Bemühungen um gütliche Beilegung des gefährlichen Konflikts noch verständnislos und ablehnend gegenüber. Wohl niemand von uns hätte damals die Hoffnung zu äußern gewagt, daß im November 1924 Dortmund von fremden Truppen befreit, die baldige Räumung des Ruhrgebiets gesichert, die Einheit zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland wiederhergestellt und die deutsche Wirtschaft wieder in geregelte Bahnen geleitet sein würde.[6] Ich meine, daß ein solcher Vergleich des Vorjahres und der Gegenwart jedem Vorurteilslosen genügen muß, um die Frage zu beantworten, die für die Beurteilung der deutschen Außenpolitik des letzten Jahres entscheidend ist, die Frage nämlich, ob die Haltung der Reichsregierung auf der Londoner Konferenz richtig war oder nicht.[7] Gewiß, die Konferenz hat nicht alle unsere Erwartungen erfüllt, das kann niemandem klarer bewußt sein als mir selbst. Um die Konferenz aber richtig zu bewerten, darf sie nicht etwa als die Endlösung der uns gestellten Probleme, sondern nur als der erste Schritt auf einem Wege betrachtet werden, den in unbeirrter Folgerichtigkeit weiterzugehen uns die Notwendigkeit gebietet. Das Ziel der deutschen Außenpolitik kann nur sein, in loyaler und sachlicher Zusammenarbeit mit dem Ausland überall für die wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnisse unseres Volkes Verständnis zu schaffen, Problem für Problem zu bereinigen und so für Deutschland die Stellung wiederzuerringen, die ihm zukommt. Die Welt wird und muß einsehen, daß ein freies und gesundes Deutschland im Herzen Europas eine unerläßliche Voraussetzung für Fortschritt und Gedeihen aller Völker ist.

Wir haben keine andere Möglichkeit, als Schritt für Schritt unseren mühevollen Weg zu gehen. Blendende Erfolge und sofortige Endergebnisse darf niemand erwarten, der über ausreichenden Wirklichkeitssinn verfügt. Das ist der Gesichtspunkt, unter dem sie auch die einzelnen konkreten Auswirkungen der Londoner Konferenz beurteilen müssen, wie sie sich hier an Ruhr und Rhein darstellen. Die abfällige Kritik, die vielfach nicht nur an dem Londoner Pakt selbst, sondern auch an seiner Durchführung geübt worden ist, wird den Tatsachen nicht gerecht. Ich muß hier in voller Objektivität feststellen, daß der Geist der Verständigung und Versöhnung, der die Londoner Konferenz und insbesondere unsere schwierigen Verhandlungen mit den französischen und belgischen Staatsmännern beherrschte, sich weiter als fruchtbringend erwiesen hat und daß unser Vertrauen in die Vertragstreue unserer Gegenkontrahenten nicht getäuscht worden ist. Als erstes Ergebnis möchte ich anführen nicht nur die Räumung des Abschnitts Dortmund-Hörde-Lünen, sondern auch die Räumung von Offenburg und Appenweier, die bereits zwei Tage nach unserer Abreise aus London, d. h. also mehrere Monate früher als zugesagt, durchgeführt worden ist, weiter die Räumung der Häfen von Karlsruhe, Mannheim, Emmerich und Wesel. Ein Aufatmen ging durch das ganze Wirtschaftsleben, nicht nur des besetzten Gebietes, sondern auch des unbesetzten Deutschlands, als endlich die unnatürliche Binnenzollpolitik am 21. September [1924] fiel, die bis dahin das einheitliche deutsche Wirtschaftsgebiet willkürlich unter Zerschneidung lebenswichtiger Wirtschaftsarte-

[6] Zu den Verhandlungen um die Räumung des Ruhrgebiets und des Sanktionsgebiets (Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort) siehe Dok. Nr. 56, Anm. 23, 53.

[7] Die Londoner Konferenz, auf der der Dawes-Plan von allen beteiligten Regierungen akzeptiert wurde und Deutschland die Zusicherung erhielt, daß das Ruhrgebiet innerhalb eines Jahres geräumt werde, tagte vom 16.7.–16.8.1924, siehe Dok. Nr. 56, Anm. 23.

rien trennte. Die Verwaltung des Ein- und Ausfuhrwesens im besetzten Gebiet, die uns nicht erst seit Januar 1923, sondern bereits seit dem Scheitern der ersten Londoner Konferenz im Jahre 1921 genommen war, ist wieder in unserer Hand.[8] Auch die Rückgabe der Forsten, Domänen sowie der beschlagnahmten Kohlengruben und Kokereien hat sich reibungslos vollzogen. Der Deutsche, der bisher, wenn er sich vom unbesetzten Gebiet ins besetzte Gebiet begeben wollte, einem ganz unnatürlichen Paßzwang[9] unterworfen war, kann nunmehr wieder in ganz Deutschland, nur mit einem polizeilichen Ausweis versehen, herumreisen. Ich bin es dem Landeshauptmann der Rheinprovinz, Herrn Dr. Horion[10], der die deutsche Abordnung zur Durchführung der Londoner Abmachungen geführt hat, schuldig, daß ich ihm auch von hier aus Dank und Anerkennung für die geschickte und ganz den Absichten der Reichsregierung entsprechende Art ausspreche, wie er die Verhandlungen auf deutscher Seite geleitet hat. Ich nehme aber auch keinen Anstand zu erklären, daß auf der Gegenseite das Bestreben obgewaltet hat, sich mit dem Geiste der Londoner Konferenz zu erfüllen.

Im altbesetzten Gebiet bleibt noch eine Fülle von Arbeit, die sich insbesondere auf die Milderung des Ordonnanzsystems bezieht. Aber auch hierüber schweben zur Zeit Verhandlungen, von denen ich hoffe, daß sie im Interesse der Bevölkerung, aber auch im Interesse der Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen zu einem guten Ende gelangen. Auch die Amnestie gehört zu jenen Materien, die einer endgültigen Erledigung noch harren.[11] Eine große Anzahl von Freilassungen ist bereits erfolgt, und zwar gerade von solchen Persönlichkeiten, die nach französischer Auffassung sich in besonders schwerem Maße gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen vergangen haben. Dagegen scheint die Freilassung anderer Personen, z.B. derjenigen, die sich nach französischer Auffassung durch die Zugehörigkeit zu nationalen Verbänden vergangen haben, noch auf Schwierigkeiten zu stoßen. Wir haben der französischen Regierung Vorschläge gemacht, um die auf diesem Gebiet noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten in möglichst schneller und reibungsloser Weise einer Lösung zuzuführen. Die Antwort der französischen Regierung steht noch aus; ich hoffe aber, daß unseren Vorschlägen Rechnung getragen werden wird.

Das Fazit meiner Ausführungen über das bisher für die besetzten Gebiete Erreichte kann ich dahin zusammenfassen, daß sich das Vertrauen, das uns in London zur Unterschrift und zur Übernahme so schwerer Verpflichtungen bestimmte, bis heute gerechtfertigt hat. Wir schöpfen aus der bisherigen prompten Erfüllung der von der

[8] Der Zollkordon zwischen dem besetzen und unbesetzten Gebiet war ein Teil der Pfänderverwaltung, die die französische und belgische Regierung im besetzten Gebiet errichtet hatte. Zu den Modalitäten seiner Aufhebung siehe die Verhandlungen von Marx und Stresemann mit Herriot am 15.8.1924 auf der Londoner Konferenz, Kabinette Marx I/II, Anh. Nr. 1, S. 1302. Zur seit April 1921 bestehenden alliierten Kontrolle des Ein- und Ausfuhrwesens siehe Kabinett Fehrenbach Dok. Nr. 188, 189.

[9] Im April 1923 war ein Paßzwang für das besetzte Gebiet erlassen worden, siehe Dok. 51, Anm. 3.

[10] Johannes Horion (1876–1933), Jurist in der rheinischen Provinzialverwaltung; 1922–1933 Landeshauptmann der Rheinprovinz.

[11] Zu den auf der Londoner Konferenz getroffenen Amnestievereinbarungen siehe Dok. Nr. 56, Anm. 52.

Gegenseite übernommenen Verpflichtungen das Vertrauen, daß auch die in näherer oder fernerer Zukunft fällig werdenden Zusagen in derselben Weise erfüllt werden. Hierzu gehört die Räumung der außerhalb des Vertrags von Versailles besetzten Gebiete, also des Restes des Ruhrgebiets und der Brückenköpfe von Düsseldorf und Duisburg. Hierzu gehört ferner aber die vertragsmäßige Räumung des altbesetzten Gebietes. Die rechtzeitige Räumung dieser Zone wird die beste Probe aufs Exempel sein. Die vertragsmäßige Räumung der ersten Zone des altbesetzten Gebietes ist der vorläufige Abschluß einer Politik, die zu den Londoner Vereinbarungen geführt hat und zu der das deutsche Volk seine Zustimmung gab, der zuliebe es die großen Belastungen des Dawes-Gutachtens auf sich nahm, weil es der Überzeugung war, daß damit auch die Bahn für die loyale Durchführung des Versailler Vertrages seitens unserer Vertragsgegner für alle Zeiten gewährleistet sein muß.[12]

In dieser Erwartung möchte ich mich auch nicht durch bedauerliche Zwischenfälle beirren lassen, wie ihn die kürzliche Verhaftung des Generals von Rathusius darstellt. Ich hoffe, daß das französische Vorgehen gegen diesen alten deutschen Soldaten, der völlig ahnungslos und reinen Gewissens von der Erlaubnis der französischen Behörden zur Einreise nach Elsaß-Lothringen Gebrauch machte, um einer Pietätspflicht zu genügen, nicht als das Wiedererwachen von Stimmungen und Tendenzen der Kriegszeit angesehen zu werden braucht, sondern nur als ein Mißgriff nachgeordneter Organe, den die französische Regierung alsbald rektifizieren wird.

Im Zusammenhang mit den besetzten Gebieten muß ich noch eines anderen deutschen Landstrichs gedenken, der ebenfalls fremder Gewalt unterworfen ist, wenn auch einem anderen Regime als dem der Besetzung. Ich meine unser deutsches Land an der Saar. Sie wissen alle, daß man im Jahre 1919 in Paris behauptet hat, an der Saar lebe eine gemischte Bevölkerung, und daß man deswegen eine Volksabstimmung, freilich erst nach 15 Jahren, für nötig hielt.[13] Nun, diese Behauptung kann, wie ich glaube, heute als endgültig abgetan betrachtet werden. Die Bevölkerung selbst hat – dies können wir ihr nicht genug danken – der Welt offenkundig gemacht, daß an der Saar wirklich nur Deutsche wohnen. Freilich dienten jene Behauptungen wie 1919 hauptsächlich dazu, die Abtretung der Kohlengruben zu ermöglichen. Das war eine wirtschaftliche Frage, die zweckentsprechend nur wirtschaftlich gelöst werden konnte. Aber entgegen den deutschen Vorschlägen sucht man sie politisch zu lösen. Das war der große Fehler von 1919. Heute wäre, so scheint mir, die Welt für ver-

[12] Die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den Alliierten über die fristgerechte Räumung der nördlichen Rheinlandzone, die gemäß Art. 429 des Versailler Vertrages am 10.1.1925 erfolgen sollte, wurde durch eine alliierte Kollektivnote vom 5.1.1925 verschärft, in der der Reichsregierung mitgeteilt wurde, die alliierten Regierungen hätten den Beweis dafür erhalten, daß Deutschland die in Art. 429 enthaltenen Bedingungen nicht erfüllt habe, so daß eine Räumung zum vorgesehenen Termin nicht erfolgen könne (Text der Note: Schultheß 1925, S. 399). Zu den Kabinettsberatungen siehe Kabinett Marx I/II, Dok. Nr. 386, 387; Kabinett Luther I/II, Dok. 8.

[13] Der Versailler Vertrag unterstellte das Saargebiet dem Völkerbund. Nach 15 Jahren sollte die Bevölkerung in einer Volksabstimmung darüber befinden, ob sie den Anschluß an Deutschland, an Frankreich oder Autonomie wünsche. Das Eigentum an den Saargruben mußte Deutschland – mit einem Rückkaufrecht im Falle eines für Deutschland günstigen Ausfalls der Volksabstimmung – an Frankreich abtreten; zur Lage im Saargebiet siehe auch Sharp, S. 113ff. sowie die in Dok. Nr. 5, Anm. 223 genannte Literatur.

nünftige, wirtschaftliche Lösungen wohl zugänglicher. Einstweilen aber wirkt der Fehler von 1919 fort, sehr zum Nachteil sämtlicher Beteiligten. Wirtschaftlich hat Frankreich durch den Besitz der Saargruben keineswegs das erlangt, was es 1919 erhoffte. Es wäre besser gefahren, wenn es den deutschen Anregungen Gehör geschenkt hätte. Und vom Politischen gilt dies erst recht. Das Bild ist heute doch ganz klar: In fünf Jahren haben alle Versuche, die Bevölkerung an der Saar zu beeinflussen und ihrem Deutschtum zu entfremden, nicht den geringsten Erfolg gehabt. Wer auf diese fünf Jahre zurückblickt, wird wohl nicht annehmen, daß man in weiteren zehn Jahren den Gefühlen der Bevölkerung eine andere Richtung geben könnte. Aber jene Behauptungen von 1919 sind nun einmal da. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als die Probe aufs Exempel zu machen und die Bevölkerung abstimmen zu lassen. Nur so können wir klare Verhältnisse bezüglich des Saarlandes schaffen, wie sie im Interesse friedlicher Beziehungen zwischen Nachbarvölkern unerläßlich sind.

Ebenso wie hinsichtlich der besetzten Gebiete ist auch sonst die Abwicklung des Londoner Paktes bisher normal verlaufen. Namentlich hat die 800–Millionen-Anleihe in allen Ländern, in denen sie aufgelegt worden ist, einen überaus starken Erfolg gehabt.[14] Der Erlös aus der Anleihe beginnt bereits in die Kassen der Reichsbank zu fließen, und man kann darauf vertrauen, daß seine befruchtende Wirkung auf die deutsche Wirtschaft sich bald geltend macht. Auch von den Gegnern des Londoner Paktes kann nicht bestritten werden, daß die deutsche Wirtschaft diesmal wirklich eine Ruhezeit bekommen hat, eine Pause, um die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen. Unsere Aufgabe ist es, diese Zeit in vollem Umfang für den Aufbau der deutschen Wirtschaft im Innern und für den Ausbau der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland nach allen Kräften auszunutzen.

Der Ausbau der deutschen wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland ist in vollem Gange. Mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Spanien sind Handelsverträge bereits abgeschlossen, die noch der Genehmigung durch die Parlamente harren.[15] Mit England, Frankreich, Belgien, der Schweiz und der Türkei schweben zur Zeit Handelsvertragsverhandlungen, und mit Italien, Japan und Polen steht der Beginn von Verhandlungen unmittelbar bevor. Sie erkennen schon aus der großen Zahl dieser Länder die Bedeutung, die diesen Verhandlungen zukommt, und ihre Bedeutung wird dadurch vermehrt, daß wir ja in vielfacher Beziehung vor ganz neuen Verhältnissen stehen und neue Probleme gelöst werden müssen. Es haben sich bei uns die Verhältnisse gegen früher geändert, insbesondere durch die Verringerung unserer industriellen Rohstoffbasis und der landwirtschaftlichen Erzeugung. Wir finden aber auch bei den anderen Länder, mit denen wir verhandeln, vielfach andere Voraussetzungen vor. Es ist nicht möglich, einfach an die Verhältnisse und Beziehungen anzuknüpfen, wie sie im Jahre 1914 abgebrochen worden sind. Es müssen neue Wege gesucht und gefunden werden. Es wird nicht allen Staaten möglich sein, jetzt schon auf lange Sicht Handelsverträge abzuschließen. Wir werden zum Teil mit Pro-

[14] Zu der im Dawes-Plan vorgesehenen internationalen Anleihe von 800 Millionen Mark siehe Dok. Nr. 56, Anm. 21.

[15] Der Freundschafts-, Konsular- und Handelsvertrag zwischen Deutschland und den USA war am 8.12.1923 unterzeichnet worden und wurde am 17.8.1925 verkündet (Text: RGBl. 1925 II, S. 795); zur Vorgeschichte siehe RTDrs., Bd. 402, Nr. 1116. Das deutsch-spanische Handelsabkommen wurde am 25.7.1924 in Madrid unterzeichnet (Text: RTDrs., Bd. 383, Nr. 467).

visorien, mit kurzfristigen Abkommen arbeiten müssen, um die Wirkung der Abmachungen auf die veränderten Verhältnisse zu erproben. Den leitenden Grundsatz aus unserer Handelspolitik der Vorkriegszeit, nämlich den der gegenseitigen Meistbegünstigung, können und müssen wir aber auch fernerhin zur Grundlage unserer Handelsbeziehungen mit dem Auslande machen. Wir stehen in diesem Punkte vor einer entscheidenden Wendung und Besserung unserer Lage. Am 10. Januar 1925 läuft die uns im Vertrag von Versailles auferlegte einseitige Meistbegünstigung ab, und wir stehen von diesem Zeitpunkt ab wieder als gleichberechtigtes Mitglied dem Ausland gegenüber.[16] Das Ausland hat in Erkenntnis dieser veränderten Lage den Wunsch, mit uns neue Verträge abzuschließen. Wir haben den gleichen Wunsch und führen die Verhandlungen in dem aufrichtigen Bestreben, mit allen Ländern zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu kommen.

Wenn wir das System der Meistbegünstigungen zum Mittelpunkt unserer Verhandlungen machen, so geschieht das nicht nur, weil dieses System am besten geeignet ist, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den einzelnen Vertragsländern auf einer gerechten und dauernden Basis zu regeln, sondern noch vielmehr, weil dieses System allein eine wirtschaftliche Verständigung und Annäherung aller Länder an Europa gewährleistet. Jedes andere System von Zollvereinbarungen führt zur Abschließung der Länder unter sich, eine Tendenz, die heute sich noch viel schädlicher auswirken muß als früher, wo in Europa große organisch entstandene und ausgeglichene Wirtschaftsgebiete vorhanden waren. Der 10. Januar [1925] stellt Deutschland, aber auch das übrige Europa, vor eine wichtige historische Aufgabe. Die Wirtschaftsverhandlungen, die jetzt eingeleitet sind und die sich mit Provisorien und Unterbrechungen wahrscheinlich über eine lange Zeit hinziehen werden, bis sie alle zu festen, dauernden Handelsverträgen nach früherem Muster geführt haben, werden darüber entscheiden, ob in Europa in den nächsten Jahrzehnten wirtschaftliche Verständigung und Zusammenarbeit oder ein wirtschaftlicher Kampf aller gegen alle herrschen wird. Wirtschaftskampf drängt aber immer zu gewaltsamen Lösungen. Es ist daher eine große Verantwortung, die auf den Staatsmännern und den Parlamenten ruht, die darüber zu entscheiden haben, ob Europa einem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten oder einem Wirtschaftskampf entgegengeht. Ich kann wohl sagen, daß alles, was es in Deutschland an verantwortlichen Körperschaften gibt, sich dieser Verantwortung bewußt ist und eine wirtschaftliche Verständigung mit dem Auslande anstrebt.

Der gerade in den letzten Wochen im Ausland nicht ohne bestimmte Tendenz verbreiteten Befürchtung, daß Deutschland das Ausland in kurzem mit deutschen Waren überschwemmt und sich selbst gegen das Ausland mit Prohibitivzöllen abschließen wird[17], muß ich entschieden entgegentreten. Deutschland steht bezüglich seiner Ausfuhr weit hinter allen anderen Ausfuhrländern der Welt zurück. Ein kürzlich

[16] Nach Art. 271 und 272 des Versailler Vertrags war Deutschland verpflichtet, den alliierten und assoziierten Staaten im Handelsverkehr einseitig das Meistbegünstigungsrecht einzuräumen. Nach Art. 280 sollte diese Verpflichtung 5 Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrags (10.1.1920) erlöschen, sofern nicht der Völkerbundsrat 12 Monate vor Ablauf dieser Frist entschied, daß diese Verpflichtung aufrechterhalten bleiben sollte (was nicht geschah); siehe dazu auch Pohl, S. 113ff.; Krüger, S. 286ff.

[17] Zu den Auseinandersetzungen um die Agrarzollfrage im August 1924 siehe Dok. Nr. 56, Anm. 133.

veröffentlichter Vergleich des Außenhandels aller Länder hat ergeben, daß der Welthandel im allgemeinen bereits wieder auf 80 Prozent des Welthandels vor dem Kriege gestiegen ist, daß der deutsche Außenhandel aber nur 40 Prozent der Vorkriegszeit beträgt. Diese Zahlen beweisen deutlicher als alle tendenziösen Behauptungen, wie übertrieben und unberechtigt die Furcht vor der Konkurrenz ist. Deutschland muß noch einen weiten Vorsprung der übrigen Länder einholen, um auf seinen früheren Stand zu kommen. Für die Erreichung dieses Zieles muß Deutschland allerdings auch seine ganzen Kräfte einsetzen, wenn es die auf ihm liegenden Reparationslasten erfüllen will. Die Freiheit und Gleichberechtigung Deutschlands in wirtschaftlicher Beziehung ist in dem Sachverständigengutachten, das die Grundlage für das Londoner Abkommen bildet, an verschiedenen Stellen ganz klar als Voraussetzung für die Erfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen anerkannt worden.

Wir müssen uns andererseits aber darüber klar sein, daß, wenn wir nach dem Ausland ausführen wollen, wir dem Ausland auch unseren Markt öffnen müssen. Wir können von dem Ausland nicht verlangen, daß es unsere Waren aufnimmt, wenn wir uns gegen die Waren des Auslands absperren. So leicht es ist, diese Erkenntnis theoretisch festzustellen, so schwer ist es, sie in der Praxis umzusetzen. Wir haben in dieser Beziehung in der letzten Zeit bei der Beratung von Zollpositionen seltsame Auffassungen feststellen können. Dieselben Sachverständigen, die zuerst in begeisterten Tönen das System eines sehr gemäßigten Zolles oder sogar des Freihandels gerühmt haben, haben dann sehr starke Schutzzölle verlangt, wenn die Beratung auf die Gegenstände gekommen ist, die ihre eigene Produktion berühren. Ich berühre hier eine sehr ernste Frage, der wir in der nächsten Zeit die stärkste Aufmerksamkeit schenken müssen. Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, daß wohl alle maßgebenden Kreise in Deutschland überzeugt sind, daß unser Verhalten sich auf einer gemäßigten Basis halten muß. Aber es ist unendlich schwer, die beteiligten Kreise dazu zu bringen, diese allgemeine volkswirtschaftliche Erkenntnis in die Tat umzusetzen, und ich muß an alle beteiligten Kreise den Appell richten, daß sie übertriebene Forderungen zum Schutze ihrer speziellen Interessen zurückstellen. Die Regierung und das Parlament haben die schwierige und immer undankbare Aufgabe, hier für einen Ausgleich zu sorgen.

Bei den Verhandlungen mit Frankreich waren wir uns von vornherein darüber klar, daß es nicht leicht sein wird, einen Ausgleich der deutsch-französischen Wirtschaftsinteressen zu finden.[18] Wir haben Frankreich durch das Angebot der Meistbegünstigung den deutschen Markt geöffnet. Wir werden die uns von Frankreich mitgeteilten Wünsche mit der ganzen Sorgfalt prüfen, die die Besonderheit der deutsch-französischen Lage erfordert, und ich kann nur der Hoffnung und dem Wunsch Ausdruck

[18] Am 10.1.1925 lief die in Art. 268 des Versailler Vertrags festgelegte Verpflichtung Deutschlands aus, in bestimmtem Umfang Erzeugnisse aus Elsaß-Lothringen die Grenze zollfrei passieren zu lassen; gleichzeitig erlosch auch die in Art. 264 ff. festgelegte Verpflichtung Deutschlands, den alliierten und assoziierten Mächten einseitig die Meistbegünstigungsklausel einzuräumen. Am 10. und 12.8.1924 fanden in der Reichskanzlei Besprechungen mit Vertretern der Industrie statt, die klären sollten, zu welchen wirtschaftlichen Zugeständnissen Deutschland bereit sei, um eine beschleunigte Räumung des Ruhrgebiets zu erreichen, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 272, 273 sowie Maxelon, S. 189 ff.

geben, daß auf französischer Seite die Probleme mit dem gleichen Geiste des Entgegenkommens behandelt werden, wie dies von deutscher Seite geschieht.

In England ist der Minderheitsregierung der Arbeiterpartei eine konservative Regierung mit starker Majorität gefolgt.[19] Dem aus dem Amt geschiedenen Premierminister MacDonald ist die Anerkennung dafür sicher, daß er sich stets mit aller Kraft für den Wiederaufbau und die Befriedung Europas eingesetzt hat. Das Zustandekommen des Londoner Paktes ist neben Herriot zum großen Teil ihm zu danken. Ich hoffe aber bestimmt, daß wir, wenn wir auf diesem Pakte jetzt weiter bauen, auch die Unterstützung der neuen Regierung in England finden. Deshalb begrüße ich es, daß der Herr Premierminister Baldwin sich gleich in der ersten Rede nach seinem Amtsantritt unzweideutig auf den Boden des Londoner Abkommens gestellt hat.

In den Vereinigten Staaten ist der bisherige Präsident mit sehr großer Mehrheit wiedergewählt worden.[20] Wir können die Entscheidung des amerikanischen Volkes auch vom deutschen Standpunkt aus begrüßen, weil sie die Billigung der von der bisherigen Regierung befolgten Politik freundschaftlichen Zusammenarbeitens mit uns in sich schließt und eine Gewähr für die Fortsetzung und die Pflege der zwischen beiden Nationen angebahnten guten Beziehungen bietet. Diese Beziehungen werden gekennzeichnet durch das lebhafte Interesse, daß man jetzt jenseits des Ozeans an dem Wiederaufbau Deutschlands nimmt in der Erkenntnis, daß dieser Wiederaufbau nicht nur eine deutsche Angelegenheit, sondern eine Angelegenheit von allgemeinem Interesse ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat seinerzeit ihre Zustimmung dazu gegeben, daß amerikanische Bürger sich an der Ausarbeitung des neuen Reparationsplanes für Deutschland beteiligten, dieses Planes, der jetzt in aller Welt den Namen eines Amerikaners trägt.[21] Das Interesse Amerikas, und zwar auch des amtlichen Amerika, ist dann aber auch auf der Londoner Konferenz stark in Erscheinung getreten, wo sich der amerikanische Einfluß als ausgleichend und fördernd erwiesen hat. Als es sich dann um die Schaffung der materiellen Grundlage für die Durchführung des Dawesplanes handelte, ist es der amerikanische Anteil an der deutschen Reparationsanleihe gewesen, der zuerst aufgelegt und ganz erheblich überzeichnet worden ist. Ganz besonders freut es uns aber, feststellen zu können, daß nicht nur eine Verkettung materieller Interessen zwischen den beiden Völkern stattgefunden, sondern daß darüber hinaus auch die freundschaftliche Annäherung Fortschritte gemacht hat.

Der Flug des Zeppelin nach den Vereinigten Staaten, diese Glanzleistung deutscher Technik und deutschen Wagemutes, hat in den Vereinigten Staaten die freundlichste Anerkennung gefunden und in beiden Ländern die Überzeugung vertieft, daß sie

[19] Die Wahlen zum britischen Unterhaus am 29.10.1924 brachten für die Konservativen einen überwältigenden Wahlerfolg. Neuer Premierminister wurde am 6.11.1924 der konservative Politiker Stanley Baldwin, siehe auch Baumgart, S. 188ff.

[20] Bei den amerikanischen Präsidentenwahlen am 4.11.1924 wurde der republikanische Amtsinhaber Coolidge mit großer Mehrheit bestätigt.

[21] Zum Dawes-Plan siehe Dok. Nr. 56, Anm. 14, 21.

berufen sind, in friedlicher Zusammenarbeit zur Lösung der Kulturaufgaben der Menschheit beizutragen.[22]

Besonders gedenken möchte ich unseres Verhältnisses zu Österreich. Dieses Verhältnis ist nach wie vor gekennzeichnet durch die freundnachbarlichen Beziehungen, die wir mit dem deutschen Brudervolk in Österreich unterhalten. Mit Genugtuung konstatieren wir, daß die Sanierung Österreichs unter der zielsicheren Leitung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Seipel[23] ihren stetigen Fortgang nimmt, trotz der dabei unvermeidlichen Krisenerscheinungen, zu denen auch der jüngste Eisenbahnerstreik zu rechnen ist.[24] Wir hoffen, daß unsere beiderseitigen engen Beziehungen durch das im Juli [1924] in Prag unterzeichnete Wirtschaftsabkommen eine noch weitere Vertiefung erfahren werden, zumal wir uns in diesem Abkommen den weiteren Ausbau vorbehalten und zugesagt haben.[25]

Was unsere östliche Nachbarn anlangt, so ist mit Polen nach jahrelangen schwierigen Verhandlungen in Wien am 30. August des Jahres ein deutsch-polnisches Abkommen in Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen unterzeichnet worden.[26] Das Abkommen ist geeignet, eine Reihe von Konfliktsmomenten aus der Welt zu schaffen, die die deutsch-polnischen Beziehungen bisher besonders belastet und zu vielfachen Reibungen geführt haben. Gegenwärtig wird zwischen der deutschen und der polnischen Regierung die Möglichkeit des Abschlusses eines deutsch-polnischen Handelsvertrages erörtert. Von unserer Seite würden dem Abschluß eines auf die beiderseitige Meistbegünstigung abgestellten provisorischen Vertrags mit Gültigkeit auf einige Monate, höchstens bis zum 1. Juli nächsten Jahres, Bedenken nicht entgegenstehen.

Sowjetrußland gegenüber entspricht die seit dem Rapallovertrag[27] inaugurierte Politik auch heute noch unseren vitalen politischen und wirtschaftlichen Interessen. Die der Ausgestaltung des Rapallovertrages dienenden, im letzten Jahre bekanntlich in

[22] Der von den USA bei den Zeppelinwerken in Auftrag gegebene Zeppelin »Z.R.3« landete am 3.10.1924 in Lakehurst; zu den handelspolitischen Zielen der amerikanischen Regierung siehe Link, S. 77f.

[23] Ignaz Seipel (1876–1932), katholischer Theologe. 1917 Professor in Wien, 1921–1929 Parteiobmann der Christlich-Sozialen Partei (Führer der konservativen »Wiener Richtung«), Mai 1922–Nov. 1924, Okt.1926–April 1929 österreichischer Bundeskanzler, Sept.–Nov. 1930 Außenminister.

[24] Aufgrund von Tarifauseinandersetzungen kam es Ende Oktober 1924 in Österreich zu einem großen Eisenbahnerstreik, siehe Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924, Wien 1987, S. 668f.

[25] Am 12.7.1924 war in Prag ein Zusatzvertrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen vom 1.9.1920 unterzeichnet worden, in dem sich beide Staaten Zollermäßigungen für eine Reihe von Exportartikeln zugestanden (Text: RGBl. 1924 II, S. 432).

[26] Der deutsch-polnische Optantenvertrag wurde am 30.8.1924 geschlossen, siehe dazu detailliert von Riekhoff, S. 58ff.; Oertel, S. 176ff.

[27] In dem zwischen Deutschland und der Sowjetunion am 16.4.1922 unterzeichneten Vertrag von Rapallo verzichteten beide Mächte auf den Ersatz der Kriegskosten und Kriegsschäden, Deutschland auch auf alle Ansprüche auf das durch sowjetische Verstaatlichungsmaßnahmen betroffene deutsche Eigentum in Rußland. Zur kontroversen Bewertung des Rapallovertrags siehe den Forschungsüberblick bei Kolb, Weimarer Republik, S. 203ff.; zu den deutsch-sowjetischen Verhandlungen vom Winter 1923 siehe Krüger, S. 215ff.; 279ff.; zu der Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik in der frühen Stalin-Zeit und dem Ziel der sowjetischen Führung, sich verstärkt dem asiatischen Raum zuzuwenden, siehe Walsdorff, S. 73ff.

Berlin geführten eingehenden Verhandlungen haben bereits zu einer Klärung wichtiger Vertragsmaterien geführt. Wesentlich größere Schwierigkeiten bieten der Natur der Sache nach die in diesen Tagen in Moskau eingeleiteten eigentlichen Wirtschaftsverhandlungen. Die Interessen beider großen Länder erfordern hierbei die praktische Betätigung der Erkenntnis, aus der der Rapallovertrag damals in schwerer Zeit geboren wurde. Die Arbeit wird nicht leicht sein, da es sich in erster Linie um den realpolitischen Ausgleich zweier auf völlig verschiedener Wirtschaftsauffassung beruhender staatspolitischer Systeme handelt. Alle in Moskau zu behandelnden Fragen werden mehr oder weniger von jener Unterschiedlichkeit der rechtlichen und wirtschaftlichen Einstellung beherrscht sein. Ich hege gleichwohl das Vertrauen, daß es mit beiderseitigem Verständnis für die berechtigten Bedürfnisse des andern Teils gelingen wird, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden und im Zusammenhang damit auch die in jüngerer Zeit namentlich in Transkaukasien entstandenen Differenzen zu lösen. Auch habe ich Grund, erwarten zu dürfen, daß es der Sowjetregierung gelingen wird, Einwirkungen innerpolitischer Natur, gegen die wir uns gewandt haben, in Zukunft zu verhindern. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten sind nicht unüberwindbar. Auch weitere europäische Märkte [!] werden ihren Weg zum russischen Volke finden. Die französische Regierung hat erst vor kurzem durch die Anerkennung der Sowjetunion gezeigt[28], wie sehr sich auch dort die Erkenntnis Bahn bricht, daß ein so großer Wirtschaftskörper auf die Dauer nicht ausgeschaltet werden kann. Wir können die sich mehrenden Zeichen solcher Erkenntnis nur begrüßen. Wie vor dem Kriege, so auch jetzt kreuzen sich die deutschen und französischen Interessen in Rußland nicht. Vielleicht ergeben sich sogar aus einer friedlichen Nebeneinanderarbeit im Osten Möglichkeiten, die zur Entspannung unserer Sorgen im Westen beitragen können.

Ein schwierigeres Kapitel als die bisher von mir berührten Fragen bildet die Frage der Militärkontrolle, auf die ich noch mit einigen Worten eingehen möchte.[29] Es ist Ihnen bekannt, daß die Reichsregierung mit allen Mitteln versucht hat, diese Kontrolle ihrem Ende zuzuführen. Dafür bot sich nur ein Weg: die Zulassung der Generalinspektion unsere Rüstungsstandes. So schwere Opfer es kostete, die Regierung hat sich im Hinblick auf das Ziel, das es zu erreichen galt, dazu entschlossen. Die Generalinspektion ist nun seit über zwei Monaten in vollem Gange. Es sind bei militärischen und zivilen Stellen sowie bei industriellen Unternehmungen annähernd 1000 Besuche vorgenommen worden. Dank der mustergültigen Haltung der Bevölkerung, die sich der staatspolitischen Notwendigkeit bewußt war, sind diese Besuche in allen Teilen des Reiches glatt und reibungslos verlaufen. Nur in einem Einzelfall, in Ingolstadt, ist es unlängst zu bedauerlichen Ausschreitungen der Zivilbevölkerung gekommen. Wenn dieser Vorfall inzwischen auch beigelegt ist, so muß doch die Regierung von der Einsicht der verständigen Kreise unseres Volkes erwarten, daß sie ihren Gefühlen im Interesse des großen Ganzen, das auf dem Spiel steht, einen Zügel

[28] Frankreich erkannte die Sowjetunion am 28.10.1924 offiziell an; die Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch die Botschafter Krassin und Herbette erfolgte am 4.1.1925.

[29] Zur Militärkontrolle durch die IMKK siehe Dok. Nr. 56, Anm. 97, 131. Zum Verlauf der gegen den Widerstand von v. Seeckt im Juni beschlossenen Generalinspektion, die am 8.9.1924 begann, und zu dem Bestreben Frankreichs, den Abzug der IMKK so lange wie möglich zu verzögern, siehe Salewski, S. 264ff.; Baumgart, S. 177f.

anlegen und das ihrige dazu beitragen, den sich jetzt vollziehenden Schlußakt der Militärkontrolle nicht zu stören. Daß der Befund der Generalinspektion den alliierten Ländern den Beweis der Entwaffnung Deutschlands erbringen muß, darüber kann schon jetzt kein Zweifel mehr bestehen. Deutschland erwartet daher mit Fug und Recht, daß mit dem Abschluß der Generalinspektion auch die Militärkontrolle in ihrer bisherigen Form als beendet zu betrachten ist. Einige Restfragen, die noch offen geblieben sind, werden sich bei gegenseitigem guten Willen im Wege der Verhandlungen ohne Verzögerung erledigen lassen. Wir sind also zu der Erwartung und Forderung berechtigt, daß in Kürze die Kontrolle aus der Hand der interalliierten Kommissionen in die Hand des Völkerbundes übergeht und von ihm den einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrags entsprechend gehandhabt wird.

Ich komme damit zu dem Völkerbund, der einen so wichtigen Faktor des internationalen Lebens darstellt, daß ich bei dieser Darstellung unserer außenpolitischen Lage nicht an ihm vorübergehen kann. Es ist Ihnen bekannt, daß die Reichsregierung sich für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entschieden hat und daß sie entschlossen ist, ihre Schritte in dieser Richtung fortzusetzen. Das Memorandum, das sie zu diesem Zwecke im September [1924] den im Völkerbund vertretenen Mächten überreichen ließ, hat allerdings anscheinend doch nicht überall das Interesse gefunden, das wir erhofft hatten.[30] Nur einige Mächte haben uns bisher geantwortet. Auch von diesen Antworten kann ich zu meinem Bedauern nicht sagen, daß sie allen unseren Erwartungen gerecht würden.[31] Ich vermisse darin ein genügendes Verständnis für die ganz besondere Lage, in der sich Deutschland befindet. Ein gänzlich entwaffnetes Volk kann inmitten eines stark gerüsteten Europas auch als Mitglied des Völkerbundes unmöglich auf das letzte Schutzmittel verzichten, das ihm durch das Recht auf Neutralität gewährt wird. Ich hoffe aber, daß wir im Wege der gegenseitigen Aussprache schließlich doch zu einer Einigung auch über diesen schwierigen Punkt gelangen werden.

Wie es hiermit aber auch werden mag, wichtiger als die Form, die der Genfer Völkerbund für die Gestaltung des internationalen Lebens gefunden hat, ist der Geist, der dieses Leben beseelen muß. Verträge, Abmachungen und internationale Organisationen sind nur das Gerüst für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Wachstum und Kraft wird dem internationalen Leben nur gegeben durch das Vertrauen, das die gegenseitigen Beziehungen erfüllt, und durch den aufrichtigen Verständigungswillen der Regierungen. Alle Völker haben Anspruch auf Freiheit und gleiches Recht. Nichts anderes als diesen Anspruch auf gleiches Recht und Freiheit verlangt Deutschland für sich (Stürmischer Beifall)![32]

[30] Zu den Vorverhandlungen hinsichtlich des Beitritts Deutschlands in den Völkerbund und dem deutschen Memorandum vom 29.9.1924 siehe Spenz, S. 23ff. sowie Dok. Nr. 56, Anm. 89.

[31] Die zehn im Völkerbundsrat vertretenen Regierungen bekundeten in ihren Antwortnoten zwar ihr Einverständnis für die deutsche Forderung eines ständigen Ratssitzes, widersprachen aber den deutschen Vorbedingungen und Vorbehalten, insbesondere hinsichtlich Art. 16 (Beteiligung an Bundesexekutionen). Zu den Beratungen der Reichsregierung siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 366; zur deutschen Note vom 12.12.1924 an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, in der die deutschen Vorbehalte bezüglich Art. 16 ausführlich begründet wurden, siehe Vermächtnis I, S. 582ff.

[32] Ende des Inserts.

Der Zentralvorstand[33] trat darauf in die Erörterung der Lage ein. In längerer Aussprache wurden dann unter dem Vorsitz des Abg. Dr. v. Campe Satzungsänderungen und geschäftliche Angelegenheiten beraten.

Darauf sprach der Parteivorsitzende, Reichsminister Dr. Stresemann, in längerer, oft von Beifallsstürmen unterbrochener Rede über die innenpolitische Lage und die Stellung der Partei im Wahlkampf. Er gab die Losung aus, daß die Deutsche Volkspartei unabhängig nach allen Seiten und selbständig in jeder Beziehung in den Wahlkampf eintrete. Die Versammlung nahm diese Erklärung mit langanhaltendem Beifallssturm auf.

Sodann wurde der Wahlaufruf besprochen.[34] An der Aussprache beteiligten sich u. a. die Abg. Dr. Runkel, v. Rheinbaben, Dr. Kahl, Kempkes und Thiel, Vertreter der Jugend und der Presse. Der Entwurf wurde einstimmig zur Vorlage an den Parteitag genehmigt.

Die Tagung des Zentralvorstandes wurde mit der Feststellung geschlossen, daß sie in ihrer großen Einmütigkeit und Geschlossenheit einen verheißungsvollen Auftakt zum morgigen Parteitag bilde.

59.

23./24. Mai 1925: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

NLC-Sonderausgabe. Überschrift: »Tagung des Zentralvorstandes der D.V.P. am 23. und 24. Mai 1925 in Berlin«.

Im Reichstag trat um 5 Uhr der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark besuchten Sitzung zusammen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann begrüßte als 1. Vorsitzender der Partei die Versammlung und gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der verstorbenen Mitglieder des Zentralvorstandes: Geheimrat Prof. Dr. Paasche[1] und Ehrenamtmann Westermann. Der Zentralvorstand beschäftigte sich zunächst mit den satzungsgemäß notwendig gewordenen Wahlen.[2]

Zum 1. Vorsitzenden des Zentralvorstandes wurde durch Zuruf einmütig unter stürmischem Beifall Reichsaußenminister Dr. Stresemann wiedergewählt. Dr. Stresemann nahm die Wahl an. Bei den Zuwahlen zu dem Zentralvorstand wurden in den Zentralvorstand gewählt: 1. Verbandsvorsteher Bechly (Berlin), 2. Magistratsbaurat Brüggemann (Berlin), 3. Frau Reichsrat v. Buhl (Deidesheim), 4. Generalsekretär

[33] In der Vorlage: »Zentralausschuß«.

[34] Der Wahlaufruf der DVP vom 14.11. ist u. a. abgedruckt in: NLC-Sonderausgabe zum Parteitag am 13. und 14.11.1924 in Dortmund sowie in der »Zeit«, 15.11.1924, Nr. 271.

[1] Hermann Paasche (1851–1925), Dr. phil. Professor der Staatswissenschaften in Berlin. 1881–1884, 1893–1918 MdR, 1894–1908 MgPrAH (NLP).

[2] Über die Frage der Zuwahlen hatte der GA in einer Sitzung vom 23.5.1925 beraten, von der im Bestand BAK R 45 II/58 nur die Anwesenheitsliste mit 21 Namen und ein handschriftliches, teilweise in Privatstenographie abgefaßtes Kurzprotokoll von Trucksaess überliefert ist.

Bruhne (Melle), 5. Johannes Flathmann (Wilmersdorf), 6. Frau Milka Fritsch (Königsberg), 7. Lehrerin Antonie Hoffmann (Steglitz), 8. Reichsminister a.D. Oberbürgermeister Dr. Jarres (Duisburg), 9. Bankdirektor Kiehl (Schöneberg), 10. Geheimer Sanitätsrat Dr. Mugdan (Berlin), 11. Frau Charlotte Mühsam (Charlottenburg), 12. Syndikus Sartorius (Bielefeld), 13. Bankdirektor Dr. v. Stauß (Berlin), 14. Gewerkschaftsvorsitzender Streiter (Berlin), 15. Frl. Dr. Gertrud Wolf (München), 16. Hauptgeschäftsführer H. v. Zengen (Berlin), 17. Stud. jur. Trampler (München), 18. Kaufmann Hans Erich Kemper (Elberfeld), 19. Dipl.-Ing. Kruspi (Charlottenburg), 20. Oberstleutnant a.D. Kilburger (Königsberg), 21. Generalsekretär Wenken (Kiel), 22. Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes Dr. Böhme[3] (Berlin), 23. Studienrat Müller (Pirna), 24. Frl. Clara Mleinek (Berlin), 25. Geheimer Oberbaurat Dr.-Ing. Schwarze, 26. Schriftsteller Dr. Spickernagel, 27. Direktor Dr. Wilke (Gelsenkirchen), 28. Generalsekretär Schütz (Dortmund), 29. Generalsekretär Dr. Regh[4] (Köln).

In den Parteivorstand wurden gewählt die Herren Dingeldey, Dr. Kalle, Dr. Leidig, Frau Mende und Dr. Moldenhauer. Außerdem gehören dem Parteivorstande als ständige Mitglieder an der erste Parteivorsitzende Dr. Stresemann, der erste Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses, Kempkes, und die ersten Vorsitzenden der Fraktionen der Deutschen Volkspartei im Reichstag und Preußischen Landtag. Es wurde ein an den Parteitag[5] gerichteter Antrag angenommen, den Parteivorstand um zwei Mitglieder zu erweitern.

Bei den Wahlen zu dem Geschäftsführenden Ausschuß wurden durch Zuruf gewählt: 1. Staatssekretär a.D. Kempkes, 2. Geheimrat Garnich, 3. Dr. Becker (Hessen), 4. Beythien, 5. Dr. Cremer, 6. Dr. Curtius, 7. Dr. Dietrich, 8. Frau Dr. Matz, 9. Meyer (Herford), 10. Dr. v. Stauß, 11. Thiel, 12. ein Vertreter des Pressevereins der Deutschen Volkspartei. Der Geschäftsführende Ausschuß wird sich selbst durch zwölf weitere Mitglieder ergänzen.[6]

Sodann nahm Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister a.D. Dr. Most das Wort zu dem Hauptvortrag »Der liberale Gedanke in der Deutschen Volkspartei«.[7]

Das Thema berührt, so führte er aus, in entscheidender Weise die Zukunft der Partei und darüber hinaus der deutschen Politik. Der Geist des Parlaments ist der Geist des Volkes, das es wählt. Die Entwicklung der letzten Jahre gibt kein günstiges Bild

[3] Karl Böhme (1877– ca. 1940), Dr. phil. Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes. 1907–1912 MdR (Deutschsoziale Reformpartei/Wirtschaftliche Vereinigung), 1913–1918 (NLP), 1920–1924 (DDP, Ende Mai 1924 Übertritt zur DVP).

[4] Engelbert Regh (1887–1955), Dr. phil. Ab 1919 Generalsekretär der DVP in Köln, ab 1929 Stadtverordneter in Köln. 1930–1932 MdR (DVP).

[5] Vom 7. Parteitag der DVP, der vom 30.9.–3.10.1926 in Köln stattfand, liegt kein Protokoll vor; siehe dazu Kölnische Zeitung, »Zum Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei«, 1.10.1926, Nr. 732 sowie die Sondernummer der NLC vom 3./4.10.1926; dort keine Angaben über Zuwahlen zum PV.

[6] Siehe Dok. Nr. 60.

[7] Eine ausführlichere Fassung des Vortrages von Most sowie der folgenden Beiträge von Kahl und Stresemann ist abgedruckt in: »Deutscher Liberalismus. Reden der Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeister Dr. Most, Geheimrat Prof. D. Dr. Kahl, Reichsminister Dr. Stresemann in der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am 23.5.1925 in Berlin«, Berlin 1925.

davon. Ihr charakteristisches Merkmal ist das beherrschende Überwuchern der rein materialistischen, auf nichts als das Geldbeutelinteresse hinzielenden Einstellung (Zustimmung). Dazu kommt das Gewicht wechselnder, weil nicht in einem festen Grunde beruhender Stimmungen, die die Wählermassen hin und her werfen und eine beklagenswerte Zerrissenheit und Unstetigkeit in der Politik hervorrufen. Es fehlt an dem geschichtebildenden Gewicht großer Ideen. Ihm allein aber kann es gelingen, die starken geistigen und sittlichen Kräfte, die in der Nation trotz allem vorhanden sind, zu wecken und zur Entfaltung zu bringen. In diesem Bemühen kann große und dauernde Wirkung nur eine Partei auslösen, welche die Grundlage einer gemeinsamen Weltanschauung hat, wenn sie damit nicht allein Weg- , sondern Zielgenossenschaft hat, nicht nur Arbeits-, sondern Gesinnungsgemeinschaft ist (Sehr richtig!).

Die Glanzzeit der Nationalliberalen Partei war damals, als sie eine innere Gemeinschaft bester Art war, zusammengehalten durch die beiden Gedanken der nationalen Einheit und des freiheitlichen Aufbaues im Innern. Sie sank herab von dieser Höhe, sobald Wählerrücksichten und damit taktische Erwägungen beherrschend in den Vordergrund traten, die gerade Linie damit immer häufiger verloren wurde und die Meinungen über Einzelfragen immer mehr auseinandergingen, weil die mächtig bindende Kraft des einheitlichen Gedankens zur Überbrückung sonstiger Gegensätze nicht mehr vorhanden war. Das Zentrum, dessen Stärke gerade früher die einheitliche Weltanschauung war, fühlt jetzt deren Auflösung zum eigenen schwersten Schaden. Das Zukunftsschicksal der jedem Idealismus baren Wirtschaftspartei kann schon heute vorausgesagt werden. Im übrigen stehen sich drei Gruppen politischer Weltanschauungen gegenüber:

1. Der Konservativismus, der, von pessimistischer Auffassung des Menschengeschlechts ausgehend, den gegebenen Zustand der Dinge erhalten, oder, wenn er urplötzlich geändert worden ist, zurückgewinnen will, stets aber nach Macht und Autorität im Staate strebt.

2. Der Sozialismus, der in einer uferlos optimistischen Bewertung der Masse die Gleichheit aller im politischen und wirtschaftlichen Anspruch verkündet, das Gegebene nicht erhalten, sondern umwälzen will. Dieser Sozialismus ist im Endziel eine Demokratie, die nicht wägt, sondern zählt, eine Demokratie, die nach innen Vergewaltigung, nach außen Pazifismus bedeutet.

3. Der deutsche Liberalismus geht in seinen Anfängen auf den bedeutungsvollsten Zeitabschnitt deutscher Philosophie und Dichtung zurück, als Kant und Fichte, Schiller und Goethe das Ideal der sittlichen Persönlichkeit aufhellten, die insbesondere von Goethe als das größte Glück der Erdenkinder gepriesen wurde. Das Wesen der »Persönlichkeit« liegt nicht in der zwanglosen Betätigung des eigenen Ich, sondern in seiner gleichzeitigen Gebundenheit durch das selbsterrungene Sittengesetz. So ist auch der politische Liberalismus stets insofern eine »Rechtspartei«, als er sich unter allen Umständen zum Recht, zum Gesetz bekennt. Freie Menschen aber können nicht ohne weiteres Gesetz und Recht allein von anderen hinnehmen, sondern müssen an der Schaffung selbst beteiligt sein. Darum ist der Liberalismus jahrzehntelang der Vorkämpfer des »Verfassungsstaates« gewesen. Wo aber Recht herrschen soll, muß auch eine Macht da sein, die ihm unter allen Umständen Geltung verschafft und es gleichzeitig davor bewahrt, von außen zerschlagen zu werden. Darum bedeu-

tet Liberalismus in der Politik ein unerschütterliches Bekenntnis zur Staatsautorität und gleichzeitig zur staatlichen Macht nach außen. Wo immer in dem letzten Menschenalter der Streit um die Forderung der Staatsautorität und um die Schaffung der notwendigsten staatlichen Machtmittel ging, hat die Nationalliberale Partei genau ebenso wie ihre Nachfolgerin, die Deutsche Volkspartei, niemals auch nur eine Sekunde geschwankt.

Liberalismus auf der einen, Sozialismus und Demokratie auf der anderen Seite verhalten sich wie Feuer und Wasser: dort Massenherrschaft, hier persönliches Verantwortungsgefühl. Liberale und konservative Weltanschauung gehen weite Strecken zusammen: in der Ehrfurcht vor dem historisch Gewordenen, im Bekenntnis zum nationalen Machtgedanken, in der Verlegung des Schwergewichtes der Entscheidung in die eigene Seele. Aber dem konservativen Pessimismus steht der liberale Optimismus gegenüber, der dem Staate und nicht der Staatsform dient, der auch im Gegner das Gute sucht und das Erreichbare erstrebt, um Schritt für Schritt das Ziel zu gewinnen, in unverbrüchlichem Glauben daran, daß der Weg nach oben führen muß, wenn es nur gelingt, aus einer urteils- und verständnislos oft plebejischen Instinkten und unklaren Gefühlen nachgebenden Masse eine Nation selbst- und verantwortungsbewußter Persönlichkeiten zu machen (Sehr richtig!).

Der Liberalismus hat große Aufgaben in der Vergangenheit erfüllt, die Schaffung der Selbstverwaltung, der Gewerbefreiheit, des Rechtsstaates, der konstitutionellen Verfassung, Gründung und Ausbau des Deutschen Reiches, aber seine Aufgabe ist heute nicht geringer als früher. Heute gilt es, die Freiheit der Persönlichkeit gegen die Herrschaft der Masse, gegen Seelenlosigkeit und öde Gleichmacherei zu verteidigen, damit die Nation durch die Persönlichkeit zu retten (Sehr richtig!). Es gilt, den »Glauben an den Staat« wieder zu gewinnen; den wertvollen Gehalt der völkischen Bewegung in die richtigen Kanäle zu leiten, Vaterlandsliebe und Begeisterung der deutschen Jugend zum Edelkern verantwortungsbewußter Persönlichkeiten zu machen; in den Mittelpunkt aller Wirtschafts- und Sozialpolitik aber den Menschen selbst und seinen inneren Wert zu stellen. Nicht die Menschen sind um der Maschinen willen, sondern die Maschinen um der Menschen willen da. Auf solcher Grundlage vollzieht sich auch die liberale Kulturpolitik, die deutsche Charaktere bilden will, eine öde Nivellierung ablehnt und jeder Tüchtigkeit freien Spielraum schafft.

Das ist der Liberalismus, der nicht veraltet ist und nie veraltet ist (Sehr gut!). Er hat das ewige Leben in sich und ist die Seele der Deutschen Volkspartei. Besondere neue Vereinigungen zur Pflege dieser Gedanken sind unnötig; sie bringen nur die Gefahr der Verwirrung und Verwässerung mit sich. Die Deutsche Volkspartei ist nicht rechts noch links eingestellt, sondern nur auf das Vaterland und den eigenen Ideengehalt, auf den sie stolz ist. Als die Partei des deutschen Liberalismus, völkisch und sozial im besten Sinne zugleich, ist sie berufen, im Herzen des deutschen Parteilebens eine große nationale und damit weltgeschichtliche Aufgabe zu lösen (Großer anhaltender Beifall).

Die Aussprache.

Es folgte eine sehr anregende Aussprache, in der Generalleutnant v. Schoch, Reichstagsabgeordneter Morath, Professor Dr. Weber (Karlsruhe), Schulrat Beuermann,

Reichstagsabgeordneter Dr. Cremer, Geheimrat Kahl und Professor Dr. Leidig das Wort nahmen. Allgemein wurde festgestellt, daß die Deutsche Volkspartei die Heimat des nationalen Liberalismus sei und bleiben müsse und daß die Partei zur Erfüllung ihrer liberalen Aufgaben der Unterstützung besonderer Vereinigungen nicht bedürfe. Besonders betont wurde, daß dem Liberalismus große Zukunftsaufgaben, insbesondere auf kulturellem Gebiete, erwachsen. Darum dürfe der Gedankenaustausch über die Bedeutung der liberalen Idee für Zeit und Gegenwart in der Partei nicht mehr zur Ruhe kommen.

Kahl über die Gegenwartsaufgaben des Liberalismus.

Den Höhepunkt der Aussprache bildeten die Ausführungen des Geheimrates Dr. Kahl, M.d.R. über die Gegenwartsfragen des Liberalismus.[8]

Der Redner führte aus, daß der Liberalismus nicht eine konstante Größe, sondern in seinen Inhalten von den Zeitumständen bedingt sei. Heute können wir mit dem Liberalismus der vierziger Jahre nichts anfangen. Damals herrschte der Hunger und Schrei nach Freiheit auf allen Gebieten, nach Presse-, Gewerbe- und Kulturfreiheit. Durch den Fortgang der Gesetzgebung ist dieser Liberalismus sozusagen konsumiert. Auch der Liberalismus des alten Freisinns kann für uns nicht in Betracht kommen. Er hat sich dogmatisch gebunden und versteinert. Unser Liberalismus erschöpft sich auch nicht in dem Schwärmen für Republik und formale Demokratie. Der Liberalismus der Nationalliberalen Partei war von vornherein national eingestuft. Die Einheit des Reiches war sein Grundgedanke; in der Verwirklichung der Reichseinheit fand er die ihm gestellte große geschichtliche Aufgabe. Alle Politik, die er trieb, stand unter diesem ausschließlichen Gesichtspunkt. So verstanden unsere Väter, Bennigsen, Miquel[9], Hobrecht[10] und andere, den Liberalismus.

Was ist nun heute Liberalismus? Ich sehe ab von der ethischen Seite des Wertes der Persönlichkeit. Ich rede nur vom politischen Liberalismus. In diesem Sinne verstehe ich unter Liberalismus den verantwortungsbewußten Tatsachenmut, der die aus dem unerbittlichen Ablauf der Geschichte sich ergebenden Folgerungen zieht und in diesem Sinne »fortschreitet«. Diese Folgerungen zu ziehen, war zunächst eine schwere sittlich-politische Aufgabe für den Einzelnen in den Tagen der Katastrophe. Das war für jeden von uns ein schweres Ringen. Tatsache ist aber, daß wir vor einer absolut neuen Schichtung nicht nur der Staats-, sondern der Weltordnung stehen. Dabei sind wir erst am Anfang dieser Entwicklung. Auch die Parteien mußten sich neu orientieren. Dabei war und ist eines für uns gewiß, daß wir festhalten an den großen geschichtlichen Gütern der deutschen Vergangenheit, nichts preisgeben, was gut und wohlgefügt war im alten Staat. Weil wir das tun, deshalb können wir auch mit klarem, festem Blick den neuen Tatsachen ins Auge sehen.

[8] Siehe Anm. 7.

[9] Johannes v. Miquel (1828–1901), Jurist. 1867–1882 MgPrAH, 1867–1877, 1887–1890 MdR (NLP). 1880–1890 Oberbürgermeister von Frankfurt/M. 1890–1901 preußischer Finanzminister.

[10] Arthur Hobrecht (1824–1912), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst. 1863 Oberbürgermeister von Breslau, 1872 von Berlin; 1878–1879 preußischer Finanzminister, 1879–1912 MgPrAH, 1881–1884, 1886–1890 MdR (NLP).

Da stelle ich an die Spitze die Achtung vor der Verfassung. Diese Verfassung hat gewiß viele Mängel; wir selbst haben Anträge zu ihrer Verbesserung gestellt. Aber ich sehe von allen Einzelheiten ab. Ich sehe aufs Ganze. Dabei brennt mir eins auf dem Herzen: das ist die Stellung zur Verfassung an sich. Ich fordere als Teil des Liberalismus die Achtung vor der Verfassung, auch wenn sie mangelhaft ist. Damit hängt zusammen die Achtung vor dem Staat. Ich denke in erster Linie an unsere Jugend. Sollen wir unsere Jugend in der Verhöhnung des Staates erziehen oder in der Treue zum Staat? Die Entscheidung kann uns nicht schwer fallen, wir wollen bei unserer Jugend die Freude am Staate wecken. Es ist schließlich immer noch das Bismarcksche Reich, dem zu dienen unserer Jugend als höchste Pflicht ans Herz gelegt werden muß. Aus dieser grundsätzlichen Auffassung ergeben sich auch Rückwirkungen auf die Parteipolitik. Ich stehe hier auf dem gleichen Standpunkt wie Herr Dr. Most und andere Redner. Ich bin ein Freund der großen Koalition gewesen. Die grundsätzliche Scheidung zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie wäre ein Unglück. Auch unser Beschluß vom Januar 1924 darf niemals so ausgelegt werden, als ob für uns ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie grundsätzlich auf immer ausgeschlossen sei.[11] Daß wir in der Außenpolitik den verantwortungsbewußten Tatsachenmut haben müssen, brauche ich nicht besonders zu unterstreichen, das ergibt sich von selbst. Ich will auch nicht auf Einzelfragen der Innenpolitik eingehen, wie sich dort auf den Gebieten der Kulturpolitik, des bürgerlichen Rechts, des Strafrechts, des Prozeßrechts usw. der Liberalismus auswirken muß. Die Deutsche Volkspartei hat zweifellos große vaterländische Ideale, die sie zusammenbinden. Aber dazu muß auch das politische Ideal kommen, das uns innerlich als politische Gemeinschaft zusammenbindet. Die Verschlossenheit des Konservativismus gegenüber den Bedürfnissen der Fortentwicklung trägt eine Hauptschuld an dem raschen Zusammenbruch des alten Staates. Auf diesem Wege wünsche ich unsere Partei nicht zu sehen. In 52 Jahren meines politischen Lebens habe ich auf dem Boden des Liberalismus gestanden, der sich zum Tatsachenmut bekennt. Wir haben diesen innersten Kern unseres politischen Wesens in den letzten Jahren nicht immer erkennbar für das Volk herausgestellt. Ich sehe darin eine Hauptursache dafür, daß wir bei den letzten Dezemberwahlen nicht diejenigen Erfolge gehabt haben[12], die wir dank unserer erfolgreichen politischen Arbeit hätten haben müssen. Darum ist not, daß wir uns erneut zum liberalen Gedanken bekennen und ihn hochhalten.

[11] Der Beschluß der Reichstagsfraktion vom 12.1.1924 bezeichnete als Hauptziel die Schaffung einer bürgerlichen Koalition, siehe Dok. Nr. 55, Anm. 2.

[12] Bei den Reichstagswahlen am 7.12.1924 erhielt die DVP 10,1 % der Stimmen (51 Mandate), die SPD 26 % (131), die DNVP 20,5 % (103), das Zentrum 13,6 % (69), die KPD 9 % (45), die DDP 6,3 % (32), die BVP 3,7 % (19), die Wirtschaftspartei 3,3 % (17), und die NS-Freiheitsbewegung 3 % (14). Zu einer ausführlichen Analyse des Wahlergebnisses siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 216ff. Das für die DVP enttäuschende Wahlergebnis, sie gewann entgegen ihren eigenen Erwartungen nur 6 Mandate hinzu, führte Stresemann in einer Stellungnahme für die »Leipziger Neuesten Nachrichten« sowohl auf das Abschwenken des Reichslandbundes zu den Deutschnationalen als auch auf die Agitation des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold« für einen Linksblock zurück, die die bürgerlichen Wähler zu den Rechtsparteien getrieben habe; zudem sei die DVP der DNVP auf dem Gebiet der Presse hoffnungslos unterlegen, PA NL Stresemann 92. Die Reichsgeschäftsstelle hob besonders die Inflation und die zunehmende Konkurrenz durch Splitterparteien hervor, siehe Archiv der DVP 6 (1.2.1925), S. 31.

Der Rede folgte stürmischer Beifall; die ganze Versammlung ehrte den Sprecher durch Erheben von den Sitzen.

Der Vorsitzende der Partei, Dr. Stresemann, dankte unter erneutem lebhaftem Beifall der Versammlung den Rednern des Abends, insbesondere den Herren Dr. Most und Geheimrat Kahl[13], für ihre tiefen, wegweisenden Ausführungen. Die Deutsche Volkspartei sei die unmittelbare Erbin der Nationalliberalen Partei, deren Vermächtnis sie übernommen habe. Sie habe deshalb auch nicht gegründet zu werden brauchen, sondern sei die Fortführung der Nationalliberalen Partei in neuem Gewande. Er bitte, die Gedanken des Herrn Geheimrats Kahl insbesondere der Jugend nahezubringen, die hierfür besonders empfänglich sei.

Die Verhandlungen vom Sonntag [24. Mai 1925].

Am Sonntag wurde die Sitzung vormittags 10 Uhr vom Reichsminister a.D. Dr. Scholz eröffnet. Dr. Scholz hieß insbesondere den Reichsverkehrsminister Krohne willkommen, der den Verhandlungen des Zentralvorstandes beiwohnte. Es ergriff dann Reichsminister Dr. Stresemann das Wort zu seinen Ausführungen über die politische Lage im Reiche.

Manche Parteifreunde, führte er u.a. aus, erheben die Frage: Wohin geht der Weg? Die letzte Tagung der Liberalen Vereinigung hat, wie es scheint, hier und da zu allerlei Kombinationen geführt.[14] Auf der andern Seite sind Mitteilungen über Bestrebungen gemacht worden, die darauf hinauslaufen, die für die Reichspräsidentenwahl geschaffene Organisation als eine Parteibildung »der deutschen Rechten« gewissermaßen in die deutsche Politik überzuführen.[15] Demgegenüber stelle ich an die Spitze meiner Ausführungen: Es gibt für uns nur den Weg, den die Deutsche Volkspartei bisher gegangen ist, es gibt für uns weder eine Anlehnung an eine Linksgruppierung

[13] In seinem Tagebuch bezeichnete Stresemann die »wundervolle Ansprache« als Kahls »politisches Testament«, Vermächtnis II, S. 302.

[14] Die Liberale Vereinigung wurde am 27.11.1924 von Vertretern des rechten Flügels der DDP gegründet. Ihr Hauptziel bestand darin, eine Annäherung zwischen DDP und DVP und die Bildung einer einheitlichen liberalen Partei herbeizuführen. Die erste öffentliche Versammlung der Liberalen Vereinigung (Ehrenvorsitzende: ab 1925 Wilhelm Kahl, ab 1928: Erich Koch-Weser und Gustav Stresemann) fand am 16.5.1925 statt, siehe Liberale Vereinigung. Mitglieder- und Vertreterversammlung im Gebäude des Reichswirtschaftsrates am 16. Mai 1925, Berlin 1925; Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 356–359.

[15] Am 29.5.1925 hatte der Vorsitzende des »Reichsblocks zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahlen«, Friedrich v. Loebell, der Reichsgeschäftsstelle mitgeteilt: »Die Wahl Hindenburgs ist tatsächlich ein Wendepunkt in der Geschichte unseres neuen Staates. Soll dieser Wendepunkt aber wirklich zum Ausgangspunkt einer neuen politischen Entwicklung werden, so dürfen wir jetzt nicht die Hände in den Schoß legen und gläubig dem Reichspräsidenten die weitere politische Entwicklung allein überlassen [...] In einer erneuten politischen Besprechung des Reichsblocks haben die führenden Persönlichkeiten der ihm angehörenden Parteien und Organisationen dies einstimmig anerkannt und beschlossen, den Reichsblock nicht aufzulösen, sondern in ihm die notwendige neutrale Stelle zu sehen, bei der sie sich nach den parlamentarischen Kämpfen wieder zu sachlicher Arbeit zusammenfinden können«, BAK R 45II/14, p. 19f. Am 14.6.1925 teilte Kempkes v. Loebell mit, die DVP sei zwar »durchaus bereit, in künftigen Fällen bei geeigneten Fragen mit anderen Parteien und Organisationen in gleichem Sinne« zusammenzuarbeiten, lehne aber eine »Aufrechterhaltung der örtlichen Organisationen, soweit sie der Reichsblock zur Durchführung seiner letzten Aufgabe eingerichtet hat, direkt ab«, ebd., p. 63.

noch eine Reichsblockpolitik (Stürmische Zustimmung). Wenn irgendeine Partei keine Veranlassung hat, etwas von ihrer Selbständigkeit aufzugeben, dann ist es die Deutsche Volkspartei. Die Politik im Reiche ist beeinflußt von Gedanken, die von der Deutschen Volkspartei seit Jahren vertreten worden sind (Lebhafte Zustimmung). Die Politik, die die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei seit ihrer Resolution vom 15. Januar [1924] verfolgt hat, bedeutet nicht die grundsätzliche Ausschließung der Sozialdemokratie, sie ging lediglich davon aus, daß für das Reich die Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte das Gegebene sei. Dieses Ziel hat die Reichstagsfraktion unter mannigfachen Schwierigkeiten verfolgt. Wenn wir heute auf die kurze Zeit des Zusammenarbeitens mit der Deutschnationalen Volkspartei zurücksehen[16], dann ist festzustellen, daß diese Arbeit im Kabinett sich bisher reibungslos vollzogen hat. Durch die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung sind die inneren Verhältnisse konsolidiert worden. Die Wahl Hindenburgs hat sich nach derselben Richtung ausgewirkt. Ich begrüße diese Konsolidierung der verfassungsmäßigen Grundlage unseres Staatslebens. Wir dürfen und wollen keine Verfassungskämpfe über die Staatsform führen. Für uns handelt es sich um unsere Behauptung nach außen, dem hat sich alles andere unterzuordnen (Stürmischer Beifall).

Dr. Stresemann ging dann auf die Fragen der auswärtigen Politik ein. Daß wir die Dawes-Gesetze angenommen haben[17], hat sich als richtig erwiesen. Wenn wir die Unsicherheit unserer Verhältnisse im Herbst 1923 mit unserer heutigen Lage vergleichen so ergibt sich eine unbestreitbare Tatsache: eine wirtschaftliche Befestigung hat sich durchgesetzt.[18] Wer den Weg, den wir zu Erreichung dieses Zieles gegangen sind, ablehnt, der hat die Pflicht, uns einen anderen Weg vorzuschlagen. Sonst hat keine Kritik einen Zweck und keine Berechtigung (Lebhafte Zustimmung).

Dr. Stresemann wies dann darauf hin, daß die Entwicklung weitergehe und daß es sich jetzt nach der wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems um die Regelung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Mächten handele. In ausführlichen Darlegungen vertrat Dr. Stresemann die außenpolitischen Grundsätze, von denen er eine Befestigung und Besserung unserer Lage erwarte. Seine Ausführungen, in denen die Politik des Sicherheitspaktes begründet und im Zusammenhang mit der Gesamtlage erörtert wurde, fand die einhellige Zustimmung der Versammlung.

Dr. Stresemann nahm dann noch zur Frage der Präsidentenwahl Stellung. Man hat der Deutschen Volkspartei vorgeworfen, daß sie durch ihr Festhalten an der Kandidatur Jarres eine bürgerliche Einheitskandidatur unmöglich gemacht habe. Wir sind aber der Ansicht, daß die Stellung, die der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei zu dieser Frage eingenommen hat, durchaus richtig war[19] (Lebhafte Zustim-

[16] Zur Bildung der Regierung Luther, der seitens der DVP Stresemann und Krohne (Verkehr) angehörten, aus Zentrum, BVP, DVP und DNVP im Januar 1925 siehe Kabinette Luther I/II, S. XIX ff.; Stürmer, S. 81 ff.

[17] Die Abstimmung im Reichstag über die Dawes-Gesetze fand am 29.8.1924 statt, siehe Dok. Nr. 56, Anm. 57.

[18] Im Frühjahr und Sommer 1925 hatte sich die wirtschaftliche Lage des Reiches konsolidiert, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 26 ff.; Weisbrod, S. 275 ff.

[19] Am Vormittag des 7.4.1925 hatte sich der Parteivorstand einstimmig für eine Aufrechterhaltung der Kandidatur von Jarres ausgesprochen, siehe NLC 8.4.1925, Nr. 68; Vermächtnis II, S. 48.

mung). Es war für uns vollkommen unmöglich, auf den Mann zu verzichten, der uns im Wahlkampf führen sollte, ohne daß eine Sicherheit dafür bestand, was nach dem Verzicht kommen würde (Lebhafte Zustimmung). Dr. Jarres hat sich im ersten Wahlkampf vorzüglich geschlagen und das Vertrauen, daß wir in ihn setzten, durchaus gerechtfertigt (Stürmische Zustimmung). Es war richtig, daß die Partei bis zum letzten Augenblick an Jarres festgehalten hat. Das war sie sich selbst, das war sie Jarres und das war sie den guten Aussichten seiner Kandidatur schuldig (Lebhafte Zustimmung). Wir haben dann die Kandidatur Hindenburg unterstützt, und ich bin überzeugt, daß die Deutsche Volkspartei bis zu ihrem letzten Wähler für Hindenburg an die Wahlurne gegangen ist (Lebhafte Zustimmung). Wenn das Ausland zunächst von der Wahl Hindenburgs innen- und außenpolitische Störungen befürchtet hat, so ist diejenige Presse in Deutschland dafür verantwortlich, die im Ausland den Eindruck erweckt hat, als wenn eine solche Gefahr bevorstände (Lebhafter Beifall). Inzwischen hat sich auch das Ausland davon überzeugt, daß Hindenburg nichts anderes will, als eine Politik des Friedens auf der Grundlage der Selbstachtung nach innen und der Gleichberechtigung nach außen. Findet sich das deutsche Volk unter der Führung seiner höchstes Vertrauen ausstrahlenden Persönlichkeit in diesem Grundgedanken zusammen, so liegt darin die stärkste Unterstützung der deutschen Politik nach außen und innen (Stürmische Zustimmung).

Dr. Stresemann streifte dann auch die Frage der Aufwertung.[20] Die Partei müsse ihrem Abg. Dr. Wunderlich dankbar sein, daß er konsequent die mittlere Linie verfolgt habe, auf der man die Frage der Aufwertung allein lösen könne (Lebhafte Zustimmung). In Bezug auf die Wirtschaftspolitik führte Dr. Stresemann aus, daß es sich hier darum handele, das Primat der Politik vor dem Berufsinteresse durchzusetzen und den richtigen Ausgleich zwischen dem wirtschaftlichen Einzelinteresse und dem Gesamtinteresse des Staates zu erreichen. Wie schwer das sei, zeige die Einstellung vieler Kreise gegenüber dem deutsch-spanischen Handelsvertrag. Die Regierung sei durchaus bereit, den deutschen Winzern zu helfen. Der Weg zu dieser Hilfe, auch auf zollpolitischem Gebiete, gehe aber über die Annahme des Vertrages. Wer also auf diesem Gebiete etwas erreichen wolle, der müsse durch die Annahme des

Am Abend desselben Tages verzichtete Jarres, wie er Stresemann mitteilte, enttäuscht über das »unwürdige Schaupiel«, auf seine Kandidatur. Stresemann, der über das ungeschickte Taktieren der DVP-Vertreter im Loebell-Ausschuß (Brüning, Curtius, Kempkes) äußerst ungehalten war, versuchte noch im letzten Moment vergeblich, Jarres telephonisch davon zu überzeugen, seine Kandidatur aufrecht zu erhalten, siehe PA NL Stresemann 23. In den entscheidenden Tagen des April 1925 erhielt die Parteileitung eine große Anzahl Entschließungen von Orts-, Bezirks- und Landesverbänden, die sich für Jarres aussprachen und vor einem anderen Kandidaten warnten, siehe BAK R 45 II/2, 4.

[20] Der deutschnationale Reichswirtschaftsminister Neuhaus hatte Ende Januar 1925 in einer Denkschrift jede über 15% hinausgehende Aufwertung ausgeschlossen und damit in der Öffentlichkeit einen Proteststurm hervorgerufen; zu den Auseinandersetzungen zwischen der SPD und den Regierungsparteien über die Frage der Aufwertung siehe Krohn, S. 148ff.; Leuschen-Seppel, S. 131ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 246f. Zum Aufwertungsstreit insgesamt siehe Otto Pirlet, Der politische Kampf um die Aufwertungsgesetzgebung nach dem Ersten Weltkrieg, Diss. rer. pol. Köln 1959; Michael L. Hughes, Paying for the German Inflation, Chapel Hill/London 1988.

Handelsvertrages die Möglichkeit schaffen, daß die Regierung die Grundlage für neue Verhandlungen erreiche.[21]

Dr. Stresemann gab seinen Ausführungen zum Schluß folgende Zusammenfassung: Wir können nur den Weg weitergehen, den wir einmal als den Weg der nationalen Realpolitik als Gegensatz zur Illusionspolitik bezeichnet haben. Ich habe die Empfindung, daß die innerliche Zustimmung zu dieser Politik weit über unsere Partei nach rechts hinaus Wurzel geschlagen hat. Wir dürfen aber über der praktischen Gegenwartsarbeit den Zusammenhang mit unserer liberalen Staats- und Kulturauffassung niemals vergessen. Unsere ganze politische Überlieferung führt uns zu diesen Gedanken. Es ist ganz falsch, von einer »Gründung« der Deutschen Volkspartei zu sprechen. Die Deutsche Volkspartei ist nicht gegründet worden, sondern die Nationalliberale Partei hat beschlossen, unter dem Namen der Deutschen Volkspartei weiterzubestehen.

Die nationalen und liberalen Ideen, die in der Deutschen Volkspartei wirksam sind, überragen alle Tagesfragen, die uns beschäftigen können. Wir müssen sie an dem Panier festhalten, das wir der Partei voraustragen, namentlich um die Jugend für unsere Ideale zu gewinnen. Der Wiederaufbau Deutschlands wird vom Geistigen und nicht vom Materiellen ausgehen. Wenn wir die Fühlung halten mit dem kommenden Geschlecht, dann werden wir erst die Stärke erhalten, um mit dem notwendigen Einfluß und aller Kraft unserem Vaterlande dienen zu können, dem unser ganzes Sehnen und Hoffen gilt.

Die Versammelten brachten Dr. Stresemann nach seiner Rede eine stürmische Ovation dar, die sich immer wieder erneuerte.

Abg. Schwarzhaupt[22] übernahm im Einverständnis mit dem Abg. Dr. Campe den Vortrag über: »Die politische Lage in Preußen«.

Der Redner erklärte: Fünf Monate Irrungen und Wirrungen liegen im Preußischen Landtage hinter uns.[23] Für die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei war der Parteibeschluß vom 12. Januar 1924 maßgebend, in dem der Zusammenschluß der staatsbejahenden Kräfte gefordert wird. Deshalb war die Einbeziehung der Deutschnationalen in die preußische Regierung als Folge der letzten Wahlen anzustreben. Das war kein Ruck der Deutschen Volkspartei nach rechts, vielmehr ist die Heranziehung aller wertvollen Kräfte zur staatlichen Verantwortung eine liberale Forderung. Der Fehler des alten Deutschlands war es gewesen, einen großen Teil der Arbeiterschaft zur unfruchtbaren Opposition zu führen. Der gleiche Fehler würde von dem jetzigen Staate begangen, wenn er die großen Kreise rechts von uns planmäßig von der Regierung fernhielte und diese Schichten von der Opposition zur Feind-

[21] Die deutsch-spanischen Handlungsvertragsverhandlungen wurden hauptsächlich durch die strittige Weinzollfrage blockiert, die erst am 12.4.1926 gelöst werden konnte, siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 330; das deutsch-spanische Handelsabkommen wurde dann am 7.5.1926 in Madrid unterzeichnet. Zum Inhalt des Gesetzentwurfes siehe RTDrs., Bd. 408, Nr. 2297; die Verkündung des Gesetzes erfolgte am 21.5.1926 (RGBl. 1926 II, S. 296).

[22] Wilhelm Schwarzhaupt (* 1871), Lehrer und Stadtschulrat in Frankfurt/M., 1921–1928 MdL Preußen (DVP).

[23] In Preußen waren am 6.1.1925 die DVP-Minister v. Richter und Boelitz aus dem Kabinett der Großen Koalition ausgetreten, siehe Dok. Nr. 56, Anm. 82.

schaft gegenüber dem Staate treiben wollte. Die Große Koalition hat zu ihrer Zeit ihre Berechtigung gehabt. Aber sie war nicht mehr zu halten, weil uns in ihr vieles versagt blieb, was unbedingt zu fordern war, insbesondere blieb das System Severing der Stein unseres Anstoßes.[24] Dazu kam die Rücksicht auf die Kabinettsbildung im Reiche. So führten verschiedene Gründe zu unserem Austritt aus der Großen Koalition. Wir haben die verschiedenen Versuche erlebt, die Weimarer Koalition zur Macht zu bringen. Diese Parteien haben ihre eigenen Grundsätze wahrer Demokratie verleugnet. Der Schlüssel lag bei der Haltung des Zentrums. Die Aussicht, Herrn Marx zum Reichspräsidenten durchzusetzen, hielt es lange auf der Seite der Linken. Wir haben nicht nur die verschiedenen Versuche der Weimarer Parteien, ihre einseitige Herrschaft aufzurichten, bekämpft, sondern auch Schritte unternommen, eine sichere Mehrheit im Landtage zu schaffen. In unserem Verhältnis zu den Deutschnationalen waren wir dabei durchaus frei und selbständig (Bravo!). Das Zentrum wollte kein Kabinett ohne die Sozialdemokratie, wir wollen keine Regierung ohne die Deutschnationalen. So entstand der Gedanke der Einigung von rechts bis links, die Regierung der Volksgemeinschaft.[25] Für das früher von uns befürwortete Beamtenkabinett war scheinbar die allseitige Zustimmung vorhanden, aber Herr Marx förderte den Gedanken nicht; man wollte offenbar vor der Reichspräsidentenwahl keine Entscheidung. Nach dieser Wahl kam das Kabinett Braun wieder, wir lehnten es ab. Wenn fünf Abgeordnete von uns sich bei dem Mißtrauensvotum der Stimme enthielten[26], so nicht aus irgendwelchen dissentierenden politischen Absichten, sondern weil die betreffenden Kollegen eine Landtagsauflösung jetzt für unzweckmäßig hielten (Sehr richtig!).

Das jetzige Kabinett Braun wird sich gegenüber den verschiedenen auftretenden Aufgaben bei seiner schwachen Mehrheit nicht behaupten können. Es muß also eine neue Regierung kommen. Die Rückkehr der Großen Koalition ist ausgeschlossen (Beifall). Das ist die einstimmige Auffassung der Landtagsfraktion (Bravo!). Nun ist der Vorschlag gemacht, eine Regierung anzustreben, in der die Weimarer Koalition durch parlamentarische Minister, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen durch Beamtenminister vertreten sind. Es ist zu hoffen, daß auch die Deutschnationalen sich einer solchen Lösung nicht widersetzen. Wenn die große Kluft vom 9. November [1918], die unser Volk zerrissen hat, endlich einmal geschlossen würde, so wäre das die schönste Folge der Wahl Hindenburgs, die ihrerseits die Synthese zwischen Vergangenheit und Gegenwart darstellt (Bravo!). Manches mag gegen den Vorschlag sprechen, was wir auch nicht verkennen. Seine Durchführung aber wäre das Zeichen der Überwindung des Parteigeistes durch den

[24] Die DVP setzte der Personalpolitik des preußischen Innenministers Severing energischen Widerstand entgegen, siehe auch Dok. Nr. 56, Anm. 73.

[25] Nachdem das Kabinett Braun am 23.1.1925 seinen Rücktritt erklärt hatte, wählte der Landtag Wilhelm Marx (Zentrum) zum Ministerpräsidenten, der am 18.2. ein Minderheitskabinett der Weimarer Koalition bildete; da die Versuche einer Einbeziehung der DNVP in die Koalition und der Bildung eines überfraktionellen Beamtenkabinettes scheiterten, trat Marx am 19.3. zurück. Am 3.4.1925 wurde dann erneut Otto Braun zum Ministerpräsidenten gewählt, siehe Schulze, S. 466ff.; v. Hehl, S. 326ff.; Hömig, S. 130ff.

[26] Bei dem deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Braun vom 8.5.1925, der mit 222 gegen 214 Stimmen abgelehnt wurde, blieben sechs DVP-Abgeordnete (Becker-Magdeburg, Borckemeyer, v. Eynern, Kriege, Oetjen, Schmid-Düsseldorf) der Abstimmung fern.

Staatsgedanken, das weitere Zeichen der Erstarkung des alten Preußenstaates. Dafür zu arbeiten ist der Deutschen Volkspartei Pflicht und Ehre (Langanhaltender Beifall).

Die Aussprache.

Nach der Mittagspause begann eine rege und ausgedehnte Aussprache, in der fast alle Fragen des öffentlichen und politischen Lebens berührt wurden. Dr. Bauer (Lübeck) betonte die Bedeutung der kulturellen, Dr. Luther (Berlin) insbesondere der religiös-kirchlichen Ideen für die Politik der Gegenwart. Beide forderten stärkste Berücksichtigung der geistigen und seelischen Triebkräfte der Nation, vor allem der Jugend, bei der volles Verständnis für die Politik der Partei zu erwarten sei, wenn alle Kreise der Partei mit Hingebung und Verständnis die politische Jugendbewegung unterstützten. Von seiten der Jugend schilderte Kemper (Elberfeld) die Arbeit der Jugendgruppen und forderte größere Opfer zu ihrer Unterstützung. Die Reden Kahls und Stresemanns bezeichnete er als ein Erlebnis von tiefer, nachhaltiger Wirkung. Im gleichen Sinne sprach Herr Kruspi über die volksparteiliche Hochschulbewegung, die ein erfreuliches Anwachsen zeige.

Der preußische Landtagsabgeordnete von Eynern vertrat den Standpunkt der fünf preußischen Abgeordneten, die sich bei der Abstimmung über den bekannten Mißtrauensantrag der Deutschnationalen Volkspartei gegen das Kabinett Braun der Stimme enthalten haben. Zu der gleichen Frage nahmen weiter Gärmann (Pommern), Hembeck (Lüdenscheid) und D. Dr. von Campe Stellung.

Reichstagsabgeordneter Thiel wandte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die zu erwartenden großen wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe, die nur dann einen glücklichen Ausgang nehmen würden, wenn es gelänge, die gewaltigen Massen des wurzellos gewordenen Proletariats wieder einigermaßen bodenständig zu machen. Dr. Becker (Kassel) sprach über das Problem der Vereinigten Staaten von Europa, dessen schicksalsschwere Bedeutung darin liege, daß ganz Europa den Krieg verloren habe und eine noch nicht abschätzbare Machtverlagerung zugunsten von Amerika und Asien eingetreten sei. Frau Direktor Dr. Matz erörterte die politischen Sorgen vom Standpunkt der mittelständischen Familien aus und zog insbesondere die Lage der kinderreichen Familien, die Bedeutung des Mieterschutzes wie des Kampfes gegen Schmutz und Schund und der Erhaltung der Reinlichkeit und der religiös-christlichen Gedanken für das öffentlichen Leben in den Kreis ihrer Betrachtung. Rechtsanwalt Dr. Dahn (München) wandte sich, wie es auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann schon getan hatte, gegen die allgemein grassierende Festseuche und bezeichnete im weiteren Verlauf seiner Ausführungen Dr. Stresemann als einen hervorragenden Vertreter der liberalen Persönlichkeitsidee, dessen politische Arbeit die bayerischen Parteifreunde mit Dank und Anerkennung verfolgten.

Zu den Fragen des Rheinlandes sprachen Dr. Reese[27] (Koblenz) und Frhr. Ludwig Heyl[28] (Worms). Das Rheinland stehe treu zum gemeinsamen Vaterlande. Die Red-

[27] Rudolf Reese (1862–1930), Dr. phil. Provinzialschulrat. Wahlkreisvorsitzender in Koblenz-Trier.

[28] Ludwig Cornelius Frhr. v. Heyl zu Herrnsheim (1886–1934), Kaufmann. Stadtverordneter in Worms. 1924–1928 MdL Hessen (DVP).

ner sprachen der Politik der Fraktionen und besonders der Außenpolitik des Parteiführers volles Vertrauen aus.

Zur Frage des deutsch-spanischen Handelsvertrages wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, daß gegen etwaige nachteilige Folgen des Vertrages die Winzer in weitgehendem Maße finanziell gestützt werden sollen. Sie würden ihre eigenen Interessen dadurch schädigen, daß sie die Ablehnung des Handelsvertrages fordern, der sehr bald eine Umgestaltung erfahren muß. Außerdem würde der Sturz des Vertrages auch von schweren politischen Folgen sein.

Professor Dieckmann (Osnabrück) bekennt sich zur liberalen Politik als der Grundlage der Deutschen Volkspartei. Besonders anzuerkennen sei, daß die Frauen in schwerster Zeit der Partei treu gefolgt sind. Für ihre gerechten Forderungen müsse man entschieden eintreten.

Puttfarken (Lüneburg) wünschte nähere Auskunft über die Grundlegung des Kompromisses über die Aufwertung.[29] Reichstagsabgeordneter Dr. Wunderlich geht auf dieses Problem des näheren ein. Von dem Kompromiß sind auch wir nicht voll befriedigt. Vieles, was wir wollten, konnte nicht erreicht werden. Dazu gehört in erster Linie die Forderung der individuellen Aufwertung. Wenn uns aber im Ausschuß nachgewiesen wurde, daß eine solche Lösung zu einer Flut von Prozessen führen müsse[30], so mußten wir verzichten. Heute schon sind in einer Stadt beim Gericht 14000 Anträge auf Aufwertung eingegangen. Wer sollte das bewältigen, wenn das Gesetz selbst nicht ganz klare Vorschriften gibt? Dann aber war es auch gar nicht möglich, von uns allein aus diese Forderung durchzudrücken. Große Gruppen und Parteien lehnten die individuelle Lösung ab: der Landbund, das Zentrum, die Wirtschaftspartei. Die Sozialdemokratie war überhaupt Gegner des Problems, und ihre heutige Stellung ist nichts als Demagogie. Den vielgenannten Antrag Best[31] lehnt

[29] Die Verordnung zur einstweiligen Regelung der Aufwertung auf Grund von Art. 48 WRV (RGBl. 1924 I, S. 765) bestimmte, daß die Aufwertungsbestimmungen der 3. Steuernotverordnung vom 14.2.1924 und ihrer Ausführungsverordnungen bis zur Regelung durch ein Reichsgesetz maßgebend bleiben sollten; zur Frage einer rückwirkenden Aufwertung von Ansprüchen aus Hypotheken und Schuldverschreibungen siehe die Ausführungen des Reichsfinanzministeriums in dem »Referentenentwurf einer Denkschrift über die Aufwertung« vom 26.1.1925, Beilage zu Heft 4 der Deutschen Juristen-Zeitung 1925; zur Neuregelung durch das Gesetz über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen vom 16.7.1925 siehe RGBl. 1925 I, S. 120; Kabinette Luther I/II, Dok. 18, 24; siehe auch Anm. 20.

[30] Zur Erledigung von Streitfällen über die Höhe der Aufwertung war von der Reichsregierung eine »Aufwertungsstelle« eingerichtet worden, gegen deren Entscheidung beim Oberlandesgericht Beschwerde eingelegt werden konnte; zur beträchtlichen Anzahl der Streitfälle siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 51. Den Standpunkt einer Individualaufwertung unter Berücksichtigung der Zulässigkeit und Höhe der Aufwertung für jeden Einzelfall nach dem Grundsatz von Treu und Glauben hatte das Reichsgericht in einem Urteil vom 28.11.1923 vertreten, abgedruckt in: Juristische Wochenschrift 53 (1924), S. 38ff.

[31] Georg Best (1855–1946), Dr. iur. 1900 Ministerialrat im hessischen Justizministerium, 1916–1924 Oberlandesgerichtspräsident in Darmstadt. Dez.1924–Juni 1930 MdR (DNVP/VRP), 1927–1931 MdL Hessen (VRP). Best hatte am 7.3.1925 den »Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufwertung aller Geldschulden« (RTDrs., Bd. 399, Nr. 632) eingebracht, der sich für eine Individuallösung aussprach; nach kontroverser Debatte am 7.3. (VRT, Bd. 384, S. 920–940) wurde der Antrag an den Aufwertungsausschuß überwiesen, in dem Best für eine Außerkraftsetzung der Aufwertungsbestimmungen der dritten Steuernotverordnung eintrat, seinen Antrag

jetzt auch die S.P.D. ab, sie setzt sich nun für die Vorschläge von Mügel[32] ein. Das alles ist natürlich nur Parteitaktik. Weil die Sozialdemokraten jetzt die Aufwertungsfreunde spielen, haben sie dem Papierkorb die früheren Vorschläge bürgerlicher Politiker entnommen.[33] Gewiß gibt es Gesellschaften, die für Obligationen mehr als 25 v.H. vergüten könnten, und es ist bedauerlich, daß sie es nicht freiwillig tun. Sehr viele Gesellschaften aber sind vorhanden, denen es schwer sein wird, die 25 Prozent (einschließlich der Genußscheine) zu tragen.[34] Alles andere haben wir nach unseren Forderungen des Dortmunder Parteitages erreicht. Dort haben wir ein sachliches Programm aufgestellt, keine großen Versprechungen gemacht, aber positive Ziele gewiesen.[35] Niemals habe ich mehr als 25 v.H. Aufwertung in Aussicht gestellt, die Rückwirkung ist in hohem Maße erreicht, die Altanleihebesitzer werden auf 10 v.H. entschädigt, die Kommunalanleihen mit 12,5 bis 25 v.H. aufgewertet. Das ist immerhin noch ein guter Prozentsatz aus einer Konkursmasse. Traurig ist es, wenn denjenigen Männern, die seit Monaten in dieser schwierigen Arbeit stehen, persönliche Motive für ihre Haltung unterstellt werden. Wenn ich persönliche Gründe hätte, müßte ich für 100 v.H. eintreten und nicht für eine Lösung, die hinter den Erwartungen zurückbleibt. Für mich und für unsere Partei waren nur sachliche Gründe maßgebend. Dieses ganze Gebiet mußte endlich aus dem Dunste der Phrasen- und Interessenwirtschaft herausgehoben werden. Es mußte eine Lösung gesucht werden, die den Ausgleich auf dem Wege des Möglichen und Erreichbaren findet und endlich wieder Ruhe und gesicherte Zustände in unsere Wirtschaft hineinträgt (Lebhafter anhaltender Beifall).

Nach Schluß der Debatte erfolgt die einstimmige Annahme einer Entschließung zum Liberalismus (DVP als Hüterin der liberalen Tradition; Förderung einer vertieften wissenschaftlichen Erörterung der Gedanken des Liberalismus; entschiedene Ablehnung der Beteiligung an »Vereinigungen, die eine eigene Parteibildung anstreben oder vermöge ihrer organisatorischen Einrichtungen zu einer solchen führen müssen«*), eines Grußtelegrammes an Hindenburg, eines Danktelegrammes an Jarres sowie einer Resolution zur Rheinlandfrage.*[36]

Stresemann schließt die Tagung.

---

dann aber zurückzog; zu den Ausschußberatungen und der Haltung der SPD siehe Leuschen-Seppel, S. 150f.

[32] Oscar Mügel (* 1858), Jurist im preußischen Justizministerium, zuletzt Staatssekretär. Oscar Mügel hatte sich für eine Einführung von Genußscheinen ausgesprochen; bei den Kabinettsberatungen vom 18.3.1925 hatte Wunderlich seitens der DVP diesen Vorschlag noch als »geeignete Grundlage einer gerechteren Regelung« bezeichnet, Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 51, S. 187.

[33] Die Sozialdemokratie hatte im Februar 1924 noch jede Aufwertung abgelehnt, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 97, übernahm dann aber den Antrag Best, der mit einigen Änderungen am 20.3.1925 vom Reichstag angenommen wurde, siehe VRT, Bd. 385, S. 1208f.

[34] Der Reichstag verabschiedete am 15. und 16.7.1925 mit knappen Mehrheiten Aufwertungsgesetze (VRT, Bd. 386, S. 3203, 3254), die für Hypotheken und Industrieobligationen einen Aufwertungssatz von 25% vorsahen, siehe Leuschen-Seppel, S. 152ff.; Krohn, S. 164ff.

[35] In seiner Rede auf dem Dortmunder Parteitag vom 13./14.11.1924 bezeichnete Wunderlich die DVP als »eigentliche Aufwertungspartei«, BAK R 45 II/29, p. 163; die Entschließung des Parteitages zur Aufwertungsfrage ist abgedruckt in: NLC 16.11.1924, Nr. 190.

[36] Die Entschließungen sind abgedruckt in: NLC 26.5.1925, Nr. 99.

60.

9. Juni 1925: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/58, p. 149–155. Maschinenschriftliches Protokoll; Umdruck. Überschrift: »Geschäftsführender Ausschuß. Sitzung vom 9.6.1925 im Reichsklub«.[1]

Kempkes eröffnet die Sitzung um 11[30] Uhr, gibt Entschuldigungen bekannt und erklärt, daß der Presseverein der DVP Spieß als seinen Vertreter im Geschäftsführenden Ausschuß benannt habe. Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten. Durch Akklamation werden Kempkes zum Vorsitzenden und Garnich zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Der Vorsitzende gibt zu erwägen, ob bei so schwacher Besetzung die Zuwahlen, die teilweise umstritten sind, zur Erledigung gebracht werden sollen. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß nur diejenigen Zuwahlen vorgenommen werden, die unumstritten sind. Zugewählt werden: Dr. Hugo (Industrieausschuß), Dr. Luther (Reichsjugendausschuß), Hollmann (Reichsschulausschuß), Havemann (Reichshandwerkerausschuß), Dr. Mittelmann (Deutsch-österreichischer Ausschuß), Steffens[2] *(Ostausschuß). Die Genannten werden gleichzeitig in ihren Ämtern als Vorsitzende ihrer Ausschüsse bestätigt. Dagegen wird die Zuwahl der Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses (im Ausschuß selbst Losentscheid zwischen Stolberg und Schiftan zugunsten Schiftans) und des Reichsarbeiterausschusses (Winnefeld oder Streiter) vertagt. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß der Geschäftsführende Ausschuß sein Recht, die Vorsitzenden der Unterausschüsse zu ernennen, nicht an die Ausschüsse selbst abtreten dürfe, sondern daß er im* »Interesse der Einheitlichkeit der Arbeit« *dieses Recht auch tatsächlich für sich in Anspruch nehmen müsse. Da von den zwölf Zuzuwählenden acht Plätze für Ausschußvorsitzende vorgesehen werden müssen*[3]*, verbleiben noch vier Plätze für andere Zuwahlen. Zugewählt wird zunächst einstimmig Frau von Kulesza. Für einen weiteren Platz war ein Vertreter Sachsens in Aussicht genommen. Ursprünglich war dafür Kaiser vorgesehen, Kempkes teilt jedoch mit, daß Vogel an Stelle von Kaiser Heinze vorgeschlagen habe. Es herrscht grundsätzlich darüber Einverständnis, daß Sachsen berücksichtigt werden soll*[4]*, die Personenfrage soll jedoch innerhalb der sächsischen Wahlkreise geklärt werden. Für die noch zur Verfügung stehenden zwei Plätze liegen dann noch folgende Vorschläge vor: Von der Reichstagsfraktion der Geschäftsführer der Fraktion, Admiral Brüninghaus, von der Landtagsfraktion gleichfalls der Geschäftsführer, Eichhoff, vom Wahl-*

[1] Laut der dem Protokoll beigegebenen Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Garnich, Kalle, Kempkes, Frau Mende, Meyer-Herford, Spieß, Thiel und Trucksaess.

[2] Wilhelm Steffens (* 1883), Lehrer. Dr. phil. 1921–1932 MdL Preußen (DVP). Direktor des Gymnasiums Marienburg, später des Schiller-Gymnasiums Münster. Vors. des Ostausschusses.

[3] Als Unterausschüsse des Geschäftsführenden Ausschusses bestanden 1925: 1. Ausschuß für Handel und Industrie, 2. Jugendausschuß, 3. Schulausschuß, 4. Landwirtschaftsausschuß, 5. Arbeiterausschuß, 6. Handwerkerausschuß, 7. Österreichischer Ausschuß, 8. Ostausschuß, siehe BAK R 45 II/58, p. 127.

[4] Bereits am 18.2.1925 hatte der Landesverband Sachsen in einem Schreiben an die Reichsgeschäftsstelle den »dringenden Wunsch« geäußert, einen »sächsischen Herren in den Geschäftsführenden Ausschuß der Reichspartei aufzunehmen«, BAK R 45 II/58, p. 81.

kreis Weser-Ems Dr. Gildemeister, ein Vorschlag, der auch von der rheinisch-westfälischen Arbeitsgemeinschaft unterstützt wird, vom Wahlkreisverband Berlin Hallensleben.[5] *Es wird beschlossen, die Entscheidung über diese Zuwahlen gleichfalls auf die nächste Sitzung zu vertagen.*[6]

Der Vorsitzende bringt ein Schreiben des Reichsblocks zur Sprache, in dem Staatsminister von Loebell mitteilt, daß die im Reichsblock vereinigten Parteien und Verbände sich dahin einig geworden wären, den Reichsblock nicht aufzulösen, sondern ihn für künftige ähnliche Aufgaben weiter bestehen zu lassen. Dieses Schreiben sei auch an sämtliche Organisationen und Persönlichkeiten im Lande, die im Reichsblock mitgearbeitet haben, verschickt worden. Demgegenüber bringt der Vorsitzende unter allgemeiner Zustimmung zum Ausdruck, daß die Deutsche Volkspartei wohl bereit ist, bei künftigen ähnlich liegenden Aufgaben mit anderen Parteien und Organisationen in ähnlicher Weise zusammenzuwirken, wie dies bei der Präsidentenwahl geschehen ist, daß aber dazu keineswegs die Aufrechterhaltung der jetzigen Organisation des Reichsblocks notwendig erscheint, daß darin eher ein Hindernis für eine etwa mögliche und vielleicht wünschenswerte Erweiterung liegen würde. Für ganz unmöglich wird gehalten, daß die lokalen Organisationen des Reichsblocks erhalten bleiben. Es wird beschlossen, in diesem Sinne an Exzellenz von Loebell zu schreiben und ebenso die Organisationen im Lande von dieser Auffassung in Kenntnis zu setzen.[7]

Bezüglich der Gründung einer Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft (Wahlkreise Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern) ergibt die Diskussion Einigkeit darüber, daß Arbeitsgemeinschaften keine Vertretung in den Leitungsgremien der Partei zugestanden werden könne.[8] *Der Anregung Thiels, in einer der nächsten Sitzungen grundsätzlich die Arbeitsgebiete des Ausschusses durchzuberaten, wird zugestimmt.*

[5] Emil Hallensleben (* 1867), Rechtsanwalt und Notar in Berlin. 1921–1926 Mtgl. des preußischen. Staatsrats, 1926–1932 MdL Preußen (DVP).

[6] Siehe Dok. Nr. 62.

[7] Siehe Dok. Nr. 59, Anm. 15.

[8] Nach einer Mitteilung des Landesverbandes Hamburg an die Reichsgeschäftsstelle hatten sich die Wahlkreisorganisationen von Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Lübeck am 21.5.1925 zu einer »Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft« zusammengeschlossen, BAK R 45 II/58, p. 95.

61.

22. November 1925: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

BAK R 45 II/40, p. 33–235. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen[1]; Umdruck. Überschrift: »Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am Sonntag, den 22. November 1925, vorm. 10 Uhr im Reichstag, Saal 12«.

Stresemann eröffnet die Sitzung, gedenkt der verstorbenen Mitglieder des Zentralvorstandes sowie der Gefallenen des Ersten Weltkrieges[2] und gibt Entschuldigungen bekannt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden werden Dr. Scholz und v. Campe gewählt. Nachdem Scholz den Vorsitz übernommen hat, erteilt er Stresemann das Wort zu einem Bericht über die politische Lage.

Dr. Stresemann[3]: Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen heute einen Bericht über die politische Lage erstatte, so wird dieser Bericht sich fast ganz auf die Fragen der Außenpolitik erstrecken und speziell auf die Fragen der Verträge, vor deren Abschluß wir stehen. Das, was sich anknüpft an diese Außenpolitik auf dem Gebiet innerpolitischer Entwicklung ist, wenn Sie meinen Gedankengängen folgen werden, durch die eine Konsequenz gegeben: daß nämlich die künftige Politik im Reich und die Zusammensetzung der Reichsregierung nur gegeben sein kann durch Persönlichkeiten und Parteien, die auf dem Boden des Werkes von Locarno stehen.[4] Diese Fest-

[1] Die offensichtlich in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen. Tagesordnung: 1. Eröffnung und Begrüßung, 2. Die politische Lage. Einleitender Bericht: Reichsminister Dr. Stresemann. Aussprache.

[2] Stresemann erinnerte hier besonders an Manfred Freiherr von Richthofen (1892–1918), den erfolgreichsten deutschen Jagdflieger im Ersten Weltkrieg, der am 21.4.1918 bei Vaux-sur-Somme abgeschossen wurde.

[3] Der Wortlaut der Rede Stresemanns zur politischen Lage wurde bereits 1967 von Henry Ashby Turner unter dem Titel »Eine Rede Stresemanns über seine Locarnopolitik« in den VfZ 15 (1967), S. 416–436, veröffentlicht. Die NLC vom 23.11.1925, Nr. 217 und das DVP-Nachrichtenblatt vom 27.11.1925, Nr. 24 berichteten gleichlautend über die Rede Stresemanns: »Den Bericht über die politische Lage erstattete Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Er schilderte die Entwicklung der deutschen Außenpolitik bis Locarno und die Verhandlungen von Locarno selbst, dann würdigte er das Ergebnis des Vertragswerkes im Zusammenhang mit der gesamten internationalen Lage und kam zum Schluß kurz auf die durch den Austritt der Deutschnationalen geschaffene innenpolitische und außenpolitische Lage zu sprechen«.

[4] In denen auf der Konferenz von Locarno (5.–16.10.1925) paraphierten Verträgen verzichteten Belgien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits auf eine gewaltsame Veränderung der bestehenden Grenzen, für die England und Italien eine Garantie übernahmen; dieser Garantievertrag wurde ergänzt durch Schiedsverträge Deutschlands mit Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei sowie durch Abkommen Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei. Zur Konferenz von Locarno und zur Bewertung der Locarno-Verträge siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 172ff. (Konferenzprotokoll), Walsdorff, S. 139ff.; Maxelon, S. 164ff.; Krüger, S. 296ff. (mit weiterer Literatur) sowie den Forschungsüberblick bei Kolb, Weimarer Republik, S. 206ff. Die DNVP-Fraktion, in der der radikale Flügel unter Führung des neuen Fraktionsvorsitzenden, Graf Westarp, die Oberhand gewonnen hatte, erklärte am 22.10.1925, sie könne das Ergebnis der Verhandlungen nicht akzeptieren und werde keinem Vertrag zustimmen, »der den deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht gerecht« werde (Schultheß 1925, S. 154). Nachdem Versuche des Reichskanzlers Luther und des deutschnationalen

stellung mache ich aus dem Grunde, weil für diejenigen, die den Dingen in Locarno selbst gefolgt sind, das eine vor Augen stehen muß: daß diese Verträge nicht Gegenwartswert haben, der irgendwie zum Ausdruck kommt in dem, was zur Zeit bekannt ist, in den sogenannten Rückwirkungen für das besetzte Gebiet, sondern daß der Wert dieser Verträge in derjenigen Neuordnung der Dinge besteht, die sich ergeben sollen und ergeben müssen, wenn das Werk selbst zustande gekommen ist, was ja bis zur Stunde, was ja auch selbst am 1. Dezember noch nicht der Fall sein wird.[5]

Lassen Sie mich auf die Hauptgesichtspunkte zurückkommen, die uns bei den Arbeiten für diese Außenpolitik bewegten. Vor wenigen Tagen las ich in einer Äußerung des »Petit Parisien« in Paris: Wenn die Herren deutschen Delegierten in Locarno nicht den Abmachungen zugestimmt hätten, so wäre Herr Briand trotzdem nicht mit leeren Händen nach Paris gekommen, denn es bestand volle Übereinstimmung darüber, daß dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs dann auf andere Weise Rechnung getragen werden würde. Es ist mir das deshalb interessant gewesen, weil dieser Gedanke ja der Ausgangspunkt der Initiative des Auswärtigen Amtes in der Frage des Memorandums gewesen ist.[6] Es ist in manchen Zeitungen, beispielsweise auch in der »Kölnischen Zeitung«, gesagt worden: Ob tatsächlich im Januar oder Februar die Gefahr bestand, daß Frankreich und England sich zu einem einseitigen Sicherheitspakt gegen Deutschland zusammenschlössen, ist nicht festzustellen.[7] Gewiß ist das

Innenministers Schiele gescheitert waren, die Parteileitung und die widerstrebenden Landesverbände umzustimmen, beschloß die Reichstagsfraktion am 25.10. den sofortigen Austritt aus der Regierung und zog ihre Minister Neuhaus (Wirtschaft), Schlieben (Finanzen) und Schiele aus dem Kabinett zurück, siehe Kabinette Luther I/II, S. XXXV f., Dok. Nr. 203; Grathwol, S. 58 ff.; Dörr, S. 100 f. Stresemann, der über die »unbegreifliche Dummheit« (PA NL Stresemann 272, Tagebucheintrag vom 27.10.1925) der DNVP äußerst verstimmt war, schätzte die innenpolitische Situation im Herbst und Winter 1925 als sehr bedrohlich ein, siehe dazu seinen Tagebucheintrag vom 16.12.1925 (ebd.) über den Verlauf einer Sitzung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, auf der die Einrichtung eines Präsidialregimes erwogen wurde; zur Haltung der Industrie siehe auch Pohl, S. 135 ff. Die dem Reichstag am 21.11. (RTDrs., Bd. 403, Nr. 1515) vorgelegten Gesetzentwürfe über die Verträge von Locarno wurden am 23., 25., 26. und 27.11. beraten; in der namentlichen Abstimmung vom 27.11. wurde Art. 1 (Locarnoverträge) mit 299 zu 173, Art. 2 (Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund) mit 279 zu 183 Stimmen angenommen; in der Schlußabstimmung stimmten 292 Abgeordnete von SPD, Zentrum, DVP, DDP und BVP für, 174 Abgeordnete der DNVP, KPD, VA und WV gegen das Gesetz, das am 28.11.1925 verkündet wurde (RGBl. 1925 II, S. 975).

[5] Die Alliierten begannen unmittelbar nach dem 1.12.1925, dem Tag der Unterzeichnung der Locarno-Verträge in London, mit der Räumung der Kölner Zone, die Ende Januar 1926 beendet war.

[6] Die Reichsregierung hatte in einem geheimen Memorandum (Text: UuF, Bd. 6, S. 334 f.), das am 20.1.1925 der britischen und am 9.2. der französischen Regierung übergeben wurde, vorgeschlagen, daß sich die »am Rhein interessierten Mächte, vor allem England, Frankreich, Italien und Deutschland, feierlich für eine näher zu vereinbarende längere Periode zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten, keinen Krieg miteinander zu führen«, zudem wurde der Abschluß von verschiedenen Schiedsverträgen angeboten; siehe auch Vermächtnis II, S. 62 f. Zur Vorgeschichte der deutschen Initiative und zu ihrer strengen Geheimhaltung siehe Krüger, S. 272 f.; Karl Mayer, Die Weimarer Republik und das Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen 1918–1925, Frankfurt/M. 1990, 127 ff.

[7] Im Herbst und Winter 1924 hatten intensive Verhandlungen zur Schaffung einer englisch-französischen Entente stattgefunden, siehe Kabinette Luther I/II, S. XXIV ff.; Krüger, S. 249 ff.; Megerle, S. 55 f.; Baumgart, S. 191 ff.; Jon Jacobson, Locarno Diplomacy, Germany and the West 1925–1929, Princeton 1972, S. 23 ff.

nicht festzustellen, denn Gott sei Dank besteht noch immer die Auffassung, daß auswärtige Politik nicht mit dem Lautsprecher auf dem Potsdamer Platz oder irgendwie auf dem Grande Place in Paris oder sonstwo gemacht wird (Sehr richtig!). Aber vielleicht dürften wir doch auch in der deutschen Öffentlichkeit einmal zurückkehren zu der sehr nüchternen, aber doch auch vielleicht sehr zutreffenden Erwägung, daß, wenn überhaupt, die Unterhaltung großer Ämter wie des Auswärtigen Amtes mit ihrem ganzen Personal und ihrem Dienst einen Sinn hat, doch schließlich die Männer dieses Amtes, die zu wachen haben über das, was in der Welt vorgeht, darüber, ob derartige Bestrebungen bestehen, vielleicht besser unterrichtet sein können als andere Leute, denen die Verbindungen nicht zur Verfügung stehen (Zustimmung). Ebenso ist es klar, daß sie über das, was sie erfahren und von wem sie es erfahren, nicht der Öffentlichkeit Kenntnis geben können.

Zweierlei bestand in dieser Beziehung im Allgemeinen und im Speziellen. Im Allgemeinen bestand zunächst der sowohl von der englischen Regierung wie von der englischen Opposition anerkannte moralische Rechtsanspruch Frankreichs auf eine zusätzliche Sicherheit zu dem Versailler Vertrag. Man kann darüber streiten, ob es den Franzosen ernst war mit ihrer tatsächlichen Bedrohung. Aber jedenfalls hatten sie 1919, als sie auf das linke Rheinufer verzichteten, nur unter der Bedingung darauf verzichtet, daß sie eine ausdrückliche neue Sicherheit durch ihre Alliierten gegenüber Deutschland bekämen. Das ist auch im Versailler Vertrag selbst zum Ausdruck gekommen. In Artikel 31 ist gesagt, daß die Alliierten sich vorbehalten, an die Stelle der durch den Weltkrieg aufgehobenen Neutralität Belgiens andere Verträge zu setzen, und daß Deutschland sich verpflichtet, diese Verträge von vornherein anzuerkennen und damit gelten zu lassen. Wenn Sie jetzt die Präambel des Vertrags von Locarno lesen, so werden Sie darin die Sie vielleicht überraschende Formel finden von der nicht mehr bestehenden belgischen Neutralität, daß zwei Gründe für den Vertrag angeführt sind: das Nichtmehrbestehen dieser Neutralitätsabkommen und dann das allgemeine Bestreben, Frieden herzustellen in den Gebieten, die so oft der Schauplatz europäischer Kämpfe gewesen seien.[8]

Daraus geht hervor, daß die Alliierten, wenn sie einen Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs geschlossen hätten, sich dabei auf diesen Artikel 31 gestützt hätten, ihn hingestellt hätten als die Ersetzung der früheren belgischen Neutralitätsverträge, und daß wir nach dem Versailler Vertrag gehalten waren, diese Dinge einfach und restlos als einen Teil des Versailler Diktats selbst anzuerkennen.

Wenn nun zu uns Mitteilungen kamen, daß im Auftrag der Regierung von Chamberlain[9] in den Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain – und vorher schon zwischen Herriot und Chamberlain – der Gedanke des jetzigen Abschlusses eines Sicherheitspaktes zwischen England und Frankreich mit der alleinigen Spitze gegen

[8] Der Vertrag führte in der Präambel aus: »Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Verträge zur Neutralität Belgiens hinfällig geworden sind und im Bewußtsein der Notwendigkeit, den Frieden in dem Gebiet zu sichern, das so oft der Schauplatz der europäischen Konflikte geworden ist«, UuF, Bd. 6, S. 381; zu den Zielen der französischen Politik auf der Pariser Friedenskonferenz siehe Steinmeyer, S. 71 ff.; Sharp, S. 55 ff.

[9] Austen Chamberlain (1863–1937), seit 1892 Mtgl. des Unterhauses (Unionist, seit 1912 Konservative). 1903–1905 Schatzkanzler, 1915–1917 StS für Indien, 1919–1921 erneut Schatzkanzler, 1924–1929 StS des Auswärtigen.

Deutschland beabsichtigt war, und wenn dann das Auswärtige Amt gegenüber diesen Tendenzen die Initiative ergriff und versuchte, Deutschland in diese Dinge einzuschalten und aus diesem gegen Deutschland gerichteten Offensivpakt einen Sicherheitspakt zu machen, an dem Deutschland beteiligt war und in dem auch seine Grenze gesichert wurde durch Bundesgenossenschaft anderer, dann sage ich, daß man kein Recht hat, dem Auswärtigen Amt oder dem Außenminister aus dieser Initiative irgendeinen Vorwurf zu machen (Lebhafte Zustimmung).

Daß die ganzen Verhältnisse bei uns unschön, widerwärtig sind, daß wir Ketten tragen müssen, darüber zu klagen, das ist furchtbar leicht. Es handelt sich darum, die Schwere dieser Ketten zu mildern und zu versuchen, wie wir allmählich aus dieser Fesselung in eine leichtere Fesselung kommen. Mehr Ihnen irgendwie zu versprechen, kann niemand, der die Machtverhältnisse richtig einschätzt. Und darum handelt es sich bei dieser Initiative. Nicht darum, den Versailler Vertrag aufzuheben. Ich wäre so dankbar, wenn die, die das in Resolutionen fordern, auch die nötigen Mittel dazu angeben würden. Es handelt sich darum, einen neuen Zusatz zum Versailler Vertrag, der nun die Entente verewigen sollte, abzubiegen und möglichst daraus einen Gegenseitigkeitsvertrag zu machen.

Meine Damen und Herren, wenn ich das übersehe, was in Locarno geschaffen ist, so darf ich das eine sagen: das ist jedenfalls gelungen. Ich möchte, um nicht oft Gesagtes in alter Form zu wiederholen, hier, wo wir ja vertraulich verhandeln und auch nicht beabsichtigt ist, über die Verhandlungen einen Bericht herauszugeben, was mich sonst zwingen würde, lediglich eine akademische Ministerrede zu halten, zur Kennzeichnung der Situation einmal sagen, was der französische Außenminister in einer Besprechung uns entgegenhielt, als wir ihn drängten, mit diesen Rückwirkungen weiter zu gehen, als er es in dem Augenblick wollte. Er sagte mir damals, und das ist das Kennzeichnende für die Auffassung, die man in Frankreich über die deutschen Verhältnisse hat, und die sehr witzig und geistreich wiedergegeben wurde : Sie beziehen sich immer auf Ihre öffentliche Meinung in Deutschland. Ich kenne die Schwierigkeiten, denen Sie begegnen. Sie haben eine große Mehrheit im deutschen Volk, die aufrichtig den Frieden will. Sie haben eben aber auch starke Kreise, die nicht etwa den Krieg wollen – sie würden sich entschieden und mit Recht dagegen verwahren, das zu wollen –, aber Sie haben so etwas seltsam Mystisches in Ihrer Politik und in der Auffassung Ihrer Politik. Sie haben den Glauben daran, daß eines Tages von irgendwoher mit irgendwelchen Mitteln, über die niemand eine Auskunft geben kann, irgendetwas geschehen wird, wodurch die ganze Situation in der Welt so grundlegend geändert wird, daß Deutschland keine Veranlassung hat, gegenwärtig irgendwelche Konzessionen zu machen, sondern ruhig die Dinge ihren Lauf gehen zu lassen, bis dies Wunderbare eintritt. Und daran knüpfte er an und sagte: Sie müssen aber nicht glauben, daß Sie ein Monopol auf solche Phantasien haben. Es gibt Leute dieser Art in allen Ländern, und ich habe solche Leute bei mir ebenfalls. Gewiß, bei denen ist der Blick nicht in die Zukunft gerichtet wie bei Ihnen, um das Vergangene wiederherzustellen, aber bei diesen Leuten ist der Blick dahin gerichtet, daß ihnen das nicht genügt, was heute gegenwärtig ist, daß sie der Meinung sind, daß wir einen weltgeschichtlich großen Moment versäumt hätten, um eine Politik früherer Jahrhunderte durchzuführen. Er sagte: Wenn ich nach Paris komme mit diesem Ergebnis, kann ich mir die Rede denken, die Herr Poincaré im Senat halten wird. Er

wird im Senat sagen: was habt ihr eigentlich aus Locarno nach Hause gebracht? Unter meiner Herrschaft in Frankreich, da standen wir im Ruhrgebiet und hatten die deutsche Wirtschaft als einfaches, spezielles französisches Pfand für die französischen Reparationen.[10] Stattdessen seid ihr heute Mitglieder einer G.m.b.H.[11], der Deutschland Pfänder gegeben hat, und man hört von Zeit zu Zeit immer deutlicher aus deutschem Munde, daß man sich darüber unterhält, wann man erklären wird, daß man nicht mehr zahlt. Zu meiner Zeit hattet ihr den Rhein fest in der Hand. Ich habe euch die These gegeben: die Fristen haben noch nicht zu laufen begonnen. Herr Herriot, der vollkommene Linksmann, hat diese These seinerseits anerkannt gegenüber Herrn Poincaré.

Er sagte weiter: Wir hatten die kolossale Bewaffnung gegenüber einem entwaffneten Deutschland, dazu hatten wir die Zusatzgarantie Englands, uns mit seiner ganzen Macht zur Seite zu stehen, falls Deutschland jemals wieder das Haupt erhöbe. So waren wir in der Lage, die Politik des linken Rheinufers auf die Dauer zu treiben unter dem Schutze Englands. Und was bringst du, Briand, zurück? Du bringst einen Gegenseitigkeitsvertrag zurück, der uns hindert an Invasionen, an Sanktionen, der in dem Augenblick, wo wir den Krieg, den unprovozierten, gegen Deutschland beginnen, unsere bisherigen Bundesgenossen zwingt, an der Seite Deutschlands gegen Frankreich zu kämpfen, und der dem waffenlosen Deutschland wieder starke Bundesgenossen gegeben hat. Und Briand fügte hinzu: Glauben Sie nicht, daß meine Situation im Senat so einfach ist, wenn ich gegenüber diesen Argumenten zu kämpfen habe, wenn ich auch meine eigenen Argumente kenne, die ich dagegen anzubringen habe.

Ich möchte das vorausschicken, um einmal ein Bild zu geben von dem, was tatsächlich in den Dingen vor sich gegangen ist und was viel wichtiger ist als die Frage der Rückwirkungen an sich. Denn die Rückwirkungen sind etwas Temporäres. Diese neu geschaffenen Verhältnisse sind aber etwas Dauerndes, und ich sehe darin gewiß den Verzicht auf Krieg, Einfall oder Invasion gegenüber Frankreich in jeder Beziehung – gar kein Zweifel! –, aber ich weiß auch nicht, ob es irgendeinen vernünftigen Menschen gibt, der glaubt, daß wir heute durch das Mittel des Krieges gegenüber Frankreich irgendetwas anderes erreichen könnten als völlige Zertrümmerung Deutschlands in jeder Beziehung (Zustimmung).

Wir haben verzichtet auf das, was wir nicht besitzen, nämlich auf eine Macht, die Krieg führen kann. Das ist der ausgesprochene Verzicht, und die anderen, die die ganz große Macht uns gegenüber haben und die es jetzt in der Hand hatten, mit mehr oder minder Gewaltpolitik die Politik Ludwigs XIV. durchzuführen und sich dauernd an den Rhein zu setzen, sind durch diesen Vertrag gezwungen, auf diese Rheinpolitik zu verzichten. Deshalb bekommt die ganze Erörterung ein ganz falsches Vorzeichen. Wir sprechen immer bei dem[12] Verzicht von Elsaß-Lothringen, wir sprechen nicht von der Sicherung des deutschen Rheinlandes, und schließlich, wenn wir das nicht tun aus außenpolitischen Gründen – vor uns selber müssen wir

[10] Das Ruhrgebiet war am 11.1.1923 durch französische und belgische Truppen besetzt worden, siehe Dok. Nr. 51, Anm. 2.
[11] Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
[12] So in der Vorlage statt richtig: »über den«.

doch sagen: der ganze Sinn der Verträge ist doch der gewesen, dieses deutsche Land, das wir heute nicht mehr schützen können gegen Gewalt, durch Verträge so zu sichern, daß wir seinerzeit sagen können: der Rhein ist deutsch und bleibt deutsch! (Lebhafter Beifall). Das ist der Sinn dieser ganzen Politik gewesen.

Die Wege, die wir dabei gegangen sind, sind sehr schwierig gewesen. Ich habe einmal in München vor der Presse gesprochen, die ja doch noch mehr quellfrisch in ihrer Ahnungslosigkeit ist als in anderen Gegenden, und ich dachte, man muß da primitiv reden, denn es war ein Vertreter der »Münchener Neuesten Nachrichten« und ein Vertreter der »München-Augsburger Abendzeitung«[13] dabei. Ich habe dort gesagt: stellen Sie sich einmal folgendes vor: Sie sagen mir, ich hätte den Franzosen den Verzicht auf Elsaß-Lothringen angeboten. Vier Monate haben die Leute sich überlegt, ehe sie auf dieses Memorandum antworteten.[14] Wenn das das Angebot eines einseitigen Verzichts gewesen wäre, dann hätten die Leute sich doch sagen müssen: unterzeichnen wir das nur recht schnell, damit nicht inzwischen dieser Idiot gestürzt wird, der uns das hier angeboten hat, damit wir diese große Verzichterklärung Deutschlands recht schnell in unsere Scheuern bringen. Statt dessen haben sie vier Monate vergehen lassen, ehe sie antworteten. Zweimal ist dasselbe Angebot abgelehnt worden von der Entente aus dem Gesichtspunkt Poincarés heraus[15]: was nutzt mir der Verzicht Deutschlands auf Krieg, ich weiß ganz genau, daß die nicht Krieg führen können; aber ich denke nicht daran, auf Krieg gegen Deutschland zu verzichten. Es hat der ganzen Entwicklung in Frankreich und der ganzen großen wirtschaftlichen Umstellung bedurft, um überhaupt zu erreichen, daß auf diese deutsche These eingegangen wurde.

Und nun kam natürlich ein zweites Moment hinzu, das diese erste Frage des Verhältnisses Deutschlands zu Frankreich und Belgien zu einer Frage der ganzen europäischen Politik machte. Ich habe einmal als Reichskanzler denselben Gedanken in einer Stuttgarter Rede zum Ausdruck gebracht[16] – übrigens ohne jeden Einspruch

[13] Die »München-Augsburger Abendzeitung«, seit 1920 von Gottfried Traub herausgegeben, gehörte zum Hugenbergschen Pressekonzern, siehe dazu und zu den »Münchner Neuesten Nachrichten« Klaus Piepenstock, Die Münchener Tagespresse 1918–1933, Diss. phil. München 1955, S. 28ff.; Holzbach, S. 71ff.

[14] In der am 16.6.1925 übergebenen französischen Antwort (Text: UuF, Bd. 6, S. 364ff.) auf das deutsche Memorandum vom 9.2.1925 (siehe Anm. 6) erklärte sich Frankreich grundsätzlich zu Verhandlungen über ein Sicherheitsabkommen bereit, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß Deutschland bedingungslos in den Völkerbund eintreten und dem Abschluß von obligatorischen Schiedsabkommen zustimmen würde. Garanten der Schiedsabkommen im Westen sollten die Rheinpaktstaaten sein, während im Osten alle Signatarmächte des Versailler Vertrags und des Rheinpakts die Garantie der Schiedsverträge übernehmen sollten; siehe auch die Aufzeichnung Stresemanns vom 18.6.1925, Vermächtnis II, S. 103ff. Zu den heftigen Angriffen der DNVP-Presse gegen Stresemann nach Veröffentlichung der Note siehe ebd., S. 131.

[15] Zu dem im Januar 1922 verworfenen Plan Lloyd Georges zu einer europäischen Sicherheitsregelung siehe Krüger, S. 163ff.; zum Sicherheitsangebot der Regierung Cuno, das am 15.12.1922 der amerikanischen Regierung unterbreitet wurde, siehe Rupieper, S. 71ff.; Link, S. 160ff.

[16] Stresemann hatte in seiner Stuttgarter Rede am 2.9.1923 u.a. erklärt: »Wenn es sich darum handelt, daß die am Rhein interessierten Staaten sich vereinigen sollen, um die Unversehrtheit zu sichern, so wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten, um der Gefahr entgegenzuwirken, die erneute Zusammenstöße, besonders ein erneutes Verbluten der Volkskraft bringt«, Vermächtnis I, S. 100; zur ablehnenden französischen Haltung siehe Maxelon, S. 157ff.; Bariéty, S. 389ff.

von deutschnationaler Seite. Denn wer im Jahre 1923 das erreicht hätte, den hätte man wahrscheinlich als außerordentlichen Wundertäter angestaunt (Sehr richtig!). Da stand es noch so dreckig um uns, daß sich die Kritik nicht herauswagte, die jetzt so groß wird, weil es besser geworden ist in Deutschland, aber nicht durch die Tätigkeit dieser Leute. Als ich damals in Stuttgart dasselbe zum Ausdruck brachte, aber unter Poincaré, da sagte mir der französische Botschafter: Sie werden nicht erwarten können, daß meine Regierung darauf eingeht, denn es liegt doch zu klar zutage, daß man auf den Gedanken kommen könnte, Deutschland wünscht Sicherheit im Westen, um freie Hand im Osten zu haben. Und es war klar, daß Frankreich in irgendeiner Weise versuchen würde, die Ostfragen in die Debatte zu werfen. Das ist auch pünktlich geschehen. Man hat erklärt: der Westpakt – den man in etwa akzeptierte – ist nur akzeptabel für uns, wenn gleichzeitig ein Ostpakt geschlossen wird, ein Ostpakt unter der Garantie Frankreichs, das seinerseits bestimmen sollte, wer der Angreifer wäre, um dem Angegriffenen Hilfe zu leisten, mit der tröstlichen Versicherung, daß diese Hilfe auch uns zuteil werden würde, wenn Polen nach Frankreichs Ansicht der Angreifer sein sollte.

Gleichzeitig wurde verlangt, daß die von uns mit dem Westen und dem Osten zu schließenden Schiedsverträge restlosen Charakter hätten, also auch die Grenzen umfaßten. Drittens wurde der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangt.

Das war die Briand-Note vom 16. Juni. Auf diese Note haben wir nach vier Wochen geantwortet in der Note der deutschen Reichsregierung vom 20. Juli.[17] Diese Note hat ein seltsames Schicksal gehabt, das Noten des Auswärtigen Amtes selten zuteil wird. Sie ist nämlich gelobt worden. Man hat sogar gesagt, sie sei ein Meisterwerk, und man ersähe aus diesem Meisterwerk, daß es nicht im Auswärtigen Amt gemacht worden sei (Heiterkeit). Denn inzwischen waren die Deutschnationalen in das Kabinett eingetreten, und damals am 20. Juli – und ich habe sie nie in der Freude gestört – waren sie der Meinung: jetzt hätte man es den anderen aber mal gesagt, und da sie es ihnen mitgesagt hatten, lobten sie die Sache und ließen durchblicken – vielleicht Herr v. Lindeiner[18], vielleicht ein anderer großer Jurist von ihrer Partei –: jetzt sähe die Sache nun mal anders aus, das wäre nun mal eine ganz andere Sache, das käme eben davon, daß jetzt die Deutschnationalen in der Regierung wären.[19] Man sollte einmal die Stimmen aus der damaligen Zeit hervorholen, denn sie sind sehr interessant für die Gegenwart. Denn, meine Damen und Herren, die ganzen Verhandlungen in Lo-

[17] Die deutsche Antwortnote vom 20.7.1925 wandte sich gegen die französische Konstruktion der Schiedsverträge, bestand auf der Berücksichtigung der deutschen Vorbehalte gegen Art. 16 der Völkerbundssatzung und sprach die Erwartung aus, daß der Abschluß eines Sicherheitsvertrages nicht ohne Rückwirkung auf die alliierte Besatzungspolitik im Rheinland bleiben werde; Text der Note in: Locarno-Konferenz 1925, Dok. 16; Auszüge in: UuF, Bd. 6, S. 370ff.

[18] Hans-Erdmann v. Lindeiner-Wildau (1883–1947), Jurist. 1918–1921 Hauptgeschäftsführer der DNVP. 1921–1924 MdL Preußen (DNVP). 1924–1932 MdR (DNVP/Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft/Konservative Volkspartei). Ab 1931 Mtgl. im Direktorium der preußischen Zentralgenossenschaftskasse.

[19] Über den Wortlaut der deutschen Antwortnote vom 20.7.1925 kam es im Kabinett zu langwierigen Auseinandersetzungen, siehe Kabinette Luther I/II, Dok. 123, 125, 127, 128, 129 sowie die Rede Stresemanns in der außenpolitischen Debatte des Reichstags vom 22.7.1925, VRT, Bd. 387, S. 3387ff. Die deutsche Note wurde nach einer Debatte über eine deutschnationale Interpellation mit 235 gegen 158 Stimmen gebilligt, ebd., S. 3248ff.; zur Haltung der DNVP siehe detailliert Grathwol, Kap. 5, 6.

carno sind auf der Grundlage dieser Note geführt worden. Und was war denn der Inhalt dieser Note? Das war allerdings die vollkommene Ablehnung der Briand-Note. Wenn Sie sich ein Bild machen wollen von den Verhandlungen in Locarno, dann nehmen Sie die Briand-Note links und die deutsche Note rechts, und dann nehmen Sie den Vertrag von Locarno in die Hand und fragen Sie sich, welche Grundsätze eigentlich durchgesetzt worden sind: die französischen oder die deutschen? Was waren denn die Hauptpunkte? Es waren drei Dinge. Wir haben erklärt: Dieses restlose Schiedsvertrags-Obligatorium lehnen wir ab, wir machen keine Schiedsverträge, die eine Anerkennung der Grenzen in sich schließen, die eine Bindung enthalten. Briand erklärte: Der deutsche Vorschlag genügt nicht, wir verlangen das restlose Schiedsverfahren. Die Entscheidung ist gefallen nach der deutschen Seite. Sie ist schon vor Locarno in London[20] gefallen auf Grund der Darlegungen des Herrn Ministerialdirektors Gaus[21], der erklärt hat, daß Deutschland unter keinen Umständen dieses restlose Schiedsverfahren mitmachen würde. So war schon in dem Entwurf dieser eine Hauptpunkt Frankreichs aufgegeben. Der zweite Teil der Note vom 20. Juli bestand darin, daß gesagt wurde: Wir lehnen die französische Garantie für die Ostverträge ab. Die französische Garantie für die Ostverträge ist abgelehnt. Ich komme darauf noch.

Der dritte Hauptpunkt war der, daß wir bezüglich des Eintritts in den Völkerbund erklärten, daß wir die Bindungen, die nach unserer Auffassung aus dem Artikel 16 sich ergäben[22], nicht auf uns nehmen würden. In Locarno, und zwar in dem Protokoll über die Verhandlungen in Locarno[23] ist Kenntnis davon genommen und niedergeschrieben worden, daß ich namens der deutschen Delegation erklärt habe, daß wir auf Grund der uns gegebenen Kollektivnote der Alliierten uns die Bestimmung darüber vorbehielten, ob wir in irgendeinem wie immer gearteten Fall irgendetwas für den Völkerbund täten und daß ich schon heute erklärte, daß wir im Falle des Konflikts zwischen Rußland und anderen europäischen Mächten uns weder beteiligen würden an einer militärischen Exekutive, noch den Durchmarsch gestatten würden, noch irgendwie an wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Rußland teilnehmen würden. Der belgische Delegierte hat zu Protokoll gegeben, daß er diese Erklärung der deutschen Delegation mit tiefem Bedauern entgegennähme, da sich daraus ergäbe, daß Deutschland das ihm zustehende Recht der Nichtbeteiligung in Anspruch nehmen würde. Niemand hat bei dieser Auffassung irgendeinen Zweifel gehabt. Damit ist

[20] Über Verlauf und Ergebnis der vom 31.8.–4.9.1925 im Foreign Office abgehaltenen Konferenz, auf der von den juristischen Sachverständigen Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens, Italiens und Deutschlands (Fromageot, Hurst, Rolin, Pilotti, Gaus) über den französisch-britischen Entwurf eines Sicherheitspaktes vom 12.8. beraten wurde, siehe den Bericht von Gaus vom 18.9.1925, Locarno-Konferenz 1925, Dok. Nr. 20 sowie Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 153, 157.

[21] Friedrich Gaus (1881–1955), Jurist. 1923–1945 Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts.

[22] Die Reichsregierung hatte vor allem Vorbehalte gegen Art. 16 der Völkerbundssatzung (Beteiligung an Bundesexekutionen) geltend gemacht, siehe Dok. 58, Anm. 30; Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 75, 173; Vermächtnis II, S. 78f. Zur deutschen Haltung in dieser Frage siehe auch die Aufzeichnung »Die Bedeutung des Art. 16 der Völkerbundssatzung für Deutschland« von Anfang April 1925, Locarno-Konferenz, Dok. Nr. 12.

[23] Siehe dazu die Ausführungen Stresemanns auf der 4. Sitzung der Konferenz von Locarno, Kabinette Luther I/II, Dok. 179.

auch in diesem entscheidenden Punkt, indem die anderen uns entgegenhielten: ihr wollt die Rechte als Großmacht und wollt nicht die Pflichten des Artikels 16, der deutsche Standpunkt durchgedrungen.

Wir hatten einen Satz in unserer Note – und ich gebe zu, daß der von deutschnationaler Seite hineingekommen ist – wonach eine friedliche Änderung der bestehenden Verträge nicht ausgeschlossen sein soll. Und so schön das klingt, so muß ich doch sagen, daß ich mich geschämt habe, einen solchen Satz in eine Note des Auswärtigen Amtes zu schreiben. Der Satz gehört in die Kinderfibel. Es ist selbstverständlich, daß eine friedliche Verständigung zwischen Grenznachbarn jederzeit möglich ist. Und es ist doch auch – seien wir doch offen – gerade in Bezug auf Elsaß-Lothringen nichts als dem Volk Sand in die Augen streuen, wenn man so tut, als ob wir auf friedlichem Wege jemals Elsaß-Lothringen zurückbekommen könnten. Auf der einen Seite spricht man von den Franzosen in der Art, daß sie die stärkste aggressive Politik gegen uns treiben, auf der anderen Seite lullt man sich selbst mit einer derartigen Gestehung ein. Sie hat eine andere Bedeutung für andere Dinge. Je weniger man in offiziellen deutschen Staatsnoten davon spricht, umso besser ist es für die tatsächliche Entwicklung. Und was ich am meisten in der Entwicklung, in der wir stehen, bedauere, ist das eine, daß man infolge der innerpolitischen Opposition viel weiter herausgehen muß mit dem, was man erstrebt, als für das Gesamtinteresse des Volkes im Vaterlande gut ist (Lebhafte Zustimmung). Wir sind in die Verteidigung gedrängt, an uns werden Fragen gestellt, auf die der englische Außenminister antworten würde: darauf antworte ich nicht, während wir die letzten Karten enthüllen sollen über das, was die nächsten Jahre an deutscher Außenpolitik bringen. Ich habe immer gefunden, daß die besten Dinge dadurch zum Scheitern kommen, daß man sie plakatiert, damit die ganze Öffentlichkeit sich darauf einrichten kann. Ich sage, dieser Grundsatz in der Note hat seine große prinzipielle Bedeutung auf anderem Gebiet, und ich möchte gerade auch unsere ostpreußischen Freunde darum gebeten haben, diese Seite zu betonen, weil ich aus einem Telegramm der braven Masuren, die in Lyck getagt haben, ersehe, daß man dort festgestellt hat, daß jetzt der polnische Korridor durch den Vertrag von Locarno festgelegt sei. Ich kann demgegenüber nur sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Aber ich möchte gerade deswegen auf diese drei Punkte, die ich eben erwähnte, im einzelnen näher eingehen.

Das eine ist der Punkt unserer Stellung zu Rußland.[24] Da möchte ich zunächst auf eines hinweisen. Wir brauchen den Russen nicht zu sehr nachzulaufen. Selbst Herr Professor Otto Hoetzsch, der große Russophile, hat kürzlich in einem Interview gesagt: die hysterische Art Rußlands, fortwährend zu betonen, daß Deutschland auf Grund des Artikels 16 gegen Rußland vorgehen könne, müsse nun auch einmal ein Ende nehmen. Und wenn das Otto Hoetzsch sagt, der vollkommen ostorientiert ist und für Rußland schwärmt als ein neues starkes Preußen Friedrich Wilhelms I., so sollte man auch in Moskau sich das einmal vor Augen führen. Ich verstehe aber vollkommen die große Unsicherheit in der deutschen Öffentlichkeit über diesen Artikel 16. Denn sie ist zum Teil von der Regierung mit veranlaßt. Nun müssen wir auf uns nehmen: Unsere eigenen Anschauungen über den Artikel 16 haben sich geän-

[24] Zu den Zielen von Stresemanns Rußlandpolitik in den Jahren 1924 und 1925 siehe Dok. Nr. 56, Anm. 121.

dert. Wir haben früher den Standpunkt vertreten, daß wir an sich nach dem Wortlaut des Artikels 16 verpflichtet wären, mitzumachen nach irgendeiner Seite, und wir haben darum gekämpft, von dieser Verpflichtung frei zu kommen. Durch die ganzen Erklärungen der Regierung und der Parteien ist und mußte der Eindruck entstehen, daß hier eine obligatorische Verpflichtung Deutschlands vorläge. Die Peripetie, die Umwandlung ist eigentlich schon seit einiger Zeit gekommen. Unsere Auffassung stützte sich auf das Gutachten unseres Völkerbundreferenten. Als Herr Geheimrat Gaus, der damals nicht in Berlin war, von seinem Urlaub zurückkam, erklärte er sofort: er schlösse sich diesem Votum nicht an, er sei als Leiter der Rechtsabteilung der Auffassung, daß ein Verzicht Deutschlands überhaupt nicht in Betracht käme, daß es sich nur um eine moralische, niemals um eine rechtliche Verpflichtung handele. Als in London die Juristenkonferenz tagte, ist der französische Rechtsberater Fromageot[25] an Gaus herangetreten und hat ihm gesagt, er bäte um eine Erklärung, was eigentlich diese Politik Deutschlands wegen des Artikels 16 bedeute; er, Fromageot, müsse doch ihm, Gaus, sagen, daß er seine Stellung als anerkannter internationaler Völkerrechtsmann direkt aufs Spiel setze, wenn der Eindruck entstände, als wenn man in Deutschland ernstlich glaube, daß man auf Grund des Artikels 16 gezwungen sei, bei irgendeiner Aktion mitzumachen. Davon sei doch absolut keine Rede, und dieser fortgesetzte Protest Deutschlands werde als eine politische Finte angesehen, sich von der ganzen Sache zu drücken.[26]

Wir sind in Locarno gewesen und haben dort die Erklärungen der anderen Delegierten entgegengenommen. Unsere Unkenntnis war ja begreiflich. Denn wir waren nicht Mitglied des Völkerbundes und kannten auch dessen Auslegungen nicht. Dort ist uns nun von allen Seiten erklärt worden unter Bezugnahme auf Beschlüsse der Völkerbundskommission, sogar unter Bezugnahme auf eine Erklärung im Völkerbundsplenum, daß es jedem Staat frei stände, wieweit er sich beteiligen wolle, und das dieses »wie weit« sich selbstverständlich auch auf die Zahl Null bezöge. Und es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß man dankbar sein würde, wenn überhaupt nur eine Minderheit der Staaten des Völkerbundes bei einer Völkerbundsexekutive sich beteiligen würde. Dies uns im Namen des Völkerbundes zu erklären, nähmen sie gar keinen Anstand. Deshalb ist der Kampf in Locarno gar nicht mehr geführt worden um die rechtliche Verpflichtung Deutschlands, irgendetwas zu tun, sondern der Kampf hatte nur noch den Charakter, daß wir den Leuten sagten: wir wollen nicht unter falschen Vorspiegelungen in den Völkerbund eintreten, wir können uns ja auf den Standpunkt stellen: Nachdem wir wissen, daß wir nicht verpflichtet sind mitzumachen, kommen wir in den Völkerbund rein, und wenn es soweit ist, dann stimmen wir entweder das nieder – da ja ein Beschluß gegen eine andere Macht nur einstimmig gefaßt werden kann – oder aber wir beteiligen uns nicht. Dann würdet ihr uns mit Recht den Vorwurf machen, daß wir unter falschen Vorspiegelungen eingetreten seien. Deshalb wollen wir, ehe wir eintreten, euch erklären: Auch wenn wir etwa in einem bestimmten Fall einen Staat als den Angreifer bezeichnen, werden wir uns vorbehalten, was wir tun und ob wir etwas tun, und für den Fall Rußland erklä-

[25] Henri Fromageot (1864–1949), Jurist. Berater und Sachverständiger im französischen Außenministerium, ab 1929 Richter am internationalen Gerichtshof in Den Haag.

[26] Zu der Unterredung zwischen Gaus und Fromageot in London siehe den Bericht von Gaus vom 18.9.1925 über den Verlauf der Londoner Juristenkonferenz, Locarno-Konferenz, Dok. Nr. 20.

ren wir euch von vornherein, daß wir nach keiner Richtung mitmachen und zwar seid ihr selbst daran schuld, denn ihr habt uns nicht die Mittel gelassen, um unser Land verteidigen zu können gegen irgendeinen Angriff. Wenn ihr wolltet, daß wir mitkämpfen, gegen irgend ein anderes Land, müßtet ihr uns aufrüsten, nicht abrüsten. In der jetzigen Situation lehnen wir jede Beteiligung ab.

Darüber haben wir tagelang gekämpft. Es ist uns entgegengehalten worden, wir erstrebten eine gewollte Ungleichheit, wir wollten die Rechte als Großmacht im Völkerbundsrat auf ewige Zeit, wir wollten uns aber gleichzeitig drücken von Verpflichtungen, die kleinere Mächte übernehmen. Es hat zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung geführt über die ganze Frage der Abrüstung, über die ganze Frage des Versailler Vertrags. Wie Sie überhaupt sich nicht vorzustellen brauchen, daß die glückliche Sonne Locarnos hier nur Menschen beschienen hätte, die sich so gaben, wie es in den Berichten der Zeitungen zum Ausdruck kam. Da wir nämlich beschlossen hatten, Vertraulichkeit über unsere Verhandlungen zu bewahren, konnte man über die Verhandlungen nicht berichten. Da aber der Verlag und die Redaktion 1000 Zeilen verlangten, mußte man 1000 Zeilen über Äußerlichkeiten schreiben.[27] Infolgedessen ist hier vielfach die Auffassung entstanden: Das muß ein lustiger Jubel und Trubel da sein, das muß eine Art Flitterwochenzeit sein, die die Leute da verleben, obwohl sie tatsächlich noch nicht verheiratet sind (Große Heiterkeit), denn der Vertrag war ja noch nicht abgeschlossen.

Alle diese Dinge haben sich ziemlich anders abgespielt. Die blonde Katze, die Herr Luther gestreichelt hat, hat bloß in der Phantasie existiert. Nur ein Satz hat mir bei dieser Erzählung gefallen: »es war der Franzose, der die Zeche bezahlte«. Das hat mir politisch gefallen, es war auch sonst richtig. Die geschilderte reizende Fahrt auf der »Orangenblüte« in den Nachmittagsstunden auf dem Lago Maggiore war mit das Unangenehmste, was man sich denken kann; denn bei starker Hitze draußen in der Kajüte 4½ Stunden über Artikel 16 und Ostfragen diskutieren, ist nicht etwas, was man sich öfters wünscht.

Dort ist die Kollektivnote der Alliierten zustande gekommen.[28] Wir haben sie genannt: papier du bateau. Dort ist auch der große Kampf ausgefochten worden, neben der allgemeinen Konferenz, über den Artikel 16, und ich fasse das Ergebnis dahin zusammen: daß der Artikel 16 für uns keine rechtliche Verpflichtung irgendwelcher Art bedeutet, weder zur Gestattung des Durchmarsches, noch zur militärischen Hilfe, noch zu wirtschaftlichen Maßnahmen, daß wir aber moralisch dadurch entlastet sind, daß wir vor Eintritt erklärt haben: Wir werden im gegebenen Fall nichts von diesen Dingen tun. Das bezieht sich namentlich auf die russische Frage. Es kann Fälle geben, wo wir uns vorbehalten, ob wir mitmachen. Das will ich auch im einzelnen nicht sagen. Deshalb halte ich es für falsch, die ganze Frage allgemein negativ hinzustellen. Denn wir entwerten uns einmal selbst, indem wir uns als Volk ohnmächtig

[27] Zur guten, auch durch die harten sachlichen Kontroversen nicht beeinträchtigten Atmosphäre in Locarno siehe ausführlich Anne Orde, Great Britain and International Security 1920–1926, London 1978, S. 133ff.

[28] Zur Endfassung der alliierten Note hinsichtlich des Art. 16 siehe RGBl. 1925 II, S. 1008; zu Stresemanns Bericht über die Dampferfahrt siehe Vermächtnis II, S. 196.

hinstellen. Man soll sich auch nicht Entwicklungsmöglichkeiten verbauen, die eine anders geartete Situation erscheinen lassen können.

Deshalb sage ich zusammenfassend: Wir haben uns das Bestimmungsrecht darüber selbst vorbehalten, ob und inwieweit wir im Falle des Artikels 16 etwas übernehmen werden. Das ist uns auch restlos zuerkannt worden.

Die Stellung Rußlands zu uns erregt in vielen Kreisen Bedenken, und da auch die innerpolitische Entwicklung dazu führt, als Mißerfolg hinzustellen, daß die Beziehungen zu Rußland sich verschlechtert hätten, hat es Rußland leicht, eine verärgerte Miene uns gegenüber aufzusetzen. Im übrigen habe ich die Überzeugung, daß Rußland einen großen Wert darauf legt, sich den anderen europäischen Mächten weiter zu nähern, als es bisher der Fall gewesen ist. Ich will die Frage nicht vertiefen. Es geht das für mich aus einer Erklärung hervor, die Krassin[29] abgegeben hat: Wenn wir nicht Anschluß an den internationalen Kapitalmarkt finden, verzögert sich der Wiederaufbau Rußlands um 10 Jahre. Und er hat hinzugefügt: Wir werden das eher tragen, als daß wir die Bedingungen der europäischen Großmagnaten annehmen. Das mußte man wohl hinzusetzen, wenn man mit dem deutschen Außenminister sprach. Rußland kann ohne Anschluß an die kapitalstarken Mächte nicht existieren: Das sind Frankreich und England, das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Alle diese ganzen Dinge, die sich jetzt vollziehen, sehe ich nicht in einem Aufmarsch Rußlands gegen uns, sondern in einem Bündnis Rußlands mit Polen.

Ich komme aber dann zu den Ostfragen. Hier werden Sie verstehen, daß ich auch hier nur einige allgemeine Feststellungen machen kann. Es ist für die öffentliche Meinung ein etwas unglücklicher Satz hineingekommen in die beiden Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei, und wer die Verhandlungen nicht miterlebt hat, kann bei diesem Satz vielleicht stutzen, denn er lautet, wenn ich ihn recht im Sinn habe: daß die Rechte eines der vertragschließenden Staaten nur mit seiner Zustimmung geändert werden können.[30] Das hat man so aufgefaßt, als läge darin eine Anerkennung der Grenzen, als läge darin eine Aufhebung der Bestimmung des Artikel 19 der Völkerbundsatzung, die ja ausdrücklich eine Revision unhaltbarer Verträge, also auch der Grenzen, vorsieht.

Darf ich zunächst eingehen auf die Entwicklung der Verhandlungen mit diesen beiden Staaten. Herr Benesch[31] hatte einen eigenen Entwurf mitgebracht, der enthielt

---

[29] Leonid Krassin (1870–1926), ab 1908 Ingenieur bei den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin; 1911–1917 in den Siemens-Schuckert-Werken in Moskau und Petersburg, im Mai 1918 Mtgl. der russischen Delegation zum Abschluß der deutsch-russischen Ergänzungsverträge zum Frieden von Brest-Litowsk; im Herbst 1918 Volkskommissar für Innen- und Außenhandel, Ende 1924/1925 Botschafter in Paris, 1925/1926 Botschafter in London.

[30] In der Präambel beider Schiedsverträge hieß es, beide Staaten seien »einig darin, daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können«, RGBl. 1925 II, S. 995; siehe auch Manfred Alexander, Der deutsch-tschechoslowakische Schiedsvertrag von 1925 im Rahmen der Locarno-Verträge, München 1970, S. 114ff.; v. Riekhoff, S. 90ff. Zur Auslegung der DNVP, die in der Präambel einen Verzicht auf »deutsches Land und deutsches Volk« (Schultheß 1925, S. 154) festgeschrieben sah, siehe Grathwol, S. 58ff.

[31] Eduard Benesch (1884–1948), Nationalökonom. Nov. 1918–Dez. 1935 tschechoslowakischer Außenminister, 1921/22 auch Ministerpräsident; Dez. 1935–Okt. 1938 Staatspräsident, 1940–1945 Präsident der Exilregierung in London; Mai 1945–Juni 1948 Staatspräsident der Tschechoslowakei.

ganz fröhlich einen Ostpakt und übernahm die Bestimmungen des Westpaktes als Präambel zu dem Ostpakt. Als ihm gesagt wurde, er habe sich wohl geirrt, er wisse doch, daß wir einen Ostpakt nicht schließen wollten, da erklärte er, er hätte ein falsches Exemplar aus der Tasche gezogen, und er holte ein anderes hervor, das etwas anders lautete, aber immer noch ein halber Ostpakt war.[32] Darauf ist verhandelt worden, und selbst der so ruhige und kühle Ministerialdirektor Gaus ist bei diesen Verhandlungen in eine solche Opposition zu den Polen geraten, daß er zurückkam und sagte, er sei nicht mehr in der Lage, mit den polnischen Herren und dem Außenminister weiter zu verhandeln, und zwar weil er auf das fortgesetzte Drängen der Herren, sie müßten eine Garantie der Grenze haben und eine Erklärung darüber haben, daß Deutschland niemals gegen Polen Krieg führen würde – was der Völkerbund nicht ausschließt, der Völkerbund schließt den Krieg zwischen zwei Nationen nicht aus, Artikel 15,7 –, weil er schließlich erklärte: ich [Gaus] lehne namens der deutschen Delegation über diese beiden Fragen jede weitere Diskussion ab und werde nicht mehr antworten, wenn von diesen Fragen noch weiter die Rede ist. Das hat zu der ganz starken Spannung der letzten Tage geführt, das hat zu der Intervention der Alliierten geführt zugunsten dieser Auffassung, ob wir ihnen nicht irgendeine Konzession machen könnten. Und als wir diese Konzession abgelehnt haben und als daraufhin die Verträge so zustande gekommen sind, wie sie heute vorliegen, hat die politische Delegation ihre Enttäuschung darüber bei der Paraphierung des Vertrags in einer gesellschaftlich sehr auffallenden Weise zum Ausdruck gebracht. Es ist uns fortgesetzt von den Herrn gesagt worden: Wir können so nach Warschau nicht zurück, es ist ganz ausgeschlossen, daß wir zurückkommen ohne das französische Bündnis und ohne Anerkennung der Grenzen und ohne irgendeine Anerkennung, daß ihr gegen uns nicht Krieg führen wollt.

Ich darf dafür aber auch anführen die Rede, die der belgische Außenminister Vandervelde[33] vor einigen Tagen im belgischen Parlament gehalten hat. Herr Vandervelde hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß es infolge des Widerspruchs der Deutschen nicht dazu gekommen sei, auch eine Sicherheit der Verhältnisse im Osten zu schaffen, und er hat weiter gesagt: Ich kann die Augen nicht davor verschließen, daß der Westpakt etwas ganz anderes ist als die Schiedsverträge mit dem Osten, wenn ich es auch als übertrieben ansehen muß, daß man im polnischen Reichstag erklärt hat: die polnischen Grenzen seien seit Locarno Grenzen zweiter Klasse.[34]

Im polnischen Reichstag ist von zwei Parteigruppen der Antrag gestellt worden, Locarno nicht zu unterzeichnen, sondern in erneute Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung einzutreten, um die Anerkennung der polnischen Grenzen und die Anerkennung der Nichtkriegführung zu erreichen.[35] Ich glaube man kann

[32] Ein Nichtangriffspakt im Osten war von britischer Seite bereits auf der Londoner Juristenkonferenz vorgeschlagen worden, siehe den Bericht von Gaus vom 18.9.1925, Locarno-Konferenz, Dok. Nr. 20; zu der Haltung von Stresemanns und Gaus während der Konferenz von Locarno siehe auch Vermächtnis II, S. 233f.; Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 193.

[33] Emile Vandervelde (1866–1938), Jurist. Führer der belgischen Sozialisten. 1916–1918 Innen-, 1918–1921 Justizminister, dann Professor in Brüssel. 1925–1927 Außenminister.

[34] Auszüge aus der Kammerrede Vanderveldes vom 17.11.1925 sind abgedruckt in: Schultheß 1925, S. 317.

[35] Im polnischen Sejm kam es in der Frage der Unterzeichnung des Vertragswerkes von Locarno zu heftigen Auseinandersetzungen, siehe v. Riekhoff, S. 117f.; Oertel, S. 36ff.

daraus besser ersehen, was die Polen selbst in Locarno erlebt haben, als aus der Hilfsstellung, die ihnen jetzt von deutscher Seite gegeben wird, einer Hilfsstellung, die – nehmen Sie es mir nicht übel – doch etwas von Verrat an sich trägt, wenn hier plötzlich eine ganz allgemeine völkerrechtliche Formel von deutscher Seite so ausgelegt wird, als erkennten wir die polnische Grenze an. Das wird soweit gehen, daß demnächst Graf Skrzynski[36] sagen wird: Nachdem Graf Westarp erklärt hat, daß Deutschland die polnische Grenze anerkannt hat, nachdem die Herren in Lyck sagen, jetzt sei der polnische Korridor anerkannt, beziehen wir uns auf diese Stimmen und geben dem Vertrag eine andere Auslegung. Wenn man Zweifel hat, so mag man sie der Regierung gegenüber aussprechen, im Auswärtigen Ausschuß oder innerhalb der Parteifreunde. Aber dieses auf den Markt tragen heißt doch die Regierung in einer Weise entwerten, daß man nicht weiß, wie die Dinge wieder gut gemacht werden sollen.

Nun zu der Bemerkung in der Präambel selbst, gegen die ich selbst Bedenken hatte, als Herr Gaus die Präambel verlas, vielleicht gerade deshalb, weil ich nicht Jurist bin und infolgedessen den Satz auch so auffaßte, wie er auf Nichtjuristen zuerst wirkt. Dieser Erklärung hat Herr Gaus die gewiß zutreffende Auslegung gegeben: Der Satz sagt gar nichts, genau wie die ganze Präambel nichts sagt. Denn da wir die Anerkennung der Grenzen und die Nichtdurchführung abgelehnt hatten, blieb für die Präambel eigentlich nichts übrig, da aber jedes Ding eine Präambel haben muß, wie der deutsche Aufsatz eine Einleitung, einen Hauptteil und einen Schluß, so mußten in diese zu schaffende Präambel einige Sätze hineingesetzt werden, und so – ich weiß nicht, wie der zweite Satz lautet – haben wir festgestellt, daß die Rechte eines Staates nicht ohne seine Zustimmung geändert werden können, was hier bedeutet – wie ich hinzufüge –: Wenn irgendeine Änderung der Grenze eines Staates oder seiner ganzen Befugnisse stattfindet, auch wenn sie ganz einschneidend ist, auch wenn sie dem Staat nur aufgezwungen wird gegen den Willen seines ganzen Volkes, so ist das noch immer in der Weltgeschichte durch seine Zustimmung formell geschehen. Denn alle die auch durch Krieg geschaffenen neuen Rechte mußten stets völkerrechtlich von den Unterlegenen anerkannt werden. Es gibt Möglichkeiten friedlicher Änderungen, es gibt Möglichkeiten freiwilliger Zustimmung, und es gibt Möglichkeiten kriegerischer Änderungen mit gezwungener Zustimmung, aber immer geschieht es mit Zustimmung. Das bedeutet dieser Satz. Ich hätte trotzdem gewünscht, daß der Satz fortgefallen wäre. Er wird von keiner Seite völkerrechtlich so ausgelegt, wie unsere Freunde zur Rechten ihn auslegen. Aber nachdem die ganzen Dinge auf das innerpolitische Gleis gekommen sind, hat dieser Satz zu ganz unerfreulichen Auslegungen bei uns selbst geführt.

Ich komme noch zu zwei Fragen der Verträge. Das eine ist die Frage: Verzichten wir auf deutsches Land und deutsches Volkstum. Hier hat man sich auch darauf bezogen, daß in einer Kundgebung des Foreign Office gesagt worden sei, der Vertrag von Locarno bedeute die Stabilisierung und Festlegung der Grenze im Westen. Man hat das angesehen als eine Auslegung, die also jede Änderung der Grenze ausschlösse. Meine Damen und Herren, der Artikel 1, der immer angeführt wird, spricht von der

[36] Alexander Graf von Skrzynski (1882–1931), Juni/Juli 1922, Dez. 1922–Mai 1923, Juli 1924–Mai 1926 polnischer Außenminister; Nov. 1925–Mai 1926 zugleich Ministerpräsident.

Befestigung des territorialen status quo.[37] Aber er sagt auch sofort: in der in den nachfolgenden Artikeln angegebenen Weise. Und in dem nachfolgenden Artikel ist gesagt, daß der status quo eben anerkannt wird durch Verzicht auf Krieg, Einfall oder Invasion, d. h. es ist der typische non-aggression-pact: ihr anerkennt die Grenze, indem ihr euch verpflichtet, sie nicht mit Gewalt zu überschreiten.

Die politische Bedeutung habe ich versucht darzulegen. Hier im vertraulichen Kreise kann ich sagen: Die Resignation Frankreichs, diese Grenze nicht zu überschreiten, ist doch, wenigstens pro tempore eine etwas größere Leistung als unsere Resignation. Ich finde, wir bringen uns immer die Schmerzen selbst bei. Wenn wir angesichts dieser Situation, die ein Engländer so auffassen würde, daß er sagte: augenblicklich ist das für mich ganz nützlich, was im Laufe der Weltgeschichte daraus wird, werde ich abwarten und danach handeln; wenn wir es so auffassen und erklären, wir hätten jetzt auf ewige Zeit moralisch auf Elsaß-Lothringen verzichtet, was den Franzosen lieblich in den Ohren klingt –, denn die hören diese deutschnationalen Reden sehr gern, weil sie damit selbst diesen moralischen Verzicht begründen können, den wir in Wirklichkeit dadurch gar nicht ausgesprochen haben. Schließlich steht jeder Vertrag unter der ungeschriebenen Klausel: rebus sic stantibus, wenigstens ist das stets der Sinn der Weltgeschichte gewesen.

Und zweitens, meine Damen und Herren, wird gesagt, im Artikel 6 hätten wir erneut den Versailler Vertrag anerkannt. Ja, wir sind noch mehr der Sünde bloß. Wir haben schon in der Note vom 20. Juli, die als deutschnationales Meisterwerk betrachtet wurde, gesagt, wir hätten nicht die Absicht, den Versailler Vertrag zu ändern. Natürlich kommt es darauf an, den anderen nicht die Möglichkeit zu geben zu sagen: dem Gewaltakt von Versailles ist die freiwillige Anerkennung in Locarno gefolgt. Dem entgegenzuhalten gibt es Mittel und Wege, die sich finden werden beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wo die Frage akut wird, die sich finden werden in Erklärungen der deutschen Reichsregierung. Im übrigen darf ich sagen: Bleiben wird immer der Ausdruck: Vertrag von Versailles. Wer irgendwie glaubt, auf diesem Gebiet etwas zu erreichen, indem er gegen den Vertrag als solchen anrennt, faßt das ganze Ziel falsch. Es wird darauf ankommen, den anderen weis zu machen, daß dies und das mit dem Geist des Vertrages von Versailles durchaus vereinbar wäre, und so in Wirklichkeit diesen Geist ins Herz zu treffen und den ganzen Vertrag auszuhöhlen. Nur so lassen sich außenpolitische Vorteile erzielen (Zustimmung).

So sehe ich in dem Vertragswerk selbst sehr große Vorteile für unsere Situation, sehe, da ich keinem Vertrag einen Ewigkeitswert beimesse, darin mindestens für absehbare Zeit die Sicherung des Rheinlandes, das Ende der Entente, und das spreche ich nicht aus, sondern das haben die Herren dort ausgesprochen, als Herr Briand in Locarno sagte: das Wort »Alliierte« wird nach der Zeichnung des Vertrages nicht mehr ausgesprochen werden, es gibt keine Allianzen mehr, wir haben nur die Verständigung mit allen Ländern, Deutschland inbegriffen. Es ist ja ein kleines Zeichen der Courtoisie,

[37] Art. 1 des Vertrags zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien garantierte »die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden status quo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. 6. 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführungen festgesetzt sind«, UuF, Bd. 6, S. 381.

daß in der letzten Note der früheren Alliierten dieser Name durch Aufführung der einzelnen fünf Mächte geändert worden ist.

Es kommt darauf an, wie dieser Geist von Locarno sich auswirkt. Da gestatten Sie mir einmal, hier auch ein Wort zu sagen, von dem ich gern wünschte, daß es in der Öffentlichkeit mehr beachtet würde. Ich habe die Empfindung, daß wir Deutsche zu wenig oder kein Verständnis haben für das, was der Franzose die schöne Geste nennt. Das ist uns überhaupt nicht eigen, und das schadet uns außenpolitisch ganz ungemein. Wir können nicht höflich und liebenswürdig sein, ohne im eigenen Volk sofort angegrobst zu werden. Wir können nicht Weltpolitik treiben mit der Idee: Es soll sich keiner mit den Kerlen irgendwie zusammensetzen. Das ist eine Unmöglichkeit, wenn man von den Kerlen gleichzeitig verlangt, daß sie ihr ganzes System ändern. Wenn aber die anderen eine Geste machen, soll man in Deutschland das auch anerkennen und nicht mit Schnoddrigkeit darüber witzeln und spötteln. Der Engländer, der mit einer ganz modernen Demokratie, die gleichzeitig wieder eine Aristokratie ist, die Pflege alter Tradition verbindet, was mir immer als Vorbild für ein Volk vorgekommen ist, pflegt gerade durch eine Geste mehr auszudrücken als durch 30 Noten. Sehen Sie einmal diesen erfreulichen Vorgang in der Guild Hall am Lord-Mayors-Tag, wo der deutsche Botschafter – nota bene: zum ersten Male seit dem Kriege – eingeladen wird, wo ihm der Sitz gegeben wird neben dem englischen Außenminister, und zwar bei einer Zeremonie, alt und würdig wie alles in England, – das ist ungefähr so, als wenn ich mit einem Corpsbruder oder Bundesbruder, mit dem ich lange in Feindschaft gewesen bin, zusammenkomme, um den Landesvater zu stechen.[38] Das heißt, es ist ein ganz deutliches Zeichen an die anderen: Wir wollen wieder Freunde sein. Und wenn sich nun dort der Außenminister dieses Weltreichs gegenüber dem deutschen Botschafter erhebt und die Zeremonie dieses gegenseitigen Zutrinkens kommt, und wenn er in seiner Rede sagt: Ich danke Ihnen, Herr Lord-Mayor, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, hier zu bekunden, wie wir heute mit Deutschland so stehen, so bitte ich einmal zu überlegen, wie eine solche Geste, eine solche Mitteilung in allen Ländern der Welt wirkt. Das wirkt viel mehr als die Paraphierung von Verträgen, weil man sich sagt: Wir sehen, Deutschland muß wieder groß geworden sein, denn es steht derartig in der Achtung der Welt da. Fußtritte haben wir genug bekommen, als daß man Freundschaftsbeweise dieser Art mit Schnoddrigkeiten begegnet wie deutschnationale Blätter, die von dem Giftbecher sprechen, der dort gereicht worden sei. Wenn jetzt von allem, was für den 1. Dezember geplant war[39], nur die Feier in der Guild-Hall übrigbleibt, und wenn vorgesehen ist, daß nach dem Lord-Mayor, der das Hoch auf den König ausbringt, also eine ganz allgemeine Rede hält, als erster unter allen international Eingeladenen der deutsche Reichskanzler spricht, dann ist das wiederum ein zweiter Beweis, in welch geradezu ostentativer Weise man die Wiedereinführung Deutschlands mindestens in seine große moralische Großmachtstellung zu dokumentieren wünscht.

[38] Brauch in der deutschen Burschenschaft: zeremonieller Versöhnungstrunk nach schwerem Streit.

[39] Auf der Londoner Schlußkonferenz am 1. und 2.12.1925 fand im Foreign Office der feierliche Unterzeichnungsakt der Locarno-Verträge und der alliierten Kontrollnote zu Art. 16 der Völkerbundssatzung statt; zu den dort gehaltenen Reden siehe Schultheß 1925, S. 444ff.; Vermächtnis II, S. 252ff.

Meine Damen und Herren, wie kann man sich eigentlich eine bessere moralische Rechtfertigung gegenüber der Kriegsschuldlüge denken als diese Art, wie man heute Deutschland in den Vordergrund stellt. Wenn die Leute noch an die Behauptung glaubten, könnten sie nicht Deutschland in der Guild-Hall als erstes Volk die internationale Friedensrede halten lassen. Dafür sollten wir auch Verständnis haben und nicht in der Weise sprechen, wie wir es hier erleben.

So sehe ich den Geist des Vertrages. Ich sehe ihn nicht in einem Ausfluß des Idealismus, sondern in sehr stark praktischen Erwägungen. Da aber über Motive nicht abgestimmt wird, kommt es darauf an, was sich tatsächlich für Deutschland daraus ergibt, gleichgültig, was der andere sich dabei denkt. Deshalb steht für mich der Vertrag in erster Linie, die heutigen Rückwirkungen in zweiter Linie; nicht weil ich sie gering schätze. Wir sind ja hier auch in der unglücklichen Lage, ausbalancieren zu müssen zwischen außen- und innenpolitischen Rücksichten. Wenn die Deutschnationalen dringeblieben wären[40], wenn diese Esel erkannt hätten (Stürmischer Beifall), daß es darauf ankommt, daß das ganze deutsche Volk dahinter steht, wenn sie uns die Möglichkeit gegeben hätten, bei jedem Schritt, den wir in der Welt taten, zu sagen: dahinter steht mit Ausnahme der Extremen das ganze deutsche Volk, dann hätte man zunächst ganz anders auftreten können, in London, Paris und Brüssel, als jetzt mit gebrochener Front, in der wir nach diesem Austritt kämpfen mußten. Dann könnten wir nach außen auch ganz anders auftreten und sagen, was uns noch nicht gefiel, dann könnten wir rein aus außenpolitischen Gesichtspunkten Politik machen. Jetzt sind wir ja auch hier gezwungen, schließlich einmal zu sagen, daß das, was wir erreicht haben, ungefähr dem entspricht, was wir erwartet haben, weil wir als vernünftige Realpolitiker uns die Ziele nicht ins Utopische gesteckt hatten, weil ja das Wort »Rückwirkungen« ganz falsch ist, denn das sind ja Vorwirkungen, die eintreten, ehe überhaupt der Vertrag unterzeichnet ist. Rückwirkungen können doch erst eintreten, wenn der Vertrag Tatsache ist. Wenn überhaupt bei unserer Situation, bei dem, was Herr Briand uns freundlich entgegenhielt, daß er eigentlich der Gebende sei, wenn bei diesem Zustand in Deutschland uns von den Alliierten diese Rückwirkungen noch konzediert werden – nehmen Sie es mir nicht übel, es ist vielleicht etwas mehr, als die deutsche Regierung, wenn sie Sieger des Weltkrieges wäre, bei dieser Situation tun würde.

Es sind drei Gesichtspunkte, die wir in Locarno vorgebracht haben. Das war die Änderung des Delegierten-Systems[41], das war die Herabsetzung der Truppenzahl[42],

[40] Gemeint: im Reichskabinett.

[41] Am 14.11.1925 wurde der deutschen Regierung in einer Note der Botschafterkonferenz (Text: UuF, Bd. 6, S. 405) die Beseitigung des Delegiertensystems zugesagt; zu den Beratungen der Regierung siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 170, 210, 212; Vermächtnis II, S. 255–271.

[42] Nach dem Pariser Finanzabkommen vom 11.3.1922 betrug die Stärke der Besatzungstruppen: belgische Armee: 19300 Mann, britische Armee: 15000 Mann, französische Armee: 90400 Mann, siehe Hans Ronde (Bearb.), Das Pariser Abkommen vom 5.5.1925 über die finanzielle Regelung der Leistungen aus Artikel 8 bis 12 des Rheinlandabkommens und seine Ausführungs- und Ergänzungsabkommen, Berlin 1927, S. 466; siehe dazu auch die Übersicht des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 170. Obwohl die Note der Botschafterkonferenz vom 14.11.1925 (UuF, Bd. 6, S. 404) eine Verminderung der Besatzungstruppen zusagte, geschah dies nur sehr schleppend. Zum weiteren Verlauf siehe

das war die Aufhebung der Ordonnanzen.[43] Sie kennen die Veröffentlichungen darüber. In bezug auf das Delegiertensystem ist die Abschaffung, und zwar per 1. Dezember zugesagt. Von unseren Freunden im Rheinland ist uns in der Fraktion gesagt worden, daß das von eminenter und ausschlaggebender Bedeutung für das besetzte Gebiet sei (Sehr richtig!). Ich habe einmal in einem sächsischen Wahlkreis kandidiert[44], und als ich über Sozialpolitik sprach, habe ich die Art, wie die Sozialdemokraten alles verkleinert haben, was vom Reich kam, in Vergleich gesetzt mit der Situation, wo die Mutter ein Brot schneidet und der Junge sehr interessiert zusieht, wer das wohl kriegen soll und die Mutter fragt: Vor wen ist denn der Runken? – Das is for di. – Wat, dat Rünsgen? (Heiterkeit). So kommt es mir auch hier vor. Zuerst, wenn man davon sprach, das ganze Delegiertensystem sollte aufgehoben werden, dann hieß es: das wird nicht gelingen. Jetzt, wo es da ist, da heißt es: wat, dat Rünsgen? Da bedeutet das gar nichts: Da sind es die Bettelpfennige der Rückwirkungen, wie sich der »Lokal-Anzeiger«[45] ausdrückt.

Das zweite ist die Herabsetzung der Truppen. Die ist viel umkämpft, in verschiedenen Etappen. Erst langsam haben wir durchgesetzt, daß heute der Grundsatz anerkannt ist, wenn auch hier noch ohne Termin, die Truppenzahl annähernd auf die Friedensstärke zu bringen. [Wort fehlt] heißt es bei den Franzosen. Aber man hat erklärt, man würde nicht dementieren, wenn wir das Wort mit »Friedensstärke« übersetzen würden. Das bedeutet im Effekt ungefähr eine Verminderung der Zahl von 95 000, die heute in der zweiten Zone sind, auf 45 000. Ich kenne die Einzelheiten der Verhandlungen mit Briand. Wenn Sie glauben, daß der französische Generalstab mit großem Hurra auf den Außenminister diese Sache akzeptiert hat, dann irren Sie sich. Wenn ich jemals eine innere Genugtuung erlebt habe und gesehen habe, daß in allen Ländern die Beziehungen zwischen Reichswehrministerium und Außenministerium bestenfalls als korrekt bezeichnet werden können, dann habe ich das in diesen letzten Wochen in Bezug auf die Verhandlungen in Paris gesehen. Man wollte erst 12 000 Mann zurückziehen, dann hieß es, sie gingen auf 72 000 herunter, dann hat Briand es durchgesetzt auf 60 000, dann ist von uns gebohrt worden, und dann sind sie zu dieser Ziffer gekommen.

Ob das nun viel oder wenig bedeutet, wenn es im Laufe der Zeit durchgeführt wird in Bezug auf Wohnungsrückgabe, Schulen usw., will ich hier nicht erörtern, obwohl es doch von Bedeutung ist. Aber es bedeutet ja für mich viel mehr als für das Rhein-

ADAP, Serie B, Bd. I, 1, Dok. Nr. 59, 60, sowie die Ausführungen Stresemanns am 28.1.1926 vor dem Reichstag, VRT, Bd. 388, S. 5228.

[43] Die Ordonnanzen der Rheinlandkommission sind abgedruckt in: Werner Vogels (Bearb.), Die Verträge über Besetzung und Räumung des Rheinlandes und die Ordonnanzen der Interalliierten Rheinlandkommission in Coblenz, Berlin 1925. Nachdem Stresemann auf einer Besprechung mit Chamberlain und Briand am 12.10.1925 gefordert hatte, das Ordonnanzsystem einer gründlichen Revision zu unterziehen (siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 184), sagte die Note der Botschafterkonferenz vom 14.11.1925 eine Revision der geltenden Ordonnanzen »im Geiste des Vertrauens und der Entspannung« zu, UuF, Bd. 6, S. 405.

[44] Stresemann vertrat im Reichstag von Januar 1907 bis Januar 1912 den sächsischen (21.) Wahlkreis Annaberg-Schwarzenberg.

[45] Wohl gemeint: »Berliner Lokal-Anzeiger«, mit ca. 221 000 Exemplaren eine der auflagenstärksten Berliner Tageszeitungen, herausgegeben von dem unter Hugenbergs Kontrolle stehenden Scherl-Verlag.

land. Denn ich sehe doch der Politik Endpunkt nicht in Erleichterungen für das Rheinland, sondern in der völligen Freiheit des Rheinlands. Ich sehe den Zielpunkt der Politik zunächst darin, zunächst diese Rheinpolitik bis ins Herz zu treffen. Und wenn am 20. Februar [1926] spätestens die nördliche Rheinlandzone geräumt wird, so ist das für mich nicht unter dem Gesichtspunkt [entscheidend], daß von den Leuten ein Druck genommen wird, sondern dann ist das Rheinproblem von Poincaré erledigt. Wenn diese Linie einmal durchbrochen ist und weitere Sanktionen und Invasionen nicht möglich sind, so bedeutet das, daß diese Politik ihren Stich bekommen hat. Und wenn gleichzeitig in der zweiten und dritten Zone die Besatzung vermindert wird, wo man früher durch Anlegung von Truppenübungsplätzen den Eindruck zu erwecken suchte: hier stehen wir, hier bleiben wir, bekehrt euch zu uns, der Deutsche hat nichts mehr zu sagen; wenn die Delegierten fluchtartig das Land verlassen müssen, wenn weiter abgebaut wird, dann hat doch die ganze deutsche Bevölkerung die Empfindung: Es geht vorwärts mit Deutschland und rückwärts mit den anderen, und wir können uns wieder frei zu Deutschland bekennen. Das ist das Ende des Separatismus. Das ist schließlich ein Erfolg, ein Erfolg des Haltens der Rheinlande am Reich. Nur Toren können das gering achten, denn es hat Zeiten genug gegeben, wo wir nicht wußten, ob die Rheinlande beim Reich bleiben würden (Zustimmung).

Unter diesem Gesichtspunkt sehe ich diese Dinge. Gewiß bleibt viel übrig, was ungeheuerlich ist. Was weiter wird, wird nicht abhängen vom Wortlaut, sondern nur vom Geist. Man kann, wenn man guten Willens ist, mit scharfen Gesetzen sehr milde regieren, und man kann, wenn man schlechten Willens ist, mit einem schwachen Gesetz sehr streng regieren, kann die Menschen schikanieren bis aufs äußerste. Wenn der eine Satz nur bliebe: Es hat alles zu geschehen, was die Sicherheit der Truppe erfordert – dann kann damit ein Alba[46] eine ganze Provinz drangsalieren. Hier wird alles darauf ankommen, wie die Dinge tatsächlich weitergehen.

Nun komme ich auf den dritten Komplex der Fragen: Räumung der nördlichen Rheinlandzone. Sie hat sich lange hingezogen, und es ist da eine wunderbare Erscheinung aufgetreten, ein Kämpfen der Engländer für ihre Bequemlichkeit, als wenn das die heiligsten Güter der Welt wären, wie ich überhaupt denjenigen aus dem besetzten Gebiet, wo Engländer hinkommen, das eine sagen muß: Sie werden sich um Politik wenig kümmern, aber viel mehr Wohnungen verlangen als die Franzosen. Das ist überall der Fall gewesen, und damit muß man rechnen. Aber letzten Endes, die Räumung erfolgt. Auf die politische Bedeutung habe ich hingewiesen. Ich rufe ins Gedächtnis noch einmal zurück: Nicht nur Poincaré, sondern auch Herriot hat noch, ich glaube, vor anderthalb Jahren, gesagt: Die Fristen haben noch nicht zu laufen begonnen. Und jetzt ist die Räumung da, jetzt kommt die letzte entscheidende Frage der beschleunigten Räumung der zweiten und dritten Zone. Es ist für mich sehr schwer, hier über Einzelheiten zu sprechen aus dem Grunde, den ich Ihnen vorhin sagte: aufgezeigte Dinge verlieren ihre Wirkung und werden gefährdet. Ich kann Ihnen deshalb nur das eine sagen, daß ich die Empfindung habe, und zwar durch

[46] Fernando Alba (1507–1582), spanischer Feldherr in den Diensten Karls V. und Philipp II. 1567–1573 spanischer Generalkapitän in den Niederlanden, wo seine übertriebene Härte den Aufstand anfachte und trotz seiner militärischen Erfolge zum endgültigen Abfall der Niederlande von Spanien führte.

Telegramme aus London, Brüssel und Paris, daß diese Frage der Verkürzung diskussionsreif werden wird in absehbarer Zeit nach Inkrafttreten des Vertrages. Wieweit diese Diskussion gehen wird, was sie für ein Ergebnis haben wird, vermag ich nicht zu sagen; das hängt von der allgemeinen politischen Wertung der Dinge ab. Ich habe nicht den Wunsch, daß irgendetwas davon in die Öffentlichkeit dringt, aber ich darf mich hier auch mal auseinandersetzen mit einem gerade mir oft gemachten Vorwurf, nämlich dem des ewigen Optimisten. 1924, als London war[47], als wir aus London zurückkamen, haben ganz hervorragende Wissenschaftler, obwohl sie für den Dawesplan eintraten[48], gesagt, daß sie nie daran glaubten, daß die Franzosen die Regiezechen uns wieder zurückgeben würden. Herr Vögler hat damals im Reichstag gesagt: Ich trete ja dafür ein, aber das machen sie nicht. Das zweite war, daß man gesagt hat: Die gehen nicht aus dem Ruhrrevier heraus. Sie sind später herausgegangen, nicht zum Endtermin, aber sie sind herausgegangen. Der Reichskanzler kam einmal verzweifelt aus Düsseldorf zurück und sagte: Jedermann fragt mich: wird geräumt oder nicht? Ich sagte: Es ist ganz sicher, daß geräumt wird. Darauf der Kanzler mit einer Miene: na ja, das mußt du ja so sagen. Es hat niemand geglaubt. Es gibt erste, hervorragende Männer, die erklärt haben: da gehen die nie raus. Und als sie rausgehen, da wird gejammert, daß es sich um fünf Tage verzögert. Damals hatten wir nicht einen Vertrag, damals haben wir nur Abreden gehabt, die wir schriftlich bestätigt haben. Da konnte man sehr zweifeln, ob das juristisch nicht anfechtbar war.

Schließlich ist für mich das Entscheidende, daß der Geist, der zwischen den Völkern besteht, entscheidet, wie Verträge ausgelegt werden. Man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob der Bündnisvertrag Englands mit den Alliierten es im August 1914 gezwungen hätte zu marschieren, und man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob Italien nicht gezwungen war, an unserer Seite die Waffen zu ergreifen. Entschieden ist das alles nicht nach dem Wortlaut der Verträge, sondern nach der politischen Konstellation, und wir müssen dafür sorgen, daß die politische Konstellation eine solche wird, daß sie uns ermöglicht, diese Dinge in liberalstem Geiste ausführen und durchführen zu lassen.

Dabei möchte ich über den Osten nur ein Wort sagen. Nachrichten, die wir aus dem Osten haben, zeigen uns, daß die Verhältnisse in Polen anfangen, für das Land sehr, sehr schwierig zu werden, und ob aus diesen materiellen Schwierigkeiten sich nicht politische Schwierigkeiten ergeben, lasse ich dahingestellt. Es liegt aber immerhin im Bereich der Wahrscheinlichkeit. Wenn wir nun einmal die Frage der Wiedererlangung deutschen Landes im Osten prüfen, nicht an der Hand des Artikels 19[49] – ich bin nicht ein solcher Säugling der Politik, daß ich glaube, mit diesem Artikel etwas zu erreichen, das geht doch im Völkerbund nicht so vor sich, daß da abgestimmt wird, ob Polen den Korridor wieder zurückgeben soll, sondern es ist nur der Hebel, mit dem man ansetzen kann, und das andere ergibt sich aus der weltpolitischen Lage. Aber daß man den Hebel hat, um im gegebenen politischen Moment die Rückgabe

[47] Zu Verlauf und Ergebnis der Londoner Konferenz (16.7.–16.8.1924) siehe Dok. Nr. 56, Anm. 23.

[48] Zum Inhalt des Dawes-Plans siehe Dok. Nr. 56, Anm. 14, 21.

[49] Artikel 19 des Versailler Vertrags ermächtigte die Völkerbundsversammlung, »von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher Verhältnisse« aufzufordern, »deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte«.

des Korridors zu fordern, das ist das, worauf es ankommt. Wenn aber Polen in Schwierigkeiten kommt: Wie war denn damals die Lage des deutschen Ostens vor Locarno und nach Locarno? Wenn wir vor Locarno irgendwie versucht hätten, etwas gegen Polen zu tun, dann trat das französische Bündnis automatisch ein, und der Franzose marschierte über den Rhein, und damit war Deutschland zur Bewegungslosigkeit in dieser Sache verurteilt. Wenn heute sich eine Situation ergibt, in der Europa sich dafür interessiert, ob nicht Polen auf irgendeinem Wege geholfen werden müßte, und wenn auch die polnische Frage territorial erörtert wird, dann ist es für uns von entscheidender Bedeutung, daß in diesem Moment Deutschland in den besten und herzlichsten Beziehungen zu denjenigen Weltmächten steht, die darüber zu entscheiden haben.

Damit ist in Locarno der Anfang gemacht, und wenn Herr Chamberlain erneut von einer Revision des Paktes in seiner letzten Rede gesprochen hat[50], und wenn er in einer früheren Rede zwar negativ gesagt hat, er würde denjenigen für einen Tor halten, der heute schon von der Änderung der Grenzen spräche, und wenn Herr Vandervelde sagt, es sei übertrieben, daß die polnischen Grenzen Grenzen zweiter Klasse geworden seien, dann sehen Sie, wenn Sie von all diesen Reden das Diplomatische subtrahieren und das ansehen, was übrigbleibt, daß die Frage in der Diskussion der Welt steht, und daß es darauf ankommt, wenn diese Diskussion praktische Formen annimmt, in der Lage zu sein, mit anderen zusammen andere als Hilfskörper zu haben für eine Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Und wenn in dieser Zeit der Westen saturiert ist durch die Sicherung der Grenze, dann hat er auch nicht mehr logisch die Berechtigung, sich gegen eine Entschädigung Deutschlands auf der anderen Seite zu wenden. Es gibt deshalb nichts Demagogischeres als die Kundgebungen in Ostpreußen, in Lyck und anderwärts gegen die Politik von Locarno. Wenn irgendjemand mindestens Möglichkeiten und den Willen ihm zu helfen, daraus ersehen könnte, wäre es der preußische Osten, und ich möchte unsere Freunde im Osten bitten, dafür zu sorgen, daß gegenüber diesem Dunst, der über diese Dinge gewoben wird, die Wahrheit ans Licht gezogen wird. Ich habe gestern gehört, daß bei den Provinziallandtagswahlen in Oberschlesien[51], wo wir mit den Deutschnationalen zusammengehen, der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Kleiner[52] in einer Rede vor den Deutschnationalen erklärt hat: Wer überhaupt den Weg nach Locarno mitmacht, ist kein Deutscher und kein Oberschlesier mehr. Ich muß hier direkt an den Vorsitzenden von Oberschlesien[53] die Frage richten: Was gedenken Sie gegen derartige Frechheiten zu tun? (Lebhafte Zustimmung). Es geht nicht an, daß wir Bündnisse mit einer Partei eingehen, wenn sie uns das Deutschtum abspricht (Lebhafter Beifall). Wir verlieren an Selbstachtung und Selbst-

[50] Auszüge aus der Unterhausrede Chamberlains vom 18.11.1925 sind abgedruckt bei: Schultheß 1925, S. 261.

[51] Bei den Provinziallandtagswahlen in Oberschlesien am 29.11.1925 erhielt das Zentrum 48,2 % der Stimmen (26 Mandate), der aus DNVP und DVP bestehende »Bund Schwarz-Weiß-Rot« 20,9 % (12), die SPD 8,5 % (5), die KPD 8,4 % (5), die Polenpartei 7,2 % (4) und die DDP 2,3 % (2).

[52] Fritz Kleiner (1893–1974), Bauunternehmer, Dr. rer. pol. 1929–1938 MdR (DNVP/NSDAP). Vors. des DNVP-Landesverbandes Oberschlesien.

[53] Wohl gemeint: der Vorsitzende des Landesverbandes Schlesien (Wahlkreise Breslau, Liegnitz, Oppeln).

ehre. Ich würde eine Partei nicht achten, die mit mir zusammengeht und sich derartig beschimpfen läßt, ohne daß diese Beschimpfung zurückgenommen wird (Lebhafte Zustimmung). Denn damit erklärt die oberschlesische Organisation, daß sie selbst dieses Absprechen des Deutschtums ohne Widerspruch anerkennt. Das ist eine völlig unmögliche Situation. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit so gutem Gewissen vor das deutsche Volk treten können, daß wir wirklich nicht nötig haben, unsere Vaterlandsliebe von irgendjemand anzweifeln zu lassen.

Lassen Sie mich damit zum Schluß meiner Ausführung zu kommen. Diese Verhandlungen um Locarno haben, wie Sie wissen, zu einem Bruch der Reichskoalition geführt. Damit ist auch ein Werk vernichtet, an dem niemand mehr, und ich möchte sagen: bis zur Selbstentäußerung gearbeitet hat als wir, die Deutsche Volkspartei (Sehr richtig!). Wir haben unsere eigene starke Machtposition, beispielsweise in Preußen – und viele erkennen das erst heute, wo wir sie nicht mehr besitzen – aufgegeben, um des Zweckes willen, den Deutschnationalen den Eintritt in das Kabinett zu ermöglichen.[54] Mit dem Zusammenbruch der Koalition im Reich ist natürlich auch all das gewachsen, was an Linkskräften sich sonst regt. Ich möchte gern das Gesicht des Herrn Dr. Wirth photographiert haben, als er diese Mitteilung in den Vereinigten Staaten bekommen hat. Er brauchte gar nicht zum Parteitag zu fahren, er war ja Triumphator. Er war Triumphator geworden durch diejenigen, die ihm den Beweis für die These lieferten, die nicht richtig zu sein brauchte, man könne mit den Deutschnationalen nicht regieren.[55] Und dazu geschah das Ganze in einem Stadium der Dinge, bei dem der Gesamttatbestand nicht vorlag, bei dem andererseits die Grundlage schon längst bestand, so daß, wenn man grundsätzlicher Gegner war, man früher hätte ausscheiden müssen (Zustimmung). Wenn es sich aber handelte um die Prüfung der Ergebnisse, dann hätte man in dieser Situation nicht ausscheiden dürfen.

Ich darf Sie aber noch einmal darauf hinweisen, wie die Dinge nun auf uns gewirkt haben. Dem, was auf der Rechten geschah, folgte ja sofort ein ähnlicher Streich auf der Linken. Erst tritt die deutschnationale Partei aus, zwei Tage später erklärt die Sozialdemokratische Partei, daß sie in schärfster Opposition zum Kabinett Luther stände.[56] Gleichzeitig eröffnet die »Germania« eine Attacke gegen den Reichs-

[54] Zu der durch den Rücktritt der DVP-Minister v. Richter und Boelitz am 6.1.1925 in Preußen ausgelösten Regierungskrise siehe Dok. Nr. 56, Anm. 82.

[55] Der auf dem linken Flügel des Zentrums stehende ehemalige Reichskanzler Josef Wirth war ein scharfer Gegner des Zusammengehens von Zentrum und DNVP, siehe Küppers, S. 255ff.; Ruppert, S. 131ff. Der 4. Reichsparteitag des Zentrums hatte am 16. und 17.11.1925 in Kassel stattgefunden.

[56] Seitens der SPD, die die innenpolitische Linie des Kabinettes Luther I scharf bekämpft hatte, hatte Otto Wels dem Reichskanzler in einer Besprechung am 26.10.1925 mitgeteilt, er persönlich hätte »stark mit dem Auflösungsgedanken gespielt, während der Abgeordnete Müller-Franken nach dieser Richtung hin gedämpft habe«, Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 209, S. 808. Der »Vorwärts« vom 27.10.1925, Nr. 507, berichtete über diese Besprechung, die Vertreter der SPD hätten dem Reichskanzler »keinen Zweifel« an ihrer Auffassung gelassen, »daß die Sozialdemokratie nicht daran denken könne, die Deutschnationalen aus der Verantwortung im Reichstag zu entlassen. Wenn die Deutschnationalen den Vertrag ablehnen, würde nur übrig bleiben, das Volk selbst entscheiden zu lassen und den Reichstag aufzulösen«; siehe dazu auch Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 255ff.; Klaus E. Rieseberg, Die SPD in der »Locarno-Krise« Oktober/November 1925, in: VfZ 30 (1982), S. 130–161.

kanzler.[57] Die demokratischen Parteien erklären, sie hätten mit dieser Regierung eigentlich nichts zu tun. Und nun haben Sie die Güte und führen als Außenminister Verhandlungen über Rheinlandbefreiung mit den Alliierten und antworten Sie den Botschaftern auf die Frage: Wer steht eigentlich noch hinter Ihnen? Gerade in dem Moment, wo alles darauf ankommt, mit der moralischen Kraft des ganzen Volkes die Befreiung der Rheinlande durchzuführen, bekommen wir diesen Stoß, der doch die ganzen Dinge um acht Tage stagnieren ließ, und wenn nicht allmählich die Situation sich wieder hergestellt hätte, wenn es nicht allmählich gelungen wäre, es dahin zu bringen, daß die Sozialdemokraten die Auflösung nicht wollten, daß sie eine jetzige Verhandlung über Neubildung der Regierung nicht wünschten und letzten Endes, wie ich glaube, auch eine Änderung in der Person des Kanzlers nicht mehr erstreben, wenn das nicht alles zu einer einigeren, ruhigeren Auffassung der Dinge geführt hätte, dann weiß ich überhaupt nicht, ob nicht das Ganze gefährdet worden wäre. Die Verantwortung für das, was hier auf außen- und innenpolitischem Gebiet angerichtet worden ist, trägt die Deutschnationale Partei in vollem Umfang (Lebhafte Zustimmung).

Ich bedauere diese Entwicklung ganz außerordentlich. Ich mache hier gar kein Hehl daraus: an sich ließ sich mit einer großen bürgerlichen Mehrheit, die bis zur rechten Seite reicht, viel besser auswärtige Politik machen, als mit der Linken, und zwar aus dem Grunde, weil die Linke den Fehler hat, immer zu viel auf den Standpunkt der anderen Rücksicht zu nehmen, während ich hier als Außenminister stets damit operieren konnte, daß ich einen rebellierenden rechten Flügel zur Vernunft bringen müßte. Aber dieser rebellierende Flügel durfte dann nicht im entscheidenden Augenblick davongehen, sondern er mußte dabei bleiben. Diese Situation ist natürlich jetzt vollkommen umgestoßen, und das Locarno-Brötchen, das wir den anderen anbieten können, ist für sie sehr viel weniger schmackhaft geworden. Lesen Sie heute die »Action Francaise«, die »Deutsche Zeitung« in Paris, die ihrerseits die These verficht: Was nutzt uns denn der Locarno-Vertrag, wenn eine Partei, die beinahe ein Drittel der Mandate – wobei sie etwas übertreibt – innehat[58], die die ganzen rechtsstehenden Bürger und die heranwachsende Jugend um sich hat, bei dem Geist der Revanche bleibt? Wenn es richtig sein sollte, was die Zeitungen berichten, daß der deutschnationale Parteitag geendet hätte[59] mit dem Gesang des Liedes: »Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen«, so wäre das allerdings eine Unterstützung der Außenpolitik, die einen seltsamen Beigeschmack hat.

Wir müssen die Konsequenzen ziehen aus dem, was geschehen ist, und ich ziehe sie zunächst nach einer Richtung: Ich möchte an Sie den Appell richten: Vertreten Sie in stärkster Weise nach außen den selbständigen Charakter unserer Partei. (Stürmischer Beifall). Ich verlange nicht die Anlehnung an irgendeine Seite. Ich verlange nur, daß wir uns aus einer Gemeinschaft organisatorischer Art lösen, die bisher nur der Todeskeim für uns und die Entwicklung für die anderen geworden ist (Lebhafte Zustimmung). Darf ich Sie auf eines hinweisen. In der Annahme, daß wir die beiden

[57] Die »Germania« hatte am 27.10.1925 der Regierung Luther »Hilflosigkeit« vorgeworfen und am folgenden Tag gefordert, die »Wirrnisse der Regierung« endlich zu beseitigen, siehe dazu auch Ruppert, S. 172ff.

[58] Die DNVP verfügte im 3. Reichstag über 103 von 493 Mandaten.

[59] Der Parteitag der DNVP hatte vom 14.–16.11.1925 in Berlin stattgefunden.

Bruderparteien wären, haben wir mit den Mitteln unserer Industrie und Wirtschaft eine ganz gewaltige Herrschaft Männern in die Hand gelegt, die sich verpflichtet hatten, Zeitungen in Deutschland zu begründen, die gleichzeitig neutral der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen gegenüberstehen sollten. Was ist daraus geworden? 369 deutschnationale Zeitungen stehen 45 volksparteilichen Zeitungen in Deutschland gegenüber. Und wenn Sie heute diese Blätter des Herrn Hugenberg lesen, die von der Vera beeinflußt werden[60], so müssen Sie sagen: Die »Kreuzzeitung« ist ein hochanständiges Blatt gegenüber dem Scherlschen »Berliner Lokal-Anzeiger« und dem »Tag«, gegenüber der Gehässigkeit, unter der Maske der Unparteilichkeit lediglich rechts-deutschnationale Politik zu treiben. So ist es uns überall in Deutschland gegangen. Durch diesen Konzerneinfluß der Vera haben wir in Ostpreußen noch eine große, wenige kleine Zeitungen, in Pommern überhaupt kein Blatt mehr. Aber überall ist diese Presse, die sich den Teufel um die Deutsche Volkspartei kümmert, sondern nur um ihre eigenen parteiegoistischen Ziele.

Und ich glaube, wenn irgendetwas uns schwächt, dann wäre es der Gedanke in der Öffentlichkeit, daß wir sozusagen die Corpsstudenten II. Klasse wären, die Leute, die auch national sind, aber nicht so national wie die anderen, die auch gesellschaftlich achtbare Leute unter sich haben, aber nicht so vornehm sind wie die anderen, die viel stärker wirtschaftlich sind, während die anderen den Idealismus gepachtet haben. Sehen Sie, das sind Dinge, die letzten Endes den Wähler dahin bringen, dann zu den 100%igen zu gehen und nicht zu den 75%igen. Wenn auch nicht alles auf die alten Begriffe konservativ und liberal zurückgeführt werden kann, so werden wir doch sehen, daß wir in großen, grundlegenden Fragen unsere eigene Anschauung im Kampfe gegen rechts werden durchzuführen haben. Genau so wie wir auf anderen Gebieten mit rechts zusammengehen, werden wir uns vorbehalten, auch mit links zusammenzugehen. Denn ich bin der Meinung, wir dürfen, wie wir stehen und gehen, mit jedem vernünftigen Menschen zusammengehen, der dieselbe Meinung hat, ob er rechts oder links steht. Im Kampfe um die Schulreform werden wir auf anderem Boden stehen, im Kampfe um die Außenpolitik stehen wir auf einem anderen Boden usw. Lassen Sie uns das Ergebnis unserer liberalen Tradition oder das Ergebnis unseres selbständigen Denkens in diesen Fragen des neuen Deutschland auch mit aller Entschiedenheit und Unabhängigkeit nach außen vertreten, immer in der Überzeugung, daß derjenige, der unbeirrt für seine Sache kämpft, weit mehr Leute hinter sich bringt als derjenige, der stets seine Weigerung zum Ausdruck bringt, mit einem anderen nicht [!] zusammengehen zu können.

Was jetzt werden wird in Deutschland, läßt sich schwer übersehen. Es besteht keine große Lust bei den großen Parteien, in diesem Winter in das kommende Kabinett

[60] Zu Organisation und Struktur der VERA-Verlagsanstalt siehe Dok. Nr. 27, Anm. 28; zum Scherl-Verlag siehe Holzbach, S. 290ff. Bereits am 25.3.1925 hatte der Alldeutsche Verband gegen die Sicherheitspolitik Stresemanns protestiert und eine »Erhebung der Anklage gegen den Reichsaußenminister vor dem verfassungsmäßigen Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich« verlangt, Schultheß 1925, S. 49; Turner, S. 196f. Wie Stresemann am 2.8. und 16.9. in seinem Tagebuch notierte, gaben die von Hugenberg kontrollierten Zeitungen im August 1925 ihre Zurückhaltung auf und begannen offen, die Verhandlungen zu kritisieren, siehe PA NL Stresemann 272.

einzutreten. Und die Frage, die zur Entscheidung steht, ist jetzt beinahe die: Soll man die anderen zwingen mitzumachen oder soll man ihnen erlauben, in Opposition zu bleiben und das kleine Schifflein eines Minderheitskabinetts auf die stürmende See hinauslassen. Wir werden uns – das glaube ich wohl als unsere allgemeine Übereinstimmung feststellen zu können – nur tragen lassen von unserem Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Staatsganzen. Auf die Dauer wird es sich doch durchsetzen beim deutschen Volk, zu unterscheiden zwischen denen, die sich wohl fühlen in leichter Kritik, und denen, die die schwere Verantwortung übernehmen. Zusammengesetzt sein kann das Kabinett, wie ich schon zu Anfang sagte, nur von Parteien, die zu dem Werk von Locarno stehen. Denn neben den Schwierigkeiten, die vor uns liegen auf wirtschaftlichem Gebiet, wird es die Hauptaufgabe der kommenden Zeit sein, dasjenige an Erleichterungen unserer Lage, an einer freiheitlichen Gestaltung der Dinge, vielleicht in internationalem Zusammenwirken auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet, sicherzustellen, was sich aus den in Locarno getroffenen Vereinbarungen ergibt. Es wird eine rein sachliche, kühle Arbeit sein, die uns diese schwere Zeit überwinden läßt. Ich bin überzeugt, daß man uns in Zukunft dafür danken wird, daß wir gerade in dieser Zeit, wo die Leidenschaften so hoch gepeitscht sind wie kaum je, uns nur haben leiten lassen von dem einen Gedanken: Staatswohl und nicht Parteiinteresse (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen. Die Mitglieder des Zentralvorstandes erheben sich von den Plätzen und bringen dem Parteivorsitzenden eine stürmische Ovation dar).

Vorsitzender Dr. Scholz: Meine Damen und Herren, Ihr stürmischer Beifall und Ihr einmütiges Erheben von den Sitzen hat unserem verehrten Herrn Parteivorsitzenden bereits den Dank ausgesprochen. Ich bitte aber, diesen Dank ihm nicht nur so interpretieren zu wollen, daß er dem Manne des heutigen Wortes galt, sondern ich glaube, daß er so aufzufassen war, daß er in erster Linie dargebracht wurde dem Manne der Tat (Lebhafte Zustimmung). Denn, meine verehrten Damen und Herren, es ist, glaube ich, der Stolz unserer Deutschen Volkspartei, daß wir zum Unterschiede von einer anderen Partei, die ich nicht zu nennen brauche, die ihre Vaterlandsliebe im wesentlichen in Worten betätigt, der Auffassung sind, daß Vaterlandsliebe nur dann etwas wert ist, wenn sie sich in die Tat umsetzt (Beifall). Ich eröffne nunmehr die Aussprache und erteile das Wort unserem Herrn Kollegen Dingeldey.

Abgeordneter Dr. Dingeldey: Verehrte Parteifreunde, an sich würde es, glaube ich, unser aller Empfindung entsprechen, wenn wir angesichts des Ergebnisses von Locarno und angesichts der Berichts unseres Führers über seine schweren Verhandlungen und angesichts der einmütigen Entrüstung über die verantwortungslose Haltung der deutschnationalen Partei heute auf eine weitere Aussprache verzichten würden. Ich kann eine solche Aussprache im wesentlichen auch nur betrachten als eine Ergänzung hinsichtlich einiger Momente, die draußen in der Öffentlichkeit hervorgetreten oder verschwiegen worden sind. Und da lassen Sie mich als Vertreter eines Landes, das zur Hälfte von Feinden besetzt ist und dessen ganzes wirtschaftliches und staatliches Leben von dieser einen Tatsache bestimmt ist, als Vertreter des Landes Hessen, dem Ausdruck verleihen.

Es ist unerhört, wie kurz das Gedächtnis der Deutschen ist. Wenn Sie sich einmal erinnern wollen an die Tage des Jahres 1923, in denen unser Führer an die oberste

Stelle des Reiches berufen wurde[61], und an den Weg, den er seit diesem Tage als Außenminister gegangen ist, dann dürfen wir feststellen: Es ist ein wohlüberlegter, gerader Weg, der mit zäher Willensanspannung zu dem Ergebnis geführt hat, daß der Rhein deutsch bleibt und daß die französischen Gelüste, den Rhein in französischen Besitz zu bringen, als endgültig gescheitert angesehen werden können. Es ist notwendig, immer wieder daran zu erinnern, wie die Dinge damals lagen, als die Deutsche Volkspartei maßgeblichen Einfluß auf die Außenpolitik erhielt. Nur daran wird man das Ergebnis messen können, vor dem wir heute stehen.

Draußen in der Bevölkerung wird darauf verwiesen, daß es doch bedenklich stimmen müßte, wenn in England nahezu das ganze Parlament und wenn heute auch in Frankreich bis hinein in die nationalistisch gestimmte Rechte eine positive Haltung gegenüber dem Ergebnis von Locarno eingenommen würde. Denn es ist ja tatsächlich erstaunlich, daß Leute wie Millerand bis heute keine laute Opposition gegen dieses Vertragswerk erhoben haben. Ich kann es nur so verstehen, daß auch diesen Elementen gegenüber die Notwendigkeit der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit eine so außerordentlich beredte Sprache führt, daß dem gegenüber der französische Nationalismus seine Ansprüche hat zurückstellen müssen.

Aber eines darf ich doch aussprechen. Wenn wir jetzt hinausgehen ins Land, um einzutreten für dieses Werk, dann wollen wir nicht dafür eintreten als etwas, das nur zum Teil von uns vertreten werden könnte, als etwas, das wir nur mit schwerem Herzen angenommen haben, sondern wir müssen dafür eintreten als das Ergebnis einer Politik, die ungefähr zwei Jahre lang, seit 1923, dazu geführt hat, daß die Franzosen aus dem Ruhrgebiet, daß die Franzosen aus den damals widerrechtlich besetzten Städten[62], nunmehr aus der ersten Zone und demnächst, will's Gott, hoffentlich in einer kürzeren Frist, auch aus den anderen Zonen herausgehen.[63] Das scheint mir das Maßgebende und Beherrschende zu sein. Deshalb auch die Einmütigkeit unserer Partei, auch die Einmütigkeit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gegenüber diesem Vertragswerk.

Eines noch am Schluß. Ich bin im allgemeinen ein Gegner irgendwelcher persönlichen besonderer Erörterungen innerhalb unserer Partei, aber das darf doch einmal gesagt werden: All dasjenige, was gegen unseren Führer als gegen einen Mann der Beredsamkeit, aber angeblich keinen Mann der Tat, gesagt worden ist, kann nicht schlagender widerlegt werden als durch den Hinweis auf die aufopferungsfreudige, verantwortungsvolle Arbeit dieses Mannes in den letzten beiden Jahren an der Spitze des Auswärtigen Amtes (Beifall).

Rechtsanwalt Dahn (München): Meine verehrten Damen und Herren! Wenn ich an das Letzte anschließen darf, was mein Herr Vorredner gesagt hat, so muß ich sagen, ich kann da nicht mit, ich kann nicht hinausgehen mit dem Jubelton über das, was

[61] Stresemann wurde am 13.8.1923 zum Reichskanzler ernannt.

[62] Die Räumung der 1921 besetzen Städte Düsseldorf und Duisburg war im Juni und August 1925 erfolgt, siehe Dok. Nr. 56, Anm. 53.

[63] Eine entgegenkommende Erklärung zum Problem der Besatzungsfristen wurde von Briand nur in sehr zögernder Weise in Erwägung gezogen, siehe Kabinette Luther I/II, Dok. 223, Anm. 14; auch in seiner Kammerrede über Locarno vom 26.2.1926 (Text in: Aristide Briand, Frankreich und Deutschland, Dresden 1928, S. 129ff.) ging er nicht auf diese Frage ein.

erreicht ist, obwohl ich selbstverständlich mit Ihnen überzeugt bin, daß es ein großer Schritt vorwärts ist. Aber es würde, glaube ich, auch außenpolitisch wohl kaum praktisch sein, jetzt damit hinauszugehen und damit den anderen die Möglichkeit zu geben zu sagen: Na ja, dann braucht ihr ja weiter nichts mehr, wenn ihr jetzt über das bereits jubelt. Wir wollen aber noch sehr viel. Es ist, wie Herr Dr. Stresemann mit Recht gesagt hat, ein Anfang, es ist noch nicht der Abschluß dessen, was wir wollen. Wie schwer es wäre für uns, mit Jubeltönen hinauszugehen, brauche ich nicht näher auseinanderzusetzen, wenn ich Ihnen nur zwei Dinge ins Gedächtnis rufe; wenn ich Ihnen ins Gedächtnis rufe, was Herr Vandervelde von Belgien neulich geäußert hat: Es ist nicht wahr, daß wir die Kriegsverbrecherfrage, die Verurteilungen eingestellt haben[64] (Dr. Stresemann: Verzeihung, die belgische Regierung hat bereits notifiziert, daß sie sie eingestellt hat). In der Rede Vanderveldes ist leider das Gegenteil gesagt (Dr. Stresemann: Dann ist das Gegenteil umgefälscht, denn ich habe die amtliche Mitteilung von der belgischen Regierung). Ein zweites aber ist nicht dementiert, daß nämlich noch nach Locarno ein deutscher Kapellmeister zu drei Jahren verurteilt ist, weil er im besetzten Gebiet das Deutschlandlied hat spielen lassen. Das sind vielleicht Kleinigkeiten, gemessen an dem großen Geschehen. Aber gerade solche Kleinigkeiten machen es uns unmöglich, mit dem Jubel hinauszugehen über das, was erreicht ist.

Aber etwas anderes ist notwendig und ist bereits geschehen. Es ist München heute zitiert worden als das besonders ahnungslose Land. Ich kann Ihnen etwas erzählen, was Ihnen vielleicht doch ein bißchen Freude macht. In München ist eine große deutschnationale Protestversammlung gegen das »Zweite Versailles« einberufen worden, und es werden etwa 1000 Menschen dagewesen sein. In dieser Protestversammlung, in der Herr Schlange-Schöningen[65] glaubte, alles mögliche erzählen zu können, was nicht in dem Vertrag von Locarno steht, ist es der Deutschnationalen Volkspartei nicht gelungen, eine Entschließung überhaupt nur zur Abstimmung zu bringen. Sie konnte überhaupt nicht wagen, eine Protestentschließung einzubringen, weil sie wußte, daß sie diese Stimmung, die sie dafür brauchte, nicht mehr bekommen hätte. Das ist, glaube ich, wenn ich das von Bayern erzähle, ein besonders deutliches Zeichen, daß die Deutschnationalen – Herr Minister Dr. Stresemann hat ein Wort gebraucht, das uns allen aus der Seele gesprochen war: diese Esel – allmählich merken, daß das, was sie getan haben, sich auch gegen sie selbst richtet. An diese erfreuliche Mitteilung darf ich anknüpfen. Das Ergebnis, das wir in München mit dieser deutschnationalen mißlungenen Versammlung hatten, ist das Ergebnis einer Arbeit, die bei uns eingesetzt hat unter dem Motto: Stresemanns Politik – der Weg zu Deutschlands Befreiung! Und der Erfolg war, daß die anderen beiden Parteien, nämlich die nationalliberale, sogenannte Landespartei des Herrn Sachs[66] sich überhaupt

[64] Noch während der Konferenz von Locarno waren vor einem Kriegsgericht in Lüttich drei deutsche Generale verurteilt worden; endgültig eingestellt wurden die belgischen Kriegsverbrecherprozesse erst am 30.11.1925, Schultheß 1925, S. 317.

[65] Hans Schlange-Schöningen (1886–1960), Rittergutsbesitzer. 1921–1928 MdL Preußen (DNVP) 1924–1932 MdR (DNVP, seit Ende 1929 CNBL). Nov. 1931–Juni 1932 Reichsminister ohne Portefeuille und Reichskommissar für die Osthilfe. 1949–1951 MdB (CDU). 1951–1960 Botschafter in London.

[66] Die Nationalliberale Landespartei Bayern hatte sich unter der Führung von Hans Sachs 1923 von der DVP abgespalten; sie vereinigte sich im November 1927 mit der DNVP.

nicht mehr getraut hat, in der Öffentlichkeit Versammlungen abzuhalten, und daß die Deutschnationalen dieses Debakel erlitten haben. Wenn wir also an die Spitze der ganzen Tätigkeit draußen jetzt nach Locarno die Taten seit dem August 1923 stellen, so können wir – das haben wir in Bayern gemerkt – auf die Bevölkerung in einer Weise wirken, die sich bei den nächsten Wahlen auswirken wird.

Aber dazu gehört ein Weiteres. Herr Minister Stresemann hat heute davon gesprochen, daß die Möglichkeit geschaffen werden müsse, nicht nur mit dem gesprochenen, sondern auch mit dem geschriebenen Wort an die Bevölkerung heranzukommen. Diese Möglichkeit können nicht wir draußen im Lande schaffen, diese Möglichkeit muß von oben geschaffen werden. Ich habe mir sagen lassen, daß gerade in der Vera doch Herren sitzen, die uns recht nahestehen. Ich möchte wissen, wie denn die Vera, wenn da Herren dieser Art sitzen, sich so ausleben konnte, ohne daß dagegen energisch eingeschritten worden ist. Wenn wir nicht die Möglichkeit haben, an die Hunderttausende [heran] zu kommen – mit den Hunderten und Tausenden, die wir in die Versammlungen bekommen, ist es nicht allein getan. Sie müssen uns dazu helfen, dazu kann uns nur die Gesamtorganisation helfen. Darum bitten wir Sie: Lassen Sie die Ideen nicht beschränkt bleiben auf die Versammlungen, sondern helfen Sie uns, auch auf diesem Gebiet eine Bresche zu schaffen (Beifall).

Herr Wallis (Hildesheim): Wenn Schadenfreude eine gerechte Freude wäre, würde ich mit außerordentlichem Vergnügen die gegenwärtige Situation ansehen; denn daß die Deutschnationalen in diese Situation kommen würden, habe ich vorausgesehen. Ich habe es wohl für richtig angesehen, daß wir die Deutschnationalen, nachdem sie die stärkste Partei im Reichstag geworden waren[67], zur Verantwortung heranzogen. Aber ich habe dabei mit einer gewissen reservatio mentalis gedacht, daß sie sich bald abwirtschaften werden, und ich bin sofort zu der Überzeugung gekommen, mit den Deutschnationalen ist nicht zu arbeiten. Die Tatsachen haben dieser Auffassung rechtgegeben.

Meine Damen und Herren! Wenn unser verehrter Parteiführer jedesmal lebhaften Beifall bekommt, so genügt das wohl nicht. Es heißt, glaube ich, bei Lessing[68] über Klopstock[69]: »Wir wollen weniger erhoben und fleißiger gelesen sein«. Wir wollen den Ideen, die uns unser Führer hier vorführt, auch folgen, und wir dürfen nicht, wenn wir morgen nach Hause gehen, das vergessen haben. Die Stellung, die Herr Dr. Stresemann zu den Deutschnationalen einnimmt, und die er hier skizziert hat, ist die allein richtige. Wir stehen hier vor einer ganz neuen Situation. Die Locarno-Frage will ich nicht weiter berühren, das ist so gut wie erledigt. Aber ich muß den Punkt berühren, und mit der Frage müssen wir uns heute beschäftigen – denn wir können nicht in 14 Tagen wieder zusammenkommen –: Was soll nun werden, wie soll die Situation sich gestalten? Es geht doch nicht an, daß wir wieder ins Land gehen mit derselben Erscheinung, die uns Nackenschläge über Nackenschläge verursacht hat, daß wir erscheinen als Mitläufer der Deutschnationalen. Wir haben unseren Parteiführer seinerzeit gesehen als Schöpfer der Großen Koalition. Es werden

[67] Bei den Reichstagswahlen vom 7.12.1924 erhielt die DNVP 20,5 % der Stimmen und 103 Mandate, lag damit aber noch hinter der SPD 26 % (131).
[68] Gotthold Ephraim Lessing (1729–1781), deutscher Dichter.
[69] Friedrich Gottfried Klopstock (1724–1803), deutscher Dichter.

manche Sachen von Dr. Stresemann vergessen werden, aber das wird einmal festgestellt werden: Herr Dr. Stresemann ist der Schöpfer der Großen Koalition gewesen. Wir wissen, daß diese Große Koalition zusammengebrochen ist, und wir wissen weshalb, nämlich weil die Sozialdemokratie sich als unzuverlässig erwiesen hat. Die Deutschnationalen haben sich auch als unzuverlässig erwiesen. Das ist doch die Situation. Ich laufe der Sozialdemokratie nicht nach. Mein ganzer gesellschaftlicher Kreis ist derjenige, daß ich sagen muß, sie ist mit Vorsicht zu genießen. Aber wir dürfen nicht in den Fehler der Vorkriegszeit fallen. Wir müssen die Sozialdemokraten als gleichberechtigt ansehen. Wir dürfen nicht, weil wir ihnen gesellschaftlich fern stehen und sie gesellschaftlich wenig annehmbar sind, sagen: Eine so große Partei ist von vornherein auszuschalten.

Aber wie steht es nun mit den Deutschnationalen? Herr Dr. Stresemann hat mit vollem Recht die Kampfesweise ihrer Presse gekennzeichnet. Ich kann das aus der Provinz Hannover bestätigen. Ein so hundsgemeines deutschnationales Blatt wie die »Niederdeutsche Zeitung« in Hannover gibt es gar nicht. Bis ins Privatleben wird jedesmal Herr Dr. Stresemann verfolgt. Und mit diesen Leuten sollen wir beständig Koalitionen bilden? Wenn es notwendig ist, wenn es die Staatsnotwendigkeit, wenn es die Realpolitik erheischt – gut. Wenn die Leute sich aber von uns scheiden, müssen wir auch den richtigen Weg finden. Sie können mir glauben: Die große Masse des Volkes versteht nicht mehr, weshalb wir den Eindruck hervorrufen, als liefen wir beständig hinter den Deutschnationalen her. Bei den Wahlen sagt man uns: Wozu denn die Deutsche Volkspartei überhaupt wählen, sie läuft ja doch immer mit den Deutschnationalen mit. Ich will damit schließen. Aber diese Gesinnung und dieser Standpunkt muß heute noch einmal ausführlich zu Worte kommen.

Herr Klose (Neisse): Als Vertreter des Wahlkreises Oberschlesien möchte ich auf die Anfrage des Herrn Parteivorsitzenden bezüglich des Zusammengehens der Deutschen Volkspartei in Oberschlesien mit den Deutschnationalen antworten. Wer die Verhältnisse in Oberschlesien kennt, der weiß, daß das oberschlesische Zentrum den Gedanken, aus Oberschlesien einen autonomen Staat zu schaffen, noch lange nicht aufgegeben hat und daß der Weg über die selbständige Provinz geht.[70] Deshalb sind wir gezwungen, in Oberschlesien eine Einheitsfront gegen das Zentrum zu bilden, und die Rechtsparteien haben sich zusammengeschlossen, um auch ein einigermaßen in die Waagschale fallendes Gewicht gegen die Übermacht des Zentrums zu schaffen. Die Deutsche Volkspartei war aber noch aus einem anderen Grunde gezwungen, mit den Deutschnationalen zusammenzugehen. Wir hatten in Oberschlesien leider nur 15 000 Stimmen bei der letzten Wahl aufgebracht, und wir hätten nach dem neuen Landtagswahlgesetz im Provinziallandtag überhaupt keinen Sitz mehr bekommen. Deshalb mußten wir uns zusammenschließen, um wenigstens einen Teil unserer bisherigen Mandate zu retten. Wir hatten mit den Deutschnationalen ein Abkommen getroffen, daß bis zu den Wahlen nach einer gemeinschaftlichen Richtlinie marschiert werden sollte. Ich habe sofort nach der Beuthener Versammlung den Deutschnationalen mitgeteilt, daß sie nach unserer Ansicht unsere Einheit nach außen hin geradezu lächerlich gemacht hätten, daß sie in einer ganz unverantwortlichen

[70] In der oberschlesischen Zentrumspartei waren die Bestrebungen zur Schaffung eines selbständigen Oberschlesien 1925 noch stark, siehe Doose, S. 144ff.

Weise unser Abkommen gebrochen hätten. Ich habe Abschrift dieses Schreibens auch der Reichsgeschäftsstelle zugehen lassen.

Wir haben aus diesem Verhalten der Deutschnationalen natürlich auch unsere Lehre gezogen. Ich kann erklären, daß ich meine Hand nicht mehr dazu hergeben werde, noch einmal mit denen zusammenzugehen. Ich glaube aber, daß das Verhalten der Deutschnationalen für uns auch seine guten Folgen haben wird. Dr. Kleiner ist im Irrtum, wenn er glaubt, daß die oberschlesischen Deutschnationalen hinter ihm stehen. Wir haben aus weiten Kreisen der Deutschnationalen Zustimmungen zu unserer Politik bekommen, und ich glaube, daß wir gerade infolge dieses jetzigen Auftretens der Deutschnationalen das nächste Mal getrost werden allein gehen können und auf die Hilfe der Deutschnationalen werden mit Erfolg verzichten können (Bravo!).

Dr. Lohmann: Ich möchte zunächst sagen, daß ich aus der ersten Diskussionsrede des Herrn Dr. Dingeldey keineswegs den Eindruck gewonnen habe, als ob er mit Pauken und Trompeten das Erreichte habe rühmen wollen, sondern ich habe daraus lediglich die Notwendigkeit herausgehört, nun die Politik weiter zu treiben, die die Reichsregierung und maßgebend in ihr Dr. Stresemann inauguriert hat. Es gibt wohl kaum irgendeinen in der Deutschen Volkspartei, der mit glühender Begeisterung die Verhandlungen von Locarno verfolgt hätte und der nun mit Hurra dieses Abkommen zu schließen bereit wäre, in der Hoffnung, daß damit nun eigentlich alles Wesentliche erreicht sei. Nein, wir haben doch auch mit sehr großen Vorbehalten und sehr großen Zweifeln und Bedenken die einzelnen Ergebnisse geprüft, und wir sind nach meiner Überzeugung, die sich gründet auf einen regen Verkehr mit deutschnationalen angesehenen und besonnenen Politikern, der festen Überzeugung, daß ähnliche Erwägungen – kann man annehmen oder soll man annehmen oder soll man besser ablehnen – auch auf deutschnationaler Seite gewesen sind. Wenn die Deutschnationalen jetzt immer mehr in eine brutale Ablehnung des Locarno-Vertrags hineinkommen, dann ist das nicht ihre Herzensüberzeugung, sondern dann sind sie tatsächlich überrannt worden von den lauten Hurraschreiern in ihrem eigenen Lager, die sie nicht mehr in der Hand haben. Lesen Sie doch bitte dasjenige, was in dem offiziellen Organ der Deutschnationalen hier in Berlin noch am 20. Oktober gestanden hat, wo die Haltung unserer Delegierten in Locarno über den grünen Klee gelobt wurde, während man drei Tage später sagte: Die Herren taugen überhaupt nicht, sie können nicht verhandeln, was sie erreicht haben, ist nicht der Mühe wert, darüber zu reden. Also, der Mangel an Mut und Folgerichtigkeit ist auf deutschnationaler Seite und nicht auf unserer Seite. Wir sind doch der Überzeugung und vertreten das mit gutem Grunde gegenüber den Deutschnationalen, daß wir Deutsche überhaupt nur hochkommen können unter einer friedlichen Atmosphäre, die sich in Europa ausbreitet. Wenn wir die Macht hätten, würden wir sehr viel lieber Machtmittel anwenden. Wir wären aber Narren zu glauben, wir hätten sie. Deshalb müssen wir diesen steinigen und dornigen Weg gehen, so unbequem es auch manchmal wegen unserer Ehre empfunden wird.

Es ist zweifellos, daß die entscheidende Frage die ist: Ist Locarno der Anfang oder der Schluß? Wenn in französischen Zeitungen, im »Temps«, behauptet wird, Locarno ist nicht der Anfang, sondern damit ist Schluß, dann stehen dem die Reden von Chamberlain zwingend gegenüber, der immer – noch in den letzten Tagen – gesagt hat: Nein, es ist nicht der Schluß, sondern erst der Anfang. Ich bin der Überzeugung,

daß das, was uns heute die deutschnationalen [!] Franzosen nur widerwillig und stückweise gewähren, sich zwangsläufig erweitern muß, weil auch in Frankreich das Friedensbedürfnis ist. Damit könnte ich meine Ausführungen schließen. Aber ich will auf das eingehen, was vorhin ein Redner gesagt hat: Wenn wir uns als Partei wirksam und in Ehren behaupten wollen, müssen wir mehr Selbstbewußtsein und mehr Aktivität in der Politik haben. Daran fehlt es bei uns. Es gibt zu viele bequeme Herrschaften, die nicht die Last der täglichen Agitation tragen wollen. Die Position der Deutschen Volkspartei ist unanfechtbar, aber: mehr Opferbereitschaft, mehr Tapferkeit, mehr Ehrgefühl (Lebhafter Beifall)!

Dr.-Ing. Sorge: Meine Damen und Herren! In der uns alle beschäftigenden Frage ist in den letzten Tagen der Versuch gemacht worden oder angeregt worden, eine Erklärung der Wirtschaftsorganisation zu bringen. Das war ein aussichtsloser Versuch. Es ist unmöglich, in einer solchen Frage, wo – darüber kann ja kein Zweifel bestehen – auch in der Wirtschaft namhafte Persönlichkeiten auf einem anderen Standpunkt stehen, als wir ihn hier vertreten –, die Organisation als solche anzuspannen. Es ist also auch nur begreiflich gewesen, daß man diesen Weg nicht gegangen ist und nicht gehen konnte. Der Ersatz ist Ihnen wahrscheinlich zum größten Teil durch die heute veröffentlichte Liste einer langen Reihe von Namen aus Wirtschaftskreisen bekannt[71], die sich alle dahin ausgesprochen haben, was seitens der Regierung und seitens derer, die für den Locarno-Vertrag eintreten, gewünscht wird. Ich kann für diese nicht sprechen, denn ich habe die Liste selbst noch kaum gesehen. Es wäre mir auch ganz unmöglich, für sie zu sprechen, da ich gar keine Gelegenheit gehabt habe, mit den Unterzeichnern in Fühlung zu treten. Ich darf also das, was ich sage, nur für meine Person sagen, sage es allerdings in der Überzeugung, daß ein sehr großer Teil derer, die unter der Liste stehen, ähnlich fühlen und denken wird wie ich. Auch mein Name steht in der Liste, und ich gestehe offen, daß ich mich kaum jemals rascher entschlossen habe, meinen Namen unter eine vorliegende Liste zu setzen als unter diese (Bravo!). Nicht deshalb, weil ich etwa die Bedeutung der Sache unterschätzt hätte oder weil ich geglaubt hätte, mich in rascher und leichtfertiger Weise entscheiden zu können. Im Gegenteil, gerade die Bedeutung der Frage hat mich veranlaßt, rasch den Entschluß zu fassen, und hat mir weiter ermöglicht, mich über die gefühlsmäßigen Bedenken, die auch bei mir ganz bestimmt in Bezug auf den Locarno-Vertrag bestehen, rasch hinwegzusetzen, weil ich die Notwendigkeit einsah, hier muß rasch gehandelt werden. Es scheint mir, daß sehr viele, gleich mir, selbst in diesem Punkt mit Gefühl arbeiten – was ja immer anerkennenswert ist –, wovon wir aber

[71] Die »Vossische Zeitung« veröffentlichte am 24.11.1925, Nr. 281, eine von 600 Personen unterzeichnete »Mahnung führender Wirtschaftler«, die folgende Erklärung abgaben: »Die Unterzeichneten, die in verschiedenen parteipolitischen Lagern und zum großen Teile außerhalb jeder parteipolitischen Tätigkeit stehen, halten es für ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke, zu erklären, daß sie die Unterzeichnung des Vertrags von Locarno als notwendig erachten. Gewiß stehen dem viele ernste Hemmungen in der Auffassung vieler guter Deutscher entgegen, aber diese Hemmungen müssen überwunden werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und in der Welt verlangen zu ihrem Wiederaufbau eine ruhige und stetige Entwicklung. Wir sehen, wenn die Vereinbarungen von Locarno abgelehnt werden, keinen geeigneten Weg, um eine solche Entwicklung anzubahnen. Wir vertrauen, daß eine geschlossene nationale Einheit unter starker Führung auf dem Wege weiterer Vereinbarungen unseren Aufstieg sichern wird«; zur Haltung der Spitzenverbände der Wirtschaft siehe auch Pohl, S. 135ff.

absehen müssen, da wir uns auf den Boden der realen Tatsachen stellen müssen, wenn wir uns helfen wollen.

Lediglich aus diesem Grunde heraus habe ich mit vielen meiner Freunde alle die Bedenken zurückgestellt, die gegen das, was hier erzielt worden ist, bestehen können. Wenn wir uns nun fragen, was das für Bedenken sind, was das für Gründe sind, aus denen man nicht ganz von Herzen zustimmen kann, so liegen sie ja einfach in der Tatsache, daß das, was wir als Deutsche wünschen, heute nicht erreicht werden kann. Wir können uns nur auf den Standpunkt stellen, daß wir – wie Herr Dr. Stresemann das selbst so glänzend ausgeführt hat – nicht die Fesseln, in denen Deutschland liegt, lösen können, daß wir sie nicht abwerfen können, daß wir sie nur mildern können. Dieser Standpunkt ist es, der uns leiten muß und der uns alle geleitet hat. Die gefühlsmäßigen Momente gipfeln darin – auch darin stimme ich Herrn Dr. Stresemann widerspruchslos zu –, daß der große Vorzug dessen, was geschaffen ist, nicht oder nicht allein oder auch nicht in der Hauptsache in den eigentlich tatsächlichen Bestimmungen liegt, sondern daß er in dem Geiste liegt, den der Vertrag von Locarno anbahnen soll und anbahnen muß. Dieser Geist kann, wenn er wirklich so ist, wie er sein soll, nicht nur Deutschland, er kann Europa retten. Und wenn er Europa nicht rettet, so ist Europa mindestens an die zweite Stelle in der Weltgeschichte gerückt. Das scheint mir der springende Punkt zu sein, der in der Sache liegt und der uns zwingt, einzutreten für das, was hier geschehen ist.

Es ist nun die Frage in der Diskussion und in den Blättern aufgeworfen worden: 1. Sind die Richtlinien von unseren Unterhändlern gehalten worden, die Richtlinien, die ihnen vom Kabinett gegeben sind?[72] 2. Haben die Unterhändler das erreicht, was erreichbar war?

Zu der ersten Frage stehe ich unbedingt mit einer glatten Bejahung. Ich kann nicht sehen, was, abgesehen von dem, was auch Herr Dr. Stresemann kurz, aber allgemein verständlich erläutert hat, nicht erfüllt ist. Es ist erfüllt, was an Richtlinien den Unterhändlern gegeben worden ist (Zuruf: Mit Zustimmung der deutschnationalen Minister!). Selbstverständlich. Zu der zweiten Frage, ob in den Verhandlungen mehr hätte erreicht werden können, stehe ich auf einem ganz grundsätzlichen Standpunkt. Wer an Verhandlungen nicht teilgenommen hat, nicht die Einzelheiten, nicht die psychologischen Momente kennt, der darf über das, was erreicht worden ist, im Vergleich zu dem, was erreicht werden konnte, nicht urteilen, wenn er nicht auf ganz bedeutend größerer Höhe steht, als sich irgendjemand in Deutschland jetzt stehend anerkennen kann.

Es ist also nur damit begründet, daß nicht alles erreicht ist, daß der eine oder andere vielleicht etwas mehr erwartet hat. Daß diese Erwartungen verschieden sind, liegt im Menschen und ist bei der Wichtigkeit der Materie ohne weiteres begreiflich. Ich für meine Person stehe nicht an zu sagen, daß nach dem, was ich von den Verhandlungen in Locarno erwartet habe, unsere Unterhändler das erreicht haben, was ich als erreichbar ansah. Ich glaube, sie haben mehr erreicht, als von vielen erwartet wurde.

[72] Die Richtlinien für die nach Locarno zu entsendende Konferenzdelegation wurden am 2. 10. 1925 endgültig gebilligt, siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 170.

Sie haben vor allen Dingen sehr viel mehr erreicht, als von irgendeinem der Kritiker erreicht worden wäre, die sich heute negativ aussprechen.

Darin liegt für mich der springende Punkt der Beurteilung dessen, was erreicht ist. Der Erfolg, den Locarno bringt, ist nicht der Erfolg, den wir als Deutsche wünschen. Aber der Erfolg, den unsere Unterhändler unter den realen Verhältnissen erreicht haben, ist weit über dem stehend, was man normalerweise hätte erwarten können. Nicht ganz auf dem Standpunkt stehe ich in Bezug auf die Wertung des Geistes, der heute schon unsere Gegner, die früheren Alliierten, beherrscht. Ich schicke dabei voraus, daß ich es für ganz selbstverständlich halte, daß sowohl der Kanzler wie unser verehrter Herr Dr. Stresemann selbstverständlich den Glauben an den guten Geist der Verhandlungen auch auf der Gegenseite unter gar keinen Umständen leugnen dürfen. Sie dürfen nicht einmal Zweifel aussprechen, die sie vielleicht in ihrem Innern hegen. Wer solchen Verhandlungen gegenübersteht und unter solchen Verhältnissen verhandeln muß, darf nicht an einen Gegner in der Verhandlungsweise herantreten, mit der er den Betreffenden von vornherein merken läßt, selbst wenn er die innere Ansicht hat, daß er ihn nicht für offen, nicht für willig zur Erzielung des Resultats ansieht. Aber es ist verständlich, wenn außerhalb dieser Kreise unser Volk den Geist noch nicht als vorhanden ansieht. Das ist die Schuld der Alliierten selbst, die ein Jahrzehnt lang uns aus einem anderen Geist behandelt haben. Sie können nicht erwarten, daß ein Volk, das zehn Jahre auf diese Weise geknechtet worden ist – und doch bis vor wenigen Wochen, denken Sie an die Kriegsgerichtsurteile, die noch in den letzten Wochen vorgekommen sind – durch einen Vertrag, wenn er noch so glänzend ist, plötzlich in eine andere psychologische Stimmung versetzt wird. Ich sehe diesen Geist noch nicht so, wie er sein muß, wenn Locarno etwas bringen soll. Auf der anderen Seite dürfen wir auch nicht so extrem sein, daß wir das verkennen, was sich nicht nur in den letzten Wochen, was sich bereits seit Jahr und Tag in diesen Verhältnissen gebessert hat. Man muß doch absolut blind sein oder sich blind stellen, wenn man nicht einsehen will, daß im letzten Jahre bereits eine gewisse Änderung in dem Verhalten Deutschland gegenüber eingetreten ist; zwar bescheiden und langsam, aber wer es anders erwartet, erwartet Utopien, die so rasch sich nicht erfüllen werden.

Herr Dr. Stresemann hat vorhin mit Recht erwähnt, daß bei der Ruhrbesetzung, bei den Regieverträgen, bei den Micum-Verträgen[73] in weiten Kreisen mir nahestehender Freunde die Ansicht bestand: Alles das bleibt, es wird nichts wieder beseitigt. Auch ich habe damals, wenn ich in dieser Hinsicht meinen Optimismus äußerte, die Gegenantwort erhalten: Das wird ja nie anders, das bleibt ad infinitum. Die Tatsachen haben das Gegenteil bewiesen, auch hier rascher, als ich für meine Person geglaubt hätte. Eines sehe ich nicht für ganz zutreffend an: Wenn Herr Dr. Stresemann sagte, daß jene Kreise, die seinerzeit diese Erleichterungen, diesen Abbau der Bedrückungen als unerfüllbar ansahen, das Erreichte als quantité négligeable betrachten (Dr. Stresemann: Das bezog sich auf die Abschaffung des Delegiertensystems!). Dann bin ich damit zufrieden. Ich weiß auch, daß solche Äußerungen gekommen

[73] Zu den Regie- und Micum-Verträgen von 1923 und 1924 siehe Dok. Nr. 53, Anm. 12; Nr. 56, Anm. 110.

sind, daß sie aber nicht aus denselben Kreisen gekommen sind, die seinerzeit ihre schweren Bedenken gegen den Abbau hatten.

Summa summarum stehe ich auf dem Standpunkt, daß unsere Unterhändler in Locarno nur das ausgesprochenste Lob verdienen für das, was sie geleistet haben; nicht zuletzt deshalb, weil man auch darüber nicht hinwegsehen darf, daß die ganze Rolle, die die deutsche Delegation in Locarno gespielt hat, eine ganz andere war als früher, daß sie turmhoch verschieden war von dem, was bis dahin den deutschen Unterhändlern geboten wurde. Sie sind mindestens formal gleichberechtigt behandelt. Ob das aus gutem Willen geschah oder unter dem Zwang der Verhältnisse, ist relativ gleichgültig.

Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß der andere Geist, soweit er sich bereits jetzt auswirkt, nicht nur dem entspringt, was die Entente auf ihre Fahne schreibt – Völkerfriede usw. –, sondern für mich liegt die Sache einfach so, daß der Zwang der Verhältnisse die Gegenseite überzeugt hat, daß sie Deutschland nicht so weit ruinieren kann, wie sie es möchte, ohne selbst schwer zu leiden.

Dieser Zwang hat die Denkweise der anderen Mächte umgeändert und hat jetzt, vielleicht zwangsläufig, vielleicht gegen ihren inneren Willen dazu geführt, Deutschland anders gegenüberzutreten. Wenn sich dies heute schon zeigt, so darf man aber auch eins nicht vergessen: Eine solche Umstellung, die sich hoffentlich noch steigern wird – ob rasch oder langsam, ist zunächst nebensächlich –, ist auch ein gewisser Zwang für die Entente. Der Reichskanzler Dr. Luther hat vor kurzem in einer Rede, die er vor den Berliner Industriellen hielt, ein sehr wahres Wort geprägt, auch gegen eine solche Einwendung, die von irgendeiner Seite gemacht worden war. Er hat gesagt: Sie dürfen nicht vergessen, daß, auch wenn der Vertrag von Locarno perfekt ist, wenn er noch so bescheidene Auswirkungen gehabt hat, dann sich auch die größte Macht sehr hüten wird, daß es ihr jedenfalls sehr schwerfallen wird, in einem gegebenen Falle, wo sie aus Egoismus vielleicht gern möchte, gegen eine vertragsmäßig gegebene Zusicherung aufzutreten.[74] Das ist durchaus wahr. Kriege und Vertragsbrüche sind für die Zukunft ebenso wenig unmöglich gemacht, wie sie es in der Vergangenheit waren. Aber sie sind außerordentlich erschwert. Wenn auch nur ein moralischer Zwang für eine Großmacht vorliegt, wird die es sich sehr schwer überlegen, sich wenigstens der Majorität der Völker gegenüber offiziell ins Unrecht zu setzen.

Wenn wir damit zu dem Gedanken des Völkerbundes kommen, der auch nach meiner Auffassung ganz untrennbar von den Locarno-Verträgen ist, so gestehe ich, daß ich den Völkerbundsgedanken noch skeptischer gegenüberstehe als dem Geist von Locarno, soweit er schon vorhanden sein sollte. Das ist auch die Schuld des Völkerbundes selbst. Denn wenn wir uns tatsächlich überlegen: Was hat der Völkerbund bis jetzt getan? Ich weiß es nicht. Wenn das ideale Ziel des Völkerbundes, falls es überhaupt erreichbar ist, erreicht werden soll, muß eine ganz andere Denkungsart in den Völkerbund einziehen. Nachdem aber die Dinge einmal so liegen, nachdem Deutschland aufgefordert ist beizutreten[75], bin ich der Ansicht, daß es beitreten muß. Die

[74] Am 11.11.1925 sprach Reichskanzler Luther vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller; zum Wortlaut der Rede siehe BAK R 43 F 4518.

[75] Am 12.12.1924 hatte die Reichsregierung in einer Note an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ihre Bereitschaft zum baldigen Eintritt in den Völkerbund erklärt,

dagegen sprechenden Bedenken sind jedenfalls geringer als die großen Gefahren, die ausgelöst werden, wenn der heute vielleicht noch nicht ganz zielbewußte Wille zum Völkerbund daran scheitern könnte, daß Deutschland Hemmnisse in den Weg legt, die vielleicht die eine oder andere Macht der Gegenseite mit Freuden begrüßen würde. Ich bin also auch hier der Auffassung, daß es auch in diesem Punkte notwendig ist, für die Regierungsvorlage einzutreten.

Noch ein letztes Wort zu der Stellung, die die Deutschnationalen in der Frage eingenommen haben, die ich – darüber kann kein Zweifel bestehen – ganz genauso verurteile wie irgendeiner in diesem Saale oder außerhalb dieses Saales. Ich glaube, ich habe sehr viele Freunde in deutschnationalen Kreisen. Ich unterschreibe auch den Sinn dessen, was Herr Dr. Stresemann hier in etwas impulsiver Manier als die Kritik an der Haltung der Deutschnationalen hier zum Ausdruck gebracht hat. Ich habe es trotzdem mit einem gewissen Bedauern empfunden, daß es in dieser Schärfe ausgesprochen wurde, und ich glaube, man wird das entschuldigen aus der begreiflichen Erregung, in der Herr Dr. Stresemann sich augenblicklich befindet (Dr. Stresemann: Nein!). Wollen Sie auf dem Standpunkt stehen, daß wir nie wieder mit den Deutschnationalen zusammengehen? (Dr. Stresemann: Das habe ich nicht gesagt!). Das ist nicht gesagt, liegt aber in dem Nein, das Sie rufen. Man kann sehr scharf kritisieren, soll aber nicht die Brücke zerschlagen, die nach früherer oder längerer Zeit vielleicht wieder betreten werden muß. Daß selbstverständlich für längere Zeit mit den Deutschnationalen – lediglich aus deren eigener Schuld – nichts wieder zu machen ist, steht fest. Ich bin überzeugt, daß es unzählige Deutschnationale gibt, die genau so erschrocken sind wie wir über das Verhalten der deutschnationalen Fraktion und des deutschnationalen Parteitags[76] (Zuruf: Die aber nicht den Mut haben, es zu sagen!). Das gebe ich zu. Haben Sie immer den Mut dazu? Denken Sie an einen Fall, wo wir auch einmal Dummheiten machen könnten (Ja!). Alle Achtung. Man soll nicht zu scharf darüber urteilen.

Ich betone ausdrücklich: Den Sinn der Kritik unterschreibe ich. Die Schärfe der formellen Fassung bedauere ich. Das ist das äußerste, was ich tun kann. Im übrigen sind wir in der Beziehung vollkommen einig. Ich glaube, es kann heute kein Mensch etwas anderes denken. Ich bedauere – das gestehe ich offen – am meisten, daß die im Augenblick mit all ihren Schwächen befindliche lose Verständigung, oder wie Sie es nennen wollen, mit den Deutschnationalen, jedenfalls der angedeutete Weg, daß wir eine leise Entwicklung nach rechts – wobei ich keinen monarchischen Hintergedanken habe – nehmen könnten, durch die Deutschnationalen zur Zeit absolut unmöglich geworden ist, daß wir dadurch wieder zurückgeworfen sind in einen früheren Zustand. Ich bedauere das außerordentlich, und ich stehe nicht an zu sagen, daß ich es für die fulminanteste Torheit halte, die eine politische Partei begehen konnte, ganz unabhängig davon, ob sie morgen oder übermorgen im Reichstag mit ihren Stimmen irgendetwas anderes zum Ausdruck bringt. Der Zeitpunkt, die Form waren so unqualifizierbar, daß sie ein Wort der Rechtfertigung nicht gestatten (Leb-

diese jedoch von einigen Kautelen abhängig gemacht, siehe UuF, Bd. 6, S. 480ff. sowie Dok. Nr. 56, Anm. 89, 120. Der Völkerbundsrat hatte sich daraufhin in einer Note vom 13.3.1925 zustimmend geäußert, die deutschen Vorbehalte aber abgelehnt, ebd., S. 483f.; siehe auch Vermächtnis II, S. 553f.; Spenz, S. 65ff.

[76] Siehe Anm. 59.

hafte Zustimmung). Ich habe damit alles das ausgesprochen, was ich zu sagen habe. Ich darf mich dahin zusammenfassen, daß ich mit vollem Herzen und so überzeugungstreu wie nicht immer dafür eintrete und eintreten muß, daß in diesem Fall die Regierung und, was ich hinzufügen möchte, in Zukunft auch die Kanzlerschaft Luther gestützt werden muß, soweit es in unseren Kräften steht (Beifall).

Dr. Stresemann: Es sind eine Reihe von Anfragen an mich gestellt, und ich möchte diese Anfragen gleich beantworten.

Ich bin gefragt worden, wie es nach den Entwaffnungsbestimmungen[77] mit der Stellung des Generals von Seeckt bestellt ist. Ich möchte mich darauf beschränken, die Erklärung wiederzugeben, die gestern der Vertreter des Reichswehrministeriums gegenüber dem Reichsrat abgegeben hat. Dabei gehe ich von der Voraussetzung aus, die überhaupt stets für unsere Zentralvorstandssitzungen gegeben ist, daß das, was wir hier besprechen, vertraulich ist und nicht bestimmt ist, nach außen getragen zu werden, weshalb ich mich auch einigermaßen über die Worte des Herrn Vorredners gewundert habe. Denn irgendwo muß auch der Ort sein, wo man seinem gepreßten Herzen Luft machen kann und wo man den Sinn dessen, was man empfindet, mal in einer ausdrucksvollen Weise zum Ausdruck bringt (Lebhafte Zustimmung).

Formal ist die Sache so, daß in Zukunft an der Spitze des Heeres wie bisher der Reichspräsident steht, daß die von ihm abgeleitete Macht in Bezug auf das Heer dem Reichswehrminister zusteht, daß jetzt unter dem Reichswehrminister die Gruppenkommandos stehen, die bisher direkt unter dem Chef der Heeresleitung standen, daß der Chef der Heeresleitung aber der Vertreter des Reichswehrministers ist (Heiterkeit). Diese Situation ist auch in einer vertraulichen Sitzung von dem Vertreter des Reichswehrministeriums mit dem etwas unpolitischen Wort gekennzeichnet worden: Es bleibt also alles, wie es ist. Es wird formal geändert, und die Gruppenkommandos werden jetzt ihre Befehle bekommen von dem Stellvertreter des Reichswehrministers, der den Titel »Chef der Heeresleitung« hat. Im übrigen, glaube ich, genügt es wohl, Ihnen zu sagen, daß die Verhandlungen selbst ja das Reichswehrministerium geführt hat und daß dieses sich einverstanden erklärt hat mit der getroffenen Regelung.

Die zweite Frage betrifft die Regelung der Polizei. Hierüber bin ich nicht in allen Einzelheiten orientiert. Ich darf aber sagen, daß die Hauptfrage durchaus zu unseren Gunsten gelöst worden ist. Die Alliierten hatten verlangt, daß die Zahl der kasernierten Polizeitruppen oder Mannschaften auf 25 000 herabgesetzt werde. Erreicht ist, daß die Zahl der kasernierten Mannschaften 32 000 beträgt (Zuruf: 40 000). Nein. Wir hatten 35 000 gefordert. Die Entente ist auf 35 000 eingegangen, aber mit der Bestimmung, daß darin die Polizeischüler eingerechnet werden müßten, da die auch kaserniert sind. Die Zahl der Polizeischüler beträgt zwischen 4 bis 5 000. Wir haben den

[77] Die alliierte Kollektivnote zur Entwaffnungs- und Räumungsfrage vom 4.6.1925 (Text in: RTDrs., Bd. 401, Nr. 971) enthielt eine detaillierte Aufstellung der von Deutschland noch zu erbringenden Entwaffnungsleistungen und stellte für den Fall der Erfüllung die Räumung der Kölner Zone und den Abzug der IMKK in Aussicht. Zu der erzielten Einigung hinsichtlich des Oberkommandos und den deutschen Noten vom 23.10. und 11.11. siehe den Bericht Stresemanns im Kabinettsrat beim Reichspräsidenten am 19.10.1925, Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 201.

Gegenvorschlag gemacht: 32000 Mann und Nichteinrechnung der Polizeischüler. Dieser deutsche Vorschlag ist akzeptiert worden, so daß die Zahl der Kasernierten insgesamt also etwa 37000 beträgt. Auch die vielleicht kleinlich erscheinende Frage, die aber doch eine große Bedeutung hat, die Titelfrage, die auch beanstandet war, weil daraus der militärische Charakter der Polizei hervorginge, ist dahin geregelt, daß die Titel so bleiben, wie sie bisher gewesen sind.[78]

Ich bin weiter gefragt worden nach der Behandlung der Frage der Nationalen Verbände. Es war zunächst die Auflösung dieser Verbände gefordert worden. Geworden ist daraus der Wunsch, daß die deutsche Regierung noch einmal öffentlich bekanntgäbe – in irgendeiner Form, einer Verordnung –, daß eine Verbindung dieser Verbände mit der Reichswehr unter allen Umständen nicht stattfinden soll und daß in diesen nationalen Verbänden eine militärische Ausbildung nicht gestattet werden würde.[79] Auch darin ändert sich ja nichts gegenüber der bisherigen Situation. Wenn ich dazu ein weiteres Wort sagen darf, so wäre es das: Ich würde es als sehr wünschenswert ansehen, wenn unsere Freunde, die diesen Verbänden angehören, darauf hinwirken würden, daß die Verbände zurückgeführt werden auf den Zweck, zu dem sie gegründet sind (Lebhafte Zustimmung). Die Verbände sind begründet worden, um den alten Frontgeist wieder zu fördern und die Kriegskameradschaft zu pflegen. Sie sind nicht dazu begründet worden, um von parteipolitischen Gesichtspunkten aus zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen (Zustimmung). Die Entwicklungen in dieser Hinsicht sind ja ganz grotesk. Ich darf nur darauf hinweisen, daß der Jungdeutsche Orden den großen Fehler begangen hat, sich eine Tageszeitung zu schaffen.[80] Wenn man da liest, daß in einem Interview des Hochmeisters die Frage besprochen wird, ob das Kaliabkommen zwischen der französischen und deutschen Industrie ein Fortschritt sei oder nicht, so glaube ich kaum, daß jemand bei Gründung des Jungdeutschen Ordens angenommen hat, der Zweck der Gründung sei, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Ich bedauere auch außerordentlich, daß der Stahlhelm sich in einer Weise parteipolitisch betätigt[81], die gar nichts zu tun hat mit dem Geist der Gründer selbst. Es gibt viele unserer Freunde, die Einfluß genug haben, um in diesem Sinne Stellung zu nehmen.

Ich habe weiter die Anfrage bekommen, wie es mit der Erklärung Chamberlains stände, England hätte keine Verpflichtung übernommen, uns ebenfalls mit seiner

[78] Die deutsche Note vom 11.11.1925 (Text: Schultheß 1925, S. 161) sah eine Verringerung der kasernierten Polizei der Länder auf 35000 Mann vor, wobei eine Ersetzung der militärischen Amtsbezeichnungen durch zivile abgelehnt wurde.

[79] Das in der deutschen Note vom 11.11.1925 (ebd.) zunächst angebotene Rundschreiben an die Länderregierungen in der Frage der militärischen Verbände wurde von Berthelot zurückgewiesen. Zu der daraufhin erlassenen Verordnung der Reichsregierung vom 12.2.1926, die Vereinigungen verbot, die ihre Mitglieder militärisch ausbilden und sich mit militärischen Dingen befaßten, siehe RGBl. 1926 I, S. 100. Bereits die Verordnung des Reichspräsidenten vom 22.3.1921 (RGBl. 1921, S. 235) verbot Verbände, bei denen aus der Satzung und ihrem Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck im Widerspruch zu Art. 177 und 178 des Versailler Vertrags steht; die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24.5.1921 (RGBl. 1921, S. 711) stellte Gründung und Mitgliedschaft in diesen Verbänden unter Strafandrohung.

[80] Die Tageszeitung »Der Jungdeutsche« erschien vom 1.6.1924–8.7.1933 in Berlin; zur Reaktion des Jungdeutschen Ordens auf die Verbotserlasse siehe Hornung, S. 44ff.

[81] Der Stahlhelm hatte die Locarno-Verträge vehement verurteilt und Stresemann scharf angegriffen, siehe Berghahn, S. 64ff.

Armee zur Verfügung zu stehen. Ich darf auf die Ausführungen hinweisen, die Chamberlain im Unterhaus gemacht hat.[82] Ich habe meinerseits niemals die Äußerung getan, daß Chamberlain erklärt hätte: Wir stehen Ihnen mit der ganzen Armee zur Verfügung, wenn Sie angegriffen werden. Selbstverständlich ist ein Sicherheitspakt ein Gegenseitigkeitspakt, und die Erklärungen, die Chamberlain auf der Konferenz abgegeben hat, gingen dahin, daß er sagte, man müsse auch verstehen, daß er auch viele Gegner in England habe, die bedauerten, daß England wieder in die ganzen kontinentalen Dinge hineingezogen werde; es ist für mich kein leichter Entschluß, hier zu erklären, daß wir, wenn Frankreich von Deutschland angegriffen wird, Frankreich, und wenn Deutschland von Frankreich angegriffen wird, Deutschland mit unserer ganzen Heeresmacht zur Verfügung stehen als Garant der geschlossenen Verträge. Und er hat im Unterhaus hinzugefügt: Die Entscheidung, ob wir eingreifen, liegt beim englischen Parlament. Auch daran ist kritisiert worden. Die Erklärung ist doch selbstverständlich. Wenn man ein Bündnis oder eine Garantie eingegangen ist, liegt doch in dem Fall, wo der Bündnisfall gegeben ist, die Entscheidung darüber, ob der Bündnisfall gegeben ist für das englische Volk, bei ihm. Diese Erklärung hat für uns sogar eine wesentlich positive Bedeutung. Sie bedeutet doch, daß in diesem Fall nicht eine Völkerbundsinstanz erst eine Erklärung abzugeben hat, sondern daß England selbst seinerseits diese Erklärung abzugeben hätte.

Es ist weiter gesagt, daß die ersten Erklärungen über die Rückwirkungen sehr allgemein gefaßt seien, daß es heiße: es sollen in gewisser Weise Erleichterungen eintreten. Diese allgemeine Wendung findet sich in der Botschafternote.[83] Diese allgemeine Wendung ist durch die erste Erklärung der Interalliierten Rheinlandkommission schon in positiver Weise ausgelegt und erörtert worden[84], und die Aufgabe des neuernannten deutschen Reichskommissars[85] besteht ja gerade darin – darum ist seine schleunige Ernennung gerade von der Gegenseite gefordert worden –, die Art und Weise, in der aufgrund der Botschafternote die einzelnen Ordonnanzen gehandhabt werden sollen, seinerseits mit zu beeinflussen. Ich hoffe, daß der neue Reichskommissar, der sich augenblicklich nach Madrid begibt, um sein Abberufungsschreiben zu überreichen, sobald wie möglich seinen Sitz in Koblenz einnimmt.

Es ist weiter gefragt nach den Richtlinien des Kabinetts und ihrer Erfüllung durch die Delegierten. Der Herr Reichskanzler hat gestern den Vorsitzenden der Fraktio-

[82] Chamberlain hatte in der Locarnodebatte des Unterhauses das Recht Englands betont, frei zu entscheiden, wann der Bündnisfall eintrete; bei dieser Entscheidung sei England nicht an die Haltung Italiens als des zweiten Garanten der Locarno-Verträge gebunden, siehe Schultheß 1925, S. 261.

[83] Die Note der Botschafterkonferenz vom 14.11.1925 sagte hinsichtlich der Rheinlandbesetzung zu, »alle mit dem Vertrage von Versailles zu vereinbarenden Erleichterungen eintreten zu lassen«, UuF, Bd. 6, S. 404.

[84] In einer Presseverlautbarung vom 18.11.1925 gab die IRKO zahlreiche Erleichterungen des alliierten Rheinlandregimes bekannt, darunter die Verringerung der Besatzungsstärken und die Aufhebung des Delegiertensystems zum 1.12.1925; weiter wurde die Bereitschaft erklärt, mit dem neuen Reichskommissar zusammenzuarbeiten, siehe »Berliner Tageblatt«, 19.11.1925, Nr. 247.

[85] Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete wurde der bisherige Botschafter in Madrid, Freiherr Langwerth von Simmern, nachdem er am 6.11.1925 die Zustimmung der Botschafterkonferenz erhalten hatte, siehe ADAP, Serie B, Bd. I, 1, S. 3; er trat sein Amt Ende Dezember 1925 in Koblenz an; zu seiner Ernennung siehe auch Vermächtnis II, S. 223.

nen von dem Wortlaut der Richtlinien Kenntnis gegeben. Unsere Fraktion war dabei durch den Kollegen Scholz vertreten. Ich glaube, Herr Kollege Scholz ist in der Lage, darüber zu berichten. Der Herr Reichskanzler, der am letzten Tage von Locarno jene Erklärung durch W.T.B erließ[86], daß er ebenso wie der Außenminister die Verantwortung dafür übernähme, daß die Rückwirkungen in dem Maße einträten, in dem sie uns feierlich zugesagt seien, hat die Frage, die an ihn gerichtet wurde, ob er der Meinung sei, daß diese Zusage erfüllt sei, dahin beantwortet: Wenn das nicht der Fall wäre, stände ich nicht mehr an dieser Stelle. In bezug auf die Richtlinien des Kabinetts möchte ich bemerken, daß sie nach meiner Auffassung in allen Hauptpunkten, soweit sie darauf gerichtet waren, bestimmte Ergebnisse sofort nach Hause zu bringen, erfüllt sind.

Es gibt zwei Fragen, in denen diese Erfüllung noch nicht da ist. Das ist einmal die Frage der Luftfahrt.[87] Darüber wird mit der Gegenseite in Paris verhandelt. Dabei sehe ich als entscheidend an die Erklärung der Gegenseite, die uns auch in dieser Frage ein Diktat überreicht hatte, sie sähe es als selbstverständlich an, daß die jetzigen Verhandlungen über die Regelung des Luftfahrtwesens nicht mehr auf der Basis einer Erklärung der Botschafterkonferenz gegenüber Deutschland geführt werden, sondern auf der Basis der Gleichberechtigung beider Länder. Bei diesen Verhandlungen das Nötige herauszuholen, ist Sache unserer Unterhändler.

Die zweite Frage, in der wir noch nicht vorangekommen sind, ist die Frage einer Änderung des Regimes im Saargebiet.[88] Diese Frage konnte auch nicht von den dort verhandelnden Nationen mit uns weiter vorwärts gebracht werden, weil die Herren sich auf den Standpunkt stellten, den ich anerkennen mußte: es ginge schon außerordentlich weit, daß sie in Bezug auf den Artikel 16 eine derartige Erklärung abgäben, schließlich seien sie nicht der Völkerbund, und wenn sie auch noch in anderen Fragen für die Öffentlichkeit Erklärungen abgäben, entspräche das einer Situation, daß der Hauptaktionär einer Gesellschaft, der mit seinen Freunden die Mehrheit des Aktienkapitals hat, vorher bekanntgibt, wen er in der nächsten Sitzung in den Aufsichtsrat wählen würde. Selbst wenn man glaube, die Mehrheit zu haben, brächte man das nicht zum Ausdruck, und sie würden ihre Stellung im Völkerbund erschüttern, wenn sie zum Ausdruck brächten, daß andere Nationen eigentlich wenig zu

[86] Die Erklärung Luthers vom 16.10.1925 ist abgedruckt in: Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 200, Anm. 2.

[87] Die Botschafterkonferenz hatte in einer Note vom 24.6.1925 (Text: Schultheß 1925, S. 408f.) neue Regeln zur Unterscheidung von zivilen und militärischen Luftfahrzeugen vorgelegt und gleichzeitig die Kontrollbefugnisse des 1922 eingesetzten »Garantiekommitees für die Luftfahrt« (RGBl. 1922 I, S. 476) erheblich erweitert. Obwohl die Luftfahrzeugfrage in den Locarno-Richtlinien aufgeführt war (siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 170), wurde darüber in Locarno nicht konkret verhandelt. Am 20.11.1925 wurden in Paris Vorverhandlungen zwischen Vertretern der Botschafterkonferenz und deutschen Sachverständigen aufgenommen, zu ihrem Verlauf siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 253.

[88] Die Saarfrage war auf den Verhandlungen in Locarno nur am Rande berührt worden, siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 174, 190. Im Ministerrat beim Reichspräsidenten am 16.11.1925 führte Luther dazu aus: »Vom Saargebiet ist leider gar nichts gesagt; tatsächlich hängt aber das Schicksal des Saargebiets mit dem des besetzten Gebiets untrennbar zusammen; erreichen wird die Räumung der 2. und 3. Zone, so kommt auch die vorzeitige Abstimmung im Saargebiet«, ebd., Dok. Nr. 223, S. 860.

sagen hätten. Sie würden sich in der nächsten Plenarsitzung heftigen Interpellationen ausgesetzt sehen.

Im übrigen war die Frage der Verkürzung der Abstimmungsfrist im Saargebiet für uns gar nicht mehr so vordringlich, nachdem die Delegierten des Saargebiets nach Locarno gekommen waren, um uns zu sagen, daß ihnen nichts unerwünschter wäre als eine frühere Abstimmung, ehe die Räumung der dritten Zone erfolgt sei; denn sie würden ihr jetziges System unter dem Völkerbund vertauschen mit dem System eines besetzten deutschen Gebiets, und wenn der Völkerbund auch kein Ideal sei, so fühlten sie sich jedenfalls unter dem Völkerbundregime wohler als unter dem Regime des besetzten Gebiets. Sie haben erklärt, daß wir uns in einen Gegensatz zur Gesamtbevölkerung des Saargebiets stellen würden, wenn wir eine frühere Abstimmung, ehe diese Frage zu Entscheidung reif wäre, vertreten würden (Hört! Hört!) Wir haben infolgedessen diese Erklärung in die Worte gefaßt, daß wir gesagt haben: Wenn nach dem Inkrafttreten des Vertrags eine frühere Räumung der zweiten und dritten Zone stattfindet, muß entsprechend mit der früheren Räumung auch die Abstimmung im Saargebiet vorverlegt werden, damit das ganze Gebiet gleichzeitig an das Deutsche Reich kommt und nicht etwa diese Stufenfolge durchmacht: Völkerbundsregime, besetztes Gebiet und nachher wieder deutsches Land.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es auch Fragen gegeben hat, in denen von uns eine Bindung abgelehnt worden ist darauf, daß wir das nach Hause brächten, wohl aber zugestanden haben, daß wir darauf hinwirken würden, daß diese Dinge geregelt würden. Das bezieht sich besonders auf die Räumung der zweiten und dritten Zone. Denn ich sage ganz offen: Es hat von uns niemand daran gedacht, daß wir vor Inkrafttreten des Vertrages die anderen dahin bringen könnten, die sofortige Räumung der zweiten und dritten Zone oder eine Verkürzung der Besatzungsdauer zuzugestehen. Ich habe mich immer gewehrt, Aufträge zu übernehmen, die meiner Meinung nach außerhalb des Bereichs der Möglichkeit lagen.

Es ist weiter von dem Kollegen Lohmann auf einen Artikel des »Temps« hingewiesen worden, der geschrieben hätte, jetzt sei Schluß mit Konzessionen an Deutschland. Ich habe neulich wegen dieses Artikels des »Temps« Herrn Briand interpellieren lassen durch die Deutsche Botschaft, und Herr Briand hat erwidert, was übrigens jedem Kenner der französischen Verhältnisse bekannt ist, daß der »Temps« nicht nur nicht mehr Regierungsorgan, sondern ein Blatt der Opposition gegen das Kabinett Briand sei, und wenn wir zu wissen wünschten, was er dächte, möchten wir den »Quotidien« und die »Ere Nouvelle«, aber nicht den »Temps« lesen. Er hat speziell darauf hingewiesen, daß eine ganze Reihe von Zeitungen in Paris, »Temps«, »Echo de Paris« und andere alles täten, um den Vertrag zu Fall zu bringen und vielleicht auch von dem Gesichtspunkt ausgingen, durch ihre eigene Auslegung der Vertrags die Stimmung für die Annahme in Deutschland zu verringern.

Ich bin weiter gestern persönlich interpelliert worden über die Äußerung, die der Arbeitsminister Brauns[89] auf dem Parteitag des Zentrums gemacht hat über ein an die deutschen Delegierten gerichtetes Telegramm. Die Mitteilungen des Arbeits-

[89] Heinrich Brauns (1868–1939), katholischer Geistlicher. Dr. rer. pol. 1903 Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach. Führender Sozialpolitiker des Zentrums. 1919–1933 MdR (Zentrum), 1920–1928 Reichsarbeitsminister.

ministers Brauns, so, wie sie in der Presse wiedergegeben sind, entsprechen insoweit nicht den Tatsachen, als der Inhalt des Telegramms etwas anders war, als er es gesagt hat. Es waren eine ganze Reihe von Möglichkeiten an die Hand gegeben. Es war gesagt, wir möchten sehen, ob es nicht möglich sei, das Protokoll zu zeichnen, aber die einzelnen Verträge als Anlage zum Protokoll beizufügen. Es war zweitens die Frage aufgeworfen, ob Deutschland nicht eine zu weite Bindung eingehe, wenn für Deutschland der Reichskanzler und der Außenminister paraphierten, während für die anderen Nationen nur die Außenminister paraphieren.[90] Es wäre besser, wenn Stresemann allein paraphierte, wenn der Reichskanzler nicht mitparaphierte (Rufe: Aha!). Der Reichskanzler hat die Frage, ob wir gemeinschaftlich paraphieren sollten oder nicht, ebenfalls mit mir besprochen, unbeschadet dieses erst später eintreffenden Telegramms, und er hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß, nachdem er die ganzen Verhandlungen mitgeführt hätte, sein Zurücktreten von der Paraphe im letzten Augenblick nur nach außen den Eindruck machen würde, als behielte sich Deutschland irgendeine Hintertür der Desavouierung seiner Delegierten vor. Wir hatten die Möglichkeit, einen Delegierten zu entsenden, wir hatten die Möglichkeit, drei zu entsenden, was ich angeregt habe. Wir haben zwei entsandt. Wenn zwei das Deutsche Reich vertreten, haben sie auch gemeinschaftlich die Verantwortung auf sich zu nehmen. Infolgedessen ist auch die Paraphierung von uns beiden erfolgt.[91] Es ist, was auch Herr Brauns in dem sonst mißverständlichen Ausdruck: das Ganze wäre nicht wesentlich gewesen, anerkennt, dieserhalb uns gegenüber nicht eine Rekrimination erfolgt.

Ich darf dabei allgemein bemerken: Es ist natürlich überhaupt sehr schwer, Verhandlungen draußen zu führen und gleichzeitig in Verbindung zu bleiben mit dem Kabinett, das wohl schriftliche Berichte erhält durch einen Mittelsmann, der auch gewisse persönliche Eindrücke übermitteln kann, das aber doch nicht mit dem ganzen Geist dieser Verhandlungen und mit der ganzen Arbeit der Verhandlungen vertraut ist. Ich bin persönlich der Meinung, daß man, was immer in Zukunft an internationalen Verhandlungen kommt, die Verantwortung dafür, was man aufgrund von Verhandlungen tut, unbedingt denen überlassen muß, die die ganze Situation allein zu übersehen vermögen und die natürlich mit ihrer Person auch die volle Verantwortung für das tragen, was sie tun (Zustimmung). Es ist das Recht, Delegierte zu desavouieren, es ist aber ein falsches Recht, einem Delegierten hineinzusprechen in die Situation, die nur er allein zu beurteilen vermag. Eine Paraphierung nur durch mich oder die

[90] Als das Gesamtergebnis der Verhandlungen am letzten Konferenztag voll zu übersehen war, setzte sich bei den in Berlin verbliebenen Kabinettsmitgliedern die Überzeugung durch, daß »eine Paraphierung des Vertragswerks unterbleiben möchte und dafür lediglich eine Protokollierung vorzunehmen sei«, Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 197, S. 772; am Abend des 16.10. sandte Brauns ein Telegramm diesen Inhalts an die deutsche Delegation in Locarno. Trotz dieser Bedenken paraphierten Stresemann und Luther die Verträge in der Schlußsitzung vom 16.10.1925 »ne varietur«, um, wie Luther dem Reichspräsidenten am selben Tag mitteilte, die in Locarno erreichten »erheblichen Vorteile für Deutschland zu sichern«, ebd., Dok. Nr. 200, S. 779.

[91] Obwohl Stresemann in einer Tagebucheintragung vom 23.9.1925 (PA NL Stresemann 272) den Verdacht anklingen läßt, daß der Entschluß Luthers, nach Locarno zu gehen, auch von persönlicher Eitelkeit diktiert wurde, war Stresemann dem Kanzler für seine Begleitung jedoch sehr dankbar, vor allem weil es seiner Ansicht nach seinem Einfluß zuzuschreiben war, daß Hindenburg dem Pakt seine Unterstützung gegeben hatte, siehe auch Anm. 105.

Ablehnung der Paraphierung wäre meiner Meinung nach das Ungeschickteste und Falscheste gewesen, was wir hätten tun können. Wir haben deshalb auch Wert gelegt auf die Paraphierung, weil der Vertrag mit vielen Gesichtspunkten von uns durchgesetzt war und die Nichtparaphierung doch nicht nur die Möglichkeit gab, von uns mehr hineinzusetzen, sondern auch die Möglichkeit für die anderen, von den Konzessionen wieder zurückzutreten.

Ich bin weiter gebeten worden, auf das zurückzukommen, was ich wohl übersehen hatte, nämlich noch einmal zu sprechen von den Motiven, die überhaupt für die ganze Änderung der Stellung uns gegenüber in Betracht kämen. Auch diese Ausführungen kann ich nur in gewissen großen Zügen machen. Ich möchte sie so darlegen: Wir sind heute, wie Sie alle wissen, wirtschaftlich in Bezug auf die Kreditnot in einer Weise niedergebrochen[92], wie es kaum erträglich ist. Gleichzeitig ist Frankreich in Bezug auf seine Staatsfinanzen ungefähr ebenso niedergebrochen.[93] Das Halten der französischen Währung ist *das*[94] französische Problem. Und da andere Völker nicht so leicht sich proletarisieren lassen wie das deutsche, würden, wenn in Frankreich eine Entwicklung einträte, die der Entwicklung, wie wir sie hinter uns haben, gliche, wahrscheinlich Umwälzungen möglich sein, deren Endergebnis gar nicht abzusehen ist. Die Leute kämpfen einen Verzweiflungskampf um die Haltung ihrer Währung. Sie sind, wie wir, angewiesen auf eine schonende Behandlung ihrer Staatsgläubiger, sei es England, sei es Amerika. Die Entsendung von Caillaux[95] wegen der Zinszahlungen an die Vereinigten Staaten, die jetzt beginnen, legt davon Zeugnis ab.

Sie haben aber weiter die Empfindung, daß sie wirtschaftlich nicht wieder in die Höhe kommen, wenn in diesem, wie oft gesagt ist, balkanisierten Europa eine Zollpolitik sich lediglich auf den inneren Markt legt, alles sich gegeneinander abschließt und die kaufärmer gewordenen Völker die alleinige Basis der Wirtschaft sind. Ihnen schwebt eine weitgehende Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie vor. Das ist auf verschiedenen Gebieten durchgeführt. Das soll weiter durchgeführt werden, nach ihrer Ansicht in ganz großzügiger Weise. Sie haben nun die Empfindung, daß, sowohl mit ihrem eigenen Kreditbedürfnis, als mit diesem Wunsch nach einer Kooperation mit der deutschen Wirtschaft, ein Kriegszustand mit Deutschland, wie er doch de facto noch bestand, nicht verträglich ist, daß sie den Frieden in Europa als Grundlage brauchen für ihr eigenes Kreditbedürfnis, daß sie aber auch eine Verständigung mit Deutschland brauchen für ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung.

Aus dem Grunde werden Sie finden, daß, mehr als in England, augenblicklich die Stimmung in Frankreich in weitgehendem Maße für ein Zusammengehen mit Deutschland sich ausspricht, sogar mit einer gewissen Zielsetzung gegen England

[92] Um die erreichte ökonomische Stabilisierung zu konsolidieren und den Konjunkturaufschwung nicht abzuschwächen, war die deutsche Wirtschaft dringend auf Auslandskredite angewiesen, siehe Krohn, S. 157ff.; Netzband/Widmaier, S. 67ff.

[93] Zur französischen Finanzlage im Winter 1925/26 siehe Rémond, S. 129ff.

[94] Hervorhebung in der Vorlage.

[95] Joseph Caillaux (1863–1944). Französischer Politiker (Radicaux). 1911/1912, 1913/1914, 1925, 1926 und 1935 Finanzminister. Zu den fehlgeschlagenen Finanzverhandlungen von Caillaux in den USA über die Regelung der französischen Kriegsschulden von 4 Milliarden Dollar siehe Egelhaaf 1925, S. 148ff. sowie die Ausführungen Schachts über die Finanzlage der Reichsbank vom 5.12.1925, Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 244.

und für Deutschland, weil ja Verbündete vielfach eher auseinandergeraten als Gegner, wenn sie sich aus irgendwelchen Interessen wieder zusammenfinden. Gleichzeitig geht ein Bestreben Englands, mit uns wirtschaftlich anzuknüpfen, [hervor] aus der Angst, daß wir mit Frankreich allein irgendeinen gegen England gerichteten Trust bilden könnten. Aus dieser Situation ergibt sich ein gewisses Umwerben Deutschlands, und im Hintergrund steht die große Macht der Vereinigten Staaten, die ihrer ganzen Ideologie nach pazifistisch eingestellt ist und bei der das Wunderbare sich immer begibt, daß ihr Idealismus mit den materiellen Interessen des Landes sich vereinigt, so daß sich daraus eine wunderbare Staatsreligion formen läßt.

So kommen diese Faktoren zusammen. Und sehen Sie, daß wir in dieser Situation nicht den europäischen Frieden schlossen, gezwungen, mürrisch, unter den schwersten Bedingungen, sondern daß die Initiative bei uns lag, ist für die psychologische Haltung der Masse in den Vereinigten Staaten die beste Propaganda, die wir gegen die Kriegsschuldlüge machen können, besser als alle Broschüren, die wir versenden.

Das sind die Zusammenhänge, die heute bestehen, und nichts finde ich törichter, als wenn davon gesprochen wird, wie ich in der »Bergwerkszeitung« gelesen habe: Man wolle sich national geben, aber das Unglück sei, daß man so scheußlich materiell und wirtschaftlich eingestellt sei. Der beste nationale Idealismus nutzt uns zur Befreiung unseres Volkes gar nichts, wenn das Volk nichts zu essen hat und verhungert. Diese beiden Dinge müssen zusammengehen: erst eine gesunde Politik der Lebensmöglichkeiten, um sich und die Nachkommenschaft weiterzubringen, und dann auch erfüllt sein vom dem Lebenswillen, sich politisch wieder durchzusetzen. Ich glaube, die Benutzung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, um mit dem einzigen, womit wir noch Großmacht sind, mit unserer Wirtschaftsmacht, Außenpolitik zu machen, ist die Aufgabe, die heute jeder Außenminister zu lösen hätte.

Ich möchte dann den Entwurf einer Entschließung vorlegen. Ich bitte, nicht zu erschrecken, wenn sie etwas lang ist, denn ich bin der Meinung: Gegenüber der Irreführung der öffentlichen Meinung ist es unbedingt notwendig, daß wir rein sachlich und nüchtern die Gesichtspunkte auseinandersetzen, die uns zu diesem Ja veranlassen. Es kommt nicht darauf an, daß irgendein Wort nach außen kommt von Vertrauen zu den Delegierten oder anderen Dingen; denn ich wäre der Meinung, Sie hätten gar nicht das Recht, aus einer persönlichen Stellungnahme mir gegenüber eine andere als rein sachliche Entschließung zu fassen. Und da wir, Gott sei Dank, seit Jahren in unserer Partei völlig einig sind, können wir uns dieses Vertrauensvotum vollkommen schenken. Dagegen ist es möglich, vor der ganzen Öffentlichkeit zu sagen: Weshalb stimmen wir zu, was bedeutet der Vertrag, welches sind seine Konsequenzen. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Entschließung abgefaßt, die folgendermaßen lautet: [...][96] (Lebhafter Beifall).

Herr Burger: Meine Damen und Herren, was an Zweifeln und Bedenken noch auftauchen konnte, findet seine Antwort, glaube ich, in dieser Entschließung. Deswegen wird die Diskussion von jetzt an wesentlich kürzer sein können. Nur einem Gedanken möchte ich noch Ausdruck geben. Es ist gesagt worden, die Politik eines großen

[96] Der Text der Entschließung fehlt im stenographischen Protokoll. Hier nur Bemerkung des Stenographen: »Entschließung bitte einfügen«, siehe auch Anm. 106.

Reiches könne sich nicht richten nach größeren oder kleineren Erleichterungen im besetzten Gebiet. Wir im besetzten Gebiet haben nicht egoistische Empfindungen, sind aber der Auffassung mit den Volksgenossen im besetzten Gebiet, daß die Dinge dort drüben über dem Rhein nicht nur lokale Bedeutung haben. Und nun bitte ich Sie, einen grundlegenden Satz zu beachten, den in feierlicher ernster Stunde am 28. Juni vorigen Jahres der deutschnationale Abgeordnete Dr. v. Dryander[97] ausgesprochen hat. Er hat den programmatisch klingenden Satz hier im Reichstag gesagt: Rhein und Ruhr stellen das Problem des deutschen Schicksals dar, stellen dar den Zentralgedanken aller deutschen Politik und die Voraussetzung jeder deutschen Zukunft. Und wenn wir nun bedenken, wie es vor zwei Jahren, noch vor einem Jahre ausgesehen hat, dann müssen wir sagen: Dieser programmatische deutschnationale Satz ist durch die Politik der Deutschen Volkspartei verwirklicht.

Es ist von Jubel gesprochen worden. Wir kennen den Jubel nicht im besetzten Gebiet. Von Jubel kann keine Rede sein angesichts der Not in weiten Kreisen der Wirtschaft, der Arbeiter und Beamten. Jubel im besetzten Gebiete kann es schließlich nur an dem Tage geben, an dem das besetzte Gebiet wieder völlig frei ist. Wir sind auch weit entfernt davon, unsere Politik nun aufzubauen auf einer gewissen pazifistischen Richtung. Was das Rheinland bei Deutschland gehalten hat, waren die zwei Mittel: Der Glaube an die deutsche Zukunft und der Wille zur Bildung eines einheitlichen nationalen Willens. Die beiden Mittel hat die Deutsche Volkspartei gepflegt. Ich rufe Ihnen zu: Glück auf zur weiteren Fahrt! (Beifall).

Dr. Jahn (Breslau): Ich möchte kurz einiges sagen im Anschluß an das, was der Vertreter von Oberschlesien ausgeführt hat. Es war von dem Dr. Kleiner die Rede. Dr. Kleiner war kürzlich auf dem Parteitag der Sudetendeutschen, und er hat dort Äußerungen rein parteipolitischer Art vorgetragen, so daß der Führer der betreffenden Versammlung, Dr. Lodgmann[98], Angstzustände bekam. Denn Dr. Kleiner äußerte diese Dinge in Gegenwart des tschechischen Regierungsvertreters, ohne sich bewußt zu sein, daß er zwar in einer Stunde über der Grenze war, daß die anderen aber zurückblieben unter dem Druck, zu dem er die Veranlassung gegeben hatte. Solche Reden haben leider dazu beigetragen, daß die deutschen Minderheiten auch zu dem Vertrage von Locarno eine ganz falsche Stellung eingenommen haben, zum großen Teil leider eine sehr starke parteipolitische Stellung. Ich habe damals verfolgen können, in welcher Weise dieser Dr. Kleiner überall in seinen Reden verkündet hat, die Deutsche Volkspartei hätte den Herrn Gaus, einen Juden, nach London geschickt, und er hätte jetzt durch seine internationalen Verbindungen Deutschland wieder verkauft. Diese Bemerkungen gingen durch die ganze Presse. Es ist ja erstaunlich, mit welcher Unkenntnis gerade in den wichtigsten nationalen Fragen aus parteipoli-

[97] Gottfried v. Dryander (1876–1951), Jurist. 1914 Vortragender Rat im Geheimen Zivilkabinett, 1918/1919 im preußischen Staatsministerium. 1921–1924 MdL Preußen (DNVP), 1924–1930 MdR (DNVP bis 1929, dann Volkskonservativ); zur Rede v. Dryanders am 28.6.1924 im Reichstag siehe VRT, Bd. 344, S. 1378ff.

[98] Rudolf Ritter Lodgmann (1877–1962), Dr. iur. 1906–1918 Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Bezirke in Böhmen, 1911–1918 Mtgl. des österreichischen Reichsrats, 1919/20 Landeshauptmann von Deutsch-Böhmen, 1920–1938 Geschäftsführer des Verbandes der Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakei, 1948–1954 führend bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

tischem Interesse heraus gearbeitet wird. Diese Herren haben davon gesprochen, daß nunmehr durch Locarno erledigt sei die großdeutsche Frage, daß erledigt sei die Frage des Korridors, daß erledigt sei die Frage der Deutschen in der Tschechoslowakei. Allein diese Zusammenstellung zeigt Ihnen, daß hier Probleme zusammengeworfen werden, die letzten Endes eine ganz verschiedene Bewertung und ganz verschiedene politischen Erledigung verlangen. Es ist ein Verbrechen geradezu an den Minderheiten selbst, daß man ihnen gegenüber die Unbefangenheit gegenüber dem Deutschtum, der deutschen Regierung überhaupt raubt. Denn die Frage der Minderheiten kann nicht die Frage einzelner Parteien sein, sie muß die Frage des ganzen deutschen Volkes und aller deutscher Parteien sein.

Nun noch zu einigen Einzelheiten. Es ist gesagt und überall verbreitet worden, daß ein Minderheitenschutz nach Locarno nicht mehr wirksam ausgeübt werden könnte, weil irgendwelche Garanten – in diesem Falle Deutschland –, die einer Minderheit nahestehen, nicht in der Lage wären, den Schutz der betreffenden Minderheit zu übernehmen. Das ist falsch und richtig. Ich habe mir daraufhin Auskunft bei den Führern der deutschen Minderheiten erbeten, und ich muß Ihnen sagen, daß die auf diese Stellungnahme überhaupt nicht eingegangen sind und kein Verständnis dafür gehabt haben. Im Gegenteil, sie haben erklärt: Wie die Dinge augenblicklich liegen, wäre es ihnen durchaus nicht unangenehm, wenn nicht Deutschland, sondern irgendjemand anderes, meinetwegen ein Schwede, der Garant der betreffenden deutschen Minderheit wäre, weil diese, mit dem starken Deutschland hinter sich im Völkerbunde, in ganz anderer Weise in der Lage wären, ihre Interessen wahrzunehmen. Die deutschen Unterhändler wären vielfach belastet durch handelspolitische und ähnliche Verhandlungen, so daß letzten Endes etwas herauskommen könnte wie ein Verkauf der betreffenden Minderheit. Das ist hart ausgedrückt, aber es zeigt, daß die deutschen Minderheiten im allgemeinen die Dinge viel klarer sehen, als sie uns vielfach dargestellt werden.

Zu der Frage des Völkerbundes möchte ich auch noch einiges sagen. Es kommt nicht so sehr darauf an, ob wir in den Völkerbund eintreten, denn wir werden in den Völkerbund eintreten. Die ganze Entwicklung ist so gegangen, daß es da kein Zurück mehr gibt. Es kommt jetzt darauf an, wie wir im Völkerbund arbeiten, und ich bin der Überzeugung, daß wir auf dem Boden des Völkerbundes tatsächliche Arbeit leisten können, weil überall das Recht für uns spricht, und wenn unser hochverehrter Herr Parteiführer gesagt hat, daß es darauf ankommt, den Hebel richtig anzusetzen, so hat er das getroffen, was in diesem Falle gesagt werden muß: nicht ob, sondern wie.

Kurz möchte ich noch folgendes erwähnen. Zu unserem größten Bedauern sehen wir, daß jetzt in Deutschland nicht nur politische Parteien, sondern alle möglichen Verbände, die es angeht und die es nicht angeht, Stellung nehmen gegen Locarno. Ich erinnere z.B. an die Entschließung, die der deutsche Ostmarkenverein kürzlich gefaßt hat.[99] Diese Entschließung ist gefaßt worden aufgrund eines Referats von Exzel-

[99] Der Deutsche Ostmarkenverein lehnte in einer Entschließung vom Dezember 1925 den Vertrag von Locarno scharf ab, abgedruckt in: Die Ostmark 30 (1925), S. 189f.; zum Deutschen Ostmarkenverein siehe Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, S. 225–244.

lenz v. Raschdau[100] Exzellenz v. Raschdau hat am Tage vorher in einem anderen Kreise, im Verein für das Deutschtum im Ausland[101], aufs stärkste den Standpunkt der Deutschen Volkspartei wiedergegeben, und ich habe gehört, daß er in derselben Weise sich am nächsten Tag im Ostmarkenverein geäußert hat und daß eine Entschließung gefaßt worden ist, die durchaus nicht dem entspricht, was nachher zu Papier gebracht worden ist, sondern daß der Vorstand nachher der ganzen Entschließung die Note gegeben hat, die sie jetzt hat. So wird gearbeitet. Ich habe gehört, daß auch andere Verbände, andere Vorstände, die sich nicht einmal darüber klar sind, daß ihre Verbände aus Vertretern der verschiedensten Parteien bestehen, auch daran gehen, ähnliche Entschließungen zu fassen. Ich möchte Sie dringend darum bitten, soweit es in Ihrer Kraft liegt, dahin zu wirken, daß diese unmotivierten Erklärungen unterbleiben.

Das war es, was ich sagen wollte. Im übrigen möchte ich besonders hervorheben und kennzeichnen, daß unser Vertreter den Mut gehabt hat zu paraphieren. Wir Deutsche sind ein eigenartiges Volk, und die eigenartigsten unter uns sind vielleicht die Deutschnationalen, die auf der einen Seite für die stärkste Autorität der Regierung eintreten, wie sie die hervorragendsten Demokratien Amerika, England und Frankreich zu ihrem Heil im Kriege gezeigt haben, die aber auf der anderen Seite eine Stellung einnehmen, die geeignet ist, die Autorität Deutschlands aufs schwerste zu schädigen (Bravo!).

Herr Hembeck (Lüdenscheid): Meine verehrten Damen und Herren! Im Namen meiner westfälischen Freunde habe ich einige ganz kurze Erklärungen abzugeben. Wenn wir zurückblicken auf die Zeit vor zwei Jahren, wo unser Dr. Stresemann den Mut hatte, den Kanzlerposten zu übernehmen, wenn wir zurückblicken auf die Zeit, wo er das Außenministerium übernahm, so sind wir uns bewußt, daß der Weg ein dornenreicher und schwerer war. Wir sind uns aber auch dessen bewußt, daß klare, realpolitische Arbeit geleistet worden ist. Wir haben uns gern und freudig in den Dienst dieser Arbeit gestellt, wenn es sich darum handelte, klare Verhältnisse zu schaffen, einen großen nach rechts gerichteten Zusammenschluß aller verantwortungsvollen deutschen Männer und Frauen herbeizuführen und damit eine klare Scheidung nach links zu vollziehen. Aber kein Verständnis bringen wir im Westfalenlande auf für das, was die Deutschnationalen in der letzten Zeit als Politik bezeichnen. Das ist keine Volkspolitik, das ist keine Weltpolitik, das ist einfach kümmerliche Parteipolitik (Lebhafter Beifall). Ich muß es ganz offen aussprechen und wir sind uns dessen bewußt, daß wir keinen Krieg führen können mit deutschnationalen Spazierstöcken. Wir sind uns genau bewußt, daß wir nur auf diesem Wege Schritt um Schritt weiterkommen können. Wenn man im Westfalenland und im Rheinland vor nicht allzu langer Zeit noch ernstlich damit gerechnet hat, daß das

[100] Ludwig v. Raschdau (1849–1943), Gesandter a. D. Konsul in Konstantinopel, Smyrna, Alexandria, New York und Havanna. Vortragender Rat im Auswärtigen Amt. 1923–1925 einer der Leiter der Mittwochs-Gesellschaft.

[101] Der »Verein für das Deutschtum im Ausland« unterstützte in der Weimarer Republik vor allem den Aufbau einer deutschen Irredenta in den nach dem Versailler Vertrag abgetretenen Gebieten, siehe Ernst Ritter, Das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart 1917–1945, Wiesbaden 1976, S. 31 ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, S. 282–297.

Rheinland einmal nicht mehr deutsch sein wird, so können wir heute doch auf die Tatsache zurückblicken, daß durch wirkliche Realpolitik auch Erfolg erzielt wird.

Wir sind uns aber auch dessen bewußt, daß wir zur weiteren Unterstützung dieser Politik durchaus keine Ursache haben, hinauszugehen und das zu tun, was heute vom ersten Debattenredner, Herrn Dr. Dingeldey, hier verlangt wurde: einzustimmen in Jubelhymnen. Nein, wir gehen nicht hinaus und stimmen Jubelhymnen an. Wir gehen auch nicht als graue Pessimisten hinaus, sondern wir wollen Schulter an Schulter weiterkämpfen. Ich habe kürzlich einmal ausgeführt: Die Partei, die das Gewissen des deutschen Volkes verkörpert, ist die Deutsche Volkspartei, weil sie unbekümmert um das Geschrei der Masse auf der Straße nur den Weg gegangen ist und nur ihre ganze Politik eingestellt hat unter dem Gesichtspunkt: Wie kann ich der Allgemeinheit dienen? Wenn uns auch heute wirtschaftlich das Wasser bis obenhin steht, so müssen wir doch feststellen, daß manches anders und vieles besser geworden ist. Wir billigen grundsätzlich die Ausführungen, die gegen die Politik der Deutschnationalen gemacht sind. Wir bedauern es, daß die Deutschnationalen die große Stunde nicht erkannt haben. Wir aber dürfen uns das Zeugnis ausstellen: Wir haben sie erkannt (Lebhafter Beifall)!

Herr Kuhbier (Duisburg): Zur Sache selbst kann ich aufs Wort verzichten. Nur ein paar Worte möchte ich zu den drei Forderungen sagen, die Herr Lohmann am Schluß aufgestellt hat: Tatkraft, Mut und Ehrgefühl. Tatkraft und Mut sehe ich für uns im Zentralvorstand darin, daß wir nun hinausgehen, um diese zielbewußte, folgerichtige Politik der Volkspartei nicht nur überall zu vertreten, sondern auch den Mut zu zeigen, für uns allein zu gehen. Wir haben bei uns im Rheinland trotz all der schönen Worte, die man an uns gerichtet hat, trotzdem die deutschnationalen Führer oft persönlich auf mich mit Menschen- und Engelszungen eingeredet haben, gemeinsame Listen oder Listenverbindungen zu machen, dies am Tage nach ihrem Austritt aus der Regierung abgelehnt (Beifall). Diesen Mut muß die Volkspartei aufbringen nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts. Dann sie hat in diesen Jahren genug gezeigt, daß sie allein ihren Weg gehen kann. Und die Bestätigung des Ehrgefühls sehe ich darin, daß wir uns nicht länger gefallen lassen, als drei Viertel national bezeichnet zu werden. Wir müssen laut und deutlich erklären: In deutscher Gesinnung stehen wir turmhoch über euch, denn wir haben unsere Gesinnung nicht nur in Wort und Schrift betätigt, sondern wir haben, was ihr nicht von euch sagen könnt, seit Bestehen der Volkspartei ohne Rücksicht auf die Partei national gehandelt und werden es tun in alle Zukunft (Lebhafter Beifall).

Herr Schmitz[102] (Köln): Meine Damen und Herren! Wir am Rhein als Vertreter des Wahlkreises Köln-Aachen hatten gegen den Vertrag von Locarno große Bedenken. Wenn wir diese Bedenken zurückstellen, so geschieht es vor allem auch aus außenpolitischen Gründen und aus einem wirtschaftlichen Grunde. Dann darüber müssen wir uns klar sein: Der Vertrag von Locarno wird uns keine wirtschaftlichen Vorteile bringen, aber er wird uns große Nachteile wirtschaftlicher Art bringen, wenn wir ihn ablehnen. Sie können versichert sein, daß die ganzen Kreditverhandlungen einfach abgebrochen würden. Dazu kommt ein zweites: So, wie die Sache heute inszeniert ist

[102] Wilhelm Schmitz (* 1869), Rechtsanwalt. 1900–1907 Beigeordneter der Stadt Köln. Ab 1907 Vorstandsmtgl. der Rheinisch-Westfälischen Boden-Credit-Bank Köln.

von den anderen, vor allem von Amerika, werden wir wieder als die Friedensstörer gelten, wenn wir heute ablehnen. Wir am Rhein haben dem Außenminister stets erklärt, daß wir bitten, bei allen Verhandlungen keine Rücksichten auf das Rheinland zu nehmen, sondern sich lediglich von den Gesichtspunkten der großen Politik leiten zu lassen. Wir wollen die Lasten weiter tragen, wenn wir wissen, daß wir sie tragen müssen im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes.

Der Herr Außenminister wünscht heute kein Vertrauensvotum; wir werden dem folgen. Er hat weiter erklärt, daß er allein die Verantwortung trage. Aber das enthebt uns nicht der Verpflichtung, wenn Bedenken auftreten, sie zur Sprache zu bringen, und es wird Sache des Außenministers und der Regierung sein abzuwägen, ob die Bedenken berechtigt sind oder ob wichtige Momente vorliegen, die wir nicht kennen. So kommt es letzten Endes für uns, die wir nicht mitgewirkt haben an dem Vertrag, darauf hinaus, ob wir das Vertrauen zur Regierung und zum Außenminister haben oder nicht, und ich weiß mich eins mit Ihnen, wenn ich sage: Das Vertrauen haben wir (Beifall).

Dr. Benthin (Gera): Wenn man die ganze Behandlung der Locarno-Frage in der Öffentlichkeit einmal näher betrachtet, kommt man leicht zu der Auffassung, daß es einer der größten Schäden dieser Zeit ist, daß wir diese unglückliche rein formale Demokratie haben. Was uns diese formale Demokratie in der Öffentlichkeit gerade auf dem Gebiet der Behandlung der Locarno-Frage dem Ausland gegenüber schon geschadet hat, hat der Herr Reichsaußenminister schon gestreift. Gerade diese Schäden machen es doch den Deutschnationalen möglich, in dieser manchmal geradezu verantwortungslosen Weise gegenüber den großen Fragen Stellung zu nehmen. Es hat diese Art der Behandlung schon in weitem Umfang übergegriffen auf die vaterländischen Verbände, die in geradezu unverständlicher Weise Stellung zu den großen politischen Fragen nehmen. Es ist mir kürzlich passiert, daß ein deutschnationaler Professor der Geschichte sich hinstellte und, um unseren Parteiführer vor einer Versammlung unmöglich zu machen, sagte: Herr Dr. Stresemann zöge immer Vergleiche zwischen dem Freiherrn vom Stein und der Jetztzeit, er wisse nicht, wie Herr Dr. Stresemann dazu käme, denn der Freiherr vom Stein hätte nicht gesprochen, sondern gehandelt, während Herr Stresemann nichts weiter könne als reden. Ich habe ihm geantwortet, es sei geschichtlich nachweisbar, daß Freiherr v. Stein sich niemals des Rundfunks bedient habe. In unserem Kampf gegenüber den Deutschnationalen müssen wir ganz entschieden mehr Selbstbewußtsein zeigen. Ich habe oft das Gefühl, als ob uns eine viel zu große Angst vor der Agitation der Deutschnationalen dazu triebe, nicht immer energisch genug aufzutreten. Wir sind in denselben Fehler verfallen, in den die Sozialdemokratie früher verfallen war, indem sie immer nach links schielte, aus Angst, die Kommunisten könnten ihnen das Wasser abgraben. Je bestimmter und selbstbewußter wir unseren Standpunkt vertreten, umso eher werden wir bei den Massen durchdringen.

Ganz verkehrt halte ich es, wenn man den Locarno-Vertrag nur loben wollte. Damit könnte man dem Ausland gegenüber nur das Gegenteil von dem erreichen, was man will. Wenn wir die Bedeutung von Locarno kurz zusammenfassen wollen, dann können wir sagen: Das Rad der Geschichte hat sich hier zum ersten Male hörbar gedreht. Es hat zwar noch stark geknarrt, aber wir haben jetzt die Hoffnung, daß es in eine bessere Drehung kommen wird.

Vorsitzender Dr. Scholz: Die Rednerliste ist geschlossen (Beifall). Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Dr. Stresemann: Ich will kein Schlußwort sprechen. Es ist ja bei der zutage getretenen großen Einmütigkeit gar nicht notwendig. Ich will nur auf einige Fragen antworten, die im Laufe der Debatte angeregt sind. Die erste Frage ist die: Wie steht es mit der Grenze im Norden? Damit ist wohl die dänische Grenze gemeint. Über die ist in Locarno nicht gesprochen worden. Dänemark hat uns angeboten, einen Schiedsvertrag mit uns zu schließen. Der dänische Außenminister Graf Moltke[103] hat das im dortigen Parlament mitgeteilt. Wir würden bezüglich des Schiedsvertrags mit Dänemark von denselben Gesichtspunkten ausgehen wie bei den Schiedsverträgen mit dem Osten und Südosten, nämlich, daß wir einen Schiedsvertrag selbstverständlich schließen, daß aber dieser Schiedsvertrag irgendeine Anerkennung der Grenze oder Ausschließung der Kriegsmöglichkeit nicht in sich begreift.

Es ist weiter gefragt, wie es mit den Kolonien stände. Bei den Beratungen in Locarno habe ich im Sinne des Memorandums der deutschen Reichsregierung vom September vorigen Jahres erklärt[104], von welchen Gesichtspunkten wir ausgingen, wenn wir in den Völkerbund eintreten würden, und dabei insbesondere auch betont, daß wir für uns das Recht in Anspruch nehmen, Kolonialmandate zu erhalten. Auf diese Rede ist Herr Briand eingegangen und hat in Bezug auf die Kolonialfrage erklärt: Kein Mensch in der Welt kann Ihnen das Recht bestreiten, das Sie in Ihren Ausführungen für Deutschland in Anspruch nehmen. Es ist eine weitere Äußerung nicht erfolgt. Wir haben die Äußerung von Herrn Briand protokolliert. Wir standen vor der Frage, ob wir in Locarno selbst die Frage der Kolonien weitertreiben sollten. Ich habe das mit vollem Bewußtsein nicht getan, weil ich der Überzeugung bin, daß heute die Dinge so liegen, daß dieser Anspruch Deutschlands gar nicht mehr bestritten wird, daß wir vielleicht sogar vor der Situation stehen, daß die anderen, was aus dieser emphatischen Betonung hervorging, ganz gern gesehen hätten, uns auf die Kolonialfrage mehr zu drängen und die Rheinlandfrage demgegenüber zurücktreten zu lassen. Zudem hätten sie uns nichts weiter als eine Bestätigung geben können, da die Entscheidung darüber dem Völkerbund obliegt.

Wir sind seitens des Auswärtigen Amtes vor längerer Zeit schon mit maßgebenden Kolonialfreunden in Verbindung getreten und haben ihnen gesagt, daß es nicht dar-

[103] Carl Paul Oskar Graf Moltke (1869–1935), 1924–1926 dänischer Außenminister. Die Rede v. Moltkes vor dem dänischen Folkething am 3.11.1925 ist auszugsweise abgedruckt in: Schultheß 1925, S. 322.

[104] In ihrem Memorandum vom 29.9.1924 an die im Völkerbund vertretenen Regierungen hatte die Reichsregierung als eine der Vorbedingungen des deutschen Eintritts in den Völkerbund die Zurückweisung der sogenannten kolonialen Kriegsschuld genannt, verbunden mit der Forderung, »zu gegebener Zeit aktiv an dem Mandatssystem des Völkerbunds beteiligt zu werden«, UuF, Bd. 6, S. 477; siehe auch die Ausführungen Stresemanns, Briands und Vanderveldes auf der 4. Sitzung der Konferenz von Locarno, Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 179. In seiner Locarnorede vor dem Reichstag am 23.11.1925 erklärte Reichskanzler Luther: »Wegen der Kolonialfrage ist das Recht Deutschlands ausdrücklich anerkannt worden. Wir erwarten, daß diesem Anspruch auch praktisch Rechnung getragen wird«, VRT, Bd. 388, S. 4479. Zu Stresemanns Haltung in kolonialen Fragen siehe Vermächtnis II, S. 564; Andrew J. Crozier, Die Kolonialfrage während der Locarno-Verhandlungen und danach, in: Wolfgang Michalka/Marshall M. Lee (Hg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982, S. 324–359.

auf ankommt, Resolutionen zu fassen für den Erwerb von Kolonien, sondern sich zu überlegen, welche Kolonialgebiete für uns in erster Linie in Frage kommen. Ich möchte darüber, über die Antworten, die uns gegeben sind, mich im einzelnen nicht aussprechen. Sie können die Änderungen in der Auffassung über die Kolonien daraus ersehen, daß uns in Kamerun bei einer Auktion in London der wesentlichste Teil der früher in deutschem Besitz befindlichen Plantagen wieder zugesprochen worden ist und daß wir dort wohl ein Jahr deutscher Pflanzerarbeit hinter uns haben. Es werden demnächst neue Auktionen in einer anderen Kolonie bevorstehen. Es haben sich Käufer überhaupt nicht gefunden. Man wird sehr dankbar sein, wenn deutsche Käufer sich melden. Es besteht auch bei den Staaten, die heute Mandatare sind, die Absicht, das Mandat an den Völkerbund zurückzugeben, weil man eingesehen hat, daß zur Führung von Kolonien Erfahrungen gehören, daß sie sonst sehr unangenehme Anhängsel sein können. Ich würde deshalb der Meinung sein, daß man wohl von dem Anspruch Deutschlands sprechen sollte, aber jetzt nicht mehr in der Form einer Bitte, eines Desiderіums, sondern in der Form der Selbstverständlichkeit, die sich ergäbe aus der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund, wobei ich bemerken möchte: Die Frage des Völkerbundes – man kann ja nicht auf alle Gesichtspunkte eingehen – steht für mich einfach so: wo können wir mehr erreichen, drinnen oder draußen? und nicht so: sind mir die Leute sympathisch, mit denen ich dort zusammenarbeite? Das ist die falsche Einstellung, die auch hier wieder auf deutschnationaler Seite besteht.

Was die Minderheitenfrage betrifft, so haben die Herren sich den Spaß erlaubt, noch kurz vor unserem Eintritt in den Völkerbund eine Bestimmung zu treffen, wonach in dem Dreierausschuß, der zuerst entscheidet über die Ansprüche von Minderheiten, die rassenverwandten Mächte nicht vertreten sein sollen. Aber jede Entscheidung dieses Dreierausschusses kann angefochten werden von jedem Mitglied des Völkerbundsrates. Ebenso kann jede im Völkerbundsrat vertretene Macht verlangen, daß eine Frage überhaupt nicht vor den Dreierausschuß kommt, sondern sofort im Völkerbundsrat verhandelt wird. Wir haben also die Möglichkeit, jede Frage, die von Bedeutung erscheint, dem Dreierausschuß zu entziehen und sie sofort vor den Völkerbundsrat zu bringen. Außerdem steht der Dreierausschuß dauernd unter der Gefahr, daß, wenn seine Entscheidungen nicht objektiv sind, Deutschland sie anfechtet und dem Völkerbundsrat übertragen läßt.

Wenn ich daran denke, daß die ganzen Fragen der Minderheiten in der Tschechoslowakei, in Polen, in Rumänien, in Jugoslawien, in Italien auch jetzt unter einer Nachprüfung Deutschlands stehen, daß es in der Lage ist, im Völkerbundsrat die Leute zur Verantwortung zu ziehen, ihnen zu sagen: Ihr habt eure internationalen Verträge nicht gehalten, dann glaube ich, daß die deutschen Minderheiten in erster Linie aus realpolitischen Rücksichten für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eintreten sollten.

Nun sagt die Linke: Das haben wir schon immer gesagt. Mir haben auch manchmal in der Partei einzelne Persönlichkeiten bei irgendeiner Entwicklung gesagt, sie hätten das schon vor drei Jahren gesagt. Ich habe gesagt: Damals war es aber falsch. Es ist nämlich gar nicht richtig, daß etwas richtig gewesen wäre im Jahre 1922, was im Jahre 1925 richtig ist. Wir mußten aufgefordert werden, in den Völkerbund einzutreten, nachdem man uns zunächst 1919 zurückgewiesen hatte. Wir konnten nicht als Bitt-

steller kommen und sagen: bitte, nehmen Sie uns auf, sondern wir mußten erst in eine Situation als Großmacht gekommen sein, die uns in die Lage versetzte, Bedingungen zu stellen. Und daß, ehe wir ein Eintrittsgesuch stellten, zehn Großmächte sich schriftlich verpflichtet haben, Deutschland den permanenten Sitz im Völkerbund zu geben, zeigt doch auch schon den Wiedereintritt Deutschlands in die Weltgeltung. Heute treten wir durch das Haupttor ein, und früher hätten wir bittend an der Nebentür gestanden. Das ist der Unterschied, warum es heute richtig ist und damals nicht richtig war. Und wenn wir durch die Entwicklung der Verhältnisse in der Lage sind, auf die Mitwirkung anderer Mächte zu rechnen, wird auch diese Tätigkeit eine ersprießliche sein können. Nun kommen da allerhand Einwendungen: Ungarn hätte auch nichts erreicht. Etwas mehr Bedeutung als Ungarn hat das Deutsche Reich denn doch noch, und es ist etwas ganz anderes, ob in dem Gremium, wo die Entscheidungen fallen, im Völkerbundsrat, eine Macht vertreten ist mit dem, was sie noch an wirtschaftlicher Großmachtstellung hat, oder ob das klein gewordene Ungarn dort für sein Recht kämpft.

Die Wahl der Persönlichkeiten, die Deutschland im Völkerbund zu vertreten haben, ist eine sehr wichtige Frage für die nächste Zeit, und ich würde es sehr begrüßen, wenn die Partei und die Fraktion ihren Einfluß dafür einsetzte, diese Frage aus der Parteipolitik auszuscheiden, denn es kommen schon wieder Leute, die am liebsten diese Sitze nach der Fraktionsstärke verteilen möchten. Jedenfalls bietet der Völkerbund bei alldem, was sich da an Schwierigkeiten uns entgegengestellt hat, ungeahnte Möglichkeiten. Das wird Jahre dauern, das wird alles etappenweise vor sich gehen. Aber ich muß heute sagen, es wäre vollkommen verfehlt, draußen zu bleiben, wenn man drinnen wirken kann.

Es ist eine weitere Frage an mich gestellt, eine Frage heikler persönlicher Art. Es ist die Frage, wie der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der Reichspräsident, sich zu diesen Dingen stellt. Diese Frage ist, glaube ich, beantwortet durch die Entscheidungen des Reichskabinetts, die unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten, also mit seiner Zustimmung, gefallen sind.[105] Daß der Reichspräsident unter der Entwicklung persönlich außerordentlich leidet, werden Sie verstehen. Denn schließlich ist er ja gerade von denen berufen worden, die ihn heute im Stich lassen. Daß der Reichspräsident schwere Bedenken zu überwinden gehabt hat, um den Dingen zuzustimmen, ich glaube, das ist kein Geheimnis, das teilt er mit vielen, auch mit vielen von uns. Denn schließlich liegen die Dinge nicht so klar und so risikolos und schließ-

[105] Am 22.10.1925 hatten sich Reichsregierung und Reichspräsident auf eine Erklärung geeinigt, in der gefordert wurde, »das Vertragswerk zu einem Abschluß zu bringen, das den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht wird«, Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 203, S. 793. Stresemann, der große Befürchtungen gehegt hatte, die Opposition der DNVP könnte den Präsidenten möglicherweise zur Ablehnung des Paktes bewegen, schrieb es hauptsächlich dem Verdienst des Reichskanzlers zu, daß Hindenburg den Vertrag nicht blockierte. Luther, so notierte Stresemann in einer Aufzeichnung vom Dezember 1925, habe »unzweifelhaft das große Verdienst, den alten Herren bei der Stange gehalten zu haben« (PA NL Stresemann 272). Gegenüber Stresemann stellte der Reichspräsident hinsichtlich der Haltung der DNVP heraus: »Es tut mit leid um die Deutschnationalen. Sie werden sich sehr schaden«, ebd., Tagebuchaufzeichnung vom 27.10.1925. Zur Haltung Hindenburgs, der besonders der Verpflichtung Deutschlands, dem Völkerbund beizutreten, ablehnend gegenüberstand, siehe Wheeler-Bennett, S. 288 f.; Dorpalen, S. 97 ff.

lich gibt es bei einem solchen entscheidungsvollen Schritt verschiedene Möglichkeiten, die der einzelne sich erwägt, und jeder wird vor seiner Urteilsfällung sich das Für und Wider reiflich erwogen haben. Der Reichspräsident hat sich jede Stellungnahme vorbehalten bis zum Schluß, er ist dann am Schluß seinem Kabinett beigetreten und hat die Erklärung abgegeben, daß wir von seiner Zustimmung öffentlich Gebrauch machen können (Bravo!). So steht er mit hinter der Politik, und ich muß nur wieder sagen: Wenn ich mir vorstelle, daß wir in der früheren geschlossenen Front mit dem Mann aus der alten großen Zeit jetzt eintreten könnten in diese neue Ära, dann wäre damit eine moralische Stellung Deutschlands gegeben gewesen, die uns ganz andere Zukunftsmöglichkeiten gegeben hätte als bei dem heutigen traurigen Zustand der Dinge (Beifall).

Vorsitzender Dr. Scholz: Wir kommen nun zur Abstimmung über die vorgeschlagene Entschließung. Es sind inzwischen eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, die im wesentlichen redaktioneller Art sind. Ich glaube, Sie Ihnen nicht alle vortragen zu brauchen und dürfte vielleicht Ihr Einverständnis voraussetzen, daß der Vorstand ermächtigt wird, diese redaktionellen Änderungen noch nachträglich anzubringen. Darf ich annehmen, daß dies dem Wunsche der Versammlung entspricht? Dann darf ich unter dieser Voraussetzung die von Herrn Dr. Stresemann vorgeschlagene Entschließung zur Abstimmung stellen und bitte diejenigen Damen und Herren, die sich für die Entschließung entscheiden wollen, die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Ich darf wohl feststellen, daß die Entschließung einstimmig angenommen ist[106] (Lebhafter Beifall).

[106] Die Entschließung lautet: »Die Deutsche Volkspartei hat am 2. Juli die Richtlinien veröffentlicht, von denen sie sich bezüglich des Werkes von Locarno leiten lassen wollte. In diesen Richtlinien ist zum Ausdruck gebracht, was sie von den auf der Grundlage des deutschen Memorandums und der darauf aufgebauten Noten durch die deutsche Reichsregierung geführten Verhandlungen erwartete. Nachdem heute das Werk von Locarno abgeschlossen vorliegt, erklärt die Deutsche Volkspartei, daß die in Locarno geführten Verhandlungen im wesentlichen das erreicht haben, was die Partei selbst in diesem Augenblick von diesem Werk erwarten konnte. Sie begrüßt insbesondere die Abschaffung des gesamten Delegiertensystems im Rheinland, die Herabminderung der Besatzung auf eine annähernd der früheren deutschen Friedensbesatzung gleiche Zahl und das neue System der Ordonnanzen, das sich beschränkt auf diejenigen, die notwendig sind für den Schutz, den Unterhalt und die Verpflegung der Truppen. Sie gibt sich dabei keinem Zweifel darüber hin, daß die Wirkung der für das Rheinland getroffenen Maßnahmen nicht abhängig ist von dem Wortlaut der verfügten Verordnungen, sondern von dem Geist, in dem sie ausgeführt werden. Erst die Zukunft nach der Unterzeichnung und Annahme des Vertrages von Locarno kann die tatsächlichen Auswirkungen dieses Geistes beweisen. Wir sind der Überzeugung, daß es notwendig ist, einen dauernden Friedenszustand in Europa zu schaffen. Wir hoffen aufgrund der Berichte unserer Unterhändler, die den Dingen nahestanden und sie deshalb zu beurteilen vermögen, daß unsere Vertragsgegner von dem Willen getragen sind, diese neue friedliche Entwicklung in Europa insbesondere durch einen Geist aufrichtiger Verständigung mit Deutschland anzubahnen. Damit ist auf irgendwelche längere Dauer die Besetzung deutschen Landes nicht vereinbar. Man kann nicht den dauernden Frieden an unserer Westgrenze als Ergebnis der Verhandlungen in Locarno vor der ganzen Welt preisen und gleichzeitig zum Schutz nicht bedrohter Staaten deutsches Land besetzt lassen. Auch für die Sicherung der Reparationen kommt diese Besetzung nicht in Betracht, da diese Sicherung durch die Vereinbarungen von London erfolgt ist, die ausdrücklich als die Lösung des Reparationsproblems von den alliierten Regierungen selbst bezeichnet worden sind. Wir sind aber der Überzeugung, daß die großen Auswirkungen des Vertrages sich erst zeigen können, wenn er in Kraft getreten ist, und daß wir das bis heute Erreichte nur als

Damit, meine Damen und Herren, stehen wir am Schluß unserer heutigen Zentralvorstandssitzung, die wieder einmal getragen war von dem Geiste der Einmütigkeit der gesamten Partei. Wir wollen nicht auseinandergehen, ohne diesen Geist, der letzten Endes wurzelt in der Vaterlandsliebe der Deutschen Volkspartei, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu bekräftigen. Wir wollen diesem Geist zum Schluß unserer Verhandlungen dadurch Ausdruck geben, daß wir rufen: Unser geliebtes deutsches Vaterland, es lebe hoch! (Die Versammlung stimmt dreimal begeistert in das Hoch ein).

Ich schließe die Sitzung des Zentralvorstandes.

(Schluß 2 Uhr).

---

einen Beweis guten Willens der Vertragsgegner ansehen können, auch vor Inkrafttreten des Vertrages zu zeigen, wie sie in Zukunft mit Deutschland stehen wollen. Deshalb ist für uns das Inkrafttreten des Vertrages erst der Anfang der Entwicklung, die wir davon erwarten. Aufgrund der Prüfung des Vertrages haben wir festgestellt, daß das Werk von Locarno weder deutsches Land noch deutsches Volkstum preisgibt, haben wir festgestellt, daß es keine nochmalige freiwillige Anerkennung des Vertrages von Versailles, insbesondere keine Anerkennung einer moralischen Schuld Deutschlands, keine Anerkennung der Grenzen im Osten und Südosten des Reiches bedeutet, daß es alle Möglichkeiten friedlicher Wendung der bestehenden Verträge offenläßt, daß es uns schließlich das Selbstbestimmungsrecht darüber beläßt, ob und wie weit wir, solange der gegenwärtige Zustand der alleinigen Abrüstung Deutschlands anhält, in irgendwelche Verwicklungen des Völkerbundes einzugreifen haben. Wir haben weiter festgestellt, daß trotz Erschwerung technischer Ausführungen der Völkerbundorganisation eine im Völkerbund vertretene Macht durchaus in der Lage ist, für das Recht unterdrückter Minderheiten praktisch eintreten zu können. In Abwägung der großen Tragweite der zu treffenden Entscheidung erklären wir deshalb vor dem deutschen Volke, daß wir einmütig für das Werk von Locarno eintreten, die Initiative der deutschen Reichsregierung, die mit dem Februarmemorandum begann und dadurch den Anstoß zu der jetzt erreichten Sicherung des europäischen Friedens gab, anerkennen und die Fortsetzung der damit angebahnten Politik fordern, weil wir nur von der Fortsetzung dieser Politik die Freiheit der besetzten Gebiete, die Wiederherstellung unserer Souveränität und die Möglichkeit der politischen Entwicklung Deutschlands als Großmacht, namentlich im Kampfe um die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, erwarten. Die Politik von Locarno ist von einer bürgerlichen Regierung geführt worden. Wir haben das Zustandekommen dieser bürgerlichen Regierung aufrichtig begrüßt. Sie war das Ergebnis jahrelanger Bestrebungen der Deutschen Volkspartei, die bis zur Selbstentäußerung dafür gekämpft hat, den Deutschnationalen die Mitwirkung an verantwortlicher Stelle der Reichsregierung zu sichern. Dieses Zusammenhalten des deutschen Bürgertums ist durch das Vorgehen der Deutschnationalen Volkspartei zersprengt. Damit sind Gefahren für unsere innerpolitische und innerwirtschaftliche Entwicklung entstanden. In der kritischsten Stunde der deutschen Entwicklung scheute die Deutschnationale Partei die Politik der Verantwortung, um die bequeme Oppositionsstellung wieder einzunehmen. Die Deutschnationale Partei allein trifft die Verantwortung für die Folgen, die sich daraus ergeben. Die Entwicklung der Verhältnisse im Reiche bedingt nach Abschluß des Vertrages von Locarno, daß die Reichsregierung nur aus Persönlichkeiten und Vertretern von Parteien bestehen kann, die gewillt sind, die Außenpolitik im Geiste des Werkes von Locarno weiterzuführen. Nur dadurch ist die Sicherheit gegeben, daß die Erfolge dieser Politik tatsächlich erreicht werden können. Die Deutsche Volkspartei wird sich ihrerseits auch in Zukunft in der Frage ihrer Stellung im Reich und in den Bundesstaaten nur von dem Gefühl verantwortlicher Mitarbeit leiten lassen«, NLC vom 23.11.1925, Nr. 217.

Nationalliberale Correspondenz

Zu beziehen durch die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei Berlin W 66, Wilhelmstr. 46-47. — Fernsprecher für die Redaktion: Amt Zentrum Nr. 5916 u. 5917. Telegramm-Adr.: Nationalliberal Berlin

Im Auftrage der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei herausgegeben von Eduard Spieß

Offizielle Parteikundgebungen werden in durchschossenem Druck veröffentlicht. — Die „N. l. C." erscheint in der Regel wöchentlich sechsmal. — Nachdruck der Artikel ist für Nichtabonnenten verboten

45. Jahrgang | Berlin, Montag den 16. Dezember 1918. | Nr. 238

Aufruf der Deutschen Volkspartei.

Krieg und Umsturz haben Staatsverfassung und Parteiformen gesprengt, neue Parteigebilde treten auf. Wir bekennen uns zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik. Alle Gleichgesinnten fordern wir auf, sich mit uns um das Banner der **Deutschen Volkspartei** zu scharen.

Je schwerer Deutschland unter den vernichtenden Folgen des verlorenen Krieges leidet, um so bewußter stellen wir unsere ganze Politik unter den **nationalen Gedanken**, um so schärfer lehnen wir all diejenigen internationalen Bestrebungen ab, die unseres Volkes Eigenart verwischen und verdunkeln. Die **Reichseinheit** ist uns Grundlage unseres politischen Wirkens, innerhalb der Reichseinheit soll kulturelle Stammesart, unter Ablehnung sowohl zentralistischer Bevormundung wie partikularistischer Sonderbestrebungen, sich frei entfalten können. Wir begrüßen mit voller Zustimmung die von den Deutschen Österreichs gewünschte Vereinigung mit dem Reiche. Wir wünschen eine kulturelle Verbindung mit den **Deutschen im Auslande** und die volle Sicherstellung ihrer Erwerbstätigkeit in allen Ländern. Wir beharren auf unserem Recht auf **kolonisatorische Betätigung** und wir verlangen die Sicherung der **Freiheit der Meere** als wesentliche Grundlagen für den Neuaufbau unserer Wirtschaft. Unter der Bedingung völliger Gleichberechtigung aller Staaten begrüßen auch wir den Gedanken des Völkerbundes.

Wir bekennen uns zu dem demokratischen, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach der Verhältniswahl für beide Geschlechter.

Wir verlangen

völlige Neuordnung des **Auswärtigen Amtes** und unserer ausländischen Vertretungen.

Ein **Volksheer**, umgestaltet nach den Erfahrungen dieses Krieges, aufgebaut auf den Grundsätzen: Gerechtigkeit, Manneszucht, Kameradschaft.

Sicherung der **Freiheit für Wort und Schrift**, für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der Gerichte.

Weiteste **Selbstverwaltung** auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, Kreis und Provinz.

Volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung.

Erhaltung und **Kräftigung eines breiten Mittelstandes** in Industrie, Handel und Handwerk, umfassende Fürsorgeeinrichtungen für den Mittelstand.

Warmherzige Fürsorge und **würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten** und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer durch das Reich auf Grund reichsgesetzlich gewährleisteten Anspruchs.

Sicherung der Stellung der **Beamten, Offiziere** und **Lehrer**, materiell und rechtlich. Anerkennung ihrer Organisationsfreiheit, Errichtung von Beamtenausschüssen.

Wir treten ein für **Kräftigung** und **Nahrung** der

freien Bauern auf eigener Scholle,

wir treten ein für die im Interesse der Volksernährung unbedingt notwendige Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft, für eine **großzügige Siedlungspolitik**; Domänen, Großgrundbesitz, Fideikommisse sind hierzu in ausgiebiger Weise heranzuziehen. Der soziale Aufstieg des Landarbeiters, die Möglichkeit für ihn, zu Eigenbesitz zu gelangen, ist weitgehend zu erleichtern.

Wir verlangen umfassende Unterstützung des **Kleinwohnungswesens**, Beseitigung aller ungesunden Spekulationen in Grund und Boden und soziale Neuordnung des Boden- und Wohnungsrechts.

Wir verlangen **volle Koalitionsfreiheit**, ein neues sozial gestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht, energische Weiterführung der Sozialpolitik, insbesondere auch Ausbau der Frauen-, Wöchnerinnen- und Kinderschutzgesetze, Anerkennung und Einfügung der Berufsverbände in das öffentliche Recht. Die internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist zu erwirken.

Wir halten fest an dem Grundsatze des **Privateigentums** und des **Erbrechts**, wir halten fest an der leitenden Stellung des Unternehmers in seinem Betriebe wie in der Volkswirtschaft, jedoch unter angemessener Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre Ausschüsse und ihre Vertretung. Wir stellen uns in bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches und wirtschaftliches Ziel sehen. Einer Überführung dazu geeigneter Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt sind wir bereit zuzustimmen, sofern dadurch für die Allgemeinheit ein höherer Ertrag und für die Arbeitnehmer bessere Lebensbedingungen geschaffen werden.

Die geschichtlich überkommene

Verbindung von Staat und Kirche darf nicht aufgelöst werden.

Volle Gewissensfreiheit. **Der Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule.** Kein Gewissenszwang für Eltern und Lehrer. Die geistliche Schulaufsicht ist zu beseitigen, die hauptamtliche Fachaufsicht allgemein durchzuführen. Die allgemeine und die Fachbildung sollen gehoben, die höheren Lehranstalten ihres Charakters als Standesschulen entkleidet und alles Berechtigungsunwesen beseitigt werden.

Die gewaltigen finanziellen Anforderungen, die an uns herantreten, werden **Steuern** und wirtschaftliche Maßnahmen verschiedenster Art, auch Monopole notwendig machen. Reichs-Eisenbahnen sind schon um deswillen erforderlich. Wir verlangen, daß in dem Steuersystem eine Reichs-Einkommen- und Erbschaftssteuer, schärfste Erfassung der Kriegsgewinne und eine **Vermögensabgabe** sich befinden. Die Vermögensabgabe muß jedoch in Formen geschehen, die die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbinden.

Die Umwälzung hat der **Frau die Gleichberechtigung** im politischen Leben gebracht. Dieses Recht muß der Frau erhalten bleiben; darüber hinaus fordern wir die Zulassung der Frau zur Vorbildung und zur Ausübung öffentlicher Ämter. Alle privatrechtlichen Härten, die noch zu Ungunsten der Frau bestehen, müssen aufgehoben werden.

Von der derzeitigen Regierung verlangen wir, daß sie endlich energisch für **Ruhe und Ordnung** sorgt. Wir sind bereit, dafür unter der jetzigen Regierungsform mitzuarbeiten und alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung nach diesem Ziele zu unterstützen. Wir verlangen aber die Beseitigung der Eingriffe unberufener Personen in die Tätigkeit der Gerichte, Behörden und Kommunalverwaltungen, in die Koalitions- und Preßfreiheit. Wir verlangen die Beseitigung der Mißwirtschaft und maßlosen Verschleuderung öffentlichen Gutes und öffentlicher Gelder, wir verlangen die **Beseitigung der unverantwortlichen Eingriffe** in das Wirtschaftsleben, die uns mit **Hungersnot, Anarchie** und **Staatsbankerott** bedrohen.

Wir fordern die **Sicherstellung** der **Staats-** und **Kriegsanleihen**, der Sparkasseneinlagen, Bankdepositen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge.

Wir fordern den alsbaldigen Ausbau der bürokratischen Zwangswirtschaft.

Wir verlangen die sofortige Überführung der jetzigen, lediglich auf den Tatsachen der Revolution beruhenden Regierungsgewalt in eine neue Rechtsordnung; wir verlangen daher die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung als verfassungs- und gesetzgebender Körperschaft; ohne deren Zustimmung entbehrt jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage.

Wir verlangen, daß die jetzige Regierung alles daran setzt, **sofort den Frieden** zu erhalten, damit der Neuaufbau des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft schleunigst in Angriff genommen werden kann.

Alle diejenigen, welche bereit sind, nach diesen Grundsätzen und diesen Zielen mit uns zusammen zu arbeiten und sich mit uns zur

Deutschen Volkspartei

zu vereinigen, rufen wir zur Mitarbeit auf; unsere Aufforderung ergeht insbesondere auch an die deutschen Frauen und an die deutsche Jugend, die nun in den Kreis der politisch Vollberechtigten eingetreten sind.

Schließen wir uns zusammen unter der Fahne:

Freiheit und Vaterland!

Albrecht, Karl, Fabrikbesitzer. Arend, Opernsänger. von Behr, Generalkommissionspräsident, Wirkl. Geheimer Oberregierungsrat. Dr. Breiger, Sanitätsrat. Barth, Marg., Schneiderin. Bergmann, Buchdruckereibesitzer. Bräuer, Frau, Generalin Böll, Betriebsleiter. von Borries, Oberstleutnant a. D. von Borries, Major a. D. Butsch, Verlagsbuchhändler. Frau Major Behr. Conrad, Sekretär. Agnes da Costa, Frau. Dieckmann, Hauptmann. von Dewitz, Z., Frau. Prof. Dr. Dührssen, Frauenarzt. Döhn, Kaufmann. Döring, Frau, Bürovorsteherin. Damcke, Alfons, Fabrikant. Damcke, Erwin, Fabrikant. Eichhoff, Rektor und Schriftsteller. Ewest, städt. Lehrer. Fischer, Herm. Kaufmann. von Förster, Kaufmann. Dr. Felder, Direktor am Kali-Syndikat. Fraedrich, Gastwirt. Fischer, Herm., Kaufmann. Fischer, Marg., Stenotypistin. Geerke, Kunstmaler. Dr. Gerlich, Hauptgeschäftsführer. Glaser, Amandus, Direktor. Dr. Gehlhaar, Spezialarzt. Gerike, Oberleutnant. Dr. Gerodorf, Marine-General-Oberarzt a. D. Garbrecht, Röntgentechniker. Grützner, Fabrikant. Girrulat, Kaufmann. Günther, Oberleutnant zur See. Hartisch, Rechnungsrat, Major der Landwehr I. Hackbarth, Adelheid, Buchhalterin. Heyne, Professor. Helm, Kaufmann. Hirche, Laborant. Hoffmann, Joh. Kaufmann. Hoffmann, Georg, Generalsekretär. Hoop, Tischlermeister. Haertel, Oberingenieur., Dr. Hahn, Zahnarzt. Huhn, Fabrikbesitzer. Harting, Luise, Kontoristin. Otto Herbert, Handelsvertreter. Heintze, Ingenieur. Iserhagen, Fabrikbesitzer. Joseph, Bezirks-Schornsteinfegermeister. Janisch, Kaufmann. Krech, Fabrikbesitzer. Dr. Ernst Kundt. Klein, Fabrikant. Knuth, Marta, Buchhalterin. von Knobelsdorff, Oberleutnant. Kockelmann, Major a. D. Lenz, Frau Major. von Looper, Frau, geb. Freiin von Wangenheim. Lüttges, Rittmeister. Lüders, Paul, Justizrat. Mentze, Kgl. Ökonomierat. Moltentin, Direktor. Müller, Oskar Bürgerschullehrer. Meinert, Lornsen, Hauptlehrer. Meine, Verw.-Inspektor. Dr. Mahrholz, Frau. Dr. Mohr, Oberarzt. Möllmann, Kaufmann. Müller, städt. Steuererheber. Noack, Bildhauer. Neumann, Frida, Frau. Neutze, Geh. Regierungsrat. Otto, Annaliese, stud. agr. Dr. Ostwald, Wilhelm. Geh. Rat, Prof. Oesterwitz, Verlagsbuchhändler und Redakteur. Otto, Robert, Fabrikbesitzer. Plechati, Josef, Fabrikbesitzer. Pötsch, Bernhard, Kunstmaler. Plöcker, Hauptmann und Frau. Dr. Reinmuth, Astronom. Rohde, A., Kaufmann, Moskau. Rüst, Edela, Schriftstellerin. Rohde, F., Oberförster. Rahmlow, Käte, Frau, Redakteurin. Dr. Reimann, R., Generaldirektor. Richter, Geh. Baurat. Rugoczy, Syndikus a. D. Raat, Pfarrer. Riedel, Lehrer und Ingenieur. Dr. Scharff. San.-Rat. Scheerbarth, Ingenieur. Dr. Schint, Ingenieur. Stürtzelbecher, Fritz, Landessekretär. Schmidt, August, Proturist. Schütz, Apotheker. Sturt, Oberleutnant. Stiller, Leutnant z. S. Dr. Sandhop, Medizinalrat. Schloiser, Ingenieur. Schmidt, Rudolf, Lehrer. Steiner, geb. Behrnauer, Frau Major. Dr. Strescher, Oberstabsarzt a. D. Stäublein. Schlossermeister. Sonnenburg, Kathar., Kassiererin. Schumacher, Kassenbote. Stief, Kaufmann. Schroeder, Major a. D. Schaefer, M. C., Kaufmann. Subeck, Landwirt. Sturtzel, Frau Feodora. Thimm, Frau Professor. Tschermak, Frau. Dr. Thiele, Chemiker. Dr. Treding, Joh., Frauenarzt. Thierbach, Regierungsbaumeister. Thomas, Frau Regierungsbaumeister. v. Valtier, Landwirt. Weiß, Karl, Chirurgie-Instrumentenmacher. Wagner, Fabrikbes. Weber, Anna, Wirtschafterin. Wolf-Hannier, Lehrer und Schriftsteller. Wiese, Gertrud, Buchhalterin. Weithmann, Frau Geheimrat. Witsch, Gertrud, Frau. v. Wrochem, Gemeindevorsteher. Ziegler, Paul, Lehrer i. R. Zipse, Kaufmann. Zeuske, Ingenieur.

Fabrikbesitzer Anstatt, Bromberg. Gewerkschaftssekr. Baltrusch, Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin. Geheimrat Professor Dr. Backhaus, Berlin. Frau Julie Bassermann, Mannheim. Geh. Kommerzienrat Bartling, Wiesbaden. Verbandsdirektor Bechly Hamburg, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband. Gerichtssekretär Bode, Burgdorf. August Bohn, Gewerkschaftssekretär, Recklinghausen. Dr. Hugo Boettger, Berlin. Generalsekretär Brües, Köln. Generalsekretär Bruno, Hannover. Rechtsanwalt Dr. Burchard, Hamburg. Ludwig Büttemeier, Eisenbahnschaffner und Obmann der organisierten Rangierer und Hilfsschaffner Recklinghausen. Regierungspräsident Dr. v. Campe, Minden. Geheimerat Cleinow, Herausgeber der „Grenzboten", Berlin. Lehrer Dammann, Dachschewern bei Lüneburg. Frau Oehmel, Hamburg. Professor Dr. Dieckmann, Osnabrück. Landwirt Dusche, Isernhagen. Wilhelm Eilbrecht, Eisenbahner und Bezirksvorsitzender, Osnabrück. Peter Fischer, Leiter d. Verbandes d. Post- u. Telegraphenarbeiter Bochum. Rechnungsrat Frentel, Hannover. Frau Milla Fritsch, Königsberg. Geh. Regierungsrat Garnich, Charlottenburg. Malermeister Gohmann, Hannover. Kupferschmiedemeister Göhmann, Osnabrück. Generaldirektor Grau, Stolzenhagen-Kratzwieck. Gewerkschaftssekretär Gutsche, Gewerkschaftsvorsitzender Berlin. Frau Ottilie von Hansemann, Berlin. Landwirt Harte, Delpe. Chefredakteur Dr. Hartmann, Hannover. Theodor Held, Berlin. Landgerichtsdirektor Hettner, Dresden. Geh. Justizrat Hirschberg, Eberswalde. Fräulein Antonie Hoffmann, Berlin. Rektor Hollmann, Lichtenberg. Generalsekretär Dr. Hugo, Schöneberg. Katharine Huwe, Berlin. Fabrikbesitzer Kade, Reinickendorf. Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Kahl, Berlin. Oberlehrer Dr. Käser, Braunschweig. Stadtsekretär Kleinau, Vorstandsmitglied des Arbeitsausschusses der Beamten- und Lehrerschaft der Stadt Berlin. Kaufmann E. Kowes, Steglitz. Direktor Kronjäger, Lichterfelde. Fabrikant Krutmeyer, Oeynhausen. Fabrikant Kunsemüller, Osnabrück. Handelsschullehrer Kühn, Hohenneuendorf. Bürgermeister Künzer, Posen. Oberlehrerin Frl. Lange, Bielefeld. Regierungsrat Professor Dr. Leidig, Berlin. Dr. Liebreich, Duisburg. Lehrer Lumma, Hermsdorf. Bürgermeister Dr. Marcktp, Lichtenberg. Spediteur F. Mende, Tempelhof. Justizrat Menzel, Dirschau. Landwirt Jakobus Müller, Ostfriesland. Dr. Mittelmann, Stettin. Pastor Meyer, Herford. Justizrat Wilhelm Meyer, Hannover. Eduard Neumann, Eisenbahnschaffner und Verbandsvorsitzender, Berlin. Geh. Kommerzienrat Nithammer, Kribstein. Kurt Ommert, Eisenbahnhandwerker und Bezirksvorsitzender, Saarbrücken. Dr. Osann, Darmstadt. Dr. med. Offent, Stettin. Geh. Regierungsrat Professor Dr. Peters, Rostock. Frau Margarete Poehlmann, Tilsit. Karl Pelcker, Gewerkschaftssekretär, Elberfeld. Geh. Medizinalrat Dr. Rapmund, Minden. Oberpräsident v. Richter, Hannover. Chefredakt. Rippler, Berlin. Justizrat Dr. Rohde, Berlin. Generalsekretär Rose, Hamburg. Kaufmann Salzwedel, Lichtenberg. Justizrat Schlee, Thorn. Karl Schneider, Eisenbahnrottenführer und Verbandsvorsitzender, Vahlhausen-Ruhr. Bergmann Schulte, Dortmund. Handelssyndikus Dr. Sievers, Stolp. Schwester Philippine Stavenhagen, Hamburg. Stadtschulrat Stettiner, Königsberg. Dr. Stresemann, Berlin. Gewerkschaftsvorsitzender Georg Streiter, Mitglied des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Berlin. Oberbürgermeister Struckmann, Hildesheim. Universitätsprofessor Dr. Thaer, Greifswald. Generalmajor z. D. Thelemann, Stettin. Reg.-Rat Dr. Thissen, Berlin. Geheimer Kommerzienrat Dr. Vogel, Dresden. Chefredakteur Wallis, Hildesheim. Gymnasialdirektor Wehrmann, Bochum. Direktor Dr. Wenderoth, Dortmund. Chefredakteur Wyneken, Königsberg.

Das Votum des Zentralvorstandes.

Ein Teil der Presse, dem die Entscheidung des nationalliberalen Zentralvorstandes über den Bestand der Partei unwillkommen ist, versucht, das Abstimmungsergebnis durch falsche und tendenziöse Schlußfolgerungen zu entwerten. So spricht die „Vossische Zeitung" von einer nationalliberalen Sonderpartei, die mit Zufallsmehrheit zustandegekommen sei. Die „Börsenzeitung" behauptet, der Beschluß gebe kein Bild der Stimmung innerhalb der Nationalliberalen Partei, vielmehr stehe die wirkliche Mehrheit der Partei auf dem Boden der Deutsch demokratischen Partei. Wir haben nichts dagegen, wenn die „Börsen-Zeitung" sich mit diesem Glauben trösten will, denn sie wird bald einsehen müssen, daß sie mit ihrer Annahme Unrecht hat. Die Abstimmung des Zentralvorstandes ergibt keinesfalls deswegen ein falsches Bild, weil nur ein Teil der Mitglieder anwesend gewesen ist. Wenn auch im kleineren Kreise spiegelt sich die Gesamtstimmung meist völlig zutreffend wieder, wenn er nicht einseitig zusammengesetzt ist. Kommen die verschiedenen Lager zu Wort, so wird man von ihrem Votum mit ziemlicher Sicherheit auf die Stimmung der Gesamtpartei schließen können. Die einzige Bedingung ist eben, daß nicht ein Teil besonders stark in den Vordergrund tritt.

Um eine gleichmäßige Beschickung des Zentralvorstandes zu ermöglichen, haben die hannoverschen Nationalliberalen eine deutsche Mittelstadt als Ort der Tagung des Zentralvorstandes vorgeschlagen. Hätte man ihren Wunsch erfüllt, dann wäre die Teilnahme größer gewesen. Dadurch, daß der Zentralvorstand in Berlin zusammentrat, erfuhr der Kreis der Teilnehmer unter den gegenwärtigen Umständen eine natürliche Beschränkung. Diese Einschränkung war aber durchaus zu Ungunsten derjenigen Mitglieder, die für die Deutsche Volkspartei eintreten. Denn in Berlin überwiegt stets die demokratische und radikale Richtung in außerordentlich einseitiger Weise. Diese alte Erfahrung ist auch bei der Abstimmung des Zentralvorstandes am Sonntag von neuem befestigt. Man kann deshalb mit Sicherheit sagen, daß die Abstimmungsverhältnisse für den Antrag Dr. Vogel am Sonntag denkbar ungünstig lagen und daß der Zentralvorstand in einer mitteldeutschen Stadt eine ganz andere Mehrheit für den Antrag Dr. Vogel aufgebracht hätte. Das Gegenteil von den mißliebigen Bemerkungen der Vossischen Zeitung und der Börsenzeitung ist also richtig. Es kann nicht von einem Zufallsergebnis, von Restbestand und Sondergruppe die Rede sein. Es ist vielmehr unbestreitbar, daß die Nationalliberale Partei in ihrer Mehrheit an ihrem Fortbestand als Deutsche Volkspartei festhält. Will man die Abstimmung vom Sonntag bemängeln, so kann man nur sagen, daß in Wirklichkeit die nationalliberale Mehrheit für die Deutsche Volkspartei weit größer ist, als der Beschluß des Zentralvorstandes erkennen läßt.

Gedruckt bei Imberg & Lessen G. m. b. H., Berlin SW. 68.